

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für  
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Digitale Reprints



Leibniz-Zentrum für  
Zeithistorische  
Forschung Potsdam

Stefanie Eisenhuth

## Die Schutzmacht

Die Amerikaner in Berlin 1945–1994

DOI: [10.14765/zzf.dok-2351](https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2351)

Digitaler Reprint der ursprünglich in der ZZF Schriftenreihe **Geschichte der Gegenwart** im Wallstein Verlag im September 2018 erschienenen Monographie:

<https://www.wallstein-verlag.de/9783835332911-die-schutzmacht.html>

Copyright © 2023 – Clio online – Historisches Fachinformationssystem e. V. und Autor/in, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist zum Download und zur Vervielfältigung für nicht-kommerzielle Zwecke freigegeben. Es darf jedoch nur erneut veröffentlicht werden, sofern die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Dies betrifft auch die Übersetzungsrechte. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>. Für die Neuveröffentlichung von Bild-, Ton- und Filmmaterial, das in den Beiträgen enthalten ist, sind die dort jeweils genannten Lizenzbedingungen bzw. Rechteinhaber zu beachten.

Clio  
online



<https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2351>

Stefanie Eisenhuth  
Die Schutzmacht

<https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2351>

# GESCHICHTE DER GEGENWART

Herausgegeben von  
Frank Bösch und Martin Sabrow

Band 19

# Inhalt

I.	Einleitung . . . . .	9
I.1	Das Forschungsobjekt: »Amerikas Berlin« . . . . .	14
I.2	Zum Forschungsstand . . . . .	17
I.3	Methodische Überlegungen . . . . .	24
I.3.1	Eine Mikrogeschichte des Kalten Krieges . . . . .	25
I.3.2	Keine Besatzungsgeschichte . . . . .	26
I.3.3	Die Stadt als Sinnprovinz . . . . .	28
I.3.4	Civil-Military und Troop-Community Relations . . . . .	32
I.3.5	Transnationale Geschichte . . . . .	34
I.3.6	Prämissen . . . . .	36
I.4	Zu den verwendeten Quellen . . . . .	37
I.5	Aufbau der Studie . . . . .	40
2.	Erwartungen, erste Begegnungen und Entscheidungen	42
2.1	Amerikanische Pläne für Deutschland . . . . .	45
2.2	Ankunft in Berlin: Die US-Armee richtet sich ein . . . . .	48
2.2.1	Warten auf das Ende: Demobilisierung und Langeweile . . . . .	52
2.2.2	Vermittlung und Deutung der Mission . . . . .	61
2.3	Wiederentdeckung einer Weltstadt . . . . .	67
2.4	Leben unter amerikanischer Besatzung . . . . .	73
2.4.1	Erste Begegnungen . . . . .	75
2.4.2	Die enttäuschende Schutzmacht: Der »Hungerwinter« 1946/47 . . . . .	79
2.4.3	Ein neuer Konflikt kündigt sich an . . . . .	80
2.5	Ungewollte Bekanntschaften im unregulierten Raum: Die »Fraternisierung« . . . . .	84
2.5.1	Trümmerfrauen, Ami-Liebchen und German Fräuleins . . . . .	89
2.5.2	Die »Fraternisierung« als wissenschaftliche Herausforderung . . . . .	93
2.5.3	Berliner Bekanntschaften . . . . .	97
2.5.4	Zeitgenössische und rückblickende Deutungen . . . . .	106

2.5.5	Berliner »Kriegsbräute« . . . . .	113
2.6	Die US-Armee als Arbeitgeber . . . . .	117
2.7	Die German Youth Activities in Berlin . . . . .	128
2.8	Blockade und Luftbrücke . . . . .	136
2.8.1	Die Blockade als amerikanische Erfahrung . . . . .	141
2.8.2	Der Gründungsmythos West-Berlins . . . . .	142
2.8.3	Lesson Learned: Die Bedeutung West-Berlins. . . . .	147
2.8.4	Souveränität für die Bundesrepublik – doch was wird aus West-Berlin? . . . . .	152
2.9	Resümee . . . . .	155
3.	Imaginierte, inszenierte und institutionalisierte Gemeinschaft . . . . .	158
3.1	Das West-Berlin der 1950er-Jahre als Erfahrungsraum . . . . .	160
3.1.1	Antikommunismus und Angst als Basis einer neuen Gemeinschaft . . . . .	167
3.1.2	Deutsche Meinungen in amerikanischen Umfragen . . . . .	170
3.2	Die transatlantische Erzählung vom »Vorposten der Freiheit« . . . . .	182
3.2.1	West-Berlin und die USA als »imagined community« . . . . .	189
3.2.2	Die Berlin-Erfahrung als soldatische Erzählung . . . . .	191
3.3	Amerikanischer Alltag in West-Berlin . . . . .	196
3.3.1	Eintreffen in West-Berlin . . . . .	199
3.3.2	Wohnen, Einkaufen und andere Aktivitäten . . . . .	200
3.3.3	Verhaltensregeln . . . . .	203
3.4	Die Institutionalisierung der Freundschaft . . . . .	208
3.4.1	Das German-American Relations Program . . . . .	209
3.4.2	Maßnahmen in der Bundesrepublik . . . . .	216
3.5	Inszenierung und Ritualisierung der Freundschaft ab 1961 . . . . .	223
3.5.1	Fortsetzung des German-American Relations Program . . . . .	230
3.5.2	Das deutsch-amerikanische Volksfest . . . . .	233
3.5.3	Die Militärparade am »Tag der Alliierten Streitkräfte« . . . . .	235
3.5.4	Präsidentenbesuche . . . . .	242
3.5.5	Ha–Ho–He, Nixon is okay! . . . . .	245
3.5.6	Jimmy Carter und das Town Hall Meeting . . . . .	260
3.6	Resümee . . . . .	268

4.	Konflikte, Konfrontationen und konkurrierende Deutungen . . . . .	271
4.1	Enttäuschung und Aufbegehren: Vietnam und West-Berlin . . .	277
4.1.1	Ambivalenz, Ratlosigkeit und Gegenwehr . . . . .	285
4.1.2	Das »GI Movement« in West-Berlin . . . . .	289
4.1.3	»Race Riots« in West-Berlin . . . . .	297
4.1.4	Krisenjahre der US-Armee . . . . .	306
4.2	Frieden, Umweltschutz und Bürgerrechte . . . . .	317
4.2.1	Abrüstung: Von der Frontstadt zur Friedensstadt . . . . .	325
4.2.2	Besitzer und Hausbesetzer: Truppenübungen in Kreuzberg . . . . .	343
4.2.3	Das Drama um Düppel: Von Umwelt- und Bürgerrechtsfragen . . . . .	350
4.3	Die transatlantische Freundschaft im Zweiten Kalten Krieg . . . . .	365
4.3.1	Die schlecht integrierte Schutzmacht . . . . .	367
4.3.2	Förderung der Community Relations in West-Berlin . . . . .	373
4.3.3	Verhandlungen auf Bundesebene. . . . .	378
4.3.4	Sorge um die Nachgeborenen . . . . .	386
4.4	Terrorismus: die Schutzmacht muss sich schützen . . . . .	392
4.5	Exkurs: Grenzübergreifende Erfahrungen . . . . .	398
4.5.1	US-Soldaten als innerstädtische Grenzgänger . . . . .	399
4.5.2	Ost-Berlin als Ausflugsziel . . . . .	407
4.5.3	Suche nach Abenteuer: Provokationen und Fluchthilfe . . . . .	422
4.6	Resümee . . . . .	431
5.	Abschied von West-Berlin . . . . .	434
5.1	Der Abzug der alliierten Truppen . . . . .	442
5.2	Die Alliierten im städtischen Gedächtnis . . . . .	450
5.2.1	Die Musealisierung der alliierten Besatzung. . . . .	452
5.2.2	Die Erinnerung an West-Berlin und seine »Schutzmächte« . . . . .	467
5.3	Fazit . . . . .	472
	Dank . . . . .	478

Anhang . . . . .	479
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	479
Abbildungsverzeichnis . . . . .	479
Tabellenverzeichnis . . . . .	480
Quellenverzeichnis . . . . .	480
Literaturverzeichnis . . . . .	487
Orts-, Sach- und Personenregister . . . . .	507

## 1. Einleitung

Am 12. Juli 1994, inmitten des heißesten Sommers seit 160 Jahren, feierte Berlin das Ende einer Ära. Bill Clinton besuchte die nun wieder ungeteilte Stadt, um die letzten 1.500 amerikanischen Soldaten zu verabschieden und damit die fast 50 Jahre währende Militärpräsenz zu beenden.<sup>1</sup> Als erster amtierender US-Präsident durchschritt er an diesem sonnigen Julitag gemeinsam mit seiner Ehefrau Hillary, Bundeskanzler Helmut Kohl und dessen Ehefrau Hannelore das Brandenburger Tor in Richtung Ost-Berlin.<sup>2</sup> Sie nahmen auf einer weißen, mit deutschen und amerikanischen Fahnen geschmückten Bühne Platz, die von den 50.000 Zuschauern wohl nur jene in den ersten Reihen sehen konnten. Mit dem symbolträchtigen Tor im Rücken gratulierte der Präsident der Berliner Bevölkerung zu ihrem Mut und ihrer Geduld und versicherte, dass die deutsche Einheit an der Freundschaft zwischen den USA und Berlin nichts ändern werde:

Berliners, you have won your long struggle. [...] Half a century has passed since Berlin was first divided – 33 years since the Wall went up. In that time, one half of this city lived encircled, and the other half enslaved. But one force endured: your courage. Your courage has taken many forms – the bold courage of June 17th, 1953 when those trapped in the east threw stones at the tanks of tyranny; the quiet courage to lift children above the Wall so that their grandparents on the other side could see those they loved but could not touch; the inner courage to reach for the ideas that make you free; [...] It is to all of you in pursuit of that new future that I say in the name of those pilots whose airlift kept Berlin alive, in the name of the sentries at Checkpoint Charlie who stood face-to-face with enemy tanks, in the name of every American president who has come to Berlin, in the name of the American forces who will stay in Europe to guard freedom's future – in all of their names, I say Amerika steht an ihrer Seite, jetzt und für immer.<sup>3</sup>

- 1 Mit »Amerikanern« sind hier und im Folgenden Bürger der Vereinigten Staaten gemeint.
- 2 Im Folgenden wird die Schreibweise »Ost-Berlin« bzw. »West-Berlin« verwendet. Nach dem Mauerbau war auf westlicher Seite offiziell von *Berlin (West)* und im Alltagsgebrauch von *West-Berlin* die Rede. Die DDR sprach von *Westberlin*, um die These, die westliche Stadthälfte sei eine selbstständige politische Einheit, auch sprachlich zu untermauern. Der westlichen Bezeichnung »Ost-Berlin« stand der in der DDR gebräuchliche Name *Berlin, Hauptstadt der DDR* entgegen. Vgl. Gerd Langguth, *Der Status Berlins aus Sicht der DDR. Eine kritische Bestandsaufnahme*, in: Eberhard Diepgen (Hg.), *Berlinpolitik. Rechtsgrundlagen, Risiken, Chancen, Berlin (West)* 1989, S. 121-161.
- 3 Bill Clinton, »Berlin is free!«, Remarks by the President in Address to the People of Berlin at the Brandenburg Gate, 12. Juli 1994, URL: <http://usa.usembassy.de/etexts/ga6-940712.htm> [7.4.2017].



In Clintons Worten spiegelt sich die Wirkmacht einer Jahrzehnte zuvor geprägten Meistererzählung. Gemeinsam mit den USA hätten die Berliner mutig für die Freiheit und Einheit ihrer Stadt gekämpft; nun habe man gemeinsam das Ziel erreicht.

Diese transatlantische Erfolgsgeschichte prägt bis heute sowohl die deutsche als auch die amerikanische Erinnerungskultur – und auch die Historiografie in beiden Ländern. Das kulturelle Gedächtnis des wiedervereinten Berlin erinnert die drei westlichen Alliierten als »Schutzmacht« und die Sowjetunion als Besatzungsmacht. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Museumslandschaft: Während das nur den Westmächten gewidmete Alliierten-Museum bald in größere Räumlichkeiten im Flughafen Tempelhof umziehen und dort eine neue Dauerausstellung eröffnen wird,<sup>4</sup> leidet das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst unter geschichtspolitischen Kontroversen und räumlicher Abgeschiedenheit.<sup>5</sup> Wer in Berlin von »den Alliierten« spricht, meint damit auch heute noch die Westmächte. Anlässlich des 65. Jahrestags der Aufhebung der Blockade betonte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit im Mai 2014 demgemäß noch einmal, dass die Luftbrücke die »Geburtsstunde einer einzigartigen Freundschaft zwischen Berlin und der westlichen Welt« gewesen sei und ein »friedliches Zeichen gegen Diktatur und Unterdrückung« gesetzt habe:

Die Erfahrung der Luftbrücke hat viel dazu beigetragen, dass die Menschen in Ost und West den Traum von Freiheit, Einheit und Selbstbestimmung nie aufgegeben haben. Mit dem Herbst 1989 ist dieser Traum wahr geworden.<sup>6</sup>

Auch der Nachfolger Wowereits, Michael Müller, blieb diesem Narrativ treu, als er zwei Jahre später Berliner Schülerinnen und Schülern erklärte:

Das uneingeschränkte Bekenntnis der Schutzmächte zu West-Berlin hat die Freiheit der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger gewährleistet. [...] West-Berlin blieb ein leuchtendes Beispiel für die Menschen im Ostteil der Stadt, die auf ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmtheit hofften. Und diese Sehnsucht war auch in Mittel- und Osteuropa stärker als Diktatur und Unterdrückung – die Ereignisse von 1989 zeigen das eindrucksvoll. Ohne

4 Boris Buchholz, In diesem Tempo kann es nicht weitergehen, in: Tagesspiegel Online, 23. November 2017, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/steg-litz-zehlendorf/alliiertenmuseum-in-dahlem-in-diesem-tempo-kann-es-nicht-weitergehen/20622850.html> [7.3.2018].

5 Antonie Rietzschel, Russische Erinnerungslücken, 4. Juli 2017, in: Süddeutsche Zeitung, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/zweiter-weltkrieg-russische-erinnerungsluecken-1.3561369> [7.3.2018].

6 Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, zum 65. Jahrestag der Beendigung der Blockade Berlins am 12. Mai 2014, URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2014/pressemitteilung.109979.php> [7.3.2018].

die Entschlossenheit der Alliierten in Berlin, wäre dieser Traum kaum wahr geworden.<sup>7</sup>

Die Worte Wowereits und Müllers spiegeln den seit Jahrzehnten tradierten West-Berliner Gründungsmythos, der vom siegreichen Kampf gegen die sowjetische Unterdrückung berichtet: Demnach wurde die von den Siegermächten zuvor noch als feindlich betrachtete Berliner Bevölkerung in den Westsektoren als verdienter Partner in die Gemeinschaft der Guten aufgenommen. Mit der friedlichen Revolution folgte Ost-Berlin schließlich diesem Beispiel und ermöglichte so die städtische Wiedervereinigung.

Auch viele Historiker haben dieses Narrativ aufgegriffen: Das Verhalten der Berliner Bevölkerung während der Blockade habe gezeigt, so Eckart Conze, dass die »Deutschen, die noch wenige Jahre zuvor Hitler zugejubelt hatten«, nun bereit waren, »Opfer zu bringen, um die Freiheit zu verteidigen«. Dieses Ereignis habe eine neue transatlantische Freundschaft begründet und »aus den westlichen Siegermächten, allen voran den USA, wurden Schutzmächte«.<sup>8</sup> Laut Ulrich Herbert ließ die Blockade die Berliner Westsektoren »zum Symbol der freien Welt« werden: »Vermutlich hat kein anderes Ereignis der Nachkriegszeit die Deutschen in den Westzonen emotional so eng an den Westen gebunden wie dieses.«<sup>9</sup> Auch wenn die Luftbrücke finanziell »ein grandioses Verlustgeschäft« war, so Bernd Stöver, war sie aus politischer wie psychologischer Sicht zugleich »unbezahlbar«: »Spätestens jetzt waren für alle die Fronten klar.«<sup>10</sup> Manfred Görtemaker markiert in seiner Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls die Luftbrücke als Zäsur:

Berlin war zum Symbol der westlichen Behauptung gegen die Sowjetunion geworden. [...] An dieser Konstellation änderte sich während des gesamten Kalten Krieges – und darüber hinaus – nichts mehr. Immer wieder wurden die westlichen Garantien für die Sicherheit Berlins bekräftigt und durch Besuche von Repräsentanten der Westmächte unterstrichen.<sup>11</sup>

In diesen Zitaten werden zwei Leerstellen deutlich: Zum einen wird eine (West-)Berliner Erfahrung verallgemeinert und auf die Bundesrepublik übertragen. Zum anderen kennt die Erzählung zwischen 1949 und 1989 keine Höhe- und Tiefpunkte. Das Verhältnis zwischen West-Berlin und den Westmächten, insbesondere den USA, wird als lineare Erfolgsgeschichte des Aushaltens in

- 7 Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller, zum 67. Jahrestag der Beendigung der Blockade Berlins am 12. Mai 2016, URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.477489.php> [7.3.2018].
- 8 Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 40.
- 9 Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 601.
- 10 Bernd Stöver, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991, München 2011, S. 91.
- 11 Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 44.

und des Festhaltens an der eingemauerten Stadthälfte geschildert, das mit dem Fall der Mauer zu einem Happy End fand. Keinen Platz in dieser Erzählung haben die »USA-SA-SS«-Rufe protestierender Studenten, die Anschläge der Roten Armee Fraktion (RAF) und anderer terroristischer Vereinigungen auf amerikanische Einrichtungen, die Demonstrationen der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung oder die teils bürgerkriegsähnlichen Zustände im Umfeld der Berlin-Besuche von US-Präsident Ronald Reagan in den Jahren 1982 und 1987. Derartige Ereignisse markieren im verbreiteten Narrativ allenfalls temporäre Konflikte, verursacht durch eine verirrte, lautstarke Minderheit.

Diese Studie verfolgt deshalb das Ziel, die widersprüchlichen Facetten der Berliner Stadtgeschichte aufzugreifen und zu einer neuen Geschichte zu verbinden, die beide Extreme zusammenführt: die nicht selten zeitgleich geäußerte Dankbarkeit für die Präsenz der US-Soldaten vor Ort und den Unmut über ihre Präsenz an anderen Orten in der Welt. Gefragt wird nach der Genese der West-Berliner Meistererzählung und nach ihrer Wirkmächtigkeit. Es geht dabei nicht darum, sie als einen Mythos zu entlarven, sondern sie als konstitutiven Bestandteil einer eigenen lokalen »Sinnprovinz« zu verstehen, deren Funktion die Ordnung subjektiver Erfahrungen durch Sinngebung und somit die gesellschaftliche Integration ist.<sup>12</sup> In der »Wirklichkeit« dieser Sinnprovinz waren die sowjetische Bedrohung und die Notwendigkeit der alliierten Schutzgarantie Teil eines unhinterfragten Alltagswissens, das die Parameter des Denkens definierte und Handlungen legitimierte.<sup>13</sup> Doch gesellschaftliche Konstruktionen von Wirklichkeit sind nicht zwingend konstant, und unterschiedliche »Wirklichkeiten« können miteinander in Konkurrenz treten.<sup>14</sup> Auch die West-Berliner Sinnprovinz unterlag einem Wandel. Der Untersuchung liegt deshalb die These zugrunde, dass das deutsch-amerikanische Zusammenleben vor Ort durch eine spezifische Auslegung der Welt beeinflusst wurde, die insbesondere in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren eigene Institutionen als Wissensträger und Wissensvermittler hervorbrachte und spezifische Rituale ausprägte, schließlich aber auch zunehmend durch konkurrierende Deutungen herausgefordert wurde.

12 Vgl. Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a. M. 1998, insbesondere S. 21-31 und S. 139-157. »Sinn« ist hierbei zu verstehen als »das Ergebnis der Interpretation einer vergangenen Erfahrung, die vom gegenwärtigen Jetzt in reflektiver Einstellung betrachtet wird«. Alfred Schütz, *Über die mannigfaltigen Wirklichkeiten*, in: Martin Endreß/Ilja Srubar (Hg.): *Theorie der Lebenswelt 1. Die pragmatische Schichtung der Lebenswelt*, Alfred Schütz Werkausgabe, Bd. 1, Konstanz 2003, S. 181-239, Zitat S. 184.

13 Berger und Luckmann verstehen unter Wissen »gesellschaftlich relevanten, gesellschaftlich objektivierten und gesellschaftlich vermittelten Sinn«. Vgl. Hubert Knoblauch, *Wissenssoziologie*, 3. überarb. Aufl., Konstanz/München 2014, S. 153-165, hier S. 155 f.

14 Vgl. Schütz, *Über die mannigfaltigen Wirklichkeiten*, S. 181-239.

Anhand von Fallbeispielen werden nachfolgend schlaglichtartig verschiedene Phänomene, resultierend aus der amerikanischen Besetzung Berlins, analysiert: individuelle und inszenierte Begegnungen, aber auch Proteste gegen die Militärpräsenz. Es wird herausgearbeitet, welche Faktoren das Verhältnis zwischen US-Militär und West-Berliner Zivilbevölkerung sowie die Deutung der alliierten Militärpräsenz über die Jahrzehnte hinweg beeinflussten. Was bedeutete diese transatlantische Meistererzählung konkret für die vor Ort stationierten amerikanischen Soldaten und die West-Berliner, die diese ihnen zugeschriebenen Rollen – Besatzer und Besetzte, Beschützer und Beschützte – alltäglich mit Leben zu füllen hatten? Wer versuchte wie, wann und mit welchen Motiven und Zielen, das deutsch-amerikanische Zusammenleben in Berlin zu gestalten? Welche politischen und kulturellen Wandlungen trugen zur Veränderung der transatlantischen Beziehungen bei? Die Beantwortung dieser Fragen soll der Berliner Stadtgeschichte ein Kapitel hinzufügen, das in vielen historiografischen Studien ausgeblendet wird: die Rolle der Alliierten, insbesondere der USA.

Ein weiteres Ziel ist die Verortung Berlins in der deutschen Zeitgeschichte. Beide Stadthälften dienen heutzutage oft als Exempel für Entwicklungen in der Bundesrepublik oder der DDR, obwohl sie damals in vielerlei Hinsicht eher eine Besonderheit darstellten. Besondere Aufmerksamkeit erfahren West- und Ost-Berlin häufig nur im Umfeld der Schilderung internationaler Krisen im Rahmen der Blockkonfrontation.<sup>15</sup> Lokale Aushandlungsprozesse werden hingegen selten thematisiert, weshalb Berlin zu einer Chiffre zu werden droht, »an essentially empty space in which by chance as it were, a Cold War battle took place«.<sup>16</sup> Die Stadt wurde vom »Schauplatz« des Kalten Krieges zum »Schaufenster« des jeweiligen Systems und zum »Spielball der Weltmächte«, hatte aber »scheinbar kaum Gestaltungsmöglichkeiten«.<sup>17</sup> Ungeklärt bleibt so jedoch die Frage, welchen Einfluss die besondere geopolitische Lage auf die städtische Entwicklung hatte und, umgekehrt, welchen Einfluss die lokale Bevölkerung auf die Entwicklung des Kalten Krieges nahm. War West-Berlin eine Großstadt wie andere auch? Lässt es sich als Spiegel der westdeutschen Entwicklung sehen? Oder legten die besondere Rolle im Kalten Krieg und dessen alltagsweltliche Auswirkungen den Grundstein für einen historischen »Sonderweg« und – überspitzt formuliert – eine Art »drittes Deutschland«?<sup>18</sup>

15 Exemplarisch hier: Bernd Greiner u. a. (Hg.), *Krisen im Kalten Krieg*, Bonn 2009.

16 Paul Steege, *Finding the There, There. Local Space, Global Ritual, and Early Cold War Berlin*, in: Gary Backhaus/John Murungi (Hg.), *Earth Ways. Framing Geographical Meanings*, Lanham 2004, S. 155-172, Zitat S. 160.

17 Stephanie Warnke, *Stein gegen Stein. Architektur und Medien im geteilten Berlin 1950-1970*, Frankfurt a. M./New York 2009, S. 18.

18 Der Begriff »drittes Deutschland« rekurriert auf Diskussionen im Rahmen des Workshops »West-Berlin. Umbrüche, Zuschreibungen, Erfahrungsräume« der am 14. März 2011 am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam stattfand.

## 1.1 Das Forschungsobjekt: »Amerikas Berlin«

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren aufgeteilt und den Militärregierungen der Siegermächte unterstellt. Die einstige Reichshauptstadt Berlin bestand nun aus einem sowjetischen Sektor im Osten, einem französischen Sektor im Nordwesten, einem britischen im Westen und einem amerikanischen im Südwesten. Am 4. Juli 1945 übernahmen die USA offiziell die Kontrolle über die Berliner Bezirke Kreuzberg, Neukölln, Tempelhof, Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf. Bereits drei Jahre später kam es zur administrativen Spaltung der Stadt.<sup>19</sup>

Gemäß Artikel 23 des 1949 verabschiedeten Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gehörte Groß-Berlin – also alle vier Sektoren – zu dessen Geltungsbereich.<sup>20</sup> Die (West-)Berliner Verfassung bestätigte dies.<sup>21</sup> Dennoch war West-Berlin zwischen 1945 und 1990 kein konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik.<sup>22</sup> Die Alliierten hatten sich gegen den entsprechenden Artikel im Grundgesetz ausgesprochen<sup>23</sup> und verfügt, dass zwar »die gleichen liberalen Maßnahmen für Berlin anzuwenden« seien, aber »die Alliierte Kommandantur sich alle anderen Rechte vorbehält, die notwendig sind, unter den augenblicklichen außergewöhnlichen Verhältnissen die Sicherheit, die Ordnung und die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität der Stadt zu gewährleisten«.<sup>24</sup> Das bedeutete, dass die West-Berliner Regierung zwar über die »volle gesetzgebende, vollziehende und gerichtliche Gewalt«<sup>25</sup> verfügte, die Alliierten jedoch auf mehreren Gebieten ein Vetorecht behielten.

19 Vgl. Ernst R. Zivier, *Verfassung und Verwaltung von Berlin*, 2. aktual. und erw. Aufl., Berlin 1992, S. 31-37; Dieter Mahncke, *Das Berlin-Problem – die Berlin-Krise 1958-1961/62*, in: Deutscher Bundestag (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1766-1770.

20 Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Art. 23 (Geltungsbereich).

21 Vgl. Udo Wetzlaugk, *Die Alliierten in Berlin*, Berlin (West) 1988, Dokument 16, S. 339-341.

22 Vgl. Olaf Hillenbrand/Christian Matern, *Berlin*, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt a.M./NewYork 1993, S. 43 f.; Dieter Schröder (Hg.), *Das geltende Besatzungsrecht*, Berlin 1990, S. 18-19.

23 Vgl. Erklärung des Informationsbüros der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland (SMAD) vom 10. Februar 1949 zur Einbeziehung Berlins in den Entwurf des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, in: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn in Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat (Hg.), *Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1962*, München 1962, S. 112; Memorandum der Militärgouverneure der drei Westmächte vom 2. März 1949 zum Entwurf der Grundgesetze der Bundesrepublik Deutschland (Auszug), in: ebd.

24 Schreiben der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin am 14. Mai 1949 über die Grundsätze der Beziehungen der Stadt Groß-Berlin zur Alliierten Kommandantur, in: *Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1962*, S. 114.

25 Ebd., S. 115.

Eine Abschwächung des Besatzungsstatuts erfolgte Mitte der 1950er-Jahre: Die westlichen Alliierten gaben bekannt, »ihre Machtbefugnisse nur soweit erforderlich auszuüben, um den Status, die Sicherheit Berlins, seine Wirtschaft, seinen Handel und seine Verbindungswege aufrechtzuerhalten, um die Aufrechterhaltung und Sicherheit der alliierten Streitkräfte in Berlin zu gewährleisten und um die Verbindlichkeiten aus internationalen Verträgen und andere Verpflichtungen ihrer Regierungen zu erfüllen«.<sup>26</sup> Sie beschränkten sich damit auf Fragen der Sicherheit, der Abrüstung und Entmilitarisierung, der Außenpolitik und der Besatzungskosten. Am 5. Mai 1955 erlangte die Bundesrepublik ihre staatliche Souveränität und trat vier Tage später der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) bei, was die einstigen Besatzungstruppen dem NATO-Truppenstatut<sup>27</sup> unterstellte. Am Status West-Berlins änderte sich jedoch nichts.<sup>28</sup> Auch das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 bekräftigte nur noch einmal die Verantwortlichkeit der Alliierten für die Stadt.<sup>29</sup>

Das Ausmaß, in dem ihre Vertreter und Institutionen über die Jahrzehnte zu einem festen Bestandteil der West-Berliner Stadtgesellschaft wurden, wird durch den Umstand illustriert, dass die Westmächte noch im Jahr 1985 nach Siemens und den Berliner Verkehrsbetrieben der drittgrößte Arbeitgeber waren.<sup>30</sup> Über 11.000 Berliner waren direkt für sie tätig.<sup>31</sup>

26 Erklärung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 25. November 1954 über die Abänderung der Grundsatzerklärung vom 7. März 1951, in: Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1962, S. 229; vgl. hierzu auch: Erklärung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 5. Mai 1955 über die Stellung West-Berlins nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge, in: ebd., S. 233-236.

27 Offizieller Name: Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, Kurzform: NATO Status of Forces Agreement (NATO SOFA).

28 Die Alliierte Kommandantur teilte mit, dass, »was Berlin anbelangt, die Botschafter der drei Mächte [...] alle Rechte, Verantwortlichkeiten und Hoheitsrechte, wie sie die Hohen Kommissare innehatten, beibehalten«. Dok. Nr. 193, in: Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1962, S. 233.

29 Die einzige statusrechtliche Neuerung, die das Abkommen brachte, war die Zustimmung der Sowjetunion, dass West-Berlin künftig konsularisch durch die Bundesrepublik vertreten werden dürfe und internationale Verträge der Bundesrepublik auch für West-Berlin Gültigkeit erhalten können. Vgl. Peter Fußlein, *Ausgestaltung und Entwicklung des Vier-Mächte-Abkommens bis zum Herbst 1989*, in: Gerd Langguth (Hg.), *Berlin vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit*, Köln 1990, S. 109-116.

30 Gute Soldaten, deutsche Kameraden, in: *Der Spiegel* 1/1984, S. 52-63.

31 4.700 waren für die Amerikaner tätig, 3.700 für die Briten und 2.600 für die Franzosen. Die größten Arbeitgeber waren der Flughafen Tempelhof, der technische Instandsetzungsdienst und der Bereich Kraftfahrer der Andrews Barracks, die Bau- und Unterhaltungsbehörde der Steuben Barracks, das Guard Battalion der Roosevelt Barracks sowie das US-Hauptquartier. Auch in der Bundesrepublik zählte die U.S. Army Europe in den 1980er-Jahren zu den 20 größten Arbeitgebern. Vgl. *Betreff: Nicht-alliierte Beschäftigte bei den alliierten Schutzmächten in Berlin, 1985*, LArch, B Rep. 002, Nr. 24623.

In seiner Berlin-Biografie kam der Historiker David Clay Large zu dem Fazit, »daß die Amerikaner von allen Besatzungsmächten der Stadt am stärksten ihren Stempel aufgedrückt hatten.«<sup>32</sup> Ihr Engagement war am intensivsten, mit ihnen verbanden sich die meisten Hoffnungen und gegen sie richtete sich später der Großteil der Proteste.<sup>33</sup> »Keine andere europäische Großstadt hatte eine solch weitgehende Amerikanisierung erfahren wie West-Berlin. Außer weitläufigen Wohnanlagen, Sportstätten und militärischen Trainingseinrichtungen hinterließen die Amerikaner einen Golfplatz, einen Jachtclub, mehrere Schulen und Offiziersclubs.«<sup>34</sup> Den zentralen Bezugspunkt dieser Studie bildet deshalb »Amerikas Berlin«, wie es der Historiker Andreas W. Daum anhand des Kennedy-Besuchs von 1963 analysiert hat. Daum betont, dass das »Heldenhafte ebenso wie das Zwiespältige der deutsch-amerikanischen Beziehungen« sich nirgendwo sonst so deutlich spiegelte wie in West-Berlin. Das Schicksal der westlichen Halbstadt wurde »in die Erfolgsgeschichte der amerikanischen Nation eingebunden und geriet zur Projektionsfläche« amerikanischer Hoffnungen und Werte sowie zum Beleg für den Erfolg der eigenen Mission in Europa.<sup>35</sup>

Die französische Militärpräsenz ist durch zahlreiche Besonderheiten gekennzeichnet und würde eine eigene Studie erfordern – zu verschieden waren die Ausgangssituation und die aus der historischen Erfahrung resultierenden politischen Ziele. Frankreich hatte nach Kriegsende zudem den Ruf des »armen Besatzers« und konnte die eigenen Ideen kaum in die alliierte Politik einbringen. So haben die Franzosen zwar in Berlin »Spuren hinterlassen, aber ihre Repräsentanten haben hier selten eine maßgebliche Rolle gespielt.«<sup>36</sup> Die britischen Streitkräfte wurden zwar nicht derart belächelt, konnten sich

32 David Clay Large, *Berlin: Biographie einer Stadt*, München 2002, S. 543.

33 Vgl. Hermann-Josef Rupieper, *Die amerikanische Demokratisierungspolitik in Westdeutschland 1945 bis 1952*, in: Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hg.), *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*, München 1996, S. 197-216, hier S. 199.

34 Large, *Berlin*, S. 543.

35 Andreas W. Daum, *Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg*, Paderborn 2003, S. 194.

36 Vgl. Dorothea Führe, *Besatzungsmacht zweiter Ordnung. Die französische Besatzungspolitik in Berlin 1945-1949*, in: Michael Bienert/Uwe Schaper/Andreas Theissen (Hg.), *Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt*, Berlin 2007, S. 31-49; dies., *Die französische Besatzungspolitik in Berlin von 1945-1949. Déprussianisation und Décentralisation*, Berlin 2001; Jérôme Vaillant, *Frankreichs Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Oberreuter/Weber, *Freundliche Feinde*, S. 231-237. Auch in Rheinland-Pfalz, wo ebenfalls französische und amerikanische Soldaten stationiert waren, konzentrierte sich gemäß der Studie von Maria Höhn bis Mitte der 1960er-Jahre die Wahrnehmung der Besatzungsmächte zumeist auf die GIs; für die Franzosen wurde häufig nur festgestellt, »wie erbärmlich ihr Leben im Vergleich« war. Vgl. Maria Höhn, *Amis, Cadillacs und »Negerliebchen«: GIs im Nachkriegsdeutschland*, Berlin 2008, S. 364.

aber ebenfalls nicht in gleichem Maße in das kollektive Gedächtnis der Stadt einschreiben wie die US-Amerikaner.<sup>37</sup> Zur Geschichte der sowjetischen Besatzung liegen bereits umfangreiche Studien vor.<sup>38</sup> Einen Vergleich zwischen dem Alltag der sowjetischen und amerikanischen Truppen in Deutschland stellte erstmals Christian Th. Müller am Beispiel der Städte Bamberg und Jüterbog an. Seine Studie verdeutlicht, wie unterschiedlich die Bedingungen, Strategien und Ziele der Militärpräsenz sowie die gegenseitige Wahrnehmung von Soldaten und Bevölkerung in der DDR und der Bundesrepublik waren.<sup>39</sup>

## 1.2 Zum Forschungsstand

Aufgrund der zahlreichen Themenfelder, die diese Arbeit berührt, und den verschiedenen Perspektiven, die sie zu verknüpfen versucht, steht sie sprichwörtlich als Zwerg auf den Schultern von Riesen. Obwohl die Geschichte der Bundesrepublik und die Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen ganze Bibliotheken füllen, wurde der amerikanischen Militärpräsenz (insbesondere nach 1955) bisher vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zuteil. Erst der Truppenabzug war in den letzten Jahren Anlass für Forschungs- und Ausstellungsprojekte. Trotz des nicht geringen Einflusses auf die jüngste Berliner Geschichte ist die Geschichte der Alliierten in der geteilten Stadt bis dato eher von populärwissenschaftlichen Publikationen thematisiert worden.<sup>40</sup> Vereinzelt existieren darüber hinaus Schilderungen, die auf den Erinnerungen einstiger Soldaten basieren.<sup>41</sup>

Amerikanische militärgeschichtliche Untersuchungen sind zumeist global angelegt und betten das Phänomen der teils jahrzehntelang existierenden Militärbasen in die weltweite Entstehung eines neuartigen Imperiums ein. Berlin spielt hier keine herausgehobene Rolle, und auch die Bundesrepublik ist oft nur ein Beispiel unter vielen. Im Mittelpunkt der Analysen steht meist der Ver-

37 Zur britischen Besatzung: Volker Koop, *Besetzt. Britische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin 2007 (zu Berlin: S. 279-290).

38 Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die SBZ 1945 bis 1949*, Berlin 1999; Ilko-Sascha Kowalczyk/Stefan Wölle, *Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR*, Berlin 2001; Silke Satjukow, *Besatzer. »Die Russen« in Deutschland 1945-1994*, Göttingen 2008.

39 Christian Th. Müller, *US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland. Erfahrungen, Beziehungen, Konflikte im Vergleich*, Paderborn 2011.

40 Neben den verschiedenen Publikationen des AlliiertenMuseums siehe auch: Tamara Domentat (Hg.), *Coca-Cola, Jazz und AFN. Berlin und die Amerikaner*, Berlin 1995; Gabriele Heidenfelder, *From Duppel to Truman Plaza. Die Berlin American Community in den Jahren 1965 bis 1989*, Berlin 1998. Eine Ausnahme stellt dar: Bienert/Schaper/Theissen, *Die Vier Mächte in Berlin*.

41 Exemplarisch: Henrik Bering, *Outpost Berlin. The History of the American Military Forces in Berlin 1945-1994*, Chicago/Berlin 1995; W.R. Smyser, *Kennedy and the Berlin Wall: »a hell of a lot better than a war«*, Lanham 2009.



such, die nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandene antagonistische Weltordnung zu deuten und die amerikanische Hegemonie zu charakterisieren: »Reluctant. Incoherent. Arrogant. Benevolent. Informal. Invited. There are as many titles for today's American Empire as there are scholars of empire.«<sup>42</sup>

### Die Geschichte der alliierten Militärpräsenz in Deutschland

Zwischen 1945 und 1990 existierten fast 900 amerikanische Militärstützpunkte und -anlagen in der Bundesrepublik; mehrere Millionen US-Amerikaner verbrachten hier einige Jahre ihres Lebens. Im Winter 1945 waren über 20.000 amerikanische Soldaten in Berlin stationiert; später schwankte die Zahl zwischen 4.500 und 6.300, meist waren es um die 6.000.<sup>43</sup> Hinzu kamen die Familien vieler Soldaten sowie Zivilangestellte.

Die ersten Untersuchungen zur Geschichte der Alliierten im Nachkriegsdeutschland wählten zumeist einen politik- und militärgeschichtlichen Zugang und interessierten sich für die Konzepte sowie die Umsetzung der Besatzungspolitik.<sup>44</sup> Seit den späten 1980er-Jahren sind mehrere Studien entstanden, die transfergeschichtlich<sup>45</sup> nach den langfristigen Einflüssen der Siegermächte auf die beiden deutschen Staaten fragten und dies mit den Begriffen Amerikanisierung und Westernisierung<sup>46</sup> (für die DDR: Sowjetisierung) zu fassen versuchten. Während sich der Terminus Amerikanisierung zumeist auf die sich in den 1950er- und 1960er-Jahren verändernde Konsum- und Massenkultur bezieht, beschreibt der Begriff Westernisierung den reziproken Austausch von Ideen und Werten sowie die schrittweise Übernahme anglo-atlantischer Ordnungsvorstel-

42 Mark L. Gillem, *America Town. Building the Outposts of Empire*, Minneapolis 2007, S. 16.

43 Vgl. Jan Peter aus dem Moore/Alexandra Spitz-Oener, *Bye bye G.I. – The Impact of the U.S. Military Drawdown on Local German Labor Markets*, Paper des Sonderforschungsbereichs »Economic Risk« der Humboldt-Universität zu Berlin, S. 31, URL: <http://sfb649.wiwi.hu-berlin.de/papers/pdf/SFB649DP2012-024.pdf> [7.3.2018]. Siehe auch: Friedrich Jeschonnek/Dietmar Riedel/William Durie, *Alliierte in Berlin 1945-1994. Ein Handbuch zur Geschichte der militärischen Präsenz der Westmächte*, Berlin 2002, Tabelle auf S. 395.

44 Earl F. Ziemke, *The U.S. Army in the Occupation of Germany*, Washington, DC 1975; Klaus-Dietmar Henke, *Die amerikanische Besatzung Deutschlands*, München 1995. Besonders hilfreich bezüglich dieses Themengebietes ist auch: Wolfgang Benz, *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949*, Reihe: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22, 10. überarb. Auflage, Stuttgart 2009. Für Berlin: Jeschonnek/Riedel/Durie, *Alliierte in Berlin*.

45 Vgl. Matthias Middell, *Kulturtransfer, Transfers culturels*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 28. Januar 2016, URL: [http://docupedia.de/zg/middell\\_kulturtransfer\\_v1\\_de\\_2016](http://docupedia.de/zg/middell_kulturtransfer_v1_de_2016) [7.3.2018].

46 Anselm Doering-Manteuffel, *Amerikanisierung und Westernisierung*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 18. Januar 2011, URL: [http://docupedia.de/zg/Amerikanisierung\\_und\\_Westernisierung](http://docupedia.de/zg/Amerikanisierung_und_Westernisierung) [7.3.2018].

lungen.<sup>47</sup> In jüngster Zeit wird verstärkt der Versuch unternommen, neue Fragen an die Geschichte der alliierten Besatzung Deutschlands zu stellen, sie in einem breiteren Kontext zu verorten und mit anderen Okkupationen zu vergleichen.<sup>48</sup>

Seit den 1990er-Jahren – oft inspiriert durch das Ende des Kalten Krieges und den (nahenden) Truppenabzug – werden auch verstärkt lokalgeschichtliche Untersuchungen angestellt, die sich dem Zusammenleben im Umfeld westdeutscher Stützpunkte in der unmittelbaren Nachkriegszeit widmen.<sup>49</sup> Deren häufige Beschränkung auf die Jahre 1945 bis 1955 liegt darin begründet, dass sich mit der Souveränität der Bundesrepublik die rechtlichen Bedingungen der amerikanischen Militärpräsenz änderten.<sup>50</sup> Erstaunlich oft konzentrieren sich diese Publikationen auf Fragen nach *gender* und *race*, indem speziell die Situation jener deutschen Frauen analysiert wird, die Beziehungen zu (afro-amerikanischen) Besatzungssoldaten pflegten.<sup>51</sup>

47 Exemplarisch: Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, Frankfurt a. M./New York 1997; Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Philipp Gassert, *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 39/1999, S. 531-561.

48 Vgl. Tagungsbericht: *The Allied Occupation of Germany Revisited: New Research on the Western Zones of Occupation, 1945-49*, 29.-30. September 2016, London, in: *H-Soz-Kult*, 25.11.2016, [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6838](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6838) [7.3.2018].

49 Eine umfangreiche Bibliografie, die sämtliche bis 2002 erschienenen Werke auflistet, findet sich hier: Theodor Scharnholtz, *The American Military Presence and Civil-Military Relations in Germany, A Guide to Sources in American and German Archives*, Reference Guide No. 16 des German Historical Institute in Washington, DC, S. 147 ff., URL: [http://www.ghi-dc.org/fileadmin/user\\_upload/GHI\\_Washington/Publications/Reference\\_Guide/refguide16.pdf](http://www.ghi-dc.org/fileadmin/user_upload/GHI_Washington/Publications/Reference_Guide/refguide16.pdf) [3.7.2018]. Seitdem wurden veröffentlicht: Theodor Scharnholtz, *Heidelberg und die Besatzungsmacht. Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen einer deutschen Kommune und ihrer amerikanischen Garnison (1948/49-1955)*, Heidelberg [u. a.] 2002; Anni Baker, *Wiesbaden and the Americans 1945-2003. The Social, Economic, and Political Impact of the U.S. Forces in Wiesbaden*, Wiesbaden 2004; Werner Kremp/Martina Tunali/Wolfgang Tönnemann (Hg.), *Amerikaner in Rheinland-Pfalz – Alltagskulturelle Begegnungen*, Trier 2008; Anna-Maria Pedron, *Amerikaner vor Ort. Besatzer und Besetzte in der Enklave Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg*, Bremen 2010; Willibald Karl/Karin Pohl (Hg.), *Amis in Giesing. München 1945-1992*, München 2012; Gundula Bavendamm (Hg.), *Amerikaner in Hessen. Eine besondere Beziehung im Wandel der Zeit*, Hanau 2008; Müller, *US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland*; Thomas W. Maulucci/Detlef Junker (Hg.), *GIs in Germany: The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence*, Cambridge 2013; Philipp Gassert/Günther Kronenbitter/Stefan Paulus/Wolfgang E.J. Weber (Hg.), *Augsburg und Amerika. Aneignung und globale Verflechtung in einer Stadt*, Augsburg 2013.

50 Vgl. Scharnholtz, Heidelberg, S. 233-243.

51 Patricia Hough, *The Socio-Cultural Integration of German Women Married to American Military Personnel*, Berlin 1979; Helke Sander/Barbara Johr (Hg.), *BeFreier und*

Eine methodisch äußerst inspirierende Lokalgeschichte legte Michael Ahrens vor, der anhand der britischen Militärpräsenz in Bremen zeigt, welche Einflüsse nicht nur die britische Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik, sondern auch die Geschichte als Kolonialmacht sowie internationale Entwicklungen auf den Besatzungsalltag in der Stadt Hamburg hatten.<sup>52</sup> Ahrens stellt unter anderem fest: Für die »Mehrzahl der Besatzungsangehörigen blieb Hamburg trotz allem eine Stadt, in der sie auf Zeit lebten und die letztendlich [...] für sie austauschbar war«. Nur eine »geringe Anzahl gut gebildeter und neugieriger britischer Zivilisten schlug über die zahlreichen britisch-deutschen Aktivitäten eine Brücke zur deutschen Bevölkerung«.<sup>53</sup>

Anna-Maria Pedron unterstreicht in ihrer kulturgeschichtlichen Untersuchung der deutsch-amerikanischen »Kontaktzonen« Bremens, dass das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten in den ersten Nachkriegsjahren weitestgehend durch Distanz und ein ungleiches Machtverhältnis geprägt war. Dennoch regten »[g]emeinschaftliche Ziele und wechselseitige Bedürfnisse« immer wieder »zum Austausch und zur Annäherung« an. Das Ende der Besatzung, die Rückgabe requirierter Immobilien, der Abschluss der Entnazifizierung sowie der beginnende Kalte Krieg trugen schließlich zu einer Entspannung des Verhältnisses vor Ort bei.<sup>54</sup>

Theodor Scharnholz legte für Heidelberg dar, wie das Inkrafttreten des Deutschlandvertrages 1955 das Interesse der westdeutschen Bevölkerung an Initiativen zur Förderung der transatlantischen Freundschaft weckte, zugleich aber das Leben in weitestgehend autarken Wohnsiedlungen zu einer wachsenden Isolation der amerikanischen Soldaten und ihrer Familien führte.<sup>55</sup> Damit bestätige Scharnholz, was Signe Seiler 1985 im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung des Lebens im Mainzer »Little America« heraus-

Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder, München 1992; Maria Höhn, Frau im Haus und Girl im Spiegel. Discourse on Women in the Interregnum Period of 1945-1949 and the Question of German Identity, in: *Central European History* 26 (1993), S. 57-90; Uta G. Poiger, Rock'n'Roll, Female Sexuality, and the Cold War Battle Over German Identities, in: *Journal of Modern History* 68 (1996), S. 577-616; Tamara Domentat, »Hallo Fräulein«. Deutsche Frauen und amerikanische Soldaten, Berlin 1998; Petra Goedde, GIs and Germans. Culture, Gender, and Foreign Relations, 1945-1949, New Haven 2003; Annette Brauerhoch, Fräuleins und GIs. Geschichte und Filmgeschichte, Frankfurt a. M./Basel 2006; Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen«. GIs im Nachkriegsdeutschland, Berlin 2008; Atina Grossmann, Juden, Deutsche, Alliierte. Begegnungen im besetzten Deutschland, Göttingen 2012; Maria Höhn/Martin Klimke, Ein Hauch von Freiheit? Afroamerikanische Soldaten, die US-Bürgerrechtsbewegung und Deutschland, Bielefeld 2016.

52 Michael Ahrens, *Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945-1958*, München/Hamburg 2011.

53 Ebd., S. 453.

54 Pedron, *Amerikaner vor Ort*, S. 373.

55 Vgl. Scharnholz, *Heidelberg*, S. 246-259. Zu Heidelberg siehe auch: Walter F. Elkins/Christian Führer/Michael J. Montgomery, *Amerikaner in Heidelberg*, Heidelberg 2014.

gearbeitet hatte: Heimweh (besonders bei jüngeren Soldaten), der Mangel an Deutschkenntnissen und das geringe Freizeitangebot hatten zur Folge, dass viele GIs sich langweilten und nicht wenige begannen, Alkohol und Drogen zu konsumieren. Die Autorin unterstreicht die Spaltung zwischen öffentlich inszenierter Freundschaft und privatem Desinteresse bis hin zu feindseligem Verhalten gegenüber den amerikanischen Soldaten.<sup>56</sup>

Die vorliegende Arbeit prüft, ob die Erkenntnisse aus den Studien zum Bundesgebiet auf West-Berlin übertragbar sind, da die Stadt in vielerlei Hinsicht einen Sonderfall darstellte: Die Insellage stand einer totalen Abschottung der militärischen Gemeinden<sup>57</sup> in Form separater Vorstädte entgegen. Zugleich war der prozentuale Anteil der alliierten Soldaten aufgrund der hohen Einwohnerzahl West-Berlins deutlich geringer als im Umfeld der meisten westdeutschen Stützpunkte. Darüber hinaus war die Präsenz in höchstem Maße symbolisch aufgeladen, denn die städtische Identität basierte viele Jahre auf der Erzählung von der bedrohten und nur durch die Anwesenheit der »Schutzmächte« überlebendigen Frontstadt. Überdies ist der rechtliche Status das wohl elementarste Unterscheidungsmerkmal, da die Alliierten in Berlin bis 1990 als Besatzungsmacht präsent waren.

### Die Geschichte West-Berlins

Ein Großteil der Forschungen zur Geschichte West-Berlins verfolgt einen politikgeschichtlichen Ansatz und legt den Schwerpunkt auf die ersten zwei Jahrzehnte der Nachkriegsgeschichte.<sup>58</sup> Im Mittelpunkt stehen die Berlin-Krisen und die Spaltung der Stadt.<sup>59</sup> Zunehmend wird sich auch dem Verhältnis von Ost- und West-Berlin in vergleichender Perspektive oder als »asymmetrisch

56 Signe Seiler, *Die GIs. Amerikanische Soldaten in Deutschland*, Reinbek bei Hamburg 1985.

57 Unter einer Militärgemeinde (military community) wird das zu einem Stützpunkt dazugehörige Militärpersonal verstanden. Vgl. Thomas Leuerer, *Amerikanische Militärgemeinden in Deutschland: der Idealtypus militärischer Präsenz jenseits des Mutterlandes? Versuch einer typologischen Einordnung*, in: Kremp/Tunali/Tönnemann, *Amerikaner in Rheinland-Pfalz*, S. 37-52; Thomas Leuerer, *Die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Deutschland: Militärgemeinden der U.S. Army in Deutschland seit 1945 als ziviles Element der Stationierungspolitik der Vereinigten Staaten*, Würzburg 1997.

58 Dies trifft auch auf die wenigen Überblicksdarstellungen zu: Wolfgang Ribbe, *Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte*, Berlin 2002; Arnt Cobbers, *Kleine Berlin-Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Berlin 2005; Bernd Stöver, *Geschichte Berlins*, München 2010.

59 Exemplarisch: Bienert/Schaper/Theissen, *Die Vier Mächte in Berlin*. Vgl. auch: Elisabeth Grewe, *Das besetzte Berlin. Von der Atlantik-Charta bis zur Luftbrücke*, Berlin 2001; Frank Roggenbuch, *Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau*, Berlin 2008; Melanie Arndt, *Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948-1961*, Köln u. a. 2009; Michael Lemke, *Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961*, Köln [u. a.] 2011.

verflochtene Parallelgeschichte«<sup>60</sup> gewidmet.<sup>61</sup> Eine äußerst pointierte Überblicksdarstellung zur Geschichte West-Berlins verfasste Wilfried Rott.<sup>62</sup> In den letzten Jahren mehrten sich auch von Zeitzeugen verfasste, belletristische Rückblicke auf die Zeit der Teilung, die den Alltag und dessen Besonderheiten in den Mittelpunkt stellen.<sup>63</sup>

Gemeinsam haben viele wissenschaftliche und autobiografische Berlin-Geschichten die Wiederholung des eingangs umrissenen Narrativs: Die Berlinerinnen und Berliner begegneten den Siegermächten nach 1945 zunächst zwar mit Skepsis, dennoch seien die westlichen Alliierten, speziell die US-Amerikaner, schnell zu Freunden geworden. Als Wendepunkt im Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten wird stets die Luftbrücke genannt.<sup>64</sup> Exemplarisch hierfür steht die Schilderung des Historikers James J. Sheehan: »In nur drei Jahren hatten die Amerikaner begonnen, die Berliner nicht als willige Komplizen bei Hitlers Verbrechen zu sehen, sondern als willkommene Verbündete in einem neuen Kampf gegen die kommunistische Bedrohung.«<sup>65</sup> Wilfried Rott teilt diese Deutung: »Die als feindliche Sieger erlebten Besatzungsmächte wur-

60 Christoph Kleßmann, Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte, in: APuZ 18-19/2005, S. 3-II. Siehe auch: Konrad H. Jarausch, »Die Teile als Ganzes erkennen«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 1 (2004) 1, S. 10-30.

61 Vgl. Burghard Ciesla, Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln u. a. 2006; Krijn Thijs, Drei Geschichten, eine Stadt. Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987, Köln u. a. 2008; Warnke, Stein gegen Stein; Heiner Stahl, Jugendradio im Kalten Ätherkrieg. Berlin als eine Klanglandschaft des Pop (1962-1973), Berlin 2010; Günter Schlusche/Verena Pfeiffer-Kloss/Gabi Dolff-Bonekämper/Axel Klausmeier (Hg.), Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte, Berlin 2014; Hanno Hochmuth, Kiezgeschichte. Friedrichshain und Kreuzberg im geteilten Berlin, Göttingen 2017.

62 Wilfried Rott, Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948-1990, München 2009.

63 Für West-Berlin: Kerstin Schilling, Insel der Glücklichen. Generation West-Berlin, Berlin 2004; Horst Bosetzky, West-Berlin. Erinnerungen eines Insel-Kindes, Berlin 2006; D. Holland-Moritz/Gabriela Wachter (Hg.), war gewesen. West-Berlin 1961-89, Berlin 2009; Claus Christian Malzahn, Über Mauern. Warum das Leben im Schatten des Schutzwalls eine sonnige Sache war, Berlin 2009; Günter Brus, Das gute alte West-Berlin, Salzburg 2010; Jenny Schon (Hg.), Wo sich Gott und die Welt traf. West-Berlin. Zeitzeugen erinnern sich an die ersten Jahre nach dem Mauerbau, Vechta 2011; Ulrike Sterblich, Die halbe Stadt, die es nicht mehr gibt. Eine Kindheit in Berlin (West), Reinbek 2012; Wolfgang Müller, Subkultur West-Berlin 1979-1989. Freizeit, Hamburg 2013; Tanja Dückers, Mein altes West-Berlin, Berlin 2016. Für Ost-Berlin: Jan Eik, Ost-Berlin, wie es wirklich war. Erinnerungen aus der Hauptstadt der DDR, Berlin 2016.

64 Exemplarisch: Klaus-Dietmar Henke, Der freundliche Feind. Amerikaner und Deutsche 1944/45, in: Oberreuter/Weber, Freundliche Feinde, S. 41-50, hier S. 49 f.; Jürgen Wenzel, Aus Feinden wurden Freunde. Die Amerikaner in Berlin 1945-1949, in: Bienert/Schaper/Theissen, Die Vier Mächte in Berlin, S. 69-79, hier S. 75.

65 James J. Sheehan, Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden, München 2008, S. 194.

den für die West-Berliner Bevölkerung zu Helfern. [...] Die Berliner Blockade wurde zu einem Beispiel dafür, daß es ein Deutschland geben kann, in dem die Menschen nicht einer Ideologie nachlaufen und bereit sind, für Freiheit und Demokratie Entbehrungen auf sich zu nehmen.«<sup>66</sup> Was diese häufig wiederholte Erfolgsformel ausblendet, ist, unter anderem, die Vorgeschichte, die das stoische Ausharren in der blockierten Stadt begründete, worauf Petra Goedde hinweist: »The airlift marked the culmination of the previous four years of gradual change rather than a turning point in U.S.-German relations.«<sup>67</sup>

Auch nach der Aufhebung der Blockade unterschied sich das Leben in West-Berlin von dem in der frisch gegründeten Bundesrepublik. Maria Höhn stellt für Rheinland-Pfalz fest, dass die 1950er- und 1960er-Jahre bei vielen Zeitzeugen Erinnerungen an eine »aufregende und faszinierende neue Welt von Jazz, Rock 'n' Roll, Straßenkreuzern und Konsumreichtümern« sowie an »beispiellosen Wohlstand« wecken.<sup>68</sup> Für Berlin muss dieses Bild um die Erfahrungen zweier großer Krisen (1948/49 und 1958), den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und den Mauerbau ergänzt werden, die hier in einer anderen Intensität erlebt wurden als im fernen Bundesgebiet. Andreas W. Daum zufolge waren deshalb andere Ereignisse zäsurbildend: Die Passivität der USA nach dem Mauerbau, die Entspannungspolitik sowie der Vietnamkrieg. Sie führten, so Daum, zu einer Schwächung des manichäischen Weltbildes – Amerika als Freund, die Sowjetunion als Feind – und ließen schließlich Berlin, das sinnbildlich für den Konflikt zwischen Ost und West stand, aus dem »Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit« rücken. Als Zäsur benennt Daum das Jahr 1967, als der amerikanische Vizepräsident Hubert H. Humphrey bei seinem Besuch zwei Berlin erlebt habe: das der außerparlamentarischen Opposition, die am Amerika-Haus zeigte, was sie von der »Schutzmacht« hielt, und das altbekannte West-Berlin, repräsentiert durch die zu Tausenden vor dem Rathaus Schöneberg jubelnden Menschen. Bis 1987 habe sich die Situation zugespitzt, was anlässlich des Besuchs von US-Präsident Ronald Reagan zum »größten Nachkriegseinsatz der West-Berliner-Polizei« führte, als die Bezirke Kreuzberg und Schöneberg aufgrund von Krawallen hermetisch abgeriegelt wurden.<sup>69</sup> Das »heroische, auf Vergemeinschaftung basierende Berlin Amerikas zwischen Luftbrücke und Kennedy-Besuch« sei zu jenem Zeitpunkt nur noch ein »Zitat im ritualisierten Gedenken« gewesen.<sup>70</sup>

Zwei Entwicklungen stehen dieser Erzählung von einem recht abrupten Ende der Amerikabegeisterung, verursacht durch die Studentenbewegung und die alternative Szene, entgegen: Erstens wurde in eben jenen Jahren auch ein großer Teil der offiziellen deutsch-amerikanischen Veranstaltungen initiiert, und diese Angebote verzeichneten über die Jahrzehnte hinweg konstant

66 Rott, *Die Insel*, S. 40 f.

67 Goedde, *GIs and Germans*, S. XIII f.

68 Höhn, *Amis, Cadillacs und »Negerliebchen«*, S. 25 und 33.

69 Daum, *Kennedy in Berlin*, S. 180-185.

70 Ebd., S. 195.

hohe Besucherzahlen: das deutsch-amerikanische Volksfest (ab 1961), der Tag der Offenen Tür des Flughafens Tempelhof (ab 1965), der *Friendship Day* in Zehlendorf (ab 1966) und in Steglitz (ab 1967).<sup>71</sup> Zweitens waren es nicht nur Studenten und Kriegsgegner, die aus politischen Motiven gegen die Anwesenheit des amerikanischen Militärs protestierten, sondern auch bei älteren Einwohnern kam Ende der 1970er-Jahre zunehmend Unmut auf. Immer mehr Menschen kritisierten die Sonderrechte der Alliierten sowie den Umstand, dass noch immer keine juristische Instanz existierte, an die man sich bei Problemen wenden konnte.<sup>72</sup> Gabriele Heidenfelder beschreibt deshalb in *From Duppel to Truman Plaza* eine der westdeutschen Entwicklung ähnliche Entfremdung, die sie primär einer fehlgeleiteten Politik des US-Militärs anlastet: »Die Abschottung der Community war in der Hauptsache Resultat der Politik des Command zur Herstellung von Zusammengehörigkeitsgefühl.«<sup>73</sup> Diese Erklärung übersieht jedoch, dass das deutsch-amerikanische Mit- oder Nebeneinander zu keinem Zeitpunkt ausschließlich das Produkt politischer oder militärischer Entscheidungen war.

Tamara Domentat schloss sich der grundsätzlichen Feststellung an, führte die angebliche Isolation aber auf die »kurze Stationierungszeit, Sprachbarrieren und Berührungsgänge« zurück. Gleichzeitig zitierte sie den einstigen Familien- und Bildungsberater der *U. S. Berlin Brigade*, der sich erinnert, »daß die Mehrheit der alleinstehenden Soldaten Klein-Amerika regelmäßig an den Wochenenden verließ, um sich zu amüsieren und die Stadt zu erkunden«.<sup>74</sup> Die zwischen These und Zitat deutlich werdende Diskrepanz ist erklärungsbedürftig. Um der sich andeutenden Vielschichtigkeit des deutsch-amerikanischen Zusammenlebens in der zum Symbol des Kalten Krieges avancierten Stadt gerecht zu werden und Erklärungsangebote für die aufgezeigten Widersprüche und offenen Fragen bieten zu können, widmet sich diese Studie unterschiedlichen Akteuren zu unterschiedlichen Zeiten und verknüpft verschiedene methodische Ansätze.

### 1.3 Methodische Überlegungen

Das ursprüngliche Ziel der vorliegenden Studie war eine Alltagsgeschichte der US-Soldaten in West-Berlin. Als Quellen sollten dementsprechend auch Gespräche mit Zeitzeugen dienen. An einem sonnigen Nachmittag zeigte sich in einem kalifornischen Hotel allerdings rasch, dass dieses Konzept nicht aufgehen würde. Die in San Diego versammelten Mitglieder der *Berlin U. S. Military Veteran's Association* (BUSMVA) hatten sich auf das Gespräch mit einer jungen

71 Vgl. Heidenfelder, *From Duppel to Truman Plaza*, S. 116-122.

72 Vgl. Alliiertes Kummerkasten hat Geburtstag, in: taz Berlin lokal, 4.7.1989, S. 19.

73 Heidenfelder, *From Duppel to Truman Plaza*, S. 16 und S. 123-129, hier S. 124.

74 Domentat, *Coca-Cola, Jazz und AFN*, S. 78-98.

West-Berlinerin gefreut und vorbereitet, doch was sie erzählen wollten, hatte nur bedingt etwas mit dem zu tun, was die Forscherin gehofft hatte zu hören. Anstatt zu verraten, wie und wo sie einst ihre Freizeit verbrachten, erzählten sie von der Luftbrücke und der heroischen Verteidigung des »Outpost of Freedom«. Es waren großartige Geschichten, doch die persönlichen Erinnerungen waren überformt von zahlreichen Filmen, Büchern, politischen Reden und den Berichten ihrer Kameraden. Auch engagiertes und beharrliches Nachfragen konnte die stolzen Männer (und ihre zumeist deutschen Ehefrauen) nicht davon abbringen. Sie erzählten die Geschichte, die sie erzählen wollten, und nutzten die Chance, einer Vertreterin der nachfolgenden Generation zu erklären, was sie damals für ihre Heimatstadt geleistet hatten. Einige Tage später zeigte sich in Washington, DC, ein ähnliches Phänomen: In den im *Veterans History Project* der Library of Congress archivierten Zeitzeugen-Interviews verschwand die persönliche Berlin-Erfahrung hinter einer Erzählung der Geschichte der Berlin-Krisen.

Nach langen Überlegungen fiel die Entscheidung: Wenn das die Erzählung der einst in Berlin stationierten US-Soldaten ist, dann sollte genau diese Geschichte erzählt werden – eine Geschichte des »Vorpostens der Freiheit« und seiner amerikanischen »Schutzmacht«. Aus diesem Entschluss resultierten zahlreiche Fragen: Wann und wie hat sich dieses Narrativ herausgebildet und warum? An welche Erfahrungen war es gekoppelt und inwiefern war es handlungsleitend? In welcher Form war die deutsch-amerikanische »Freundschaft« in West-Berlin konkret erfahrbar? Wurde sie tatsächlich in direkten Begegnungen gelebt? Wie wurde sie inszeniert und tradiert? Gab es Veränderungen im Laufe der Jahrzehnte? An die Formulierung dieser Fragen schlossen sich zahlreiche methodische Überlegungen an, die im Folgenden wiedergegeben werden.

### *1.3.1 Eine Mikrogeschichte des Kalten Krieges*

Lange Zeit wurde der Kalte Krieg als eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion sowie deren Verbündeten geschildert, die circa 1947 begann, um das Jahr 1989 endete und durch die Konkurrenz zweier Weltanschauungen und das nukleare Wettrüsten geprägt war. Seit einigen Jahren wird jedoch verstärkt darauf hingewiesen, dass diese sich auf Ost und West beschränkende Erzählung nicht nur die halbe Welt, sondern auch zahlreiche historische Kontinuitäten außer Acht lässt.<sup>75</sup> Zudem übergeht sie, dass der Kalte Krieg von Menschen »gemacht« wurde und kon-

75 Exemplarisch: Prasenjit Duara, *The Cold War as a historical period. An interpretive essay*, in: *Journal of Global History* 6 (2011) 3, S. 457-480; Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006; Odd Arne Westad, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2007.



krete lebensweltliche und kulturelle Auswirkungen hatte.<sup>76</sup> Die Folgen sind bis heute spürbar.<sup>77</sup>

Auch die alliierte Besatzung und schließlich die Teilung Berlins waren keine Naturgesetze; sie wurden ständig neu verhandelt und gedeutet.<sup>78</sup> Eine Stadtgeschichte als Mikrogeschichte des Kalten Krieges kann deshalb helfen, wie Paul Steege gezeigt hat, »die vertrackten, mehrdeutigen Zusammenhänge zwischen Ort, Politik und der symbolischen Konstruktion und Repräsentation jener Mächte zu verstehen, die halfen, den Kalten Krieg als Konflikt zu konstituieren.«<sup>79</sup> Während die *Cold War Studies* schon zahllose Studien hervorgebracht haben, wurde dennoch kritisiert, dass der Terminus »Kalter Krieg« oft nur als Zeitangabe oder Label für einen rein ideologischen Konflikt genutzt wird: »[A]s a consequence, the Cold War becomes a rather tame creature, as not only the ›coldness‹ of the war becomes a metaphor, but also its war-like character. [...] Soldiers only rarely emerge as actors and the military has little to do in any concrete way.«<sup>80</sup> Doch auch die Soldaten waren Akteure: Wie auch Politiker, Militärs und Verwaltungsmitarbeiter »they had to believe in it as a way of understanding the world around them.«<sup>81</sup> Diesen Gedanken folgt die Studie, indem sie die West-Berliner Bevölkerung in all ihrer Vielschichtigkeit als eigenen Akteur wahrnimmt, die Entstehung des symbolträchtigen »Cold War Berlin« als Aushandlungsprozess analysiert, die militärische Komponente des Konflikts ernst nimmt und sie in Form der Stationierung Tausender US-Soldaten an der Grenze zwischen den beiden feindlichen Blöcken untersucht.

### 1.3.2 Keine Besatzungsgeschichte

Müsste eine Geschichte der amerikanischen Militärpräsenz in West-Berlin nicht in Form einer Besatzungsgeschichte erzählt werden? Unter dem Begriff »Besatzung« wird im Allgemeinen eine kriegsinduzierte militärische Fremd-

76 Dieses Phänomen hat unter dem Begriff »Cold War Cultures« in letzter Zeit besonders viel Aufmerksamkeit erfahren. Vgl. Annette Vowinckel/Marcus M. Payk/Thomas Lindenberger (Hg.), *Cold War Cultures. Perspectives on Eastern and Western European Societies*, New York 2012.

77 Vgl. Bernd Greiner/Tim B. Müller/Klaas Voß (Hg.), *Erbe des Kalten Krieges*, Hamburg 2013.

78 Vgl. Janet Ward, *Post-Wall Berlin. Borders, Space and Identity*, New York 2011, S. 3-25.

79 Steege, *Finding the There, There*, S. 156. »Ultimately, the Cold War stability of an iconic location like Berlin depended upon a collaborative undertaking (even if it was unintentional collusion) of the great powers, East and West. Yet the tension, which made this location significant in and for the Cold War depended on local participation that these Great Power actors neither fully understood nor could fully control.« Ebd., S. 167.

80 Holger Nehring, Review Article: What was the Cold War?, in: *English Historical Review* 127 (2012) 527, S. 920-949, Zitat S. 924.

81 Ebd., S. 927.

herrschaft von temporärem Charakter verstanden. Sie dient »als Pfand für die Begleichung der Kriegskosten des Siegers, als eine symbolische Demonstration« oder »der politisch-gesellschaftlichen Neuausrichtung der Besiegten«. Forschungsfragen, die sich daran anknüpfen, beziehen sich zumeist auf die kulturellen Auswirkungen der Besatzung, das Verhältnis von Kooperation, Akkomodation, Attentismus und Dissens seitens der Besetzten sowie auf den Umgang des Militärs mit dieser Aufgabe.<sup>82</sup> Doch mit den von Verfolgung und Gewalt geprägten »Besatzungsgesellschaften«<sup>83</sup> während des Zweiten Weltkriegs war West-Berlin kaum vergleichbar. Der schnelle, weitreichende Rückzug der Alliierten aus dem politisch-administrativen Alltag der Stadt, der lange Zeitraum ihrer Präsenz und die sich schnell wandelnde Deutung ihrer Anwesenheit schufen eine besondere Situation, die sich von der klassischen Okkupation eines eroberten Gebietes unterschied.

Wie der anstelle des Begriffs »Besatzer« in der West-Berliner Alltagssprache weitverbreitete Terminus »Schutzmächte« bereits andeutet, spielten die alliierten Sicherheitsgarantien eine zentrale Rolle für die Deutung ihrer Anwesenheit. Der Begriff »Schutzmacht« hat eine vielfältige Bedeutung: Im Diplomatentrecht und in den Genfer Konventionen wird damit die stellvertretende Zuständigkeit eines (im Konfliktfall neutralen) Staates für die Bürger eines anderen Staates bezeichnet, der an einem bestimmten Ort selbst nicht präsent ist. Oftmals wird der Begriff auch verwendet, um die Schutzgarantien eines Staates gegenüber einem anderen im Falle eines Angriffs durch eine dritte Partei zu umschreiben. Vor dem Hintergrund der deutschen Kolonialgeschichte hat er jedoch auch einen unangenehmen Beigeschmack, da die Kolonien als »Schutzgebiete« bezeichnet wurden. In West-Berlin stellte der Begriff eine Zuschreibung seitens der Besetzten dar, die sich jedoch als zu Beschützende erachteten, und mit der Verwendung des Terminus ihre Erwartungshaltung kommunizierten.

Eckart Conze unterstrich im Rahmen seiner Ausführungen zu Sicherheit als Kultur, dass die »Abhängigkeit der Sicherheit von einer Schutzgewalt doch deutlich auf den Staat« hinweist.<sup>84</sup> Diese Schutzgewalt waren in West-Berlin lange Zeit anstelle der Bundesregierung die Westalliierten, insbesondere die USA – von ihnen versprach sich bis in die späten 1960er-Jahre hinein die Mehrheit der West-Berliner militärischen Beistand sowie wirtschaftliche Hil-

82 Günter Kronenbitter/Markus Pöhlmann/Dierk Walter, Einleitung, in: dies. (Hg.), *Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, Paderborn 2006, S. 11-21, Zitat S. 13.

83 Tatjana Tönsmeier, *Besatzungsgesellschaften. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Erfahrungsgeschichte des Alltags unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 18. Dezember 2015, URL: <http://docupedia.de/zg/Besatzungsgesellschaften?oldid=125790> [7.3.2018].

84 Eckart Conze, *Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005) 3, S. 357-380, Zitat S. 364.

fe.<sup>85</sup> Die Überlegungen Conzes sollen daher in die Untersuchung einbezogen werden – auch um zu verstehen, wie das sich in den 1970er-Jahren verändernde Sicherheitsbedürfnis zu einem Wandel der Wahrnehmung der US-Soldaten und der transatlantischen Beziehungen beitrug.

### 1.3.3 Die Stadt als Sinnprovinz

In den Jahrzehnten ihrer Existenz erfuhr die Halbstadt West-Berlin zahlreiche Zuschreibungen: Von der »Frontstadt« im Kalten Krieg, einem »Leuchtturm der Freiheit«, dem »Schaufenster des Westens« und »Stachel im Fleisch des Kommunismus« wurde sie Ende der 1960er-Jahre erst zur »Protesthochburg« und schließlich, in Zeiten der Entspannung, zum skeptisch beäugten »Subventionsloch«. Mit diesen Bildern sind konkrete Erzählungen verknüpft – die Stadt als heroischer Ort im Kampf gegen den Kommunismus, die Stadt als suspektes Experimentierfeld einer rebellischen Jugend, die Stadt als übersubventioniertes Relikt des im Status quo verharrenden Kalten Krieges. Diese Zuschreibungen wurden stets mit einer bestimmten Intention zitiert und geben deshalb Auskunft über Selbst- und Fremdbilder sowie über die Motivation und das Weltbild des Sprechers.

Die deutschen und amerikanischen Beschreibungen und Deutungen West-Berlins sind von besonderer Relevanz für diese Studie, weil das jahrzehntelange Festhalten an der »Insel« und der alliierten Militärpräsenz mit Bedeutung aufgeladen war und ihm Sinn verliehen wurde. Trotz aller Freundschaftsbekundungen handelte es sich zunächst um eine Machtbeziehung. Diese Macht beruhte jedoch schon bald nach Kriegsende nicht mehr auf Bajonetten, Verordnungen oder Statuten. Die West-Berliner wünschten und forderten die Anwesenheit der westlichen Alliierten. Die symbolische Aufladung der Militärpräsenz ist daher elementar, will man diese »special relationship« – die letztlich bedeutete, dass man freiwillig Macht abgab und sich (partiell) unter militärische Fremdherrschaft begab – verstehen.<sup>86</sup> Aus diesem Grund wurde bei der Quellenanalyse stets darauf geachtet, wie West-Berlin wann und von wem gedeutet wurde, denn sowohl die Entstehung und »Verwandlung zeitgenössischer Sinnzuschreibungen« als auch deren Transformation »in eine nachzeitige Gedächtnislandschaft« und ihre »mythisierende Verdichtung sind noch unzureichend erforscht«.<sup>87</sup> Die deshalb im Folgenden immer wieder im Mittelpunkt stehenden Berlin-Bilder sind jeweils »Entwürfe einer spezifischen historischen Wahrnehmungssituation« und von

85 Vgl. Hans-Joachim Harder, *Guarantors for Peace and Freedom. The U.S. Forces in Germany, 1945-1990*, in: Maulucci/Junker, *GIs in Germany*, S. 37-54.

86 Vgl. zur Bedeutung von symbolischen Handlungen im Berlin der Nachkriegsjahre: Steege, *Finding the There, There*, S. 135-172.

87 Stefanie Eisenhuth/Martin Sabrow, »West-Berlin«. Eine historiographische Herausforderung, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014) 2, S. 165-187, Zitat S. 166.

besonderer Bedeutung, weil das, »[w]as West-Berlin sein wollte und sollte«, »sich immer nur aus den Kontexten, in denen diese Bilder entstanden sind«, erklärt.<sup>88</sup>

Natürlich ist nicht nur Berlin ein individuelles Gebilde mit spezifischen Sinnzuschreibungen, sondern jede Stadt ist, mit dem Ethnologen und Stadtforscher Rolf Lindner gesprochen, mit einer ganz »eigenen Biografie« ausgestattet.<sup>89</sup> Für Besucher wie Bewohner bilden Städte »einen Vorstellungsraum, der den physikalischen Raum insofern überlagert, als er der durch die begleitenden Bilder und Symbole hindurch erlebte und erfahrene Raum ist.«<sup>90</sup> Jede Stadt ist damit auch ein narrativer Raum, in den Geschichten eingeschrieben sind, die über die Zeit ein spezifisches Gewebe, eine eigene Textur ausprägen und so die Wahrnehmung der Stadt beeinflussen. Diese Textur ist die Summe der Sinnbilder und Repräsentationen materieller wie immaterieller Art: Straßennamen, Denkmäler, Feierlichkeiten, literarische, pädagogische, wissenschaftliche Texte, Stadtwerbung, fiktionale filmische Werke, urbane Legenden und Mythen, Anekdoten, Redensarten und Witze fügen sich zusammen zu einem »stereotypen, in der Dauer verwurzelten Bild«.<sup>91</sup>

Schon in den 1960er-Jahren widmeten sich erste wissenschaftliche Studien der geografischen Wahrnehmungsforschung, die jedoch – da sie sich zumeist an der Methode des Stadtplaners Kevin Lynch<sup>92</sup> orientierten – den medialen Einfluss auf die städtische Wahrnehmung eher vernachlässigten. Eine zweite Linie der Stadtforschung entstand schließlich mit der Semiotik, die sich der »Stadt als Text«<sup>93</sup> widmete. Der Begriff »Text« wird hier im übertragenen Sinn genutzt und meint jegliche Form von medialen Repräsentationen. Im Rahmen des *Spatial Turn* wuchs schließlich die Beschäftigung mit der sozialen Konstruktion und medialen Repräsentation von Räumen.<sup>94</sup>

Zuletzt erhitze die Diskussion um die von Martina Löw aufgestellte These von der Eigenlogik der Städte<sup>95</sup> die wissenschaftlichen Gemüter: In ihrem Buch *Soziologie der Städte* arbeitete sie heraus, dass Städte eigene Sinnprovinzen

88 Wolfgang Kaschuba, »Vom wärmenden Iglu in der Polarzone«. Ein Gespräch über West-Berlin, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014) 2, S. 264-271, Zitat S. 269.

89 Vgl. Rolf Lindner, *Textur, imaginaire, Habitus – Schlüsselbegriffe der kulturanalytischen Stadtforschung*, in: Helmut Berking/Martina Löw (Hg.), *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 83-94.

90 Rolf Lindner, *Offenheit – Vielfalt – Gestalt. Die Stadt als kultureller Raum*, in: Friedrich Jäger/Jörn Rüsen (Hg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Bd. 3, Stuttgart 2004, S. 385-398, hier S. 392.

91 Vgl. ebd., Zitat S. 396.

92 Kevin Lynch, *Das Bild der Stadt*, Berlin 1965.

93 Gerald D. Suttles, *The Cumulative Texture of Local Urban Culture*, in: *The American Journal of Sociology* 90 (1984) 2, S. 283-304.

94 Hierzu ausführlich: Jörg Döring/Tristan Thielmann, *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2008.

95 Vgl. Martina Löw, *Soziologie der Städte*, Frankfurt a. M. 2008.

darstellen.<sup>96</sup> Die spezifischen Strukturen einer Stadt würden sie als Einheit erfahrbar und von anderen unterscheidbar machen. Der von Löw verwendete Terminus »Sinnprovinz«, den diese Studie aufgreift, nimmt Bezug auf die wissenssoziologischen Überlegungen von Peter L. Berger und Thomas Luckmann. Er bezeichnet eine fest abgegrenzte »Enklave in der obersten Wirklichkeit«, also eine kleine Insel inmitten der Alltagswelt.<sup>97</sup> Mit dem Begriff Alltagswelt ist dabei »jener Wirklichkeitsbereich« gemeint, den ein erwachsener Mensch »als schlicht gegeben vorfindet«, den er »als fraglos« erlebt und der ihm »bis auf weiteres unproblematisch« erscheint: »Ich wurde in sie hineingeboren und ich nehme es als gegeben an, daß sie vor mir bestand. Sie ist der unbefragte Boden aller Gegebenheiten sowie der fraglose Rahmen, in dem sich mir die Probleme stellen, die ich bewältigen muß.«<sup>98</sup> Die Alltags- oder Lebenswelt stellt sich somit als Selbstverständlichkeit dar, als ein spezifischer Sinnzusammenhang, den Menschen qua Sozialisierung zu deuten und verstehen lernen. Sinnprovinzen hingegen sind, mit Alfred Schütz gesprochen, an dessen Theorien Berger und Luckmann anknüpfen, »mannigfache Wirklichkeiten« innerhalb der Alltagswelt.<sup>99</sup>

Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass West-Berlin eine eigene Sinnprovinz innerhalb der bundesrepublikanischen Sinnwelt darstellte. Infolge der politischen Entwicklungen in der Nachkriegszeit und der räumlich bedingten besonderen Erfahrungen wurde die Halbstadt zu einer singulären Entität mit eigenen Deutungsmustern und Vokabeln (zum Beispiel der pauschale Begriff »Westdeutschland« oder kurz »Wessiland« zur Bezeichnung der Bundesrepublik, zu der man sich nur eingeschränkt zählte)<sup>100</sup>, aber auch mit eigenen Objekten (wie der Senatsreserve oder dem behelfsmäßigen Personalausweis)<sup>101</sup> sowie Organisationen und Ritualen zur Legitimierung und Tradierung des städtischen Selbstverständnisses. Das Verständnis von West-Berlin als separate Sinnprovinz ermöglicht es, die spezifische »Wirklichkeit« der Inselstadt fassbar zu machen und sie zugleich in ihrem Verhältnis zur bundesdeutschen Lebenswelt, an der sie zugleich Anteil hatte und von der sie sich dennoch unterschied und abgrenzte, zu analysieren.

Zudem wurde die West-Berliner Wirklichkeit immer wieder durch andere Sinnprovinzen – abweichende Vorstellungen von der Stadt, ihrer Rolle und

96 Ebd., S. 70.

97 Berger/Luckmann, Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 28.

98 Alfred Schütz/Thomas Luckmann, Strukturen der Lebenswelt, Konstanz 2003, S. 29 f. Siehe auch: Berger/Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 24.

99 Vgl. Schütz, Über die mannigfaltigen Wirklichkeiten.

100 Vgl. die entsprechenden Schilderungen in: Schilling, Insel der Glücklichen; Sterblich, Die halbe Stadt, die es nicht mehr gibt; Rott, Die Insel.

101 Vgl. Andreas Ludwig, Gab es eine materielle Kultur West-Berlins?, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, II (2014) 2, S. 272-287; Kaschuba, »Vom wärmenden Iglu in der Polarzone«, in: ebd. S. 264-271.

Zukunft – herausgefordert. Scheitert der Versuch, solche konkurrierenden Deutungen zu integrieren, werden diejenigen, die die Routine der Alltagswelt durch ihr Hinterfragen unterbrochen haben, als separate Gruppe wahrgenommen und aus dem, was als »wir« erachtet wird, ausgegrenzt.<sup>102</sup> In diesem Falle ist mit »wir« die städtische Gemeinschaft der vermeintlich »richtigen« Berliner gemeint, die Wilfried Rott aufgrund ihres gemeinsamen Erfahrungshintergrunds als »Blockade- und Mauerbau-Berliner« bezeichnete und von den »jungen Menschen aus dem Bundesgebiet« unterschied, die in die Stadt kamen und denen »die alte West-Berliner Mentalität herzlich fremd war«.<sup>103</sup> Die divergierenden Erfahrungen und Erwartungen der West-Berliner Stadtbevölkerung hätten schließlich, so Rott, zu einer »bis zur Polarisierung reichenden Pluralität« geführt.<sup>104</sup> Hieran anknüpfend muss gefragt werden, inwiefern sich die West-Berliner Sinnprovinz in diesem Kampf um die städtische Deutungshoheit behaupten konnte oder ob sie schlussendlich in der westdeutschen Sinnwelt aufging.

Die Bedeutung von geteilter Erfahrung und Erinnerung für die kollektive Identität einer Gemeinschaft hat insbesondere Aleida Assmann herausgestellt. Sie betont, dass materielle sowie immaterielle Erinnerungsorte jede Stadt zu einem Vorstellungs- und Erinnerungsraum machen, der identitätsprägend und handlungsleitend ist.<sup>105</sup> Diese städtische Identität (oder auch, mit Martina Löw gesprochen, ihre Eigenlogik) spiegelt sich »in den Redeweisen von Besuchern und Bewohnern, in grafischen Bildern der Stadt, in Schriftquellen über sie (vom Roman bis zur Reisereportage), in Bauwerken und in der Stadtplanung, in Ereignissen wie Stadtfesten oder Paraden, in Gegenständen der materiellen Kultur dieser Stadt«.<sup>106</sup> Ergänzen lassen sich die Kampagnen des Städtemarketings oder die Inszenierung der Stadt bei wichtigen Besuchen, wobei unterschieden werden muss zwischen dem historisch gewachsenen *Imaginären* und dem einen spezifischen Zweck verfolgenden *Image* oder *City Branding*.<sup>107</sup> Das Imaginäre verweist »auf den Erfahrungsraum Stadt, der durchdrungen ist von Symbolisierungen«, und stellt zugleich »ein Medium, das Zugang zum Stadtraum verschafft«, dar – es »wird alltagskulturell produziert und ist im Alltag wirksam«. Das städtische Image hingegen ist das Produkt »politischer oder ideologischer Ziele«.<sup>108</sup>

102 Berger/Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 28.

103 Wilfried Rott, Abschied von West-Berlin, in: APuZ 11/2010, S. 41-46, hier S. 42 f.

104 Ebd., S. 43.

105 Aleida Assmann, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, 5. Aufl., München 2010, S. 299.

106 Löw, Soziologie der Städte, S. 77.

107 Vgl. Rolf Lindner, The Imaginary of the City, in: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr/Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften (Hg.), The Contemporary Study of Culture, Wien 1999, S. 289-294.

108 Alexa Färber, Urbanes Imagineering in der postindustriellen Stadt. Zur Plausibilität Berlins als Ost-West-Drehscheibe, in: Thomas Biskup/Marc Schalenberg (Hg.),

Die Popularisierung der hier im Mittelpunkt stehenden West-Berliner Meistererzählung wurde von amerikanischer wie auch von West-Berliner Seite gezielt betrieben und gefördert. Zugleich wurde das Narrativ – wie im weiteren Verlauf gezeigt wird – von der Stadtbevölkerung rasch aufgegriffen und in das eigene Selbstbild integriert. Es wirkte über mehrere Jahrzehnte hinweg identitäts- und gemeinschaftsstiftend. Eine Liste der deutsch-amerikanischen Erinnerungsorte – im Sinne der von Pierre Nora erstmals beschriebenen materiellen wie immateriellen »Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität«<sup>109</sup> – wäre dennoch nicht nur lang, sondern auch recht heterogen. Hier stünden die Blockade und die Freiheitsglocke, das Deutsch-Amerikanische Volksfest und der Kennedy-Besuch neben dem »Eier-Anschlag« auf das Amerika-Haus und den Ausschreitungen bei späteren Präsidentenbesuchen. Es gab Räume der Begegnung und der Abgrenzung. Ebenso gab es Akteure und Akteursgruppen, die vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sichtweisen verschiedene Begegnungsformen – strukturierte wie informelle, vom gemeinsamen Weihnachtsabend bis zur politisch motivierten Konfrontation – unterstützten oder blockierten. Ihnen gilt es nachzuspüren.

### *1.3.4 Civil-Military und Troop-Community Relations*

Die Grundannahme, von der diese Studie ausgeht, ist einfach und dennoch essentiell: Internationale Beziehungen haben Konsequenzen, die nicht nur den Staat als politische Entität, sondern auch die Zivilbevölkerung betreffen. Obwohl diese Aussage als Gemeinplatz gelten kann, widmen sich viele Untersuchungen auf dem Gebiet der Diplomatiegeschichte nach wie vor eher der Frage, wie Kultur das politische Handeln prägt, selten hingegen, welche alltagsweltlichen Auswirkungen Diplomatie hat – obwohl insbesondere der Kalte Krieg in vielfacher Hinsicht das Leben von Millionen von Menschen beeinflusste.<sup>110</sup> Auf ähnliche Weise lässt sich auch die militärgeschichtliche Forschung kritisieren: Lange Zeit war sie als Produkt des Militärs von der Geschichtswissenschaft gering geschätzt worden, da es ihr nicht selten darum ging – und vereinzelt, vor allem in den USA, noch immer darum geht –, nach dem Prinzip »lesson learned« vergangene Kriege zu verstehen, um künftige zu

Selling Berlin. Imagebildung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt, Stuttgart 2008, S. 279-296, Zitat S. 281.

109 Étienne François/Hagen Schulze, Einleitung, in: dies. (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 9-24, hier S. 18. Zu West-Berlin als ostdeutschem Erinnerungsort siehe: David E. Barclay, Westberlin, in: Martin Sabrow (Hg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 431-440.

110 Vgl. Jeffrey A. Engel/Katherine Carté Engel (Hg.), Introduction: On Writing the Local within Diplomatic History – Trends, Historiography, Purpose, in: dies., Local Consequences of the Global Cold War, Washington, DC 2008, S. 1-30.

gewinnen.<sup>111</sup> Unter dem Einfluss des *Cultural Turn* erweiterte die Militärgeschichte jedoch ihr methodisches und thematisches Spektrum, wobei die in den USA bereits seit den 1950er-Jahren etablierten Studien zu *Civil-Military Relations* in Deutschland bisher auf wenig Resonanz stießen.

Der Politikwissenschaftler Samuel Huntington entwickelte in den 1950er-Jahren als Erster eine Methode zur Analyse des Zusammenspiels von militärischen und zivilen Institutionen.<sup>112</sup> Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der damit verbundenen Aufrüstung lag sein Fokus allerdings auf den jeweiligen Eliten innerhalb eines Staates und der Frage, wie eine Balance zwischen den Anforderungen des Militärs und den Interessen und Werten der bürgerlichen Zivilgesellschaft gefunden werden kann. Dieser vermeintlich unauflösbare Widerspruch wurde bereits im 19. Jahrhundert beklagt, als sich *Civil* und *Militär* als »sprachliche Kontrastfigur[en]« herausbildeten.<sup>113</sup> Heute wird das Spektrum der Akteure zumeist breiter definiert.<sup>114</sup> Huntington verwies selbst bereits darauf, dass es sich um ein System aus interdependenten Teilen handle. Was er in seinem Modell jedoch nicht berücksichtigte, waren die Beziehungen zwischen Armee und Gesellschaft an einem Stationierungsort außerhalb des Heimatlandes. Für Huntington zählten lediglich die inneramerikanischen Beziehungen.<sup>115</sup>

Die Übernahme der Kategorien Huntingtons ist im vorliegenden Fall schwierig, da militärische und politische Führung der Alliierten oftmals identisch waren und zudem unter der Beobachtung zweier Gesellschaften standen, die sich zuvor zwei Mal miteinander im Krieg befunden hatten, nun aber gemeinsame Interessen entwickelten. Aus diesem Grund wird im Folgenden ein kulturwissenschaftlich inspirierter Ansatz verfolgt, der die US-Soldaten als regulären Teil der amerikanischen Gesellschaft sieht und versucht, die Armee als »ein kulturelles System zu verstehen, das bestimmte Denkstile, Sinnhorizonte und Deutungsmuster repräsentiert.«<sup>116</sup> Eine Geschichte der »points of contact and overlaps, exchanges and interactions« zwischen Bevölkerung und Besatzungsarmee muss berücksichtigen, dass Soldaten nicht lediglich ein Produkt der Armee sind, sondern jegliche Interaktion mit ihnen auch durch Faktoren

111 Vgl. Thomas Kühne/Benjamin Ziemann, Militärgeschichte in der Erweiterung. Konjunkturen, Interpretationen, Konzepte, in: dies. (Hg.), Was ist Militärgeschichte?, Paderborn 2000, S. 9-46.

112 Samuel Huntington, *The Soldier and the State. The Theory and Politics of Civil-Military Relations*, New York 1957.

113 Vgl. Ute Frevert, Gesellschaft und Militär im 19. und 20. Jahrhundert. Sozial-, kultur- und geschlechtergeschichtliche Annäherungen, in: dies. (Hg.), Gesellschaft und Militär im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1997, S. 7-14, Zitat S. 7.

114 Vgl. Peter D. Feaver/Erika Seeler, Before and After Huntington. The Methodological Maturing of Civil-Military Studies, in: Suzanne C. Nielsen/Don M. Snider (Hg.), *American Civil-Military Relations. The Soldier and the State in a New Era*, Baltimore 2009, S. 72-90.

115 Vgl. Suzanne C. Nielsen/Don M. Snider, Introduction, in: ebd., S. 1-10.

116 Frevert, Gesellschaft und Militär, S. 10.



geprägt ist, die außerhalb ihrer beruflichen Funktion liegen: kulturelle Werte des Heimatlandes, die Sozialisierung vor dem Eintritt in die Armee sowie Erwartungen, Vorurteile und Stereotype in Bezug auf den Stationierungsort.<sup>117</sup>

Darüber hinaus gilt für West-Berlin, was Reinhild Kreis für Augsburg festgestellt hat: Sämtliche »Kontaktebenen und -bereiche [...] anzusprechen ist kaum möglich, denn diese umfassten quasi alle Lebensbereiche: Die amerikanischen Soldaten waren Arbeitgeber, Nachbarn, Untermieter, Kundschaft, Verkehrsteilnehmer, Sportkameraden, Liebhaber, Ehemänner und vieles mehr«. <sup>118</sup>

Es geht hier deshalb nicht primär darum, die Intensität der Beziehungen in Form einer dichten Beschreibung zu schildern. Wichtiger ist vielmehr deren zeitgenössische Wahrnehmung und Deutung. Damit wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass die Beziehungen oftmals mehr Projektionsfläche und Teil einer symbolischen Freundschaftsinszenierung waren als konkrete Interaktionen im Alltag. Eine Studie der US-Botschaft aus dem Jahr 1956 schlüsselt die Kontakte wie folgt auf: Während ca. 30 Prozent der in Westdeutschland und West-Berlin Befragten angaben, US-Soldaten in den vergangenen Jahren oberflächlich bis gut kennengelernt zu haben, hatten knapp 70 Prozent keine Bekanntschaft mit ihnen gemacht.<sup>119</sup> Obwohl es regionale Unterschiede gab, lassen sich für West-Berlin rein quantitativ kaum Besonderheiten feststellen. Dass dennoch 1956 laut einer Umfrage 58 Prozent der Berliner davon überzeugt waren, dass sich das Zusammenleben im Verlauf der 1950er Jahre verbessert habe,<sup>120</sup> bestätigt die Annahme, dass neben der persönlichen Begegnung noch weitere Faktoren die Beurteilung des Miteinanders beeinflussten.

### 1.3.5 *Transnationale Geschichte*

Da sich diese Untersuchung dem Aufenthalt amerikanischer Soldaten in Berlin widmet und nach der narrativen Verarbeitung ihrer Präsenz in Deutschland und den USA fragt, ist sie auch als eine transnationale Geschichte zu erachten. Diese Forschungsperspektive war zeitweise starker Kritik ausgesetzt: nicht präzise genug, mit keiner eindeutigen Methode verknüpft,

117 Marcus Funck, *Militär, Krieg und Gesellschaft. Soldaten und militärische Eliten in der Sozialgeschichte*, in: Kühne/Ziemann (Hg.), *Militärgeschichte in der Erweiterung*, S. 157-174, Zitat S. 164.

118 Reinhild Kreis, *Miteinander und nebeneinander. Die Augsburger Bevölkerung und die amerikanische Militärpräsenz 1945-1970*, in: Gassert [u. a.], *Augsburg und Amerika*, S. 207-224, Zitat S. 208.

119 Vgl. American Embassy, Office of Public Affairs, Research Staff: *The American Soldier Reappraised – A Further Study of Civilian-Troop Relations*, Report No. 227, Series No. 2, 21. Februar 1956, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: *Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, 1955: 221 THRU 1956: 235*, Box 8, S. 2.

120 Ebd., S. 5.

nur für die Neuzeit anwendbar.<sup>121</sup> Wenn man ihr allerdings nicht gleich das Etikett »Paradigma« verleiht, beschreibt sie lediglich die Verknüpfung verschiedener Ansätze aus der Kultur-, Diplomatie- und Politikgeschichte. Ziel der transnationalen Geschichte ist es, verschiedenartigen Vernetzungen zwischen zwei oder mehr Nationen in Form einer Transfer-, Verflechtungs- oder Beziehungsgeschichte nachzuspüren. Dies kann eine Untersuchung der Grenzüberschreitung von Personen, Waren oder Ideen und deren Auswirkungen sein wie auch die Konstruktion transnationaler Gemeinschaften mittels symbolischer Handlungen.<sup>122</sup> Janine Dahinden wies darauf hin, dass nicht jeder, der sich über Grenzen hinwegbewegt, auch an transnationalen Praktiken beteiligt ist und auch Menschen, die nicht mobil sind, transnational agieren können. Sie unterscheidet hierbei *network transnationalism*, also grenzübergreifende soziale Beziehungen, und *transnational subjectivity* im Sinne einer individuellen Zugehörigkeit zu einem transnationalen Raum.<sup>123</sup>

Dementsprechend interessiert sich diese Studie insbesondere für die Entstehung einer transatlantischen »imagined community«<sup>124</sup>. Der von Andreas W. Daum in diesem Zusammenhang verwendete Terminus »Amerikas Berlin« beschreibt die westliche Stadthälfte als einen relationalen Raum, da sich »das Verhältnis zwischen West-Berlin und Amerika zur Vorstellung einer kulturellen, ideellen und emotionalen Zusammengehörigkeit steigerte« und die »Fluchtpunkte der westdeutschen Entwicklung nach 1945 nicht allein in der deutschen Geschichte lagen«.<sup>125</sup> Kiran Klaus Patel nannte demgemäß folgende Anforderungen an Forschungen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen zwischen 1945 und 1990: »Multinationale Perspektivierung auf Grundlage multiarchivalischer Quellenarbeit, umfassende Kontextualisierung durch Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure und Einbettung in die Geschichte des Kalten Krieges sowie schließlich methodische Pluralität jenseits der konventionellen Diplomatiegeschichte stellen drei Kerndimensionen dar, innerhalb derer Koor-

121 Vgl. hierzu: C. A. Bayly/Sven Beckert/Matthew Connelly/Isabel Hofmeyr/Wendy Kozol/Patricia Seed, AHR Conversation: On Transnational History, in: *The American Historical Review* III (2006) 5, S. 1441-1464. Siehe auch die einzelnen Beiträge in: Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, 2. Aufl., Göttingen 2010.

122 Philipp Gassert, *Transnationale Geschichte*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 29.10.2012, URL: [http://docupedia.de/zg/Transnationale\\_Geschichte\\_Version\\_2.0\\_Philipp\\_Gassert](http://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte_Version_2.0_Philipp_Gassert) [7.3.2018].

123 Janine Dahinden, Are we all transnationals now? Network transnationalism and transnational subjectivity. The differing impacts of globalization on the inhabitants of a small Swiss city, in: *Ethnic and Racial Studies* 32 (2009) 8, S. 1365-1386.

124 Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a. M./New York 2005.

125 Daum, *Kennedy in Berlin*, S. 8.

dinaten sich jede Arbeit verorten muss.«<sup>126</sup> Indem diese Untersuchung amerikanische und deutsche Quellen in die Analyse einbezieht, offiziell sowie privat und zivilgesellschaftlich initiierte Begegnungen berücksichtigt, die Motive für diese Kontakte im historischen Kontext verortet und methodische Ansätze aus der Kultur-, der Militär- und der Politikgeschichte miteinander verknüpft, versucht sie, diese Anregungen aufzugreifen.

### 1.3.6 Prämissen

Aus den methodischen Überlegungen leiten sich erste Fragen und Ausgangsthese ab: Welche Faktoren waren für das Verhältnis zwischen West-Berlin und den USA prägend? Zum einen die geteilte Angst vor einem sowjetischen Angriff und der Glaube an die Notwendigkeit, West-Berlin davor zu schützen, zum anderen die sowohl kulturell bedingte wie auch politisch motivierte Wahrnehmung des jeweils anderen. Berlin und die Vereinigten Staaten waren vor dem Hintergrund der Debatten über die »Moderne« und eine vermeintliche »Amerikanisierung« Deutschlands schon im 19. Jahrhundert gegenseitig Vorstellungsraum und Referenzpunkt. Dieser imaginierte Ort diente als Motor für die Suche von Nähe oder ein Verweilen auf Distanz. Drittens, die städtische Identität West-Berlins, die eng mit der Deutung der alliierten Präsenz verbunden war. Der Blick auf die Soldaten der Westmächte und die eigene Stadt variierte je nachdem, ob man die Alliierten als Besatzer, Beschützer oder sinnentleertes Relikt der Vergangenheit betrachtete. Dementsprechend fragt die Studie vor allem nach der Deutung der Militärpräsenz und der Kultur der Sicherheit im Wandel der Zeit sowie nach den daraus resultierenden Konsequenzen im politischen, militärischen und städtischen Alltag West-Berlins.

Wer prägte das deutsch-amerikanische Zusammenleben in West-Berlin? Hier kommen unterschiedliche Akteure ins Spiel. Es wird untersucht, mit welchen Mitteln und Motiven deutsche und amerikanische Stellen – der West-Berliner Senat, die US-Armee und die US-Mission sowie zivilgesellschaftliche Akteure – versuchten, die Beziehungen vor Ort zu gestalten. Im Fokus der Studie stehen neben den erwünschten auch die konfrontativen Begegnungen, denn aufgrund der wachsenden Kritik an der US-amerikanischen Außenpolitik in den 1960er-Jahren muss ebenso nach den Gegnern der militärischen Präsenz gefragt werden. Zu berücksichtigen sind dementsprechend auch generationsgeschichtliche Aspekte, die Aufschluss über den Einfluss von Erfahrungen und Sozialisation geben können. Die zentrale Frage lautet: Wie veränderten sich die Vorstellungen und Wahrnehmungen der amerikanischen »Schutzmacht« über die fast 50 Jahre währende alliierte Präsenz in West-Berlin und welche Handlungsweisen wurden daraus abgeleitet?

126 Kiran Klaus Patel: Sammelrezension: Rolle der USA im europäischen Einigungsprozess, in: H-Soz-Kult, 21.10.2004, URL: [www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-2943](http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-2943) [7.4.2017].

## 1.4 Zu den verwendeten Quellen

Die Frage nach der politischen und militärischen Gestaltung des Zusammenlebens von Soldaten und Zivilbevölkerung verlangt nach einem Quellenkorpus, der Überlieferungen unterschiedlicher Provenienz beinhaltet: Regelwerke, Korrespondenzen und Berichte der U.S. Army sowie die Akten der Senatskanzlei gehören ebenso dazu wie Artikel in Tageszeitungen, Reportagen und durch die Soldaten selbst verfasste graue Literatur. Aufgrund der recht asymmetrischen Überlieferung bilden teils deutsche, teils amerikanische Quellen den Schwerpunkt.

Für die Jahre 1945 bis 1949 stehen die Akten des Office of Military Government, Berlin Sector (OMGBS) und des übergeordneten Office of Military Government for Germany, United States (OMGUS) im Archiv der National Archive and Records Administration in College Park, Maryland (NACP) zur Verfügung.<sup>127</sup> Ein großer Teil dieser Akten wurde durch das National Archive (NARA) in Kopie dem Berliner Landesarchiv (LArch), dem Bundesarchiv (BArch) und dem Institut für Zeitgeschichte in München zur Verfügung gestellt.<sup>128</sup> Zwischen 1949 und 1955 übernahm die Alliierte Hohe Kommission (für die USA der U.S. High Commissioner of Germany, kurz HICOG)<sup>129</sup> die Aufgaben des Kontrollrats; 1955 wurden die Hohen Kommissare durch reguläre Botschafter in Bonn ersetzt. Die Alliierte Kommandantur in Berlin wurde durch diese Institutionen angeleitet; sie blieb auch nach dem Auszug der Sowjetunion 1948 bestehen. Die Sektoren wurden hier durch die Stadtkommandanten repräsentiert, die sowohl eine militärische als auch eine politische Funktion ausübten. Dem amerikanischen Kommandanten standen daher ein Political Advisor sowie der Commander of the Berlin Garrison (Chef der Stäbe) zur Seite. Bei Abwesenheit des US-Stadtkommandanten übernahm bis 1955 ein militärischer Vertreter, danach der Gesandte (Minister der US-Mission Berlin)<sup>130</sup> als ziviler Stellvertreter dessen Aufgaben. Zahlreiche der verwendeten Quellen entstammen der militärischen Verwaltung, die zwischen 1945 und 1994 unter den Namen *Berlin Military Post*, *Berlin Command*, *U.S. Army Garrison, Berlin* und seit den 1960er-Jahren als *Berlin Brigade* firmierte.<sup>131</sup> Sie

127 Überliefert in: NACP, Record Group (im Folgenden: RG) 260.

128 Gemäß den Recherchen von Jürgen Wenzel fehlen in den deutschen Kopien jedoch Überlieferungen aus den Bereichen Public Safety, Public Relations, Intelligence sowie dem Public Works and Utilities Branch. Dennoch können die Berichte einzelner Abteilungen der Militärregierung und der Liaison Officer, die Dokumente der Kommandantur-Komitees in Berlin sowie die Sitzungsprotokolle der Stadtkommandanten und ihrer Stellvertreter eingesehen werden. Vgl. Wenzel, *Aus Feinden wurden Freunde*, S. 76.

129 Überliefert in: NACP, RG 466, HICOG Berlin Element.

130 Überliefert in: NACP, RG 84, Foreign Service Posts, U.S. Mission Berlin.

131 Im Folgenden wird stets der Name »Berlin Brigade« verwendet, da diese Bezeichnung am längsten währte und dementsprechend am bekanntesten war.

unterstand dem European Command (EUCOM) bzw. der U.S. Army Europe (USAREUR).<sup>132</sup>

Als besonders nützliche Quellen erwiesen sich die verschiedenen Quartals-, Halbjahres- und Jahresberichte des Berliner Stützpunktes der US-Armee, die Notizen und Korrespondenzen der Gesandten und Verbindungsoffiziere, die Meinungsumfragen des HICOG und der United States Information Agency (USIA)<sup>133</sup> sowie einzelne von der US-Armee selbst erstellte und herausgegebene Publikationen. Die Historical Division des European Command war für die Dokumentation der Besatzung zuständig und verfasste in diesem Rahmen Berichte und Studien zu spezifischen Themen sowie eigene Monografien, die in der Reihe *Occupation Forces in Europe* erschienen. Als Quellen dienten der Abteilung die ihr übergebenen Dokumente sowie Interviews, die zum Teil nur auf diese Art überliefert sind. Um die Korrektheit der Angaben zu gewährleisten, wurde jedes Manuskript von den entsprechenden Abteilungen oder Stäben überprüft und redigiert.<sup>134</sup>

Die Informationen zu den Besuchen der US-Präsidenten Richard M. Nixon und James Earl (Jimmy) Carter entstammen den Beständen der jeweiligen Presidential Library<sup>135</sup> sowie der Polizeihistorischen Sammlung Berlins (PHSB), dem Berliner Landesarchiv und dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU).

Eine genauere Erforschung der verschiedenen deutsch-amerikanischen Veranstaltungen in West-Berlin gestaltete sich schwierig, da die Akten des Allied Staff Berlin (ASB), eine gemeinsame Einrichtung aller drei Westmächte, die neben der Verteidigungsplanung auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig war, seit 1994 nicht mehr auffindbar sind. Hier wurden allerdings unter anderem ab 1955 die Allied Forces Day Parade, ab 1981 die Feierlichkeiten zum Gedenken an die Luftbrücke sowie die Vorweihnachtsandacht in der Gedächtniskirche (*Carol Service*) organisiert.<sup>136</sup> Die Koordination anderer Festivitäten, wie zum Beispiel des Deutsch-Amerikanischen Volksfestes als »largest regular U.S. Army sponsored community relations event in Europe«, oblag dem Public Affairs Office. Dem Büro untergeordnet existierten weitere Einrichtungen wie das Volksfest Office, das Community Relations Office und das Kontakt-Büro zur Koordination der Jugendarbeit.<sup>137</sup> Auch diese Akten sind bislang nicht

132 Überliefert in: USAREUR, Berlin Brigade/Command, in: NACP, RG 338, USAREUR, Berlin Military Post, RG 409.

133 Überliefert in: NACP, RG 306.

134 Die Prozedur wird in der jeweiligen Einleitung der Jahresberichte beschrieben.

135 Konsultiert wurden die jeweiligen »trip-files« sowie die Überlieferungen der mit der Organisation der Reisen betrauten Personen in der Nixon Presidential Library & Museum (Yorba Linda, CA) sowie in der Jimmy Carter Presidential Library and Museum (Atlanta, GA).

136 Vgl. Jeschonnek/Riedel/Durie, *Alliierte in Berlin*, S. 124-151 und 298-321.

137 Vgl. Heidenfelder, *From Duppel to Truman Plaza*, S. 118 f.

auffindbar, und es ist fraglich, ob die US-Armee sie überhaupt jemals einem Archiv übergeben hat.<sup>138</sup>

Einzelne Jahresberichte aus den 1970er- und 1990er-Jahren befinden sich im U.S. Army Heritage and Education Center (USAHEC) in Carlisle, PA<sup>139</sup> sowie im U.S. Army Center of Military History (USACMH) in Washington, DC. Darüber hinaus konnten zahlreiche Erkenntnisse zu den Problemen der Armee in den späten 1970er- und 1980er-Jahren aus den zeitgenössischen Studien *The Boys in the Barracks*<sup>140</sup> und *Army of Hope, Army of Alienation*<sup>141</sup> gewonnen werden, die das Resultat eines Krisenempfindens infolge des Vietnam-Krieges waren.<sup>142</sup> Beide Publikationen basieren auf intensiven Forschungen im Stil der teilnehmenden Beobachtung sowie auf zahlreichen Interviews mit US-Soldaten und deren Familien.

Eine weitere wichtige Quelle für das Alltagsleben der amerikanischen Soldaten in West-Berlin ist die Armee-Zeitung *The Berlin Observer*, die von 1945 bis 1994 wöchentlich erschien und im Berliner Landesarchiv eingesehen werden kann.<sup>143</sup> Hier finden sich Reportagen, Veranstaltungskalender, Umfragen sowie Hinweise auf Aktivitäten im Bereich der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Parallel dazu wurden Ausgaben der im Zeitungsarchiv des Zentrums für Berlin-Studien befindlichen lokalen Tageszeitungen herangezogen, um die mediale Schilderung bestimmter Ereignisse oder die Diskussion verschiedener mit der Militärpräsenz verbundener Phänomene analysieren zu können.

Aus dem Landesarchiv Berlin wurden insbesondere Akten aus dem Bestand der Berliner Senatskanzlei genutzt, die unter anderem Auskunft über Initiativen zur Förderung des Zusammenlebens<sup>144</sup> sowie auch über die Beschwerden seitens der Stadtbevölkerung<sup>145</sup> geben. Ergänzend finden sich in den Beständen der einzelnen Bezirksverwaltungen (Zehlendorf, Steglitz, Schöneberg, Tempelhof, Kreuzberg und Neukölln) Informationen zu gemeinsamen Veranstaltungen, amerikanischen Bauvorhaben, der Wohnsituation der Soldaten und ihrer Familien sowie für die frühen Jahre auch zu den für die Alliierten beruflich tätigen Stadtbewohnern.

138 So die Auskunft des U.S. Military History Institute in Washington, DC.

139 Bestand »Berlin Brigade Collection«. Hier befindet sich ebenfalls der umfangreiche Nachlass des Stadtkommandanten Frank L. Howley.

140 Larry H. Ingraham/Frederick J. Manning, *The Boys in the Barracks. Observations on American military life*, Philadelphia 1984.

141 John P. Hawkins, *Army of Hope, Army of Alienation. Culture and Contradiction in the American Army Communities of Cold War Germany*, Westpoint/London 2001.

142 Siehe auch: Daniel J. Nelson, *Defenders or Intruders? The Dilemmas of U.S. Forces in Germany*, Boulder 1987; ders., *A History of U.S. Military Forces in Germany*, Boulder 1987.

143 1945/46 wechselte der Name mehrfach; aus »The Berlin Sentinel« wurde »The Grooper« und schließlich »The Berlin Observer«.

144 LArch, B Rep. 002, Nr. 20923 f.

145 LArch, B Rep. 002, Nr. 25731 f.

Informationen zu Protestaktionen gegen die Amerikaner seitens der Studentenbewegung und der alternativen Szene sowie der Friedensbewegung wurden unter anderem der Polizeihistorischen Sammlung Berlin sowie einzelnen Beständen des APO-Archivs der Freien Universität Berlin entnommen. Die von deutschen Studenten und amerikanischen GIs gemeinsam herausgegebenen Untergrundzeitschriften, die sich hauptsächlich dem Protest gegen den Krieg in Vietnam widmeten, werden vom *GI Press Project* gesammelt und wurden mir freundlicherweise für meine Recherchen zur Verfügung gestellt.<sup>146</sup> Für das Kapitel zu den Aufenthalten amerikanischer Soldaten in Ost-Berlin wurde auf Akten aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) zurückgegriffen.

Einige amerikanische Militärs und Diplomaten sowie West-Berliner Politiker haben ihre Erinnerungen in Form von Memoiren veröffentlicht und der Studie so einen Einblick in die narrative Verarbeitung individueller Berlin-Erfahrungen ermöglicht.<sup>147</sup>

## 1.5 Aufbau der Studie

Die Struktur dieses Buchs orientiert sich an vier großen Themenaspekten: (I) dem Aufbau der amerikanischen Militärpräsenz in Berlin und der Herausbildung einer spezifischen West-Berliner Sinnprovinz, die eng mit den USA verbunden war und schließlich eine transatlantische »imagined community« begründete, (II) der Institutionalisierung, Inszenierung und Ritualisierung dieser Gemeinschaft, (III) der vielfältigen Herausforderung der Gemeinschaft und der ihr zugrunde liegenden Meistererzählung und (IV) der Erinnerung an die Jahre der Besatzung.

Im Anschluss an die Einleitung bietet das *zweite Kapitel* zunächst eine Tour d'Horizon über die Ankunft der US-Armee und den deutschen sowie amerikanischen Erfahrungsraum und Erwartungshorizont, der das Miteinander in der besiegten und besetzten Stadt prägen sollte. Im Mittelpunkt stehen die

<sup>146</sup> Die Website des von James Lewes durchgeführten Projekts: <http://gipressproject.blogspot.de>.

<sup>147</sup> Exemplarisch: Lucius D. Clay, *Entscheidung in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1950; Frank L. Howley, *Berlin Command*, New York 1950; John J. Maginnis, *Military Government Journal. Normandy to Berlin*, hg. v. Robert A. Hart, Amherst 1971; James M. Gavin, *On to Berlin. Battles of an Airborne Commander 1943-1946*, New York 1978; Walter Momper: *Grenzfall. Berlin im Brennpunkt deutscher Geschichte*, München 1991; Klaus Schütz, *Logenplatz und Schleudersitz. Erinnerungen*, Berlin 1992; Martin J. Hillenbrand, *Fragments of Our Time: Memoirs of a Diplomat*, University of Georgia 1998; Vernon A. Walters, *Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres, Berlin 1994* und ders., *In vertraulicher Mission*, München 1990; Eberhard Diepgen, *Zwischen den Mächten. Von der besetzten Stadt zur Hauptstadt*, Berlin 2004.

verschiedenen Formen, in denen sich US-Soldaten, Berlinerinnen und Berliner in den ersten Jahren der Besetzung begegneten, wie die jeweilige Öffentlichkeit auf sich etablierende Kontakte reagierte und wie von deutschen und amerikanischen Stellen versucht wurde, sie zu regulieren. Dem Deutungswandel von der Besatzungs- zur Schutzmacht widmet sich das *dritte Kapitel*. Es untersucht, wie aus der einstigen Reichshauptstadt der strahlende »Outpost of Freedom« wurde. Dieser Wandel leitete eine neue Phase der zunehmend ritualisierten und institutionalisierten Freundschaft ein, die in Form von Volksfesten, Militärparaden sowie bei Präsidentenbesuchen demonstriert und zelebriert wurde. In den späten 1960er-Jahren setzte allerdings ein Prozess der Ausdifferenzierung ein, der im *vierten Kapitel* anhand einzelner Fallbeispiele analysiert wird: Die US-Soldaten brachten in vielfacher Weise Vietnam nach Berlin, Tausende Menschen protestierten gegen die Politik der USA, einige solidarisierten sich mit dem Widerstand einiger GIs, andere bekundeten demonstrativ vor dem Schöneberger Rathaus, dass die USA sich auf die Loyalität West-Berlins verlassen könnten. Diese Proteste sollten nicht die einzige Herausforderung für das im Kalten Krieg geborene West-Berliner Selbstverständnis bleiben: Auch die Friedens- und Umweltbewegung sowie die Hausbesetzer fanden in West-Berlin spezielle Bedingungen vor, mit denen sie sich auseinandersetzen mussten. Das *fünfte Kapitel* versucht schließlich, eine Erklärung dafür zu bieten, warum die fast 50 Jahre währende Militärpräsenz trotz der nicht unerheblichen Schwierigkeiten in den 1970er- und 1980er-Jahren weitestgehend als Erfolg erinnert wird.



## 2. Erwartungen, erste Begegnungen und Entscheidungen

Im Sommer 1944 sangen die amerikanischen Jazz-Künstler Bing Crosby und The Andrews Sisters:

There'll be a hot time  
in the town of Berlin  
When the Yanks go marching in  
I want to be there boy, spread some joy  
When they take old Berlin.<sup>1</sup>

Einen Sommer später hoffte tatsächlich auch ein Großteil der Bewohner der hier besungenen deutschen Reichshauptstadt, dass die US-Armee bald einmarschieren würde. Die im Süden Berlins wohnende Journalistin Margret Boveri beschrieb ihre Eindrücke in einem Brief Ende Juni 1945:

[I]n der Hoffnung und Sucht, Hilfe und Schutz bei den Amerikanern zu finden, äugten zahllose Leute nach den Amerikanern aus. Das Auftauchen eines Amerikaners war ein Ereignis ersten Grades, das, von Mund zu Mund gehend, sich immer vergrößerte.<sup>2</sup>

Seit Anfang Mai lebte die Bevölkerung unter sowjetischer Besatzung. Doch obwohl die Wehrmacht kapituliert und die Kampfhandlungen aufgehört hatten, wollte keine Normalität einkehren. Die Rote Armee hatte zwar umgehend Hilfsmaßnahmen eingeleitet und mit einer gesellschaftlichen Umstrukturierung begonnen, doch ihr Regime war auch von Plünderungen und Gewalt insbesondere gegen Frauen gekennzeichnet.<sup>3</sup> Weiterhin war der Alltag dem Überleben gewidmet.<sup>4</sup>

Berlin lag in Trümmern. Die Einwohnerzahl war von 4,3 auf 2,8 Millionen gesunken. In der Innenstadt galt über die Hälfte aller Wohnungen als unbewohnbar, fast ein Drittel des städtischen Straßennetzes und 85 Brücken waren zerstört. Nur wenige Linien des öffentlichen Nahverkehrs standen zur Verfügung. Für einige Zeit gab es weder Trinkwasser noch Strom oder Gas.

1 Zu hören hier: <https://archive.org/details/therellBeAHotTimeInTheTownOfBerlin> [7.3.2018].

2 Margret Boveri, *Tage des Überlebens. Berlin 1945*, München 1968, S. 206.

3 Vgl. Sander/John, *BeFreier und Befreite*; Kowalczyk/Wolle, *Roter Stern über Deutschland*, S. 35-40; Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 91-180; Grossmann, *Juden, Deutsche, Alliierte*, S. 84-123. Besonders eindrücklich schildert dies auch: Anonyma, *Eine Frau in Berlin. Tagebuchaufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945*, Frankfurt a. M. 2003 [Erstaufgabe 1959].

4 Vgl. Naimark, *Die Russen in Deutschland*; Antony Beevor, *The Fall of Berlin 1945*, London/New York 2002; Sven Reichardt/Malte Zierenberg, *Damals nach dem Krieg. Eine Geschichte Deutschlands 1945 bis 1949*, München 2008.

Die tägliche Essensration hatte aus 200g Brot, 10g Zucker, 25g Fleisch, 10g Salz, 400g Kartoffeln und 2g Kaffee bestanden, bis am 14. Mai Lebensmittelkarten eingeführt wurden. Die ersten kulturellen Veranstaltungen – ein Fußballspiel, Konzerte und Theateraufführungen – lockten Tausende Besucher an. Russischsprachige Wegweiser, ausgebrannte Fahrzeuge und Schutt sowie flüchtende Menschen aus dem Osten, die ihre Handkarren gen Westen zogen, prägten das Straßenbild. An Wänden und Tafeln informierten Familien über ihren Verbleib. Überall sah man Menschenketten mit Eimern, die Steine aus den Ruinen holten. Eine aufkommende Ruhrepidemie kostete in der ersten Juniwoche 285 Menschen das Leben. Bei einer Schwarzmarkt-Razzia am 14. Juni wurden 429 Menschen verhaftet. Am 26. Juni nahm die erste Schule wieder den Unterricht auf. Die Kommunistische Partei (KPD), die Sozialdemokratische Partei (SPD) und die Christlich Demokratische Union (CDU) hatten sich bereits gegründet. Am 30. Juni ordnete die Sowjetische Militäradministration (SMAD) an, alle ehemaligen Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) innerhalb der nächsten drei Tage aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Zugleich ließ sie die Infrastruktur schrittweise wiederherstellen und setzte eine Kommunalregierung ein.<sup>5</sup>

Die US-Armee saß derweil in Potsdam fest. Am 17. Juni 1945 war ein Teil der Offiziere und Soldaten, die das Berlin District Headquarter bilden sollten, gemeinsam mit der 2nd Armored Division von Halle aus in Richtung Berlin aufgebrochen.<sup>6</sup> Doch die Operation mit dem programmatischen Codewort *Enthrone* scheiterte zunächst: Tagelang wurde die Gruppe durch die Rote Armee aufgehalten, da es Konflikte zwischen der amerikanischen und sowjetischen Führung gab. Erst im Laufe des 3. Juli erreichten 37 Offiziere und 175 Soldaten mit 50 Fahrzeugen unter der Führung von Colonel Frank L. Howley bei Regen die Stadt; weitere Truppen folgten innerhalb der nächsten vier Tage.<sup>7</sup>

Weder der Einmarsch noch die Unterbringung entsprachen dem, was man sich unter dem Einzug einer siegreichen Besatzungsarmee vorgestellt hatte. Eine kleine Vorhut von Quartiermachern war zwar schon am 2. Juli in Berlin eingetroffen und hatte zehn Häuser in Dahlem sowie einige Luftschutzräume requiriert, aber dauerhafte Unterkünfte hatte sie nicht gefunden.<sup>8</sup> Die neuen

5 Vgl. die Chronik »Berlin im Jahr 1945«, in: Luisenstädtischer Bildungsverein e.V. Online, URL: <http://www.luise-berlin.de/kalender/jahr/1945.htm> [7.3.2018].

6 Die 2nd Armored Division wurde im August durch die 82nd Airborne Division ersetzt. Im November übernahm dann die 78th Lightning Infantry Division, die wiederum im Frühjahr 1946 durch das 3rd Infantry und das 16th Constabulary Squadron ersetzt wurde.

7 Vgl. die entsprechenden Tagebucheinträge von Anfang Juli 1945 sowie die Notes of Conference between General of the Army Sokolovsky and General Parks, 2. Juli 1945 im sowjetischen Hauptquartier in Berlin, in: Diary, in: USAHEC, Floyd L. Parks Papers 1944-1945, Box 1.

8 US HQ Berlin District and HQ 1st Airborne Army, Office of the District Engineer Berlin, Germany: Operations Report RE&L, 13. Mai bis 30. September 1945, in: NACP, RG 388, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organiza-

Machthaber verbrachten daher die ersten Nächte in Zelten im Grunewald. John J. Maginnis – Veteran des Ersten Weltkrieges, Vizepräsident einer Kohlehandelsgesellschaft und nun Civil Affairs Officer – notierte ernüchtert in seinem tagebuchartigen *Military Government Journal*:

I had managed to avoid pup tents [Notzelte] throughout World War II, yet here I was, with the war over and making a triumphal entry into Berlin, established in that dread form of shelter under most dreary and uncomfortable conditions. This was undoubtedly history's most unimpressive entry into the capital of a defeated nation by a conquering power.<sup>9</sup>

Am selben Tag, dem 3. Juli 1945, vertraute Ruth Andreas-Friedrich, eine im Widerstand gegen das NS-Regime aktive deutsche Journalistin, ihrem Tagebuch an:

Die Amerikaner sind da! Frank hat sie mit eigenen Augen gesehen. Zum mindesten einen von ihnen. In der Nähe der Schloßstraße. Es ist kaum anzunehmen, daß man es bei dem einen bewenden ließ. Also sind sie doch gekommen. Die Sieger aus dem Westen, auf die wir seit Anfang April gewartet hatten. Von Tag zu Tag mehr, von Nacht zu Nacht dringender. Schon lange ging das Gerücht in der Stadt. Seit sieben Tagen welken an den Laternen der westlichen Ausfallstraßen die Tannengirlanden und Begrüßungsarrangements. [...] Nun ist das Märchen Wirklichkeit.<sup>10</sup>

Am folgenden Nachmittag um 16 Uhr fand mit militärischer Zeremonie vor der bis dato von der SS-Leibstandarte Adolf Hitler genutzten Kaserne in Lichterfelde offiziell die Übernahme jener sechs Bezirke statt, die von nun an den amerikanischen Sektor bildeten: Kreuzberg, Tempelhof, Neukölln, Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf.<sup>11</sup> Am 11. Juli 1945 nahm die Alliierte Kommandantur die Arbeit auf.

Das folgende Kapitel skizziert die Beziehung zwischen Besatzern und Besetzten in den ersten Nachkriegsjahren als einen Prozess mit Höhen und Tiefen. Nach einer einführenden Schilderung der Ankunft und Annäherung wird anhand der sogenannten Fraternalisierung – wie der Volksmund zeitgenössisch das Verhältnis zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Frauen nannte – und des Lebensbereichs Arbeit sowie der amerikanischen Jugend-

tions (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Historical Reports) THRU Berlin District (Activity Reports), Box 402, Folder: HQ Berlin District Historical Reports.

9 Maginnis, *Military Government Journal*, S. 261. Zu diesem Tag siehe auch: Tagebucheintrag vom 3. Juli 1945, in: *Diary*, in: USAHEC, Floyd L. Parks Papers 1944-1945, Box 1.

10 Ruth Andreas-Friedrich, *Schauplatz Berlin. Tagebuchaufzeichnungen 1945 bis 1948*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1984, S. 74f.

11 Ausführlich zur Ankunft der U.S. Army in Berlin: Howley, *Berlin Command*, S. 18-56.

arbeit herausgearbeitet, wie es zu Kontakten kam, wie sich diese gestalteten und wie sie von der medialen Öffentlichkeit beider Staaten diskutiert wurden. Zudem wird analysiert, wie tradierte Berlin-Bilder und persönliche Begegnungen die amerikanische Wahrnehmung der einstigen Reichshauptstadt prägten. Abschließend wird untersucht, wie sich ein amerikanischer Alltag in Berlin etablierte, der in seinen Grundzügen bis 1994 bestehen blieb.

## 2.1 Amerikanische Pläne für Deutschland

Die Berliner Bevölkerung versprach sich von der neu eingetroffenen amerikanischen Siegermacht nicht nur Ruhe und Ordnung, sondern auch eine mildere Besatzungspolitik. Die von vielen innig Herbeigesehnten verfügten zu jenem Zeitpunkt allerdings noch nicht einmal über einen konkreten Plan, was mit Deutschland und dessen Hauptstadt in den nächsten Jahren geschehen sollte. Ende 1941 hatte das US-Kriegsministerium eine Military Government Division eingerichtet, und im Mai 1942 war eine School of Military Government gegründet worden, um nach dem Sieg über qualifiziertes Personal für mögliche Militärverwaltungen zu verfügen. Nach einigen Kompetenzstreitigkeiten in Washington, die sich weitgehend um die Frage gedreht hatten, ob das Militär oder zivile Stellen für die Besatzung zuständig sein sollten,<sup>12</sup> sorgten schließlich die Erfahrungen mit der Verwaltung von Gebieten in Nordafrika und Italien dafür, dass die Entscheidung zugunsten des Militärs ausfiel. Anfang 1944 wurde daher im Oberkommando der Alliierten Invasionsstreitkräfte ein neuer Stab für Civil Affairs (G-5) eingerichtet. Am 28. April 1944 formulierte der anglo-amerikanische Generalstab in der Direktive CCS 551 erste Ziele: In den eroberten deutschen Gebieten sollten zunächst stabile Verhältnisse geschaffen, NS-Organisationen aufgelöst und NS-Gesetze aufgehoben werden. Darüber hinaus seien führende Nationalsozialisten ihrer Ämter zu entheben und gegebenenfalls zu verhaften sowie Kriegsverbrechen zu ahnden.<sup>13</sup> Erst in Form der Direktive JCS 1067 vom März 1945 und schließlich im Rahmen der Potsdamer

12 Coles und Weinberg fassen die damals gängigen Argumente zusammen: »[F]irst, that the Army is not qualified to conduct civil affairs efficiently; second, that though it may do so quite efficiently it cannot do so with sufficient humanity, democracy, or politico-economic enlightenment; third, that though the Army may on occasion govern foreign territory both efficiently and with enlightenment, the taste of civil power may give some military leader ambitions for political power at home; fourth, that even though Army administration may have had no bad effects at home or abroad, nevertheless it is irretrievably wrong in principle for a democracy to make soldiers governors in any place and at any time.« Harry L. Coles/Albert K. Weinberg (Hg.), *Civil Affairs. Soldiers Become Governors*, Washington 1964, Neuauflage 1992, Zitat S. 5.

13 Der Name der Direktive lautete: *Combined Directive for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender*. Eine ausführliche Entstehungsgeschichte findet sich in: Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 93-122.

Konferenz Anfang August 1945 wurden die Grundsätze der alliierten Politik – Demilitarisierung, Denazifizierung und Dekartellisierung sowie schließlich auch die Demokratisierung – festgelegt.<sup>14</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt lag lediglich ein im August 1944 von der German Country Unit, ein aus 150 zumeist amerikanischen Offizieren bestehender Spezialstab im alliierten Hauptquartier (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force, SHAEF), vorgelegter Leitfaden mit dem Titel *Handbook for Military Government of Germany* vor. Er sollte helfen, in den eroberten und besetzten Gebieten schnellstmöglich wieder einigermaßen normale Verhältnisse herzustellen. Die Verfasser waren allerdings davon ausgegangen, dass der Feind zeitnah kapitulieren und man eine weitestgehend intakte Verwaltung vorfinden würde. Erst im Spätsommer 1944 realisierten die Alliierten langsam, dass dies nicht geschehen würde und man sich auf einen langen Kampf auf deutschem Boden einzustellen hatte. An eine einfache Regierungsübernahme war nicht mehr zu denken. Dies hatte zur Folge, dass die Armee spontan vor Ort über die Besatzungspolitik entscheiden musste – was auch bedeutete, »die Direktiven nach Belieben zu dehnen und freimütig gegen sie zu verstoßen, wenn dies Gerechtigkeitsgefühl, Pragmatismus oder Eigeninteresse geraten erscheinen ließen.«<sup>15</sup> Der Historiker Hermann-Josef Rupieper bezeichnete die Politik in der Zeit bis zur Kapitulation Deutschlands deshalb als eine »Politik der Vertagung« und resümierte: »Trial and error war daher das Konzept der Übergangszeit.«<sup>16</sup>

Als die US-Soldaten in Berlin einzogen, verfügte die Armee allerdings bereits über monatelange Erfahrung aus der Besatzung anderer Gebiete. Inzwischen hatte sich auch in Washington eine politische Linie herauskristallisiert, die einem »harten Frieden« im Sinne der Agrarisierungs-Pläne des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau eine Absage erteilte. Es waren die schon nach dem Ersten Weltkrieg geführten Debatten über das nötige Ausmaß des Engagements in Europa,<sup>17</sup> die mit dem Kriegseintritt der USA erneut ausbrachen und sich weitgehend darum drehten, wie die Entwicklung

14 Vgl. Konrad Jarausch, Amerikanische Einflüsse und deutsche Einsichten. Kulturelle Aspekte der Demokratisierung Westdeutschlands, in: Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk (Hg.), *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970*, Göttingen 2005, S. 57-81, hier S. 63.

15 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 93-122, Zitat S. 106. Henke kam daher zu dem Schluss: »Nichts führt deswegen mehr in die Irre, als aus den Befehlen, mit denen die amerikanische Besatzungsmacht nach Deutschland hineinging, irgend etwas über die Besatzungswirklichkeit herauslesen zu wollen.« Ebd.

16 Hermann-Josef Rupieper, *Peacemaking with Germany. Grundlinien amerikanischer Demokratisierungspolitik 1945-1954*, in: Bauerkämper/Jarausch/Payk, *Demokratiewunder*, S. 41-56, hier S. 43.

17 Einige Studien bezeichnen diese Auseinandersetzung als Kampf zwischen Isolationisten und Internationalisten, doch diese pauschale Kategorisierung ist in der amerikanischen Geschichtswissenschaft umstritten. Zu der Debatte: Hilde Eliassen

in Europa erklärt werden könne und welche Strategie sich für die Zeit nach dem Ende der Kampfhandlungen aus dieser Erkenntnis ableiten lasse. Lediglich die Annahme, dass ein militärischer Sieg noch keinen dauerhaften Frieden bedeuten würde, fand allgemeine Zustimmung. Doch über das adäquate Maß an Bestrafung, Kontrolle und Rehabilitation wurde lange Zeit gestritten: War die jüngste Geschichte Beweis dafür, dass die Deutschen an sich böse waren oder hatte eine kleine politische und wirtschaftliche Elite sich ihrer in Form eines Putsches ermächtigt? Gab es überhaupt Hoffnung auf ein friedliches Europa? Würde es dem Frieden dienen, Deutschland auf Dauer in jeglicher Hinsicht kleinzuhalten oder dürfte es keinesfalls aus der Gemeinschaft der Staaten isoliert werden?

Im Frühjahr 1944 waren noch 64 Prozent der Amerikaner davon überzeugt, dass die Deutschen nicht mehr hinter ihrem »Führer« stehen würden. Die Hälfte zeigte ihnen gegenüber eine »friendly attitude« und 44 Prozent glaubten, dass präventive und konstruktive Maßnahmen helfen würden, die Deutschen auf den richtigen Weg zu bringen. Im Laufe des Jahres 1945, infolge immer detaillierterer Informationen über Kriegsverbrechen und Konzentrationslager, schlug die Stimmung jedoch um. Gleichwohl war die Mehrheit auch weiterhin bereit, den Wiederaufbau Deutschlands zu begleiten und zu unterstützen.<sup>18</sup> In dieser Hinsicht war sich schließlich auch die politische Führung der USA einig: Deutschland sollte besetzt, politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich umgestaltet und später, wenn es sich als friedensfähig erwiesen hatte, als demokratischer Staat neu gegründet werden. Ob es zu diesem Zweck besser in kleinere Staaten geteilt werden sollte, blieb weiterhin strittig. Letztlich wurde eine Art dritter Weg eingeschlagen, der Bestrafung und Rehabilitation miteinander verband.

Das kleine Handbuch *Pocket Guide to Germany*<sup>19</sup> fasste das Grundprinzip der Besatzungspolitik für die US-Soldaten in einem simplen Satz zusammen: »The point is, we don't like to kick people when they are down.«<sup>20</sup> Bereits seit der Eroberung der ersten deutschen Stadt im Herbst 1944 kennzeichnete das Vorgehen und Verhalten der US-Armee und ihrer Militärverwaltungsstäbe »ein Pragmatismus, der von Improvisationsfähigkeit, von einem gegenüber allzu pauschalisierenden Deutschlandbildern und exzessiven Karthago-Visionen wenig anfälligen common sense und von Verantwortungsgefühl« geprägt

Restad, *Old Paradigms in History Die Hard in Political Science. US Foreign Policy and American Exceptionalism*, in: *American Political Thought* 1 (2012) 1, S. 53-76.

18 Vgl. Michaela Hoenicke Moore, *Know Your Enemy. The American Debate on Nazism, 1933-1945*, Cambridge 2010, S. 204-216.

19 Der *Pocket Guide* war ein Produkt der *Morale Services Division* des *War Department*. Im November 1944 waren ca. zwei Millionen Exemplare in Umlauf. Vgl. Brauerhoch, *Fräuleins und GIs*, S. 158. Der *Berlin Story Verlag* hat ihn als Nachdruck veröffentlicht: Sven Felix Kellerhoff (Hg.), *Pocket Guide to Germany*, Berlin 2008.

20 Kellerhoff, *Pocket Guide*, S. 30.

war.<sup>21</sup> Die über die folgenden Monate gesammelten Erfahrungen sowie die rasch auftauchenden Probleme in der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sorgten bald nach Kriegsende für eine erneute Überarbeitung der amerikanischen Strategie: An die Stelle »drakonischer Kriegsverhinderung« trat schließlich die Unterstützung Deutschlands bei einem »konstruktiven Neubeginn«.<sup>22</sup> Doch bis dahin sollte noch einige Zeit vergehen.

## 2.2 Ankunft in Berlin: Die US-Armee richtet sich ein

Das für Berlin zuständige Civil Affairs Detachment<sup>23</sup> mit dem Codenamen *ALAT* hatte nur wenige Vorbereitungen für den Einzug in Berlin treffen können, da niemand wusste, wie sich die Situation vor Ort genau gestalten würde.<sup>24</sup> Generell war der hoch qualifizierten Einheit, die aus Männern mit universitärer Ausbildung und langjähriger beruflicher Erfahrung in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen bestand,<sup>25</sup> nur eine temporäre Rolle zugeacht. Ihre Aufgabe war lediglich die Sicherung der besetzten Gebiete, um die Politik sollten sich später zivile Stellen kümmern. Aus dieser Konstellation erwuchs eine Struktur, in der militärische und zivile Stellen eng miteinander verbunden waren und auch blieben.

Nachdem die US-Armee offiziell in Berlin Einzug gehalten hatte, dauerte es noch eine weitere Woche, bis sie die Arbeit in den Sektoren aufnehmen konnte. Zu tun gab es reichlich. Im Rahmen einer Radiosendung fasste Major General Floyd L. Parks, der erste US-Militärgouverneur Berlins, die Probleme für die heimatlichen Zuhörer zusammen:

This city, that formerly sheltered four million people, is a shambles. Sections of the center of the city are 100% destroyed. Many of the electric power stations, water stations, and sewage plants are unable to operate. Schools, courthouses, bakeries, markets, theaters – even little commonplace things like drug stores just do not exist, and what transportation that survived the

21 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 997.

22 Jaraus, *Amerikanische Einflüsse und deutsche Einsichten*, S. 62.

23 Unter *Civil Affairs* verstand die US-Armee die Zusammenarbeit mit lokalen, zivilen Einrichtungen und der örtlichen Bevölkerung. Das Detachment bestand demgemäß zumeist aus unterschiedlichen Experten aus der zivilen Welt (Mediziner, Juristen, Verwaltungsbeamte, Ingenieure etc.) und hatte die Aufgabe, die militärische Führung zu unterstützen.

24 Beschrieben in: Howley, *Berlin Command*, S. 17 ff.; Maginnis, *Military Government Journal*, S. XIII-XIV.

25 Howley, der die Einheit anführte, hatte an der Pariser Sorbonne studiert und war Inhaber einer Werbeagentur. Er selbst beschrieb sein Team: »I had engineers, professional policemen, municipal experts, public accountants – terrific men and good soldiers. They were the type needed to revive a city, not by cracking the whip and shouting, but by a few quiet, firm words of expert advice.« Howley, *Berlin Command*, S. 25. Siehe auch: Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 213 ff.

raids, is paralyzed by lack of gasoline. Can you imagine a city the size of, say, Pittsburg, without these things? If so you know what we face over here.<sup>26</sup>

Trotz der humanitären Katastrophe hielt sich sein Mitleid mit der städtischen Bevölkerung in Grenzen: »[W]e are not molly-coddling or cow-towing to these Berliners. You and I, and all of us, will never forget that here was brewed the poison of two wars.«<sup>27</sup>

Der Civil Affairs Officer (und schon bald zum stellvertretenden Leiter der US-Militärregierung in Berlin aufsteigende) John J. Maginnis war schon bei einer ersten kurzen Vorabvisite am 26. Juni 1945 vom Ausmaß der Zerstörung und von der schlechten Gemütsverfassung der Berliner überrascht gewesen. Im Gegensatz zu den Bewohnern der amerikanischen Zone im Süden Deutschlands erschienen sie ihm »beaten physically and in spirit«, und er hatte sich gefragt, »whether this ruined city was really worth bothering with«.<sup>28</sup> Dennoch war er nun Teil jener Gruppe, die inmitten der Ruinen eine funktionierende Verwaltung zu errichten hatte.

Zunächst wurde das einstige Gebäude des Luftgaukommandos III in der heutigen Clayallee zum US-Hauptquartier auserkoren. Die Amerikaner fanden es in einem katastrophalen Zustand vor:

Painted a dirty grey for camouflage purposes, and battered by fire, bombs and artillery. All the first floor was ripped up, the doors knocked down, the windows broken and everything that could be ripped out looted. A German plane lay in the middle of Saargemuender Straße [...]. Beside the main gate [...], there were groups of shallow graves with crude wooden stars painted brilliant scarlet, marking the spots where Red Army soldiers had been hastily buried.<sup>29</sup>

Auch die schließlich bezogenen Kasernen boten kein besseres Bild:

Enlisted personnel of the G-1 Section sleep in constant fear. Two flimsy partitions collapsed during a windstorm over a week ago, and there still remains a wall which sways four or five inches in the wind and threatens to collapse. There are very few windows with panes intact, and, consequently, no protection against cold or mosquitos. When it rains, it is often necessary for men to sleep in the hallway [...]. There are no showers in Company D.<sup>30</sup>

26 Script of broadcast over mutual broadcasting system by Major General F. L. Parks and Mr. Arthur Mann, USAHEC, Floyd L. Parks Papers 1944-1945, Diary 1944, Box I.

27 Ebd.

28 Tagebucheintrag vom 26. Juni 1945, in: Maginnis, *Military Government Journal*, S. 258 f.

29 *Special Services Tour of Berlin*, Berlin 1950, Nachdruck des Berlin Story Verlags von 2010, S. 9.

30 Summary of Meeting G-1, 31. Juli 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit



Einige Soldaten nahmen verbotenerweise ihr Schicksal selbst in die Hand und requirierten eigenmächtig Wohnraum.<sup>31</sup> Am 18. Juli befahl die US-Armee den Bewohnern einer kompletten Zehlendorfer Wohnsiedlung, diese umgehend zu verlassen, zog einen Zaun um das Areal und quartierte ihre Soldaten ein.<sup>32</sup> Knapp zwei Monate später verwaltete sie circa 4.500 Immobilien in Berlin, die größtenteils als Unterkünfte dienten, da die als Kasernen anvisierten Gebäude erst repariert werden mussten.<sup>33</sup> Nach einem Jahr war eine Unterabteilung der Engineer Staff Section noch immer damit beschäftigt, eine Bestandsliste der soldatischen Unterkünfte außerhalb von Kasernen anzufertigen und offizielle Requisitionsscheine auszustellen; allein zwischen Januar und März 1946 wurden 1.260 solcher Bescheinigungen ausgefüllt. Einige Amerikaner wohnten noch immer fernab in Kreuzberg und Neukölln (28 Personen); die Mehrheit (971 Personen) lebte jedoch in Zehlendorf, im Umfeld der Militäreinrichtungen bzw. in den Kasernen.<sup>34</sup>

Die Requisitionen hielten weiterhin an, wobei nicht mehr benötigte Gebäude den Eigentümern auch zurückgegeben wurden.<sup>35</sup> Die Beschlagnahmungen wurden nunmehr auch vorab angekündigt, um den Bewohnern zumindest einige Stunden zum Packen ihrer Habseligkeiten zu geben.<sup>36</sup> Ein eigens eingerichtetes Büro kümmerte sich bald um Schadensfälle, die aus der Nutzung deutscher Immobilien resultierten.<sup>37</sup> Ab Juli 1946 wurden Berliner im Rathaus Zehlendorf durch das German Claims Office beraten, wie sie einen Schaden geltend machen konnten. Die Fälle wurden dann durch Mitarbeiter des Büros untersucht, um der U.S. Claims Commission eine Empfehlung für die Ur-

Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Historical Reports) THRU Berlin District (Activity Reports), Box 402, Folder: Activity Reports.

31 Summary of Meeting G-1, 23. Juli 1945, in: ebd.

32 Zeitzeugenbericht von Frau Grunow, in: Sibylle Meyer/Eva Schulze, *Wie wir das alles geschafft haben. Alleinstehende Frauen berichten über das Leben nach 1945*, München 1984, S. 69.

33 Operations Report, Office of Real Estate and Labor, 13. Mai bis 30. September 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Historical Reports) THRU Berlin District (Activity Reports), Box 402, Folder: Activity Reports.

34 Real Estate and Accommodations Report, 1. Januar bis 31. März 1946, in: ebd., S. 2.

35 Vgl. Weekly Engineer Operations Report, 29. September 1945, in: ebd., Folder: HQ Berlin District Historical Reports. Ein Jahr später waren noch 3.038 Immobilien in Benutzung. Vgl. Report of Operations, 1. Oktober bis 31. Oktober 1946, in: ebd.

36 Vgl. Anni P. Baker, *American Soldiers Overseas. The Global Military Presence*, Westport/London 2004, S. 39.

37 Bis Ende Oktober 1946 waren 2.635 Schadensmeldungen eingereicht worden, von denen noch keine einzige abschließend bearbeitet worden war. Report of Operations, 1. Oktober bis 31. Oktober 1946, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Historical Reports) THRU Berlin District (Activity Reports), Box 402, Folder: Historical Reports.

teilssprechung geben zu können. In den ersten zwei Jahren wurden 611 Anträge bearbeitet und knapp 1,9 Millionen RM zur Schadensregulierung erstattet.<sup>38</sup> Ende März 1949 befanden sich noch 1.203 Immobilien in den Händen der Armee, 1.075 davon waren Wohnhäuser, die als Unterkünfte genutzt wurden.<sup>39</sup> Ab 1951 kümmerte sich der Freigabeausschuss des Besatzungskostenamtes um die Bearbeitung von Derequirierungswünschen.<sup>40</sup>

Dem Thema kam aufgrund der umfangreichen Zerstörung der Stadt eine immense Bedeutung zu, zumal Wohnungsfragen auch eng mit gesundheitlichen Aspekten verbunden waren. Wie maßgeblich die Lösung dieser verknüpften Problemfelder auch für die Akzeptanz der neuen Machthaber war, hat Clara Oberle gezeigt: Seit Beginn der gemeinsamen Besetzung »competition was prominent« zwischen den Siegermächten. Als die Berliner über die immer schlechter werdenden Lebensbedingungen klagten, setzte sich die Militärregierung aus Sorge vor Aufständen und Epidemien aktiv für bessere Wohnbedingungen ein.<sup>41</sup> Die anfangs knapp 32.000 GIs und 3.500 Offiziere<sup>42</sup> wurden deshalb schnellstmöglich nicht mehr privat, sondern in der ehemaligen preußischen Gardeschützenkaserne (Roosevelt Barracks), der einstigen Kaserne des Lankwitzer Flakregiments Nr. 12 (Patton bzw. Oliver Barracks), auf dem Telefunken-Gelände (McNair Barracks) sowie in der einstigen königlich-preußischen Hauptkadettenanstalt und späteren Unterkunft der Leibstandarte Adolf Hitler (Andrews Barracks) untergebracht. Später wurden zusätzlich die Turner Barracks sowie verschiedene Wohnsiedlungen errichtet.

Die US-Armee brachte auch die Rassentrennung mit nach Berlin: Das rein afroamerikanische Honor Platoon war bis 1950 separat in den Andrews

38 Claims Office Team: Final Report of Operations, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 649, Folder: Historical Reports 1948-50.

39 History of Activities, Real Estate Subsection, 1. Januar bis 31. März 1949, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 651, Folder: Historical Reports 1948-50.

40 Command Report Berlin Military Post, 1951, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, HQ European Command (EUCOM), General Staff Military Post Division, Berlin Military Post, Reports 1951, Command Reports, Box 1617, S. 12.

41 Clara Oberle, From Warfare to Welfare: Postwar Homelessness, Dislocation, and the Birth of the Welfare State in Europe: The Case of Berlin 1945-1949, in: *Hygiea Internationalis* 9 (2010) 1, S. 279-310, Zitat S. 293.

42 Stand 30. September 1945: U.S. Headquarters Berlin District and HQ 1st Airborne Army, Office of the District Engineer Berlin, Report of Operations, 1. Oktober bis 31. Dezember 1945, 24.1.1946, Annex II – Administration, Troop Status, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Historical Reports) THRU Berlin District (Activity Reports), Box 402, Folder: HQ Berlin District Historical Reports.

Barracks untergebracht. Hier verfügten dessen Angehörige über einen eigenen Club mit einer Bücherei, einem Fotolabor und einer Bar.<sup>43</sup> Binnen kürzester Zeit waren segregierte Freizeiteinrichtungen geschaffen worden.<sup>44</sup> Der Umstand, dass lediglich knapp über 100 schwarze GIs in Berlin stationiert waren, macht deutlich, zu welchem Aufwand die US-Armee bereit war, um die Segregation aufrechtzuerhalten.<sup>45</sup> Erst in den 1950er-Jahren wurde sie schrittweise aufgehoben.

Anfang 1946 zog die US-Militärregierung (Office of Military Government U.S. Berlin District, OMGBD) in die ehemaligen Räume der Deutschen Forschungsgemeinschaft in der Grunewaldstraße. Ende des Jahres erfolgte eine weitere Umstrukturierung und die nun OMGBS genannte Regierung – das Wort *Sector* ersetzte das Wort *District* – richtete sich in der Boltzmannstraße 14, dem einstigen Sitz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Zellphysiologie, ein.<sup>46</sup> Das Büro des stellvertretenden Militärgouverneurs und Direktors der Berliner Militärregierung, Frank Howley, »entwickelte sich zur Schaltstelle der amerikanischen Militärregierung in Berlin«: Hier trafen die Anweisungen der OMGUS-Zentrale ein und wurden an die zuständigen amerikanischen Abteilungen und deutschen Behörden weitergeleitet. Das Büro war zuständig für die Koordination mit den anderen Siegermächten, aber auch für die Militärregierungen in den einzelnen Bezirken (VBK Detachments) und später für die jeweiligen Verbindungsoffiziere.<sup>47</sup>

### 2.2.1 *Warten auf das Ende: Demobilisierung und Langeweile*

Während die Mitarbeiter der Militärverwaltung allerhand zu tun hatten, klagten viele Soldaten nun, da der Krieg vorbei war, über Langeweile. Sie wollten

43 7807th MTBn: History of Activities for May and June 1948, in: NACP, RG 388, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box: 649, Folder: HQ Berlin Military Post, Historical Reports.

44 Office of the Assistant Chief of Staff G-1, Memorandum, Subject: G-1 Activities, 7. November 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 404.

45 G-1 Section Daily Log, 24. Juni 1946, in: ebd.

46 Vgl. Christoph Weisz (Hg.), OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, München 1994, S. 686-688.

47 In den Bezirken hatten zunächst 10-köpfige Verwaltungsbezirk (VBK) Detachments die Regierung übernommen. Sie wurden Anfang 1946 aufgelöst. Verbindungsoffiziere waren für die Vermittlung zwischen der Militärregierung und den Bezirksämtern zuständig. Ihre Zahl wurde schrittweise reduziert, bis die Position im September 1949 in Gänze abgeschafft wurde und es nur noch einen Verbindungsoffizier gab, der direkt mit dem Berliner Senat zusammenarbeitete. Vgl. ebd., S. 699-702.

endlich in ihre Heimat zurückkehren.<sup>48</sup> Militärgouverneur Parks schrieb im August 1945 in sein Tagebuch:

During the inspection it was evident to me that there are a great number of me[n] that have little or nothing to do. The Post Exchange line contained at least 200 men at 1130. There were numerous men in the barracks. There is nothing that breeds discontent more than idleness.<sup>49</sup>

Doch die Untätigkeit führte vereinzelt nicht nur zu Unzufriedenheit, sondern auch zu einem Verhalten, das dem Ruf der US-Soldaten nicht gerade zuträglich war:

This was illustrated by the not uncommon participation in black market activities, by drunkenness, and by the high rates of venereal diseases, automobile accidents and absence without leave that prevailed in the command.<sup>50</sup>

In ganz Europa war die US-Armee mit einem regelrechten »Demobilisierungsfieber« konfrontiert.<sup>51</sup> Die ersten Ausgaben der wöchentlich erscheinenden Soldatenzeitung *The Berlin Sentinel* boten demgemäß – neben Informationen zu Sportveranstaltungen und ersten Club-Eröffnungen – seitenweise Anekdoten und Karikaturen zum Thema Heimreise; alles drehte sich um die für die Entlassung aus der Armee nötige Punktzahl und wie man diese schnell erreichen könne.<sup>52</sup> Es gab zwar auch zahlreiche US-Soldaten, die um eine Verlängerung ihres Aufenthaltes baten,<sup>53</sup> doch die Mehrheit wollte nach Hause. In mehreren Städten, unter anderem auch in Berlin, demonstrierten sie sogar für eine schnellere Rückkehr.<sup>54</sup>

48 Siehe hierzu auch: Susan L. Carruthers, *The Good Occupation. American Soldiers and the Hazards of Peace*, Cambridge/London 2016, S. 191-226.

49 Tagebucheintrag vom 13. August 1945, in: *Diary*, in: USAHEC, Floyd L. Parks Papers, Box 1. Der Post Exchange Service war für die Versorgung der US-Soldaten mit Konsumgütern zuständig.

50 Historical Division EUCOM (Hg.), *Morale and Discipline in the European Command, 1945-1949*, Karlsruhe 1951, S. i. Der Terminus »absence without leave«, umgangssprachlich AWOL, bezeichnet das unerlaubte Entfernen von der Truppe.

51 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 982. Auch nach dem Ersten Weltkrieg waren binnen acht Monaten 2,6 Millionen Soldaten und 128.000 Offiziere aus dem Dienst entlassen worden. Vgl. Baker, *American Soldiers Overseas*, S. 1-24.

52 Vgl. OMGUS (Hg.), *The Berliner Sentintel*, insbesondere Ausgabe 1 bis 5.

53 Vgl. AC of S, G-1 [Activities of Section G-1], *Daily Log*, 18. Oktober 1946, in: NACP, RG 338, *Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports)*, Box 404.

54 Im Januar 1946 demonstrierten Tausende US-Soldaten in Deutschland, Großbritannien und Österreich für ihre Entlassung aus der Armee; in Frankfurt am Main versuchten 4.000 Soldaten gar das US-Hauptquartier zu stürmen. Vgl. Kathleen McLaughlin, *Baynoets disperse GI's in Frankfort*, in: *New York Times*, 10. Januar 1946, S. 4; Drew Middleton, *U.S. Prestige Drops after GI Protests*, in: *New York Times*, 13. Januar 1946, S. 1 und 13.

Schon im Juni 1945 hatte der Heimtransport von Millionen von US-Soldaten, die in Europa knapp ein Jahr andauernde *Operation Magic Carpet*, begonnen. Anfangs gab es keine offizielle Regelung bezüglich der maximalen Länge des Auslandseinsatzes, was für Unmut sorgte.<sup>55</sup> Drei Monate später, im September 1945, verkündete das U.S. Headquarter Berlin District, dass alle Soldaten, die entweder über 35 Jahre alt waren oder über mehr als 80 Punkte gemäß des *Advanced Service Rating Score*<sup>56</sup> verfügten und nicht Teil des Alliierten Kontrollrats oder des Air Corps waren, in den kommenden Wochen in die USA zurückkehren würden. Im Monat darauf sollten bereits 425 Offiziere und 4.675 einfache Soldaten Berlin verlassen.<sup>57</sup> Am Tag der Kapitulation hatten sich 1,622 Millionen amerikanische Soldaten in Deutschland befunden; drei Wochen später waren bereits 90.000 von ihnen heimgekehrt, und Ende Dezember 1945 befanden sich nur noch 614.000 im gesamten *European Theatre*.<sup>58</sup> Bis Juli 1946 sank die Zahl auf 327.531 und in den folgenden Monaten auf 104.000.<sup>59</sup> Nicht nur die kampferprobten Soldaten wurden rasch abgezogen: Zwischen Sommer 1945 und Winter 1947 wechselte auch der US-Stadtkommandant in Berlin ganze sieben Mal.<sup>60</sup>

Ein Journalist der *New York Times* klagte dementsprechend: »[T]he forces here are being stripped to the point where it is affecting efficiency«. Er befürchtete, dass der rasche Austausch gegen Soldaten ohne Kriegserfahrung dazu führen könne, dass die Demilitarisierung und Denazifizierung zu lax gehandhabt würden.<sup>61</sup> Andere Beobachter der Demobilisierung vermuteten,

55 Vgl. EUCOM, *Manpower Problems of the Occupation*, S. 14.

56 High-Pointers, Over-Agers To Sail By November 1st, in: *The Berlin Sentinel*, 25. September 1945, Titelseite. Pro Dienstmonat nach dem 16. September 1940 gab es einen Punkt. Einen weiteren Punkt gab es pro Monat »in service overseas«. Zwölf zusätzliche Punkte gab es für jeden Soldaten, der ein Kind unter 18 Jahren hatte. Pro *Combat Award* (bestimmte Auszeichnungen, die einer Liste entnommen werden konnten) gab es weitere fünf Punkte. Zum 1. Dezember 1945 wurde das System geändert; einfache Soldaten mussten nun außer 50 Punkten auch vier Jahre Dienstzeit aufweisen können, Offiziere benötigten 70 Punkte. Die Informationen konnten unter anderem der Armee-Zeitung *Stars and Stripes* entnommen werden.

57 Departures For Month Increased to 5,000, in: *The Berlin Sentinel*, 5. Oktober 1945, Titelseite.

58 Der Terminus »Theatre« bezeichnet einen Kriegsschauplatz bzw. ein »Kriegstheater« (*Theatrum Belli*).

59 EUCOM, *Manpower Problems of the Occupation*, S. 1 und S. 10.

60 Floyd L. Parks wurde am 3. September 1945 von James M. Gavin abgelöst. Wenige Wochen später, am 10. Oktober 1945, wurde dieser wiederum durch Ray W. Barker ersetzt. Am 7. Mai 1946 übernahm Frank A. Keating das Amt für ein Jahr, dann wurde es Cornelius E. Ryan übertragen. Ab dem 23. September 1947 nahm William Hesketh die Position des Stadtkommandanten ein, ihm folgte am 1. Dezember 1947 Frank L. Howley.

61 Raymond Daniell, *Speed of Demobilization adds to German Problem*, in: *New York Times*, 21. Oktober 1945, S. E4.

die hohe Fluktuation Sorge auch für einen nachlassenden Zusammenhalt und einen Mangel an Disziplin.<sup>62</sup>

Diese Bedenken waren nicht aus der Luft gegriffen. Auch die Berliner Bevölkerung registrierte das Verhalten der auf ihre Heimkehr wartenden Sieger mit Verwunderung, wie Margret Boveri notierte:

Die Stimmung gegen die Amerikaner wird immer schlechter. Zum erstenmal zeigen sie sich jetzt auch betrunken und gröhrend [sic!] auf der Straße. [...] Der Pessimismus wächst, vor allem in bezug [sic!] auf den Winter. Die Zahl derer, die glauben, bis zum Frühjahr würden sich die Engländer und Amerikaner [durch die Sowjetunion] hinauseln lassen, wächst auch.<sup>63</sup>

Amerikanische Zeitungen klagten immer öfter, die Soldaten würden ihre neue Aufgabe in Deutschland nicht verstehen. Neun von zehn GIs wüssten angeblich nicht, dass die Besetzung der Verhinderung eines dritten Weltkrieges dienen würde: »The average enlisted man is unaware of the potentialities for danger in Germany. He sees only a listless, subservient population and meets only accommodating women.«<sup>64</sup> In der Kritik der Journalisten wird die in den USA weitverbreitete Auffassung deutlich, dass Militärs keine zivilen Aufgaben übernehmen sollten. Auch zeigt sich in ihren Berichten eine veränderte Sicht auf die GIs: Hatten sie während des Krieges als mutige Jungs von nebenan gegolten, die im Moment größter Not zur Waffe gegriffen hatten, um das eigene Land und die Werte der freien Welt zu verteidigen, so dominierte nach Kriegsende die Angst, man würde sie eventuell nicht wieder in die amerikanische Gesellschaft integrieren können.<sup>65</sup> Darüber hinaus kündigt sich in den zitierten Zeilen bereits eine weitere Debatte an, die deutsche und amerikanische Medien noch einige Jahre beschäftigen sollte: die sogenannte Fraternalisierung zwischen GIs und deutschen »Fräuleins«.

### Disziplin und Wachsamkeit

Die US-Armee agierte in Berlin in einem Spannungsfeld, das aus ihrer Sicht besondere Disziplin verlangte: Hier konnte die deutsche Bevölkerung direkte Vergleiche zwischen den vier Siegermächten anstellen. Aus Sorge, dass ein nicht einwandfreies Auftreten der eigenen Soldaten zu einem Respektverlust

62 M'Narney orders tighter discipline in Army in Europe, in: New York Times, 25. April 1946, S. 1. Siehe hierzu auch: EUCOM Historical Division: Manpower Problems of the Occupation, 1. Juli 1946-30. Juni 1947, Occupation Forces in Europe Series, Karlsruhe 1951, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe (USAREUR), Records of the Special Staff, Historical Division, Historical Monographs 1944-59, Box 1211.

63 Boveri, Tage des Überlebens, S. 299.

64 Drew Middleton, U.S. prestige drops after GI protests, in: New York Times, 13. Januar 1946, S. 1 und 13.

65 Vgl. Andrew J. Huebner, The Warrior Image. Soldiers in American Culture from the Second World War to the Vietnam Era, Chapel Hill 2008, S. 15-93.

bei den Deutschen führen könnte, wurde strikt gegen jegliches Fehlverhalten vorgegangen. Berlin mag auch deshalb zeitweise der Militärstützpunkt mit den meisten Verhaftungen gewesen sein.<sup>66</sup>

Dennoch gestaltete sich das Zusammenleben zwischen Besatzern und Besetzten in der Ruinenstadt weitgehend konfliktfrei. Die Berichte der US-Militärpolizei dokumentieren lediglich vereinzelte Übergriffe von GIs auf Deutsche, häufig durch sehr junge Soldaten, die unter dem Einfluss von Alkohol Streit gesucht hatten.<sup>67</sup> Darüber hinaus dominierten kleinere Regelverstöße aus Langeweile und Übermut: zahlreiche Verkehrswidrigkeiten, Trunkenheit, unangemeldetes Entfernen von der Truppe sowie der Besuch von Cafés, die eigentlich als *off limits* (Zutritt verboten) galten.<sup>68</sup> Letzteres Vergehen nahm später, während der sowjetischen Blockade, aufgrund der Schließung mehrerer Armeeeinrichtungen immens zu.<sup>69</sup> Ob es sich unmittelbar nach Kriegsende auch um kalkuliertes Fehlverhalten seitens der US-Soldaten handelte, um eine Heimsendung zu erwirken, lässt sich anhand der Quellen nicht feststellen. Da eine vorzeitige, unehrenhafte Entlassung aus der Armee aber den Verlust sämtlicher Unterstützungsleistungen gemäß der sogenannten *G. I. Bill*<sup>o</sup> zur Folge haben konnte, ist es höchst unwahrscheinlich, dass von Heimweh geplagte GIs zu solchen Mitteln griffen.

Neben der lokalen Bevölkerung schenkte auch die amerikanische Heimat der Situation in der besiegten Reichshauptstadt besondere Aufmerksamkeit. Zahlreiche US-Auslandskorrespondenten hielten sich in Berlin auf und berichteten über die Aktivitäten des eigenen Militärs. Zudem reisten Komitees nach Deutschland, um sich vor Ort über die Verhältnisse zu informieren. Zeitweise untersuchten drei verschiedene Gruppen gleichzeitig das Verhalten der US-Streitkräfte in Berlin – das vom US-Senat entsandte Mead Committee, ein von General Lucius D. Clay beauftragter Colonel Baldwin sowie eine durch

66 Jennifer V. Evans, *Life among the Ruins: Cityscape and sexuality in Cold War Berlin*, Houndmills 2011, S. 75.

67 Vgl. die Reports der Militärpolizei in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 648, Folder: Berlin Military Post (Historical Reports).

68 Vgl. Summary of Violations Reported by the Military Police, in: L. Preston Barnes, Historical Report, 4. Quartal 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 650.

69 Summary of Violations reported by the Military Police, 1. Januar bis 31. März 1949, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 648, Folder: Berlin Military Post (Historical Reports).

70 Der *Servicemen's Readjustment Act* von 1944 sollte der gesellschaftlichen Reintegration der Heimkehrer dienen und ermöglichte unter anderem die Aufnahme vergünstigter Kredite zur Unternehmensgründung oder zum Kauf eines Hauses sowie finanzielle Unterstützung bei der weiteren beruflichen Aus- und Weiterbildung.

das War Department beauftragte Gruppe unter Leitung des Brigadegenerals Cooke.<sup>71</sup>

Die demnach unter massiver Beobachtung durch Politik und Medien stehende US-Armee versuchte, jegliche Schwierigkeiten zu vermeiden und sogenannte »Problemgruppen« in den einzelnen Reihen gezielt zu identifizieren.<sup>72</sup> Die möglichen Gründe für eine Versetzung oder gar Entlassung aus dem Dienst waren vielfältig: Promiskuität, Eheprobleme, Homosexualität, Alkoholismus, Handeln auf dem Schwarzmarkt – also ein angeblich dem Ansehen der Armee schadendes Benehmen bzw. ein Verhalten, das den Soldaten erpressbar machte. Darüber hinaus konnte auch ein Mangel an notwendigen Fähigkeiten oder Disziplin Anlass für eine Versetzung sein.<sup>73</sup>

### Der Alltag der Sieger

Neben Bestrafung und Versetzung sollte vor allem eine rasche Ausweitung des Freizeitangebotes dazu dienen, einem aus Untätigkeit, Heimweh und Erschöpfung resultierenden Fehlverhalten der eigenen Soldaten zu begegnen bzw. vorzubeugen. Allein in der ersten Woche nach dem amerikanischen Einmarsch gab es 140 Filmvorführungen, über 60 Gottesdienste wurden abgehalten und 73.000 Donuts verteilt. Freizeitequipment in einem Umfang von 40 Tonnen befand sich auf dem Weg in die zerstörte Stadt.<sup>74</sup> Drei Kinos zeigten ab Mitte Juli regelmäßig Filme, weitere drei Filmtheater befanden sich in Planung.<sup>75</sup> Bis Anfang August sollte in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz ein Club nach

71 Vgl. EUCOM Historical Division: *Morale and Discipline in the European Command 1945-1949*, Occupation Forces in Europe Series, Occupation Forces in Europe Series, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe (USAREUR), Records of the Special Staff, Historical Division, Historical Monographs 1944-59, Box 1212, S. 45 f.

72 Zwischen Oktober 1946 und Juni 1947 wurden insgesamt 10.000 GIs, die mehrfach gegen Regeln verstoßen oder sich wiederholt mit einer Geschlechtskrankheit angesteckt hatten, aus Europa entfernt. Johannes Kleinschmidt, »Do not fraternize«. Die schwierigen Anfänge deutsch-amerikanischer Freundschaft, 1944-1949, Trier 1997, S. 151.

73 Siehe die verschiedenen Fälle in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Colland, Adjutant General, General Correspondence (Decimal File) 1947-52, 1847-48 segment, 000 to 300, Box 23. Siehe auch: Elimination of Undesirable Personnel, 10. März 1947, in: NACP, RG 549, 3008, Box 23, Folder: HQ Berlin Command, File 200. BK No. 1, from 7 Oct to 12 Jan 48.

74 U.S. Headquarters Berlin District, Interoffice Memo Slip, Subject: G-1 and affiliated Special Staff Section activities, 15. Juli 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403, S. 2.

75 Ein Memorandum vom Herbst 1945 nennt folgende Kinos: The Tempelhof Korso, The Park, Zeli, Onkel Tom Kino und Lumina. Vgl. Office of the Assistant Chief of Staff, G-1: Memorandum, Subject: G-1 Activities, 8. September 1945, in: ebd.



Vorbild des berühmten Londoner *Rainbow Corner* im Titania Palast eröffnen. Vier bis fünf Clubs für einfache Soldaten (*enlisted men*), ein Offiziersclub und ein Frauenclub waren geplant.<sup>76</sup> Im September nahmen eine eigene Brauerei sowie eine Coca-Cola-Fabrik die Produktion auf, auch Eiscreme konnte bereits hergestellt werden.<sup>77</sup>

Viele Versuche, den Soldaten nach dem errungenen Sieg etwas Ablenkung und Erholung zu bieten, scheiterten zunächst kläglich. Teils fehlte es an den für spezifische Sportarten nötigen Geräten, teils an Material, um Vorhandenes reparieren zu können, teils mangelte es auch einfach an Strom.<sup>78</sup> Ein US-Soldat beschrieb seinen abendlichen Kinobesuch Ende Juli 1945: Da keine Sitzgelegenheiten zur Verfügung standen, mussten alle Besucher, die keinen eigenen Stuhl mitgebracht hatten, stehen. Als der Film begann, wurde festgestellt, dass die auf die Wand projizierten Bilder – es gab keine Leinwand – kaum zu sehen waren, da sich der Raum nicht richtig abdunkeln ließ. Auch der Ton funktionierte nicht. Es dauerte eine Weile, bis für technischen Ersatz gesorgt werden konnte. Ein Großteil der anfangs 70 Zuschauer hatte den Saal zu diesem Zeitpunkt bereits wieder verlassen.<sup>79</sup>

Die Berichte der zuständigen Sektion zeigen darüber hinaus, dass die Bemühungen auch deshalb nur bedingt von Erfolg gekrönt waren, weil die Soldaten sich lieber individuellen Freizeitaktivitäten jenseits des Militärgeländes widmeten. Im März 1946 drohte zwei der für die Soldaten eigens eingerichteten Kinos die Schließung aufgrund zu geringer Besucherzahlen.<sup>80</sup>

Wer seine Freizeit mit Shopping verbringen wollte, dem wurden schon bald zahlreiche Möglichkeiten geboten. Lebensmittel erhielten die US-Soldaten über den Commissary (Proviantmeister) sowie in den drei Filialen des Post Exchange Service, kurz »PX« genannt, in Tempelhof und Zehlendorf. Sämtliche Einkäufe waren pro Person auf Waren im Wert von 35 Dollar pro Monat begrenzt und weitestgehend nur über Ration Cards erhältlich. Die –

76 Summary of Meeting, G-1, 16. Juli 1945, in: ebd.; Surprising Number Want to Stay For Another Year, in: *The Berlin Sentinel*, 25. September 1945, S. 6.

77 Office of the Assistant Chief of Staff, G-1: Memorandum, G-1 Activities, 5. September 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403.

78 Vgl. US HQ Berlin District Special Service Section: Extracts from Special Service Conference on 21. Juli 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Historical Reports) THRU Berlin District (Activity Reports), Box 402.

79 Summary of Meeting G-1, 26. Juli 1945, in: ebd.

80 Betroffen waren das Lumina Theater und das Zeli Theater. Siehe: Office of the Assistant Chief of Staff, G-1: Memorandum, G-1 Activities, 30. März 1946, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 404.

bis Dezember 1946 eingezäunte und nur für Amerikaner sowie deutsche Zivilangestellte zugängliche – Ladenzeile *Onkel Toms Hütte* bot amerikanische Süß- und Tabakwaren, Lebensmittel, einen Geschenkartikelladen, Schneidereien, Werkstätten zur Reparatur von Elektrogeräten, Schmuck und Uhren, ein Portraitstudio, einen Friseur, einen Getränkeservice und ein Kino. Weitere amerikanische Einrichtungen wie Autowerkstätten, Kirchen, ein Krankenhaus, eine Apotheke, Wäschereien und Fotogeschäfte befanden sich in unmittelbarer Nähe. Ein Jahr nach dem Einmarsch standen den GIs zur Freizeitgestaltung auch Fahrräder, neun Sportfelder, vier Bootsverleihe, sieben Clubs, ein Golfplatz, drei Sporthallen, ein Schießstand, eine Schwimmhalle, vier Tennisplätze und sechs Kinos zur Verfügung.<sup>81</sup> Innerhalb der nächsten zwei Jahre kamen noch acht weitere amerikanische Clubs hinzu.<sup>82</sup>

Deutsche Gastronomen durften die Soldaten anfangs nur bedienen, wenn ihnen zuvor eine Lizenz erteilt worden war. Ein Aufenthalt in Lokalen im sowjetischen Sektor war gestattet, aber nicht erwünscht.<sup>83</sup> Die Einrichtung einer eigenen Buslinie, die den Wannsee mit der Grenze zum britischen Sektor verband, kam ab Mitte August 1945 dem Bedürfnis nach einer Freizeitgestaltung jenseits der Armee entgegen und ermöglichte Ausflüge in andere Stadtteile. Sie

81 Vgl. Headquarters Berlin District (Hg.), US Sector of Berlin. Information for New Arrivals, 25. April 1946, abgedruckt in: T. H. E. Hill, Berlin in Early Cold-War Army Booklets, 1946-1958, Lexington 2008.

82 Lakeside Club (für Obristen und hochrangige Offiziere mit Gästen), Harnack House (Offiziere, Zivilangestellte und Gäste), Wannsee Club (Offiziere, Zivilangestellte und Gäste), Colony Club (Zivilangestellte und Gäste), Lightning Lounge (Unteroffiziere und Gäste), Press Club (Presse und Gäste), Club 48 (einfache Soldaten und weibliche Gäste), Club Melodie (Mitarbeiter des Krankenhauses und Gäste), Starlight Grove (einfache Soldaten und Gäste), Stork Club (einfache Soldaten und Gäste), Club 78 (Soldaten der Honor Guard und Gäste). Hinzu kamen die Special Service Clubs: All American Club (McNair Barracks), Cluster (Roosevelt Barracks), Crown Prince (Kronprinzenallee), Anchor Service Club am Wannsee. Siehe: L. Preston Barnes, Historical Report, 4. Quartal 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 650, S. 11 und S. 25. Zur Zulassung deutscher Gäste: Club Advisory Section: Quartely Report of Operations, 13. Juli 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 649.

83 »Without a licence no establishment could cater to American or British personnel. [...] It is recommended that places of amusement in the Russian Zone be placed ›Off Limits‹ due to language differences. It is further recommended that there be free access to cross American and/or British Boundaries.« P.M. to G-1: Daily Report, 14. Juli 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403. Der Aufenthalt im sowjetischen Sektor war prinzipiell gestattet; eine Fahrt in die sowjetische Zone aber nur mit besonderer Genehmigung.

sollte zudem garantieren, dass die Soldaten rechtzeitig zur Sperrstunde um 23 Uhr wieder in ihren Quartieren waren und ihre freie Zeit im gewünschten Teil der Stadt – also fernab des sowjetischen Sektors – verbrachten.<sup>84</sup>

Aktuelle Informationen konnten die GIs vier Zeitungen entnehmen: dem *Berlin Daily Post*, der auch einen Veranstaltungskalender bot, dem von der US-Militärregierung herausgegebenen *Observer*, der europaweiten Militärzeitung *Stars and Stripes* sowie der *New York Herald Tribune*. Mit der Heimat konnten sie per Telegramm kommunizieren, wofür eigene Kabinen in der Stadt aufgestellt wurden. Wer mit der Familie in den USA telefonieren wollte, musste sich vier Tage im Voraus im Titania Palast um eine Reservierung bemühen und eine Gebühr von 12 Dollar zahlen, da Ferngespräche ansonsten nur aus beruflichen Gründen erfolgen durften.<sup>85</sup>

Doch der Alltag der US-Soldaten war nicht nur von Shopping, Kinobesuchen und Sport geprägt. Schnellstmöglich mussten administrative Strukturen geschaffen und die zerstörte Infrastruktur der Stadt wiederhergestellt werden. Requirierte Gebäude mussten bewohnbar gemacht bzw. in einen Zustand versetzt werden, der eine Aufnahme der Arbeit der verschiedenen Abteilungen der Militärregierung ermöglichte.<sup>86</sup> Als die U.S. Army in Berlin eingetroffen war, funktionierten lediglich 30 Prozent der Stromleitungen und 20 Prozent des Abwassersystems.<sup>87</sup> Zur Realisierung der Baumaßnahmen bediente sich die U.S. Army weitgehend der bereits von der Roten Armee geschaffenen administrativen Struktur: Der zuständige Bezirksbürgermeister erhielt für jedes Projekt eine Arbeitsanweisung, die ihn dazu aufforderte, ausreichend Material und Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Weder die Militärregierung noch die Army traten als Vertragspartner der ausführenden Firmen auf – sie erteilten lediglich die Befehle und kontrollierten den Fortschritt der Arbeiten sowie die finanzielle Abwicklung. Mangelte es an nötigen Ressourcen, so hatte der Vertragsnehmer dies unter Eid zu bezeugen und schriftlich zu erklären. Im Notfall wurde dann Material zur Verfügung und in Rechnung gestellt.<sup>88</sup> Zahlreiche Bauprojekte verzögerten sich, da es an Kalk, Glas, Dachpappe und

84 Memorandum, Subject: G-I Activities, 10. August 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403; Memorandum, Subject: G-I Activities, 1. August 1945, in: ebd.

85 Vgl. Information for New Arrivals 1946, in: Hill, Berlin in Early Cold-War Army Booklets, S. 19-22.

86 Eine Liste der Bau- und Reparaturmaßnahmen findet sich in: US HQ Berlin District and HQ 1st Airborne Army, Office of the District Engineer Berlin, Germany: Weekly Engineer Operations Report, 29. September 1945, in: NACP, RG 388, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Historical Reports) THRU Berlin District (Activity Reports), Box 402.

87 Operation Report of Berlin District, Engineer Utilities Sub-Section, undatiert, in: ebd.

88 Siehe Formular: Work Directive and Requisition, APO 755, in: ebd.

Ziegeln fehlte.<sup>89</sup> Die Wiederherstellung einer Normalität ließ noch lange auf sich warten; Mangel und Improvisation prägten daher auch das Leben der Besatzer in der Ruinenstadt.

### 2.2.2 *Vermittlung und Deutung der Mission*

Die rasche Demobilisierung sorgte dafür, dass schon bald ein Großteil der in Europa stationierten US-Soldaten nicht im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatte. Die U.S. Army versuchte, das Fehlen dieser Erfahrung durch gezielte Schulungen auszugleichen. Zu diesem Zweck mussten die GIs bei ihrer Ankunft zunächst an einem vierstündigen Orientierungskurs teilnehmen. Dabei wurde ihnen eine leicht modifizierte, aber inhaltlich unveränderte Version der zwischen 1942 und 1945 von dem berühmten Filmregisseur Frank Capra produzierten siebenteiligen Propaganda-Filmreihe *Why We Fight* gezeigt.<sup>90</sup> Der ebenfalls von Capra produzierte Film *Here Is Germany*<sup>91</sup> wurde bis Ende 1946 jedem Soldaten im Rahmen der Einführungswoche gezeigt. Er macht deutlich: Als Einwanderungsland hatten die USA ein argumentatives Problem, denn eine beträchtliche Zahl der eigenen Soldaten hatte deutsche Vorfahren. Aus diesem Grund hatte die Army sogar kurzfristig mit dem Gedanken gespielt, keine Soldaten mit derartigen familiären Bindungen nach Deutschland zu schicken.<sup>92</sup> Eine Studie aus dem Jahr 1947 zeigte dann jedoch, dass die GIs generell – also unabhängig von der Herkunft ihrer Vorfahren – zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen sich und den Deutschen feststellen würden, vor allem im Vergleich zu den Franzosen. Sie würden sich hier deshalb mehr zu Hause fühlen als anderswo in Europa.<sup>93</sup> Petra Goedde wies vor diesem Hintergrund zu Recht darauf hin, dass es eben diese empfundenen »racial and cultural similarities« zwischen weißen Deutschen und US-Amerikanern waren, die für gravierende Unterschiede zwischen der Besatzung Deutschlands und Japans sorgten, denn sie »facilitated exchange, leading to a sense of cultural affinity

89 Narrative Summary of the Activities of the Engineer Section, 1. Juli bis 30. September 1945, in: ebd.

90 EUCOM, Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population 1946-1948, S. 3 f. Die zwischen 1942 und 1945 entstandenen Filme wurden in mehrere Sprachen übersetzt und auch in anderen Ländern gezeigt. Der erste Teil der Serie (*Prelude to War*) wurde 1943 mit dem Oscar für den besten Dokumentarfilm ausgezeichnet. Regisseur Frank Capra verstand seine Filme selbst als direkte Antwort auf das Werk von Leni Riefenstahl. Vgl. M. Paul Holsinger, *Why We Fight*, in: ders. (Hg.), *War and American Popular Culture. A Historical Encyclopedia*, Westport/London 1999, S. 330; Peter C. Rollins, *Frank Capra's Why We Fight Film Series and Our American Dream*, in: *Journal of American Culture* 19 (1997) 4, S. 81-86. Mehr zu den verschiedenen Filmen der U.S. Army in: Brauerhoch, *Fräuleins und GIs*, S. 148-170.

91 *Here Is Germany, USA 1945*, Regie: Gottfried Reinhard, Drehbuch: Gottfried Reinhardt, Anthony Veiller, William L. Shirer, Ernst Lubitsch.

92 Goedde, *GIs and Germans*, S. 67.

93 Ebd., S. 68.

rather than alienation«.94 Anfangs waren Sympathie und Austausch zwischen Besatzern und Besetzten jedoch keinesfalls das Anliegen der US-Armee.

Um die Frage möglichst gar nicht erst aufkommen zu lassen, ob es aufgrund der deutschen Wurzeln vieler Amerikaner Gemeinsamkeiten geben könnte, erklärten Schulungsmaterialien den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen zumeist mit einer falschen Sozialisierung der Deutschen.95 Die pädagogischen Filme und Bücher demonstrieren »den Verlust einer romantischen, idealisierten Projektionsfläche«, eines »Vexierbild[es] der eigenen Gesellschaft«, wie Deutschland es lange Zeit dargestellt hatte.96

Der Film *Here is Germany* schildert die Deutschen zwar als gläubige, moderne, pflichtbewusste und kultivierte Menschen, kontrastiert diese Bilder aber durch die europaweiten Gräueltaten, die sie jüngst begangen hatten. Der Sprecher betont dann, die Deutschen »can't be quite like the people back home«. Hitler habe zwar das Blut als Begründung der deutschen Besonderheit angeführt, doch dies sei falsch, denn:

Too many of our friends and neighbors have had German blood. That same blood that we have seen in great Americans. For what makes an American is not any precious sort of blood, but the tradition we have inherited. It's tradition, not blood that patterns the way we think, act and feel. Our ancestors came here to escape tyranny, that's part of the American tradition.97

Der Film beschreibt die USA als Willensnation und lehnt das deutsche Verständnis von einer ethnisch homogenen Kultur ab. Die deutsche Geschichte sei von preußischem Militarismus und Aggressionswillen geprägt und habe keine demokratische und freiheitliche Tradition entwickelt. Diejenigen, die sich 1848 für diese Werte eingesetzt hätten, seien enttäuscht in die USA ausgewandert.

Den Filmen und gedruckten Publikationen waren lange Diskussionen vorausgegangen, ob der Nationalsozialismus »an aberration or the culmination of German political tradition« darstellte.98 Doch es waren nicht nur die nach Erklärungen suchende statt auf reine Verurteilung setzende Propaganda oder die gefühlte Verbundenheit aufgrund deutscher Vorfahren, die seitens vieler

94 Ebd., S. XIX.

95 Vgl. Sebastian Conrad, *The Quest for the lost Nation. Writing History in Germany and Japan in the American Century*, Berkeley/Los Angeles/New York 1999, S. 235-262, insbesondere S. 198-201.

96 Brauerhoch, Fräuleins und GIs, S. 156f. Kleinschmidt hingegen deutet die gesamte Propaganda der Army bis zu deren Umstellung Ende 1946 als von einem negativen Deutschlandbild geprägt: Kleinschmidt, *Do not fraternize*, S. 197-219. Das Programm wurde Ende 1947 durch das *Troop Information Program for Replacements Arriving in Germany* abgelöst, welches zwar für mehr Verständnis warb, jedoch eine fast identische historische Argumentation aufwies. Ebd., S. 213f.

97 *Here is Germany* (1945), Min. 7:06-7:28, Online unter: [http://archive.org/details/HERE\\_IS\\_GERMANY](http://archive.org/details/HERE_IS_GERMANY) [7.3.2018].

98 Siehe hierzu ausführlich: Hoenicke Moore, *Know Your Enemy*, Zitat S. 181.

US-Soldaten für einen milden Blick sorgten und häufig in der Behauptung kulminierte, die Deutschen seien einem so ähnlich. Auch die persönlichen Erfahrungen, vor deren Hintergrund das Erlebte gedeutet wurde, formten das Urteil der US-Soldaten.

### Soldatische Wahrnehmungen der Situation in Berlin

Die GIs waren während ihres Vormarschs häufig von den deutschen Bewohnern eroberter Städte freudig begrüßt worden.<sup>99</sup> Von Berlin, der Reichshauptstadt, hatten sie sich keinen freudigen Empfang erwartet. Viele waren überrascht, als sie bemerkten, dass man sie auch hier herbeigesehnt hatte und als Befreier und Beschützer vor der sowjetischen Siegermacht deutete. Nur wenige Tage nach dem Einmarsch notierte John J. Maginnis in seinem Tagebuch:

It was thought that Berlin might prove to be a particularly dangerous spot. Nothing could have been further from the truth. To be sure, Russian troops had beaten any thought of resistance out of the Germans in the early days of their occupation, but, more than that, the Germans had no interest in life than merely to stay alive. [...] It became a continuing problem to remind myself that the Russians, who were giving us trouble, were our friends, and the Germans, who were giving us cooperation, were our enemies.<sup>100</sup>

Anhand von derartigen Tagebucheinträgen hat der Historiker Stefan-Ludwig Hoffmann herausgearbeitet, dass einige zeitgenössische Beobachter anfangs darüber empört waren, »daß die Deutschen nach der Niederlage auf einmal keine Nazis mehr sein wollten«.<sup>101</sup> Doch die Skepsis der amerikanischen Besatzer, die »das Ausmaß des nationalsozialistischen Vernichtungswillens und des von beiden totalitären Regimen zwischen Wolga und Elbe grausam geführten Krieges nicht aus eigener Anschauung kannten«, sei im Laufe des Jahres 1945 zunehmend Mitleid und Sympathie gewichen.<sup>102</sup> Das Ausmaß der Zerstörung der Stadt, die überraschend positive Reaktion der deutschen Bevölkerung auf das Eintreffen der US-Truppen sowie der rasche und umfangreiche Truppenaustausch sorgten schnell dafür, dass nicht wenige Angehörige der Besatzungsmacht die lokale Bevölkerung nicht pauschal als gewissenlose Täter, sondern auch als bemitleidenswerte Opfer des Krieges wahrnahmen.

Begünstigt wurde diese Deutung auch durch den Vergleich mit persönlichen Erfahrungen: Die Generation der in den 1940er-Jahren in Deutschland stationierten GIs war während der Great Depression aufgewachsen; das Elend

99 Vgl. Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 169-185.

100 Tagebucheintrag vom 9. Juli 1945, in: Maginnis, *Military Government Journal*, S. 269.

101 Stefan-Ludwig Hoffmann, *Besiegte, Besatzer, Beobachter. Das Kriegsende im Tagebuch*, in: ders./Daniel Fulda/Dagmar Herzog/Till van Rahden (Hg.), *Demokratie im Schatten der Gewalt*, Göttingen 2010, S. 25-55, Zitat S. 46 f.

102 Ebd., S. 54.

der Berliner ließ einige von ihnen Parallelen zu dem Kummer in der eigenen Kindheit oder Jugend ziehen. Der Brief eines Veteranen an die Verfasserin steht exemplarisch für diese Wahrnehmung: Als Kind armer Farmer hätten ihn der Hunger und das Leid der Stadtbevölkerung an das Schicksal seiner eigenen Familie erinnert. Daher habe er Mitleid verspürt und sogar Verständnis dafür gehabt, dass viele Deutsche ihre Hoffnungen auf die NSDAP gesetzt hatten.<sup>103</sup> Die Schulungsmaterialien der US-Armee förderten derartige Interpretationen teilweise.<sup>104</sup> Der Film *Here Is Germany* zum Beispiel erklärte die nationalsozialistische »Machtergreifung« mit dem sozialen und wirtschaftlichen Elend in Zeiten der Weimarer Republik:

Like every other country after the last war, Germany faced hard times. But in Germany careful manipulation made results much worse [...]. Then came the Depression. That cost him [the average German] his job, so hunger was added to his resentments and bitterness. This was the moment for which the unholy quartet had waited. Now the militarists, the landowners, the state officials, the industrialists emerged from their self-sought obscurity. Their plans were ready, now they went to work.<sup>105</sup>

Nicht wenige US-Soldaten zogen aus dem Gelernten, Gesehenen und Erlebten für sich den Schluss, dass auch Deutsche – vor allem Frauen und Kinder – unter dem Krieg gelitten hatten und daher eine klare Unterscheidung zwischen »den bösen Deutschen« und »uns guten Amerikanern« schwieriger war als ursprünglich angenommen.<sup>106</sup> Die pauschale Verurteilung, wie sie zum Beispiel der *Pocket Guide* vornahm, widersprach ihren Eindrücken vor Ort: »GIs instead relied on their own experiences to make sense out of sometimes contradictory signals, concluding that Germans were at once more barbarous and more benign than they had previously assumed.«<sup>107</sup> Ein Tagebucheintrag von John J. Maginnis vom Dezember 1945 verdeutlicht, wie die individuelle Erfahrung Zweifel weckte:

I could sit in my office and say with conviction that these Germans, who had caused so much harm and destruction in the world, had some suffering coming to them but out here in the Grunewald, talking with people individually, I was saddened by their plight. It was the difference between generalizing on the faceless crowd and looking into one human face.<sup>108</sup>

103 Korrespondenz aus den Jahren 2011/12, im Archiv der Verfasserin.

104 Vgl. Hoenicke Moore, *Know Your Enemy*, S. 180-193.

105 *Here is Germany* (Frank Capra, 1945), Zitat bei Minute 31:15 bis 32:00, URL: [https://archive.org/details/HERE\\_IS\\_GERMANY](https://archive.org/details/HERE_IS_GERMANY) [7.4.2017].

106 Goedde, *GIs and Germans*, S. 44.

107 Ebd., S. 54.

108 Tagebucheintrag vom 2. Dezember 1945, in: Maginnis, *Military Government Journal*, S. 319.

Dennoch lässt sich keineswegs pauschal sagen, dass alle US-Soldaten Mitleid mit der deutschen Bevölkerung hatten und rasch die während des Zweiten Weltkrieges begangenen Gräueltaten vergaßen. Die Zeitung *The Grooper* beschrieb die Berliner auch als berechnend und nur auf den eigenen Vorteil bedacht: »Those who have listened to the Germans for any period of time will understand that they know the difference between good and bad only when the distinction turns to their advantage.«<sup>109</sup> Die Mehrheit würde keine Spur von Reue zeigen: »Scratch almost any Berliner and you find either bitter resentment or a whining arrogance.«<sup>110</sup>

Die Wahrnehmung der besiegten Bevölkerung war vielschichtig, variabel und von unzähligen Faktoren abhängig: der eigenen Sozialisierung und dem Ort der Stationierung, den von verschiedenen Instanzen vermittelten Erzählungen sowie von persönlichen Eindrücken und Gesprächen. Nur langsam setzte sich eine empathischere Sichtweise durch, die dann auch Eingang in die Schulungsmaterialien der US-Armee fand.

### Überarbeitung des Schulungsprogramms

Im April 1946 wurde der Orientierungskurs für neu eingetroffene GIs um zwei Stunden verlängert und durch Informationen zum angemessenen Verhalten Deutschen gegenüber ergänzt. Ein halbes Jahr später wurde der Kurs noch einmal dahingehend modifiziert, dass der Schwerpunkt nun nicht mehr darauf lag, die »aggressive nature« der Deutschen zu erläutern, sondern die Ziele der Besatzung.<sup>111</sup> Ab Dezember 1946 widmete sich schließlich ein vierköpfiges Komitee der Aktualisierung des Orientierungsprogramms der US-Armee gemäß neuer politischer Richtlinien. Zur Evaluierung des alten Programms waren Tests durchgeführt worden, die gezeigt hatten, dass die Teilnehmer danach nicht nur über ein breiteres Wissen hinsichtlich der Situation in Deutschland und über ein besseres Verständnis ihrer eigenen Rolle verfügten, sondern auch »less racial prejudice, more definitely anti-Nazi sentiments, and a poorer opinion of the German people« aufwiesen. Eine ähnlich intensive Einflussnahme erhoffte man sich von dem neuen Programm – nun allerdings positiv gewendet und nicht mehr mit dem Ziel, die Deutschen als Feinde zu identifizieren.<sup>112</sup> Die Untersuchungen machten auch deutlich, dass ein längerer Aufenthalt in Deutschland für eine wohlwollendere Einstellung gegenüber der Zivilbevölkerung sorgte.<sup>113</sup>

109 Harold Kempner, *Re-Educating the Germans*, in: *The Grooper*, 1. Dezember 1945, S. 2.

110 *Germans Polled on Nazi Trials*, in: *The Grooper*, 1. Dezember 1945, S. 2.

111 EUCOM, *Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population*, S. 4f.

112 Ebd., S. 11.

113 Vgl. ebd., S. 10.



Ende Januar 1947 ergänzte die Armee das Schulungsprogramm um einen weiteren Kurs, den auch diejenigen zu besuchen hatten, die sich bereits seit längerer Zeit in Deutschland aufhielten. Offiziere erhielten umfangreiches Schulungsmaterial zu verschiedenen Aspekten der deutschen Geschichte, zu Wirtschaft und Kultur; Familienangehörige wurden in Kursen und mithilfe von Broschüren über aktuelle Probleme der Deutschen sowie über ihre eigene Aufgabe vor Ort informiert. Sämtliche Mitglieder der Militärgemeinde wurden nun »encouraged to associate with Germans and to serve as ambassadors of the American way of life«. <sup>114</sup> Im April 1947 ordnete General Clay an, die Stacheldrahtzäune, die bis dato um amerikanische Wohnblocks gezogen waren, alsbald zu entfernen. <sup>115</sup>

Der sich hier ankündigende Wandel hin zu mehr Verständnis und einem freundlicheren Miteinander kannte dennoch weiterhin Grenzen, und so bestand zugleich noch immer Skepsis hinsichtlich der Loyalität und Zuverlässigkeit der Deutschen. Im März 1947 wurden die Berliner Evakuierungspläne unter dem Codewort *Eaglestone* bzw. *Gadfly* für den Fall eines Aufstandes oder gezielter Angriffe auf US-Militäreinrichtungen aktualisiert:

There is a definite possibility that minor disturbances are likely to occur in Berlin in increasing numbers and magnitude. These may occur in limited areas in the U.S. Sector in the form of organized sabotage, public disorders, and planned terrorism, endangering non-combatants, critical installations such as supply depots and communication centers, and key personnel. <sup>116</sup>

Ein anderes Szenario mit dem Codewort *Frostwork* bzw. *Firework* gab vor, dass eine Lebensmittelknappheit während der Wintermonate zu einem Aufstand führen könnte. Gleichzeitig wurde aber auch festgestellt, »there is no indication of any underground or large scale subversive movement at the present«. <sup>117</sup> Beide Szenarien gingen davon aus, dass die Berliner Polizei, sämtliche administrativen Einrichtungen sowie Teile der Bevölkerung nicht an dem Aufstand beteiligt sein würden. Dennoch bezogen die Evakuierungspläne nur Zivilangehörige mit ein, die amerikanische Staatsbürger waren, aus einem während des Krieges neutralen Land stammten oder den anderen Alliierten angehörten. <sup>118</sup>

<sup>114</sup> Ebd, S. 4f.

<sup>115</sup> Stacheldraht fällt, in: Der Abend, 10. April 1947.

<sup>116</sup> Das Codewort wurde am 8. November 1947 von »Gadfly« zu »Eaglestone« geändert. Vgl. Plan to meet a minor disturbance, Code Word Gadfly, 17. März 1947, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Colland, Adjutant General, General Correspondence (Decimal File) 1947-52, 1947-48 segment, Box 23, Folder: HQ Berlin Command, File 300. BK No. 3, Jan to Sept.

<sup>117</sup> Das Codewort am 8. November 1947 von »Frostwork« zu »Firework« geändert. Vgl. Plan in the event of a major uprising, Code Word Frostwork, 17. März 1947, in: ebd.

<sup>118</sup> Protective Security Plan, Plan for evacuation and sheltering of non-combatants, 17. März 1947, in: ebd. Ein Dokument vom 5. November 1946, welches den Plänen vom 17. März 1947 angehängt wurde, listete auch zu evakuierende Deutsche auf: Zivilisten, die von Wert für die Geheimdienste sind, Wissenschaftler im Dienst

Ein Schreiben mit Instruktionen, welches an die jeweils ältesten Mitglieder der verschiedenen Unterkünfte (*billets, quarters*) in Berlin gerichtet war, wies explizit darauf hin: »German Nationals are not authorized to accompany you to the shelter area.«<sup>119</sup> Das verbliebene Misstrauen gegenüber der deutschen Bevölkerung verschwand erst im Verlauf der Berlin Blockade.

### 2.3 Wiederentdeckung einer Weltstadt

Während die US-Armee mit der schwierigen Lage in der zerstörten Stadt zu kämpfen hatte, begleitete die amerikanische Presse mit Neugier und Faszination die Ereignisse in der einstigen Reichshauptstadt und deutete sie für die Leser in der fernen Heimat. Hierbei konnten die Journalisten an etablierte Muster und Narrative anknüpfen, denn bereits seit dem 19. Jahrhundert »wurde Berlin auf beiden Seiten des Atlantiks als eine Stadt wahrgenommen, die Züge der amerikanischen Gesellschaft und Urbanität trug«.<sup>120</sup> War zunächst Chicago der narrative Referenzpunkt gewesen, so verglich man die Stadt an der Spree ab den 1920er-Jahren eher mit New York, denn »Berlin war die einzige Metropole Deutschlands, ein oftmals chaotisch anmutendes Gewirr von Straßen, Bevölkerungsgruppen und Aktivitäten«.<sup>121</sup>

Die junge Hauptstadt war infolge der Reichsgründung rasant gewachsen und hatte begonnen, die internationale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Während weite Teile der Deutschen skeptisch bis ablehnend auf Berlin blickten und es als wenig repräsentativ für die eigene Nation erachteten, stand es für ausländische Beobachter zumeist exemplarisch für das wilhelminische Zeitalter. Geschildert wurden der Prunk, das lasterhafte Leben der Bewohner und die hohe Militärpräsenz. Besonders über »das ambivalente Wesen der Stadt«, die Gleichzeitigkeit von »wilhelminischem Ordnungsbewußtsein und sich andeutenden sozialen Erosionsprozessen« wurde mehrfach berichtet.<sup>122</sup> Um die Jahrhundertwende wurde Berlin zunehmend als amerikanisch wahrgenommen – Walter Rathenaus berühmtes Zitat aus dem Jahr 1899, »Spreeathen ist tot, Sprechicago wächst heran«, verdeutlicht diese Entwicklung.<sup>123</sup> Ausschlaggebend für diese Deutung waren das schnelle Wachstum,

der amerikanischen Regierungen und deren Angehörige sowie ehemalige zivile Insassen des Wannsee Internment Camp, die nun außerhalb des Berliner Sektors leben. Siehe: Rundschreiben betreff »Protective Security Plan for the U.S. Sector of Berlin«, 17. März 1947, in: ebd.

119 OMGUS Headquarter Berlin Command an Senior Member of Each Billet or Set of Quarters, Subject: Emergency Evacuation, 17. März 1947, in: ebd.

120 Daum, Kennedy in Berlin, S. 39.

121 Ebd.

122 Vgl. Daniel Kiecol, Selbstbild und Image zweier europäischer Metropolen. Paris und Berlin zwischen 1900 und 1930, Frankfurt a. M. 2001, S. 238-285, Zitat S. 249.

123 Maximilian Harden, Die Zukunft, Bd. 26, Berlin 1899, S. 39.

die hohe Zahl an Zugezogenen, eine angeblich von Profitstreben dominierte Weltanschauung, der Hang zu Superlativen, der Sprachwitz der Bewohner sowie der generell als modern verstandene Charakter der Stadt und die damit einhergehende Feststellung, dass Berlin nicht wie London oder Paris auf eine langjährige Tradition zurückblicken könne. Die einen begrüßten die daraus resultierende Wandlungsfähigkeit Berlins, andere kritisierten ihre Kulturlosigkeit – ignorieren konnten sie die neue Metropole jedoch nicht mehr, denn Berlin wurde zu einem »Exempel in der Diskussion um die Amerikanisierung Europas«. <sup>124</sup> Im Winter 1905 stellten die 3.186 vor Ort lebenden US-Bürger neben Österreichern, Ungarn und Russen die viertgrößte Gruppe ausländischer Stadtbewohner dar. <sup>125</sup> Immer mehr wurde die Hauptstadt auch zu einem Touristenmagneten: Circa 110.000 Touristen kamen Mitte der 1920er-Jahre monatlich an die Spree. <sup>126</sup>

Selbst der Erste Weltkrieg hatte der für Berlin typisch gewordenen Amüsierkultur – trotz aller kaiserlichen Versuche – kaum Einhalt gebieten können. In jenen Jahren entstand das Narrativ von der Stadt, die trotz aller Widrigkeiten stets ihren Humor bewahrt und ihn gar als »Quelle des Durchhaltewillens« zu nutzen vermag. <sup>127</sup> Der häufige Vergleich mit amerikanischen Großstädten prägte nicht nur die Außenwahrnehmung Berlins. Ab den 1920er-Jahren dienten die USA auch den Experten einer frühen Form des Stadtmarketings – eher als das zuvor oft neidisch beäugte Paris – als Inspirationsquelle und Vergleichsfolie: »Der Blick über den Atlantik zeigte der deutschen Hauptstadt in einer Zeit der intensiven Selbstanalyse mögliche Wege zu einer neuen Identität.« Auch die mit der Gestaltung Berlins betrauten Stadtplaner und Architekten orientierten sich zunehmend an amerikanischen Großstädten. <sup>128</sup> Ein von der Stadt herausgegebener Veranstaltungskalender stellte 1922 fest: »Berlin ist die modernste Stadt Deutschlands, das heißt, die am meisten amerikanische.« <sup>129</sup>

Auch wenn die NS-Zeit das Berlin-Bild international stark trübte, änderten jene Jahre nichts an dem internationalen Interesse an der deutschen Hauptstadt und ihrer Charakterisierung und Inszenierung als Weltstadt. Allerdings hatte sich die Deutung verschoben: Aus der »undeutschen«, kosmopolitischen

124 Kiecol, Selbstbild und Image zweier europäischer Metropolen, S. 259.

125 Vgl. Henry F. Urban, Die Entdeckung Berlins, hg. v. Michael Bienert, Berlin 2014, S. 167.

126 Vgl. Christian Saehrendt, Kriegserinnerung und Tourismus im Berlin der Zwischenkriegszeit, in: Biskup/Schalenberg, Selling Berlin, S. 175-191.

127 Vgl. Jan Rüger, Die Berliner Schnauze im Ersten Weltkrieg, in: Biskup/Schalenberg, Selling Berlin, S. 147-160.

128 Diese Anlehnung an amerikanische Großstädte war zugleich ein Katalysator für die »Berlinfeindschaft nationalkonservativer Eliten«, denen die Stadt als »Einfallstor von amerikanischen und bolschewistischen Werten« galt. Daniel Kiecol, Berlin und sein Fremdenverkehr. Imageproduktion in den zwanziger Jahren, in: Biskup/Schalenberg, Selling Berlin, S. 161-174, Zitate S. 168 und 174.

129 Der Fremde in Berlin, 1922, S. 3; zit. n. Kiecol, Selbstbild und Image zweier europäischer Metropolen, S. 261.

Metropole war eine »nationale Metropole« von Weltgeltung geworden.<sup>130</sup> Berichte in amerikanischen Tageszeitungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit lesen sich indes oft, als hätten die Jahre der NS-Zeit lediglich eine Pause dargestellt und als könnte Berlin nun endlich wieder die lebendige und internationale Stadt sein, die es zuvor gewesen war:

Certainly its physical structure had suffered, and, more important, its cultural and intellectual resources had been decimated by the Nazi regime as early as the 1930s. Still, [...] artists, intellectuals, writers, composers, theater producers, and audiences acted as if nothing were more evident and more natural than another Weimar Berlin rising from the ruins and ashes. If there was a perceived difference, it was that while in the years after 1918 the capital had remained provincial or national [...], now, in 1945, it was a truly international city.<sup>131</sup>

Amerikanische Journalisten beschrieben ausschweifend ihre Bewunderung für das rege und anspruchsvolle Unterhaltungsprogramm inmitten der Ruinen. Die *New York Times* feierte Berlin als »the most polyglot city in Europe«, in der Einheimische selbst die Namen kleinster Geschäfte in die Sprachen der Alliierten übersetzen und Theater und Nachtclubs die Künstler des Abends mehrsprachig präsentieren würden. Wenn des Nachts die Ruinen von der Dunkelheit verschluckt werden,

one might imagine one's self back in Paris or London. These places are just as lavish, just as crowded and just as gay, even though there is little to drink except Kriegsbier and watered red wine. For that matter, one might imagine one's self back in Berlin before the war, when despite Nazi edicts forbidding Jazz as degenerate, night clubs did a flourishing trade. The civilians one sees in these places today are much of the same type one saw there six years ago.<sup>132</sup>

Ein Journalist der *Chicago Daily Tribune* schwärmte nach einem Abend im *Royal Club*, dass man nicht einmal in Paris so viel Eleganz gesehen habe: »The entire scene was that of Berlin's notoriously gamey night life between the world wars.«<sup>133</sup> Nur zweieinhalb Jahre nach Kriegsende existierten in den vier Berliner Sektoren 4.075 Gaststätten ohne und 1.640 Gaststätten mit Speiseausgabe, 365 Cafés, 282 Trinkhallen und Eisdielen sowie 488 Hotels und Pensionen, in denen sich insgesamt 28.140 Angestellte um das Wohl der Gäste kümmerten.<sup>134</sup> Auch die U.S. Army beschrieb Berlin als »cosmopolitan city«. Ein Reiseführer

130 Ebd., S. 281.

131 Wolfgang Schivelbusch, *In a Cold Crater. Cultural and Intellectual Life in Berlin, 1945-1948*, Berkeley/Los Angeles/London 1996, S. IX.

132 Tania Long, *This is Berlin – without Hitler*, in: *New York Times*, 22. Juli 1945, S. 77.

133 John Thompson, *Night life back in Berlin, but it clips you \$150*, in: *Chicago Daily Tribune*, 16. Dezember 1946, S. 3.

134 *Gaststätten und Hotels*, in: *Der Abend*, 27. Dezember 1947.

des Berliner US-Hauptquartiers aus dem Jahr 1947 unterstrich die Weltoffenheit Berlins:

Between the two world wars, Berlin, because of its location in relationship to the rest of Europe, became a meeting place of eastern and western influence. Its position as an international clearing house of new political, intellectual and artistic ideas steadily grew under the Weimar Republic. Now once again it has become the meeting place of the west and east, this time through the medium of the Allied Military Government.<sup>135</sup>

Eine derartige »Umdeutung« sowie die »Anknüpfung« an alte Berlin-Bilder habe den Grundstein dafür gelegt, so Andreas Daum, dass aus der Reichshauptstadt binnen weniger Jahre »Amerikas Berlin« wurde, eine Stadt, die »deutsch war, aber eben doch amerikanischer als alles andere in Deutschland«.<sup>136</sup> Ein Reiseführer der US-Armee betonte demgemäß 1950, dass das sprunghafte Wachstum der Stadt nach 1871 eher für amerikanische Städte typisch sei als für deutsche.<sup>137</sup> Ein internes Redemanuskript der Public Affairs Division schilderte die letzten 300 Jahre Stadtgeschichte als Beweis für die freiheitliche und liberale Tradition der Spreemetropole, in der es die NSDAP besonders schwer gehabt habe, Fuß zu fassen.<sup>138</sup> Abgesehen davon, dass hier der Mythos des »roten Berlin«<sup>139</sup> reproduziert wird, ignoriert diese Erzählung zum einen, dass die NS-Propaganda Berlin ebenfalls als Weltstadt inszeniert hatte,<sup>140</sup> und zum anderen, dass die »Internationalität« der Stadt eigentlich während der NS-Zeit einen Höhepunkt erreicht hatte, als eine halbe Million Zwangsarbeiter »Teil der Berliner Kriegsgesellschaft« waren.<sup>141</sup> Das Anknüpfen an die Weimarer Jahre deutete die jüngste Vergangenheit hingegen als einen bedauernswerten

135 U.S. Headquarters Berlin District, An illustrated introduction to the city of Berlin, Berlin 1947.

136 Daum, Kennedy in Berlin, S. 39.

137 Special Services Tour of Berlin, Berlin 1950, Nachdruck des Berlin Story Verlags von 2010, S. 5.

138 Undatiertes Manuskript der Public Affairs Division für eine Rede vor General Taylor und anderen Zuhörern, vermutlich aus dem Jahr 1950, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified subject Files 1949-53, F-I, Box 3.

139 Siehe hierzu: Oliver Reschke/Michael Wildt, Aufstieg der NSDAP in Berlin, in: Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hg.), Berlin 1933-1945, München 2013, S. 19-32; Daniel Siemens, Prügelpropaganda. Die SA und der nationalsozialistische Mythos vom »Kampf um Berlin«, in: ebd., S. 33-50.

140 Vgl. Klaus Hesse, Gelenkte Bilder. Propagandistische Sichtweisen und fotografische Inszenierung der Reichshauptstadt, in: Wildt/Kreutzmüller, Berlin 1933-1945, S. 279-296.

141 Im September 1944 lebten unter anderem 103.095 sowjetische, 66.796 französische und 31.320 polnische Zwangsarbeiter in Berlin. Hinzu kamen die Arbeiter aus anderen besetzten Ländern. Cord Pagenstecher/Marc Buggeln, Zwangsarbeit, in: ebd., S. 127-144, Zitat S. 141.

Zwischenfall, als temporäre und auferzwungene Abweichung vom eigentlichen Charakter Berlins.

Auch auf die US-Soldaten schien der Ruf Berlins eine besondere Wirkung gehabt zu haben. Für die ersten Nachkriegsjahre lässt sich überspitzt sagen: Neben Politikern und Diplomaten waren es vor allem sie, die einen Ausgleich für den einstigen Touristenstrom darstellten.<sup>142</sup> Berlin galt als »one of the centers of attraction for military personnel« in Europa.<sup>143</sup> Für das Jahr 1951 verzeichnete der Berliner Militärstützpunkt 16.000 offizielle und halboffizielle Besucher aus den USA.<sup>144</sup> In ihrer Freizeit erkundeten die Amerikaner die Ruinenstadt und fotografierten das eroberte Territorium.<sup>145</sup> Die Bilder dokumentieren primär die Leiden und Überlebensstrategien der Bevölkerung in der Trümmerlandschaft: »For American photographers, Berlin became the visual shorthand for the pity of war and for the resilience of civic life«, so Stefan-Ludwig Hoffmann.<sup>146</sup>

Doch was die GIs sowie Gäste der US-Armee in den 1940er-Jahren auf ihren Spaziergängen und Fahrten durch die einstige Reichshauptstadt zu sehen bekamen, waren häufig nur Leerstellen. Berlin präsentierte sich als Rom der Zeitgeschichte, als die erste moderne Ruinenstadt, die den Betrachter aufgrund der Architektur ihrer Bauten besonders berührte, spiegelte sie doch nicht den Untergang einer vor Jahrtausenden existierenden Zivilisation, sondern das Elend der eigenen Zeitgenossen. Der die Standrundfahrt der U.S. Army begleitende Reiseführer liest sich dementsprechend surreal, verweist er doch häufig auf Orte, die gar nicht mehr existierten. Auf der Tour durch die östliche Stadtmitte wurde von einer einstigen Größe berichtet, die nur noch in Form von Schutthaufen zu betrachten war. Berlin war mehr Mythos als Realität:

Alexanderplatz. This square is surrounded by formidable ruins – the huge pile that used to be the Police Headquarters, built in 1861-69 on the site of the old Rathaus (townhall) – the red brick ruins of the Church of St. George – the Hertie Department Store. [...] Swinging into Koenig Strasse, the ruins of the immense red brick Rathaus are seen on the left. [...] To the

142 So auch: Ralph Stern, *The Big Lift* (1950). *Image and Identity in Blockaded Berlin*, in: *Cinema Journal* 46 (2007) 2, S. 66-90, hier S. 83.

143 *Berlin Sightseers Without Orders Get the Heave-Ho*, in: *The Berlin Sentinel*, 13. Oktober 1945, S. 6.

144 *Berlin Military Post: Command Report 1951*, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, HQ EUCOM, General Staff, Berlin Military Post, Reports 1951, Command Reports, Box 1617, S. 13.

145 Im August 1945 schätzte die Armee, dass die Entwicklung von 8.000 Fotos pro Tag der Nachfrage gerecht werden könnte. Vgl. Memorandum, Subject: G-1 Activities, 2. August 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403.

146 Stefan-Ludwig Hoffmann, *Gazing at Ruins. German Defeat as Visual Experience*, in: *Journal of Modern European History* 9 (2011) 3, S. 328-350, Zitat S. 343.

right is the Central Post Office. There are masses of ruins now on either side with narrow streets leading off in both directions. This is called the Old Town. [...] North of the Dom, clustered around the far side of the Lustgarten, are the ruins of Berlin's most famous museums. [...] On either side of Unter den Linden can be seen ruins of what were once the finest places, embassies, museums and great hotels in Germany. [...] Opposite the arsenal is all that is left of the attractive little Palace of the Princes. [...] Just behind the opera house and facing on the square is all that is left of Berlin's Catholic Cathedral, St. Hedwig's. [...] At the Adlon Hotel, still on the left, there are only ruins where once the most luxurious hotel on the continent operated, receiving in grand manner diplomats, foreign correspondents and world travelers.<sup>147</sup>

In diesem Textauszug wird deutlich, dass Stadtbilder und -texte nicht nur die Wahrnehmung einer Stadt prägen, sondern auch die Bewegung in der Stadt leiten und Besucher an bestimmte Orte lenken.<sup>148</sup> Nach dem alten Glanz der Reichshauptstadt suchend, setzten die Beobachter – Journalisten, Soldaten und Politiker – die Tradition des »urban spectatorship«<sup>149</sup> fort und schufen mit ihren Berichten eine Kontinuität über die Zäsuren von 1933 und 1945 hinweg. Jennifer V. Evans weist deshalb darauf hin, dass diese Stadtttexte eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart darstellten: »In their meanderings and reflections, these *flâneurs* helped lay a foundation for new understandings of life under occupation and division.«<sup>150</sup> Die Wahrnehmung Berlins in den ersten Nachkriegsmonaten legte den Grundstein späterer Erzählmuster.

Die Deutung der Bevölkerung als gebeutelte Opfer des Krieges, einhergehend mit der wieder aufgegriffenen Erzählung von der Spree-Metropole, die immer schon moderner, amerikanischer und weltoffener als das restliche Deutschland gewesen war, führte zu einer Abgrenzung von der NS-Vergangenheit und ermöglichte die Herausbildung einer positiven Kontinuitäts-erzählung. Die Verweise auf das bunte, strahlende Berlin der Weimarer Jahre bildeten hierbei eine Brücke über die dunklen Jahre hinweg und waren anknüpfungsfähig für das sich bald etablierende Narrativ vom »Vorposten der Freiheit« und »Schaufenster des Westens«.

147 Special Services Tour of Berlin, S. 5,16-23.

148 Vgl. Lindner, *The Imaginary of the City*, S. 289-294.

149 Evans, *Life among the Ruins*, S. 151. Zu der damit verbundenen Erzählung von Berlin als Stadt der Unterhaltung und des Spektakels um die Jahrhundertwende siehe: Peter Fritzsche, *Reading Berlin 1900*, Cambridge/ London 1996; Joachim Schlör, *Nights in the Big City. Paris, Berlin, London 1840-1930*, London 1998.

150 Evans, *Life among the Ruins*, S. 152.

## 2.4 Leben unter amerikanischer Besatzung

Die Berlinerinnen und Berliner erlebten das Kriegsende als schleichenden Prozess, als »das endlose Ende«.<sup>151</sup> Mit dem Warten auf die U.S. Army war die Hoffnung auf eine eindeutige Zäsur, auf ein definitives Ende der allgemeinen Unsicherheit und des persönlichen Leids verbunden gewesen, aber die Situation verbesserte sich mit ihrem Eintreffen nur bedingt. Zwar kam es in den Westsektoren jetzt deutlich seltener zu Plünderungen oder gewalttätigen Übergriffen durch Soldaten der Roten Armee, dennoch bestimmten weiterhin Hunger, Wohnungsnot und Zukunftsängste den Alltag. Ursula von Kardorff, eine mehreren Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus nahestehende Journalistin, notierte bei ihrer Rückkehr an die Spree im September 1945 in ihr Tagebuch:

Das ist nun Berlin. Faszinierend und deprimierend zugleich. Ringsum Hungersnot. Alle Menschen haben einen halbirren Blick, der Kampf ums Überleben füllt sie völlig aus; trotzdem sind sie herzlich, rührend gastfrei und witzig. Aber das Ganze ist grauenhaft.<sup>152</sup>

Die Zeit zwischen Kriegsende 1945 und Blockade 1948/49 war deshalb nicht der Auftakt für eine wunderbare deutsch-amerikanische Freundschaft, sondern zunächst eine Phase der enttäuschten Erwartungen. Das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten wurde täglich neu verhandelt und war keineswegs durchgehend von Dankbarkeit und Ergebenheit geprägt. Zum einen musste auf alliierter Seite der »Status als Sieger und Besatzer [...] definitiv geklärt und gegen die Besiegten abgegrenzt werden, die zu Objekten der Handlungs- und Verfügungsmacht der Armee« geworden waren.<sup>153</sup> Dennoch waren die Berliner nicht nur passives »Streitobjekt internationaler Beziehungen«, sondern auch »Akteur in eigener Sache« und entwickelten vor dem Hintergrund des Mangels Überlebensstrategien, die keineswegs konform mit der Politik der neuen Machthaber waren.<sup>154</sup> Insbesondere von den USA erwarteten sie sich Hilfe in mehrfacher Hinsicht und zögerten auch nicht, Kritik und eigene Ansprüche zu artikulieren.

Anfangs regierten die Amerikaner streng, zum Beispiel indem sie die Ausgabe der für das Überleben unverzichtbaren Lebensmittelkarte an die Einhaltung von Anweisungen knüpften – sei es die Teilnahme an der Typhus-Impfung oder ein Kinobesuch anlässlich der Ausstrahlung des Films *Die Todesmühlen*, der die grausamen Verbrechen in den deutschen Konzentrations- und

151 Kimberly A. Redding, *Growing Up in Hitler's Shadow. Remembering Youth in Postwar Berlin*, Westport/CA 2004, speziell S. 23-52. Siehe auch: Malte Zierenberg, *Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950*, Göttingen 2008, S. 251.

152 Ursula von Kardorff, *Berliner Aufzeichnungen 1942 bis 1945*, München 1994, S. 354.

153 Brauerhoch, *Fräuleins und GIs*, S. 22.

154 Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger, Einleitung, in: dies. (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958*, Berlin 2000, S. 7-10, Zitat S. 7.



Vernichtungslagern schonungslos zeigte. Als die US-Armee sich nicht, wie erhofft, als »Schutzmacht« gerierte, sondern – nicht anders als die Rote Armee – Eigentum requirierte, an der Versorgungslage erst einmal wenig änderte, die Entnazifizierung vorantrieb, den Deutschen mit Skepsis und Misstrauen begegnete und an der Kooperation mit der Sowjetunion festhielt, waren viele Berliner enttäuscht. Margret Boveri stellte schon nach wenigen Wochen eine gewisse Desillusionierung fest:

Als ich das letzte Mal anderthalb Stunden für Brot anstand, hörte ich nur auf die Amerikaner schimpfen, die doch zuerst sehnlichst erwartet, dann als Befreier begrüßt wurden. Sie beschlagnahmten nicht nur Häuser, sondern holen auch aus den beschlagnahmten und aus anderen Häusern, was sie woanders brauchen, Betten, Matratzen, Teppiche, Tische und Stühle. Die Leute sagen, ›auf die feine Tour‹ seien sie schlimmer als die Russen.<sup>155</sup>

Die damals 19-jährige Ruth Wergau erinnert sich, vor allem darüber verwundert gewesen zu sein, dass einige GIs die Deutschen tatsächlich als Feinde erachteten und Distanz wahrten:

Die ersten Amis, mit denen wir Kontakt hatten, waren ziemlich rabiat, die haben uns alle für verkappte Nazis gehalten. Die wollten mit uns überhaupt nichts zu tun haben. Für uns war das erst mal enttäuschend, denn wir freuten uns natürlich darauf, nicht mehr unter russischer Besatzung leben zu müssen.<sup>156</sup>

Trotz der Kritik sind für Berlin – im Gegensatz zur amerikanischen Zone im Süden Deutschlands – keinerlei Proteste gegen die Besatzungsmächte überliefert.<sup>157</sup> Lediglich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) und ihre Jugendorganisation, die Freie Deutsche Jugend (FDJ), organisierten vereinzelt Aktionen, die sich gegen die Westmächte richteten.

Darüber hinaus gab es nicht wenige Amerikaner, die sich individuell engagierten, Notleidenden halfen und damit für positive Erfahrungen mit Repräsentanten der Besatzungsmacht sorgten. Johanna Wrede, die in der Kirche aktiv war, erinnert sich an einen Pfarrer der US-Armee:

Er hat Süßigkeiten, Kleiderstücke und so besorgt. Wenn wir was brauchten, konnte er sich das ja einfach aus Amerika schicken lassen. Er hielt jeden Sonntag in der Lichterfelder Dorfkirche einen Gottesdienst für Amerikaner und Deutsche. Da war es dann bald so überfüllt, daß er damit in die große

155 Boveri, *Tage des Überlebens*, S. 256.

156 Ruth Wergau: *Ziemlich gespannt*, in: Detlef R. Mittag/Detlef Schade (Hg.), *Die amerikanische Kalt-Welle. Geschichten vom Überleben in der Nachkriegszeit*, Berlin 1983, S. 102 f.

157 Vgl. Benz, *Deutschland unter alliierter Besatzung*, S. 86 f. Lediglich John J. Maginnis erwähnt in seinem Tagebuch an einer Stelle »some food demonstrations«: *Tagebucheintrag vom 28. Juli 1945*, in: Maginnis, *Military Government Journal*, S. 279.

Kirche in Lichterfelde umziehen mußte. [...] Der Mann war für uns eine absolute Ausnahmeerscheinung gewesen. Er trat uns völlig vorurteilsfrei entgegen, dadurch habe ich die Amerikaner von dieser guten Seite kennengelernt.<sup>158</sup>

Die Historikerin Kimberly A. Redding stellte fest, dass derartige Erzählungen im heutigen kollektiven Gedächtnis dominieren und die Erinnerungen von Zeitzeugen an den »herrlichen Sommer« 1945 zu weiten Teilen aus Schilderungen des amerikanischen Einflusses bestehen. Sämtliche ihrer Interviewpartner berichteten von persönlichen Begegnungen mit GIs und den positiven Eindrücken, die sie aus diesen Kontakten gewannen. Insbesondere aufgrund der NS-Propaganda, die für den Fall der Kriegsniederlage eine harte Bestrafung durch die Alliierten prophezeit hatte, »even relatively neutral experiences were cause for a relief, while small gestures of generosity became cause for celebration«.<sup>159</sup>

#### 2.4.1 Erste Begegnungen

Die städtische Bevölkerung begegnete den Amerikanern in ganz unterschiedlichen Rollen, zum Beispiel als Arbeit- und Auftraggeber, als Händler auf dem Schwarzmarkt, als zahlungskräftige Besucher in Bars und Cafés, als neugierige Flauneure auf der Straße, als neue Nachbarn, als Helfer bei der Wiederherstellung der städtischen Infrastruktur, als Ordnungsmacht in Form der Militärpolizei, als Organisatoren von Aktivitäten für Jugendliche, als Wohltäter im Rahmen zahlreicher Hilfsaktionen, als Absender von »Liebesgaben« genannten Hilfspaketen übermittelt durch die *Cooperative for American Remittances to Europe* (CARE)<sup>160</sup> oder auch als Botschafter einer anderen Lebensweise und Anhänger einer teils kritisch beäugten, teils eifrig angeeigneten Popkultur. Wie intensiv der persönliche Kontakt zu US-Soldaten im Alltag tatsächlich war, lässt sich anhand von zeitgenössischen Studien nur ansatzweise ermitteln: Im Rahmen einer 1947/48 durchgeführten Umfrage gab ein Viertel der in der amerikanischen Besatzungszone sowie in Berlin Befragten an, einen oder mehrere Amerikaner persönlich zu kennen; fünf Prozent gaben an, einen Amerikaner sehr gut zu kennen. Die meisten Bekanntschaften waren durch Zufall oder im Rahmen beruflicher Tätigkeiten zustande gekommen. Dementsprechend waren die meisten Deutschen, die Kontakte zu Amerikanern pflegten, männlich, entstammten den oberen sozialen Schichten und zeichneten sich durch eine gute Bildung aus. Während nur ein Viertel der Frauen unter 30 Jahren

158 Johanna Wrede, Ein Dorn im Auge, in: Mittag/Schade, Die amerikanische Kalt-Welle, S. 103 f.

159 Redding, Growing Up in Hitler's Shadow, S. 37-39, Zitat S. 38.

160 Hierzu: Philipp Baur, From Victim to Partner. CARE and the Portrayal of Postwar Germany, in: Katharina Gerund/Heike Paul (Hg.), Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945. Interdisziplinäre Perspektiven auf »America's Germany«, Bielefeld 2015, S. 115-140. Siehe auch: Heike Wieters, The NGO CARE and Food Aid from America, 1945-80. »Showered with Kindness«?, Manchester 2017.

angaben, einen Amerikaner zu kennen, so bejahten in derselben Altersgruppe 43 Prozent der Männer die Frage – wobei offenbleiben muss, ob einige weibliche Interviewte ihre Kontakte aufgrund der nicht unüblichen öffentlichen Verurteilung lieber für sich behielten.<sup>161</sup>

Insbesondere den Begegnungen mit alliierten Soldaten auf den Schwarzmärkten der Stadt kam »sowohl in der alltäglichen Erfahrung als auch in den Erinnerungen der Zeitgenossen eine besondere Bedeutung zu«, und die Beurteilung der Tauschpartner schwankte »zwischen Dankbarkeit und Vorwurf, Erleichterung und Entsetzen« – nicht selten in Abhängigkeit davon, ob man einem sowjetischen oder einem westlichen Vertreter der Besatzungsmacht begegnete.<sup>162</sup> Die US-Armee versuchte, den Handel unter anderem dadurch einzuschränken, dass sie die einheimische Währung als ungültiges Zahlungsmittel für Soldaten deklarierte<sup>163</sup> und deutschen Zivilisten den Besitz von Waren aus dem PX verbot.<sup>164</sup> Zusätzlich wurde im August 1946 ein *Barter Exchange Center*, auch *Tauschring* genannt, eingerichtet.<sup>165</sup> Hier konnten Waren legal gegen eine nur im Center gültige Währung getauscht werden. Die Zeitung *OMGUS-Observer* verkündete:

This is the first time that trading with the enemy has become legal. [...] The purpose of this venture is to get the German civilians and the Allied personnel of Berlin to exchange articles they don't want for things they do want – in a fair way [...] The barter value is based on prewar German prices for imported American goods. [...] Now they [the Germans] come – on foot, on bicycles, lugging briefcases, battered little bundles with their guarded possessions. They stand in pouring rain or in the hot sun waiting patiently for their ›turn‹ – two thousand strong a day.<sup>166</sup>

Obwohl der Tauschring beliebt war, ließ er den Schwarzmarkt nicht verschwinden. Margret Boveri beschrieb in ihren Berliner Briefen, wie selbst das Ergattern amerikanischen Mülls dazu beitrug, den täglichen Speiseplan wenigstens etwas abwechslungsreich zu gestalten.<sup>167</sup> Andere Zeitzeugen erinnern

161 Vgl. OMGUS, ICD Opinion Surveys, Contacts Between Germans and Americans, 24. Februar 1948, U.S. Army Center of Military History (CMH).

162 Zierenberg, *Stadt der Schieber*, S. 249.

163 From Fiscal to G-1, Interoffice Memo Slip, Subject: Financial Transactions of American Soldiers, 16. Juli 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403.

164 Summary of Meeting, G-1, 16. Juli 1945, 11.30 bis 12.00 Uhr, in: ebd.

165 Vgl. Paul Steege, *Black Market, Cold War. Everyday Life in Berlin, 1946-1949*, Cambridge 2007, S. 124 f.; Zierenberg, *Stadt der Schieber*, S. 239 ff. Das Berliner Barter Center wurde kurz vor Beginn der Blockade, am 15. Mai 1948, aufgelöst. Die übrige Ware wurde verkauft; der Erlös ging an die German Youth Activities.

166 Berlin Barter Business Booming, *Black Market Merchants Fuming*, in: *OMGUS Observer*, 16. August 1946, S. 3.

167 Boveri, *Tage des Überlebens*, S. 221, S. 248 ff.

sich, wie heiß begehrt die von den GIs weggeworfenen Zigarettenstummel waren (da man den Tabak entnehmen, sammeln und weiterverkaufen konnte) oder welche Tricks man anwandte, um am Arbeitsplatz Reste – Seife, Kaffee, Essen – einzusammeln und heimlich nach Hause zu tragen.<sup>168</sup> Diese Berichte verdeutlichen, dass die Rollen und Hierarchien klar verteilt waren und kein Raum für Zweifel gelassen wurde, wer den Krieg verloren und wer ihn gewonnen hatte.

Nach fünf Monaten unter alliierter Besatzung ergab sich deshalb ein ambivalentes Bild: Umfragen machten deutlich, dass über ein Drittel der Berliner mit der amerikanischen Militärregierung nicht zufrieden und ein Viertel davon überzeugt war, dass sich auch das Verhalten der US-Soldaten in letzter Zeit verschlechtert habe.<sup>169</sup> Als die Civil Censorship Division im Winter 1945 insgesamt 16.048 Briefe öffnete, um die Einstellung der Berliner zu ihren neuen Machthabern zu analysieren, fiel das Ergebnis aus Sicht der US-Armee dennoch positiv aus: »Approximately 75 percent of the comments on the American forces expressed satisfaction, whereas a full 80 percent of the remarks on the Russian forces were unfavorable.«<sup>170</sup> In diesem Zitat wird zum einen deutlich, dass die Berlinerinnen und Berliner die Siegermächte und deren Politik miteinander verglichen, zum anderen, dass die negative Wahrnehmung der sowjetischen Streitkräfte eine positive Einschätzung der US-Armee begünstigte.

Die teils kritische bis enttäuschte Einschätzung der Besatzungspolitik änderte auch nichts an der allgemeinen Neugier, mit der die Berlinerinnen und Berliner den USA begegneten. Dies wird besonders bei der Lektüre lokaler Tageszeitungen<sup>171</sup> deutlich, die in einer bis dato unbekanntenen Intensität über Ereignisse im fernen Amerika berichteten: Ob Rekordernten im Herbst, Fleischknappheit in New York, ein Sturz des Autors George Bernard Shaw, Modetrends für den Winter, Football-Ergebnisse oder ungewöhnliche Scheidungsfälle in Chicago, die Berliner Zeitungsleser konnten erfahren, was jenseits des Atlantiks geschah. Groß war die Bewunderung, die einzelne

168 Vgl. Karl Lühning: Nur vom Besten, in: Mittag/Schade, Die amerikanische Kalt-Welle, S. 107 f.

169 Über ein Viertel der in Berlin Befragten fand, dass die Amerikaner insgesamt an Beliebtheit verloren hätten. In der amerikanischen Zone im Süden Deutschlands war es genau umgekehrt: Die Beliebtheit hatte mit der Zeit zugenommen. Harold Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 1, Köln 1983, S. 106.

170 EUCOM Historical Division: Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population 1946-48, Occupation Forces in Europe Series, 1946-48, Karlsruhe 1951, S. 11, Online in der *Combined Arms Research Digital Library*, URL: <http://cgsc.contentdm.oclc.org/cdm/ref/collection/p4013coll11/id/1391> [7.4.2017].

171 Im Folgenden dient vor allem die Tageszeitung *Der Abend* als Beispiel. Sie erschien von 1946 bis 1981 täglich außer sonntags und war lange Zeit (bis die *B.Z.* und die *Berliner Morgenpost* den Markt dominierten) neben dem *Telegraf* und dem *Tagespiegel*, die ebenfalls analysiert wurden, eine der meistgelesenen Zeitungen in West-Berlin.

städtische Medien in ihren Beiträgen zum Ausdruck brachten: Amerikaner würden »mit einer gewissen angeborenen Eleganz und Routine« Kaugummi kauen und könnten dabei sogar noch rauchen und sprechen.<sup>172</sup> Wissenschaftler in New York hätten es geschafft, »Wolken in Schnee zu verwandeln«.<sup>173</sup> Die frohe Weihnachtsbotschaft verkünde nun der Direktor der amerikanischen Militärregierung, Frank L. Howley,<sup>174</sup> und der Weihnachtsmann komme »im Jeep direkt vom Himmel bis nach Berlin«.<sup>175</sup> Auch Filme aus Hollywood wurden intensiv rezipiert: 1946 »besuchte jeder Einwohner des amerikanischen Sektors sechzehnmal die Vorstellung eines amerikanischen Films«.<sup>176</sup> Als sechs deutsche Kinder Weihnachten 1947 bei Militärgouverneur Lucius D. Clay und dessen Frau zu Gast waren, zeichnete *Der Abend* ein für den heutigen Leser gänzlich überzeichnet anmutendes Szenario: Die Kinder seien zunächst an der Tür stehengeblieben, »weil es die Schwelle eines Märchens ist« und »die Schönheit des Raumes« sie »befangen« gemacht habe. Die »Güte« und die »mütterliche Wärme« von Frau Clay, die die Mitbringsel der Kinder »wie Kostbarkeiten« bewundert habe, würden »tröstliche Hoffnung« versprechen.<sup>177</sup>

Schon zuvor hatte der ehemalige Präsident Herbert Hoover eine ähnliche mediale Sakralisierung erfahren. Nachdem er sich nach dem Ersten Weltkrieg als Leiter der American Relief Administration um die Versorgung Mitteleuropas gekümmert und 1931 eine Aufschiebung der Zahlung deutscher Kriegsreparationen bewirkt hatte, wurde er 1947 von Präsident Truman nach Deutschland entsandt, um die Ernährungslage zu studieren. Ein offener Brief des Journalisten und einstigen Drehbuchautors Szabó Sándor Várady verdeutlicht die Intensität der Hoffnung, aber auch den Überschuss an Erwartungen, mit der einem Stellvertreter der US-Regierung in jenen Jahren begegnet wurde:

Wo in der Welt seit zwei Jahren der Magen knurrt, wo Kinder vor Hunger weinen, wo man in Schnee und Frost barfuß läuft, erscheinen Sie, Herr Hoover, um nach dem Rechten zu sehen. Ihr gütiges Gesicht leuchtet wie die Sonne, Ihr Herz scheint durch Ihren dicksten Wintermantel. Sie haben wahrscheinlich auch Flügel wie Engel, man sieht sie nur nicht, weil Sie ein Mensch sind von der sehr seltenen Sorte der wahrhaft Guten. [...] Die größte Trümmerstadt der Welt wird Sie, Herr Hoover, dankbar und mit sehr, sehr viel Liebe begrüßen.<sup>178</sup>

Mehr Demut war kaum möglich. An die Gutmütigkeit und Hilfsbereitschaft der amerikanischen Besatzungsmacht banden sich nun alle Hoffnungen.

172 Alles »kaut« in der 77, in: *Der Abend*, 26. Oktober 1946.

173 Schnee auf Bestellung, in: *Der Abend*, 28. November 1946.

174 Für mehr als hundert Millionen Dollar, in: *Der Abend*, 24. Dezember 1946.

175 Weihnachtsmann im Jeep, in: *Der Abend*, 24. Dezember 1946.

176 Hollywood-Erfolg in Berlin, in: *Der Abend*, 12. Februar 1947.

177 »Happy New Year« wünscht Mrs. Clay, in: *Der Abend*, 2. Januar 1947.

178 Szabó Sándor von Várady, Einen Moment, Mr. Hoover!, in: *Der Abend*, 6. Februar 1947.

## 2.4.2 Die enttäuschende Schutzmacht: Der »Hungerwinter« 1946/47

Der zitierte Brief an Herbert Hoover deutet an, was die Bevölkerung seit Kriegsende am meisten plagte: Hunger und Kälte. Die tägliche Kalorienmenge erreichte 1946 mit 1.500 Kalorien einen Tiefstand und betrug nicht einmal 50 Prozent der Vorkriegszeit: »Die schlechte Versorgung mit Nahrungsmitteln, der Mangel an Heizmaterial und Bekleidung, die desolaten Wohnverhältnisse führten zu einer erheblichen Zunahme von Infektionskrankheiten.«<sup>179</sup> Insbesondere der Winter stellte das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten auf eine harte Probe: Im Dezember 1946 stieg die Säuglingssterblichkeit in Berlin auf 16 Prozent.<sup>180</sup> Zwischen Oktober 1946 und Februar 1947 wurden 1.142 Todesfälle durch Unterernährung registriert.<sup>181</sup> Hatte der Anteil der Hungertoten zwischen Oktober und Januar noch bei ungefähr 20 pro tausend gelegen, so stieg er im Februar 1947 auf 77,9 pro tausend.<sup>182</sup>

Zur anhaltenden Ernährungskrise kam dann eine Kohlekrise hinzu. Seit dem Jahreswechsel 1946/47 war durch die Sowjetunion keine Hausbrandkohle mehr geliefert worden.<sup>183</sup> Auch die begehrten Care-Pakete erreichten die Stadt nicht mehr, denn es fehlte ebenfalls an Kohle zur Befuerung von Lokomotiven, was den Warentransport von Bremen nach Berlin erheblich beeinträchtigte.<sup>184</sup> Die Stromsperre, eingefrorene Wasserleitungen und durch die Kälte nicht mehr funktionierende sanitäre Anlagen erschwerten den Alltag zusätzlich. Es herrschte Tanzverbot, Gaststätten wurden zu Wärmehallen umfunktioniert.<sup>185</sup> Zahlreiche Betriebe mussten ihre Tätigkeit einstellen, circa 100.000 Berliner verloren ihre Arbeit. Schulen schlossen für mehrere Tage. Tuberkulose breitete sich aus; 60 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter litten unter Wurmbefall.<sup>186</sup> Polizisten wurden schließlich im Rahmen eines Notprogramms ausgesandt, um Kranke und Notleidende zu finden – sie meldeten 15.615 Personen, die umgehend Hilfe benötigten.<sup>187</sup> Allein in Steglitz wurden 80 alte und allein lebende Menschen entdeckt, die »Tag und Nacht in ihren Betten [liegen], in ihrem eigenen Unrat« und nur noch »auf das Ende« warten würden.<sup>188</sup>

179 Vgl. Benz, *Deutschland unter alliierter Besatzung*, S. 87-90, hier S. 90.

180 1938 lag sie bei 5,8 Prozent: Säuglingssterblichkeit fast verdreifacht, in: *Der Abend*, 28. Februar 1947.

181 Als Hungertote wurden allerdings nur jene registriert, die Hungerödeme oder akute Mangelerscheinungen aufwiesen. Vgl. 1142 Berliner verhungerten, in: *Der Abend*, 14. Juni 1947.

182 Vgl. Stefanie Radder, 8. Mai 2005 – 60 Jahre Kriegsende – Bevölkerungszahlen aus den Jahren 1945 bis 1947, in: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, *Monatschrift* 5/2005, URL: [https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Aufsaeetze/2005/MS-BE\\_200505-03.pdf](https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Aufsaeetze/2005/MS-BE_200505-03.pdf) [7.3.2018].

183 Howley zur Kältekatastrophe, in: *Der Abend*, 10. Februar 1947.

184 Care-Paket-Ausgabe in 14 Tagen, in: *Der Abend*, 7. Februar 1947.

185 Kurfürstendamm-Cafés als Wärmehallen, in: *Der Abend*, 20. Februar 1947.

186 Redding, *Growing Up in Hitler's Shadow*, S. 66-68.

187 Berlin diskutiert, in: *Der Abend*, 17. Februar 1947.

188 Berlin diskutiert, in: *Der Abend*, 20. Februar 1947.

Ein Notstandskomitee der Berliner Stadtverordnetenversammlung wandte sich schließlich an die Alliierte Kommandantur und bat um Lebensmittel für die hungernde Bevölkerung – das Komitee wurde nicht empfangen.<sup>189</sup> Unmut über die Politik der Alliierten machte sich breit. Die amerikanischen Stellen in Berlin versuchten nicht nur, das Problem herunterzuspielen, sie verlangten sogar, die Statistiken über Todesfälle zu manipulieren, »um die Zivilbevölkerung nicht unnötig zu beunruhigen«.<sup>190</sup>

Das Leid erstickte immer mehr die anfängliche Euphorie über einen Neubeginn. Zudem ließen die wachsenden Konflikte zwischen den Alliierten und der beginnende Wettstreit der Systeme, der in Berlin besonders deutlich spürbar war, das Gefühl aufkommen, nur Spielball der Mächte zu sein. Ein deutscher Angestellter des US-Militärs machte seinem Ärger in einem Brief an den Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) Luft:

Day by day we hear from press and radio how people in the Western zones are living. It makes our mouths water but it doesn't appease our hunger. [...] Up to this day we have not yet got our wages for June. And they rail against the Russians! [...] I am no Nazi friend. But they could better manage these things.<sup>191</sup>

Die US-Militärregierung registrierte den Meinungswandel und den wachsenden Pessimismus mit Sorge.<sup>192</sup> Auch klagte sie über »the ›gap‹ which seems to exist at present between the public and the Military Government«. Der Grund sei, »that we become overly engrossed with our gallant Allies in the Kommandatura and tend unconsciously to overlook responsibilities to the German population and officials«; diese entstandene Lücke werde zunehmend durch die Sowjetunion genutzt, um die Bevölkerung mittels öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen für sich zu gewinnen.<sup>193</sup>

### 2.4.3 *Ein neuer Konflikt kündigt sich an*

Der ideologische Konflikt zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion war nicht neu. Frankreich, Großbritannien und die USA hatten nach der Oktoberrevolution an der Seite der Weißen Armee gegen die Bolschewiki ge-

189 Hilferuf Berlins, in: Der Abend, 18. Februar 1947.

190 Adam J. Rapalski (Chief Public Health Branch) an die Amtsärztin im Gesundheitsamt Zehlendorf, 13. Februar 1947, in: LArch, B Rep. 36-01, OMGBS, 210/840/80, zit. n. Grossmann, Juden, Deutsche, Alliierte, S. 60.

191 LArch, B Rep. 36-01, OMGBS, 4/8-2/12, Radio II, Brief von J. Nitschke aus Berlin-Steglitz.

192 Vgl. OMGUS, ICD Opinion Surveys, The Trend of German Attitudes Toward Allied Cooperation, Report No. 87, 9. Januar 1948, U.S. Army Center of Military History (CMH).

193 LArch, B Rep. 36-01, OMGBS, 4/2-2/22, Proposal: Closer liaison with the German Bezirk authorities.

kämpft und sich lange geweigert, die neu gebildete Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) anzuerkennen. Schon zu diesem Zeitpunkt waren der »globale Anspruch beider Weltanschauungen« und »der Ansatz zur Blockbildung« in Grundzügen erkennbar.<sup>194</sup> Die Anti-Hitler-Koalition während des Zweiten Weltkriegs stellte demgemäß ein Zweckbündnis dar, das »darauf beruht[e], dass unvereinbare Systeme vereinbare Ziele verfolgten«.<sup>195</sup> Doch schon in den letzten Kriegsmonaten kam es immer wieder zu Konflikten, da der sowjetische Umgang mit den eroberten Gebieten nicht der Atlantik-Charta von 1941 und der im Februar 1945 in Jalta verabschiedeten »Erklärung über das befreite Europa« entsprach. Im Mai 1945 beklagte der britische Premier Winston Churchill in einem Brief an US-Präsident Harry S. Truman, dass sich ein »Eiserner Vorhang« über den europäischen Kontinent gesenkt habe.<sup>196</sup> Die Datierung des tatsächlichen Beginns des Kalten Krieges ist dennoch umstritten, da der Übergang von dem einen in den anderen Konflikt nahezu nahtlos erfolgte und sich in globalgeschichtlicher Perspektive kaum anhand eines singulären Ereignisses festmachen lässt.<sup>197</sup> Während die Siegermächte in Deutschland noch um Kompromisse rangen, unterstützten sie an anderen Orten der Welt längst gegensätzliche Konfliktparteien.

In Berlin wurde die Unüberwindbarkeit der Differenzen im Laufe des Jahres 1946 deutlich. Die forcierte Vereinigung der Kommunistischen Partei (KPD) und der SPD in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) machte die Westmächte besonders misstrauisch.<sup>198</sup> Im Oktober wählten die Berliner eine neue Stadtverordnetenversammlung. Die SPD ging mit 48,7 Prozent als klare Siegerin aus der ersten (und letzten) freien Wahl in Groß-Berlin hervor, die SED mit 19,8 Prozent als enttäuschte Verliererin. Nach dem Rücktritt des Oberbürgermeisters Otto Ostrowski (SPD) weigerte sich die sowjetische Militärregierung, seinen gewählten Nachfolger Ernst Reuter anzuerkennen, und legte in der Kommandantur ein Veto ein. Da das Einstimmigkeitsprinzip galt, war das Gremium aufgrund sich häufender Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten und der Sowjetunion allerdings immer weniger beschlussfähig – zum Leidwesen der Berliner Bevölkerung: Streitigkeiten in der Kommandantur hatten nicht selten eine Verzögerung von Warentransporten durch die sowjetische Zone zur Folge. Im Juli 1946

194 Stöver, *Der Kalte Krieg*, 28-40, Zitat S. 29.

195 John Lewis Gaddis, *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2007, S. 18 und S. 41.

196 Bernd Stöver datiert den Bruch des alliierten Bündnisses deshalb auf die Jahre 1944/45. Vgl. Stöver, *Der Kalte Krieg*, S. 40-66.

197 Vgl. Richard H. Immerman/Petra Goedde, Introduction, in: dies. (Hg.), *The Oxford Handbook of the Cold War*, Oxford 2013, S. 1-11; Akira Iriye, *Historicizing the Cold War*, in: ebd., S. 15-31.

198 Vgl. Diethelm Prowe, *Berlin. Catalyst and Fault Line of German-American Relations in the Cold War*, in: Junker (Hg.), *The United States and Germany in the Era of the Cold War*, S. 165-171.



hatten noch 63 Prozent der Berliner daran geglaubt, dass die Alliierten zum Wohle Deutschlands zusammenarbeiten würden, im September 1947 waren es nur noch 27 Prozent.<sup>199</sup> Ruth Andreas-Friedrich vertraute ihrem Tagebuch an:

Die strahlende Beschwingtheit von 1945, der Rausch, aus der Kraft unseres Glaubens einen neuen Aufschwung zu schaffen, ist einer flügelahmen Enttäuschung gewichen. Schon längst haben wir begriffen, daß es gar nicht mehr um uns, sondern um den Machtstreit zweier Weltanschauungen geht. Auf unserem Rücken wird er ausgetragen.<sup>200</sup>

Auch einige amerikanische Akteure empfanden diese Situation als Problem. John J. Maginnis hatte als Mitarbeiter der Militärregierung schon im August 1945 geklagt:

I was completely insulated from the Germans. It was a stultifying experience. [...] The part that the Germans played was comparatively unimportant; we were much more concerned about our relations with the other Allies.<sup>201</sup>

Als erstes Anzeichen für einen Wandel der amerikanischen Besatzungspolitik wurde dann die sogenannte »Rede der Hoffnung« wahrgenommen, die US-Außenminister James F. Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart hielt. Darin signalisierten die USA, dass sie grundsätzlich zum wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands beitragen, eine baldige Selbstverwaltung unterstützen und ihre Truppen vorläufig nicht abziehen würden.<sup>202</sup> Als im Januar 1947 die britische und die amerikanische Zone zur Bizone zusammengelegt wurden, die Außenministerkonferenz der Alliierten in Moskau im März ergebnislos endete und kurz darauf in Form der Truman-Doktrin verkündet wurde, dass es künftig die Politik der USA sei, »to support free peoples who are resisting attempted subjugation by armed minorities or by outside pressure«,<sup>203</sup> war allen aufmerksamen Beobachtern klar, dass die Anti-Hitler-Koalition zerbrochen war.

Der offen ausgetragene Wettstreit zwischen den Siegermächten veränderte schließlich auch die Berichterstattung in den Medien der Westsektoren, die immer häufiger das sowjetische Besatzungsregime anprangerten und somit das Leben in den eigenen Sektoren erträglicher erscheinen ließen. Fast täglich

199 The Trend of German Attitudes Toward Allied Cooperation, S. 2.

200 Andreas-Friedrich, Schauplatz Berlin, S. 160.

201 Tagebucheintrag vom 14. August 1945, in: Maginnis, Military Government Journal, S. 286.

202 Thomas Reuther bewertet sie lediglich als einen »Teilschritt auf dem Weg« zu einer neuen Deutschlandpolitik, die auch dazu diene, »die eigene Öffentlichkeit zu Hause von der Notwendigkeit eines Kurswechsels zu überzeugen«. Vgl. Thomas Reuther, Die ambivalente Normalisierung. Deutschlanddiskurs und Deutschlandbilder in den USA, 1941-1955, Stuttgart 2000, S. 432.

203 Harry S. Truman, Address of the President of the United States: Recommendation for Assistance to Greece and Turkey, 80th Congress, 1st Session, Document No. 171, 12. März 1947, Online unter: [https://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study\\_collections/doctrine/large/documents/pdfs/5-9.pdf](https://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study_collections/doctrine/large/documents/pdfs/5-9.pdf) [7.4.2017].

lasen die Berliner von nächtlichen Entführungen durch den sowjetischen Geheimdienst, von in den sowjetischen Sektor verschleppten Menschen und vergewaltigten Frauen, von Raubüberfällen sowie von der mangelhaften Verpflegung in der SBZ. John Lewis Gaddis brachte den Effekt, den diese Berichte erzielten, auf den Punkt: »Die Sowjetunion hatte damit jeglichen Bonus bei den Deutschen verspielt.«<sup>204</sup>

Am 18. Juli 1947, wenige Wochen nach der Ankündigung umfangreicher wirtschaftlicher Hilfen in Form des *European Recovery Program*, nach dessen Initiator kurz Marshall-Plan genannt,<sup>205</sup> erhielt Militärgouverneur Lucius D. Clay eine neue Direktive bezüglich der amerikanischen Ziele in Deutschland, die zwei wichtige Veränderungen festhielt: Erstens ein »rapid progress [...] toward a restoration of nominal peacetime economic and political conditions« sowie zweitens »a growing hostility between the Western Allies and the Soviet Union«.<sup>206</sup> Die US-Regierung wünsche deshalb, dass in Deutschland schnellstmöglich Bedingungen hergestellt würden, die zur Ruhe innerhalb des Landes und damit zu einem »spirit of peace among nations« beitragen würden. Man sei an einem »just and lasting peace« interessiert, der Deutschland in die Lage versetze, zum ökonomischen Wohlstand in Europa beizutragen. Dennoch solle weiterhin die Kontrolle darüber gewahrt bleiben, dass es nicht zu einem erneuten Aufkeimen des »destructive militarism« komme.<sup>207</sup> Diese veränderte Besatzungspolitik fügte sich in die neue Globalstrategie der USA ein: die sogenannte *containment policy* oder Eindämmungspolitik. West-Europa sollte wiederaufgebaut und mittels gemeinsamer Institutionen vereint werden, um in der neuen Konfrontation ein loyaler Partner zu sein.<sup>208</sup> Aufschlussreich ist hier die Begründung des US-Außenministers Henry L. Stimson, der – basierend auf den gemeinsamen historischen Wurzeln – die Europäer einschließlich der Deutschen als hilfsbedürftige Nachbarn deutete. In einem Artikel vom Winter 1947 mahnte er:

Here [in Europe] are people who have traditionally shared our faith in human dignity. These are the nations by whose citizens our land was settled

<sup>204</sup> Gaddis, *Der Kalte Krieg*, S. 37.

<sup>205</sup> Zur Bedeutung des Marshall-Plans: Michael Wala, *The Marshall Plan and the Origins of the Cold War*, in: Detlef Junker [u. a.] (Hg.), *The United States and Germany in the Era of the Cold War, 1945-1968. A Handbook*, Bd. 1, Cambridge 2004, S. 73-77.

<sup>206</sup> EUCOM Historical Division, *International Aspects of the Occupation*, 1. Juli 1947 bis 31. Dezember 1948, *Occupation Forces in Europe Series 1947-1948*, Karlsruhe 1950, in: NACP, RG 549, *Records of U.S. Army Europe (USAREUR)*, *Records of the Special Staff*, Historical Division, *Historical Monographs 1944-59*, Box 1211, S. 2.

<sup>207</sup> Ebd., S. 3.

<sup>208</sup> Vgl. Jussi M. Hanhumäki/Benedikt Schoenborn/Barbara Zanchetta, *Transatlantic Relations since 1945. An introduction*, London/New York 2012, S. 7-26. Siehe auch: Martin A. Schain, *The Marshall Plan. Fifty Years After*, New York 2001; John Lewis Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War, 1941-1947*, New York 2000.

and in whose tradition our civilization is rooted. They are threatened by Communism – but only because of the dark shadows cast by the hopelessness, hunger and fear that have been the aftermath of the Nazi war. Communism or no Communism, menace or no menace, it is our simple duty as neighbors to take a generous part in helping these great peoples to help themselves.<sup>209</sup>

Für die US-Truppen vor Ort bedeutete der Beginn des Kalten Krieges, dass sich ihr Hauptaugenmerk von »police-type activities in support of military government« zu der schnellstmöglichen Schaffung einer »tactical force available for the defense of Europe«<sup>210</sup> verlagerte – sprich: der Feind waren nun nicht mehr die Deutschen, sondern die Sowjetunion. Von dem einzelnen GI wurde erwartet, so ein Memorandum des State Department, sich der lokalen Bevölkerung gegenüber weniger als Besatzer denn als Botschafter zu verhalten und künftig »nicht nur als Repräsentant seiner Regierung, sondern als Vertreter der besten Traditionen der amerikanischen Nation aufzutreten«.<sup>211</sup> Ob die Propagierung des *American Way of Life* auch in Form von persönlichen Kontakten geschehen sollte, war jedoch umstritten und wurde sowohl in den USA als auch in Deutschland argwöhnisch beobachtet.

## 2.5 Ungewollte Bekanntschaften im unregulierten Raum: Die »Fraternisierung«

In der Silvesterausgabe 1946 der Zeitung *Der Abend* beschrieb Günter Neumann, der spätere Begründer des berühmten Berliner Kabarets *Die Insulaner*, die »Dame von heute«:

Der Abend der Dame vom Kürfürstendäm – ?  
Es lockt Onkel Sam mit ham und jam!  
Sie singt im Klub der Besatzungsmacht,  
denn in ihr wühlt der »Wille zur Nacht!«.  
Es klappern die Wimpern, es strahlt das make-up.  
klipp klapp!  
Einst ging man zum Club, aber heut statt  
zum Club  
zum Clab!  
[...]  
Ach, da sitzt ja Bobby,

209 Henry L. Stimson, The Challenge to Americans, in: New York Times, 17. November 1947, S. II.

210 EUCOM, International Aspects of the Occupation, S. II.

211 Dieter Waibel, Von der wohlwollenden Despotie zur Herrschaft des Rechts. Entwicklungsstufen der amerikanischen Besatzung Deutschlands 1944-1949, Tübingen 1996, S. 88-92, Zitat S. 94.

und da sitzt auch Bobby!  
Bobby, you're my lucky star, my sweetheart, my digestion!  
Tobb, or not Tobb,  
that's the question.  
Ich liebe die unbegrenzten Möglichkeiten,  
Ich bin eine erotisch verfolgte Person!  
Bei mir gibt's nur  
man kennt das schon:  
Besinnungslose Kapitulation! [...] <sup>212</sup>

Süffisant kommentiert wurde hier – inmitten des »Hungerwinters« – ein Verhalten, das kurz zuvor noch unter Strafe gestanden hatte: private Kontakte zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Frauen. Das Ignorieren des sogenannten Fraternalisierungsverbots war jedoch, seit die US-Armee im Jahr 1944 deutschen Boden betreten hatte, so weit verbreitet und umfassend, dass ein Bericht der in Hessen stationierten 15. Armee einige Soldaten mit der Aussage zitierte, dass den Deutschen die Möglichkeit gegeben sei, »to see Americans engaged in the most widespread violation of their own laws since Prohibition«. <sup>213</sup>

Den Bezugspunkt bildete eine Anweisung von General Dwight D. Eisenhower mit dem sperrigen Titel *Policy on Relations Between Allied Occupying Forces and Inhabitants of Germany* vom September 1944. Aus dreierlei Gründen zielte diese darauf ab, jeglichen Kontakt zu Deutschen, der über das für die Verwaltung der besetzten Gebiete nötige Maß an Absprachen hinausging, zu verbieten: Eine Beschränkung auf offizielle Kontakte sollte die Etablierung lokaler Militärregierungen erleichtern, das dementsprechend distanzierte Verhalten sollte den Deutschen das Ausmaß ihrer Verbrechen verdeutlichen und zugleich der eigenen Sicherheit dienen, da man im Vorfeld der Besetzung davon ausgegangen war, dass die Deutschen sich nicht widerstandslos ergeben würden. <sup>214</sup> Ein Überschreiten dieser Regelung konnte mit einer Geldstrafe oder gar sechs Monaten Haft und dem Entzug eines Teils des Soldes bestraft werden. Im Radio und in Zeitungen, in Schulungen sowie mithilfe von Filmen und Postern warnte die Armee die GIs vor der vermeintlichen Freundlichkeit der Deutschen, die reines Kalkül sei. <sup>215</sup> Das Fraternalisierungsverbot wurde dennoch tausendfach umgangen und fand demnach regelmäßige Erwähnung in Meetings jener Jahre, denn auch Offiziere waren durch die Anordnung zum Teil verunsichert: »The ban on fraternizing had been a constant headache because it was never clear where the line should be drawn.« <sup>216</sup>

212 Günter Neumann, Die Dame von heute, in: Der Abend, 31. Dezember 1946.

213 Zit n. Ziemke, *The U.S. Army in the Occupation of Germany*, S. 324.

214 Vgl. Lee Kennett, *G.I. The American Soldier in World War II*, New York 1987, S. 212 ff.

215 Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 185-204.

216 Tagebucheintrag vom 9. August 1945, in: Maginnis, *Military Government Journal*, S. 283.

Der Begriff Fraternisierung, der eigentlich die »Verbrüderung« umschreibt, wurde in der Anweisung Eisenhowers geschlechtsneutral verwendet: Jegliche Kontakte waren untersagt. Binnen kürzester Zeit wurde der Terminus jedoch zum Synonym für sexuelle Kontakte zwischen amerikanischen Männern und deutschen Frauen. Auch die U.S. Army übernahm diese Sprachregelung und listete zum Beispiel in einem Quartalsbericht der Militärpolizei die Kategorie »fraternization with a known VD [venereal disease, S. E.] subject« als Vergehen auf.<sup>217</sup> In der Alltagssprache der US-Armee waren »non-fraternization« und »non-fertilisation« gleichbedeutend; sich mit einer deutschen Frau zu treffen, wurde als »going frattin« bezeichnet.<sup>218</sup> Die Kontakte zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Männern standen zu keinem Zeitpunkt zur Debatte, obwohl zeitgenössische Umfragen ergaben, dass freundschaftliche Verbindungen zwischen ihnen deutlich häufiger vorkamen.<sup>219</sup> Ob die Ergebnisse dieser Umfragen quantitativ den Tatsachen entsprachen, kann im Nachhinein nicht überprüft werden. Unabhängig davon demonstrieren sie jedoch, dass auch zwischen deutschen und amerikanischen Männern Kontakte bestanden, die jedoch weder von der medialen Öffentlichkeit noch vom US-Militär oder der deutschen wie amerikanischen Politik als problematisch erachtet wurden.

### Reaktionen in den USA

Langsam und bedächtig schritt Colonel Rufus J. Plummer eine Reihe von GIs ab, die auf dem Rollfeld des Berliner Flughafens Tempelhof auf das Eintreffen eines amerikanischen Komitees warteten. Offensichtlich war er von dem erwarteten Besuch wenig begeistert. Schließlich stoppte er und hielt eine kurze Ansprache:

Once more it is our honor and privilege to welcome a visiting committee. Lately, they seem to be coming as regularly as the electric bill. This time it's not just VIPs. This time we are getting VIPs – very important persons indeed. Some congressional committee to investigate our morale. Seems

217 Vgl. Summary of Violations Reported by the Military Police, 1. August bis 31. August 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 650.

218 Vgl. Douglas Botting, In the Ruins of the Reich, London 1985, S. 189.

219 »That American contacts with Germans are largely confined to »pick-up« females from the lower socio-economic level is not supported by the findings of this study.« OMGUS, ICD Opinion Surveys, Contacts Between Germans and Americans, U.S. Army Center of Military History (CMH), S. 3. Siehe auch: American Embassy, United States Information Service (USIS), Research Staff: Assessment of NATO and American Forces in West Germany (Before the Berlin Crisis), Report Nr. C-23, Series No. 3, 15. Dezember 1958, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 11.

back home they got an idea this here is one great big picnic and all we do is swing in hammocks with blonde Fräuleins, swap cigarettes for castles on the Rhine, and soak our feed in sparkling Mosel. Well, let's not kid ourselves. Some of you do go overboard once in awhile. Maybe some of you are working too hard to enlighten a civilian population. And maybe some of you PX millionaires found out you can parley a pack of cigarettes into something more than 20 smokes. After all, this isn't a boy scout camp. We've got a tough job on our hands and, by and large, I think we are handling it darn well.<sup>220</sup>

Die Rede des Colonel in dem 1948 produzierten Film *A Foreign Affair* von Billy Wilder gibt überspitzt eine in der Nachkriegszeit in den USA sehr verbreitete Sichtweise auf die eigene Armee wieder. Die *New York Times* lobte den Film dementsprechend für seine Authentizität, denn er entsprach den Vorstellungen des amerikanischen Kinopublikums über die Zustände in Europa.<sup>221</sup>

Weite Teile der amerikanischen Öffentlichkeit waren nach dem Krieg über das als zu freimütig bis zügellos empfundene Verhalten der eigenen Soldaten empört – obwohl es eigentlich nicht neu war: Schon nach dem Ersten Weltkrieg hatten zahlreiche der in Deutschland im Rahmen der Besetzung des Rheinlands stationierten US-Soldaten eine Deutsche geheiratet.<sup>222</sup> Damals erregten diese Beziehungen zwar Aufsehen, hatten aber keine mediale Verdammung zur Folge. Nun beschuldigten einige US-Medien die eigenen Politiker: Da so viele von ihnen für einen »rapacious peace« plädiert hatten, hätten sie den Grundstein dafür gelegt, dass deutsche Frauen nun aus Hunger und Elend ihre Tugendhaftigkeit gegen Konsumgüter tauschen würden. Daher sei der einzig richtige Schritt, die Soldaten umgehend zurückzuholen, um eine weitere »moral and physical contamination« zu verhindern.<sup>223</sup> Die GIs selbst wurden häufig als zu naiv, gutmütig und schlecht auf ihren Einsatz vorbereitet geschildert. Einige amerikanische Kritiker fürchteten gar, anstatt die Deutschen zu entnazifizieren würden nun deutsche Frauen die US-Soldaten »nazifizieren«.<sup>224</sup> Dieser Blick auf jene GIs, die heute als »the greatest generation«<sup>225</sup> erinnert werden, mag erstaunen. Er war allerdings auch dem Umstand geschuldet, dass in den USA die Freude über den Sieg nur von kurzer Dauer gewesen war und trotz des enormen wirtschaftlichen Aufschwungs zahlreiche Probleme – Arbeiterstreiks, ein akuter Mangel an Wohnraum, das Aufkommen der afroameri-

220 *A Foreign Affair*, Regie: Billy Wilder, USA 1948.

221 Bosley Crowther, Movie Review: *A Foreign Affair* (1948), in: *New York Times*, 1. Juli 1948.

222 Baker, *American Soldiers Overseas*, S. 21. Die Young Womens Christian Association meldete 1919 über 10.000 sogenannter Kriegsbräute in Europa. Vgl. *War Brides Taught American Ways*, in: *New York Times*, 25. Juni 1919.

223 *Army Crimes*, in: *Chicago Daily Tribune*, 18. November 1945, S. 22.

224 Goedde, *GIs and Germans*, S. 115.

225 Der Begriff geht zurück auf ein Buch des Journalisten Tom Brokaw: ders., *The Greatest Generation*, New York 1998.

kanischen Bürgerrechtsbewegung, die weitverbreitete Angst vor den Folgen der Demobilisierung von Millionen von Soldaten und nicht zuletzt die schon bald deutlich werdende Konfrontation mit der Sowjetunion – zu einer »postwar duality of triumph and tragedy« geführt hatten.<sup>226</sup>

Allerdings waren im Sommer 1945 auch bereits erste Stimmen laut geworden, die darauf hinwiesen, dass das Fraternisierungsverbot die GIs daran hindere, als Botschafter Amerikas einen Beitrag zur Re-Education zu leisten.<sup>227</sup> Dies hatte sich kurz zuvor noch ganz anders angehört. Der *Pocket Guide to Germany* hatte den GIs deutlich gemacht, dass Gespräche mit den Einheimischen nicht erwünscht seien und sowieso nutzlos wären: »But don't argue. Don't try to convince them. If you can plant the seed of your pride of your country and its way of life, time and others will do the rest.«<sup>228</sup>

### Reaktionen in der Bundesrepublik

Mehrere Studien haben bereits herausgearbeitet, dass weite Teile der westdeutschen Bevölkerung intimen Beziehungen zwischen deutschen Frauen und amerikanischen Soldaten äußerst kritisch gegenüberstanden.<sup>229</sup> Insbesondere in ländlichen Regionen waren die Reaktionen auf die US-Militärpräsenz ambivalent: Während man einerseits den aus der Stationierung Tausender Soldaten resultierenden Wohlstand durchaus zu schätzen wusste, ärgerte man sich andererseits massiv über die schnell entstandene Unterhaltungsindustrie, die aus den Bedürfnissen der jungen Soldaten Kapital zu schlagen versuchte.<sup>230</sup>

An einigen Orten bildeten sich Gruppen männlicher Einheimischer, die teils mit Gewalt gegen jene Frauen vorgingen, die in ihrer Freizeit mit amerikanischen Soldaten Kontakt hatten. Einigen wurden auf öffentlichen Plätzen die Haare abgeschnitten, andere erhielten Drohbriefe. Auch mit Plakaten oder Spott-Liedern wurde versucht, die Frauen einzuschüchtern und bloßzustellen.<sup>231</sup> In diesen Praktiken zeigt sich eine historische Kontinuität, denn während der NS-Zeit war die öffentliche Herabwürdigung von Menschen gang und gäbe, denen gemäß der Nürnberger Gesetze »Rassenschande« vorgeworfen wurde.<sup>232</sup>

226 Vgl. Huebner, *The Warrior Image*, S. 50-70.

227 Goedde, *GIs and Germans*, S. 74.

228 Kellerhoff, *Pocket Guide to Germany*, S. 32.

229 Vgl. Perry Biddiscombe, *Dangerous liaisons. The anti-fraternization movement in the U.S. occupation zones of Germany and Austria, 1945-1948*, in: *Journal of Social History* 34 (2001) 2, S. 611-647; Höhn, *Amis, Cadillacs und »Negerliebchen«*; Brauerhoch, *Fräulein und GIs*; Domentat, *»Hallo Fräulein«*; Kleinschmidt, *»Do not fraternize«*.

230 Vgl. Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, S. 185-204; Goedde, *GIs and Germans*, S. 112 f.; Höhn, *GIs and Fräuleins*, S. 110-125.

231 Vgl. Biddiscombe, *Dangerous liaisons*.

232 Zur »Macht der Nachbarn« bei der Denunziation von Verstößen gegen die sogenannten Rassengesetze: Alexandra Przyrembel, *»Rassenschande«. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus*, Göttingen 2003, S. 185-228.

Oftmals lag der Unmut über die Folgen der Stationierung darin begründet, dass es sich um kleine, ländliche Gemeinden handelte, die plötzlich durch mobile Snackbars, Casinos, Jazz-Bars und Nightclubs zur Unterhaltung der Soldaten »a touch of the city« erhalten hatten.<sup>233</sup> Da sich die Mehrzahl der vorhandenen wissenschaftlichen Untersuchungen auf kleinere Gemeinden im Süden und Westen Deutschlands konzentriert, ist es wenig verwunderlich, dass die Kritik konservativer, christlicher lokaler Eliten in den Analysen breiten Raum einnimmt. Berlin unterscheidet sich hierbei allerdings in mehrfacher Hinsicht von den bisher untersuchten Orten: Erstens ist in einer Großstadt eine vergleichbare soziale und polizeiliche Kontrolle kaum möglich, zweitens stellten die Soldaten hier nur eine Minderheit der städtischen Bewohner, drittens waren für die Berliner Bevölkerung weder die Anwesenheit von Menschen aus anderen Ländern noch ein ausschweifendes Nachtleben neu und viertens sorgte die alltägliche Präsenz von Soldaten in einer einstigen Garnisonstadt nicht für das gleiche Skandalisierungspotential wie an Orten, die weder über vergleichbare Erfahrungen noch über entsprechende Freizeiteinrichtungen zur Unterhaltung der meist jungen und ledigen Männer verfügten.

Im Folgenden soll zunächst geschildert werden, warum die Erforschung der Fraternalisierung aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive eine Herausforderung darstellt. Anschließend wird diskutiert, ob sich die bisherigen Erkenntnisse auf Berlin anwenden lassen und wo der Übertragbarkeit Grenzen gesetzt sind. Dabei gilt es, die verschiedenen Faktoren, die Einfluss auf die Bekanntschaften zwischen GIs und deutschen Frauen hatten, zu bestimmen, ihr Zusammenspiel abzuwägen und sie zu gewichten, um sie mit Erkenntnissen aus den Studien zum Bundesgebiet in Relation setzen zu können. Zuvor ist jedoch erst einmal ein genauere Blick auf den zeitgenössischen Sprachgebrauch hilfreich, um die Debatten von einst zu verstehen.

### *2.5.1 Trümmerfrauen, Ami-Liebchen und German Fräuleins*

Wenn »die herrschende Ordnung generell ins Wanken gerät« und »kriegs- und krisenbedingte Veränderungen und Verschiebungen nicht zuletzt auch die Geschlechterrollen« berühren, besteht stets ein »besonderer (Re-)Konstruktionsbedarf« im Hinblick auf die Frauenbilder einer Gesellschaft. So auch 1945: »Neuartige Bilder von Frauen drohten traditionelle Imaginationen von Weiblichkeit zu überlagern und zu ersetzen, und provozierten damit zur Stellungnahme.«<sup>234</sup> Die Präsenz der Alliierten, ihr Umgestaltungsanspruch sowie die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den neuen Machthabern beeinflussten auch die Vorstellung von Weiblichkeit in der Nachkriegsgesell-

233 Höhn, GIs and Fräuleins, S. 110-116, Zitat S. 111.

234 Gunilla-Friedrike Budde, »Tüchtige Traktoristinnen« und »schicke Stenotypistinnen«. Frauenbilder in den deutschen Nachkriegsgesellschaften – Tendenzen der »Sowjetisierung« und »Amerikanisierung?«, in: Jarausch/ Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 243-273, hier S. 244 f.



schaft. Die besondere Situation brachte neue Begriffe hervor oder veränderte die Bedeutung von Begriffen.

Das Wort »Trümmerfrau« verweist heute auf einen zentralen deutschen Erinnerungsort. Die vom Krieg gezeichnete Frau, die abgekämpft und dennoch unermüdlich mit einem Eimer Steine aus Ruinen holt, dient als Symbol für den tatkräftigen Wiederaufbau. Sie wird meist als »entsexualisiert, familienorientiert und arbeitsam« beschrieben.<sup>235</sup> Leonie Treber hat jüngst gezeigt, dass diese Erzählung jedoch erst in den 1980er-Jahren entstand: »Zwar finden sich auch in der überregionalen westdeutschen Presse zwischen 1948 und 1955 immer wieder einzelne Berichte, in denen ein Loblied auf die Berliner Trümmerfrauen gesungen wird, doch blieb dieses Bild dezidiert auf Berlin beschränkt.« Dies lag auch daran, dass die SED es schnell für sich und die sozialistische Frauenpolitik vereinnahmte und die Trümmerfrau deshalb »in den 1950er Jahren in Westdeutschland zum Negativbild wurde«.<sup>236</sup> Treber fand zudem heraus, dass der Terminus zunächst auch in Berlin negativ konnotiert war, da das Enttrümmern anfangs als Strafarbeit für »Naziweiber« galt.<sup>237</sup> Die Erinnerungen von Frau Schmidt aus Berlin bestätigen dies:

Wir wurden offiziell aufgefordert: Alle Angehörige der Parteigenossen müssen sich melden. Und dann hieß es alle, alle Nazis – Naziweiber hieß es, ja – müssen die Barrikaden und Trümmer wegräumen. Ich war 16, was konnte ich dafür, daß mein Vater in der Partei war. [...] Meine Mutter war schon älter als 50, sie mußte nicht, aber wir wurden dann eingesetzt. [...] Die Amis fuhren rum mit ihren Autos und fotografierten uns. [...] Das mußten wir ein Vierteljahr lang machen.<sup>238</sup>

Binnen kurzer Zeit wurde das Enttrümmern aber zu einer weitverbreiteten Tätigkeit, unabhängig von früherer Parteizugehörigkeit – womit auch der Weg für eine universalisierte und mythisch aufgeladene Heldinnen-Erzählung geebnet wurde.

Der Begriff »Ami-Liebchen« hingegen stand für »Scham, Untreue und Ehrverlust«.<sup>239</sup> Das Verhalten jener jungen Frauen, die intime Kontakte zu US-Soldaten pflegten, wurde als (mehr oder weniger) freiwillige Auslieferung des eigenen Körpers an die Siegermacht interpretiert und damit nicht selten

235 Brauerhoch, Fräuleins und GIs, S. 11.

236 Leonie Treber, Mythos »Trümmerfrau«. Deutsch-deutsche Erinnerungen, in: APuZ 16-17/2015, S. 1, URL: <http://www.bpb.de/apuz/204282/mythos-truemmerfrau?p=all> [7.3.2018].

237 Vgl. ebd. Siehe auch: dies., Mythos Trümmerfrauen: Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes, Essen 2014.

238 Ab Mitte August 1945 wurden nur noch Parteimitglieder zu Arbeitseinsätzen herangezogen, nicht mehr deren Angehörige. Vgl. Meyer/Schulze, Wie wir das alles geschafft haben, S. 70f.

239 Brauerhoch, Fräuleins und GIs, S. 11.

als Verrat und Symbol für den Untergang der Nation erachtet.<sup>240</sup> Die mediale Anprangerung der »Fraternisierung« diente demnach dazu, so Annette Brauerhoch, »politisch unkontrollierbare Vorgänge – wie Kapitulation und Besatzung – in scheinbar kontrollierbarere Parameter der Geschlechterbeziehungen zu übersetzen«.<sup>241</sup> Da öffentliche Kritik an der Besatzungsmacht nicht gestattet war, konnte die deutsche (männliche) Bevölkerung auf diese Weise ihrem Ärger über die Kriegsniederlage und die neuen Machthaber Luft machen.<sup>242</sup> Die emsigen Bestrebungen in der Nachkriegszeit, die Lebensweise von Frauen zu kontrollieren und die vermeintlich »klassische« Geschlechterordnung zu rehabilitieren, verweist darüber hinaus auf eine Sehnsucht nach Normalität, den Wunsch nach einer Kontinuität von Werten in einer Zeit, in der die alte Ordnung nicht mehr zu gelten schien.<sup>243</sup>

Während Deutsche von »Ami-Liebchen« redeten, sprachen US-Amerikaner von »German Fräuleins«. Das eigentlich wertfrei verstandene Wort zur Bezeichnung einer unverheirateten Frau wurde zum Synonym für deutsche Frauen, die gezielt amerikanische Männer verführen würden.<sup>244</sup> Die Berliner GI-Zeitung *The Grooper* beschrieb über mehrere Seiten, wie eifrig sich die meisten deutschen Frauen am Wiederaufbau der Stadt beteiligen würden – doch dann seien da noch die anderen, »those women of Berlin who don't need a job nor a food ration card. They are the attractive frauleins who have wound an Allied soldier or officer around their bewitched finger and tucked his PX card into their own little handbags.«<sup>245</sup>

Eine etwas andere Wahrnehmung der europäischen Frauen zeigte sich in einer Debatte zur Rolle der Frau in der Nachkriegszeit, die nur kurz darauf in der *New York Times* ausgetragen wurde. Den Anlass bot ein Artikel von Victor Dallahire unter dem Titel *The American Woman? Not for this GI*. Der ehemalige Reporter der Militärzeitschrift *Stars and Stripes* schrieb über seine Erfahrungen in Europa:

The girls in Europe are essentially honest and virtuous. They lead simple lives, filled with hard work. They are mainly interested in rather fundamental business of getting married, having children and making the best homes their means or conditions will allow. [...] The overall impression we gathered was that the Americans looked on their boy friends as competitors while the Parisiennes seemed to be there for the sole purpose of being

240 Vgl. Elizabeth Heinemann, *The Hour of the Woman. Memories of Germany's »Crisis Years« and West German National Identity*, in: *The American Historical Review* 101 (1996) 2, S. 354-395.

241 Brauerhoch, *Fräuleins und GIs*, S. 9. Ausführlicher S. 53-57.

242 Ebd., S. 49.

243 Ebd., S. 13.

244 Selbst in den Berichten der Militärpolizei wurde stellenweise die Verhaftung von »frauleins (vd suspects)« im Rahmen von Razzien notiert.

245 *Women of Berlin*, in: *The Grooper*, 19. Januar 1946, S. 6.

pleasant to the men. [...] GI's wrote back to their friends in France that the frauleins were nicer than the mademoiselles.<sup>246</sup>

Drei Veteranen pflichteten ihm in Leserbriefen bei, so unter anderem der Armereporter George Barrett:

He quite accurately extols the virtues of the European girl, who is natural, gracious, selfless, warm and refreshingly candid, but not promiscuous about sex, as against the spoiled, shallow, selfish, self-centered, self-martyred, non-political, non-aware, sex-inhibited creature that goes by the title ›average American girl‹.<sup>247</sup>

Ein weiterer Veteran empfand die Beschreibung gar noch als zu »gentlemanly and mild«.<sup>248</sup> Das hier von ehemaligen US-Soldaten skizzierte Bild der europäischen Frauen hatte wenig mit dem der vermeintlich promiskuitiven *Fräuleins* gemein; stattdessen knüpfte es an ältere Wahrnehmungen der Rollenverteilung in deutschen Einwandererfamilien an.<sup>249</sup> Das *European Girl* der Veteranen stand für Unterordnung, Bescheidenheit, Häuslichkeit und Hingabe und diente als Gegenentwurf zu den als emanzipierter wahrgenommenen amerikanischen Frauen. Es wurde zur argumentativen Waffe in der intensiv geführten Debatte über Geschlechterrollen, Frauenerwerbstätigkeit und Mutterschaft nach Kriegsende und sollte den Amerikanerinnen zeigen, was ihre heimkehrenden Ehemänner von ihnen erwarteten.<sup>250</sup>

Im Westdeutschland der Nachkriegszeit nahm man diese Debatten jedoch nur bedingt wahr. Insbesondere in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren galt die amerikanische Ehefrau in mehrfacher Hinsicht als Vorbild: Sie war »Muster-gattin« – stets attraktiv und gepflegt, solide und treusorgend – und arbeitete maximal in Teilzeit, damit sich die Familie Konsumwünsche schneller erfüllen konnte.<sup>251</sup> So berichtete zum Beispiel der amerikanische Kolumnist und Satiriker Art Buchwald 1961 in der *Washington Post* von wöchentlich stattfindenden Seminaren für mit US-Amerikanern liierte deutsche Frauen, in denen amerikanische Ehefrauen ihnen helfen würden »to become good American wives«.<sup>252</sup> Solche Kurse hatten bereits nach dem Ersten Weltkrieg stattgefunden – aller-

246 Mary Gallagher/Jennie Smith/Margaret J. Nebiker, *The Women Hotly Reply*, in: *New York Times*, 24. März 1946, S. 95.

247 Ebd.

248 Ebd.

249 Vgl. Anke Ortlepp, *Kinder, Küche, Kirche. Deutschamerikanerinnen, Ethnizität und Weiblichkeit*, in: Sabine Sielke/dies. (Hg.), *Gender Talks. Geschlechterforschung an der Universität Bonn*, Frankfurt a. M. [u.a.] 2006, S. 63-79; Silke Wehner-Franco, *Deutsche Dienstmädchen in Amerika 1850-1914*, Münster/New York 1994.

250 Vgl. Isabel Heinemann, »Concepts of Motherhood«. Öffentliche Debatten, Expertendiskurse und die Veränderung von Familienwerten in den USA (1890-1970), in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 8 (2011) 1, S. 60-87.

251 Vgl. Budde, »Tüchtige Traktoristinnen« und »schicke Stenotypistinnen«.

252 Art Buchwald, *Brides over Berlin*, in: *The Washington Post*, 14. März 1961.

dings war das nun im Mittelpunkt stehende Thema Hausarbeit damals nur ein Aspekt unter vielen gewesen.<sup>253</sup> Die zukünftigen Ehefrauen von US-Soldaten lernten eine formale Tee-Party zu organisieren, wie man ein amerikanisches Frühstück zubereitet, was zum Lunch serviert werden sollte und wie das Leben in einem amerikanischen Vorort aussah. Das war zumindest die Idee hinter diesen Treffen. Buchwald wusste jedoch zu berichten, dass die Teilnehmerinnen die meiste Zeit damit verbringen, über die männlichen Vertreter ihrer Herkunftsländer zu lästern – was ihn, offensichtlich äußerst amüsiert, zu dem Schluss kommen ließ: »The entire meeting sounded subversive to us and the American Army wives seemed to be destroying all the slave-like qualities that the American husbands had once seen in their German wives.«<sup>254</sup> Damit griff der Verfasser mit bissiger Ironie jene Vorstellungen auf, die hinter den zitierten Leserbriefen der Veteranen von 1946 standen: Das brave *European Girl*, die perfekte *German Hausfrau*, drohte »amerikanisiert« zu werden. Das verführerisch-gefährliche *German Fräulein* hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits zum positiv konnotierten *Fräuleinwunder* gewandelt. Das »Fräulein« stand in den USA schon Mitte der 1950er-Jahren nicht mehr für die kühl-berechnende Verführerin mit NS-Vergangenheit, wie Marlene Dietrich sie noch 1948 in dem Film *A Foreign Affair* dargestellt hatte, sondern für selbstbewusste, international erfolgreiche Frauen wie Susanne Erichsen oder Christiane Schmidtmer, die aus einem gewandelten Deutschland zu kommen schienen.

### 2.5.2 Die »Fraternisierung« als wissenschaftliche Herausforderung

Versuche der Regulierung von sexuellen Kontakten zwischen einer Besatzungsarmee und der einheimischen Bevölkerung waren bereits im 19. Jahrhundert eine gängige Praxis imperialer Mächte und fanden im 20. Jahrhundert eine Fortsetzung. Oftmals spielte bei dem Anliegen, gesetzliche Grenzen zu ziehen, zusätzlich die Kategorie *race* eine entscheidende Rolle.<sup>255</sup> Der weitverbreiteten »Lust am Anderen« stand der politische Wunsch nach Kontrolle intimer

253 »Most of these brides know little or nothing of America, and they are being instructed in various useful arts in the course of their stay at the barracks. English, geography, the laws of America and American cooking are being taught.« War Brides Taught American Way, in: New York Times, 25. Juni 1919.

254 Art Buchwald, Brides over Berlin, in: The Washington Post, 14. März 1961.

255 Unter anderem aus diesem Grund unterschied sich die japanische von der deutschen Besatzung gravierend: Die japanische Regierung stellte über die eigens geschaffene Recreation and Amusement Association – in Anlehnung an die zuvor in den japanisch okkupierten Gebieten eingerichteten *comfort stations* – Sexarbeiterinnen ein, die in festgelegten Einrichtungen ihre Dienste anboten und so die US-Soldaten von japanischen Frauen fernhalten sollten. Infolge beschämender Berichte in den amerikanischen Medien wurde das System durch General Douglas MacArthur verboten und mit verschiedenen Mitteln versucht, die Lebenswelt von Besatzern und Besetzten zu trennen. Vgl. Mark McLelland, Love, Sex and Democracy in Japan during the American Occupation, New York 2012.

Begegnungen (und deren möglicher Folgen) entgegen.<sup>256</sup> Die »Fraternisierung« – verstanden als die intime Beziehung zwischen einer deutschen Frau und einem alliierten Soldaten in den letzten Kriegsmonaten sowie unmittelbar nach Kriegsende – ist vor diesem Hintergrund zu deuten. Sie wird oft als erste Form des intensiveren persönlichen Kontakts zwischen Besatzern und Besetzten geschildert. Die ihr zugeschriebenen Folgen und ihre mögliche politische Bedeutung variieren hingegen. Petra Goedde kommt zum Beispiel zu dem Schluss: »Within two years of the end of the war, American soldiers, Washington policy makers, and the American public had transformed their image of Germans from villains to victims. Fraternization played a crucial role in this transformation. For a short period of time in the immediate aftermath of the war, Americans saw in German women the embodiment of Germany's national fate.«<sup>257</sup> Die Not vieler deutscher Frauen mag durchaus zu dem Politikwandel in Washington beigetragen haben – ob dies jedoch vor allem der »Fraternisierung« zugeschrieben werden kann, ist fraglich, denn diese wurde von der amerikanischen wie auch der deutschen Öffentlichkeit gleichermaßen abgelehnt. Im amerikanischen Diskurs wurde sie zudem oft mit den angeblich nur auf ihren eigenen Vorteil bedachten »German Fräuleins« verbunden, die gerade nicht als zu bemitleidende Opfer galten.

Darüber hinaus besteht Uneinigkeit bei der Bewertung und Kategorisierung weiblichen Handelns. Zeitgenössisch wurden Frauen, die sich in GI-Clubs oder im Umfeld der Kasernen aufhielten, als Prostituierte gedeutet und auch so behandelt. Demgemäß hielt eine Studie des amerikanischen *European Command* fest, dass bei Razzien im Schnitt 50 bis 70 Prozent der festgenommenen Frauen sogenannte »tramps« ohne festen Wohnsitz seien: »Their main objective, however, was to secure the assistance, legitimate or otherwise, of some young, immature soldier, in getting to the United States.«<sup>258</sup> Insbesondere die Geschenke amerikanischer Männer waren konservativen Beobachtern ein Beweis dafür, dass Frauen derartige Verbindungen ausschließlich aus finanziellen, egoistischen Interessen eingehen würden. Damit wurde unterstellt, dass es sich nicht um ernsthafte Beziehungen handeln könne, denn eine gute Partnerin habe »to scrimp and save for her home and family, not to squander precious resources for clothing, make up, and rides in fancy cars.«<sup>259</sup> Weibliches Verhalten, das von dem hier artikulierten Ideal abwich, wurde demnach häufig »als gesellschaftliches Problem« geschildert: »als moralische Verkommenheit der *Prostituierten*, als nationale Untreue und Verrat der *Ami-Liebchen*, als pragmatische Überlebensorientiertheit der *Essensbeischläferin*«. <sup>260</sup>

256 Vgl. Gillem, *America Town*, S. 9-14.

257 Goedde, *GIs and Germans*, S. 126.

258 EUCOM: *Morale and Discipline in the European Command 1945-1949*, S. 70.

259 Höhn, *GIs and Fräuleins*, S. 132.

260 Brauerhoch, *Fräuleins und GIs*, S. 43. Zum Forschungsstand: S. 39-45; zur vermeintlichen Prostitution siehe S. 123-127. Hervorhebung im Original.

Mittels des Etiketts »Prostituierte« erfolgte eine diskursive Ausgrenzung aus der Gemeinschaft derer, die am Wiederaufbau des Landes mitwirken und dabei Opfer bringen würden. Darüber hinaus ermöglichte diese Etikettierung eine Entlastung der heimkehrenden deutschen Männer: Nicht ihre körperliche oder mentale Versehrtheit infolge des Krieges war ausschlaggebend für das Interesse deutscher Frauen an den GIs, sondern deren eigener moralischer Verfall, ihre Unsittlichkeit und ihr Materialismus. Nicht selten wurde von der Historiografie das Label »Prostitution« übernommen. Doch auch dessen Abschwächung in Form der notleidenden »Essensbeischläferin« unterstellt den Frauen ein erzwungenes Anbieten des eigenen Körpers, ein unfreiwilliges Handeln, welches nur der Situation geschuldet war. Die Gender- sowie die Prostitutionsforschung sind jedoch vorsichtiger, wenn es darum geht, zu definieren, was Prostitution ist und ob (und wenn ja, inwiefern) sie per se als frauenfeindlicher Akt oder aber als Ausdruck sexueller Selbstbestimmtheit zu verstehen ist.<sup>261</sup>

Ein weiteres Problem bei der Erforschung der »Fraternisierung« stellt die Quantifizierung der Kontakte dar. Zeitgenössisch wurde zumeist die Zahl der mit einer Geschlechtskrankheit Infizierten als Indikator für die als zu hoch empfundene Intensität deutsch-amerikanischer Bekanntschaften erachtet. Knapp zwei Wochen nach dem amerikanischen Einmarsch bezeichnete die US-Armee selbst die Anzahl erkrankter Soldaten in Berlin als ungeheuerlich.<sup>262</sup> Sie sank auch in den folgenden Wochen und Monaten nicht, obwohl man alles tat, um den Soldaten ein abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm innerhalb der Militärgemeinde zu bieten und sie auf diese Weise von deutschen Frauen fernzuhalten. Im europäischen Vergleich war die Zahl infizierter Soldaten in Berlin allerdings gering – laut armeeeigener Angabe gar die niedrigste.<sup>263</sup> Dies mag auch darin begründet gewesen sein, dass die Großstadt mehr Möglichkeiten der ärztlichen Behandlung jenseits der militärischen Infrastruktur bot – was wiederum eine hohe Dunkelziffer vermuten lässt. Für die Berliner Statistiken ergibt sich ab 1952 zudem noch ein anderes Problem: die Teilung der Stadt. Spätestens nachdem der West-Berliner Senat die Pflicht zur namentlichen Registrierung aufgehoben hatte, ließen sich immer mehr Patienten aus

261 Vgl. Martina Löw/Renate Ruhne, *Prostitution. Herstellungsweisen einer anderen Welt*, Berlin 2011, S. 9-46.

262 Notes, G-1 Section, 16. Juli 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403.

263 1946 wurden circa 140 Gonorrhö-Erkrankungen pro Monat registriert, 1947 nur noch circa 70. Für Syphilis lag die Zahl etwas niedriger. Schätzungen der Armee gehen davon aus, dass die Dunkelziffer um ein Dreifaches höher lag. Public Health, in: OMGBS (Hg.), *A Four Year Report 1945-1949*, S. 60. Die *New York Times* beschrieb Berlin als eine der Hochburgen für VD in Deutschland: U.S. Army in Europe cuts venereal rates, in: *New York Times*, 3. Oktober 1945, S. 11.

der östlichen Stadthälfte in West-Berlin behandeln, was die Zahlen wenig aussagekräftig macht, will man nur einen Sektor in den Blick nehmen.<sup>264</sup>

Darüber hinaus ist zu diskutieren, ob die Zahl der Infektionen überhaupt ein geeigneter Indikator für die Quantität deutsch-amerikanischer sexueller Kontakte ist. Petra Goedde wies bereits darauf hin, dass die US-Armee in einer zwischen Juli und Dezember 1945 durchgeführten Studie feststellte, dass über 50 Prozent der infizierten GIs sich die Krankheit schon vor dem Einmarsch in Deutschland zugezogen hatten.<sup>265</sup> Auch lässt sich im Nachhinein nicht feststellen, wie sich die deutschen Betroffenen infiziert hatten. Die amerikanischen und deutschen Zahlen verhalten sich zudem nicht proportional zueinander. So registrierte die U.S. Army während des harten Winters 1946 sinkende Infektionszahlen in den eigenen Reihen, die Berliner Bevölkerung hingegen verzeichnete einen traurigen Rekord: über 47.000 waren als krank gemeldet und damit jeder 67. Einwohner.<sup>266</sup> Erst im Verlauf des Jahres 1947 sank auf deutscher Seite die Zahl der Neuinfizierten von im Schnitt 3.500 pro Monat im Vorjahr auf 2.400.<sup>267</sup> Annette Timm hat vor diesem Hintergrund kurz und bündig zusammengefasst, warum sich aus zeitgenössischen Statistiken über Geschlechtskrankheiten nicht einfach Rückschlüsse auf sexuelle Kontakte zwischen Besatzern und Besetzten ziehen lassen:

First of all, there is the inevitable chicken-and-egg question of exactly who gave whom VD. Secondly, it assumes a much greater success rate in curing VD than was actually the case at that time. A random test in East Berlin showed that up to 45 percent of patients who had been released from care for VD were actually not cured. Thirdly, it ignores the fact that VD had long been a problem in Berlin and elsewhere.<sup>268</sup>

Was die Verwendung der sogenannten »VD-Rate« als Gradmesser für die Intensität der Fraternisierung jedoch durchaus bezeugt, ist der Umstand, dass das öffentliche Interesse auf beiden Seiten des Atlantiks ganz offensichtlich allein den zwischengeschlechtlichen und hierbei primär den sexuellen Verbindungen galt.<sup>269</sup> Dies wird bei einem Blick auf Bevölkerungsstatistiken der Nachkriegsjahre noch deutlicher, da diese zeigen, dass zum Beispiel 1947 deutlich mehr männliche als weibliche Einwohner infolge einer Geschlechtskrankheit verstar-

264 Vgl. Arndt, Gesundheitspolitik im geteilten Berlin, S. 67.

265 Goedde, GIs and Germans, S. 92.

266 47000 Geschlechtskranke, in: Der Abend, 15. Januar 1947.

267 Absinkende Gonorrhoe, in: Der Abend, 6. November 1947.

268 Annette F. Timm, *The Politics of Fertility in Twentieth-Century Berlin*, New York 2010, S. 193.

269 Petra Goedde interpretierte die Zahlen dahingehend, dass es sich bei den Kontakten zu deutschen Männern um rein berufliche Beziehungen handelte. Diese Aussage wird von der Studie jedoch nicht gestützt. Vgl. Goedde, GIs and Germans, S. 81.

ben, dieser Umstand aber von den Medien nicht diskutiert wurde.<sup>270</sup> Das auf den ersten Blick nach unterhaltsamen Anekdoten klingende Forschungsfeld ist also eher wissenschaftliches Minengelände – zum einen bereits zeitgenössisch hoch politisiert, zum anderen von der wissenschaftlichen Debatte um weibliche Agency geprägt und zudem kaum präzise quantifizierbar.

### 2.5.3 Berliner Bekanntschaften

Die GI-Zeitung *The Grooper* widmete den Berliner Frauen im Januar 1946 eine ganze Seite. Der Grund: Da in der Altersgruppe der 20- bis 40-Jährigen auf jeden deutschen Mann vier Frauen kämen, sei die einstige Reichshauptstadt nun »a town of predatory fraulein«. <sup>271</sup> Tatsächlich waren im August 1945 die Berlinerinnen in der Mehrzahl: 63 Prozent der 2,8 Millionen Einwohner waren weiblich. <sup>272</sup> Dies war jedoch kein reines Nachkriegsphänomen: Zwischen 1938 und 1960 waren die Berlinerinnen stets in der Mehrzahl. <sup>273</sup> Sortiert man nach Altersgruppen, so wird das als »Frauenüberschuss« bezeichnete Problem deutlicher: In der Gruppe der 24-Jährigen zum Beispiel kamen 1945 auf einen Mann 22 Frauen. <sup>274</sup> Damit waren die vor Ort stationierten US-Soldaten und jener weibliche Teil der Zivilbevölkerung, den der kriegsbedingte »Männermangel« besonders traf, gleichaltrig, was eine Kontaktaufnahme förderte. Hinzu kam, dass die Berliner besonders scheidungsfreudig waren: Während 1946 auf 10.000 Einwohner Westdeutschlands lediglich 9,9 Scheidungen kamen, waren es in Berlin 37,5. <sup>275</sup> Im Jahr 1950 waren fast zwei Drittel der Berlinerinnen entweder ledig, geschieden oder verwitwet. <sup>276</sup>

Die U.S. Army ging mit dem Fraternisierungsverbot in Berlin zudem sehr pragmatisch um. Im Sommer 1945 war den Verantwortlichen in Washington bereits deutlich geworden, dass eine rigorose Trennung von Militärpersonal und Zivilbevölkerung nicht umzusetzen war. Daher wurde keine zehn Tage

270 Sie machten 1947 insgesamt zwei Prozent der Todesfälle aus: 868 Männer und 475 Frauen starben infolge einer Krankheit der Harn- und Geschlechtsorgane. Vgl. Herbert Schwenk, Holzvergaser und Wärmestuben. Nachkriegs-Berlin im Spiegel der Statistik des Jahres 1947, in: Berlinische Monatsschrift 12/2000, S. 58-66, hier S. 60.

271 Women of Berlin, in: *The Grooper*, 19. Januar 1946, S. 4.

272 Richard Bessel, *Germany 1945. From War to Peace*, New York 2009, S. 117 und S. 254.

273 1938 setzte sich die lokale Bevölkerung aus 45,8 Prozent Männern und 54,2 Prozent Frauen zusammen. Bis 1944 blieben diese Zahlen weitestgehend konstant. Während das Jahr 1945 einen Ausreißer in der Statistik darstellt, erreichte das Verhältnis bis 1960 nicht wieder den Vorkriegsstand. Frauen stellten mit 57,6 bis 59,6 Prozent die Mehrheit der Bewohner. Vgl. Meyer/Schulze, *Wie wir das alles geschafft haben*, S. 216.

274 Vgl. Radder, 8. Mai 2005 – 60 Jahre Kriegsende.

275 Meyer/Schulze, *Wie wir das alles geschafft haben*, S. 221.

276 34,5 Prozent waren ledig, 17,8 Prozent verwitwet und 5,1 Prozent geschieden. Vgl. ebd., S. 224.



nach dem Einmarsch in Berlin beschlossen, die Regeln zu lockern. Das Protokoll einer Besprechung vom 16. Juli 1945 hielt nur noch lapidar fest: »In the subject of fraternization, it comes down to using one's common sense.«<sup>277</sup> 24 Stunden später war es den Soldaten offiziell gestattet, sich in der Öffentlichkeit mit Deutschen zu unterhalten.<sup>278</sup>

Eine Bestrafung der deutschen »Fraternisierer« wurde generell nicht in Betracht gezogen. Man befürchtete, dies würde signalisieren, dass man seine eigenen Soldaten nicht disziplinieren könne.<sup>279</sup> Stadtkommandant Floyd L. Parks wies die besorgten Militäregeistlichen deshalb dazu an, »they should not be stiff-necked and attempt to control fornication by a flat prohibition but that they should endeavor to interest the soldiers in other things and make their church services attractive enough to have a good congregation present«.<sup>280</sup> Es sei allerdings auch noch nicht an der Zeit, Deutsche als »our social equals« zu behandeln. Während es Offizieren generell verboten war, betonte Parks, »enlisted men should not *want* to be seen in public with German civilians«.<sup>281</sup> Und dennoch wurde zeitgleich diskutiert, deutschen Frauen unter Überwachung die Teilnahme an amerikanischen Tanzveranstaltungen zu gestatten – in der Hoffnung, »this would enable soldiers to meet a higher type girl«.<sup>282</sup> Somit sollten die Kontakte zwar reguliert, nicht aber in Gänze verboten werden.

Am 1. Oktober 1945 wurde das Fraternisierungsverbot endgültig aufgehoben. Öffentlich Zärtlichkeiten auszutauschen, galt indes weiterhin als unmilitärisch und daher unerwünscht.<sup>283</sup> Noch im Jahr 1947 wurde den Soldaten im Rahmen der Einführungsschulung empfohlen, »emotional entanglements with German women through the exercise of self-control, through active participation in the Army education courses, athletics, and German youth activities; and through maintaining correspondence with the ›girl back home« zu umgehen.<sup>284</sup> Auch das Heiraten oder Beherbergen von Deutschen blieb den GIs untersagt.<sup>285</sup> Eine Ausnahme stellten die von der Armee engagierten Hausmädchen dar, die oftmals über ein eigenes Zimmer im Haus ihres Dienstherrn verfügten. Nicht

277 Summary of Meeting, G-1, 16. Juli 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403.

278 Summary of Meeting, G-1, 17. Juli 1945, in: ebd.

279 Vgl. Goedde, GIs and Germans, S. 73.

280 Tagebucheintrag Parks, 18. August 1945, USAHEC, Floyd L. Parks Papers 1944-1945, Diary 1944, Box 1.

281 Hervorhebung im Original. Notes at Commander's meeting at which General and Special Staff were present, 27. August 1945, in: ebd.

282 Tagebucheintrag Parks, 28. August 1945, in: ebd.

283 Kleinschmidt, Do not fraternize, S. 191.

284 EUCOM, Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population, S. 5.

285 Memo, USFET, ACofS G-1, for CofS, sub: Nonfraternization Policy, 29. September 1945, in USFET SGS 250, zit n. Ziemke, The U.S. Army in the Occupation of Germany, S. 327.



Ein US-Soldat plaudert mit zwei jungen Frauen im Strandbad Wannsee, Juli 1945

selten führte dies zu privaten deutsch-amerikanischen Kontakten, wie es die Untersuchungsberichte des Generalinspektors des Berlin Command nahelegen.<sup>286</sup> Dessen Berichte zeigen jedoch auch, wie rigide teilweise vorgegangen wurde, wenn die Grenzen eines reinen Angestelltenverhältnisses überschritten wurden: Ein amerikanischer Zivilbeschäftigter der U.S. Army, der eine deutsche Frau privat als Hausmädchen engagiert und sich in sie verliebt hatte, wurde in die USA zurückversetzt – obwohl sie im fünften Monat schwanger war und er sie heiraten wollte.<sup>287</sup>

### Kontrollierte Begegnungen

Zunächst mit Verboten und dann ab 1947 zunehmend mit Geboten versuchte die US-Armee, die Kontakte zwischen Deutschen und Amerikanern zu regulieren. Am 13. Juni 1946 wurde es den US-Soldaten verboten, von Deutschen betriebene Nachtclubs, Cafés und Bars im amerikanischen Sektor aufzusuchen.<sup>288</sup> Erst ab dem Sommer 1947 war Deutschen der Besuch amerikanischer

286 Vgl. die verschiedenen »Reports of Investigation«, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe (USAREUR), Records of the Special Staff, Historical Division, Historical Monographs 1944-59, Box 1211.

287 Siehe die einzelnen Berichte zur Untersuchung im Fall Snowden Marshall, in: ebd.

288 Army bans Americans from Berlin Night Clubs, in: The Washington Post, 13. Juni 1946, S. 2.

Kinovorführungen gestattet.<sup>289</sup> Amerikanischen Familien war ab Mai 1947 die Möglichkeit gegeben, Deutsche zu sich einzuladen; der Besuch bedurfte jedoch offiziell einer Genehmigung, da die deutschen Gäste zunächst überprüft werden sollten. Die Historical Division hielt allerdings im Rückblick fest, »no records are available to indicate that this was ever done«.<sup>290</sup> Lediglich Vertreter deutscher Parteien, Universitätsdirektoren oder führende Gewerkschafter durften sich ab Ende 1946 in amerikanischen Kantinen aufhalten, wenn das Essen Teil eines offiziellen Gesprächs mit Vertretern der Militärregierung war.<sup>291</sup>

Im Frühjahr 1947 wurden die Kommandanten der größeren Militärstützpunkte durch EUCOM gebeten, wenigstens eine Snack Bar, die keine alkoholischen Getränke servierte, für die gemeinsame Nutzung von Amerikanern und Deutschen zu öffnen. Ziel war es, »to improve the morale of the occupying forces by making available to them wholesome surroundings in which to entertain their guests«. Zusätzlich sollte ein Raum für gemeinsames Musikhören und Spielen bereitgestellt werden.<sup>292</sup>

Einzelne Clubs öffneten daraufhin ihre Pforten für deutsche Frauen, die über einen sogenannten *Gesellschaftspass* verfügten.<sup>293</sup> In Berlin, wo das Angebot etwas verspätet eingeführt wurde, gingen binnen drei Monaten insgesamt 783 Anträge ein, von denen lediglich 21 wegen »ungünstiger Familienverhältnisse«, »politischer Mängel«, »bestehender Ehe« oder »zu jugendlichen Alters« abgelehnt wurden. Die meisten Bewerberinnen waren zwischen 19 bis 25 Jahre alt.<sup>294</sup> Die Anträge bearbeitete, wie *Der Spiegel* zu berichten wusste, zunächst ein Zehlendorfer Prüfungsausschuss bestehend aus »deutschen Lehrern, Ärzten und Verwaltungsbeamten«, die finale Entscheidung oblag dann der US-Militärregierung.<sup>295</sup> Die Recherchen des *Spiegels* ergaben auch:

289 Office of the Assistant Chief of Staff G-1: Memorandum, G-1 Activities, 16. November 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 404.

290 EUCOM, Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population, S. 19.

291 Ebd, S. 17.

292 Ebd, S. 18.

293 Hiermit beschäftigt sich derzeit Lena Eggers in Form einer Dissertation mit dem Titel »Zwischen Vergnügen und Unmoral: Westalliierte Soldatenclubs in Deutschland als Begegnungsorte von Besatzer\_innen und Besetzten, 1940er und 1950er Jahre«.

294 Vgl. Gesellschaftspässe auch in Berlin, in: *Der Abend*, 3. Januar 1947; Gesellschaftspässe gefragt, in: *Der Abend*, 10. April 1947. Um einen solchen Pass zu erhalten, musste ein dem Entnazifizierungsverfahren ähnlicher Fragebogen ausgefüllt werden. Anschließend wurden die Angaben hinsichtlich der sozialen Herkunft, politischen Vergangenheit und Rechtschaffenheit kontrolliert. Laut Kleinschmidt wurden 4.762 Anträge eingereicht und 1.333 davon aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Vgl. Kleinschmidt, *Do not fraternize*, S. 192.

295 Salonfähige Mädchen, in: *Der Spiegel* 7/1947, S. 6.

Die meisten der Mädchen sehen durch den Paß eine Möglichkeit, mit ihren Freunden in angenehmer Umgebung zusammensein zu können. Manche wollen ihre bisher flüchtige Berührung mit amerikanischen Staatsangehörigen und Produkten durch den Besuch eines Klubs intensivieren. Einige wenige werden auch von Amerikanerinnen, mit denen sie in den Dienststellen zusammenarbeiten, eingeladen.<sup>296</sup>

Die Begründungen der wenigen Ablehnungen zeigen, dass die U.S. Army wusste, dass viele Frauen den begehrten Pass nicht nur zwecks Konversation und Tanz beantragten. Indem sie die Pässe ausgab, sanktionierte sie zwar mögliche Bekanntschaften, gewann jedoch auch die Möglichkeit, Einfluss auf die Personengruppe zu nehmen und eine gewisse Kontrollfunktion auszuüben, da die Begegnungen auf Militärgelände stattfanden. Die meisten Clubs und Kantinen der U.S. Army gestatteten allerdings erst ab Juni 1948 auch deutschen Gästen den Zutritt.<sup>297</sup>

In den Berichten des Generalinspektors wird deutlich, dass einige GIs und Berliner Frauen trotz der skizzierten Hemmnisse versuchten, in einer regulären Beziehung zu leben. Oftmals führten jedoch aus alltäglichem Verhalten resultierende Verstöße gegen amerikanische Anweisungen dazu, dass die U.S. Army weitere Kontakte durch Versetzung des Soldaten zu unterbinden versuchte. In einer Beziehung selbstverständliche Handlungsweisen wurden so kriminalisiert. Paare verstießen gegen bestehende Regularien, wenn sie beieinander übernachteten oder nur die Reste des dem GI zugeteilten Lunchs am Abend teilten. Da es nicht gestattet war, Military Payment Certificates an Deutsche weiterzugeben, diese jedoch das einzig gültige Zahlungsmittel in amerikanischen Lebensmittelgeschäften waren, verletzte ein GI, der seiner Freundin Geld zum Einkaufen gab, die Regeln. Besuchte er einen deutschen Club mit ihr, konnte es geschehen, dass sie im Rahmen einer Razzia als Prostituierte verhaftet wurde. Derlei Regeln verbannten die Beziehungen aus dem öffentlichen Raum und stigmatisierten sie. Der Berliner Verwaltung und der U.S. Army war es also stets möglich, gegen diese Form der deutsch-amerikanischen Verbindungen vorzugehen.<sup>298</sup>

296 Ebd.

297 Club Advisory Section: Quartely Report of Operations, 13. Juli 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 649. Nach Aufhebung des Fraternisierungsverbots war es den Clubs selbst überlassen, ob sie Deutsche als Gäste empfangen oder nicht. Für Clubs, die sich innerhalb des Militärgeländes befanden, stellte sich die Frage allerdings nicht, da Deutsche keinen Zutritt zu den Militärbasen hatten. Die Clubs des Roten Kreuzes ließen Deutsche ab Anfang 1947 als Gäste zu. Ab Juni 1948 durfte jedes Mitglied des EUCOM zwei deutsche Gäste pro Woche in eine amerikanische Einrichtung einladen. Vgl. EUCOM, Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population, S. 17-19.

298 Vgl. Brauerhoch, Fräuleins und GIs, S. 123 ff.

## Die Bekämpfung von »Prostitution«

Im Winter 1945 gründeten amerikanische Stellen gemeinsam mit einigen wohl-tätigen Berliner Frauen sogenannte »Lasterbekämpfungsgruppen« (*anti-vice squads*), die gemeinsam mit der Militärpolizei den vermeintlichen Übeltäterinnen auf den Leib rücken sollten. Im Jahr darauf wurden in Berlin insgesamt 90.042 Personen wegen des Verdachts auf eine Geschlechtskrankheit untersucht; im Schnitt wurden pro Monat 1.046 Fälle von Syphilis und 2.701 Fälle von Gonorrhö gemeldet – gleichzeitig vermuteten die zuständigen Stellen, dass sich 30 bis 75 Prozent der Betroffenen illegal behandeln ließen.<sup>299</sup> Ein Versuch, die Begegnungen einzuschränken, war die bereits erwähnte Ausgangssperre, die es ab dem 13. Juni 1946 allen Amerikanern verbot, von Deutschen betriebene Nachtclubs, Cafés und Bars im amerikanischen Sektor aufzusuchen.<sup>300</sup> Hier, so der nicht unbegründete Verdacht, würden die meisten Kontakte (und damit die meisten Infektionen) ihren Anfang nehmen. Immer wieder wurden deshalb Gastronomie-, Straßen- und Ruinen-Razzien durchgeführt, bei denen primär Frauen aufgegriffen und – wenn sie sich nicht ausweisen konnten – auf eine Infektion überprüft wurden. Nicht selten waren es aber auch Nachbarn oder Lokalbesitzer, die die Militärpolizei auf vermutlich infizierte Personen aufmerksam machten. Wer zum dritten Mal in ein Krankenhaus kam, erhielt die Auflage, sich alle zwei Wochen untersuchen zu lassen. Wurde eine Geschlechtskrankheit festgestellt, stand der oder die Infizierte für ein halbes Jahr unter staatlicher Kontrolle.<sup>301</sup> Wurde die ärztliche Behandlung verweigert, konnte ab Ende 1947 eine Zwangseinweisung erfolgen: Die vermutlich infizierte Person wurde von der Polizei abgeholt und zumeist in die Zentrale für Geschlechtskrankheiten oder auch in eine der 30 Beratungsstellen gebracht. In einem Krankenhaus wurde dann festgestellt, ob tatsächlich eine Erkrankung vorlag.<sup>302</sup>

Matthias Willing nennt in seiner Studie zum Berliner Gesundheitssystem allein für das Jahr 1947 insgesamt 65.313 solcher Hausbesuche, 11.329 »fürsorgerische Ermittlungen«, 1.164 »fürsorgerische Lokalstreifen« und 240 durchgeführte Razzien, in deren Rahmen »4.622 Männer und 14.601 Frauen den Gesundheits- und Fürsorgebehörden zur Überprüfung zugeführt« wurden.<sup>303</sup> Die Zahlen belegen freilich nicht, dass mehr Frauen als Männer infiziert waren, sondern dass Frauen besonders im Fokus der Ermittler standen. Noch im Jahr 1953 führte die Berliner Polizei gemeinsam mit Mitarbeitern des Gesund-

299 Timm, *The Politics of Fertility*, S. 194.

300 *Army bans Americans from Berlin Night Clubs*, in: *The Washington Post*, 13. Juni 1946, S. 2. Wann das Verbot aufgehoben wurde, geht aus den Quellen nicht hervor.

301 *Die Razzia griff sie auf*, in: *Der Abend*, 30. Oktober 1947.

302 *Kampf gegen Volksseuche*, in: *Der Abend*, 23.12.1947.

303 Matthias Willing, *Sozialistische Wohlfahrt. Die staatliche Sozialfürsorge in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR (1945-1990)*, Tübingen 2008, S. 105.

heitsamtes derartige Razzien durch.<sup>304</sup> Die fragwürdige Vorgehensweise war bereits seit Langem gängige Praxis: Schon in der NS-Zeit waren Frauen von den Jugendämtern aufgegriffen und aufgrund des Verkehrs mit Soldaten oder »Ausländern« (in der Regel nach Berlin verbrachte Zwangsarbeiter), des Verstoßes »gegen die Sittlichkeit« bezichtigt und auf Geschlechtskrankheiten zwangsuntersucht worden.<sup>305</sup>

Doch nicht nur infolge einer Razzia konnten Menschen zu einer Untersuchung gezwungen werden: Gab ein US-Soldat an, dass eine bestimmte Frau ihn mit einer Geschlechtskrankheit angesteckt habe, wurde sie von der Militärpolizei gesucht, gegebenenfalls verhaftet und in speziell eingerichteten *detention hospitals* von deutschen Ärzten behandelt.<sup>306</sup> Die Meldung erfolgte über ein Formular, welches den betroffenen Militärangehörigen detailliert danach befragte, wie und wo es zu dem Kontakt gekommen war: Hatte die Frau ihn angesprochen oder waren sie einander vorgestellt worden? Hatte die Begegnung in einem Café, Bordell, Hotel, Apartment, Park oder an einer Bushaltestelle stattgefunden? Hatte die Frau als Gegenleistung Geld, Nahrungsmittel, Süßigkeiten oder Bekleidung gefordert? Was könne er bezüglich ihrer Person – Adresse, Beruf, übliche Aufenthaltsorte und äußerliche Merkmale – angeben? Auf der Rückseite des Formulars war im Anschluss zu vermerken, welche Maßnahmen durch wen getroffen worden waren und ob festgestellt werden konnte, dass die Frau ebenfalls infiziert sei.<sup>307</sup> Die gestellten Fragen zeigen, dass man die sexuellen Kontakte generell als Prostitution deutete.

Den Angaben der Berliner Bekämpfungsstelle für Geschlechtskrankheiten zufolge stellten als Prostituierte kategorisierte Frauen allerdings nur die zweitgrößte Gruppe infizierter Personen dar – häufiger betroffen waren verheiratete Frauen, deren Männer sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden.<sup>308</sup> Dies zeigt erstens, dass die teils radikalen Maßnahmen amerikanischer und deutscher Stellen einer Wahrnehmung geschuldet waren, die nur bedingt der Realität entsprach: Sie bekämpften die vermeintliche Prostitution, obwohl die

304 Protokolle siehe u. a. in: Command Reports 1953, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files 1951-60, Box 41.

305 Eva Balz, Erfahrungshorizonte Berliner Jugendlicher im Nationalsozialismus, in: Wildt/Kreutzmüller, Berlin 1933-1945, S. 145-158, hier S. 155.

306 Parallel waren zwischen Juli und September 1945 neun Einrichtungen des Gesundheitsamtes eröffnet worden, in denen infizierte Frauen Hilfe erfahren konnten. Vgl. Surgeon an Assistant Chief of Staff G-2 (AC/2, G1): Interoffice Memo Slip, Subject: Venereal Disease Control Among Civilians in Berlin District, 2. September 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403.

307 Formular enthalten in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, Adjutant General, General Correspondence (Decimal File) 1947-52, 1947-48 segment, 000 to 300, Box 23.

308 Kalorien und Moral, in: Der Abend, 10. Dezember 1946.

teils zu Krankheiten führenden sexuellen Kontakte sich nur bedingt dieser Kategorie zuordnen ließen. Zweitens wird noch einmal deutlich, dass man von der sogenannten »VD-Rate« nicht auf die Häufigkeit der Kontakte schließen kann, denn weder feste Beziehungen noch Bekanntschaften ohne sexuellen Kontakt oder sexuelle Kontakte ohne Infizierung wurden durch sie erfasst. Viele restriktive Maßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik erwiesen sich deshalb als nicht effektiv und wurden Ende der 1940er-Jahre eingestellt.

Von Beginn an hatte die US-Armee nicht nur auf die Wirksamkeit der eigenen Regeln und Verbote vertraut: Auch die Anwesenheit amerikanischer Ehefrauen sollte für Ordnung sorgen.<sup>309</sup> Gegenüber einigen amerikanischen Journalisten äußerte ein Berliner Brigadegeneral hoffnungsvoll, »that the sooner the United States Army brings over the wives the better, in order to stop this adultery and loose living going on here.«<sup>310</sup> Wenig später, Ende April 1946, trafen tatsächlich die ersten amerikanischen Familien, die sogenannten *dependents*, per Zug in Wannsee ein.<sup>311</sup> In Berlin änderte dies allerdings wenig an der Situation, da nur ein geringer Teil der Soldaten verheiratet war beziehungsweise seine Familie mitbrachte: Ende 1948 hatten 12 Prozent der unteren Ränge (Private, Sergeant, Staff Sergeant) und 0,4 Prozent der oberen (Sergeant First Class, Master Sergeant, Sergeant Major) Frau und Kinder in Berlin.<sup>312</sup> Im April 1949 gehörten dem Berlin Military Post 4.007 Personen an, von denen 3.786 Militärpersonal waren – lediglich 58 von ihnen hatten Familienangehörige vor Ort.<sup>313</sup> Obwohl die Zahl der Ehefrauen und Kinder zwischenzeitlich auf über 1.500 anstieg – und somit 20 Prozent der gesamten amerikanischen Bevölkerung in Berlin ausmachte –,<sup>314</sup> sorgte Anfang der 1950er-Jahre eine

309 Vgl. Donna Alvah, *Unofficial Ambassadors. American Military Families Overseas and the Cold War, 1946-1965*, New York/London 2007.

310 Brigadegeneral Whitelaw sagte später, man habe ihn falsch zitiert: Er habe »fornication« (Unzucht) und nicht »adultery« (Ehebruch) gesagt. Kleinschmidt, *Do not fraternize*, S. 135.

311 Kathleen McLaughlin, *First U.S. families arrive in Berlin*, in: *New York Times*, 1. Mai 1946, S. 4.

312 Chart No. 8: Families by Category of Sponsor, in: L. Preston Barnes, *Historical Report, 4. Quartal 1948*, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 650. Hier muss jedoch berücksichtigt werden, dass infolge der Blockade aus Sicherheitsgründen einige Familien die Stadt verlassen hatten.

313 Siehe: *Adjutant Activities, Tabellarische Übersicht: »Consolidated Strength«*, 31. März 1949 und Tabelle »Families by Category of Sponsor«, 31. März 1949, S. 22, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 648.

314 Entwicklung siehe: *Monthly Report of the Commanding Officer BMP*, 31. Januar 1951, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, HQ EUCOM, General Staff, Military Post Division, Berlin Military Post, Reports 1951, Monthly Reports, Box 1618, S. 16 f.

Sonderregelung für einen erneuten Rückgang, da das krisengeschüttelte Berlin als gefährlicher Stützpunkt wahrgenommen wurde. Soldaten mit Familienangehörigen wurden in die amerikanische Zone versetzt, um die Zahl an *dependents* in West-Berlin so gering wie möglich zu halten.<sup>315</sup> Zeitweise befanden sich weniger als 50 amerikanische Familien in Berlin. Erst ab November 1953 stieg die Zahl wieder an, sodass am Ende des Jahrzehnts fast 800 Familien in West-Berlin lebten.<sup>316</sup>

Die ersten nach Berlin reisenden Ehefrauen warnte eine Informationsbroschüre:

The damage will appal you. All the newsreel pictures you have seen will be no preparation for what total war can do to a city; and it's not nearly so bad as it was at first, because the Germans have had more than a year to clean up rubble.<sup>317</sup>

Zugleich lockte die Armee aber auch mit dem luxuriösen Lebensstil der Besatzungsmacht:

Military Community facilities, however, will go a long way toward making up to you for other shortages, as they are among the best in Germany. The Commissary, for example, is stocked with articles you may not have seen for months in America, such as olives, fancy cheeses, canned lobster and rare spices.<sup>318</sup>

Wem es aufgrund seines Rangs gestattet war, seine Familie nach Berlin zu holen, erhielt eine deutsche Haushaltshilfe sowie einen Gärtner. Für die Kinder wurde 1946 eine Grund- und eine Oberschule eingerichtet.<sup>319</sup> Amerikanische Ehefrauen schwärmten demzufolge in der *New York Times*: »We've never had it so good!« Besonders die großen Gärten der requirierten Zehlendorfer Villen, in denen die Familien höherrangiger Militärs untergebracht waren, beeindruckten die Nachgezogenen. Die Zeitung zitierte eine Mrs. Maedows: »Everyone I know is living better than we were back home these past years, so we're quite willing to stay a long time.«<sup>320</sup> Vergleicht man diese fast schon kolonial anmutende Praxis mit der Lebenswirklichkeit der Berliner Bevölkerung in

315 Command Report Berlin Military Post, 1951, in: NACP, RG 549, Berlin Military Post, Box 1617, S. 9.

316 Historical Report Berlin Command, Januar 1953 bis Juni 1954, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files, 1951-60, Annual Reports 1953-55, Box 43, S. 10.

317 Ebd., S. 54.

318 Ebd.

319 Information for New Arrivals 1946, in: Hill, Berlin in Early Cold-War Army Booklets, S. 23.

320 Army Wives Find Living in Berlin Surpasses What They Had Here, in: New York Times, 11. Juni 1946, S. 23. Siehe auch: Kathleen McLaughlin, GI Wives in Berlin: With maids and meat, Army brides scale the heights of Suburbia, in: New York Times, 13. Oktober 1946, S. 129.



jener Zeit, so lässt sich einerseits nachvollziehen, wie das Stereotyp der »reichen Amerikaner« entstand, andererseits verwundert es, dass kaum von Neid und Missgunst gezeichnete Klagen überliefert sind.

#### 2.5.4 *Zeitgenössische und rückblickende Deutungen*

Die schwierige Situation der Berlinerinnen in der Nachkriegszeit resümiert eindrücklich ein Schreiben des Zentralen Frauenausschusses an die Alliierte Kommandantur vom Februar 1946:

How great the need is shown by the fact that according to statements of the health office 90 % of all women have a too low weight and that 80 % of the women no longer have their menstruation. An especially conspicuous example is shown in the VBK Kreuzberg, where the average weight of the women is 43 1/2 kg. Disquieting news is also reported from the hospitals, where children to an increasing extent lose their power of sight and already some children have grown blind.<sup>321</sup>

Viele Frauen waren zu jener Zeit auf sich selbst gestellt und wussten nicht, ob ihr Mann in Kriegsgefangenschaft oder verstorben war. Selbst wenn die Männer zurückkehrten, wurden sie aufgrund ihrer physischen oder psychischen Labilität oftmals als eine »Belastung für die ganze Familie« empfunden, da sie »monatelang gepflegt werden« mussten und infolge von Verletzungen oder Traumatisierungen nicht arbeiten konnten.<sup>322</sup> Nicht selten konnten sie auch mit der neuen Selbstständigkeit ihrer Partnerinnen nicht umgehen. Immer wieder unterstrichen Zeitzeuginnen in Interviews, dass sie sich nach den Jahren des Alleinseins nicht mehr bevormunden lassen wollten und erwarteten, dass man ihnen ihre Freiheiten nicht mehr streitig mache.<sup>323</sup> Anna Wilke erinnert sich an die Zeit nach der Heimkehr ihres Mannes im Winter 1946:

321 Zentraler Frauenausschuß an Allied Military Kommandatura: Memorandum of the Central Women Committee at the Magistrat of the City of Berlin regarding the situation of women in Berlin, 27. Februar 1946, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, Germany, U.S. Mission Berlin, U.S. Element, Allied Kommandatura, Civil Administration Committee, General Records 1945-1952, Box 1, Folder: Government 15. August 1945 – 31. Mai 1946, S. 1.

322 Vgl. Sybille Meyer/Eva Schulze (Hg.), *Von Liebe sprach damals keiner. Familienalltag in der Nachkriegszeit*, München 1985, S. 104 und 129. Im Sommer 1949 fielen in West-Berlin 43.000 Männer in die Kategorie »kriegsversehrt« und waren nur eingeschränkt arbeitsfähig. Vgl. ebd., S. 130. Die Volkszählung im Jahr 1950 ergab, dass es noch immer zwei Millionen mehr arbeitsfähige Frauen als Männer in der Bundesrepublik und West-Berlin gab. Hinzu kam eine bis dato nicht gekannte Anzahl an alleinlebenden Frauen (3,83 Mio.). Vgl. Meyer/Schulze, *Wie wir das alles geschafft haben*, S. 197.

323 Vgl. die Zeitzeugengespräche in: Meyer/Schulze, *Von Liebe sprach damals keiner* und in: dies., *Wie wir das alles geschafft haben*. Siehe auch: Annette Kuhn, »Kann ich mir einen Mann leisten?« Frauengeschichtliche Überlegungen zu einer Zeitungsumfrage des Jahres 1948, in: Irene Bandhauer-Schöffmann/Claire Duchon

Mein Mann hat das nur schwer verkraftet, daß ich so aktiv war und für uns mitgesorgt habe. Knapp war das Essen deswegen trotzdem noch. [...] Er dachte immer, wir würden ihm was vorenthalten, und oft gab es Schreiereien, weil er so ungerecht war und völlig maßlos.<sup>324</sup>

In der Rubrik *Frauen schütten ihr Herz aus* der Frauenzeitschrift *Sie* klagten Berlinerinnen im Dezember 1945 über gemischte Gefühle. Die 46-jährige Elsbeth M. überlegte:

Hilfe hätte ich nicht, wenn er wiederkommt, aber noch mehr Arbeit mit ihm [...]. Wenn er wiederkommt, müßte ich mich noch viel mehr abra-  
ckern, mit dem bißchen Essen.<sup>325</sup>

Die 22-jährige Meta St., verwitwet und schwanger, schrieb stoisch:

Liebschaften wird es geben. Vielleicht auch Liebe. Eine Ehe? Nein. [...] Eine Frau, die nichts erwarten darf als das, was sie selbst schaffen kann. Kopfhängerisch? Nein. Dieser Gedanke gibt mir sogar Kraft.<sup>326</sup>

Am wohl eindrücklichsten schilderte die unter dem Pseudonym *Anonyma* schreibende Marta Hillers in ihrem Tagebuch die Mischung aus Enttäuschung und neuem Selbstbewusstsein:

Immer wieder bemerkte ich in diesen Tagen, daß sich mein Gefühl, das Gefühl aller Frauen gegenüber den Männern ändert. Sie tun uns leid, erscheinen uns so kümmerlich und kraftlos. Das schwächliche Geschlecht. Eine Art von Kollektiv-Enttäuschung breitet sich unter der Oberfläche bei den Frauen aus. [...] Am Ende des Krieges steht neben vielen anderen Niederlagen auch die Niederlage der Männer als Geschlecht.<sup>327</sup>

Speziell die amerikanischen Soldaten erschienen aus diesen Gründen oftmals als attraktivere Partner. Frau Marquardt aus Berlin erinnert sich:

Es waren schöne, wohlgenährte Männer. Natürlich haben die meisten Frauen nur an Zigaretten und Brot gedacht. Sollte man diese Frauen deswegen verachten? Wir wußten ja nie, warum eine das tat. Vielleicht wegen ihrer Kinder. Und der Tausch ist schon uralte: Bett gegen Brot. Die Soldaten waren auch einsam. So muß man das auch sehen. Die ersten menschlichen Kontakte mit den Alliierten sind über uns Frauen gelaufen.<sup>328</sup>

(Hg.), Nach dem Krieg. Frauenleben und Geschlechterkonstruktionen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Herbolzheim 2000, S. 105-115.

324 Meyer/Schulze, Von Liebe sprach damals keiner, S. 119.

325 Frauen schütten ihr Herz aus, in: *Sie*, Nr. 1, Dezember 1945, S. 3.

326 Ebd.

327 Tagebucheintrag vom 26. April 1945, in: *Anonyma*, Eine Frau in Berlin, S. 51 f.

328 Schulze/Meyer, Wie wir das alles geschafft haben, S. 66.

Auch die damals 17-jährige Johanna Wrede erinnert sich, wie beeindruckt sie war, als sie die GIs zum ersten Mal sah:

Da kamen auf herrlich gepflegten Lastwagen, in straff sitzenden Hosen die Amerikaner bei uns am Balkon vorbei. Wir haben gedacht, das kann doch nicht wahr sein, daß es solche wohlgenährten und gepflegten Menschen noch gibt.<sup>329</sup>

Die Berliner Zeitzeuginnen thematisieren Aspekte, die damals vielerorts die Wahrnehmung der GIs bestimmten: Aufgrund ihrer äußerlichen Erscheinung – immer wieder fällt das Wort »wohlgenährt« – und ihres lässigen, für deutsche Beobachter »unsoldatischen« Verhaltens konnte der Kontrast zu den deutschen Männern kaum größer sein; sie ähnelten den Filmstars jener Jahre, die man aus Hollywood-Filmen kannte, und verkörperten Leidenschaft, Abenteuer, Wohlstand und Glamour. Annette Brauerhoch spricht deshalb von einer »geliehenen Lebenslust« durch die Bekanntschaft mit US-Soldaten: »Wie die Leinwandstars waren die ›Yanks‹ Objekte hingebungsvoller, gebannter Blicke, und ebenso wie bei diesen ging es um Ausstattung, Kostümierung und Exhibition.«<sup>330</sup> Es scheint, als hätte die beliebteste Freizeitbeschäftigung jener Jahre, der Kinobesuch, neue Erwartungen an das andere Geschlecht geweckt. Die vor Ort stationierten US-Soldaten wurden als Vertreter des in den Filmen gezeigten fortschrittlichen und vor allem unzerstörten Landes empfunden; sie weckten Träume und Hoffnungen auf ein besseres Leben. Ihr relativer Reichtum – der in vielen Fällen aus Schwarzmarktgeschäften resultierte – mag zu dieser Wahrnehmung beigetragen haben: Im November 1945 meldete die Armeezeitung *The Grooper*, dass das vom Berliner Personal der U.S. Army im Oktober in die Heimat geschickte Geld den offiziellen Verdienst um fünf Millionen Dollar übertroffen habe.<sup>331</sup> Wobei selbst das reguläre Einkommen nicht gering war: Der monatliche Sold eines GIs im niedrigsten Unteroffiziersrang betrug 1949 circa 120 US-Dollar (zuzüglich diverser Unterhaltsbeihilfen),<sup>332</sup> was im Winter des Jahres knapp 500 DM entsprach – und damit doppelt so hoch war wie der durchschnittliche Bruttolohn eines Berliner Facharbeiters.<sup>333</sup> Aufgrund des deshalb möglichen Lebenswandels, des Marktwertes der ihnen zur Verfügung stehenden Produkte und der enormen Diskrepanz zwischen der schnell geschaffenen amerikanischen und der noch immer nur provisorisch

329 Johanna Wrede, Herrlich gepflegt, in: Mittag/Schade, Die amerikanische Kalt-Welle, S. 101.

330 Brauerhoch, Fräuleins und GIs, S. 74 f.

331 Vgl. Happy Millionaires, in: *The Grooper*, 17. November 1945, S. 8.

332 Vgl. Defense Finance and Accounting Service, Monthly Basic Pay and Allowances 1949, Online: <https://www.dfas.mil/dam/jcr:549c4b17-bfdd-4d7c-822b-db29ade3ee77/MilPayTable1949.pdf> [7.3.2018].

333 Vgl. Hauptamt für Statistik und Wahlen (Hg.), Berlin in Zahlen, Berlin 1950, S. 64

wiederhergestellten deutschen Infrastruktur wurden die US-Soldaten in Berlin zu einem »symbol of plenty in a city of want«.<sup>334</sup>

### Mediale Deutungen

Die lokalen Medien zeigten weitgehend Verständnis für Frauen, die Bekanntschaften mit amerikanischen Soldaten pflegten. Obwohl Berlinerinnen und Berliner sich durchaus an das Label »Ami-Liebchen« erinnern, scheinen die Frauen medial nicht gebrandmarkt worden zu sein.<sup>335</sup> So verteidigte *Der Abend* zum Beispiel 20 Berlinerinnen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren, die in amerikanischen Unterkünften verhaftet worden waren: »Die Mädchen möchten gerne einmal ins Kino gehen, möchten tanzen und vergnügt sein, mal ein Stück Schokolade essen, ein paar seidene Strümpfe haben. Sie gehen dorthin, wo es ihnen geboten wird. Oftmals tut es die Mutter ja selbst.«<sup>336</sup> Sie seien »Opfer der Zeit- und Familienumstände« und würden sich nach Jahren der Entbehrung nun endlich der »Genußsucht« hingeben oder auch – motiviert durch ein »ehrliches Gefühl« – das Elternhaus verlassen wollen.<sup>337</sup> In Anbetracht der Ernährungslage erscheint der hier verwendete Begriff »Genußsucht« zunächst als haarsträubende Übertreibung. Doch »Hunger verändert die sozialen Beziehungen«, wie Ingrid Bauer in ihrer Studie zur »Fraternisierung« in Österreich betont: Die »Grenzen zwischen dem Hunger nach Kalorien und dem Hunger nach Leben sind gleichfalls fließend.«<sup>338</sup> In den Berliner Zeitungen wurden die zwischengeschlechtlichen Kontakte zwar ähnlich gedeutet wie in den westlichen Besatzungszonen – die Frauen würden notgedrungen und vor allem aus ökonomischen Gründen amerikanische Männer bevorzugen –, allerdings verurteilten sie dies nicht. Immer wieder wurden der lange Verzicht und das gegenwärtige Elend zur Rechtfertigung vermeintlich unmoralischen Verhaltens angeführt. Der Verweis auf die Umstände und die keineswegs hö-

334 Berlin: The Free German Chooses the West, in: Newsweek, 28. Oktober 1946, zit. n. Kleinschmidt, Do not fraternize, S. 141.

335 Redding, Growing Up in Hitler's Shadow, S. 55 ff. Der Zeitzeuge Eberhard Schönknecht erinnert sich, dass junge Männer den Terminus teilweise verwendeten: »Wir Jungen waren intolerant und neidisch zugleich. Wir nannten die ›Fräuleins‹ schon ›Ami-Flittchen‹, ohne deren Beweggründe wirklich zu begreifen.« Eberhard Schönknecht, Jugend in der Nachkriegszeit, Berlin 1945-1948, in: Susanne zur Nieden/Helga und Eberhard Schönknecht (Hg.), Weiterleben nach dem Krieg. Schöneberg/Friedenau 1945-46, Berlin 1992, S. 111-137, Zitat S. 123.

336 Deutsche Kinder 1946, in: Der Abend, 22. November 1946.

337 Kalorien und Moral, in: Der Abend, 10. Dezember 1946.

338 Ingrid Bauer, »Besatzungsbräute«. Diskurse und Praxen einer Ausgrenzung in der österreichischen Nachkriegsgeschichte 1945-55, in: Irene Bandhauer-Schöffmann/Claire Duchon (Hg.), Nach dem Krieg. Frauenleben und Geschlechterkonstruktionen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Herbolzheim 2000, S. 261-276, Zitat S. 264 f.

here Moral der Mütter entlastete die jungen Frauen und deutete zugleich die Schuld an, die deren Eltern auf sich geladen hatten.

In der Zeitung konnten interessierte Berlinerinnen auch die Regeln für die Heirat eines US-Soldaten nachlesen.<sup>339</sup> Der Kommentator des *Abend* fand es »sehr in Ordnung«, dass »Detroit« sich »beehrt«, »seine Verlobung mit Pankow bekanntzugeben«, denn die Attraktivität der Besatzungssoldaten liege auch darin begründet, dass sie im Gegensatz zu den »allzu bequemen« und »untalentierte« deutschen Männern auf die Berliner Frauen eingehen würden: »Marianne wird von nun an *honey child* oder *little gal* genannt. Und nicht *Muttchen*.«<sup>340</sup> Die Zeitung wusste auch zu berichten, dass die deutschen Verlobten der GIs am Kurfürstendamm gesprochene Briefe auf Schallplatten aufnehmen würden: »Sie erzählen ihrer unbekanntes fernes Schwiegermama, wie sehr sie sich auf das Leben drüben freuen.«<sup>341</sup> Wer keinen Partner finden konnte, hatte die Möglichkeit, die Hilfe einer jungen Dame in Anspruch zu nehmen, die in einem kleinen Kiosk an der Ecke Kurfürstendamm/Fasanenstraße einsame Herzen vermittelte. Suchende hinterließen ein Foto sowie eine kurze Beschreibung der eigenen Person und des gewünschten Partners oder suchten in nach Geschlecht getrennten Alben nach ihrem Wunschpartner und nahmen dann per postlagerndem Brief Kontakt auf.<sup>342</sup>

Eine öffentliche Verurteilung dieser Kontakte lässt sich in Berlin nicht feststellen. Die lokale Frauenzeitschrift *Sie* thematisierte die alliierten Soldaten kaum – nur vereinzelt deuten kleine Absätze auf die Alltäglichkeit deutsch-amerikanischer Beziehungen sowie die Relevanz diesbezüglicher Neuigkeiten für die Leserinnen hin, so zum Beispiel ein Hinweis in der Rubrik »Nachrichten für Sie«: »General Joseph McNarney, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Zone, erklärte, das Heiratsverbot zwischen Deutschen und Amerikanern werde lange Zeit hindurch nicht aufgehoben.«<sup>343</sup>

Wie kam es dazu, dass die Berliner Medien im Gegensatz zu jenen in der amerikanischen Zone und später in der Bundesrepublik die Beziehungen zwischen alliierten Soldaten und deutschen Frauen verständnisvoll bis amüsiert begleiteten oder auch gänzlich unkommentiert ließen? Maria Höhn hat herausgearbeitet, dass die öffentliche Kritik in den westlichen Besatzungszonen häufig als Ventil diente, denn die Verlagerung auf dieses Themenfeld machte es möglich, »sich gegen die US-Politik zu wenden oder das Fehlen der westdeutschen Souveränität zu bedauern, ohne dabei den wichtigsten Alliierten

339 Heirat nach Uebersee, in: *Der Abend*, 17. Dezember 1946.

340 Müssen Männer so sein?, in: *Der Abend*, 28. Dezember 1946. Zu einem ähnlichen Meinungsbild kam *Der Abend*, als die männlichen Leser aufgerufen wurden, zu schreiben, wie sie über die Berlinerinnen urteilen würden: Keß – aber doch viel Herz, in: *Der Abend*, 31. März 1947.

341 Testament auf Schallplatte, in: *Der Abend*, 28. Januar 1947.

342 Hier sind Männer keine Mangelware, in: *Der Abend*, 4. Februar 1947.

343 Nachrichten für Sie, in: *Sie*, 13. Januar 1946, S. 6.

der Bundesrepublik direkt angreifen zu müssen«. <sup>344</sup> Da die Bewohner der Berliner Westsektoren mehrheitlich die amerikanische Präsenz befürworteten, tendierten die lokalen Medien eher dazu, das Zusammenleben vor Ort zu idealisieren. Die positive Schilderung der Beziehungen zwischen US-Soldaten und deutschen Frauen knüpfte an die oben geschilderte Inszenierung Berlins als kosmopolitische Stadt im Stil der Weimarer Jahre an: Man gab sich tolerant und weltoffen.

Zudem war das Phänomen nicht neu und hatte dementsprechend wohl auch weniger Skandalisierungspotential. Die Journalistin Margret Boveri klagte in ihren Briefen erstmals am 2. Mai 1945 über hemmungslose deutsche Pärchen – »schäkernde Mädchen, erzählende Soldaten, Umarmungen im Gebüsch« <sup>345</sup> –, während in Berlin der »Endkampf« tobte. Zwei Tage später beschrieb sie, dass sich deutsche Frauen nun russischen Offizieren andienen würden, da sie sich von ihnen Schutz versprächen. <sup>346</sup> Am 30. Juni hielt sie fest, dass »sich viele Mädchen und Frauen schon in recht unwürdiger Weise den Amerikanern anschmeißen«. <sup>347</sup> Doch nicht erst in der Endphase des Krieges prägten Soldaten in weiblicher Begleitung das Straßenbild. Im Rahmen ihrer Forschungen zu den Erfahrungshorizonten Berliner Jugendlicher im Nationalsozialismus konnte Eva Balz zeigen, dass »die ständige Präsenz von Militär in der Stadt« dazu beigetragen hatte, dass junge Frauen in Begleitung von uniformierten Männern ein gewohnter Anblick waren. <sup>348</sup> Hier zeigt sich eine Kontinuität über die Zäsur des Kriegsendes hinweg, die wohl auch ihren Anteil daran hatte, dass die Aufregung über die Fraternalisierung in Berlin deutlich geringer ausfiel als an vielen Orten in Westdeutschland. Ein weiterer Grund für die generelle Aufgeschlossenheit war die schnell einsetzende Amerika-Begeisterung jener Jahre. Ingrid Bauer beschrieb den gleichen Effekt im besetzten Österreich: Die GIs »kamen mit dem ›Mythos Amerika‹ im Handgepäck«; sie »und ihr Lebensstil wurden auch mit anderen Optionen assoziiert, etwa mit einem Lebensgefühl der Freiheit, der Individualität und Ungezwungenheit«. <sup>349</sup> Der Wunsch nach einem unbeschwerten Dasein war groß, wie die erste Ausgabe der Frauenzeitschrift *Sie* vom Dezember 1945 verdeutlicht. Eine Modestrecke mit dem Titel »Ein Anspruch auf Lebensfreude« rechtfertigte die weitverbreitete Sehnsucht:

In mehr als fünf Jahren stieß jeder Gedanke gegen die Frage: lohnt es sich? Jede Stunde konnte Zerstörung und Vernichtung bringen. Heute leben wir nicht mehr unter dem Todesschatten der Kriegsgefahren. Dieser Gedanke:

344 Höhn, Amis, Cadillacs und »Negerliebchen«, S. 207.

345 Boveri, Tages des Überlebens, S. 96.

346 Ebd., S. 112.

347 Ebd., S. 218.

348 Balz, Erfahrungshorizonte Berliner Jugendlicher im Nationalsozialismus, S. 155.

349 Ingrid Bauer, »Besatzungsbräute«, S. 263.

es lohnt wieder! – hat eine Strahlenkraft von innen nach außen, die einer, oft unbewußten, seelischen Auferstehung gleichkommt.<sup>350</sup>

Neben der hier beschriebenen Überlebensfreude fand die *Sie* noch weitere Ursachen der angeblichen Zügellosigkeit der Gegenwart:

[N]icht nur, daß sich die aus dem Gefängnis der Uniform entlassene Jugend hungrig auf die markenfreie Liebe stürzt, beispiellose Völkerwanderungen würfeln Menschenmassen durcheinander, zerreißen Bindungen, unterminieren moralische Grundsätze. Weiterhin ist durch den Brutkastengeist nazistischer Sexualverwirrung die erotische Beziehung zwischen den Menschen zum animalischen Vermehrungstrieb erniedrigt worden, so daß der seelische Zauber des Liebeserlebnisses verlorengehen mußte.<sup>351</sup>

Die Sozialisierung im Nationalsozialismus und die von Chaos geprägte Gegenwart dienen hier als Erklärung dafür, dass sich die Beziehungen zwischen den Geschlechtern verändert, die Moralvorstellungen gewandelt und romantische Liebesideale ihren Stellenwert verloren hätten.

Das Kriegsende stellte zwar in vielerlei Hinsicht eine Zäsur dar, nicht jedoch im Hinblick auf die politische Aufladung von Geschlechterrollen und zwischengeschlechtlichen Beziehungen: Schon bald zeugte die Beschreibung der West-Berlinerin als lebensfroh, individuell und konsumorientiert von dem Wunsch, sich als westlich zu inszenieren und somit von der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR abzugrenzen.<sup>352</sup> Auch die privaten deutsch-amerikanischen Kontakte erfuhren vor diesem Hintergrund eine Umdeutung: »[F]raternization between Germans and their Western occupiers was no longer framed primarily as a threat to the health of Allied troops but as a welcome solidification of Cold War alliances.«<sup>353</sup>

Ein Phänomen, das bisher keine wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren hat, fällt bei der Lektüre zeitgenössischer Zeitungen ins Auge: Auch einige deutsche Ehemänner, die auf die Heimkehr ihrer aufs Land evakuierten Familien warteten, scheinen in jener Zeit wenig auf ihr Treuegelöbnis gegeben zu haben. Diese »Strohwitwer«, so Friedrich Luft in der Zeitschrift *Sie*, würden sich »wieder in ihre Junggesellenzeit zurückgeworfen« fühlen und »über die Stränge« schlagen. Auch hier überwog eine entschuldigende Sichtweise: »Man sollte sich darüber wundern, aber man soll es nicht allzu ernst nehmen«, denn jeder »kehrt wieder zurück und wird wieder klug«.<sup>354</sup> Vereinzelt wurden auch die wenigen amerikanischen Frauen vor Ort zum Objekt der männlichen Begierde, so erinnert sich der Zeitzeuge Eberhard Schönknecht gern an das Women's Army Corps (WACS):

350 Mode – Ein Anspruch auf Lebensfreude, in: *Sie*, Nr. 1, Dezember 1945, S. 3-4.

351 Dr. Hanns Schwarz, *Sie* beim Arzt, in: *Sie*, 17. März 1946, S. 5.

352 Vgl. Höhn, *Frau im Haus und Girl im Spiegel*.

353 Timm, *The Politics of Fertility in Twentieth-Century Berlin*, S. 189.

354 Friedrich Luft, *Die permanenten Strohwitwer*, in: *Sie*, 17. Februar 1946, S. 6.

Ihretwegen fuhr ich ab und zu mit der S-Bahn zum Bahnhof Botanischer Garten. [...] In einer Zeit, in der die deutschen Mädchen in Blusen aus Fallschirmseide, ehemaligen BDM-Röcken oder Kostümen aus eingefärbten Uniformstoffen und braunen, kunstseidenen Strümpfen gekleidet waren, wirkten diese jungen Amerikanerinnen elektrisierend. Überwiegend zwischen Anfang 20 und Mitte 30 sahen sie aus wie Ebenbilder amerikanischer Filmschauspielerinnen [...]. All diese Eindrücke und Erlebnisse bildeten auch den Gesprächsstoff im Freundeskreis, wenn wir uns nach Feierabend trafen.<sup>355</sup>

Die Amerikanerinnen und Amerikaner – anders als die ebenfalls vom Krieg gebeutelten sowjetischen, französischen und britischen Soldaten – repräsentierten Wohlstand und Unbekümmertheit und waren begehrenswert, da sie ein Leben zu verkörpern schienen, das man sich selbst wünschte.

### 2.5.5 Berliner »Kriegsbräute«

Die entlastenden Erklärungsversuche der Medien sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch Berliner Familien gab, die über die Aussicht auf einen amerikanischen Schwiegersohn weniger erfreut waren: In zwei Umfragen im Jahr 1947 gab jeweils nur ungefähr die Hälfte der Befragten an, eine solche Beziehung gutzuheißen.<sup>356</sup> Zieht man in Betracht, dass die Interviews keine zwei Jahre nach dem Untergang des »Dritten Reiches« und vor dem Hintergrund einer Versorgungskrise sowie wachsender politischer Spannungen zwischen den Siegermächten und daraus resultierender Kriegsängste geführt wurden, ist das Ergebnis allerdings als durchaus positiv zu bewerten.<sup>357</sup>

Die Ablehnung war auf Berliner Seite sogar geringer als auf amerikanischer: Noch 1949 befürworteten lediglich 38 Prozent der Amerikaner Eheschließungen zwischen GIs und deutschen Frauen.<sup>358</sup> Im Gegensatz dazu erwiesen sich die in Deutschland stationierten US-Soldaten Hochzeitsplänen gegenüber sehr

355 Eberhard Schönknecht, *Jugend in der Nachkriegszeit, Berlin 1945-1948*, in: zur Nieden/Schönknecht, *Weiterleben nach dem Krieg*, S. 111-137, Zitat S. 123 f.

356 Die Berliner wurden zur Kontrolle des »sponsorship effect« zuerst von einem amerikanischen und dann von einem deutschen Institut befragt. Die Ergebnisse unterschieden sich nicht unwesentlich: Während dem US-Interviewer gegenüber 50,2 Prozent angaben, einen GI als Freund ihrer Tochter zu akzeptieren, sank die Zahl auf 44,9 Prozent, als ein deutscher Interviewer die Frage stellte. Vgl. Kleinschmidt, *Do not fraternize*, S. 158.

357 Ob die Familien sich lediglich aus materieller Not tolerant zeigten, wie Ute Frevert vermutet, lässt sich anhand der Umfrage nicht feststellen. Ute Frevert, *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*, Frankfurt a. M. 1986, S. 247. Für das Argument Freverts spricht bedingt der Umstand, dass sich Mitte der 1950er-Jahre nur noch 38 Prozent der Berliner für eine solche Ehe aussprachen. Weiteren 30 Prozent war es egal, ob der Schwiegersohn Amerikaner ist oder nicht. Vgl. American Embassy, *The American Soldier Reappraised (1956)*, S. 18.

358 Vgl. Kleinschmidt, *Do not fraternize*, Fußnote 151, S. 171.



schnell als aufgeschlossen. Nur einen Monat nachdem die amerikanischen Truppen in Berlin eingetroffen waren, sah sich der zuständige Geistliche dazu veranlasst, in einem Meeting das Problem solcher Heiratswünsche zu thematisieren.<sup>359</sup> Im Oktober 1945 veröffentlichte die GI-Zeitung *The Berlin Sentinel* einen Leserbrief, den angeblich 300 GIs unterzeichnet hatten, die angaben, *common-law wives* in Berlin zu haben – also in »wilder Ehe« zu leben. Sie würden nicht verstehen, warum ihre Partnerinnen nicht mit ihnen in der Kaserne übernachten dürfen. Als Soldaten hätten sie ihre Aufgabe erfüllt und würden sich nun wundern: »Is this what we were fighting for?«<sup>360</sup>

Die Zeitschrift *Sie* berichtete im März 1946 ausführlich über die erste Eheschließung zwischen einer gebürtigen Berlinerin und einem US-Soldaten: Elisabeth Anahid heiratete Minas Ensanian-Manson – beide waren Nachfahren armenischer Flüchtlinge, Elisabeths Status als Staatenlose ermöglichte die Trauung.<sup>361</sup> Es sollte noch ein weiteres Jahr dauern, bis die erste Berlinerin mit deutscher Staatsbürgerschaft – zugleich die erste Deutsche während der amerikanischen Besatzung – die Genehmigung erhielt, zur Heirat eines GIs in die USA einzureisen.<sup>362</sup> Ein weiteres halbes Jahr später, im März 1947, wurde die erste Hochzeit zwischen einem amerikanischen Offizier und einer Deutschen in Berlin verkündet.<sup>363</sup>

### Rechtliche Grundlagen und bürokratische Hürden

Der Ende Dezember 1945 in den USA erlassene *War Brides Act* (Public Law 271) galt zunächst nicht für Deutsche; erst der 1946 verabschiedete *Fiancée Act* (Public Law 471) gestattete die Einreise in die USA zwecks Heirat unabhängig von der Nationalität. Viele deutsch-amerikanische Ehen waren zu jenem Zeitpunkt allerdings längst heimlich geschlossen worden – in deutschen Kirchen, denn für die Anerkennung der Ehe in den USA war eine standesamtliche Trauung nicht vonnöten.<sup>364</sup> Da im Ausland geschlossene Ehen generell unter

359 Memorandum, Subject: G-I Activities, 1. August 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403.

360 BAG, in: *The Berlin Sentinel*, 5. Oktober 1945, S. 2.

361 Anahid und Minas. Ein amerikanischer Soldat heiratet eine »Berlinerin«, in: *Sie*, 3. März 1946, S. 3.

362 Heirat in USA, *Neue Zeitung*, 14. Oktober 1946.

363 Amerikanische Hochzeit, in: *Der Abend*, 29. März 1947.

364 Ein GI berichtete: »But pick up the Nuernberger Nachrichten or any other important German newspaper, and you find in the classified columns such items as »Anneliese Schtepper – Jack Jones, Verlobt (engaged). Nuernberg, Pittsburg, Pa, USA.« Ivan Sandrof, A Yank in post-war Germany, in: *New York Times*, 14. Juli 1946, S. 97.; vgl. auch: U.S. Army ends ban on German brides, in: *New York Times*, 12. Dezember 1946, S. 22. Zu den kirchlichen Trauungen: Von Frauen für Frauen, in: *Der Abend*, 30. Dezember 1946.

den *War Brides Act* fielen, durften die frisch vermählten deutschen Ehefrauen dann nicht nur in die USA einreisen, sondern die U.S. Army war sogar dazu verpflichtet, ihre Reisekosten zu übernehmen. Dies führte wiederum zu einer Benachteiligung jener Soldaten, die diesen Trick nicht kannten oder auf legalem Wege heiraten wollten. Auf diese Weise trugen die eigentlich illegal geschlossenen Ehen dazu bei, dass wenig später das Heiraten in Deutschland gestattet wurde.<sup>365</sup>

Wer sich ganz offiziell vermählen wollte, musste jedoch erst einmal einen Kampf gegen die Bürokratie überstehen: Nach einem gemeinsamen Gespräch hatte der Chaplain (Feldgeistliche) der Militärgemeinde die Ehe von einem religiösen, moralischen und sozialen Standpunkt aus zu bewerten. In einem tabellarischen Fragebogen mussten neben Fakten zur Person – Alter, Ausbildung und Religion – auch Informationen zum finanziellen Status, das Einverständnis der Eltern, Charakter und Ruf des Brautpaares sowie die Länge ihrer Beziehung festgehalten werden. Erklärte der Geistliche sein Einverständnis, kontrollierte der zuständige Kommandant des Bewerbers die Vollständigkeit der Unterlagen und leitete sie an die nächsthöhere Instanz weiter. Dort fand ein weiteres Gespräch mit den Heiratswilligen »concerned as to character and moral background« statt. Parallel musste ein *Military Exit Permit* für den/die deutsche(n) Partner(in) beantragt werden, was erneut das Einreichen zahlreicher zuvor beschaffter Dokumente verlangte – wie zum Beispiel eine Bestätigung, dass durch die Person nie eine kriminelle Handlung begangen worden war, sowie das Ergebnis des Spruchkammer-Verfahrens als Beleg dafür, auch politisch unbelastet zu sein. Darüber hinaus hatten die Bewerber sich einem Gesundheitscheck zu unterziehen, der hauptsächlich darauf abzielte, eine mögliche Syphilis-Erkrankung festzustellen. Schließlich hatte der Kommandant eine Unterschrift zu leisten und den Antrag an das europäische Hauptquartier weiterzuleiten. Ergänzend war die Bestätigung des Konsulats über die Erteilung eines Visums vonnöten.<sup>366</sup>

Grundsätzlich betrug die Wartezeit mindestens 90 Tage; die Hochzeit selbst durfte frühestens einen Monat vor Verlassen des European Theaters stattfinden. Ausnahmen wurden teils im Falle einer Schwangerschaft oder bei unmittelbar bevorstehender Versetzung des amerikanischen Soldaten bzw. Zivilisten gemacht. War die Heirat genehmigt worden, so wurde die Zeremonie im Standsamt Berlin-Dahlem durchgeführt und im Anschluss durch den Chaplain bestätigt. Ein Recht auf eigene Räumlichkeiten innerhalb der Militärgemeinde hatten deutsch-amerikanische Paare im Anschluss nicht, auch ein Zusammen-

365 Vgl. Kleinschmidt, *Do not fraternize*, S. 167.

366 Vgl. Douglas Hall, *First interracial ceremony in Germany unites GI and Fraulein*, in: *Afro-American*, 23. August 1947, S. M5; *Circular: Marriage plus Anhang*, 10. Juni 1948, in: *NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 650*.

leben außerhalb der Kaserne war nicht gestattet. Deutsche Ehefrauen durften weder im Commissary noch im PX einkaufen, wurden jedoch durch die US-Armee bei Bedarf medizinisch versorgt und durften gemeinsam mit ihren Ehemännern die verschiedenen Freizeiteinrichtungen aufsuchen. Adoptierte deutsche Kinder durften nicht die Schule für Armeeeingehörige besuchen.<sup>367</sup>

Mit der Eheschließung endeten die Komplikationen also noch lange nicht. Der Bräutigam durfte sich nicht erneut für eine Stationierung oder eine Verlängerung seines Aufenthaltes in Europa bewerben, damit seine deutsche Partnerin nicht die gleichen Vorzüge wie eine amerikanische Ehefrau in Deutschland genießen konnte.<sup>368</sup> Für die später in die USA nachreisende Braut brachte die Hochzeit auch nicht automatisch die amerikanische Staatsbürgerschaft mit sich; sie musste sich selbst vor Ort um die Einbürgerung kümmern. Wurde der Gatte jedoch gleich weiterversetzt, so gestaltete sich dieser Prozess äußerst problematisch.

Erst 1948 wurde das Verfahren vereinfacht und die Wartezeit auf einen Monat reduziert. Den Paaren war es nun auch möglich, 60 Tage vor Versetzung des Bräutigams zu heiraten. Bis Ende des Jahres sollten sämtliche Einschränkungen aufgehoben werden.<sup>369</sup> In jenem Jahr endete auch die Gültigkeit des *War Bride Act*, und die Einwanderung ausländischer Ehefrauen war wieder an die allgemeine Einwanderungsquote gebunden. Erst der *Act on Alien Spouses* von 1950 ermöglichte schließlich wieder die Immigration aller ausländischen Ehefrauen und Kinder.<sup>370</sup>

### Das Ausmaß der »Fraternisierung«

Eine Quantifizierung der zwischengeschlechtlichen Beziehungen ist nicht möglich. Viele Ehen wurden nicht über den offiziellen Weg geschlossen, Bekanntschaften mündeten nicht zwangsläufig in einer Beziehung und unzählige Beziehungen führten nicht zu einer Ehe. Lediglich vereinzelt finden sich Zahlen, die erahnen lassen, wie zahlreich die Kontakte waren: Eine Umfrage vom November 1945 kam zu dem Ergebnis, dass 54 Prozent der in der amerikanischen Zone sowie im US-Sektor von Berlin stationierten GIs bereits Bekanntschaft mit einer deutschen Frau gemacht hätten. Bis März 1948 beantragten

367 EUCOM, Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population, S. 21-23.

368 Vgl. Kleinschmidt, Do not fraternize, S. 168.

369 EUCOM, Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population, S. 25-28, Zitat S. 28.

370 Nancy K. Ota, Private Matters. Family and Race and the Post-World-War-II Translation of »American«, in: Lex Heerma van Voss, Petitions in Social History, Cambridge/NY 2002, S. 209-234, hier S. 214 f. Beide Gesetze sind abgedruckt in: Elfriede Berthiaume Shukert/Barbara Smith Scibetta, War Brides of World War II, Novato 1988, S. 266 und 267. Ende 1952 trat mit dem *Immigration and Nationality Act* ein neues Einwanderungsgesetz in Kraft.

4.894 Paare in Deutschland eine Eheschließung, 2.955 Ehen waren zu diesem Zeitpunkt bereits geschlossen worden. Nur wenige Anträge waren wegen zu geringen Alters, existierender Vorstrafen oder körperlicher »Untauglichkeit« seitens der Braut abgelehnt worden.<sup>371</sup> Im Jahr 1947 reisten circa 300 Berlinerrinnen zwecks Heirat in die USA aus;<sup>372</sup> zwischen Juli und September 1948, inmitten der Blockade, wurden 1.341 Berliner Frauen durch die U.S. Army hinsichtlich ihrer Heiratstauglichkeit interviewt,<sup>373</sup> zwischen Oktober 1948 und März 1949 fanden weitere 952 Gespräche statt.<sup>374</sup> Für die Monate Mai und Juni 1948 meldete das Berliner Office of the Chaplain, dass von 75 Anträgen auf Eheschließung 68 von deutsch-amerikanischen Paaren gestellt worden seien.<sup>375</sup>

Die europäische Historical Division der US-Armee beschrieb den Effekt, den die Erlaubnis zur Heirat hatte, als »a mass exodus of war brides«. <sup>376</sup> Doch die Beziehungen zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Frauen waren nicht ausschließlich ein Phänomen der Nachkriegszeit. Zwischen Ende der 1960er- und Anfang der 1990er-Jahre war noch immer annähernd jeder dritte Bräutigam im Standesamt Berlin-Zehlendorf ein US-Bürger.<sup>377</sup>

## 2.6 Die US-Armee als Arbeitgeber

Während die Verstöße gegen das Fraternisierungsverbot auf beiden Seiten des Atlantiks zeitweise für erhebliches Aufsehen sorgten, so war der Kontaktbereich, in dem Umfragen zufolge die meisten deutsch-amerikanischen Bekanntschaften zustande kamen, nie Teil der öffentlichen Diskussion: Unzählige Deutsche arbeiteten für die Alliierten und kamen auf diese Weise mit ihnen in Kontakt. Allein für die Herrichtung des Gebäudes, in dem der Alliierte

371 EUCOM, Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population, S. 9 und 26.

372 500 Berliner nach Amerika, in: Der Abend, 9. Januar 1947.

373 Report of Operations: Office of the Chaplain, 7. Oktober 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 651.

374 Religious Activities: Activities of Chaplains Branch, 1. Oktober 1948 bis 31. März 1949, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, From Berchtesgaden Military Sub Post (Conferences and Meetings) THRU Berlin Military Post (Historical Reports), Box 648, Folder: Berlin Military Post Historical Reports.

375 Office of the Chaplain: Report of Operations for Months 1 May to 30 June 1948, 8. Juli 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 649, S. 4.

376 EUCOM, International Aspects of the Occupation, S. 124.

377 Vgl. Domentat, Coca-Cola, Jazz und AFN, S. 159.

Kontrollrat von 1945 bis 1948 saß, wurden 600 deutsche Arbeiter beschäftigt. Die Engineer Combat Group listete Ende Januar 1946 Arbeitseinsätze in Höhe von über 1.525.000 Mannstunden seit Oktober 1945 auf.<sup>378</sup> Ende September 1945 waren 26.712 Berliner für die U.S. Army tätig.<sup>379</sup> Ein Jahr später waren es bereits über 40.000, davon 8.536 als Angestellte der Armee und 33.344 bei Vertragsfirmen Beschäftigte.<sup>380</sup> Die meisten Deutschen, knapp 3.500 Personen, arbeiteten entweder direkt für die Militärregierung (zum Beispiel als Übersetzer), im Bereich Special Services, in den Clubs und PX-Geschäften oder waren als Handwerker, Techniker und Wachleute tätig.<sup>381</sup> In Berlin waren im Sommer 1947 allein für den Post Exchange Service 1.142 Deutsche und lediglich 69 Amerikaner tätig; sämtliche Serviceeinrichtungen wie zum Beispiel die Wäscherei, die Schneiderei oder die Friseurgeschäfte wurden von Einheimischen betrieben.<sup>382</sup> Die Berliner, die im Wach- und Sicherheitsdienst (der *Labor Service Unit*, später *Guard Unit*) tätig waren, trugen amerikanische Uniformen mit besonderen Abzeichen, verfügten über amerikanische Militärränge und waren in den amerikanischen Kasernen stationiert.<sup>383</sup>

- 378 Headquarters 1151st Engineer Combat Group: Report of Operations, 1 October to 31 December 1945, 24 Januar 1946, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Box 402, Folder: HQ Berlin District, Historical Reports 1945-46. Im Oktober 1946 ging die Kontrolle der Arbeitsämter von der *Engineer Section* auf das *Berlin Command Indigenous Personnel Office* über. Vgl. Narrative Summary of the activities of the engineer, 1 October to 31 October 1946, in: ebd., Folder: HQS Berlin District, Engineer Operations Report, No. 5, 1. Juli – 30. September 1946.
- 379 U.S. HQ Berlin District and HQ First Airborne Army, Office of Real Estate and Labor: Operations Report RE&L, 13. Mai bis 30. September 1945, in: ebd., Folder: HQ Berlin District Historical Reports 1945-46.
- 380 Chart: Status of Civilian Labor in Berlin District, 1. Oktober 1946, in: ebd., Folder: HQS Berlin District, Engineer Operations Report, No. 5, 1. Juli bis 30. September 1946.
- 381 Stand: Februar/März 1949. Eine tabellarische Auflistung nach Bereichen findet sich hier: HQ Berlin Military Post: Unit History, Chart 25: German Strength by Using Services, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 648, Folder: Berlin Military Post, Historical Reports 1948-50, S. 105.
- 382 Quarterly Report of Operations: Berlin Post Exchange, 18. Oktober 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 651, Folder: HQ Berlin Military Post, Historical Reports 1948-50.
- 383 Zur Eingliederung in die amerikanische Militärstruktur sowie zur Ausbildung des Wachpersonals: Jeschonnek/Riedel/Durie, Alliierte in Berlin, S. 346 ff.

## Akuter Personalmangel

Wie kam es dazu, dass so viele Berliner für die US-Armee arbeiteten? Es war vor allem die rasche Demobilisierung, die zeitweise für erheblichen Personalmangel sorgte, weil ein großer Teil der vor Ort stationierten US-Soldaten in ebenjene Kategorie fiel, die zuerst die Heimreise antreten durfte. Ein Memorandum der für Personalfragen zuständigen GI-Sektion vom September 1945 schloss deshalb mit den wenig ermutigenden Worten: »In closing the meeting, Col Jones stated that he felt our situation was critical enough for him to submit a special report on this command.«<sup>384</sup> Nachdem im Sommer 1946 im Rahmen des *Father Project* überraschend mehr als 1.600 Väter in die Staaten zurückversetzt wurden und mit der Rückführung der während des Krieges Einberufenen begonnen wurde, konnte das vorgeschriebene Soll an Personal in Berlin nicht mehr erfüllt werden.<sup>385</sup> Es fehlte besonders an Offizieren für die Instandsetzungstruppe und die Militärpolizei sowie an Technikern.<sup>386</sup> Dies führte dazu, dass zahlreiche Bauvorhaben nur schleppend vorankamen.<sup>387</sup>

Was die Situation noch verschlimmerte, waren Gerüchte in den USA, wonach keine freiwilligen Soldaten mehr für Europa gesucht würden, woraufhin die Zahl der Bewerber drastisch abnahm.<sup>388</sup> Für kurze Zeit erhielt der Berlin Command die Genehmigung, zumindest eine Verlängerung des Aufenthaltes einzelner Soldaten zu beantragen, sollten sie vor Ort gebraucht werden. Jeder Fall musste jedoch zunächst den Verantwortlichen des USFET und dann dem Kriegsministerium vorgelegt werden und wurde auf individueller Basis entschieden.<sup>389</sup>

384 Memorandum, G-1 activities, 10. September 1945, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 403.

385 G-1 Section Daily Log, 7. Juni 1946, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 404. Zurückversetzt wurde nach Länge des Aufenthaltes: Zunächst lag die Grenze bei 30, dann bei 22 und schließlich bei 18 Monaten. Für Offiziere war die Zahl stets etwas höher. Vgl. G-1 Section Daily Log, 13. Juni 1946, in: ebd. Siehe auch: EUCOM, Manpower Problems of the Occupation.

386 G-1 Section Daily Log, 29. Juli 1946, in: NACP, RG 338, Nr. Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 404.

387 Vgl. Historical Report of Operations Branch, 1. Juli bis 30. September 1946, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 404, S. 2.

388 Vgl. EUCOM, Manpower Problems of the Occupation, S. 50 f.

389 G-1 Section Daily Log, 28. Oktober 1946, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Box 405.

Im Rahmen einer allgemeinen Umstrukturierung im Frühjahr 1947 wurde darüber hinaus auf Anweisung des US-Kriegsministeriums die Zahl der für die Armee tätigen amerikanischen Zivilisten drastisch gesenkt, um Kosten zu sparen: Militärpersonal oder Einheimische hatten die entstandenen Lücken zu füllen.<sup>390</sup> Die durch diese parallelen Maßnahmen ausgelöste Notlage war nicht intendiert: Die deutschen Arbeiter sollten eigentlich schnellstmöglich wieder der heimischen Industrie zur Verfügung stehen, und man wollte auch vermeiden, sie selbst bezahlen zu müssen, wenn ihre Tätigkeit nicht mehr unter die Kategorie Besatzungslasten fallen würde.<sup>391</sup> Als EUCOM 1948 auch das Budget für deutsches Personal massiv kürzte, entschied sich der Berlin Military Post dafür, lieber die Arbeitszeit zu reduzieren beziehungsweise bezahlte Überstunden nur noch nach vorheriger Genehmigung zu gestatten.<sup>392</sup> Bis dato hatte die Zahl der Beschäftigten stets weit unter der genehmigten Menge gelegen – nun deckten sich Vorgabe und Realität fast; dennoch mussten zwischen Januar und Juni 1.640 Personen entlassen werden, sodass nun noch 11.692 Berliner für die U.S. Army tätig waren.<sup>393</sup> Besonders der Special Services Branch hatte infolgedessen massiv mit Personalmangel zu kämpfen.<sup>394</sup> Im Verlauf der Blockade sank die Zahl weiter auf 8.707 Angestellte.<sup>395</sup>

390 Vgl. EUCOM, *Manpower Problems of the Occupation*, S. 76 ff. und Appendix, *Nationality Distribution of USFET Civilian Personnel*. Die Gehälter der deutschen Angestellten wurden nicht von den USA bezahlt, sondern galten als Besatzungskosten. In Berlin galt diese Regelung bis zum Ende der Besatzung: »The funds thus employed were charged as credits against expected future reparations to be settled by the final terms of the peace treaties.« Ebd., S. 93.

391 Vgl. EUCOM, *Manpower Problems of the Occupation*, S. 94.

392 *Quarterly Historical Report, Indigenous Personnel Section*, Juli-September 1948, in: NACP, RG 338, 37042, Box 650. Siehe auch: *Indigenous Personnel Bulletin: Indigenous Payroll Administration*, 21. September 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 649, Folder: HQ Berlin Military Post, Historical Reports 1948-50.

393 *Personnel Trends*, Chart No. 7: Number of Indigenous Employees, in: ebd, S. 11.

394 *Special Services Branch: Report of Operations*, 1. Juli bis 30. September 1948, 11. Oktober 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 650.

395 *Personnel Trends: Number of German Employees as of End of Month*, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, From Berchtesgaden Military Sub Post (Conferences and Meetings) THRU Berlin Military Post (Historical Reports), Box 648, Folder: Berlin Military Post Historical Reports 1948-50, S. 100.

## Das Einstellungsverfahren

Eine Anstellung bei der US-Armee war für deutsche Arbeitssuchende besonders attraktiv, da sie neben einer warmen Mahlzeit pro Tag auch eine höher eingestufte Lebensmittelkarte einbrachte.<sup>396</sup> Doch wie konnte man Angestellter der U.S. Army werden? Nach Kriegsende existierten zunächst drei Möglichkeiten: erstens mittels direkter Einstellung durch die Armee (über die das zuständige Arbeitsamt bzw. die Abteilung Arbeit des lokalen Bezirksamtes dann informiert wurde), zweitens über eine namentliche Requisition oder drittens infolge einer Vermittlung durch das Arbeitsamt. In jedem Bezirk des amerikanischen Sektors waren Arbeitsämter (*Civilian Labor Offices*) zur Vermittlung von deutschen Zivilarbeitern geschaffen worden, die erst dem Hauptarbeitsamt des US-Sektors, dem U.S. Section Labor Office, und dann ab 1946 dem Hauptarbeitsamt Berlins unterstellt waren. Ihre Kontrolle oblag verschiedenen Einrichtungen, die aufgrund einer mehrfachen Umstrukturierung in den ersten Monaten häufig wechselten.<sup>397</sup>

Wurde allgemein Personal benötigt, erfolgte eine Mitteilung durch die US-Armee, wie viele Personen gebraucht wurden und welche fachlichen Voraussetzungen diese zu erfüllen hatten. Arbeitskräfte konnten auch vorübergehend aus bestehenden Angestelltenverhältnissen gelöst werden. Ausnahmen stellten lediglich einzelne Betriebe oder Branchen dar, die besonders wichtige Arbeit leisteten und die entweder gar keine Mitarbeiter stellen mussten<sup>398</sup> oder nur besonders dringliche Aufgaben zu übernehmen hatten.<sup>399</sup>

Die anfallenden Arbeiten wurden in verschiedene Kategorien unterteilt: allgemeine Tätigkeiten, Bau- und Versorgungswirtschaft, Büroarbeiten und

396 Goedde, GIs and Germans, S. 89; EUCOM, Manpower Problems of the Occupation, S. 104.

397 Zunächst oblag sie einem Büro der Engineer Section, dann dem Berlin District Labor Office; die Arbeitnehmer wurden ab April 1946 durch den Berlin District Domestic Labor Exchange verwaltet. Für das Büro arbeiteten im Sommer 1946 drei amerikanische und 15 deutsche Zivilisten, zwei US-Soldaten und eine Frau aus dem Women's Army Corps. Ab Oktober 1946 übernahm das Berlin Command Indigenious Personnel Office deren Aufgaben. Vgl. Narrative Summary of the Activities of the Engineer Section, 1. Oktober bis 31. Oktober 1946, in: NACP, RG 388, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Historical Reports) THRU Berlin District (Activity Reports), Box 402; Operation Report of Berlin District Labor Office, 1. April bis 30. Juni 1946, in: ebd.

398 Exemplarisch: »Auf Weisung des US-Hauptquartiers sind sämtliche Druckereiangestellten für die Berliner Tageszeitungen vor dem Abzug für US-Einsätze geschützt.« Verbindungsstelle Magistrat Berlin (Abteilung für Arbeit zum amerikanischen Sektor) an das Bezirksarbeitsamt Tempelhof, 5.3.46, Betreff: Druckereien, in: LArch, B Rep. 213, Nr. 29.

399 So wurde zum Beispiel »Weisung gegeben«, dem Betrieb W. Holz »keine Kräfte mehr abzuziehen, nachdem bereits die meisten Arbeitskräfte von OMGUS verpflichtet wurden«. Bezirksamt Tempelhof an die Firma W. Holz, Betreff: Schutz vor Abzug von Arbeitskräften, 9.10.1946, in: LArch, B Rep. 213, Nr. 29.



klerikale Tätigkeiten, allgemeine Haushaltsarbeiten, Gesundheitswesen, Fabrik- und Gießereiarbeiten. Potentielle Arbeitskräfte mussten aus dem amerikanischen Sektor stammen oder zuerst eine Zuzugsgenehmigung erwerben: Lediglich »Personen, die eine polizeiliche Anmeldung und den Einweisungsschein des Quartieramts vorweisen, erhalten Lebensmittelkarten« und dürfen dann »vom Arbeitsamt betreut werden«. <sup>400</sup> Der oder die Arbeitssuchende hatte zunächst einen Fragebogen zur eigenen politischen Vergangenheit auszufüllen – Personen, die unter die Kategorie I oder II des Entnazifizierungsgesetzes (Hauptschuldige und Belastete) fielen, schieden von vornherein aus. Schließlich mussten die Bewerber mithilfe von Zeugnissen die berufliche Eignung und eine gewisse Erfahrung nachweisen. Waren diese Hürden genommen, musste sich der Bewerber verpflichten, mindestens ein Jahr im amerikanischen Sektor zu arbeiten. Nach Ablauf einer vierwöchigen Probezeit hatte der Betrieb dem Arbeitsamt mitzuteilen, ob der Bewerber alle Anforderungen erfüllte. Erst nach dieser Prozedur erteilte das Ernährungsamt eine endgültige Zuzugsgenehmigung. Eine vorzeitige Kündigung des Arbeitsvertrages hatte den Verlust der Lebensmittelkarte zur Folge. <sup>401</sup>

Das wichtigste Dokument war die Ausweiskarte, denn sie war für den Erhalt der Lebensmittelkarte ausschlaggebend. Hier wurde vermerkt, ob der Kartenbesitzer angestellt oder vorübergehend arbeitsunfähig war. Auf wen beides nicht zutraf oder wer nur für leichte Arbeiten einzusetzen war, hatte sich täglich um 7 Uhr auf dem Platz vor dem Rathaus einzufinden. Mit einem Stempel wurde die Anwesenheit bescheinigt. Lagen Requisitionen vor, wurden geeignete Kräfte vermittelt; die Übrigen hatten danach wieder entlassen zu werden. <sup>402</sup> Wer sich nicht an die Anordnungen des Arbeitsamtes hielt oder nicht die ihm zugewiesene Tätigkeit aufnahm, hatte mit dem Entzug der Lebensmittelkarte oder einer Herabstufung zu rechnen. <sup>403</sup>

### Die Folgen der Berlin-Blockade

Schon kurz vor Beginn der Blockade nahm das Interesse an einer Tätigkeit für die U.S. Army deutlich ab. Die US-Militärregierung stellte fest, dass anstelle der üblichen 70 bis 80 Bewerbungsschreiben pro Monat nur noch 25 einträfen, da aufgrund der politischen Lage viele potentielle Bewerber einer Tätigkeit in Berlin skeptisch gegenüberständen. Diejenigen, die bereits in Berlin für die USA arbeiteten, würden nur an ihren Stellen festhalten, weil sie hofften,

<sup>400</sup> Verbindungsstelle des Magistrats (Abteilung für Arbeit zum amerikanischen Sektor) an das Bezirksarbeitsamt Tempelhof 25.9.45, in: LArch, B Rep. 213, Nr. 29.

<sup>401</sup> Eleanor R. Hunter (Chief Manpower Allocation) an die Abt. Arbeit (Bezirksamt Tempelhof), 3.10.1947, in: LArch, B Rep. 213 Nr. 28.

<sup>402</sup> Vgl. Merkblatt zur Ausweiskarte, ohne Datum (spätestens vom Januar 1946), in: LArch, B Rep. 213, Nr. 29.

<sup>403</sup> Bessel, Germany 1945, S. 353.

im Notfall evakuiert zu werden.<sup>404</sup> Diese Erkenntnis war ausschlaggebend für eine Überarbeitung der Evakuierungspläne im November 1950, die nun auch die Rettung deutscher Angestellter beinhalteten. Ein Memorandum zum Verhalten im Falle eines Alarms wies zwar noch immer an: »No information regarding the evacuation will be divulged to any German employee.«<sup>405</sup> Allerdings sollten nun im Falle eines Alarms ab der Stufe 2 »German staff members whose personal safety would be jeopardized by continued residence in Berlin under certain foreign powers« in die Evakuierung miteinbezogen werden.<sup>406</sup>

Unter anderem aufgrund der durch die Blockade notwendig gewordenen Schließung zahlreicher amerikanischer Einrichtungen sank die Zahl der deutschen Angestellten zwischen Sommer und Winter 1948 von 13.888 auf 12.808; die Hälfte der privat in amerikanischen Haushalten angestellten Personen wurde entlassen.<sup>407</sup> Der neue Konflikt machte sich auch noch auf andere Weise bemerkbar: Seit März 1948 war es Kommunisten nicht mehr gestattet, für den European Command in Deutschland zu arbeiten. Personen in Schlüsselpositionen sowie alle neu Eingestellten mussten sich einer Überprüfung unterziehen.<sup>408</sup> Ab 1951 wurden bei Angestellten, die in Ost-Berlin wohnten oder dort Familienangehörige hatten, zusätzlich Hintergrundüberprüfungen durchgeführt beziehungsweise deren Einstellung generell vermieden.<sup>409</sup> Nach der Währungsreform erhielten die Angestellten ihr Gehalt zunächst zu 75 Prozent in

404 OMGUS (Hays) an EUCOM ODDI: Secret. Operational Priority, Ref Nr. CC-4031, April 1948, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, Adjutant General, Miscellaneous Correspondence, Box 27, Folder: HQ Berlin Command, File: Outgoing TWX's, BK. No. 2, S. 4.

405 HQ Berlin Military Post, Adjutant's Branch: Memorandum. Alert Stage Duties of Adjutants Branch Personnel, November 1950, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 651, Folder: HQ Berlin Military Post Historical Reports 1948-50.

406 Alarmstufe 2 trat ein im Falle eines »civil riot« oder einer »mob action« im amerikanischen Sektor. Siehe: Berlin Element: Emergency Plan, 27. April 1950, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Planning), Box 655, Folder: Berlin Military Post Planning 1949-50.

407 Chart No. 34: German Personnel Activities: Strength, in: L. Preston Barnes, Historical Report, 4. Quartal 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 650.

408 HQ EUCOM: Memorandum No. 16, Screening of indigenous personnel, 8. März 1948, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, Adjutant General, Miscellaneous Correspondence, Box 27, Folder: HQ Berlin Command, File: HBC Letters Nov 46 & 48, Book No. 1.

409 Command Report Berlin Military Post, 1951, in: NACP, RG 549, Berlin Military Post, Box 1617, S. 9 und S. 53.

Ost- und zu 25 Prozent in West-Mark, was zu zahlreichen Protesten führte.<sup>410</sup> Auch das Interesse freier Künstler, einen Beitrag zum Unterhaltungsprogramm der Army zu leisten, nahm aus diesem Grund ab.<sup>411</sup> Erst zum 20. März 1949 führte die Armee ein Zahlungsverfahren ein, das die Auszahlung vom Ausgabeort der Lebensmittelkarte abhängig machte. Wer diese im sowjetischen Sektor bezog, erhielt fortan nur noch 10 Prozent seines Lohns in West-Mark.<sup>412</sup>

### Berliner mit NS-Vergangenheit als Angestellte der U.S. Army

Hinsichtlich des Entnazifizierungsverfahrens unterschied sich der amerikanische Sektor Berlins von der amerikanischen Zone in Westdeutschland, da die Rote Armee bereits Tatsachen geschaffen hatte, bevor die anderen Siegermächte eintrafen. In Form einer Kommandatura Order (BK/O) wiesen die Alliierten am 12. Oktober 1945 gemeinsam an:

You will refer no persons who have been more than nominal Nazis to a) any employment with the Allied Military Forces other than as laborer. b) any administrative or responsible position or any employment involving supervision, control or direction of the work of others. c) any governmental position.<sup>413</sup>

Darüber hinaus waren die Bezirksarbeitsämter dazu angehalten, die politische Vergangenheit selbst in der internen Korrespondenz deutlich beim Namen zu benennen und »die Bezeichnung ›PG‹ [Parteigenosse] nicht mehr anzuwenden«.<sup>414</sup> Alle ehemaligen Angehörigen der NSDAP waren als »Nazi« zu bezeichnen. Dies betraf in Berlin circa 10 Prozent der Bevölkerung.<sup>415</sup>

Im Januar 1946 erließ der Alliierte Kontrollrat eine erste Entnazifizierungsdirektive, im Februar wurden auf Anordnung der Alliierten Kommandatur alle »aktiven« Nationalsozialisten aus leitenden Positionen entlassen, und im

410 Indigenous Personnel Section: Quarterly Historical Report, Juli-September 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 650.

411 Special Services Branch: Report of Operations, 1. Juli – 30. September 1948, 11. Oktober 1948, in: ebd., S. 5.

412 Historical Report: German Personnel, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 648, Folder: Berlin Military Post Historical Reports, S. 104.

413 Zit. n. Eleanor R. Hunter an Herrn Ebel, Abt. Arbeit (Bezirksamt Tempelhof), in: LArch, B Rep. 213 Nr. 28.

414 Homburg (Verbindungsstelle Magistrat Berlin, Abteilung für Arbeit zum amerikanischen Sektor) an Dietze (Bezirksarbeitsamt Tempelhof), 24.9.1945, in: LArch, B Rep. 213, Nr. 29.

415 Im Mai 1943 notierte die NSDAP für den Gau Berlin 260.054 Parteimitglieder. Vgl. Armin Nolzen, Die NSDAP im Gau Berlin, in: Wildt/Kreutzmüller, Berlin 1933-1945, S. 69-80, hier S. 76.

März wurde ein Gesetz erlassen, das die Bevölkerung in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete einteilte.

Wer gegen die Kategorisierung Widerspruch einlegen wollte, hatte sich zunächst an die siebenköpfige Entnazifizierungskommission seines Bezirks zu wenden. Die Kommission sprach der zuständigen Special Branch Section im US-Sektor eine Empfehlung aus. Fiel diese Einschätzung negativ aus, konnte der oder die Betroffene bei der deutschen Sektorkommission Einspruch erheben. Diese war jedoch ebenfalls nur dazu berechtigt, eine Empfehlung abzugeben. Wurde auch hier ein negatives Urteil gefällt, blieb als letzte Instanz das Allied Personnel and Denazification Committee der Kommandantur, das auch für die höheren Verwaltungsangestellten und Polizeibeamten, das Justizpersonal sowie die Entnazifizierungskommissionen zuständig war.<sup>416</sup>

Dennoch fanden einige politisch Belastete den Weg in die Reihen der Zivilbeschäftigten der U.S. Army. Dies mag auch dem Umstand geschuldet gewesen sein, dass den Bezirksarbeitsämtern erst ab Ende September 1947 gestattet war, im Falle eines Verdachts und wenn die »Durchführung der arbeitseinsatzmässigen Aufgaben« dies erforderlich machte, über die Rechtsabteilung des Magistrats direkt Auskünfte aus der amerikanischen Dokumenten-Zentrale anzufordern.<sup>417</sup> Zwischen Ende Mai und Anfang Juni 1946 verringerten die Amerikaner die Zahl der für sie tätigen sogenannten »Parteigenossen« von 170 auf 94. Zudem zählten sie nicht nur einstige NSDAP-Angehörige zu dieser Kategorie, sondern auch Mitglieder der Hitlerjugend (HJ), der Sturmabteilung (SA), des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) und der Nationalsozialistischen Frauenschaft (NSF). Zum selben Zeitpunkt waren für die russische 17, für die französische 15 und für die britische Armee 157 solcher Personen tätig.<sup>418</sup>

Auch Zulieferer der US-Armee durften keine »Parteigenossen« beschäftigen. Ende Juni 1946 sah sich die örtliche US-Militärregierung dazu veranlasst, in einem Rundschreiben noch einmal darauf hinzuweisen, dass auch für amerikanische Bauvorhaben keine Nazis als Arbeitskräfte eingesetzt werden dürften. Sollten die Vertragspartner nicht in der Lage sein, »unbelastete Arbeitskräfte« zur Verfügung zu stellen, würde man dafür sorgen, dass »diese Nazis von ihrer

416 Vgl. Weisz, *OMGUS-Handbuch*, S. 717.

417 Rundschreiben Nr. 43/IV/1947 des Magistrats von Groß-Berlin, Abt. für Arbeit, 27.9.1947, in: LArch, B. Rep. 213, Nr. 114.

418 Eine Auflistung unter Nennung der einzelnen Personen befindet sich in: LArch, B Rep. 213, Nr. 36. Die Zahlen scheinen indes stark zu schwanken: Eine Mitteilung vom 13. August 1946 inklusive beigefügter namentlicher Auflistung der betreffenden Arbeitskräfte nennt für die amerikanischen 110, für die russischen 166 und für die französischen und britischen Streitkräfte jeweils nur einen ehemaligen Nationalsozialisten. Vgl. Dietze an Stadtrat Jendretzky, Betreff: Richtlinien für die Erfassung ehemaliger Nationalsozialisten, 13.8.1946, in: LArch, B. Rep. 213, Nr. 114. Die Übersichten wurden auf Anweisung der BDLO vom 17. Mai 1946 erstellt, vgl. Abt. für Arbeit (Magistrat Berlin) an das Bezirksamt Tempelhof, Betreff: Feststellung aller bei U.S. Einheiten beschäftigten Pgs., 17.4.1946, in: LArch, B. Rep. 213, Nr. 114.

Firma endgültig abgezogen werden.«<sup>419</sup> Ausnahmen waren möglich, wenn es sich um die »Fachkraft eines Mangelberufes« handelte. Die Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer Vorfeldorganisation musste dann jedoch direkt in englischer Sprache auf dem Vorladungsformular vermerkt werden – Hinweise auf Vorstrafen hingegen wurden gesondert notiert und dem Arbeitsoffizier durch den Bewerber in einem verschlossenen Umschlag übergeben.<sup>420</sup> Einen Monat später meldete das Bezirksamt Tempelhof dem Hauptamt für Arbeitsvermittlung: »Opfer des Faschismus sind alle in entsprechenden Stellungen untergebracht mit Ausnahme eines Falles, der keine Stelle zugewiesen erhalten möchte«; darüber hinaus würden alle Betriebe »dauernd dahin überwacht, daß für gehobene Stellungen keine ehemaligen Nazis eingesetzt werden. Wo das der Fall ist, werden die Leute sofort abgezogen und einer entsprechenden Tätigkeit zugewiesen«.<sup>421</sup>

Wurde bekannt, dass die zuständige Abteilung des Bezirksamtes dennoch ein ehemaliges Parteimitglied an die U.S. Army vermittelt hatte, erfolgte eine Beschwerde seitens des Manpower Branch. Teils wurde der betreffende Angestellte umgehend entlassen, teils hatte das Bezirksamt zunächst zu begründen, warum die Vermittlung erfolgt war und den Verantwortlichen dann anderweitig einzusetzen. In vielen Fällen verlief dies nicht zur Zufriedenheit der US-Armee,<sup>422</sup> teilweise scheinen die Mitarbeiter der Bezirksamter auch versucht zu haben, die Zuständigen auf amerikanischer Seite gegeneinander auszuspielen: Als sich zum Beispiel im Dezember 1947 die Leiterin der Abteilung Manpower Allocation, Eleanor R. Hunter, beim Bezirksamt Tempelhof darüber beschwerte, dass der OMGUS-Wetterwarte ein ehemaliges NSDAP-Mitglied vermittelt worden war, obwohl sie schriftlich mitgeteilt habe, dass dem Mann keine Genehmigung zu erteilen sei, begründete das Bezirksamt die Vermittlung mit dem Hinweis, dass »am 16.6.1947 der telefonische Bescheid gegeben

419 Magistrat Berlin, Abt. für Arbeit (Hauptamt für Arbeitsvermittlung) an den Herrn Leiter des Bezirks-Arbeitsamtes Tempelhof, 23.12.1946, Betreff: Pgs. bei Kontraktfirmen, in: LArch, B Rep. 213, Nr. 36.

420 Auf dem Vorladungsformular musste notiert werden: »Diese Arbeitskraft war Mitglied der NSDAP (ggf. der SA, NSKK, usw.). Die Zuweisung musste erfolgen, da keine andere Arbeitskraft im Augenblick zur Verfügung steht.« Auf Englisch: »This man was a member of the NSDAP or of one of its organizations. He had to be assigned since no other skilled laborers are available.« Verbindungsstelle Magistrat Berlin, Abt. für Arbeit zum amerikanischen Sektor an das Bezirksarbeitsamt Tempelhof, 28.1.1946, in: LArch, B Rep. 213, Nr. 29; Bezirksarbeitsamt Tempelhof an das Ortsarbeitsamt Berlin-Marienfelde, 28.1.46, in: ebd.

421 Dietze (Bezirksamt Tempelhof) an Magistrat Berlin, Abt. Verwaltung (Hauptamt für Arbeitsvermittlung), 1.8.1946, Betrifft: Auswechslung ehemaliger Pgs. aus gehobenen in weniger angenehme Stellungen, in: LArch, B Rep. 213, Nr. 36.

422 »There have been several cases recently where former Nazis were granted entry-permits (Zuzugsgenehmigung). All such cases should be reported to us.« Eleanor R. Hunter über den Verbindungsoffizier an die Abt. Arbeit (Bezirksamt Tempelhof), 27.8.1947, in: LArch, B Rep. 213 Nr. 28.

wurde, dass zu dieser Dienststelle auch Nazis vermittelt werden dürfen«. <sup>423</sup> Ob dieses Telefonat tatsächlich stattgefunden hatte, ließ sich im Nachhinein natürlich nicht überprüfen.

Drei Faktoren sorgten Ende 1947 dafür, dass das rigide Verbot der Vermittlung von politisch belasteten Arbeitskräften an die Amerikaner aufgeweicht wurde: Erstens war dies der Fachkräftemangel infolge der Truppenreduzierung, zweitens wurden für die dringend nötige Wiederherstellung der Infrastruktur weitere 6.000 Arbeitskräfte benötigt, und drittens begannen einige Berliner Betriebe gegen die anhaltende Requirierung ihrer Angestellten zu protestieren. Der Kreuzberger Bezirksmeister der Dachdeckerinnung berief gar eine Mitgliederversammlung ein und verkündete, er werde sich in Zukunft weigern, den Alliierten seine Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen. <sup>424</sup> In der Folge wurde angewiesen, dass künftig »Angehörige der Prioritätengruppe IV (nominelle Nazis)« eingestellt werden durften, falls keine anderen Arbeitskräfte gefunden werden konnten. <sup>425</sup>

Den Fragebogen zur politischen Vergangenheit mussten ab dem 8. Dezember 1947 nur noch Bewerber für Berater-Posten (»positions as consultants«) ausfüllen. <sup>426</sup> Ergänzend versprach der Manpower Branch, namentliche Requisitionen von Personen, die in einem »lebenswichtigen Betrieb angestellt« waren, nur noch durchzuführen, wenn anderweitig keine geeignete Kraft gefunden werden konnte. <sup>427</sup> Diese Anweisungen stellten dennoch keinen Freibrief für ehemalige Nationalsozialisten dar – auch wenn dies von den Abteilungen für Arbeit teilweise so aufgefasst wurde, wie die Korrespondenz in den folgenden Wochen nahelegt. Mehrfach sah sich der Manpower Branch veranlasst, die Anweisung zu wiederholen und zu präzisieren.

Ab Mai 1948 wurden in Berlin »nur noch Anträge von prominenten Persönlichkeiten, Ärzten, Juristen, Künstlern und Betriebsleitern mit mehr als 50 Angestellten« durch die entsprechenden Entnazifizierungskommissionen verhandelt. Wer noch keinen Antrag gestellt hatte, erhielt einen Brief mit der Bestätigung, dass jegliche beruflichen Beschränkungen aufgehoben seien. <sup>428</sup> Spruchkammern nach westdeutschem Vorbild sollten schließlich das bisherige

423 Bezirksamt Tempelhof an Eleanor R. Hunter, 2.12.1947, in: LArch, B Rep. 213 Nr. 28.

424 Brief der Abt. Arbeit (Bezirksamt Kreuzberg) an die Manpower Branch, 6.11.1947, in: LArch, B Rep. 213 Nr. 28.

425 Eleanor R. Hunter über den Verbindungsoffizier an das Arbeitsamt Tempelhof, 25.11.1947, in: LArch, B Rep. 213 Nr. 28.

426 McClusky (Leiter des Arbeitsamtes) über Verbindungsoffizier an Abt. Arbeit (Bezirksamt Tempelhof), Betreff: Ausfüllen des Fragebogens, 1.12.1947, in: LArch, B Rep. 213 Nr. 28. Ab dem 24.11. mussten bereits die Fragen 2, 11, 12 und 13 nicht mehr beantwortet werden.

427 Eleanor R. Hunter über den Verbindungsoffizier an das Arbeitsamt Tempelhof, 26.11.1947, in: LArch, B Rep. 213 Nr. 28.

428 Die Entnazifizierung im US-Sektor, in: Der Abend, 13. Mai 1948.

Verfahren ersetzen<sup>429</sup> und die noch offenen Anträge auf Rehabilitierung bearbeiten.<sup>430</sup> Ab dem 1. August 1949 war der Berliner Senat für die Durchführung der Entnazifizierung zuständig. Im Zuge der Übertragung politischer Verantwortung auf deutsche Behörden wurde dann auch das Verhältnis zwischen amerikanischen und deutschen Einrichtungen formalisierter und respektvoller.<sup>431</sup> Der bisher übliche Befehlstone – Briefe waren häufig ohne Anrede und abschließende Grußformel verfasst worden – wandelte sich schließlich zu einem höflichen Umgangstone.<sup>432</sup>

## 2.7 Die German Youth Activities in Berlin

Die deutschen Kinder und Jugendlichen wurden von den Alliierten zunächst nicht als größte Hoffnung, sondern als drängendes Problem wahrgenommen. Wenn nichts für sie getan werde, so ein Leitfaden der US-Armee, »the youth of Germany will be a quarreling, hating mob, susceptible to the next ›strong man‹ who needs them for non-peaceful purposes«. <sup>433</sup> Es galt deshalb, sie durch Beschäftigung von kriminellen Handlungen abzuhalten und ihnen einen Ort zu bieten, der sie wenigstens zeitweise die oftmals problematischen Familienverhältnisse daheim vergessen lassen würde.<sup>434</sup> Ungefähr ein Drittel der Berliner Kinder hatte nur noch einen Elternteil, ein noch größerer Teil fiel in die Kategorie »temporäre Halbweisen« – zum Beispiel, weil der Vater sich noch in

429 Spruchkammern in Berlin?, in: Der Abend, 13. Mai 1948.

430 Zum Berliner Entnazifizierungsverfahren: Stefan Botor, Das Berliner Sühneverfahren. Die letzte Phase der Entnazifizierung (= Rechtshistorische Reihe; Bd. 327), Bern/Frankfurt a. M. [u. a.] 2006.

431 Vgl. Rundschreiben, Betreff: Schriftverkehr mit den Dienststellen auswärtiger Mächte in Berlin, 31.8.1950, in: LArch, B Rep. 011, Nr. 14.

432 Ernst Reuter teilte in einem Rundschreiben mit: »Aus gegebenem Anlass bitte ich darum, dass sämtliche Schreiben, die an die Alliierte Kommandantur gerichtet und von mir unterzeichnet oder mitunterzeichnet werden, mit einer Anrede und einer Schlussformel versehen werden. Diese Regelung entspricht der veränderten Form der Schreiben der Vorsitzführenden Sekretäre der Alliierten Kommandantur an den Senat bzw. an den Regierenden Bürgermeister. Die Anrede lautet neuerdings: ›Dear Mr. Mayor‹ oder ›Dear Regierender Bürgermeister‹ und die Schlussformel: ›Yours sincerely‹. Als entsprechende Beantwortungsformel kommt in Betracht: ›Sehr geehrter Mr. ...‹ oder ›Sehr geehrter Herr (Dienstgrad)‹ und als Schlussformel: ›Mit vorzüglicher Hochachtung.« Ernst Reuter, Rundschreiben an alle Mitglieder des Senats, die Behörden und Dienststellen der Hauptverwaltung, 22.5.1951, in: LArch, B Rep. 011, Nr. 14.

433 Zit. n. Redding, Growing Up in Hitler's Shadow, S. 87. Zu den Einschätzungen der deutschen Jugend als gefährlichster Bevölkerungsgruppe, als »an army of well-trained, radically disciplined, fanatically ideologized« auch: Hoenicke Moore, Know Your Enemy, S. 197-211, Zitat S. 198.

434 Zur »kriminellen Jugend« als Konstrukt zur Legitimation sozialer Kontrolle siehe: Martin Kalb, Coming Of Age. Constructing and Controlling Youth in Munich, 1942-1973, New York 2016.

Kriegsgefangenschaft befand. Aufgrund ihrer Sozialisierung in Zeiten des Nationalsozialismus und der mangelnden Ausbildung in den Kriegsjahren wurden sie als »intellectually and emotionally underdeveloped« eingeschätzt, doch die Zerstörung der Stadt verhinderte ein schnelles Eingreifen: Von 23.000 Klassenräumen waren nur noch 3.050 nutzbar; es mangelte an Lehrpersonal und Schulbüchern, und vielen Familien erschien die Beschaffung von Lebensmitteln sowieso dringender als die Teilnahme der Kinder am Unterricht.<sup>435</sup>

Im Mai 1945 waren sämtliche deutschen Jugendorganisationen zunächst verboten und deren Akten sowie sämtliches Eigentum konfisziert worden. Zwei Monate später durften zumindest religiöse Jugendeinrichtungen ihre Arbeit eingeschränkt wiederaufnehmen. Das *Army Assistance Program to German Youth Activities*, kurz GYA, wurde schließlich im Sommer 1946 ins Leben gerufen und knüpfte an die unzähligen alltäglichen Kontakte zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Kindern sowie an spontane Initiativen einzelner Personen und Gruppen an.<sup>436</sup> Die Ziele des Programms wurden unterschiedlich definiert – einigen Akteuren ging es primär darum, »to keep the youngsters off the streets«, andere wiederum betonten die politische Aufgabe und hofften, das Programm werde den Jugendlichen »democracy both directly and indirectly« vermitteln.<sup>437</sup>

Anfang November 1946 wurden alle Angehörigen der US-Armee aufgefordert, sich aktiv an den verschiedenen Projekten zu beteiligen.<sup>438</sup> Zu diesem Zeitpunkt existierten in Berlin neben 35 von zivilen Stellen geleiteten Zentren vier Youth Center der U.S. Army;<sup>439</sup> zwei Jahre später waren es bereits elf.<sup>440</sup> Im Dezember eröffnete ein Jugendzentrum in Zehlendorf, das weiteren 1.200 Kindern Platz bot, und im darauffolgenden Sommer wurde erstmals ein Sommercamp auf der Pfaueninsel durchgeführt, an dem in den folgenden Jahren Tausende Jugendliche teilnahmen. Die Center boten sportliche Aktivitäten, Leseräume, Diskussionsrunden und Vorträge, Filmvorführungen, Sing-, Tanz-

435 Vgl. Redding, *Growing Up in Hitler's Shadow*, S. 39-52, Zitat S. 39.

436 Zur Entstehung sowie zur organisatorischen Einbettung und den Aufgaben der GYA: EUCOM, *Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population*, S. 47-57; USAREUR (Historical Division), *The U.S. Armed Forces Youth Activities Program, 1945-1955*, URL: [https://archive.org/details/UsArmedForcesGermanYouthActivitiesProgram1945-1955\\_927](https://archive.org/details/UsArmedForcesGermanYouthActivitiesProgram1945-1955_927) [7.3.2018]. Siehe auch: Kleinschmidt, *Do not fraternize*, S. 220 f.

437 Richard L. Merritt, *Democracy Imposed. U.S. Occupation Policy and the German Public, 1945-1949*, New Haven/London 1995, S. 279.

438 Für Berlins Jugend, in: *Der Abend*, 8. November 1946.

439 Handschriftliche Notiz: *Daily Activity German Youth*, 8 October 1946, in: NACP, RG 338, *Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter)*, Unit Histories 1940-1967, District Section 1940-1967, Berlin District (Activity Reports), Box 404.

440 L. Preston Barnes, *Historical Report*, 4. Quartal 1948, in: NACP, RG 338, *Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter)*, Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 650, S. 97.





Jean Miller bringt Berliner Mädchen in einem GYA-Center das Nähen bei

und Theatergruppen sowie Kurse in Zeichnen und verschiedenen Handarbeits- oder Handwerkstechniken. Ende 1948 eröffnete zusätzlich das *Wannsee Center for Youth Work*, welches der Aus- und Weiterbildung von Jugendleitern diente. Über diese Initiativen hinaus unterstützte die US-Armee die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, den (1953 wegen rechtsextremer Bestrebungen verbotenen) Bund Deutscher Jugend sowie den Demokratischen Jugendverband von Berlin finanziell und materiell.<sup>441</sup> Anders als der Name suggeriert, konzentrierte sich das GYA-Programm nicht ausschließlich auf Kinder und auch nicht nur auf den amerikanischen Sektor: Im Jahr 1951 zum Beispiel organisierte das Programm neben 140 Partys für unter 15-Jährige auch 11 Partys für insgesamt 1.300 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 25, an denen auch Teenager aus Ost-Berlin teilnahmen.<sup>442</sup>

West-Berlin war dennoch keine Hochburg der GYA: Während im November 1947 die 20 Jugendzentren in Heidelberg fast 74.000 und die 43 Zentren in Stuttgart knapp 118.000 Teilnehmer meldeten, lag die Zahl der Berliner Teilnehmer lediglich bei 18.485 und wurde nur durch einige deutlich kleinere

441 OMGBS, *A Four Year Report*, S. 104.

442 Command Report Berlin Military Post, 1951, in: NACP, RG 549, Berlin Military Post, Box 1617, S. 51.

Städte unterboten.<sup>443</sup> Erst während der Blockade stieg die Beliebtheit der amerikanischen Jugendorganisation. Insbesondere in der Weihnachtszeit waren die Veranstaltungen begehrt, da die US-Armee neben warmen Mahlzeiten auch gespendete Süßwaren und Spielzeuge verteilte: 87.685 Berliner Kinder nahmen im Dezember 1948 daran teil.<sup>444</sup> Berlin lag nun im oberen Drittel der Statistik.<sup>445</sup> In den folgenden Monaten sank die Zahl der Teilnehmer (wie generell im Winter) allerdings wieder drastisch – dafür stieg die Zahl der freiwilligen Helfer auf deutscher wie amerikanischer Seite.<sup>446</sup>

Bis Anfang der 1950er-Jahre nahm das Interesse der Jugendlichen an den Aktivitäten der Berliner GYA weiter ab. Dies war ein allgemeiner Trend, den viele Gruppen registrierten: Weniger als ein Viertel der West-Berliner Jugendlichen waren festes Mitglied einer Jugendorganisation.<sup>447</sup> Ende Juni 1953 schlossen sämtliche Berliner GYA Center ihre Pforten oder wurden deutschen Förderern übergeben. Da die Ausgaben für die GYA seit 1951 nicht mehr als Teil der Besatzungskosten erachtet wurden und daher das vom amerikanischen Hochkommissariat bereitgestellte Budget von 4,6 Millionen DM im Jahr 1951 auf eine halbe Million DM im Jahr 1953 gekürzt wurde, waren die Aktivitäten nicht mehr finanzierbar. Das US-Außenministerium war überzeugt, dass der Zweck der GYA erfüllt sei, und nicht gewillt, die Finanzierung des Programms zu übernehmen, obwohl die US-Streitkräfte die Förderung der deutschen Jugend

443 EUCOM, Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population, S. 56.

444 German Youth Activities, in: L. Preston Barnes, Historical Report, 4. Quartal 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 650, S. 96.

445 Die meisten Teilnehmer verzeichneten Frankfurt (165.875) und Heidelberg (208.604). Die wenigsten Besucher konnten Garmisch (13.488) und Bremerhaven (23.864) anlocken, deren Einwohnerzahl jedoch auch weitaus geringer war. Vgl. EUCOM, Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population, Anhang: HQ EUCOM: GYA Statistics for December 1948.

446 Chart No. 29: German Youth Activities, German Youth Participation for Month of March 1949 und Personnel Assisting in Program as of 31 March 1949, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 648, Folder: Berlin Military Post Historical Reports 1948-50, S. 33a.

447 Lediglich 18 Prozent der 14- bis 24-Jährigen waren Teil einer Jugendorganisation. 33 Prozent gaben an, keine Zeit für derlei Aktivitäten zu haben, und 11 Prozent hatten generell kein Interesse. Vgl. HICOG, Office of Research: The current State of Morale among Youth in West Berlin, 4. Februar 1955, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Special Reports 1953-63, Box 10, S. 16f. In der US-Zone waren Anfang 1949 insgesamt 1,4 Millionen Jugendliche organisiert, davon allerdings 39 Prozent in Sportgruppen, 35 Prozent in konfessionellen Gruppen und lediglich 5 Prozent in politisch orientierten Gruppen. Vgl. Hermann-Josef Ruppier, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Wiesbaden 1993.

nach wie vor als drängendes Problem sahen und die Clubs keinesfalls aufgeben wollten.<sup>448</sup> Ausschlaggebend für die Einstellung der Aktivitäten mögen auch Kompetenzstreitigkeiten gewesen sein: Dem US-Hochkommissariat waren die Jugendprogramme der Armee zu »wenig mit den allgemeinen Bemühungen zur Demokratisierung der Gesellschaft verbunden und zu unabhängig«; deutsche Stellen kritisierten, dass sie keinerlei Einfluss auf die Verteilung der Finanzen hätten, obwohl es sich um deutsche Steuergelder handle.<sup>449</sup>

Schon im Dezember 1953, und damit wenige Monate nach dem verkündeten Ende der Aktivitäten, wurde das GYA-Programm allerdings teilweise wieder aufgenommen.<sup>450</sup> William Henry Draper, der erste Ständige Vertreter der USA bei der NATO, hatte sich – unterstützt unter anderem durch den ehemaligen Militärgouverneur Lucius D. Clay und US-Außenminister Dean Acheson – für eine Fortsetzung der Förderung ausgesprochen.<sup>451</sup> Am Ende setzte sich ein vom US-Hochkommissariat vorgeschlagener Kompromiss durch, der beinhaltete, dass »the goodwill gestures on the part of the Armed Forces could continue but that they should continue as gestures to existing organizations rather than through an Army-created instrument«.<sup>452</sup> Erst 1956 wurde die Unterstützung gänzlich eingestellt und der Fokus verschob sich von den *German* auf die *American Youth Activities*, ein ähnlich umfangreiches Freizeitprogramm für die Kinder der in Europa stationierten US-Soldaten.

#### Politisierung und »Selbst-Amerikanisierung« der West-Berliner Jugend

War die Arbeit der GYA erfolgreich? Diese Frage ist kaum zu beantworten, da ihre Aktivitäten nicht isoliert betrachtet werden können. Als sich andeutete, dass das GYA-Programm bald eingestellt werden könnte, ließ das US-Hochkommissariat eine Studie anfertigen, um die bisherige Arbeit und den Stand der Demokratisierung der westdeutschen Jugend zu evaluieren. Auch wenn

448 Vgl. Korrespondenz zwischen dem State Department und HICOG sowie die Studien »The Status of German Youth and HICOG Youth Programs« und »Present Status and Background Statement regarding GYA Armed Forces Assistance Program for German Youth« in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, International Information Administration, Field Program for Germany (IFI/G), Subject Files 1945-53, Box 1.

449 Vgl. Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie, S. 156-172, Zitat S. 157.

450 Vgl. Report of the Armed Forces Assistance to German Youth Activities (GYA) for 1953 and 1954, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files, 1951-60, Box 36, Folder: Annual Summaries, Military Historian's Files 1954.

451 Vgl. L. E. Norris an Mildred A. Allen (State Department), 3. Februar 1953, in: NACP, RG 59, RG 59, General Records of the Department of State, International Information Administration, Field Program for Germany (IFI/G), Subject Files 1945-53, Box 1, Folder: Cultural Adviser: Youth.

452 Office Memorandum, A. V. Boerner (Director, PUB) an L. E. Norrie (PUB:OD), 2. Februar 1953, in: ebd.

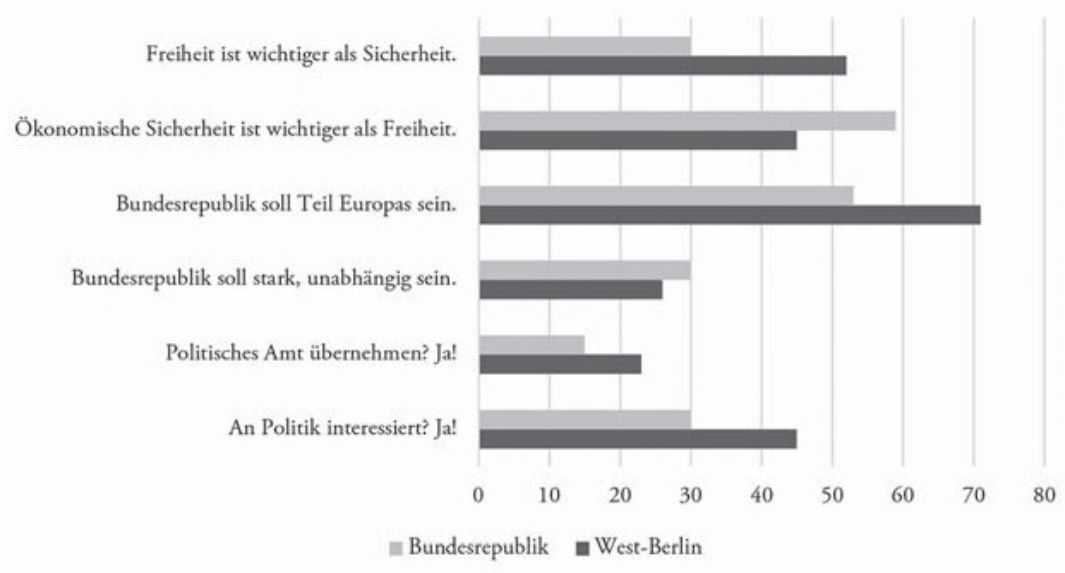


Tabelle 1: Ergebnisse einer Befragung von Jugendlichen in West-Berlin und der Bundesrepublik (Quelle: German Youth View the American Program, 1950)

das Gesamtergebnis nur bedingt befriedigend war, da lediglich 38 Prozent der Jugendlichen die Demokratie als Staatsform bevorzugten, wurde dennoch festgestellt: »German youth who had contact with the GYA program were significantly more favorable toward democracy than those who had little or no experience with it.«<sup>453</sup> Die in Form des folgenden Diagramms visualisierte Studie veranschaulicht zudem Unterschiede hinsichtlich der politischen Überzeugungen zwischen westdeutschen und West-Berliner Jugendlichen. In Berlin gaben die befragten jungen Menschen mehrheitlich an, dass Deutschland zukünftig Teil einer europäischen Allianz sein solle und sie eine Regierung, die Freiheitsrechte garantiert, gegenüber einer, die ökonomische Sicherheit verspricht, bevorzugen würden.<sup>454</sup>

Eine Studie der West-Berliner Senatorin für Jugend und Sport bestätigte Ende der 1950er-Jahre die hier erkennbaren Unterschiede: Die Berliner Jugend sei »better informed and more sophisticated in their political outlook« und auch die Jugendkriminalitätsrate sei in West-Berlin geringer, wenn auch nicht gerade niedrig. Der Chef der Political Section der U.S. Mission Berlin lobte

453 HQ U.S. Army Europe, Historical Division: The U.S. Armed Forces German Youth Activities Program, 1945-1955, veröffentlicht 1956, S. 75, online einsehbar unter: [https://archive.org/details/UsArmedForcesGermanYouthActivitiesProgram1945-1955\\_927](https://archive.org/details/UsArmedForcesGermanYouthActivitiesProgram1945-1955_927) [7.4.2017].

454 HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: German Youth View the American Program. Acceptance of Democratic Responsibility and Related Political Issues, Report No. 50, Series No. 2, 30. November 1950, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion, 1949-1962, 1950: 45 THRU 1951: 79, Box 2.



AFN live am Wittenbergplatz, 1962

deshalb: »West Berlin's competent authorities can compliment themselves that their numerous, manifold efforts to cope with these problems have succeeded in containing them perhaps more effectively than in other large cities.«<sup>455</sup> Die geopolitische Lage und die daraus resultierende Beschäftigung mit aktuellen Fragen der internationalen Politik waren anscheinend mit dafür ausschlaggebend, dass die von den USA angestrebten pädagogischen Ziele – trotz der im Vergleich zeitweise recht geringen Teilnehmerzahlen in den Programmen – erreicht wurden. Zudem kamen die Jugendlichen nicht nur durch die GYA mit politischen Fragen oder der amerikanischen Kultur in Berührung.

Ende der 1950er-Jahre kümmerten sich insgesamt 93 staatliche und 220 private Einrichtungen um die West-Berliner Jugendlichen; hinzu kamen unzählige Jugend-Jazzkeller und Teenagerlokale. Zusätzlich boten verschiedene Institutionen vergünstigte oder gar kostenlose Reisen an, damit die Kinder für kurze Zeit der zunehmend zur Insel werdenden Stadt entkommen konnten.<sup>456</sup> Unabhängig von derartigen Initiativen sorgten die Berliner Jugendlichen besonders in den ersten Nachkriegsjahren auch für eine individuelle »Amerika-

455 U.S. Mission Berlin an Department of State, Subject: West Berlin Youth: Crime and Efforts to Combat It, 8. Februar 1961, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, Germany, Berlin Mission, General Records 1959-61, Box 4.

456 Ebd.

nisierung«: »To German youth, American culture represented new ideas, personal freedom, and an escape from the hardship of postwar life.«<sup>457</sup> Der bereits häufig beschriebene Drang der Nachkriegsjugend nach Amüsement brachte sie in West-Berlin fast automatisch mit amerikanischem Kulturgut in Berührung: In den Kinos liefen US-Filme – anfangs weder synchronisiert noch mit Untertiteln versehen –, die ihnen eine kurze Flucht aus dem Alltag ermöglichten. In Clubs und Bars trafen sie auf GIs und tanzten zu amerikanischer Musik. Bücher erhielten sie häufig durch US-Einrichtungen wie den Bücherbus, wodurch sie Autoren wie Mark Twain und John Steinbeck kennenlernten.<sup>458</sup> Wer auf dem Schwarzmarkt handelte, lernte zudem den Wert amerikanischer Produkte zu schätzen,<sup>459</sup> und wer im Radio dem *American Forces Network* (AFN) lauschte, begeisterte sich schnell für Jazz und Swing.<sup>460</sup>

Obwohl diese (Selbst-)Amerikanisierung in Form einer »Verarbeitung, Umwandlung und Aneignung« von kulturellen Praktiken und Symbolen, die man als amerikanisch verstand, von vielen Zeitgenossen kritisch gesehen wurde, bezeugen selbst als Mahnung verstandene Filme wie *Die Halbstarken*<sup>461</sup> und *Berlin, Ecke Schönhauser*<sup>462</sup> die breite Bewunderung junger Menschen in West- wie Ost-Berlin für die amerikanische Populärkultur:

Die Begeisterung für Power, Lässigkeit und Erfolg von Idolen wie Elvis Presly, Marlon Brando und James Dean, die Übernahme von Frisuren und Kleidung, das Leben in der Teenager-Kultur unter der Devise ›Jung sein macht Spaß‹, die Sehnsucht nach ›Ami-Schlitten‹ und anderem transatlantischen Komfort prägten eine ganze Generation.<sup>463</sup>

All diese Dinge wurden in der Nachkriegszeit natürlich primär durch die US-Soldaten nach Deutschland gebracht und entsprachen nicht gerade dem, was OMGUS und später HICOG der deutschen Jugend vermitteln wollten. Der Berliner Senat griff einzelne US-Importe ab 1960 dennoch auf und eröffnete sogar eigene Jazzcafés, in denen die jungen Menschen, so die Worte eines

457 Redding, *Growing Up in Hitler's Shadow*, S. 40.

458 Ebd., S. 76.

459 Vgl. Zierenberg, *Stadt der Schieber*, S. 246-258.

460 Vgl. Anja Schäfers, *Mehr als Rock 'n' Roll. Der Radiosender AFN bis Mitte der sechziger Jahre*, Stuttgart 2014.

461 *Die Halbstarken* (Inter West Film 1956, Regie: Georg Tressler).

462 *Berlin, Ecke Schönhauser* (DEFA 1957, Regie: Gerhard Klein).

463 Vgl. Kaspar Maase, *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992, Zitat S. 13f. Siehe zu diesem Thema auch: Uta G. Poiger, *Amerikanisierung oder Internationalisierung? Populärkultur in beiden deutschen Staaten*, in: *APuZ* 45/2003, S. 17-24; dies., *Jazz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*, Berkeley 2000; dies., *Rock 'n' Roll, Female Sexuality, and the Cold War Battle over German Identities*, in: *The Journal of Modern History* 68/1996, S. 577-616; Thomas Grotum, *Die Halbstarken. Zur Geschichte einer Jugendkultur der 50er Jahre*, Frankfurt a. M. 1994.

Sozialarbeiters, »nicht mit dem Schlaghammer, sondern mit der Jazztrompete« gutes Benehmen lernen sollten. Es gab auch weiterhin »kulturkonservative Bedenken«, aber die amerikanische Popkultur setzte sich bis Ende der 1960er-Jahre als Massenphänomen durch.<sup>464</sup>

## 2.8 Blockade und Luftbrücke

Im Dezember 2013 wurde dem amerikanischen Fernsehpublikum eine besondere Weihnachtsgeschichte erzählt, in der anstelle des Weihnachtsmannes ein Pilot der Air Force die Gaben brachte: Gail Halvorsen, der »Candy Bomber«.<sup>465</sup> Der langjährige Nachrichtenmoderator der *NBC Nightly News*, Tom Brokaw, präsentierte im Rahmen des berühmten jährlichen Weihnachtskonzerts des Mormon Tabernacle Choir in Form einer fulminanten Bühnenshow mit dem Titel *Christmas in the Air* eine besondere Geschichte der Luftbrücke, die schließlich auch mit einer begleitenden Publikation auf DVD erschien und verdeutlicht, wie wichtig die Erinnerung an das Ereignis noch heute ist.<sup>466</sup>

Die mehrfach im US-Fernsehen wiederholte Show verband die Geschichte des »Candy Bombers« mit Elementen der christlichen Weihnachtsgeschichte. Zunächst schilderte Brokaw, wie Halvorsen sich am Weihnachtsabend in seinem Flugzeug auf den Weg von Wiesbaden nach Berlin-Tempelhof gemacht habe, dann stimmte der Chor »Vom Himmel hoch, da komm' ich her« an. Es folgte ein kurzer historischer Abriss, der erläuterte, dass Amerikaner und Briten die Stadt infolge der sowjetischen Blockade aus der Luft versorgt hätten »to preserve freedom and keep two and a half million West Berliners from starving«. Es seien die Bescheidenheit und die Freiheitsliebe der Berliner Kinder gewesen, die Halvorsen zu seiner Tat bewegt hätten: »These children had little to eat and no candy at all yet they were grateful for what the airlift had given them and asked for nothing. Their gratitude melted Hal's heart. Instinctively, he wanted to give something back.« Er habe dann zwei Streifen Kaugummi in vier kleine Stückchen gebrochen und unter den Kindern verteilt.

Die Berliner Kinder, die als historische Filmaufnahme auf einen Vorhang projiziert worden waren, wurden nun auch in Form eines Reenactments auf der Bühne sichtbar. In ärmlicher Kleidung standen sie hinter einem Stacheldrahtzaun, der zwar anhand von zeitgenössischem Filmmaterial historisch belegt ist, allerdings beim Betrachter auch Erinnerungen an Fotografien von Konzentrationslagern hervorruft. Brokaw berichtete nun, wie Halverson begann, Schokolade an kleinen Fallschirmen aus seinem Flugzeug abzuwerfen und wie Hunderte US-Piloten diese Idee aufgegriffen hätten: »The wounds

464 Zit. n. Poiger, Amerikanisierung oder Internationalisierung?, Zitate S. 18 und 19.

465 Online ansehbar unter: <http://www.mormontabernaclechoir.org/videos/tom-brokaw-gail-halvorsen-christmas-special?lang=eng> [7.4.2018].

466 Tom Brokaw/ Robert T. Barrett, Christmas from Heaven. The True Story of the Berlin Candy Bomber, Salt Lake City 2013.

of war began to heal [...] The spirit of Christmas was descending on people everywhere, lifting them up in the joy of giving.« Es regnete kleine weiße Fallschirme von der Decke des Temple Square in Salt Lake City und schließlich erschien auch, begleitet von Standing Ovation, der 92-jährige Halvorsen auf der Bühne – gekleidet angeblich in jenen Anzug, den er einst als Pilot der Air Force getragen hatte. Brokaw bedankte sich bei Halvorsen, da er den »spirit of Christmas« auf vielfältige Art verkörpere.

Die Geschichte West-Berlins diene hier der infolge der letzten Kriege von Selbstzweifeln geprägten amerikanischen Nation als Bestätigung der eigenen Tugenden, als aufbauende Erzählung und Beweis für die Überlegenheit der eigenen Werte. Das Narrativ entspricht dem amerikanischen Selbstbild, dass man stets dem Guten diene und aus Feinden Freunde machen könne, wenn jene nur das Geschenk von Freiheit und Demokratie dankend annähmen.

Doch nicht nur in der amerikanischen Öffentlichkeit wurde Gail Halvorsen zum Symbol für die deutsche Freiheitsliebe und die transatlantische Freundschaft. Der Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes repräsentierte die Bundesrepublik bei den Olympischen Winterspielen 2002, er führte 2008 die berühmte Steuben-Parade in New York an und 2013 wurde eine Zehendorfer Schule nach ihm benannt. Die *Operation Little Vittles* wurde inzwischen mehrfach wiederholt: in Form der *Operation Provide Promise* während der Jugoslawienkriege in den 1990er-Jahren und der *Operation Teddy Drop* im Irak. Randy M. Kirgiss, Initiator der Operation in Bagdad, erinnert sich:

In Bosnia, I saw school supplies donated; in Kosovo, teddy bears were given out. I wanted to model something after the Candy Bomber who parachuted bags of candy to kids. It was from this idea that Operation Teddy Drop began. [...] I can't help but think that somewhere down the line we might be influencing the future decision makers of Iraq.<sup>467</sup>

Diese Beispiele verdeutlichen, welche symbolische Aufladung die zur Überwindung der Blockade der Westsektoren Berlins geschaffene Luftbrücke über die Jahrzehnte erfahren hat. Noch heute dient sie vor allem im deutschen, aber durchaus auch im amerikanischen kulturellen Gedächtnis als »Geburtsstunde einer einzigartigen Freundschaft zwischen Berlin und der westlichen Welt«<sup>468</sup>, wie es der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, anlässlich des 65. Jahrestags der Aufhebung der Blockade formulierte.

467 Derek del Rosario, Teddy Troopers ›jump‹ into arms of Iraqi children, in: Department of Defense News, URL: <http://archive.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=16638> [7.4.2018].

468 Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, zum 65. Jahrestag der Beendigung der Blockade Berlins am 12. Mai 2014, Pressemitteilung der Berliner Senatskanzlei, URL: <http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2014/pressemitteilung.109979.php> [7.4.2018].



Dabei kam die sogenannte erste Berlin-Krise im Juni 1948 weder überraschend noch plötzlich.<sup>469</sup> Monatelang konnten die Berliner bereits über die wachsenden Konflikte zwischen den Alliierten in der Presse lesen. Sie verfolgten das Auseinanderbrechen des Alliierten Kontrollrates und die Pläne der Siegermächte für eine Währungsreform aufmerksam, munkelten über einen möglichen Abzug der Westmächte und nahmen mit Sorge die schrittweise Abriegelung der sowjetischen Besatzungszone und des Ostsektors der Stadt wahr. Ende März 1948 ließ der US-Stadtkommandant einen Notfallplan anfertigen, der von dem Szenario ausging, dass aufgrund einer »Action on the Part of the Russians« eine Abspaltung des sowjetischen Sektors stattfinden würde.<sup>470</sup> Wenig später, in der Nacht des 1. Aprils 1948, wurde erstmals Militärzügen der Westmächte in Marienborn die Durchfahrt nach Westdeutschland verweigert, da sie sich neuen sowjetischen Kontrollrichtlinien verweigert hatten. Einen Tag darauf wurde im Gegenzug für 48 Stunden das – im amerikanischen Sektor gelegene, aber von der sowjetischen Besatzungsmacht geleitete – Gebäude der Reichsbahndirektion durch amerikanische und britische Truppen belagert. Lieferungen für die Alliierten trafen bereits zu diesem Zeitpunkt zum Teil in Form einer kleinen Luftbrücke per Flugzeug ein. Kriegsangst kam auf – nicht nur in Berlin, auch in Washington. Am 16. Juni 1948 endete schließlich die Zusammenarbeit in der Alliierten Kommandantur, nachdem die Sowjetunion bereits im März den Kontrollrat verlassen hatte.

Zwei Tage später, am 18. Juni, setzten die Westmächte die Sowjetische Militäradministration darüber in Kenntnis, dass sie eine Währungsreform durchführen würden – allerdings nur in den drei westlichen Besatzungszonen, nicht in Berlin. Um Mitternacht trat daraufhin ein SMAD-Befehl in Kraft, der jeglichen Personenverkehr von und nach West-Berlin untersagte. Letzte Verhandlungen über eine gemeinsame Währungsreform scheiterten; am 23. Juni 1948 führte die sowjetische Besatzungsmacht die Mark in ganz Berlin ein. Noch am selben Tag erklärten die Westmächte sie in ihren Sektoren für ungültig. Sie kündigten an, die D-Mark (bzw. eine durch einen Stempel gekennzeichnete Berliner Version derselbigen, die »B-Mark«) nun doch in den Berliner Westsektoren einzuführen.<sup>471</sup>

Am Nachmittag demonstrierten einige Tausend durch SED und FDGB aufgerufene Arbeiter in der Parochialstraße, wo die Stadtverordnetenversammlung tagte, um die Existenz zweier Währungen in Berlin zu diskutieren. In der

469 Vgl. Daniel Schwane, *Wider den Zeitgeist? Konflikt und Deeskalation in West-Berlin 1949-1965*, Stuttgart 2005, S. 19-31.

470 Der Plan sowie sämtliche Zuarbeiten der einzelnen Abteilungen und vorgefertigte Bekanntmachungen für den Ernstfall befinden sich hier: Subject: Emergency Operation Plan for the Three Western Sectors of Berlin, 25. März 1948, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. HICOG, Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-1953, Box 2, Folder: Changes.

471 Vgl. Michael W. Wolff, *Die Währungsreform in Berlin: 1948/49*, Neuauflage, Berlin/New York 1991.

Nacht wurde der Schienenverkehr nach West-Berlin eingestellt – angeblich aufgrund von technischen Störungen. Auch der Schiffsverkehr sowie Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen aus der sowjetischen Zone wurden unterbunden; Strom und Braunkohle wurden nicht mehr wie vereinbart geliefert. Trotz anfänglicher Unstimmigkeiten in Washington, ob man Berlin nicht doch lieber aufgeben sollte, begann am 26. Juni 1948 die legendäre *Operation Vittles*, die Versorgung West-Berlins über die Luftbrücke.<sup>472</sup> US-Außenminister George C. Marshall meldete zwei Tage später dem amerikanischen Botschafter in London: »1. Wir bleiben in Berlin. 2. Wir werden die gegenwärtigen propagandistischen Vorteile unserer Situation bis ins letzte [sic!] nutzen. 3. Wir werden die Stadt aus der Luft versorgen, wie eine belagerte Festung.«<sup>473</sup> Im Januar 1949 wurde diese Maßnahme durch eine Gegenblockade ergänzt, die den Interzonenhandel außer Kraft setzte. In Ost und West wurde per Radio und Zeitung oder auf Kundgebungen um die Solidarität der Berliner mit dem jeweiligen System geworben. Auch die amerikanischen Medien »forderten fast einhellig eine Politik der Stärke und Entschlossenheit«, denn in Berlin stehe »das Schicksal Deutschlands sowie Europas auf dem Spiel«, ja »das Schicksal der westlichen Zivilisation per se«.<sup>474</sup>

Über den detaillierten Verlauf der Blockade, die Luftbrücke und die mit ihr verbundenen Mythen ist bereits viel geschrieben worden.<sup>475</sup> Die Details sollen hier nicht wiederholt werden. Vielmehr geht es um die Frage, wie die Zeitgenossen die Ereignisse deuteten. Die Jahre zwischen 1945 und 1949 stellen eine Transformationsphase dar, die von der wachsenden Erkenntnis geprägt war, dass die Besatzung von Dauer sein würde. Die politische Entwicklung des Ost-West-Konflikts veränderte die amerikanische Haltung: Zum einen wurde aus der Hauptstadt des einstigen Gegners ein wichtiger Stützpunkt im Kampf gegen den neuen Feind; zum anderen galt es, dauerhafte Lösungen zu

472 Die Operation wurde erst zwei Tage später offiziell abgesegnet. Vgl. Reuther, *Die ambivalente Normalisierung*, S. 222-225.

473 Vgl. Gerhard Keiderling, »Rosinenbomber« über Berlin. Währungsreform, Blockade, Luftbrücke, Teilung, Berlin 1998, Zitat S. 99.

474 Reuther, *Die ambivalente Normalisierung*, S. 224f.

475 Exemplarisch: Daniel F. Harrington, *Berlin on the brink. The blockade, the airlift, and the early Cold War*, Lexington 2012; Helmut Trotnow/Bernd von Kostka (Hg.), *Die Berliner Luftbrücke. Ereignis und Erinnerung*, Berlin 2010; Richard Reeves, *Daring young men. The heroism and triumph of the Berlin Airlift, June 1948-May 1949*, New York 2010; Michael O. Tunnell, *Candy bomber. The story of the Berlin Airlift »Chocolate Pilot«*, Watertown 2010; Andrei Cherny, *The candy bombers. The untold story of the Berlin Airlift and America's finest hour*, New York 2008; Wolfgang J. Huschke, *Die Rosinenbomber. Die Berliner Luftbrücke 1948/49, ihre technischen Voraussetzungen und deren erfolgreiche Umsetzung*, 2. erw. Aufl., Berlin 2008; Jonathan Sutherland, *The Berlin airlift. The salvation of a city*, Barnsley 2007; Bernd von Kostka, *Die Berliner Luftbrücke 1948/49. Krisenmanagement am Beginn des Kalten Krieges*, in: Bienert/Schaper/Theissen, *Die Vier Mächte in Berlin*, S. 81-92; Roger G. Miller, *To save a city. The Berlin Airlift 1948-1949*, Washington 1998.

finden und eine Ordnung zu etablieren, die ein konfliktfreies Zusammenleben für einen nicht absehbaren Zeitraum gewährleisten würde. Die während der Blockade gemachten Erfahrungen sowie ihre Deutung spielten hierbei eine zentrale Rolle.

Am Vorabend der ersten Berlin-Krise war die Stimmung in den Westsektoren gemischt und schwankte zwischen Zuversicht in ökonomischer und Skepsis in politischer Hinsicht. Die Ergebnisse verschiedener Umfragen aus dem Frühjahr 1948 zeichnen ein ambivalentes Meinungsbild: 62 Prozent der Bevölkerung waren noch immer davon überzeugt, dass der Nationalsozialismus eine »good idea, badly carried out« gewesen sei; vor die Wahl gestellt, zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus zu entscheiden, lehnte knapp die Hälfte beide Systeme ab und 40 Prozent gaben dem Nationalsozialismus den Vorzug. Einer deutlichen Mehrheit war es wichtiger, dass eine Regierung ökonomische Sicherheit garantieren kann – für bürgerliche Freiheiten plädierte lediglich ein Drittel.<sup>476</sup> Zugleich wusste man – anders als in der US-Zone in Westdeutschland – die amerikanische Unterstützung in den vergangenen Monaten zu schätzen: Dreiviertel der in Berlin Befragten waren davon überzeugt, dass die USA ihnen seit dem Kriegsende geholfen hatten. Dementsprechend hatte auch die Beliebtheit der Amerikaner zugenommen. Die Berliner Bevölkerung schien insgesamt wieder optimistischer zu sein: Während in der amerikanischen Zone nur ein Drittel an eine baldige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage glaubte, waren es im amerikanischen Sektor Berlins knapp zwei Drittel. Zugleich klagten noch immer 80 Prozent der Berlinerinnen und Berliner, dass die Essensrationen nicht ausreichen würden, um während der Arbeit leistungsfähig zu sein; 94 Prozent gaben an, kaum oder gar nicht mit dem zugeteilten Essen auszukommen.<sup>477</sup>

Die Umfragen machen deutlich, dass die amerikanische Besatzungsmacht positiver beurteilt wurde, wenn ihre Handlungsweise den eigenen Wünschen und Erwartungen entsprach. An ihre (materielle und finanzielle) Unterstützung knüpfte man die eigenen Zukunftserwartungen.<sup>478</sup> Die Verkündung einer neuen, am Wiederaufbau orientierten Besatzungspolitik im Sommer 1947 hatte dementsprechend Zuversicht geweckt – aber nicht zugleich den Wunsch nach einer demokratischen Verfasstheit der neu zu errichtenden Ge-

476 OMGUS, ICD Opinion Surveys, Bremen Attitudes Compared with Berlin and Amzon, Report No. 100, 15. April 1948, in: U.S. Army Center of Military History (CMH), S. 10 f.

477 In der US-Zone in Westdeutschland waren 55 Prozent davon überzeugt, die USA hätten Deutschland geholfen; 23 Prozent waren hingegen der Meinung, die USA hätten den Wiederaufbau behindert. OMGUS, ICD Opinion Surveys, Bremen Attitudes Compared with Berlin and Amzon, Report No. 100, 15. April 1948, U.S. Army Center of Military History (CMH), S. 14 f.

478 Dessen war sich die Militärregierung durchaus bewusst: »The many forms of material aid from the U.S. have been a significant factor in demonstrating to Berliners the sympathy American and other countries had for them in their fight for democratic self-determination.« OMGBS, A Four Year Report, S. 99.

sellschaft ausgelöst. Am Vorabend der Blockade wussten die Bewohnerinnen und Bewohner der Westsektoren lediglich, was sie nicht wollten: unter sowjetische Herrschaft fallen.

### 2.8.1 Die Blockade als amerikanische Erfahrung

Die Blockade ließ die vor Ort befindlichen Amerikaner und die West-Berliner Bevölkerung zu Schicksalsgenossen werden. Mehrfach finden sich in den Berichten der US-Armee Klagen seitens der GIs, sich aufgrund der Situation wie in einem Käfig zu fühlen. Auch die Alliierten verkündeten ein Sparprogramm für das eigene Personal; Clubs wurden aufgefordert, keine Veranstaltungen durchzuführen und das gastronomische Angebot einzuschränken.<sup>479</sup> Zwar hatten die Ereignisse in den Wochen vor Beginn der Blockade Anlass dafür gegeben, in weiser Voraussicht Vorräte anzulegen, dennoch sorgte der Ernstfall auch bei der Armee für Warenmangel und daraus resultierende Einschränkungen und Rationierungen.<sup>480</sup> So wurden zum Beispiel nur noch fünf Schokoladenriegel pro Person pro Woche verkauft. Aufgrund der Stromsperre zwischen 8.30 und 18 Uhr musste die Freizeit teils bei Kerzenschein verbracht werden, Räume blieben unbeheizt und einzelne Einrichtungen der U.S. Army wie die Schwimmhalle, mehrere Snack Bars und Kantinen mussten vorübergehend schließen; Krankenhäuser oder die armeeeigene Fahrschule verlegten ihre Öffnungszeiten auf die Nacht- oder frühen Morgenstunden.<sup>481</sup> Anfang 1949 wurde die kleine Shopping Mall *Onkel Toms Hütte* aufgelöst, die Gebäude wurden den Besitzern zurückgegeben.<sup>482</sup> Auch jenseits der militärischen Einrichtungen war die Freizeitgestaltung eingeschränkt, zeitweise wurde gar eine Ausgangssperre verhängt.<sup>483</sup> Das Baden in öffentlichen Gewässern war

479 Besatzungsmächte sparen, in: Der Abend, 28. Juni 1948.

480 Berlin Post Exchange: Quarterly Report, 1. Mai bis 30. Juni, 13. Juli 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 649, Folder: Berlin Military Post Historical Reports.

481 Vgl. L. Preston Barnes, Historical Report, 4. Quartal 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 650; Quarterly Historical Report, Indigenous Personnel Section, Juli-September 1948, ebd.; Special Services Branch: Report of Operations, 1. Juli bis 30. September 1948, 11. Oktober 1948, ebd.

482 Unit History, 1. Quartal 1949, Bericht des Berlin Post Exchange Branch, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 648, Folder: Berlin Military Post Historical Reports, S. 67.

483 Special Services Branch: Report of Operations, 1. Mai bis 30. Juni 1948, 15. Juli 1948, in: NACP, RG 388, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 649, Folder: HQ Berlin Military Post, Historical Reports 1948-50.

aufgrund einer zu hohen Verschmutzung, resultierend aus der vorübergehend nötigen Zufuhr von Abwässern, verboten.<sup>484</sup>

Die Blockade war auch der Grund für einen partiellen Rückzug der Soldaten aus dem Stadtleben: Zum einen war die Mobilität aller Bewohner eingeschränkt, denn um 18 Uhr stellten die Straßenbahnen sowie die U-Bahn ihren Betrieb ein. Um Benzin zu sparen, waren auch durch die Armee angebotene Transportmöglichkeiten limitiert: Nur noch fünf Taxistände standen den Soldaten zur Verfügung, requirierte Fahrzeuge wurden der BVG zurückgegeben und die fortan durch Militärbusse abgedeckte Busstrecke steuerte nur noch amerikanische Einrichtungen an.<sup>485</sup> Zum anderen hatte ein spezielles Programm der US-Armee bereits im Vorfeld dafür gesorgt, dass die Amerikaner – militärisches wie ziviles Personal – schon bald in einer »more concentrated area« lebten.<sup>486</sup> Personen, die bis dato außerhalb der Stadtteile Nikolassee, Dahlem, Lichterfelde und Zehlendorf gewohnt hatten, wurden in Erwartung sowjetischer Maßnahmen dazu aufgefordert, sich eine neue Bleibe in den vorhandenen *family billet areas* zu suchen. Mehrere Einrichtungen der Armee zogen Ende Mai 1948 um und befanden sich von nun an innerhalb der Kasernen oder in unmittelbarer Nähe des Hauptquartiers in der heutigen Clayallee, damals Kronprinzenallee.<sup>487</sup> Bei einigen US-Soldaten sorgte diese Entwicklung für einen »Lagerkoller« und trieb sie trotz der eingeschränkten Mobilität vermehrt in deutsche Einrichtungen: Hatte die Militärpolizei im Juni 1948 lediglich drei Fälle von Aufenthalten in »Off Limits Cafés« zu vermelden, so waren es zwischen Januar und März 1949 ganze 156.<sup>488</sup>

### 2.8.2 Der Gründungsmythos West-Berlins

»When the blockade was clamped down, I was ready for them [the Russians, S. E.]. No longer were the German babies in my sector in danger. [...] Not one of my babies died!«<sup>489</sup> US-Kommandant Frank Howley erinnert sich in seinen Memoiren einleitend an seinen Abschied aus Berlin. Eine Frau, erschöpft und

484 Extract from Daily Bulletin, OMGUS, 5. Mai 1948, in: ebd.

485 Transportation Branch: Historical Report for the months May and June 1948, 23. Juli 1948, in: ebd., Folder: Berlin Military Post Historical Reports.

486 Ebd., S. 126.

487 Vgl. Headquarters BMP, S-4 Historical Report, 1. Mai bis 30. Juni 1948, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 649, Folder: Berlin Military Post Historical Reports, S. 3.

488 Siehe: Summary of Violations reported by the Military Police, 1. Juni bis 30. Juni 1948, in: ebd.; Summary of Violations reported by the Military Police, 1. Januar bis 31. März 1949, in: NACP, RG 338, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Box 648, Folder: Berlin Military Post Historical Reports, S. 31.

489 Howley, Berlin Command, S. 4.

blass, aber mit glänzenden Augen, habe sich den Weg durch die Menge gebahnt, ihm ihr gesund aussehendes Baby präsentiert und sich mit bewegenden Worten dafür bedankt, dass er es gerettet habe. Dem scheidenden Kommandanten seien die Tränen gekommen: »The German mother's tribute was as high a reward as I will ever merit. I treasure it.«<sup>490</sup> Die Formulierung Howleys, »seine« Babys hätten überlebt, verdeutlicht die enorme Identifikation mit der Aufgabe vor Ort.

Petra Goedde kommt vor dem Hintergrund des hier auch durchscheinenden Abhängigkeitsverhältnisses zu dem Schluss, »the population adopted the role of a juvenile or feminine dependent to a parental or masculine provider. Germans had accepted their helplessness and transferred responsibilities to the occupation authorities.«<sup>491</sup> Paul Steege weist stattdessen darauf hin, dass der städtischen Bevölkerung zunächst »die Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung der drei westlichen Sektoren« zukam und sie später ihre eigene historische Bedeutung negiert habe. Inzwischen ist bekannt, dass die Abriegelung der Westsektoren zu keinem Zeitpunkt absolut war; Hamsterfahrten ins Umland und Tauschgeschäfte zwischen Ost und West fanden weiterhin statt.<sup>492</sup> Das Überleben der westlichen Stadthälfte wurde nicht nur durch die Überwindung der Blockade in Form der Luftbrücke, sondern auch durch ihre Brechung seitens der Berlinerinnen und Berliner und die Duldung dieser Praxis durch die Alliierten ermöglicht.

Zeitgenössisch wurden die Westalliierten, speziell die USA, zwar als wichtige Unterstützer gesehen; der wahre Held aber war die stoisch ausharrende Bevölkerung. Wenige Wochen nach Beginn der Luftbrücke bezeichnete zwar über die Hälfte der Berliner die Westmächte als »our protectors«, dennoch waren 43 Prozent zugleich der Meinung, deren Hilfe erfolge aus eigennützigem Interesse: Die Amerikaner seien mehr am Ausbau ihrer Macht als am Wohl der Bevölkerung interessiert.<sup>493</sup> Ein altruistisches Handeln traute man den Westalliierten nicht zu. Schon vor Beginn der Blockade, am 13. Juni 1948, hatte Militärgouverneur Lucius D. Clay die Notwendigkeit des Festhaltens an Berlin damit begründet, dass die Präsenz »essential to our prestige in Germany and in Europe« sei: »Whether for good or bad, it has become a symbol of the American intent.«<sup>494</sup>

490 Ebd., S. 5.

491 Goedde, *GIs and Germans*, S. 124.

492 Vgl. Paul Steege, *Totale Blockade, totale Luftbrücke? Die mythische Erfahrung der ersten Berlinkrise, Juni 1948 bis Mai 1949*, in: Ciesla/Lemke/Lindenberger, *Sterben für Berlin?*, S. 59-78; Michael Lemke, *Totale Blockade? Über das Verhältnis von Abschottung und Durchlässigkeit im Berliner Krisenalltag 1948/49*, in: Trotnow/von Kostka, *Die Berliner Luftbrücke*, S. 121-135.

493 LAB, B Rep. 36-01, OMGBS, 4/8-3/16, *Opinion Survey*.

494 Konrad H. Jarausch, *Out of Ashes. A New History of Europe in the Twentieth Century*, Princeton 2015, S. 453.

Damit wurde aufmerksamen Beobachtern auch deutlich, welche politische Bedeutung und welche Folgen das Verhalten der West-Berliner in der nächsten Zeit haben würde. Am 24. Juni 1948 erinnerte die Zeitung *Der Abend* deshalb noch einmal daran, dass das jüngste Ereignis keine Zäsur darstelle, sondern »der Kampf um Freiheit und Menschenrecht«, den man »in den letzten Jahren« gegen die zahlreichen Schikanen der Sowjetunion geführt habe, der westlichen Stadthälfte schon längst »die Hochachtung der Welt eingebracht« habe. Dieser Ruf sowie die nun gesteigerte internationale Aufmerksamkeit seien »politisches Kapital, das man gar nicht groß genug bewerten kann«. <sup>495</sup> Der Historiker David E. Barclay betonte demgemäß in einer Studie, wie intensiv Bürgermeister Ernst Reuter schon vor der Blockade daran gearbeitet habe, die Amerikaner »in ein Netzwerk der Beziehungen, Verantwortungen und Verpflichtungen einzubinden, dass es ihnen unmöglich machen würde, Berlin ganz aus dem Blickfeld zu verlieren«. <sup>496</sup>

West-Berlin und die USA wuchsen während der Blockade nicht einfach zusammen, sondern auf beiden Seiten gab es ein vitales Interesse daran, aus der Krise als Sieger hervorzugehen. Die Spielregeln waren deshalb allen Beteiligten klar und waren von Clay in einer Rede zu Beginn der Luftbrücke noch einmal auf den Punkt gebracht worden: Man werde den Westsektoren so lange helfen, »so long as the people of Berlin continue to cherish their freedom and merit the continued support of the American people«. <sup>497</sup> Dieser Satz verdeutlicht, dass Gegenleistungen erwartet wurden. Die West-Berliner verstanden die amerikanische Hilfe dementsprechend als kalkulierte Unterstützung und nicht als selbstlosen Akt zwischen Freunden. Diesem Selbstverständnis entsprechend gratulierte der Vorsteher der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Otto Suhr, dem US-General Clay nach Aufhebung der Blockade mit den Worten, »dass seine Arbeit nicht umsonst war. Er hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Berliner diesen Freiheitskampf führen konnten. Das werden die Berliner nie vergessen.« <sup>498</sup>

Der Stolz auf den eigenen Beitrag zur Freiheit der Westsektoren zeigt sich auch in der zeitgenössischen Populärkultur. Die Schauspielerinnen Ethel Reschke sang im Dezember 1948 im Rahmen der ersten Ausstrahlung der berühmten RIAS-Sendung *Der Club der Insulaner*:

495 Bange machen gilt nicht!, in: *Der Abend*, 24. Juni 1948. Nicht alle lokalen Zeitungen waren so weitsichtig. Der Berliner Kurier war deutlich zurückhaltender in seiner Bewertung der Blockade und der Luftbrücke. Vgl. Torben Giese, Die Westdeutschen und ihr Verhältnis zur Luftbrücke und zu den Amerikanern, in: *Historische Zeitschrift* 291 (2010) 3, S. 663-688.

496 David E. Barclay, Mythos, Symbol, Realpolitik. Ernst Reuter und die Blockade, in: Trotnow/von Kostka, *Die Berliner Luftbrücke*, S. 149-157, Zitat S. 150.

497 Lucius D. Clay, An EUCOM gesendeter Redeentwurf, August 1948, Privatarchiv Bryan van Sweringen.

498 Zwölf Stunden ohne Blockade, in: *Telegraf am Abend*, 12. Mai 1949, Titelseite. So auch der Tenor der Stadtkommandanten in ihren offiziellen Erklärungen: Berlin verdient die Achtung der Welt, in: *Telegraf*, 12. Mai 1949, Titelseite.

Wir woll'n unter fremdes Joch nicht – trotz Drohungen und Atom. [...] Der Insulaner verliert die Ruhe nicht, der Insulaner liebt keen Jetue nicht. Und brumm es macht auch laut die viermotorjen Schwärme, det is Musik für unser Ohr, wer red' vom Lärme.<sup>499</sup>

In einer aktualisierten Version vom Februar 1949 finden die Flugzeuge keinerlei Erwähnung mehr, stattdessen der Schwarzmarkt, die Gewieftheit der Bevölkerung und das resolute Auftreten des Regierenden Bürgermeister: »Der Insulaner, als echt Berliner Sohn, denkt: Uns kann keena, der Reuter macht det schon.«<sup>500</sup>

Auch eine Umfrage unter den Besuchern einer Ausstellung zur Luftbrücke kurz nach ihrer Aufhebung 1949 kam zu dem Ergebnis, dass die West-Berliner Fotomotive bevorzugten, die ihren eigenen Kampf visualisierten – zum Beispiel in Form der Demonstration vor dem Reichstag, bei der Reuter die »Völker der Welt« an das Schicksal Berlins erinnert hatte – und nicht die später zur Ikone gewordenen Bilder der »Rosinenbomber«.<sup>501</sup> Dieser Teil der Geschichte wurde jedoch über die Jahre »im Heroismus der Luftbrücke aufgelöst«, und selbst die Schilderungen von Zeitzeugen spiegeln heute nur noch den Mythos, die »Bilder der Krise [...], die der Flugzeuge und Flughäfen, der westlichen Piloten und deutschen Zuschauer«.<sup>502</sup> Das rückblickende Ausblenden der eigenen Rolle verhalf der westlichen Halbstadt zu einem Gründungsmythos, der ihr die gewünschte Schutzgarantie einbrachte und zugleich den USA eine moralische Überlegenheit im beginnenden Kalten Krieg sicherte.<sup>503</sup> Dies erklärt auch die widersprüchlich anmutenden Berichte von Zeitzeugen, die stets ihre Selbstständigkeit in den Nachkriegsjahren betonen, mit Blick auf die Berlin-Krise aber auf ihre Abhängigkeit und Dankbarkeit verweisen – selbst wenn sie persönlich keinerlei Hilfe in Form von Care-Paketen oder Ähnlichem erhalten hatten.<sup>504</sup>

Mit der Blockade setzte auch ein Meinungswandel ein, den amerikanische Umfragen dokumentieren: Zunächst hatten die Berliner stets, wie auch die in den westdeutschen Besatzungszonen Befragten, die wirtschaftliche Sicherheit über die individuelle Freiheit gestellt. Eine Regierung, die zwar Freiheiten, aber

499 Das Lied der Insulaner (Version: Dezember 1948), URL: <https://youtu.be/16jD3hJnUAg> [21.5.2018].

500 Das Lied der Insulaner (Version: Februar 1949), URL: <https://youtu.be/YSPkOTZcqCE> [21.5.2018].

501 Vgl. Dominik Geppert, Symbolische Politik. Berliner Konjunktoren der Erinnerung an die Luftbrücke, in: Trotnow/von Kostka, Die Berliner Luftbrücke, S. 136-147, hier S. 144.

502 Steege, Totale Blockade, S. 59 und 63.

503 Vgl. Paul Steege, Kalter Krieg: made in Berlin, in: Die Welt, 12. Juli 2008, URL: [http://www.welt.de/welt\\_print/article2205252/Kalter-Krieg-made-in-Berlin.html](http://www.welt.de/welt_print/article2205252/Kalter-Krieg-made-in-Berlin.html) [7.6.2018].

504 Über diesen Widerspruch wunderte sich Redding in: dies., Growing Up in Hitler's Shadow, S. 83.



keine ökonomische Sicherheit garantieren könne, bevorzugten im Januar 1949 lediglich 38 Prozent, im Juni 1949 dann allerdings schon 44 Prozent und im Dezember 1950 schließlich 55 Prozent der Bewohner in den Westsektoren. In Westdeutschland zogen zu diesem Zeitpunkt noch immer 60 Prozent die ökonomische Sicherheit der Freiheit vor.<sup>505</sup> Aus der kriegsgebeutelten Bevölkerung des französischen, britischen und amerikanischen Sektors waren die stoischen Frontstadt-Bewohner geworden, die sich nun nicht ohne Stolz immer häufiger als »West-Berliner« bezeichneten und gemeinsam mit ihren »Schutzmächten« an der »Insel im roten Meer« festhalten wollten.<sup>506</sup>

Die amerikanische Interpretation der ersten Berlin-Krise illustriert eine Schlüsselszene des ab 1950 in den Kinos gezeigten Films *The Big Lift*<sup>507</sup>: Seufzend und mit einem sehnsüchtigen Grinsen legt Gerda das Buch *Things you should know about the United States* aus der Hand, um ihrem amerikanischen Freund Hank die Tür zu öffnen. Polternd tritt der rundliche US-Soldat ein, greift nach einem Bier und weist sie an, sich zu beeilen. Nach kurzem Zögern erhebt sie ihre Stimme und teilt ihm mit, dass sie keine Lust habe, ihn zu begleiten. Hank, wenig beeindruckt, entgegnet ihr, dass es ihm gleichgültig sei, wozu sie Lust habe, und sie gefällt ihm ihren Mantel holen solle. Doch Gerda gibt nicht auf. Sie beschuldigt ihn, sie genauso zu behandeln, wie es ihr Vater, ein Nationalsozialist und Wehrmachtssoldat, einst tat, und informiert ihn wütend darüber, dass sie die amerikanische Verfassung gelesen habe, die Bill of Rights und die Worte Lincolns, Wilsons und Roosevelts. Als er Protest einzulegen versucht, weist sie ihn auf ihr Recht auf Meinungsfreiheit hin. Plötzlich zeigt sich ein breites Grinsen auf Hanks Gesicht: »Baby, now you got it! That's what I've been trying to tell you. Don't let anybody push you around. Not even me. That's democracy! Now you got it.«<sup>508</sup>

Der halbdokumentarische Film entstand unmittelbar nach dem Ende der Blockade und bietet ein exklusiv amerikanisches Narrativ der Ereignisse. George Seaton, Drehbuchautor und Produzent, arbeitete fast ausschließlich mit in Berlin stationierten US-Soldaten als Laien-Darstellern und schuf so eine Erzählung, die teilweise aus der Perspektive der GIs das Leben in Berlin nach 1945 schildert. Die beiden amerikanischen Protagonisten, beide in der U.S. Air Force, stehen hierbei symbolisch für zwei unterschiedliche Generationen:

505 HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: Current Trends in West Berlin Opinion on Issues related to the East-West Struggle, Series 2, Report Nr. 128, 29. März 1952, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 4.

506 Vgl. Eisenhuth/Sabrow, »West-Berlin«. Eine historiographische Herausforderung, S. 165-187.

507 In Deutschland kam der Film erst drei Jahre später, 1953, unter dem Titel »Es begann mit einem Kuss« in die Kinos.

508 *The Big Lift* (USA 1950), Szene: 1:47:40 bis 1:50:20, URL: <https://archive.org/details/TheBigLift1950complete> [22.5.2018].

Hank Kowalski hat polnische Vorfahren, kämpfte im Zweiten Weltkrieg und ist daher den Deutschen gegenüber skeptisch. Danny MacCullough steht für den jungen, unbefangenen GI, der diese Erfahrungen nicht teilt und den Deutschen gegenüber aufgeschlossen ist. Beide Soldaten verlieben sich in deutsche Frauen, wobei Gerda das hilfsbedürftige, aber lernwillige und Frederica das kultivierte, aber verführerisch-böse Deutschland repräsentiert. Die geschilderte Szene stellt den Höhepunkt der Entwicklung Gerdas dar, die sich in fleißigem Selbststudium zu einer überzeugten Demokratin entwickelt hat. Nicht die von ihm mitgebrachten Geschenke haben sie überzeugt, sondern Bücher über die Geschichte und Kultur der USA. Sie wandert deshalb nicht mit ihrem Freund in dessen Heimat aus, sondern bleibt in Berlin, um eines Tages »the right kind of Germany« erleben zu können.

Die Luftbrücke bildet hier den Hintergrund einer Erzählung von der erfolgreichen Selbst-Demokratisierung einer Berlinerin, die ihrem amerikanischen Freund am Ende auf Augenhöhe begegnet. Da die intrigante Frederica den gutgläubigen Danny nicht um den Finger wickeln kann, ist die Botschaft für den Zuschauer eindeutig: Am Ende setzen sich die guten Deutschen durch. Die USA müssten nur geduldig sein und weder zu gutmütig noch zu hart mit ihnen umgehen. Immer wieder schlägt der Film eine Brücke zwischen dem Schicksal West-Berlins und den USA – zum Beispiel wenn die beiden Hauptdarsteller von einer nahe Pearl Harbor gelegenen Militärbasis nach Berlin aufbrechen und dem Zuschauer suggeriert wird: »Berlin may well become the Pearl Harbor of the Cold War.«<sup>509</sup> Der japanische Angriff auf den Hauptstützpunkt der Pazifikflotte der U.S. Navy 1941 hatte auf die amerikanische Gesellschaft ähnlich traumatisierend gewirkt wie 60 Jahre später die Ereignisse vom 11. September 2001. Die subtile Andeutung des Films, dass ein Angriff auf West-Berlin ähnliche Folgen haben würde, zeigt, wie sehr die Stadt nun als Teil des eigenen Macht- und Verantwortungsbereichs wahrgenommen wurde. Die städtischen Bewohner werden dabei als handlungsmächtige Akteure mit eigenen Interessen präsentiert; ihr Verhalten erscheint ausschlaggebend für das Schicksal der Stadt und des gesamten Landes. Nicht ohne Grund wurde *The Big Lift* noch im Jahr seines Erscheinens für den *Golden Globe* in der Kategorie »best film promoting international understanding« nominiert.

### 2.8.3 *Lesson Learned: Die Bedeutung West-Berlins*

Während der »Wandel zu einem positiveren Deutschlandbild« im Allgemeinen »erst in den Jahren 1952 bis 1955« erfolgte,<sup>510</sup> hatte sich West-Berlin aus Perspektive der USA spätestens während der Blockade als Partner und wichtiger stra-

509 Vgl. Ralph Stern, »The Big Lift« (1950). Image and Identity in Blockaded Berlin, in: *Cinema Journal* 46 (2007) 2, S. 66-90, hier S. 82.

510 Reuther, *Die ambivalente Normalisierung*, S. 435. Als Gründe nennt Reuther das Verschwinden linksliberaler Stimmen aus dem amerikanischen Diskurs infolge des wachsenden Antikommunismus, die positive Wahrnehmung der Entwicklung der

tegischer Stützpunkt erwiesen. Die U.S. Army war sich daher der Bedeutung der eigenen Aufgabe vor Ort sicher: »It is undeniable that the course of world history would have been totally different if the Command had been absent from the scene in the critical year of the Berlin blockade.«<sup>511</sup>

Die Luftbrücke hatte zudem als Lehre gedient, wie wichtig die lokale Bevölkerung war. Ein Papier zum Selbstverständnis der Public Affairs Division aus dem Jahr 1950 hielt demgemäß fest, dass der »battle to maintain an island of freedom behind the iron curtain« aus zwei Gründen wichtig sei: »1., because the West Berliners are worth keeping free, and 2., because West Berlin is a symbol for the rest of the world.«<sup>512</sup> Ausschlaggebend für diese Einschätzung war die Wahrnehmung des Verhaltens der Bewohner während der Wahlen 1948, in den Monaten der Blockade und im Umfeld des Deutschlandtreffens der FDJ 1950. Aus dieser Erfolgsgeschichte ergaben sich aus amerikanischer Sicht Aufgaben und Chancen. Zum einen fühlte man sich zur weiteren Unterstützung verpflichtet, denn »the very fact that these people have shown their devotion to democracy imposed upon us the responsibility of providing them with every possible feature of a democratic life«; darüber hinaus sei die Symbolkraft Berlins nicht zu unterschätzen, denn die Halbstadt werde in dem angebrochenen »ideological battle« weltweit als Inspiration dienen.<sup>513</sup>

Diese Deutung der eigenen Erfahrungen und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen legten, so Andreas W. Daum, den Grundstein für eine besondere Beziehung: »In Berlin bot man nicht nur anderen Schutz, sondern war selbst moralisch und politisch präsent.«<sup>514</sup> Darüber hinaus erfüllte die Präsenz aber auch einen strategischen Zweck. Im Mai 1950 resümierte der Leiter der Public Affairs Division in einem internen Meeting zur Lage Berlins:

In any war, hot or cold, the ultimate object is to break the enemy's will. In the shooting war, force is the major instrument. Here, in our Berlin war, our weapons are limited to economic measures and to ideas and words. The vital target in Berlin is the West Berlin population. Our position here rest [sic!] squarely on the support of this population. If ever should we lose its confidence, our position would become untenantable [sic!]. You need only to think of the map to realize that if the West Berlin population should ever become rebellious or grow disaffected, it would require divisions where we now have battalions to maintain our position if, indeed, we do it at all.<sup>515</sup>

Bundesrepublik in jenen Jahren sowie die Deutung Adenauers als zuverlässiger Verbündeter.

511 EUCOM, International Aspects of the Occupation, S. II.

512 Unbetitelttes Schreiben vom 14. Juli 1950, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3.

513 Ebd.

514 Daum, Kennedy in Berlin, S. 37.

515 Redebeitrag Downs, in: Briefing on Current Berlin Problems, Mitschrift einer Besprechung vom 2. Mai 1950 um 11 Uhr im Directors Building in Berlin, in: NACP,

Dieses Zitat verdeutlicht die Vielschichtigkeit der amerikanischen Motivation: Erstens waren die Beziehungen zur Bevölkerung aus rein militärischer Berechnung wichtig. Zweitens ging es darum, West-Berlin als effektive Waffe im Kalten Krieg zu nutzen. In beiden Fällen war die Zustimmung der Bewohner von elementarer Bedeutung, denn ihr Verhalten entschied darüber, ob es sich um eine geduldete oder gar umstrittene Besatzung oder eine Präsenz befreundeter Staaten zum eigenen Schutz handelte. Die Westmächte hätten ihre Sektoren kaum halten können, hätten sich die West-Berliner entschlossen, einer Teilung ihrer Stadt vehement und mit allen Mitteln – notfalls mit Unterstützung der Sowjetunion – entgegenzuwirken.<sup>516</sup>

Doch die West-Berliner waren nicht die einzige Zielgruppe amerikanischer Bemühungen. Es ging auch darum, die geografische Lage zu nutzen, wie der Redner weiter ausführte:

Our secondary mission, of course, is offensive, to exploit our position in Berlin to the maximum advantage with information going direct to the Soviet occupied areas and the east sector and, of course, our mere presence here constitutes, probably, the most effective propaganda of this sort that we could contrive.<sup>517</sup>

Ein Beispiel veranschaulicht die hier skizzierte Doppelstrategie: In der zweiten Hälfte des Jahres 1952 unterstützte das amerikanische Hochkommissariat allein 29 prestigeträchtige Veranstaltungen in West-Berlin, darunter die Grüne Woche, die deutsche Industrierausstellung, den internationalen Juristen-Kongress, die Jahrestreffen der Lutheraner und der Katholiken, ein internationales Treffen verschiedener Jugendgruppen, das Berliner Kulturfestival, den Bundeskongress des DGB sowie eine Versammlung der CDU. Von den über 1,6 Millionen Teilnehmern waren knapp die Hälfte aus Ost-Berlin und der DDR angereist. Das Hochkommissariat hatte somit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die West-Berliner waren stolz auf das positive, kosmopolitische Image ihrer Halbstadt, und man hatte zugleich über 2,5 Millionen Exemplare von 26 verschiedenen amerikanischen Propaganda-Publikationen verteilen können – 47 Prozent davon an DDR-Bürger.<sup>518</sup>

RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3, S. 11 f.

<sup>516</sup> Vgl. Wetzlaugk, *Die Alliierten in Berlin*, S. 59. Ihre Aufgabe lag vielmehr darin, die Entschlossenheit der Westmächte zu demonstrieren und im Notfall durch eine Verteidigung der Stadt Zeit für politische Verhandlungen herauszuschlagen zu können. Ebd., S. 71.

<sup>517</sup> Redebeitrag Downs, in: *Briefing on Current Berlin Problems*, Mitschrift einer Besprechung vom 2. Mai 1950 um 11 Uhr im Directors Building in Berlin, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3, S. 11 f.

<sup>518</sup> *Restricted: Berlin's Special Events*, Anhang zu: Office of the HICOG: Office Memorandum, Subject: Report on IB Pamphlet Operation for 1952, 1. Januar 1952, in: ebd., Box 2, Folder: Correspondence.

Neben der deutschen Bevölkerung in Ost und West hatten die amerikanischen Strategen natürlich auch immer die eigenen Landsleute im Blick: Kurz vor dem Beginn der Blockade, im April 1948, befanden sich ca. 1.375 amerikanische Familienangehörige in Berlin; lediglich 77 beantragten die Heimreise aufgrund der sich zuspitzenden Lage, wobei zur gleichen Zeit 66 neue Familien in der Stadt eintrafen.<sup>519</sup> Auch sie galt es zu schützen. Zusätzlich mussten stets auch die Wünsche und Stimmungen der Bevölkerung in der fernen Heimat berücksichtigt werden: Kurz nach Beginn der Blockade befragt, hatten 80 Prozent der Amerikaner bekundet, dass sie das Festhalten an Berlin befürworteten, selbst wenn dies Krieg bedeuten würde.<sup>520</sup> Hatte man drei Jahre zuvor noch vehement gegen Berlin gekämpft, so war man nun bereit, für West-Berlin kämpfen.

Eine Deutung der transatlantischen Beziehung im Sinne eines paternalistischen Verhältnisses – die »Schutzmacht« und die passiven Beschützten – wird deshalb der Komplexität des Verhältnisses nicht gerecht. Da der Begriff Paternalismus zudem eine vormundschaftliche Herrschaft beschreibt, in der die Machthaber zwar zum Wohle, aber ohne Rücksicht auf den Willen der Beherrschten agieren, blendet er das aktive Zutun der West-Berliner aus. Auch der von Maria Höhn vorgeschlagene Terminus »American Philantropy«<sup>521</sup> hilft nur eingeschränkt, das Wechselspiel zwischen den Akteuren zu verstehen. Natürlich gab es einzelne US-Soldaten, die der deutschen Bevölkerung aus Güte oder Mitleid spontan und selbstlos halfen. Auch amerikanische Strategen werteten die schließlich institutionalisierten und koordinierten Hilfsaktionen als wohlverdiente Belohnung – aber eben nicht nur, denn sie waren zugleich eine strategische Waffe im Kalten Krieg.

### Die Ausweitung der Verteidigungspläne

Die offizielle Direktive für den US-Hochkommissar vom November 1949 wies an: »It is the special believe of your government that Berlin, because of the courageous devotion to democratic liberties which its people have displayed, should be permitted an important role in the development of the Federal Republic of Germany.«<sup>522</sup> Dennoch war der Schutz der West-Berliner

519 OMGUS (Hays) an EUCOM for ODDI, Secret: Operational Priority, Ref No. CC-4031, April 1948, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, Adjutant General, Miscellaneous Correspondence, Box 27, Folder: HQ Berlin Command, File: Outgoing TWX's, BK No. 2.

520 George H. Gallup, *The Gallup Poll: Public Opinion 1935-1971*, Bd. 1, New York 1972, S. 748.

521 Höhn, *GIs and Fräuleins*, S. 69.

522 Office of the HICOG: Secret Policy Book, 15. Juni 1950, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, HICOG Policy Files 1950-52, Subject files of the Assistant Legal Adviser for German Affairs relating to Germany 1952-55, Box 1, S. 3.



Ein Plakat aus dem Jahr 1960  
verdeutlicht die veränderte Mission der Berlin Brigade

Bevölkerung noch bis Mitte der 1950er-Jahre nicht Bestandteil der offiziellen Mission der U.S. Army,<sup>523</sup> obwohl die drei Westmächte auf der Londoner Außenministerkonferenz 1950 genau dies beschlossen und dann 1952 bekannt gegeben hatten, künftig jeden Angriff auf Berlin als einen Angriff auf die eigenen Streitkräfte zu interpretieren. Im Frühjahr 1953 wurde die Mission der alliierten Streitkräfte neu formuliert und man einigte sich auf das Ziel, »to keep the flag flying as long as possible«.<sup>524</sup> Dies beinhaltete allerdings nur die Sicherung der eigenen Militärbasen (speziell des Flughafens Tempelhof,

523 Die offizielle Mission erwähnte lediglich »the security of United States personnel and property in Berlin«; Aufgabe sei »to insure, protect, and safeguard the security and immunities of United States Troops, United States, Allied and Neutral employees, and representatives of the United States and Allied Occupation Forces authorities; and their dependents, in the US Sector of Berlin«. Vgl. Mission of Berlin Military Post, in: Monthly Report of the Commanding Officer BMP, 31. Januar 1952, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files, 1951-60, Box 42, S. V.

524 HQ USAREUR, The U.S. Army in Berlin 1945-1961, Heidelberg 1962, S. 39.

der Napoleon-Kaserne in Reinickendorf und des britischen Hauptquartiers am Olympiastadion, wo auch der für die Verteidigung West-Berlins verantwortliche Allied Staff Berlin untergebracht war) sowie gegebenenfalls die Evakuierung ziviler Angehöriger der Westmächte. In der Öffentlichkeit wurde dies anders kommuniziert. Der Kommandierende General der US-Streitkräfte in Berlin beschrieb 1953 die Gründe der Militärpräsenz für das amerikanische Publikum in der Dokumentation *Soldier in Berlin*:

First, to show the Berliners, our allies, and the Communists the best soldiers of the Army as peaceful representatives of a great democratic nation. Second, to protect United States lives and property [...]. Third, to help the West Berlin police to keep law and order and if it should become necessary, to give them armed support against attack on civil authority. Fourth, to fight, if necessary, for United States rights in a free Berlin which is in keeping with our government's pledge to keep the city free from any encroachment by hostile forces.<sup>525</sup>

Auch wenn hier die Verteidigung West-Berlins als Teil der eigenen Mission genannt wurde, erweiterten die Kommandanten erst im November 1955 ihre Pläne. Diese sahen von nun an vor, West-Berlin tatsächlich an der Grenze zum sowjetischen Sektor zu verteidigen. Ausschlaggebend für die Überarbeitung waren strategische Überlegungen: »The Western Allies would not only better accomplish their mission, but would win the support of West Berliners and demonstrate that they were defending all of West Berlin, and not merely the Allied garrisons«; nur noch in den letzten Kampfphasen war ein Rückzug der Soldaten zum Olympiastadion vorgesehen.<sup>526</sup> Der Jahresbericht 1956/57 der U.S. Army nannte dementsprechend erstmals einleitend die Verteidigung West-Berlins als Auftrag.<sup>527</sup>

#### 2.8.4 Souveränität für die Bundesrepublik – doch was wird aus West-Berlin?

Die Jahre nach der Aufhebung der Blockade waren im Hinblick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch zwei Zäsuren geprägt, die West-Berlin auf Dauer zu einem statusrechtlichen Sonderfall machten: die Gründung zweier deutscher Staaten 1949 sowie der NATO-Beitritt der Bundesrepublik 1955. Beide Ereignisse ließen die Frage aufkommen, was mit West-Berlin geschehen

525 The Big Picture: Soldier in Berlin (USA, 1953), Minute 25:30ff., URL: <http://digital.films.com.libproxy.lib.unc.edu/PortalPlaylists.aspx?aid=4059&xtid=45003> [21.10.2016].

526 Zu den Verteidigungsplänen siehe: HQ USAREUR, The U.S. Army in Berlin 1945-1961, Heidelberg 1962, S. 39-56, Zitat S. 42.

527 Vgl. Mission of Berlin Command, in: Historical Report Berlin Command, 1. Juli 1956 bis 30. Juni 1957, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files, 1951-60, Annual Reports 1955-56, Box 44, S. 2.

solle und wie sich die alliierte Präsenz künftig gestalten würde. In der Bundesrepublik wurde die US-Militärregierung infolge der Staatsgründung durch das dem State Department verpflichtete Hochkommissariat abgelöst. In West-Berlin wurde das Kleine Besatzungsstatut erlassen und der US-Stadtkommandant übernahm sowohl die Aufgabe des örtlichen Hochkommissars als auch die des militärischen Oberbefehlshabers.<sup>528</sup>

Als es Mitte der 1950er-Jahre schließlich um die Auflösung des Hochkommissariats zugunsten einer regulären Botschaft ging, wurde der rechtliche Sonderfall Berlins erneut akut. Das US-Hochkommissariat in Bonn schlug zunächst ein ähnliches Vorgehen wie in der Bundesrepublik vor: In Form einer Absichtserklärung sollten die Westmächte anbieten, den Berlin-Paragrafen des Londoner Abkommens umzuformulieren, um West-Berlin ebenfalls weitestgehend Autonomie zu gewähren. Man spekulierte auf einen »dramatic appeal« seitens der Deutschen, die sich auf diesen Vorschlag hin sicherlich umgehend zu Verhandlungen bereit erklären würden. Der Status als Bundesland sollte West-Berlin zwar nicht gewährt werden, dennoch würden sich die Alliierten komplett aus dem alltäglichen Regierungsgeschäft heraushalten. Die Alliierte Kommandantur sollte durch einen Alliierten Rat für Berlin ersetzt werden, und an die Stelle des Stadtkommandanten würde ein Regierender Hochkommissar für Berlin (*Acting High Commissioner for Berlin*) treten. In den Zuständigkeitsbereich des Alliierten Rates würden nur die Bereiche Militär und Sicherheit fallen; er würde ad hoc tagen, wenn dringende Fragen dies verlangen sollten. Eine Lizenzierungsbehörde sollte sich ergänzend um die Kontrolle der Industrieproduktion kümmern. Die Berliner Regierung würde im Anschluss an die Umstrukturierung prüfen, welche Befehle der Kommandantur aufgehoben werden können.<sup>529</sup>

Der US-Kommandant in Berlin, George Honnen, zeigte sich schockiert über diesen Vorschlag und warnte das Hochkommissariat, der Vorschlag »tends to emphasize the political, economic and psychological interests at the expense of our security position«. Man dürfe allerdings nicht das Pferd von hinten aufzäumen, sondern müsse erst überlegen, welche Pflichten man habe, wen und was man dafür benötige, und könne dann entscheiden, ob trotzdem

528 Die Aufgabenteilung basierte erstens auf einem Memorandum vom US-Stadtkommandanten an Maxwell D. Taylor sowie, zweitens auf den daraus resultierenden Befehlen von Clarence R. Heubner (Commander-in-Chief EUCOM) und Hochkommissar John J. McCloy an Taylor: HQ EUCOM, Office of the Chief of Staff: Memorandum for US High Commissioner and Acting Commander-in-Chief, Subject: Plan for the Establishment of the U.S. Berlin Command, 24. August 1949, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Assistant Chief of Staff (G-3 Operations), Plans and Policy Branch, Policy Section Organizational Planning Files 1954-58, Box 158; HQ EUCOM, Office of the Chief of Staff an Maxwell D. Taylor, Subject: Orders, 31. August 1949, in: ebd.; John J. McCloy an Maxwell D. Taylor, 1. September 1949, in: ebd.

529 HQ USAREUR an DA for G3: Secret Outgoing Message, Ref No: SX-2775, 14. Oktober 1954, in: ebd.



grundlegende Änderungen am Status möglich seien.<sup>530</sup> Diese Meinung vertraten auch die Stabschefs, die Joint Chiefs of Staff, die dem State Department gegenüber ihre Zweifel bekundeten, ob die Ablösung des Stadtkommandanten durch eine zivile Person tatsächlich ratsam sei, und festhielten, dass sie in diesem Falle keinerlei Verantwortung übernehmen würden.

US-Botschafter James B. Conant schlug dem Stadtkommandanten Honnen schließlich einen Kompromiss vor: Der Berliner Vertreter des State Departments würde dem Kommandanten gleichgestellt, ihn jedoch nicht ersetzen. Der Stadtkommandant würde die USA im Umgang mit den Deutschen sowie in der Kommandantur vertreten, der Chef der US-Mission würde als Repräsentant des State Departments agieren. Dass der künftige US-Botschafter in Deutschland einem Vertreter des Militärs Anweisungen erteilen würde, die dieser wiederum teils an Zivilisten delegieren würde, sei nicht wünschenswert.<sup>531</sup> Ein Memorandum des USAREUR-Hauptquartiers warnte an dieser Stelle jedoch vor einem absehbaren (und in der Vergangenheit mehrfach vorgefallenen) Kompetenzgerangel und betonte noch einmal die Wichtigkeit des Sicherheitsaspektes.<sup>532</sup>

Honnen machte in seiner Antwort deutlich, dass Conants Vorschlag seiner Meinung nach von dem Wunsch nach Ausweitung des eigenen Einflussbereiches motiviert war und die Interessen der USA nicht genügend berücksichtigen würde. Er insistierte, »Berlin remains an occupied city«, denn eine Aufteilung der Verantwortung würde nur dazu führen, dass »our Allies, the German authorities, and the Soviets will be in a position to play one U.S. agency against another«. Er sprach sich deshalb gegen jegliche Veränderung aus: »There is no question whether the present organization will work; it had worked.«<sup>533</sup> Anthony McAuliffe, Oberbefehlshaber der U.S. Army Europe, war derselben Meinung. In seiner Antwort an Conant übernahm er sogar einige Formulierungen des Kommandanten.<sup>534</sup> Er befürchtete, die Umstrukturierung würde dazu führen, dass der US-Stadtkommandant nur noch als Vertreter des Militärs und nicht mehr in seiner politischen Regierungsfunktion wahrgenommen werden würde, was eine Normalisierung in Berlin suggerieren und die Vermutung wecken könnte, dass die USA sich zurückziehen wollten.<sup>535</sup>

530 George Honnen an James B. Conant, 12. Oktober 1954, in: ebd.

531 James B. Conant an General Anthony McAuliffe, 25. März 1955 und Anhang: Proposed Letter to General Honnen, in: ebd.

532 Vgl. HQ USAREUR Assistant Chief of Staff G-3: Memorandum for Chief of Staff, Subject: Proposed Changes in Relationship Between U.S. Commander and U.S. State Department Civilian Representative, Berlin, When German Federal Republic Attains Sovereignty, 5. April 1955, in: ebd.

533 George Honnen, Memorandum an Anthony McAuliffe, 6. April 1955, in: ebd.

534 McAuliffe an Conant, 25. April 1955, in: ebd.

535 Anscheinend wieder verworfenes Schreiben von McAuliffe an Conant, undatiert, in: ebd.

Vier Monate nachdem die Bundesrepublik ihre Souveränität erhalten hatte, wurde noch immer über Berlin gestritten. Das Ergebnis lautete schließlich: Der US-Kommandant bleibt Oberbefehlshaber des Berlin Command und wird parallel zum Berliner Stellvertreter des US-Botschafters in Deutschland ernannt; der US-Botschafter schickt zusätzlich einen Gesandten nach West-Berlin, der auch als Stellvertreter des Kommandanten fungiert.<sup>536</sup>

Im Dezember 1961 fand eine letzte große Umstrukturierung des US-Militärs in West-Berlin statt, der US-Kommandant behielt jedoch seine militärisch-politische Doppelfunktion.<sup>537</sup> Waren die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik nun dem *NATO Status of Forces Agreement* (SOFA) verpflichtet, so blieben sie in Berlin Teil der alliierten Besatzungsmacht. West-Berlin wurde nicht Teil der NATO, war aber dadurch abgesichert, dass die NATO-Mitglieder sich verpflichtet hatten, jeden Angriff gegen die Stadthälfte »als einen Angriff auf ihre Streitkräfte und sich selbst« zu verstehen.<sup>538</sup>

## 2.9 Resümee

Infolge der zweimonatigen sowjetischen Besatzung hoffte im Sommer 1945 ein Großteil der Berliner Bevölkerung auf eine rasche Verbesserung der Situation durch das Einrücken der Westmächte. Insbesondere von der US-Armee erwartete man polizeilichen Schutz, Hilfe beim Wiederaufbau und eine adäquate Versorgung mit Lebensmitteln – und deutete sie somit als »Schutzmacht«, noch bevor ihre Truppen Berlin erreicht hatten und lange bevor dieser Begriff zu einem offiziellen Terminus im Berliner Sprachhaushalt wurde. Dennoch stellt das Verhältnis zwischen West-Berlin und den USA zwischen 1945 und 1949 keine lineare Erfolgsgeschichte dar. Schnell kam Enttäuschung auf, als auch die US-Armee Wohnraum requirierte, die Versorgungskrise nicht gleich beendete, die Entnazifizierung fortsetzte und den Berlinern zwar mit Empathie, aber nach wie vor auch mit Skepsis begegnete. Die Möglichkeit des unmittelbaren Vergleichs der Siegermächte und der von ihnen vertretenen Politik verschaffte den USA dennoch einen Vorteil, da das sowjetische Besatzungsregime stets als Negativfolie diente.

Der Wandel der amerikanischen Strategie im Jahr 1947, der seinen deutlichsten Ausdruck im Marshall-Plan fand, legte nach dem »Hungerwinter« einen wichtigen Grundstein dafür, dass die Bewohner der Westsektoren wieder optimistischer in die Zukunft blickten und die Anwesenheit der West-

<sup>536</sup> Wetlaugk, *Die Alliierten in Berlin*, S. 54 f.

<sup>537</sup> Vgl. HQ USAREUR, *The U.S. Army in Berlin 1945-1961*, Heidelberg 1962, S. 33 f.; Airgram der U.S. Mission Berlin an den Secretary of State und die US-Botschaft in Bonn, 14. Dezember 1961, in: NACP, RG 84, RG 84, *Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, Germany, Berlin Mission, General Records 1959-61, Box 4, Folder: 420*.

<sup>538</sup> Wetlaugk, *Die Alliierten in Berlin*, S. 54 f.

Alliierten zunehmend positiv bewerteten. Als »Freunde« wurden sie allerdings noch nicht empfunden. Stattdessen wurde nun darüber geklagt, dass die Spannungen zwischen den Siegermächten auf dem Rücken der Stadtbevölkerung ausgetragen würden und man als Spielball und Verhandlungsmasse in einem neuen Konflikt diene.

Gründe für das trotz Kritik und Enttäuschung weitgehend friedliche Miteinander von Besatzern und Besetzten gibt es viele: Die West-Berliner erachteten die USA aufgrund der sowjetischen Präsenz als (einzige) Hoffnungsträger. Darüber hinaus waren die mit der Anwesenheit Tausender Soldaten verbundenen Phänomene kein Novum für die lokale Bevölkerung. Clubs und Bars waren schon lange vor dem Krieg Teil der städtischen Infrastruktur gewesen und hatten der Stadt einst ihren glamourös-verruchten Ruf eingebracht. Auch eine umfangreiche Militärpräsenz stellte für die Berliner keine Neuigkeit dar. Hinzu kam, dass die Zahl der alliierten Soldaten zwar teilweise weitaus höher war als in einzelnen Ortschaften in der Bundesrepublik, sie aber prozentual stets in der Minderheit blieben.

Private Kontakte zwischen den US-Soldaten und der deutschen Bevölkerung wurden in den ersten Nachkriegsjahren von der U.S. Army nicht gern gesehen. Sie ergaben sich dennoch, da Tausende Berliner für die Westmächte arbeiteten und auch die intensive Jugendarbeit der US-Armee zahlreiche Kontaktmöglichkeiten bot. Als Problem wurden in diesem Kontext lediglich intime Beziehungen zwischen amerikanischen Männern und deutschen Frauen erachtet. Deutsche wie amerikanische Stellen versuchten, derartige Verbindungen einzuschränken und zu regulieren, konnten sie aber nicht unterbinden. Der amüsiert-verständnisvolle Umgang mit dem Thema »Fraternisierung« in der Berliner Lokalpresse wurde unter anderem als Versuch interpretiert, die Offenheit der Stadt zu unterstreichen und positive Berlin-Bilder aus der Vergangenheit aufzugreifen.

Deutungsmuster und Erzählungen aus den Zeiten der Weimarer Republik sorgten auch dafür, dass die Stadt von vielen amerikanischen Akteuren anders wahrgenommen wurde als der Rest Deutschlands. Zeitgenössische Beobachter suchten nach dem einstigen Glanz Berlins und berichteten erfreut, wenn sie zwischen den Ruinen Überreste fanden, die ihre Erwartungen bestätigten. Aus ihrer Perspektive stellte die Internationalität der von den vier Siegermächten besetzten Stadt eine Kontinuität zum kosmopolitisch und als »amerikanisch« wahrgenommenen Berlin der 1920er-Jahre dar. Den Berlinern selbst bot diese Deutung die Möglichkeit einer positiven Traditionsbildung, erlaubte sie doch einen Brückenschlag über die dunklen Jahre der NS-Zeit hinweg. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde so ein narrativer Grundstein für spätere Berlin-Erzählungen gelegt.

Die Blockade 1948/49 stellte in Bezug auf das amerikanische Berlin-Bild und das städtische Selbstverständnis nur bedingt eine Zäsur dar. Sie bildete vielmehr den Höhepunkt eines längeren Prozesses, in dessen Folge sich die USA den West-Berlinern gegenüber zunehmend moralisch verpflichtet fühl-

ten, hatten sie sich doch als würdige Partner in dem gerade begonnenen Kampf gegen den Kommunismus erwiesen. Zugleich erkannte die US-Armee die strategische Bedeutung der westlichen Halbstadt im Kalten Krieg: Als »Vorposten der Freiheit« würde sie als Symbol und anschauliches Beispiel eigener Erfolge dienen. Als »Frontstadt« könne man den Standort optimal ausnutzen, um auf die Menschen in Ost-Berlin und in der neu gegründeten DDR einzuwirken. Das Verhältnis zwischen West-Berlin und den USA vor diesem Hintergrund als reines Zweckbündnis zu deuten, würde aber zu kurz greifen, denn in jener Zeit bildete sich nicht nur eine transatlantische Erfahrungs-, sondern auch eine Wertegemeinschaft heraus, wie das folgende Kapitel zeigen wird.

### 3. Imaginierte, inszenierte und institutionalisierte Gemeinschaft

Im Rahmen eines gemeinsamen Auftritts der Kabarett-Ensembles der Berliner *Stachelschweine* und der *Münchner Lach- und Schießgesellschaft* im September 1963 wurden auf der Bühne zwei Gruppen gebildet, um dem illustren Publikum – bestehend unter anderem aus Bürgermeister Willy Brandt und Senatssprecher Egon Bahr – eine deutsche Version des Musicals *The West Side Story* zu präsentieren. Das bayerische Ensemble – dessen Mitglieder ursprünglich aus Halle, Stralsund, Potsdam, Wittenberge an der Elbe und Schlesien stammten – spielte die DDR, die West-Berliner sich selbst. Mit viel Selbstironie priesen die *Stachelschweine* ihre westliche Stadthälfte:

Wohlstand der kommt aus Amerika, Brathähnchen komm' aus Amerika, selbst Adenauer sagt immer ja, spricht er mal über Amerika. [...] Kennedy kam aus Amerika, mehr Jubel als in Amerika, ›Ätsch, ihr habt keen aus Amerika!‹, jeder sagt heut' in Amerika: Ich bin ein Berliner! Wir ham die Freiheit in Großformat, jeder bei uns ist ein Demokrat. Bäh, bäh!<sup>1</sup>

In einem anderen Sketch befragte Wolfgang Gruner einige von den anderen Kabarettisten imitierte Politiker, was sie denn von dem berühmt-berüchtigten Berliner Humor halten würden. Der Darsteller Konrad Adenauers antwortete: »Ja, mein lieber junger Freund, das war vor einiger Zeit, als ich hier mal in Berlin war, da sagte mir der [Ernst] Lemmer [...], da habe ich furchtbar gelacht: Herr Bundeskanzler, nun sind Sie ja schon das dritte Mal hier in Berlin.« Gruner hakte nach: »Und da haben Sie sehr gelacht?« Der Kanzler-Imitator grinste: »Ja, natürlich. Ich war ja erst zwei Mal hier.«<sup>2</sup>

Die beiden Sketche zeigen, zwischen welchen Polen West-Berlin sich Anfang der 1960er-Jahre verortete: Während der erste die intensive Amerikabindung und die rigorose Ablehnung des Kommunismus persiflierte, verwies der zweite auf das weitverbreitete Gefühl, von der bundesdeutschen Politik alleingelassen und von »den Westdeutschen« nicht verstanden zu werden. Angedeutet wird, dass West-Berlin sich neben der DDR und der Bundesrepublik als eine dritte

1 »Berlin ist einen Freiplatz wert«, SFB/NDR, September 1963, Online unter: <http://www.veoh.com/m/watch.php?v=v19643358PBXRYrZ>, zitierter Sketch zwischen Minute 18:15 und 30:00 [7.3.2018]. Zwischen 1962 und 1964 traten die beiden Ensembles mehrmals in der vom Norddeutschen Rundfunk und dem Sender Freies Berlin ausgestrahlten Sendung »Berlin ist einen Freiplatz wert« gemeinsam auf. Später waren die Auftritte auch als Langspielplatte erhältlich; der Erlös ging an das Hilfswerk Berlin, eine während der Blockade in Westdeutschland gegründete Einrichtung, die zunächst die »Kinder-Luftbrücke« organisierte und auch später Berliner Kindern Ferienreisen ermöglichte.

2 Ebd., online unter: <http://www.veoh.com/m/watch.php?v=v19645583kyrSYED7>, ab Minute 25:00 [7.3.2018].

deutsche Entität verstand, die sich eher an den USA orientierte als an einer Bundesrepublik, deren Kanzler der Stadt erst neun Tage nach Beginn des Mauerbaus einen Besuch abgestattet hatte. Eine Kritik der Kabarett-Sendung im *Spiegel* gibt die westdeutsche Interpretation des Bühnenprogramms wieder. Der Verfasser merkte dankbar an, dass er aufgrund der selbstkritischen Beiträge der *Stachelschweine* endlich mal wieder über Berlin lachen können:

Erinnern wir uns mit Schauern: Da lag man uns seit Wochen, nach jeder ›Tagesschau‹, mit dem Werbe-Marschlied für eine Fachausstellung in den Ohren, die ernstlich nur Radiohändler interessieren konnte. ›Berlin auf jeder Welle ...‹ Da wurden Altberliner Possen entmottet. Da wimmelte es von Leierkastenmännern und Würstmaxen. Da waberte der Äther von Liebeschwüren und Treue-Adressen an ›Spree-Athen‹, wölbte sich eine Dunstglocke aus krokodilstränenfeuchter Luft, Luft, Luft. Da wurde Millionen TV-Benützern eine Nonstop-Empfindung abgenötigt, die, wäre sie realiter erbringbar, in das Gebiet der Psychopathologie fallen müsste. Nun, seit dem 7. September, können die Sympathien für Berlin ungehindert ins Kraut schießen, ja, sogar die eben begonnene Werbefilmwelle für die Ferienplatz-Lotterie überstehen. Merke: Die Berliner Luft ist wieder rein.<sup>3</sup>

Schon zwei Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer, so scheint es, war man im Westen Deutschlands der Aufrufe zu Hilfsaktionen, Notopfern und Solidaritätsadressen für die bedrohte »Frontstadt« offenbar überdrüssig.

Die in diesen Zitaten deutlich werdende gefühlte Differenz zwischen West-Berlin und Westdeutschland, so die Ausgangsthese dieses Kapitels in Anlehnung an Burghard Ciesla, Michael Lemke und Thomas Lindenberger, resultierte aus den Erlebnissen zwischen 1945 und 1961, in denen in Berlin ein »Zustand der latenten Dauerkrise« herrschte, »der das Lebensgefühl und das eigene Selbstverständnis weit über die Jahre des Mauerbaus hinaus prägte« und die Stadt zu einer »politischen und sozialen Landschaft eigener Art« werden ließ.<sup>4</sup> In jenen Jahren konstituierte sich West-Berlin als besonderer Erfahrungsraum mit spezifischen Ängsten und Hoffnungen und mit einer eigenen städtischen Identität. Um diese Annahme zu überprüfen, wird im Folgenden zunächst gefragt, was den spezifischen West-Berliner Erfahrungsraum zwischen der Aufhebung der Blockade und dem Bau der Mauer ausmachte. Zweitens wird analysiert, wie diese Erfahrungen gedeutet und welche Erwartungen daraus abgeleitet wurden, inwiefern sie identitätsstiftend und auch in transnationaler Perspektive gemeinschaftsstiftend waren. Drittens wird anhand einzelner Beispiele herausgearbeitet, wie die neu entstandene transatlantische Gemeinschaft inszeniert, institutionalisiert und tradiert wurde.

3 Telemann, Luftveränderung, in: Der Spiegel 38/1963, S. 105.

4 Ciesla/Lemke/Lindenberger, Einleitung, S. 8 f.

### 3.1 Das West-Berlin der 1950er-Jahre als Erfahrungsraum

Entgegen allen Erwartungen und Hoffnungen endeten die 1940er-Jahre nicht friedlich, sondern bildeten den Auftakt zu einer neuen globalen Auseinandersetzung, die in den langen 1950er-Jahren, zwischen Blockade und Mauerbau, ihren Höhepunkt erreichte. Das Jahr 1949 erwies sich hierbei als besonders entscheidend: Die sozialistischen Staaten gründeten den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), kurz darauf entstanden das westliche Verteidigungsbündnis NATO sowie der Europarat. Im Mai hob die Sowjetunion die Blockade West-Berlins auf, doch kündigte sich zugleich die definitive Teilung Deutschlands an. Am 23. Mai 1949 gründete sich mit Inkrafttreten des Grundgesetzes die Bundesrepublik, am 7. Oktober erfolgte die Gründung der DDR. West-Berlin blieb weiterhin besetztes Gebiet und kam nicht zur Ruhe. Hier wurden insbesondere die erste erfolgreiche Zündung einer sowjetischen Atombombe im August sowie die Ausrufung der Volksrepublik China im Oktober mit Sorge beobachtet.

Eine klare Zäsur, die zwischen Krieg und Frieden unterschied, war daher nur schwerlich auszumachen. Als die West-Berliner 1952 im Rahmen einer Umfrage gebeten wurden anzugeben, welcher Zeitraum für sie seit Kriegsende am Schlimmsten gewesen sei, nannten 64 Prozent die Jahre zwischen 1945 und 1947 und lediglich 8 Prozent die Blockade.<sup>5</sup> Eine Chronologie der Zeitung *Telegraf*, veröffentlicht aus Anlass der Aufhebung der Blockade, datierte deren Beginn auf den Sommer 1946.<sup>6</sup> Dies verdeutlicht die Wahrnehmung einer nicht enden wollenden Krisensituation, in der eine im historiografischen Rückblick oft als Ausnahmesituation gedeutete Zeit noch als geringeres Übel gesehen wurde.

Für die USA wurde eine ähnlich zäsurlose Zeitwahrnehmung festgestellt, denn auch dort markierte das Jahr 1945 nur eingeschränkt einen klaren Übergang vom Krieg zum Frieden. Bis in die 1960er-Jahre, so der Historiker Michael S. Sherry, hätten der Zweite Weltkrieg und der unmittelbar anschließende Kalte Krieg »common symbols, enemies, and purposes« gestiftet und zugleich andere Probleme in den Hintergrund gedrängt.<sup>7</sup> Auch der Historiker Andrew J. Bacevich lehnt das Jahr 1945 als eindeutige Zäsur ab. Zudem weist er, wie auch Sherry, darauf hin, dass der durch variierende Formen von Gefahr und Unsicherheit geprägte nationale Diskurs während des Kalten Krieges eine disziplinierende Wirkung gehabt habe: Gut und Böse waren klar definiert, wer nicht an die amerikanische Überlegenheit glaubte, machte sich

5 HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: How strong is resistance morale in West Berlin today, Report Nr. 146, Serie No. 2, 28. Juli 1952, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 4.

6 Berlin im Würgegriff der Sowjets, in: *Telegraf*, 12. Mai 1949, S. 5.

7 Michael S. Sherry, *In the Shadow of War. The United States since the 1930s*, New Haven/London 1995, hier S. 500f.

des Defätismus, wenn nicht sogar »unamerikanischer Aktivitäten« verdächtig. Die Bedrohung durch den Kommunismus, so die allgemeine Überzeugung, verlangte nach einer immerwährenden Fähigkeit und Bereitschaft, mit aller Macht gegen die Feinde vorzugehen.<sup>8</sup>

### Die Sorge vor einem sowjetischen Angriff

Die amerikanische Deutung der globalen Lage nach Aufhebung der Berlin-Blockade spiegelt sich insbesondere in dem Präsident Truman im April 1950 vorgelegten National Security Council Report NSC-68, der die Außenpolitik der USA für zwei Dekaden prägen sollte. Er basierte auf der Annahme, die Sowjetunion sei »animated by a new fanatic faith, antithetical to our own, and seeks to impose its absolute authority over the rest of the world«. Der eigene Erfolg hänge nun davon ab, ob »this Government, the American people, and all free peoples« erkennen würden, »that the cold war is in fact a real war in which the survival of the free world is at stake«.<sup>9</sup> Wer als Sieger aus diesem Konflikt hervorgehen würde, war den zeitgenössischen Beobachtern nicht klar.

In West-Berlin war zu jener Zeit die »Expansionsphase kommunistischer Deutschlandpolitik«<sup>10</sup> täglich erlebbar: Ende Mai 1950 lud die Jugendorganisation der DDR zum Pfingsttreffen nach Berlin und plante, »mit fünf Marschsäulen vom Osten der Stadt in West-Berlin einzumarschieren und dort die Schlagkraft der FDJ zu demonstrieren«; im Westteil Berlins sowie in der Bundesrepublik löste dies Kriegsängste aus.<sup>11</sup> Der Marsch auf Berlin wurde abgesagt und über 200.000 FDJ-Mitglieder besuchten friedlich die Westsektoren. Trotzdem blieb die Sorge, dass ein solcher Überfall irgendwann tatsächlich erfolgen könnte.

Nur einen Monat später, am 25. Juni 1950, griff die Nordkoreanische Volksarmee Südkorea an. Im westlichen Teil Deutschlands reagierten viele Menschen mit einer »plötzlich anwachsenden Kriegsfurcht« und »Zukunftspessimismus«, Hamsterkäufe wurden getätigt und Koffer für eine mögliche Flucht gepackt. Zu sehr erinnerte die Situation Koreas an die eigene: ein Konflikt, hervorgegangen aus der Aufteilung des Landes in eine amerikanische und eine sowjetische Besatzungszone, aus denen sich zwei separate Staaten entwickel-

8 Andrew J. Bacevich, Introduction, in: ders. (Hg.), *The Long War. A New History of U.S. National Security Policy Since World War II*, New York 2007, S. VII-XIV.

9 The Executive Secretary, *A Report to the National Security Council on United States Objectives and Programs for National Security*, NSC 68, 12. April 1950, in: Harry S. Truman Library and Museum, *Truman Papers, President's Secretary's File*, S. 4 (corrected) und 65, online unter: [https://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study\\_collections/coldwar/documents/pdf/10-1.pdf](https://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study_collections/coldwar/documents/pdf/10-1.pdf) [7.3.2018].

10 Michael Lemke, *Die »Gegenspiele«*. Weltjugendfestival und FDJ-Deutschlandtreffen in der Systemkonkurrenz 1950-1954, in: Heiner Zimmermann (Hg.), *Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung*, Münster 2005, S. 452-505, Zitat S. 453.

11 Vgl. ebd., S. 456.



ten.<sup>12</sup> Erst im Januar 1951 ließ die Furcht, ein weiterer Weltkrieg stehe unmittelbar bevor, wieder nach.<sup>13</sup>

Die U.S. Army fürchtete indes, die DDR könne der Sowjetunion dazu dienen, die eigenen Expansionsbestrebungen als eine Art deutschen Bürgerkrieg zu tarnen. Auch die Möglichkeit einer erneuten Blockade oder eines militärischen Angriffs durch die Rote Armee mithilfe der DDR-Volkspolizei wurde diskutiert. Eine geheime Zusammenfassung der Lage Berlins betonte, dass die amerikanischen Truppen einen Angriff auf die Westsektoren nicht allein abwehren könnten, man sei auf die Unterstützung der Einwohner angewiesen – in psychologischer wie militärischer Hinsicht.<sup>14</sup> Ein Ergebnis dieser Feststellung war die Gründung der Bereitschaftspolizei und der Polizei-Einsatzkommandos, die eine militärische Grundausbildung erhielten, um im Notfall gemeinsam mit den alliierten Truppen eingesetzt werden zu können. Da die U.S. Air Force sich nun auf den Krieg in Korea konzentrierte, wurde zudem die infolge der Blockade angelegte Bevorratung West-Berlins, die »Senatsreserve«, ausgeweitet, sodass die drei Westsektoren über einen längeren Zeitraum auch ohne Versorgung aus der Luft würden überleben können. Als weitere Maßnahme empfahl der Report eine rhetorische Standhaftigkeit, die sowohl den West-Berlinern als auch der Sowjetunion zeigen solle, dass die Westmächte ihre Sektoren nicht aufgeben würden.<sup>15</sup>

Die in unzähligen Reports und logbuchartigen Listen dokumentierten und von der US-Armee stets als »harassments«, als sowjetische Schikanen, bezeichneten Ereignisse zeichnen ein Bild des Konflikts als nervenaufreibender Kleinkrieg. Immer wieder erlassene temporäre Restriktionen des Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin, Behinderungen alliierter Konvois, das spontane Entfernen sämtlicher englischsprachiger Schilder auf der Autobahn Berlin-Helmstedt durch die Volkspolizei und die unzähligen Versuche, die West-Alliierten dazu zu zwingen, sich bei der Einreise in die DDR auszuwei-

12 Michael Lemke, Wahrnehmungen und Wirkungen des Koreakriegs im geteilten Deutschland, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), *Der Koreakrieg. Wahrnehmungen – Wirkung – Erinnerungen*, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 74-98, Zitate S. 87f. und 96. Siehe auch: Dieter Krüger, *Der »Koreaschock« 1950. Wendepunkt oder Katalysator der westdeutschen Sicherheitspolitik*, in: Bernd Bonwetsch/Matthias Uhl (Hg.), *Korea – ein vergessener Krieg? Der militärische Konflikt auf der koreanischen Halbinsel 1950-1953 im internationalen Kontext*, München 2012, S. 167-175. Zur DDR: Burghard Ciesla, *Korea als Generalprobe? Wahrnehmungen und Wirkungen des Koreakriegs in der DDR*, in: ebd., S. 103-114; Sascha Foerster, *Die Angst vor dem Koreakrieg. Konrad Adenauer und die westdeutsche Bevölkerung 1950*, Marburg 2013, S. 107-109.

13 Vgl. Foerster, *Die Angst vor dem Koreakrieg*, S. 103.

14 *Secret: A Review of the Berlin Situation*, 10. August 1950, in: NACP, RG 338, *Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter)*, Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post, Box 655, Folder: Historical Reports.

15 Ebd.

sen, stellten hierbei nur kleine Begebenheiten dar, die einerseits schnell zum Alltag gehörten, andererseits aber auch jederzeit eskalieren konnten.<sup>16</sup>

Für den 15. und 16. Mai 1951 finden sich in einem internen Protokoll der US-Armee zum Beispiel mehrere Einträge, die eine konzertierte Aktion der FDJ im Vorfeld der III. Weltfestspiele der Jugend vermuten lassen: Die gesamte Nacht über kam es zu Ausschreitungen, als junge DDR-Bürger in den Westsektoren demonstrierten und randalierten. Autos wurden umgeworfen, das Interieur des Amerika-Hauses und des Presse Clubs demoliert und geplündert, die Truman Hall und der Wannsee Anchor Service Club gar in Brand gesetzt. Aus dem britischen Informationscenter wurden Bücher gestohlen und vor dem Gebäude verbrannt. Alliierte Soldaten sowie West-Berliner Polizisten wurden attackiert und teils verletzt; an ihren Autos wurden Aufkleber mit dem Satz »Ami go home« angebracht. Deutsche Angestellte der Army wurden bedroht, zwei sogar zusammengeschlagen.<sup>17</sup>

Während der Weltfestspiele selbst kam es lediglich an einem Tag, dem 15. August 1951, zu Konflikten. Der West-Berliner Senat hatte die jungen Gäste der DDR zu einem Besuch der anderen Stadthälfte eingeladen – nicht ohne Hintergedanken, denn Versorgungsengpässe im Osten wurden als Chance erachtet, den eigenen Wohlstand zu demonstrieren. Zehntausende junge Teilnehmer nahmen diese Chance zwischen dem 5. und 19. August wahr, was der FDJ-Leitung unter Erich Honecker massive Kritik einbrachte. Eine geschlossene Machtdemonstration sollte der DDR-Führung signalisieren, dass man die Kontrolle nicht verloren hatte: Nach Tagen des ideologisch aufgeladenen, aber friedlichen Feierns liefen »mehrere tausend FDJ-ler in Blauhemden in drei geschlossenen Marschblöcken (Neukölln, Wedding und Kreuzberg) laut singend und Fahnen schwenkend« durch West-Berlin, was Zusammenstöße mit der West-Berliner Polizei provozierte und schließlich »bürgerkriegsartige Szenen« zur Folge hatte.<sup>18</sup>

Der politische Konflikt spitzte sich in den Folgemonaten aufgrund des General- und des EVG-Vertrags, der Stalinnoten und des schließlich auf der II. SED-Parteikonferenz offiziell verkündeten Aufbaus des Sozialismus in der DDR noch weiter zu: Die Westsektoren wurden partiell abgeriegelt, die Telefonleitungen zwischen Ost- und West-Berlin getrennt, die Repressalien gegen sogenannte Grenzgänger nahmen zu, und wenn West-Berliner das Umland besuchen wollten, brauchten sie nun einen Passierschein; wer dort ein

16 Zu den zahlreichen Vorfällen zwischen 1945 und 1961: HQ USAREUR, *The U.S. Army in Berlin 1945-1961*, Heidelberg 1962.

17 HQ BMP, Capt. J.L. Pfeiffer: *Staff Duty Officer's Journal*, 15.-16. Mai 1951, 17.00-8.00 Uhr, in: NACP, RG 549, *Records of U.S. Army Europe*, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, *Historical Report Files 1951-60*, Box 35, Folder: *Staff-Duty Journal*, April-June 1951.

18 Lemke, *Manuskript*, S. 35f. Siehe auch: Lemke, *Vor der Mauer*, S. 141-153; Stefan Wolle, *Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR*, Berlin 2013, S. 229-234.

Grundstück besaß, wurde faktisch enteignet.<sup>19</sup> Die aus dem Aufbau des Sozialismus resultierenden massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR und schließlich die brutale Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wiederum signalisierten den Bewohnern der Westsektoren, dass die Zugehörigkeit zum Westen mehr Freiheit und mittel- bis langfristig wohl auch einen höheren Lebensstandard versprach. Davon war allerdings unmittelbar nach der Blockade noch nicht sehr viel zu spüren.

### Das defizitäre »Schaufenster des Westens«

Berlin hatte seit 1945 keinen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt.<sup>20</sup> Die Zerstörung der städtischen Industrie, die Demontagen nach dem Krieg, die Währungsreform und schließlich die Blockade hatten dazu beigetragen, dass es den Bewohnern der Westsektoren im Juni 1949 finanziell schlechter ging als nach Kriegsende – über ein Drittel empfing Sozialleistungen.<sup>21</sup>

Die Zahl der Arbeitssuchenden war von 93.000 im März 1949 auf 279.000 im Dezember desselben Jahres gestiegen und sank auch in den darauffolgenden Jahren kaum.<sup>22</sup> Seit 1947 hatten 364 Firmen Berlin verlassen.<sup>23</sup> Mehrere traditionelle Absatzmärkte der städtischen Unternehmen waren weggebrochen.<sup>24</sup> Auch von den üblichen Zulieferungen aus dem Umland waren die Westsektoren abgeschnitten; die langen und unsicheren Transportwege durch die SBZ/DDR sorgten in West-Berlin für Preissteigerungen und ließen dort produzierte Produkte immer teurer und damit kaum konkurrenzfähig werden; die zahlreichen Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten des deutschen Reichs und schließlich aus der DDR erschwerten eine Erholung des Arbeitsmarktes.<sup>25</sup>

Der Vorsitzende der Economic Cooperation Administration (ECA), der die Verwaltung der Gelder des European Recovery Program oblag, zeichnete deshalb im Mai 1950 in einer Rede zur Lage West-Berlins ein düsteres Bild: Die

19 Vgl. Lemke, *Vor der Mauer*, S. 171-189.

20 Zur wirtschaftlichen Lage vor dem Mauerbau ausführlich: Frank Zschaler, *Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin, 1945-1961*, Berlin 1995, insbesondere S. 198-258; Lemke, *Vor der Mauer*, S. 265-395.

21 Im Juni 1949 lebten in den Westsektoren 135.236 Personen von Sozialhilfe, 255.426 erhielten Leistungen aus ihrer Sozialversicherung sowie weitere 285.734 erhielten Arbeitslosengeld. OMGBS, *A Four Year Report*, S. 92.

22 Im Februar 1950 waren es noch immer 309.000. Bis zum Juni 1953 sank die Zahl auf 242.000. Vgl. Arthur Schlegelmilch, *Hauptstadt im Zonen-Deutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie*, Berlin 1993, S. 465, Tabelle 25.

23 Ebd., S. 462, Tabelle 24.

24 Vgl. Zschaler, *Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin*, S. 198 ff.

25 Vgl. ebd.; Lemke, *Vor der Mauer*, S. 265-274. Im Jahr 1950 wurden in West-Berlin 2,147 Millionen Einwohner gezählt. Unter ihnen waren 148.400 sogenannte »Heimatvertriebene« und 80.400 ehemalige SBZ-Bewohner. Vgl. Hans-Joachim von Koerber, *Die Heimatvertriebenen und die Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin*, Berlin 1954, S. 14.

Einführung der D-Mark habe in der Bundesrepublik zwar dazu geführt, dass die Produktion 1949 bereits bei 90 Prozent des Vorkriegsstandes lag, in Berlin hingegen erreiche sie lediglich 19 Prozent; die Arbeitslosenquote betrage bis zu 26 Prozent. Deshalb würden die USA, so der Vorsitzende weiter, ein finanzielles Hilfsprogramm einleiten, das »would constitute the best propaganda for our side«: Ein monatlicher Zuschuss in Höhe von 20 Millionen DM werde der langfristigen Verbesserung unter anderem durch die Modernisierung von Fabriken dienen; weitere 20 Millionen sollten ab Oktober 1950 monatlich für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genutzt werden. Hinzu kämen weitere Millionen, die direkt durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden sollten. Auch wurde Berlin zur »emergency area« erklärt, was bedeutete, dass Angeboten von Unternehmen aus den Westsektoren stets der Vorzug gegeben werden musste.<sup>26</sup>

Ausschlaggebend für die umfangreiche Hilfe war, dass die Situation als gefährlich erachtet wurde. Umfragen hatten ergeben, dass hauptsächlich finanzielle Sorgen auf das Gemüt der West-Berliner schlugen – und sie dazu trieben, vermehrt im sowjetischen Sektor einzukaufen.<sup>27</sup> Es war also zu verhindern, dass der Kommunismus am Ende doch noch zu einer attraktiven Alternative werden könnte. In einer Analyse für die US-Armee in Berlin hielt der Politikwissenschaftler Richard W. Sterling 1951 fest, dass nur die großzügigen Sozialleistungen seitens der USA und der Umstand, dass die Mehrheit der West-Berliner der Sowjetunion die Schuld an ihrer Misere gab, eine politische Krise bisher verhindert hätten.<sup>28</sup> Doch die Vermeidung einer Krise und die Ablehnung des sowjetischen Systems waren nicht die alleinigen Ziele; die Deutschen sollten vielmehr zugleich von der Demokratie begeistert sein – und da diese von vielen mit Prosperität gleichgesetzt wurde, waren zeitnahe wirtschaftliche Erfolge von besonderer Bedeutung.<sup>29</sup>

26 Briefing on Current Berlin Problems, gehalten um 11 Uhr am 2. Mai 1950 im Directors Building in Berlin, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3, S. 7f. Das 1946 ins Leben gerufene GARIO-Programm (Government Aid and Relief in Occupied Areas) war ein Hilfsprogramm, das in den amerikanisch besetzten Gebieten in Deutschland, Österreich und Japan die Ernährung der Bevölkerung gewährleisten und das Ausbrechen von Seuchen verhindern sollte. Es diente nicht zum Wiederaufbau der Wirtschaft und endete 1950. Weitere Unterstützung erfolgte vorübergehend parallel sowie im Anschluss durch den Marshall-Plan.

27 Vgl. exemplarisch: HICOG, Office of Public Affairs, Research Analysis Staff: The Current State of West Berlin Morale, Report No. 125, Series No. 2, 29. Februar 1952, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 2, S. b.

28 Richard W. Sterlin, Subject: Berlin Element Contribution to Briefing for Ambassadoral Conference, Frankfurt, 5.-8. Februar 1951, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3, S. 3.

29 1956 wurden die West-Berliner befragt, worin sie die Stärken der amerikanischen Demokratie sehen würden: 45 Prozent der West-Berliner (und nur 18 Prozent der

Die von der US-Armee produzierte dokumentarische Fernsehsendung *The Big Picture* und andere Propagandamedien wurden deshalb trotz der geschilderten Schwierigkeiten nicht müde, darauf hinzuweisen, wie viel sich seit dem Krieg bereits verändert habe, und zeigten Bauprojekte, Aufräumarbeiten, das rege Treiben auf den Straßen der City-West und die üppigen Schaufensterauslagen. Vergleiche zog man indes aus gutem Grund lieber mit Ost-Berlin anstatt mit der Bundesrepublik. In der Ausgabe *Soldier in Berlin* aus dem Jahr 1953 berichtete ein Corporal aus Arkansas:

Walk down Kurfürstendamm and you'll think you are on 5th Avenue, New York City. And maybe the most important of all things: food. The Western Sectors of Berlin are eating good. [...] Industry in our part of Berlin is humming, too. Folks are back at the work benches and the factories [...]. Production is on its way up to pre-war times and that's in spite of anything the Communists have been able to do to stop it.<sup>30</sup>

Der hier suggerierte Optimismus darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich tatsächlich erst ab Ende der 1950er-Jahre ein gewisser Aufschwung und zaghafte Zuversicht in West-Berlin bemerkbar machten – wobei noch immer knapp die Hälfte der Bewohner befürchtete, dass der Aufwärtstrend künstlich und nicht von Dauer sein werde.<sup>31</sup> Zugleich kündigte sich mit dem Berlin-Ultimatum des neuen sowjetischen Staatschefs Nikita Chruschtschow die zweite Berlin-Krise an. Sie demonstrierte, wie fragil die Situation in Berlin noch immer war.<sup>32</sup> Die prekäre Realität änderte jedoch nichts daran, dass die Stadtverwaltung das amerikanische Narrativ aufgriff und sich in der Außendarstellung bereits stolz als schillerndes, prosperierendes »Schaufenster des Westens« und als aufregender »Vorposten der Freiheit« präsentierte und versuchte, Touristen in die einzige »cosmopolitan metropolis« zu locken, die einen »glimpse though

West-Deutschen) antworteten mit dem Stichwort Wirtschaft. Speziell der hohe Lebensstandard und die Situation auf dem Arbeitsmarkt wurden als vorteilhaft genannt. Auf dem zweiten Platz rangierte die individuelle Freiheit, die ein jeder Amerikaner genießen würde. Vgl. American Embassy, Office of Public Affairs, Research Staff: A West German Perspective of U.S. Politics and Culture, Report No. 232, 7. Mai 1956, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency, Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, 1955: 221 THRU 1956: 235, Box 8, S. 14.

30 The Big Picture: Soldier in Berlin (1953), ab Minute 9:46, URL: <https://youtu.be/x54StohP7zA> [24.5.2018].

31 Vgl. American Embassy, USIS, Research Staff: Factors in West-Berlin Morale: Economic Factors, Report No. C-15, Series No. 3, 7. April 1958, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 11.

32 Hierzu: Gerhard Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006; Hope M. Harrison, Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations 1953-1961, Princeton 2003; Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995; Ciesla/Lemke/Lindenberger, Sterben für Berlin?

the Iron Curtain« ermögliche.<sup>33</sup> Zum Sinnbild für die »Weltstadt« wurden in jenen Jahren der Kurfürstendamm, insbesondere nach der Eröffnung des Europa-Centers 1965, das Hansaviertel sowie der als besonders modern und damit typisch für West-Berlin erachtete Ernst-Reuter-Platz.<sup>34</sup>

### *3.1.1 Antikommunismus und Angst als Basis einer neuen Gemeinschaft*

Das aus den zahllosen kleineren und größeren Krisen und Konfrontationen resultierende Bedrohungsgefühl war ein Grund dafür, dass die Ablehnung des Kommunismus als Staatsform in West-Berlin besonders intensiv ausgeprägt und zählebig war. Die zugleich exkludierende wie inkludierende und somit gemeinschaftsstiftende und transnational verbindende Funktion des Antikommunismus ist in letzter Zeit vermehrt von der Geschichtswissenschaft thematisiert worden. Christoph Kleßmann war der erste Historiker, der den Antikommunismus als »konsensfähige Integrationsideologie« beschrieb und die These aufstellte, er habe nach 1945 dazu beigetragen, dass der politische »Neubeginn mit altem Personal relativ reibungslos verlief.«<sup>35</sup> Jüngst haben auch Stefan Creuzberger und Dierk Hoffmann auf die »wichtige identitätsstiftende Wirkung« des Antikommunismus hingewiesen: In Verbindung mit der politischen Abgrenzung vom NS-Regime, der konsequent verfolgten Westbindung und der demonstrativen Einnahme einer »antitotalitären Haltung« trug er in der jungen Bundesrepublik »nicht unerheblich dazu bei, sich zumindest vorübergehend von der nationalsozialistischen Vergangenheit teilweise zu entlasten« und zugleich Maßnahmen im Rahmen der wachsenden Systemkonkurrenz zwischen Ost und West als »Wiedervereinigungsbemühungen« zu legitimieren.<sup>36</sup> Andreas Wirsching betonte, dass der Antikommunismus als gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichteter Antimarxismus bereits in der Weimarer Republik die ungewöhnlichsten Allianzen hervorbrachte,<sup>37</sup> und Axel Schildt wertete ihn gar als eine der »kräftigsten Kontinuitätslinien«<sup>38</sup> über die Zäsur von 1945 hinweg. Bernd Faulenbach ergänzte, dass der Antikom-

33 Michelle A. Standley, *From Bulwark of Freedom to Cosmopolitan Cocktails. The Cold War, Mass Tourism and the Marketing of West Berlin as a Tourist Destination*, in: Tobias Hochscherf/Christoph Laucht/Andrew Plowman (Hg.), *Divided, but Not Disconnected. German Experiences of the Cold War*, New York/Oxford 2013, S. 105-118.

34 Vgl. Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 281-291 und S. 327-344.

35 Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-55*, 4. erg. Aufl., Bonn 1986, S. 254 f.

36 Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann, *Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, in: dies. (Hg.), »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«. *Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik*, München 2014, S. 1-13, Zitat S. 2 f.

37 Vgl. Andreas Wirsching, *Antikommunismus als Querschnittphänomen politischer Kultur, 1917-1945*, in: Creuzberger/Hoffmann, »Geistige Gefahr«, S. 15-28.

38 Axel Schildt, »German Angst«: Überlegungen zu einer Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik, in: Daniela Mündel (Hg.), *Geschichte als Experiment. Studien zu*

munismus nach 1945 allerdings »stärker ein von den USA mitgeprägtes, teils transnationales, teils von den einzelnen Ländern und ihren Gesellschaften beeinflusstes Phänomen« darstellte.<sup>39</sup> In der deutschen Zusammenbruchs- und Wiederaufbaugesellschaft diente er, so Hermann Wentker, als »schichten- und parteiübergreifendes Bindemittel«, nicht zuletzt aufgrund der Sozialisation der neuen politischen Elite in der Zwischenkriegszeit.<sup>40</sup>

Mit Beginn des Kalten Krieges wirkte dieses Bindemittel auch transnational, denn die Ablehnung des Kommunismus und die Angst vor einer sowjetischen Machtausdehnung verbanden die deutsche und die amerikanische Gesellschaft im Allgemeinen und die USA und West-Berlin im Besonderen.<sup>41</sup> Derartige Furcht-Gemeinschaften bzw. *fear communities* »draw people together, either for comfort or to defend themselves more effectively against the danger«. <sup>42</sup> Mit der Angst vor einer kommunistischen Weltrevolution ließ sich also Politik machen, denn sie ging eine *liaison dangereuse* mit dem Wunsch nach allumfassender Sicherheit und dem Streben nach *permanent preparedness* ein – wobei es »von nachrangiger Bedeutung« war, ob die Bedrohung »real präsent« oder »nur imaginiert« war.<sup>43</sup> Sascha Foerster hat die Bundesrepublik vor diesem Hintergrund als eine *emotional community*<sup>44</sup> untersucht und kam zu dem Schluss, dass »der Koreakrieg die ›hintergründige‹ Unsicherheit der Nachkriegszeit in eine situativ ausgelöste Kriegsangst transformierte«, im Rahmen von Propaganda-Kampagnen zur konkreten »Benennung eines Feindes« führte und Westbindung sowie Wiederbewaffnung zunehmend als vielversprechende

Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2004, S. 87-97, hier S. 82.

- 39 Bernd Faulenbach, Antikommunismus, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.5.2017, URL: [http://docupedia.de/zg/Faulenbach\\_antikommunismus\\_v1\\_de\\_2017](http://docupedia.de/zg/Faulenbach_antikommunismus_v1_de_2017) [7.4.2018].
- 40 Vgl. Hermann Wentker, Antikommunismus in der frühen Bonner Republik. Dimensionen eines zentralen Elements politischer Kultur im Ost-West-Konflikt, in: Creuzberger/Hoffmann, »Geistige Gefahr«, S. 355-369, Zitat S. 355.
- 41 Dennoch wiesen der deutsche und der amerikanische Antikommunismus unterschiedliche Merkmale auf. Vgl. Thomas Mergel, »The Enemy in Our Midst«. Antikommunismus und Amerikanismus in der Ära McCarthy, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 237-257. Siehe auch: Bernd Greiner, Antikommunismus, Angst und Kalter Krieg. Versuche einer erneuten Annäherung – Essay, in: APuZ 51-52/2011, S. 44-49; ders., Angst im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick, in: ders./Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 7-31.
- 42 Joanna Bourke, Fear. A Cultural History, London 2005, S. 191. Siehe auch: dies., Fear and Anxiety. Writing about Emotion in Modern History, in: History Workshop Journal 55 (2003) 1, S. 111-133.
- 43 Vgl. Bernd Greiner, Antikommunismus, Angst und Kalter Krieg. Eine erneute Annäherung, in: Creuzberger/Hoffmann, »Geistige Gefahr«, S. 29-41, Zitat S. 29.
- 44 Vgl. Barbara H. Rosenwein, Problems and Methods in the History of Emotions, in: Passions in Context. Journal of the History and Philosophy of the Emotions 1 (2010), S. 1-32.

Sicherheitsgaranten erscheinen ließ.<sup>45</sup> Im Kalten Krieg stellte eine solche »Dialektik von Angst (machen) und Hoffnung (versprechen), von Bedrohung und Erlösung ein zentrales Argumentationsmuster« dar, und erst im »Zusammenhang von Imagination und Mobilisierung« lässt sich »die kulturelle Bedeutung der Angst im Kalten Krieg erschließen«.<sup>46</sup>

Was in der Bundesrepublik aufgrund der primär nuklearen Bedrohung oftmals eher als abstrakte Gefahr wahrgenommen wurde, gewann in West-Berlin an Konkretheit, denn der ausgemachte Feind war allzeit präsent und sichtbar. Während des *age of anxiety*, wie kritische Beobachter die Jahre der zweiten *Red Scare* bzw. des McCarthyismus nannten,<sup>47</sup> fühlten sich viele West-Berliner von den USA in ihren Sorgen eher verstanden und besser beschützt als durch die Bundesrepublik. Dieses Gefühl beruhte insbesondere in den 1950er-Jahren auf Gegenseitigkeit. US-Stadtkommandant Maxwell D. Taylor betonte im Mai 1950 in einem internen Briefing, die Berliner seien »Germans who, ideologically, are closer to us than any other single group in the old German Reich«.<sup>48</sup> Als Bundeskanzler Konrad Adenauer in einem Gespräch mit dem Hohen Kommissar John McCloy am 17. August desselben Jahres unter dem Eindruck des Koreakriegs die Wiederbewaffnung Deutschlands unter anderem mit der Begründung empfahl, dass die Bundesbürger der militärischen Macht der West-Alliierten nicht vertrauen würden, entgegnete dieser, dass ihm die »starke Nervosität in Westdeutschland« bekannt sei:

Es sei wahr, daß man Panzer nicht mit Worten bekämpfen könne, aber mutiger Geist richte viel aus. Er erinnere nur an die Lage Berlins bei Beginn der Blockade. Die Bevölkerung habe sich mutiger bewiesen als die Bevölkerung der Westzone, die zu stark unter Logik, Vernunftgründen und Bedenken leide.<sup>49</sup>

Während McCloy die Bundesrepublik als zögerlichen Wackelkandidaten für eine potentielle Allianz im Kalten Krieg erachtete, deutete er West-Berlin als ideologisches Ebenbild oder gar mutiges Vorbild. Dieser Eindruck wurde durch die zahlreichen Umfragen, die US-Einrichtungen in West-Berlin und der Bundesrepublik durchführen ließen, noch untermauert.

45 Vgl. Foerster, Die Angst vor dem Koreakrieg, Zitate S. 157 und S. 159.

46 Marcus M. Payk, Kalter Krieg, in: Lars Koch (Hg.), Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart/Weimar 2013, S. 325-330.

47 Vgl. Sherry, In the Shadow of War, S. 163 f.

48 Briefing on Current Berlin Problems, gehalten um 11 Uhr am 2. Mai 1950 im Directors Building in Berlin, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3, S. 17.

49 Besprechung der drei Hohen Kommissare mit dem Bundeskanzler, 17. August 1950, Kabinettsprotokoll der Bundesregierung 1950, Dokument Nr. 12, online unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1950k/kap1\\_4/para2\\_12.html#d8e87](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1950k/kap1_4/para2_12.html#d8e87) [21.4.2018].



### 3.1.2 Deutsche Meinungen in amerikanischen Umfragen

In über 200 Studien analysierten die Vereinigten Staaten ab 1945 die Meinungen der Deutschen. Geleitet von der Motivation, das eigene Handeln zu evaluieren und zu optimieren, wurden die Deutschen zu zahlreichen Themen befragt: Welche Fortschritte machten die Maßnahmen der Re-Education und Re-Orientierung, welche Medien wurden zur Information genutzt, waren die Besetzten mit der Politik der Besatzer zufrieden und wie war es um ihre »Kampfmoral« (engl.: morale) im Kalten Krieg bestellt?

Die Geschichte jener Institutionen, die diese Befragungen durchführten, reicht bis in den Ersten Weltkrieg zurück. Die von ihnen durchgeführten Umfragen dienten stets dazu, aktuelle Meinungen zu bestimmten Themen zu eruieren. Da sie zugleich mit der gezielten Verbreitung von Informationen betraut waren, galt es auch zu ermitteln, ob die eigene Arbeit erfolgreich war. In Kriegszeiten arbeiteten sie eng mit den Geheimdiensten zusammen.<sup>50</sup> Für die Studien war zunächst die im Oktober 1945 geschaffene Abteilung für Meinungsforschung (*Opinion Survey Section*) verantwortlich, die Teil des Information Services Branch<sup>51</sup> und zunächst eng mit der Psychological Warfare Division<sup>52</sup> verbunden war und sie schließlich ablöste. In den Worten eines damaligen Mitarbeiters:

50 Als Vorläufer gilt das Committee on Public Information (CPI), das als Reaktion auf die deutsche Kriegspropaganda im Jahr 1917 gegründet wurde. In Form einer Nachrichten- und Bildagentur richtete es sich gezielt an eine internationale Öffentlichkeit. Zugleich war es zusammen mit dem Military Intelligence Branch in europäischen Kriegsgebieten im Einsatz. Obwohl 1919 bereits wieder abgeschafft, galt die Arbeit des CPI auf dem Gebiet der gezielten Informationspolitik als vorbildlich. Mit der Gründung des United States Information Service (USIS) 1934 und dem Office of Government Reports (OGR) 1939 wurde erneut der Versuch unternommen, an diese Erfolge anzuknüpfen und die eigene Bevölkerung für die Politik des New Deal zu begeistern. Zum Zweck einer gezielten Kulturarbeit im Ausland wurde 1938 die Division of Cultural Relations innerhalb des State Departments geschaffen. Die zunehmend aktive Rolle der USA im Zweiten Weltkrieg sorgte für eine stärkere ideologische Aufladung der internationalen Kulturarbeit unter Leitung des neu ins Leben gerufenen Office of the Coordinator of Information bzw. dessen Unterabteilung, dem Foreign Information Service (FIS). 1942 wurde schließlich das Office of War Information (OWI) gegründet, welches mit dem FIS und dem USIS kooperierte und konkurrierte. Vgl. Nicholas J. Cull, *The Cold War and the USIA*, New York/Cambridge 2008, S. 1-21.

51 Information Services Branch, in: OMGUS Handbuch, S. 708f. Die Abteilung wurde mehrfach umbenannt: Ab April 1946 wurde die einstige G-2 Abteilung des Headquarters Berlin District erst Information Services Control Branch oder Information Control Division genannt, ab Ende 1946 dann Information Control Branch und ab Herbst 1948 schließlich Information Services Branch.

52 Die Psychological Warfare Division war eine anglo-amerikanische Einrichtung, die während des Krieges aus dem britischen Political Warfare Executive sowie dem amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) und dem OWI gegründet wurde.

Both were focused upon understanding the motivations, drives and interests of the German people so that operations could be planned and carried out which would help to guide the German people to reacquire responsibility for and management of their nation in freedom.<sup>53</sup>

Die Zentrale wurde in Bad Homburg eingerichtet, das Personal zunächst aus den Mitarbeitern der U.S. Strategic Bombing Survey (USSBS)<sup>54</sup> rekrutiert. Diese erhielten jedoch die Aufgabe, möglichst schnell viele Deutsche einzustellen und auszubilden, damit man ihnen die Befragungen überlassen konnte. Nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 bestand die Abteilung noch bis 1955 unter dem Namen Reactions Analysis Staff als Teil des Office of Public Affairs des Hochkommissariats fort und fertigte die sogenannten *HICOG-Surveys* an.

Ab 1951 ließen die USA jährlich auch durch die aus der Opinion Survey Section hervorgegangene DIVO Gesellschaft für Markt- und Meinungsforschung mbH Umfragen durchführen, um »reactions and attitudes toward the U.S. forces stationed in West Germany« zu ermitteln.<sup>55</sup> Ab 1953 führte die neu gegründete United States Information Agency (USIA) teils selbst, teils mithilfe deutscher Agenturen ähnliche Studien durch.<sup>56</sup> Das Motto der USIA (»telling America's story to the world«) verdeutlicht, dass ihr Aufgabenbereich weit über das Sammeln und Auswerten von Daten hinausging.<sup>57</sup>

Seit März 1946 wurde auch die West-Berliner Bevölkerung befragt. Die örtliche Abteilung Public Opinion Survey gehörte zum Information Service Branch, der darüber hinaus für die Lizenzierung von Presseerzeugnissen zuständig war und den Aufbau sowie das Veranstaltungsprogramm der Amerika-Häuser koordinierte. Sie verfügte nach der Wirtschaftsabteilung über das meiste Personal innerhalb der örtlichen Militärregierung, was die ihr

53 Frederick W. Williams, Foreword, in: Anna J. Merritt/Richard L. Merritt (Hg.), *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945-1949*, Urbana/Chicago/London 1970, S. XVII.

54 Die USSBS wurde am 3. Januar 1944 eingerichtet und verfügte über mehr als 1.000 Mitarbeiter. Die Aufgabe der Abteilung war die Anfertigung von Studien zu verschiedensten kriegsrelevanten Aspekten. In diesem Rahmen sammelten sie Dokumente und befragten Personen in den Einsatzgebieten der U.S. Army – anfangs nur in Europa, später auch in Japan.

55 Für diese Studien wurden stichprobenartig Personen über 18 Jahren ausgewählt, die als repräsentativ für die deutsche Bevölkerung galten. 1955 wurden in West-Deutschland 1.525 und in West-Berlin 280 Personen befragt. Vgl. American Embassy, *The American Soldier Reappraised (1956)*, S. 1.

56 Vgl. Merritt/Merritt, *Public Opinion*, S. 4 f.

57 Sie war auch für den West-Berliner Radiosender RIAS sowie für die *Voice of America* verantwortlich und übernahm die Organisation von zahlreichen Austauschprogrammen. Um den Erfolg der eigenen Arbeit zu überprüfen und verschiedene Stellen in Washington beraten zu können, wurden regelmäßig besagte Meinungsumfragen durchgeführt. Vgl. Cull, *The Cold War and the United States Information Agency*.

zugeschriebene Bedeutung unterstreicht: Anfangs bestand die Abteilung aus 27 Amerikanern und 90 Deutschen, Mitte 1949 waren es 9 Amerikaner und 33 Deutsche.<sup>58</sup>

Die aufgestellten Kriterien für eine Repräsentativität der Umfragen und damit die gezielte Befragung einzelner sozialer Gruppen in einer Zeit, in der viele Deutsche noch nicht einmal wussten, wo sich die eigenen Verwandten aufhielten, wurden durch den Rückgriff auf die Listen zur Vergabe von Lebensmittelkarten erfüllt.<sup>59</sup> Um eine größtmögliche Aussagekraft sicherzustellen, verglich man, ob die Interviewten dem amerikanischen Personal andere Antworten gaben als dem deutschen und ob die Nennung des Auftraggebers Einfluss auf die Antworten hatte, führte sogenannte Pre-Tests durch und schulte die Interviewer, einfühlsam und aufmerksam zu sein.<sup>60</sup> Für die folgende Analyse des Meinungsbildes in den 1950er- und 1960er-Jahren wurden die HICOG- und USIA-Studien herangezogen, da sie vereinzelt einen Vergleich zwischen der Lage in der Bundesrepublik und in West-Berlin ermöglichen. Diese Unterscheidung war nicht selbstverständlich, da sie aus politischen Gründen häufig vermieden wurde, um nicht der Drei-Staaten-Theorie der DDR in die Hände zu spielen. Natürlich ist zu beachten, dass die Studien zu bestimmten Zwecken und basierend auf spezifischen Weltbildern erstellt wurden und es sich demnach nicht um eine neutrale Wiedergabe vergangener Einstellungen und Werte handelt. Dennoch geben die Analysen in der Zusammenschau Trends wieder, die Rückschlüsse auf Berliner Besonderheiten erlauben.<sup>61</sup>

### Der wehrhafte Antikommunismus West-Berlins

Zwischen Oktober 1950 und Juli 1951 – und damit inmitten des Koreakriegs – wurden die West-Berliner drei Mal dazu befragt, wie sie sich im Falle eines sowjetischen Angriffs verhalten würden. Die Antwort war eindeutig: Sie würden »fight with all means against the Communist aggressors«.<sup>62</sup> Im selben

58 OMGUS-Handbuch, S. 708 f.

59 Vgl. Merritt/Merritt, Public Opinion, S. 5.

60 Vgl. Williams, Foreword; Merritt/Merritt, Public Opinion, S. 4. Zur Beeinflussung der Ergebnisse aufgrund des Wissens um die Herkunft des Interviewers: Leo P. Crespi, The Influence of Military Government Sponsorship in German Opinion Polling, in: International Journal of Opinion and Attitude Research 4 (1950) 2, S. 167-168.

61 Zu den Publikationen der Merritts: Uta Gerhardt, Bestandsaufnahme mit Zeitwert. Ein nachträglicher Blick auf das Kompendium »Public Opinion in Occupied Germany«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 2 (2005) 1, S. 143-147, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2005/id=4485> [7.4.2018].

62 Im Oktober 1950 sowie im Dezember 1951 stimmten dieser Aussage über 90 Prozent zu, im Juli 1951 nur noch 74 Prozent. HICOG, Current Trends in West Berlin Opinion on Issues related to the East-West Struggle (1952), S. 5.

Zeitraum wurden den West-Berlinern und den Bundesbürgern ergänzend zwei Aussagen mit der Frage vorgelegt, welcher sie eher zustimmen würden. Für über 60 Prozent der Westdeutschen war klar: »Reconstruction is most important because without reconstruction effective defense measures are impossible – therefore defense must be subordinated to reconstruction.« Die Hälfte der West-Berliner bevorzugte hingegen die gegenteilige Aussage: »The most important thing today is military defense, because as long as there is the danger that the Russians might overrun us – economic reconstruction must be subordinated to defense preparations.«<sup>63</sup> Sie versprachen sich aber von einem deutschen Verteidigungsbeitrag zugleich eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, da eine solche Maßnahme Arbeitsplätze schaffen und das wirtschaftliche Wachstum beschleunigen würde.<sup>64</sup>

Die unterschiedlichen Antworten legen nahe, dass die eigenen Erfahrungen der jüngsten Zeit sowie der im Juni 1950 in Korea ausgebrochene Krieg die West-Berliner andere Prioritäten setzen ließen: Im Mittelpunkt stand zunächst die militärische Sicherheit. Derartige Aussagen ließen einige Historiker, wie zum Beispiel Petra Goedde, vermuten, dass das, »what Americans defined as freedom in the context of the Berlin crisis, namely the fight against a communist takeover, Germans were more likely to define as security«.<sup>65</sup> Im Falle West-Berlins ist eine derart kategorische Trennung jedoch schwierig, da die städtische Bevölkerung davon ausging, dass die Preisgabe von Sicherheit zwangsläufig den Verlust von Freiheit zur Folge haben würde. Kurz nach Aufhebung der Blockade war eine deutliche Mehrheit der West-Berliner deshalb dazu bereit, ihre Freiheit notfalls auch aktiv zu verteidigen. Eine weitere Studie aus dem Jahr 1950<sup>66</sup> gibt über die Zustimmung der Deutschen zur Wiederbewaffnung Auskunft. Während in anderen westdeutschen Großstädten zwischen 59 und 67 Prozent die Beteiligung an einer europäischen Armee befürworteten, waren es in West-Berlin zwischen 80 und 89 Prozent:

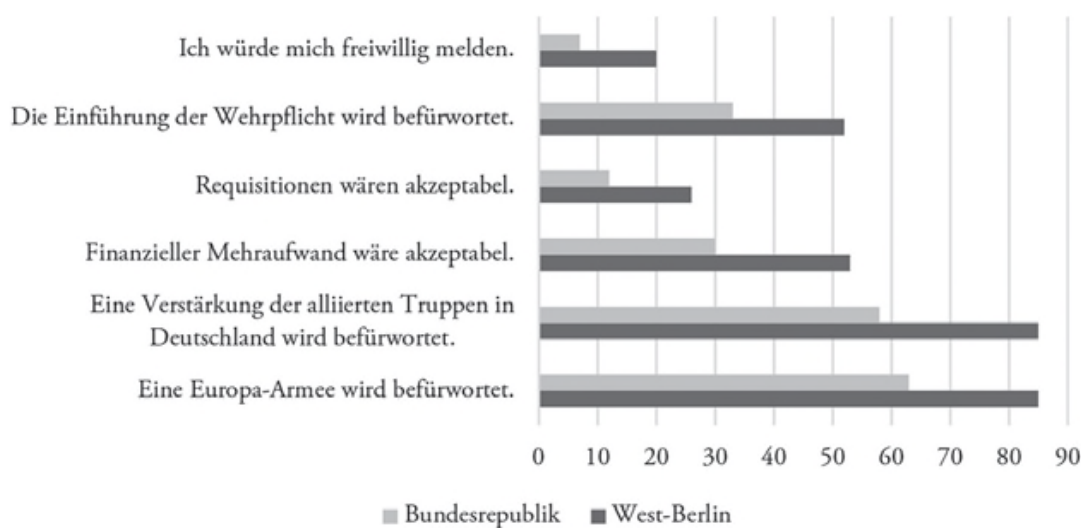
63 HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: West German Public Opinion on Defense Participation following the formal Bundestag Debate, Serie 2, Report Nr. 130, 31. März 1952, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 4, S. 28.

64 Ebd., S. 33.

65 Goedde, *GIs and Germans*, S. 189.

66 HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: Germans view the Remilitarization Issue, Report No. 47, Series No. 2, 18. Dezember 1950, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 2.

Tabelle 2: Meinungen zu einem möglichen deutschen Verteidigungsbeitrag  
(Quelle: Germans view the Remilitarization Issue, Dezember 1950)



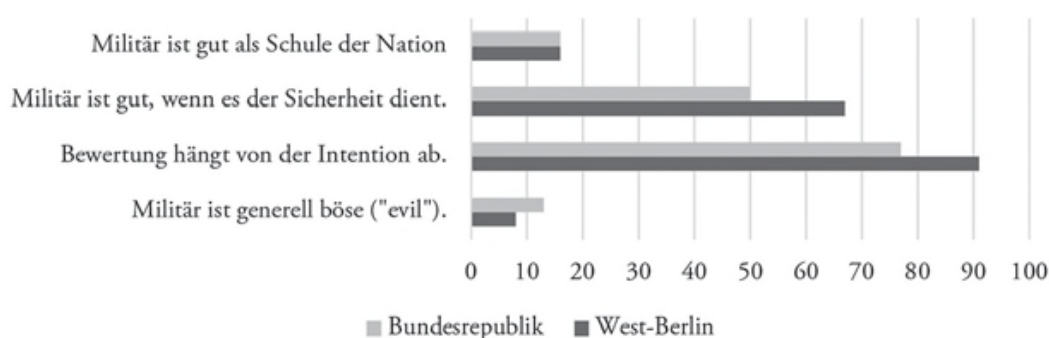
Michael Lemke kam bei seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, der Koreakrieg habe mittelfristig keinen mobilisierenden Effekt gehabt, da die Mehrheit der Bevölkerung in Ost und West sich zu dieser Zeit noch als »Schicksalsgemeinschaft« empfunden habe, deshalb vor der Idee eines deutschen »Bruderkriegs« zurückgeschreckt sei und »den Wiederaufrüstungs- und Wehrbereitschaftskurs ihrer politischen Führungen eindeutig« abgelehnt habe.<sup>67</sup> Die US-Umfragen legen allerdings nahe, dass man für West-Berlin kaum von einer mehrheitlichen Ablehnung sprechen kann. Stattdessen wünschte man sich dort eine Verstärkung der alliierten Truppen – auch wenn dies einen finanziellen Mehraufwand und eventuell die erneute Requisition von Wohnraum bedeuten würde. Knapp ein Viertel der befragten West-Berliner war sogar bereit, sich freiwillig für eine neue Europa-Armee zu melden. In Westdeutschland wurde diese Idee besonders von Männern aus den oberen sozialen Schichten und mit höherem Bildungsniveau unterstützt.<sup>68</sup> In West-Berlin hingegen unterstützten »all segments of the population« ein derartiges Vorhaben.<sup>69</sup> Auch die generelle Sicht auf das Militär war etwas positiver:

67 Michael Lemke, Wahrnehmungen und Wirkungen des Koreakriegs im geteilten Deutschland, S. 87f. und 96. Siehe auch: Dieter Krüger, Der »Koreaschock« 1950. Wendepunkt oder Katalysator der westdeutschen Sicherheitspolitik, in: Bonwetsch/Uhl, Korea – ein vergessener Krieg?, S. 167-175. Zur DDR: Ciesla, Korea als Generalprobe?, in: ebd., S. 103-114.

68 Vgl. HICOG, Germans view the Remilitarization Issue (1950). Die Zahl der Befürworter nahm in den folgenden zwei Jahren sowohl in Westdeutschland als auch in West-Berlin etwas ab; der Unterschied zwischen beiden blieb jedoch konstant. Vgl. HICOG, West German Public Opinion on Defense Participation following the formal Bundestag Debate (1952).

69 HICOG, Current Trends in West Berlin Opinion on Issues related to the East-West Struggle (1952), S. 15.

Tabelle 3: Allgemeine Einschätzung des Militärischen (Quelle: Germans view the Remilitarization Issue, Januar 1951)



Das Diagramm zeigt, dass die West-Berliner eher dazu neigten, ihr Urteil über das Militär von dessen Aufgabe abhängig zu machen – eine der Verteidigung dienende »Schutzmacht« befürworteten demnach 67 Prozent.<sup>70</sup> Diese Einschätzung beeinflusste auch, ob die Militärpräsenz generell gutgeheißen wurde. Im Winter 1951 wünschten 22 Prozent der Bewohner der US-Zone einen kompletten Abzug der Alliierten. Diejenigen, die sich kritisch zeigten, begründeten dies zum einen mit den hohen Kosten und zum anderen damit, dass deutsche Truppen die neu gegründete Bundesrepublik ohnehin besser vor einem sowjetischen Angriff schützen könnten.<sup>71</sup> Zur gleichen Zeit sprachen sich 78 Prozent der West-Berliner für einen Verbleib der West-Alliierten aus – selbst dann, wenn ihr Abzug einen Krieg verhindern könnte. Sollte es zu einem Angriff kommen, wollten 65 Prozent bewaffnet an der Seite der Westmächte kämpfen.<sup>72</sup> Typische Kommentare gegenüber den Interviewern waren:

In no case can we surrender to the Russians, everyone abhors them. Rather die than fall into the hands of the Russians. The Berliners would suffer so much at the hands of the Russians that no matter what the circumstances, we would have to defend ourselves to the last drop of blood. We won't surrender without fighting. We know the Russians all right – we simply must defend ourselves.<sup>73</sup>

70 Vgl. HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: Germans view the Remilitarization Issue. Has Western Policy Changed Opinion on Militarism?, 12. Januar 1951, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 2.

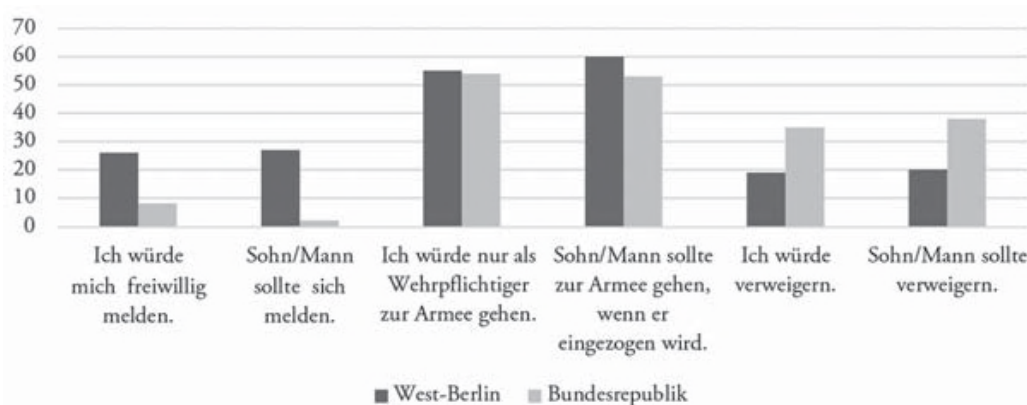
71 HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: The German Appraisal of the Allied Forces in West Germany with Recommendations for Improved Citizen-Soldier Relations, Report 119, Series 2, 28. Januar 1952, in: ebd., S. 1.

72 HICOG, How strong is resistance morale in West Berlin today (1952), S. 1-2.

73 Ebd., S. 3.

Die Hälfte der Westdeutschen war hingegen überzeugt, dass die Anwesenheit der alliierten Truppen, abgesehen von Fragen der militärischen Sicherheit, mehr Nachteile als Vorteile bringe; ein Drittel glaubte gar, ihre Präsenz verschaffe den Deutschen keinerlei Vorteile und ihre Kampffähigkeit sei generell dürftig. Die amerikanischen Soldaten seien undiszipliniert, schlecht ausgebildet, verhätschelt und von ihrer technischen Gerätschaft abhängig.<sup>74</sup> Der Koreakrieg hatte die Bewertung der Leistungsfähigkeit der US-Armee nur temporär verbessert.<sup>75</sup> In West-Berlin indes legte der Glaube an die Schlagkraft und die guten Absichten der US-Armee zusammen mit der Überzeugung von der Notwendigkeit der eigenen Verteidigung den Grundstein dafür, im Notfall sogar selbst aktiv werden zu wollen.<sup>76</sup>

Tabelle 4: Meinungen zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag  
(Quelle: Defense Participation sentiments, Februar 1951)



In Zeiten des gestiegenen Bedrohungsgefühls wurde das Bündnis mit den Westmächten in West-Berlin sogar als wichtiger erachtet als die deutsche Wiedervereinigung, wenn diese nur zum Preis der Neutralität zu erlangen

74 Ebd., Tabellen auf S. 6, S. 11 f. und S. 20. Afroamerikanische Soldaten wurden allerdings von einem Großteil positiv bewertet und als gute Kämpfer eingeschätzt.

75 Vgl. HICOG, Office of Public Affairs, Evaluation Staff: Trends in West German Appraisal of the United States Forces in Germany, Series 2, Report 198, 15. Juni 1954, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 6., Diagramme: »Confidence in U.S. Troops' Response to Russian Aggression improving« und »Korean Record has added to reputation of American soldier's combat qualities«; vgl. American Embassy, The American Soldier Reappraised (1956), S. 27.

76 Hierbei ist zu beachten, dass fast ein Drittel der befragten Frauen weder Ehemann noch Sohn hatten. Vgl. HICOG, Office of Public Affairs, Evaluation Staff: Defense Participation sentiments and the extent of »Ohne mich« with other current developments on issues related to German Defense Participation, Report No. 61, Series No. 2, 22. Februar 1951, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 2.

wäre. Gefragt, ob sie es bevorzugen würden, (I) dass sich die Bundesrepublik als freier und gleichberechtigter Staat politisch und militärisch den Westmächten anschliesse oder (II) dass sich die DDR und die Bundesrepublik als neutraler Staat zusammenschließen und aus dem Ost-West-Konflikt heraushielten, bezogen die West-Berliner 1950/51 eindeutig Position für die erstgenannte Option.<sup>77</sup>

Tabelle 5: Deutsche Einheit versus Westbindung (Quelle: Defense Participation sentiments, Februar 1951)



Eine Ursache für diese durchaus überraschende Priorisierung war auch die Skepsis gegenüber der Bundesrepublik – über die Hälfte der West-Berliner waren davon überzeugt, die Westdeutschen würden sich ihnen gegenüber gleichgültig verhalten oder hätten sie gar bereits abgeschrieben.<sup>78</sup> Dieses Gefühl war durchaus nicht ganz unbegründet, wie die Studien belegen. Oftmals erwiesen sich die Bundesbürger tatsächlich als schlecht informiert oder gaben an, zu wichtigen politischen Fragen in Bezug auf Berlin keine Meinung zu haben.

Ein weiterer Grund für die gefühlte Nähe zu den USA war der geteilte Antikommunismus, der zu ähnlichen Einschätzungen politischer Ereignisse und einer ablehnenden Haltung gegenüber jeglichen sowjetischen Initiativen führte, was sich zum Beispiel in den West-Berliner Reaktionen auf die Stalin-Note spiegelte<sup>79</sup> oder in der festen Überzeugung, bei dem Gerücht über

77 Durchschnitt berechnet anhand von vier Umfragen im Zeitraum Dezember 1950 bis Februar 1951. Vgl. ebd., S. 12.

78 HICOG, *The Current State of West Berlin Morale* (1952), S. 40.

79 Über 80 Prozent der West-Berliner und nur knapp über 60 Prozent der Westdeutschen erachteten die Note als reine Propaganda und waren nicht bereit, sie zu akzeptieren. Die West-Berliner begründeten dies mit der darin enthaltenen Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie (62 Prozent; 59 Prozent hätten die Note



amerikanische Gräueltaten in Korea müsse es sich um kommunistische Propaganda handeln.<sup>80</sup> Die amerikanische Reaktion in Korea galt in West-Berlin als Indikator dafür, wie groß die amerikanische Verteidigungsbereitschaft war. Daher erwarteten 64 Prozent der Befragten (aber lediglich 26 Prozent der Westdeutschen) eine klare Haltung seitens der USA.<sup>81</sup> Dieser Wunsch nach Standhaftigkeit gegenüber kommunistischen Staaten war in West-Berlin generell besonders ausgeprägt: Ein Viertel der Bevölkerung befürwortete, wenn nötig, etwa im Falle einer erneuten Blockade, militärische Maßnahmen – auch wenn diese einen erneuten Krieg zur Folge haben könnten. Lediglich 4 Prozent waren der Meinung, man solle der Sowjetunion gegenüber nachgiebiger auftreten, 92 Prozent bevorzugten ein kompromissloses Auftreten.<sup>82</sup> 1958, noch vor der zweiten Berlin-Krise, waren 52 Prozent sehr bis halbwegs zufrieden damit, wie die Westmächte der Sowjetunion und der DDR begegneten. Viele wünschten sich, die Westmächte würden ihre Kritik nicht nur in Form von Protestnoten anbringen.<sup>83</sup>

Neben dem wehrhaften Antikommunismus veranschaulichten die US-Studien, dass die West-Berliner generell dazu tendierten, die USA deutlich positiver einzuschätzen als die Westdeutschen. Dies zeigte sich besonders, als die Interviewten 1956 mit bestimmten Stereotypen konfrontiert wurden und angeben mussten, ob diese der Wahrheit entsprächen. Hier fiel das Urteil der befragten West-Berliner oft um circa 20 Prozent vorteilhafter zugunsten der USA aus. Auch sahen sie deutlich mehr »points of contact and common

jedoch auch abgelehnt, wenn dieser Passus gestrichen worden wäre), ihrem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber der Sowjetunion (26 Prozent) und ihrer Angst, dass dies eine sowjetische Machtübernahme in Deutschland zur Folge haben könnte (22 Prozent). Vgl. HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: East Zone thinking on the Russian Unity Proposal versus the Contractual Agreement with comparison to West Berlin and West German reactions, Report No. 138, Series No. 2, 23. Mai 1952, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 4, S. 1-5. Siehe auch: HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: First Reactions of West Berliners to the current Soviet pressure campaign, Report No. 142, Series No. 2, 11. Juni 1952, in: ebd.

80 Vgl. HICOG, Office of Public Affairs, Evaluation Staff: West German reactions to UN airing of Korea atrocities, Report No. 192, Series No. 2, 28. Dezember 1953, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 6.

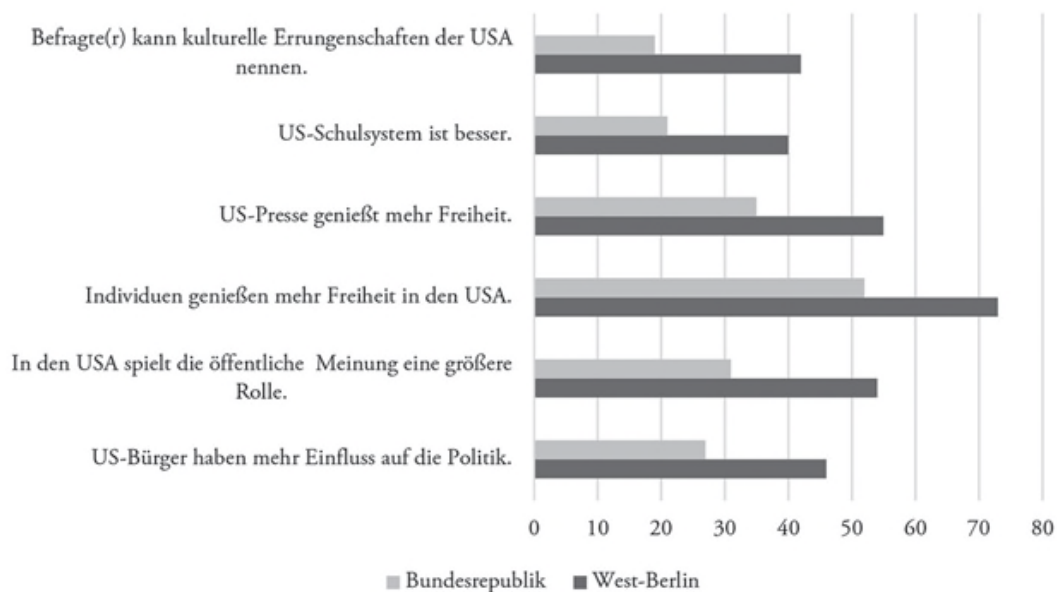
81 Vgl. HICOG, Defense Participation sentiments and the extent of »Ohne mich« (1951).

82 Vgl. HICOG, First Reactions of West Berliners to the current Soviet pressure campaign (1952), S. 3 und 5. Siehe hierzu auch: HICOG, How strong is resistance morale in West Berlin today (1952).

83 American Embassy, U. S. Information Service, Research Staff: Factors in West-Berlin Morale, Part II – Political Factors, Series 3, Report C-16, 21. April 1958, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 11, S. 29 f.

aims« zwischen sich und den USA als die Westdeutschen. Hauptsächlich im Hinblick auf Handel und Wirtschaft, auf dem Gebiet des Kampfes gegen den Kommunismus, hinsichtlich der Demokratie als Staatsform und Lebensstil, im Bereich Musik und Film und bei politischen Zielen wie einer deutschen Wiedervereinigung und der Sicherung des Weltfriedens sahen die West-Berliner transatlantische Gemeinsamkeiten.<sup>84</sup> Die Antworten verdeutlichen, dass man sich nicht lediglich in einer Zweck- und Interessengemeinschaft mit den USA verortete, sondern diese auch in mehrfacher Hinsicht als Vorbild erachtete:

Tabelle 6: Einschätzungen zu Leben und Politik in den USA (Quelle: A West German Perspective of U.S. Politics and Culture, 1956)

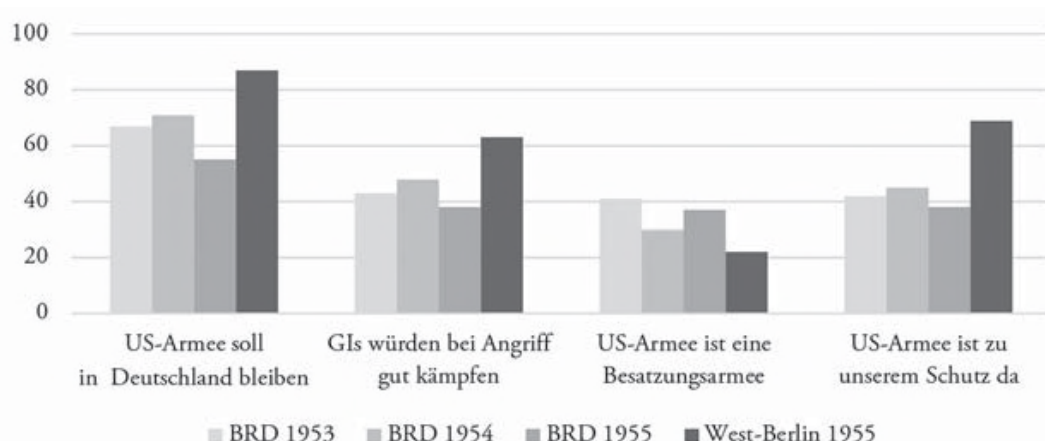


Eine weitere 1956 erstellte Studie<sup>85</sup> zeigte erneut, dass die US-Armee in West-Berlin als »Schutzmacht« gesehen wurde, ihre Präsenz erwünscht war und man ihr eine effektive Verteidigung zutraute:

84 Vgl. American Embassy, A West German Perspective of U.S. Politics and Culture (1956), S. 38f. Siehe auch: American Embassy, Office of Public Affairs, Research Staff: West German Thoughts on U.S. and German Economic Life, Report No. 237, Series No. 2, 10. Juli 1956, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, 1956: 236 THRU 1957: C-6, Box 9.

85 Vgl. American Embassy, The American Soldier Reappraised (1956).

Tabelle 7: Bewertungen der US-Armee (Quelle: *The American Soldier Reappraised*, 1956)



Welche Schlüsse lassen sich nun daraus ziehen und wie fügen sie sich in bisherige Forschungsmeinungen ein? Die Studien spiegeln eine sehr kämpferische Einstellung der West-Berliner Bevölkerung in den frühen 1950er-Jahren und zeigen zum anderen den Wunsch nach Zugehörigkeit zu einem antikommunistischen, transatlantischen Bündnis. Peter Bender fasste diesen Konsens in zwei simplen Sätzen zusammen: »Man kann nicht eine Stadt verteidigen, die nicht verteidigt werden will. Die Westberliner wollten es.«<sup>86</sup>

Besonders hinsichtlich der »Zivilisierung« oder »Entgewaltung« der Deutschen nach 1945 sind die Befunde interessant, da sie die Ausgangsthese bestätigen, dass sich West-Berlin in den 1950er-Jahren von der Bundesrepublik deutlich unterschied. Konrad Jarausch hat in seiner umfassenden Studie *Die Umkehr* verdeutlicht, dass in der Nachkriegszeit der »Schutz des Staates an die Siegermächte und ein internationales Sicherheitssystem delegiert« wurde – in einer Zeit, als »deren Zuverlässigkeit nicht berechenbar« war.<sup>87</sup> Dennoch seien weite Teile der Deutschen mit der Abgabe der militärischen Verantwortung zufrieden gewesen, wie es die lautstarken Proteste gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands in den 1950er-Jahren bezeugten. Jarausch beschreibt diese neue »Friedenssehnsucht« erstens als ein Resultat aus der Erfahrung der totalen Niederlage, die eine Abkehr vom einstigen Heroismus zur Folge hatte. Zweitens habe das alliierte Entmilitarisierungsprogramm, das das Militär als Institution zerstört hatte, ihm auch seine soziale und kulturelle Bedeutung genommen. Drittens seien die Bundesbürger überzeugt gewesen, dass der nächste Weltkrieg sowieso ein nuklearer sein werde und konventionelle Streitkräfte deshalb von geringer Bedeutung seien.<sup>88</sup> Diese Punkte treffen auf West-Berlin offenbar nur eingeschränkt zu: Die Ruinen der Stadt waren zwar zum Symbol

86 Peter Bender, *Sterben für Berlin*, in: Ciesla/Lemke/Lindenberger, *Sterben für Berlin?*, S. 11-24, Zitat S. 20.

87 Konrad Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, Bonn 2004, S. 51.

88 Ebd., S. 40-63. Zum allumfassenden Entmilitarisierungsprogramm siehe auch: Wolfram Wette, *Militarismus in Deutschland*, Freiburg 2008, S. 215-219. Wette weist

der nationalen Niederlage geworden, trotzdem hatten der Kalte Krieg und die Rolle der Stadt in dieser neuen Auseinandersetzung für einen Heroismus und wehrhaften Antikommunismus gesorgt. Das deutsche Militär und dessen gesellschaftliche Rolle waren zwar zerstört, aber auch umgehend durch internationales Militär ersetzt worden.

Der Historiker Wolfram Wette führte die »Zivilisierung der Einstellungsmuster, Verhaltensweisen und Umgangsformen« auf die Erfahrung der Deutschen zurück, dass »es für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand keines kriegerischen Kampfes« bedurfte – Frieden schien sich zu lohnen.<sup>89</sup> In diesem Satz spiegelt sich bereits ein neues Verständnis von Sicherheit. Hier ist nicht mehr die Sicherheit im Sinne der Landesverteidigung gemeint: »Wenn Europäer sich Sorgen über die Sicherheit machten, dachten sie dabei immer weniger an den Schutz ihres Staates vor äußeren Feinden als an den Schutz ihrer unmittelbaren Interessen und ihres künftigen Wohlergehens.«<sup>90</sup> Von einem Wirtschaftswunder und dem zitierten Leben in Sicherheit und Wohlstand lässt sich in West-Berlin in den 1950er-Jahren allerdings noch kaum sprechen. Stimmt die These von der zivilisierenden oder pazifizierenden Wirkung des Konsums, so ließe sich im Falle West-Berlins argumentieren, dass dieser Prozess verzögert eintrat.

Für die USA hat Michael S. Sherry festgestellt, dass erst in den 1960er-Jahren eine typische »postwar era« begann, die »commonly opens the floodgates of internal conflicts for nations, just as it encourages challenges to centralized authority and a more disorderly politics«. Aufgrund der zeitlichen Distanz zu der vermeintlichen Zäsur von 1945 fehlte allerdings »the preciseness of moment, evident in the aftermath of earlier wars, making it hard to see American's internal struggles as, at least in part, the downside of war's end«.<sup>91</sup> Ein ähnlich schleichender Prozess lässt sich für West-Berlin feststellen, wo die infolge der gefühlten Bedrohung entstandene Einigkeit ebenfalls erst später erodierte.

Persönlich erlebte sowie anderweitig vermittelte »Erfahrung ist gegenwärtige Vergangenheit«, aus der sich die Erwartung als »vergegenwärtigte Zukunft« ableitet, so Reinhart Koselleck.<sup>92</sup> Die Jahre zwischen 1945 und 1961 waren für die West-Berliner Gesellschaft nachhaltig prägend, aus ihnen leiteten sich in der Folge die Deutungen der Gegenwart und die Hoffnungen für die Zukunft ab. Die gemachten Erfahrungen wurden dabei mit Sinn erfüllt und verdichteten sich zu einer Erzählung, die sich als Gründungsmythos bezeichnen lässt.

jedoch parallel auf die Bereitschaft der Westmächte hin, einstige Wehrmachtsangehörige zu rehabilitieren, wenn es den eigenen Vorhaben im Kalten Krieg zugutekam.

89 Wette, Militarismus, S. 226 f.

90 Sheehan, Kontinent der Gewalt, S. 218.

91 Sherry, In the Shadow of War, S. 500 f.

92 Reinhart Koselleck, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien, in: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989, S. 349-375, Zitat S. 354 f.

### 3.2 Die transatlantische Erzählung vom »Vorposten der Freiheit«

Im Gegensatz zu der weitgehend »mythenfreien« und »symbolarmen« Bundesrepublik erschien West-Berlin bereits zeitgenössisch und noch mehr im Rückblick in so starkem Maße von politischen »Großerzählungen« umrankt, dass es historiografisch nur schwer fassbar ist.<sup>93</sup> Es existiert »vor allem als Vorstellung« und Zuschreibung; »wer von ›West-Berlin‹ spricht, meint eine Sache zu bezeichnen und ruft in Wahrheit ein Bilderalbum ins Gedächtnis«. <sup>94</sup> Deshalb wird im Folgenden analysiert, aus welchen Elementen sich dieses Bilderbuch zusammensetzt und worauf die einzelnen Bilder verweisen.

Obwohl die Berliner bereits zur Jahrhundertwende zwischen der moderneorientierten City West und dem preußischen Stadtzentrum Ost unterschieden, war »West-Berlin« als Idee und als Eigenname der Westsektoren ein Kind der Blockade. Im Februar 1949 fasste *Der Abend* zusammen, was die neue Entität inmitten der sowjetischen »Zone« ausmachte:

Die Westberliner wissen sehr gut, daß sie sich in vielem fügen müssen. Sie haben mehr als einmal bewiesen, daß sie gewillt sind, Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen. [...] Es gibt noch vieles, das die Westberliner verbittert und das sie nicht auf das Konto ›Blockade‹ buchen wollen. Weil sie im Gegensatz zu den Bewohnern des Sowjetsektors freie Menschen sind, sprechen sie es auch aus.<sup>95</sup>

West-Berlin war zwischen der ersten freien Wahl 1946 und dem Ende der Blockade 1949 zum »Vorposten der Freiheit« bzw. aus amerikanischer Perspektive zum »Outpost of Freedom« geworden. Die sich gegen eine kommunistische Vereinnahmung verteidigende westliche Stadthälfte ließ sich mit dem »sozialen Bezugsrahmen«<sup>96</sup> amerikanischer Beobachter problemlos deuten und in das eigene Selbstverständnis und Weltbild integrieren. Die Meistererzählung von West-Berlin verweist deshalb auch auf zahlreiche Topoi aus dem amerikanischen Mythenhaushalt. Hiervon zeugen insbesondere die Reden amerikanischer Präsidenten. John F. Kennedy erklärte 1963 den vor dem Schöneberger Rathaus versammelten Zuhörern, sie würden auf einer »defended island of

93 Herfried Münkler, *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin 2009, S. 9f. Münkler versteht unter einem Mythos die »narrative Grundlage der symbolischen Ordnung eines Gemeinwesens«, die »überwiegend bewahrenden Charakter« hat, aber auch »Angriffen von innen wie von außen ausgesetzt« ist und über die Zeit an Geltungskraft verlieren kann. Vgl. ebd. S. 15 ff.

94 Eisenhuth/Sabrow, »West-Berlin«. Eine historiographische Herausforderung, S. 165-187, Zitat S. 166.

95 Die Blockade ist nicht an allem schuld. Manches könnte trotzdem anders sein, in: *Der Abend*, 11.2.1949. Das Magazin *Der Spiegel* hatte den Begriff bereits ein Jahr zuvor verwendet. Vgl. Routine, in: *Spiegel*, 24.1.1948, S. 1; Vorläufig eins zu eins, in: *Spiegel*, 26.6.1948, S. 3f.

96 Vgl. Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt a. M. 1985.

freedom« leben, »but your life is part of the main«. <sup>97</sup> Richard Nixon lobte sechs Jahre später die im Siemens-Gebäude Anwesenden stellvertretend für alle Berliner: »There is no more remarkable story in human history than the creation of this island of freedom and prosperity, of courage and determination, in the center of postwar Europe.« Er hob die »remarkable bravery of the Berliner« hervor, die ein »shining example to people everywhere throughout the world« sei. <sup>98</sup> Jimmy Carter artikulierte die mythische Verbindung zwischen den USA und West-Berlin am deutlichsten, als er 1978 vor dem Luftbrücken-Denkmal seine Rede mit den Worten schloss:

The Bible says a city that is set on a hill cannot be hidden. What has been true of my own land for 3 1/2 centuries is equally true here in Berlin. As a city of human freedom, human hope, and human rights, Berlin is a light to the whole world; a city on a hill – it cannot be hidden; the eyes of all people are upon you. Was immer sei, Berlin bleibt frei. <sup>99</sup>

Ronald Reagan, der 1987 einleitend darauf verwies, dass es die Pflicht amerikanischer Präsidenten sei, »at this place of freedom« zu sprechen, lobte »courage and determination« der West-Berliner und bekundete:

For I find in Berlin a message of hope, even in the shadow of this wall, a message of triumph. [...] In this season of spring in 1945, the people of Berlin emerged from their air-raid shelters to find devastation. Thousands of miles away, the people of the United States reached out to help. [...] From devastation, from utter ruin, you Berliners have, in freedom, rebuilt a city that once again ranks as one of the greatest on earth. <sup>100</sup>

Sogar noch im Jahr 2013 griff US-Präsident Barack Obama auf die gleichen Bilder zurück:

It was here that Berliners carved out an island of democracy against the greatest of odds. As has already been mentioned, they were supported by an airlift of hope [...] During that time, a Marshall Plan seeded a miracle,

- 97 John F. Kennedy, Remarks at the Rudolph-Wilde-Platz Berlin, 26. Juni 1963, in: Website der John F. Kennedy Presidential Library and Museum, URL: [https://www.jfklibrary.org/Asset-Viewer/oEX2uqSQGEGIdTYgd\\_JL\\_Q.aspx](https://www.jfklibrary.org/Asset-Viewer/oEX2uqSQGEGIdTYgd_JL_Q.aspx) [7.4.2017].
- 98 Richard Nixon, Remarks at the Siemens Factory, 27. Februar 1969, in: Website des American Presidency Project der University of California, Santa Barbara, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=2427> [7.4.2017].
- 99 Jimmy Carter, Berlin, Federal Republic of Germany Remarks at a Wreathlaying Ceremony at the Airlift Memoria, 15. Juli 1978, in: Website des American Presidency Project der University of California, Santa Barbara, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=31086> [7.4.2017].
- 100 Ronald Reagan, Remarks on East-West Relations at the Brandenburg Gate in West Berlin, 12. Juni 1987, in: Website der Ronald Reagan Presidential Library and Museum, URL: <https://www.reaganlibrary.archives.gov/archives/speeches/1987/061287d.htm> [7.4.2017].

and a North Atlantic Alliance protected our people. And those in the neighborhoods and nations to the East drew strength from the knowledge that freedom was possible here, in Berlin – that the waves of crackdowns and suppressions might therefore someday be overcome.<sup>101</sup>

Alle Zitate erzählen nicht nur eine Erfolgsgeschichte, sie greifen auch typische amerikanische Bilder und Redewendungen auf, um West-Berlin als einen »Vorposten der Freiheit« zu beschreiben, der schon wenige Jahre nach Kriegsende durch die Hilfe seiner amerikanischen Freunde wieder in Wohlstand leben konnte.

### Die »Shining City Upon a Hill«

Die Rede Jimmy Carters sollte ursprünglich John Winthrop zitieren, den zweiten Gouverneur der Massachusetts Bay Colony, der 1630 in einer Predigt anlässlich der Überfahrt von 700 Siedlern nach Nordamerika den Begriff der *city upon a hill* verwendet hatte, um die Mission der Kolonie zu beschreiben. Der stark von seinem christlichen Glauben geprägte US-Präsident hatte diesen Hinweis jedoch persönlich durch das Original-Zitat aus der Bibel ersetzt.<sup>102</sup> In dieser Stelle der Bergpredigt fordert Jesus seine Zuhörer auf, der Welt als leuchtendes und inspirierendes Vorbild zu dienen.<sup>103</sup> Die Puritaner hatten einst auf diese Weisung zurückgegriffen und eine Parallele zwischen ihrer Auswanderung in die sogenannte Neue Welt und dem Schicksal der aus Ägypten ziehenden Israeliten gezogen. Ihre Gemeinde in den neuen Kolonien sollte ein Leben nach der wahren christlichen Lehre praktizieren und somit besonders anderen protestantischen Gruppen in England ein Vorbild sein.<sup>104</sup>

Hieraus entwickelte sich über die Jahrzehnte die säkularisierte Idee einer *Chosen Nation*,<sup>105</sup> die im 20. Jahrhundert nicht nur in den Reden von Jimmy Carter,<sup>106</sup> sondern zuvor bereits durch John F. Kennedy<sup>107</sup> und später durch

101 Obamas Rede im Wortlaut (engl.): »We have history to make«, in: Spiegel Online, 19. Juni 2013, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/obamas-rede-in-berlin-am-19-juni-2013-im-wortlaut-englisch-a-906741.html> [7.4.2017].

102 Handschriftliche Notiz auf: Jim Fallows, Remarks at Airlift Memorial, Berlin, 10. Juli 1978, in: JCL, Susan Clough Files, Presidential Travel 4/14/77–10/13/80 through Telephone, Memoranda and Movement Logs 8/12/80–9/28/80, Box 43, Folder: Speeches For Trip to Germany 7/78, S. 7.

103 »Ihr seid das Licht der Welt. Eine Stadt, die auf einem Berg liegt, kann nicht verborgen bleiben. [...] So soll euer Licht vor den Menschen leuchten, damit sie eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen.« Matthäus 5,14–16.

104 Vgl. Richard T. Hughes, *Myths America Lives By*, Urbana 2003, S. 19–43.

105 Zu den großen, identitätsstiftenden Mythen der USA siehe auch: Jay Parini, *The American Mythos*, in: *Daedalus* 141 (2012) 1, S. 52–60.

106 Jimmy Carter, Berlin, Federal Republic of Germany Remarks at a Wreathlaying Ceremony at the Airlift Memoria.

107 Am 9. Januar 1961 hielt Kennedy eine Rede mit dem Titel »The City Upon a Hill«, in der er sich auf Winthrop bezog. Vgl. Address of President-Elect John F. Kennedy

Ronald Reagan<sup>108</sup> eine Aktualisierung erfuhr und das Bild der »City upon a Hill« mit neuer Bedeutung auflud. Die dem puritanischen Denken und den Idealen der Aufklärung entlehnte Groß Erzählung eines *American Exceptionalism* findet sich noch heute in zahlreichen politischen Reden und journalistischen Kommentaren. Der im 18. sowie im 19. Jahrhundert aus religiösen und politischen Vorstellungen hervorgegangene Gründungsmythos der USA behauptet indes nicht nur die Einzigartigkeit der Nation, sondern beinhaltet auch eine missionarische, gottgegebene Aufgabe, die eigenen Ideale zu verbreiten – das sogenannte *manifest destiny*.<sup>109</sup>

Richard T. Hughes analysiert in seiner Studie *Myths America Lives By*, wie die puritanischen Ideen durch die amerikanischen Gründerväter umgedeutet wurden und die neu begründete Nation sich als »unbelastet« verstand, als frei von den historischen Lasten Europas.<sup>110</sup> Man war von der Überlegenheit der eigenen Ideale überzeugt und glaubte, sie würden eines Tages »illumine the globe with truth, justice, goodness, and democratic self-government«. Für viele amerikanische Zeitgenossen war der neu gegründete Staat »no ordinary nation, corrupted by time and tradition. Instead it was radically new, a nation that would bless all the nations of the world with the glories of the long-anticipated millennial age«, einem tausendjährigen Friedensreich.<sup>111</sup> Besonders durch die beiden Weltkriege wurde diese Vorstellung erneut genährt; der Zweite Weltkrieg wird noch heute oft als »the good war« erinnert, als Kampf zwischen Gut und Böse.<sup>112</sup> Die durch den Kalten Krieg hervorgerufene wachsende Religiosität der USA aktualisierte diese Meistererzählung.<sup>113</sup> Berlin war zwar alles andere

Delivered to a Joint Convention of the General Court of the Commonwealth of Massachusetts, The State House, Boston, 9. Januar 1961, in: Website der John F. Kennedy Presidential Library and Museum, URL: <https://www.jfklibrary.org/Asset-Viewer/ohJztSnpVo6qFJUT9etUZQ.aspx> [7.3.2018].

108 Reagan beschrieb die USA als »a shining city«, u. a. in seiner Abschiedsrede: Ronald Reagan, Farewell Address to the Nation, 11. Januar 1989, in: Website des American Presidency Project der University of California, Santa Barbara, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=29650> [7.3.2018].

109 Vgl. Restad, *Old Paradigms in History Die Hard in Political Science*, S. 53-76. Tuveson deutet die Entwicklung so, dass sich aus dem Mythos zwei Deutungen der Rolle der USA ableiteten: ein Zweig, der die Aufgabe darin sah, als stilles Beispiel zu dienen, und ein Zweig, der aus der Auserwähltheit eine missionarische Aufgabe ableitete. Ernest Lee Tuveson, *Redeemer Nation. The Idea of America's Millennial Role*, Chicago/London 1968, S. 213.

110 Hughes, *Myths*, S. 46-57, Zitat S. 56.

111 Ebd., S. 91-114, Zitat S. 100 und S. 91.

112 Populär machte den Begriff ein Buch des Journalisten Studs Terkel: *The Good War. An Oral History of World War Two*, New York 1984.

113 So auch Dianne Kirby: »[The conflict with the Soviet Union] was presented as part of America's ›manifest destiny‹ and sustained by the conviction that the American cause was morally right and the communists were evil.« Dies., *Harry Truman's Religious Legacy: The Holy Alliance, Containment and the Cold War*, in: dies. (Hg.), *Religion and the Cold War*, New York 2003, S. 77-102, Zitat S. 77. Siehe auch: dies.,



als historisch unbelastet, dennoch schien es vielen Beobachtern vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, dass sich hier in der geteilten Stadt erneut Gut und Böse gegenüberstanden.

### Frontstadt und Vorposten

Der US-Stadtkommandant General Maxwell D. Taylor ergänzte am 2. Mai 1950 in einer Rede das Bild von der »City upon a Hill« um ein weiteres aus dem Mythenhaushalt des weißen Amerikas: »Unfortunately, in Berlin we are like the early frontier – every half hour we have to put down our plow to pick up our gun, only we don't have the Indians up here.«<sup>114</sup> Das Konzept der *Frontier* entstammt der Feder des Historikers Frederick Jackson Turner. Er hatte einst die These aufgestellt, dass insbesondere die im Verlauf der Besiedlung des Kontinents gesammelten Erfahrungen die USA von allen anderen Nationen unterscheiden würden.<sup>115</sup> So umstritten diese Behauptung heute unter Wissenschaftlern auch ist, so wirkmächtig ist die von Turner aufgegriffene und popularisierte Idee des *American Exceptionalism* nach wie vor.<sup>116</sup> Neben dem emsigen Bemühen Turners, seine Interpretation der Öffentlichkeit zu präsentieren, war es hauptsächlich das Bedürfnis nach einer eigenständigen amerikanischen Identität, die für den lang anhaltenden Erfolg seiner These sorgte. Er hatte der jungen Nation eine historische Meistererzählung geliefert, die sie von den europäischen Mächten abgrenzte und dennoch gleichwertig erschienen ließ.<sup>117</sup>

Im Kalten Krieg bildete der Eiserne Vorhang zunächst die neue *Frontier*, während des »Space Race« zwischen den USA und der Sowjetunion war es gar das Universum.<sup>118</sup> Die so häufig auf Berlin angewandte Bezeichnung *Outpost of Freedom*, die den Begriff der an der Grenze zur Wildnis gelegenen Siedlung aufgreift, lässt sich auf diesen Topos zurückführen: die Stadt als ein in feind-

Religion and the Cold War: An Introduction, in: ebd., S. 1-22; David S. Foglesong, Roots of »Liberation«: American Images of the Future of Russia in the Early Cold War 1948-1953, in: The International History Review 21 (1999) 1, S. 57-79.

114 Briefing on Current Berlin Problems, gehalten um 11 Uhr am 2. Mai 1950 im Directors Building in Berlin, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3,

115 Frederick Jackson Turner, The Significance of the Frontier in American History, in: Annual Report of the American Historical Association for the Year 1893, Washington/DC 1894, S. 197-228.

116 Vgl. Lacy K. Ford Jr., The Turner Thesis Revisited, in: Journal of the Early Republic 13 (1993) 2, S. 144-163, insb. S. 145. Barack Obama und Hillary Clinton bezeichneten 2012 die USA entsprechend dem von Madeleine Albright geprägten Terminus als »indispensable nation«. Vgl. Patrick J. Denee, Cities of Man on a Hill, in: American Political Thought 1 (2012) 1, S. 29-52.

117 Vgl. Martin Ridge, The Significance of Frederick Jackson Turner's Frontier Thesis, in: Montana. The Magazine of Western History 41 (1991) 1, S. 2-13.

118 John F. Kennedy benutzte den Terminus »New Frontiers« 1960 in seiner Antrittsrede.

lichem Gebiet gelegener Vorposten, der mit der Aufgabe betraut ist, durch sein Verhalten beispielhaft zu wirken und auf sein Umfeld auszustrahlen oder auch aktiv einzuwirken.<sup>119</sup> Diese Feststellung legt die Frage nahe, ob die Erzählung von West-Berlin als einem Vorposten der Freiheit aus amerikanischer Feder stammt.

### Eine amerikanische Erfindung?

Der Begriff »Outpost of Freedom« erlangte 1963 durch die Rede John F. Kennedys Berühmtheit.<sup>120</sup> Verwendet wurde er allerdings bereits viele Jahre zuvor. Nur einen Tag nach Beginn der Blockade hatte die Berliner Tageszeitung *Der Abend* verkündet, die Stadt stelle seit drei Jahren den »östlichsten Vorposten der Demokratie« dar.<sup>121</sup> Vor dem Reichstagsgebäude stehend rief Ernst Reuter am 9. September 1948 den versammelten Zuhörern zu:

Wenn heute dieses Volk von Berlin zu Hunderttausenden hier aufsteht, dann wissen wir, die ganze Welt sieht dieses Berlin. Denn verhandeln können hier schon nicht mehr die Generale, verhandeln können schon nicht mehr die Kabinette. Hinter diesen politischen Taten steht der Wille freier Völker, die erkannt haben, daß hier in dieser Stadt ein Bollwerk, ein Vorposten der Freiheit aufgerichtet ist, den niemand ungestraft preisgeben kann.<sup>122</sup>

Der Jahresbericht des US-Stadtkommandanten von 1951 beschrieb West-Berlin als »an outpost of free nations behind the so-called Iron Curtain«,<sup>123</sup> und ein internes Memorandum des US-Hochkommissariats zur *Operation Pamphlet*, der Verteilung von Propagandamaterial in Ost- und West-Berlin, bezeichnete die Westsektoren 1952 als »outpost of freedom in the middle of the Communist area of influence«, als »focal point of the cold war« und »show-window of freedom«. <sup>124</sup> Ab diesem Zeitpunkt findet sich der Terminus immer wieder in amerikanischen sowie in deutschen Quellen. Er wurde zum festen Bestandteil

119 Zum Topos der »Insel im roten Meer« auch: Helmut Peitsch, Von Ruinen und Erinnerung. Berlin-Topoi der Nachkriegsliteratur, in: Matthias Harder/Almut Hille (Hg.), Weltfabrik Berlin. Eine Metropole als Sujet der Literatur, Würzburg 2006, S. 181-204.

120 Vgl. John F. Kennedy, Remarks at the Rudolph-Wilde-Platz Berlin.

121 Wir wollen keine Diktatur, in: *Der Abend*, 25. Juni 1948.

122 Ernst Reuter, Rede am 9. September 1948 vor dem Reichstag, online unter: <http://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/geschichte/historische-reden/ernstreuterrede.de.html> [7.4.2018].

123 Command Report Berlin Military Post, 1951, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, HQ EUCOM, General Staff Military Post Division, Berlin Military Post, Reports 1951, Command Reports, Box 1617, S. 13.

124 Office of the HICOG, Office Memorandum, Subject: Report on IB Pamphlet Operation for 1952, Anhang: Berlin's Special Events, 1. Januar 1952, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. HICOG, Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-1953, Box 2, Folder: Correspondence.

sowohl von feierlichen Reden als auch von internen Analysen und Lageberichten. Die Ausgabe *Berlin Duty* der US-Sendung *The Big Picture* beschrieb die Stadt Mitte der 1960er-Jahre – fast in den Worten Reuters – als »a frontier of freedom which cannot be abandoned«<sup>125</sup>, und kurz zuvor, 1962, hatte auch das British Ministry of Information den Terminus »Outpost of Freedom« als Filmtitel genutzt.<sup>126</sup>

Ist die West-Berliner Meistererzählung also eine deutsche oder eine amerikanische Erfindung? Genau lässt sich dies nicht ermitteln. Die frühe Verwendung durch den *Abend* und durch Ernst Reuter spricht für eine deutsche Erfindung, die gezeigten Anlehnungen an amerikanische Mythen könnten ein Beleg für transnationale Einflüsse sein. Die Suche nach einem einzelnen »Erfinder« erscheint allerdings auch wenig sinnvoll, denn viel plausibler ist es, dass sich deutsche und amerikanische Vertreter in ihren unzähligen Gesprächen im Vorfeld der Blockade gegenseitig inspirierten. Man versuchte, die Situation der Stadt in Worte zu fassen und griff auf Semantiken der eigenen Sinnwelt zurück. Vielleicht plauderte Ernst Reuter eines Abends mit US-Stadtkommandant Frank Howley im Harnack-Haus und fand die Bezeichnung »outpost of freedom« so griffig, dass er sie in seine berühmte Rede integrierte. Vielleicht inspirierte ihn aber auch sein Gespräch mit Lucius D. Clay am Vorabend der Rede dazu.<sup>127</sup> Womöglich hatte er auch nur den *Abend* gelesen.

### Der rasche Erfolg der neuen Meistererzählung

Während die Genese des »Vorpostens der Freiheit« im Dunklen bleiben muss, so lässt sich anhand einer Umfrage aus dem Jahr 1951 aber der rasche Erfolg des Topos belegen: 66 Prozent der zum städtischen Selbstverständnis befragten West-Berliner betonten die internationale Bedeutung ihrer Stadt und beschrieben sie unter anderem als »an island symbolic of the struggle [between East and West, S. E.], a listening-post for the West, the last rampart of the free world and an example to it«, »the last outpost of freedom in the middle of the Red Sea«, »the bulwark, the dam, for the Western powers – if we fall Europe falls too«.<sup>128</sup> Die Befragten waren stolz auf den ihnen zugeschriebenen Mut und ihre Standhaftigkeit. Ein Viertel der Interviewten schrieb dies vermeintlich typischen Berliner Eigenschaften zu – Zähheit, Humor, Vernunft, Dickköpfigkeit, Robustheit –, ein Drittel währte die Erfahrungen mit der russischen Besatzung als Grund für die gute »Kampfmoral« und weitere 19 Prozent schrieben

125 US National Archives, *The Big Picture: Berlin Duty* (produziert zwischen Ende 1963 und 1964), Minute 18:54, URL: <https://archive.org/details/gov.archives.arc.2569852> [7.4.2018].

126 *Outpost of Freedom – The Meaning of Berlin today* (GB, 1962).

127 Vgl. hierzu: David E. Barclay, *Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter*, Berlin 2000, S. 241–242.

128 Hier und im Folgenden: HICOG, *The Current State of West Berlin Morale* (1952).

den Ruf dem Berliner »Optimismus« zu. Lediglich zwei Prozent glaubten, sie würden die Anerkennung nicht verdienen.

Die Berliner machten sich diese »Zuschreibung« also nicht erst »in den folgenden Jahren und Jahrzehnten« nach der Luftbrücke »gern zu eigen«<sup>129</sup> – sie prägten sie mit. Das neue Selbstbild ermöglichte ihnen nach dem Krieg wieder eine positive Identität, eine Ich-Erzählung, die sie nicht in die rückblickenden Kategorien Opfer oder Täter einteilte, sondern ihr Verhalten und ihre Eigenschaften optimistisch deutete und auf die Zukunft ausrichtete.

### 3.2.1 West-Berlin und die USA als »imagined community«

Die gemeinsame deutsch-amerikanische Meistererzählung zeigt, dass ihr als mutiger Kampf für Freiheit und Demokratie gedeutetes Verhalten die West-Berliner Teil einer westlichen, transnationalen (Erzähl-)Gemeinschaft werden ließ. Diese Gemeinschaft fand gut ein Jahr nach Aufhebung der Blockade in Form des Luftbrücken-Denkmal und der von amerikanischen Bürgern gespendeten Freiheitsglocke ihre symbolische Materialisierung.

Die Glocke wurde West-Berlin offiziell am 24. Oktober 1950 durch Lucius D. Clay als Vorsitzendem der Initiative *Crusade for Freedom* übergeben. Sie ist eine Nachbildung der Liberty Bell, die in Philadelphia an die Verlesung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1776 erinnert. Ermöglicht wurde das Geschenk durch eine medial intensiv begleitete Tour durch die USA, bei der 16 Millionen Amerikaner insgesamt 1,3 Millionen Dollar spendeten. Die damit verbundene Botschaft war, so Dominik Geppert, klar und deutlich: »The USA was the refuge of freedom, its furthest outpost Berlin [...]. The gift of the bell was intended to link the people of Berlin to the collective memory of the USA, and to extend the spiritual home of the Americans to include the divided city. Berlin was promoted – at least symbolically – to become the USA's fifty-first state, and the USA became a substitute fatherland for the people of Berlin.«<sup>130</sup>

Das liebevoll-spöttisch »Hungerharke« genannte Luftbrücken-Denkmal wurde im Jahr darauf, am 10. Juli 1951, in Anwesenheit von über 100.000 Berlinern feierlich eingeweiht und erinnert noch heute an jene 78 Menschen, die, so die Inschrift auf dem Sockel, »ihr Leben für die Freiheit Berlins im Dienste

129 Geppert, *Symbolische Politik*, S. 136-147, Zitat S. 137.

130 Dominik Geppert, »Proclaim Liberty Throughout all the Land«: Berlin and the Symbolism of the Cold War, in: ders. (Hg.), *The Postwar Challenge. Cultural, Social, and Political Change in Western Europe, 1945-58*, Oxford 2003, S. 339-363, Zitat S. 351f. Siehe auch: ders., *Die Freiheitsglocke*, in: Étienne François/Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Sonderausgabe, München 2003, S. 238-252; Eintrag: *Freiheitsglocke auf dem Turm des Rathauses Schöneberg*, in: Annette (Anna) Kaminsky (Hg.), *Orte des Erinnerns, Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR*, erarbeitet von Ruth Gleinig, 3. überarb. und erw. Aufl., Berlin 2016, S. 157f.

der Luftbrücke« gegeben haben.<sup>131</sup> Mit dem Denkmal sowie mit der Freiheitsglocke verband sich von nun an eine gemeinsame deutsch-amerikanische Erzählung, die Helden kannte – die »gefallenen« Piloten der Luftbrücke, den Schokolade an kleinen Fallschirmen abwerfenden Gail Halvorsen und General Clay – und eine klare Moral: Durchhalten und weiterkämpfen, damit West-Berlin frei bleibt.

Die Berliner Erfahrung der Jahre 1948/49 wurde als Zeichen gedeutet, dass Demokratie in Deutschland möglich sein könnte; die gemeinsame Überwindung der Blockade avancierte im amerikanischen und westdeutschen kulturellen Gedächtnis zum Sinnbild der Westorientierung der Bundesrepublik nach Kriegsende.<sup>132</sup> Die Erzählung von West-Berlin als einem Vorposten der Freiheit war indes nur dann glaubhaft, wenn die Jahre vor 1945 aus dem Blickfeld verschwanden.

Eine kleine Broschüre des US-Hochkommissariats aus dem Jahr 1950, die amerikanischen Gästen die Geschichte der Stadt sowie ihre »future role in the struggle between East and West« näherbringen sollte, demonstriert, wie dies geschah: Dass man sich noch vor wenigen Jahren als Feind gegenübergestanden hatte, wird einfach nicht erwähnt. Wenn die Zerstörung der Stadt 1945 angesprochen wird, dann geschieht dies ausschließlich im Kontext der sowjetischen Eroberung. Die anderen Alliierten treten erstmals als Besatzungsmächte auf mit der »responsibility to supply the population«. <sup>133</sup> Damit hatten die USA jene Rolle anerkannt, die ihnen viele Berliner schon 1945 zgedacht hatten: Sie waren nun auch in ihrem eigenen Verständnis zur »Schutzmacht« geworden.

Die westliche Stadthälfte wurde damit Teil einer amerikanischen Erfolgsgeschichte und einer transnationalen Erinnerungsgemeinschaft, einer »imagined community«. <sup>134</sup> Darunter wird, mit Benedict Anderson, eine »vorgestellte politische Gemeinschaft« verstanden, da sich zwar nicht all ihre Mitglieder kennen, »aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert«. <sup>135</sup>

131 Eintrag: Luftbrückendenkmal, in: Kaminsky, Orte des Erinnerns, S. 158 f.

132 Vgl. Petra Henzler, The First Cold War Memorial in Berlin. A Short Inquiry into Europe, the Cold War, and Memory Culture, in: Annette Vowinckel/Marcus M. Payk/Thomas Lindenberger (Hg.), Cold War Cultures. Perspectives on Eastern and Western European Societies, New York/Oxford 2012, S. 347-369.

133 Office of the High Commissioner of Germany, A survey of Berlin, 1. Juli 1950. So argumentierte auch eine Ausgabe der TV-Sendung *The Big Picture*, ein Programm des Senders ABC, das von der U.S. Army produzierte Dokumentationen zeigte: NARA, The Big Picture: Soldier in Berlin (1953), URL: <https://archive.org/details/gov.archives.arc.2569502> [22.2.2015].

134 Vgl. Benedict Anderson, Imagined communities: reflections on the origin and spread of nationalism, London/New York 1991.

135 Anderson, Die Erfindung der Nation, S. 15. Die deutsche Übersetzung des Buches verwendet den deutlich enger gefassten Begriff »erfundene Nation«, wogegen der Autor sich allerdings selbst ausspricht: »In der Tat sind alle Gemeinschaften, die größer sind als die dörflichen mit ihren face-to-face Kontakten, vorgestellte Gemeinschaften.« Ebd., S. 16 f.

Vor Anderson betonten schon Max Weber<sup>136</sup> und Ernest Renan<sup>137</sup> die herausragende Bedeutung von Erinnerung für das Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl einer (politischen) Gemeinschaft. Eric Hobsbawm ergänzte, dass es sich bei diesen kollektiven Erinnerungen oft um »invented traditions« handelt, die in der sich erinnernden Gegenwart Kontinuität stiften sollen.<sup>138</sup> Arjun Appadurai wies schließlich darauf hin, dass in einer globalisierten Welt imaginierte Gemeinschaften die Grenzen von Nationalstaaten transzendieren.<sup>139</sup>

Der rasche Erfolg der neuen West-Berliner Meistererzählung lag unter anderem darin begründet, dass sie die Möglichkeit bot, »to connect crucial political actors« aus Deutschland und den USA: Antikommunistisch gesinnte Lokalpolitiker, sozialdemokratische Remigranten, junge Journalisten des RIAS und liberal eingestellte Mitarbeiter der Besatzungsbehörden konnten sich mit ihr identifizieren, gründeten ein »potent political network« und schafften es, das Narrativ auf beiden Seiten des Atlantiks zu popularisieren.<sup>140</sup>

### 3.2.2 Die Berlin-Erfahrung als soldatische Erzählung

Dedicated to the People of Berlin, who endured the pain of war, gained hope through the Airlift, and experienced the rise and fall of the Berlin Wall – culminating in their new-found freedom with reunification of East/West Berlin, and to the elite military forces of the United States, Great Britain, and France in Berlin 1945-1994 who stood tall and made this possible.<sup>141</sup>

136 Weber sprach deshalb von »Erinnerungsgemeinschaften«. Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5. Aufl., Tübingen 1980, S. 220.

137 Vgl. Ernest Renan, *Was ist eine Nation?*, Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882, URL: <https://archive.org/details/RenanErnstWasIstEineNation> [7.3.2018].

138 Vgl. Eric Hobsbawm, *Introduction: Inventing Traditions*, in: ders./Terence O. Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge/New York 1983, S. 1-14.

139 Er spricht deshalb von »imagined worlds« und Ethnoscapes, Mediascapes, Technoscapes, Financescapes und Ideoscapes. Arjun Appadurai, *Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy*, in: ders., *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*, Minneapolis/London 2005, S. 27-47. Siehe auch: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig, *Zur Entwicklung transnationaler Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert. Eine Einleitung*, in: dies. (Hg.), *Transnationale Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 7-33.

140 Stefanie Eisenhuth/Scott H. Krause, *Inventing the »Outpost of Freedom«*. Transatlantic Narratives and the Historical Actors Crafting West Berlin's Postwar Political Culture, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014) 2, S. 188-211, Zitat S. 201. Scott Krause hat in seiner Dissertation detailliert herausgearbeitet, wie sich die Erzählung von West-Berlin als einem »Vorposten der Freiheit« auf politischer Ebene durchsetzen konnte: ders., *Bringing Cold War Democracy to West Berlin, 1933-1972. A Shared German-American Project*, London 2018.

141 Online zu sehen unter: <http://www.gedenktafeln-in-berlin.de/nc/gedenktafeln/gedenktafel-anzeige/tid/alliiertenmuseum/> [7.4.2018].

So lautet die Inschrift der 1998 durch die Berlin U.S. Military Veterans Association (BUSMVA) gestifteten Gedenktafel auf dem Gelände des Berliner Alliierten Museums. Sie fasst kurz und bündig die West-Berliner Meistererzählung zusammen, die bis heute auch die Berichte vieler Veteranen prägt, die eine Zeit ihres Lebens in Berlin verbracht haben. Für diese Studie wurden über 40 Mitglieder des 1996 gegründeten Veteranenvereins befragt – einige füllten einen Fragebogen aus, andere schickten lange Briefe oder E-Mails, mit wieder anderen fanden in den USA Gespräche statt. Der Verband pflegt intensiv die Erzählung von der erfolgreichen freundschaftlichen Beziehung zwischen West-Berlin und den USA. Als seine Aufgabe definiert er demgemäß, »to maintain and further develop the bonds of friendship forged between Berliners and Americans throughout the years of occupation in Berlin« und »to perpetuate the history of the role the U.S. military played in protecting the freedom and democratic ideals of the citizens of West Berlin in the Cold War struggle«. <sup>142</sup> Die Mitglieder haben zumeist eine sehr enge, emotionale Bindung an Berlin – nicht selten auch deshalb, weil viele dort ihre Ehefrau fanden. Sie repräsentieren daher zwar nur bedingt den durchschnittlichen GI, ihre Erzählungen können aber dennoch darüber Aufschluss geben, wie die Zeit der Stationierung gedeutet wird.

Derartige Berichte von Zeitzeugen lassen sich als eine Art »Steinbruch« für Fakten über den Alltag vergangener Zeiten verwenden: Wie viel Freizeit hatten die Soldaten? Wo verbrachten sie ihre Wochenenden? Hielten sie sich an die vorgegebenen Regeln der Army? Darüber hinaus ermöglicht die Art und Weise der Erzählung aber auch Aussagen dazu, wie historische Erfahrungen vor dem eigenen kulturellen Hintergrund gedeutet und mit Sinn ausgestattet wurden. <sup>143</sup> Fasst ein Zeitzeuge sein Leben im Gespräch zusammen, so wählt er einzelne Ereignisse aus und verbindet sie zu einer seinem Empfinden nach sinnvollen Erzählung. Einzelnen Aspekten wird so Bedeutung verliehen, andere werden nicht erwähnt, da sie im Rahmen der Geschichte unwichtig erscheinen. Hierbei entscheiden unter anderem der Zeitpunkt des Erzählens, <sup>144</sup> die Selbstwahrnehmung des Erzählers, die von ihm vermuteten Erwartungen seitens seines Gesprächspartners sowie Einflüsse des kommunikativen und kulturellen

<sup>142</sup> Mission of the Berlin U.S. Military Veterans' Association, URL: <http://www.berlin-veterans.com/aboutus.htm> [7.4.2018].

<sup>143</sup> Zu den Möglichkeiten und Probleme der Oral History: Robert Perks/Alistair Thomson, *The Oral History Reader*, London/New York 2006; Lutz Niethammer, »Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History«, in: ders., »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Berlin/Bonn 1985, Bd. 3, S. 392-445.

<sup>144</sup> Fred H. Allison veranschaulichte die Wandelbarkeit von erzählten Erinnerungen anhand von Interviews, die zu verschiedenen Zeitpunkten stattfanden – das erste unmittelbar nach einer Kampfhandlung in Vietnam, das zweite 34 Jahre später: ders., *Remembering a Vietnam War Firefight. Changing perspectives over time*, in: *The Oral History Reader*, S. 221-229.

Gedächtnisses<sup>145</sup> darüber, was als erzählenswert erachtet wird und wie die Erfahrung erzählerisch aufbereitet wird.<sup>146</sup>

Jörn Rüsen beschrieb diesen Prozess als »Sinnbildung über Zeiterfahrung«; Erfahrungen werden berichtet, um daraus Regeln für die Gegenwart ableiten zu können, und stattdessen zugleich den Erzähler mit einer Identität aus.<sup>147</sup> Er kreiert eine Ich-Kontinuität – oder in den Worten Pierre Bourdieus eine »biographische Illusion«<sup>148</sup> –, indem er sein vergangenes und sein heutiges Ich auch über historische Zäsuren hinweg verbindet und seinem Dasein somit Sinn verleiht.<sup>149</sup> Hierbei wird auf dieselben Erzählmuster zurückgegriffen, die auch Romanautoren nutzen: Autobiografische Erfahrungen können, wie jede Geschichte, als Tragödie oder Komödie, als Lehrstück oder Liebesgeschichte erzählt werden. Sie weisen eine Einleitung auf, überraschen den Zuhörer mit einem Höhepunkt oder einer dramatischen Wendung und enden zumeist mit einer Moral, einer gezogenen Lehre.<sup>150</sup> Diese Lebenserzählungen sind geprägt von einer Intention: dem Wunsch nach Anerkennung oder Rechtfertigung oder der Überzeugung, einer jüngeren Generation vermitteln zu müssen, wie es damals »wirklich« war. Deutlich wird dies insbesondere in der freien Erzählung, dem lebensgeschichtlichen Interview, aber auch in schriftlicher Form.<sup>151</sup>

Ein während der Luftbrücke in Berlin stationierter US-Soldat fasste seine Eindrücke in einem Brief folgendermaßen zusammen:

I saw these people [the Berliners, S. E.] suffering. I'll tell you what I did not see: I saw no one crying or beating their chest. They were doing their best to survive with the little they had. My friends and I, after 5 days on pass, had

145 Harald Welzer konnte zeigen, wie selbst Filmszenen als eigene Erinnerung angeeignet werden können: Harald Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung*, 2. Aufl., München 2002, S. 185-206.

146 Vgl. Jürgen Straub, *Geschichten erzählen, Geschichte bilden. Grundzüge einer narrativen Psychologie historischer Sinnbildung*, in: ders. (Hg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte*, Frankfurt a.M. 1998, S. 81-169; Volker Depkat, *Nicht die Materialien sind das Problem, sondern die Fragen, die man stellt. Zum Quellenwert von Autobiographien für die historische Forschung*, in: Thomas Rathmann/ Nikolaus Wegmann (Hg.), *Quelle. Zwischen Ursprung und Konstrukt. Ein Leitbegriff in der Diskussion*, Berlin 2004, S. 102-117.

147 Vgl. Jörn Rüsen, *Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden*, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 38.

148 Vgl. Pierre Bourdieu, *Die biographische Illusion*, in: *BIOS 3* (1990) 1, S. 75-81.

149 Vgl. Volker Depkat, *Nicht die Materialien sind das Problem*, S. 103-117.

150 Die Betonung der jegliche Form der Erzählung strukturierenden Muster geht auf Hayden White zurück. Eine Zusammenfassung der Theorie von White und der Kritik an ihr aus der Perspektive der Biografik findet sich in: Ansgar Nünning, *Fiktionalität, Faktizität, Metafiktion*, in: Christian Klein (Hg.), *Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien*, Stuttgart/Weimar 2009, S. 21-27.

151 Vgl. Gabriele Lucius-Hoene/Arnulf Deppermann (Hg.), *Rekonstruktion narrativer Identität. Ein Arbeitsbuch zur Analyse narrativer Interviews*, 2. Aufl., Wiesbaden 2004, S. 17-92.



great respect for these people and that respect lasts with me to this day. [...] I was in Berlin for 21 months. I saw a Berlin in ruins. I saw 2 million people depressed, hungry and beaten. I left a Berlin that was vibrant, happy and on it's way up. I am 83 years old now. While the rest of Europe is financially in ruin, Germany has the best economy not only in Europe, but in most of the world. Why am I not surprised!<sup>152</sup>

Einleitend wird die eigene Erfahrung mit der Erwartung konfrontiert. Der Verfasser deutet an, man habe ihm vor seinem Aufenthalt vermittelt, dass die Deutschen den Kriegsverlust beklagen und sich als Opfer verstehen würden. Den Wendepunkt seiner Geschichte stellt die nach einem fünftägigen Urlaub gewonnene Erkenntnis dar, dass es sich bei den Berlinern stattdessen um tapfere, bescheidene und arbeitsame Menschen handele, die Respekt verdienen würden. Basierend auf dieser Erfahrung deutet er die Gegenwart: Kein Wunder, dass Deutschland heute im europäischen Vergleich so gut abschneidet! Auch wenn er die USA mit keinem Wort erwähnt, so gibt er dennoch mit Hilfe narrativer Abkürzungen Hinweise darauf, dass er die amerikanische Unterstützung als mit ausschlaggebend für diesen Erfolg erachtet. Die Betonung der wirtschaftlichen Prosperität könnte auf den Marshall-Plan verweisen. Er stellt besonders das pulsierende und fröhliche Leben in West-Berlin heraus, was den Einfluss amerikanischer Popkultur implizieren könnte. Doch viel wichtiger: Die Veränderung fand statt, als er vor Ort war. Auch wenn dies nur eingeschränkt der Realität entsprechen kann, denn er verließ Berlin bereits kurz nach Aufhebung der Blockade, so erfahren wir doch mehr über sein Selbstverständnis: Der amerikanische GI erscheint hier als verständnisvoller Helfer im Hintergrund, als Freund, der mit seinem Beitrag nicht prahlt, sondern stolz ist, zum Gelingen beigetragen zu haben.

So wenig es möglich ist, anhand von einigen Gesprächen und Briefen generalisierende Aussagen zu treffen, so lässt sich dennoch ein Trend erkennen: Die Erzählung des Luftbrücken-Veteranen ist typisch für die Art und Weise, wie zwischen 1945 und Mitte der 1960er-Jahre in West-Berlin stationierte US-Soldaten ihre historische Rolle erinnern. Die Interpretation der eigenen Funktion als Teil der Berlin Brigade wurde bereits zeitgenössisch durch mehrere Faktoren beeinflusst: Erstens prägte die jeweils aktuelle Deutung der eigenen historischen Rolle der USA sowie das medial vermittelte Bild der US-Soldaten ihr Selbstverständnis und die Wahrnehmung ihrer Aufgabe vor Ort.<sup>153</sup> Zweitens intensivierte Berlins Image dieses in den späten 1940er- und in den 1950er-Jahren weitgehend positive Selbstbild noch – zum einen, weil nur ausgewählte Soldaten hier dienen durften, zum anderen, da Berlin in dieser Zeit als heißeste Front des Kalten Krieges galt und somit die eigene Stationierung als gefährlicher und heroischer Akt beschrieben werden konnte. Oftmals werden die Jahre in Berlin daher auch als Lehrjahre geschildert und mit Begriffen wie »forma-

152 Brief an die Verfasserin, April 2012.

153 Hierzu ausführlich: Huebner, The Warrior Image.

tive« und »enriching« assoziiert.<sup>154</sup> Eine solche Sichtweise wurde auch durch die U.S. Army propagiert. Die Ausgabe *Soldier in Berlin* der Dokumentarfilm-Reihe *The Big Picture* betonte 1953, hier in Berlin »the American soldier sees totalitarian communism and democracy, presenting perhaps more sharply than anywhere else on earth a comparison in significance and effect of the two ways of life«. Dieselbe Dokumentation ließ einen Soldaten aus Arkansas über seine Erfahrungen ein sehr ähnliches Fazit ziehen:

Yes, Sir, soldering in Berlin is a kind of education where you don't just hear about what's good or bad in political systems. You get to see how they work out. [...] Training the year around to keep us on our toes ready for anything that might happen when and if it happens. With the knowledge that plenty can happen in Berlin, Germany – the hottest spot in Europe. We're not trigger-happy here, but we stay on close terms with our guns.<sup>155</sup>

Das aus dieser Deutung resultierende Prestige und der damit verbundene Stolz finden sich noch heute in den Berichten jener Veteranen, die während der Hochphase des Kalten Krieges in Berlin stationiert waren. Ihre Erinnerung wird zudem durch aktuelle mediale Interpretationen der amerikanischen Besatzung West-Berlins – wie zum Beispiel die oben erwähnte Show *Christmas from Heaven* mit Tom Brokaw – bestätigt und bestärkt.<sup>156</sup> Die Inszenierung Gail Halvorsens in der Sendung verdeutlicht, wie positiv besetzt das Image jener Veteranen, die in der Nachkriegszeit in Berlin waren, in der amerikanischen Öffentlichkeit noch immer ist und warum diese Veteranen ihre Erfahrungen daher mit Sinn versehen und in die eigene Lebensgeschichte integrieren können.<sup>157</sup>

Für die zweite Hälfte der Militärpräsenz zeigt sich ein anderes Bild. Nicht nur ist die Zahl der BUSMVA-Verbandsmitglieder, die in jenen Jahren in Berlin waren, deutlich geringer,<sup>158</sup> sie bereiten ihre Erinnerungen auch anders auf.

154 Ergebnis der Auswertung von Fragebögen, die sich im Archiv der Verfasserin befinden.

155 NARA, *The Big Picture: Soldier in Berlin (1953)*, Minute 21:15 ff., URL: <https://archive.org/details/gov.archives.arc.2569502> [22.5.2018].

156 Amerikanische Publikationen über die Blockade versprechen demgemäß oft bereits im Titel eine Heldengeschichte: *Air Bridge to Freedom*, *America's Finest Hour*, *The Salvation of a City*, *Daring Young Men: The Heroism and Triumph of the Berlin Airlift* etc.

157 Andrew J. Huebner fasste den Forschungsstand knapp zusammen: »Image makers and opinion shapers, this thinking goes, have painted a sanitized and sentimentalized picture of World War II, which has been eagerly gobbled up by a public hungry for unambiguous heroes and causes in the murky environment of the Cold War, and since then, of the war on terror [...]. The »greatest generation« version of World War II mythology is certainly alive and well, and perhaps with the passing of that generation will only grow stronger.« Ders., *The Warrior Image*, S. 281. Zu der Erweiterung des Narrativs auf die Nachkriegsjahre siehe: Carruthers, *The Good Occupation*.

158 An der »Veterans Reunion«, die die Autorin im Mai 2012 in San Diego besuchte, nahm lediglich ein einziger Veteran teil, der in den 1970er-Jahren in West-Berlin

Die Berichte sind fragmentarisch; es werden Episoden geschildert, aber keine zusammenhängenden Geschichten. Sie versuchen, klassische Topoi des Kalten Krieges anzuwenden, können diese aber nicht mit eigenen Erfahrungen bebildern. Dieses Phänomen zeigt sich häufig, wenn die eigene historische Erfahrung (noch) nicht sinnvoll eingebettet werden kann. Menschen internalisieren Narrative, die im kulturellen Gedächtnis der Gesellschaft gespeichert sind und tradieren sie, indem sie ihre eigenen Erlebnisse anhand dieser Erzählmuster deuten und weitergeben.<sup>159</sup> In diesem Fall ist es die Erzählung von dem jungen Helden, der seinen Mut in einer Gefahrensituation an der heißesten Front des Kalten Krieges beweist. Da jene GIs der 1970er- und 1980er-Jahre jedoch auf keinen tatsächlichen Konflikt wie die Berlin-Krisen oder den Mauerbau verweisen können, wählen sie andere gefährliche Momente aus, die sie erlebt haben: Ein Soldat berichtete von einem innerhalb der McNair Barracks aus Liebeskummer amoklaufenden GI, ein anderer von Studentenprotesten auf dem Kurfürstendamm anlässlich des Todes von Ulrike Meinhof, ein dritter von der Jagd auf einen durch einen US-Soldaten entführten Panzer. Manche berichten auch, wie sie gezielt nach Ost-Berlin fuhren, um dem vermeintlichen Feind ins Auge blicken zu können.

Die Veteranen nutzen die traditionellen narrativen Kategorien, können die einzelnen Anekdoten jedoch nicht zu einer Geschichte mit einer Moral zusammenführen. Der Topos des »most dangerous outpost, 110 miles behind the iron curtain« bleibt erhalten, obwohl der Kalte Krieg längst nicht mehr so frostig war. Dieser Umstand trug bereits zeitgenössisch dazu bei, dass sich viele GIs kaum mit ihrer Aufgabe identifizieren konnten. Eine Studie der Armee aus jenen Jahren trägt den Titel *Army of Hope, Army of Alienation* und beschreibt somit das Gefühl jener Soldaten sehr treffend – nicht nur die angebliche Mission war ihnen fremd, da sie kaum der eigenen Erfahrung entsprach, auch die lokale Bevölkerung schien nicht so dankbar zu sein, wie es ihnen vorab durch die Medien und die Armee suggeriert worden war. Dennoch zeigt sich auch in ihren enttäuschten Erwartungen die Langlebigkeit der Meistererzählung.

### 3.3 Amerikanischer Alltag in West-Berlin

Die amerikanische Entscheidung, in Deutschland zu bleiben, sorgte für einen Ausbau der lokalen Einrichtungen und damit eine Verstärkung der Militärpräsenz. In West-Berlin bedeutete dies die Aufdauerstellung der Besatzung und damit eine Normalisierung in der Anomalität. Der Berlin Military Post wurde

stationiert war. Die Suche nach veröffentlichten Memoiren von in Berlin stationierten US-Soldaten zeigt ein ähnliches Ergebnis: Während die zwischen 1945 und 1965 in West-Berlin stationierten Soldaten häufiger ihre Erinnerungen publiziert haben, konnte lediglich eine einzige Publikation aus den 1980er-Jahren und keine einzige aus den 1970er-Jahren gefunden werden.

159 Vgl. Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis*, S. 152-162.

zu einem prestigeträchtigen Stützpunkt mit eigenen Regeln und Routinen. Die eigene Infrastruktur wurde massiv erweitert, um auch in West-Berlin eines der sogenannten *Little Americas* zu schaffen. Investitionen in Höhe von 20 Millionen DM legten ab 1951 den Grundstein für einen komfortablen Lebensstil der US-Soldaten. Apartmenthäuser und neue Gebäude innerhalb der Kasernen wurden errichtet, der Stützpunkt Flughafen Tempelhof wurde ausgebaut und zahlreiche neue Freizeiteinrichtungen entstanden, wie zum Beispiel ein Fitnesscenter nahe der Truman Hall sowie das Outpost Theater, in dem sich heute das Alliiertenmuseum befindet. Ergänzend wurden die Materiallager zentralisiert, da sich diese möglichst weit von der Sektorengrenze entfernt befinden sollten.<sup>160</sup>

Im Jahr 1953 vergab die U.S. Army Aufträge an Berliner Unternehmen im Wert von 48,5 Millionen DM, im Folgejahr in Höhe von 44,1 Millionen DM. Um die Berliner Wirtschaft weiterhin zu unterstützen, versprach US-Kommandant Thomas S. Timberman dem Regierenden Bürgermeister Walter Schreiber, diese Ausgaben künftig noch zu erhöhen.<sup>161</sup>

Bis Mitte der 1950er-Jahre eröffneten in West-Berlin amerikanische Schulen, Kirchen, Clubs, Geschäfte, Sportvereine und diverse Dienstleistungseinrichtungen. Zwischen Januar 1953 und Juni 1954 sorgten im Schnitt wöchentlich 36 Bands oder einzelne Musiker sowie vier Show-Ensembles für die Unterhaltung der GIs.<sup>162</sup> Ziel all dieser Einrichtungen und Aktivitäten war es, »a homelike atmosphere during off-duty hours« zu schaffen.<sup>163</sup> Theoretisch waren die US-Soldaten nun nicht mehr darauf angewiesen, deutsche Einrichtungen zu nutzen, um sich die Freizeit zu vertreiben. Der massive Ausbau der amerikanischen Infrastruktur war keine Berliner Besonderheit: In jenen Jahren entwickelten die USA ein weltweites Basing System, häufig in und um bereits zuvor durch die eigene oder eine andere Armee genutzte Gebäude. Schon bald lebten eine Million US-Soldaten allein oder mit ihren Familien überall auf der Welt in ähnlich gestalteten Siedlungen.

In Deutschland waren die Kosten für den Ausbau der Militärbasen zunächst als Besatzungskosten deklariert und durch die Bundesrepublik getragen worden; die Gebäude blieben in deutschem Besitz, standen den USA jedoch zur uneingeschränkten Nutzung zur Verfügung. Das Basing System verfolgte in

160 Command Report Berlin Military Post 1951, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, HQ EUCOM, General Staff Military Post Division, Berlin Military Post, Reports 1951, Box 1617.

161 Timberman an Schreiber, 29. April 1954, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 12379.

162 Vgl. Special Services Section, Booking Unit: Historical Program, 22. Juli 1954, in: ebd.

163 Vgl. Assistant Chief of Staff, G-1, Director: Welfare and Morale Services Program, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Regulations 1957-59, Box 7, Folder: HQ Berlin Command: Welfare and Morale Services Program, 4. Mai 1957, S. 2.



Eröffnung des neuen Shopping Centers Truman Hall, 1950

Deutschland zweierlei Ziele: Zum einen sollte es mit typisch amerikanischen Einrichtungen und dem Angebot heimischer Konsumgüter den Soldaten ein Gefühl von Vertrautheit vermitteln, zum anderen war es eine Reaktion auf Klagen der Zivilbevölkerung im Umfeld der Basen über noch immer nicht derequirierte Gebäude und sich aus Langeweile in deutschen Gaststätten betrinkende und randalierende Soldaten.<sup>164</sup>

Über die Jahrzehnte wurde die amerikanische Infrastruktur immer weiter ausgebaut, sodass es aus den USA Eintreffenden schließlich schien, als hätten sie die heimische Militärbasis nicht verlassen: »America's outposts are similar to small towns, with offices, homes, shopping centers, schools, parks, fire stations, and industrial areas. [...] Underlying these familiar facades are familiar policies concerning design and construction that apply to outposts worldwide. These policies, in turn, reflect socialcultural norms exported across the globe by designers locked on a blueprint of their version of America.«<sup>165</sup>

164 Vgl. Baker, *American Soldiers Overseas*, S. 49-58.

165 Gillem, *America Town*, S. 73 f.



Das Wannsee Recreation Center der US-Streitkräfte  
in der ehemaligen Villa Oppenheimer, 1958

Wo auch immer die Soldaten während ihrer Dienstzeit hinkamen, die Militärbasen ähnelten sich – sie waren in der Welt unterwegs, aber dennoch mit der Heimat eng verbunden: »Wherever these soldiers go, they are homeward bound – bound to the same sprawling subdivisions, franchised restaurants, and vacuous shopping malls.«<sup>166</sup> Dies hatte Vor- und Nachteile, wie sich langfristig zeigen sollte.

### *3.3.1 Eintreffen in West-Berlin*

Die nachrückenden GIs trafen für gewöhnlich mit dem Zug aus Bremerhaven oder Frankfurt am Main in West-Berlin ein und wurden im Rail Transportation Office am Bahnhof Lichterfelde-West in Empfang genommen.<sup>167</sup> Oft

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> Dies galt nicht für Offiziere. Diese hatten sich im Hauptquartier zu melden. Hierzu sowie zu folgenden Ausführungen, wenn nicht anders gekennzeichnet: Vgl. HQ Berlin Command, Berlin Command Garrison Regulations, 15. Mai 1957, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Regulations 1957-59, Box 7; HQ Berlin Brigade, Garrison Regulations, 16. August 1963, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, General Orders 1963-66, Box 6.

kamen sie mit nur einem Koffer: Jeder Soldat durfte 30 kg Gepäck mit sich führen, Ehepartner 45 kg und Kinder unter 12 Jahren 30 kg. Zusätzlich konnte weiteres Gepäck durch das Transportation Office verschifft werden. Den Familien wurde geraten, einen Großteil ihres Haushalts nach Deutschland mitzunehmen: Porzellan, Gläser, Kochutensilien, Haushaltstextilien und -geräte, besonders Waschmaschine und Trockner. Hier erwies sich jedoch der Unterschied zwischen deutschem und amerikanischem Wechselstrom als Problem, sodass Transformatoren notwendig waren; vereinzelt mussten Geräte vor Ort auch erst technisch an den lokalen Standard angepasst werden. Für gewöhnlich wurden bis zu 900 kg pro Haushalt nach Deutschland transportiert. Wenn nötig, wurde Mobiliar – von Stühlen und Tischen über Mülleimer, Teppiche und Spiegel bis hin zu Herd und Kühlschrank – durch die U.S. Army zur Verfügung gestellt. Auch private Fahrzeuge konnten nach Deutschland geschickt werden; sie trafen allerdings meist erst einen Monat später ein.<sup>168</sup> Auskünfte zur Beschaffung von Wohnräumen, Hausrat oder Lebensmittelkarten erteilte die AG Accomodations in der Ihnstraße 19.<sup>169</sup>

### 3.3.2 Wohnen, Einkaufen und andere Aktivitäten

Soldaten, die ohne Familienangehörige nach Berlin kamen, wurden entsprechend ihrer Tätigkeit in einer der Kasernen untergebracht.<sup>170</sup> In West-Berlin waren dies zu jener Zeit die McNair-Barracks in der Goerzallee, die Andrews Barracks in der Finckensteinallee sowie die Turner Barracks am Hüttenweg. In den beiden erstgenannten Kasernen befanden sich zudem verschiedene Shops, jeweils eine Kirche und ein Kino sowie Clubs. Die Preventive Maintenance Crews kontrollierten die Kasernen alle sechs Wochen auf eventuelle Schäden und nötige Reparaturen.<sup>171</sup>

Soldaten der unteren Ränge war es nicht verboten, ihre Familien mitzunehmen, allerdings erhielt man erst ab dem fünften Rang (Sergeant/Unterfeldwebel) eine finanzielle Unterstützung seitens der Armee; nur diesen höheren Rängen standen die amerikanischen Wohnsiedlungen oder von deutschen Vermietern bereitgestellten Wohnungen zur Verfügung.<sup>172</sup> Die unteren Ränge mussten sowohl die Anreise als auch den Aufenthalt ihrer Familien selbst finanzieren. Sie lebten »on the economy«, wie es noch heute unter US-Militärfamilien heißt, also in einer von einem lokalen Vermieter gestellten

168 Vgl. HQ Department of the Army, Helpful Hints for Personnel ordered to Germany, 9. Mai 1957, in: Archiv der Wisconsin Historical Society, Call Number: 101.22:608-12.

169 Vgl. NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Regulations 1957-59, Box 7.

170 Alleinstehende Offiziere wurden in sogenannten *Bachelor Quarters*, Hotels oder Apartments untergebracht.

171 Vgl. Helpful Hints for Personnel ordered to Germany, 9. Mai 1957.

172 Vgl. ebd.

Wohnung. Auch wer etwas mehr Distanz zur Militärgemeinde bevorzugte oder wem temporär keine Wohnung zur Verfügung gestellt wurde – weil alle belegt waren oder weil das Paar gerade erst geheiratet hatte –, konnte, wenn sein Vorgesetzter dies gestattete, von der US-Armee unabhängig Räumlichkeiten mieten. Diese hatten sich jedoch innerhalb eines festgelegten Umfelds der Militärgemeinde zu befinden.<sup>173</sup> Die Fahrtzeit zum Arbeitsplatz durfte nicht mehr als 30 Minuten betragen, und die Wohnung musste über ein Telefon verfügen.

Das Command Economy Housing Board half bei der Wohnungssuche und trug Sorge dafür, dass die GIs ortsübliche Mieten zahlten und ihr Verhalten gegenüber der deutschen Hausgemeinschaft nicht dem Ruf der Armee schadete.<sup>174</sup> Die U.S. Army riet den Soldaten prinzipiell eher davon ab, mit ihren Familien »on the economy« zu leben. Da es mehrere Monate dauern konnte, bis eine Wohnung gefunden wurde, und die Armee weder Übergangsunterkünfte bereitstellte, noch die Kosten für eine temporäre Unterbringung in einem Hotel übernahm, konnte es schnell zu finanziellen Engpässen kommen.<sup>175</sup> Nicht selten wohnten die GIs daher mit ihren Frauen übergangsweise in Wohngemeinschaften mit Deutschen, die einzelne Zimmer an Amerikaner untervermieteten und mit denen sie sich teils auch Bad und Küche teilen mussten.<sup>176</sup>

Für Offiziere und amerikanische Zivilangestellte sowie deren Familien standen in West-Berlin Ende 1954 insgesamt 299 Häuser und 651 Apartments zur Verfügung.<sup>177</sup> Die sogenannten *Housing Areas* konzentrierten sich in den Gebieten Clayallee/Hüttenweg, Ripleystraße/Lützelsteiner Weg/Reichshofer Straße sowie im Umfeld der Pückler Straße und der Sundgauer Straße.

Den offiziell gemeinsam ins Ausland gehenden Familien stand eine Wohnung mit ein bis zwei Schlafzimmern zu, für jedes weitere Kind kam ein weiterer Raum hinzu. In den Häusern selbst herrschten die in Deutschland üblichen

173 Karte: Authorized US Housing Area, Annex F to BB No. 210-4, 25. Februar 1964, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, General Orders 1963-66, Box 6, Folder: Berlin Brigade Garrison Regulations.

174 Vgl. HQ Berlin Brigade, Regulation 600-3: Personnel. Command Economy Housing Board, 29. März 1963, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set, 1954-60, Box 5, Folder: General Orders; Berlin Brigade, Regulation 608-5: Personal Affairs. US Personnel Residing in Berlin, 22. April 1964, in: ebd.

175 Vgl. Helpful Hints for Personnel ordered to Germany.

176 Für die Nutzung von zwei Zimmern in einer deutschen Wohnung mit Gemeinschaftsküche wurden 1957 im Schnitt 60 bis 90 US-Dollar (exklusive Heizkosten) bezahlt. Eine eigene Wohnung kostete zwischen 150 und 300 US-Dollar, war jedoch äußerst schwer erhältlich. Vgl. ebd.

177 Vgl. USAREUR: Monthly Report of the Commanding General Berlin Command, 31. Dezember 1954, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files, 1951-60, Box 36, S. 16. Ein Jahr später waren es 252 Häuser und 706 Apartments. Siehe: Monthly Report of the Commanding General Berlin Command, 31. Dezember 1955, in: ebd., S. 29.



Regeln: Kein Lärm nach 22 Uhr, Wohnungstüren hatten abgeschlossen zu werden und im Hausflur durften keine Fahrräder, Schuhe oder Kinderwagen abgestellt werden. Über die Standardausstattung hinausreichendes Mobiliar konnte über das Quartermaster Property Office bezogen werden und durfte nicht untereinander getauscht werden. Sämtliche Wohneinheiten wurden jährlich durch das Engineer Property Office kontrolliert.<sup>178</sup>

War die Frage nach der Unterkunft geklärt, mussten über die ID Card Section der Adjutant General Division im US-Hauptquartier die nötigen Ausweise besorgt werden. Lebensmittel- und Kaffeekarten wurden den Soldaten und ihren Familien durch den Kommandanten der Einheit ausgeteilt. Ein Teil des alltäglichen Bedarfs wurde bis 1994 über derlei Karten und Coupons abgedeckt – von Benzin bis hin zu Eiswürfeln. Commissary Cards und Post Exchange Ration Cards, die zum Einkauf in den entsprechenden Geschäften berechtigten, vergab der Accomodations Branch, der auch die Zuweisung von Wohnräumen vornahm.<sup>179</sup>

Postämter befanden sich im Shopping-Center in der Clayallee, im Flughafen Tempelhof sowie in den Andrews und McNair Barracks. Das eigene Krankenhaus war Unter den Eichen gelegen. Konsumgüter waren im Post Exchange (PX), dem Kaufhaus der Army, oder auch im Commissary Store, dem armeeeigenen Supermarkt, erhältlich. Parallel bot die Kaufhauskette *Sears, Roebuck and Company* auch Lieferungen aus den USA an. Den Soldaten wurde in den Anfangsjahren aus gesundheitlichen Gründen nahegelegt, besonders Fleisch, Milchprodukte und Gemüse nur in armeeeigenen Geschäften zu kaufen und auch nur die eigenen Friseure und Schönheitssalons aufzusuchen. Letztere waren Teil des PX-Systems, ebenso wie Wäschereien, Blumenläden, Fotofachgeschäfte, Portrait-Studios, Werkstätten, Snack Bars und Getränkeshops.

Ein normaler Arbeitstag im Hauptquartier begann um 8 Uhr und endete um 17 Uhr. Für die Soldaten begann der Tag meist etwas früher mit gemeinsamer sportlicher Betätigung vor dem Frühstück. Im Anschluss fanden verschiedene Trainings statt oder die GIs arbeiteten in dem ihnen zugewiesenen Bereich. Eine von Müttern geführte Kinderkrippe (*Nursery School*) betreute in dieser Zeit bei Bedarf die 3- bis 5-Jährigen, die älteren Kinder besuchten die örtliche amerikanische Schule.<sup>180</sup> Kinder, die nicht in der Wohnsiedlung lebten, wurden täglich durch einen Schulbus abgeholt. Nach dem Unterricht

178 Vgl. HQ Berlin Command, Berlin Command Garrison Regulations, 15. Mai 1957, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Regulations 1957-59, Box 7.

179 Hier sowie im Folgenden: HQ Berlin Command, Berlin Command Garrison Regulations, 15. Mai 1957, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Box 7, Folder: Regulations 1957.

180 1947 bis 1953: Thomas A. Roberts School (Im Gehege 6), 1954 Umzug in ein anderes Gebäude (Hüttenweg 40), 1966 erneuter Umzug (Am Hegewinkel 2a, seit 1994 Wilma-Rudolph-Oberschule) und Umbenennung in Berlin American High School.

kümmerten sich die American Youth Activities (AYA) um den Nachwuchs: Musizieren in der Schulband, Baseball, Softball und Bowling, Tanz- und Schwimmkurse, Reiten und Schlittschuhlaufen, eine Mitgliedschaft in verschiedenen Pfadfinder-Gruppen und diverse Parties wurden angeboten. Wenn Jugendliche das eigene Taschengeld aufbessern wollten, konnten sie sich durch das Part-Time Employment Bureau einen Job als Babysitter oder Autowäscher vermitteln oder sich durch die AYA an den Commissary empfehlen lassen und Kunden die Einkäufe tragen.

In ihrer Freizeit konnten die Familien die unzähligen Angebote der Army nutzen: den Golfplatz am Wannsee, den Reitstall in Düppel, die Anlagen des *Berlin Rod and Gun Club*, fünf Kinos, vier Bibliotheken, ein Fußballfeld, ein Baseballfeld, 11 Tennisplätze, das Yankee Stadium, einen Sportplatz, Bowlingbahnen, ein Sportcenter, zwei Werkstätten, zwei Fotolabore, das Wannsee Recreation Center sowie mehrere Kantinen und Clubs. Für Erwachsene standen auch Fortbildungseinrichtungen zur Verfügung: Am Army Education Center konnten sie unter anderem den Highschool-Abschluss nachholen, an berufsqualifizierenden Kursen teilnehmen oder Sprachen lernen. Ergänzend bot die University of Maryland zahlreiche College-Kurse an und ermöglichte es, einen Bachelor in General Studies und ab Mitte der 1960-Jahre auch einen Bachelor of Science in Military Science oder Military Affairs zu erlangen.<sup>181</sup>

Wer sich in seiner Freizeit lieber unter die lokale Bevölkerung mischen wollte, erfuhr durch ein kleines Handbuch, das im Rahmen der dreimal wöchentlich stattfindenden Stadtrundfahrt ausgeteilt wurde, wo sich die besten Geschäfte, Theater, Museen, Sportstätten, Restaurants und Bars befanden.<sup>182</sup>

### 3.3.3 Verhaltensregeln

Die antizipierten Erwartungen der West-Berliner, die strategische Bedeutung guter Beziehungen vor Ort und die erhöhte Gefahr infolge der Stationierung inmitten der DDR brachten viele Einschränkungen mit sich, denn die Ansprüche an Mitglieder des Berlin Command waren höher als andernorts in Deutschland.<sup>183</sup> Dies betraf auch die Familienangehörigen der GIs. Es existierten klare Regeln, deren Verletzung zu einer umgehenden Versetzung

181 Vgl. HQ Berlin Command, Berlin Command Garrison Regulations, 15. Mai 1957, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Regulations 1957-59, Box 7.

182 Vgl. Special Services Branch, Berlin Command: Berlin Tour, undatiert (erstellt zwischen 1952 und 1961).

183 »For four decades, all soldiers who were assigned to Berlin were carefully screened. They had to have served in previous assignments and proven themselves to be good soldiers. Before being sent, their records were checked for marital problems, psychological problems, or difficulty handling finances, all of which could make a soldier a potential target for the intelligence agencies from the other side.« Bering, *Outpost Berlin*, S. 189.

führen konnte. Wer gegen die Sicherheitsbestimmungen verstieß, ein zu risikofreudiges Verhalten an den Tag legte, in eine Prügelei mit einem Deutschen verwickelt oder mehrfach wegen kleinerer Regelverstöße ermahnt worden war, wurde aus Berlin entfernt. Neben den oben für die unmittelbare Nachkriegszeit genannten Gründen konnten jetzt auch Eheprobleme, private Schulden, Trunkenheit, psychische Probleme, Streit mit deutschen Nachbarn oder ein nicht näher beschriebenes »peinliches Verhalten« der Ehefrau dazu führen, dass der Soldat samt Familie die Stadt zu verlassen hatte oder gar in die USA zurückgeschickt wurde.<sup>184</sup>

Ein diszipliniertes und wachsames Verhalten wurde in Berlin besonders wichtig, als die Konflikte zwischen den West-Alliierten und der Sowjetunion zunahmen und die Stadt zwar administrativ geteilt, aber die Sektorengrenzen noch immer offen waren. Der Kalte Krieg sorgte dafür, dass unachtsames Fehlverhalten drastische Konsequenzen haben konnte. Immer wieder wurden im sowjetischen Sektor GIs festgenommen. Einige hielten sich versehentlich dort auf, weil sie in der S-Bahn eingeschlafen waren oder nicht genau wussten, wo die Grenze verlief, andere überquerten die Sektorengrenze auch absichtlich, um sich einer Bestrafung durch das US-Militärgericht zu entziehen. Zumeist wurden die Gefassten von den sowjetischen Streitkräften verhört und nach wenigen Stunden wieder freigelassen, manche wurden jedoch für Wochen oder gar Monate im Speziallager Bautzen festgehalten.<sup>185</sup> In einzelnen Fällen folgte auf die Verhaftung eine jahrelange Odyssee: Private Homer H. Cox, ein amerikanischer Militärpolizist, hatte am 5. September 1949 in einem Café auf dem Kurfürstendamm gemeinsam mit einigen Deutschen deutlich zu viel getrunken. Am nächsten Morgen wachte er in einem sowjetischen Gefängnis in Ost-Berlin auf. Die nächsten Wochen wurde er täglich stundenlang verhört und schließlich wegen angeblicher Spionage, versuchter Unterwanderung der DDR, Sabotage und Verdacht des Mordes an einem russischen Offizier zu 53 Jahren Haft verurteilt. 1952 verlegte man ihn zuerst nach Brest-Litowsk, dann nach Gomel, nach Moskau, nach Vodloka und schließlich in das Arbeitslager Workuta, wo er 10 Monate lang in einer Kohlenmine arbeiten musste. 1953 schickte man ihn für einige Monate nach Schborkov und brachte ihn schlussendlich über Moskau und Brest-Litowsk nach Ost-Berlin zurück, wo er am

184 HQ Berlin Brigade, Regulation 614-1: Assignments, Details, and Transfers: Assignment of Military Personnel Considered Security Risks or Incident Prone, and Advanced Return of Dependents for Convenience of the Government, 7. August 1963, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set, 1954-60, General Orders 1954-63, Box 5.

185 Das einstige Strafgefängnis Bautzen I diente der sowjetischen Geheimpolizei von 1945 bis 1950 als Speziallager Nr. 4 bzw. 3 (ab 1948). Das Gerichtsgefängnis Bautzen II wurde von 1945 bis 1949 als sowjetisches Untersuchungsgefängnis genutzt. Zu den sowjetischen Speziallagern ausführlich: Sergej Mironenko/Lutz Niethammer [u. a.] (Hg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950, Band 1, Berlin 1998.

29. Dezember 1953 den Amerikanern übergeben wurde.<sup>186</sup> Neun Monate später verstarb er.

Die Möglichkeit, sich von der Kaserne zu entfernen, wurde aus Sicherheitsgründen eingeschränkt. Es durften nicht mehr als 15 Prozent aller diensthabenden Soldaten zur gleichen Zeit freigestellt werden. Jeder Kommandant hatte sicherzustellen, dass 50 Prozent seiner Einheit binnen 30 Minuten und 85 Prozent binnen zwei Stunden einsatzfähig waren. Hinsichtlich der Abwesenheit unterschied die U.S. Army zwischen kurzzeitigen *Passes* und mehrtägigen *Leaves*, die einem Urlaub entsprachen. Einen *Pass* erhielten Soldaten der unteren vier Ränge »whose conduct is exemplary and who are known to be trustworthy and reliable«; es bestand kein Anspruch darauf. Er berechtigte sie dazu, sich in ihrer Freizeit zwischen 6 Uhr früh und 1 Uhr nachts in einem festgelegten Gebiet außerhalb der Kaserne aufzuhalten. Der Soldat musste allerdings während seiner Abwesenheit in der Lage sein, sich binnen zwei Stunden an seinem Einsatzort einfinden zu können. Nur wer einen *Special Pass* hatte, durfte sich innerhalb eines Zeitraumes von maximal 72 Stunden weiter von der Kaserne entfernen.

Wer eine mehrtägige Reise an Orte außerhalb Berlins plante, hatte sich zuvor den Reisezeitpunkt genehmigen zu lassen sowie sämtliche Aufenthaltsorte anzugeben und dort abends erreichbar zu sein. Erst ab dem fünften Rang konnte ein Soldat einen *Pass* erhalten, der ihm das Übernachten außerhalb der Kaserne gestattete. Auch der *Sponsor Pass*, der zum Aufenthalt in den Räumen des Ehepartners außerhalb der Kaserne berechtigte, beinhaltete keine Übernachtungen. Der dafür nötige *Overnight Pass* berechtigte nicht zu einem nächtlichen Aufenthalt in Ost-Berlin. Nur wer dort die Oper besuchen wollte, durfte etwas später heimkehren.<sup>187</sup> Wer in der Kaserne lebte, durfte keine Gäste des anderen Geschlechts über Nacht bei sich beherbergen.<sup>188</sup> Auf dem Militärgelände war es – außer in den Clubs und speziellen Cafeterias – nicht gestattet,

186 Die Aussage von Cox vom 29. Dezember 1953 sowie weitere Fälle von Verhaftungen finden sich in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, Administration Division, General Correspondence 1952-53, Economic Program to General Orders, Box 22, Folder 370.093 Military Police. Siehe auch: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, Assistant Chief of Staff G-2, Intelligence Reports 1954-62, Periodic Intelligence Reports 1954 to Intelligence Report File 1959, Box 20. Zu dem Schicksal weiterer US-Soldaten: Foreign News: Vorkuta, in: Time Magazine, 24. Januar 1955.

187 HQ Berlin Brigade, Regulation 630-2: Personnel Absence. Leaves, Passes and Administrative Absences, 31. Oktober 1963, in: ebd. Hier scheinen in West-Deutschland andere Regeln gegolten zu haben. Scharnholtz erwähnt die Einführung einer nächtlichen Ausgangssperre im Jahr 1952. Diese wurde jedoch kurze Zeit später wieder aufgehoben. Scharnholtz, Heidelberg, S. 150.

188 Hierzu sowie zu den folgenden Ausführungen: Vgl. HQ Berlin Command, Berlin Command Garrison Regulations, 15. Mai 1957, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Regulations 1957-59, Box 7.

Alkohol zu konsumieren. Für die Spiele der *Berlin Bears* wurde eine Ausnahme gemacht: Hier durfte Bier aus Plastikbechern getrunken werden.<sup>189</sup>

Ab dem 1. November 1953 waren die GIs nicht mehr dazu verpflichtet, in ihrer Freizeit eine Uniform zu tragen.<sup>190</sup> Dennoch sorgten strikte *Uniform Regulations* dafür, dass die Soldaten keinen allzu saloppen Eindruck bei den Berlinern hinterließen: Sportkleidung war nicht gestattet. Die GIs sollten in der Stadt Jackett und Hemd tragen (ab 1965 auch eine Krawatte) und den obersten Knopf des Hemdes stets geschlossen halten. Während der Fahrt im Auto oder anlässlich eines Picknicks durfte das Jackett abgelegt werden. Das Tragen von Jeans und T-Shirts war nur während sportlicher Betätigung oder bei Arbeiten im Umfeld des Quartiers gestattet. Ehefrauen wurden dazu angehalten, sich nicht aufreizend zu kleiden.<sup>191</sup> Besonders ein diesbezüglicher Erlass der U.S. Army Berlin aus dem Juli 1961 sorgte für Unmut: Mitten im Hochsommer wurde es den Ehefrauen sowie den weiblichen Angestellten der Soldaten verboten, Miniröcke, Shorts oder Bikinis zu tragen, denn solche Kleidung »is not considered in good taste and will not be worn in housing areas or shopping center facilities«.<sup>192</sup>

Eine Courtesy Patrol kontrollierte regelmäßig gastronomische Einrichtungen im US-Sektor, um sicherzustellen, dass sämtliche Verhaltensregeln – von korrekter Kleidung über höfliches Verhalten bis hin zum korrekten Begleichen von Rechnungen – eingehalten wurden.<sup>193</sup> Zusätzlich fuhren Patrouillen in

189 HQ Berlin Brigade, Garrison Regulations, 16. August 1963, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, General Orders 1963-66, Box 6.

190 Vgl. GI-Section Berlin Command: Annual Summary, 1. Januar 1953 bis 30. Juni 1954, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files, 1951-60, Box 36, Folder: Military Historian's Files 1954, S. 2.

191 Vgl. HQ Berlin Brigade, Regulation 670-1: Uniform and Insignia. Uniform Regulations, 12. Februar 1963, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, General Orders 1954-63, Box 5.

192 Wives Short-Tempered Over Berlin Shorts Ban, in: *The New York Times*, 3. Juli 1961, S. 3.

193 »The patrol will be alert to detect potential trouble makers and will correct them on the spot or return them to their units. [...] The patrol will correct, on the spot, uniform violations found in their area. [...] Any disorderly conduct of a minor nature which is noted will be corrected on the spot. [...] Any violation not of a minor nature, or any violation which may result in a claim against the US government, or US personnel, or result in unfavorable publicity will be reported to the military police and the offender, if possible, will be detained, and turned over to the military police.« Aufgesucht wurden: Hospital Bar, Rex Casino, Zum Dicken, Wiener Stübl, Willi Kitts, Goldene Sonne, Märkischer Hof, Playmate, Players Inn, Hähnel Eck, Bulgaria Bar, Sorgenpause, Martina's Bierbar, Landhaus Casino, Lulu's Bar, ABC Bar, 20th Century Bar, Uhu Stube, KBS, Cha Cha Bar, Playboy, Sportpalast Bar, Viktoria Eck, Mom's Place, Connis Night Bar, Maxim Bar, Kleine Skala, Baby Doll, Mario, Vgl. International. Patrol Order: (Motorized Courtesy Patrol #1 und #2,

der Militärbuslinie mit, »to assist in the prevention of incidents prejudicial to the US forces«. <sup>194</sup> Unteroffiziere waren dazu verpflichtet, auch in ihrer Freizeit notfalls mit Gewalt gegen Soldaten vorzugehen, die versuchten, eine Schlägerei zu beginnen oder zu randalieren. <sup>195</sup>

Ein Wettbewerb mit dem Titel *Berlin Brigade Outstanding Unit* sollte die Soldaten zusätzlich motivieren und auch einen gewissen sozialen Druck innerhalb der Einheiten aufbauen. Besonders auf den Aspekt »Disziplin« wurde Wert gelegt: Jedes Fehlverhalten, wie zum Beispiel zu spätes Heimkehren, Verkehrsdelikte und Regelverstöße, wurde als Vergehen gewertet; das Fernbleiben von der Truppe ohne gültigen Pass, Autounfälle sowie Konflikte mit Einheimischen wurden doppelt gewertet. Wurden für eine Einheit in einem Quartal keinerlei Vergehen gemeldet, so durfte sie im folgenden Quartal zwei Mal das morgendliche Training ausfallen lassen. Bei wenigen Vergehen oder besonderen Leistungen gab es Sternchen (Star Awards), die gesammelt und in Punkte umgerechnet wurden. Vierteljährlich wurden die Gewinner ermittelt und erhielten eine Plakette als Auszeichnung. <sup>196</sup> Zusätzlich fanden Wettbewerbe statt, die besonders gepflegte Housing und Troop Areas <sup>197</sup> und den Soldier of the Month <sup>198</sup> prämierten.

Aufgrund der politischen Situation unterschied sich der amerikanische Alltag in Berlin von dem Leben andernorts deutlich:

For young officers who came to Berlin in the 1960s, Berlin was something special. It reflected an earlier army, an army that a lot of the young officers had never seen before. There were many formal occasions. People had to dress in their mess blues and their dress blues. There were receptions and

Anhang zu Berlin Brigade Garrison Regulation, 25. September 1964, in: NACP RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, General Orders 1963-66, Box 6.

194 Patrol Order: All Military Bus Courtesy Patrols, Anhang zu Berlin Brigade Garrison Regulation, 25. September 1964, in: ebd.

195 HQ Berlin Brigade, Office of the Commanding General: Quelling Affrays and Disorders, 4. Februar 1964, in: ebd.

196 Bewertet wurden »discipline, mess, supply, reenlistment, individual soldiers achievements, support of the command in sponsored fund drives, savings, sports, safety, administration and marksmanship«. Berlin Brigade, Regulation 672-2: Decorations and Awards. Berlin Brigade Outstanding Unit Competition, 4. Januar 1964, in: ebd.

197 Vgl. Berlin Brigade, Regulation 420-9: Repairs and Utilities. Area Beautification Program, 9. Mai 1966, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Box 8, Folder: Regulations 1966,

198 Bewertet wurden »soldierly appearance and bearing, military knowledge, proficiency in assigned duties, performance records«. Wer diese Auszeichnung erhielt, bekam ein graviertes Andenken, einen Sparbrief im Wert von \$25, einen 3-Tages-Pass sowie eine Gehaltserhöhung. Vgl. Berlin Brigade, Regulation 672-1: Decorations and Awards. Soldier of the Month Award, 8. März 1965, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, General Orders 1963-66, Box 6.

balls. All the occupation powers had them. Even the Russians showed up at the Forth of July receptions.<sup>199</sup>

Für viele US-Soldaten avancierte Berlin schnell zum beliebtesten Stützpunkt Europas, dem »occupational jackpot«.<sup>200</sup> Dies hing unter anderem damit zusammen, dass sich die Struktur der Militärgemeinde und die Unterbringung der Familien von anderen Orten unterschieden. In Berlin lebten sie über den amerikanischen Sektor verstreut, bis ihnen modern eingerichtete Häuser im Umfeld des Hauptquartiers in der heutigen Clayallee zugewiesen wurden. Selbst dann mussten sich die Soldaten und ihre Familien nicht auf ein abgegrenztes Gebiet wie in Frankfurt oder auf eine vorstadtähnliche Wohnsiedlung wie in vielen kleineren Gemeinden beschränken. Das Freizeitangebot war vielfältig, und auch innerhalb der Community fanden regelmäßig Cocktailparties, Empfänge und Dinner-Abende statt.<sup>201</sup> Eine Stationierung in West-Berlin hatte somit Vor- und Nachteile: Einerseits bot die Stadt weit mehr als das Umfeld anderer Stützpunkte, andererseits waren auch die Erwartungen an die GIs deutlich höher und sie standen unter einem gewissen Druck, würdige Repräsentanten der USA zu sein. Dies konnte, je nach individuellem Charakter und persönlicher Wertschätzung solcher militärischer Repräsentationen, die Grundlage für einen gewissen Stolz, aber auch für erhebliche Frustration sein.

### 3.4 Die Institutionalisierung der Freundschaft

In seiner Studie zum Kennedy-Besuch hat Andreas Daum betont, dass Berlin während des Kalten Krieges »als eine politische Bühne wahrgenommen und mit Metaphern aus der Theater- und Ausstellungswelt – zum Beispiel als Kulisse, Drama und Schaufenster« – beschrieben wurde.<sup>202</sup> Auf dieser Bühne wurde auch die beschriebene »imagined community« öffentlichkeitswirksam inszeniert – für die zuschauende Welt, für die West-Berliner Bevölkerung und für die vor Ort lebenden Vertreter der Alliierten. Denn »auch zwischenstaatliche Beziehungen« benötigen zum Zweck ihrer Akzeptanz und Legitimität eine breite »Zustimmungsbereitschaft«, und um »zu einer politischen Gemeinschaft zu werden, bedürfen diese Beziehungen des Erlebens und der sinnlichen Erfahrung einer gefühlsmäßigen und transzendenten Gemeinschaft«.<sup>203</sup>

Dieses Erleben von Gemeinschaft findet zumeist in Form ritualisierter Zusammentreffen statt, zum Beispiel anlässlich von Gedenktagen und Jubiläen. Solche Rituale haben die Funktion, »die Tradition und Identität eines Kolle-

199 Bering, *Outpost Berlin*, S. 202.

200 U.S. Low Pointers Arrive: Satisfied with Berlin Post, in: *The Grooper*, 12. Januar 1946, S. 3.

201 Vgl. Kleinschmidt, *Do not fraternize*, S. 138.

202 Vgl. Daum, *Kennedy in Berlin*, S. 13-23, Zitat S. 11.

203 Ebd., S. 20.

tivs durch kontinuierliche Gedächtnispraktiken zu sichern«, sie zu institutionalisieren und somit generationsübergreifend zu verankern. Ereignisse aus der Vergangenheit werden von der Erinnerungsgemeinschaft thematisiert, inszeniert und durch die Wiederholung im kollektiven Gedächtnis gespeichert.<sup>204</sup> Der Begriff Inszenierung beschreibt in diesem Zusammenhang »intentionale Handlungen [...], die in Zeit und Raum einem Publikum dargeboten werden«, »all jene Techniken [...], mit denen Vergangenes präsent gemacht und Erinnerung eingeholt werden soll«.<sup>205</sup> Im Rahmen von regelmäßigen, meist jährlich stattfindenden Veranstaltungen bestätigt die Erinnerungsgemeinschaft ihre Identität dadurch, dass auf die Anfänge der Gemeinschaft verwiesen wird. Abweichungen oder Kritik am Ritual werden dabei »nicht als Bereicherung oder Aktualisierung, sondern als Bedrohung des bisherigen Traditionsbestandes verstanden«, weshalb ein solches Ritual stets auch eine machtpolitische Frage impliziert: Es geht um die Deutungshoheit über die Vergangenheit und damit auch um die Ableitung von Zukunftsvisionen für die Gemeinschaft.<sup>206</sup>

In West-Berlin erfolgte die Inszenierung der transatlantischen Gemeinschaft auf drei Ebenen: auf gesellschaftlicher Ebene unter anderem in Form von koordinierten Begegnungsprogrammen, Volksfesten, sportlichen Wettkämpfen und karitativen Veranstaltungen, auf militärischer Ebene in Form von Paraden und den »Tagen der offenen Tür« in den Kasernen sowie auf der politischen Ebene in Form von Besuchen hochrangiger Politiker und Gedenkveranstaltungen.

### 3.4.1 *Das German-American Relations Program*

Mit der Erkenntnis, dass West-Berlin weltweit als Symbol des amerikanischen Erfolgs dienen könne, und der Überzeugung, dass sich die Bevölkerung als demokratisch erwiesen habe und man auf ihre Loyalität im Falle eines sowjetischen Angriffs vertrauen könne, veränderten sich die Beziehungen zwischen Besatzern und Besetzten. Die anfangs weitgehend nicht intendierten Bekanntschaften wurden nun in organisierte Begegnungen überführt. Ein zentraler Unterschied zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik war die Zielsetzung der eigens entwickelten Programme: Während das German-American Relations Program in der Bundesrepublik als eine Maßnahme im Rahmen der Reorientation gedacht war, fand dieser Aspekt im Berliner Konzept keine

204 Burckhard Dücker, Ritual, in: Nicolas Pethes/Jens Ruchatz (Hg.), Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek 2001, S. 502-503, Zitat S. 502; Peter Glasner, Ritus, in: ebd., S. 503-505.

205 Jutta Eming, Inszenierung, in: Pethes/Ruchatz, Gedächtnis und Erinnerung, S. 278-279, Zitat S. 278.

206 Vgl. Nicolas Pethes, Kulturwissenschaftliche Gedächtnistheorien zur Einführung, Hamburg 2008, S. 83-93, Zitat S. 84 f.



Erwähnung.<sup>207</sup> In Westdeutschland entwickelte das Hochkommissariat, so Thomas Scharnholz, »primär ein Informationsprogramm und in Teilen eine Art Werbefeldzug« vor dem Hintergrund des Koreakrieges und der geplanten Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Dementsprechend wenig resultierte aus dem Vorhaben: In dem von Scharnholz untersuchten Heidelberg erhöhte sich weder die Anzahl der gemeinsamen Veranstaltungen, noch wurden existierende Probleme effektiv in Angriff genommen, und auch das medial vermittelte Bild der amerikanischen Truppen wandelte sich nicht zum Positiven. Der Berliner US-Stadtkommandant sollte hingegen sicherstellen, dass eine freundliche Beziehung zwischen Militär und Bevölkerung »aggressively encouraged« wird und alle Mitglieder des Military Posts deren Bedeutung erkennen.<sup>208</sup>

Das erste German-American Relations Program kam in Gestalt eines 24-Punkte-Plans,<sup>209</sup> den ein im Oktober 1950 begründetes Komitee<sup>210</sup> entworfen hatte und mit dessen Hilfe eine enge, persönliche Verbindung zwischen einheimischer Bevölkerung und Militärpersonal hergestellt werden sollte. Dies geschah auf Anweisung des Hauptquartiers der U.S. Army Europe, und obwohl es für ganz Deutschland galt, wurde doch besonders die Wichtigkeit guter Beziehungen in Berlin betont. Das Komitee-Mitglied Eline McKnight unterstrich dementsprechend in einem Konzeptpapier, es handle sich nicht um ein reines Unterhaltungsprogramm, sondern die aktive Unterstützung eines jeden sei die Voraussetzung dafür, das Ziel der Besatzung zu erreichen. Hierbei sei jedoch wichtig, dass die Beteiligung nicht diktiert, sondern Begeisterung geweckt werde; es dürfe nicht nach Propaganda aussehen. Mithilfe zahlreicher Maßnahmen sollte die aus dem rechtlichen Status, der räumlichen Segregation und der Sprachbarriere resultierende Distanz zwischen Militär und Bevölkerung verringert werden.<sup>211</sup> Das Angebot, als Gast in amerikanische Kinos und Clubs mitgenommen zu werden oder an amerikanischen Gottesdiensten teilzunehmen, wurde zu diesem Zeitpunkt bereits intensiv genutzt.<sup>212</sup> Deut-

207 Scharnholz, Heidelberg, S. 141-151, Zitat S. 144. Siehe auch die Formulierung der Aufgaben des HICOG im Rahmen des Reorientation-Programms: Office of the HICOG: Secret Policy Book, 15. Juni 1950, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, HICOG Policy Files 1950-52, Subject files of the Assistant Legal Adviser for German Affairs relating to Germany 1952-55, Box 1, S. 2-3.

208 Memorandum for Commanding Officer Berlin Military Post, Subject: German-American Relations, 13. September 1950, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3.

209 Memorandum für General Taylor, Subject: German-American Relations Program, 20. November 1950, in: ebd.

210 Memorandum, Subject: Organization of Committee for German-American Relations Program, 13. Oktober 1950, in: ebd.

211 Eline McKnight: German-American Relations Program, 10. September 1950, in: ebd.

212 Vgl. Clubs Advisory Section, Quarterly Report of Operations, 13. Juli 1948, in: NACP, RG 388, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organi-

sche Angestellte hatten ebenso bereits amerikanischen Sportveranstaltungen beiwohnen können. Als Gäste von Amerikanern durften sie nun auch auf die Bowlingbahn der Army; Kindern war sogar die Nutzung des Pools auf dem Gelände der Residenz des Hohen Kommissars, John McCloy, gestattet.<sup>213</sup>

Die Army ging jedoch noch einige Schritte weiter. Als diskriminierend empfundene Schilder, zum Beispiel solche, die Deutschen bisher die Nutzung einzelner Toiletten auf dem Militärgelände verboten, wurden entfernt. Einige Einrichtungen, die zuvor exklusiv amerikanischem Personal gedient hatten, öffneten nun für Berlinerinnen und Berliner ihre Pforten: Tennis- und Golfplätze, Schwimmbäder und Service Clubs. Es wurde Deutschen gestattet, im Militärhospital liegende Personen zu besuchen. Ein deutsch-amerikanisches Golfturnier fand statt, gemischte Basketball- und Volleyballteams für Schüler wurden gegründet, die 298th Army Band spielte in Schulen und Kirchen, der RIAS wurde aufgefordert, die Berliner gezielt zu amerikanischen Sportveranstaltungen einzuladen; eine Halloween-Party für alle Angestellten der Army lockte 95 Amerikaner und 278 Deutsche ins Harnack House. Darüber hinaus wurde überlegt, die Trennung der Kantinen an bestimmten Feiertagen aufzuheben und das Beherrschen der englischen Sprache nicht mehr als Einstellungskriterium für deutsche Hausmädchen anzuführen. Ein *Berlin Day* mit Footballspiel und Militärparade sollte ebenso eingeführt werden wie ein spezielles Weihnachtsprogramm. Mehrere bis dato individuelle Aktionen einzelner Soldaten wurden in das Repertoire der Army aufgenommen, um den Erfolg der Zusammenarbeit in Berlin zu garantieren: Die Besenkung von Kindern zu Weihnachten etwa ging unter anderem auf die *Operation Santa Claus*, eine Privatinitiative von fünf US-Offizieren, zurück;<sup>214</sup> eine Angestellte der US-Militärregierung, die in ihrer Heimat Newport 300 Pfund Süßigkeiten und Spielwaren hatte sammeln lassen, inspirierte die Army im karitativen Bereich.<sup>215</sup>

Ein neues Schulungsprogramm erklärte den Soldaten, warum die Deutschen nun Freunde und nicht mehr Feinde waren: »The end of World War II over five years ago ended the threat of Naziism. But in its place a more powerful threat was moving on. The fear of world domination by communism is growing each day.«<sup>216</sup> Nach dem Motto »der Feind meines Feindes ist mein Freund« hieß es, die Deutschen würden zwar noch einige Jahre brauchen, bis

zations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967, Posts, Camps, Stations Section 1940-1967, Berlin Military Post (Historical Reports), Box 649.

213 Memorandum an: Commanding Officer BMP, Subject: German-American Relations, 13. September 1950, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3.

214 Women's Club Notes, in: The Berlin Observer, 11. Februar 1949, S. 2.

215 300 Pfund Süßwaren, in: Der Abend, 21. Dezember 1946.

216 Hier und im Folgenden: Memorandum TI&E, Improvement of German-American Relations, 26. Oktober 1950, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3, Zitat S. 4.

die Prägung durch den preußischen Militarismus und die Nazi-Diktatur verschwinde, aber jüngste Umfragen hätten gezeigt, dass sie im Falle eines Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion auf amerikanischer Seite stünden. Außerdem sei in einer Diktatur die Mehrheit nicht für ihre Taten verantwortlich – schlechte Menschen gebe es schließlich auch in New York, Chicago und San Francisco. Um diese neue Freundschaft zu fördern, sollten die GIs Deutsch lernen und stets höflich und respektvoll sein:

Next time you invite that German girl friend to a café, ask her to bring along her mother and father. [...] 1. Invite some German friends to attend chapel with you, 2. Take some orphan child to a movie, 3. Bring some toys to crippled children in hospitals, 4. Take some children to the Zoo, 5. Visit the American House and talk with some Germans.<sup>217</sup>

Anfang November 1950 konnten sich allerdings lediglich 79 Soldaten und Offiziere mit der Berliner Bevölkerung in deren Sprache verständigen.<sup>218</sup> Allen GIs wurde daher nahegelegt, wenn sie schon kein Deutsch könnten, die Einheimischen doch wenigstens mit einem freundlichen »Hallo« zu begrüßen sowie »Bitte« und »Danke« zu sagen: »Whether you are riding in a street car, cating [sic!] in a German cafe or attending a German theater, German eyes are upon you, show consideration, be friendly, be an example of a good American.« Dazu gehöre auch, nicht mehr mit dem amerikanischen Lebensstandard anzugeben, sondern sich mehr mit den kulturellen Errungenschaften und Leistungen der Deutschen zu beschäftigen.<sup>219</sup> Zunächst war mithilfe eines Fragebogens eruiert worden, ob die vor Ort ansässigen amerikanischen Familien zu einer Kontaktaufnahme auf privater Ebene überhaupt bereit seien.<sup>220</sup> Parallel sollten Zeitungsartikel dazu beitragen, dem jeweiligen Lesepublikum kulturelle Unterschiede zu erklären, nachdem eine inoffizielle Umfrage ergeben hatte, dass die Berliner besonders Kleinigkeiten stören würden: etwa das Parken auf Gehwegen sowie der Umstand, dass amerikanische Männer nicht rechts von ihren Frauen laufen würden.<sup>221</sup>

Neben diesen vor allem die persönlichen Kontakte intensivierenden Maßnahmen wurde in West-Berlin ein *Special Project Program* ins Leben gerufen, in dessen Rahmen – zusätzlich zu den 8,5 Millionen DM für die tägliche

217 Ebd.

218 Memorandum für General Taylor, Subject: German-American Relations Program, 20. November 1950, in: NACP, RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element, Public Affairs Division, Classified Subject Files 1949-53, Box 3; Memorandum an U.S. Commander Berlin, Subject: German-American Relationships, 6. November 1950, ebd.

219 Memorandum TI&E, Improvement of German-American Relations, 26. Oktober 1950, in: ebd., Zitat S. 4.

220 Draft, to: the American Community, from: The Committee for German-American Relations, in: ebd.

221 Memorandum an U.S. Commander Berlin, Subject: German-American Relationships, 6. November 1950, in: ebd., S. 13.

Schulspesung und den von den drei Westalliierten für die Berliner Festwochen bereitgestellten 500.000 DM – weitere 3,645 Millionen DM in 31 verschiedene Projekte investiert wurden. Anfang 1951 wurden noch einmal 610.000 DM bewilligt. Die Gelder flossen unter anderem in weitere Jugendzentren, ein Kinder-, ein Obdachlosen- sowie ein Flüchtlingsheim, ein Nachbarschaftszentrum, ein Schwimmbad und eine Blutbank, Bücher und medizinische Instrumente für die Freie Universität, Laborausstattungen für das Robert-Koch-Institut und das Auguste-Viktoria-Krankenhaus sowie Bücher für sechs Nachbarschaftszentren.<sup>222</sup>

Die Programme scheinen erfolgreich gewesen zu sein. Einzelne Zahlen lassen auf das Interesse an und die Verbundenheit mit der Besatzungsmacht schließen: In den 1950er-Jahren verfolgten die West-Berliner politische Ereignisse in Washington mindestens so intensiv wie jene in Bonn, wie Studien nahelegen, die das Faktenwissen über beide Länder verglichen. So wussten zum Beispiel 48 Prozent der Berliner Befragten, wann die nächsten US-Präsidentschaftswahlen stattfinden würden, 42 Prozent konnten den Termin der kommenden Bundestagswahl nennen.<sup>223</sup> Dies ist nicht unbedingt verwunderlich, betrafen amerikanische Entscheidungen die Halbstadt doch unmittelbar: Diskussionen über Budgetkürzungen für die europäische Hilfe, die Bewertung der Ereignisse in Korea oder die Haltung eines US-Politikers gegenüber der Sowjetunion konnten stets Konsequenzen für die Zukunft West-Berlins haben.

Im August 1951 gaben 90 Prozent der West-Berliner an, im letzten Monat den amerikanischen Auslandsradiosender *Voice of America* (VOA) gehört zu haben. Im Juni 1949 waren es lediglich 37 Prozent gewesen.<sup>224</sup> Als die U.S. Army im Winter 1951 eine Umfrage durchführte, wie viele Soldaten Interesse daran hätten, das Weihnachtsfest mit einer deutschen Familie zu verbringen, stellte sich heraus, dass 819 der knapp 6.000 vor Ort stationierten GIs bereits auf privater Ebene persönlich eingeladen worden waren. Weitere 69 konnten

222 Vgl. HICOG Berlin, Public Affairs Division: Education and Cultural Relations Branch Annual Report 1951, 11. Januar 1952, in: ebd.. Trotz der »Belebung des Berliner Baumarktes« wurden die amerikanischen Gelder nicht nur als Segen erachtet, denn die »weitere Unterhaltung der Neubauten und die Finanzierung der personellen Ausstattung« vieler neugeschaffener Freizeit- und Kultureinrichtungen »unterlagen dem Berliner Haushalt«. Vgl. Henriette Heischkel, *Bauen in West-Berlin 1949-1963. Die Rolle der Bauverwaltung im Spannungsfeld von Kunst und Politik*, Berlin 2018, S. 220.

223 Die West-Berliner zeigten sich auch generell besser über die USA informiert als die Bundesbürger: 60 Prozent im Vergleich zu 38 Prozent in Westdeutschland wussten zum Beispiel, dass in den USA Kandidaten und nicht Parteien gewählt werden. Vgl. American Embassy, *A West German Perspective of U.S. Politics and Culture* (1956).

224 HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: *Germans View The Voice of America. The Extent and Characteristics Of the VOA Audience in West Germany and West Berlin*, Report No. 95, Series No. 2, 28. August 1951, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: *Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, 1950: 45 THRU 1951: 79, Box 2.*

vermittelt werden.<sup>225</sup> Auch die knapp 7.000 deutschen Angestellten verschiedener US-Einrichtungen, denen zunehmend mehr Verantwortung übertragen wurde und sowohl eine Gehaltserhöhung wie auch eine Arbeitszeitsenkung zugestanden worden waren, zeigten sich dankbar und schienen sich mit ihrer Tätigkeit vermehrt zu identifizieren: Ein Komitee, das Vorschläge zur Kostensenkung entgegennahm und diese bei erfolgreicher Übernahme prämierte, zählte 1951 ganze 68 Verbesserungsvorschläge von deutschen und nur 10 Ideen von amerikanischen Mitarbeitern.<sup>226</sup>

Die History Division kam für das Jahr 1954 zu dem Schluss:

Although excellent relations have always been maintained it seemed to be even more sincere in the day to day contacts. [...] In Berlin the relations between the soldiers and the native populace is remarkably good. This can greatly be attributed to the high calibre of soldiers coming to Berlin; he is always well dressed, usually highly educated and has a high sense of moral values.<sup>227</sup>

Internationale Reit- und Golfclubs, deutsch-amerikanische Kulturclubs, ein *Teenager Exchange Program*, zahlreiche Charity Events zugunsten von Waisen- und Flüchtlingskindern sowie zur Unterstützung armer Berliner Familien, das jährliche gemeinsame Gedenken an die Helden der Luftbrücke sowie viele kulturelle Veranstaltungen sollten zu einem regen Austausch beitragen.<sup>228</sup> Zusätzlich wurden deutsch-amerikanische Polizeistreifen eingeführt, die eine engere Zusammenarbeit bewirken sowie Missverständnisse bei Vorfällen vermeiden sollten. Man lud sich gegenseitig zu Wettkämpfen in verschiedenen Sportarten sowie zu kulturellen Veranstaltungen ein, Girl Scouts trafen Pfadfinderinnen, der *American Women's Club* bewirtete Berliner Frauen, ein deutsch-amerikanisches Komitee kümmerte sich um die Begrünung des US-Sektors und Familien feierten gemeinsam Ostern und Weihnachten.<sup>229</sup> Der Bericht des Jahres 1957

225 Command Report Berlin Military Post, 1951, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, HQ EUCOM, General Staff Military Post Division, Berlin Military Post, Reports 1951, Command Reports, Box 1617, S. 47. Augenscheinlich konzentrierte sich dieser Wunsch nach privaten Kontakten deutlich mehr auf die US-Soldaten: »Eine [...] an die Bevölkerung ergangene Aufforderung, zu Weihnachten Besatzungssoldaten einzuladen, wurde inzwischen in der Zeitung »Der Tagesspiegel« folgendermaßen ergänzt: [...] Von weiteren Einladungen an amerikanische Soldaten wird gebeten abzusehen, da schon so viele Wünsche vorliegen, daß nicht alle berücksichtigt werden können.« Hohlspiegel, in: Der Spiegel 52/1955, S. 50.

226 Command Report Berlin Military Post, 1951, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, HQ EUCOM, General Staff Military Post Division, Berlin Military Post, Reports 1951, Command Reports, Box 1617, S. 59.

227 U.S. Army Berlin, History Division: Annual Report 1954, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files, 1951-60, Annual Reports 1953-55, Box 43, S. 51.

228 Vgl. ebd.

229 Exemplarisch: Auflistung der Community Relations Activities, in: Historical Report Berlin Command, 1. Juli 1956 bis 30. Juni 1957, in: NACP, RG 549, Records of

merkte daher an, »the activities became too numerous to mention in extensive individual detail«. <sup>230</sup>

Zu besonders wichtigen Orten der Begegnung mit der amerikanischen Kultur wurden die 1954 eröffnete und mit Geldern aus dem Marshall-Plan finanzierte Amerika-Gedenkbibliothek sowie das 1957 an der Hardenbergstraße neu errichtete Amerika-Haus und die im selben Jahr eingeweihte Kongresshalle. Die Gedenkbibliothek, gestaltet in Anlehnung an die amerikanischen Public Libraries, stellte damals ein absolutes Novum dar, weil die Nutzer in Form der bis dato in Deutschland unüblichen Freihandausleihe nun direkten Zugang zu den Büchern hatten. Zudem entschädigte sie die West-Berliner Bücherfreunde für den misslichen Umstand, dass sich alle großen Bibliotheken im Ostteil der Stadt befanden – deren zunehmend ideologische Ausrichtung allerdings zugleich dafür sorgte, dass auch zahlreiche Ost-Berliner nach Kreuzberg kamen, um sich mit Literatur zu versorgen. Neben Zehntausenden Büchern lockten auch Veranstaltungen mit namhaften Autoren aus Deutschland und den USA an den Kreuzberger Blücherplatz. <sup>231</sup>

Anders als die Gedenkbibliothek befand sich das Amerika-Haus unter amerikanischer Leitung. Ein Vorläufer war bereits 1946 als Reeducation-Maßnahme in Schöneberg eingerichtet worden; auch andernorts in der amerikanischen Besatzungszone entstanden damals derartige Häuser. <sup>232</sup> Ab den 1950er-Jahren dienten sie dann der auswärtigen Kulturdiplomatie und wurden von der United States Information Agency verwaltet. Das für 1,5 Millionen DM errichtete neue Gebäude <sup>233</sup> in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendamms ermöglichte es der Berliner Bevölkerung, sich umfassend über die USA sowie über Austauschprogramme zu informieren oder sich im Rahmen von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen über Politik, Kultur und andere aktuelle Themen auszutauschen.

Die nah an der Grenze zum sowjetischen Sektor errichtete Kongresshalle, das heutige Haus der Kulturen der Welt, sollte als »Leuchtfeuer der Freiheit« vor allem in Richtung Osten ausstrahlen. Als amerikanischen Beitrag zu der

U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files, 1951-60, Annual Reports 1955-56, Box 44, S. 31-41.

<sup>230</sup> Historical Report Berlin Command, 1. Juli 1957 bis 30. Juni 1958, in: ebd, S. 27.

<sup>231</sup> Vgl. Heischkel, Bauen in West-Berlin, S. 241-253.

<sup>232</sup> Zur Geschichte der Amerikahäuser: Hans Georg Hiller von Gaertringen, Pop, Politik und Propaganda. Das Amerika Haus Berlin im Wandel der Zeit, Berlin 2015. Reinhild Kreis, Orte für Amerika. Deutsch-amerikanische Institute und Amerikahäuser in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren, Stuttgart 2012; Maritta Hein-Kremer, Die amerikanische Kulturoffensive: Gründung und Entwicklung der »Information Centers« in Westdeutschland und West-Berlin (1945-1955), Köln/Weimar/Wien 1996.

<sup>233</sup> Die Stadt Berlin war Bauherr und trug auch einen Teil der Kosten; die USA beteiligten sich mit 800.000 DM. Vgl. HICOG Berlin Element, Office of Public Affairs: Berlin baut neues Amerika Haus, 8. März 1955, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 12379. Siehe auch: Heischkel, Bauen in West-Berlin, S. 253-264.

West-Berliner Bauausstellung INTERBAU gestaltete der Architekt Hugh Stubbins, einst Assistent von Walter Gropius, einen modernen Kontrastpunkt zu den in Ost-Berlin errichteten Gebäuden in der Stalinallee.<sup>234</sup> Über viele Jahre fand hier auch die glamouröse Eröffnung der *Berlinale*, der Internationalen Filmfestspiele Berlin, statt – die ursprünglich ebenfalls eine deutsch-amerikanische Initiative waren.

Alle drei Einrichtungen wurden zu gebauten Ikonen der transatlantischen Freundschaft – und damit ab den späten 1960er-Jahren auch immer wieder zum Ziel von Protesten und zum Austragungsort von Konflikten.

### 3.4.2 Maßnahmen in der Bundesrepublik

Zwei Ereignisse beeinflussten die Gestaltung der Troop-Community Relations in der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre besonders: Erstens war anstelle des US-Hochkommissariats nun die Armee für die Projekte zuständig; hier waren jedoch nur ca. 270 und nicht, wie zuvor, 2.500 Personen für den Bereich Civil Affairs tätig.<sup>235</sup> Zweitens hatte die sich verändernde rechtliche Grundlage der Stationierung schließlich zur Folge, dass die Armee als Bittsteller auftrat, wenn es um Ideen und Aktivitäten ging, die nicht das Gelände der Militärbasis betrafen:

This situation will increase greatly the need for friendly and favorable relations between the US Military Forces and the Germans. Whereas, prior to the contractual agreements, considerable authority was possessed by the occupation forces in the conduct of everyday affairs, the new status will require the substitution of persuasion and cooperation.<sup>236</sup>

Die in der Bundesrepublik eingeleiteten Maßnahmen sollten aus diesem Grund speziell die Bewohner im Umfeld von Stationierungsorten davon überzeugen, dass die Amerikaner zu wichtigen Partnern geworden waren.<sup>237</sup> Dies erwies sich allerdings als keine leichte Aufgabe.

234 Zur Geschichte der Kongresshalle: Bernd M. Scherer [u. a.] (Hg.), *Das Haus. Die Kulturen. Die Welt*, Berlin 2007.

235 Vgl. USAREUR: Minutes of Conference of S-5 Meeting at the Conference Room, Consulate General Munich, 1. Dezember 1953, 9 Uhr, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Records of the Civil Affairs Division, General Correspondence (Decimal File) 1952-56, 1953 Classified Files, 010 to 600, Box 1024, Folder: Civil Affairs Division, File No. 320, Title: Organization, From 1 Jan 1953 to 31 Dec 53, S. 5.

236 HQ EUCOM: Memorandum for Chief of Staff, Subject: German-American Advisory Councils, undatiert, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Records of the Civil Affairs Division, General Correspondence (Decimal File) 1952-56, 1952 Classified Files, 010 to 300, Box 1022, Folder: Civil Affairs Division, File No. 008, Title: German-American Relations, From Jan 1952 to December 1952, S. 1.

237 Vgl. Höhn, GIs and Fräuleins, S. 55-68.

In der Vergangenheit waren gastronomische Einrichtungen wegen mangelnder Hygiene oder wegen ihres schlechten Rufes vonseiten der US-Armee für tabu erklärt worden. Ein am Gebäude angebrachtes Schild mit der Aufschrift »off limits« signalisierte den Soldaten, dass sie sich hier nicht aufhalten durften. Nun musste das Anbringen solcher Hinweise jedoch mit der örtlichen Gemeinde und dem Besitzer des Ladens abgestimmt werden, der eine solche Brandmarkung meist nicht guthieß.<sup>238</sup> In vielen Gaststätten waren die US-Soldaten jedoch ohnehin unerwünscht: Viele Bewohner der amerikanischen Zone empfanden sie als den Deutschen nicht gerade wohlgesinnte, rauflustige Trunkenbolde. Daher schätzte man zwar ihre Anwesenheit bei öffentlichen Veranstaltungen, ging im Privaten allerdings auf Distanz. Nur knapp die Hälfte wünschte sich intensiveren Kontakt zu den Truppen – insbesondere jene, die in der Nähe von Militärbasen lebten oder bereits Bekanntschaften mit Soldaten geschlossen hatten, befürworteten ein Miteinander anstelle eines gleichgültigen Nebeneinanders.<sup>239</sup> Kontakte zu US-Soldaten wurden hauptsächlich im Umfeld sportlicher oder kirchlicher Aktivitäten begrüßt, bei Tanzveranstaltungen oder in deutschen Restaurants blieb man lieber unter sich. Vor allem afroamerikanische Gäste wollten nur wenige bei sich daheim als Gast empfangen.<sup>240</sup> Offensichtlich war es aber besonders das Auftreten in Gruppen an Orten, an denen Alkohol ausgeschenkt wurde, das die Westdeutschen störte. Von einigen deutschen Männern wurden die US-Soldaten auch als störende Konkurrenten wahrgenommen.<sup>241</sup>

Auf Vorschlag des Kommandeurs der 7. Armee, Manton S. Eddy, und des amerikanischen Oberbefehlshabers in Europa, Thomas T. Handy, wies EUCOM deshalb 1952 an, German American Advisory Councils (deutsch-amerikanische Beratungsgremien) zu bilden, deren Aufgabe es sein sollte, analog zu den 1947 in den USA geschaffenen Army Advisory Committees die Beziehungen vor Ort zu verbessern und Probleme aus der Welt zu schaffen.<sup>242</sup>

238 Vgl. HQ USAREUR an Land Relations Officer: Placing of German Establishments or Areas »Off Limits« to Military Personnel, 2. September 1952, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Records of the Civil Affairs Division, General Correspondence (Decimal File) 1952-56, 1952 Unclassified Files, Box 1020.

239 1951 befragt, kritisierten 39 Prozent der Bewohner der amerikanischen Zone die US-Soldaten aufgrund von Trunkenheit, Übergriffen auf Deutsche und der Beteiligung an Schlägereien. Vgl. The German Appraisal of the Allied Forces in West Germany with Recommendations for Improved Citizen-Soldier Relations (1952).

240 Ebd., Tabellen auf S. 50 ff. Nur 23 Prozent der Befragten waren bereit, einen farbigen Soldaten zu sich nach Hause einzuladen (S. 57).

241 Ebd., S. 62. Während 23 Prozent glaubten, die GIs würden ihre Freizeit »with girls or pursuing them« verbringen, unterstellten dies nur 9 Prozent den Briten und 12 Prozent den Franzosen.

242 Vgl. Manton S. Eddy an Thomas T. Handy, 24. April 1952; Thomas T. Handy an Manton S. Eddy, 15. Juli 1952 und Thomas T. Handy an John C. McCloy, undatiert, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Records of the Civil Affairs Division, General Correspondence (Decimal File) 1952-56, 1952 Classified



Vereinzelt waren derartige Komitees bereits in Eigeninitiative gegründet worden, zum Beispiel im Landkreis Garmisch-Partenkirchen, doch nun sollten sie flächendeckend in Aktion treten. Die hier erarbeiteten Vorschläge sollten zwar nicht zwangsläufig bindend sein, wurden aber dennoch »carefully considered and implemented where meritorious«. Als Komitee-Mitglieder wünschte man sich hochrangige US-Militärs und auf deutscher Seite »individuals of high reputation, prestige, and community standing, such as key governmental officials, representatives of business, industry, and labor, religious and educational leaders, and other civic leaders«. <sup>243</sup> Die Military Posts Berlin, Rhein und Wiesbaden wurden nicht in das Programm aufgenommen – vermutlich, weil dort bereits andere Gremien existierten. Zur Finanzierung eines ergänzenden kleinen Unterhaltungsprogramms stellte das US-Hochkommissariat den 39 zu schaffenden Komitees insgesamt 7.000 DM für das erste Jahr zur Verfügung – ein im Vergleich zu den für Berlin genannten Summen sehr geringer Betrag. <sup>244</sup>

Da die Zusammensetzung der Teilnehmer, die Gestaltung der Treffen und die daraus resultierenden Maßnahmen den Komitees selbst überlassen waren, lag es an den Interessen und dem Engagement jedes Einzelnen, wie intensiv und wie erfolgreich sich die Kooperation gestaltete. Die Berichte der ersten Treffen aus dem Winter 1952 verdeutlichen starke regionale Unterschiede: Während sich in Karlsruhe noch gar kein Gremium hatte zusammenfinden können und das Baden-Württemberger sowie das Bamberger Council im November nicht ein einziges Mal zusammengetreten waren, traf man sich in Göppingen ganze drei Mal innerhalb weniger Tage. Dominierte in Schwäbisch-Gmünd die Besprechung von Problemen die Tagesordnung, so besuchten die Ludwigsburger Teilnehmer gegenseitig verschiedene Einrichtungen und entwickelten, ebenso wie die Ansbacher, gemeinsam mehrere Austauschprogramme. In Schwäbisch-Hall wurden Sportwettkämpfe und Weihnachtsfeiern geplant, in Heilbronn debattierte man über Prostitution, den Schwarzmarkt und requirierte Immobilien. In Hohenfels überlegte die Runde bei einem gemeinsamen Dinner, dass es doch besser wäre, Probleme in diesem Kreis gar nicht erst anzusprechen, sondern dafür ein separates

Files, Box 1022, Folder: Civil Affairs Division, Vol. 1, File No. 008, Title: German-American Relations, From Jan 1952 to December 1952.

<sup>243</sup> HQ EUCOM: Memorandum for Chief of Staff, Subject: German-American Advisory Councils, undatiert, in: ebd., S. 2. Siehe auch die Anweisung an die einzelnen Militärposten: HQ EUCOM to All Military Post Commanders (except Berlin, Rhine, and Wiesbaden Military Post, Subject: German-American Advisory Council Program, 9. Juli 1952, in: ebd.

<sup>244</sup> Vgl. HQ USAREUR Civil Affairs Division: Memorandum for Chief of Staff, Betreff: Allocation and Control of Entertainment Funds Aside by Comptroller, USAREUR, for German-American Advisory Councils, 1952, in: ebd.

Gremium zu bilden.<sup>245</sup> Vier Jahre später existierten insgesamt 57 German American Advisory Councils in der Bundesrepublik.<sup>246</sup>

Neben diesen Aktivitäten trugen auch die deutsche Wahrnehmung des amerikanischen Engagements in Korea sowie die wachsende Zahl derequirierter Immobilien dazu bei, dass das Image der US-Armee Mitte der 1950er-Jahre in der Bundesrepublik kurzzeitig etwas besser wurde.<sup>247</sup> Zwar gaben drei Viertel der Bundesbürger in einer 1953 durchgeführten Befragung an, bis auf spezielle Weihnachtsaktionen von den Maßnahmen nichts erfahren zu haben. Insbesondere jene, die im unmittelbaren Umfeld der Militärbasen wohnten, hatten jedoch den Eindruck, dass sich die Beziehungen zwischen US-Soldaten und Einheimischen etwas verbessert hätten. Waren 1951 nur 20.000 deutsche Familien dem Aufruf gefolgt, einen GI zum Weihnachtsfest zu sich einzuladen, so waren es nur ein Jahr später beachtliche 175.000. Das Verhalten der Soldaten wurde nun größtenteils als gut eingeschätzt.<sup>248</sup>

Doch binnen weniger Jahre verschlechterte sich das Verhältnis erneut, und so stellten die US-Analysten Anfang 1956 bestürzt fest, »the rating of the G. I. behavior is lower than ever before« und »average face-to-face contact of American soldiers with German people has decreased significantly«. Auch die generelle Präsenz der US-Armee wurde wieder infrage gestellt: »Popular support for continued presence of U.S. troops in Germany is at the lowest point since 1951«, »more than one-third regard the G. I.s solely as occupation troops«. <sup>249</sup> Die unten stehende Grafik zeigt für die Bundesrepublik Mitte der 1950er-Jahre einen Abwärtstrend, während die West-Berliner weiterhin eine hohe Meinung von den US-Truppen hatten.<sup>250</sup>

245 Die exemplarisch ausgewerteten Berichte sind überliefert in: in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Records of the Civil Affairs Division, General Correspondence (Decimal File) 1952-56, 1952 Unclassified Files, 010 to 319.1, Box 1020.

246 Vgl. Minutes of the First Meeting: German-American Troop-Community Relations Working Group, 28. September 1956, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Records of the Civil Affairs Division, General Correspondence (Decimal File) 1952-56, 1956 Classified Files, 312 to 600, Box 1036.

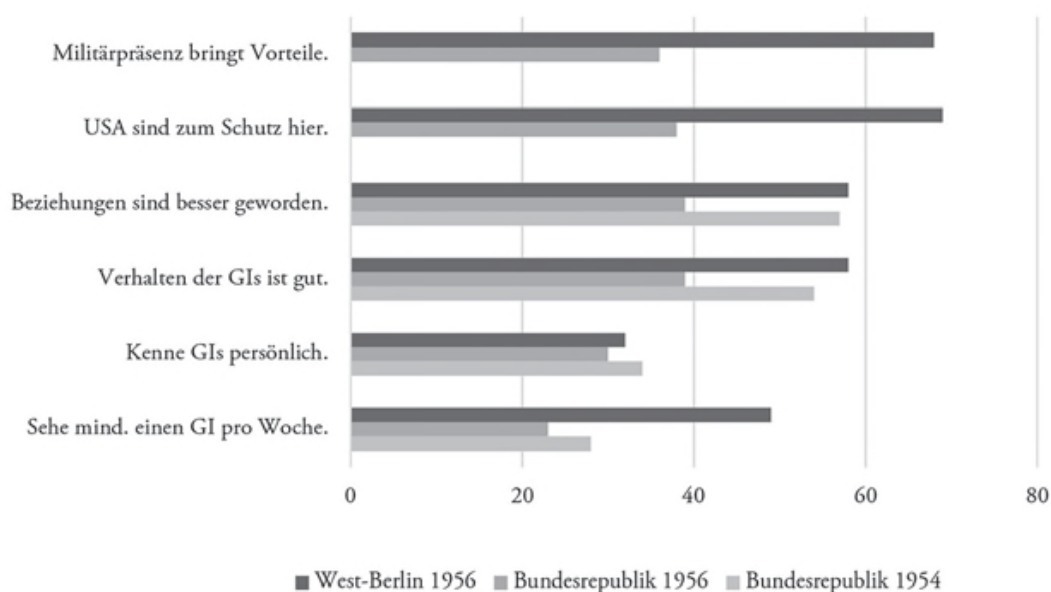
247 1953 erachteten dort auch 45 Prozent der Bevölkerung die U.S. Army als Schutzmacht. Vgl. HICOG, Trends in West German Appraisal of the United States Forces in Germany (1954), S. 61 und S. 77.

248 Vgl. HICOG, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: The American Soldier as appraised by the West German People, Report No. 174, Series No. 2, 11. März 1953, in: NACP, RG 306, U.S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, Box 5.

249 Vgl. American Embassy, The American Soldier Reappraised (1956), S. ii.

250 Daten entommen aus: ebd., S. I-II.

Tabelle 8: Bewertung der US-Militärpräsenz und des deutsch-amerikanischen Zusammenlebens (Quelle: *The American Soldier Reappraised*, 1956)



Das zustimmende Urteil der West-Berliner mag aufgrund der politischen Lage der Stadt nicht verwundern. Insbesondere die positive Einschätzung des Verhaltens der einzelnen Soldaten lässt sich jedoch auch auf das anders gelagerte German-American Relations Program zurückführen. Häufiger als die Westdeutschen begründeten sie das verbesserte gegenseitige Verständnis mit dem Besuch gemeinsamer Veranstaltungen und gegenseitigen Einladungen.<sup>251</sup> Ein Großteil der Bundesbürger war jedoch der Meinung, »they cost the Germans too much, and are no longer necessary for German protection«.<sup>252</sup>

Ausschlaggebend für das akute Stimmungstief Mitte der 1950er-Jahre waren auch einige von Gewalt geprägte Vorfälle innerhalb eines kurzen Zeitraums. Zudem hatte sich der Kontext, in dem deutsch-amerikanische Begegnungen stattfanden, drastisch verändert: Das deutsche »Wirtschaftswunder« sorgte für ein neues Selbstbewusstsein, demokratische Strukturen festigten sich und die Rechte der einstigen Besatzungsmacht wurden Schritt für Schritt abgebaut. Zugleich waren ab 1951 – vor dem Hintergrund des Koreakriegs und zur Unterstützung der europäischen Verteidigung – mit der *Troops to Europe Decision* neue Kampftruppen nach Deutschland versetzt worden. Die Zahl der US-Soldaten verdoppelte sich binnen kürzester Zeit: Statt circa 100.000 Soldaten zu Beginn des Jahrzehnts waren 1955 fast 258.000 vor Ort – hinzu kamen über

251 Ebd., S. 6f. und S. 14-17.

252 American Embassy, Office of Public Affairs, Research Staff: Assessment of Troop-Community Relations (in the light of a newspaper campaign), Report No. C-1, Series No. 3, 15. August 1956, in: NACP, RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962, 1956: 236 THRU 1957: C-6, Box 9, S. 49.

III.000 Familienangehörige.<sup>253</sup> Als die Angst wegen des Koreakriegs wieder nachließ und dieser 1953 schließlich mit einem Waffenstillstandsabkommen im Status quo endete, erachtete man die Militärpräsenz nicht mehr als große Hilfe, sondern sah verstärkt die aus ihr erwachsenden Konflikte. Bei dem enormen Personalzuwachs ist es auch kaum verwunderlich, dass tatsächlich mehr Probleme auftraten: Die Zahl der »Vorfälle« – Mord, Körperverletzung, Diebstahl und Vergewaltigung – stieg zwischen dem zweiten Halbjahr 1955 und dem ersten Halbjahr 1956 um 50 Prozent. Allerdings war die bundesdeutsche Kriminalitätsrate in diesem Zeitraum ebenfalls ungewöhnlich hoch, und Ermittlungen kamen zu dem Ergebnis, dass in einigen Fällen Deutsche die Auseinandersetzungen provoziert hatten.<sup>254</sup>

Einzelne Lokalpolitiker nutzten Vorkommnisse auch geschickt zur Legitimation von Ressentiments gegenüber den US-Soldaten und für Forderungen nach mehr Souveränität. Als Anfang Juli 1956 sieben US-Soldaten ein 15-jähriges Mädchen vergewaltigten, forderte der Bamberger Stadtrat den Abbruch jeglicher Kontakte zu den vor Ort stationierten Einheiten.<sup>255</sup> Aufgrund der wachsenden Zahl negativer Berichte und immer harscheren Protesten einzelner Landesregierungen erteilte der US-Botschafter den Auftrag, eine erneute Meinungsumfrage durchzuführen. Da parallel Verhandlungen über die Stationierungskosten der NATO-Truppen stattfanden, galt die schlechte Berichterstattung als äußerst schädlich.<sup>256</sup> Die Umfrage kam wieder zu keinem guten Ergebnis. Über 70 Prozent der Befragten hatten von Vorfällen wie dem in Bamberg gehört: »While the troops are still considered as much occupiers as protectors, the previous tendency to see more advantages in their presence than disadvantages has been wiped out.« Die Befragten wünschten sich, dass die U.S. Army strengere Regeln erlassen würde, und gingen davon aus, dass die Vermeidung jeglichen Kontakts wohl die beste Lösung wäre.<sup>257</sup>

Als wenig später, im September 1956, in München ein weiteres Mädchen durch vier Soldaten der U.S. Air Force vergewaltigt wurde, fühlten sich die Kritiker der Militärpräsenz erneut bestätigt.<sup>258</sup> Auf Bundesebene trat nun erstmals die Arbeitsgruppe *German-American Troop-Community Relations* zusammen. Sie bestand aus mehreren Vertretern deutscher Ministerien sowie einigen

253 Gerhard Fürmetz, *Insolvent Occupiers, Aggressive Protectors: Policing GI Delinquency in Early 1950s West Germany*, in: Maulucci/Junker, *GIs in Germany*, S. 189-211.

254 Vgl. *Minutes of the First Meeting: German-American Troop-Community Relations Working Group*, 28. September 1956, in: NACP, RG 549, *Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Records of the Civil Affairs Division, General Correspondence (Decimal File) 1952-56, 1956 Classified Files, 312 to 600, Box 1036*.

255 Walter Stahl, *Der Prozeß von Würzburg*, in: *Die Zeit*, 30. August 1956.

256 Die Studie wurde aufgrund der abweichenden rechtlichen Bedingungen der Stationierung nicht in West-Berlin durchgeführt. Vgl. *American Embassy: Assessment of Troop-Community Relations (in the light of a newspaper campaign)*, S. i.

257 Ebd., S. i-iv und S. 11 bis 22, Zitat S. iv.

258 Bayern: *Wieder ein Mädchen überfallen*, in: *Die Zeit*, 4. Oktober 1956.

für Civil und Public Affairs zuständigen Mitarbeitern der US-Botschaft in Bonn. Die Gesprächsteilnehmer bestätigten, dass zwar viel getan werde, um die Kontakte zwischen den US-Soldaten und der Zivilbevölkerung zu intensivieren, sich die Mehrzahl der Initiativen aber an eine intellektuelle Elite richten würde und nicht an den durchschnittlichen GI, der in seiner Freizeit eher an leichter Unterhaltung und weniger an Vorlesungen interessiert sei.<sup>259</sup> Eine Modifizierung der Programme wurde dennoch nicht in Betracht gezogen.

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) reagierte auf die deutsch-amerikanischen Spannungen und stellte in einer Hörfolge mit dem Titel »Alliierte Soldaten unter der Lupe« die Frage, wie es dazu gekommen war, dass negative Vorkommnisse einst »als Zwischenfälle gewertet« wurden, nun aber »als Symptome« galten.<sup>260</sup> Die Schuld sei auf beiden Seiten zu suchen: Die Amerikaner – um Engländer und Franzosen ging es in der Sendung ungeachtet des Titels nicht – hätten sich zu stark räumlich isoliert und seien nicht bereit, die deutsche Sprache zu lernen. Die Deutschen hätten den Fehler begangen, »Kontakte nur ganz ›oben‹ bei den Politikern und Militärs und ganz ›unten‹ bei den Bier-Bar-Fräuleins« zuzulassen. Der Rundfunkredakteur Werner Baecker schlug deshalb vor, man solle die Soldaten übers Wochenende in deutsche Familien einladen, um sich gegenseitig näherkommen zu können. Dieser Vorschlag wurde unmittelbar umgesetzt. Nur wenige Tage später reisten 48 GIs und zwei Frauen von der Air Force nach Hamburg, um ein Wochenende mit den Familien von Redakteuren und Mitgliedern der örtlichen Amerika-Gesellschaft zu verbringen.<sup>261</sup> Das Projekt erreichte damit wieder nur diejenigen, die sowieso an einem Austausch interessiert waren.

Die deutsch-amerikanischen Bekanntschaften jener Jahre waren weitestgehend ein elitäres Projekt; persönliche Kontakte zu Soldaten pflegten zumeist junge Menschen in Großstädten und Menschen aus der oberen Einkommensklasse – akademische Berufsgruppen und Geschäftsleute mit einer guten Schulbildung – sowie Studenten und die Hausangestellten der Amerikaner. Diese Bevölkerungsgruppen waren es auch, die das Verhalten der GIs positiv bewerteten, der Aussage zustimmten, dass sich die Beziehungen verbessert hatten, und sich für einen Verbleib der US-Armee in Deutschland aussprachen.<sup>262</sup> Vor allem im Rahmen kultureller Veranstaltungen knüpften sie Kontakte zu Amerikanern. Damit konnten die USA zumindest einen Teilerfolg für sich

259 Minutes of the First Meeting: German-American Troop-Community Relations Working Group, 28. September 1956, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Records of the Civil Affairs Division, General Correspondence (Decimal File) 1952-56, 1956 Classified Files, 312 to 600, Box 1036.

260 Hier und im Folgenden: GI's unter der Lupe, in: Die Zeit, 8. November 1956.

261 Andreas trifft Andrew, in: Die Zeit, 15. November 1956.

262 Vgl. American Embassy, The American Soldier Reappraised (1956), S. 38-51.

verbuchen, denn das Gewinnen dieser Zielgruppe war exakt die Aufgabe des Hochkommissars.<sup>263</sup>

Eine allgemeine Verbesserung konnte so allerdings nicht erzielt werden und so verdüsterte sich das Bild weiter. Die US-Botschaft beklagte 1958:

Despite the presence of hundreds of thousands of American servicemen in the Federal Republic of Germany, three-sevenths (43 %) of the population say that they have not seen an American serviceman in the past two to three years. Another three-sevenths (42 %) say that they have seen some U.S. soldiers, but admit that they have never spoken to any of them. There remains, therefore, a maximum of one person out of seven (14 %) who has at least spoken to an American in the past several years. That this contact is superficial is borne out by the report that only a minority of this [sic!] groups (4 % of the total sample) claims to actually know some serviceman fairly well [...].<sup>264</sup>

Die US-Armee versuchte mit unterschiedlichen Aktivitäten auf lokaler Ebene, diesem Problem zu begegnen, und tatsächlich entspannten sich die Konflikte unter anderem infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs der Bundesrepublik und einer familienorientierteren Politik der US-Armee. Das kurze »golden age of ›friendship‹ activities«, während dessen man sich intensiv um ein harmonischeres Miteinander bemühte, endete erst wieder, als sich der amerikanische Fokus Mitte der 1960er-Jahre von Europa gen Asien verschob. Die deutsch-amerikanischen Initiativen der 1970er- und frühen 1980er-Jahre seien dann von einem anderen Gedanken getragen gewesen, so Anni P. Baker: Sie sollten die GIs mit den Gebräuchen des Gastlandes vertraut machen und ihnen ermöglichen, die Freizeit auch außerhalb der Kaserne zu verbringen.<sup>265</sup>

### 3.5 Inszenierung und Ritualisierung der Freundschaft ab 1961

In West-Berlin begannen die 1960er-Jahre mit enthusiastisch organisierten Freundschaftsveranstaltungen. Im April 1961 fand eine deutsch-amerikanische Freundschaftswoche statt: Deutsche sowie amerikanische Schüler tauschten

263 »You will develop a broad and effective program of cultural exchange, aiming especially at the participation of those groups which are likely to provide the future democratic leadership in Germany.« Office of the HICOG: Secret Policy Book, 15. Juni 1950, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, HICOG Policy Files 1950-52, Subject files of the Assistant Legal Adviser for German Affairs relating to Germany 1952-55, Box 1, S. 2.

264 18 Prozent hatten noch nie einen US-Soldaten gesehen, 25 Prozent hatten nur in den letzten Jahren keinen gesehen. Die Umfrage wurde nicht in West-Berlin durchgeführt. Vgl. American Embassy, Assessment of NATO and American Forces in West Germany (1958), S. 9.

265 Baker, American Soldiers Overseas, S. 48 und 84.

für drei Tage Klassenzimmer und Familie; die Air Force veranstaltete ein Fußballspiel und Konzerte auf dem Flughafen Tempelhof, die Berliner Polizei bot eine Motorradshow, im Wannsee Recreation Center wurde für die Weddinger Herbert-Hoover-Schule ein Picknick gegeben und mehrere Einheiten der Army besuchten deutsche Kinderheime. Im Herbst feierten 1.800 Berliner Thanksgiving mit der U.S. Army und circa 600 Amerikaner verbrachten Weihnachten in einem Berliner Haushalt. Das Highlight des Jahres war die Premiere einer Veranstaltung, die in den folgenden Jahren schnell zum populärsten Aushängeschild der deutsch-amerikanischen Freundschaft in Berlin wurde: Die American Youth Activities Association lud vom 29. Juli bis zum 13. August 1961 zum ersten Deutsch-Amerikanischen Volksfest, und 175.000 Besucher strömten auf das Sportfeld der Army nahe der Clayallee.<sup>266</sup> Der letzte Tag der Veranstaltung wurde jedoch von einem politischen Ereignis überschattet: In der Nacht zum 13. August hatte der Bau der Berliner Mauer begonnen.

Nach mehreren Verhandlungsrunden der vier Mächte in den Jahren 1958/59 und einem Gespräch zwischen US-Präsident John F. Kennedy und Ministerpräsident Nikita Chruschtschow im Juni 1961 war zunehmend deutlich geworden, dass sich an der isolierten Lage West-Berlins in absehbarer Zeit nichts ändern würde. Diese in die Geschichtsschreibung als »zweite Berlinkrise« eingegangene Periode hatte im November 1958 mit der Forderung Chruschtschows begonnen, Berlin innerhalb von sechs Monaten in eine freie Stadt umzuwandeln. Die Westmächte waren sich zwar uneins im Hinblick auf den generellen Umgang mit der sowjetischen Forderung, aber einen Rückzug aus Berlin lehnten alle Beteiligten ab.<sup>267</sup> Die Krise dauerte über den Mauerbau hinweg an, und die USA signalisierten mehrfach, dass sie sich nur den Westsektoren verpflichtet fühlten. US-Präsident Kennedy hatte im Juli 1961 *three essentials* formuliert, die bis zum Ende der Teilung der Stadt gelten sollten: Erstens würden die Westmächte in Berlin bleiben und dieses Recht notfalls auch verteidigen. Zweitens würden sie ihr Recht auf Zugang zu der Stadthälfte verteidigen. Drittens werde die freie Selbstbestimmung der West-Berliner gesichert werden.<sup>268</sup>

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 wurde der sowjetische Sektor mit Barrikaden aus Stacheldraht abgeriegelt. Am 20. August zog die achte Division der 1st Battle Group, 18th Infantry zur Verstärkung in West-Berlin ein und wurde dort von der Bevölkerung freudig in Empfang genommen. Ihre Entsendung war allerdings, auch wenn es anders kommuniziert wurde, keine spontane Entscheidung in Reaktion auf den Mauerbau. Schon am 2. August 1961 hatte das Hauptquartier der U.S. Army Berlin um umgehende Verstär-

266 U.S. Army Berlin, Historical Report 1961, 2. April 1962, Privatarchiv Bryan van Sweringen, S. 16-19.

267 Vgl. Michael Lemke, Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958 bis 1963, in: Greiner [u. a.], Krisen im Kalten Krieg, S. 204-243; ders., Die Berlinkrise 1958 bis 1963; Wetzig, Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963.

268 Vgl. Wetzlaugk, Die Alliierten in Berlin, S. 75.



Den nachrückenden Truppen der US-Armee wird ein freudiger Empfang bereitet

kung gebeten, »to fill a critical military need and also to serve as concrete evidence of stated US intention to stand firm in West Berlin«.<sup>269</sup>

Der Mauerbau sorgte für Ruhe und Unruhe zugleich. Ruhe bescherte er all jenen, die befürchtet hatten, eines Tages könnte ein Konflikt in oder um Berlin eine militärische Auseinandersetzung zwischen den Supermächten auslösen. Zu Unruhen kam es im Inneren der nun geteilten Stadt: Auf beiden Seiten der frisch errichteten Mauer keimten immer wieder kleinere und größere Proteste auf.<sup>270</sup> Am Nachmittag des 16. August versammelten sich vor dem Rathaus Schöneberg über 250.000 Berlinerinnen und Berliner, um im Rahmen einer durch den Senat einberufenen Kundgebung zu hören, was der Regierende Bürgermeister zu sagen hatte. Noch vor seiner Rede hatte Willy Brandt einen Brief an US-Präsident Kennedy verfasst, in dem er warnte, dass das Tolerieren der Teilung in Berlin »Zweifel« an der »Reaktionsfähigkeit und Entschlossenheit« der Westmächte wecken und eine »Vertrauenskrise« verursachen könnte.<sup>271</sup> Nun rief er über den großen Platz:

269 U.S. Army Berlin, Historical Report 1961, S. 56.

270 Vgl. Gerhard Sälter, Reaktionen auf den Mauerbau in Berlin und der DDR, in: Deutschland Archiv 6/2011, URL: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53746/reaktionen-auf-den-mauerbau> [7.3.2018].

271 Brief des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, Willy Brandt, an den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, 16. August 1961, in: Bundesministerium



Berlin erwartet mehr als Worte. Berlin erwartet politische Aktionen. [...] Die westlichen Garantien für West-Berlin [...] haben sich bewährt. Ohne sie würden wir heute hier nicht stehen, ohne sie wären die Panzer weitergerollt. Wir mögen noch so enttäuscht sein darüber, daß die Alliierten ihre Rechte in bezug auf ganz Berlin und ihre Mitverantwortung nicht geltend machen oder geltend machen können und daß die Reaktionen auf den bösen Rechtsbruch des vergangenen Sonntag so lange haben auf sich warten lassen. Aber wir müssen uns daran erinnern, daß die alliierten Garantien abgegeben worden sind für die Anwesenheit alliierter Truppen in West-Berlin, für die Freiheit der Bevölkerung in diesem Teil der Stadt und für den freien Zugang zu unserer Stadt. Die Westmächte wissen – und sie müssen wissen, daß es hier nicht nur um das Schicksal von West-Berlin geht, sondern daß es hier auch um ihre Glaubwürdigkeit und ihre Weltgeltung geht.<sup>272</sup>

Den fordernden Worten des Bürgermeisters folgten nur wenige Taten seitens der Westmächte. Innerhalb weniger Jahre – nachdem die Stadt im Rahmen der Kubakrise und durch den Besuch des US-Präsidenten John F. Kennedy noch einmal für Schlagzeilen gesorgt hatte – ließ sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik das Interesse an dem einstigen Krisenherd inmitten der DDR nach. West-Berlin wurde in der Außenperspektive zum übersubventionierten »Glitzerding«, ein »neonhelles Getto«, von »Mief« bedroht, und man nahm an, es sei auf dem besten Weg, »die größte Kleinstadt der Welt«, gar »Provinz« zu werden.<sup>273</sup>

Anders als von Willy Brandt befürchtet, sorgte die Zementierung der Teilung aber nur kurzfristig für einen Vertrauensverlust der West-Berliner.<sup>274</sup> Kontinuierlich sanken die Zustimmungswerte erst ab April 1965, so auch die Überzeugung der kritisch die Stimmung beobachtenden Experten. Als Ursache machten sie die in jenem Monat durch die DDR und die Sowjetunion initiierten Verkehrsstörungen im Umfeld einer Sitzung des Bundestags in

für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 7/1, Frankfurt a. M. 1976, S. 48-49.

272 Rede des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt bei der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg gegen den Mauerbau, 16. August 1961, in: Willy Brandt Online-Biographie, URL: [https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Rede\\_Brandt\\_Mauerbau\\_1961.pdf](https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Rede_Brandt_Mauerbau_1961.pdf) [7.3.2018].

273 Das Glitzerding, in: Der Spiegel 41/1966, S. 40-61.

274 Ein zusammenfassender Report aus dem Jahr 1968 nennt 71 Prozent, die im Oktober 1961 der Aussage zustimmten, die Alliierten würden »under all circumstances keep their promise to protect Berlin«. Leider unterscheidet dieser Report nicht zwischen den drei Westmächten. Für gewöhnlich war das Vertrauen in die Schutzgarantien der USA mit Abstand am höchsten. Vgl. Airgram der US Mission Berlin an das State Department, Subject: Berlin Public Opinion on the City's Future, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1967-1969, Political and Defense, POL 14 GER B to POL 23-8 GER B, Box 2109, S. 2 f.



West-Berliner protestieren gegen das Verhalten  
der West-Alliierten nach dem Mauerbau 1961

Berlin aus.<sup>275</sup> Um der Forderung nach einer Unterlassung von Veranstaltungen des Bundes in West-Berlin Nachdruck zu verleihen, führten die Nationale Volksarmee (NVA) und die Rote Armee westlich von Berlin Truppenübungen durch, die stundenlange Sperrungen der Zufahrtswege nach West-Berlin zur Folge hatten. Einzelnen Bundestagsabgeordneten und sogar dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt wurde die Durchreise verweigert. Die USA reagierten mit der demonstrativen Entsendung einiger Lkw-Kolonnen zum Grenzübergang Helmstedt und schließlich der Verlegung bewaffneter Truppen. Als trotzdem sowjetische Düsen-Jagdbomber über dem Reichstag die Schallmauer durchbrachen und mit Platzpatronen feuerten, fürchtete man kurzzeitig den Auftakt einer erneuten Blockade der westlichen Stadthälfte.<sup>276</sup> Die Krise ebte auch in den folgenden Monaten nicht ab, und mehrere Vorfälle ließen deutsche sowie alliierte Beobachter spekulieren, ob sich hier eine weitere »major crisis« ankündige.<sup>277</sup>

275 Vgl. Studie: Das Vertrauen zu den Schutzmächten, März 1966, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 13320.

276 Berlin Schikanen: In geeigneter Form, in: Der Spiegel 17/1965, S. 31; Berlin-Sitzung: So, so, in: Der Spiegel 16/1965, S. 31-33.

277 Incoming Telegram USBER Berlin an Department of State, Subject: West Berlin Reaction to Current Berlin Developments, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1964-1966, Political and Defense, POL 28 Government of Occupied Areas GER-B to POL Political Aff. & Rel. GER B-A, Box 2200. Das Telegramm drückte bereits jene Sorgen aus, die sich dann wenig später in der Umfrage in konkreten Zahlen niederschlugen: »[T]here are indications of growing concern and increasing impatience with allies for apparent failure to resist violations of allied rights. While at this stage it would be gross exaggeration

Eine 1966 durchgeführte Studie zur Stimmungslage in der Bevölkerung benannte diese sogenannten »April-Störungen«, aber auch erste »Eindrücke über den Vietnam-Krieg und über die Auseinandersetzungen innerhalb des westlichen Bündnisses« als Ursachen für einen »verhältnismäßig starke[n] Zuwachs an Mißtrauen«. <sup>278</sup> Die Untersuchung kam zu dem Schluss, dass besonders »Frauen, junge Leute, Menschen mit geringer Schulbildung, niedrigem oder mittlerem Einkommen und un- bzw. angelernte Arbeiter« zunehmend misstrauisch gegenüber den Schutzgarantien der Westmächte seien. <sup>279</sup> Der zusammenfassende Report für Bürgermeister Brandt wies ergänzend darauf hin, dass diese Entwicklung auch ein Indikator dafür sein könnte, »dass sich die Verhältnisse gewandelt, normalisiert haben. Es verwundert dann nicht, dass das Interesse an den Schutzmächten etwas nachlässt.« <sup>280</sup> Auch Brandts Stellvertreter, Heinrich Albertz, zeigte sich in einem Gespräch mit amerikanischen Vertretern im Mai 1966 erstaunt, dass die Lage in West-Berlin so »peaceful and quiet« sei, und wunderte sich »to see people adjusted to the normalcy of abnormality«. <sup>281</sup> Diese zeitgenössischen Deutungen wurden gestützt durch den Befund, dass die Überlegung, aus der Halbstadt fortzuziehen, ab Mitte der 1960er-Jahre nicht mehr unmittelbar von dem Vertrauen in die amerikanische Schutzmacht abhängig war. <sup>282</sup> Festgestellt wurde auch, dass der Terminus »Schutzmächte« nicht länger ein Kollektiv-Synonym für die USA war. <sup>283</sup> Die Bundesrepublik wurde zu einem konkurrierenden Sicherheitsgaranten.

Diese Entwicklung könnte auch in der Person Willy Brandt begründet sein: Der beliebte Berliner Bürgermeister legte sein Amt nieder, verließ die Stadt und wurde im Dezember 1966 Außenminister und Vizekanzler in der neu

to speak of crisis of confidence, there is risk that present developments, coming not long after events of early April and affecting allied rights more directly, will have effect of reducing confidence in allied determination in eyes of West Berliners«, ebd., S. 2.

278 Studie: Das Vertrauen zu den Schutzmächten, März 1966, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 13320.

279 Berlin-Report: Das Vertrauen zu den Schutzmächten, Zusammenfassung für den Regierenden Bürgermeister, März 1966, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 13320, S. 2.

280 Berlin-Report: »Die Berliner und die Westmächte«, S. 11.

281 Harry Obst, Memorandum of Conversation, Subject: Thoughts of Berlin Deputy Mayor Albertz About His City in Germany, 27. Mai 1966, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1964-1966, Political and Defense, POL 28 Government of Occupied Areas GER-B to POL Political Aff. & Rel. GER B-A, Box 2200, S. 1.

282 In den Umfragen war zuvor stets festgestellt worden, dass »die Westberliner wesentlich öfter besorgt und fortzugsbereit [sind], wenn sie an den Westmächten zweifeln oder ihnen mehr mißtrauen«. Vgl. Studie: Das Vertrauen zu den Schutzmächten, März 1966, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 13320, S. 4 f.

283 Es sei »fraglich«, »ob das Vertrauen der Berliner in die Schutzmächte heute in gleichem Maße wie früher mit dem Vertrauen in die USA gleichgesetzt werden kann«, anscheinend sei der Terminus »Schutzmächte [...] nicht länger ein einheitlicher Begriff«. Studie: Das Vertrauen zu den Schutzmächten, S. 3 f.

gebildeten Regierung unter Kurt Georg Kiesinger. West-Berlin hatte somit einen Fürsprecher in Bonn. In den hier thematisierten Jahren nahm auch die Neue Ostpolitik erste Konturen an. Wenig später begannen jene Gespräche, die schließlich zu den Ostverträgen führten, welche dann zwar viele Erleichterungen brachten, aber auch den Status Quo auf unbestimmte Zeit festschrieben.<sup>284</sup>

Hinzu kommt eine weitere Entwicklung, die Dirk Rotenberg in einer Studie herausgearbeitet hat: In den 1970er-Jahren sei »das Berlin-Problem« zunehmend in den Hintergrund gerückt, stattdessen hätten »die Probleme Berlins« die lokale Politik bestimmt.<sup>285</sup> Meinungsumfragen aus jener Zeit legen allerdings nahe, dass dieser Prozess bereits in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre einsetzte. Der Wunsch nach militärischer Sicherheit wurde mehr und mehr von dem Streben nach ökonomischer und sozialer Sicherheit abgelöst: Die Verfasser der zitierten Studie aus dem Jahr 1966 zogen demgemäß das Fazit, dass künftig »die Sicherstellung des Wohlstandes und die wirtschaftlichen Aussichten« eine wichtige Rolle spielen müssten, wolle man nicht zu viele Einwohner durch Abwanderung verlieren.<sup>286</sup> Eine weitere Studie aus dem Jahr 1968 lässt ebenfalls erkennen, dass die Bedeutung der Deutschlandfrage langsam abnahm, während der Ausbau West-Berlins als Wirtschaftsstandort wichtiger wurde.<sup>287</sup>

Der Wandel spiegelte sich nicht nur in den Umfragen. An der jährlichen Zeremonie vor dem Schöneberger Rathaus zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 nahmen 1967 mit insgesamt 8.000 Personen nur noch halb so viele West-Berliner teil wie im Jahr zuvor. Zugleich fand erstmals eine Gegenveranstaltung statt: In einer Brauerei trafen sich auf Einladung von Studierenden der Freien Universität und des Republikanischen Clubs circa 1.000 junge Menschen, um kritischen Vorträgen über den angeblich vom Westen initiierten »Bürgerkrieg« gegen die DDR und den Freiheitskampf in Vietnam zu lauschen.<sup>288</sup>

284 Vgl. Telex Embassy Bonn an Secretary of State, Subject: German Desire to Reopen Berlin Clause Discussion with Allies, 23. Mai 1966, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1964-1966, Political and Defense, POL 28 Government of Occupied Areas GER-B to POL Political Aff. & Rel. GER B-A, Box 2200.

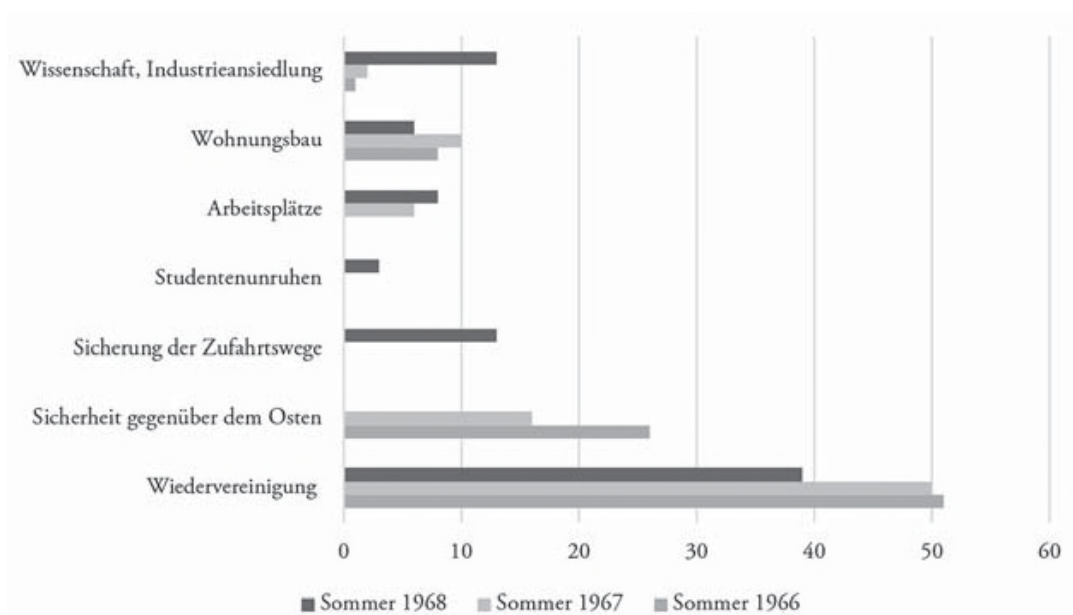
285 Dirk Rotenberg, *Berliner Demokratie zwischen Existenzsicherung und Machtwechsel. Die Transformation der Berlin-Problematik 1971-1981*, Berlin 1995, S. 565.

286 Berlin-Report: Das Vertrauen zu den Schutzmächten, Zusammenfassung für den Regierenden Bürgermeister, März 1966, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 13320, S. 2.

287 Die Daten des folgenden Diagramms basieren auf: Vertraulicher Report: Meinungen in und über Berlin, 1968, Anlage 2, in: ebd.

288 Vgl. Airgram von USBER Berlin an Department of State, Subject: Berlin Observances of 17 June, 22. Juni 1967, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1967-1969, Political and Defense, POL 14 GER B to POL 23-8 GER B, Box 2109.

Tabelle 9: Antworten auf die Frage nach dem wichtigsten Problem in Berlin. Eine fehlende Prozentzahl kann darin begründet sein, dass die Frage in jenem Jahr nicht bzw. anders gestellt wurde.



### 3.5.1 Fortsetzung des German-American Relations Program

Die Meinungsumfragen stützen die These von Andreas Daum, dass das »heroische, auf Vergemeinschaftung basierende Berlin Amerikas zwischen Luftbrücke und Kennedy-Besuch« in den 1960er-Jahren mehr und mehr zu einem »deutschen Berlin« wurde.<sup>289</sup> Die zahlreichen Maßnahmen zur Förderung der Troop-Community Relations sollten daher einem schleichenden Auseinanderleben von Soldaten und Stadtbewohnern entgegenwirken, wurden aber immer mehr zu ritualisierten Inszenierungen einer etablierten »Freundschaft«, deren öffentliche Zurschaustellung von beiden Seiten gewünscht war.

Das *German-American Relations Program* wurde unter dem Namen *Community Relations Program* fortgesetzt.<sup>290</sup> Ziel war es weiterhin, den Berlinern sowie auch den Briten und Franzosen »the US Army in Berlin and the American way of life [...] through the medium of social and official contacts and participation in civil events« zu erklären und so »mutual understanding, respect and confidence« herzustellen.<sup>291</sup> Die *Community Relations* wurden dabei definiert als »the command function which provides for the appraisal of the attitudes

289 Daum, *Kennedy in Berlin*, S. 195.

290 Ein genaues Datum für die Umbenennung oder eine eventuelle Planänderung konnte nicht ermittelt werden. Das *Community Relations Program* wird im Jahresbericht 1961 der U.S. Army Berlin erwähnt. Ein konkreter Befehl zur Durchführung konnte erst für das Jahr 1963 gefunden werden. Vgl. U.S. Army Berlin, *Historical Report 1961*; HQ USAB, *Public Information: Community Relations, Regulation 360-1*, 21. Juni 1963, in: NACP, RG 549, *Records of U.S. Army Europe*, U.S. Army Berlin, *Publications Record Set 1951-66*, Box 1.

291 Hier und im Folgenden: HQ USAB, *Public Information: Community Relations*.

of the civilian community toward the command as well as the attitudes of the command toward the civilian community«. Sie beinhalteten »official and unofficial social, youth, welfare and other similar activities of individuals and groups within the Berlin-American community«. Die Leitung oblag dem Information Officer der Army. Als Leiter unter anderem des Community Relations Branch hatte er sowohl eigene Konzepte auszuarbeiten wie auch Vorschläge anderer Abteilungen zu prüfen. In seinen Aufgabenbereich fiel zudem die gesamte Öffentlichkeitsarbeit des Berlin Command. Er hatte unter anderem für eine positive Berichterstattung in Deutschland und den USA zu sorgen, die eigenen Truppen hinsichtlich örtlicher Gepflogenheiten und Angebote zu unterrichten und das *Community Relations Program* zu gestalten.<sup>292</sup>

Parallel saß der Information Officer auch dem 1962 geschaffenen *German-American Committee* vor, das in mehreren Unterkomitees<sup>293</sup> Vorschläge zur Pflege der nachbarschaftlichen Beziehungen erarbeitete. Es bestand aus Vertretern verschiedener US-Einrichtungen, Mitarbeitern des Berliner Senats sowie Abgesandten der Bezirksbürgermeister im amerikanischen Sektor.<sup>294</sup> Es trat, wie auch das *Commander's Community Relations Council*, mindestens vierteljährlich zusammen, um den Erfolg bestehender Programme zu analysieren.

Zur Realisierung der Vorhaben wurden verschiedene Programme ins Leben gerufen. Das *Counterpart Program* richtete sich an die anderen Westmächte und die West-Berliner Polizeigruppe Süd.<sup>295</sup> Es wurden Partnerschaften geschlossen und man lud sich gegenseitig zu Paraden und öffentlichen Zeremonien sowie zu sportlichen Aktivitäten oder geselligen Abenden, zum Lunch oder Dinner ein.<sup>296</sup> Das *Person-to-Person Program*, 1961 in Reaktion auf die Freude der West-Berliner über die Truppenverstärkung nach dem Mauerbau initiiert, sollte darüber hinaus jeden US-Soldaten schon während des Einfüh-

292 Vgl. Information Officer, Director: Information Program FY 1958, Section 1 – Objectives, Program Nr. 40, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Regulations 1957-59, Box 7, S. 1-4.

293 Diese werden erst in der überarbeiteten Regulation erwähnt und wurden anscheinend zwischen 1963 und 1965 gegründet. Erwähnt werden deutsch-amerikanische Komitees für die Bereiche Education, Welfare und Recreation sowie temporäre, projektbezogene Komitees. Vgl. Anhang Subcommittees, HQ USAB, Regulation 360-I, Public Information: Community Relations, 13. Januar 1965, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Publications Record Set 1951-66, Box 1.

294 Vgl. USAB Regulation 360-I, 10. Dezember 1963, German-American Committee, in: ebd.

295 In der Neuauflage der Regulation 360-I von 1965 wird das Counterpart Program nicht mehr erwähnt. Siehe: HQ USAB, Regulation 360-I, Public Information: Community Relations, 13. Januar 1965, in: ebd.

296 Vgl. Anhang: Allied-American and German-American Counterpart Program, HQ USAB, Public Information: Community Relations, 21. Juni 1963, in: ebd.

rungsprogramms dazu ermutigen, »to develop the friendship of at least one Berliner during his tour«. <sup>297</sup>

Auch die Teilnahme an offiziellen West-Berliner Veranstaltungen wurde forciert – um Präsenz zu zeigen und »the Berliner's desire to include American Forces in official events as a gesture of appreciation« zu entsprechen. <sup>298</sup> Weitere Maßnahmen waren die Aufforderung zu individuellen Wohltätigkeitsprojekten, <sup>299</sup> die Organisation von Ausstellungen <sup>300</sup> sowie die Unterstützung verschiedener lokaler Projekte durch die Bereitstellung von Personal oder Material. <sup>301</sup> Im Falle von akuten Problemen mit einzelnen Personen aus der unmittelbaren Nachbarschaft wollte man diese durch eine Führung über das Gelände und ein gemeinsames Gespräch mit den entsprechenden Truppen lösen. Solche Touren konnten überdies auch von Mitgliedern des Senats, Schulklassen, Firmen oder Kirchengruppen gebucht werden. <sup>302</sup>

Trotz des Zeitpunktes ihrer Einführungen standen weder das *Community Relations Program* noch die zahlreichen Festivitäten jener Jahre in einem direkten Zusammenhang mit dem Bau der Berliner Mauer. Sämtliche Aktivitäten gingen entweder auf die 1950er-Jahre zurück oder befanden sich bereits in Planung, als die endgültige Teilung der Stadt vollzogen wurde. Seitens der U.S. Mission Berlin wurde als direkte Antwort auf den Mauerbau lediglich ein *Viability Committee* ins Leben gerufen. Dessen Aufgabe war es, die vielen Ideen zu prüfen, die im Hinblick auf eine Unterstützung West-Berlins kursierten, neue Projekte zu entwickeln sowie Personen, Firmen und Stiftungen als Sponsoren oder Multiplikatoren zu akquirieren, um der Halbstadt wirtschaftlich zu helfen und ihren Ruf als Kulturmetropole auszubauen. Als eifrige Helfer tauchten schnell altbekannte Namen auf: Es waren wieder jene Personen, die sich schon nach Kriegsende für die Stadt eingesetzt hatten: John McCloy, Lucius D. Clay und Shepard Stone. <sup>303</sup>

Der West-Berliner Senat unternahm in jenen Jahren verhältnismäßig wenig, um konkrete Begegnungen zu fördern; man überließ solche Aktivitäten weitestgehend den Bezirken und den Alliierten. Als die Berliner Landeszentrale

297 U.S. Army Berlin, Historical Report 1961, S. 18.

298 Anhang: Troop Participation in Berlin Community Events, HQ USAB, Public Information: Community Relations, 21. Juni 1963, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Publications Record Set 1951-66, Box 1.

299 Vgl. Anhang: Charitable Activities Program, HQ USAB, Public Information: Community Relations, 21. Juni 1963, in: ebd.

300 Vgl. Anhang: Exhibits and Displays, HQ USAB, Public Information: Community Relations, 21. Juni 1963, in: ebd.

301 Vgl. Anhang: Community Assistance Program, HQ USAB, Public Information: Community Relations, 21. Juni 1963, in: ebd.

302 Vgl. Anhang: Tours of Military Installations, HQ USAB, Public Information: Community Relations, 21. Juni 1963, in: ebd.

303 Vgl. U.S. Mission an John J. McCloy, 5. April 1962, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, General Records 1959-62, Box 9, Folder: 680 Berlin Cultural Festivals.

für Politische Bildung im März 1962 dem Chef der Senatskanzlei mehrere Vorschläge unterbreitete, wie man die Soldaten der Westmächte besser betreuen könnte, dauerte es über anderthalb Jahre, bis die Ideen überhaupt den Verbindungsoffizieren vorgetragen wurden. Im Januar 1964 wurde dann von einem Mitarbeiter der Senatskanzlei ein Vermerk verfasst, der im Grunde genommen jeglichen Ideen eine Absage erteilte und eine weitgehende Indifferenz zeigt. Ein letzter Vermerk vom März 1964 schließt den Vorgang »Betreuung der Soldaten der Schutzmächte« und dokumentiert, dass auch die Alliierte Kommandantur nicht auf die Ideen der Landeszentrale geantwortet hatte.<sup>304</sup> Es scheint, als hätten sich alle Beteiligten in der – nun auch nicht mehr neuen, aber nach wie vor ungewöhnlichen – Normalität eingerichtet und keinen akuten Handlungsbedarf gesehen. Dies bedeutete dennoch nicht das Ende anderer, zuvor etablierter Maßnahmen.

### 3.5.2 Das deutsch-amerikanische Volksfest

Das bereits zu Beginn des Kapitels erwähnte deutsch-amerikanische Volksfest fand seit 1961 statt und ging ursprünglich auf eine Initiative des Berliner Schaustellerverbandes zurück. Ab 1962 wurde es vom amerikanischen *Public Affairs Office* konzipiert und organisiert und lockte mit Fahrgeschäften, Bühnenshows und landestypischen kulinarischen Spezialitäten alljährlich Besuchermassen an. Es knüpfte damit an die alte Berliner Festkultur an.<sup>305</sup> Aufwendige Kulissen, Laiendarsteller, Ausstellungen und Folkloregruppen präsentierten den Besuchern jedes Jahr eine andere Facette der amerikanischen Kultur und Geschichte: die Mayflower der Pilgerväter, The Alamo, St. Augustine als älteste, durchgehend besiedelte europäische Stadtgründung oder New Orleans als die »Wiege des Jazz«. In den frühen 1970er-Jahren widmete man sich – den Wünschen der Besucher entsprechend – eher stereotypen Themen wie *Los Angeles – Bridge to the Stars* (1969), *The Old Wild West* (1970), *The Wild West* (1971), *Hawaii* (1972) oder *Las Vegas* (1973). Schließlich stellten die Organisatoren die landschaftliche Vielfalt des Landes in den Mittelpunkt und thematisierten unter anderem die *Dakota Badlands* (1981), die *Northwest Wilderness* (1982) oder *The Mighty Mississippi* (1983). Ende der 1980er-Jahre wurde dann versucht, mit Themen wie *Broadway in Berlin* (1986), *Amerika grüßt Berlin* (1987) und *Dallas in Dahlem* (1988) eine Brücke zwischen beiden Ländern zu schlagen.<sup>306</sup>

Der Berliner Schriftsteller Horst Bosetzky kommentierte das jährliche Pilgern in den Hüttenweg (und zum deutsch-französischen Volksfest am Kurt-

304 Vgl. LArch, B Rep. 002, Nr. 13711.

305 Vgl. Konrad Jule Hammer, Eintritt frei – Kinder die Hälfte! Zur Geschichte der Berliner Volksfeste, Schriftenreihe Berliner Forum 8/81, Berlin (West) 1981.

306 Vgl. Cornelia Kühn/Dominik Kleinen, Heimatfest und Freundschaftsfeier. Die Inszenierung von Heimatgeschichte in Berliner Volksfesten der 1950er- und 1960er-Jahre, in: Zeitschrift für Volkskunde 108 (2012) 2, S. 215-245.





Deutsch-Amerikanisches Volksfest, 1965

Schumacher-Platz) humorvoll unter Verweis auf die vermeintlich höhere Bedeutung der Teilnahme:

Hier zeigt sich wieder ganz deutlich, dass alles, was der West-Berliner tut, multifunktional ist und einem höheren Zwecke dient. So amüsiert er sich bei der Fahrt mit der Geisterbahn nicht nur, sondern stärkt damit auch die Verbundenheit mit Frankreich und den USA. Man kann auch sagen, er huldigt den Herrschenden, damit sie ihre Hand weiter schützend über ihn halten.<sup>307</sup>

Cornelia Kühn und Dominik Kleinen haben das Volksfest als »eine Form der Identitätspolitik« beschrieben und gezeigt, dass in Bosetzky's spöttischem Kommentar durchaus ein Fünkchen Wahrheit steckt: Mithilfe des Festes wurde versucht, »Herkunft und kulturelles Erbe vorzuführen, ein kulturelles Gedächtnis zu konstruieren und eine lokale Gemeinschaft zu inszenieren«; es wurde ein »vorgetäuschter Stadtraum als realer Alltag erlebbar gemacht«, der die Möglichkeit »der Aneignung des explizit vorgeführten Wissens« bot.<sup>308</sup> Die hohen Besucherzahlen wurden demgemäß als Beweis für die innige Verbundenheit West-Berlins mit den USA gewertet. Einige kritische Beobachter notierten jedoch Anfang der 1970er-Jahre, dass sich der Charakter des Festes verändert habe:

It became a major advertising campaign for tourism in America. New Orleans, California, and now Hawaii have been the themes of the Volksfest

307 Bosetzky, *West-Berlin: Erinnerungen eines Inselkindes*, S. 139.

308 Kühn/Kleinen, *Heimatfest und Freundschaftsfeier*, S. 217 und 240.

and the respective local chambers of commerce have been active in supporting this advertising. At the same time the Volksfest has been used as a promotional campaign and sounding board for numerous American products which were introduced to German consumers in this manner.<sup>309</sup>

Obwohl primär Neugier und der Wunsch nach Amüsement die West-Berliner anlockten, war die politische Dimension der Festivität durchaus bekannt. Die Teilnahme deshalb als Bekenntnis zu deuten, würde für die 1960er-Jahre eher zutreffen als für die 1980er-Jahre. Über die Jahrzehnte wurden die Besuche nämlich zu einem Ritual und zu einem festen Termin im Kalender vieler West-Berliner Familien. Während die Teilnehmerzahlen der Volksfeste (wie auch des Tags der offenen Tür) kontinuierlich stiegen, sank zugleich die Zahl jener, die sich bei Staatsbesuchen winkend an die Protokollstrecke stellten oder den öffentlichen Reden der Repräsentanten lauschten. In den Jahrzehnten nach dem Mauerbau verschob sich damit der »Schwerpunkt des Interesses« immer mehr »weg von der Demonstration westlicher Solidarität im Kalten Krieg, hin zum Freizeitvergnügen«. <sup>310</sup> Obwohl es vereinzelt auch am Rande des Volksfestes zu Protestaktionen kam und die Teilnahme sicherlich nicht immer aus der gewünschten politischen Motivation resultierte, »[it] did not measurably diminish the success of friendship events«. <sup>311</sup>

### 3.5.3 Die Militärparade am »Tag der Alliierten Streitkräfte«

Während dem heutigen Betrachter Fotografien der West-Berliner Militärparaden sonderbar erscheinen mögen, da derartige militärische Inszenierungen im kollektiven Gedächtnis eher den sozialistischen Staaten zugeordnet werden, so haben sie dennoch eine lange Tradition. Im Berlin der Zwischenkriegszeit existierten »125 allgemeine Kriegervereine, 374 nach Truppenteilen und Waffengattungen benannte Kriegervereine und 226 Offiziersvereine. Bei den Regimentsfeiern und Festtagen einzelner Truppeneinheiten reisten Teilnehmer aus dem ganzen Reichsgebiet an«. <sup>312</sup> Paraden und militärischen Musikdarbietungen zuzuschauen, war eine beliebte Freizeitaktivität. »Unabhängig von Klassen- oder Geschlechterzugehörigkeit« berichteten unzählige Zeitgenossen des Kaiserreichs in Erinnerungstexten »über den großen und positiven Eindruck, den solche Präsentationsformen des Militärs bei ihnen hinterlassen hätten«. <sup>313</sup>

Hatten die Paraden im 19. Jahrhundert »als Feiern militärischen Selbstwertgefühls und nationaler Festtage« an Bedeutung gewonnen, so wandelten sie

309 Volksfest '72, in: *Forward* 1 (1971) 10, S. 4-6, Zitat S. 6.

310 Geppert, *Symbolische Politik*, S. 137-147.

311 Baker, *American Soldiers Overseas*, S. 60.

312 Saehrendt, *Kriegserinnerung und Tourismus im Berlin der Zwischenkriegszeit*, S. 175-191, Zitat S. 178.

313 Ute Frevert, *Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland*, München 2001, S. 288.

sich im Laufe des 20. Jahrhunderts – aus den einstigen Triumphzügen wurden »Gedenkfeiern, deren zentrales Ereignis die Totenehrung« war.<sup>314</sup> Während in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Männer in Uniform, militärische Rituale und Monumente in vielen Städten das Straßenbild geprägt hatten, war Ende des Jahrhunderts vielerorts in Westeuropa das Gegenteil der Fall.<sup>315</sup> Die Demilitarisierung und das damit einhergehende Verschwinden des Militärischen aus dem öffentlichen Raum betraf im Falle West-Berlins jedoch lediglich das deutsche Militär – die alliierten Soldaten blieben präsent und der Besuch von Paraden beliebt.

Schon im Sommer 1945 strömten die Berliner »in Massen« zu der britischen Siegesparade, »zeigten sich sehr enthusiastisch« und applaudierten Premierminister Winston Churchill.<sup>316</sup> Im Jahr 1950 organisierte die U.S. Army aus Anlass des *Armed Forces Day* erstmals eine Parade im amerikanischen Sektor; knapp 6.000 Menschen nutzten 1955 im Anschluss den erstmals stattfindenden Tag der Offenen Tür, um die Militärbasen zu erkunden.<sup>317</sup> Während in der Bundesrepublik schon 1953 weite Teile der Bevölkerung der Meinung waren, solche Aufmärsche seien uninteressant, beförderten den Militarismus und kosteten eine Menge Geld,<sup>318</sup> gerieten die Paraden in West-Berlin erst deutlich später in die Kritik.

Die erste gemeinsame *Allied Forces Day Parade* der drei West-Alliierten fand am 25. April 1964 auf der Straße des 17. Juni statt. Dorthin hatte im Jahr zuvor bereits die U.S. Army ihre bis dato alljährlich auf dem Tempelhofer Flughafen stattfindende Parade verlegt – aufgrund der Ausweitung des Flugverkehrs.<sup>319</sup> Anlass für die Zurschaustellung der militärischen Kraft war »die durch die Errichtung der Mauer entstandene politische Situation« gewesen.<sup>320</sup> Die Parade wurde rasch zur Attraktion mit Zehntausenden Besuchern, da außer Panzern und marschierenden Soldaten auch wechselnde Highlights geboten wurden: Mal spielte eine schottische Militärkapelle und brachte ein Shetlandpony als Maskottchen mit, mal landeten Fallschirmspringer vor den begeisterten Zuschauern oder es gab neue Kunststücke der beliebten Motorradstaffel der West-Berliner Polizei zu bestaunen.

314 Gerhard Bauer, Militärparaden in Krieg und Frieden, in: Harald Kimpel/Johanna Werckmeister (Hg.), Triumphzüge. Paraden durch Raum und Zeit, Marburg 2001, S. 146-159.

315 Vgl. Sheehan, Kontinent der Gewalt, S. 220 ff.

316 Neue Zürcher Zeitung, 23.7.1945.

317 Vgl. U.S. Army Berlin, History Division: Annual Report 1954, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Command, History Division, Historical Report Files 1951-60, Annual Reports 1953-55, Box 43, S. 231.

318 Vgl. HICOG, The American Soldier as appraised by the West German People (1953).

319 Häusler an CdS, Betreff: Alliierte Parade, 25. April 1989, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24743.

320 Aktenvermerk, Betreff: Tag der Alliierten Streitkräfte, 8. September 1972, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23899.



Berliner Kinder beim Tag der offenen Tür  
der Andrews Barracks, 1966

Bei der vierten gemeinsamen Parade, im Mai 1969, kam es erstmals zu Protesten. Der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) der Technischen Universität (TU) hatte zum Missfallen einiger Paraden-Besucher ein Plakat mit der Aufschrift »Militärparaden sichern keine Arbeitsplätze« an seinem Fenster in der Straße des 17. Juni angebracht; mehrere Hundert Personen stürmten das TU-Gebäude und machten Jagd auf die Studierenden – so zumindest die Darstellung der linken West-Berliner Szene.<sup>321</sup>

Ein Jahr später rief die linke Zeitschrift *Agit 883* dazu auf, die kommende Parade mithilfe einer »militanten Kampfdemonstration« zu verhindern.<sup>322</sup> Die West-Berliner Polizei erkundigte sich deshalb, ob es möglich sei, das Haupt-

321 Militärparade!, in: *Agit 883*, Nr. 15, 20. Mai 1969, S. 2.

322 Penner nutzt die Zeit vom 9. bis zum 23. Mai, in: *Agit 883*, Nr. 60 vom 14. Mai 1970, S. 2.

gebäude der TU (das sich direkt an der Paradestrecke befand) am Veranstaltungstag abzuriegeln. Daraufhin wandte sich der Präsident der Universität, Alexander Wittkowsky, in Form einer Presseerklärung an den Senat und die Berliner Medienöffentlichkeit, um ein solches Vorgehen zu verhindern und sich ebenfalls gegen die Parade auszusprechen:

Sie stellt angesichts der weltweiten von mir geteilten Empörung über den Einmarsch amerikanischer Truppen in Kambodscha eine Provokation dar, deren Folgen nicht abzusehen sind. Ich fühle mich in meinem Verhalten solidarisch mit den Protestaktionen vieler amerikanischer Studenten und Hochschullehrer. Ich habe den Wunsch der Polizei ablehnen müssen, die TU vorsorglich zu besetzen.<sup>323</sup>

Nicht einmal der Senator für Wirtschaft und Kunst, Werner Stein, zeigte sich bereit, gegen das Verhalten des TU-Präsidenten zu protestieren.<sup>324</sup> Entgegen allen Befürchtungen konnte die Parade dennoch ohne »ernsthafte Störung« durchgeführt werden.<sup>325</sup> Erst zum Ende der Feierlichkeiten flogen im Umfeld der TU erste Steine und schließlich auch Molotow-Cocktails. Insgesamt 5.000 Polizeibeamte waren im Einsatz und gingen am Nachmittag mit Tränengas – und, was im Nachhinein für heftige Diskussionen sorgte, ebenfalls mit Steinen – gegen die Demonstranten vor; über 300 Personen wurden vorläufig festgenommen.<sup>326</sup> Die *Rote Hilfe* feierte stolz das Resultat: »Die Polizei ›schützte‹ die ›Schutzmächte‹ vor 500 Demonstranten, die gegen die aufmarschierte Armee der US-Imperialisten demonstrierten.«<sup>327</sup>

Auch am 13. Mai 1972 kam es zu Protesten.<sup>328</sup> Kurz darauf gaben die drei Stadtkommandanten bekannt, dass sie über Alternativen zu der Parade nachdenken würden. Ob dies auch eine Reaktion auf die »Mai-Offensive« der Roten Armee Fraktion (RAF) war – eine Serie von sechs Anschlägen, von denen sich zwei gegen amerikanische Militäreinrichtungen in Heidelberg und Frankfurt am Main richteten, wobei vier US-Soldaten getötet wurden –, lässt sich nicht belegen, ist aber naheliegend.

Von der Idee einer Modifikation des Rituals sichtlich angetan, arbeitete die Senatskanzlei mehrere Vorschläge aus, die auch dem veränderten transatlantischen Verhältnis Rechnung tragen sollten. Sie dokumentierten das inzwi-

323 Presseerklärung des TU-Präsidenten, 22. Mai 1970, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23898.

324 Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der Berliner CDU, Heinrich Lummer, an den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz, 22. Mai 1970, in: ebd.

325 Klaus Schütz an Heinrich Lummer, 25. Mai 1970, in: ebd.

326 Vgl. Vorwärts, Männer!, in: Der Spiegel 24/1970, S. 78-79; Straßenschlacht nach der Parade, in: Die Zeit, 29. Mai 1970.

327 Rote Hilfe Westberlin (Hg.), Imperialismus, Sozialdemokratie, Terror, Militanz. Zur Konterrevolution in Westberlin, Berlin (West) 1970, S. 9, Online unter: [http://www.mao-projekt.de/BRD/BER/REP/Berlin\\_RH\\_1970\\_Konterrevolution.shtml](http://www.mao-projekt.de/BRD/BER/REP/Berlin_RH_1970_Konterrevolution.shtml) [7.4.2017].

328 Vgl. Massendemonstration in West-Berlin, in: Rote Fahne 11/1972, S. 5.

schen verbreitete Unbehagen an militärischen Repräsentationen. Die Alliierten sollten vor einer nicht mehr zeitgemäßen Symbolpolitik bewahrt werden. Zugleich aber zeugen die Vorschläge von dem Wunsch, an alten Traditionen festzuhalten. Deutlich wird mithin die Schwierigkeit, der einstigen Frontstadt in der Entspannungsära eine neue Identität zu verleihen. Einerseits sollte es weiterhin ein westliches Pendant zu den Paraden im Ostteil der Stadt geben. Eine komplette Aufgabe der Parade der Westmächte erschien der Senatskanzlei »in der politischen Optik nicht glücklich«, zudem könne auch der Eindruck entstehen, »die SU sei der eigentliche Sieger« des Zweiten Weltkrieges. Andererseits begrüßte man die Chance, den alljährlichen »erheblichen Aufwand« einschränken und das militärische Schaulaufen durch eine kleinere Veranstaltung ohne kriegerische Machtdemonstration ersetzen zu können. Eine Verlegung auf den 3. Juni wurde von West-Berliner Seite jedoch abgelehnt, denn der »Tag des Inkrafttretens des Vier-Mächte-Abkommens ist von seinem Inhalt her für eine Siegesfeier militärischen Gepräges nicht geeignet«. Eine »Siegesfeier« sollte es aber ohnehin nicht werden, stattdessen sollte der Opfer des Krieges gedacht werden. Parallel suchte man nach Veranstaltungsformaten, die den Alliierten helfen würden, »den Kontakt zur Bevölkerung zu pflegen«.<sup>329</sup>

Diese Überlegungen spiegeln einen kulturellen Wandel, der das »Opfergedenken an die Stelle der Heldenverehrung gesetzt hat«<sup>330</sup> und in dessen Folge eine Siegesparade als aus der Zeit gefallen erschien. Der Prozess der »Entgewaltung«,<sup>331</sup> der nun auch die Mauerstadt erreicht hatte, und die gerade in Berlin spürbaren Erfolge der Entspannungspolitik ließen zudem die Zurschaustellung von Waffen immer weniger adäquat erscheinen. Ein weiterer Aspekt, der die Exemplarität der Debatte bezeugt, ist der Umstand, dass zunächst niemand die simple Frage beantworten konnte, wann die Parade erstmals stattgefunden hatte. Im Frühjahr 1962? Im Mai 1963? Im April 1964?<sup>332</sup> Die Rituale der transatlantischen Freundschaft waren so selbstverständlich geworden, dass man sich an ihren Beginn kaum mehr erinnern konnte. Ein Kommando der Schutzpolizei wurde schließlich damit beauftragt, herauszu-

329 Vermerkt für den Regierenden Bürgermeister, Betreff: »Tag der Streitkräfte«, hier Änderung des Zeitpunktes, Kommandantenbesprechung am 21. Juni 1972, 28. Juni 1972, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23898.

330 Martin Sabrow, Den Zweiten Weltkrieg erinnern, in: APuZ 36-37/2009, URL: <http://www.bpb.de/apuz/31767/den-zweiten-weltkrieg-erinnern?p=all> [6.8.2016].

331 Martin Sabrow, Der Feind. Zur Geschichte einer verblassten Kategorie, Eröffnungsvortrag der Reihe Potsdamer Gespräche 2014 »Beziehungskrisen. Freund- und Feindbilder im kurzen 20. Jahrhundert«, gehalten am 11. März, 2014 im Filmmuseum Potsdam, URL: [https://zzf-potsdam.de/sites/default/files/mitarbeiter/PDFs/sabrow/vortrag\\_martin\\_sabrow\\_der\\_feind\\_als\\_kategorie\\_11\\_03\\_2014\\_potsdam\\_museum.pdf](https://zzf-potsdam.de/sites/default/files/mitarbeiter/PDFs/sabrow/vortrag_martin_sabrow_der_feind_als_kategorie_11_03_2014_potsdam_museum.pdf) [6.8.2018].

332 Vgl. die verschiedenen Schreiben in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23898 und 23899.

finden, wann und aus welchem Anlass die Militärparade überhaupt ins Leben gerufen worden war.<sup>333</sup>

Dass sich die transatlantischen Freundschaftsrituale nicht mehr ungeteilter Begeisterung erfreuten, zeigten Vorfälle, die zeitgleich zu den Gesprächen zwischen den Alliierten und dem Senat stattfanden: Anhänger des Kommunistischen Jugendverbands Deutschland (KJVD) protestierten im Umfeld des Deutsch-Amerikanischen Volksfestes im Juli 1972, durchbrachen die errichtete Bannmeile und lieferten sich eine gewalttätige Auseinandersetzung mit der US-Militärpolizei.<sup>334</sup>

In der monatlichen Kommandantenbesprechung einigte man sich schließlich im Oktober 1972 auf die Umgestaltung und Verlegung der Feierlichkeit.<sup>335</sup> Am 19. Mai 1973 fand erstmals vor dem Charlottenburger Schloss eine militärische Zeremonie anstelle der bisher üblichen Parade statt. Begründet wurde dies offiziell mit der zeitgemäßerer Art der Präsentation und den so vermeidbaren Verkehrsproblemen, die die Straßensperren in den vorherigen Jahren verursacht hatten. Am Vortag der Parade hatte stets von 3 bis 7 Uhr früh eine Probefahrt von 11 Fahrzeugkolonnen stattgefunden. Zwischen 8.30 und 13.30 Uhr wurde dann eine Generalprobe mit 18 Fahrzeugkolonnen aus verschiedenen Teilen der Stadt durchgeführt, für die die halbe City West gesperrt werden musste.<sup>336</sup> Die Verkehrsprobleme waren dann allerdings vier Jahre später wiederum ausschlaggebend dafür, dass die Parade an ihren ursprünglichen Ort zurückverlegt wurde. Die Belastungen für die Innenstadt waren bei einer Sperrung der an der Mauer endenden Straße des 17. Juni doch geringer als bei einer Sperrung der Verbindungsstraße zwischen Stadtautobahn und City West.<sup>337</sup>

Auch in den folgenden Jahren wurde die Parade immer wieder von (meist kleineren) Protestaktionen begleitet. Erst 1980 kam es wieder zu größeren Ausschreitungen, als 13 mit Molotow-Cocktails bewaffnete Personen das Dach des Amerika-Hauses besetzten und sich 200 weitere Demonstranten eine »mehrstündige Schlägerei mit der Polizei« lieferten, »bei der fast 50 Polizeibeamte verletzt wurden«.<sup>338</sup> Am 16. Mai 1982 demonstrierten über 300 Menschen am Rande der Strecke und verteilten Flugblätter mit der Aufschrift »Schwerter zu Pflugscharen«, einem Symbol der DDR-Friedensbewegung; außerdem hatten

333 Aktenvermerk, Betreff: Tag der Alliierten Streitkräfte, 8. September 1972, in: LArch, B Rep., Nr. 23899.

334 Vgl. Bannmeile auf Deutsch-Amerikanischem Volksfest durchbrochen!, in: Rote Fahne 17/1972, S. 12.

335 Aktenvermerk, Betreff: Tag der alliierten Streitkräfte, 4. Oktober 1972, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23899.

336 Entwurf: Senatskanzlei über den Präsidenten des AvB an den Abgeordneten Hans Beitz, Betreff: Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1277 vom 6. April 1973 über Absage der alliierten Parade, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23899.

337 Häusler an CdS, Betreff: Alliierte Parade, 25. April 1989, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24743, Bl. 3-5 und Anlage: Vermerk, Betreff: Alliierte Parade, 10. Dezember 1985, in: ebd., Bl. 13.

338 Kreis, Orte für Amerika, S. 376.



Proteste während der Militärparade am Allied Forces Day, 1982

sich 15 Personen unter die Gäste der Ehrentribüne gemischt, sprangen plötzlich vor eine marschierende Gruppe von US-Soldaten und wollten eine Sitzblockade durchführen.<sup>339</sup> Einige amerikanische Fahrzeuge waren zuvor auch mit Farbeiern beworfen worden und konnten nur im letzten Moment noch gereinigt werden.<sup>340</sup>

Eine Modifikation wurde trotz dieser Vorfälle erst wieder Ende der 1980er-Jahre in Betracht gezogen: Anlässlich der 750-Jahr-Feier fürchtete die Senatskanzlei, dass sich die zahllosen Veranstaltungen in der Stadt gegenseitig Konkurrenz machen würden. Eine dann aber doch abgelehnte Idee hätte im Rückblick ein skurriler Vorläufer der zwei Jahre später erstmals stattfindenden *Love Parade* werden können: In Form einer »Berlin-Parade« mit Blumenwagen und auf Musikwagen spielenden Bands sollten die Berliner gemeinsam mit Vertretern ihrer Schutzmächte über den Kurfürstendamm paradieren.<sup>341</sup>

Der Wunsch nach einer nicht-militärischen Repräsentation der transatlantischen Verbundenheit nahm bis 1989 weiter zu.<sup>342</sup> Erste Überlegungen und Gespräche zu einer Umgestaltung wurden jedoch durch die sich schon bald

339 60.000 Berliner bei Parade im Sonnenschein, in: Berliner Morgenpost, 16. Juni 1982, S. 1, 2 und 3.

340 Was ein US-Soldat von Berlins Jugend hält, in: Berliner Morgenpost, 23. Mai 1982, S. 1.

341 Häusler an CdS, Betreff: Alliierte Parade, 25. April 1989, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24743; Vermerk, Betreff: Gestaltung der alliierten Parade 1987; Beteiligung der Alliierten an der 750-Jahr-Feier, 7. Januar 1986, in: ebd., Bl. 19-25.

342 Exemplarisch: Häusler an CdS, Betreff: Neugestaltung des Tags der Alliierten Streitkräfte (Parade), 7. Juli 1989, in: ebd., Bl. 100-101; CdS, Betreff: Gesandtenessen am 10.10.1989, 11. Oktober 1989, in: ebd., S. 113-114.



überstürzenden Ereignisse im Herbst des Jahres unterbrochen. Anfang Dezember 1989 verkündete die DDR, künftig keine Militärparaden mehr durchzuführen. Dem schlossen sich die West-Alliierten – nachdem der Regierende Bürgermeister und der Chef der Senatskanzlei einiges an Überzeugungsarbeit geleistet hatten – an.<sup>343</sup>

### 3.5.4 *Präsidentenbesuche*

Neben den Militärparaden waren auch die Berlin-Besuche von Staatsoberhäuptern der Alliierten ein politisches Statement und dienten der Wahrung und Bestätigung des transnationalen Bündnisses, der Erneuerung der militärischen Schutzgarantie und der Präsentation der isolierten Halbstadt als Teil der westlichen Welt. Bei Staatsbesuchen inszenieren sich Gast und Gastgeber stets gleichermaßen: Der Gast soll bestimmte Dinge sehen und zugleich gesehen werden. Eine solche »Politik der Sichtbarkeit« zielt darauf ab, so Andreas Daum, »Handlungen, Akteure und Objekte sichtbar zu machen und machen zu wollen, um politische Aussagen zu treffen und zu verstärken« sowie diese »durch mediale Vermittlung öffentlich zu machen«.<sup>344</sup> Die Besuche sind deshalb als politische Entscheidungen zu verstehen, denn der hochrangige Gast stimmt zu, an diesem Ort von der Weltöffentlichkeit gesehen und mit ihm verbunden zu werden.<sup>345</sup>

Berlin wurde erst ab 1956 Teil des üblichen Programms für Staatsgäste der Bundesrepublik; während der zweiten Berlin-Krise wurde die Stadt wieder gemieden. Zunächst hatte Bonn wenig Interesse daran gezeigt, das politisch schwer in eine westdeutsche Erfolgsgeschichte integrierbare Berlin zu präsentieren. Nach dem Mauerbau avancierte Berlin wiederum für kurze Zeit zum gefragten Programmpunkt, da es eine internationale Medienpräsenz garantierte. Simone Derix bezeichnete West-Berlin aufgrund dessen als »Bekanntnisort«, denn hier würden Bekundungen »zur deutschen Wiedervereinigung bzw. zum Selbstbestimmungsrecht gegen öffentliche Aufmerksamkeit« getauscht.<sup>346</sup>

Der Besuch von US-Präsident John F. Kennedy 1963 geriet schließlich »zum größten politischen Happening der deutschen Nachkriegsgeschichte«<sup>347</sup> und gilt im Rückblick als die erfolgreichste Inszenierung der Verbundenheit zwischen West-Berlin und den USA: »Nie zuvor und niemals danach [...] fühlten

343 Die Parade sollte 1990 unverändert stattfinden, was jedoch von deutscher Seite mit Hinweis auf die schlechte Symbolik einer Militärparade in Richtung der nun geöffneten Grenze verhindert werden konnte. Vgl. Häusler, *Betreff: RBm-Reise nach Paris und London vom 31. Januar bis 2. Februar 1990*, hier: Wegfall der alliierten Parade ab 1990, 25. Januar 1990, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24390, Bl. 65.

344 Daum, *Kennedy in Berlin*, S. 15.

345 Vgl. ebd., S. 16.

346 Vgl. Simone Derix, *Bebilderte Politik. Staatsbesuche in der Bundesrepublik 1949-1990*, Göttingen 2009, S. 89-133, Zitat S. 97.

347 Daum, *Kennedy in Berlin*, S. 193.

sich die Deutschen einem amerikanischen Präsidenten so eng verbunden.«<sup>348</sup> Kennedys Erfolg bildete deshalb die Messlatte aller späteren Besuche. Seinen Nachfolgern blieb nur die bewusste Imitation, in Hoffnung auf eine ähnliche Reaktion der Bewohner und der Medien, oder die gezielte Abweichung vom damaligen Auftritt, um das Risiko eines womöglich negativ ausfallenden Vergleichs zu verringern. Der schweigsame Blick über die Mauer, die Fahrt im offenen Wagen über den Kurfürstendamm, die Rede vor der West-Berliner Bevölkerung und die Einbindung eines deutschen Satzes waren hierbei stets wiederkehrende Elemente der Inszenierung. Ein zentraler Bestandteil der Reden war zudem die sogenannte »Schutzgarantie«, womit die Erneuerung des Versprechens, die Halbstadt beschützen zu wollen, gemeint war.

Aus Sicht der verantwortlichen Planer in der Bundesrepublik dienten Berlin-Besuche primär dazu, »die deutsche Teilung sinnlich erfahrbar« zu machen – was den West-Berliner Vertretern jedoch missfiel, da man auch die Vorzüge der eigenen Stadt zeigen wollte.<sup>349</sup> Die Fahrt über den Kurfürstendamm war deshalb ein Zugeständnis an die lokalen Planungsverantwortlichen, da hier die moderne Stadt und der wirtschaftliche Aufschwung – vor dem Hintergrund des Kalten Krieges bedeutete dies zugleich die Überlegenheit der freien Marktwirtschaft – demonstriert werden konnten.<sup>350</sup> Dabei stellte dieser Programmpunkt zugleich das größte Risiko dar: Weder das Wetter noch die Zahl der Schaulustigen ließen sich vorab planen, die benötigte Zeit war durch immer wieder nötige Stopps schwer kalkulierbar, und spätestens seit dem tödlichen Attentat auf John F. Kennedy in Dallas war man sich bewusst, welcher Gefahr man den Staatsgast aussetzte. Auch das Publikum stellte ein gewisses Risiko dar, da sich weder dessen Zusammensetzung noch das Verhalten vorhersagen ließen. Mit verschiedenen Maßnahmen versuchten die Planungsstäbe dennoch, die gewünschten Bilder zu erzeugen – zum Beispiel durch die Wahl der Strecke, gezielte Werbung im Vorfeld, die Freistellung von Arbeit und Schule, das gezielte Platzieren von uniformierten Staatsbeamten oder Musikkapellen sowie durch das Verteilen von Fähnchen und Plakaten.<sup>351</sup>

Für die Presseverantwortlichen des Gastes und der besuchten Stadt bedeutete das Bad in der Zuschauermenge auf dem Kurfürstendamm die Chance auf medial wirksame Bilder, für die zuständigen Sicherheitskräfte war es eine Herausforderung. Der Stadtbevölkerung bot dieser öffentliche Teil des Besuchs neben Unterhaltung die Möglichkeit, durch Anwesenheit, Jubel und Applaus oder das Hochhalten von Schildern und Plakaten Zustimmung, aber auch Kritik auszudrücken.

Das Potential der großen Berlin-Besuche aufgrund von internationaler medialer Aufmerksamkeit erkannten auch jene, die den antikommunistischen

348 Ebd., S. 7.

349 Derix, *Bebilderte Politik*, S. 93.

350 Vgl. ebd., S. 113 f.

351 Vgl. ebd., S. 221-255.

Konsens West-Berlins aufbrechen und den Zuschauern in aller Welt eigene Botschaften und ein anderes Berlin-Bild vermitteln wollten. Der Besuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moïse Tschombé, dem die Ermordung seines Vorgängers Patrice Lumumba angelastet wurde, sorgte im Dezember 1964 erstmals für Proteste im Umfeld eines Staatsbesuchs.<sup>352</sup> Im April 1967 scheiterte ein von der Kommune I geplantes »Pudding-Attentat« auf US-Vizepräsident Hubert H. Humphrey; die Berliner Lokalpresse meldete unter deutlicher Verzerrung der Tatsachen, dass »Berliner Extremisten« mit »Bomben und hochexplosiven Chemikalien, mit sprengstoffgefüllten Plastikbeuteln« einen »Bombenanschlag« verüben wollten.<sup>353</sup>

Wie Derix in ihrer Analyse feststellte, änderte sich die Dramaturgie der Besuche infolge des Staatsbesuchs von Mohammad Reza Pahlavi am 2. Juni 1967, in dessen Umfeld es zu gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen war, bei denen der Student Benno Ohnesorg erschossen wurde: »Das Tauschgeschäft Berlinbesuch gegen positive Aufmerksamkeit war an sein Ende gelangt. Nicht mehr der Gast bestimmte die Dynamik der Berliner Ereignisse, sondern zunehmend die Menschen auf der Straße.«<sup>354</sup> Die West-Berliner Straßenöffentlichkeit erwies sich immer mehr als ein kritisches und politisch gespaltenes Publikum. Der Anteil öffentlicher Auftritte im Rahmen von Staatsbesuchen wurde deshalb reduziert und war, so Derix, von nun an stets durch ein massives Polizeiaufgebot begleitet; die Bevölkerung erlebte die Besuche zunehmend vor dem heimischen Fernseher.<sup>355</sup>

So zutreffend diese Schlussfolgerung ist, so übergeht sie doch die letzten Versuche, an die traditionelle Inszenierung der »West-Berliner Bühne« anzuknüpfen: US-Präsident Richard Nixon bestand 1969 darauf, sich ähnlich wie sein Vorgänger Kennedy feiern zu lassen, und konnte sein Ziel durchaus erreichen. Als Jimmy Carter 1978 nach West-Berlin kam, gab es keinerlei Proteste. Einen tatsächlichen inszenatorischen Bruch stellten erst die Besuche Ronald Reagans in den Jahren 1982 und 1987 dar. Es entfiel die Fahrt über den Kurfürstendamm, und erstmals demonstrierten mehr Menschen gegen den Gast, als ihm bei seiner Rede zujubelten.<sup>356</sup>

352 Vgl. Norbert Frei, 1968. *Jugendrevolte und globaler Protest*, Lizenzausgabe, Bonn 2008, S. 101 ff.

353 Kai Hermann, *Berliner Notizen: Elf kleine Oswalds*, in: *Die Zeit*, 14. April 1967.

354 Derix, *Bebilderte Politik*, S. 124 ff.

355 Vgl. ebd., S. 286-331, Zitat S. 306.

356 Zu den beiden Reagan-Besuchen: Jens Schöne, *Ronald Reagan in Berlin. Der Präsident, die Staatssicherheit und die geteilte Stadt*, Berlin 2017; Carla MacDougall, »We too are Berliners«. *Protest, Symbolism, and the City in Cold War Germany*, in: Belinda Davis/Wilfried Mausbach/Martin Klimke/dies. (Hg.), *Changing The World, Changing Oneself. Political Protest and Collective Identities in West Germany and the U.S. in the 1960s and 1970s*, New York/Oxford 2012, S. 83-101.

Richard Nixon, der 1947 schon einmal mit einem Komitee zur Vorbereitung des Marshall-Plans in Berlin gewesen war und in seiner Zeit als Vize-Präsident unter Dwight Eisenhower mit Willy Brandt korrespondiert hatte,<sup>357</sup> reiste 1963 privat mit seiner Frau und seinen Töchtern nach Berlin. Die deutschen und amerikanischen Medien, teils noch voller Euphorie nach dem Kennedy-Besuch vier Wochen zuvor, begleiteten den Besuch intensiv. Die lokale Presse honorierte vor allem Nixons deutliche Verurteilung der Mauer und seine Volksnähe. Er hinterließ aufgrund seiner detaillierten Kenntnisse über die Lage der Stadt, seines klaren moralischen Urteils und unkonventionellen Auftretens einen glänzenden Eindruck. Am 24. Juli 1963 überquerte Nixon am Checkpoint Charlie die Grenze für einen Spaziergang durch Ost-Berlin, konnte aber aufgrund der Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) seinen Wunsch, auch mit der Bevölkerung zu sprechen, nicht in die Tat umsetzen.<sup>358</sup> Aus diesem Grund begab er sich abends noch einmal in den Ostteil und besuchte das *Café Budapest* in der erst 1961 in Karl-Marx-Allee umbenannten Stalinallee. Zur Freude der anwesenden Gäste spielte er auf einem Flügel den Missouri-Walzer und erklärte, dass dieses Ständchen »eine große Ehre« für Präsident Truman gewesen wäre, »da er aus Missouri stammt«.<sup>359</sup> Die West-Berliner Presse berichtete begeistert von dem Ausflug und Nixons Wagemut. Dieser gab sich in vielen Interviews äußerst betroffen von der Angst der DDR-Bürger:

Die Menschen in Ostberlin leben zweifellos unter der schärfsten Kontrolle, die es in der ganzen Welt gibt. [...] Es war ein ganz seltsames Gefühl, als wir, aus dem lebendigen Westberlin kommend, die leeren Straßen entlang gingen. Niemand war zu sehen. Es war wie in einer Geisterstadt.<sup>360</sup>

Erst abends im Restaurant habe sich ihm ein gänzlich anderes Bild geboten. Seine Schlussfolgerung lautete:

Das wichtigste ist, daß wir die Lage der Menschen in der Ostzone, in Ostberlin und in Osteuropa nicht vergessen, daß diese menschliche Tragödie

357 Siehe: RNL, Pre-Presidential Papers, Vice President, General Correspondence, Box 99, Folder: Willy Brandt.

358 Vgl. Pressespiegel in: RNL, Wilderness Years Collection, Series II: Trip File, Move to New York; Visits to Budapest, Vienna, and Berlin (PPS 347), 1963, Box 1; ebd., Series II: Trip File, Madrid, Spain June 1963–London, England August 1963 (PPS 347), 1963, Box 3, Folder: Trip File: Germany. Nixon wurde bei seinem nächtlichen Ausflug anscheinend auch durch Consul William R. Smyser von der US-Botschaft begleitet, siehe: Nixon an Smyser, 11. September 1963, in: ebd., Box 3, Folder: Trip File: Germany.

359 MfS, Verwaltung Groß Berlin, Abt. V: Vizepräsident Nixon in der Hauptstadt, Inoffizieller Bericht, 26. Juli 1963, in: BStU, ZAIG, Nr. 783, Bl. 23-25, Zitat Bl. 24.

360 »Wir hätten auf die Mauer härter reagieren sollen!«, Spiegel-Gespräch mit dem ehemaligen Vize-Präsidenten der USA, Richard M. Nixon, in: Der Spiegel 31/1963, S. 19-21.

nicht immer die niedrigste Priorität auf der Tagesordnung der Weltpolitik hat.<sup>361</sup>

Noch nach seiner Rückkehr erreichten den amerikanischen Gast Autogrammwünsche, Geschenke und Briefe aus Berlin.<sup>362</sup> Bürgermeister Willy Brandt sicherte er in einem persönlichen Antwortschreiben zu,<sup>363</sup> er werde auch in Zukunft »take action and make statements which I hope will be helpful to the cause for which you have fought so courageously and eloquently – a free and reunited Germany«. <sup>364</sup> Als Richard Nixon fünf Jahre später als 37. Präsident der Vereinigten Staaten an die Spree zurückkehrte, wurde er deshalb – entgegen aller Sorgen aufgrund möglicher Proteste durch Vietnamkriegsgegner – ähnlich begeistert empfangen wie sein Vorgänger Kennedy. Der Besuch wurde als so erfolgreich gewertet, dass ein namentlich nicht genannter Mitarbeiter des Weißen Hauses eigens ein Lobgedicht auf die für die Organisation zuständige US-Mission in Berlin verfasste:

To all of you, who made the day, when the BIG BOSS came to town,  
These simple lines are meant to say, I'm glad I was around.  
The team work which you all have here, is in everything you do,  
Results have made that very clear, for this my thanks to you.  
Since first I came to West Berlin, the work done without stint,  
Caused me to thank the Lord and hope, it would appear in print.  
To tell the world both bound and free, and then from pole to pole,  
This Mission is a wondrous thing, achieving every goal.<sup>365</sup>

Eine Delegation des Weißen Hauses war vorab nach Berlin gereist und hatte sich jeden Nachmittag unter anderem mit dem Political Advisor der US-Mission in Berlin getroffen, um die Ergebnisse des Tages auszuwerten und das weitere Vorgehen abzusprechen. Ziel der umfangreichen Vorbereitungen war ein Spagat zwischen »the safety of the President and to provide him with maximum exposure to the public«. <sup>366</sup> Als Orientierungshilfe diente das Proto-

361 Ebd.

362 William R. Smyser an Richard Nixon, 10. September 1963, in: RNL, Wilderness Years Collection, Series II: Trip File, Madrid, Spain June 1963–London, England August 1963 (PPS 347), 1963, Box 3, Folder: Trip File: Germany.

363 Brandt hatte sich anlässlich des zweiten Jahrestages des Mauerbaus bei Nixon für dessen Besuch und »sein festes und entschlossenes Auftreten in Ostberlin« bedankt: Willy Brandt an Richard Nixon, 13. August 1963, in: ebd.

364 Richard Nixon an Willy Brandt, 11. September 1963, in: ebd.

365 Undatiertes Gedicht: The United States Mission in Berlin, Verfasser unbekannt, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69.

366 J. E. Nidecker, Visit of the President of the United States Richard Milhous Nixon to West Berlin February 27, 1969, in: ebd., S. 2.

koll des Kennedy-Besuchs – den Planern in Washington ebenso wie der West-Berliner Polizei.<sup>367</sup>

Anfang Februar 1969 hatten Journalisten erstmals spekuliert, dass der US-Präsident womöglich im Rahmen seiner Europareise nach Berlin kommen werde.<sup>368</sup> Über die genauen Anlaufpunkte in der Stadt wurde lange nachgedacht. Noch wenige Wochen vor dem großen Tag schwankten die Planungsverantwortlichen, ob der Reichstag oder das Rathaus Schöneberg den besseren Hintergrund für Nixons Rede bieten würde. Hier wurde auch eine neue Unsicherheit deutlich: Für was stand West-Berlin acht Jahre nach dem Mauerbau? Welche politische Botschaft sollte der Besuch vermitteln? Sollte die Frontstadt oder das prosperierende Schaufenster des Westens gezeigt werden? Wäre es symbolpolitisch geschickt, auf die offene deutsche Frage hinzuweisen oder sollte man lieber die mittlerweile eingelebte Normalität begrüßen? Das Rathaus sei »a symbol of free Berlin«, der Reichstag »a symbol of united Germany«, so der stellvertretende US-Botschafter Russell Fessenden.<sup>369</sup> Zwischenzeitlich gab es auch Gedankenspiele, Nixon in der Gedenkstätte Plötzensee einen Kranz niederlegen und das Abgeordnetenhaus besuchen zu lassen, die McNair Barracks aufzusuchen, den Moritzplatz als Besuchsort gegen einen Mauerabschnitt auf Höhe der Versöhnungskirche zu tauschen und den Präsidenten aus Sicherheitsgründen vielleicht lieber im Helikopter von Tempelhof ins Schloss Charlottenburg zu bringen.<sup>370</sup>

Um sich einen Eindruck von der Lage vor Ort zu machen, reisten schließlich John Nidecker, Referent im Weißen Haus, sowie ein Agent des Secret Service und ein Sicherheitsexperte der Bonner US-Botschaft nach Berlin. Sie interessierte unter anderem der Besuch des britischen Premierministers James Wilson am 14. Februar 1969, der seine Rede in einer Fabrik, der Fritz-Werner-Werkzeugmaschinen GmbH, hielt und danach das Schloss Charlottenburg besuchte. Nidecker notierte, der Besuch sei »poorly planned« gewesen, die erwarteten Proteste seitens der Studentenbewegung hätten sich aber als minimal

367 Dies belegt die Notiz: »Take The Protocol for Berlin for JFK 63«. Handschriftliche Notizen, undatiert, in: ebd.; Vermerk: Berlin-Besuch des US-Präsidenten am 27.2.1969, 7. Februar 1969, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 1.

368 Vgl. Präsident Nixon wird möglicherweise auch Berlin einen Besuch abstatten, in: Der Tagesspiegel, 5. Februar 1969, S. 1.; Nixon am 27. Februar in Berlin, in: Der Tagesspiegel, 7. Februar 1969, S. 1.

369 Telegramm, US-Botschaft in Bonn an US-Außenminister, 7. Februar 1969, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69.

370 Vgl. Berlin – Tentative, handschriftlicher Ablaufplan, undatiert, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69.

erwiesen.<sup>371</sup> So allerdings auch die Beifallsbekundungen: Aufgrund der »eisigen Kälte und bei leichtem Schneetreiben« seien die Berliner lieber daheim geblieben.<sup>372</sup> In den folgenden Tagen beobachtete das Team eine Demonstration auf dem Olivaer Platz, fertigte gar einen Film der Veranstaltung für Washington an und kam zu dem Fazit, dass man wohl von Demonstrationen im Umfeld des Präsidentenbesuchs ausgehen müsse: »For that reason we must anticipate quite some police activity.«<sup>373</sup> Die Sorge des Planungsstabs schien nicht unberechtigt: Mehrfach hatten Gruppen zu »militanten Aktionen« im Umfeld des Nixon-Besuchs aufgerufen, und der frühere Bürgermeister Albertz drohte öffentlich, dass die Kritiker sich ihre Schritte wohl überlegen sollten, »da sonst eine entsetzliche Situation entstehen könne«.<sup>374</sup> Fast täglich war in jenen Tagen in der West-Berliner Presse von Demonstrationen und teils gewaltvollen Protesten durch Studierende zu lesen.

Am Ende fand sich jedoch eine strategisch kluge Lösung, denn die Mitarbeiter des Weißen Hauses waren zu der Überzeugung gelangt, dass die linken Demonstranten den Unmut der Berliner Arbeiter fürchten würden:

The labor force will brook no interference by student demonstrators which has been evidence in the past and thus the fear of the demonstrators when the working people are a part of the day's activities.<sup>375</sup>

Offenbar war es dann die Idee des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz, die Rede in den Dynamowerken der Firma Siemens stattfinden zu lassen.<sup>376</sup> Gewisse Ängste blieben dennoch bestehen – und so berichtete der *Tagesspiegel* noch 11 Tage vor Nixons Ankunft, dass der hohe Gast »überwiegend den Hubschrauber benutzen« und »in seiner kugelsicheren Limousine vom Flughafen Tegel zu einem Industriebetrieb« fahren werde.<sup>377</sup>

371 John E. Nidecker an John D. Ehrlichman (Assistant to the President for Domestic Affairs), Subject: Prime Minister Wilson's Visit to Berlin, 17. Februar 1969, in: Ebd.

372 Der Besuch des britischen Premierministers in Berlin, in: Der Tagesspiegel, 15. Februar 1969, S. 2.

373 John E. Nidecker an John D. Ehrlichman, Subject: Student Demonstration, Berlin, Saturday 15 February, 17. Februar 1969, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69.

374 Albertz warnte APO vor Gewalttätigkeiten in West-Berlin, in: Der Tagesspiegel, 15. Februar 1969, S. 2.

375 John E. Nidecker an John D. Ehrlichman, Subject: Student Demonstration, Berlin, Saturday 15 February, 17. Februar 1969, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69.

376 Vgl. Punkt 16 des Telegramms der US-Botschaft Berlin an den US-Außenminister, Subject: Round Up and Assessment – President's Visit to Berlin, 28. Februar 1969, in: Ebd.

377 Berlin-Besuch Präsident Nixons wird etwa dreieinhalb Stunden dauern, in: Der Tagesspiegel, 16. Februar 1969, S. 2.

Jetzt wurde in West-Berlin die Werbetrommel gerührt und um Loyalität gebuhlt: Die Berliner Parteien verkündeten gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG): »Die Berliner Bevölkerung wird sich von niemandem daran hindern lassen, ihre Sympathien zum Ausdruck zu bringen.« Der Berliner Beamtenbund forderte dazu auf, dem Präsidenten zu zeigen, dass »er in Berlin bei Freunden zu Gast ist, die der amerikanischen Schutzmacht auch weiterhin das volle Vertrauen entgegenbringen«.<sup>378</sup> Nach einem Treffen mit dem Regierenden Bürgermeister bekundeten Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Verbände schließlich, »den Wunsch der Arbeitnehmer, Nixon zu begrüßen, wohlwollend zu prüfen« und ihnen eventuell den Tag freizugeben.<sup>379</sup> Die in der Nähe der Route des Präsidenten gelegenen Schulen wurden aufgefordert, die Schüler zu beurlauben.<sup>380</sup>

Auch die Kritiker des Nixon-Besuchs begannen, sich vorzubereiten. Das Landesamt für Verfassungsschutz informierte die zuständigen Stellen, ein Mitglied der Roten Garde Westberlin, Karl Heinz Stahl, habe bei einer Versammlung von Studenten vorgeschlagen, »einen Teil des Bundeshauses oder andere Gebäude in die Luft zu sprengen«. Der Vorschlag habe nicht viel Zustimmung erhalten, und Christian Semler, Ratsmitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), habe Stahl das Megafon entrissen. Obwohl Semler dafür bekannt war, den Einsatz von Gewalt durchaus zu befürworten, verkündete er an diesem Abend, »solche Aktionen seien politisch sinnlos« und sollten gegebenenfalls auch lieber im kleinen Kreis besprochen werden, »sonst würde es wieder in den Studentenkneipen breit getreten werden«.<sup>381</sup> Drei Tage später, am 18. Februar 1969, trafen sich die Vertreter der Basisgruppen aus den verschiedenen West-Berliner Stadtteilen sowie einige führende Köpfe des SDS in den alten Räumen des Internationalen Nachrichten- und Forschungsinstituts (INFI) am Kurfürstendamm. Sie kamen zu dem Schluss, »keinerlei Demonstrationen oder Aktionen durchzuführen«, da der Präsident sich im Hubschrauber durch die Stadt bewegen und stark abgeschirmt werden würde und man daher »nicht an ihn herankommen könne«; 15 der 50 Gesprächsteilnehmer begaben sich anschließend zu einer Sitzung des SDS im neuen INFI in der Eislebener Straße und gaben das Ergebnis ihrer Diskussion bekannt: Man wolle lediglich vor dem Charlottenburger Schloss eine regulär angemeldete Kundgebung abhalten.<sup>382</sup> Am Tag darauf trafen sich erneut einige SDS-Mitglieder.

378 Berliner zu herzlichem Empfang für Präsident Nixon aufgerufen, in: Der Tagesspiegel, 22. Februar 1969, S. I. Der vollständige Aufruf ist abgedruckt in: An die Berliner, in: Telegraf, 22. Februar 1969, S. I.

379 Parteien appellieren an die Berliner, in: Der Tagesspiegel, 22. Februar 1969, S. 2.

380 Für Nixon Schule unerlaubt verlassen, in: Der Tagesspiegel, 28. Februar 1969, S. II.

381 Meldung der P-A 2 vom 15. Februar 1969, 18.50 Uhr: Mitteilung des LfV, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. I.

382 Hier und im Folgenden: Der Senator für Inneres, Landesamt für Verfassungsschutz: Besprechungen über geplante Aktionen anlässlich des Nixon-Besuchs,



Nun hieß es, man solle eine Pressekonferenz veranstalten und zwei Tage vor dem Besuch ein Teach-in im Audimax der TU durchführen. Am Tag des Besuchs selbst könne man dann eine Großveranstaltung »in einem geschlossenen Raum« stattfinden lassen. Es wurde noch einmal betont, dass man sich aber auf diese Veranstaltungen beschränken wolle. Eine Großdemonstration solle es erst wieder anlässlich der bevorstehenden Bundesversammlung geben. Über die Pläne war der Verfassungsschutz bestens informiert; er erstattete dem Berliner Polizeipräsidenten und Bürgermeister Schütz Bericht.

In den nächsten Tagen stellten die an der Vorbereitung beteiligten staatlichen Stellen sicher, dass sie die Oberhand behalten würden: Mit dem Rektor der TU wurde vereinbart, dass er keine Räume für eine Veranstaltung zur Verfügung stellen würde, die eindeutig gegen den Besuch gerichtet war. Die Polizei sollte derweil »in Ruhe ihre Gegenmaßnahmen vorbereiten« – vom Polizeischutz für den Rektor über die Möglichkeit des Abschaltens der Lautsprecheranlage der Universität bis hin zur Planung für eine eventuelle Räumung. Da Veranstaltungen, die nicht offensichtlich gegen den Besuch gerichtet waren, schwerlich zu verhindern seien, seien sie zumindest »mitzuhören«, um sie gegebenenfalls abbrechen zu können. Die Schutzpolizei werde für den Zeitraum der Vorbereitung »starke Kräfte bereitstellen«. <sup>383</sup>

Dessen ungeachtet machten sich die Allgemeinen Studentenausschüsse der TU, der FU und der Kirchlichen Hochschule, der SDS, der Sozialdemokratische Hochschulbund sowie der Republikanische Club an die Organisation einer Diskussionsrunde in der TU mit anschließender Protestkundgebung vor dem Schloss Charlottenburg: Man wollte »amerikanische Farbige« nach Berlin einladen und gegen »die imperialistische Rolle der USA als Weltgendarm« protestieren, vor den Siemenswerken jedoch lediglich Flugblätter verteilen. Die Ankündigung, dass Nixon sich nicht im offenen Auto durch die Stadt fahren lassen werde, sondern »wie ein lateinamerikanischer Gangster in kugelsicherem Auto oder mit dem Hubschrauber«, wurde bereits als erster Sieg gewertet. <sup>384</sup> Auf Anfrage des *Tagesspiegels* gab der Berliner Polizeipräsident bekannt, dass die geplanten Aktionen nicht genehmigt werden würden. <sup>385</sup> Die US-Botschaft informierte umgehend das State Department über die Vorgänge. <sup>386</sup>

20. Februar 1969, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. I. Auch der Hamburger SDS meldete, dass kein Interesse an einer Aktion bestehe und man erst wieder zur Bundesversammlung anreisen werde. Vgl. Memo, Betreff: Nixon-Besuch am 27.2.1969, 25. Februar 1969, in: ebd.

383 Vermerk: Verfahren bei Benutzung von Universitätsräumen zu Veranstaltungen, die gegen den Nixon-Besuch gerichtet sind, 19. Februar 1969, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. I.

384 Anti-Nixon-Kundgebung geplant, in: Der Tagesspiegel, 22. Februar 1969, S. 2.

385 APO-Demonstrationen beim Nixon-Besuch werden verboten, in: Der Tagesspiegel, 22. Februar 1969, S. 2.

386 Telegramm der US-Mission Berlin an den US-Außenminister, Subject: Berliners Welcome for President's Visit, 22. Februar 1969, RNL, White House Special Files,

Das konservative Berlin war bereits seit Tagen erzürnt über die von den lokalen Medien lang und breit thematisierten Vorbereitungen der Außerparlamentarischen Opposition (APO). Schon am 10. Februar hatte ein Polizeibeamter notiert, dass der Vorsitzende des Berliner Bürgervereins, eines Zusammenschlusses verschiedener Landsmannschaften, »fernmündlich seine Empörung« bekundet habe:

Sollte die Polizei auch weiterhin nicht in der Lage sein, die Bevölkerung vor Ausschreitungen der Radikalen zu schützen, so werde man zur Selbsthilfe greifen, ggf. auch [den Rechtsanwalt der APO] ›Mahler totschiagen‹. [...] Die Bürger hätten das Geschwätz der Politiker nun satt und würden jetzt handeln.<sup>387</sup>

Somit lieferten beide Pole der West-Berliner Gesellschaft Gründe für die weitere Strategie der Polizei: Wegen »militante[r] Erklärungen oppositioneller Gruppen«, der »Ereignisse[n] der letzten Zeit« und aufgrund der »Unmöglichkeit, derartige Demonstrationsgruppen wirksam vor Übergriffen der Bevölkerung schützen zu können«, wurden sämtliche »Anti-Demonstrationen« pauschal verboten, wodurch Aufrufe zu Aktivitäten im Umfeld des Besuchs zu strafbaren Handlungen wurden. Die Polizei rechnete dennoch mit spontanen »Störaktionen«.<sup>388</sup>

Doch nicht nur die West-Berliner Polizei ergriff in den kommenden Tagen Maßnahmen, um Proteste gegen den US-Präsidenten zu verhindern: Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Werner Stein, hob den Beschluss des TU-Studentenparlaments, »Nixon einen gebührenden Empfang zu bereiten«, auf, da »das Studentenparlament kein Recht zu allgemein-politischen Erklärungen« habe. Der Prorektor der Universität lehnte es – wie vorab mit der Polizei besprochen – ab, den Studierenden das Auditorium Maximum für eine »Vorbereitungsveranstaltung« zur Verfügung zu stellen. Diese wandten sich daraufhin an die FU und beantragten zeitgleich beim Berliner Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung gegen die TU. Ein Studierendenvertreter verkündete, dass er bei weiterer Behinderung »keine Möglichkeit« sehe, »eine ernsthafte Konfrontation zu verhindern«.<sup>389</sup>

Nachdem auch die FU die Anfrage abgelehnt, der gerichtliche Antrag nicht den gewünschten Erfolg gebracht, die TU den gesamten Campus geschlossen und die Polizei das Hauptgebäude der Universität umstellt hatte, versammelten sich am Abend des 25. Februar, zwei Tage vor dem Nixon-Besuch, circa

John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958–1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69.

387 1. Vermerk vom 10. Februar 1969, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 1.

388 Punkte für die Besprechung am 24.2.1969, 14.00 Uhr, 24. Februar 1969, PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 1.

389 TU-Rektor Wille lehnt Raumvergabe ab, in: Der Tagesspiegel, 25. Februar 1969, S. 2.

1.300 junge Menschen im Studentenhaus am Steinplatz. Horst Mahler, Rechtsanwalt mehrerer Aktivisten und späteres Mitglied der RAF, forderte dazu auf, sich nicht geschlagen zu geben, und mehrere Personen versuchten schließlich, die Mensa der TU zu besetzen.<sup>390</sup> Zur gleichen Zeit führte die Polizei ihre Generalprobe mit sämtlichen involvierten Fahrzeugen durch.<sup>391</sup>

Senator Stein appellierte am nächsten Tag an die Studierenden, den Präsidenten doch herzlich zu empfangen und nicht zu vergessen, dass die USA »entscheidend zur Niederlage des Nationalsozialismus beigetragen haben«, die »stärkste Schutzmacht« seien und die Niederschlagung des Prager Frühlings doch gerade erst den Unterschied zwischen Ost und West klar vor Augen geführt habe.<sup>392</sup> Diese hielten jedoch an ihrer Strategie fest, trotz des Polizeiverbots und dessen Bestätigung durch das Berliner Verwaltungsgericht an der Gedächtniskirche protestieren zu wollen.<sup>393</sup> Das proamerikanische Berlin zog nach: Die örtliche CDU informierte die Polizei, man werde 150 Personen mit »Nixon-freundlichen Transparenten« an der Strecke »überschlagend« einsetzen, sie also immer wieder zum nächsten Halt des Präsidenten nachrücken lassen.<sup>394</sup> Einem Aufruf des Demokratischen Klubs folgend, trafen im Umfeld des Besuchs 29.000 Willkommens-Postkarten und -Briefe im Rathaus ein.<sup>395</sup>

Mögliche Demonstrationen seitens der Studentenbewegung beschäftigten derweil auch die mit dem Präsidenten reisenden US-Journalisten. Während eines Presse-Briefings fragte ein Reporter den National Security Advisor Henry Kissinger, ob mögliche Vorfälle zu »some wounded American prestige« führen könnten. Kissinger winkte jedoch ab und betonte, der Präsident

cannot adapt his movements to these demonstrations. The President has ordered minimum security for himself. He has prohibited taking the Secret Service automobiles and he has ordered that the Secret Service be cut to the

390 Polizei besetzte TU, in: Der Tagesspiegel, 26. Februar 1969, S. 1 und S. 6.

391 Werner, Faksimile an alle Polizeidienststellen, Einsatzkommando S, Polizeipräsidenten, [u. a.], Sofort! Betreff: Berlin-Besuch des US-Präsidenten am 27.2.1969, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 1.

392 Stein appelliert an Studenten, in: Der Tagesspiegel, 27. Februar 1969, S. 2; Aufruf an Studenten, in: Telegraf, 27. Februar 1969, S. 3.

393 Vgl. Studenten wollen trotz Polizeiverbots demonstrieren, in: Der Tagesspiegel, 27. Februar 1969, S. 2; APO-Verhalten wahrt Grenzen des Demonstrationsrechts nicht, in: ebd., S. 8; 8.000 Polizisten schützen Präsident Nixon, in: Telegraf, 25. Februar 1969; Verwaltungsgericht wies Studenten ab, in: Telegraf, 26. Februar 1969.

394 Vermerk, 26. Februar 1969, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 1.

395 Telegramm der US-Botschaft Berlin an den US-Außenminister, Subject: Round Up and Assessment – President's Visit to Berlin, 28. Februar 1969, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69.

absolute minimum consistent with legal requirements. [...] We have not discussed it from the point of view of prestige.<sup>396</sup>

Gefragt, was denn überhaupt der Anlass für den Berlin-Besuch sei, antwortete Kissinger, dass es »unnatural« gewesen wäre, die Stadt im Rahmen eines Deutschlandbesuchs nicht anzusteuern: »We are doing something that we have considered a natural thing for an American President to do and which is only accidentally related to the immediate tensions that have arisen.«<sup>397</sup> Hiermit bezog er sich auf jüngste Proteste der DDR und der Sowjetunion aufgrund der für März in Berlin geplanten Bundesversammlung.<sup>398</sup> Ungeachtet der trotzigen Absage an ein Zurückweichen im Falle von Demonstrationen hielt die West-Berliner Polizei mehrere Alternativstrecken bereit.<sup>399</sup>

Nixon landete am Donnerstag, dem 27. Februar 1969 um 10 Uhr auf dem Flughafen Tempelhof in Begleitung von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, US-Außenminister William P. Rogers und dessen deutschem Kollegen Willy Brandt sowie dem stellvertretenden US-Botschafter in Bonn, Russell Fessenden. Die Gruppe wurde zunächst von den Stadtkommandanten und deren Frauen empfangen und dann zu einer VIP-Area geleitet. Nach einer kurzen militärischen Begrüßungszeremonie durfte der Präsident in einer »special area« wartenden Berlinern die Hände schütteln, bevor es mit der Limousine zum Luftbrücken-Denkmal ging. Dort legte die Gruppe einen Kranz ab und gedachte in einer Schweigeminute der Opfer der Blockade.<sup>400</sup>

Zu diesem Zeitpunkt waren die Gegner des Besuchs und die Berliner Polizei schon seit Stunden aktiv. Um 7.30 Uhr war eine Studentin gestellt worden, die am Bahnhof Siemensstadt Flugblätter mit einer Kritik an »der politischen und

396 Background Briefing (President's European Trip) at the White House, 21. Februar 1969, in: RNL, White House Special Files, Staff Member and Office Files, Ronald Ziegler, Alphabetical Subject Files, Box 11, Folder: Presidential Trips, Feb. 3, 1969 – March 3, 1969 – Brussels, London, Bonn, West Berlin, Rome, Paris, The Vatican, S. 15 ff.

397 Ebd., S. 15 ff.

398 Memorandum for the President, Subject: The Situation in Berlin, 15. Februar 1969, in: RNL, NSC Files, Country Files – Europe, Germany, Box 689, Folder: Berlin, Vol. 1, 1969.

399 Das Szenario ging davon aus, dass der Präsident in Tegel landen, unter Vermeidung der Innenstadt über die Stadtautobahn nach Wilmersdorf fahren, einen kurzen Schlenker durch Schöneberg machen und sich dann direkt zum Flughafen Tempelhof begeben würde. Vgl. Vertraulich! Verschluss! Vermerk, Betreff: Berlin-Besuch des US-Präsidenten; hier: Maßnahmen im Falle der Landung des Präsidenten auf dem Flughafen Tegel, 26. Februar 1969, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 1. Siehe auch: Besuchsprogramm 27.2.1969, handschriftliche Notizen zum Ablauf des Tages, undatiert, in: ebd.; Notfallrouten US-Präsident, undatiert, in: ebd.

400 Vgl. Visit of the President of the United States Richard M. Nixon, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69, Schedules: S. 2-17.



Klaus Schütz, Richard Nixon und Kurt Georg Kiesinger (v.l.n.r.)  
im offenen Wagen auf dem Kurfürstendamm, 1969

wirtschaftlichen Lage Berlins« verteilen wollte.<sup>401</sup> Kurz darauf erklärte Bischof Scharf von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, dass die Demonstranten notfalls in seinen Räumen Zuflucht finden würden. An einem Bauzaun sowie an einer Hauswand in der Leibnizstraße entdeckte die Polizei die Parole »Nixon Sieg Heil«, das X war in Form eines Hakenkreuzes geschrieben worden. Um 8.15 Uhr fanden die Beamten am Spandauer Damm einen geparkten VW-Bus, in dem sich »[v]ermutlich Nebelkerzen, Wurfgeschosse, Molotowcocktails« befanden. Kurz vor 9 Uhr kündigte eine anonyme Anruferin »Aktionen gegen Rolltreppen des Fußgängertunnels am Breitscheidplatz« an. Wenige Minuten später meldete sich ein Bürger: Er habe in der S-Bahn ein Gespräch mitgehört, »wonach sich Studenten am S-Bhf. Tempelhof treffen wollen, um zu demonstrieren«. In Köln-Wahn startete gerade die *Air Force One* in Richtung Berlin. Als der Präsident in der Luft war, begann die APO über die Frequenz UKW 90,8 »Anweisungen an ihre Gruppen« zu senden. In der nächsten Stunde häuften sich die Informationen über kleinere Grüppchen: fünf »Personen mit roten Schutzhelmen« an der Ecke Dudenstraße/Mehringdamm, Personen mit »ingerollten roten Fahnen« an der Lietzenburger und Joachimsthaler Straße, weitere 10 Personen auf dem Weg zum Checkpoint Charlie. Die Polizei notierte, die »Cafés des Kurfürstendamms sind auffallend stark durch Jugendliche besucht«; »Menschenansammlung ›Kranzler-Eck‹ (ca. 300 Personen), stark

401 Hier und im Folgenden: Verlauf am 27.2.1969, 27. Februar 1969, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident Nixon am 27.2.1969, Bd. 2, S. 1-3.



Demonstranten vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche

von ›APO‹ durchsetzt«. Um 9.41 Uhr erfolgte ein weiterer anonymer Anruf: »Wenn Nixon ankommt, platzt auf dem Flugplatz eine Bombe.« Während der Präsident bereits am Denkmal der Opfer der Luftbrücke gedachte, vermerkte die Polizei weitere Bewegungen im Stadtraum: 100 »Rotgardisten« befanden sich an der Joachimsthaler Straße, inzwischen 500 »meist jugendliche Personen« vor dem Café Kranzler und weitere 300 am Breitscheidplatz.

Um 10.45 Uhr fuhr die Kolonne des Präsidenten zum Moritzplatz in Berlin-Kreuzberg.<sup>402</sup> Nixon, Kiesinger, Schütz und Fessenden besichtigten dort ein Kreuz zum Gedenken an gescheiterte Fluchten, bevor sie gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Eskorte von der Aussichtsplattform aus einen Blick in Richtung Ost-Berlin warfen. Für das Fernsehen war eigens eine separate Plattform und für Fotojournalisten waren Balkone eines angrenzenden Hauses reserviert worden. Um kurz nach 11 Uhr ging es weiter zur nächsten Station: dem Schloss Charlottenburg. Zur gleichen Zeit, nicht ganz acht Kilometer weiter westlich, flogen an der Gedächtniskirche erste Knallkörper, und Demonstranten verbrannten Porträts des Präsidenten. Die eingreifenden Polizisten wurden mit Gegenständen beworfen, während sie die ersten Festnahmen

402 Vgl. Visit of the President of the United States Richard M. Nixon, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69, Schedules: S. 2-17.

durchführten. Als einzelne Protestierende begannen, den Gehweg aufzureißen, um Pflastersteine als Wurfgeschosse einsetzen zu können, schlugen Beamte vor Ort eine Streckenänderung vor. Der Polizeipräsident funkte zurück: »Alte Strecke!«<sup>403</sup> Um die Demonstranten vor der Gedächtniskirche kümmerten sich nun auch die wartenden Zuschauer: Man rief ihnen »Apos raus aus West-Berlin« zu<sup>404</sup> und warf die Knallkörper zurück.<sup>405</sup>

Um 11.36 Uhr passierte die Kolonne die Gedächtniskirche. Farbbeutel flogen in Richtung der Fahrzeuge, doch den Wagen des Präsidenten trafen sie nicht.<sup>406</sup> Nixon dürfte dennoch einige schwarze Regenschirme gesehen haben, auf denen in weißen Lettern »Black Power« geschrieben stand, um an den Kampf der afroamerikanischen Bevölkerung um Gleichberechtigung zu erinnern. Daneben wehten einige rote Fahnen und etwas weiter grüßte bereits die Gegenbewegung; ein großes Transparent verkündete: »Die 90 % arbeitswilligen Studenten grüßen Richard Nixon.«<sup>407</sup> Aufgrund der jubelnden Massen erlebten die drei Herren im Wagen – Klaus Schütz, Richard Nixon und Kurt-Georg Kiesinger – die Fahrt als einen Triumph. Fröhlich winkten sie stehend den Zehntausenden Menschen zu, die begeistert reagierten, sobald sich das Fahrzeug näherte.

Einige Berliner an den Straßenrändern setzten dem Ruf der Studentenbewegung »Ho-Ho-Ho-Chi-Minh« eine Abwandlung des Schlachtrufs des Berliner Fußballclubs Hertha BSC entgegen und riefen: »Ha-Ho-Hey, Nixon is okay.« Am östlichen Ende des Kurfürstendamms hatten sich Demonstranten versammelt, die »Amis raus aus Vietnam« und »USA–SA–SS« riefen und mit »Knallkörpern, Schneebällen (in denen sich teilweise lange Nägel befunden haben sollen, was jedoch kein Polizeibericht erwähnt), Farbbeuteln, Äpfeln und anderen Gegenständen« warfen. Mit Schlagstöcken wurden sie zurückgedrängt.<sup>408</sup>

Mehrfach hielt die Wagenkolonne an, damit Nixon den Zuschauern die Hand schütteln konnte. Als der Präsident schon fast das Schloss Charlottenburg erreicht hatte, machten sich ungefähr 300 Demonstranten auf den Weg zur TU. Als sie am Amerika-Haus vorbeiliefen, warfen einige von ihnen mit

403 Ebd.

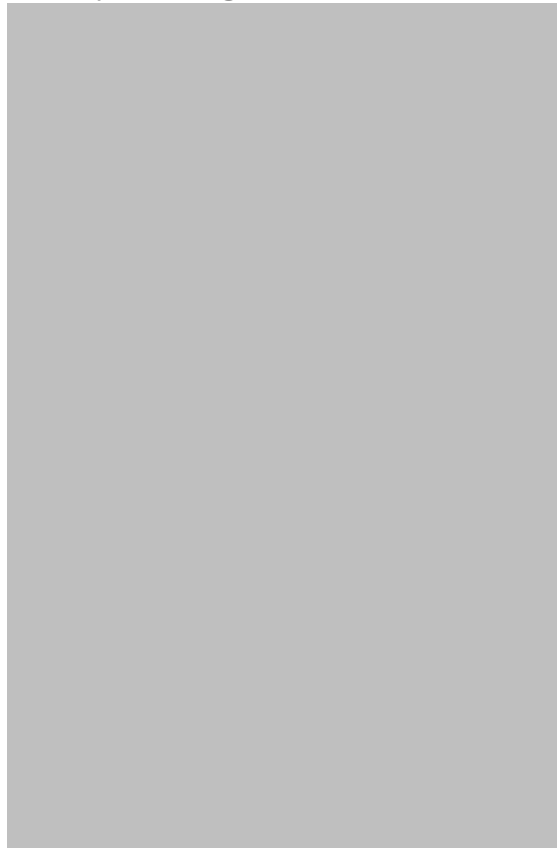
404 Laut Tagesspiegel waren es 150, laut Telegraf 500 Demonstranten an der Gedächtniskirche. Vgl. Präsident Nixons persönlicher Triumph bei der Fahrt durch Berlin, in: Der Tagesspiegel, 28. Februar 1969, S. 3; Anonyme Bombendrohung und anderes, in: Der Tagesspiegel, 28. Februar 1969, S. 12; 39 Demonstranten festgenommen, in: Telegraf, 28. Februar 1969, S. 2.

405 Lagemeldung des Verfassungsschutzes durch Fernsprecher/Funk/Fernschreiben, ldf. Nr.: 17, 27. Februar 1969, 11.14 Uhr, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 2.

406 Vgl. Anonyme Bombendrohung und anderes, in: Der Tagesspiegel, 28. Februar 1969, S. 12.

407 Vgl. Sympathie auf beiden Seiten, in: Telegraf, 28. Februar 1969, S. 3.

408 Präsident Nixons persönlicher Triumph bei der Fahrt durch Berlin, in: Der Tagesspiegel, 28. Februar 1969, S. 3.



Kinder warten am Moritzplatz in Kreuzberg  
auf den US-Präsidenten

Schnee, andere mit Steinen – zu Bruch ging lediglich eine Vitrine. Die Gruppe schwoll unterwegs auf bis zu 600 Personen an.<sup>409</sup>

Nixon hatte derweil im Schloss Charlottenburg Zeit für ein Gespräch mit Kiesinger und Schütz, trug sich in das Goldene Buch der Stadt ein und nahm an einem kleinen Empfang in der Eichengalerie teil.<sup>410</sup> Im Anschluss ging es weiter zum Siemens-Gelände an der Nonnendammallee, wo Nixon vor über 6.000 Arbeitern und 500 Pressevertretern eine Rede hielt.<sup>411</sup> Der Präsident lobte den erfolgreichen Wiederaufbau der Stadt, betonte den Symbolcharakter des Freiheitskampfes der West-Berliner und bekräftigte noch einmal das alliierte Versprechen, die Stadt zu schützen. Zugleich mahnte er die Zuhörer, die

409 Vgl. Besuch des US-Präsidenten in Berlin und damit in Zusammenhang stehende Ereignisse, Anlage 1, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 2, S. 2; Lagemeldung des LvF, lfd. Nr.: 21, 27. Februar 1969, 12.01 Uhr, in: ebd.

410 Vgl. Visit of the President of the United States Richard M. Nixon, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69, Schedules: S. 2-17.

411 Vgl. ebd.; Besuch des US-Präsidenten in Berlin und damit in Zusammenhang stehende Ereignisse, Anlage 1, S. 1.



Aufgabe der geteilten Stadt nicht provokatorisch, sondern friedlich zu deuten und ihre in der Vergangenheit bewiesene Standhaftigkeit und Bestimmtheit nun zum Wohle der Annäherung einzusetzen, da die Teilung der Welt nur durch Verhandlungen und Versöhnung überwunden werden könne.<sup>412</sup>

Während Nixon für Frieden und Freiheit warb, drohte die Lage im Umfeld der TU zu eskalieren. Die Demonstranten hatten sich erst in der Universität versammelt. Gegen 13.30 Uhr kamen einige Hundert von ihnen, unter anderem Rainer Langhans und Dieter Kunzelmann von der *Kommune I*, wieder hinaus auf die Straße. Vor der TU gehisste Deutschland- und Berlin-Fahnen wurden heruntergerissen und gingen in Flammen auf; Pflastersteine wurden aufgenommen und ins Gebäude getragen. Als die Polizei einschritt, verbarrikadierten sich die Demonstranten im Gebäude.<sup>413</sup> In diesem Moment, um 14.21 Uhr, verließ der US-Präsident – fast eine Stunde später als geplant – die Stadt und flog vom Flughafen Tegel aus weiter nach Rom.<sup>414</sup> Der Kampf um die TU ging dessen ungeachtet weiter. Erst um 16.30 Uhr wurde per Polizeifunk gemeldet: »Lage an der TU hat sich normalisiert.«<sup>415</sup> Die Bilanz der West-Berliner Sicherheitsorgane lautete: 8.000 Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei eingesetzt, 26 Festnahmen durchgeführt, einen Straftäter mit Armbruch ins Krankenhaus bringen lassen und 40 KfZ entlang der Protokollstrecke abgeschleppt.<sup>416</sup>

Die West-Berliner Presse stellte fest, dass dem US-Präsidenten ein »triumphaler Empfang«<sup>417</sup> bereitet worden war und er »einen echten Eindruck vom wahren Berlin« gewonnen habe;<sup>418</sup> in den USA habe seine Wahlkampagne »nirgendwo so viele Menschen auf die Beine gebracht [...] wie im winterlichen Berlin.«<sup>419</sup> Auch das amerikanische Organisationsteam war zufrieden:

There were minor skirmishes on the part of reactionary students which were readily handled by the West Berlin police force which deserves con-

412 Richard Nixon, Remarks at the Siemens Factory, West Berlin, 27. Februar 1969, The American Presidency Project, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=2427> [8.10.2016].

413 Vgl. Besuch des US-Präsidenten in Berlin und damit in Zusammenhang stehende Ereignisse, Anlage 1, S. 2; Meldung der ESt W um 14.45 Uhr, 27. Februar 1969, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 2; Meldungen des Landesamtes für Verfassungsschutz Nr. 25 bis 30, in: ebd. Die Senatskanzlei hatte im Vorfeld damit gerechnet, dass die Fahnen als Provokation verstanden werden könnten: Ziegler, Vermerk, Betreff: Beflaggung anlässlich des Berlin-Besuchs des US-Präsidenten, 20. Februar 1969, in: ebd.

414 Vgl. Besuch des US-Präsidenten in Berlin und damit in Zusammenhang stehende Ereignisse, Anlage 1, in: PHSB, Ordner: Berlin-Besuch des US-Präsident. Nixon am 27.2.1969, Bd. 2, S. 1.

415 Meldung der ESt W, 16.35 Uhr, in: ebd.

416 Besuch des US-Präsidenten in Berlin und damit in Zusammenhang stehende Ereignisse, Anlage 1, in: ebd., S. 1.

417 Berlin umjubelte Nixon, in: Telegraf, 28. Februar 1969, S. 1.

418 Dank an die Polizei, in: B. Z., 28. Februar 1969, S. 23.

419 Ha-ho-he – Berliner are okay!, in: Der Tagesspiegel, 28. Februar 1969, S. 12.

gratulations for having done an outstanding job in the handling of these disturbances.<sup>420</sup>

Wesentlich massivere Ausschreitungen begleiteten den Aufenthalt Nixons in Rom am folgenden Tag.<sup>421</sup>

Klaus Schütz telegrafierte am Tag nach dem Besuch:

Your visit to Berlin was a great experience for the people of this city. In difficult times, an impressive and unmistakable demonstration was given of the intent of the United States to maintain and ensure, in the future as well, the freedom and viability of this city.<sup>422</sup>

Die US-Mission Berlin informierte Kollegen per Telegramm, der Besuch sei ein »smash success« gewesen und beschrieb den Erfolg fast ungläubig:

Smiling crowds, most places several lines deep, lined president's entire 16-mile itinerary, in chill cold of Berlin-Winter just for opportunity to wave and cheer. Size of crowds on streets, estimated at over 600,000, far larger than we had right to expect for this time of year.<sup>423</sup>

Ganz bewusst habe sich der Präsident immer wieder auf die Motorhaube seines Wagens gestellt und sich feiern lassen: »This remarkable show of trust in people of Berlin at one stroke countered APO charge of president »sneaking through Berlin in a bullet-proof car like a latin American gangster.«<sup>424</sup>

Das Telegramm zitierte die Pressekonferenz der Berliner Studentenverbände und verdeutlicht damit, dass man sich augenscheinlich bewusst gegen den Einsatz des Hubschraubers entschieden hatte, um ein Zeichen zu setzen. In Anbetracht des kalten Wetters und aufgrund der Live-Übertragung in Radio und TV wurde der massenhafte Andrang speziell auf dem Kurfürstendamm als Beweis für das »deep-seated desire of Berliners to demonstrate openly their feeling for US presidency« gewertet.<sup>425</sup>

Doch so erfolgreich der Besuch Nixons auf symbolischer Ebene gewesen war, so wenig Konkretes folgte ihm. Im Oktober schrieb Helmut Sonnenfeldt,

420 J. E. Nidecker an E. L. Morgan, Subject: Report Berlin Advance, 7. März 1969, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69, S. 2.

421 In Rom übertönten die Tumulte den Applaus für Nixon, in: Der Tagesspiegel, 1. März 1969, S. 3.

422 Telegramm der US-Botschaft Berlin an die US-Botschaft Paris, Subject: Schuetz Telegram to the President, 28. Februar 1969, in: RNL, White House Special Files, John D. Ehrlichman, Special Subject File 1958-1973, Berlin, 2/27/69 [1 of 2] to Paris 2/28 to 3/2/69 [2 of 2], Box 45, Folder: Berlin 2/27/69.

423 Telegramm der US-Botschaft Berlin an den US-Außenminister, Subject: Round Up and Assessment – President's Visit to Berlin, 28. Februar 1969, in: ebd.

424 Ebd.

425 Ebd.

Mitglied des National Security Council, an Henry Kissinger: »I am afraid our Berlin diplomacy has been badly and confusingly handled ever since the President's Berlin speech.« Sie sei geprägt gewesen durch »poor communication within our own government, mixed signals to the Allies and confusion in our dealings, public and private, with the Soviets«. Kissinger notierte: »Right.«<sup>426</sup> Man hatte sogar vergessen, Bürgermeister Schütz den simplen Wunsch nach einem Autogramm des Präsidenten zu erfüllen.<sup>427</sup> An der Konzeptionslosigkeit der Berlin-Diplomatie sollte sich auch in den kommenden Jahren wenig ändern, und somit bleibt der Nachfolger Nixons, Gerald Ford, bis heute der einzige US-Präsident seit 1945, der niemals Berlin besucht hat.<sup>428</sup>

### 3.5.6 Jimmy Carter und das Town Hall Meeting

US-Präsident Jimmy Carter nahm im April 1978, etwas über ein Jahr nach seinem Amtsantritt, den Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Schmidt an, im Rahmen seiner Deutschlandreise gemeinsam deutsche und amerikanische Truppen zu besuchen.<sup>429</sup> Im August bestätigte er dann West-Berlins Regierendem Bürgermeister Dietrich Stobbe anlässlich dessen Besuchs in Washington, dass er auch nach West-Berlin kommen werde.<sup>430</sup>

Das State Department wollte dem Eindruck, den der Bonn-Besuch des sowjetischen Staatschefs Leonid Breschnew im Mai hinterlassen hatte, »the vitality and dynamism of American ideals and policy« entgegensetzen. Neben der traditionellen Bestätigung der transatlantischen Verbundenheit sollte die Reise der Bundesrepublik vermitteln, dass ihre wachsende internationale Bedeutung und die globale Sicherheit enge Beziehungen zu den USA unabdingbar machten: Dazu müsse man seine Strategien und Ziele aufeinander abstimmen; von den laufenden Abrüstungsverhandlungen werde Europa profitieren. Von West-Berlins Bürgermeister Dietrich Stobbe erwartete man, um Unterstützung hinsichtlich »American investment, travel, and tax exemptions to attract

426 Helmut Sonnenfeldt, Memorandum for Mr. Kissinger, Subject: Our Berlin Diplomacy, 16. Oktober 1969, in: RNL, National Security Council (NSC) Files, Country Files – Europe, Germany, Box 689, Folder: Berlin, Vol. 1, 1969.

427 William H. Rentschler, Memorandum to Herb Klein, 10. September 1969, in: RNL, National Security Council (NSC) Files, Country Files – Europe, Germany, Box 689, Folder: Berlin, Vol. 1, 1969. Schütz war im Rückblick dennoch zufrieden mit der Zusammenarbeit: »Mit Richard Nixon und vor allem mit Henry Kissinger hatte sich ein guter Kontakt ergeben. [...] Wenn wir seine Hilfe und seinen Rat brauchten, hat er uns nicht enttäuscht.« Schütz, Logenplatz und Schleudersitz, S. 156.

428 Dwight D. Eisenhower hat Berlin in seiner militärischen Funktion als Militärgouverneur besucht; Lyndon B. Johnson kam 1961 als Vize-Präsident.

429 Vgl. Zbigniew Brzezinski, Memorandum for the President, Subject: Information Items, 4. April 1978, in: JCL, NLC-SAFE 17 B-9-48-2-1, S. 1.

430 Vgl. Zbigniew Brzezinski, Memorandum for the President, Subject: Berlin Press Coverage of Mayor Stobbe's Visit with you, 25. August 1978, in: JCL, NLC-1-3-5-14-7, S. 1.

American businessmen to Berlin's new convention center« gebeten zu werden, und war bereit, Hilfe beim Aufbau von Kontakten zu leisten. Steuerausnahmen werde es allerdings nicht geben und man könne auch keine Investitionen versprechen.<sup>431</sup>

Auf Carters persönlichen Wunsch wich die Dramaturgie seines Berlin-Besuchs etwas von den vorangegangenen ab: Er bestand auf ein Town Hall Meeting, ein in den USA typisches Veranstaltungsformat, bei dem die anwesenden Bürger einem Politiker oder Mitarbeitern der Stadtverwaltung Fragen stellen können. Es sollte das erste und einzige Town Hall Meeting werden, das jemals außerhalb der USA stattfand. Der *Spiegel* kommentierte leicht spöttisch, dass die »Millionenstadt an der Spree einen neuen Stellenwert erhalten« habe und nun »gleichberechtigt neben Clinton (Massachusetts), 13.300 Einwohner, und Yazoo City (Mississippi), 11.732 Einwohner« stehe. Ein aufgrund der statusrechtlichen und semantischen Sensibilität der Stadt besorgter Mitarbeiter des State Departments klagte gar über die Kollegen im Weißen Haus: »Die Leute haben nicht begriffen, daß Berlin im Ausland liegt.«<sup>432</sup> Über Carters Motivation ließe sich lange spekulieren, viel wichtiger ist jedoch: Offensichtlich erachtete man ein solches Veranstaltungsformat in keiner anderen Stadt jenseits der USA als adäquat, und vermutlich wäre der Vorschlag andernorts auch nicht von der lokalen Politik akzeptiert worden.<sup>433</sup>

Das deutsche Außenministerium und der Berliner Senat waren aufgrund des spontanen Charakters einer solchen Veranstaltung dennoch kaum von der Idee angetan. Da die USA eine gezielte Auswahl der Berliner Bürger sowie eine Festlegung der Fragen im Vorfeld ablehnten, fürchtete man im Senat, dass »all die armen Irren kommen, die sich immer in unsere Bürger-Sprechstunde drängen.«<sup>434</sup> Der Stab Carters schob die Skepsis auf kulturelle Unterschiede: Für die Deutschen seien solche Bürgerforen eher ungewöhnlich, und sie würden das Stellen von Fragen als respektlos erachten.<sup>435</sup> Auch die europäische Presse stand einem Town Hall Meeting skeptisch gegenüber, der Londoner *Daily Telegraph* bezeichnete die Idee als einen »public relations gimmick« und befürchtete ein »disaster«.<sup>436</sup>

431 Cyrus Vance (Secretary of State), Memorandum for the President, Subject: Your State Visit to the Federal Republic of Germany and Berlin, July 14-15, 1978, 2. Juli 1978, in: JCL, NLC-15-III-5-10-6, Zitat S. 10.

432 Hoffen und beten, in: *Der Spiegel* 28/1978, S. 24.

433 Im *Spiegel* wurde sinniert, dass Carters mangelndes Redetalent ein Grund gewesen sein könnte. Vielleicht sei es aber auch nur der Wunsch gewesen, sich vom Kennedy- und Johnson-Besuch abzuheben, ebd.

434 Ebd, S. 24.

435 »Germans more likely to make speech than ask questions. Might feel disrespectful about asking questions.« Handschriftliche Notizen, undatiert, in: JCL, Presidential Papers, Staff Offices Press (Advance) Edwards, Trip – Pittsburgh Town Meeting, Check List through 2001, Box 22, Folder: Trip – West Berlin, 7/78.

436 The Situation Room, Memorandum for Dr. Brzezinski, Subject: Additional Information Items, 12. Juli 1978, in: JCL, NLC-1-7-2-25-4

Eine geschickte Zusammenstellung des Adressverteilers für die Einladungen zum Town Hall Meeting sollte schließlich die Wahrscheinlichkeit erhöhen, ein freundlich gesinntes Publikum vorzufinden: Die über 1.000 geladenen Berliner Bürger sollten sich hauptsächlich aus den Gastgebern und Teilnehmern der *Friendship Force*<sup>437</sup> zusammensetzen; zusätzlich sollten jeweils fünf weitere Plätze gezielt über die Parteien SPD, CDU und FDP, über die Kirchen und die jüdische Gemeinde, die Gewerkschaften DGB und DAG, den Landessportbund, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Stiftung Luftbrückendank und die John-F.-Kennedy-Schule vermittelt werden.<sup>438</sup> Nicht wenige West-Berliner kritisierten das undurchsichtige Verfahren und baten per Brief darum, ebenfalls eingeladen zu werden.<sup>439</sup>

Zwei Vorausgruppen reisten von Washington nach West-Berlin, um gemeinsam mit der US-Mission und der Protokollabteilung des Senats in mehreren deutsch-amerikanischen Arbeitsgruppen die Details des Präsidentenbesuchs auszuarbeiten.<sup>440</sup> Insbesondere über die obligatorische Tour über den Kurfürstendamm wurde aus Sicherheitsgründen mehrfach diskutiert.<sup>441</sup> Erst zwei Tage vor dem Besuch veröffentlichte die *B.Z.* die Route des Konvois mit dem Hinweis, dass Carter auch den Kurfürstendamm entlangfahren werde.<sup>442</sup> Die Probefahrt am 13. Juli hatte den Boulevard noch ausgelassen.<sup>443</sup> Für eine strategische kommunikative Zurückhaltung aufgrund von Sicherheitsbedenken spricht auch, dass der Senat die Berliner am 13. Juli noch explizit aufforderte, zum Platz der Luftbrücke zu kommen.<sup>444</sup> Nur die *B.Z.* schien schon

437 Die internationale Austauschorganisation »Friendship Force« wurde 1977 auf Initiative Präsident Carters gegründet und existiert noch heute.

438 Vermerk, Betreff: Besuch des Präsidenten Carter am 15.7.1978 in Berlin, hier: Besprechung der Arbeitsgruppe »Staatsbesuche« am 22.6.1978 im Rathaus, 30. Juni 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 11930, S. 4; Vermerk: Betreff: Besuch des Präsidenten Carter am 15.7.1978 in Berlin, Besprechung der Arbeitsgruppe »Staatsbesuche«, 15. Juni 1978, in: ebd., S. 3; Protokoll des Gesprächs über die Organisation des Town-Meetings Präsident Carters, 20. Juni 1978, in: ebd.

439 Einige Briefe befinden sich in: LArch, B Rep. 002, Nr. 26427.

440 Die entsprechenden Vermerke finden sich in: LArch, B Rep. 002, Nr. 11930. Siehe auch: JCL, Presidential Papers, National Security Affairs, Brzezinski Material, Trip File, President, Germany 7/13-17/78, Box 14; JCL, Presidential Papers, Staff Offices Press (Advance) Edwards, Box 22, Folder: Trip – West Berlin, 7/78.

441 Vermerk, Betreff: Besuch des Präsidenten Carter am 15.7.1978 in Berlin, hier: Gemeinsame Beratung der zweiten Vorausgruppe und der Arbeitsgruppe »Staatsbesuche« am 5.7.78, 6. Juli 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 26427.

442 Vier Worte für Carter, die von Herzen kommen, in: *B.Z.*, 13. Juli 1978, S. 5.

443 Carters Wagenkolonne in Berlin etwa einen Kilometer lang, in: *Der Tagesspiegel*, 13. Juli 1978, S. 2. Der finale Ablaufplan vom 14.7. erwähnt den Kurfürstendamm: Nicht zur Veröffentlichung, Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Stand: 14.7./8 Uhr, endgültige Fassung, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 11930, S. 17.

444 Carters Wagenkolonne in Berlin etwa einen Kilometer lang, in: *Der Tagesspiegel*, 13. Juli 1978, S. 2.

mehr zu wissen und schrieb: »Der wichtigste Termin der Woche für die Berliner: Sonnabend, 17 Uhr, Kudamm!«<sup>445</sup> Erst am nächsten Tag nannte auch der *Tagesspiegel* den Kurfürstendamm als Anlaufpunkt.<sup>446</sup> Bundeskanzler Schmidt, der bei der Fahrt eigentlich aufgrund von »Terminschwierigkeiten« durch Bundesaußenminister Genscher vertreten werden sollte, gab nun bekannt, doch teilnehmen zu können.<sup>447</sup> Es wurde extra die besonders gesicherte Limousine des Präsidenten eingeflogen.<sup>448</sup> Die Alliierten ordneten auf Wunsch des Senats für 24 Stunden ein umfassendes Versammlungsverbot an; es durften keine Drucksachen verteilt oder »tonverstärkende Geräte« benutzt werden.<sup>449</sup> Eine Demonstration des Kommunistischen Bundes Westdeutschland auf dem Wittenbergplatz musste abgesagt werden. Entlang der Protokollstrecke herrschte absolutes Halte- und Parkverbot, die Polizei setzte 7.000 Beamte ein – und damit 1.000 weniger als beim Nixon-Besuch.<sup>450</sup> Drei Krankenhäuser wurden in Alarmbereitschaft versetzt und mussten Betten reservieren, falls es zu einem Zwischenfall kommt.<sup>451</sup>

Selbst Ost-Berlin beteiligte sich an den Vorbereitungen: In den frühen Morgenstunden des 15. Juli wurde die Mauer am Potsdamer Platz weiß getüncht.<sup>452</sup> Bis zu sechs Streifenwagen der West-Berliner Polizei sowie britische Soldaten sicherten das Vorfeld, während die Grenztruppen drei Mal die Mauer zwischen Köthener Straße und Potsdamer Platz mit frischer Farbe versahen, damit der dort befindliche Hinweis auf das Schicksal eines ostdeutschen Wehrdienstver-

445 »Der wichtigste Termin der Woche für die Berliner: Sonnabend, 17 Uhr, Kudamm!«, in: B. Z. 13. Juli 1978, S. 64.

446 Stobbe und Lorenz rufen zu herzlicher Begrüßung Carters auf, in: Der Tagesspiegel, 14. Juli 1978, S. 1.

447 Ebd., S. 1.

448 Carters Wagenkolonne in Berlin etwa einen Kilometer lang, in: Der Tagesspiegel, 13. Juli 1978, S. 2.

449 Vermerk: Betreff: Besuch des Präsidenten Carter am 15.7.1978 in Berlin, Besprechung der Arbeitsgruppe »Staatsbesuche«, 15. Juni 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 11930, S. 4.

450 Das Demonstrationsverbot umfasste ein Gebiet, »welches im Norden vom Poststadion im Tiergarten, im Westen von der Eichkamp-Siedlung und der Avus, im Süden vom Insulaner und im Osten von der Neuköllner Herrmannstraße begrenzt wird«. Tiergarten-Besucher müssen Präsident Carter weichen, in: Der Tagesspiegel, 14. Juli 1978, S. 10.

451 Drei Krankenhäuser sind auf alles vorbereitet, in: Der Tagesspiegel, 15. Juli 1978, S. 8.

452 DDR-Maler tünchten die Mauer, in: Der Tagesspiegel, 16. Juli 1978, S. 6. Die Maßnahme erfolgte scheinbar nicht auf Wunsch West-Berlins, sondern aus eigenem Antrieb. Im Rahmen der Beobachtungen im Vorfeld des Besuchs bat das Grenzkommando Mitte den Chef der Grenztruppen um eine Entscheidung, ob die Losungen entfernt werden sollen. Vgl. Hauptmann Kittelmann, Erstbericht 35 – 20/78: Hetzlosungen an der feindwärtigen Seite der Grenzmauer im Abschnitt Potsdamer Platz in der Umgebung des für US-Präsidenten Carter errichteten Podestes, 13. Juli 1978, in: BStU, MfS, HA I, Nr. 14521, Bl. 292.

weigerers nicht mehr zu lesen war.<sup>453</sup> Nico Hübner hatte sich auf den entmilitarisierten Status von Groß-Berlin berufen, als er den Dienst an der Waffe verweigerte, und war daraufhin verhaftet worden. In der Bundesrepublik sorgte der Fall für viel Aufsehen, weil Hübner mit westdeutschen Menschenrechtsaktivisten in Kontakt stand, die seine Geschichte öffentlich machten.

Um die auf die Mauer geschriebene Behauptung, er sei durch das MfS verschleppt worden, vor den USA zu vertuschen, kamen die Grenztruppen jedoch zu spät: Ein Foto des entsprechenden Mauerabschnitts war schon am 12. Juli von einem Mitarbeiter des Weißen Hauses nach Washington geschickt und auch von der *B.Z.* veröffentlicht worden.<sup>454</sup>

Der Deutschland-Besuch des US-Präsidenten begann am Samstag, dem 15. Juli 1978 auf der Rhein-Main Basis der U.S. Air Force mit einem Besuch amerikanischer Truppen. Um 14 Uhr traf er auf dem Berliner Flughafen Tempelhof ein, wo er zunächst von US-Stadtkommandant Calvert P. Benedict, dem Kommandanten des Flughafens Tempelhof, Donald W. Lajeunesse, und deren Ehefrauen empfangen wurde.<sup>455</sup> Neugierige Berliner Zuschauer waren in der Planung dieses Mal nicht berücksichtigt worden. Einige Meter von der Air Force One entfernt warteten Bürgermeister Stobbe, der Präsident des Abgeordnetenhauses Peter Lorenz, der britische und französische Stadtkommandant und der amerikanische Gesandte Scott George jeweils mit Ehefrauen sowie Protokollchef Willi Diedrich. In Begleitung des US-Stadtkommandanten und dessen Frau begrüßte Carter die salutierenden Truppen, bevor er gemeinsam mit Stobbe in der Limousine zu dem auf der anderen Seite des Flughafengebäudes gelegenen Luftbrücken-Denkmal fuhr. Die in weiteren Wagen folgende Eskorte wurde zu den Zuschauerplätzen geleitet, während Carter am Eingang zum Denkmal auf Helmut und Loki Schmidt sowie Hans-Dietrich Genscher traf und gemeinsam mit ihnen, Bürgermeister Stobbe, Peter Lorenz und dem Kommandanten der U.S. Air Force Tempelhof, Donald W. Lajeunesse, zum Denkmal schritt, wo bereits drei Kranzträger warteten. Nach der Niederlegung der Kränze berührte Carter diese kurz und verweilte in Schweigen, während das traditionell bei militärischen Trauerzeremonien in den USA gespielte »Taps« ertönte. Danach begrüßte er zwei amerikanische und zwei bri-

453 Vgl. HA I, Grenzkommando Mitte: Bericht zu den erfolgten Maßnahmen an der Grenzmauer GM 73 im Grenzregiment 35, Abschnitt Potsdamer Platz, am 15.7.78 in der Zeit von 3.30 bis 6.45 Uhr, 15. Juli 1978, in: BStU, MfS, HA I, Nr. 14521, Bl. 266; HA I, Grenzkommando Mitte: Lagefilm, 15. Juli 1978, in: ebd.

454 Das große *B.Z.*-Foto, das die Amerikaner sofort an Präsident Carter funkten, in: *B.Z.*, 15. Juli 1978, S. 2.

455 Hier und im Folgenden: Proposed Germany Schedule, in: JCL, Presidential Papers, National Security Affairs, Brzezinski Material, Trip File, President, Germany 7/13-17/78, Box 14, Folder: Cables and Memos, 4/24/78-7/6/78, S. 3 f.; undatierte Dokumente und Skizzen zum Ablauf in: JCL, Presidential Papers, Staff Offices Press (Advance) Edwards, Trip – Pittsburgh Town Meeting, Check List through 2001, Box 22, Folder: Trip – West Berlin, 7/78.

tische Piloten der Luftbrücke, trug sich in das Goldene Buch der Stadt ein und hielt vor den auf dem Platz versammelten Zuschauern eine kurze Ansprache.

Anschließend fuhr die 25 Fahrzeuge lange Kolonne zur Mauer am Potsdamer Platz, wo vier getrennte Ausguck-Plattformen für die politische Elite samt Gattinnen, die Presse und weitere Gäste errichtet worden waren. Nach einem 10-minütigen Aufenthalt ging es weiter zur Kongresshalle. Hier durfte sich Carter mit seiner Frau eine knapp 45-minütige Pause gönnen, bevor er sich für eine Stunde den Fragen der geladenen Berlinerinnen und Berliner stellte. Für diese standen vier Mikrofone über den Saal verteilt bereit. Die Fragen des Publikums reichten von der Höhe des Taschengeldes seiner Tochter über das Viermächte-Abkommen und das Phänomen des Eurokommunismus bis hin zum Naturschutz und zur Energieversorgung.<sup>456</sup>

Beim Verlassen der Kongresshalle traf Carter für fünf Minuten mit dem Verleger Axel Springer zusammen, dann fuhr die Wagenkolonne über den Kurfürstendamm nach Tempelhof zurück. Um 17.30 Uhr sollte er Berlin bereits wieder verlassen, um in Bonn einen »private evening« zu verbringen. Da die Tour durch die City-West etwas länger dauerte, wurde es jedoch 18.40 Uhr. Die beinahe aus dem Rahmenplan gestrichene Fahrt wurde zu einem vollen Erfolg; Carter ließ sich von circa 150.000 Zuschauern feiern:

Ein dichtes Spalier von oft zehn bis fünfzehn Menschenreihen auf beiden Seiten gehörte zum atmosphärischen Höhepunkt dieses Besuches. Nur stockend kam die Kolonne voran. Carter setzte sich zeitweilig auf das Dach seines Wagens und winkte den Berlinern, die ihm fähnchenschwingend und mit Zurufen ihre Sympathie bekundeten, herzlich zurück.<sup>457</sup>

Anscheinend erinnerten sich Zuschauer auch noch an den Besuch Nixons, denn sie riefen: »Ha-Ho-He, Jimmy ist okay.«<sup>458</sup> Zehn Pressebusse, davon sechs für die amerikanische und drei für die deutsche Presse, sorgten dafür, dass die Bilder in die Welt getragen wurden – einige begleiteten den Konvoi des Präsidenten, einige fuhren lediglich gezielt einzelne Stationen an. Das deutsche Fernsehen (SFB) übertrug die Highlights des Besuchs live, das amerikanische Fernsehen (CBS, NBC, ABC) übertrug live aus der Kongresshalle.<sup>459</sup>

456 Eine Zusammenfassung des Town Hall Meetings befindet sich hier: Carter in Berlin. Auch Hertha Winkler, eine Rentnerin aus Bautzen in Sachsen, meldete sich zu Wort, in: B. Z., 17. Juli 1978,

457 Präsident Carter zu Besuch in Berlin, in: Der Tagesspiegel, 16. Juli 1978, S. 6.

458 Wie beim Pop-Konzert! in: B. Z., 17. Juli 1978.

459 Die Reise wurde in den Früh- und Abendnachrichten thematisiert. ABC zeigte zusätzlich am 16.7.1978 eine 2-minütige Zusammenfassung des Tages, und NBC strahlte eine 15-minütige Reportage über die gesamte Deutschlandreise am 17.7.1978 aus. Pat Bauer an Anne Edwards, Subject: National Television Coverage of the President's Trip, undatiert, in: JCL, Presidential Papers, Staff Offices Press (Advance) Edwards, Trip – Pittsburgh Town Meeting, Check List through 2001, Box 22, Folder: Trip – West Berlin, 7/78; Bus Schedules, July 15, 1978, in: JCL, Presi-



Die Berliner Reden Carters waren von Gerald (Jerry) Rafshoon, Assistant to the President for Communications, und dem Journalisten und Redenschreiber James Fallows ausgearbeitet worden. In beide Reden sollten auch deutsche Sätze integriert werden, und die internen Überlegungen verdeutlichen die gefühlte historische Konkurrenz sowie die daraus resultierende Zwickmühle. Fallows informierte den Präsidenten:

The Airlift statement ends with our attempt at an update to »Ich bin ein Berliner«. It was suggested by the State Department translator, Harry Obst. Whatever we do, everyone is going to remember Kennedy's phrase. If we try to match it, it may seem gimmicky; if we don't try, we may seem dull.<sup>460</sup>

Man habe, in Anlehnung an Marlene Dietrich, auch den Satz »Ich habe ein [sic!] Koffer in Berlin« an Deutschen getestet und festgestellt, »they were delighted and said it would be a big hit«.<sup>461</sup> Er wurde aber mit der Anmerkung »too much« gestrichen.<sup>462</sup> Schlussendlich entschied man sich für »Was immer sei, Berlin bleibt frei«. In der ersten Rede, die Carter vor dem Luftbrücken-Denkmal hielt, wurde West-Berlin zwar noch immer als Symbol der Freiheit gefeiert, allerdings weniger wegen deren kämpferischer Erringung, sondern vielmehr aufgrund ihrer Wahrung durch Geduld und Kooperation.<sup>463</sup>

Für das Town Hall Meeting hatten die Redenschreiber eine kurze und eine etwas längere Version vorbereitet, da sie um die emotionale Wirkung der Mauer wussten, die bereits Kennedy veranlasst hatte, seine Rede spontan umzustellen.<sup>464</sup> Carter entschied sich offensichtlich für die längere Rede und sprach etwa vier Minuten. Für das amerikanische Publikum beinhaltete

dential Papers, Staff Offices Press (Advance) Office Files, 5/26/76 – Charleston, WV through 7/15/78 – Berlin, Box 13, Folder: 7/15/78 – Berlin.

460 Jim Fallows, Memorandum for the President, Subject: Germany Trip, 8. Juli 1978, in: JCL, Susan Clough Files, Presidential Travel 4/14/77-10/13/80 through Telephone, Memoranda and Movement Logs 8/12/80-9/28/80, Box 43, Folder: Speeches For Trip to Germany 7/78. S. 2.

461 Ebd.

462 Entwurf: Opening Remarks to Town Hall Meeting, Berlin, 10. Juli 1978, in: JCL, ebd., S. 1.

463 Jimmy Carter: Berlin, Federal Republic of Germany Remarks at a Wreathlaying Ceremony at the Airlift Memorial, 15. Juli 1978, The American Presidency Project, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=31086> [7.3.2018]. Eine zentrale Aussage variierte zwischen Entwurf und Rede: Aus »[T]hose whose freedom and human rights are to be defended must themselves contribute to doing so« wurde »those whose human rights are to be defended must themselves be committed to freedom«. Vgl. ebd. und Jim Fallows, Remarks at Airlift Memorial, Berlin, 10. Juli 1978, in: JCL, Susan Clough Files, Presidential Travel 4/14/77-10/13/80 through Telephone, Memoranda and Movement Logs 8/12/80-9/28/80, Box 43, Folder: Speeches For Trip to Germany 7/78, S. 6.

464 Jim Fallows schrieb: »In case you want to say more than that – especially after seeing the Wall – we've provided a four-minute statement.« Jim Fallows, Memorandum for the President, Subject: Germany Trip, 8. Juli 1978, in: ebd.



US-Präsident Jimmy Carter beantwortet Fragen beim Bürger-  
treffen in der West-Berliner Kongresshalle, 1978

die vorbereitete Rede Anspielungen auf die Leistungen Harry Trumans, für das deutsche Publikum einen Satz zu Nico Hübner.<sup>465</sup> Der Hinweis auf das Schicksal des Wehrdienstverweigerers entfiel aber auf der Bühne – ob Carter ihn spontan ausließ oder ihn bereits im Vorfeld gestrichen hatte, muss offenbleiben. Dass er fehlte, unterstreicht noch einmal die Vagheit der Aussagen des Präsidenten, die wenig Angriffsfläche und Anlass zur Kontroverse boten. Die Begrüßungsrede in der Kongresshalle lobte »the courage displayed by the people of Berlin in their beleaguered outpost« und betonte, die Mauer zeige »beyond the power of words the difference between those who believe in individual human rights, and those who do not«. <sup>466</sup> Ob die Zuhörer das in diese

465 Ebd., S. 2.

466 Jimmy Carter: Berlin, Federal Republic of Germany Question-and-Answer Session at a Town Meeting, 15. Juli 1978, The American Presidency Project, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=31087> [25.2.2018].

Zeilen integrierte Zitat erkannten, ist fraglich. US-Präsident Truman hatte am 21. März 1949 vor der *United States Conference of Mayors* ebenfalls von West-Berlin als einem »beleaguered outpost« gesprochen und den Mut der Stadtbewohner als Beweis für die Stärke des demokratischen Geistes gewertet.<sup>467</sup> Im Publikum saß damals West-Berlins Bürgermeister Ernst Reuter. Das verbindende Element dieser beiden Reden war die *imagined community* der USA und West-Berlins, die es weder ungewöhnlich erscheinen ließ, dass ein deutscher Bürgermeister am Treffen seiner amerikanischen Kollegen teilnahm, noch, dass ein amerikanischer Präsident in West-Berlin ein Bürgertreffen abhielt.

Zu glauben, es habe sich in den hier zelebrierten 30 Jahren Freundschaft nichts verändert, wäre jedoch trügerisch, denn Carter verstand die drei Jahrzehnte nicht als Beleg dafür, dass der gemeinsame Kampf gegen den Kommunismus fortgesetzt werden müsse, sondern er interpretierte sie als Beweis für den Erfolg der Entspannungspolitik.<sup>468</sup> Dass Carter in seinen Reden immer wieder die Menschenrechte in den Vordergrund rückte, lag darin begründet, dass dieses Thema seine gesamte Präsidentschaft prägte. Auch hatte das Thema durch jüngste Ereignisse an Relevanz gewonnen: Kurz zuvor war der DDR-Regimekritiker Rudolf Bahro zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Der Besuch Carters zeigte vier Dinge: Erstens hatten die innerstädtischen Spannungen zu diesem Zeitpunkt nachgelassen und der Besuch eines amerikanischen Politikers erhitzte die Gemüter kaum. Zweitens demonstrierte das Town Hall Meeting, dass man auf politischer Ebene nach neuen Formen der Inszenierung des Bündnisses suchte. Drittens zeugt die kurzfristig dem Programm hinzugefügte Fahrt über den Kurfürstendamm von einem gewissen Wunsch nach inszenatorischer Kontinuität und einem Festhalten an dem pro-amerikanischen Selbstverständnis aus der Hochzeit des Kalten Krieges. Viertens hatte sich die damit verbundene Interpretation der historischen Aufgabe West-Berlins jedoch gewandelt, zumindest auf amerikanischer Seite. Carters Rhetorik knüpfte eher an Nixon denn an Kennedy an und deutete West-Berlin als ein Symbol oder gar Mahnmal dafür, wie wichtig eine von gegenseitigem Verständnis und Respekt geprägte Annäherung zwischen Ost und West sei, um zumindest in humanitären Fragen Erfolge erzielen zu können.

### 3.6 Resümee

In der Erzählung von West-Berlin vereinten sich typisch amerikanische und deutsche Erzählmuster. Hier finden sich sowohl aus dem amerikanischen My-

467 Die Worte Trumans lauteten: »The courage they are displaying in their beleaguered outpost is proof to the world of the strength of the democratic spirit.« Vgl. Harry S. Truman, Address Before the United States Conference of Mayors, 21. März 1949, Online einsehbar unter: <http://trumanlibrary.org/publicpapers/viewpapers.php?pid=1072> [7.4.2017].

468 Carter, Berlin, Question-and-Answer Session at a Town Meeting.

thenhaushalt stammende Topoi wie die *Frontier* oder die *City upon a Hill* als auch die Vorstellung von Berlin als der amerikanischsten Stadt Deutschlands, die immer schon anders als der Rest des Landes gewesen sei. Ab den 1950er-Jahren diente die Halbstadt als Symbol für den Erfolg der westlichen Demokratie und die Standhaftigkeit gegenüber der kommunistischen Bedrohung. Dies war auch für die vor Ort befindlichen US-Soldaten von Bedeutung, denn ihre Anwesenheit erhielt einen Sinn, der sie stolz von ihrem mutigen Einsatz berichten ließ. Ein Zugführer, der zwischen 1959 und 1961 in Berlin stationiert war, erinnert sich im Rückblick daran, wie leicht es deshalb war, in der Stadt eingetroffene Soldaten zu motivieren:

Every day in Berlin was very exciting. We lived in such close proximity to our potential adversaries and were of course completely surrounded by them, so it was very easy to motivate our troops. All you had to do was take them to the border and point across it and say, 'There is a Russian soldier, and you may have to fight him tomorrow'.<sup>469</sup>

Keine Publikation der U.S. Army kam in der Hochphase des Kalten Krieges ohne den Hinweis darauf aus, dass man sich hier 110 Meilen hinter dem Eisernen Vorhang und damit mitten in Feindesgebiet befinde.

Sowohl die Wertschätzung des alliierten Militärs, als auch die eigene Bereitschaft, einen Verteidigungsbeitrag zu leisten, waren in West-Berlin signifikant höher als in der Bundesrepublik. Weite Teile der West-Berliner Bevölkerung bewunderten die USA nicht nur, sondern verstanden sich als Teil einer deutsch-amerikanischen Wertegemeinschaft. In dieser Studie wurde argumentiert, dass auch von einer Erfahrungsgemeinschaft gesprochen werden kann, da es weder in den USA noch in West-Berlin tatsächlich eine klar abgrenzbare Zeit des Friedens und der Stabilität zwischen Weltkrieg und Kaltem Krieg gab.

Während das deutsch-amerikanische Verhältnis in der Bundesrepublik vielerorts »von Kontrolle, Distanz und sogar Mißtrauen« geprägt blieb, brachten die amerikanischen Akteure den West-Berlinern »Zuneigung und zum Teil sogar Begeisterung« entgegen.<sup>470</sup> In den Worten der Zeitschrift *Army in Europe*: Während weite Teile der westdeutschen Bevölkerung die Militärpräsenz als »an irksome but essential arrangement« interpretierten, werde die Anwesenheit von US-Soldaten in Berlin als »a symbol of American intent to remain in Berlin and to keep it safe« verstanden.<sup>471</sup> Diese Wahrnehmung schlug sich auch in den entsprechenden Maßnahmen zur Förderung der *Troop-Community Relations* nieder und sorgte dafür, dass die Berliner Programme nicht – wie oftmals diejenigen in Westdeutschland – dazu dienten, Probleme zu erörtern, sondern

469 Bering, *Outpost Berlin*, S. 190.

470 Schwane, *Wider den Zeitgeist?*, S. 41.

471 Little »Americas«. U.S. Army Communities in Europe, in: *Army in Europe*, April 1965, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR, Records of the Special Staff, Office of the Adjutant General, Pamphlets 1961-66, Box 478, Folder: 1964, S. 5-10, Zitate auf S. 6 und S. 10.

den interkulturellen Austausch zu fördern und die »imagined community« in eine gelebte Gemeinschaft zu überführen.

Die transatlantische Meistererzählung von den mutigen West-Berlinern und ihren Schutzmächten sah sich Ende der 1960er-Jahre konkurrierenden Interpretationen der geteilten Stadt ausgesetzt. Dies haben besonders die Auseinandersetzungen im Vorfeld und während des Nixon-Besuchs verdeutlicht: Während ein kleiner Teil, insbesondere aus dem studentischen Milieu, aus dem Status quo ausbrechen und West-Berlin neu definieren wollte, wehrten sich weite Teile der städtischen Bevölkerung dagegen. Diejenigen, die sich gegen die Repräsentationen der transatlantischen *imagined community* auflehnten, waren – aufgrund des Alters oder des Aufwachsens an einem anderen Ort – nicht Teil jener Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaft, deren fundierende Geschichte die Blockade und die Luftbrücke sowie der Kampf gegen eine kommunistische Vereinnahmung West-Berlins bildeten.

Die öffentlichen Aufschreie über zu erwartende Proteste weckten bei diesen West-Berlinern zugleich Erinnerungen an die Auseinandersetzungen im Nachkriegsjahrzehnt und aktualisierten somit auch alte Ängste. Da die städtischen Mobilisierungskampagnen stets mit der Aufforderung verbunden waren, auf dem Kurfürstendamm zu zeigen, dass West-Berlin sich noch immer als »Vorposten der Freiheit« versteht und für die amerikanische Hilfe dankbar ist, wurde die Teilnahme zum Bekenntnis. Die deutsch-amerikanischen Veranstaltungen waren ein Akklamationsritual, bei dem weltpolitische Veränderungen weitgehend ausgeblendet und die alte Verbundenheit neu bekräftigt wurden. Hier ist auch der Grund dafür zu suchen, dass die Besuche Nixons und Carters kaum noch erinnert werden: Sie wirken aus der Zeit gefallen. Die zu Zehntausenden applaudierenden West-Berliner stehen der mittlerweile im kollektiven Gedächtnis dominierenden Erinnerung an das bunte, linke, subkulturell geprägte West-Berlin diametral entgegen. Doch die regelmäßige Aktualisierung der amerikanischen Sicherheitsgarantie und deren öffentliche Inszenierung ermöglichten dem »alten« West-Berlin für einen kurzen Augenblick, die Zeit anzuhalten. Sie ließen den heroischen Vorposten des Kalten Krieges noch einmal aufleben, bestätigten seine Mission und seine Besonderheit und stellten ein kulturelles Integrationsangebot für jene dar, die an dem alten Selbstverständnis von »Amerikas Berlin« festhalten wollten.

## 4. Konflikte, Konfrontationen und konkurrierende Deutungen

Nach dem Bau der Berliner Mauer und der gefährlichen, aber schließlich friedlich beendeten Panzerkonfrontation am Checkpoint Charlie im Oktober 1961 kehrte im Hinblick auf die Frage nach der Sicherung der Existenz West-Berlins etwas Ruhe ein. Lediglich der Rückzug Frankreichs aus der NATO im Juli 1966 ließ noch einmal kurzzeitig Debatten aufflammen, wie die Zukunft der Stadt statusrechtlich aussehen könnte.<sup>1</sup> Im Raum stand eine zentrale Frage: Würde ein Abzug Frankreichs den generellen Status der Alliierten berühren?<sup>2</sup> Dazu kam es aber nicht, da die Berliner Militärpräsenz nicht durch die NATO-Mitgliedschaft begründet war. Das Thema ruhte, bis die Verhandlungen über die Ostverträge begannen. Zeitgleich versuchte der Berliner Senat, zum Missfallen der Alliierten, unter anderem über Änderungen am Prozedere der Übertragung von Bundesgesetzen (Mantelgesetze) die Verbindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik enger zu knüpfen.<sup>3</sup> Das schließlich 1972 in Kraft tretende Vier-Mächte-Abkommen erteilte vielen dieser Bestrebungen eine Absage, denn es unterstrich noch einmal, dass West-Berlin nicht von der Bundesregierung regiert werden dürfe und auch weiterhin kein konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik sein würde. Zugleich erleichterte insbesondere das Transitabkommen das Leben in der ummauerten Stadt. Diese »Normalisierung« führte allerdings auch zu einer Marginalisierung. West-Berlin musste die eigene Existenz neu definieren, denn die Teilung schien unüberwindbar und eine Antwort auf die deutsche Frage in weiter Ferne.

Von massiven Subventionen abhängig, war es für West-Berlin wichtig, weiterhin Relevanz zu beweisen – nach wie vor als Schaufenster des Westens, aber auch als moderne Kulturmetropole, die sich nicht nur über ihr Bedrohtsein und die Mauer definiert.<sup>4</sup> In der Außenperspektive wurde der Halbstadt

1 Vgl. Telegramm der Botschaft Paris an Secretary of State, Subject: Meeting of Fourteen May 23: French Forces in Germany, 23. Mai 1966, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1964-1966, Political and Defense, POL 28 Government of Occupied Areas GER-B to POL Political Aff. & Rel. GER B-A, Box 2200; Airframe Embassy Bonn to Department of State, Subject: Berlin-Live Oak Problems, in: ebd.

2 »We are in Berlin by right of conquest; from the legal viewpoint, our right to remain there would not be affected by a French decision to depart. We recognize, however, propaganda opportunities for East if French were to defect.« Telegramm des State Departments an Bonner Botschaft [u. a.], Subject: Berlin/LIVE OAK Problems, 9. Mai 1966, in: ebd., S. 2.

3 Vgl. Airgram von USBER an die Botschaften in Bonn, London, Paris und Moskau, Subject: Mantelgesetz Procedure, 16. Mai 1966, in: ebd.

4 Vgl. Emily Pugh, *Architecture, Politics & Identity in Divided Berlin*, Pittsburgh 2014, S. 200-246.

trotzdem rasch eine neue Krise attestiert: Die isolierte »Alte-Leute-Metropole« und »schmarotzende Subventionopolis« sei eine »sterbende Stadt«, wurde bald geunkt.<sup>5</sup> Eine Dekade später hieß es, West-Berlin sei zur »verlängerten Werkbank Westdeutschlands verkümmert« und habe sich »in Sodom und Gomorra verwandelt«, sei als »Hauptstadt der Alternativen« zu einer »Latzhosen-Metropole« und einer »Drogenmetropole« verkommen, in der immer mehr Einwohner »Stadt und Staat auf der Tasche« lägen.<sup>6</sup>

West-Berlin sollte in Zeiten der politischen Annäherung zwischen den Blöcken nicht mehr Frontstadt sein, konnte aber – aufgrund seiner Geschichte, mangels Umland und mit einem komplizierten völkerrechtlichen Sonderstatus versehen – auch keine normale Großstadt werden. Der Jahresbericht der US-Armee von 1974 beschrieb den Zustand vor diesem Hintergrund als »abnormal normalcy« und hielt fest, dass die Entspannungspolitik den älteren West-Berlinern ihren »sense of purpose« geraubt habe, während junge Menschen das Gefühl hätten, »this ›new normalcy‹ was not normal enough«.<sup>7</sup>

### Alltägliche Zusammenarbeit vor Ort

Auch die Zusammenarbeit zwischen den West-Alliierten und dem Berliner Senat unterlag einem Normalisierungsprozess und gestaltete sich – trotz temporärer Differenzen – zumeist reibungslos. Die drei Stadtkommandanten trafen sich monatlich mit dem Regierenden Bürgermeister zum Austausch, ihre politischen Vertreter, die Gesandten, mit dem Chef der Senatskanzlei. Nur die Verbindungsoffiziere pflegten einen intensiveren Kontakt zum West-Berliner Senat, da sie ihre Büros im Schöneberger Rathaus hatten und sich wöchentlich mit dem Chef der Senatskanzlei (oder einem Vertreter) und der Abteilung für Berlin-Politik der Senatskanzlei trafen.<sup>8</sup>

Natürlich spielten in diesem Rahmen persönliche Beziehungen und Sympathien stets eine wichtige Rolle – und hier sind durchaus Zäsuren zu verzeichnen. Immer wieder merkt man den Analysen und Berichten aus den späten 1960er-Jahren eine gewisse Sehnsucht an: Kaum ein Nachfolger schnitt in den unzähligen Vergleichen mit dem einstigen Regierenden Bürgermeister Willy Brandt positiv ab. Dessen Nachfolger Heinrich Albertz charakterisierte die Berliner US-Mission zwar als »a highly intelligent rather self-effacing man, a skilled administrator, and something of a humanist«, empfand ihn aber auch als »unbequem« und nicht so »gemuetlich« und »rough-cut« wie Willy Brandt; dafür sei er aber auch nicht so »steeped in socialist tradition«, sondern von einer »love of order, discipline and things Prussian« geprägt. Das Verhältnis zu

5 Wichtiger Vorort, in: Der Spiegel 1/1972, S. 34-36.

6 Karl-Heinz Krüger, »Ich lerne langsam, dich zu hassen«, in: Der Spiegel 33/1983, S. 36-53.

7 HQ U.S. Army Berlin, Annual Report of Major Activities 1974, in: USAHEC, Berlin Brigade Collection, Command Historical Reports, S. 15.

8 Vgl. Jeschonnek/Riedel/Durie, Alliierte in Berlin, S. 553.

ihm wurde von der US-Mission als gut bewertet, obwohl er – im Gegensatz zu Brandt – dazu tendierte, »certain aspects of Allied authority« abzulehnen, verschiedene bürokratische Abläufe und Einrichtungen zu kritisieren und deshalb zeitweise ein schwieriger Partner war.<sup>9</sup> Klaus Schütz bereitete den Amerikanern Kopfzerbrechen, da er aus ihrer Sicht die Alliierten manchmal nicht ausreichend konsultierte.<sup>10</sup> Obwohl man aufgrund seiner politischen Erfahrung davon ausgegangen war, er sei »ideally qualified to cope with the intricacies of Allied-Senat relations«, habe er sich stellenweise als »the most obdurate Governing Mayor« erwiesen und für einen absoluten Tiefstand der Beziehungen gesorgt. Man bewertete ihn als einen »intellectual snob«, der nicht nur »sardonic«, sondern auch »impatient and sometimes short-tempered« sei und wohl nie lernen werde, »to speak to crowds like Reuter or Brandt«. Zugute hielten die amerikanischen Beobachter Schütz, dass er intelligent und pro-amerikanisch eingestellt sei.<sup>11</sup>

Zwischen Juni 1981 und März 1989 wurde West-Berlin nach Jahrzehnten erstmals wieder von der CDU regiert. Mit Hans-Jochen Vogel (SPD, 23. Januar 1981 bis 11. Juni 1981) und Richard von Weizsäcker (CDU, 11. Juni 1981 bis 09. Februar 1984) bekam die Stadt in den 1980er-Jahren zudem Bürgermeister, die zuvor nicht – wie fast all ihre Vorgänger – Teil der Lokalpolitik gewesen waren. Anstatt sich an die etablierten Kommunikationswege und -formen zu halten, so schon bald die interne amerikanische Klage, würden sie bei Problemen lieber »phoning one's friends in Bonn«.<sup>12</sup>

Auch mit den für den Kontakt zu den Verbindungsoffizieren betrauten Mitarbeitern der Senatskanzlei war man mal mehr und mal weniger zufrieden. In den internen Memos finden sich vereinzelt kurze Einschätzungen, so zum Beispiel ein Vermerk darüber, dass Detlef Stronk, Nachfolger des bereits erwähnten Gerhard Kunze, »promises to be a far more congenial ›Gesprächspartner‹ than his predecessor«.<sup>13</sup> Ein weiterer wichtiger Faktor waren die Be-

9 Airgram von Wyman (USBER Berlin) an Department of State, Subject: Albertz as Governing Mayor, Ref: Berlin 789, 3. Januar 1967, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1967-1969, Political and Defense, POL 14 GER B to POL 23-8 GER B, Box 2109.

10 Telegramm der US-Botschaft in Bonn, Subject: Proposed Ambassadorial Letter to Schuetz, März 1968, in: ebd., S. 2.

11 Airgram der US Mission Berlin an das Department of State, Subject: Berlin's Governing Mayor Schuetz After One Year, 4. Januar 1969, in: ebd.

12 Rick Bock an The Minister, Subject: Flap Concerning U.S. Exercises, 27. Januar 1981, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Sent Chrons August-December 1979 to Sent Chrons November-December 1981, Box 1, Folder: Chrons, Memos Jan-April 1981.

13 POL -RVP, Subject: SLO-Meeting with Senat Chancellery Chief Stronk on April 30, 1985, 1. Mai 1985, in: RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, from Index to SLO to Schierbaum Meetings, Box 8 [old box 2], Folder: Schierbaum Meeting Chrons.



zirkusbürgermeister des amerikanischen Sektors. Da Freundschaftsinitiativen – aber auch Beschwerden – oft auf Bezirksebene verhandelt wurden, entschied die Zusammenarbeit vor Ort sowie das Engagement Einzelner häufig über die Qualität der Beziehungen zur US-Armee insgesamt.

Trotz zahlreicher Personalwechsel und persönlicher Animositäten spiegeln die Akten<sup>14</sup> eine relativ konfliktfreie Zusammenarbeit, die davon geprägt war, Unstimmigkeiten nicht an die Öffentlichkeit kommen und dem Senat weitestgehend freie Hand zu lassen, solange es sich nicht um Sicherheits- oder Statusfragen handelte.<sup>15</sup> Darüber hinaus zählten die drei Stadtkommandanten zur »feineren« West-Berliner Gesellschaft; der Regierende Bürgermeister Diepgen erinnerte in seinen Memoiren daran, dass sie »in ihren Bezirken Vizekönige« gewesen seien und man anlässlich der regelmäßigen Empfänge und Feste »gerne bei Hofe« verkehrt habe: »Man riss sich um die Einladungen.«<sup>16</sup>

Der routinierte alltägliche Umgang hatte jedoch auch eine Kehrseite: Als Mitte der 1980er-Jahre die Idee der Berliner SPD, eine Städtepartnerschaft mit Hiroshima einzugehen, vom Senat mit dem Hinweis auf die Rechte der Alliierten abgelehnt wurde, ohne dass diese überhaupt konsultiert worden waren, war der amerikanische Verbindungsoffizier über diese »old tricks« brüskiert und notierte in einem Vermerk, »that the Senat was once again using the Allies as an excuse for refusing to do something they had their own reasons for not wanting to do«.<sup>17</sup> Augenscheinlich hatte der Berliner Senat inzwischen auch die Vorteile der alliierten Rechte erkannt: Des Öfteren legen die überlieferten Quellen den Rückschluss nahe, dass man bei unpopulären Maßnahmen gerne auf die Alliierten verwies oder diese um Hilfe bat, wenn eine Anweisung des Militärs versprach, langwierige Diskussionen zu verhindern oder bürokratische Prozesse abzukürzen. Konflikte wurden an die deutschen und amerikanischen Verwalter des Berliner Sonderstatus eher von außen herangetragen – zumeist in Form von politisch motivierten Protesten, die auf die eine oder andere Weise die Präsenz der Alliierten berührten oder auch infrage stellten.

14 Exemplarisch siehe die Kommunikation zwischen dem Senat und den Verbindungsoffizieren und Gesandten: LArch, B Rep. 002, Nr. 1331, 24532, 24533, 24534.

15 Bis Mitte der 1960er-Jahre wechselten die US-Stadtkommandanten nach weniger als zwei Jahren. Später blieben sie circa drei Jahre vor Ort. Der Chef der Senatskanzlei wechselte mal nach zwei und mal nach vier Jahren. Bis in die 1970er-Jahre waren es oft Personen mit sehr enger Verbindung zu Ernst Reuter oder Willy Brandt, zu nennen sind hier insbesondere Hans Hirschfeld (1957-1959), Heinrich Albertz (1959-1961), Dietrich Spangenberg (1963-1967) und Hanns-Peter Herz (1973-1977).

16 Diepgen, *Zwischen den Mächten*, S. 35-38, Zitat S. 35. Vgl. »Ich back' die Kuchen mit den großen Formen.« Interview mit Peter L. H. Schwenkow, in: Olaf Leitner, *West-Berlin! Westberlin! Berlin (West)! Die Kultur, die Szene, die Politik. Erinnerungen an eine Teilstadt der 70er und 80er Jahre*, Berlin 2002, S. 68-77, hier S. 69.

17 Notes from SLO Meeting with Kaczmarek, undatiert, in: RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, from Index to SLO to Schierbaum Meetings, Box 8 [old box 2], Folder: Schierbaum Meeting Chrons, S. 2.

Eine Mischung aus »excitement and fear, politics and personal desire« sowie der Umstand, dass man mit einem Umzug nach West-Berlin der Einberufung zur Bundeswehr entgehen konnte, lockten seit den 1960er-Jahren und vermehrt in den 1970er- und 1980er-Jahren Tausende junge Menschen an die Spree.<sup>18</sup> Zugleich verließen zahlreiche gebürtige Berliner die Halbstadt, da sich ihnen in der prosperierenden Bundesrepublik bessere Chancen boten. Die Neu-Berliner nahmen das Versprechen der Stadt, ein »Vorposten der Freiheit« zu sein, beim Wort – nur meinten sie damit eher ihre persönliche Freiheit sowie die Freiheit, neue Formen des Zusammenlebens und des politischen oder künstlerischen Engagements auszuprobieren. Auch der kosmopolitische Charakter lockte viele an, die hofften, der gefühlten Enge ihrer westdeutschen Heimatstädte entfliehen zu können. Belinda Davis stellte vor diesem Hintergrund fest: »Politics made the space; activists ›made‹ West Berlin; West Berlin in turn made the activists.«<sup>19</sup> Der städtische Raum, den die Zugezogenen vorfanden, war höchst disparat. Was die Mauer umschloss, setzte sich aus visionären Neubauprojekten und Neon-Lichtern, aber auch aus noch immer vom Krieg gezeichneten Altbauvierteln mit grauen Fassaden und trostlosen Hinterhöfen zusammen. Mit dem Neuen wurde gern geworben, die Probleme lieber verdrängt. Doch gerade die Tristesse der vernachlässigten Relikte einer anderen Zeit machte für viele kreative Geister den West-Berliner Charme aus.

Als frisch aus Westdeutschland in die Mauerstadt gezogener, subkulturell bewegter Neu-Kreuzberger nahm man die amerikanischen Soldaten meist nur in ihren Jeeps auf Patrouillen-Fahrten entlang der Mauer wahr. Ansonsten begegneten sie einem auch mal überraschend, wenn plötzlich nebenan der Häuserkampf geübt wurde. Ihre Wohnsiedlungen waren aber neben den Zehlendorfern und Steglitzern meist nur den Studierenden der Freien Universität bekannt. Die von den GIs bevorzugten Bars und Clubs hatten stets zahlreiche Freunde des Rock 'n' Roll und Jazz angelockt, aber als Bohemien, Punk oder Hausbesetzer frequentierte man sie eher nicht. Erst später wurden sie für die Fans von Soul, Funk und HipHop wieder zu kleinen popkulturellen Oasen einer musikalischen Avantgarde.<sup>20</sup>

Doch trotz einer gewissen räumlichen Distanz strukturierten die alliierte Militärpräsenz und der sie umrankende Mythos nach wie vor das Leben in der Stadt und die Auseinandersetzung mit ihr. War man erst einmal vor Ort, wurde man schnell mit dem in der Hochphase des Kalten Krieges geprägten

18 Belinda Davis, *The City as Theater of Protest. West Berlin and West Germany, 1962-1983*, in: Gyan Prakash/Kevin M. Kruse (Hg.), *The Spaces of the Modern City. Imaginaries, Politics, and Everyday Life*, Princeton 2008, S. 247-274, hier S. 249.

19 Ebd., S. 247.

20 Vgl. Bodo Mrozek, *Vom Ätherkrieg zur Popperschlacht. Die Popscape West-Berlin als Produkt der urbanen und geopolitischen Konfliktgeschichte*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History II* (2014) 2, S. 288-299.



Die amerikanische »Wall Patrol« in Kreuzberg

Selbstverständnis bekannt. Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist dementsprechend die Annahme, dass die USA auch für die verschiedenen Protestbewegungen in den 1960er- bis 1980er-Jahren stets einen Bezugspunkt bildeten: Mal waren sie Vorbild, mal Feindbild und mal Hindernis, weil sich Teile der lokalen Bevölkerung einer Kritik an ihrer »Schutzmacht« verwehrt oder alliierte Rechte die Optionen der Akteure einschränkten. Wer hier, in »Amerikas Berlin«, gegen die globale Politik der Vereinigten Staaten protestieren wollte, musste mit Gegenwind rechnen. Die Protestgruppen hatten sich deshalb mit der alliierten Präsenz und der an ihre Anwesenheit geknüpften städtischen Identität in irgendeiner Form auseinanderzusetzen, wenn sie auf die Unterstützung eines die amerikanische Politik kritisierenden Anliegens durch die breite Bevölkerung hofften.

Das folgende Kapitel fragt deshalb zum einen nach dem Verhältnis zwischen den Protestbewegungen und der US-Armee und zum anderen, ob und, wenn ja, wie die West-Berliner Sinnprovinz die Forderungen und Strategien der Gruppen prägte. Ziel ist es, die Konflikte und Konfrontationen jener Zeit in ihrer spezifischen West-Berliner Prägung zu rekonstruieren, im jeweiligen historischen Kontext zu verorten und so jene Faktoren herauszuarbeiten, die das Zusammenleben und die Interpretation der US-Militärpräsenz zwischen Mauerbau und Mauerfall beeinflussten. Sie erstrecken sich räumlich von Saigon über Washington bis Berlin und spiegeln nicht nur einen politischen, sondern auch einen kulturellen Wandel sowie Fragen von Identität und Zugehörigkeit

wider. So bedeutende wie komplexe Themen, die inzwischen ganze Bibliotheken füllen – der Vietnamkrieg, die internationale Studenten- und Friedensbewegung, das Civil Rights Movement, Entwicklungen in den deutsch-deutschen und den internationalen Beziehungen, die Dekolonialisierung und ihre Folgen, der sogenannte Strukturbruch in den 1970er-Jahren – bilden hier den Hintergrund für eine Geschichte der Neuaushandlung dessen, was West-Berlin war und künftig sein sollte.

#### 4.1 Enttäuschung und Aufbegehren: Vietnam und West-Berlin

Im Sommer 1965 reiste Eleanor Dulles, die von Willy Brandt einst aufgrund ihres intensiven Einsatzes für die Stadt im Rahmen ihrer Tätigkeit für das Bureau of German Affairs als »Mutter Berlins« bezeichnete Schwester von Allen und John Foster Dulles, erneut an die Spree. Die umtriebige, aber (vorübergehend) im Ruhestand befindliche Diplomatin arbeitete an einem Buch über *Berlin und die Amerikaner*,<sup>21</sup> da die Stadt ihren Landsleuten zwar »so wichtig« sei, »wie eine ihrer eigenen Städte«, sie aber über »die Kompliziertheit der deutschen Frage, die Bedeutung Berlins für das Aufhalten der kommunistischen Flut« wenig wüssten.<sup>22</sup> Einige Amerikaner würden daher in jüngster Zeit fälschlicherweise dazu tendieren, »die Situation der Stadt als gesichert anzusehen«.<sup>23</sup> Was sie nicht wahrnahmen, so Dulles, seien der kulturelle Wandel in der Bundesrepublik sowie die zunehmenden Versuche, eigene Wege zur Überwindung der starren Blockkonfrontation zu finden.

Zu Recherchezwecken nahm Dulles auch an Debatten mit West-Berliner Studentinnen und Studenten teil. Noch unter dem Eindruck des Mauerbaus stehend beklagten sich diese mehrfach über die Tatenlosigkeit ihrer sogenannten Schutzmächte: »Die Kritik an den Alliierten war zwar nicht immer scharf, aber doch beharrlich und im wesentlichen einmütig – die USA hätten die Macht, würden sie aber nicht gebrauchen.«<sup>24</sup>

Dulles' Darstellung zeigt einerseits viel Verständnis für die Forderung der Studenten nach einer Ausweitung ihres Mitspracherechts und den Wunsch nach mehr Kontakten zu jungen Menschen in Ost-Berlin, andererseits aber auch eine gewisse Enttäuschung über die Undankbarkeit oder historische Vergesslichkeit ihrer Gesprächspartner. Immer wieder spielt die Autorin darauf an, dass die USA die Voraussetzungen für solche offenen und kritischen Dis-

21 Eleanor Dulles, *Berlin und die Amerikaner*, Köln 1967.

22 Ebd., S. 15.

23 Ebd., S. 227.

24 Vgl. Airgram USBER an die Botschaften in Bonn, London und Moskau, USAREUR und USELMLO, Subject: Wall Bombers are Sentences, 23. Oktober 1964, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1964-1966, Political and Defense, POL 28 Government of Occupied Areas GER-B to POL Political Aff. & Rel. GER B-A, Box 2200.

kussionen überhaupt erst geschaffen hatten: durch die Gründung der Freien Universität und die Finanzierung zahlreicher weiterer Einrichtungen, durch die Umstrukturierung der deutschen Universitäten nach dem Krieg und die Etablierung einer demokratischen Öffentlichkeit. Gleichzeitig fiel Dulles die Übernahme typisch amerikanischer Protestformen auf, die ihrer Meinung nach bezeugen würden, dass »die Studenten nicht mehr autoritätsgläubig und -fürchtig sind«: »Sie sprechen häufig von den Studentenunruhen in Berkeley. Sie erkundigen sich nach den teach-ins.« Hier offenbare sich, so ihr Fazit, das Selbstbewusstsein einer neuen Generation, deren Blickfeld nicht mehr »durch das Gefühl einer nationalen Schuld eingeengt« sei, sondern die »fest davon überzeugt [ist], daß sie geistig, physisch und wirtschaftlich im Stande [sei], politische Zusammenhänge von einem neuen Standpunkt aus zu sehen«.<sup>25</sup> Zwischen Empörung und Verunsicherung schwankend stellte sie fest, dass die Kinder jener, mit denen »wir Amerikaner zusammengearbeitet« und »das verwüstete Deutschland« wieder aufgebaut haben, sich nun dagegen wehren würden, dass »ihre Rechte und Wünsche von einer fremden Macht beschnitten werden«.<sup>26</sup>

Diese »Kinder« erlebten die USA jedoch nicht nur als fremde Macht; längst hatten sie einen Prozess der Selbst-Amerikanisierung oder der Amerikanisierung »von unten« durchlaufen und orientierten sich stark an ihren amerikanischen Altersgenossen.<sup>27</sup> Während Dulles sich noch in West-Berlin über die Jugend wunderte, hatte in ihrer Heimat ein Konflikt begonnen, der die transatlantische »imagined community« auf unterschiedliche Art und Weise belasten, aber auch neue Gemeinschaften begründen sollte: der Krieg in Vietnam. Die täglich im Fernsehen gezeigten grausamen Bilder des – aufgrund der jetzt technisch möglichen umfassenden medialen Berichterstattung – ersten »living room war«,<sup>28</sup> forderten den Glauben an die moralische Überlegenheit des Westens immer mehr heraus und ließen bei vielen, die nur wenige Jahre zuvor John F. Kennedy begeistert zugejubelt hatten, Zweifel aufkommen. Geprägt durch die Kulturarbeit der Amerikahäuser und den Radiosender AFN, durch transatlantische Austauschprogramme und die breite Rezeption amerikanischer Popkultur hatte insbesondere die junge Generation die USA stets »als vorbild-

25 Vgl. Dulles, Berlin und die Amerikaner, S. 210-225, Zitate S. 215 und 217 f.

26 Ebd., S. 225.

27 Vgl. Kaspar Maase, Amerikanisierung von unten. Demonstrative Vulgarität und kulturelle Hegemonie in der Bundesrepublik der 50er Jahre, in: Alf Lüdtke u. a. (Hg.), Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 291-313.

28 Gerhard Paul, Kriegsbilder – Bilderkriege, in: APuZ 31/2009, S. 39-46, Zitat S. 44. Siehe auch: Gerhard Paul, Der Vietnam-Krieg als Sonderfall und Wendepunkt in der Bildkommunikation des modernen Krieges?, in: Thomas Knieper/Marion G. Müller (Hg.), War Visions. Bildkommunikation und Krieg, Köln 2005, S. 80-104.



Sympathiekundgebung für die USA vor dem Amerika-Haus  
in Reaktion auf die Ausschreitungen im Februar 1966

licher Vertreter von Demokratie und Freiheit wahrgenommen« und reagierte mit »Wut, Zynismus und Frustration«, als das positive Image Risse bekam.<sup>29</sup>

Im Februar 1966 wurde das West-Berliner Amerika-Haus in der Nähe des Kurfürstendamms erstmals zum Ziel studentischer Proteste. Der *Spiegel* beschrieb Szenen, die noch wochenlang für Gesprächsstoff sorgten: »Die Demonstranten verkeilten sich im Portal des Amerika-Hauses. Einige zerrten am Sternenbanner, andere bombardierten die Kunststeinfassade mit Eiern niedrigster Preisklasse.«<sup>30</sup> Bürgermeister Willy Brandt entschuldigte sich umgehend bei den Amerikanern, die ihrerseits ebenfalls bekundeten, dass die »ties of trust and friendship« ihnen noch immer sehr am Herzen lägen.<sup>31</sup>

Die kommenden Monate und Jahre stellten diese Verbindungen jedoch immer wieder auf die Probe. In den USA selbst hatten die Proteste gegen den

29 Höhn/Klimke, *Ein Hauch von Freiheit*, S. 211f. Siehe auch: Timothy Scott Brown, *West Germany and the Global Sixties. The Antiauthoritarian Revolt, 1962-1978*, Cambridge/New York 2013, S. 29f.; Götz Aly, *Unser Kampf. Ein irritierter Blick zurück*, Lizenzausgabe, Bonn 2008, S. 144-147.

30 Eier von links, in: *Der Spiegel* 8/1966, S. 48.

31 Telegramm der US-Mission Berlin, Subject: Reply to Brandt on Amerika Haus Demonstration, 8. Februar 1966, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1964-1966, Political and Defense, POL 28 Government of Occupied Areas GER-B to POL Political Aff. & Rel. GER B-A, Box 2200.

Einsatz in Vietnam schon 1965, kurz nach Beginn des Krieges, eingesetzt. Getragen wurden sie zunächst hauptsächlich von einzelnen Gruppen und Personen, die zuvor im Free Speech Movement und der daraus hervorgehenden Studentenbewegung sowie dem afroamerikanischen Civil Rights Movement aktiv gewesen waren.<sup>32</sup> Am 17. April 1965, im Rahmen eines *March on Washington*, erklärte Paul Potter, Vorsitzender der Students for a Democratic Society (SDS) und Organisator dieser ersten großen Anti-Vietnam-Demonstration, dass man nicht einfach nur den Krieg beenden, sondern auch das System abschaffen müsse, das ihn hervorgebracht habe:

What we must do is begin to build a democratic and humane society in which Vietnams are unthinkable, in which human life and initiative are precious. The reason there are twenty thousand people here today and not a hundred or none at all is because five years ago in the South students began to build a social movement to change the system. The reason there are poor people, Negro and white, housewives, faculty members, and many others here in Washington is because that movement has grown and spread and changed and reached out as an expression of the broad concerns of people throughout the society.<sup>33</sup>

Insbesondere im Süden der USA engagierten sich seit 1963/64 immer mehr Studierende in der Bürgerrechtsbewegung – zum Beispiel im Rahmen des *Freedom Summer*, eines Projekts zur Registrierung afroamerikanischer Wähler. In dieser Zeit kam es auch zu einem ersten Austausch zwischen den der »New Left« zugehörigen Students for a Democratic Society und dem afroamerikanischen Student Non-Violent Committee (SNCC), was in der Folge half, »to put segregation and racial inequality in the United States on the political agenda of students in the North«.<sup>34</sup> Während sich immer mehr amerikanische Studierende für die Gleichberechtigung der afroamerikanischen Bevölkerung engagierten und an selbstgegründeten *Free Universities* neue didaktische Konzepte ausprobierten, protestierten ihre deutschen Kommilitonen gegen die Einfügung einer Notstandsverfassung in das Grundgesetz (die West-Berlin allerdings nicht betraf) und für mehr Mitbestimmung innerhalb der bestehenden Hochschulstrukturen. Was beide Bewegungen miteinander verband, war die Kritik an einem wahrgenommenen »Widerspruch zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit«, der Wunsch nach mehr Freiheit

32 Siehe hierzu: Frei, 1968, S. 31-75. Zu dem komplizierten Verhältnis zwischen der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung und den Anti-Vietnam-Protesten insbesondere während der Johnson-Administration: Daniel S. Lucks, *Selma to Saigon. The Civil Rights Movement and the Vietnam War*, Lexington 2014.

33 Paul Potter, *Naming the System*, Rede gehalten am 17. April 1965 vor dem Washington Monument, URL: [http://www.sds-1960s.org/sds\\_wuo/sds\\_documents/paul\\_potter.html](http://www.sds-1960s.org/sds_wuo/sds_documents/paul_potter.html) [7.2.2017].

34 Vgl. Martin Klimke, *The Other Alliance. Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties*, Princeton 2010, S. 15-18, Zitat S. 16.

und Mitgestaltung und die Überzeugung, dass die Universitäten als »Spiegel gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse« der richtige Ausgangspunkt seien, um langfristig auch jenseits des Campus Veränderungen herbeizuführen.<sup>35</sup>

Diese Parallelen führten nicht sofort zu einem Austausch. Obwohl viele deutsche Studierende die Entwicklungen an den amerikanischen Universitäten aufmerksam verfolgten, wurden die Students for a Democratic Society erst 1967 durch den Tod Benno Ohnesorgs auf ihr bundesrepublikanisches Pendant, den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), aufmerksam.<sup>36</sup> Dieser interessierte sich indes aufgrund der an Zahl und Brutalität zunehmenden Rassenunruhen in den USA insbesondere für den radikaleren Zweig der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung.<sup>37</sup> Die blutige Niederschlagung friedlicher Proteste, die kontinuierliche Diskriminierung durch die Polizei, die trotz des *Civil Rights Act* (1964) und des *Voting Rights Act* (1965) nur langsam eintretenden Verbesserungen und schließlich die Ermordung des Bürgerrechtlers Malcolm X hatten bei einigen afroamerikanischen Bürgerrechtsaktivisten für Zweifel an dem insbesondere von Martin Luther King propagierten Prinzip des gewaltfreien, zivilen Ungehorsams gesorgt. Die Gründung der Black Panther Party im Oktober 1966 war ein klares Zeichen für die Spaltung und Radikalisierung der Bewegung.<sup>38</sup> Die Black Panther (und auch das SNCC unter dem neuen Vorsitzenden Stokely Carmichael) deuteten den Kampf um Bürgerrechte als Klassenkampf und verstanden sich selbst als eine revolutionäre Befreiungsbewegung analog zu jenen in der sogenannten Dritten Welt. Die deutsche Studentenbewegung übernahm diese Sichtweise:

West German activists adopted the Black Panther's interpretation that viewed the black population as an ›internal colony‹ of the United States, which could liberate itself from oppression only through the use of violence. This interpretation was strengthened by an anti-imperialism accelerated by the escalation of the war in Vietnam, which, for parts of the West German movement, linked the United States and its foreign policy semiotically to the crimes of National Socialism.<sup>39</sup>

Diese Deutung fand ihren Ausdruck in den Rufen »USA-SA-SS«, die häufig bei Protesten in West-Berlin zu hören waren und die amerikanische Außenpolitik mit den Taten der Eltern-Generation verband, verglich und bisweilen auch gleichsetzte. Darüber, ob der Slogan durch ein Schild mit der Aufschrift »USASA FS« (*U.S. Army Security Agency Field Station*) am Eingang der An-

35 Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA*, München 2001, S. 25-35, Zitate S. 32.

36 Vgl. Klimke, *The Other Alliance*, S. 75-81.

37 Höhn/Klimke, *Ein Hauch von Freiheit*, S. 209 f.

38 Zur Geschichte der Black Panther: Joshua Bloom/Waldo E. Martin, Jr., *Black against Empire. The History and Politics of the Black Panther Party*, Berkeley 2014.

39 Klimke, *The Other Alliance*, S. 108. Siehe auch: Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung*, S. 35-49.



draws Barracks – und damit unweit der Freien Universität – inspiriert wurde, lässt sich nur spekulieren.

Immer wieder zogen die Studierenden Parallelen zwischen der US-Präsenz in Vietnam und West-Berlin. So forderten sie zum Beispiel in einem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz, dass die USA alle Aktivitäten des Amerika-Hauses und der Botschaft in West-Berlin einstellen sollten, solange der Krieg in Vietnam nicht beendet sei.<sup>40</sup>

### Warum West-Berlin?

Die Aktivitäten des SDS an der Freien Universität, der Vietnam-Kongress, die Kommune I, der Tod Benno Ohnesorgs, das Attentat auf Rudi Dutschke, die versuchte Erstürmung des Springer-Gebäudes, die Schlacht am Tegeler Weg, die Befreiung von Andreas Baader und die Gründung der RAF – die sich unter der Chiffre »1968« versammelnden Ereignisse der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre waren zu weiten Teilen in West-Berlin verortet. Schon zeitgenössisch wurde deshalb die Frage gestellt, warum ausgerechnet die als Symbol für die menschenverachtende Seite des Kommunismus stehende geteilte Stadt zu einer Hochburg der Neuen Linken wurde. Gut informiert und um Sachlichkeit bemüht analysierten amerikanische Beobachter die Ideen der studentischen Protestgruppen, die deutschen Reaktionen auf ihre Demonstrationen sowie mögliche Gründe für das Entstehen der Bewegung. In einem 14-seitigen Bericht kamen sie zu dem Schluss, dass West-Berlin nicht nur die Möglichkeit bot, sich der Wehrpflicht zu entziehen und deshalb ganz bestimmte Menschen anlockte, sondern auch eine hohe Aufmerksamkeit garantierte:

[T]hey can be quite sure that local press reports will have the tone of outraged dignity they find most gratifying. The Berlin dateline also increases the likelihood that some of the stories will be picked up by the world press. For a movement that considers publicity, good or bad, one of its most powerful weapons, Berlin is an ideal city.<sup>41</sup>

Darüber hinaus seien die besondere Geschichte der Stadt, ihr Selbstverständnis sowie ihre geografische Lage entscheidend:

Berlin's tradition of staunch resistance to communism is a challenge to youths who believe in anti-anticommunism and who have no adult memory or experience of Berlin's severe past crises. Divided Berlin is the most

40 Telegramm des Department of State an mehrere deutsche Vertretungen der USA, Confidential, Subject: Schuetz in the Lion's Den, 20.2.1967, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1967-1969, Political and Defense, POL 14 GER B to POL 23-8 GER B, Box 2109, S. 3.

41 Airgram USBER Berlin an Department of State, Subject: Berlin's New Left, 12. Mai 1967, in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1967-1969, Political and Defense, POL 14 GER B to POL 23-8 GER B, Box 2109, S. 13.

convenient place in Europe for the News Left to practice its doctrine of making personal contacts across ideological boundaries. Students with West German identity documents [...] can and do travel freely to East Berlin.<sup>42</sup>

Resigniert schloss der Bericht vom Mai 1967 mit der Feststellung: »There seems no quick or easy way out of the dilemma.« Man müsse jedoch auch nicht allzu besorgt sein, denn »Berlin is not on the verge of a permanent revolution of the Masses.«<sup>43</sup> Nur wenige Tage später, am 2. Juni 1967, eskalierte die angespannte Lage, als bei Protesten gegen den Besuch des Schahs von Persien der Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen wurde. Die Bewegung hatte ihren ersten Märtyrer.<sup>44</sup>

Nur wenige Historiker haben die Frage der Zeitgenossen nach dem Warum bisher aufgegriffen. Wolfgang Kraushaar zog als Erklärung ebenfalls die geopolitische Lage, aber auch die besondere Gründungsgeschichte der nach amerikanischen Vorbildern konzipierten und mit finanzieller Hilfe durch die USA aufgebauten Freien Universität heran: »Da hier die Machtblöcke unmittelbar aufeinanderprallen, steht die westliche Stadthälfte politisch und kulturell wie unter Strom. All dies schlägt sich auch im besonderen Charakter der Freien Universität (FU) nieder. [...] Nicht zufällig werden die uneingelösten Wertimplikationen ihrer Gründung in dem Moment virulent, als die USA 1965 dazu übergehen, in Vietnam einen offenen Krieg zu führen.«<sup>45</sup>

Norbert Frei und Götz Aly sehen zusätzlich West-Berlins besondere Medienlandschaft – dominiert durch den konservativen Springer Verlag – als ursächlich für den studentischen Wunsch nach Aufklärung und Gegenöffentlichkeit.<sup>46</sup> Timothy Scott Brown erachtet West-Berlin lediglich als »one in a number of revolutionary capitals«, betont jedoch, dass das Verständnis als antikommunistische Frontstadt von vielen Studenten als Herausforderung betrachtet wurde.<sup>47</sup> Für Gerd Koenen war die »radikale Teilung der gesellschaftlichen Milieus« in West-Berlin ausschlaggebend für die besonders konfliktreichen Auseinandersetzungen in der geteilten Stadt: »Auf der einen Seite standen Zehntausende junger Zugezogener aus Westdeutschland, darunter viele, die

42 Ebd., S. 12.

43 Ebd., S. 14.

44 Erst 2009 wurde bekannt, dass der Polizeibeamte Karl-Heinz Kurras zu jener Zeit inoffizieller Mitarbeiter des MfS war. Vgl. Cornelia Jabs/Helmut Müller-Enbergs, Der 2. Juni 1967 und die Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv 3/2009, URL: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-bewegung/52044/der-2-juni-1967-und-die-staatssicherheit?p=all> [25.1.2017].

45 Wolfgang Kraushaar, Berliner Subkultur. Blues, Haschrebellen, Tupamaros und Bewegung 2. Juni, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hg.), 1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Lizenzausgabe, Bonn 2008, S. 261-275, Zitat S. 261. Die besondere Geschichte der FU betont auch Martin Klimke in ders., The Other Alliance, S. 60 ff.

46 Frei, 1968, S. 106; Aly, Unser Kampf, S. 119.

47 Brown, West Germany and the Global Sixties, S. 21-78, Zitat S. 26.

sich auf diese Weise dem Wehrdienst entzogen hatten; sowie (vor 1961) viele junge Leute aus dem Osten [...]. Auf dem Gegenpol gab es die eingesessenen Berliner, für die ›Frontstadt‹ kein Schimpfwort, sondern ein Ehrentitel war. [...] Kurzum, was hier aufeinander prallte, waren zwei gegensätzlich radikalisierte Milieus, die sich nur kraß verzerrt überhaupt wahrnahmen.«<sup>48</sup>

Götz Aly wies in diesem Zusammenhang auch auf eine Emnid-Umfrage aus dem Jahr 1968 hin,<sup>49</sup> die veranschaulicht, dass die Radikalität der West-Berliner Bewegung auch viele junge Menschen abschreckte und sie daher deutlich weniger Unterstützung erzielten als die Protestierenden andernorts in der Bundesrepublik. Die Studie kam zu dem Ergebnis, »daß die Aufsässigen um so mehr Sympathien verlieren, je radikaler sie sich gebärden. Nirgends sonst (außer in Nordrhein-Westfalen) ist die Bereitschaft zum Protest so gering wie in Berlin (54 Prozent der Jugendlichen gegenüber beispielsweise 64 Prozent in Niedersachsen). Nirgends ist die Zahl der Jugendlichen, die Dutschke ablehnen, so groß wie in Berlin (56 Prozent gegenüber 24 Prozent in Hessen).«<sup>50</sup>

Den im kollektiven Gedächtnis dominanten Bildern von den 1967/68 auf dem Kurfürstendamm protestierenden West-Berliner Studierenden stehen auch die in Vergessenheit geratenen Bilder der nur ein Jahr später am selben Ort Präsident Nixon zujubelnden Menschenmassen entgegen. Die Studentenproteste zur jähren Zäsur im deutsch-amerikanischen Verhältnis zu erheben, würde deshalb ein Phänomen größer machen als es war und seinerzeit wahrgenommen wurde: In einer Umfrage nannte 1968 die Mehrheit der West-Berliner den sowjetischen Einmarsch in Prag als ihre größte Sorge und nicht die Studentenbewegung – was auch noch einmal die besondere Blickrichtung vieler West-Berliner verdeutlicht, die stets mit gleicher Aufmerksamkeit die Vorgänge in West und Ost verfolgten.<sup>51</sup>

Zudem ist auch eine pauschale Verurteilung der Aufbegehrenden als »anti-amerikanisch« wenig sinnvoll, wie Martin Klimke und Maria Höhn anhand von transnational angelegten Forschungsprojekten verdeutlicht haben.<sup>52</sup> An ihre Ergebnisse wird im Folgenden angeknüpft. Jene Jahre sind von einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen gekennzeichnet, die einer linearen Erfolgs- oder Verfallsgeschichte der besonderen Verbundenheit zwischen West-Berlin und den USA im Wege steht. Da es von diesem Zeitpunkt an immer beides gab, die enthusiastische Bejahung der transatlantischen Freundschaft und eine vehemente Kritik an der Verbundenheit, markiert die zweite Hälfte der 1960er-Jahre den Beginn eines Ausdifferenzierungsprozesses.

48 Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2004, S. 38 f.

49 Aly, *Unser Kampf*, S. 81.

50 Zwei Drittel zum Protest bereit, in: *Der Spiegel* 8/1968, S. 40-41.

51 Vertraulicher Report: Meinungen in und über Berlin, 1968, Anlage 2, in: *LArch*, B Rep. 002, Nr. 13320.

52 Vgl. Klimke, *The Other Alliance*; Höhn/Klimke, *Ein Hauch von Freiheit*.

*4.1.1 Ambivalenz, Ratlosigkeit und Gegenwehr*

Die Außenpolitik der USA konzentrierte sich seit dem Bau der Berliner Mauer verstärkt auf Südostasien. Noch unter US-Präsident Kennedy wurden verdeckte Militäroperationen in Vietnam aufgenommen, um einen Siegeszug des Kommunismus zu verhindern – unter anderem auf Anraten von Maxwell D. Taylor, dem einstigen Stadtkommandanten von Berlin, der nun Chairman of the Joint Chiefs of Staff war.<sup>53</sup> Obwohl auch Kennedys Nachfolger, Lyndon B. Johnson, 1963 in seiner ersten Rede vor dem amerikanischen Kongress noch betont hatte, dass man die Verpflichtungen von Südvietnam bis West-Berlin einhalten werde, nahm das Interesse an dem einst mit viel Aufmerksamkeit bedachten »Outpost of Freedom« rasch ab.<sup>54</sup> Vor dem Hintergrund des nicht enden wollenden Einsatzes in Indochina setzte schließlich seitens der amerikanischen Bevölkerung eine allgemeine Kriegsmüdigkeit ein, und die Bereitschaft, West-Berlin militärisch zu verteidigen, sank erheblich.<sup>55</sup> Die Truppenstärke der Berlin Brigade sowie die Verweildauer der US-Soldaten in West-Berlin wurden vorübergehend gekürzt und erst 1972 wieder auf das alte Niveau gebracht.<sup>56</sup>

Die US-Mission in West-Berlin beobachtete diese Entwicklungen und die Proteste der Studentenbewegung genau und berichtete regelmäßig dem State Department sowie anderen US-Einrichtungen in der Bundesrepublik, wie der Senat den aufbegehrenden jungen Menschen begegnete und ob es Verbindungen zwischen ihnen und kommunistischen Organisationen oder Parteien gab.<sup>57</sup> Dabei wurde anfangs zwischen den »Hippies« und einer kleinen Gruppe von angeblich zu 80 Prozent nicht aus Berlin stammenden »Extremists« sowie zwischen legitimer Kritik an den Strukturen der Freien Universität und dem Versuch einiger weniger, die allgemeine Unruhe und Aufmerksamkeit für ihre eigenen Zwecke zu nutzen, unterschieden. Sorgen machten sich die amerikanischen Vertreter vor Ort primär im Hinblick auf den Ruf und die prekäre finanzielle Lage der Stadt, da die Protestaktionen potentielle Investoren abschrecken

53 Vgl. Stöver, *Der Kalte Krieg*, S. 138-144.

54 Vgl. David E. Barclay, A »Complicated Contrivance«. West Berlin behind the Wall 1971-1989, in: Marc Silberman/Karen E. Till/Janet Ward (Hg.), *Walls, Borders, Boundaries. Spatial and Cultural Practices in Europe*, New York/Oxford 2012, S. 113-130.

55 1974 befürworteten nur 34 Prozent der Amerikaner, West-Berlin im Falle eines Angriffs zu verteidigen. Bis 1978 stieg die Zahl wieder auf 54 Prozent. Vgl. *The Situation Room: Memorandum for Zbigniew Brzezinski, Subject: Additional Information Items*, 9. Mai 1980, in: JCL, NLC-1-15-3-26-3, S. 2.

56 U.S. Command Berlin/U.S. Army Berlin (Hg.), *The Story of Berlin Brigade*, 3. überarb. Aufl., Berlin 1981, in: National Archives and Records Administration (NARA) (Hg.), *A City Divided. Life & Death in the Shadow of the Wall*, DVD-Quellensammlung, Washington 2013, S. 22.

57 Vgl. die zahlreichen Telegramme und Berichte in: NACP, RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1967-1969, Political and Defense, POL 14 GER B to POL 23-8 GER B, Box 2109.

könnten.<sup>58</sup> Vereinzelt versuchte die US-Mission, wie auch anfangs der Senat, mit Studierendenvertretern ins Gespräch zu kommen, so zum Beispiel bei einem Abendessen im Hause des Botschafters.<sup>59</sup> In die Innenpolitik des Senats mischte man sich nicht ein und beobachtete lieber – stets bestens informiert – aus der Distanz.<sup>60</sup> Auch die deutschen Amerika-Häuser setzten zunächst auf Dialog, zogen sich in »der Hochphase der Proteste und der Kritik« aber »von einigen Themenfeldern zurück« und »agierten eher defensiv«, wobei stets versucht wurde, »Kontakte zu kritischen Gruppen und Personen zu halten«.<sup>61</sup>

Während sich die USA ihren Problemen in Asien widmeten, ging die West-Berliner Politik vom Frontstadt-Pathos zum Pragmatismus über. Die Isolation der westlichen Halbstadt sollte mithilfe einer »Politik der kleinen Schritte« und durch einen langsamen »Wandel durch Annäherung« überwunden werden. Nach dem Wechsel Willy Brandts in die Bundesregierung Ende 1966 musste sich der Senat unter den Regierenden Bürgermeistern Heinrich Albertz und Klaus Schütz vermehrt um innerstädtische Probleme kümmern.<sup>62</sup> Klaus Schütz erinnert sich, dass Politik und Polizei, Medien und Universitäten zudem »so gut wie keine Erfahrung hatten mit der Praxis von Demonstrationen« und erst lernen mussten, mit dem Phänomen umzugehen. Auch habe es sich oft um einen schwierigen Balanceakt gehandelt, denn »das Recht auf Demonstration« sollte gewahrt bleiben, obwohl »die Mehrheit der Berliner diesen Demonstrationen ablehnend bis feindlich« gegenüberstand.<sup>63</sup>

Weite Teile der West-Berliner Politik hielten an dem pro-amerikanischen Selbstbild fest und versuchten erst mit Dialogbereitschaft und dann mit Verboten, Gegenmobilisierung oder Solidaritätsaktionen – etwa mit dem Versand von kleinen Freiheitsglocken an die Hinterbliebenen von in Vietnam getöteten US-Soldaten<sup>64</sup> – dafür zu sorgen, dass die Außenwirkung der Stadt durch die

58 Airgram von USBER Berlin an Department of State, Subject: The Student Problem in Berlin, 25.9.1967, in: ebd.

59 Vgl. Airgram USBER Berlin an Department of State, Subject: Ambassador McGhee's Dinner for Berlin University Students, 22. Mai 1967, in: ebd.

60 Martin Klimke hat gezeigt, wie die USA mittels detaillierter Analysen versuchten, junge Menschen in der Bundesrepublik mit einer entsprechend angepassten auswärtigen Kulturpolitik gezielt anzusprechen. Auch die einzelnen US-Einrichtungen vor Ort versuchten, mit Professoren und Studenten ins Gespräch zu kommen und das Kulturprogramm den Interessen junger Menschen (ab 1968 ausgeweitet auf Personen bis zum 35. Lebensjahr) anzupassen. Darüber hinaus wurde verstärkt Wert auf die Austauschprogramme gelegt, da man feststellte, dass die Auslandsaufenthalte bei den Stipendiaten für eine informiertere und oft auch wohlwollendere Beurteilung der USA sorgten. Auch ehemalige Stipendiaten wurden kontaktiert, um sie für die Interessen der USA zu gewinnen. Vgl. Klimke, *The Other Alliance*, S. 194-235.

61 Kreis, *Orte für Amerika*, S. 338-373, Zitat S. 373.

62 Vgl. Daum, *Kennedy in Berlin*, S. 180-195. Siehe auch: Rotenberg, *Berliner Demokratie zwischen Existenzsicherung und Machtwechsel*.

63 Schütz, *Logenplatz und Schleudersitz*, S. 128.

64 Vgl. Andreas Pettenkofer, *Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung*, Frankfurt a. M./New York 2014, S. 54.

rebellierenden Studenten nicht beeinträchtigt wurde. Diese Versuche eskalieren 1968 im Umfeld des Vietnamkongresses.

### Der Vietnam-Kongress

Der durch den SDS organisierte erste internationale Vietnam-Kongress bot am 17. und 18. Februar 1968 deutschen Studierenden eine Möglichkeit, mit ihren amerikanischen Vorbildern und anderen Gleichgesinnten ins Gespräch zu kommen. Insgesamt trafen sich an der Technischen Universität circa 5.000 Teilnehmer aus 14 Ländern, um ihre Solidarität mit den vietnamesischen Kämpfern zu bekunden und von ihren Taktiken zu lernen. Für die Students for a Democratic Society reiste Bernardine Dohrn nach West-Berlin, für das SNCC Stokely Carmichael. Die amerikanische Botschaft in Bonn teilte der Berliner US-Mission im Vorfeld ihre Besorgnis mit, und kurzzeitig wurde mit dem Gedanken gespielt, das Treffen wegen der Teilnahme von Gruppen aus sozialistischen Staaten zu untersagen. Die West-Alliierten wogen die möglichen Folgen gemeinsam ab und kamen zu dem Schluss, dass der mittelfristige Schaden durch ein Verbot womöglich größer sein würde, da er Menschen gegen die USA aufbringen könnte, die eigentlich nicht mit dem Anliegen des Kongresses sympathisierten. Auch würden sich die studentischen Organisatoren dann in ihren Vorbehalten bestätigt fühlen, da sie sowieso schon vermuteten, dass in der Vergangenheit durch den Senat erlassene Demonstrationsverbote eigentlich auf die Alliierten zurückzuführen waren. Der Kongress wurde dennoch mit wachsamem Auge verfolgt, denn die USA fürchteten nicht nur einen Angriff auf die eigenen militärischen und kulturellen Einrichtungen, sondern auch den Missbrauch West-Berlins als Plattform für antiamerikanische Parolen.<sup>65</sup>

Zum Abschluss des Kongresses, am 18. Februar 1968, demonstrierten in West-Berlin über 10.000 Menschen, begleitet von 6.000 Polizeibeamten, gegen den Krieg in Vietnam. Die Route sollte eigentlich in Dahlem, im Umfeld des US-Hauptquartiers enden, was das Berliner Verwaltungsgericht jedoch untersagte. Die »Frontstadt« rüstete sich zum Gegenschlag. Drei Tage später, an einem Mittwoch, veranstaltete der Senat eine Gegen-Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus unter dem Motto »Berlin steht für Freiheit und Frieden«. Die *Berliner Morgenpost* gab bekannt, mit der Demonstration werde »deutlich werden, wie die Bevölkerung nach den Ereignissen vom Wochenende wirklich denkt«. Zitiert wurde auch der Regierende Bürgermeister Schütz: »Es kommt auf jeden von uns an. Wir wollen der Welt zeigen: Dieses Berlin steht für Freiheit und Frieden. Die Welt soll unsere Stimme hören, damit sie erfährt, daß andere, die sich hier getroffen haben, nicht für diese

65 Vgl. Klimke, *The Other Alliance*, S. 173 ff.



Auf der vom West-Berliner Senat organisierten Kundgebung wird am 21. Februar 1968 gegen die Studentenbewegung demonstriert

Stadt sprechen.«<sup>66</sup> Die Angestellten des öffentlichen Dienstes wurden eigens freigestellt, um hohe Teilnehmerzahlen vermelden zu können, und die BVG setzte Sonderbusse ein. Die Taktik war erfolgreich: Über 80.000 Menschen kamen, um ihre Solidarität mit den USA und ihre Ablehnung der studentischen Aktivitäten zu bekunden.<sup>67</sup>

Für den Freitag hatte noch eine weitere Gruppe zu Protesten gegen den Vietnam-Kongress aufgerufen, die neu gegründete *Aktion Demokratisches Berlin*, die auf einer ganzen Seite in der *B.Z.* – und geschmückt mit den Namen zahlreicher Unterstützer – ihre Forderungen publizieren konnte: für Freiheit und Demokratie, gegen linken wie rechten Extremismus, »gegen Straßenterror und Anarchie«.<sup>68</sup> Diesen selbstgesteckten Anspruch konnte die Demonstration des Senats indes nicht einhalten, und so kam es am 21. Februar 1968 im Anschluss an die Kundgebung genau zu jenem »Straßenterror«, den die Demonstrationen eigentlich hatten verurteilen wollen. Einzelne Teilnehmer griffen gezielt junge Menschen an, die sie dem studentischen Milieu zuordneten:

66 Morgen demonstriert Berlin für Freiheit und Frieden, in: Berliner Morgenpost, 20. Februar 1968, Titelseite.

67 Die genaue Zahl war zeitgenössisch umstritten. Es gab Vermutungen, dass die zunächst von der Polizei genannte Zahl von 150.000 Teilnehmern entweder bewusst manipuliert oder versehentlich falsch kommuniziert worden war.

68 Berlin steht für Freiheit und Frieden: »Wir wollen sagen, wofür wir sind!«, in: *B.Z.*, 20. Februar 1968, S. 4.

Die Rufe ›Schlagt ihn tot‹, ›Lyncht ihn‹, ›Hängt ihn auf‹ untermalten noch das Geläut der Freiheitsglocke, als ein junger Behördenangestellter als vermeintlicher Dutschke über den Platz geprügelt wurde, in einem Polizeiwagen Zuflucht fand, den der rasende Mob dann demolierte und umzustürzen versuchte.<sup>69</sup>

Derartig heftige Gegenreaktionen unterschieden West-Berlin von den anderen Hochburgen der Studentenbewegung.<sup>70</sup> Hier, am vermeintlichen Vorposten von Freiheit und Demokratie, ging es um mehr, denn die Vietnamgegner forderten mit ihren pro-vietnamesischen Parolen das antikommunistische und pro-amerikanische Selbstbild der »Frontstadt« heraus. Ziel des Senats sei es demgemäß gewesen, so die rückblickende Erklärung des Magazins *Spiegel*, »der amerikanischen Schutzmacht [zu] beweisen, daß rote Revolutionäre noch nicht die Macht in West-Berlin ergriffen« hätten, und den »Frontstadtgeist« zu »beschwören«, um geschlossen »gegen den Feind im Inneren, die radikale Jugend« vorzugehen.<sup>71</sup>

Erhitzte Gemüter der lokalen Presselandschaft schlossen die Vietnam-Gegner daher als »Unberliner«<sup>72</sup> diskursiv aus der städtischen Gemeinschaft aus – eine Ausgrenzung, die zu einem typischen West-Berliner Reaktionsmuster wurde und zwei Jahrzehnte später mit dem Begriff »Anti-Berliner« eine Fortsetzung fand. Dieser Annahme, dass die Gefahr stets von außen kam, schloss sich der US-Botschafter an: Er bedankte sich bei Klaus Schütz im Anschluss für den Vertrauensbeweis, der gezeigt habe, dass man noch immer gemeinsam für die Verteidigung der Freiheit eintrete. Die Stadt habe verhindert, dass eine »extremist minority, many from outside of the city«, den guten Ruf West-Berlins beschädigt.<sup>73</sup>

#### 4.1.2 Das »GI Movement« in West-Berlin

Einige deutsche Studierende setzten sich, wie bereits angedeutet, seit Ende der 1960er-Jahre für die Intensivierung einer ganz anderen transatlantischen Verbindung ein. Um den Kampf der Black Panther, des SNCC und anderer Gegner des Vietnamkriegs vor Ort aktiv zu unterstützen, versuchten sie, die in West-Berlin und an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik stationierten US-Soldaten, denen eine Versetzung nach Vietnam drohte, als Verbündete zu gewinnen. Sie verstanden den Krieg als »Versuch des globalen Imperialismus

69 Kai Hermann, Demonstration mit Nachhilfe, in: *Die Zeit*, 1. März 1968.

70 Vgl. Brown, *West Germany and the Global Sixties*, S. 32-35. Ein ausführlicher Zeitzeugenbericht findet sich in: Michael Ludwig Müller, Berlin 1968. Die andere Perspektive, Berlin 2008, S. 212-220.

71 Sei es mit Gewalt, in: *Der Spiegel* 9/1968, S. 23-26.

72 Otto Köhler, Zwei Millionen Unberliner, in: *Der Spiegel* 9/1968, S. 25, unter Verweis unter anderem auf: Das war die Antwort der Berliner!, in: *B.Z.*, 22. Februar 1968, Titelseite.

73 Zit. n. Klimke, *The Other Alliance*, S. 176.



in Form des US-Militärpotentials, revolutionäre Kräfte und Freiheitsbewegungen [...] zu unterdrücken«, und beabsichtigten, mittels »Demonstrationen, politischer Aufklärungsarbeit und Kampagnen mit direkten Aktionen« sowie der »Unterstützung der Opposition in den USA« diesen »Imperialismus« zu schwächen.<sup>74</sup> Insbesondere afroamerikanische Soldaten wurden als potentielle Partner erachtet, da sie in Vietnam für Freiheiten und Rechte kämpfen sollten, die sie selbst in ihrer Heimat nicht besäßen.<sup>75</sup> Die Delegiertenkonferenz des SDS hatte bereits im September 1967 amerikanische Militäreinrichtungen in Deutschland als mögliche Ziele für Protestaktionen auserkoren, und kurz darauf wurden erstmals über einer US-Kaserne in West-Berlin mittels einer kleinen Rakete Flugblätter abgeworfen, die zur Fahnenflucht aufforderten.<sup>76</sup>

Die in den USA aktive GI-Bewegung gegen den Vietnamkrieg hatte zu diesem Zeitpunkt längst die Kasernen im Ausland erreicht. Begonnen hatte die armeeinterne Revolte schon 1966 im texanischen Fort Hood. Erstmals verweigerten drei Soldaten eine Versetzung und klagten gegen Verteidigungsminister Robert McNamara. Bis heute ist die Bewegung, die hier ihren Ausgangspunkt fand, schlecht erforscht. Sie war in den Anfangsjahren kaum organisiert, äußerst heterogen und veränderte sich ebenso wie die Gesellschaft, aus der die Soldaten – nicht selten durch Debatten auf dem Campus politisierte Studenten – rekrutiert wurden. Erst allmählich entstanden Kontakte zu zivilen Protestgruppen; die hohe Fluktuation aufgrund von Versetzungen (teils auch in Form von Strafversetzungen infolge politischen Engagements) oder durch Ausscheiden aus dem Dienst erschwerte die Organisation und Vernetzung des Protests.<sup>77</sup> Während es in Vietnam zu Befehlsverweigerungen und einzelnen Meutereien kam, nutzten einige Hundert in Europa stationierte US-Soldaten ihre Chance und desertierten. Sie flüchteten über Amsterdam nach Frankreich oder Schweden und baten um Asyl. Einige wenige zogen ein Leben in der DDR dem vermeintlich sicheren Tod im fernen Vietnam vor.<sup>78</sup>

Auch der Aufbau eines deutsch-amerikanischen Protestbündnisses war alles andere als leicht: Die Organisation von oder die Teilnahme an politischen De-

74 Höhn/Klimke, *Ein Hauch von Freiheit*, S. 207.

75 Moritz Ege begründete dies zudem mit einer für Teile der Studentenbewegung recht typischen »Afroamerikanophilie«, die mit dem Hören von Blues-Musik und Soul begann und bis hin zu der Nachahmung kultureller Codes und einer als afroamerikanisch gedeuteten Sprache reichte: Moritz Ege, *Schwarz werden. »Afroamerikanophilie« in den 1960er und 1970er Jahren*, Bielefeld 2007.

76 Zu den Fahnenflucht-Kampagnen und anderen Kooperationen zwischen Studierenden und US-Soldaten in der Bundesrepublik siehe: Höhn/Klimke, *Ein Hauch von Freiheit*, S. 265-276.

77 Vgl. Terry H. Anderson, *The GI Movement and the Response from the Brass*, in: Melville Small/William D. Hoover (Hg.), *Give Peace a Chance. Exploring the Vietnam Antiwar Movement*, New York 1992, S. 93-115; David Cortright, *GI Resistance During the Vietnam War*, in: ebd., S. 116-128.

78 Vgl. Peter Köpf, *Wo ist Lieutenant Adkins? Das Schicksal desertierter Nato-Soldaten in der DDR*, Berlin 2013.

monstrationen war US-Soldaten im Ausland generell verboten; ihre räumliche und häufig auch kulturelle Isolation erschwerten eine mögliche Kontaktaufnahme. Die militärische Disziplin wurde strikter gehandhabt als im Heimatland und Übungen im Feld sorgten für häufige Standortwechsel.<sup>79</sup>

Trotz dieser Schwierigkeiten hatten einige GIs schon 1967 mit den *RITA Notes* eine eigene Untergrundzeitschrift mit Sitz in Heidelberg und Paris gegründet; das Kürzel RITA stand für *Resistance Inside the Army*.<sup>80</sup> Zwei Jahre später wurde die Bewegung auch für die deutsche Öffentlichkeit wahrnehmbar, als Soldaten in Kaiserslautern vor ihrer Kaserne Flugblätter verteilten und in Frankfurt das erste GI-Coffeehouse eröffnete. Einen Höhepunkt der Bewegung stellte die Versammlung von über 1.000 zumeist afroamerikanischen US-Soldaten an der Universität Heidelberg am 4. Juli 1970 dar. Gemeinsam veröffentlichten sie eine Resolution zur Umgestaltung des Militärdienstes und der amerikanischen Außenpolitik. Doch es blieb nicht bei derlei friedlichen Zusammentreffen; immer wieder kam es in den nächsten Jahren in den US-Kasernen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, Sabotageakten und Anschlägen auf Offiziereinrichtungen. Die revoltierenden Soldaten forderten ein Ende des Kriegs in Vietnam, ein größeres Mitspracherecht innerhalb der Armee, ein Ende der Ungleichbehandlung von weißen und farbigen Soldaten sowie bessere Lebensbedingungen in den inzwischen teils maroden Kasernen.<sup>81</sup>

Eine Rekonstruktion der Aktivitäten des GI Movement in West-Berlin ist aus mehreren Gründen kein leichtes Unterfangen: Die lokale Presse berichtete kaum über Probleme der Alliierten, die Berliner Polizei durfte die Soldaten der Alliierten nicht in Gewahrsam nehmen oder verhören und legte daher keine Akten über Vorfälle an, und die Protokolle der amerikanischen Militärpolizei stehen zur Recherche nicht zur Verfügung. Im Folgenden soll dennoch der Versuch unternommen werden, die örtliche Protestbewegung zu skizzieren und das Zusammenwirken von amerikanischen und deutschen Gegnern des Vietnamkriegs herauszuarbeiten. Als Quellen dienen, neben publizierten Zeitzeugenberichten, größtenteils Zeitungen, die in deutsch-amerikanischer Kooperation entstanden sind und sich der Samisdat-Literatur – im Eigenverlag veröffentlichte, non-konforme Literatur – zurechnen lassen.<sup>82</sup> Aufgrund der teils harten Sprache und des sehr kämpferischen Stils sind diese Texte mit

79 Vgl. David Cortright, *Soldiers in Revolt. GI Resistance in the Vietnam War*, Neuauf., Chicago 2005, S. 92.

80 Das US-Verteidigungsministerium zählte im Frühjahr über 245 Zeitschriften. Vgl. Anderson, *The GI Movement and the Response from the Brass*, S. 98.

81 Vgl. Cortright, *Soldiers in Revolt*, S. 93-102. Siehe auch: ders./Zoltan Grossman, *Die GI-Bewegung in Deutschland*, in: Dieter Brünn (Hg.), *Widerstand in der US-Armee. GI-Bewegung in den siebziger Jahren*, Berlin (West) 1986, S. 88-100.

82 Zu den verschiedenen Untergrundzeitschriften des GI Movement inklusive einer ausführlichen Quellenkritik: James Lewes, *Protest and Survive. Underground GI Newspapers during the Vietnam War*, Westport 2003.

besonderer Achtsamkeit zu verwerthen.<sup>83</sup> Zugleich gilt es auch hier, ein Phänomen im Rückblick nicht größer zu machen, als es zeitgenössisch war: An der Zusammenarbeit waren nur wenige Aktivisten beteiligt und die Allianz hielt auch nur für kurze Zeit.

### Deutsch-amerikanischer Samisdat in West-Berlin

Im Frühjahr 1967 hatte eine Gruppe von in West-Berlin lebenden Amerikanern unter dem Namen *U.S. Campaign to End the War in Vietnam* begonnen, sich auf verschiedene Art und Weise gegen den Krieg zu engagieren. Neben regelmäßigen öffentlichen Protesten hielten einzelne Mitglieder auf Vermittlung des amerikanischen Austauschstudenten Juan Flores zwar Vorträge im Republikanischen Club oder bei anderen Veranstaltungen des SDS, eine offizielle Zusammenarbeit mit der Studentenbewegung wollte die unparteiische Gruppe zunächst aber vermeiden. Zwischen Herbst 1967 und Frühjahr 1968 führte ihre Heterogenität zu einer Spaltung: Ein Teil, der weitgehend aus amerikanischen Zivilangestellten der US-Streitkräfte bestand, war überzeugt, der Krieg werde eh bald enden, und fühlte sich auch beruflich zu sehr unter Druck gesetzt, um die politische Arbeit fortzusetzen. Der andere Teil – hauptsächlich deutsche und amerikanische SDS-Mitglieder, ehemalige GIs sowie einige Aktivistinnen aus der Frauenrechtsbewegung – beschloss, sich verstärkt auf die lokale Militärgemeinde als Zielgruppe zu konzentrieren und eine Zeitung für sie herauszugeben. Die in ihrem Kern aus zehn aktiven Mitgliedern bestehende Gruppe eröffnete als einzige Auslandsvertretung des amerikanischen SDS ein eigenes Büro in Charlottenburg und kooperierte mit anderen deutschen und amerikanischen Initiativen aus dem breiten Spektrum der Neuen Linken.<sup>84</sup>

Die erste Ausgabe der West-Berliner GI-Zeitschrift *Where It's At* erschien im April 1968 mit einer Auflage von angeblich 50.000 Exemplaren.<sup>85</sup> Die Herausgeber hatten sich zum Ziel gesetzt, »to bridge the artificial gap the Military has tried to create between the GI and his environment: namely, other Americans and the German populace«. <sup>86</sup> Als Ansprechpartner fungierte Fran Fuller, der

83 Ein Beispiel: Unter der reißerischen Überschrift »Extra: Secret NATO Plans Exposed« zitierte die GI-Zeitung *Where It's At* aus militärischen Dokumenten, um den Eindruck zu vermitteln, dass es konkrete Pläne gäbe, die US-Armee gegen demonstrierende deutsche Studenten einzusetzen. Dass diese Pläne aus der Zeit vor dem Mauerbau stammten und nicht studentische Demonstrationen, sondern seitens der SED organisierte Aufstände und Unruhen der Anlass für ein solches Szenario gewesen waren, wurde nicht erwähnt. Vgl. Extra: Secret NATO Plans Exposed!, in: *Where It's At* 1 (1968) 2, S. 1.

84 Vgl. Dave Harris, *The History of a Project: Where It's At*, in: *Forward* 1/1978, S. 4-15. Siehe auch: Klimke, *The Other Alliance*, S. 81-86.

85 Dave Harris, *Forward – Geschichte eines GI-Projektes in West-Berlin*, in: Brünn, *Widerstand in der US-Armee*, S. 104-124 [erstmalig abgedruckt in: *Forward* 11/1978], hier S. 105.

86 *Where It's At* 1 (1968) 1, S. 1.

zunächst in Bayern für den amerikanischen Militärgeheimdienst tätig gewesen war, nun an der FU studierte und die *Campaign* mitbegründet hatte.<sup>87</sup> Die Beiträge wurden von deutschen Studierenden, amerikanischen Soldaten und in West-Berlin lebenden amerikanischen Zivilisten und Gaststudenten verfasst. Die soldatischen Leser wurden sowohl über eigene Belange – speziell im Hinblick auf den Krieg in Vietnam und Proteste der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung in den USA – informiert als auch über die Anliegen und Probleme der Berliner Studentenbewegung aufgeklärt.

Die GIs sollten als potentielle Verbündete im Falle eines Aufstandes der »Unterprivilegierten und Unterrepräsentierten« gewonnen werden:

If that time comes, German students hope soldiers will realize that their interests lie not on the side of a government of old Nazis and Nazi methods, but on the side of the students, who are the main support of freedom and democracy in Germany.<sup>88</sup>

Die zitierten Sätze legen die Interpretation nahe, dass sich die Herausgeber nicht als Gegner von Freiheit oder Demokratie oder als antiamerikanisch verstanden. Im Gegenteil: Sie übernahmen die zentralen Themen der West-Berliner Sinnprovinz – Freiheit und Demokratie – und füllten sie mit eigenem Sinn. Auch sie orientierten sich an und solidarisierten sich mit den USA. Allerdings bezogen sie sich auf ein anderes Amerika als der West-Berliner Senat: Nicht Washington, sondern Berkeley war ihr Bezugspunkt. Das »wahre« Amerika verkörperten aus ihrer Sicht das Civil Rights Movement und die Studentenbewegung.

Der deutsche SDS fungierte nicht nur als Herausgeber der Zeitschrift *Where It's At*, er trat auch in Kooperation mit seinem amerikanischen Pendant als Anlaufstelle für US-Soldaten auf, die mit dem Gedanken spielten zu desertieren, bot Beratungen und kostenlosen Deutschunterricht an. Die Zeitschrift erreichte zeitweise sogar eine internationale Leserschaft, selbst einige von Berlin nach Vietnam versetzte Soldaten ließen sich die Ausgaben per Post schicken, andere schrieben aus Korea oder Paris.<sup>89</sup> Als der amerikanische SDS 1968/69 in viele kleine Fraktionen zerfiel, schloss sich die Berliner Redaktion, die inzwi-

87 Siehe der kurze Lebenslauf in einem Zeitungsartikel: Vocational education chief finds time for students, in: Bangor Daily News, 17. November 1975.

88 Berlin Students, in: *Where It's At* 1 (1968) 1, S. 1.

89 Montags bis mittwochs ab 20 Uhr und Samstag zwischen 13 und 16 Uhr standen den GIs die Türen des SDS in der Niebuhrstraße 64 (später Eislebener Straße 14) offen. Donnerstags wurde ab 19 Uhr ein Deutschkurs angeboten. Darüber hinaus konnte man sich telefonisch melden. Vgl. *Where It's At* 1 (1968) 4, S. 4. Siehe auch die Leserbriefe in *Where It's At* 2 (1969) 1, S. 4. Der RITA Newsletter empfahl als Anlaufstelle den AStA der FU in der Garystraße 21 sowie das Berliner Büro des SDS am Kurfürstendamm 140. Vgl. *The RITA's Newsletter* 1 (o. J.) 2, S. 2.

schon auf 40 Personen angewachsen war, dem deutschen SDS an und zog in ein Gebäude mit anderen lokalen Initiativen.<sup>90</sup>

Akribisch dokumentierten die Herausgeber auch, mit welchen Maßnahmen die US-Armee versuchte, eine Verbreitung des Mediums zu verhindern: Am Ostersonntag 1968 habe die Berliner Polizei, unterstützt durch die US-Militärpolizei, einige amerikanische Zivilisten in Gewahrsam genommen. Sie hatten in einer US-Wohnsiedlung Flyer verteilt, um die Soldaten darüber zu informieren, warum einige ihrer Landsleute an dem traditionellen Ostermarsch teilnehmen würden. Die Berlin Brigade hatte aber – vermutlich aus Angst vor gewalttätigen Protesten wegen des Attentats auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 – eine Ausgangssperre verhängt, sodass sich nur einige wenige Soldaten, die bereits zuvor einen freien Tag beantragt hatten, unter die Demonstranten mischten.<sup>91</sup> Auch ein deutscher Student, der 500 Kopien der Zeitung in einer Bremerhavener Bar verteilt hatte, wurde verhaftet und zu vier Wochen Gefängnis verurteilt; ein Berufungsgericht widerrief jedoch das Urteil.<sup>92</sup> Im Rahmen sogenannter *Character Guidance Sessions*, die der örtliche Garnisonsprediger durchführte, werde den soldatischen Lesern zudem erklärt, dass es sich bei den Herausgebern und Verfassern um »a bunch of kooks, commies, hippies or subversives – remote-controlled by Ulbricht, Breschnew, Mao, or sometimes the Devil« handle. Teils würden die Zeitungen den Lesern weggenommen, einzelne Soldaten seien zu persönlichen Gesprächen vorgeladen worden, andere hätten Strafarbeiten verrichten müssen.

Schließlich erhielten auch die Herausgeber eine Vorladung zum Verhör bei einem Untersuchungsausschuss der Berliner Polizei: Sie hätten offen zur Desertion aufgerufen und damit gegen die alliierte Verordnung Nr. 511 von 1951 verstoßen, die strafbare Handlungen gegen die Interessen der Besatzungsmächte ahndete – im schlimmsten Falle gar mit der Todesstrafe, wovon aber nie Gebrauch gemacht wurde.<sup>93</sup> Der Status West-Berlins offerierte einen größeren rechtlichen Spielraum, um die Kooperationsversuche zu beenden und die armeeinterne Kritik auf das Gelände der Militärbasen zu beschränken.

### Der Moratorium Day

Exemplarisch für die verschiedenen Versuche, in West-Berlin stationierte US-Soldaten für ein gemeinsames Bündnis gegen den Vietnamkrieg zu mobilisieren, sind die Ereignisse vom Herbst 1969. Der in diesen Wochen von Friedensaktivisten weltweit organisierte *Moratorium Day* (M-Day) stellte den Höhepunkt der Antikriegsbewegung dar. Hunderttausende Menschen demonstrierten am 15. Oktober 1969 friedlich in und außerhalb der USA oder

90 Vgl. Harris, *The History of a Project*, S. 4-15.

91 What's the army afraid of?, in: *Where It's At 1* (1968) 1, S. 1.

92 It's finally official: Army Full Of Shit, in: *Where It's At 1* (1968) 5, S. 1.

93 Military Attacks »Where-It's-At«, in: *Where It's At 2* (1969) 1, S. 1.

nahmen an einer der unzähligen Veranstaltungen in Kirchen und Universitäten teil. Die Aktionen der Friedensbewegung erreichten auch die West-Berliner Kasernen. Um möglichen Protesten rasch den Wind aus den Segeln zu nehmen, bot die Militärführung vor Ort einen Kompromiss an: Paraden und Gedenkversammlungen zu Ehren der in Vietnam Gefallenen und Gespräche sollten den Soldaten ermöglichen, ihre Gefühle und Gedanken zu artikulieren, ohne das Image der Armee durch Kritik an dem Engagement in Vietnam zu gefährden.

Die Herausgeber von *Where It's At* fühlten sich durch das Angebot jedoch provoziert und riefen auf: »They have used their money and support to turn M-Day into an impotent plea, instead of a powerful demand. Let's give M-Day and America back to the people. Let's do more than they had planned.« Hingewiesen wurde darauf, dass es auch in Berlin Veranstaltungen und eine Massendemonstration im Rahmen des M-Day geben werde.<sup>94</sup> Die Leser wurden gebeten, am 15. Oktober einen schwarzen Handschuh oder ein schwarzes Armband an der linken Hand zu tragen, um ihrer Solidarität mit der Friedensbewegung Ausdruck zu verleihen. Darüber hinaus wurden sie aufgefordert, eine Petition gegen den Krieg zu unterzeichnen und Telegramme an US-Politiker zu senden, die Durchführung von Veranstaltungen innerhalb der Kasernen zu beantragen, die Kantine zu boykottieren, das Gespräch mit den eigenen Nachbarn zu suchen und eine Friedensorganisation als Begünstigten im Falle des eigenen Todes anzugeben.<sup>95</sup> Die Herausgeber planten, mittags vor dem örtlichen PX und vor der US-Botschaft zu demonstrieren.<sup>96</sup>

Die nächste Ausgabe berichtete, dass viele GIs schwarze Armbänder getragen hätten. Ein paar neugierige Soldaten hatten wohl auch die Demonstrationen – die der amerikanischen Gemeinde in Zehlendorf und die der Studenten in der Innenstadt – besucht, obwohl ihre Vorgesetzten eindringlich davon abgeraten hatten.<sup>97</sup> Die Schüler der John-F.-Kennedy-Schule hatten eine eigene M-Day-Versammlung durchgeführt. An den Protesten vor der Botschaft und dem PX hatten sich 60 Amerikaner beteiligt.<sup>98</sup> In Anbetracht der großen Zahl an US-Bürgern – wahrscheinlich über 10.000 zu diesem Zeitpunkt – war dies ein mageres Ergebnis, das zeigt, dass die Mobilisierungsversuche in West-Berlin kaum von Erfolg gekrönt waren.

94 Mass Strike on M-Day?!, in: *Where It's At* 2 (1969) 2, S. 2.

95 Nov 14th Moratorium, in: *Where It's At* 2 (1969) 2, S. 4. Jeder Soldat der U.S. Army musste das Formular *DA-41* und das *Servicemen's Group Life Insurance Election Form* (V.A. 29-8286) ausfüllen und angeben, wer im Falle seines Todes den Pauschalbetrag von 10.000\$ aus seiner Lebensversicherung erhalten würde.

96 M-Day at B. B., in: *Where It's At* 2 (1969) 2, S. 4.

97 Fierce Tiger Alive in Berlin, in: *Where It's At* 2 (1969) 3, S. 1.

98 M-Day November, in: *Where It's At* 2 (1969) 3, S. 2.

Obwohl es 1969 noch weitere Versuche gab, die US-Soldaten für die eigenen Anliegen zu gewinnen,<sup>99</sup> zerbrach die kleine studentisch-soldatische Allianz bald. Anfang 1970 löste sich auch der deutsche SDS auf, und aus der bisher eher studentisch geprägten *Where It's At* wurde die primär von US-Soldaten erstellte Zeitschrift *Up Against the Wall*.<sup>100</sup> In der ersten Ausgabe erklärte die Redaktion ihre Motivation:

Everyone in the Army is committed to defend freedom. We are defending freedom in Vietnam, in the ›outpost of Freedom‹ (Berlin) and the world over. And yet we, the defenders of this freedom, are not free.<sup>101</sup>

Der Wunsch nach Freiheit bezog sich in den insgesamt sieben Ausgaben weitestgehend auf die Legalisierung von Drogen und weniger strikte Regeln im Alltag. Doch auch die Gleichstellung von ethnischen Minderheiten, der Krieg in Südostasien, Rassenunruhen in den USA, der Wunsch nach mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Forderung, Soldaten nicht gegen streikende Arbeiter oder Proteste der Friedensbewegung einzusetzen, wurden in den meist von einem marxistischen Standpunkt aus argumentierenden Beiträgen angesprochen. Immer wieder wurde auch für Verständnis für die Aktionen deutscher Studierender geworben und darauf hingewiesen, dass sich ihre Proteste gegen den Krieg und nicht gegen den einzelnen Soldaten als Menschen richten würden.

Der verbliebene aktive Kern – GIs, für die US-Armee tätige Zivilisten und einige Berliner Studierende, die sich jedoch hauptsächlich um die Distribution kümmerten – bemühte sich mit Veranstaltungen und Filmabenden unter anderem in Privatwohnungen, in den Räumen des Theaters *Zentrifuge* in der Sybelstraße oder der Studentenbar *Annapam* weiter um interessierte Soldaten.<sup>102</sup> Den inhaltlichen Schwerpunkt bildete weiterhin der Vietnamkrieg. Die Berliner Gruppe kooperierte mit mehreren ähnlich ausgerichteten westdeutschen Initiativen. Als sie schließlich in der von GIs besuchten Dahlemer Bar *New Times* in der Finckensteinallee/Ringstraße ein neues Zuhause fand, hatte sie

99 In einem eigenen Beitrag in *Where It's At* erklärten die Organisatoren einer Demonstration am 13. Dezember vor der McNair-Kaserne: »Just like the millions of Americans who demonstrated on M-Day the Germans are AGAINST the military-industrial complex and the top brass only, and that means that they are FOR the American people and FOR the GI. [...] The German people are supporting us! Let's support them too by putting on our own show!« A message from German Demonstrations, in: *Where It's At* 2 (1969) 3, S. 1. Darüber hinaus wurde noch zu einer Veranstaltung der Black Panther eingeladen und zur Beteiligung an einer Mahnwache vor der *BB Housing Area* (zwischen Argentinische Allee im Süden, Clayallee im Osten, Flanaganstraße im Norden und Am Hegewinkel im Westen) gebeten. Black Panthers Talk with GIs, in: *Where It's At* 2 (1969) 3, S. 1; 24 Hour M-Day Vigil, in: *Where It's At* 2 (1969) 3, S. 1.

100 Harris, Forward – Geschichte eines GI-Projektes in West-Berlin, S. 107.

101 Editorial, in: *Up Against the Wall* 1 (1970) 1, S. 1.

102 Vgl. Harris, The History of a Project, S. 4-15.

zwar wieder eine feste Basis, doch die personelle Zusammensetzung verschob sich immer mehr hin zu einer rein soldatischen Initiative. Parallel erhielt die Zeitschrift noch einmal ein neues, weniger provokantes Gesicht und erschien ab 1971 unter dem Namen *Forward*.<sup>103</sup> Sie widmete sich nun primär Themen, die für Soldaten vor Ort von Interesse waren, so zum Beispiel die Betreuung und medizinische Versorgung der Vietnam-Veteranen, die bevorstehende Reform der Armee oder die aus dem schlechten Dollar-Kurs resultierenden Schwierigkeiten. Die Verbindungen zwischen der Bar und der Zeitung wurden anfangs nicht kommuniziert. Der Initiator Dave Harris erklärte das Dilemma der politisch ambitionierten Gruppe, die mit ihren eigentlichen Anliegen aber auf wenig Interesse stieß: »It was also clear to us that people were coming down to the bar to have a good time and not to get into a lot of political discussions.«<sup>104</sup> Nur temporär konnten politische Akzente gesetzt werden, als sich die Redaktion für die Rechte afroamerikanischer GIs engagierte.<sup>105</sup>

#### 4.1.3 »Race Riots« in West-Berlin

Das brutale Vorgehen gegen die Bürgerrechtsbewegung in den USA beschäftigte auch die im Ausland lebenden Soldaten, deren militärische Führung oftmals wenig Verständnis für kulturelle Symbole des *Black Pride* und *Black Power* wie die »Afro«-Frisur oder die zur Begrüßung in die Luft gereckte geballte Faust zeigte. Vereinzelt fanden sich in der Bundesrepublik sogar Ableger des *Ku Klux Klan* zusammen, die der afroamerikanischen Selbstbehauptung ein Ende setzen wollten.<sup>106</sup>

Die teils brutalen Auseinandersetzungen zwischen weißen und schwarzen US-Soldaten, von denen andere Militärbasen in den USA und der Bundesrepublik schon seit längerer Zeit betroffen waren, ereilten spätestens am 20. August 1970 auch West-Berlin: In den McNair-Barracks kam es zu einem Aufstand, als ein weißer Soldat einen afroamerikanischen Kameraden als »Nigger« bezeichnete. Eine Schlägerei brach aus, die nur durch eine gerade von einer Übung zurückkehrende Einheit in Kampfmontur gestoppt werden konnte. Am Ende waren 25 Personen verletzt und fünf verhaftet worden. »[I]t was not a case of unit pride or even racial pride. All you had was hate«, kommentierte dies ein Offizier. Der Kommandant der Berlin Brigade fügte hinzu, dass man mit

103 »It was felt that UP AGAINST THE WALL was too negative and aggressive in tone and thus tended to intimidate GIs.« Ebd., S. 9. Die *Forward* hatte eine Auflage von 1.500-2.000 Exemplaren und erschien von 1971 bis 1978. Vgl. Wie arbeitet das GI Counselling Center, in: Brünn, Widerstand in der US-Armee, S. 126-129; Harris, *Forward – Geschichte eines GI-Projektes in West-Berlin*, S. 113 ff.

104 Harris, *The History of a Project*, S. 9.

105 Ebd., S. 9.

106 Vgl. Höhn/Klimke, *Ein Hauch von Freiheit*, S. 261-264.



einem »increasing antimilitary feeling« konfrontiert sei.<sup>107</sup> Untersuchungen ergaben allerdings, dass der Vorfall eine Vorgeschichte hatte und sich auch in Berlin einige weiße Soldaten dem *Ku Klux Klan* angeschlossen hatten.<sup>108</sup>

Die Redaktion der West-Berliner GI-Zeitung *Up Against The Wall* sprach mit mehreren Soldaten, um herauszufinden, was genau geschehen war.<sup>109</sup> Demzufolge hatte der Aufstand mit einer Schlägerei vor dem Club in der McNair-Kaserne begonnen. Der Soldat, der mit seiner rassistischen Wortwahl den Konflikt provoziert hatte, stand unter dem Einfluss von Alkohol. Die Militärpolizei habe dann mit 15 Mann eingegriffen, aber nur einen der beiden schwarzen Soldaten verhaftet. Mehrere schwarze GIs, die den Vorfall beobachtet hatten, verlangten daraufhin von den Polizisten eine Erklärung, wurden aber abgewiesen. Weitere GIs stießen aus Neugier zu der Gruppe, bis die Polizisten – konfrontiert mit inzwischen circa 60 Personen – um Verstärkung baten. Die Kaserne wurde abgeriegelt und die ID-Cards der Beteiligten sollten eingesammelt werden. Dann klafft eine Lücke in den Berichten, und es wird nicht klar, wie die Situation genau eskalierte. Laut der Zeitschrift *Stars and Stripes* hatte ein schwarzer Soldat einen weißen mit einem Stück Holz geschlagen und damit eine Massenschlägerei ausgelöst. Von den Untergrundzeitschriften hingegen wird berichtet, dass 20 mit Stöcken, Taschenmessern und Bleirohren bewaffnete schwarze Soldaten in der Snackbar durch 70 Mitglieder der herbeigerufenen Immediate Reaction Force (IRF) umzingelt und abgeführt wurden, wobei ein Soldat Widerstand leistete und verprügelt wurde. Fünf schwarze Soldaten wurden noch in der Nacht und am nächsten Morgen verhaftet.

Gerüchte machten in den folgenden Wochen die Runde, insbesondere als am Tag darauf ein afroamerikanischer Soldat verschwand und wenig später tot aus dem Berliner Teltowkanal geborgen wurde. Mehrere schwarze GIs verließen daraufhin unerlaubt die Armee und tauchten in West-Berlin unter; ihre Behandlung nach erfolgter Rückkehr sorgte noch Monate später für Proteste. Aus Perspektive der Samisdat-Redaktion war dies dennoch keine Rassen-, sondern eine Klassenunruhe, da sich die Gewalt primär (allerdings nicht ausschließlich) gegen die Militärpolizei und die IRF gerichtet habe. Dennoch bezichtigte sie die eingesetzten Ordnungskräfte des Rassismus, da sich ihre Gewalt gegen Schwarze gerichtet habe. Betont wurde, dass weiße und schwarze

107 Hubertus J. Erb, Racial Tension Plagues U.S. Army in Europe, in: *The Washington Post*, 10. September 1970, S. F6. Siehe auch: Cortright/Grossman, *Die GI-Bewegung in Deutschland*, S. 91 f.

108 Harris, *Forward – Geschichte eines GI-Projektes in West-Berlin*, S. 109.

109 Hier und im Folgenden: What happened on August 20th, in: *Up Against The Wall* 1 (1970) 7, S. 1-3; The »Special Treatment« Syndrome, in: ebd., S. 10; What Berlin EM's are saying now, in: ebd., S. 11-13. Ein Zeugenbericht findet sich hier: Fran Raps. Interview with Frank J. Francis, in: *Forward* 1 (1971) 7, S. 6-11; Hubert J. Erb, Army »Doing Its Best« to Bridge Racial Gap, in: *Stars and Stripes*, 9. September 1970, S. 4.

Soldaten nur gemeinsam gegen die Armee als unterdrückende Institution vorgehen könnten.

Der Berliner Kommandant George M. Seignious zog in der *Stars and Stripes* ein anderes Fazit: Er erachtete die hohe Fluktuation aufgrund des Vietnamkriegs und eine allgemein anti-militärische Einstellung, mit der viele Wehrpflichtige ihren Dienst antreten würden, als ausschlaggebend dafür, dass Versuche zur Verbesserung des Miteinanders kaum Erfolge zeigten; die Existenz von Rassismus und daraus resultierender struktureller Diskriminierung stritt er ab.<sup>110</sup> Der Verlauf des »Race Riot« war indes typisch, denn jedes Mal »an examination of the surrounding circumstances brought to light root feelings of resentment among the black persons involved regarding unequal treatment by the command«.<sup>111</sup> Ohne gegen die Ursache der Konflikte anzugehen, werde man das Problem deshalb kaum beheben können.

### Versuche der Konfliktlösung

Da der Vorfall in der Berliner McNair-Kaserne bei weitem kein Einzelfall war, schickte das US-Verteidigungsministerium kurz darauf den für das Thema Gleichberechtigung zuständigen Assistenten des stellvertretenden Verteidigungsministers Frank Render mit einem 14-köpfigen Komitee nach Europa, um die Lage genauer unter die Lupe zu nehmen. In West-Berlin sprach die Gruppe mit 300 Soldaten und deren Angehörigen, insgesamt wurden 5.650 Interviews geführt. Der anschließend veröffentlichte Report leitete die Befunde mit dem Geständnis ein, dass die Mitglieder des Komitees bereits vor Antritt der Reise über die Existenz von »racial unrest, tensions and conflict« informiert gewesen seien, man aber nicht mit »such acute frustration and such volatile anger« gerechnet habe. Einige Soldaten seien so voller Wut und Enttäuschung gewesen, dass man zu dem Schluss gekommen sei, dass sie »had given up on the establishment and the system – the establishment of the Armed Forces and the system that represents the American way of life. Neither, they felt, was capable of correcting its own errors and remedying its own shortcomings.« Schuld an der Situation sei »the failure in too many instances of command leadership«; die militärische Führung würde die Sorgen und die Unzufriedenheit sowie das politische Engagement der jungen Soldaten – auch unabhängig von deren Ethnie – einfach nicht verstehen und habe daraus resultierende Konflikte zu lange ignoriert. Wer sich für die *Black Panther* und deren Anliegen auch nur interessiere, gelte oftmals pauschal als militant.<sup>112</sup>

110 Erb, Army ›Doing Its Best‹ to Bridge Racial Gap, S. 4.

111 Howard J. De Nike, The U.S. Military and Dissenters in the Ranks, Germany, 1970-1975, in: Maulucci/Junker, GIs in Germany, S. 296-310, Zitat S. 299.

112 Das Komitee reiste nach Rota und Neapel (Navy), Lakenheath und Rammstein (Air Force) sowie nach Mannheim, Karlsruhe, Berlin, Heidelberg, Nürnberg und Babenhausen (Army). Leider fasst der Report alle Erkenntnisse zusammen und unterscheidet somit nicht zwischen den einzelnen Stützpunkten. Vgl. Frank W. Render

Die Befunde der Render-Kommission wurden später durch eigene Delegationen der einflussreichen Bürgerrechtsorganisation National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) und des Congressional Black Caucus bestätigt. Obwohl Afroamerikaner nur 15 Prozent der Soldaten vor Ort ausmachten, hielt der NAACP-Bericht für West-Berlin fest, stellten sie dennoch zwei Drittel aller nach Artikel 15 des United States Code of Military Justice bestraften Personen. Diese allein durch den Kommandanten im Falle kleinerer Vergehen festzulegende Bestrafung (zum Beispiel Sonderdienste oder Freizeiteinschränkungen, aber auch mehrtägiger Arrest oder Herabstufung des militärischen Ranges) schloss ein juristisches Verfahren und somit auch eine Anhörung des Beschuldigten aus. Der Missbrauch dieses Rechts aufgrund rassistischer Vorurteile war an der Tagesordnung.<sup>113</sup> Die NAACP betonte auch, dass die Mehrzahl der afroamerikanischen GIs Reformen und keine Revolution wollten. Ihnen gehe es oftmals nur um gelebte Gleichberechtigung im Alltag, etwa in Form des Verkaufs von Pflegeprodukten für ihre Haare und ihren Teint im PX, des Spielens von Soul-Musik in den Soldaten-Clubs, der Bereitstellung von Publikationen afroamerikanischer Schriftsteller in den Bibliotheken oder der Aufnahme afroamerikanischer Geschichte in die Lehrpläne.

Die Ergebnisse der Kommissionen wurden zwei Mal, im November 1971 und im Oktober 1972, auf Initiative des Black Caucus im Kongress diskutiert. Auch die schlechten Aufstiegsmöglichkeiten für afroamerikanische Soldaten, die ungleiche Behandlung bei Verstößen gegen das Militärstrafgesetzbuch und die Unterdrückung ihrer Kultur sowie jeglichen politischen Engagements im militärischen Alltag standen im Fokus der Debatten. Infolge der intensiven Auseinandersetzung mit den Problemen in Europa wurde kurz darauf der USAREUR-Kommandeur James Polk frühzeitig abgelöst und durch Michael S. Davison ersetzt. Dieser leitete zahlreiche Maßnahmen ein, die nach einiger Zeit tatsächlich zu einer Verbesserung führten.<sup>114</sup>

In der Bundesrepublik wurden sogenannte *Flying Squads* geschaffen, die unangekündigt auftauchten, um die Akten einzelner Einheiten auf diskriminierende Praktiken zu überprüfen. Ein obligatorisches Schulungsprogramm sollte für mehr Sensibilität und Verständnis sorgen, und der Befehl, Wohnraum künftig nicht mehr in Eigeninitiative zu suchen, sondern sich an den entsprechenden armeeeigenen Service zu wenden, sollte der Ungleichbehandlung durch deutsche Vermieter ein Ende setzen. Auch die Bundesregierung wurde unter Druck gesetzt, sich gegen Rassismus im Umfeld der US-Kasernen

II, U.S. Military Race Relations in Europe, veröffentlicht am 2. November 1970 in Washington, DC, Zitat S. 7 ff., URL: [http://www.aacvr-germany.org/GenSys/DVD/publishing/XML-Files/XML/R\\_1000I\\_LS.xml](http://www.aacvr-germany.org/GenSys/DVD/publishing/XML-Files/XML/R_1000I_LS.xml) [7.4.2017].

113 NAACP, *The Search for Military Justice. Inquiry Into the Problems of the Negro Serviceman in West Germany*, New York 1971, S. 6.

114 Vgl. Alexander Vazansky, »Army in Anguish«. *The U.S. Army, Europe, in the Early 1970s*, in: Maulucci/Junker, *GIs in Germany*, S. 273-295.

einzusetzen und die Durchsetzung der Gleichbehandlung zu unterstützen.<sup>115</sup> In West-Berlin, wo die Ansprüche an die Militärangehörigen schon immer besonders hoch gewesen waren, wurde 1970 eine *School of Standards* gegründet. In einem mehrtägigen Seminar wurde neu eingetroffenen Soldaten bis zum Dienstgrad des Unteroffiziers die spezielle Mission der Berlin Brigade und ihr historisch-politischer Hintergrund vermittelt und erklärt, dass hier, »under the eyes of the British, French, East Germans and Russians«, Disziplin und ein tadelloses Verhalten besonders wichtig seien.<sup>116</sup>

### Der Fall Bolden und Robertson

Die Versuche zur Entspannung der »Race Relations« waren langfristig angelegt und führten erst nach und nach zu Veränderungen. Im Sommer 1971 sorgten noch einmal zwei in Berlin stationierte Vietnam-Veteranen, Sergeant Ronald Bolden und Corporal Samuel Robertson, für mediale Aufmerksamkeit, als sie nach sechs Monaten unerlaubter Abwesenheit in Begleitung ihres Anwalts Stanley Faulkner zu den McNair-Barracks zurückkehrten, ein Transparent mit der Aufschrift »Stop! Racism, Discrimination and End the Vietnam War Now!« entfalteten und die wartenden Journalisten mit dem Black-Power-Zeichen, der erhobenen Faust, begrüßten.<sup>117</sup> Beide wurden durch die Militärpolizei verhaftet.<sup>118</sup>

Später erklärten sie, dass sie sich nach den Unruhen vom August 1970 aus Angst von der Armee entfernt hätten. Sie hätten gesehen und gehört, wie die Armee im Nachhinein versucht habe, vermeintliche Unruhestifter loszuwerden, und um ihr Leben gefürchtet.<sup>119</sup> In einem Interview mit der Zeitschrift *Der Spiegel* gaben Bolden und Robertson an, dass die in der eigenen Kaserne erlebte Diskriminierung und die Machtlosigkeit gegenüber ihren Vorgesetzten sie dazu veranlasst habe, öffentlichkeitswirksam zu protestieren. Als Beispiele für den täglich erfahrenen Rassismus führten sie eine Ungleichbehandlung bei der Wohnungssuche und beim Familiennachzug an, Friseure, die ihnen anstelle der von der Armee vorgeschriebenen Frisur einen »Sklavenschnitt« verpasst hätten, sowie ihren Eindruck, dass afroamerikanische Soldaten deutlich häufiger zu niederen Arbeiten herangezogen würden und Strafen für Fehlver-

115 Vgl. Höhn/Klimke, Ein Hauch von Freiheit, S. 276-296; William L. Hauser, *America's Army in Crisis. A Study in Civil-Military Relations*, Baltimore/London 1973, S. 79; John W. Lemza, *American Military Communities in Germany*, Jefferson 2016, S. 146-161.

116 Dan Synovec, *Special standards observed: Duty in Berlin is called a »different situation«*, in: *Stars and Stripes*, 18. August 1976, S. 27. Siehe auch: Jeschonnek/Riedel/Durie, *Alliierte in Berlin*, S. 390 und 397.

117 Höherer Grad, in: *Der Spiegel* 26/1971, S. 31-33; *Black GIs Return to Unit Claming Harassment*, in: *Stars and Stripes*, 20. Juni 1971, S. 2.

118 2 GIs return to Berlin, in: *New York Amsterdam News*, 24. Juli 1971, S. A8.

119 Diese Erklärung haben die beiden angeblich vor Gericht vorgetragen. Vgl. *The Trial*, in: *Forward* 1 (1971) 3, S. 5-7, hier S. 6.

halten deutlich härter ausfielen. Sie hätten sich an den Equal Opportunity Officer – eine 1970 gegen die Diskriminierung von Minderheiten auf vielen Militärbasen eingerichtete Stelle – gewandt und dem Kommandeur der Berlin Brigade eine Beschwerdeliste vorgelegt, doch jegliche Bemühungen um einen Dialog seien gescheitert. Nicht einmal in Vietnam hätten sie eine solche Ungleichbehandlung erfahren. Dort habe man sich zumindest entsprechend zur Wehr gesetzt: »In diesen Kompanien haben die GIs – schwarze und weiße – eine 500-Dollar-Prämie für denjenigen gesammelt, der den Offizier tötet. [...] Wenn man aus Vietnam kommt und in Berlin mit der täglichen Tyrannei der Vorgesetzten konfrontiert wird, dann spielt man ganz einfach nicht mehr mit.« Angeblich bestand zu diesem Zeitpunkt die Hälfte der Berlin Brigade aus Vietnam-Veteranen.<sup>120</sup>

Ein US-Militärgericht in Berlin sprach Samuel Robertson schließlich frei und erkannte seine Erklärung an, dass er »aus Sorge um Leib und Leben« aus der Kaserne geflohen sei. Am Tag darauf beschloss das Kommando der Berlin Brigade, gegen Bolden keine Anklage zu erheben.<sup>121</sup> Die sich für die Bürgerrechte der Soldaten einsetzende Redaktion der Untergrundzeitschrift *Forward* begrüßte zwar den Ausgang, kritisierte aber auch, dass mittels einer strikten Auswahl der zugelassenen Journalisten (und einer Platzvergabe im Losverfahren für lediglich 25 von 400 interessierten Soldaten) versucht worden sei, eine ausführliche Berichterstattung zu verhindern. Zudem wies sie darauf hin, dass der aus ähnlichen Gründen inhaftierte Elton R. Marshall seit Monaten keinen fairen Prozess erhalte. Bei aller Kritik wurde aber auch eingestanden, dass ein solches Urteil vor einem Jahr noch undenkbar gewesen wäre.<sup>122</sup> Das Fallenlassen der Klage gegen Boldon sah die *Forward* unter anderem in der Symbolträchtigkeit des Verhandlungsortes begründet: »It must be remembered that Berlin is the ›outpost of freedom‹ in the middle of the German Democratic Republic and the army would like to give the impression that this is a little utopia.«<sup>123</sup> Beide verließen West-Berlin binnen kürzester Zeit – Robertson wurde an einen anderen Standort versetzt, Bolden musste in die USA zurückkehren.<sup>124</sup>

Maria Höhn und Martin Klimke ist zuzustimmen, dass die in jenen Jahren einsetzenden Versuche, der Diskriminierung entgegenzutreten, auch durch den Kalten Krieg motiviert waren.<sup>125</sup> In West-Berlin war der Druck aus Ost-Berlin spürbar: Mit Berichten über die Probleme im Westteil der Stadt, mit mehreren Solidaritätskampagnen – erst für die vietnamesische Bevölkerung und später für das Civil Rights Movement – sowie im Rahmen der Besuche der afroamerikanischen Bürgerrechtlerin und Kommunistin Angela Davis

120 »Die Armee schafft sich immer neue Neger«, in: *Der Spiegel* 26/1971, S. 32-33.

121 Wie Coca-Cola, in: *Der Spiegel* 35/1971, S. 56.

122 Editorial, in: *Forward* 1 (1971) 3, S. 1. Siehe auch die weiteren Beiträge zu Robertson und Bolden in dieser Ausgabe.

123 Tuesday Morning, in: *Forward* 1 (1971) 3, S. 8.

124 Shape Up or Ship Out, in: *Forward* 1 (1971) 4, S. 12 f.

125 Vgl. Höhn/Klimke, Ein Hauch von Freiheit, S. 292-296.

1972 und 1973 versuchte die SED, die DDR als weltoffen und gerecht zu inszenieren.<sup>126</sup> Somit waren die Einstellungen zum Krieg in Vietnam und die Frage nach den Bürgerrechten für ethnische Minderheiten stets auch Aspekte der Systemkonkurrenz. Während West-Berliner Kriegsgegnern in den späten 1960er-Jahren noch häufig ein mürrisches »geh doch nach drüben« entgegengebracht worden war, stellte der Umgang mit dem Thema Rassismus aufgrund der eigenen Geschichte ein besonders sensibles Feld dar, weshalb man dessen Anprangerung und Bekämpfung keinesfalls der DDR überlassen wollte.

Doch auch die deutsche Gesellschaft musste erst lernen, mit den gestiegenen Erwartungen der schwarzen US-Soldaten und ihren deutlichen Forderungen nach Gleichberechtigung umzugehen. Während einige gastronomische Betriebe in Westdeutschland wegen der Rassen-Spannungen – und nicht selten auch nachdem weiße US-Soldaten Druck auf sie ausgeübt hatten oder die örtliche Militärführung darum gebeten hatte – schwarzen Soldaten den Zutritt verweigerten,<sup>127</sup> konnte durch die US-Armee keine vergleichbare Diskriminierung in West-Berlin festgestellt werden. Im September 1970 hieß es: »Off-duty segregation extends to Berlin but seems largely self-imposed.« Spannungen zwischen weißen und schwarzen Soldaten seien hier meist das Resultat einer »competition for entertainment, transportation, bars and women«, würden sich aber aufgrund der Nähe zur Berliner Mauer und der »isolation deep inside Communist territory« in Grenzen halten.<sup>128</sup>

Zur Kontrolle der Situation jenseits der Kaserne schickte die US-Armee 1972 vier Teams, bestehend aus je einem weißen und einem schwarzen Soldaten, in West-Berliner Bars und Clubs, um zu überprüfen, ob sie eine unterschiedliche Behandlung erfahren würden. Das Ergebnis wurde als Bestätigung des positiven Eindrucks und als Erfolg gewertet. Dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz wurde gratuliert, »this city is indeed an example of excellent race relations«.<sup>129</sup> Eine Gruppe von 35 bis 40 afroamerikanischen Soldaten traf sich nun regelmäßig, »to improve their self-image«,<sup>130</sup> und im November 1974 streikte eine Gruppe weißer Soldaten, da der einzige schwarze Soldat ihrer Einheit versetzt werden sollte, nur weil er sich nicht rasieren wollte. Sie veröffentlichten eine Protestnote mit 15 Forderungen und gaben unter anderem bekannt, dass »all people in leadership positions will be removed if they show or

126 Vgl. Sophie Lorenz, »Heldin des anderen Amerikas«. Die DDR-Solidaritätsbewegung für Angela Davis, 1970–1973, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 10 (2013) 1, S. 38–60.

127 Vgl. Höhn/Klimke, *Ein Hauch von Freiheit*, S. 289–292.

128 Erb, *Army ›Doing Its Best‹ to Bridge Racial Gap*, S. 4.

129 Black GIs, Berliners get along just fine, in: *The New York Amsterdam News*, 23. September 1972, S. A3.

130 Legislator Disputed on Army's Race Relations Efforts, in: *Afro-American*, 14. Oktober 1972, S. 3.

have prejudice against race and rank«. <sup>131</sup> Obwohl die staatlichen Quellen damit ein weitgehend konfliktfreies Zusammenleben in Berlin suggerieren, erinnert sich ein afroamerikanischer Zeitzeuge durchaus daran, »mitunter feindselige Blicke« seitens der lokalen Bevölkerung wahrgenommen zu haben. <sup>132</sup>

### Ein letzter Versuch: Forward und das GI Counselling Center

Im Sommer 1972 hatten die politisch engagierten Betreiber der Berliner GI-Bar *New Times* ihren Laden unter anderem aus finanziellen Gründen schließen müssen. <sup>133</sup> Schon nach kurzer Zeit hatte er unter Soldaten den Ruf, ein Mafia-Unterschupf oder zumindest ein Rekrutierungszentrum der Roten Armee zu sein. <sup>134</sup> Der harte Kern der Gruppe setzte die Arbeit dennoch fort und konnte dank finanzieller Hilfen von anderen Gruppen aus Heidelberg und den USA im Februar 1974 ein *GI-Counselling Center* in der Herbertstraße unweit der U-Bahnstation Kleistpark als Treffpunkt für interessierte GIs einrichten. <sup>135</sup> Das Center hatte dienstags und donnerstags von 19.30 bis 22 Uhr sowie samstags und sonntags von 13 bis 19 Uhr geöffnet und lud am Sonntagnachmittag zum gemeinsamen Essen ein. Den Gästen standen mehrere Berater zur Verfügung, und man konnte sich auch per Telefon an eine Hotline wenden, die kostenlos Auskunft über die Rechte von Soldaten erteilte. <sup>136</sup>

Die US-Armee beobachtete sämtliche Maßnahmen der Gruppe mit Skepsis, ging teils auch gegen einzelne Soldaten durch Versetzung oder Arrest vor, stellte aber Ende 1974 zugleich fest: Die von den Betreibern des Centers herausgegebene Zeitschrift *Forward* habe wegen ihres »orthodox Marxist vocabulary« nur wenige Soldaten erreicht; erst eine einfachere und weniger ideologisierte Sprache habe die Leserschaft dann etwas vergrößert. <sup>137</sup> Die erste Ausgabe der *Forward* begrüßte ihre Leser indes noch mit dem Bekenntnis, die Redaktion stehe auf der Seite der kommunistischen National Liberation Front of South

131 GIs in Berlin ›Strike‹ Over Issue of Beards, in: Los Angeles Times, 26. November 1974, S. A14.

132 James Hamilton, Vom Besatzer zum Bürger, in: Domentat, Coca-Cola, Jazz und AFN, S. 90.

133 Harris, The History of a Project, S. 9.

134 Vgl. What's the New Times, in: Forward 1 (1971) 8, S. 4.

135 Im Center arbeiteten ehemalige und aktive Soldaten sowie deutsche und amerikanische Zivilisten ehrenamtlich und mit Unterstützung des Lawyers Military Defense Committee. Harris, Forward – Geschichte eines GI-Projektes in West-Berlin, S. 118; Wie arbeitet das GI Counselling Center, in: Brünn, Widerstand in der US-Armee, S. 126-129.

136 Counsellors Here!, in: Forward 38/1975, in: APO-Archiv: S, BRD + Ausland, Signatur 1145, Box: USA: GIs, Zeitungen, Artikel, 1968-1980, S. 2.

137 Auch die Arbeit des Centers habe kein Problem dargestellt, denn lediglich mit einer Kampagne für längere Haare hätten die Organisatoren eine breitere Zielgruppe erreichen und zu Protesten bewegen können. Vgl. HQ U.S. Army Berlin, Annual Report of Major Activities 1974, in: USAHEC, Berlin Brigade Collection, Command Historical Reports, S. 171-178.

Vietnam (NLF).<sup>138</sup> Hatte ihr Vorgänger, die Zeitschrift *Up Against The Wall*, noch versucht, durch Comics und Karikaturen ein breiteres Publikum anzusprechen, bedrängte die *Forward* ihre Leser teils mit seitenlangen Texten voller Aufforderungen zur Aktion und Appellen zum Widerstand gegen die Armee. Während die Redaktion im Gestern verharrte und noch immer den Duktus der Antikriegsbewegung pflegte, hatte sich ihre potentielle Leserschaft gewandelt. Die seit der Abschaffung der Wehrpflicht 1973 nach Berlin kommenden Berufssoldaten fühlten sich von der radikalen Rhetorik kaum angesprochen. Zudem verfolgten sie – anders als die Wehrdienstleistenden von einst – eine militärische Karriere und hatten dementsprechend kein Interesse daran, mit ihrem Arbeitgeber wegen politischer Betätigungen in Konflikt zu geraten. Eine breitere Leserschaft konnte die Redaktion demnach nur erreichen, wenn sie konkrete Probleme des militärischen Alltags adressierte. Ein solcher Fokus entsprach jedoch nicht den Interessen der deutschen Antikriegsbewegung oder anderer aufgeschlossener junger Berliner. Dave Harris – eines der wenigen langjährigen Gruppenmitglieder – erinnert sich, dass es schon zuvor nicht leicht gewesen sei, deutsche Friedensbewegte von einer Zusammenarbeit mit den US-Soldaten zu überzeugen und der Gruppe immer viel Misstrauen entgegengebracht wurde.<sup>139</sup> Aber auch die eigene Engstirnigkeit habe einem breiten Erfolg immer wieder im Wege gestanden; die kleine, avantgardistische »Kadergruppe« habe letztendlich auch »den GIs nichts vermitteln« können, da »sie nur ihr starres politisches Konzept im Kopf hatte«.<sup>140</sup>

Selbst auf dem »Höhepunkt« des Counselling Centers 1974/75 bestand der aktive Kern des Berliner GI Movements lediglich aus circa 15 Personen, darunter auch einige wenige deutsche Zivilisten, die monatlich um die 1.500 Zeitschriftenausgaben verteilen konnten, sich im Center engagierten und Kontakte zu anderen Initiativen in Europa pflegten. Interne Differenzen über die politischen Ziele und die generelle Arbeitsweise ließen die Gruppe mehr und mehr auseinanderbrechen.<sup>141</sup> Die letzte Ausgabe der *Forward* zog daher 1978 eine traurige Bilanz: Der Redaktion würden inzwischen nur noch fünf Personen angehören, seit einem Jahr habe man keine Ausgabe mehr veröffentlicht und von der letzten seien nur circa 500 Exemplare verteilt worden.<sup>142</sup> Das Center hatte aufgrund mangelnden Interesses und Engagements schon im Jahr zuvor schließen müssen. Erfolge hatte die Gruppe meist nur verbuchen können, wenn sie möglichst unpolitisch auftrat und zu Partys oder Filmabenden lud;

138 Vgl. Editorial, in: *Forward* 1 (1971), S. 1.

139 Harris, *Forward* – Geschichte eines GI-Projektes in West-Berlin, S. III.

140 Wie arbeitet das GI Counselling Center, in: Brünn, *Widerstand in der US-Armee*, S. 126-129, hier S. 126.

141 Jay Brady, *One View: What Happened?*, in: *Forward* 1 (1978), S. 2.

142 Jay Brady, Dave Harris (ehemaliger GI), Tim Manquen (amerikanischer Wehrdienstverweigerer), Nancy Olson und Bob Stamm (amerikanischer Student, der 1976 von Westdeutschland nach Berlin kam). Vgl. die verschiedenen Resümees der Redakteure in: *Forward* 1 (1978).



nur bei diesen Anlässen schaffte sie es, über den kleinen, ambitionierten Kern hinaus einen Austausch zwischen Deutschen (zumeist Freunde der Redakteure) und US-Soldaten zu initiieren. Deren Lebenswelten waren inzwischen so unterschiedlich, dass ein Dialog kaum mehr möglich war. Viele US-Soldaten plagten in jenem Jahrzehnt ganz andere Sorgen als die Weltrevolution.

#### 4.1.4 Krisenjahre der US-Armee

Im April 1972 gab Michael S. Davison, neuer Oberbefehlshaber der U.S. Army Europe, dem Magazin *Der Spiegel* ein Interview und beschrieb die Situation vor Ort mit drastischen Worten: »Wir haben für Vietnam einen schrecklichen Preis bezahlt, einen schrecklichen.«<sup>143</sup> Man kämpfe mit Budgetkürzungen, verfallenen Kasernen, Rauschgiftproblemen, Rassenhass, Gewalt, Desillusionierung, Disziplinlosigkeit und Desertion; die Soldaten würden abgeschottet von ihrer Umgebung in »Golden Ghettos« leben und nicht verstehen, warum die Deutschen sie überhaupt noch bräuchten. Aus Sicht der U.S. Army hatten die Probleme in Deutschland indes nicht erst mit der Bombardierung Nordvietnams begonnen, obwohl der sich anschließende Krieg sie noch intensiviert habe. Das Magazin *Army in Europe* hatte schon im August 1963 einen Artikel veröffentlicht, der insbesondere die Situation der Soldaten sowie deren falsche Motivation und schlechte Kampfmoral beklagte:

Many join [the military, S. E.] to fulfill what they regard as an obligation. This man causes us no worry. We are concerned here with men in several other categories – with the man who is drafted and counts each day until his discharge, the man who joins out of false patriotism, and, most of all, with the man who has chosen the Army in place of a civilian court's jail service. (Many come into service with a record of civilian offenses and with fond hopes of their senders that the military will make good Americans out of them. Many of these men are sent to Europe.)<sup>144</sup>

Selbst jene, die sich bemühten, gute Soldaten zu sein, würden durch ein System kontinuierlich demotiviert, das nur Kritik in Akten vermerke, aber kein Lob ausspreche. Im November druckte die Zeitschrift den Antwortbrief eines anderen Soldaten ab, der die Probleme zwar bestätigte, die Gründe aber im politischen Kontext suchte. Die Soldaten im friedlichen Europa seien lediglich Teil einer »show of strength«, »the might which gives weight to the words of every American diplomat and statesman, who we hope can keep us out of war«. Ihr Alltag sei deshalb anders als erwartet:

It is one of spit-polished boots and close haircuts, of dusting wall-lockers and mopping floors, where the vital thing is not staying alive for one more

143 »Wir mussten die 7. Armee ruinieren«, in: *Der Spiegel* 17/1972, S. 64-81, Zitate S. 65 und 80.

144 Soldiers are people, in: *Army in Europe*, August 1963, S. 9.

day, but preparing for the visit of a General [...]. You see how difficult pride is for the peacetime soldier. His mission is to be ready and to wait, with plenty of things to dust while he's waiting – little chance for pride.<sup>145</sup>

Hier spiegelt sich der Beginn einer Entwicklung, die schließlich auch den zuvor mit viel Prestige verbundenen Stationierungsort Berlin erreichte: Die Normalität in der Anormalität ließ aus der einst heißesten Front des Kalten Krieges einen Ort werden, der zwar weniger gefährlich war, aber auch kaum noch die Möglichkeit der Identifikation mit einer ruhmreichen Mission bot. Prestige ist indes den Soldaten eines Berufsheeres oftmals sehr wichtig. Aufgrund der beschriebenen Probleme aber hatten die USA 1973 die Wehrpflicht abgeschafft.

### Die Abschaffung der Wehrpflicht

Anfang der 1960er-Jahre war die Wehrpflicht in den USA in die Kritik geraten. Vor Beginn des Engagements in Vietnam war der Bedarf an Soldaten im Vergleich zur Bevölkerungsgröße sehr gering und daher die Einberufung nicht mehr allumfassend gewesen, was als ungerecht empfunden wurde. Der Krieg beendete diese Debatte zwar vorübergehend, ließ aber zugleich die Armee als Institution immer unbeliebter werden. Zahlreiche junge Männer fühlten sich moralisch nicht mehr zum Dienst an der Waffe verpflichtet.<sup>146</sup> Mehrere Studien entstanden in jenen Jahren, die sich der Frage widmeten, was sich seit dem Zweiten Weltkrieg verändert habe und wie man dem Resultat dieser Prozesse begegnen könne.<sup>147</sup> Vor diesem Hintergrund brachte Richard Nixon den Stein erneut ins Rollen, als er 1968 im Wahlkampf versprach, die U.S. Army zu einem Berufsheer zu machen. Am 28. September 1971 unterzeichnete er das Public Law 92-129, das das Ende der Wehrpflicht einleitete.

Die Umstrukturierung des Militärs wurde von Beginn an von kritischen Stimmen begleitet, denn sie schien den »social contract between the citizen and the state« aufzulösen und somit die Legitimität der Armee zu kompromittieren.<sup>148</sup> Während die Umstellung heute als erfolgreich eingeschätzt wird,<sup>149</sup> brachte sie zunächst zahlreiche Probleme mit sich.<sup>150</sup> Im Vergleich zum Durchschnitt der Gesamtbevölkerung waren die US-Soldaten infolge der Abschaffung der Wehrpflicht im Schnitt jünger, weniger gebildet, meist verheiratet und stammten überproportional häufig aus kleinen Orten in den amerikani-

145 PFC James Hardin, Meeting the Peacetime Challenge, in: *Army in Europe*, November 1963, S. 33-36, Zitate S. 33 f.

146 Vgl. Bernard Rostker, *I want you! The Evolution of the All-Volunteer Force*, Santa Monica 2006.

147 Unter anderem: Hauser, *America's Army in Crisis*; Hawkins, *Army of Hope, Army of Alienation*; Ingraham/ Manning, *The Boys in the Barracks*.

148 Rostker, *I want you*, S. III.

149 Vgl. ebd., S. 5-9.

150 Vgl. Beth Bailey, *America's Army. Making the All-Volunteer Force*, Westport 2008.

schen Südstaaten. Viele von ihnen waren nie zuvor im Ausland gewesen.<sup>151</sup> Im Jahr 1983, zehn Jahre nach Abschaffung der Wehrpflicht, als sich die Anfangsschwierigkeiten bereits gelegt hatten, waren von den 250.000 in Deutschland stationierten US-Soldaten knapp 90 Prozent männlich, 50 Prozent der unteren Ränge und über 70 Prozent der Offiziere waren verheiratet; viele hatten ihre Familien nach Deutschland mitgebracht. Weniger als 10 Prozent der unteren Ränge hatten einen College-Abschluss, knapp 14 Prozent hatten nicht einmal einen Highschool-Abschluss und fast die Hälfte blickte auf weniger als drei Jahre militärischer Erfahrung zurück. Knapp die Hälfte der Soldaten war unter 23 Jahre alt, fast ein Viertel kam aus den Südstaaten (womit diese Region überrepräsentiert war), 61 Prozent waren weiß und 31 Prozent schwarz.<sup>152</sup>

Aus dieser Konstellation erwachsen neue Schwierigkeiten. Soldaten eines Berufsheeres tendieren dazu, den Ort ihrer Stationierung nur als einen Einsatzort unter vielen zu betrachten und ihre Freizeit deshalb bevorzugt innerhalb der Militärgemeinde zu verbringen, wohingegen Wehrpflichtige für jede Minute des Aufenthaltes in einem zivilen Umfeld dankbar sind.<sup>153</sup> Um der Militärgemeinde zu entkommen – etwa durch das Anmieten von Wohnraum außerhalb des Militärgeländes, durch kurze Reisen oder Besuche von gastronomischen Einrichtungen und kulturellen Veranstaltungen – brauchte man allerdings auch Geld, und daran mangelte es vielen in Deutschland lebenden US-Amerikanern in den 1970er-Jahren aufgrund des für sie äußerst nachteiligen Dollarkurses.<sup>154</sup>

### Die Folgen der Dollarkrise

Anni P. Baker fasste in der Studie *American Soldiers Overseas* zusammen, wie wenig attraktiv die Stationierung in Deutschland noch war:

By the mid-1970s Americans overseas were plagued with poor morale and discipline, marked by mistrust between the races, petty crime, drug abuse, and the demoralizing effect of a lost war. They lived in shabby, outdated installations where fantastic problems were commonplace – vermin infections,

151 Vgl. Ingraham, *Boys in the Barracks*, S. XIII; Hawkins, *Army of Hope*, S. 174-178. Dies berührt die allgemeine Debatte um die Wehrpflicht, in deren Rahmen oft davor gewarnt wird, dass eine Freiwilligenarmee primär Menschen anzieht, die auf dem regulären Arbeitsmarkt wenig Chancen hätten und daher auch insgesamt nicht die Nation repräsentierten. Zu den (deutschen) Debatten über die Wehrpflicht: Ines Jacqueline Werner (Hg.), *Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte*, Wiesbaden 2004; Frevert, *Die kasernierte Nation*, S. 9-17.

152 Nelson, *Defenders or Intruders*, S. 17-28.

153 Höhn, *GIs and Fräuleins*, S. 225 f.

154 Hawkins, *Army of Hope*, S. 214-221.

no heat, dripping water, mold and crumbling plaster. Their money was not worth what it once had been, confining them to the meager options on base.<sup>155</sup>

Während die nachlassende Moral und Disziplin sich auf den Vietnamkrieg und eine mangelnde Identifikation mit der Mission in Europa während der Entspannungsära zurückführen lassen, war der deutlich gesunkene Lebensstandard unter anderem eine Folge der Dollarkrise von 1971, der Ölkrise von 1973 und 1979 und der damit verbundenen Wirtschaftskrisen. Das System der festen Wechselkurse in Kopplung an den Dollar und die amerikanischen Goldreserven, das Bretton-Woods-System, hatte schon seit einiger Zeit Schwachstellen aufgewiesen und eine Anpassung der Kurse nötig gemacht. Im Sommer 1971 beendete die Nixon-Regierung die Goldkonvertibilität des Dollars und damit die Verpflichtung der USA, auf Wunsch der Partnerländer deren Dollar Guthaben in Gold einzutauschen, und wertete die eigene Währung ab. Was zeitgenössisch als »Dollarkrise« bezeichnet wurde,<sup>156</sup> bedeutete für die in anderen Ländern stationierten US-Soldaten, dass ihr Gehalt von nun an von der Börse abhing. Eine Soldreform zum Jahreswechsel erleichterte ihr Schicksal etwas, löste die Probleme aber nicht.<sup>157</sup> Kursschwankungen bestimmten nun den Alltag der US-Soldaten, denn der Wert des Dollars sank von 3,63 DM im Jahr 1970 auf zeitweise 1,74 DM im Jahr 1980.<sup>158</sup>

Viele Soldaten verschuldeten sich in dieser Zeit. Deutsche Gastwirte erachteten sie nicht mehr als lukrative Kundschaft und verboten ihnen teils sogar den Zutritt. Die Army ging davon aus, dass über ein Drittel die Kaserne so gut wie nie verließ.<sup>159</sup> Infolgedessen nahm die Frustration zu, was in nicht wenigen Fällen zu erhöhtem Alkoholkonsum und vermehrt auch zu Konflikten im unmittelbaren Umfeld der Militärbasen führte. An mehreren Stützpunkten im Südwesten der Bundesrepublik wurde über Schlägereien zwischen US-Soldaten, Raubüberfälle oder auch gewalttätige und sexuelle Übergriffe geklagt.<sup>160</sup> Das Militär versuchte verstärkt, den Soldaten alternative Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten innerhalb der Militärgemeinde zu bieten – was die gesellschaftliche Isolation aber noch begünstigte.<sup>161</sup> Zudem waren auch die finanziellen Möglichkeiten der Armee infolge von umfassenden Budgetkürzungen deutlich eingeschränkt:

In 1966 and 1967 base commanders [in Germany, S. E.] found they had less money for maintenance and repair, construction and recreation activities

155 Baker, *American Soldiers Overseas*, S. 79.

156 Vgl. Der Offenbarungseid, in: *Der Spiegel* 35/1971, S. 19-29.

157 Vgl. »Wir mussten die 7. Armee ruinieren«, in: *Der Spiegel* 17/1972, S. 64-81.

158 Nelson, *Defenders or Intruders*, S. 178 f.

159 For Today's GI, *Germany is a Hardship Post*, in: *U.S. News and World Report*, 8. Juli 1980, zit. n. LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

160 Vgl. Ausbruch aus dem Getto, in: *Der Spiegel* 41/1972, S. 57 und 60.

161 For Today's GI, *Germany is a Hardship Post*, in: *U.S. News and World Report*, 8. Juli 1980, zit. n. LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

[...]. By the early 1970s, barracks and family housing was decrepit, and enlisted personnel lived in conditions many commentators did not hesitate to call ›slums‹.<sup>162</sup>

Das Programm *Reduction of Cost, Europe* (REDCOSTE) hatte zwischen 1968 und 1969 für Einsparungen in Höhe von 38,3 Milliarden Dollar gesorgt. Besonders »non-mission related budgets« waren von den Kürzungen betroffen – darunter fielen auch jene Dinge, die den Soldaten bis dato eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung ermöglicht hatten. Hinzu kam, dass qualifiziertes und erfahrenes Personal zu weiten Teilen aus Europa abgezogen wurde, was zum einen die Effektivität der Armee im Allgemeinen beeinträchtigte, zum anderen Anlass dazu gab, Community-Relations-Programme aus Personalmangel einzustellen.<sup>163</sup>

Insbesondere die Wohnsituation wurde häufig beklagt. Die Leser der *Stars and Stripes* beschwerten sich über monatelange Wartezeiten bei der Wohnungszuteilung, zu wenig Wartungspersonal, nicht ausreichend zur Verfügung stehendes und in schlechtem Zustand befindliches Mobiliar und viele leere Versprechungen seitens der zuständigen Stellen.<sup>164</sup> Jenseits der Kasernen und armeeeigenen Wohnsiedlungen konkurrierten die US-Soldaten mit deutschen Wohnungssuchenden auf einem Markt, der sich binnen zehn Jahren drastisch gewandelt hatte: Der Mietenindex war um 78 Prozent gestiegen, besonders städtische Ballungsräume waren mit enormen Preissteigerungen konfrontiert. Höhere Bau- und Bodenpreise bei noch immer bestehendem Wohnraummangel, ein wegen der hohen Kosten nachlassender Neubau von Mietwohnungen und eine zugleich wachsende Nachfrage machten die Suche nach einem bezahlbaren und dennoch ansprechenden Zuhause vielerorts zu einer Suche nach der Nadel im Heuhaufen.<sup>165</sup> Die *Stars and Stripes* erklärte die besonders in Stuttgart, Frankfurt am Main, Hanau und Kaiserslautern fieberhafte Suche nach günstigen Wohnungen jenseits der Kasernen damit, dass im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor deutlich mehr Soldaten der unteren Ränge ihre Familien als *noncommand-sponsored dependents* mitbrächten.<sup>166</sup> Sie hatten kein Anrecht auf das von der Armee angebotene *Family Housing* und konnten sich teilweise nur noch ein WG-Zimmer leisten. Viele Vermieter akzeptierten zudem generell keine US-Soldaten, insbesondere keine schwarzen. Kino- und Restaurantbesuche oder Wochenendausflüge galten diesen Familien als unerschwinglicher Luxus.<sup>167</sup> Im Jahr 1971, so die zeitgenössische Schätzung, waren

162 Baker, *American Soldiers Overseas*, S. 76.

163 Ebd., S. 64-71 und 75-79.

164 Letters to the Editor: Is government a slum landlord?, in: *Stars and Stripes*, 22. August 1973, S. 12.

165 Vgl. Mieten in Deutschland: Not im Wohlstand, in: *Der Spiegel* 45/1972, S. 72-88.

166 Bob Hoyer/Greenway Stuart, HROs in Europe spearhead fight for economy housing, in: *Stars and Stripes*, 28. Juli 1980, S. 9-10.

167 Immer wieder berichteten US-Zeitungen über das Schicksal amerikanischer Familien in der Bundesrepublik: Joe Alex Morris Jr., Rents High For Families: GIs

ungefähr 13.000 US-Soldaten in Westdeutschland von diesen Problemen betroffen.<sup>168</sup> Immer mehr amerikanische Ehefrauen suchten sich infolgedessen auf dem deutschen Markt Arbeit – so waren 1973 zum Beispiel circa 100 *Military Spouses* am Fließband der Firma Bosch tätig.<sup>169</sup>

Die prekäre Situation einiger US-Soldaten legte mancherorts den Grundstein für spontane Maßnahmen zur Unterstützung betroffener Familien und begründete so eine kleine Renaissance der Freundschaftsaktivitäten der Nachkriegsjahre – nur unter umgekehrten Vorzeichen: In Kaiserslautern bat der Deutsch-Amerikanische Club um Spenden.<sup>170</sup> In Augsburg startete Colonel Frank E. Deese, ein Baptisten-Pfarrer, im Februar 1978 einen Spendenaufruf, um einen Kleinbus anschaffen zu können. Da sich einige US-Familien kein Auto leisten konnten und teils weit entfernt von den Stützpunkten wohnten, sollte der Bus ihnen die Möglichkeit offerieren, Einkäufe trotzdem in den für sie günstigeren amerikanischen Geschäften tätigen zu können.<sup>171</sup> Nachdem eine lokale Tageszeitung und ein TV-Sender über den Aufruf berichtet hatten, stand das Telefon des Pfarrers nicht mehr still: Zwei Tage später waren bereits Spenden in Höhe von über 2.000 US-Dollar eingetroffen; Anrufer hatten gar angeboten, ihr altes Auto zu spenden oder eine Familie mit monatlichen Überweisungen zu unterstützen.<sup>172</sup>

Die Rollen waren nun vertauscht: Deutsche halfen finanziell bedürftigen Amerikanern – vereinzelt auch, um sich für die in den Nachkriegsjahren erfahrene Hilfe erkenntlich zu zeigen. In den später 1940er-Jahren war dem deutschen »Otto Normalverbraucher«, der »Kippen sammelte und hamstern ging«, jeder US-Soldat wie ein »Weihnachtsmann im olivfarbenen Tarnanzug« erschienen, so *Der Spiegel*. Nun würden sich die einstigen Helden eher wie »Unterprivilegierte« fühlen, was Anlass zu »Neid und Verdruß« sei.<sup>173</sup> Auch

Find Off-Base Housing No Home Sweet Home in Europe, in: Los Angeles Times, 22. Mai 1971, S. 1; Barbara Bright, GIs are Paupers in Expensive Germany, in: The Washington Post, 23. Juli 1973, S. A24; Murray Seeger, GI Families Hard Hit by Dollar's Fall in Germany, in: Los Angeles Times, 1. August 1977, S. 4; Murray Seeger, GI's Paycheck Really Shrinks in West Germany, in: Los Angeles Times, 5. Januar 1978, S. A12; Michael Getler, Drop in Dollar Hits GIs in Germany, in: The Washington Post, 19. März 1978, S. A28.

168 Joseph Sterne, Froehlke Find's GIs with families in Germany face housing dilemma, in: The Sun, 29. Oktober 1971, S. A6.

169 Can't get by on Army Pay: GI Wives Find Jobs in Germany, in: Los Angeles Times, 28. September 1973, S. A5. Siehe auch: Nelson, Defenders or Intruders, S. 183 ff.

170 »Die Amis kaufen wie verrückt«, in: Der Spiegel 13/1985, S. 89-96.

171 Hierzu auch: Tobias Brenner, Klein-Amerika liegt zwischen Pfersee und Kriegshaber. Der wirtschaftliche und städtebauliche Impact der US-Militärpräsenz in Augsburg, in: Gassert [u. a.], Augsburg und Amerika, S. 225-245.

172 Germans Contributing to Hardest-Hit GI Families, in: Los Angeles Times, 10. März 1978, S. A9.

173 Vgl. »Wir mussten die 7. Armee ruinieren«, in: Der Spiegel 17/1972, S. 64-81, Zitat S. 67.

das Verständnis der eigenen Mission sowie die Kampfbereitschaft litten unter der Armutskrise:

Poverty is a particular demoralizing form of humiliation. When American soldiers cannot afford to dine in German restaurants or purchase anything of value in German stores, when the wives of servicemen must work at the lowest-paid unskilled jobs in the labor market, when military families must live in slum accommodations unacceptable to most Germans and even to foreign workers from poorer countries, it should come as no surprise that morale plummets to the basement level. The self-image of second-class status in a wealthy country cannot support the first-rate effort required of a military superpower [...].<sup>174</sup>

Der U.S. Army waren allerdings weitestgehend die Hände gebunden, da sie nur innerhalb des ihr zugestandenen Budgetrahmens agieren konnte. Mittels erhöhter Zuschüsse zum Sold, der Vergabe von Krediten oder vergünstigten Mahlzeiten für Familienangehörige in den Armee-Kantinen wurde versucht, den gravierenden Problemen zu begegnen.<sup>175</sup>

Die US-Soldaten plagten zudem nicht nur finanzielle Sorgen, wie der amerikanische Ethnologe John Hawkins feststellte, als er 1986 mit seiner Familie nach Deutschland zog und in Form der teilnehmenden Beobachtung versuchte, mehr über den Alltag der amerikanischen Militärfamilien in Erfahrung zu bringen. Sein unter dem Titel *Army of Hope, Army of Alienation*<sup>176</sup> veröffentlichter Befund stellte fest: In den amerikanischen Kasernen in Deutschland herrsche eine »culture of fear, intimidation, and indifference to the welfare of junior personnel«; die Probleme der Armee seien im fernen Europa größer als daheim aufgrund von »cultural isolation and the proximity of a lethal threat«. <sup>177</sup> Hawkins definierte zwei Problemfelder: zum einen strukturelle Probleme der Armee, zum anderen Probleme resultierend aus dem Leben in einem fremden Land.

Aufgrund des Bewertungssystems der U.S. Army überlagerten sich jedoch beide Felder: In Form von OERs (*Officer Evaluation Reports*) bzw. EERs (*Enlisted Evaluation Reports*) wurde das Verhalten eines jeden Militärangehörigen im Verlauf seiner Dienstzeit dokumentiert. Solche Einträge in die Personalakte

174 Nelson, *Defenders or Intruders*, S. 191.

175 Ebd., S. 185.

176 Hawkins, *Army of Hope, Army of Alienation*. Anni Baker kritisierte die Studie unter anderem aufgrund mangelnder Kontextualisierung und wegen Intransparenz hinsichtlich der Auswahl der Interviewpartner. Dennoch bietet sie einen unverzichtbaren Einblick in die Welt der Militärfamilien. Vgl. Anni Baker, *Army of Hope, Army of Alienation. Culture and Contradiction in the American Army Communities of Cold War Germany* (Review), in: *Journal of Cold War Studies* 11 (2009) 2, S. 149-150.

177 Faris R. Kirkland, Foreword, in: Hawkins, *Army of Hope, Army of Alienation*, Zitat S. XII.

erfolgten jährlich oder bei entsprechenden Vorkommnissen. Sie wurden durch den unmittelbar Vorgesetzten verfasst und durch dessen Vorgesetzten kontrolliert (den *rater* und *senior rater*). Sie entschieden über eine mögliche Beförderung oder auch über eine Entlassung aus der Armee. Viele Soldaten kritisierten die hohe Subjektivität des Systems, da ihre gesamte Karriere von dem Urteil zweier Personen abhing:

For example, it made a difference whether the rater wrote well or not; a rater's relative ability to choose flowery adjectives that conformed to the inflated language customary for describing even average performance could affect the outcome of a promotion board judgement made years later.<sup>178</sup>

In diese Reports wurden auch ein vermeintliches Fehlverhalten oder persönliche Probleme des Ehepartners aufgenommen. Oftmals trauten sich diese daher nicht, die Unterstützung der Armee zum Beispiel in Form eines Gesprächs mit dem Pfarrer oder einem Psychologen in Anspruch zu nehmen, da es negative Auswirkungen auf die Bewertung des Partners hätte haben können.<sup>179</sup> Je kleiner die Militärgemeinde, desto größer war die Angst, denn man kannte sich, sah sich rund um die Uhr, und Gerüchte machten schnell die Runde. Eine Folge dieses Systems war, dass sich viele Familien in ihre eigenen vier Wände zurückzogen.<sup>180</sup>

### Die Situation in West-Berlin

Während die US-Soldaten in Westdeutschland mit kaputten Heizungen und Waschmaschinen kämpften, wurden für sie in West-Berlin ein neues Militärkrankenhaus, eine neue Wohnsiedlung und eine neue Shopping Mall gebaut.<sup>181</sup> Ein Artikel des *Berlin Observer* unterstrich die im Vergleich komfortable Situation: »If you were stationed in West Germany before, or in the areas surrounding Ft. Hood, Texas, or Ft. Knox, Ky. you'd know for certain that the government housing in West Berlin is top-drawer.«<sup>182</sup> Das Problem mangelhafter Unterkünfte existierte in Berlin aufgrund des Besatzungsstatuts nicht; die Unterbringung der Soldaten war Aufgabe der jeweiligen Militärregierung und wurde aus dem Besatzungskostenhaushalt – und somit durch den Bund – fi-

178 Hawkins, *Army of Hope, Army of Alienation*, S. 79.

179 Hawkins zitiert unter anderem einen seiner Gesprächspartner: »Going to the chaplain can be a dangerous situation. [...] There is a patient-client relationship. But he is caught between a rock and a hard place. He must brief the battalion commander in staff meeting. Ten to one, whoever is there can figure out who it [the briefing] is about. In the environment we live in, it doesn't take long to figure who the people are. There is no privacy.« Ebd., S. 205.

180 Vgl. ebd., S. 194.

181 112-bed hospital goes up in Berlin, in: *Stars and Stripes*, 7. Juli 1976, S. 27.

182 Buildings feeling money pinch, in: *Berlin Observer*, 14. August 1981, S. 3. Siehe auch: Chuck Potter, Berlin's military housing is looking up, in: *Stars and Stripes*, 3. Juli 1975, S. 9.



nanziert.<sup>183</sup> Da dies jedoch in der Praxis nicht immer funktionierte, wurden die Angehörigen der Alliierten teils auch mit Wohnungen des steuerbegünstigten oder sozialen Wohnungsbaus versorgt.<sup>184</sup> Wer mit seiner Familie kein Anrecht auf *Government Housing* hatte oder nicht auf dem Kasernengelände wohnen wollte, hätte dem positiven Urteil aber wohl nur eingeschränkt zugestimmt. Immer wieder klagten US-Soldaten, dass auch hier Vermieter sie pauschal ablehnen oder eine deutlich höhere Miete von ihnen verlangen würden. Ein in West-Berlin stationierter Soldat schrieb 1972:

You know it's very funny how a German (non-military, of course) can rent an apartment for let's say 180 DM (maybe less) and an American has to turn around and pay anywhere from 350-500 DM. Wow! [...] After many hassles and hard times, we finally found a place (no hot water, no refrigerator, no bathtub, no nothing, but it was cheap, 170 DM, 20 DM more because our 8 months old daughter meant more than two people. [...] Well, we took it since it was a drop of 210 DM from the last apartment we occupied.<sup>185</sup>

Nachdem die Armee die Wohnung inspiziert hatte, sollte die Familie allerdings wieder ausziehen, da die Unterkunft nicht die Mindeststandards erfüllte. Auf der zur Verfügung gestellten Liste mit vermittelbarem Wohnraum befanden sich aber nur Unterkünfte für um die 500 DM pro Monat, was für die Familie nicht finanzierbar war.

Ein einfacher Soldat verdiente zu dieser Zeit, je nach Rang, zumeist unter 500 Dollar pro Monat, abhängig von der Dauer seiner Armeezugehörigkeit.<sup>186</sup> Das Grundeinkommen (*Basic Pay*) wurde durch verschiedene Zulagen ergänzt, zum Beispiel durch die pauschale, nach Standort variierende *Housing Allowance* in Höhe von circa 80 Dollar und eine jährlich angepasste *Overseas Cost of Living Allowance*, kurz COLA, zum Ausgleich von Preisunterschieden zwischen der Heimat und dem Ort der Stationierung.

Nur noch 240 Familien könnten sich ein Leben außerhalb der Kaserne leisten, so ein Bericht der *Berliner Morgenpost* aus dem Jahr 1980: »Am Hungertuch braucht niemand zu nagen, hört man überall. Nur wird jetzt mehr gerechnet.«<sup>187</sup> Der *Berlin Observer* warnte im Jahr darauf mit einem Rechenexempel vor den hohen Kosten, die jenseits des Militärgeländes lauerten: Ein Private First Class (Obergefreiter) mit einem Grundeinkommen von derzeit 558 Dollar und weiteren Zuschüssen in Höhe von 337 Dollar (insgesamt circa

183 CdS Peter Sötje an den Staatssekretär des AA Günther van Well, 4. September 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23892.

184 Senator für Finanzen an Senatskanzlei, Betreff: Wohnungsversorgung für Schutzmächte in Berlin, 21. September 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20926.

185 Housing Rip-Off, in: Forward 1 (1972) 10, S. 15-17.

186 Hier sowie im Folgenden: Monthly Basic Pay (Grundeinkommen), Stand 1. Januar 1972, in: Defense Finance and Accounting Service, URL: <https://www.dfas.mil/dam/jcr:c4622417-b525-4a02-90b7-28f19aab70bd/MilPayTable1972.pdf> [7.4.2017].

187 Frau Feldweibel verweist seltener, in: Berliner Morgenpost, 13. Januar 1980, S. 19.

2.000 DM) solle sich gut überlegen, auf dem freien Markt für sich und seine Familie zu suchen, denn eine Wohnung mit zwei Schlafzimmern koste inzwischen um die 900 DM.<sup>188</sup>

Ein zu dieser Zeit verfasster Report der Berlin Brigade blickte auf die letzten zehn Jahre zurück:

The problems confronting the Army in the seventies were America's problems; the nation was entering a new era of social consciousness. Among other new goals were efforts to contain drug and alcohol abuse and to achieve a new understanding for the problems of minority groups and women.<sup>189</sup>

Finanzielle Schwierigkeiten thematisierte der Bericht nicht. Dennoch trafen Kursschwankungen die Berliner natürlich nicht anders als die Stuttgarter oder Frankfurter Militärgemeinde, auch wenn die daraus resultierende Not offensichtlich geringer war. Auch die räumliche Abgeschiedenheit war nicht in gleichem Maße gegeben: Die amerikanischen Kasernen und Wohnsiedlungen lagen zwar nahe beieinander, stellten aber keine separate Siedlung in Form eines eigenen Vororts dar, sondern waren über den Süden West-Berlins verstreut. Die großstädtische Infrastruktur bot auch für Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit, die Freizeit abwechslungsreich zu gestalten. Karitative Aktionen zugunsten von Militärfamilien sind aus West-Berlin daher nicht überliefert. Trotzdem sprechen unter anderem vereinzelte Haushaltstipps und Hinweise auf Nebentätigkeiten von Ehefrauen im *Berlin Observer*<sup>190</sup> sowie zwischen Ende der 1970er-Jahre und Anfang der 1980er-Jahre geführte Gespräche auf politischer Ebene dafür, dass auch in West-Berlin gespart werden musste.

### Drogenprobleme

Ein weiteres Problem, welches unmittelbaren Einfluss auf die Umgebung der Stationierungsorte hatte, war der gestiegene Alkohol- und Drogenkonsum der US-Soldaten. Maria Höhn und Martin Klimke begründeten dies damit, dass die zu Teilen direkt aus Vietnam kommenden GIs vom »Krieg brutalisiert und vom monotonen Militärdrill sowie dem langweiligen Etappenleben in Westdeutschland angeödet« waren.<sup>191</sup> Auch die Kriminalität nahm zu, und es kam häufiger zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit deutschen Zivilisten.

188 Error costs quarter loss, in: *Berlin Observer*, 24. April 1981, S. 2.

189 U.S. Command Berlin/U.S. Army Berlin (Hg.), *The Story of Berlin Brigade*, 3. überarb. Aufl., Berlin 1981, in: NARA, *A City Divided*, S. 22.

190 Vgl. Carol Capers, Energy-wasters cost Uncle Sam a lot of money, in: *Berlin Observer*, 15. Juni 1979, S. 4; Conducting commercial businesses in government quarters prohibited, in: *Berlin Observer*, 26. Oktober 1979, S. 1; Reduce grocery bill; follow shopping tips, in: *Berlin Observer*, 16. April 1981, S. 8.

191 Höhn/Klimke, *Ein Hauch von Freiheit*, S. 263. Das Urteil bestätigt ein zeitgenössischer Artikel: Grausamer Witz, in: *Der Spiegel* 35/1971, S. 73-76.

Im März 1973 berichtete *Der Spiegel*:

Nach Schätzungen der Experten im Heidelberger Hauptquartier greifen rund zwei Prozent der 195.000 in Westdeutschland stationierten US-Soldaten täglich zu Drogen, vor allem Amphetaminen. An die 15 Prozent sind regelmäßige Haschisch-Raucher, fast jeder zweite GI hat Erfahrungen mit dem Joint. Rund 1400 Soldaten sind in Entwöhnungsbehandlung.<sup>192</sup>

Die Bundesregierung erachtete die Bekämpfung der Drogensucht zunächst nicht als ihre Aufgabe und verweigerte die Unterstützung. Es begann eine Auseinandersetzung darüber, ob die US-Armee die Drogen nach Deutschland gebracht hatte oder ob es deutsche (und türkische) Dealer waren, die Schuld an dem Konsum der GIs hatten.

Schließlich ging man jedoch mit einer Mischung aus Beratungsangeboten, verschärften Kontrollen und teils äußerst harten Bestrafungen gemeinsam gegen das Problem vor.<sup>193</sup> Eine Task Force besuchte 1978 mehrere deutsche Städte, um herauszufinden, ob die Maßnahmen Erfolg zeigten, wie sie vor Ort konkret umgesetzt wurden und inwiefern die amerikanische Militärpräsenz den lokalen Drogenmarkt beeinflusste.<sup>194</sup> Betroffen waren insbesondere Frankfurt am Main, das Ruhrgebiet und West-Berlin – die Mauerstadt galt zeitweise als »major international trafficking checkpoint«, speziell für Heroin.<sup>195</sup> Ein Bericht des National Foreign Assessment Centers der Central Intelligence Agency (CIA) machte insbesondere den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld und die Transitstrecken als Lücken im Sicherheitsnetz aus: Ungefähr 20 Prozent der in West-Berlin vorhandenen Drogen kämen per Flugzeug in die Stadt, der Rest per Auto oder Lkw. Als Kurier würden zumeist türkische »Gastarbeiter« genutzt, so der Report.<sup>196</sup> Der Status West-Berlins verhindere jedoch ein Vorgehen gegen den Drogenschmuggel, zum einen da Bundesbehörden hier nur eingeschränkt aktiv werden dürften, zum anderen da an der Grenze zur DDR, die nicht als Staatsgrenze anerkannt sei, keine Zollkontrollen durchgeführt werden könnten und die Einrichtung solcher Kontrollen die sowieso schon langen Wartezeiten erhöhen würde. Eine Durchsuchung von mit der S-Bahn einreisenden Personen sei auch nicht möglich, da die Reichsbahn DDR-Eigentum sei. Punktuelle Kontrollen durch die West-Berliner Polizei müssten vorab

192 Auf Verdacht, in: *Der Spiegel* 10/1973, S. 44-46, Zitat S. 44.

193 Vgl. Vazansky, *Army in Anguish*, S. 288-291; De Nike, *The U.S. Military and Dissenters in the Ranks*, S. 306-309.

194 House of Representatives, *Hearings before the Select Committee on Narcotics Abuse and Control, Drug Abuse among U.S. Armed Forces in the Federal Republic of Germany and West Berlin. Report of the Select Committee on Narcotics Abuse and Control, 95th Congress, 2nd Session, 20.-22. November 1978, Washington 1979*, online unter: HathiTrust Digital Library, URL: <https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=mdp.39015078702944;view=1up;seq=1>, S. 1-6. [7.4.2017].

195 Ebd., S. 55.

196 Hier und im Folgenden: National Foreign Assessment Center: *International Narcotics Review*, 30. August 1978, in: JCL, NLC-28-18-3-3-6, S. 1-8.

durch die Alliierten genehmigt werden und seien demnach nicht spontan möglich; Anfragen hinsichtlich einer Unterstützung durch die ostdeutschen Behörden würden von diesen ignoriert. Man könne deshalb lediglich versuchen, so der Vorschlag der Experten, den »desperate East German need for hard currency« auszunutzen und sich die Unterstützung zu erkaufen.<sup>197</sup>

Der Status Berlins, an dem die West-Alliierten vehement festhielten, war zum Problem geworden. Man war in eine Zwickmühle geraten. Stellte man den Status infrage, riskierte man die rechtliche Grundlage für die eigene Präsenz und somit den militärischen Schutz West-Berlins. Hielt man an dem Status fest, schützte man West-Berlin zwar vor einem befürchteten sowjetischen Angriff, konnte aber auch nicht auf eine intensive Zusammenarbeit mit der DDR hoffen.

#### 4.2 Frieden, Umweltschutz und Bürgerrechte

Im Oktober 1981 reichte es einer Bewohnerin der Laubenkolonie Hundekehle im Grunewald, und sie ließ ihrem Unmut in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker freien Lauf. Sie sei in Berlin aufgewachsen und bei den Übungen der Amerikaner »immer interessierter Zuschauer gewesen«, doch seitdem »schwere Kettenfahrzeuge« und nicht mehr nur Jeeps über einen »nicht befestigte[n] Weg« ihrer Kolonie fahren würden, halte sie diese Praxis für »unverantwortlich«. Sie war »der Meinung, daß man in der heute in Berlin relativ friedlichen Zeit nicht schon den Eindruck bekommen sollte, der nächste Krieg stünde unmittelbar bevor«. Sie hoffte daher, »daß in Zukunft die Übungsgebiete so begrenzt werden, daß man hier nicht in Angst und Schrecken leben muß«. <sup>198</sup> Von der Schutzmacht ging aus ihrer Sicht eine Bedrohung ihrer Lebensqualität in friedlichen Zeiten aus. Die Schreiberin betonte ihre Verbundenheit mit den Amerikanern und präsentierte sich als loyale West-Berlinerin, deutete aber zugleich an, dass sich die Welt verändert habe und die bisher üblichen Praktiken hinterfragt werden sollten.

Der Brief der »Laubenpieperin« bezeugt einen kulturellen Wandel, der das Verhältnis zu den Alliierten ab Mitte der 1970er-Jahre stark beeinflusste. Einschränkungen, die in West-Berlin einst stillschweigend in Kauf genommen worden waren, da sie dem Schutz und somit der Freiheit der Halbstadt dienten, wurden von immer mehr Menschen als Belastung wahrgenommen. Militärische Übungen wurden nicht mehr als wichtige Probe für den Verteidigungsfall gewertet, sondern als Lärmbelästigung und unerwünschte Begegnung mit der Welt des Militärischen. Manöverschäden waren nicht länger leicht zu behe-

<sup>197</sup> Ebd., S. 6.

<sup>198</sup> Helgard Burow an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, 20. Oktober 1981, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Box 1, Folder: Sent Chrons November-December 1981

bende Folgen eines notwendigen Übels, sondern ein kaum zu verzeihender Eingriff in die städtische Ökosphäre. Dies macht auch eine sprunghaft ansteigende Zahl an Beschwerden deutlich: Immer mehr West-Berliner klagten plötzlich über den durch Militärfahrzeuge und Schießübungen verursachten Lärm, über achtlose Abfallentsorgung und verdreckte Straßen.<sup>199</sup> Was hatte sich verändert?

Die Antworten der Historiker auf diese Frage sind vielfältig. Einigkeit besteht jedoch darüber, dass um 1973 eine Phase des Umbruchs begann.<sup>200</sup> Die Jahre »nach dem Boom« waren von einem »soziale[n] Wandel von revolutionärer Qualität« gekennzeichnet, der die Arbeits- und Lebenswelt der Menschen maßgeblich veränderte. Die auf die Ölpreiskrisen und die Aufgabe der internationalen Währungsordnung des Bretton-Woods-Systems folgende Wirtschaftskrise, der Zerfall der Traditionsindustrien und die Digitalisierung, kontinuierlich steigende Arbeitslosenzahlen, der Umbau des alten Rentensystems, demografische Veränderungen, eine zunehmende Pluralisierung der Normen und eine Individualisierung der Lebensstile sowie der Siegeszug des Neoliberalismus sind nur einige Merkmale des »Strukturbruchs der Industriemoderne«.<sup>201</sup> Konrad Jarausch bezeichnet die 1970er-Jahre deshalb als »eine Übergangsepoche, deren Selbstbild zwischen einem verbreiteten Krisengefühl und neuer Aufbruchsstimmung schwankte«. Mit dem Bericht des *Club of Rome* wurde nun über mögliche Grenzen des Wachstums nachgedacht und die Machbarkeit der Zukunft hinterfragt, gleichzeitig entwickelten die aus der Studentenbewegung bzw. der Neuen Linken erwachsenen Neuen Sozialen Bewegungen eigene Ideen für eine bessere Gesellschaft.<sup>202</sup>

- 199 Siehe unter anderem: Beschwerden und Petitionen, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 25732 und Nr. 24865. Auch in den späten 1960er-Jahren gab es vereinzelt Beschwerden über Manöverschäden, allerdings stellten diese die Notwendigkeit der Übungen oder gar der Präsenz der Truppen nicht infrage. Vgl. LArch, B Rep. 002, Nr. 24532.
- 200 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 3. Aufl., Göttingen 2012; Konrad H. Jarausch (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009.
- 201 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Der Epochenbruch in den 1970er-Jahren. Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«. Bilanz eines Jahrzehnts, in: Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hg.), »Nach dem Strukturbruch«? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 25-40. Zur Historisierung der 1980er-Jahre siehe auch: Dietmar Süß/Meik Woyke, Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: Meik Woyke (Hg.), Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013, S. 7-24; Axel Schildt, Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: ebd., S. 25-50.
- 202 Konrad H. Jarausch, Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3

Ihre Visionen richteten sich jedoch weniger auf eine unbestimmte Zukunft als vielmehr auf ihr unmittelbares Umfeld in der Gegenwart: In unzähligen Gruppen »engagierten sich Zehntausende für die Rechte der Frauen und die Anliegen der ›Dritten Welt«, sie kämpften gegen Umweltverschmutzung und Kernkraftwerke und machten sich für Bürger- und Minderheitenrechte sowie den weltweiten Frieden stark.«<sup>203</sup> Dieses Phänomen wurde zeitgenössisch oftmals einem Wertewandel (oder auch Werteverfall) zugeschrieben, der zu einem immer größeren Unterschied zwischen den Werthaltungen der Generationen geführt habe und im historischen Rückblick den Übergang von der Moderne zur Postmoderne oder zur Zweiten Moderne zu markieren scheint.<sup>204</sup>

Ein neuer Fortschritts- und Technikskeptizismus ließ Fragen nach den Kosten des Wachstums aufkommen und ein neuartiges Umweltbewusstsein entstehen, aus dem eine linksalternative Umweltbewegung erwuchs, die grundsätzliche Kritik an sozialen wie ökologischen Problemen übte und ein Mitspracherecht bei Planungsprozessen einforderte.<sup>205</sup> Da die Ablehnung der Kernenergie ein zentrales Thema der parallelen Anti-AKW-Bewegung wurde, generierten sich primär aus ihrer Mitte Proteste gegen die nukleare Nachrüstung. Die Umwelt- wie auch die Friedensbewegung hatten historische Vorläufer, verstanden sich nun aber »als Lebens- bzw. ›Überlebensbewegung« in einer akuten Krise der industrialisierten Zivilisation.«<sup>206</sup> Beide »hatten ihre Wurzeln

(2006) 3, S. 334-341. Siehe auch: Konrad H. Jarausch, Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Zäsur, in: ders. (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 9-26. Als »soziale Bewegung« wird »ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen« verstanden, das, »gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens sichert, das mit dem Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist«. Roland Roth/Dieter Rucht, Einleitung, in: dies. (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 9-36, hier S. 13.

203 Silke Mende, Von der »Anti-Parteien-Partei« zur »ökologischen Reformpartei«. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: Woyke, Wandel des Politischen, S. 277-319, Zitat S. 279.

204 Zum Wertewandel-Konzept: Isabel Heinemann, Wertewandel, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, URL: [http://docupedia.de/zg/heinemann\\_wertewandel\\_v1\\_de\\_2012](http://docupedia.de/zg/heinemann_wertewandel_v1_de_2012). Zur Kategorisierung der Moderne: Andreas Rödder, Moderne – Postmoderne – Zweite Moderne. Deutungskategorien für die Geschichte der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren, in: Raithel/Rödder/Wirsching, Auf dem Weg in eine neue Moderne?, S. 181-201. Siehe auch: Andreas Rödder, Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965-1990, Stuttgart 2004.

205 Vgl. Hans Maier, Fortschrittsoptimismus oder Kulturpessimismus? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, in: Raithel/Rödder/Wirsching, Auf dem Weg in eine neue Moderne, S. 167-180; Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006, S. 361-377.

206 Silke Mende/Birgit Metzger, Ökopax. Die Umweltbewegung als Erfahrungsraum der Friedensbewegung, in: Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin

in der Kritik am Kalten Krieg« und »an einem utilitaristischen Verständnis von Technologie und Wissenschaft sowie einem übertriebenen Feind- und Sicherheitsdenken, das ungeheure ökologische Schäden mit sich gebracht hatte«. <sup>207</sup>

Der Wunsch nach einer Überwindung der als überlebt empfundenen Feindbilder kam jedoch zu einer Zeit, als sich die Fronten gerade wieder verhärtet hatten. Die zeithistorische Forschung spricht deshalb oft von einem »Zweiten Kalten Krieg«, der um 1975 begann und mit der Wahl Michael Gorbatschows zum neuen Generalsekretär der KPdSU endete. <sup>208</sup> Andere widersprechen dieser Periodisierung unter anderem aufgrund der parallelen Herausbildung einer aktiven Zivilgesellschaft in mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern, des weltweiten Aufstiegs der Menschenrechte sowie der wirtschaftlichen und technologischen Globalisierung. <sup>209</sup>

Die 1970er-Jahre hatten zunächst hoffnungsvoll mit den Ost-Verträgen begonnen. Auch die Abrüstungsverhandlungen zwischen den Supermächten, die Strategic Arms Limitation Talks (SALT), zeigten erste Erfolge in Form des Verzichts auf landesweite Raketenabwehrsysteme (Anti Ballistic Missile Treaty, ABM-Vertrag) und des für fünf Jahre vereinbarten »Einfrierens« der in den nuklearen Arsenalen vorhandenen strategischen Offensivwaffen (Interim Agreement). Die 1973 aufgenommenen SALT-II-Verhandlungen verliefen deutlich zäher, und auch die gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) versprachen zunächst keine großen Veränderungen. <sup>210</sup> Die schließlich 1975 in Helsinki verabschiedete Schlussakte erfuhr erst ihre heutige Wertschätzung, als Bürgerrechtsgruppen wie die tschechoslowakische *Charta 77* sich auf sie beriefen. <sup>211</sup> Folgenreich für die Bundesrepublik hätte in dieser Phase das Engagement des demokratischen US-Senators und Fraktionsvorsitzenden Michael Mansfield sein können: Im Mai 1971 initiierte er eine Debatte über die in Europa stationierten Truppen und die Kostenverteilung innerhalb der NATO, indem er einen Gesetzentwurf

Klimke/Wilfried Mausbach/Marianne Zepp (Hg.), »Entrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 118-134, Zitat S. 123.

207 Philipp Gassert, Die Entstehung eines neuen Umweltbewusstseins, in: Greiner/Müller/Voß, *Erbe des Kalten Krieges*, S. 343-363, Zitate S. 353 und 360.

208 Aus amerikanischer Perspektive endete die Détente früher: Als Zäsur werden der Jom-Kippur-Krieg 1973, die Konflikte in Mosambik und Angola sowie am Horn von Afrika gedeutet. Vgl. Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker, *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979*, in: dies. (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, Oldenbourg 2011, S. 7-29.

209 Vgl. Iriye, *Historicizing the Cold War*, S. 15-31.

210 Vgl. Stöver, *Der Kalte Krieg*, S. 386-416.

211 Vgl. Anja Hanisch, *Von Helsinki nach Madrid. Der KSZE-Prozess und der Beginn des Zweiten Kalten Krieges*, in: Becker-Schaum [u. a.], »Entrüstet Euch!«, S. 38-53.

zur Wehrpflicht (*Selective Service Bill*) um ein Amendment ergänzte, das eine Halbierung der Truppen bis zum Ende des Jahres vorgesehen hätte.

Als Argument führte Mansfield auch die Dollarkrise und die dadurch erschwerten Bedingungen für die in Westeuropa stationierten Soldaten an. Zugleich kalkulierte er darauf, dass bei einem partiellen Rückzug auch die Sowjetunion ihre Truppen reduzieren würde. Während seine Initiative in der amerikanischen Bevölkerung viel Zuspruch fand, befürchtete das Weiße Haus einen massiven Vertrauensverlust auf europäischer Seite. Der US-Senat lehnte den Entwurf nach intensiver Lobbyarbeit der Nixon-Administration ab, doch Mansfield brachte das Thema auch in den nächsten Jahren immer wieder ins Gespräch.<sup>212</sup>

Der Frage nach der militärischen Sicherheit wurde auch noch aus einem anderen Grund viel Aufmerksamkeit geschenkt: 1976/77 wurde bekannt, dass die Sowjetunion ihre Mittelstreckenraketen in der DDR und der ČSSR gegen das neue und weitaus leistungsfähigere Modell SS-20 austauschte. Vor allem in Westeuropa waren Politiker und Militärstrategen in Sorge und kritisierten, dass ebenjene Waffengattung, die für die europäischen NATO-Bündnispartner die größte Bedrohung darstellte, aus den bilateralen Gesprächen der Supermächte bisher ausgespart worden war.<sup>213</sup> Doch bereits vor der Stationierung der SS-20 waren aufgrund neuer technischer Möglichkeiten auch in der NATO Pläne zur Modernisierung der eigenen konventionellen und nuklearen Waffen diskutiert worden. Ob die Sowjetunion nur auf diese Pläne reagierte, ist deshalb in der Forschung umstritten.<sup>214</sup>

212 Vgl. Phil Williams, *The Senate and U.S. Troops in Europe*, London/Basingstoke 1985, S. 169-258; Daniel J. Nelson, *A History of U.S. Military Forces in Germany*, Boulder/London 1987, S. 79-83 und S. 140-147. Zur Geschichte der amerikanischen Überlegungen hinsichtlich der Stationierung von Truppen in der Bundesrepublik siehe auch: Hubert Zimmermann, *Why They Did Not Go Home. The GIs and the Battle over Their Presence in the 1960s and 1970s*, in: Maulucci/Junker, *GIs in Germany*, S. 96-119.

213 Vgl. Tim Geiger, *Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung*, in: Becker-Schaum [u. a.], *»Entrüstet Euch!«*, S. 54-70. Geiger weist zudem auf die Debatten über die Neutronenbombe hin, die in mehrfacher Hinsicht ein wichtiger Wegbereiter für den NATO-Doppelbeschluss waren. Die amerikanische Entscheidung gegen die Bombe 1978 erschütterte das Vertrauen der Bundesregierung in die Carter-Administration zutiefst.

214 »Technologische Entwicklungen benötigen immer einen längeren zeitlichen Vorlauf vor ihrer Produktions- und Einsatzreife. Die langen Lebens- und Entwicklungszyklen machen es daher fraglich, ob die Cruise Missiles und Pershing II-Raketen tatsächlich eine »Antwort« oder eine echte »Nachrüstung« auf die SS-20 gewesen sind.« Vgl. Oliver Bange, *SS 20 und Pershing II. Waffensysteme und Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen*, in: Becker-Schaum [u. a.], *»Entrüstet Euch!«*, S. 71-87, Zitat S. 74. Siehe auch die verschiedenen Beiträge in Leopoldo Nuti/Frederic Bozo/Marie-Pierre Rey/Bernd Rother (Hg.), *The Euromissile Crisis and the End of the Cold War*, Washington 2015. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses siehe insbesondere: Michael Ploetz, *Erosion der Abschreckung? Die Krise der*



Insbesondere Bundeskanzler Helmut Schmidt tat sich als vehementer Kritiker hervor und warnte vor einer verteidigungsstrategischen »Abkoppelung« Westeuropas infolge der SALT-Gespräche und einer militärischen Erpressbarkeit durch die Stationierung der SS-20, was das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den USA stark belastete. Schmidt setzte sich mit seinen Vorstellungen durch: Mit dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 wurden der Sowjetunion Verhandlungen angeboten und zugleich gedroht, dass im Falle des Scheiterns amerikanische Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa stationiert werden würden. Zwei Wochen später, am ersten Weihnachtsfeiertag, marschierte die Sowjetunion in Afghanistan ein, um den dortigen Bürgerkrieg zu beenden und der gestürzten kommunistischen Partei wieder an die Macht zu verhelfen. Der amerikanische Kongress verweigerte daraufhin die Ratifizierung des Abrüstungsabkommens SALT II; stattdessen wurden der Verteidigungshaushalt erhöht und Sanktionen gegen die Sowjetunion verhängt. Die Verhandlungskomponente des Doppelbeschlusses erschien somit schon im Winter 1979/80 als nicht mehr realistisch.<sup>215</sup> Aus der Kritik am NATO-Doppelbeschluss, der von vielen Menschen als reines Nachrüstungs- bzw. Aufrüstungsvorhaben empfunden wurde, erwuchs die bis dato größte Protestbewegung in der Bundesrepublik, die alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Lager umfasste.<sup>216</sup>

Die US-Armee selbst resümierte 1993 im Rückblick auf die Jahrzehnte ihrer Präsenz in Berlin, dass die nachgelassene Bedrohung infolge der Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren dazu geführt habe, dass »quality of life concerns« an die Stelle der einstigen »security concerns« getreten seien.<sup>217</sup> Auch wenn man dem Fazit der U.S. Army auf den ersten Blick zustimmen möchte, so blendet es doch aus, dass hinsichtlich der nuklearen Bedrohung durchaus noch »security concerns« existierten und das Verständnis des Begriffs »Sicherheit« in ebendiesem Jahrzehnt alles andere als einheitlich war. Als »in-

amerikanischen Militärstrategie am Vorabend des NATO-Doppelbeschlusses, in: Gassert/Geiger/Wentker, *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*, S. 31-48; Leopoldo Nuti, *The origins of the 1979 dual track decision – a survey*, in: ders. (Hg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975-1985*, London/New York 2009, S. 57-71.

215 Vgl. Stöver, *Der Kalte Krieg*, S. 386-416; Geiger, *Der NATO-Doppelbeschluss*, S. 54-70.

216 Vom Allensbacher Institut im Jahr 1982 befragt, bezeichneten sich 51 Prozent der 16- bis 29-jährigen, 32 Prozent der 30- bis 44-jährigen und 22 Prozent der über 45-jährigen Bundesbürger als »Anhänger der Friedensbewegung«. Die Zahl jener, die sich tatsächlich aktiv engagierten, war jedoch deutlich geringer und betrug selbst unter den 16- bis 29-Jährigen lediglich 15 Prozent. Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983*, Bd. 8, München/New York [u. a.] 1983, S. 645.

217 U.S. Army Berlin, *Consolidated Annual Report 1991-92, 07/27/1993*, p. 17, Collection: Berlin Brigade 1991-1994, U.S. Army Center for Military History, Washington DC (USACMH).

nerer Sicherheit« ersetzte der Terminus die einstige Forderung nach »Ruhe und Ordnung« und wurde zeitgenössisch sowohl verwendet, um gesellschaftliche Reformen für mehr Chancengleichheit zu initiieren, als auch um Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus zu rechtfertigen.<sup>218</sup>

Als der Soziologe Ulrich Beck 1986, kurz vor der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, den Begriff *Risikogesellschaft* prägte, schien er vielen Lesern aus dem Herzen zu sprechen, denen die von der Moderne hervorgebrachten Risiken als immer unüberschaubarer und kaum kontrollierbar erschienen.<sup>219</sup> Dennoch zeichnete sich in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre ein erneuter Wandel ab, als »die vielfach befürchtete bzw. propagierte Apokalypse nicht eintrat«, infolge des Machtwechsels in der Sowjetunion der Dialog wieder aufgenommen wurde und auch »das wirtschaftliche Wachstum« langsam »zurückkehrte und neue Hoffnungen weckte«.<sup>220</sup>

Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler weist darauf hin, dass an den Terminus »Sicherheit« stets konkrete Annahmen und Erwartungen geknüpft sind, denn er »suggeriert, dass es sich dabei um einen gesellschaftlich erreichbaren bzw. politisch verfügbaren Zustand handelt«. Dabei komme das sogenannte Sicherheitsdilemma zum Tragen, denn »Welten der Sicherheit« können durch erhöhte Sensibilität immer auch »ein Gefühl von Unsicherheit hervorbringen, das umso höher ist, je größer die Sicherheitszusagen sind«.<sup>221</sup> Sicherheit ist demgemäß ein Konstrukt, dessen Geschichte »immer auch die Geschichte von Zukunftsvorstellungen« ist, denn »Sicherheit bedeutet die Vorstellung einer Zukunft, in der nicht alles möglich ist«.<sup>222</sup> Die von der US-Armee für die 1970er- und 1980er-Jahre in Abrede gestellten »security concerns« existierten nach wie vor, nur bezogen sie sich nicht mehr ausschließlich auf eine militärische Bedrohung durch die Sowjetunion. Stattdessen wurden nun so heterogene Themenfelder wie Umweltschäden, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, demographischer Wandel, die Zukunft des Rentensystems, die Integration der als »Gastarbeiter« zugewanderten Menschen, zivilgesellschaftliche

218 »Die Politik der ›inneren Sicherheit‹ konnte als aktive Gesellschaftsgestaltung verstanden werden; sie konnte die Ausstattung des Staats mit starken Hoheits- und Eingriffsrechten sowie Kontrollfunktionen bedeuten, die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit und die föderale Struktur der Bundesrepublik betonen oder aber auf präventive Maßnahmen und die Selbstregulierung von Individuen zielen.« Achim Saupe, Von »Ruhe und Ordnung« zur »inneren Sicherheit«. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositive, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 9 (2010) 2, S. 170-187, hier S. 187.

219 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 1986.

220 Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, S. 434-444, Zitat S. 434 f.

221 Herfried Münkler, *Strategien der Sicherung. Welten der Sicherheit und Kulturen des Risikos. Theoretische Perspektiven*, in: ders./Matthias Bohlender/Sabine Meurer (Hg.), *Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahr im 21. Jahrhundert*, Bielefeld 2010, S. 11-34, Zitate S. 12 und 20 ff.

222 Conze, *Sicherheit als Kultur*, S. 363.

Partizipation, der nationale und internationale Terrorismus, steigende Kriminalitätsraten und die atomare Nachrüstung unter dem Stichwort »Sicherheit« verhandelt.<sup>223</sup>

Für die westdeutschen Friedensinitiativen bedeutete diese Konstellation, dass zwar bereits eine gewisse Sensibilität für die von ihnen adressierten Fragen existierte, zugleich aber erst eine Mehrheit der Bevölkerung für das eigene Anliegen gewonnen werden musste. Erst als breite Bewegung konnte man hinreichenden Druck auf die Politik ausüben, um eine Revision der Regierungsentscheidung zu erreichen, die letztlich eine Neu-Positionierung der »Bundesrepublik im Gefüge der internationalen Beziehungen« zur Konsequenz haben würde.<sup>224</sup> Daher ging es zunächst darum, die Bevölkerung zu informieren und zu mobilisieren, um gemeinsam gegen den NATO-Doppelbeschluss protestieren und mit »symbolischen oder direkten Aktionen gegen das Ziel des Protestes«, die verschiedenen Militäreinrichtungen in der Bundesrepublik, vorgehen zu können. Dabei wurde nicht mehr »zwischen Kapitalismus und Kommunismus, zwischen Ost und West, zwischen SS-20 und Pershing II« unterschieden; vielmehr galt es aus Sicht der Friedensaktivisten, »den gewalt-samen Wesenskern des Antagonismus zu erkennen und daher den Kalten Krieg und das Wettrüsten an sich zu bekämpfen«.<sup>225</sup>

Die neuen Bedrohungen schienen alle Menschen gleichermaßen zu treffen. Da sie nicht nur schichten-, sondern grenz- und somit blockübergreifend waren, tauchte die Forderung nach der Überwindung der Systemkonfrontation oder zumindest einer Neutralität der Bundesrepublik auf – was in West-Berlin aufgrund des rechtlichen Sonderstatus an den Grundfesten der Existenz rüttelte. In der geteilten Stadt waren die Neuen Sozialen Bewegungen aus diesem Grund mit besonderen Fragen und Emotionen konfrontiert. Doch auch die »Schutzmacht« war von dem sich verändernden Sicherheitsverständnis betroffen, da sie gegen die nun als akut wahrgenommenen Bedrohungen entweder keine Schutzgarantien bieten konnte oder selbst als (Mit-)Verursacher des Risikos angesehen wurde. Vor diesem Hintergrund zeigen die folgenden Kapitel, wie eine veränderte Wahrnehmung der Gegenwart auch den Blick auf die amerikanische Militärpräsenz in West-Berlin beeinflusste. Unter anderem anhand zeitgenössischer Flugblätter,<sup>226</sup> Reden und Medienberichte wird analysiert,

223 Vgl. ebd., S. 370-379.

224 Tim Warneke, Aktionsformen und Politikverständnis der Friedensbewegung. Radikaler Humanismus und die Pathosformel des Menschlichen, in: Sven Reichardt/ Detlef Siegfried (Hg.), *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983*, Göttingen 2010, S. 445-472, Zitat S. 447.

225 Ebd., S. 452 und 467.

226 Als Quellenkorpus dienen primär die von Fritz Teppich – ein überzeugter Kommunist, Spanienkämpfer und engagierter Friedensaktivist – gesammelten und veröffentlichten Quellen: Fritz Teppich (Hg.), *Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung 1980-1985*, Berlin (West) 1985.

wie die geopolitische Lage West-Berlins und das historisch begründete Selbstverständnis den örtlichen Friedensinitiativen einen besonderen Drahtseilakt abverlangten. Eine Kritik des Sicherheitskonzeptes der NATO war hier eine Kritik an der identitätsstiftenden Erzählung von den »Schutzmächten«, die nicht nur die Jahrzehnte währende Überzeugung von einer besonders intensiven transatlantischen Freundschaft, sondern die gesamte städtische Identität herausforderte.

#### 4.2.1 *Abrüstung: Von der Frontstadt zur Friedensstadt*

Die Wiege der West-Berliner Friedensbewegung lag im bürgerlich-beschaulichen Bezirk Wilmersdorf, wie sich der deutsch-jüdische Journalist Fritz Teppich erinnert. Eine dort ansässige Friedensinitiative veröffentlichte anlässlich des 35. Jahrestags des Kriegsendes einen Appell, in dem festgestellt wurde: »Deutschland, das in der Vergangenheit seine Nachbarn das Fürchten gelehrt hat, hat es nötiger als andere, durch Taten glaubwürdige Schritte in Richtung auf einen für alle sicheren Frieden zu unternehmen.«<sup>227</sup> Besonders die Zerstörung Berlins und das Elend der Nachkriegsjahre hätten die Menschen nach 1945 zu der Überzeugung kommen lassen: »[N]ur nicht noch einmal! Nie wieder Krieg!« Um aus ihren Erfahrungen zu lernen, lud die Wilmersdorfer Friedensinitiative im Rahmen der Friedenswoche 1980 unter anderem zu einem Gespräch mit Zeitzeugen, die auch dazu aufgerufen waren, »Fotos und Erinnerungsstücke« mitzubringen. Die friedensbewegten Wilmersdorfer diskutierten mit Vertretern verschiedener Parteien über ein Ende der Aufrüstung in Ost und West, der türkische Arbeiterchor trat auf, und im Anschluss an den Film *Aus einem deutschen Leben*, der auf den Verhörprotokollen des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß basiert, sang Helus Hercygier, Mitbegründer des *Theater in Kreuzberg*, jiddische Lieder.<sup>228</sup>

Der zitierte Appell sowie das Veranstaltungsprogramm verdeutlichen zentrale Charakteristika der westdeutschen Friedensbewegung: Das oben beschriebene Krisengefühl in der Zeit »nach dem Boom« führte zu einem Paradigmenwechsel vom Glauben an die Gestaltbarkeit der Zukunft hin zu einem unbestimmten Pessimismus und einer verstärkten Vergangenheitszugewandtheit. Die Ende der 1970er-Jahre beginnende intensive Beschäftigung mit dem dunklen historischen Erbe der Bundesrepublik – befördert durch die Entstehung lokaler Geschichtswerkstätten, einen Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten zum Alltag im Nationalsozialismus und die 1979 in der Bundesrepublik ausgestrahlte amerikanische TV-Serie *Holocaust* – wirkte zu-

227 Friedensinitiative Wilmersdorf: Wilmersdorfer Friedensappell, 1980, in: Teppich, Flugblätter, S. 15.

228 Friedensinitiative Wilmersdorf, 8. Mai 1945. Programm zur Friedenswoche 1980, in: ebd., S. 16 und Aufruf der Initiative an die Mitglieder der Wilmersdorfer Daniel-Gemeinde, ebd., S. 25.

sätzlich mobilisierend.<sup>229</sup> Sowohl Befürworter als auch Kritiker der Nachrüstung sahen sich aufgrund der deutschen Erfahrung dazu veranlasst, vor einer Wiederholung der Geschichte in Form eines dritten Weltkrieges zu warnen.<sup>230</sup> Dies zeigte sich etwa daran, dass die Friedensbewegung oft den Jahrestag des Kriegsbeginns oder -endes zum Anlass für Aktionen nahm, wie auch die hier zitierte Wilmersdorfer Gruppe mit ihrem Appell. Die Debatten um die Nachrüstung und schließlich die verschärfte antisowjetische Rhetorik des neuen, ab 1981 amtierenden US-Präsidenten Ronald Reagan weckten darüber hinaus Erinnerungen an eine Zeit der Bedrohung, die viele Bundesbürger infolge der Entspannungspolitik hinter sich geglaubt hatten.<sup>231</sup> Die »Neue Ostpolitik« hatte besonders in West-Berlin für zahlreiche Erleichterungen gesorgt, die viele nun in Gefahr sahen.

Ein halbes Jahr später, im September 1980, trafen sich auf einer Tagung zur Koordination von Friedensaktionen bereits Vertreter von 36 verschiedenen Gruppen – unter anderem Mitglieder der gerade gegründeten Partei Die Grünen bzw. der West-Berliner Alternativen Liste (AL), Repräsentanten christlicher Gruppierungen und Gemeinden, Gewerkschafter sowie mit der DDR kooperierende Vereinigungen wie die SEW oder die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.<sup>232</sup> Der aus dem Treffen resultierende Zu-

229 Zum sogenannten »Geschichtsboom« siehe: Martin Sabrow, »Erinnerung« und »Aufarbeitung« – zwei Leitbegriffe deutscher Geschichtskultur in der Gegenwart, in: *psychosozial* 31 (2008) 114, S. 89-97; Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt 1999, S. 316-345; Axel Schildt/Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009, S. 425-437.

230 Vgl. Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, S. 85 f.

231 Zu den Beweggründen und Merkmalen der Friedensbewegung siehe auch: Philipp Gassert, *Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik*, in: ders./Geiger/Wentker, *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*, S. 175-202, insbesondere S. 197; Frank Bösch, *Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 9 (2012) 1, S. 8-32; Eckart Conze, *Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7 (2010) 2, S. 220-239; Gassert/Geiger/Wentker, *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979*, S. 7-29.

232 Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; Alternative Liste; Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (BIFIAS); Bund demokratischer Wissenschaftler; Christen für den Sozialismus; Christliche Friedens-Konferenz; Demokratischer Frauenbund Westberlin; Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin; Evangelische Studenten-Gemeinde; Evangelische Brüdergemeinde; Friedensinitiative Wilmersdorf; Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus; Gewerkschafter gegen Rechts, Arbeitsgruppe Frieden und Entspannung; Giesendorf Gemeinde; Die Grünen; Niederländische Gemeinde, Hendrik-Krae-

sammenschluss, zunächst *Koordination* und später *Informationskreis Frieden* genannt, verstand sich als »Kontaktpunkt«, dessen langfristiges Ziel die Überwindung der »Zersplitterung der Friedensbefürworter in Berlin-West« war.<sup>233</sup> Das Mitteilungsblatt des Netzwerks *Kor-Inform* (später nur noch *Inform*) berichtete fortan über aktuelle Diskussionspunkte und geplante Aktivitäten. Die Teilnehmer gründeten eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Massendemonstration sowie eine weitere zur Vorbereitung von Diskussionsthemen.<sup>234</sup> Sie organisierten in den folgenden Monaten mehrere Veranstaltungen und kleinere Demonstrationen, waren über das Ergebnis jedoch zunächst enttäuscht. Im Januar 1981 beklagte Fritz Teppich, man stünde »ziemlich allein« da; eine Demonstration der Hausbesetzerbewegung habe »vier bis fünf Mal« so viele Menschen mobilisieren können. Den lokalen Medien unterstellte er daher eine »Verschwörung des Schweigens«. Es waren jedoch auch die üblichen Lagerkämpfe, die eine effektive Zusammenarbeit erschwerten. Teppich klagte, dass die AL zu zögerlich und die SEW zu misstrauisch sei und die SPD nicht öffentlich mit »Friedensanhängern kommunistischer Prägung« in Verbindung gebracht werden wolle. Ein anderer Autor des *Kor-Inform* klagte, dass man endlich Perspektiven entwickeln müsse, »die über die Lust am akademischen Kleinkrieg hinausweisen«.<sup>235</sup> Schon hier zeigen sich West-Berliner Besonderheiten: Die Vorsicht der SPD war in der antikommunistischen Prägung des West-Berliner Parteizweigs begründet und ging unter anderem auf die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED in den Ostsektoren 1946 zurück; die SEW war das Resultat der Verweigerung der SPD in den Westsektoren gegenüber dieser Zusammenführung. Auch die AL war aus einer anderen Tradition erwachsen als die westdeutschen Grünen und weniger in der Umweltbewegung verwurzelt.<sup>236</sup>

Erst im darauffolgenden Jahr konnten die West-Berliner Friedensaktivisten größere Erfolge verbuchen: Knapp 70 verschiedene Initiativen traten geschlossen an die Öffentlichkeit und riefen zu einer Großdemonstration am

mer-Haus; Humanistische Union; Deutsche Jungdemokraten; Jungsozialisten, Landesverband Berlin; Kirche Aktuell; Kirche in der Verantwortung; Künstler für den Frieden; Liberaler Hochschul-Verband; Liga für Menschenrechte; Netzwerk Selbsthilfe; ÖTV Betriebsgruppe Bezirksamt Kreuzberg; Psychologisches Institut, Delegiertenrat; Rock gegen Rechts; Sozialistische Studiengruppen; SEW; Sozialistisches Büro; Sozialistischer Jugendverband »Karl Liebknecht«; Ständiger Arbeitsausschuss für Frieden und Verständigung Westberlins; Tabea Gemeinde; Werkkreis Literatur der Arbeitswelt; Gruppe Zentrum. Vgl. *Koordination für Friedensaktionen, Dokumentation zur Tagung am 21. September 1980*, in: Teppich, *Flugblätter*, S. 32.

233 *Koordination für Friedensaktionen, Dokumentation*, in: Teppich, *Flugblätter*, S. 32.

234 *Kor-Inform* (Mitteilungsblatt der KOORDINATION für Friedensaktionen), Nr. 2, 20. Oktober 1980, in: Teppich, *Flugblätter*, S. 33 f.

235 Vgl. *Kor-Inform*, Nr. 3, 24. Januar 1981, in: Teppich, *Flugblätter*, S. 37 f.

236 Vgl. Joachim Raschke, *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993; Gudrun Heinrich, *Rot-Grün in Berlin. Die Alternative Liste in der Regierungsverantwortung 1989-1990*, Marburg/Berlin 1993.

8. Mai 1981, dem 36. Jahrestag des Kriegsendes, auf – unter dem Motto »Gegen NATO-→Nach-←Rüstung/Für Abrüstung in Ost und West«. <sup>237</sup> Zehntausende Berliner folgten dem Aufruf und marschierten vom Wittenberg- zum Winterfeldplatz. <sup>238</sup> In der zweiten Hälfte des Jahres widmeten sich die Gruppen der Mobilisierung weiterer Bevölkerungsgruppen mit Hilfe von Informationsständen am verkaufsoffenen Samstag, der Unterstützung bei der Gründung neuer Gruppen auf Bezirksebene oder in Form von Veranstaltungen wie Demonstrationen, Friedensfesten und Podiumsdiskussionen sowie einer wöchentlichen »Schweigestunde für den Frieden« vor der Gedächtniskirche. <sup>239</sup>

### Proteste gegen die USA in »Amerikas Berlin«

Erst der Berlin-Besuch von Alexander Haig, ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber in Europa und nun Außenminister unter Ronald Reagan, lenkte im Herbst 1981 die Aufmerksamkeit der Friedensgruppen auf die verschiedenen Gebäude der USA in Berlin. <sup>240</sup> Haig hatte Anfang des Jahres mit der Aussage, es gebe wichtigere Dinge, als im Frieden zu leben, dafür gesorgt, dass man ihn als die Personifizierung einer Politik erachtete, der das Schicksal Europas gleichgültig war.

Am 13. September 1981 demonstrierten Zehntausende in West-Berlin gegen seinen Besuch. Die Ausschreitungen im Anschluss beschädigten vorübergehend das positive Image der Friedensaktivisten. <sup>241</sup> Sie provozierten zudem die seit den 1960er-Jahren bekannte städtische Gegenwehr, denn weite Teile der politischen Elite griffen auf »early Cold War rhetoric« zurück, »in order to evoke an older tradition of mutual affection« und »to temper emerging differences between the two countries on questions of policy«. <sup>242</sup> Einige prominente Friedensaktivisten – unter ihnen Heinrich Albertz, Ingeborg Drewitz und mehrere Vertreter der West-Berliner Universitäten – veröffentlichten aufgrund dessen eine Anzeige in der *New York Times*, um ihre Positionen zu rechtfertigen. <sup>243</sup> Dennoch ist Clara MacDougall zuzustimmen: »This appeal

<sup>237</sup> Vgl. Aufruf zur Friedensdemonstration, in: Teppich, Flugblätter, S. 51.

<sup>238</sup> Landesjugendring Berlin/Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (BIFIAS)/Kirche in der Verantwortung (KIV), Aufruf zur Friedensdemonstration, in: Teppich, Flugblätter, S. 51

<sup>239</sup> Vgl. Inform, Nr. 6, 26. Juni 1981, in: Teppich, Flugblätter, S. 58; Inform, Nr. 7, 19. August 1981, in: ebd., S. 64.

<sup>240</sup> Das US-Hauptquartier in der Clayallee wird erstmals in der 8. Ausgabe des Inform vom 17. November 1981 als mögliches Ziel einer Demonstration genannt. Später wurden dann auch das Amerika-Haus, der Teufelsberg und das Luftbrücken-Denkmal Endpunkte von Protestmärschen.

<sup>241</sup> Vgl. Fritz Teppich, Konzept Einleitung Plenum KOOR, 27. September 1981, in: Teppich, Flugblätter, S. 83.

<sup>242</sup> MacDougall, »We too are Berliners«, S. 83-101, hier S. 92.

<sup>243</sup> Appeal from Berlin to the People of the U. S. A., in: *New York Times*, 4. Oktober 1981, abgedruckt in: Teppich, Flugblätter, S. 87.

to emotional symbols, however, while it reinforced a particular and traditional image of West Berlin, was now being met with less and less resonance on the ground level.«<sup>244</sup> Die Sorge um den Frieden war schichten- und generationsübergreifend, sodass sich der alte »Frontstadtgeist« nicht mehr ganz so leicht und allumfassend mobilisieren ließ wie noch zehn Jahre zuvor anlässlich der Anti-Vietnam-Proteste.

Trotz der Verurteilung der Ausschreitungen erhielt der Informationskreis weiter Zulauf: Im Frühjahr 1982 trafen sich 221 Teilnehmer aus 93 Gruppierungen, um weitere Aktionen miteinander abzustimmen.<sup>245</sup> Den nächsten Höhepunkt ihrer Aktivitäten sollte der Besuch des US-Präsidenten Ronald Reagan am 11. Juni 1982 darstellen. Die *Berliner Morgenpost* machte bereits im Vorfeld Stimmung gegen mögliche Demonstrationen, bevor überhaupt feststand, ob Reagan tatsächlich an die Spree kommen würde:

Soll der Präsident wegen der paar tausend Chaoten, die von Zeit zu Zeit randalierend und Steine schmeißend durch unsere Straßen rasen, Deutschlands wahre Hauptstadt meiden? Müssen die Berliner darauf verzichten, den Mann zu sehen, dessen Land sie in erster Linie ihr Leben in Freiheit und Unabhängigkeit verdanken? [...] Darauf kann es nur eine Antwort geben: Demonstrativ und unübersehbar müßte das Volk dieser Stadt aufstehen und wie früher mit den Füßen abstimmen. Der Erfolg wäre optimal: Ronald Reagan wüßte, wie viele Freunde er an der Spree hat, und die Kommunisten würden daran erinnert, daß sie bei den Berlinern keinen Blumentopp gewinnen können.<sup>246</sup>

Als einen Monat später feststand, dass der US-Präsident tatsächlich kommen würde, rief auch die AL zum Bekenntnis auf der Straße auf:

Wir können mit Bestimmtheit jetzt schon sagen, daß wir alles in unseren Möglichkeiten liegende [sic!] tun werden, um zu verhindern, daß diese Stadt eine Neuinszenierung jener Ich-bin-ein-Berliner-Show mit Ronald Reagan erlebt.<sup>247</sup>

Da die Friedensbewegung in Deutschland wie auch in den USA »partiell eine Anti-Reagan-Bewegung« war, mobilisierte die Nachricht über den geplanten Besuch.<sup>248</sup> Der deutsch-amerikanische Planungsstab war sich darüber im Klaren, dass es zu Protesten kommen würde, und stellte das Programm mit

244 MacDougall, »We too are Berliners«, S. 92.

245 Vgl. Praktische Vorbereitungen, in: Inform, Nr. 11, 28. April 1982, in: Teppich, Flugblätter, S. 116.

246 Ronald Reagan nach Berlin?, in: Berliner Morgenpost, 27. Februar 1982.

247 AL und SEW drohen bei Reagan-Besuch mit Aktionen, in: Berliner Morgenpost, 12. März 1982.

248 Philipp Gassert, Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre als Medium gesellschaftlicher Verständigung, in: Woyke, Wandel des Politischen, S. 495-520, Zitat S. 509.



großer Vorsicht und Sensibilität zusammen. Favorisiert wurde schon bald »ein Volksfest auf der Rückseite des Charlottenburger Schlosses«, da der Zugang dort regulierbar war, »Spektakel und Krawall« somit nicht die »Szene beherrschen« könnten und auch 10.000 Gäste »für eine ordentliche Kulisse« genügen würden, falls »es nicht so gut läuft«. Darüber hinaus überlegte man, den Kurfürstendamm in das Programm zu integrieren, um die Gegend aus Sicherheitsgründen für jegliche Proteste sperren zu können; somit würden mögliche Gegendemonstrationen in weniger zentralen Stadtteilen stattfinden müssen, was »sogar den Vorteil haben« würde, dass »mögliche Störer dort gebunden wären und nicht am Straßenrand in Erscheinung treten«. <sup>249</sup>

In einer Analyse für den Regierenden Bürgermeister hielten Mitarbeiter des Senats fest: »Seit ›Vietnam‹ hat kein amerikanischer Präsident mehr zu ›den Berlinern‹ gesprochen«, sprich zu einer großen, nicht vorab überprüften Gruppe von Zuhörern. Da Sicherheit, »Telegenität« und »politische Optik« miteinander in Einklang gebracht werden mussten, hatten die Planer abzuwägen, wie viel Öffentlichkeit möglich war beziehungsweise welche Bilder es so aussehen lassen würden, als habe es sich um eine weitestgehend offene Veranstaltung gehandelt, die nicht sofort »als ›Pseudo-Offenheit‹ entlarvt« werden könnte. <sup>250</sup> Dennoch wollte die Senatskanzlei anscheinend kein Risiko gehen: Dem in Ost-Berlin wachsam die Planungen verfolgenden MfS wurde zugetragen, dass einzelne Mitarbeiter versuchen würden, unauffällig und ohne erkennbaren Bezug zur städtischen Verwaltung eine Bürgerinitiative »Willkommen Herr Präsident« zu gründen, um pro-amerikanische West-Berliner zu mobilisieren. <sup>251</sup>

Auch die Reagan-Gegner begannen mit den Vorbereitungen. Nach langen Diskussionen, ob man am Vortag des Besuchs oder lieber in dessen Umfeld protestierten sollte, entschied man sich für ein zweitgeteiltes Vorgehen: Eine gemeinsame Demonstration aller Gruppen am Vorabend sollte auch Berufstätigen die Möglichkeit geben, an der Veranstaltung teilzunehmen. Kleinere

249 Es wurden drei Szenarien durchgespielt: eine Kennedy-Variante mit öffentlicher Kundgebung, eine Nixon-Variante »mittlerer Größenordnung« und eine Carter-Variante mit »speziellem Programm« für ausgewählte Gäste. Vgl. Vermerk, Betreff: Geplanter Besuch des amerikanischen Präsidenten R. Reagan am 11. Juni 1982 in Berlin, 12. März 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 26440, Zitate S. 7f. Siehe auch: LArch, B Rep. 002, Nr. 21778.

250 Dr. Heidborn und Dr. Senoner an den Regierenden Bürgermeister, Betreff: Besuch des amerikanischen Präsidenten, hier: Teilnehmer an der Veranstaltung im Schloßpark, 18. Mai 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 26440.

251 Information G/7146/24/05/82, Reagan-Aufenthalt in Westberlin und der BRD, 25. Mai 1982, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 2262, Bl. 18-24. Ob diese Information korrekt ist, ließ sich nicht überprüfen. Da der Name der Initiative einem Aufruf der »Konservativen Aktion« (aus dem rechten Flügel der CDU) sehr ähnelt, die dann auch am 9. Juni 1982 im ICC eine gleichnamige Veranstaltung organisierte, lässt sich vermuten, dass Mitglieder des Senats zwar beteiligt waren, es sich aber nicht um eine Art »verdeckte Operation« handelte.

Aktionen unterschiedlicher Gruppen sollten dann am darauffolgenden Tag den Aufenthalt des Präsidenten begleiten. Der von 189 verschiedenen Organisationen und Gruppierungen unterschriebene Aufruf zur Massendemonstration zeigt, dass sich die Organisatoren dessen bewusst waren, dass Kritik an der amerikanischen Außenpolitik in West-Berlin ein heikles Thema war:

Am 11. Juni wird der Präsident der USA, Ronald Reagan, unsere Stadt besuchen, um »die Verbundenheit seines Landes mit der Freiheit Berlins« zu demonstrieren. Viele Bürger dieser Stadt betrachten die Vereinigten Staaten als Garant ihrer Freiheit. Dennoch werden Tausende von Berlinern auf die Straße gehen, um gegen die Politik der Reagan-Regierung zu protestieren. Sie tun es nicht, weil sie etwas gegen eine Person oder gar gegen das amerikanische Volk haben. Im Gegenteil, sie wissen sich einig mit jenen Amerikanern, die am 12. Juni 1982, anlässlich der UNO-Abrüstungskonferenz, gegen die gleiche Politik protestieren werden. Zu dieser Protestkundgebung werden 1 Million Menschen erwartet.<sup>252</sup>

Aus Perspektive der Friedensbewegten sollten die West-Berliner Bürger ihre Solidarität mit den USA nicht mehr durch Spalierstehen an der Protokollstrecke des Präsidenten zeigen, sondern durch eine Beteiligung an den Protesten gegen dessen Politik. Wie schon zu Zeiten der Studentenbewegung, wurde auch von den Friedensgruppen auf das »andere Amerika« verwiesen, um zu belegen, dass man sich der transatlantischen Verbundenheit durchaus verpflichtet fühle.

Der Senat hingegen stellte derweil für den Schlossgarten ein Programm zusammen, das deutlich zeigt, was die lokale Politik als typisch für West-Berlin empfand: Auftritte der Band der US-Armee, des RIAS-Tanzorchesters und der Schöneberger Sängerknaben sollten in einem Volksfest-Ambiente bei den 20.000 geladenen Gästen für Stimmung sorgen, bevor der hohe Besuch eintraf. In separaten Informationszelten würde es Ausstellungen geben über die »Schutzmächte«, die Berliner Buchproduktion nach 1945, die städtische Café-Kultur und die beliebtesten Radiosendungen von AFN.<sup>253</sup>

Am 1. Juni 1982 ließ sich dann schon erahnen, was der Besuch des Präsidenten mit sich bringen könnte: Die linksradikale Gruppierung *Revolutionäre Zellen* verübte einen Sprengstoffanschlag auf den Sendemast von AFN.<sup>254</sup> Bei der offiziell genehmigten Demonstration gegen Reagans Politik und gegen den NATO-Doppelbeschluss am 10. Juni 1982 blieb es dennoch zunächst friedlich.

252 Reagan kommt nach West-Berlin: Aufstehen für den Frieden!, in: Teppich, Flugblätter, S. 131.

253 Vgl. SKzl V A: Veranstaltung mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und Mrs. Reagan im Park des Schlosses Charlottenburg, 2. Juni 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 26439; SKzl V: Vermerk. Betreff: Besuch des amerikanischen Präsidenten, 2. Juni 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 26441.

254 Vgl. SenInn LZ: Lagemeldung Nr. 122/82, Stand: 8 Uhr, 3. Juni 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 21778.

Bis 17.15 Uhr hatten sich circa 10.000 Demonstranten auf dem Wittenbergplatz versammelt. In Grüppchen marschierten unter anderem Mitglieder von AL, KPD, SEW und SPD, den Falken, des DGB und der ÖTV. Binnen zwei Stunden erhöhte sich die Teilnehmerzahl auf über 40.000 Personen. Zu ersten Gewaltakten kam es auf dem Richard-Wagner-Platz, als Anhänger der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aus unbekanntem Gründen einen Bauarbeiter verprügelten; in der Otto-Suhr-Allee gingen vier Bauwagen in Flammen auf. Abgesehen von diesen Vorfällen und ein paar kaputten Fensterscheiben kam es zunächst zu keinen weiteren Ausschreitungen. Zwischen 20 und 22 Uhr löste sich die Versammlung am Luisenplatz auf.<sup>255</sup> Auf der Abschlusskundgebung hatte der prominente Theologe und Friedensaktivist Helmut Gollwitzer betont, dass man versuchen müsse, jene »Hunderttausende« zu gewinnen, »die vor einigen Wochen der amerikanischen Militärparade Beifall geklatscht haben« oder solch ein Verhalten unterstützen würden:

Wir müssen ihnen klar machen, dass es ein schlechter, gefährlicher Schutz ist, auf den sie vertrauen, dass wir einen besseren Schutz für West-Berlin haben wollen. Im halb oder ganz Kalten Krieg ist West-Berlin die Geisel, mit der jede Supermacht die Bundesrepublik politisch erpresst: Die Amerikaner mit der Drohung, Berlin fallen zu lassen, – die Sowjets mit der Drohung, West-Berlin durch Verkehrsschikanen lebensunfähig zu machen. Leben kann diese Stadt nur durch Entspannungspolitik, durch Verständigung der Blöcke auf Abrüstung, herunter auf möglichst niedriges Niveau, durch friedliche Nachbarschaft mit den Ostblock-Ländern, in deren Bereich wir leben. Als Frontstadt geht West-Berlin kaputt, als Friedensstadt wird es leben.<sup>256</sup>

Die Worte Gollwitzers veranschaulichen, wie die Auseinandersetzung mit dem NATO-Doppelbeschluss auch zu einer Auseinandersetzung mit der Rolle West-Berlins im Zweiten Kalten Krieg wurde. Die amerikanische Schutzgarantie wurde von ihm zum einen als Erpressung gesehen, da als Gegenleistung bedingungslose Loyalität erwartet werde, zum anderen als Risiko, da sie West-Berlin zu einem Ärgernis und Faustpfand der Sowjetunion gemacht habe. Der Historiker Philipp Gassert unterstrich deshalb, dass die deutsche Debatte viel mehr als nur ein »sicherheitspolitischer Streit« war: Sie war auch eine Verständigung über die »politische, kulturelle und ideelle Westorientierung« und eine diskursive Standortbestimmung der Bundesrepublik im ausgehenden 20. Jahrhundert.<sup>257</sup> Steve Breyman wies darauf hin, dass die Akteure

255 Vgl. Information G/8040/11/06/82, Großdemonstration in Westberlin, undatiert, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 2262, Bl. 129-133.

256 Schlussrede von Helmut Gollwitzer auf der Demonstration »Aufstehen für den Frieden« am 10. Juni 1982 in Berlin, abgedruckt in: Teppich, Flugblätter, S. 138.

257 Gassert, Viel Lärm um Nichts?, S. 175-202, hier S. 176 f. So auch bereits zeitgenössisch: Dan Diner, Die »nationale Frage« in der Friedensbewegung. Ursprünge und Tendenzen, in: Reiner Steinweg (Hg.), Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung, Frankfurt a. M. 1982, S. 86-112.

unterschiedliche Definitionen von Sicherheit hatten: Es war ein Kampf um die Kontrolle über »the concepts and symbols by which we evaluate security policy« und ein »struggle over the appropriateness of a given definition of security to particular cases, particular sets of facts, particular state actions«. <sup>258</sup>

Dies hatte sich im Vorfeld des Präsidentenbesuchs insbesondere in den unterschiedlichen Versuchen gezeigt, sich den öffentlichen Raum anzueignen und Deutungshoheit zu gewinnen. Während die Tageszeitung *B.Z.* dazu aufgerufen hatte, die Fenster mit Blumen und (vom Senat kostenlos verteilten) Amerika-Fahnen zu schmücken, hatten linksalternative Gruppen ihre Häuserwände mit auf Bettlaken und Tücher geschriebenen Parolen verziert: »Weine nicht, wenn der Reagan fällt«, »Der reagt mir uff« oder »Ganz Berlin stinkt, wenn Reagan winkt«. Die Versuche der Polizei, die Laken zu beseitigen, ging als »Lappenkrieg« in die Stadtgeschichte ein. <sup>259</sup> Dort, wo die Stoffbahnen entfernt wurden, schrieben die Gegner des Besuchs ihre Parolen direkt auf die Hauswände, was wiederum die Polizei mit Farbeimern anrücken ließ. <sup>260</sup> Um nicht nur visuell, sondern auch akustisch präsent zu sein, waren durch den Berliner Landesverband der Falken Kassetten mit einer »Ronald Reagan Kriegsrevue« verkauft und verteilt worden. Das Tonband sollte am 9. Juni 1982 während der *Tagesschau* bei offenem Fenster laut abgespielt werden und bestand unter anderem aus Kriegsgeräuschen wie zum Beispiel einer Sirene oder einem Bombeneinschlag. <sup>261</sup>

Nun stand der Besuch Reagans unmittelbar bevor; die Stimmung war angespannt. Mitglieder der AL riefen während der Demonstration am 10. Juni 1982 dazu auf, das Demonstrationsverbot am Tag des Präsidentenbesuchs zu ignorieren. Als Ronald Reagan am nächsten Vormittag für etwas mehr als drei Stunden in West-Berlin weilte und sich weitestgehend im Hubschrauber fortbewegte, bekam er von den rasch eskalierenden Protesten dennoch nichts mit. Unbehelligt besuchte er den Checkpoint Charlie und das Schloss Charlottenburg, rief die Sowjetunion zu einer neuen »Berlin-Friedensinitiative« auf und verließ die Stadt um kurz vor 13 Uhr wieder. <sup>262</sup> Jenseits der Protokollstrecke waren Demonstranten und Polizisten allerdings seit Stunden in heftige Kämpfe verwickelt. In der Nähe des Bethanien, am Winterfeldplatz, zwischen Wittenbergplatz und Gedächtniskirche und am Nollendorfplatz flogen

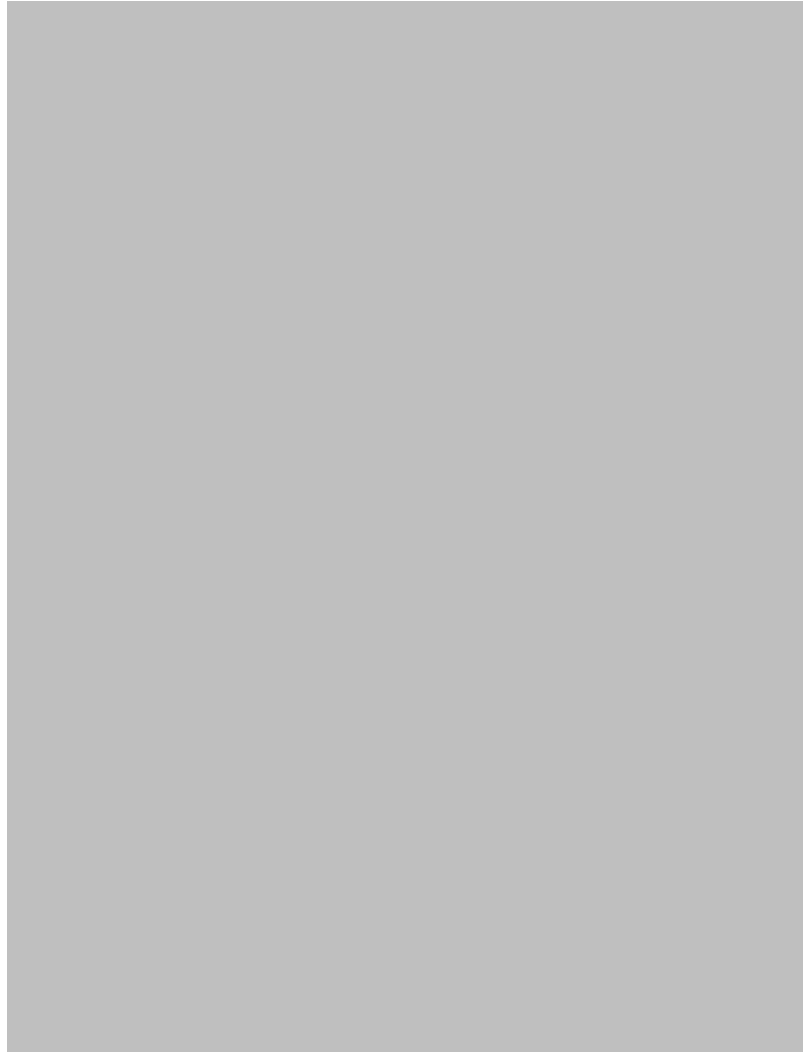
258 Steve Breyman, *Why Movements matter. The West German Peace Movement and U.S. Arms Control Policy*, New York 2001, S. 2.

259 Vgl. der Eintrag »Lappenkrieg« in: Ulf Mailänder/Ulrich Zander (Hg.), *Das kleine Westberlin-Lexikon. Von »Autonome« bis »Zapf« – die alternative Szene der siebziger und achtziger Jahre*, Berlin 2003, S. 167.

260 Vgl. Johann Legner, »Wir sind noch immer Berliner«, in: Irene Lusk/Christiane Zieseke (Hg.), *Stadtfront Berlin West Berlin*, Berlin 1982, S. 124-127.

261 Vgl. Poster »Ronald Reagans Kriegsrevue. Deine Sterne, Deine Zukunft!«, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 26499, Bl. 40. Online unter: <https://soundcloud.com/stadtmuseumberlin/ronald-reagans-kriegsrevue> [7.4.2017].

262 Vgl. Schöne, *Ronald Reagan in Berlin*, S. 25 ff.



Demonstration der Friedensbewegung  
vor der Gedächtniskirche, 10. Juni 1982

Steine und Brandsätze. Erst gegen 20 Uhr beruhigte sich die Lage wieder.<sup>263</sup> Die punktuellen Demonstrationen waren zu gewaltvollen Ausschreitungen in einem bis dato unbekanntem Ausmaß eskaliert, und die West-Berliner Friedensbewegung sowie die AL erfuhren im Nachhinein erneut heftige Kritik. Die friedlichen Proteste vom Vortag gerieten angesichts der Bilder von brennenden Autos, vermummten Autonomen und Steinwerfern in Vergessenheit. Die Wochenzeitung *Die Zeit* zog eine erschreckende Bilanz:

Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden ein Möbelgeschäft geplündert und in Brand gesetzt, zwölf Autos, darunter auch ein Polizeiwagen, angezündet und zerstört, Dutzende von Polizeifahrzeugen beschädigt, 280

263 Vgl. Information G/8069/11/06/82, Reagan-Aufenthalt in Westberlin/Demonstrationen, undatiert, in: BStU, MfS, ZOS, Nr. 2262, Bl. 42-51; Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin, Rapport Allgemeine Vorkommnisse Nr. 162, vom 11.6.1982, 7 Uhr bis 12.6.1982, 7 Uhr, in: ebd., Bl. 176-183.

Personen, darunter 87 Polizeibeamte, verletzt und 270 Störer festgenommen. [...] Ob die Polizeitaktik optimal war, darüber kann sicher gestritten werden. Aber die AL-Mitglieder, die sich in der Szene bestens auskennen, mußten wissen, daß von anderen autonomen Gruppen eine ›Power-Demo‹ geplant war. Präsident Reagan sollte ›auf das Schärfste‹ begrüßt werden. Die Verhetzung im ›Stürmer‹-Stil auf diesen Handzetteln und auf zahlreichen Transparenten war eindeutig genug.<sup>264</sup>

In der Lokal-Presse lasen sich die Beschreibungen noch drastischer. »Ein Wunder, daß es im Steinhagel keinen Toten gab«, überschrieb die *Berliner Morgenpost* ihren Bericht.<sup>265</sup> Die *B.Z.* beschuldigte »5.000 Chaoten, die meisten aus allen Teilen der Bundesrepublik herangekarrt«, und zog somit eine klare Trennlinie: »Berliner jubeln, Chaoten brennen«.<sup>266</sup>

Clara MacDougall deutet den Umgang mit den Ausschreitungen als »struggle of two visions of what West Berlin meant for German-American relations«, die deutliche Risse »in the decade-long crafting of West Berlin as a site of pro-Americanism« ans Licht brachten und es nötig gemacht hätten, ein neues Stadt-Image zu entwickeln »on the basis of a reality in which Berliners lived«.<sup>267</sup> Doch davon war die Halbstadt weit entfernt, und es war auch fraglich, wer »die Berliner« denn nun sind und was sie wollen. In einer vor dem Besuch von *Infratest* durchgeführten Umfrage hatten sich 81 Prozent der befragten West-Berliner für den Besuch ausgesprochen; auch 70 Prozent der unter 30-Jährigen befürworteten sein Kommen. Wer sich gegen den Besuch aussprach, begründete dies entweder mit der Politik Reagans, einer generellen Antipathie gegenüber den USA oder auch der Angst vor möglichen Krawallen.<sup>268</sup> Von einer mehrheitlichen Abkehr von der pro-amerikanischen Ausrichtung West-Berlins kann daher auch für die frühen 1980er-Jahre kaum die Rede sein, was sich ein Jahr später noch einmal deutlich zeigen sollte.

### (K)eine Blockade in West-Berlin

Unmittelbar vor dem Inkrafttreten des NATO-Doppelbeschlusses organisierte das *Aktionsbüro Friedenswoche*, ein Zusammenschluss aus 180 Initiativen und Gruppen, zahlreiche Protestaktionen in der Bundesrepublik und in West-Ber-

264 Joachim Nawrocki, Power-Demo an der Spree, in: *Die Zeit*, 18. Juni 1982.

265 »Ein Wunder, daß es im Steinhagel keinen Toten gab«, in: *Berliner Morgenpost*, 12. Juni 1982, S. 6.

266 Reagan: Berliner jubeln, Chaoten brennen, in: *B.Z.*, 12. Juni 1982, Titelseite. Die Grenzposten der DDR stellten lediglich circa 550 nach West-Berlin reisende Reagan-Gegner fest. Vgl. Schöne, Ronald Reagan in Berlin, S. 24.

267 MacDougall, »We too are Berliners«, S. 96 f.

268 Einziges Thema: Deutsch-amerikanisches Verhältnis, Beispiel Berlin, undatiert, wahrscheinlich vom 18. Mai 1982, in: in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Box 14 [old box 8], Senat Related Correspondence 1981-83.

lin. Unter anderem planten sie im Rahmen einer einwöchigen Friedenswoche, die vom 15. bis zum 21. Oktober 1983 dauern sollte, eine Blockade der in Berlin-Lichterfelde gelegenen US-Kaserne.

Symbolpolitisch betrachtet war dies wohl die ungeschickteste Protestform, die man für die Halbstadt hätte wählen können. In der Bundesrepublik war die Praxis des Besetzens oder Blockierens von militärischen Orten üblich; der Ort »Mutlangen« steht im bundesdeutschen Gedächtnis stellvertretend für die zahlreichen Versuche, »den Streit um die Verteidigungspolitik und speziell die Auseinandersetzung um Militär und ›Rüstungswettlauf‹ auch und gerade entlang von Orten des Militärischen« zu führen.<sup>269</sup> Einerseits war das Erkunden und Öffentlichmachen von militärisch genutzten Orten eine zentrale Strategie der Bewegung zur Herstellung von Transparenz, andererseits waren insbesondere die Blockaden aufgrund des »hohen Konfliktpotenzials gegenüber Polizei und Militär, ihrer möglichen rechtlichen Konsequenzen und der Gefahr, dass der gemeine Bürger durch solche Aktionen eher abgeschreckt« werde, »nicht unumstritten«.<sup>270</sup> In West-Berlin weckte das Stichwort »Blockade« alte Erinnerungen.

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker nannte das Vorhaben deshalb eine »politische Dummheit« und einen »Anschlag auf den Schutz der Freiheit«, den die Alliierten garantieren würden;<sup>271</sup> der Steglitzer Bürgermeister bezeichnete die geplante Blockade als »geschmacklos, instinktlos, böseartig und dumm«,<sup>272</sup> und Innensenator Heinrich Lummer drohte den Teilnehmern mit einer Geldbuße in Höhe von 50.000 DM oder Freiheitsstrafen von bis zu 10 Jahren aufgrund des Verstoßes gegen deutsches und alliiertes Recht.<sup>273</sup> In Briefen an den Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker beklagten sich insbesondere ältere Berliner über »eine niederträchtige und für unsere Stadt gefährliche Symbolik«,<sup>274</sup> die Unfähigkeit der Politiker, »den Vormarsch der Polit-Chaoten zu stoppen«<sup>275</sup> und den Mangel an Dankbarkeit dafür, »daß wir

269 Susanne Schregel, Die Orte der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum [u. a.], »Entrüstet Euch!«, S. 169-183, Zitat S. 172.

270 So wurden zum Beispiel lokale, regionale und auch transnationale Karten, Atlanten und Broschüren herausgegeben, die über diese Orte informierten. In West-Berlin gab es zudem eine »antimilitaristische Stadtrundfahrt«. Vgl. Susanne Schregel, Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970-1985, Frankfurt a. M./New York 2010, S. 78-132 und S. 242-248, Zitat S. 243.

271 Weizsäcker verurteilt geplante Blockade der Andrews Barracks, in: Der Tagesspiegel, 14. Oktober 1983, Titelseite. Siehe auch: »Kasernen-Blockade ist Torheit ersten Ranges«, in: Berliner Morgenpost, 14. Oktober 1983, Titelseite.

272 Geplante Blockade stößt auf Unverständnis, in: Berliner Morgenpost, 14. Oktober 1983, S. 4.

273 Lummer: Polizei wird Blockade der Andrews Barracks verhindern, in: Der Tagesspiegel, 13. Oktober 1983, Titelseite.

274 Werner Zintarra an RBm, 10. Oktober 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24622.

275 Anton Altrichter an den Senat der Stadt Berlin, 17. Oktober 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24622.

noch leben, in Freiheit leben, und demonstrieren dürfen«. <sup>276</sup> Der Betriebsrat der deutschen Angestellten in den Andrews Barracks bedauerte dennoch den Mangel an »Solidaritätsempfinden« seitens der »Ur-Berliner«, da der Senat nicht wie früher zu einer Gegendemonstration aufgerufen hatte. <sup>277</sup> Der DGB, die SPD und die Jusos – eigentlich Unterstützer der Friedensbewegung – distanzieren sich von der Aktion und sprachen sich gegen eine Teilnahme aus. <sup>278</sup>

Obwohl das Netzwerk eigens eine amerikanische Studentin, Elizabeth Halloran, als Sprecherin gewählt und die Veranstaltung hatte verkünden lassen, sahen sich die Friedensgruppen aufgrund des öffentlichen Drucks dazu veranlasst, noch einmal bekanntzugeben, »ihre Blockade richte sich gegen die gegenwärtige Politik der USA, nicht gegen ihre Funktion als Schutzmacht in Berlin«. <sup>279</sup> Auch das Flugblatt zur Bewerbung der Blockade verkündete:

Mit unseren Aktionen wenden wir uns nicht gegen die ›Schutzmacht USA‹ oder die Amerikaner sondern gegen die – auch von der Bundesregierung mitgetragene – gegenwärtige Politik der Regierung der USA, die Berlin-West in die Planung und Durchführung eines Krieges einbindet. <sup>280</sup>

Der Tagesspiegel kommentierte dies lakonisch mit dem Hinweis, dass »die Politik der USA« aber nicht in der Lichterfelder Kaserne gemacht werde. <sup>281</sup> Als sich am 15. Oktober 1983 vormittags dennoch circa 4.000 Demonstranten vor der Kaserne einfanden und einige Hundert mittels einer Menschenkette die Zufahrtswege friedlich und außerhalb der von der Polizei errichteten Bannmeile blockierten, bekundeten mehrere Anwohner trotzig ihre Solidarität mit den Amerikanern, indem sie dem Torposten Blumen, Kuchen und Sympathiebriefe übergaben. <sup>282</sup>

Die US-Armee versuchte, jegliche Konfrontationen zu vermeiden, und forderte die eigenen Soldaten über den Radiosender AFN auf, den Bereich zu meiden; der Verkehr wurde während der Blockade weitgehend eingestellt. <sup>283</sup> Obwohl es zu keinen »besonderen Zwischenfällen« kam, wurden dennoch »in

<sup>276</sup> Marianne Reif an RBm, 18. Oktober 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24622.

<sup>277</sup> Uwe Grosse u. a.: Offener Brief an die Berliner Politiker und an die Berliner Bevölkerung, 14. Oktober 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24622.

<sup>278</sup> Reese (Skzl II A 2) an Senator Dr. Scholz, Betreff: Geplante Blockade amerikanischer Einrichtungen in Berlin, 22. September 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

<sup>279</sup> Telex: Friedenspolitik. Sitzblockade der US-Kaserne Andrews Barracks am 15.10.1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24622.

<sup>280</sup> Aufruf der Berliner Friedensinitiativen: Die Bezirke stehen auf! Friedenskette zu den Andrews Barracks am 15. Oktober 1983, in: Teppich, Flugblätter, S. 219.

<sup>281</sup> Unsere Meinung: Gefahr für Berlin, in: Der Tagesspiegel, 15. Oktober 1983, Titelseite.

<sup>282</sup> Senator für Inneres: Lagemeldung Nr. 210/83, 17. Oktober 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24622.

<sup>283</sup> Blockade in Lichterfelde verhindert, in: Berliner Morgenpost, 16. Oktober 1983, Titelseite.





Blockade der Andrews Barracks, 1983

insgesamt 307 Fällen Freiheitsentziehungen durchgeführt«, gegen 51 Personen wurden Ermittlungsverfahren wegen »Verdachts der Nötigung bzw. wegen des Verdachts der Teilnahme an unerlaubten Versammlungen« eingeleitet.<sup>284</sup> Ungeachtet dessen bedankte sich der US-Stadtkommandant anschließend bei dem Berliner Polizeipräsidenten für die »Umsicht« und das »Verständnis« der vor Ort eingesetzten Polizisten, dank derer »die demonstranten ihre ansichten ungehindert aeussern konnten und gleichzeitig rechte und eigentum anderer geschuetzt wurde«. <sup>285</sup>

Die Reaktionen auf die Blockade verdeutlichen die besonderen Herausforderungen der Friedensbewegung in der Stadt, in der die Politik der Abschreckung jahrelang als elementarer Bestandteil der Schutzgarantie der Alliierten gegolten hatte und wo besonders das amerikanische Militär eine wichtige Symbolfunktion innehatte. Der Sonderstatus sorgte auch für ein Berlin-spezifisches Nachspiel: Nachdem das Amtsgericht Tiergarten zwei Demonstranten freigesprochen hatte, bat die Staatsanwaltschaft des Berliner Kammergerichts

284 Senator für Inneres: Lagemeldung Nr. 210/83, 17. Oktober 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24622.

285 Major General J. G. Boatner an Klaus Hübner, in: ebd.

die Westmächte darum, sie nach alliiertem Strafrecht zu belangen – dem Gesuch wurde stattgegeben.<sup>286</sup>

Da die Friedensgruppen weiterhin die breite Stadtgesellschaft für sich gewinnen wollten, wiesen ihre Flugblätter nun regelmäßig darauf hin, dass man zwar gegen die US-Rüstungspolitik protestiere, nicht aber gegen die Präsenz der Westmächte in Berlin.<sup>287</sup> Dennoch wurden (und werden) der Bewegung oftmals ein pauschaler Anti-Amerikanismus und eine kommunistische Unterwanderung unterstellt.<sup>288</sup>

### Geschichte als Argument

Die Blockade war nicht die einzige historische Schicht des Stadtgedächtnisses, mit der sich die Friedensbewegung auseinandersetzte. Die Dokumente der örtlichen Gruppen spiegeln ein zunehmend opferzentriertes Geschichtsbewusstsein, das die deutsche Bevölkerung einschloss.<sup>289</sup> Nicht nur die Erinnerung an die während der NS-Zeit begangenen Verbrechen an anderen Menschen sollte einen erneuten Krieg verhindern, sondern auch die Erinnerung an das Leid der eigenen Vorfahren.<sup>290</sup> Zahlreiche Veranstaltungen beinhalteten Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die den Zweiten Weltkrieg in Berlin erlebt hatten – dass sie nicht selten Angehörige jener Generation waren, die den Krieg

286 Michael Venedey an die FDP-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, 8. Oktober 1984, abgedruckt in: Teppich, Flugblätter, S. 283.

287 »Mit all [im Original fett gedruckt, S. E.] unseren Aktionen, auch vor Einrichtungen der drei westlichen alliierten Mächte, wollen wir deutlich machen: Die Sicherheit unserer Stadt kann mit Entspannungspolitik verteidigt werden. Mit keiner [im Original fett gedruckt, S. E.] unserer Aktionen wenden wir uns gegen die Anwesenheit der drei Westmächte in unserer Stadt oder gegen den Viermächtestatus. Wir sind weder gegen die Amerikaner, noch gegen die Briten und Franzosen. Aber wir sind gegen die neuen amerikanischen Raketen und gegen die Politik der britischen und französischen Regierung, die die Stationierung vorbehaltlos unterstützen.« Aufruf zur Volksversammlung für den Frieden am 22. Oktober 1983, in: Teppich, Flugblätter, S. 215-218, hier S. 218.

288 Vgl. Udo Baron, Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei »Die Grünen«, Münster 2003; Michael Ploetz/Hans-Peter Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004. Eine differenzierte Analyse der versuchten Einflussnahme legten vor: Jens Gieseke/Andrea Bahr, Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Westpolitik und Ost-West-Kontakten, Berlin 2016.

289 Vgl. Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin Klimke/Wilfried Mausbach/Marianne Zepp, Einleitung. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre. NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, in: dies. (Hg.), »Entrüstet Euch!«, S. 7-37, hier S. 24f.

290 »Vor 35 Jahren ging der zweite Weltkrieg zu Ende – für uns, bis heute, der letzte Krieg. [...] Können wir unseren Kindern und Enkeln vermitteln, was das hieß: Hunger – Kälte – Flüchtlingselend – Ausgebombtsein?« Undatierter Brief der Friedensinitiative Wilmersdorf, in: Teppich, Flugblätter, S. 25.

mitgetragen hatte, wurde nicht immer problematisiert. Die älteren Berliner wurden zu einer Gemeinschaft von Betroffenen erklärt, die den Krieg passiv erlitten hatten. Dies verdeutlicht auch der Aufruf zur Demonstration gegen den Besuch des amerikanischen Außenministers: »Herr Haig [...], dessen Land den Krieg nur als Ereignis in fremden Staaten kennt, will uns über die Gefahr hinwegtäuschen, daß unsere Stadt zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert zum Schlachtfeld werden kann.«<sup>291</sup> Mit keinem Satz wurde erwähnt, warum die Stadt das erste Mal zu einem Schlachtfeld geworden war. Wenn die Schuldigen beim Namen genannt wurden, dann war es oft nur die politische NS-Elite: »die deutschen Weltkriegsplaner«<sup>292</sup> bzw. die »Hitlerbande«.<sup>293</sup>

Da der Krieg gegen Japan mit dem Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki geendet hatte, wurde eine Parallele zu Berlin gezogen: Nur die rechtzeitige Kapitulation habe damals verhindert, dass die Stadt dasselbe Schicksal ereilte – nun aber könnte sich die Geschichte mit einem anderen Ausgang wiederholen.<sup>294</sup> Mit der häufigen Rede von einem drohenden »atomaren Holocaust« wurde die NS-Zeit zum Referenzpunkt und der »Widerstand« gegen die Nachrüstung zur moralischen Pflicht erhoben.<sup>295</sup> In den Slogans, Reden und Plakaten der Friedensbewegung (aber auch in den Reden der Rüstungsbefürworter) wird deutlich, wie die Geschichte seit den 1980er-Jahren wieder als Lehrmeisterin verstanden wurde – auch wenn man sich nicht immer einig darüber war, welche Lehren sie bereithielt. Die zahllosen historischen Analogien wirken in der Rückschau zum Teil sonderbar bis fragwürdig, waren aber das Resultat eines »Memory Booms« oder einer neuen »Geschichtsversessenheit«,<sup>296</sup> die hier ihren Anfang nahm.<sup>297</sup> Eckart Conze merkte an, dass in diesen historischen Bezügen auch eine Kritik der Moderne zum Ausdruck kam, und fragte, den kulturkritischen Duktus der Friedensbewegung imitierend:

291 Demonstration, in: ebd., S. 77.

292 Nie wieder Faschismus! Aufruf zur Friedensdemonstration und Kundgebung am 8. Mai 1982, in: ebd., S. 117.

293 Schlussrede auf der Demonstration »Aufstehen für den Frieden« am 10. Juni 1982, in: ebd., S. 138.

294 Exemplarisch: Aufruf der Friedensinitiative Kreuzberg: Damit Europa auch Europa bleibt – erinnern wir uns an Hiroshima, in: ebd., S. 143; Einladung zur Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Bezirksamt Tiergarten, in: ebd., S. 144; Aufruf des VVN zur Teilnahme an der Ehrung der Opfer des Faschismus und des Militarismus am 11. September 1982, in: ebd., S. 149.

295 Berthold Molden arbeitete heraus, dass bereits die Debatten über den Krieg in Vietnam den Grundstein für spätere Holocaust-Analogien gelegt hatten: ders., Vietnam, the New Left and the Holocaust. How the Cold War Changed Discourse on Genocide, in: Aleida Assmann/Sebastian Conrad (Hg.), Memory in a Global Age. Discourse, Practices and Trajectories, New York 2010, S. 79-96.

296 Vgl. Aleida Assmann/Ute Frevert, Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999.

297 Vgl. Becker-Schaum [u. a.], Einleitung. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre. NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, S. 24 f.

Had not a crisis of this modernity already brought about National Socialism and its crimes? And was not Auschwitz a possible form of this technical-industrial modernity, of its destructive potential, and of its possibilities of mass annihilation as, four decades later, the huge arsenals of atomic weapons, born of the idea to create security through deterrence and continued developments of arms technology?<sup>298</sup>

An Bedeutung gewannen in diesem Zusammenhang die »authentischen« Orte des vergangenen Kriegsgeschehens. Durch lokale Geschichtswerkstätten waren diese zumeist gerade erst wieder sichtbar oder als Lücken im Stadtbild ausgemacht worden. Die »Betroffenheitskultur« vieler Geschichtsinitiativen, die neben historischer Aufklärung auch dezidiert »Betroffenheit durch Betroffene aus dem Blickwinkel von Betroffenen« erzielen wollten, war anschlussfähig für eine Bewegung, die eine Wiederholung der gewaltvollen Geschichte befürchtete.<sup>299</sup> Für den 8. Mai 1982 schlug die West-Berliner Friedensbewegung eine Kundgebung in der »noch immer von Kriegstrümmern gekennzeichneten Gegend« zwischen dem ehemaligen Gestapo-Hauptquartier und den Ruinen des Anhalter Bahnhofs vor.<sup>300</sup> Nur fünf Jahre später entstand auf eben jenem Gelände eine erste Ausstellung, die das heutige Dokumentationszentrum Topographie des Terrors begründen sollte.

Im Herbst 1983 bot die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) eine Schiffsrundfahrt zu verschiedenen historischen Orten an, denn, so die Einladung, »[w]er durch Berlin geht, wird in der alten Reichshauptstadt ständig mit deutscher Geschichte konfrontiert. Viele Stellen zeugen von den Straßenkämpfen, als der Zweite Weltkrieg in die Stadt zurückkehrte, von der er seinen Ausgang nahm. Noch mehr Plätze zeugen durch ihre Leere von denselben Ereignissen.«<sup>301</sup> Auch die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wurde in diesem Zusammenhang zum mahnenden Relikt und Symbol kriegsgerichteter Zerstörung. Demonstranten positionierten sich vor ihr, sodass sie den Hintergrund für Pressefotos darstellte; auch auf Postern wurde sie genutzt, um die antizipierte erneute Zerstörung der Stadt zu veranschaulichen.<sup>302</sup>

298 Eckart Conze, *Missile Bases as Concentration Camps. The Role of National Socialism, the Second World War, and the Holocaust in the West German Discourse on Nuclear Armament*, in: ders./Martin Klimke/Jeremy Varon (Hg.), *Nuclear Threats, Nuclear Fear and the Cold War of the 1980s*, Cambridge 2017, S. 79-97.

299 Vgl. Adelheid von Saldern, *Stadtgedächtnis und Geschichtswerkstätten*, in: *WerkstattGeschichte* 50 (2008) 3, S. 54-68, Zitat S. 59.

300 8. Mai, in: *Inform*, Nr. 9, 22. März 1982, in: Teppich, *Flugblätter*, S. 107.

301 *Krieg & Frieden. Eine Stadtrundfahrt durch Berlin auf dem Wasser*, abgedruckt in: Teppich, *Flugblätter*, S. 203.

302 Zu den visuellen Strategien der Friedensbewegung: Benjamin Ziemann, *The Code of Protest. Images of Peace in the West German Peace Movements, 1945-1990*, in: *Contemporary European History* 17 (2008) 2, S. 237-261.

### Kein neues transatlantisches Bündnis?

Die Friedensbewegung bildete zwar ein bis hinter den Eisernen Vorhang reichendes europäisches, aber kein mit der Studentenbewegung vergleichbares transatlantisches Netzwerk aus.<sup>303</sup> Obwohl es auch in den USA eine breite Friedensbewegung gab, erreichte man in zentralen Fragen keine Einigkeit mit den europäischen Aktivisten: In den USA dominierte das Freeze Movement, dessen Hauptanliegen das Einfrieren der Produktion und Stationierung von Atomwaffen und nicht, wie von deutschen Gruppen gefordert, deren Abschaffung war. Die Freeze-Aktivisten vertraten »ein eher konservatives Konzept, das sich an dem hergebrachten, amerikanisch-sowjetischen Verhandlungsrahmen und seinen Eckpfeilern von Gleichgewicht, Gegenseitigkeit und Kontrolle orientierte«. Obwohl sich eine *Euromissile Working Group* intensiv mit der Nachrüstung in Europa befasste, lautete das ernüchternde Fazit 1982: »The Euromissile issue doesn't arouse much interest or empathy among Americans.«<sup>304</sup>

Jene West-Berliner Aktivisten, die an die Zusammenarbeit zwischen GIs und Studentenbewegung anknüpfen wollten, hatten daher wenig Erfolg und begründeten dies mit »kulturellen, ökonomischen und politischen Unterschieden« sowie der »Sprachbarriere« seitens der GIs – aber auch mit Vorurteilen seitens der eigenen Mitstreiter, die in den US-Soldaten nur »hirnlose Vertreter des Pentagon« sahen und sie oft für »rowdyhaft oder gewalttätig« hielten.<sup>305</sup> Hatten viele Gegner des globalen militärischen Engagements der USA in den 1960er-Jahren die US-Soldaten noch als Individuen und somit als Opfer ihrer eigenen Regierung und potentielle Verbündete erachtet, so nahmen die Mitglieder der gegen die Nachrüstung protestierenden Gruppen sie zumeist nur noch als Repräsentanten eines Systems wahr. Doch auch die US-Soldaten – nun als Berufssoldaten oftmals der eigenen Regierung gegenüber weniger kritisch eingestellt – schienen bei der Beurteilung der deutschen Friedensbewegung wenig auf Nuancen zu achten. Der Journalist und Friedensaktivist Lou Marin erinnert sich: »GIs tended to lump all groups critical of U.S. policy together in the 1980s«, ob es nun die RAF oder eine kleine lokale Friedensinitiative war.

303 Vgl. Patrick Burke, European Nuclear Disarmament: Transnational Peace Campaigning in the 1980s, in: Conze/Klimke/Varon (Hg.), Nuclear Threats, Nuclear Fear and the Cold War of the 1980s, S. 227-250. Die Verbindungen, die es in die USA gab, wurden meist durch einzelne Personen wie zum Beispiel Petra Kelly verkörpert. Vgl. Holger Nehring, Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, in: Becker-Schaum [u. a.], »Entrüstet Euch!«, S. 213-228.

304 Vgl. Wilfried Mausbach, Vereint marschieren, getrennt geschlagen? Die amerikanische Friedensbewegung und der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 283-304, Zitate S. 296 und 297.

305 Cortright/Grossman, Die GI-Bewegung in Deutschland, S. 98f. Siehe auch: Michael Lucas, US-Soldaten und Friedensbewegung in der BRD, in: Moderne Zeiten 1983, abgedruckt in: ebd., S. 140-145; »Fuck the Army!« Interview mit Darnell Summer, in: radikal 112/1983, abgedruckt, in: ebd., S. 146-148.

Zugleich gesteht Marin den amerikanischen Beobachtern der Proteste in ihrem Umfeld zu: »The sight of German demonstrators burning American flags during protest marches might have made it difficult for GIs to be sympathetic to the peace movement's message.«<sup>306</sup>

Waren die Proteste in der Bundesrepublik und West-Berlin demnach anti-amerikanisch motiviert? Reinhild Kreis hat sich dieser Frage ausführlich gewidmet und bezeichnet die Deutung der USA als »Wiederholungstäter« als gemeinsamen Nenner der »Amerikakritik« der 1980er-Jahre.<sup>307</sup> In dieser Betrachtung war El Salvador, genau wie zuvor Vietnam, das Opfer einer abzulehnenden amerikanischen Außenpolitik geworden. Trotz der umfassenden Proteste und der lautstark und teils gewaltvoll artikulierten Kritik kommt Kreis zu dem Fazit: »Der überwiegende Teil der Westdeutschen distanzierte sich jedoch zu keinem Zeitpunkt von den USA oder dem westlichen Bündnis.«<sup>308</sup> Auch Philipp Gassert betont, dass die intensiven Auseinandersetzungen mit der Sicherheitspolitik, der Bündniszugehörigkeit und der eigenen Geschichte die »kulturelle und politische Westbindung« mittel- bis langfristig eher »gefestigt zu haben« scheinen.<sup>309</sup> Das war für die Zeitgenossen allerdings nicht absehbar. Sie konnten lediglich beobachten, dass noch andere Bewegungen das deutsch-amerikanische Zusammenleben in West-Berlin auf die Probe stellten.

#### 4.2.2 *Besatzer und Hausbesetzer: Truppenübungen in Kreuzberg*

Im November 1973 sagte die US-Armee erstmals auf Anraten des Kreuzberger Bezirksbürgermeisters eine Übung im Häuserkampf ab. Günther Abendroth hatte zu bedenken gegeben, dass militärische Übungen mitten im Kreuzberger Sanierungsgebiet »auf die in der Nähe wohnende Bevölkerung außerordentlich beunruhigend wirken würden« und die »politischen Folgen [...] sicher höchst delikater« wären.<sup>310</sup> Er sollte recht behalten, denn im Umfeld des Kreuzberger Mariannenplatzes hatte 1971 eine Auseinandersetzung begonnen, die um das Jahr 1980 in erbitterten Straßenschlachten eskalierte.<sup>311</sup> Neben dem Wunsch,

306 Lou Marin, GIs under Siege. The German Peace Movement Confronts the U.S. Military, in: Maulucci/Junker, GIs in Germany, S. 330-345, Zitat S. 344.

307 Hier und im Folgenden: Reinhild Kreis, »Eine Welt, ein Kampf, ein Feind?« Amerikakritik in den Protesten der 1980er Jahre, in: Hanno Balz/Jan-Henrik Friedrichs (Hg.), »All we ever wanted ...«. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012, S. 136-155.

308 Ebd., S. 154.

309 Gassert, Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden, S. 520.

310 Bürgermeister Günther Abendroth an Brigadegeneral Robert D. Stevenson über Senatskanzlei, 1. November 1973, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23899.

311 Ausführlich zu den Besetzungen: Alex Vasudevan, Autonomous Urbanism and the Right to the City. The Spatial Politics of Squatting in Berlin, 1968-2012, in: Bart van der Steen/Ask Katzeff/Leendert van Hoogenhuijze (Hg.), The City is Ours. Squatting and Autonomous Movements in Europe from the 1970s to the Present, Oakland 2014, S. 131-152.

neue Formen des Zusammenlebens auszuprobieren, trieben auch existentielle Nöte die Akteure der alternativen Szene West-Berlins sprichwörtlich auf die Barrikaden.

West-Berlins Altbauten stellten in jenen Jahren den eigentlichen sozialen Wohnungsbau dar, da für sie noch eine Mietpreisbindung galt. Nun sollten sie verschwinden. Das erste Stadterneuerungsprogramm von 1963 sah eine umfassende Flächensanierung vor – auch, um die West-Berliner Bauwirtschaft, »der in der Inselstadt höchste Priorität als wirtschaftlicher Stabilitätsfaktor beigegeben wurde«, wieder mit Aufträgen zu versorgen.<sup>312</sup> Die Gegner dieser Planung kritisierten das Vorhaben als »Kahlschlagsanierung«, da es in den sechs markierten Sanierungsgebieten den Abriss und Neubau von Zehntausenden von Wohnungen und somit ganzen Vierteln vorsah und die dort vorhandene Sozialstruktur ignorierte bzw. bewusst deren Veränderung herbeiführen wollte.<sup>313</sup> Die Stadtplaner und politisch Verantwortlichen führten dagegen »die schlechte Bausubstanz und die mangelhafte Ausstattung der Wohnungen« sowie »die dichte und ungeordnete Mischbebauung« ins Feld, um unter anderem den geplanten Abriss von 90 Prozent der zwischen Skalitzer Straße und Landwehrkanal gelegenen Häuser zu rechtfertigen.<sup>314</sup> Hinzu kam die Vision der »autogerechten Stadt« mit eigener Stadtautobahn und einem Autobahnkreuz mitten in Kreuzberg.<sup>315</sup> Doch bevor man die Häuser abreißen konnte, mussten sie entmietet werden. Oftmals standen sie dann erst einmal jahrelang leer, damit sie verfielen und schließlich eine Abrissgenehmigung beantragt werden konnte. Aufgrund der herrschenden Wohnungsnot wurde diese Verfahrensweise von vielen Stadtbewohnern als Skandal empfunden:

Die unmittelbare Folge war, dass an diesen Häusern der Putz abblätterte, die Toiletten nicht länger repariert und die alten Fensterrahmen nicht mehr ausgetauscht wurden. Ratten bevölkerten die Hinterhöfe, es gab keine Treppenhausbeleuchtung. Kurzum: Die Häuser verrotteten zusehends. Für die Stadtplaner waren die Beschwerden und Mängelrügen der alten Bewohner nur noch lästige Hindernisse einer Übergangszeit.<sup>316</sup>

312 Martin Düspohl/KreuzbergMuseum (Hg.), *Kleine Kreuzberggeschichte*, Berlin 2012, S. 122.

313 Vgl. Theo Winters/Niklas Fluß, Überblick über die Stadterneuerung im geteilten Berlin, in: Günter Schlusche/Verena Pfeiffer-Kloss/Gabi Dolff-Bonekämper/Axel Klausmeier (Hg.), *Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte*, Berlin 2014, S. 176-189.

314 Vgl. hier und im Folgenden: Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 122-147, Zitate S. 122 f.

315 Vgl. Harald Bodenschatz/Cordelia Polinna, Ein halbes Jahrhundert Stadterneuerung in Berlin, in: Schlusche [u. a.] (Hg.), *Stadtentwicklung im doppelten Berlin*, S. 206-213.

316 Sven Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014, S. 520 f.

Nach und nach kauften Wohnungsbaugesellschaften und private Sanierungsträger die Häuser auf. Die alten Mieter wurden in die neuen Siedlungen am Stadtrand umgesiedelt, zum Beispiel in das Märkische Viertel im Norden. Zurück blieben die sozial schwachen Mieter, die sich einen Umzug nicht leisten konnten. Insbesondere junge Menschen begannen bald, sich auf verschiedene Art und Weise gegen die Pläne des Senats zu wehren – durch die Gründung von Bürger- und Stadtteilinitiativen, durch Haus- und Instandbesetzungen, durch Demonstrationen und Straßenschlachten mit der Polizei.<sup>317</sup>

Der breite Erfolg von Publikationen wie *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*,<sup>318</sup> *Die Unwirtlichkeit der Städte*<sup>319</sup> oder *Die gemordete Stadt*<sup>320</sup> zeugt davon, wie die städtebaulichen Ideen der Nachkriegszeit, die eine funktionale Teilung der Stadt vorsahen, schon Mitte der 1960er-Jahre in die Kritik geraten waren. Sie prägten auch den Diskurs über die Zukunft Kreuzbergs:

Setting the intellectual tone for the resistance to modernist principles of postwar city planning, professionals and architectural critics were the first to argue that things could be done differently. For the next two decades, tenant activists, community organizers, and squatters built on these arguments in their own attempts to shape, define, and put into practice alternative plans for the inner city.<sup>321</sup>

Was diese Entwicklung mit der US-Armee verband, war deren Wunsch, in einem realistischen Umfeld zu trainieren. Nach der Umstellung von der Wehrpflichtigen- zur Berufsarmee überarbeitete die U.S. Army ihr Trainingsprogramm und führte 1972 das *Adventure Training* ein, hinzu kam ein neuer Schwerpunkt auf *Combat in Cities*.<sup>322</sup> Das Gefühl einiger betroffener West-Berliner trog daher nicht: Zum einen stieg die Zahl an militärischen Übungen im Laufe der 1970er-Jahre generell an, zum anderen wurden sie immer öfter in der Innenstadt durchgeführt. Der US-Verbindungsoffizier Richard Bock begründete dies mit einer nötigen »realistic experience in city fighting« und

317 Vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 498-506.

318 Jane Jacobs, *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*, Berlin 1963.

319 Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit der Städte*. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1965.

320 Wolf Jobst Siedler/Elisabeth Niggemeyer/Gina Angreß, *Die gemordete Stadt*. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum, München 1964.

321 Carla MacDougall, *In the Shadows of the Wall*. Urban Space and Everyday Life in Kreuzberg, in: Timothy Brown/Lorena Anton (Hg.), *Between the Avantgarde and the Everyday*. Subversive Politics in Europe from 1957 to the Present, New York/Oxford 2011, S. 154-173, hier S. 155.

322 Zum »Adventure Training« gehörten etwa Aktivitäten wie Skifahren, das Überqueren des Ärmelkanals in Kajaks oder ein Re-Enactment der Landung in der Normandie. Vgl. U.S. Command Berlin/U.S. Army Berlin (Hg.), *The Story of Berlin Brigade*, 3. überarb. Aufl., Berlin 1981, in: NARA, *A City Divided*, S. 24-26.



der Notwendigkeit »to keep the troops occupied«. <sup>323</sup> Und wo ließ sich der Häuserkampf am besten trainieren? Natürlich in aufgrund baldigen Abrisses leerstehenden Gebäuden – eben jenen, die zur gleichen Zeit auch die alternative Szene West-Berlins für sich entdeckte.

Ende Oktober 1979 trafen sich Vertreter des Senats und der Alliierten, um das Problem zu besprechen und ein neues Prozedere festzulegen: Künftig würde der Senat den Verbindungsoffizieren vierteljährlich eine von der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen erstellte Liste mit Orten übergeben, die für militärische Übungen verwendet werden können. Deren konkrete Nutzung müsse dann zwischen den Alliierten und den Verantwortlichen auf Bezirksebene abgesprochen werden. Doch dies war leichter gesagt als getan: Im November konnte der Senat keine Liste präsentieren. <sup>324</sup> Eine schnelle Lösung, wie man die Übungen gleichmäßig über den Stadtraum verteilen könnte, ließ sich nicht finden, und so trainierte allein die US-Armee zwischen dem 22. Oktober und dem 7. November 1979 an 12 von 17 Tagen in der Skalitzer Straße auf Höhe der Hausnummern 115-119. <sup>325</sup> Immer mehr Bürger beschwerten sich und die Lage spitzte sich zu, doch erst im Januar 1980 übergab der Senat den Alliierten eine Liste mit insgesamt vier Orten, die sie nutzen könnten – an der Hermsdorfer Straße im Stadtteil Wittenau, in der Dennewitzstraße 19 nahe des Gleisdreiecks, an der Ecke Swinemünder- und Ramlerstraße nahe des Humboldthains sowie nach wie vor in der Kreuzberger Skalitzer Straße 115-119. In den Augen der Alliierten war der Vorschlag eine Farce: Die aufgeführten Gebäude waren entweder bereits abgerissen oder zum Teil sogar noch bewohnt. <sup>326</sup>

Als besonders problematisch erwies sich darüber hinaus die mangelhafte Informationspolitik infolge der Verlagerung der Zuständigkeiten auf die Bezirksebene: Im Januar 1980 wurde der Schöneberger Bürgermeister nicht vorab über die Durchführung einer Übung in Kenntnis gesetzt, und auch sein Kreuzberger Kollege wurde nur »very informally« benachrichtigt. <sup>327</sup>

Zur gleichen Zeit wurden auf dem Flughafen Tempelhof besondere Start- und Landemanöver mit einem Trainingsflugzeug des Typs *UV-20A Pilatus*

323 Memorandum von Rick (Richard) Bock, Subject: Senat Plans for Handling Troop Exercise Problems, 18. Oktober 1979, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Sent Chrons August-December 1979 to Sent Chrons November-December 1981, Box 1, Folder: Chrons, Memos Aug to Dec 1979.

324 Memorandum von Rick (Richard) Bock, Subject: In-City Training, 6. Januar 1981, in: ebd., Folder: Chrons, Memos Jan-Apr 1980.

325 Memorandum von Richard Bock, Subject: Citizens' Group Complaint about Troop Exercise, in: ebd.

326 Memorandum von Rick (Richard) Bock, Subject: In-City Training Sites, 9. Januar 1980, in: ebd.

327 Rick Bock, Confidential Information: Stern Article on Military Training, 11. April 1980, in: ebd.



Nicht nur Kreuzberg war betroffen: US-Soldaten bei einer Übung im Bezirk Wedding

*Porter* durchgeführt, was für weiteren Unmut sorgte.<sup>328</sup> Der Neuköllner Bezirksbürgermeister leitete dem US-Verbindungsoffizier Richard Bock den Brief eines verärgerten Bürgers weiter, der das Ausmaß der empfundenen Belästigung deutlich macht:

Der Flugapparat fliegt mit ohrenbetäubendem Geknatter dicht über die Hausdächer Neuköllns und Tempelhofs hinweg und kehrt mit der penetranten Zähigkeit einer nicht abzuwehrenden lästigen Klosettfliege in Abständen von ein bis drei Minuten wieder. [...] Damit kann in der Wüste von Nevada geübt werden, aber nicht hier!<sup>329</sup>

Es wurde vereinbart, den deutschen Stellen bei erneuten Übungen rechtzeitig Bescheid zu sagen – was die Amerikaner dann im November 1980 allerdings erneut vergaßen. Verbindungsoffizier Bock wurde langsam ungeduldig, da die US-Armee sich das Leben unnötig schwermachte; er war überzeugt, dass die lokale Politik die Anliegen der US-Armee gegen die eigene Bevölkerung verteidigen würde, wenn die Planung vernünftig vonstattengehe und man die entsprechenden Stellen rechtzeitig informieren würde.<sup>330</sup>

328 Richard Bock für das Verbindungsbüro der USA an Bezirksbürgermeister Heinz Stücklen, 11. Februar 1980, in: ebd.

329 Johannes Lesche an den Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Abt. Lärm-bekämpfung und an den Bürgermeister von Neukölln, 29. Januar 1980, in: ebd.

330 Memorandum von Rick (Richard) Bock, Subject: Training Flights at Tempelhof, 26. November 1980, in: ebd., Folder: Chrons, Memos Sept-Dec 1980.

Doch auch der Senat hatte Fehler gemacht. Bock hielt in seinen Memoranden fest, dass man mehrfach darauf hingewiesen habe, dass einem stets das gleiche Gebiet zugewiesen werde, obwohl man die Übungen besser an wechselnden Orten abhalten sollte, »to spread the burden around«. <sup>331</sup> Im Februar 1980 hatten in der Skalitzer Straße schon wieder an 20 Tagen Übungen stattgefunden. Obzwar das veränderte Prozedere den Bezirksbürgermeistern nun die Möglichkeit bot, auf Zeitpunkt und Regelmäßigkeit der Übungen Einfluss zu nehmen, reagierten diese nur zögerlich und wandten sich mit ihren Beschwerden lieber an den Senat. Trotz regelmäßiger Nachfrage stellte dieser den Alliierten allerdings noch immer lediglich zwei bis vier Orte zur Verfügung, was dazu führte, dass die Adressen fast durchgehend in Anspruch genommen wurden.

Nachdem Bock im Januar 1980 ein Brief der Betroffenenvertretung des Sanierungsgebietes Kreuzberg weitergeleitet worden war, <sup>332</sup> der mittels einer angehängten Chronik einen Zusammenhang zwischen den Stadterneuerungsplänen des Senats und der Verlegung der Truppenübungen in die Gegend um das Kottbusser Tor andeutete, begann der Verbindungsoffizier eine Taktik zu vermuten: Die Übungen würden anscheinend seitens des Senats dazu genutzt, um »recalcitrant residents« aus Häusern zu vertreiben, die man im Rahmen der Flächensanierung abreißen wolle. <sup>333</sup> Ein Blick auf den Stadtplan verrät, dass der Senat die Alliierten tatsächlich direkt an die Brennpunkte dirigierte, zu den Hochburgen der Hausbesetzer- und Instandbesetzer-Bewegung. Eine zeitgenössische Publikation erwähnt die Militärübungen dementsprechend als eine jener Maßnahmen, mit denen die Entmietung vorangetrieben werden sollte:

Da wurden leerstehende Gebäude schon mal einfach zugemauert. In Kellern und Dachstühlen brachen auf gänzlich ungeklärte Weise Brände aus. Oder die Behörden gaben das Quartier der US-Army für ein Manöver frei: Bewohner fanden sich ohne Vorankündigung plötzlich schwerbewaffneten GIs gegenüber, die dort ihre Straßenkampfübungen abhielten. <sup>334</sup>

Für die damalige Behauptung des *Spiegels*, die US-Armee habe dem Senat »im Gegengeschäft« – die angeblich erbrachte Gegenleistung wurde offengelassen – angeboten, mit den Häuserkampfübungen bei der Vertreibung der Mieter behilflich zu sein, konnte kein Beleg gefunden werden. <sup>335</sup> Vielmehr scheint

331 Memorandum von Rick Bock, Subject: Kreuzberg Debate on Troop Exercises, 10. März 1980, in: ebd., Folder: Chrons, Memos Jan-April 1980.

332 Betroffenenvertretung des Sanierungsgebietes Kreuzberg Kottbusser Tor/Oranienstrasse (P III/P X) an Colonel John P. Yeagley (USCOB), 11. Januar 1980, in: ebd.

333 Memorandum von Rick Bock an Mr. Nelson (POLAD) und Mr. Kornblum (POL), Subject: In-City Training, 11. Februar 1980, in: ebd.

334 Sabine Rosenblatt, Die »Legalos« von Kreuzberg, in: Stefan Aust/dies. (Hg.), Hausbesetzer – wofür sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen, Hamburg 1981, S. 28-51, Zitat S. 37.

335 »Da packt dich irgendwann 'ne Wut«, in: Der Spiegel 52/1980, S. 22-32.

es, als wären die Alliierten ohne ihr Wissen dazu benutzt worden, die Sanierungspolitik zu befördern und den Ärger der Gegner der städtebaulichen Pläne auf sich zu ziehen. Und deren Zahl war stetig gewachsen: Was mit einzelnen Stadtteil-Initiativen begonnen hatte, war inzwischen zu einer sehr heterogenen und zum Teil radikalen Bewegung angewachsen, die mit unterschiedlichen Mitteln versuchte, sich gegen die »Kahlschlagsanierung« zu wehren.<sup>336</sup> Mit insgesamt 165 besetzten Häusern erreichten die Proteste im Frühling und Sommer 1981 einen Höhepunkt.<sup>337</sup> Anfang 1981 erhielten die Alliierten ein neues Angebot: ein Fabrikgelände in der Lützowstraße 2-6.<sup>338</sup> Auch hierbei handelte es sich um eine heikle Adresse: Das Gelände wurde am 26. April 1981 besetzt und einen Monat später geräumt.<sup>339</sup> In Kreuzberg kam es nun zu Konflikten: Amerikanische Jeeps auf Patrouillenfahrt entlang der Mauer wurden blockiert, mit Steinen beworfen oder gar die Fahrer mit Messern bedroht.<sup>340</sup>

Obwohl in West-Berlin nach wie vor weitgehend Einvernehmen darüber bestand, dass die US-Armee bleiben solle, und nur ein geringer Teil der Bevölkerung ihren Abzug wünschte,<sup>341</sup> zeigte sich zugleich, dass immer weniger Bürger bereit waren, einen Preis für den militärischen Schutz zu zahlen, den die Soldaten garantieren sollten. Man wollte zwar ungerne auf sie verzichten, üben sollten sie aber weder in den Hochburgen der alternativen Szene in Kreuzberg und Schöneberg noch im Umfeld der beschaulichen Laubenkolonien in Zehlendorf und Steglitz. Die Situation beruhigte sich erst, als die US-Armee vermehrt ihr 1975 fertiggestelltes Trainingsgelände nutzte: die um die

336 Vgl. Reichard, *Authentizität und Gemeinschaft*, S. 516-571.

337 Vgl. Armin Kuhn, *Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona*, Münster 2014, S. 69-102.

338 Richard Bock an LTC Keravuori, Memorandum, Subject: Items from Senat, 18. Februar 1981, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Box 1, Folder: Chrons, Memos Jan-April 1981.

339 Vgl. Die Bürgerinitiative Pohl-/Kurfürstenstraße informiert, in: *Berlin besetzt. Illustrierte Karte zu Hausbesetzungen in Berlin*, URL: <http://www.berlin-besetzt.de/#!id=142> [7.4.2017].

340 Notiz von JS an Rick (Richard) Bock, undatiert (wahrscheinlich verfasst im Frühjahr 1982), in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Box 14 [old box 8], Folder: Senat Related Correspondence 1981-83.

341 Eine Infratest-Umfrage kam 1982 zu dem Ergebnis, dass 45 Prozent der West-Berliner die amerikanische Präsenz für unverzichtbar hielten. Weitere 44 Prozent empfanden sie als »wünschenswert«, nur 11 Prozent hielten sie für »entbehrlich«. In der Gruppe der unter 30-Jährigen variierten die Zahlen um ca. 10 Prozent zuungunsten der USA. Nur 5 Prozent aller befragten Berliner gaben an, die USA abzulehnen; 26 Prozent waren ihnen gegenüber skeptisch, 57 Prozent empfanden Sympathie und 11 Prozent gar Bewunderung. Vgl. Einziges Thema: *Deutsch-amerikanisches Verhältnis*, Beispiel Berlin, undatiert, wahrscheinlich vom 18. Mai 1982, in: ebd.

künstliche Stadt *Doughboy City* erweiterte *Parks Range* an der südlichen Spitze von Lichterfelde.<sup>342</sup>

In einem drei Jahre andauernden »Wechselspiel zwischen Verhandlungstisch und Räumung«, mit dem der Senat die Spaltung der Hausbesetzerbewegung erreichen wollte, wurden schließlich auch 60 Häuser geräumt, für 105 wurde eine vertragliche Lösung gefunden.<sup>343</sup> Unter den Stichworten »behutsame Stadterneuerung« und »kritische Rekonstruktion« wurde über Alternativen zur Flächensanierung diskutiert. Die Internationale Bauausstellung (IBA) rehabilitierte in den 1980er-Jahren die Innenstadt als Ort des Wohnens, und die »Kreuzberger Mischung« als Gegenentwurf zur räumlichen Trennung von Wohnen, Arbeiten und Konsumieren wurde wieder populär. Die Vision einer zonierten, autogerechten Stadt erschien vielen im Rückblick als katastrophaler Fehler.<sup>344</sup> Mit den *12 Grundsätzen zur Stadterneuerung* verabschiedete sich der Senat 1983 von den alten Plänen. Die Alliierten, insbesondere die Amerikaner, gingen aus dieser Auseinandersetzung als Verlierer hervor. Hartnäckig hielt sich nicht nur in links-alternativen Kreisen das Gerücht, sie hätten mit dem Senat gemeinsame Sache gemacht und die Entmietung Kreuzbergs gezielt unterstützt.<sup>345</sup>

#### 4.2.3 *Das Drama um Düppel: Von Umwelt- und Bürgerrechtsfragen*

Ein Berlin-Sonderheft des Magazins *GEO* eröffnete 1986 einen Artikel über die West-Berliner »Schutzherren« mit einer anschaulich-schaurigen Beschreibung:

Es herrscht Ferienstimmung in Berlin. Weiße Segelboote kreuzen bei strahlendem Wetter auf der tiefblau schimmernden Havel. Am Strand spielt eine Rasselbande nackter Kinder. Plötzlich ist es wie im Kino: Schwerbepackte und bewaffnete Soldaten in grünen Tarnuniformen legen mit Booten am Ufer an und stürmen dicht an ihnen vorbei in den Wald. Kameraden von ihnen, die dort irgendwo im Unterholz vom Feind als Geiseln gehalten werden, müssen befreit werden. Es kommt zum Kampf. Schüsse fallen, Maschinenpistolen knattern, Granaten explodieren, Kommandorufe sind zu hören, Schreie. Dann herrscht Ruhe. Ein Jogger stolpert verwundert durch die Szene, fällt beinahe über einen am Wegesrand kauern den Soldaten. Durch die Stille dringt schmerzerfülltes Stöhnen. Blutüberströmt liegen

342 In Ruhleben existiert noch immer die »Fighting City« der britischen Armee. Die französische Armee trainierte in den Dünen des Stadtteils Heiligensee.

343 Kuhn, Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt, S. 83 f.

344 Vgl. Bodenschatz/Polinna, Ein halbes Jahrhundert Stadterneuerung in Berlin, S. 206-213.

345 Das Magazin *Geo* schrieb 1986: »Früher haben sie [die Amerikaner] in Kreuzberg sogar um ganze Straßenzüge gekämpft, haben Häuser, die von Spekulanten dem Verfall preisgegeben waren, sozusagen den Rest gegeben – solange bis eine aufgebrachte Bevölkerung die Soldaten zum Rückzug zwang.« Volker Skierka, Das Regiment der Schutz-Herren, in: *Geo Spezial: Berlin*, 36/1986, S. 182-192, Zitat S. 182.

Soldaten im Gebüsch, unter Bäumen, im Dreck, mit häßlichen Schußwunden im Kopf und Körper, mit gebrochenen und zerfetzten Gliedmaßen, herausquellenden Mägen und Gedärmen. [...] Es ist wieder einmal Krieg in Berlin.<sup>346</sup>

Die Folgen solcher Militärübungen der Alliierten wurden in den 1980er-Jahren regelmäßig öffentlich beklagt. Am 25. Oktober 1984 richtete der einstige Kommunarde und nun AL-Abgeordnete Dieter Kunzelmann eine aus 16 Fragen bestehende Anfrage mit der Nummer 4220 an den Senat. Es ging um durch die Geländeübungen verursachte Umweltschäden. Der Senat versuchte, sich hinter äußerst vage gehaltenen Antworten zu verstecken. Vier Monate später verlangte Horst Kollat (SPD) mit der Kleinen Anfrage Nr. 4645 noch einmal nach konkreten Zahlen und Fakten. Für gewöhnlich wurden die Alliierten bei derartigen Anfragen eingebunden, dieses Mal vergaß man es jedoch und gab freimütig sensible Informationen preis.<sup>347</sup> Für das Jahr 1984 führte die Antwort Schäden in Höhe von 63.399,13 DM an. Insgesamt 26 Schadensmeldungen (davon 14 nach amerikanischen Manövern<sup>348</sup>) seien erfolgt, vier Schützenlöcher waren offen zurückgelassen worden, Militärfahrzeuge hätten knapp 1.300 Quadratmeter Jungwuchs niedergewalzt, 290 Bäume wurden als »Totalschaden« kategorisiert. Darüber hinaus waren ein Ameisennest, ein Brennholzstapel und ein Komposthaufen umgefahren worden. Verletzte oder gar getötete Tiere waren nicht bekanntgeworden.<sup>349</sup> Es folgten weitere Anfragen durch die AL-Abgeordneten Renate Künast<sup>350</sup> und Hilde Schramm<sup>351</sup>, die von Innensenator Heinrich Lummer nun aber wieder mit dem Hinweis auf die Vertraulichkeit jeglicher Informationen zu militärischen Übungen beantwortet wurden. Hatten anfangs nur Zeitungen aus dem linken Spektrum – die *taz* und *Die Wahrheit* – auf die Schäden aufmerksam gemacht, so empörten sich nun auch andere Tageszeitungen. Die Alliierten wurden mit einem neuen

346 Ebd.

347 Vgl. Gesprächsvermerk, Betreff: Gespräch zwischen den Verbindungsoffizieren der AK, M. Hofmann (Vorsitz – FR), Mr. Perina (US), Mr. Pitterle (US-Vertreter von Mr. Perina), Dr. Salvesen (GB), und Ltd. Senatsrat Kunze am 26.3.1985, 28. März 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24814, Bl. 46.

348 Mielke an Senatskanzlei, Betreff: Antwort auf die Kleine Anfrage 4476 vom 7.1.85, 23. April 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24814, Bl. 50.

349 Vgl. Der Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Entwurf einer Antwort (Schlußbericht) auf die Kleine Anfrage Nr. 4476 vom 7.1.1985 über Schäden in den Berliner Forsten durch Manöver der drei Schutzmächte, 5. März 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24814, Bl. 34-36.

350 Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Künast (AL) über die Zerstörung des Grunewaldes durch die alliierten Besatzungsmächte, 28. Mai 1985, in: ebd., Bl. 58-60; Landespressedienst, Kleine Anfrage Nr. 200 der Abgeordneten Renate Künast (AL) vom 29.5.1985 über die Zerstörung des Grunewaldes durch die alliierten Besatzungsmächte, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24815.

351 Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Hilde Schramm (AL) über NATO-Zugehörigkeit von US-amerikanischen Einheiten, die in West-Berlin üben, in: ebd., Bl. 94-96.

Umweltbewusstsein konfrontiert, das vom Anliegen einzelner Umweltgruppen schrittweise zum politischen Konsens geworden war.<sup>352</sup>

Die Manöverschäden sowie die Lärmbelästigung infolge von militärischen Übungen dienten indes auch als Ventil: Vor dem Hintergrund des zeitgenössisch viel diskutierten Waldsterbens<sup>353</sup> sorgten sich zwar durchaus viele Menschen um den Grunewalder Baumbestand, zugleich diente das Thema aber als willkommener Anlass, die ansonsten sakrosankten »Schutzmächte« zu kritisieren. Dass die Umwelt manchmal mehr Argument denn Anliegen war, zeigt sich auch daran, dass konkrete Angebote der Alliierten mehrfach nicht aufgegriffen wurden.<sup>354</sup> Die Manöverschäden wurden so zu einem Topos, der es ermöglichte, die fortdauernde Besatzung als unzumutbare Belastung zu thematisieren, ohne deren rechtliche Grundlage erörtern oder die gegenwärtige globale Lage gegen individuelle Bedürfnisse abwägen zu müssen.<sup>355</sup>

Ähnlich wie bei den Häuserkampfübungen lag die Schuld nicht immer nur bei den Alliierten. In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen wies der Volksbund Naturschutz 1985 darauf hin, dass »kooperative und durchaus freundschaftlich geführte Gespräche« mit den Alliierten in mehreren Fällen ergebnislos geblieben waren, da sich die Senatskanzlei als »Endstation oder ›Papierkorb« erwiesen habe: »[N]ie gab es auch nur eine Antwort.«<sup>356</sup> Auch die US-Armee wandte sich an das Landesforstamt mit der

352 Vgl. Schildt/Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte*, S. 365-379.

353 Zur Debatte um das Waldsterben: Birgit Metzger, »Erst stirbt der Wald, dann du!« *Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978-1986)*, Frankfurt a.M./New York 2015.

354 Exemplarisch: Aktenvermerk Soeder über Gespräch mit dem vorsitzführenden amerikanischen Verbindungsoffizier der AK, Mr. Becker, am 11. August 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24619; Häusler (Senator für Bau- und Wohnungswesen) an die Senatskanzlei, Betreff: Vorschläge von Angehörigen der US-Schutzmacht zur Verschönerung der Stadt, 17. Oktober 1978, in: ebd.; Kolitzus (Skzl) an den Senator für Bau- und Wohnungswesen, 4. Dezember 1978, Betreff: Vorschläge von Angehörigen der US-Schutzmacht zur Verschönerung der Stadt, in: ebd.

355 Wer sich über Manöverschäden oder Lärm beschwerte, war natürlich nicht zwangsläufig ein Gegner der Militärpräsenz, wie das Beispiel des bekannten CDU-Politikers Fritz Amrehn zeigt. Mehrfach wandte er sich wegen zu laut spielender amerikanischer Kinder, Rasenmähen am Feiertag oder Hundegebell an den Senat sowie an die amerikanischen Behörden in Berlin – parallel wollte er jedoch an den Feierlichkeiten der USA anlässlich des 4. Juli teilnehmen, um »meine persönliche und die Verbundenheit meiner politischen Freunde mit den amerikanischen Behörden zum Ausdruck zu bringen«. Ein paar Jahre zuvor, im Februar 1968, hatte er als Landes- und Fraktionschef noch auf der pro-amerikanischen Demonstration vor dem Schöneberger Rathaus gesprochen und den Zusammenhalt betont. Vgl. die Korrespondenz zwischen Fritz Amrehn und dem US-Verbindungsoffizier Richard Bock in: RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Box 1, Folder: Chrons, Memos May-August 81.

356 Horst Korge (Vorsitzender, Volksbund Naturschutz e.V.) an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, 28. Juni 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24814, Bl. 65 f.

Bitte, die Förster mögen sich doch direkt nach Feststellung eines Schadens melden, damit man auch eine Chance habe, die Verursacher zu ermitteln.<sup>357</sup> Üblicherweise meldeten die Forstbeamten die Manöverschäden erst den Berliner Forsten sowie der Berliner Oberfinanzdirektion; eine Abrechnung erfolgte daraufhin über das Landesamt für Besatzungslasten. Zu diesem Zeitpunkt war dann allerdings nicht mehr feststellbar, welche Einheit den Schaden verursacht hatte. Auch über mangelnde Unterstützung wurde geklagt: Im Februar 1989 beschwerte sich US-Stadtkommandant Haddock in einem Gespräch mit dem Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz darüber, dass er erst durch einen Beitrag der *Berliner Abendschau* erfahren habe, dass in Zusammenarbeit mit den Briten eigens Karten angefertigt worden waren, die zu schützende Zonen markierten. Nun wundere er sich, warum für den US-Sektor solche Pläne noch immer nicht vorlägen.<sup>358</sup> Die US-Soldaten wurden lediglich mithilfe kleiner Kärtchen darüber informiert, worauf bei Manövern im Grunewald zu achten sei.<sup>359</sup>

Von derartigen Kommunikationsproblemen wusste die Berliner Bevölkerung nichts. Aus ihrer Perspektive waren die Manöverschäden ein Symbol für das rücksichtslose Verhalten der Alliierten und bewiesen deren mangelndes Bewusstsein für die Bedeutung des Naturschutzes. Darüber hinaus provozierte der Umgang mit den Schäden Fragen nach Transparenz und Bürgerrechten, denn mit jeder vergeblichen Bitte um Informationen und eindeutige Regelungen wurde deutlicher, dass man den Alliierten letztlich nur als Bittsteller begegnen, aber keinerlei Forderungen stellen konnte. Exemplarisch für das zunehmend schwierige Verhältnis zwischen der West-Berliner Bevölkerung, dem Senat und den »Schutzmächten« ist der sich über mehrere Jahre hinziehende Konflikt um ein kleines, unweit des Grenzübergangs Dreilinden in der Nähe der Mauer gelegenes Feld: Düppel.

#### Auftakt: die schwierige Suche nach einer Baufläche

Das Drama begann mit dem Vorhaben des Senats, Flächen in Düppel für den Wohnungsbau zu nutzen, die den Ortskern von Zehlendorf bildende Clayallee für den Autoverkehr zu untertunneln und die Strecke der U-Bahn-Linie 2 (heute U3) zu verlängern. Als Begründung wurde das Transitabkommen von 1972 angeführt, das für ein deutlich erhöhtes Verkehrsaufkommen gesorgt habe.<sup>360</sup> Die Pläne basierten indes noch auf dem Flächennutzungsplan von

357 Jutta Lukoschek (Staff Judge Advocate) an Landesforstamt Berlin, 21. Juli 1988, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24815, Bl. 63.

358 Gesprächsnotizen des Senators für Stadtentwicklung und Umwelt, Betreff: Gespräch Sen mit dem amerikanischen Stadtkommandanten am 13.2.1989, in: ebd., Bl. 103.

359 Ein Beispiel findet sich in: ebd., Bl. 87f.

360 Vgl. Vorlage zur Beschlußfassung über Zustimmung zur Aufhebung der Sperre bei 12 02/1974, Haushaltsstelle 722 61 – Neubau eines Tunnels unter der Clayallee im



1965 und der Idee einer »autogerechten Stadt«. Im Jahr 1974 erfreute sich diese städtebauliche Vision allerdings, wie bereits gezeigt, nicht mehr der einstigen Beliebtheit, und so gründete sich die *Bürgerinitiative Erhaltung Ortskern Zehlendorf*, um gegen Teile der Pläne vorzugehen. Das Tunnelprojekt erschien vielen Zehlendorfern als zu teuer und unnötig; sie befürchteten die Zerstörung des Ortskerns durch das Abholzen von Bäumen, die Schließung kleinerer Geschäfte, den Abriss günstiger Wohnungen und eine Verringerung der Wege für Fußgänger.<sup>361</sup> Das Festhalten der Stadt an den Plänen befeuerte die Proteste. Die Bürger fühlten sich übergangen und forderten eine Beteiligung. Aus diesem Wunsch nach Mitbestimmung resultierte die Gründung der *Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger* (WUB), in der die ursprüngliche Bürgerinitiative schließlich aufging. Die Tunnel-Pläne wurden in den folgenden Jahren zwar mehr oder weniger stillschweigend fallengelassen, aber nun mobilisierten neue Bauvorhaben die Zehlendorfer.

Der beschriebene Mangel an Wohnraum in West-Berlin beschäftigte in den 1970er- und 1980er-Jahren nicht nur die lokale Bevölkerung, sondern auch die Alliierten. Da die US-Armee zwischenzeitlich einen ganzen Wohnkomplex in der Schlangenbader Straße hatte anmieten müssen, um die eigenen Soldaten und deren Familien vorübergehend unterbringen zu können, musste eine dauerhafte Lösung her. Im Sommer 1976 stand die Idee im Raum, das Gelände des alten Militärhospitals Unter den Eichen zu nutzen, da das Krankenhaus bald in einen Neubau umziehen würde. So hätte ein neues Zuhause für circa 250 amerikanische Familien geschaffen werden können, ohne Bauland suchen zu müssen. Doch der für das Bauvorhaben nötige Abriss des alten Stubenrauch-Krankenhauses sorgte für Empörung, und der Senat stellte fest, dass ein solches Verfahren »für die Darstellung der Berliner Krankenhausentwicklung einen einschneidenden Verlust bedeuten« würde.<sup>362</sup> Da die Berliner Oberfinanzdirektion hier ohnehin lieber die Bundesanstalt für Materialforschung ansiedeln wollte (in Aussicht gestellt wurden circa 200 neue Arbeitsplätze und vier Millionen DM Investitionsvolumen, wenn man ihr größere Räume zur Verfügung stellen würde), kam die entsprechende Einschätzung des Geländes als erhaltungswürdig gerade recht.<sup>363</sup>

Die Amerikaner waren offen für Alternativen, bestanden jedoch darauf, dass sich das Austauschgelände in der Nähe der armeeeigenen Infrastruktur sowie

Zuge der Berliner Straße / Potsdamer Straße in Zehlendorf, AvB, 6. Wahlperiode, Drucksache 6/1249, 22. Februar 1974.

361 Resolution der Versammlung Bürgerinitiative »Erhaltung Ortskern Zehlendorf«, 18. April 1974, in: Online-Archiv der Bürgerinitiative WUB, URL: [http://www.berliner-verkehrsseiten.de/wub/Die\\_Projekte/Die\\_Burger/Resolution\\_18-04-74.pdf](http://www.berliner-verkehrsseiten.de/wub/Die_Projekte/Die_Burger/Resolution_18-04-74.pdf) [13.1.2017].

362 Vermerk von Prof. Dr. Engel (Senator für Bau- und Wohnungswesen), 26. Januar 1976, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24406, Bl. 2.

363 Dr. Schmidt (Abt. VI, Senatskanzlei) an den Senator für Finanzen (Abt. IV), Betreff: Amerikanisches Wohnungsbauprogramm, 7. Mai 1975, in: ebd., Bl. 6 f.

in einer ruhigen Wohngegend befinden müsse und keine zusätzlichen Kosten verursachen dürfe. Schließlich schlugen sie der Senatskanzlei den Standort »Düppel-Nord« vor – offenbar nachdem Klaus Riebschläger, ehemals Senator für Bau- und Wohnungswesen und seit 1975 Finanzsenator, auf diese Möglichkeit hingewiesen hatte.<sup>364</sup> Das Areal war jedoch eigentlich dafür vorgesehen, neue Wohnungen für die Berliner Bevölkerung zu schaffen; ein Architektenwettbewerb hatte in diesem Zusammenhang bereits für Aufmerksamkeit und auch für erste Proteste seitens der Zehlendorfer gesorgt.<sup>365</sup> Der Senat bot den Amerikanern deshalb ein unbebautes Areal in Lichterfelde (Gärtnerstraße 17/19, Ecke Kaulbachstraße) an, was jedoch als »völlig ungeeignet« abgelehnt wurde.<sup>366</sup> Auch die Idee, eine Erweiterung der bereits bestehenden US-Siedlungen durch eine dichtere Bebauung zu erzielen, fand keine Zustimmung, da die Amerikaner kein Verlustgeschäft machen wollten, indem sie Land abgaben, ohne neues zu bekommen.<sup>367</sup> Den Mitarbeitern des Berliner Senats war von Anfang an bewusst, dass eine Bebauung in Düppel eine »unpopuläre Maßnahme sein würde«.<sup>368</sup>

Schließlich bat auch der Bezirk Zehlendorf darum, in die Planung einbezogen zu werden.<sup>369</sup> Im Oktober 1976 meldete sich dann eine *Bürgerinitiative Düppel-Nord* (BIDN) zu Wort: Nicht die mittlerweile erfolgte Absage an das deutsche Bauvorhaben bereite ihr Sorge, sondern »die Tatsache, daß die amerikanische Schutzmacht Interesse« angedeutet hat, denn die geplante US-Siedlung würde zu »einer totalen Isolation« der vor Ort befindlichen heilpädagogischen Jugendhöfe Schlachtensee und Lindenhof führen.<sup>370</sup> Diese Sorge teilte auch Harry Ristock, der Senator für Bau- und Wohnungswesen.<sup>371</sup> Bei

364 William E. Landfair (US-Verbindungsoffizier) an Horst Schultze (Leiter Abt. I, Senatskanzlei), Memorandum, Bezug: Kürzlich geführtes Gespräch zwischen Ltd SR Schultze und Mr. Landfair, 2. März 1976, in: ebd., Bl. 3 f.; Zschoernack, Zur Senatssitzung am 23. November 1976, Betreff: Wohnungsbauprogramm für die amerikanische Schutzmacht, in: ebd., Bl. 55.

365 Dr. Adolph (Oberfinanzdirektion Berlin) an Landesamt für Besatzungslasten, Betrifft: US-Wohnungsbauprogramm, 9. Juni 1976, in: ebd., Bl. 10-12.

366 Dr. Schmidt (Abt. VI, Senatskanzlei) an den Senator für Finanzen (Abt. IV), Betrifft: Amerikanisches Wohnungsbauprogramm, 7. Mai 1975, in: ebd., Bl. 6 f.

367 Dr. Adolph (Oberfinanzdirektion Berlin) an Landesamt für Besatzungslasten, Betrifft: US-Wohnungsbauprogramm, 9. Juni 1976, in: ebd., Bl. 10-12.

368 Dr. Schmidt (Senator f. Finanzen) an Senatskanzlei, Betreff: Verwendung des Geländes des ehemaligen amerikanischen Militärhospitals, 11. August 1976, in: ebd., Bl. 14 f.

369 Dr. Quilisch (Finanzstadtrat, Bezirksamt Zehlendorf) an Senator für Bau- und Wohnungswesen, 16. August 1976, in: ebd., Bl. 29.

370 Jochen Lude an den Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz, 1. Oktober 1976, in: ebd., Bl. 44 f. Die Initiative wandte sich auch direkt an die US-Armee: William Beittel (BIDN) an Major-General Joseph C. McDonough und William Landfair, 11. November 1976, in: ebd., Bl. 64 f.

371 Ristock an RBm, Betreff: Wohnungsbau für die amerikanische Schutzmacht, 11. November 1976, in: ebd., Bl. 51.

einer Besprechung am 21. Januar 1977 schlugen seine Mitarbeiter nochmals zwei alternative Flächen vor, doch beide waren den Vertretern der US-Armee und der US-Mission zu weit abgelegen, denn sie befanden sich sieben Kilometer von den zentralen amerikanischen Einrichtungen entfernt.<sup>372</sup> Es blieb bei Düppel, allerdings beschloss man nun, statt nördlich lieber doch südlich des historischen Königswegs – mitten auf dem idyllischen Düppeler Feld – zu bauen.<sup>373</sup> Der Grund für den Ortswechsel war wohl, dass das deutsche Wohnungsbauprojekt damit doch wieder möglich schien.<sup>374</sup> Das Düppeler Feld hätte laut Flächennutzungsplan sowieso verschwinden sollen. Hier befand sich ursprünglich der dritte Bauabschnitt für das anfangs noch deutlich größer angelegte soziale Wohnungsbauvorhaben.

Schon bald kamen Probleme auf: Das reguläre Bebauungsplanverfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit war in den verbleibenden Monaten bis zum angestrebten Baubeginn im Frühjahr 1978 nicht mehr einzuhalten. Die Mitarbeiter des Senats suchten händeringend nach einer Lösung, wie man das langwierige Prozedere umgehen und schnell eine Baugenehmigung erteilen könnte, um die Amerikaner nach all dem Hin und Her nicht noch mehr zu verärgern. Sie diskutierten verschiedene Gesetzeslücken, doch sämtliche Alternativen zum regulären Verfahren hatten gravierende Nachteile. Der angestrebte Ausschluss der Öffentlichkeit ließ befürchten, dass die Verfahrensweise dem ohnehin bereits durch Bauskandale beschädigten Ruf des Senats nicht gerade dienlich sein würde.<sup>375</sup> Die Gefahr, dass die Bevölkerung hier nur ein weiteres Beispiel für den unsäglichen »Berliner Filz« und die Ignoranz der Verwaltung vermuten könnte, war nicht zu unterschätzen. Die Affären um das Ku'damm-Karree, den Steglitzer Kreisel und die Königliche Porzellanmanufaktur waren gerade überstanden und Bürgermeister Klaus Schütz 1977 zurückgetreten.<sup>376</sup> Der nächste große Skandal stand schon vor der Tür: Die Staatsanwaltschaft hatte gerade die Ermittlungen gegen Dietrich Garski und seine *Bautechnik AG* aufgenommen, die 1981 den nächsten Bürgermeister sein Amt kosten sollten.<sup>377</sup> Auch der zuständige Zehlendorfer Bezirksbürgermeister, Wolfgang Rothkegel von der CDU, war kein unbeschriebenes Blatt: Sein Bezirk hatte das Lokal *Onkel Toms Hütte* (das historische Wirtshaus Riemeister, einst ein beliebtes Ausflugsziel der Berliner) samt

372 Der Senator für Bau- und Wohnungswesen: Abschrift einer Niederschrift über eine Besprechung beim Senator für Bau- und Wohnungswesen am 21. Januar 1977, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24409, Band 4, Bl. 54.

373 Vermerk, Betreff: US Wohnungsbauvorhaben Düppel Phase 9, hier: Baustop, 13. Oktober 1978, in: ebd., Band 4, Bl. 126 ff.

374 WUB, Düppel – eine vertane Chance?, 27. August 1978, in: Online-Archiv der WUB, URL: [http://www.berliner-verkehrsseiten.de/wub/Die\\_Projekte/Tunnel/Die\\_Burger\\_und\\_das\\_Fenn/Zusammenfassung\\_Dueppel\\_bis\\_27-8-78.pdf](http://www.berliner-verkehrsseiten.de/wub/Die_Projekte/Tunnel/Die_Burger_und_das_Fenn/Zusammenfassung_Dueppel_bis_27-8-78.pdf) [13.1.2017].

375 Die unterschiedlichen Szenarien finden sich hier: LArch, B Rep. 002, Nr. 24409, Band 4.

376 Zum berühmt-berüchtigten »Berliner Filz« sehr pointiert: Rott, *Die Insel*, S. 313-322.

377 Vgl. ebd. S. 338-341.

angrenzendem Wald gekauft, um es für die Allgemeinheit zu erhalten – und dann an eine recht elitäre Reitschule verpachtet. Um die vermeintliche »soziale Bedeutung« des Geländes zu legitimieren, so die Wochenzeitung *Die Zeit*, »dürfen da an verkehrarmen Vormittagen etwa fünfzig behinderte Kinder zwanzig Minuten lang reiten«. Da Rothkegel nicht nur Bezirksbürgermeister, sondern zugleich Baustadtrat und Vorsitzender des umstrittenen Reitervereins war, lag die Vermutung nahe, dass hier wohl gegen »Anstandsregeln, Vorschriften, vermutlich gar Gesetze verstoßen« worden war.<sup>378</sup>

Vor diesem Hintergrund kam das Bezirksamt Zehlendorf in einer Sitzung am 30. August 1977 zu dem Schluss, dass eine Umgehung der Bürgerbeteiligung »politisch nicht vertretbar« sei. Da das reguläre Verfahren den Baubeginn jedoch um ein weiteres Jahr verzögern würde, hielt Bezirksbürgermeister Rothkegel »die Anwendung des Besatzungsrechtes in diesem Falle für angebracht«.<sup>379</sup> Die Idee war, dass lieber die Amerikaner den Unmut der Anwohner auf sich ziehen sollten; zu ihrer Meinung befragt hatte sie zu diesem Zeitpunkt noch niemand.<sup>380</sup> Eine erste Anfrage im Oktober 1977 führte zu einer Absage: Die US-Armee wollte das Besatzungsrecht nicht anwenden.<sup>381</sup> Nachdem wieder einige Monate verstrichen und die Planungen der Amerikaner weiter vorangeschritten waren, änderte Rothkegel im Sommer 1978 plötzlich seine Meinung und wurde äußerst aktiv.

Eine Woche nachdem die WUB am 21. Juni 1978 neue Pläne für eine Museumslandschaft auf dem Düppeler Feld vorgestellt hatte, fragte er bei der Engineer and Installations Division der US-Armee an, ob man das Bauvorhaben nicht vielleicht doch (wie ursprünglich geplant) nördlich des Königswegs durchführen könne.<sup>382</sup> Die für Düppel vorgesehene deutsche und amerikanische Wohnsiedlung deuteten die zuständigen Stellen plötzlich als »nicht mehr gutzumachenden städtebaulichen Fehler«.<sup>383</sup> In der Öffentlichkeit betonten die involvierten Politiker, dass man lieber das Naturschutzgebiet um das Krumme Fenn erweitern und die Ideen für eine Vergrößerung des Düppeler Museumsdorfes unterstützen

378 Marlies Menge, Rothkegels Ranch, in: *Die Zeit*, 15. März 1974.

379 Wolfgang Rothkegel an den Senator für Bau- und Wohnungswesen Abt. II, Betreff: Bebauungsplan-Entwurf X-138, IX. Bauphase der Amerikanischen Schutzmacht, 8. September 1977, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24409, Band 4, Bl. 93; Vermerk, Betreff: US-Wohnungsbau – IX. Bauphase in Düppel-Nord, 4. Oktober 1977, in: ebd.

380 Handschriftlicher Vermerk vom 9.9.1977, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24409, Band 4, Bl. 92.

381 Vermerk, Betreff: US-Wohnungsbau – IX. Bauphase in Düppel-Nord westlich des Krummen Fenns, Oktober 1977, in: ebd., Band 4, Bl. 100 ff.

382 Bezirksbürgermeister Rothkegel an Department of the Army, U.S. Commander Berlin, Engineer and Installations Division, Betreff: Wohnungsbau in Düppel-Nord, 28. Juni 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24407, Band 2, Bl. 50 f.

383 Bezirksamt Zehlendorf, Stadtplanungsamt, an den Senator für Bau und Wohnungswesen, Betreff: Änderung des Flächennutzungsplans in Düppel-Nord und Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes beiderseits des Krummen Fenns, 18. Juli 1978, in: ebd., Bl. 38 f.

wolle. Somit waren die Ziele des Bezirks plötzlich kompatibel zu den Forderungen der Bürgerinitiative – in Anbetracht der bevorstehenden Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus sicherlich kein Nachteil.

Das Museumsdorf war erst 1971 in privater Initiative eingerichtet worden und stellte auf dem Areal einer früheren slawischen Siedlung ein rekonstruiertes mittelalterliches Dorf dar. Die Argumentation der Bürgerinitiativen reflektiert das gewandelte Bewusstsein Ende der 1970er-Jahre: Nach fünf Jahren ehrenamtlichen Engagements »vernichtet eine geschichtslos handelnde Bürokratie das natürliche Umfeld des Dorfes und die Möglichkeit, eine für Europa einmalige kulturhistorische Anlage zu verwirklichen«, anhand derer man zeigen könne, »wie der Mensch sich seit dem Mittelalter die Natur im Umfeld seiner Siedlungen zunehmend nutzbar gemacht hat«. <sup>384</sup>

Die WUB gründete gemeinsam mit einigen Umweltschutzinitiativen die *Aktionsgemeinschaft Königsweg – Düppeler Feld* und nahm erneut den Kampf gegen die West-Berliner Behörden auf. Dieses Mal erhielt sie allerdings Unterstützung durch die Zehlendorfer Bezirksverordneten. Bezirksbürgermeister Rothkegel bat auch den Regierenden Bürgermeister Stobbe um Hilfe. <sup>385</sup> In den folgenden Gesprächen zwischen Stobbe und dem US-Stadtkommandanten am 27. Juli sowie am 21. September 1978 wurde deutlich, dass eine erneute Veränderung des Bauvorhabens nicht zumutbar war. <sup>386</sup> Der stellvertretende Kommandant der U.S. Army Berlin fasste in einem Antwortschreiben all jene Punkte zusammen, in denen man dem Berliner Senat in den letzten zwei Jahren bereits entgegenkommen war und die nicht nur zu einer massiven Verzögerung, sondern auch bereits zu erhöhten Kosten geführt hatten. Er erteilte der Bitte eine deutliche Absage:

However, the needs of American families are so critical that it is not possible to accept another significant delay in this project. In fulfilling the responsibilities inherent in this office, the US Commander, Berlin, had directed that the project of 250 apartments begin immediately at the location south of Koenigsweg. <sup>387</sup>

384 Aktionsgemeinschaft Königsweg – Düppeler Feld, Düppel – eine vertane Chance?, 27. August 1978, in: Online-Archiv der WUB, URL: [http://www.berliner-verkehrsseiten.de/wub/Die\\_Projekte/Tunnel/Die\\_Burger\\_und\\_das\\_Fenn/Zusammenfassung\\_Dueppel\\_bis\\_27-8-78.pdf](http://www.berliner-verkehrsseiten.de/wub/Die_Projekte/Tunnel/Die_Burger_und_das_Fenn/Zusammenfassung_Dueppel_bis_27-8-78.pdf) [13.1.2017].

385 Bezirksbürgermeister Rothkegel an den Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe, 20. Juli 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24407, Band 2, Bl. 48 f.

386 Zschernack an Annemarie Hanscke, 10. Oktober 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24409; Horst Schultze an Brigitte Bleick und Dr. Johann Peter Vogel (Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger), 17. Oktober 1978, in: ebd., Band 4, Bl. 123 f.; Gesprächsvermerk, Betreff: Wohnungsbau für die US-Schutzmacht in Düppel-Nord, Spitzengespräch am 27. Juli 1978 im Gästehaus des Senats, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24407, Band 2, Bl. 86 ff.

387 Walter E. Adams (Deputy Commander, U.S. Army Berlin) an Bezirksbürgermeister Rothkegel, 11. Juli 1978, in: ebd., Bl. 52 f.

Rothkegel deutete den Hinweis, dass die Ablehnung den zu erwartenden Verzögerungen geschuldet sei, als Ansporn und besorgte binnen weniger Tage die Zustimmung der Zehlendorfer Bezirksverordnetenversammlung und des Bezirksamtes und suchte das Gespräch mit der WUB. Er informierte den US-Stadtkommandanten Calvert P. Benedict über seine Erfolge und behauptete, dass die Bürgerinitiativen sicherlich weniger Bedenken hätten, wenn man das Bauprojekt gen Norden verlegen würde. Sollte dennoch Kritik aufkommen, empfahl er Benedict erneut, doch »mit dem Recht der Besatzungsmacht den Wohnungsbau« anzuordnen.<sup>388</sup> Dieser hatte – wie Rothkegel eigentlich dem Schreiben hätte entnehmen können – von seinen Rechten längst Gebrauch gemacht und am 11. Juli angeordnet, die Bauarbeiten sofort aufzunehmen.<sup>389</sup> Nach zwei Jahren hatte er offensichtlich die Geduld verloren.

Rothkegel gab trotzdem nicht auf und schrieb weiter Bittbriefe an die US-Armee. Immer mehr wurde nun auch die deutsch-amerikanische Freundschaft zum Argument. Der Bezirksbürgermeister war über viele Jahre Mitglied des lokalen Deutsch-Amerikanischen Komitees gewesen und wusste, mit welcher Rhetorik man punkten konnte. Der Presse gegenüber hatte er schon zu Beginn der Düppel-Debatte mehrfach bekundet, dass seine Pläne deutsche und amerikanische Familien zusammenführen würden. Aufgrund »der Freundschaft mit den Amerikanern« sei der Bau von besonderer Bedeutung.<sup>390</sup> Gegenüber dem US-Stadtkommandanten diskreditierte Rothkegel die Bürgerinitiativen als »kommunistische Gruppen«.<sup>391</sup> Medienvertretern gegenüber ließ er verlauten, dass »mit Ausnahme kleiner Randgruppen, deren anti-amerikanische Haltung bekannt ist, alle Zehlendorfer den Wunsch der Amerikaner unterstützen« würden.<sup>392</sup> Die transatlantische Verbundenheit diente ihm als nützliches Argument, um Kritiker mundtot zu machen. Das Düppeler Feld wurde so zum Bekenntnis: Wer gegen die Bebauung war, war gegen die Schutzmacht. Nachdem der US-Stadtkommandant den Baubeginn verfügt hatte, änderte sich die Argumentationslinie. Jetzt warnte die CDU-Fraktion »die Schutzmacht« vor der Durchsetzung eines Plans, der »geeignet wäre, das enge und vertrauensvolle Verhältnis der Amerikaner zu einem Teil der Bevölkerung Berlins zu stören«.<sup>393</sup>

388 Bezirksbürgermeister Rothkegel an US-Stadtkommandanten Calvert P. Benedict, Betreff: Wohnungsbau in Düppel-Nord, 18. Juli 1978, in: ebd., Bl. 46 f.

389 Calvert P. Benedict (U.S. Commander Berlin) an Detlev Heinrich (Leiter der Sondervermögens- und Bauverwaltung, Oberfinanzdirektion Berlin), 11. Juli 1978 in: ebd., Bl. 63.

390 Landespressedienst Berlin: Was geschieht in Düppel-Nord?, 24. Januar 1977, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24409, Band 4, Bl. 57

391 Bezirksbürgermeister Rothkegel an US-Stadtkommandanten Calvert P. Benedict, Betreff: Wohnungsbau in Düppel-Nord, 18. Juli 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24407, Band 2, Bl. 46 f.

392 Verständnis für Bauwünsche der Amerikaner gezeigt, in: Der Tagesspiegel, 22.1.1977, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24406, Bl. 81.

393 Am Rande bemerkt: An den Düppeler Schanzen, in: Der Tagesspiegel, 23. Juli 1978.

Auch die Bürgerinitiativen versuchten, die deutsch-amerikanische Freundschaft zu ihrem Vorteil zu nutzen. Der Förderkreis des Museumsdorfs Düppel e. V. richtete seine Forderungen per Telegramm direkt an US-Präsident Carter: »We ask you, Mr. President, for the sake of the good friendship between the U.S. and the Berliners, to come to our aid: You alone can give a final decision in this situation.«<sup>394</sup> Demonstranten griffen die im Rahmen seines Berlin-Besuchs auf Deutsch gesprochenen Worte des Präsidenten auf und wandten sie auf Düppel an: »Was immer sei, das Feld bleibt frei.«

Auf den Vorwurf, antiamerikanisch eingestellt zu sein (und eine versuchte Vereinnahmung des Themas durch die SEW und den Kommunistischen Bund Westdeutschlands), reagierte die Aktionsgemeinschaft, indem sie darauf hinwies, dass »rote Fahnen und Spruchbänder gegen die Amerikaner« bei Demonstrationen »unerwünscht sind«.<sup>395</sup>

### Kein rechtlicher Schutz vor der Schutzmacht?

Am 24. Juli 1978, zwei Wochen nachdem der US-Stadtkommandant den Baubeginn angeordnet hatte, stellte die Zehlendorferin Rosemarie Dostal beim Berliner Verwaltungsgericht einen Antrag auf einstweilige Verfügung.<sup>396</sup> Das Verwaltungsgericht wurde jedoch durch die US-Militärregierung für nicht zuständig erklärt.<sup>397</sup> Aus einem Anliegen von Umweltschützern wurde ein Anliegen von Bürgerrechtlern. Die Schuldigen wurden klar benannt: Wolfgang Rothkegel, der versucht habe, mithilfe des Besatzungsrechts unliebsame deutsche Gesetze zu umgehen, und Bürgermeister Stobbe, der sich nicht ausreichend für die Anliegen der West-Berliner eingesetzt habe. Am 5. Oktober informierte der amerikanische Verbindungsoffizier die Senatskanzlei, dass beim Bezirksgericht Washington, D.C. eine Klage gegen das Bauvorhaben eingereicht worden sei.<sup>398</sup> Dort musste allerdings erst einmal festgestellt werden, ob es überhaupt möglich ist, amerikanisches Recht auf West-Berlin

394 F. W. Auffermann (Förderkreis des Museumsdorfs Düppel e.V.) an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, 28. Juli 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24407, Band 2, Bl. 94.

395 Aktionsgemeinschaft Königsweg – Düppeler Feld, Die Aktionsgemeinschaft fordert, 17. August 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24409, Band 4, Bl. 5.

396 Verwaltungsgericht Berlin XIII. Kammer an die Alliierte Kommandantur Berlin, Betreff: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, 1. August 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24407, Band 2, Bl. 101f.

397 Mission of the United States of America an den Senator für Justiz, 28. August 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24408, Band 3, Bl. 18.

398 Memorandum von Robert W. Becker an Gerhard Kunze, Betreff: Construction Project at Dueppel, 5. Oktober 1978, in: ebd., Bl. 52. Die Klageschrift findet sich ebenfalls in diesem Band.

anzuwenden. Am 9. November 1978 lehnte das Bezirksgericht den Antrag der deutschen Kläger ab.<sup>399</sup>

Die erfolglosen Versuche, mit rechtlichen Mitteln gegen das Bauvorhaben vorzugehen, sorgten für Enttäuschung und führten den Umweltschützern ihre Machtlosigkeit vor Augen:

Diese rechtlose Situation trifft alle Berliner. Es ist kaum vorstellbar, daß der amerikanische Stadtkommandant 33 Jahre nach Kriegsende Besatzungsrecht anwendet, um ein Bauvorhaben durchzusetzen, daß gegen deutsche Gesetze verstößt. [...] In Düppel werden elementare Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verletzt.<sup>400</sup>

In einem Brief an den Regierenden Bürgermeister machten die Initiativen deutlich, dass sie die Präsenz der Alliierten dennoch nicht pauschal ablehnten:

Die Wählergemeinschaft begrüßt die Präsenz der Westalliierten in Berlin. Das hat sie wiederholt unterstrichen. Kaum ein Berliner wird die Anwendung des Besatzungsrechtes auf dem Gebiet der äußeren Sicherheit der Stadt in Frage stellen wollen. Aber es sollte an der Zeit sein, daß die Anwendung des Besatzungsrechtes der Überprüfung deutscher Gerichte zugänglich ist. [...] Wir fordern Sie auf, Gespräche mit den Westalliierten aufzunehmen mit dem Ziel in gegenseitiger Abwägung der Interessen der Besatzungsmächte und der deutschen Bevölkerung – unter Zugrundelegung der Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten – das Besatzungsrecht zu kodifizieren.<sup>401</sup>

Aus einem relativ kleinen Bauvorhaben war damit eine Frage geworden, die alte West-Berliner Grundsätze infrage stellte. Die Amerikaner waren derweil nicht die einzige »Schutzmacht«, die der wachsende Wunsch nach Rechtsicherheit und Selbstbestimmung traf: Auch gegen einen seit 1977 in Planung befindlichen Schießplatz der britischen Streitkräfte in Gatow wurde protestiert und schließlich vor dem Londoner High Court of Justice geklagt.

Als die DDR-Bürger Hans Detlef Alexander Tiede und Ingrid Ruske am 30. August 1978 eine Stewardess als Geisel nahmen und den Piloten eines Flugs von Danzig nach Berlin zwangen, statt wie geplant auf dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld auf dem West-Berliner Flughafen Tempelhof zu landen, eröffnete sich ein möglicher juristischer Ausweg aus dem Düppel-Dilemma. Der Fall wurde nämlich 1979 vor dem erstmals einberufenen United States Court

399 Das Urteil von Charles R. Richey (U.S. District Judge) inklusive Übersetzung findet sich hier: ebd., Bl. 83 ff.

400 Aktionsgemeinschaft Königsweg – Düppeler Feld, Düppel – eine vertane Chance?, 27. August 1978.

401 J.P. Vogel und W. Grunwald (WUB) an den Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe, 25. November 1978, in: Online-Archiv der WUB, URL: [http://www.berliner-verkehrsseiten.de/wub/Die\\_Projekte/Tunnel/Die\\_Burger\\_und\\_das\\_Fenn/Brief\\_an\\_Stobbe\\_25-11-78.pdf](http://www.berliner-verkehrsseiten.de/wub/Die_Projekte/Tunnel/Die_Burger_und_das_Fenn/Brief_an_Stobbe_25-11-78.pdf) [13.1.2017].



for Berlin<sup>402</sup> unter Vorsitz des amerikanischen Richters Herbert Stern<sup>403</sup> verhandelt, der schon bald für seine scharfe Kritik am Besatzungsrecht bekannt wurde. Gegenüber dem Magazin *Spiegel* klagte er:

Da [in Berlin, S. E.] hat Bonn die Möglichkeit, seine eigenen Gesetze über den Haufen zu kicken, indem es die Amerikaner, Franzosen und Briten anhält, dies stellvertretend zu tun. [...] Man handelt im altvertrauten Kreis, einer kratzt den Rücken des anderen. Alles geschieht, weil die Bundesrepublik es so wünscht. Die Bundesrepublik zahlt dafür. Im Gegenzug haben es die Besatzungsbehörden gut. Sie haben Autos, Villen, Diener und leben hier wie sonst nirgendwo. Alles bezahlt Bonn.<sup>404</sup>

Hier sprach der Richter ein weiteres heikles Thema an: Das angeblich opulente Leben der Besatzungsmächte in West-Berlin, das mit über einer Milliarde Mark pro Jahr als Besatzungskosten in Bonn zu Buche schlug.

In West-Berlin versuchte der Anwalt der WUB nun, die unverhoffte Chance zu nutzen, und beantragte am 10. April 1979 beim Berliner Verwaltungsgericht, den Rechtsstreit an den United States Court for Berlin zu überweisen. Dort wurde der Antrag jedoch mit dem Hinweis abgelehnt, dass nur der US-Stadtkommandant selbst das Recht habe, Fälle an dieses Gericht zu übertragen.<sup>405</sup> Richter Stern signalisierte jedoch, dass er den Antrag durchaus prüfen wolle – und wurde prompt von US-Botschafter Walter Stoessel ermahnt, er möge sofort von seinem Posten in Berlin zurücktreten, sobald der Fall der Flugzeugentführer abgeschlossen sei. Das US-Justizministerium ergänzte, dass es sich hierbei um eine Weisung und nicht um eine Bitte handle.<sup>406</sup>

Hinter den Kulissen ging das Drama weiter, doch sämtliche Versuche, einen Kompromiss oder doch noch einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen, scheiterten.<sup>407</sup> Lediglich im Hinblick auf den Straßenverlauf kamen die amerikanischen Vertreter den Wünschen der Bürgerinitiative schließlich entgegen. Heute ist die Westseite des Feldes bebaut; der Bereich um das Krumme Fenn sowie der Standort des Museumsdorfes blieben indes erhalten.

402 Zur rechtlichen Grundlage siehe: Law No. 46: United States Court for Berlin, in: Official Gazette of the Allied Kommandatura Berlin, Nr. 71, 30. April 1955, S. 1056-1058.

403 Vgl. Joachim Nawrocki, Die Jury aus dem amerikanischen Sektor, in: Die Zeit, 4. Mai 1979. Herbert Stern hat seine Erinnerungen unter dem Titel »Judgement in Berlin« veröffentlicht; das Buch wurde 1988 verfilmt.

404 Vgl. Fahren feindliche Panzer in den Straßen? Interview mit dem ehemaligen US-Bundesrichter Herbert Stern über das Besatzungsrecht, in: Der Spiegel 16/1988, S. 40-42, Zitat S. 42; siehe auch: Höchster Souverän, in: Der Spiegel 44/1984, S. 105-108.

405 Das Gericht verwies an dieser Stelle auf das von der Alliierten Kommandantur erlassene Gesetz Nr. 7, Art. 7, Abs. 3. Vgl. Dr. von Feldmann (Verwaltungsgericht Berlin, 13. Kammer) an André M. Suréna (Rechtsberater der U.S. Mission Berlin), 30. April 1979, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24412, Bl. 5-6.

406 Konflikt um Zuständigkeit des US-Gerichts für den Fall Düppel, in: Der Tagesspiegel, 29. April 1979.

407 Auch in Washington abgelehnt, in: Der Tagesspiegel, 7. Mai 1981.

Am Ende blieb Düppel ein peinliches Beispiel dafür, wie West-Berliner Politiker versuchten, den Sonderstatus der Stadt zu nutzen und die Alliierten zu instrumentalisieren, um aus ihrer Perspektive zeitraubende Rechte der Bevölkerung – die Bürgerbeteiligung sowie die Rechtsweggarantie – auszuhebeln. Das Drama wäre vermeidbar gewesen, wenn man zügig auf die Wünsche der Amerikaner reagiert und ihnen ein realistisches Angebot für den Wohnungsbau gemacht hätte. Vor dem amerikanischen Gericht erklärten die West-Berliner Verantwortlichen Düppel zum deutschen Bauvorhaben, für das kein amerikanisches Recht gelten könne. In der deutschen Öffentlichkeit hingegen wurde behauptet, dass Düppel ein amerikanisches Vorhaben sei, das der Stadtkommandant beschlossen habe und wogegen man aufgrund des Besatzungsrechts nichts unternehmen könne.<sup>408</sup>

Die Rechte der Alliierten wurden in der Folge zu einem umkämpften Thema der West-Berliner Politik. Insbesondere die AL machte sich die Forderung nach einer Rechtsbereinigung – einer Anpassung des Rechts an die tatsächlichen Gegebenheiten – zu eigen. Um der AL und anderen Kritikern das Feld nicht in Gänze zu überlassen, griff auch der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen das Thema nach seiner Wahl im Jahr 1984 verstärkt auf.<sup>409</sup> Neben einer Rechtsbereinigung wurde nun auch die Schaffung einer Institution zur Kontrolle der alliierten Handlungen erörtert. Mit diesen Anliegen standen die West-Berliner Parteien indes nicht allein – auch in der Bundesrepublik kochten in den 1980er-Jahren immer wieder Debatten über eine angeblich eingeschränkte staatliche Souveränität und die Konsequenzen der Mitgliedschaft im westlichen Bündnis auf.<sup>410</sup> Insbesondere das Jahr 1988 ließ viele Bundesbürger die Militärpräsenz der NATO-Partner infrage stellen: In Bayern stürzte im April ein französischer Düsenjäger nur circa zwei Kilometer neben einem Kernkraftwerk ab; ein Unfall bei einer Flugschau in Rammstein endete im August des Jahres mit 70 Toten und 1.000 Verletzten; ein weiterer Absturz im Dezember in Remscheid kostete sechs Menschen das Leben.<sup>411</sup>

Weniger die militärische Sicherheit durch die Alliierten als vielmehr die rechtliche Sicherheit vor ihnen wurde immer mehr Menschen ein Anliegen. Bis 1989 gab es allerdings keine zentrale Stelle in West-Berlin, an die Bürgerinnen und Bürger Beschwerden über die Alliierten richten konnten. Am Rande der Ministertagung des NATO-Rates im Juni 1985 trafen sich die

408 Ein Antrag des Rechtsanwalts der WUB, Reiner Geulen, fasst all die Widersprüchlichkeiten zusammen: Reiner Geulen an Verwaltungsgericht Berlin, In der Verwaltungsstreitsache Dostal ./, Land Berlin, 10. April 1979, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24412, Bl. 7-28.

409 Vgl. Diepgen, *Zwischen den Mächten*, S. 32.

410 Exemplarisch hierfür sind die Debatten in Wiesbaden: Anni P. Baker, *The U.S. Armed Forces and the Development of Anti-NATO Protest in West Germany, 1980-1989*, in: Maulucci/Junker, *GIs in Germany*, S. 311-329. Siehe auch: Marin, *GIs under Siege*.

411 Vgl. »Wir wollen nicht Besetzte sein«, in: *Der Spiegel* 51/1988, S. 18-21.

Außenminister der West-Alliierten und der Bundesrepublik, um die Situation in Berlin zu diskutieren. Erstmals stand die Einrichtung einer Art Beschwerdestelle im Raum. Doch die Alliierten sahen keine Notwendigkeit, neue Institutionen zu schaffen, denn das Problem sei eher eine Frage der »Einstellung und Psychologie« sowie der richtigen Öffentlichkeitsarbeit: Alliierte, Senat und Bundesregierung »muessten die anwesenheit der drei schutzmaechte in berlin ueberzeugend als im interesse fuer die sicherheit und das wohlergehen berlins darstellen«. Die einzelnen Missionen sollten auch weiterhin Beschwerden entgegennehmen und diese Möglichkeit öffentlich kommunizieren.<sup>412</sup>

Trotz dieser ersten Absage lud der französische Rechtsberater wenige Wochen später zu einer Diskussion über die Einrichtung möglicher Beschwerdestellen in das *Quartier Napoleon*. Die Berliner Vertreter überreichten ein informelles Arbeitspapier mit zahlreichen Vorschlägen, von denen sich die alliierten Vertreter allerdings zunächst wenig begeistert zeigten, da es zu viele Forderungen enthielt.<sup>413</sup> Erst im Sommer 1988 wurde schließlich ein Kompromiss erzielt: Eine aus den Rechtsberatern der Alliierten bestehende Kommission nahm ab Juli Eingaben aus der Berliner Bevölkerung entgegen – entscheidungsbefugt war sie nicht.<sup>414</sup> Das Sekretariat der Beschwerdestelle prüfte die Schreiben auf Zulässigkeit und Relevanz sowie hinsichtlich möglicher anderer Rechtswege und legte sie der Kommission vor. Wurde die Beschwerde akzeptiert, versuchten die ebenfalls neu eingerichteten Kontaktstellen der alliierten Missionen, eine Lösung des Problems herbeizuführen. Waren die Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt, wurde der Fall erneut der Kommission vorgelegt, die dann wiederum eine Empfehlung für die Alliierte Kommandantur oder den jeweiligen Kommandanten erarbeitete. Diese trafen dann eine abschließende Entscheidung. Klagen konnten die West-Berliner gegen den Beschluss nicht. Damit existierte nun zwar endlich eine zentrale Stelle, an die man seine Beschwerden richten konnte, Rechtssicherheit war jedoch nach wie vor nicht gegeben.<sup>415</sup>

412 Auszug aus: Fernschreiben des Bundesjustizsenators vom 7. Juni 1985, Betreff: Treffen der 4 Außenminister über Deutschland- und Berlin-Fragen am 5.6.1985 in Lissabon, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 10661.

413 Vermerk des Bundesjustizsenators, Betreff: a) Einrichtung von Beschwerdestellen bei den Alliierten, b) Aufhebung von Vorschriften, 25. Juni 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 10661.

414 Vgl. The Kaiser, in: Der Spiegel 19/1988, S. 93-96.

415 Dieter Wilke/Jan Ziekow, Die Entwicklung von Status und Verfassung des Landes Berlin seit 1945, in: Peter Häberle (Hg.), Das öffentliche Recht der Gegenwart. Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 37, Tübingen 1988, S. 167-334, hier S. 188.

### 4.3 Die transatlantische Freundschaft im Zweiten Kalten Krieg

Obwohl die Konflikte in den 1970er- und 1980er-Jahren wie beschrieben zunahmen, erlebte die transatlantische »Freundschaft« zugleich auch eine kleine Renaissance. Das Jahr 1978 setzte das Verhältnis zwischen West-Berlin und den USA wieder auf die politische Tagesordnung. Nicht nur jährte sich der Beginn der Luftbrücke zum 30. Mal, auch das 15. Jubiläum des Kennedy-Besuchs wurde gefeiert.

Neben der alljährlichen US-Militärparade am 9. Juni in Lichterfelde<sup>416</sup> und dem Zehlendorfer Freundschaftsfest am 24. Juni<sup>417</sup> brachte erstmals die durch die amerikanische First Lady ins Leben gerufene *Friendship Force* 252 Amerikaner nach West-Berlin und 242 West-Berliner in die USA.<sup>418</sup> Die *Berliner Morgenpost* begleitete die zahlreichen Aktivitäten in diesem Sommer mit einer Artikel-Serie zur Geschichte der Luftbrücke, die das heroische Narrativ der freiheitsliebenden Durchhalte-Gemeinschaft erneut in den Mittelpunkt stellte. Den Höhepunkt des Jahres bildete schließlich der Besuch des US-Präsidenten Jimmy Carter. Überraschenderweise sollte es genau dieses Ereignis sein, das den politischen Akteuren vor Augen führte, dass man trotz aller Freundschaftsinszenierungen die vor Ort lebenden US-Soldaten weitestgehend außer Acht gelassen hatte.

Als Carter am 15. Juli 1978 für vier Stunden in der Stadt weilte und sich im Rahmen des oben beschriebenen Town Hall Meetings den Fragen geladener Berliner stellte, erhob sich die Rentnerin Irmgard Hiege und fragte, warum denn nicht mehr für die Entstehung persönlicher Beziehungen zwischen den vor Ort befindlichen Alliierten und den Berlinern getan werde.<sup>419</sup> Carter gab zu, dies nicht beantworten zu können, versprach aber, gleich im Anschluss an die Veranstaltung die zuständigen Kommandanten über »my interest in having the relationship be freer, more frequent, and more constructive« zu informieren. Er hoffe, dass die Antwort der Zuständigen dann in einer lokalen Zeitung veröffentlicht werden könnte. Er habe heute auch mit Soldaten der U.S. Army in Westdeutschland gesprochen und sie dazu ermutigt,

to learn the German language, to get to know the German culture, to make personal friends of the German people, to shop as much as possible in the German shops, and to become a part of the German society. I think it will help them not only to understand the very great characteristics of the

416 US-Parade auf dem Platz des 4. Juli, in: *Berliner Morgenpost*, 3. Juni 1978, S. 12.

417 Schnaufende Oldtimer paradieren aus Freundschaft zu den Amis, in: *Berliner Morgenpost*, 3. Juni 1978, S. 15

418 Willkommen in der alten deutschen Hauptstadt, in: *Berliner Morgenpost*, 8. Juni 1978, S. 13; »Wir sind ja alle so furchtbar aufgeregt«, in: ebd., S. 14.

419 Vgl. Carter in Berlin, in: *B. Z.*, 17. Juli 1978.

German people but will also make them better Americans when they come home.<sup>420</sup>

Im Anschluss an die Veranstaltung bat Carter sogleich den Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe, der Frage der alten Dame nachzugehen und die Resultate zu publizieren. Dieser leitete den Wunsch des Präsidenten umgehend an die Gesandten weiter.<sup>421</sup> Dem Public Affairs Office des US-Stadtkommandanten war die Frage von Frau Hiege so wichtig, dass die Dame postalisch eine dreiseitige Erklärung erhielt, die sämtliche Aktivitäten und Institutionen auflistete: das deutsch-amerikanische Komitee, dem die Bezirksbürgermeister, der US-Kommandant sowie Vertreter der Berliner und der amerikanischen Verwaltung angehörten, die jährlichen Freundschaftstage der Bezirke, das große Volksfest, ein Polizeikomitee, das Eltern-Lehrer-Gremium der John F. Kennedy-Schule, das KONTAKT-Programm zur Organisation gemeinsamer Ausflüge für junge Deutsche und Amerikaner, die Clubs der Frauen, der Modellflugzeugbauer, der Autofreunde, der Münzen- und Briefmarkensammler, die Art Guild, Pfadfinder-Treffen, sportliche Wettkämpfe, Auftritte der verschiedenen Militärkapellen, der Tag der offenen Tür auf dem Flughafen Tempelhof, die gemeinsamen Weihnachtsfeiern und vieles mehr.<sup>422</sup> Das Schreiben wurde auch gleich an die Presse weitergeleitet. Die detaillierte Liste beschrieb wunschgemäß die zahlreichen Programme, die Begegnungen fördern sollten, und listete auch all jene aus Eigeninitiative entstandenen Aktivitäten auf, bei denen sich Deutsche und Amerikaner begegneten.

Einen zentralen Aspekt berührte sie allerdings nicht: die finanziellen Schwierigkeiten der US-Soldaten, die von der Armeeführung als Hauptursache der vermeintlichen Isolation angesehen wurden. Die Versuche einer gemeinsamen Lösung fanden vor dem Hintergrund globaler Entwicklungen statt, die das Schicksal der US-Soldaten zum politischen Kapital machten und die traditionellen Freundschaftsrituale mit neuer symbolischer Bedeutung aufluden. Die Beziehungen zwischen Bonn und Washington waren Ende der 1970er-Jahre, wie oben beschrieben, an einem Tiefpunkt angelangt. Neben dem »schwierigen persönlichen Verhältnis« zwischen Helmut Schmidt und US-Präsident Jimmy Carter beeinträchtigten unter anderem auch zahlreiche Missverständnisse sowie unterschiedliche Prioritäten und Strategien im Hinblick auf das Verhältnis zur Sowjetunion und zur DDR die Gespräche zwischen beiden Staaten.<sup>423</sup>

420 Carter, Berlin, Federal Republic of Germany Question-and-Answer Session at a Town Meeting.

421 Vermerk, Betreff: Kommandantenbesprechung am 17. Juli 1978, 18. Juli 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24615.

422 Gerald R. Roys (U.S. Command Berlin, Public Affairs Office) an Irmgard Hiege, 19. Juli 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 11930.

423 Gunnar Seelow, Strategische Rüstungskontrolle und deutsche Außenpolitik in der Ära Helmut Schmidt, Baden-Baden 2013, S. 213.

4.3.1 *Die schlecht integrierte Schutzmacht*

Ein 1978 vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin veröffentlichter Bericht mit dem Titel *Amerikaner in Berlin* erklärt einleitend:

Berlin ist das einzige Gebiet Europas, in dem das Militär die oberste Gewalt ausübt. Wer nun aber meint, daß es deswegen in der Stadt an der Spree von Soldaten wimmelt, der irrt. Soldaten sind hier selten geworden. Sie fallen beinahe als Attraktion auf, wenn sie sich im Bild der Großstadt verirren [...]. Für rund 6600 amerikanische Soldaten ist diese Stadt für eine zeitlang zur zweiten Heimat geworden. Mit allen Zivilangehörigen zusammen ist die ›amerikanische Gemeinde‹ sogar 15.000 Köpfe groß: Eine mittlere Kleinstadt. Die Bezirke Kreuzberg, Neukölln, Tempelhof, Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf sind ›amerikanische Gebiete‹. Was äußerlich nicht zu erkennen ist.<sup>424</sup>

West-Berlin sei für die US-Soldaten noch immer »einer der beliebtesten Standorte in Europa«, da sich hier »[b]rodelndes Leben und hektische Geschäftigkeit in der City« mit der »Dorfidylle und Kurort-Atmosphäre in den Randbezirken« verbinde. Die anschließende Schilderung der Herausforderung, die der Umzug nach Berlin für eine Militärfamilie darstellte, verdeutlicht die veränderte Wahrnehmung der Amerikaner. Der Bericht skizziert in leicht herablassendem Ton das »Anlaß zum Schmunzeln« gebende Berlin-Bild einer »Lady aus dem Südwesten der USA, die ihre Heimatstadt«, einen kleinen Ort in Arkansas, »noch nie über längere Zeit und Entfernung verlassen hatte«. Sie lebe nun mit ihrem Mann, aufgrund von »Verständigungsschwierigkeiten« und weil die »goldenen Dollarzeiten« vorbei seien, in einer kleinen amerikanischen Welt im Süden West-Berlins. Die Kinder der amerikanischen Familien »wachsen meist nicht zweisprachig auf«, abends sitze man »gewöhnlich vor dem Fernseher« und esse »Sandwiches und viel Ketchup«. Lediglich 150 Familien würden nicht in den »military housing areas« leben. Die Amerikaner blieben zwei bis maximal drei Jahre in der Stadt und zögen dann weiter. Die Hälfte der US-Soldaten sei verheiratet und dadurch nicht »gezwungen, Land und Leute kennenzulernen«; die Kontakte zu Deutschen seien »spärlich, aber herzlich«. Die Titelseite des Berichts zeigt in Form von Fotografien die Kontaktzonen: das deutsch-amerikanische Volksfest, die Militärparaden und den Radiosender AFN.

Der Bericht verdeutlicht, worin die Herausgeber die Ursache für die reduzierten Kontakte sahen: in dem geringen Wissen der Amerikaner über Kultur und Geschichte ihrer neuen Heimat, ihren finanziellen Nöten, den mangelhaften bis nicht existenten Deutsch-Kenntnissen und dem Rückzug in eine selbstgeschaffene Parallelwelt. Unterschwellig wird damit eine mangelnde gesellschaftliche Integration beklagt. Ob eine bilinguale Erziehung

424 Hier und im Folgenden: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hg.), Bericht 10/1978: *Amerikaner in Berlin*, Berlin (West) 1978.

und der Aufbau von Freundschaften aus Perspektive eines Berufssoldaten, der im Verlauf seiner Karriere an zig Stützpunkten in der Welt dient, überhaupt sinnvoll und machbar ist, wurde nicht hinterfragt. Die Broschüre warb nicht um Verständnis, sondern forderte zur Veränderung auf, da »wo ein Wille ist, auch ein Weg ist«. <sup>425</sup>

Für Veränderung plädierte zur gleichen Zeit auch die US-Armee – allerdings mit anderen Zielen. Schon vor dem Berlin-Besuch Jimmy Carters im Sommer 1978 hatte General George S. Blanchard, Oberbefehlshaber der U.S. Army Europe, einen Brief an den Berliner Senat formuliert, um bestehende Probleme offen anzusprechen. <sup>426</sup> Dies war nicht der erste Versuch des Generals: Schon zwei Jahre zuvor hatte er sich an Bundeskanzler Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Georg Leber mit der Bitte gewandt, zum einen der schwierigen Lage der amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik mehr Aufmerksamkeit zu schenken und zum anderen ihre Kontakte zur örtlichen Bevölkerung zu fördern. Er dachte beide Aspekte zusammen, die Geldnöte und den gesellschaftlichen Rückzug seiner Soldaten.

Das Schreiben Blanchards führte zu einer Entschließung des Deutschen Städtetages, die sich allerdings allein auf die Förderung von Begegnungen konzentrierte. Im September 1976 wurden die Städte, Gemeinden und Kreise in einem Rundschreiben dazu aufgefordert, die Beziehungen vor Ort nicht nur auf Verbindungen zwischen den zuständigen Offizieren und der kommunalen Verwaltung zu beschränken, denn »Vorurteile, sprachliche Schwierigkeiten sowie die Unterbringung der Soldaten in Kasernen und ihrer Angehörigen in besonderen Wohnsiedlungen stellen ernstzunehmende, allerdings nicht unüberwindliche Hindernisse dar«. Man müsse »das Verständnis der einheimischen Bevölkerung für die Eigenart der ausländischen Soldaten [...] wecken«, diesen wiederum Kultur und Geschichte des »Gastlandes« näherbringen und allgemein persönliche Treffen fördern. <sup>427</sup> Seitens der U.S. Army wurde ein verpflichtender Sprachkurs eingeführt – basierend auf dem Schulungsprogramm der Berlin Brigade, dass als »model of what can be accomplished in classroom work« diente. <sup>428</sup>

Auf der ein halbes Jahr später stattfindenden 203. Sitzung widmete sich das Präsidium des Städtetages erneut der Frage nach möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der persönlichen Beziehungen, konnte jedoch keine wirklich neuen Ideen hervorbringen, außer einer möglichen Einbindung der Volkshochschulen. Als Hemmnisse wurden erneut identifiziert: die Sprachbarriere sowie existierende Vorurteile und kulturelle Unterschiede. Während diese

425 Ebd.

426 Entwurf eines Briefes Stobbe an Blanchard, Juli 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24615.

427 Entschließung des Gesamtvorstandes der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände: Ausländische Soldaten in deutschen Garnisonsgemeinden, 14. September 1976, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24619.

428 German Mandatory for GIs in Europe, in: Los Angeles Times, 2. Juni 1976, S. 6.

Faktoren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg augenscheinlich kein Hindernis dargestellt hatten, so galten sie nun als Ursache für die vermeintliche Isolation der US-Soldaten. Darüber hinaus fällt auf, dass sich die Sitzung dezidiert den amerikanischen Soldaten widmete, obwohl die veröffentlichte Entschließung noch von den »ausländischen Streitkräften« gesprochen hatte.<sup>429</sup> Dementsprechend leitete der Berliner Senat die ihm zugesandte Information an die Bezirksämter mit der Betreffzeile »Verbesserung der örtlichen Kontakte zu den US-Streitkräften« weiter – von den Franzosen und Briten war nicht mehr die Rede.<sup>430</sup> Konkrete Folgen hatten die Initiativen aus den Jahren 1976/77 zunächst nicht. Lediglich die Volkshochschule Steglitz nahm 1976 Kurse zu verschiedenen Aspekten der deutschen Geschichte und Kultur in ihr Programm auf.<sup>431</sup>

Erst die Aufforderung Carters ließ die zuständigen West-Berliner Stellen aktiv werden: Wenige Wochen nach dem Besuch des US-Präsidenten wurden die Bezirke und Ressorts aufgefordert, über ihre Aktivitäten zur Förderung der deutsch-amerikanischen Freundschaft Rechenschaft abzulegen. Bis auf die Senatoren für Inneres (Polizei und Feuerwehr) und Finanzen (Abteilung Besatzungslasten) meldeten sämtliche Senatoren, dass keinerlei Verbindungen zu den Alliierten bestünden. Es stellte sich heraus, dass sich das Engagement weitgehend auf die Durchführung der Freundschaftstage, die Teilnahme am *District Day* im Rahmen des Deutsch-Amerikanischen Volksfestes, vereinzelte Auftritte der amerikanischen Militärkapelle sowie organisierte Begegnungen zur Adventszeit beschränkte. Lediglich Tempelhof<sup>432</sup> und Zehlendorf<sup>433</sup> gaben weitere Verbindungen an.

Während Schöneberg die spärliche Aktivität in diesem Bereich auf die nicht ausreichend vorhandenen finanziellen Mittel schob,<sup>434</sup> führte Steglitz eine gewisse »Veranstaltungsmüdigkeit«, einen vorgeblichen Unwillen seitens der Amerikaner, Veranstaltungen außerhalb der eigenen Community zu besuchen, die Sprachbarriere sowie den häufigen Wechsel der Soldaten als Gründe für die

429 Vorbericht für die 203. Sitzung des Präsidiums am 24. Februar 1977, Betreff: Verbesserung der örtlichen Kontakte zu den US-Streitkräften, 8. Februar 1977, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24619.

430 Ebd.

431 Der Senator für Schulwesen Wendlandt an Senatskanzlei, Betreff: Kontakte der Berliner Bevölkerung zu den Angehörigen der Schutzmächte, 14. Dezember 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24615.

432 Siehe mehrere Schreiben verschiedener Abteilungen aus dem Bezirksamt Tempelhof in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24615. Allerdings beschränkten sich die Kontakte auch hier größtenteils auf die Besuche von Soldaten in Senioren- und Kinderheimen.

433 Der Bezirksbürgermeister von Zehlendorf, Dr. Rothkegel, listete zusätzlich die John-F.-Kennedy-Schule, sportliche Wettkämpfe sowie Treffen zwischen Mitgliedern des Bezirksamtes mit amerikanischen Familien auf: Rothkegel an Senatskanzlei, 10. August 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24615.

434 Bezirksbürgermeister W. Kabus an Senatskanzlei, Betreff: Kontakte der Berliner Bevölkerung zu den Angehörigen der Schutzmächte, 4. August 1978, in: ebd.



geringen Kontakte an.<sup>435</sup> Die Angebote der Volkshochschule Steglitz belegen allerdings, dass viele US-Soldaten durchaus Interesse daran hatten, mehr über ihre temporäre Heimat zu erfahren: Im zweiten Semester 1978 nahmen 959 Personen an insgesamt 84 Einzelveranstaltungen teil, weitere 701 Personen besuchten die 33 angebotenen Kurse.<sup>436</sup>

Anfang 1980 begann auch die Zehlendorfer Volkshochschule in Kooperation mit der Ausbildungsabteilung des U.S. Headquarter Berlin an einem Konzept zu arbeiten, das »ergänzend zu bereits bestehenden Ausländerprogrammen« mittels verschiedener Kurse den »Alliierten Schutzmächten und deren Angehörigen« gezielt bei der »Überwindung der gesellschaftlichen Isolation und der Sprachbarrieren« sowie der »kulturellen und beruflichen Integration« behilflich sein sollte.<sup>437</sup> Geplant waren circa 40 Kurse. Einige Angebote sollten den amerikanischen Teilnehmern die Möglichkeit geben, mehr über das kulturelle und gesellschaftliche Leben vor Ort sowie die Geschichte und das politische System Deutschlands zu erfahren. Ergänzend sollten aber auch Sprachkurse sowie deutsch-amerikanische »Integrationskurse« angeboten werden, bei denen das gegenseitige Kennenlernen durch gemeinsame kreative Tätigkeiten im Vordergrund stehen würde. In sogenannten »berufsbezogenen Kursen« plante man, die Armeeingehörigen unter anderem über das deutsche Arbeits-, Miet- und Steuerrecht und den Umgang mit Behörden zu informieren, sie in Diskussions- und Argumentationstechniken zu schulen und Schreibmaschinen- sowie Stenografie-Kenntnisse zu vermitteln.<sup>438</sup>

Auffällig ist, wie sehr diese Vorschläge den zur gleichen Zeit entwickelten Integrationsmaßnahmen für Arbeitsmigranten und Flüchtlinge ähnelten.<sup>439</sup> Der 1974 gegründete *Sprachverband – Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e. V.* bot ab den 1980er-Jahren ebenfalls über die Volkshochschulen Sprach- und Informationskurse sowie berufsvorbereitende Maßnahmen an. Die Adap-

435 Bezirksbürgermeister Rothacker an Senatskanzlei, Betreff: Kontakte des Bezirksamtes Steglitz zu den Angehörigen der Schutzmächte, 11. August 1978, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24615.

436 Der Senator für Schulwesen an Senatskanzlei, Betreff: Kontakte der Berliner Bevölkerung zu den Angehörigen der Schutzmächte, 14. Dezember 1978, in: ebd.

437 Vereinzelt waren derartige Kurse bereits in anderen Bundesländern angeboten worden, allerdings ohne Teil eines gezielten Konzeptes zu sein. Siehe: Der Bezirksbürgermeister von Zehlendorf an den Senator für Inneres Peter Ulrich, 4. November 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23892; Bezirksamtsvorlage Nr. 116/49/78, 30. November 1978, in: ebd.

438 Volkshochschule Zehlendorf an den Senator für Schulwesen: Leitlinien und neue Maßnahmen zur Ausländerintegration in Berlin, 12. März 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23892. Bereits Anfang der siebziger Jahre hatten mehrere westdeutsche Unternehmen im Rahmen des Transition Programs der U.S. Army berufsqualifizierende Kurse angeboten, die den GIs den Übergang in ein ziviles Leben erleichtern sollten. Vgl. John M. Goshko, West Germans Train GI »Short-Timers« for Civilian Careers, in: The Washington Post, 18. März 1973, S. G1.

439 Zu den Debatten um die Bundesrepublik als Einwanderungsland siehe: Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 296-308.

tion dieser Kurse für Amerikaner war vermutlich rein pragmatisch begründet, verrät zugleich aber viel über die damalige Wahrnehmung der US-Soldaten und ihrer Familien. Das Reden über die Integration der US-Soldaten wurde beeinflusst durch den gleichzeitigen Diskurs über die »Gastarbeiter«.

Angeregt durch Studien der Sozial- und Politikwissenschaften, fand in den 1970er-Jahren ein fundamentaler Wandel statt »from thinking of foreigners as labor to understanding them as residents and families«. Mit der Schaffung des Amtes des Ausländerbeauftragten 1978 wurde zögerlich anerkannt, dass aus den »Gastarbeitern« Einwanderer geworden waren und ein Konzept zur Integration insbesondere ihrer Kinder vonnöten war.<sup>440</sup> Unter dem Stichwort »Integration« wurde jedoch die Vermittlung deutscher Sprache und Kultur verstanden, nicht der gleichberechtigte Austausch zwischen den Kulturen.<sup>441</sup> Ein ähnliches Verständnis zeigt sich auch bei den Volkshochschulkursen für die Amerikaner, deren Ziel die (temporäre) Eingliederung in die deutsche Gesellschaft sowie die berufliche Qualifikation für die Rückkehr in das Heimatland war. Die Übernahme zentraler Topoi aus der Integrationsdebatte wie »Sprachbarriere« und »Ghettoisierung« legt nahe, dass die US-Soldaten ebenfalls als Menschen wahrgenommen wurden, deren Anderssein eine Hürde für ein harmonisches Miteinander basierend auf geteilten Werten darstellte.

Obwohl die alliierten Vertreter in Berlin die Vorschläge generell begrüßten, sah sich der amerikanische Gesandte David Anderson dennoch dazu veranlasst, in einem Brief an Bürgermeister Stobbe erneut darauf hinzuweisen, dass es oft lediglich Geldnöte seien, die einer besseren Integration im Wege stünden:

Many Americans tend to spend most of their free time in Zehlendorf. These cost considerations inhibit increased Allied contacts with the Berliners, thus reinforcing a »ghetto« mentality amongst the troops and their families, while at the same time reducing direct exposure to the Berlin population of the Allied presence.<sup>442</sup>

Anderson verwies auf Stuttgart, wo man bereits Lösungen gefunden habe, damit das Verlassen der Kaserne nicht mehr an finanzielle Abwägungen geknüpft werde.<sup>443</sup> Die Senatskanzlei erkundigte sich daraufhin in Stuttgart – insbesondere nach der dortigen Praxis, den Soldaten sowie ihren Angehörigen auch in Zivil eine kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu

440 Vgl. Rita Chin, *The Guest Worker Question in Postwar Germany*, Cambridge 2007, S. 99-137, Zitat S. 99.

441 Vgl. Sarah Thomsen Vierra, *At Home in Almanyia? Turkish-German Spaces of Belonging in West German, 1961-1990*, in: *Bulletin of the German Historical Institute (GHI)* 52 (2013), S. 55-73.

442 David Anderson an Dietrich Stobbe, 11. Januar 1980, in: *LArch, B Rep.* 002, Nr. 24620.

443 Ebd.

ermöglichen.<sup>444</sup> Seit 1964 konnten alliierte Soldaten in Uniform die öffentlichen Verkehrsmittel in West-Berlin kostenlos nutzen.<sup>445</sup> Die U.S. Army nahm dies jedoch erst seit 1971 in Anspruch. Im Alltag bedeutete dies, dass die mit Bus und Bahn fahrenden Soldaten durch die Mitarbeiter der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) gezählt werden mussten, damit der daraus resultierende finanzielle Verlust der jeweiligen Armee in Rechnung gestellt werden konnte. Diese reichten den Betrag dann zur Erstattung beim Amt für Besatzungslasten ein. Bereits die bisherige Regelung hatte hinsichtlich der Abrechnungen für Schwierigkeiten gesorgt, da eine korrekte Zählung der Soldaten kaum möglich war.<sup>446</sup> Zudem zwang dieses Verfahren die Soldaten dazu, auch in ihrer Freizeit Uniform zu tragen und somit als Vertreter der Alliierten erkennbar zu sein. In Zeiten einer intensiven Amerikakritik und eines zunehmenden Hinterfragens der Militärpräsenz in Berlin entsprach dies sicherlich nicht ihrem Wunsch.

Die BVG war durchaus gewillt, das Anliegen zu unterstützen und unterbreitete dem Senator für Bau- und Wohnungswesen mehrere Vorschläge, wie sich eine generell kostenfreie Nutzung umsetzen ließe – zum Beispiel durch das Vorzeigen eines einheitlichen Ausweises oder durch die Einführung spezieller Dienstfahrtscheine.<sup>447</sup> Der Chef der Senatskanzlei ließ den Gesandten jedoch wissen, dass es generelle Bedenken jenseits der organisatorischen Fragen gebe: »Da finanziell in etwa gleichgestellte Berliner wie jeder andere Benutzer die tariflichen Fahrpreise entrichten müssen, könnte eine Ausnahme für Angehörige der Schutzmächte bei Teilen der Bevölkerung mißverstanden werden.«<sup>448</sup> Senatsdirigent Kunze informierte die Alliierten, dass sie deshalb selbst für die Kosten aufzukommen hätten.<sup>449</sup> Die Stadt war nicht gewillt, den Alliierten einen besonderen Status einzuräumen, und die Verhandlungen verliefen nach einem letzten Gespräch am 6. Oktober 1980 im Sande.<sup>450</sup> Zu einer Intensivierung der traditionellen und öffentlichkeitswirksamen Freundschaftsaktivitäten war der Senat indes durchaus bereit.

444 Zschoernack, Berliner Senatskanzlei, an das Büro des Oberbürgermeisters der Stadt Stuttgart, Betreff: Verhältnis zwischen der deutschen Bevölkerung und amerikanischen Armeeingehörigen, 21. Januar 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

445 AK an RBm, BK/O (63) 11, Unentgeltliche Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel durch alliiertes Personal in Uniform, 27. Dezember 1963, in: ebd.

446 BVG an den Senator für Bau- und Wohnungswesen, Betreff: Freifahrt von alliierten Soldaten in Zivil, 21. Mai 1980, in: ebd.

447 Direktion Verkehr und Betriebe der BVG an den Senator für Bau- und Wohnungswesen, Betreff: Freifahrt von Alliierten Soldaten in Zivil, 21. Mai 1980, in: ebd.

448 Peter Sötje (CdS) an Gesandten David Anderson, 6. Februar 1980, in: ebd.

449 Gesprächsvermerk Kunze zum Treffen mit den Verbindungsoffizieren, 1. Juli 1980, in: ebd.

450 Vermerk, Betreff: Deutsch-amerikanische Beziehungen, 1. Juni 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20925.

#### 4.3.2 Förderung der *Community Relations* in West-Berlin

Im Rahmen der wöchentlichen Gespräche mit den Verbindungsoffizieren wurden im Frühjahr 1980 eine Bestandsaufnahme der lokalen Aktivitäten auf dem Gebiet der deutsch-amerikanischen Freundschaft sowie Vorschläge für zukünftige Maßnahmen diskutiert. Die westlichen Alliierten sprachen sich für engere Verbindungen zwischen einzelnen Bezirken und Armee-Einheiten aus; die Notwendigkeit der Einrichtung einer Expertengruppe zur Verbesserung der Kontakte sahen sie hingegen nicht. Sie gaben ebenfalls zu bedenken, dass Aktivitäten wie klassische Konzerte nur einen geringen Prozentsatz der Soldaten interessieren würden. In einem internen Rundschreiben bezweifelten die Amerikaner darüber hinaus, dass die Intensivierung der Kontakte dem Senat tatsächlich ein Anliegen sei, und vermuteten, dass die deutsche Seite sich nur aufgrund der Nachfrage des US-Präsidenten genötigt fühle, aktiv zu werden.<sup>451</sup> Hatte sich die U.S. Army in einem vorbereitenden internen Papier sehr optimistisch gezeigt und die Vorschläge des Senats sogar um eigene ergänzen wollen, so schwächten die alliierten Vertreter im Schöneberger Rathaus die Euphorie lieber etwas ab.<sup>452</sup> Es bestand die Sorge, »von einem zu umfangreichen Katalog überfordert zu werden«.<sup>453</sup> Doch man blieb nicht tatenlos. Da es bis dato keine klaren Strukturen und keine zentrale Steuerung der Aktivitäten gab, wurde auf Wunsch der Verbindungsoffiziere im Mai 1980 von jedem Bezirk ein Kontaktbeauftragter benannt, der künftig als Ansprechpartner zur Verfügung stehen würde.<sup>454</sup> Schon zuvor hatten die sechs Bezirke des amerikanischen Sektors in Zusammenarbeit mit der U.S. Army und der Air Force ein »Deutsch-Amerikanisches Komitee für Freizeitgestaltung« gegründet, um Kontakte zwischen jungen Familien zu fördern. Das Komitee tagte zwei- bis dreimal pro Jahr, und mithilfe verschiedener Unterkomitees wurden Kontaktveranstaltungen – wie zum Beispiel Familienausflüge, ein Piratensegeln für Kinder, Adventsfeiern oder Seniorenfeste – organisiert und Kooperationen zwischen deutschen und amerikanischen Gruppen hergestellt.<sup>455</sup>

451 Memorandum von J. R. Bock, Subject: Senat Paper on Contacts between Allies and Berliners, II. April 1980, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Box 1, Folder: Chrons, Memos Jan-April 1980.

452 Brief von Rick Bock, Senat Paper on Allied Contacts with Berlin Population, 25. März 1980, in: ebd.

453 Vermerk Zschernack, Betreff: Kontakte der Berliner Bevölkerung zu den Angehörigen der Alliierten Schutzmächte, 14. Mai 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

454 Zur Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder am 26./27. Juni 1980 in Bonn, Betreff: Entwicklung der innerdeutschen und auswärtigen Beziehungen, 24. Juni 1980, in: ebd.

455 Ergebnisprotokoll der Besprechung zwischen den Kontaktbeauftragten der Bezirke und der Senatskanzlei am 3. Dezember 1981, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20924. Siehe auch: Interner Vermerk der Senatskanzlei, Betreff: Kontakte der Berliner Bevölkerung zu den Angehörigen der Schutzmächte, II. Dezember 1979, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

Die von der Senatskanzlei erstellten Übersichten zu den deutsch-amerikanischen Aktivitäten zeigen, dass die GIs aufgrund der Art der Veranstaltungen zumeist – wie schon in der Nachkriegszeit – als Wohltäter mit Berliner Waisenkindern und Senioren oder aufgrund beruflicher Zusammenkünfte mit Senatsmitarbeitern sowie in Form sportlicher Wettkämpfe und Fortbildungen mit Polizisten und Feuerwehrleuten in Kontakt kamen.<sup>456</sup> Als im Dezember 1981 eine erste Bilanz gezogen wurde, fiel auch auf, dass die Intensität der Kontakte erheblich vom Engagement einzelner Personen abhing. Die dennoch »beeindruckenden« Ergebnisse und Vorschläge aus Berlin erreichten auch Bonn und wurden vom Auswärtigen Amt zur Inspiration an die anderen Länder weitergeleitet.<sup>457</sup>

Senatssprecher Peter Sötje, der die Ergebnisse dem Auswärtigen Amt übermittelte, hielt basierend auf den Berliner Erkenntnissen in seinem Schreiben fest, dass eine »Verbesserung der Kontakte nicht allein zwischen den Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte, sondern allgemein zwischen den Alliierten in Berlin und der Bevölkerung« nötig sei.<sup>458</sup> Während dieser Hinweis auf die französischen und britischen Streitkräfte in Bonn weitestgehend ignoriert wurde, versuchte man in Berlin in den folgenden Jahren, auch sie in die Arbeit einzubeziehen – wenn auch nicht in gleichem Ausmaß.<sup>459</sup>

Ab Ende Februar 1982 bot das Informationszentrum Berlin (IZB) in Kooperation mit der *School of Standards*, dem Schulungszentrum der Berlin Brigade, wöchentlich ein ganztägiges, kostenloses Programm für circa 40 bis 50 neu in Berlin eingetroffene Soldaten aller Ränge an: Nach einer kurzen Vorführung des Films *Americans in Berlin* und einer »Einführung in die politische Lage und das Leben in der Stadt« wurde den Neuankömmlingen eine mehrstündige Stadtrundfahrt mit Mittagspause im Reichstag geboten. Ergänzend erhielten sie ein umfangreiches Informationspaket, das ihnen das Einleben in der neuen Umgebung erleichtern sollte. Innerhalb der ersten acht

456 Vgl. Tabellarische Übersicht der Senatskanzlei, Betreff: Kontakte der Berliner Bevölkerung zu den Angehörigen der Schutzmächte, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24615.

457 Ergebnisprotokoll der Besprechung zwischen den Kontaktbeauftragten der Bezirke und der Senatskanzlei am 3. Dezember 1981, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20924. Siehe auch: Interner Vermerk der Senatskanzlei, Betreff: Kontakte der Berliner Bevölkerung zu den Angehörigen der Schutzmächte, 11. Dezember 1979, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

458 Staatssekretär des AA Günther van Well an CdS Peter Sötje, 25. September 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23892.

459 Siehe zum Beispiel: Ergebnisprotokoll der Besprechung zwischen den Kontaktbeauftragten der Bezirke und der Senatskanzlei am 3. Dezember 1981, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20924: »Die deutsch-französischen Kontakte haben sich in der Vergangenheit leider nicht so gut entwickelt wie die deutsch-amerikanischen Kontakte. Die deutsch-britischen Kontakte haben sich seit dem Amtsantritt von General Mostyn erheblich verbessert.« Die britischen Soldaten verfügten über zahlreiche eigene Freizeitclubs, in denen auch viele Berliner Mitglied waren. In sämtlichen Gesprächsprotokollen und Aktenvermerken nehmen die deutsch-amerikanischen Beziehungen stets den größten Raum ein.

Monate nahmen 1.500 Soldaten das Angebot in Anspruch. Darüber hinaus intensivierte das Zentrum die Medienarbeit und kümmerte sich um eine engere Zusammenarbeit mit der Berlin Brigade, um die gemeinsamen Aktivitäten ausweiten zu können.<sup>460</sup> Als »erster politischer und öffentlich wirksamer Höhepunkt der beiderseitigen Bemühungen« sollte die 300-Jahrfeier der ersten deutschen Einwanderung nach Nordamerika dienen.<sup>461</sup> West-Berlin beteiligte sich daran in Form eines »Amerikanischen Sommers«, zahlreicher weiterer Veranstaltungen und Initiativen für unterschiedliche Zielgruppen sowie mehrerer Austauschprogramme.<sup>462</sup> Die *Berliner Morgenpost* veröffentlichte unter dem Motto »Berlin grüßt Amerika« eine Reihe von Artikeln zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Die durch Blockade und Mauerbau geprägte Erfahrungsgemeinschaft wolle man sich durch »angereiste Berufs-Chaoten, irregeleitete Krawallmacher und neunmalklugen Sprücheklopfer nicht zerstören« lassen. Die Tageszeitung des Axel-Springer-Verlags sah sich in der Rolle eines Vermittlers zwischen den Generationen:

Viele jüngere Berliner betrachten diese Freundschaft weniger gefühlsbetont. Das Erlebnis, einer übermächtigen Bedrohung gemeinsam widerstanden zu haben, ist ihnen nie zuteil geworden. Vielleicht haben wir Älteren zu wenig erzählt aus jener Zeit.<sup>463</sup>

In den folgenden Wochen berichteten demnach ältere West-Berliner von ihrer historisch begründeten Dankbarkeit gegenüber den Amerikanern.<sup>464</sup>

Obwohl es auf den ersten Blick danach aussieht, als habe »Amerikas Berlin« um 1980 eine Renaissance erfahren, war das Engagement dennoch sehr punktuell, wie das Beispiel der Berliner Kongresshalle anschaulich zeigt: Mit einem lauten Krachen stürzte am Vormittag des 21. Mai 1980 das Symbol der Freundschaft zwischen den USA und West-Berlin ein. Die Dachkrempe der

460 Vermerk Lör, Betreff: Deutsch-amerikanische Beziehungen, 25. Mai 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20924; Rundschreiben, Betreff: Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, hier: Informationsprogramm des IZB für US-Soldaten (Zwischenbericht), 22. Oktober 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20927.

461 Bericht des Koordinators für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit, 21. Dezember 1982, in: ebd.

462 Siehe unter anderem: Sprechzettel zur 3. Sitzung am 27. Januar 1983, Betreff: Arbeitskreis USA, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20928. Eine Übersicht, die alle Aktivitäten im Rahmen der 300-Jahrfeier auflistet, findet sich in: Arbeitsunterlagen Betreff »Arbeitskreis USA«, Anlage 2, Betreff: 300 Jahre deutsche Einwanderung in Nordamerika, hier: Amerikanische Aktivitäten, 26. Januar 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20927 sowie in: Deutsch-Amerikanische Veranstaltungen 1983, hier: in Berlin, Stand: 7.3.1983, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Box 2, Folder: Senat Chrons March-April 1983.

463 General Howley: In Berlin war für Haß kein Raum, in: Berliner Morgenpost, 9. Mai 1982, S. 3.

464 Die Artikelserie begann mit dem Beitrag »Mein Gott, das sind ja Amerikaner«, in: Berliner Morgenpost, 9. Mai 1982, S. 3.

»Schwangeren Auster«, wie das Gebäude im Volksmund hieß, begrub den Haupteingang unter Trümmern und verletzte einen SFB-Journalisten tödlich. Der US-Gesandte David Anderson zeigte sich entsetzt:

Americans in Berlin and the United States have for more than twenty years shared with Berliners a deep pride in the Kongresshalle as a symbol of the rebirth of Berlin and of continuing German-American friendship. We will continue to follow with interest plans for the future of this important edifice.<sup>465</sup>

Der fordernde Unterton des letzten Satzes erwies sich als durchaus berechtigt. Die amerikanischen Vertreter vor Ort stellten bald fest, dass aufgrund knapper Budgets und der Neueröffnung des Prestigeprojektes ICC kaum ein Verantwortlicher tatsächlich Interesse daran habe, die Kongresshalle wieder aufzubauen, »although of course no one wants to offend the Americans«.<sup>466</sup> Zaghafte Vorschläge, das alte Symbol durch ein neues zu ersetzen, scheiterten, und es sollte ganze sieben Jahre bis zur Neueröffnung dauern.<sup>467</sup> Der Chef der Senatskanzlei hatte kurz nach dem Vorfall noch zuversichtlich verkündet: »Trotz dieses Unglücksfalles wird die Kongresshalle weiterhin für die deutsch-amerikanische Freundschaft ein Symbol bleiben.«<sup>468</sup> In gewisser Hinsicht behielt er damit recht, denn das Verhältnis zwischen der Bundesregierung und der Carter-Administration befand sich zu diesem Zeitpunkt durchaus in einem ähnlich schlechten Zustand wie die Kongresshalle.

In West-Berlin kam mit dem Amtsantritt des neuen US-Gesandten John Kornblum im August 1985 wieder Schwung in die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, denn der Senat sah sich plötzlich mit ungewöhnlich vielen

465 David Anderson (US-Mission) an Dietrich Stobbe, 23. Mai 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

466 Memorandum von Rick (Richard) Bock, Subject: Kongresshalle, 20. November 1980, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Box 1, Folder: Chrons, Memos Sept-Dec 1980.

467 Der CDU-Fraktionsführer Eberhard Diepgen schlug in einem Gespräch mit dem US-Verbindungsoffizier gar vor, die Halle abzureißen und durch eine private deutsch-amerikanische Universität zu ersetzen, »which could serve as competition to the Free University«, die ihre »academic standards as a result of the leftist turmoil« verloren habe. Die Idee stieß auf wenig Begeisterung: Die Kongresshalle möge man aufgeben können, aber »many Americans still feel that the Free University has a special place in U.S.-Berlin relations, despite the recent past«. Vgl. Richard Bock, Memorandum of Conversation, Subject: Diepgen's U.S. Trip; Berlin CDU; Kongresshalle Collapse; S-Bahn; Squatters, 28. Oktober 1980, in: NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, U.S. Mission Berlin, Subject Files, 1945-1990, Senat Liaison Officer, Box 1, Folder: Chrons, Memos Sept-Dec 1980.

468 Peter Sötje (CdS) an David Anderson, 12. Juni 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620. Weitere Korrespondenz zum Wiederaufbau der Kongresshalle in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20929.

Anfragen, Nachfragen und Vorschlägen durch die US-Mission konfrontiert. So wurde im Winter 1985 eine »Arbeitsgruppe Berlin–USA« gegründet, um sich auf lokaler Ebene um Verbesserungen kümmern zu können. Mal wieder wurde eine Liste erstellt, die alle Aktivitäten aufzählte: Sportbegegnungen, Konzertreisen, Ausstellungen, Tagungen etc.<sup>469</sup> Bei den Überlegungen und Ideen für neue Aktivitäten fällt auf, dass nicht ein einziges Mal die Berlin Brigade erwähnt wurde. Man plante, sich künftig um Studierende, Wissenschaftler, Gewerkschafter, den beruflichen Nachwuchs, Künstler und viele mehr in beiden Ländern zu bemühen, aber nicht um die unmittelbar in der eigenen Stadt lebenden Amerikaner.<sup>470</sup>

Aufgrund der wachsenden Kritik an der Militärpräsenz ließ sich aus offiziellen Begegnungen mit US-Soldaten und Programmen für sie nur noch bedingt politisches Kapital schlagen. Als der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen 1985 von der US-Armee zu einem Kasernenbesuch eingeladen wurde, sollte dies den deutschen Medien möglichst gar nicht erst bekannt werden. Das Unbehagen, welches die Senatskanzlei überfiel, als ihr das Programm übergeben wurde, wird anhand eines einzigen Wortes deutlich: Neben dem Vorschlag, die lokale Presse einzuladen, wurde mit dickem Filzstift und in Großbuchstaben »NEIN« notiert. Fotos, die den Regierenden Bürgermeister auf dem Truppenübungsplatz *Parks Range* zeigen sollten, wurden aufgrund zahlreicher Beschwerden wegen Lärmbelästigung als negativ für den Wahlkampf bewertet.<sup>471</sup> Als Diepgen eine Gruppe von Soldaten begrüßte, die sich auf ihre Patrouille entlang der Mauer vorbereiteten, und sich anschließend zu einem Kaffeetrinken in die Messe der McNair-Barracks begab, durften ausschließlich amerikanische Medien anwesend sein.<sup>472</sup> Die Bedeutung der »Schutzmächte« für West-Berlin wurde zwar nach wie vor öffentlich immer wieder herausgestellt, sich aber mit dem zu zeigen, was diese »Schutzmächte« ausmachten – Panzer, Jeeps und Soldaten –, erschien als Problem und nicht mehr dazu geeignet, um die Gunst der Wähler zu werben.

469 Senatskanzlei: Gesprächsnotiz, Betreff: CdS-Gespräch mit Gesandten Kornblum, 22. Oktober 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20934, Bl. 3; Senatskanzlei, Betreff: Tagung der Arbeitsgruppe Berlin-USA am Donnerstag, dem 7. November, 15.30 Uhr, Gästehaus, 5. November 1985, in: ebd., Bl. 11-14. Verschiedene Zusammenstellungen zu den Aktivitäten finden sich ebenda.

470 Siehe auch: Senatskanzlei, Gesprächsnotiz, Betreff: Tagung der Arbeitsgruppe Berlin-USA am 7. November 1985, Gästehaus, 15.40 bis 17.35 Uhr, 11. November 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20934, Bl. 23-29, Zitat Bl. 23.

471 Verbindungsoffizier Rudolf v. Perina an Gerhard Kunze, Betreff: Besuch des Regierenden Bürgermeisters am 19. Februar 1985, 6.2.1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24622.

472 Verbindungsoffizier Rudolf v. Perina an Gerhard Kunze, Betreff: Besuch des Herrn Regierenden Bürgermeisters am 19. Februar 1985, 15. Februar 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24623.



4.3.3 *Verhandlungen auf Bundesebene*

Trotz des belasteten transatlantischen Verhältnisses wurden im Januar 1980 auch verschiedene Stellen auf Bundesebene aktiv, um dem amerikanischen Wunsch nach einer Verbesserung der prekären Lebensbedingungen vieler US-Soldaten in Deutschland zu entsprechen. Anlass waren ein Brief des US-Botschafters Walter J. Stoessel jun. sowie ein Memorandum, welches dieser auf Bitten von Klaus von Dohnanyi, Staatsminister im Auswärtigen Amt, in Abstimmung mit dem Oberkommando der U.S. Army Europe und den zuständigen Stellen in Washington im Januar 1980 erarbeitet hatte.<sup>473</sup> Das Memorandum des US-Botschafters listete all jene Probleme auf, bei deren Lösung sich die amerikanische Seite Unterstützung durch die Bundesregierung erhoffte: Erstens seien 55.000 zusätzliche Wohneinheiten vonnöten, worauf man bereits mehrfach hingewiesen habe. Zweitens sei den Soldaten in der Vergangenheit häufig der Eintritt in gastronomische Betriebe verwehrt worden, da man sie anscheinend für nicht sehr zahlungskräftige Kundschaft gehalten habe. Hier sei eine engere Zusammenarbeit auf lokaler Ebene nötig, um die entsprechenden Betriebe zu einem Umdenken zu bewegen. Des Weiteren sei ein Entfallen oder zumindest eine Ermäßigung der Preise für kulturelle Freizeiteinrichtungen und für Tickets des öffentlichen Nahverkehrs wünschenswert. Darüber hinaus würde man den Entfall der Mehrwertsteuer und der Kfz-Steuer für amerikanisches Militärpersonal begrüßen. Zur Erhöhung der Truppenmoral wäre es außerdem hilfreich, wenn die Bundesregierung die Errichtung eines Satelliten-Empfangssystems unterstützen würde, welches die Direktübertragung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen aus den USA ermöglichen würde. Ein Handeln sei dringend nötig, da die US-Soldaten den Eindruck hätten, dass »die Deutschen die Opfer, die sie zur Verteidigung Deutschlands auf sich nehmen, nicht richtig zu würdigen wissen«. Da dies auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen insgesamt belaste, sei es wichtig, »in noch engerer Zusammenarbeit [...] an Programmen zur Vermehrung von Kontakten und zur Förderung des Verständnisses zwischen den amerikanischen Streitkräften und der deutschen Bevölkerung zu arbeiten«.<sup>474</sup>

Dohnanyi wandte sich wenig später, im Mai 1980, mit einem Brief, der die Probleme und Wünsche der Amerikaner zusammenfasste, an den Deutschen Städtetag und mahnte, man müsse »jeder Erosion des Bündnisses entgegen-

473 Walter J. Stoessel jun. an Klaus von Dohnanyi, 24. Januar 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620; Memorandum: Probleme der amerikanischen Streitkräfte, bei denen indirekte Unterstützung von Seiten der Bundesregierung willkommen wäre, in: ebd. Zum Stoessel-Memorandum siehe auch: Nelson, A History of U.S. Military Forces in Germany, S. 178-186.

474 Memorandum: Probleme der amerikanischen Streitkräfte, bei denen indirekte Unterstützung von Seiten der Bundesregierung willkommen wäre, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

wirken, auf der [sic!] unsere Sicherheit und der Friede beruhen«. <sup>475</sup> Die Situation der GIs in Deutschland wurde zu einem Hebel in den transatlantischen Beziehungen: Wenn man ihnen helfen würde, könne man den eigenen guten Willen demonstrieren, die Allianz wieder stärken und somit vielleicht bei anderen Fragen ein Entgegenkommen erzielen. Die Ministerpräsidenten sowie die Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder nahmen sich des Themas Ende Juni an und diskutierten erste Maßnahmen. <sup>476</sup>

Nicht nur das Auswärtige Amt erachtete die Situation der GIs als politisches Kapital, auch die USA realisierten, dass man ihre ökonomischen Nachteile in einen politischen Vorteil verwandeln könnte: Unter anderem der Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 ließ US-Strategen zu dem Schluss kommen, dass die Sowjetunion wieder expansionistische Ziele verfolge. Vor dem Hintergrund der schwächelnden Wirtschaft aufgrund der Ölpreiskrisen war deshalb aus ihrer Sicht eine gerechtere Kostenverteilung innerhalb des westlichen Bündnisses nötig – ein für die Bundesregierung stets unangenehmes Thema, vor allem mitten im Wahlkampf. <sup>477</sup> In Form einer Checkliste für Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt hielten Carters Strategen fest: »While we still intend to meet our NATO commitments, we need European help to fill gaps that could be created by simultaneous deployments of substantial forces to Southwest Asia and Europe.« Um sich auf eine »mutually acceptable method of dividing the peacetime costs of HNS [host nation support, S. E.]« einigen zu können, seien den Deutschen bereits – in dem Brief von Stoessel an Dohnanyi – Vorschläge unterbreitet worden, wie sie die USA entlasten könnten, ohne im Wahljahr durch eine Debatte über den Militärhaushalt dem politischen Gegner in die Hände zu spielen. <sup>478</sup> Die dort aufgeführten Vorschläge zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Soldaten würden – »properly publicized« – der US-Regierung helfen, den Kongress sowie die Öffentlichkeit hinsichtlich der amerikanischen Militärausgaben zu beruhigen. <sup>479</sup> Die Bundesregierung wiederum könne die amerikanischen Forderungen nach einer Erhöhung der eigenen Militärausgaben umgehen, indem sie die von der US-Armee genutzten Kasernen auf eigene Kosten sanieren und dies der deutschen Öffentlichkeit als Beitrag zur transatlantischen Freundschaft verkaufen würde.

475 Klaus von Dohnanyi an Manfred Rommel, 7. Mai 1980, in: ebd. Am 25. Juli leitete Dohnanyi eine Zusammenfassung des Memorandums an die Staats- und Senatskanzleien der Länder weiter: Klaus von Dohnanyi an Peter Sötje, 25. Juli 1980, in: ebd.

476 Zur Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder am 26./27. Juni 1980 in Bonn, Betreff: Entwicklung der innerdeutschen und auswärtigen Beziehungen, 24. Juni 1980, in: ebd.

477 Zur seit Beginn der 1970er-Jahre anhaltenden Debatte über die Kostenverteilung: Nelson, *A History of U.S. Military Forces in Germany*, S. 132-140.

478 FRG: Bilateral Meeting with Chancellor Schmidt, Checklist, 4. Juni 1980, in: JCL, NLC-132-142-3-1-3, Zitate S. 3 und 4.

479 Ebd.

Ein wenige Tage später – wahrscheinlich für ein Treffen zwischen dem stellvertretenden US-Außenminister Warren Christopher, Staatssekretär Günther van Well und weiteren Teilnehmern – verfasstes Briefing des State Departments resümierte: Dohnanyi habe zwar im vergangenen Jahr das Thema angestoßen und Hilfe angeboten, anscheinend jedoch insgeheim nur erreichen wollen, dass die U.S. Army wieder mehr Deutsche als Arbeitnehmer beschäftigt. Dieses Thema wolle man allerdings vermeiden. In einer Zeit mit erheblich steigenden Arbeitslosenzahlen war eine Tätigkeit für die US-Armee in der Bundesrepublik wieder beliebt, aber die Stellen boten zugleich amerikanischen Militärfamilien die Möglichkeit eines Zuverdienstes. Obwohl man davon ausging, dass die Deutschen die Debatten des amerikanischen Kongresses hinsichtlich der Kostenverteilung in der NATO ebenfalls gern beenden würden, und man die Checkliste mit Lösungsvorschlägen auch an Verteidigungsminister Hans Apel und den Abteilungsleiter für Auswärtige Beziehungen und Sicherheit im Bundeskanzleramt, Bernd von Staden, gesandt hatte, sei von deutscher Seite bisher nichts unternommen worden.<sup>480</sup>

Auch US-Botschafter Stoessel zeigte sich enttäuscht: Dohnanyi habe »important expectations« geweckt und die daraufhin ausgearbeiteten Vorschläge seien »carefully prepared« und »approved by Washington« gewesen – sogar der Kongress sei bereits informiert worden. Er riet Christopher, sich keinesfalls an die einzelnen Bundesländer verweisen zu lassen: »I suggest that you stress that we look to the Federal Government to seek solutions to the U.S. Forces problems.«<sup>481</sup>

Ein kurz darauf veröffentlichter Artikel aus dem *U.S. News and World Report*, eines der drei führenden amerikanischen Wochenmagazine, beschrieb die Lage der GIs in Deutschland ähnlich wie das Memorandum der Botschaft:

The good old days are long gone. Money woes, loneliness and friction with their hosts make it a tough life for many Americans overseas. [...] Military duty in Germany is no longer considered a plum assignment, as it was 20 or 30 years ago. Americans here now face too many problems: Housing, finances, loneliness, drugs, liquor and, increasingly, friction with Germans.<sup>482</sup>

Die Reportage gab den Deutschen zwar nicht die Schuld, wurde aber in der Bundesrepublik auf politischer Ebene als Salz in einer schon schmerzenden Wunde wahrgenommen. Die Sorge, die Beziehungen könnten sich weiterhin verschlechtern, veranlasste das Außenministerium zunächst dazu, alle Bundesländer aufzurufen, sich schriftlich zu dem amerikanischen Memorandum

480 Department of State Briefing Paper: U.S. Forces in Germany, undatiert (vermutlich vom Juli 1980), in: JCL, NLC-132-142-3-1-3.

481 Telegramm von US-Botschafter Stoessel an Deputy Secretary Christopher, Subject: Christopher-Van Well Discussions of U.S. Forces Issues, 8. Juli 1980, in: JCL, NLC-132-142-3-1-3.

482 For Today's GI, Germany Is a Hardship Post, in: U.S. News and World Report, 8. Juli 1980, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24620.

zu äußern.<sup>483</sup> Das Ergebnis machte deutlich, dass zwar zahlreiche Initiativen bestanden, diese sich allerdings von Land zu Land erheblich unterschieden: Während in Hessen seit den 1960er-Jahren regelmäßig ein deutsch-amerikanischer Beratungsausschuss tagte, hatte sich in Rheinland-Pfalz ein vergleichbares Gremium erst 1979 gegründet. In Niedersachsen betrieb die Army eine eigene Buslinie, sodass sich die Frage nach ermäßigten Fahrтарifen gar nicht stellte. In Rheinland-Pfalz war dafür der Eintritt in Museen für GIs bereits seit Jahren kostenfrei. In Hessen war mit dem Bau von 1.000 Wohnungen für die US-Soldaten begonnen worden, im Saarland hingegen waren jüngst zahlreiche Wohnungen aufgegeben worden. Eine zentrale, länderübergreifende Stelle zur Dokumentation und Koordination solcher Maßnahmen existierte bis dato nicht.

Ende des Jahres 1980, ein halbes Jahr nach dem enttäuschten Telegramm des US-Botschafters, wurden die deutsch-amerikanischen Beziehungen von anderer Seite wieder zum Thema: Der deutsche Botschafter traf in Washington auf John J. McCloy. Der einstige Hohe Kommissar (1949-1952) hatte mittlerweile gemeinsam mit Lucius D. Clay und anderen namhaften Persönlichkeiten den *American Council on Germany* und die *Atlantik-Brücke* gegründet, war Vorstandsvorsitzender der *Ford Foundation* und außenpolitischer Berater des US-Präsidenten. Der neue Präsident Ronald Reagan hatte ihn jetzt beauftragt, Vorschläge zur Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu unterbreiten.<sup>484</sup> Die Initiative wurde von deutscher Seite aufgegriffen: Zur Koordinatorin für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit wurde Hildegard Hamm-Brücher ernannt, die sich mit ihrem amerikanischen Pendant Lawrence Eagleburger, Assistant Secretary of State for European Affairs und von 1982 bis 1984 Under Secretary of State for Political Affairs, abstimmen sollte.

Zu ihren Aufgaben zählte die Auseinandersetzung mit »solchen Gruppen und einzelnen [...], die mehr oder weniger anti-amerikanische Positionen vertreten« – angeblich basierend auf fehlenden »zeitgeschichtlichen Kenntnissen« sowie einer mangelnden »Einsicht in die gemeinsamen Grundwerte der westlichen Verteidigungs- und Schicksalsgemeinschaft«. Als »Zielgruppe« wurden daher neben Journalisten, Schülern, Praktikanten, Studenten und

483 Antworten der einzelnen Länder in: LArch, B Rep. 002, Nr. 23892.

484 Vgl. Reinhild Kreis, Bündnis ohne Nachwuchs? Die »Nachfolgegeneration« und die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den 1980er Jahren, in: Meik Woyke (Hg.), Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013, S. 611-635, hier S. 613 ff. Kreis betont, dass die Gruppe, die sich ab 1980/81 für die transatlantischen Beziehungen engagierte, zu weiten Teilen aus Personen bestand, die das Verhältnis zu ihrer Lebensaufgabe gemacht hatten bzw. seit Jahrzehnten auf diesem Gebiet arbeiteten und auch bereits einige Zeit im jeweils anderen Land verbracht hatten: »Besorgt um den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen zeigten sich also Personen, die nicht nur überzeugte Atlantiker waren, sondern selbst der von ihnen beschworenen Gründergeneration angehörten« und den »Erfahrungszusammenhang der Nachkriegsjahre« teilten. Ebd., S. 623.

Parlamentariern insbesondere »politisch engagierte Vertreter der jungen Generation aus Parteien, Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen« – in weiten Teilen intensive Unterstützer der Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss – anvisiert. Ziel sollte es sein, »einer weiteren Entfremdung und der Gefahr der Distanzierung vom Bündnis, vor allem innerhalb der nachwachsenden Generationen, entgegenzuwirken«. <sup>485</sup> Während für das Jahr 1982 mittels Umschichtung versucht wurde, der Koordinatorin ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, wurden ein Jahr später im Bundeshaushalt 8,5 Millionen DM für verschiedene Projekte bereitgestellt – und damit deutlich weniger als benötigt. In einem Bericht über das Jahr 1982 beklagte Hamm-Brücher rückblickend, dass »nicht nur die finanziellen Möglichkeiten außerordentlich begrenzt sind, sondern häufig auch die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen fehlen, um dem Ansturm an Vorschlägen und gutem Willen auch nur einigermaßen gerecht zu werden«. <sup>486</sup>

Auf amerikanischer Seite wurde im November 1982 unter Leitung des Direktors der USIA, Charles Wick, ein interministerieller Lenkungsausschuss mit dem Titel *Interagency Steering Committee on US-German Contacts* gegründet. Dem Komitee gehörten 22 Ressorts und Fachbehörden an, die in Arbeitsgruppen Konzepte zur Intensivierung der Beziehungen erarbeiteten. <sup>487</sup>

Auf deutscher Seite nahm 1982 ebenfalls eine interministerielle »Arbeitsgruppe USA« die Arbeit auf. In den sieben Sitzungen, die in diesem Jahr stattfanden, widmeten sich die Vertreter verschiedener Ressorts einzelnen Projekten, der Vorbereitung der Sitzungen des »Arbeitskreis USA« und der Erstellung themenbezogener Haushaltsanträge. <sup>488</sup> Am 25. März 1982 fand im Auswärtigen Amt die konstituierende Sitzung des länderübergreifenden »Arbeitskreis USA« statt, an der über 40 Personen teilnahmen: Vertreter der Länder und Städte, des Bundestags und der Bundesressorts, verschiedener Stiftungen und Verbände, der Wirtschaft und Industrie, einzelner Medien und Universitäten. Berlin erhielt nach »direkter Intervention des Herrn CdS beim Auswärtigen Amt«

485 Tätigkeitsbericht des Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Stand: Mitte Mai 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20925.

486 4 Mio. DM für den Wissenschaftler-, Schüler- und Jugendaustausch, weitere 2,5 Mio. für die Öffentlichkeitsarbeit und 2 Mio. für kulturpolitische Maßnahmen, speziell im Umfeld des 300. Jubiläums der deutschen Einwanderung in Nordamerika. Vgl. Bericht des Koordinators für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit, 21. Dezember 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20927.

487 Ebd. Das Office of German-American Contacts wurde 1982 als Teil des Office of European Affairs eingerichtet. Im November 1984 wurde es dem Bureau of Educational and Cultural Affairs unterstellt. Im Dezember 1987 wurde es dann umstrukturiert und dem Office of the Director zugeordnet. Siehe hierzu auch: Kreis, Bündnis ohne Nachwuchs, S. 626 ff.

488 Bericht des Koordinators für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit, 21. Dezember 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20927.

das Sonderrecht auf einen festen Sitz und wurde vertreten durch Hermann Schmid, Senatsdirektor beim Senator für Bundesangelegenheiten in Berlin.<sup>489</sup>

Der Arbeitskreis bildete vier weitere Arbeitsgruppen;<sup>490</sup> West-Berlin beteiligte sich an der AG »Betreuung von Amerikanern in Deutschland (Soldaten und Angehörige)«. Ihre Aufgabe sollte es sein, vor allem auf lokaler Ebene einen »beitrag zur intensivierung der deutsch-amerikanischen zusammenarbeit zu leisten und auf konkrete erleichterungen fuer das leben« der GIs und ihrer Familien hinzuwirken. Auf der ersten Sitzung plante man, sich mit der Zusammenarbeit von Bundeswehr und Army, der Diskriminierung insbesondere von schwarzen US-Soldaten, deren Wohnsituation, Ermäßigungen für Kultur- und Freizeiteinrichtungen, reduzierten Preisen für öffentliche Verkehrsmittel und einer themenbezogenen Öffentlichkeitsarbeit zu widmen – Problemfeldern, die in West-Berlin längst diskutiert worden waren oder nur bedingt zutrafen.<sup>491</sup>

Als zentrale Herausforderung benannte die Gruppe zusammenfassend, dass seit der Schaffung einer Freiwilligenarmee deutlich mehr verheiratete Soldaten mit ihren Familien nach Deutschland kämen, was besonders in Ballungsräumen wie Frankfurt, Stuttgart und Kaiserslautern zu einem Mangel an Wohnraum geführt habe.<sup>492</sup> Damit wurde das dringlichste Problem durchaus richtig identifiziert – was allerdings noch nicht bedeutete, dass man sich auch in der Verantwortung sah, Abhilfe zu schaffen. Als die Arbeitsgruppe »Betreuung von Amerikanern in Deutschland« am 2. Juni 1982 erstmals zusammentraf, beschränkte sich das dreistündige Gespräch auch weitestgehend auf einen reinen Erfahrungsaustausch. Die Schuld an der Lage der Soldaten wurde fast ausschließlich auf amerikanischer Seite gesehen. Der Vertreter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Kubatz, betonte, die GIs hätten ein »sehr vereinfachtes und verzerrtes Deutschlandbild«, ihr »Bildungsniveau« sei »mäßig«. Der Vertreter des Bundesministeriums für Verteidigung, Richter, ergänzte, dass sie auch »Angst vor Kontakten mit der deutschen Bevölkerung« hätten. Darüber hinaus würden »der ständige Austausch der Kommandeure und Dienststellenleiter« sowie die »undurchsichtigen Kompetenzregelungen« seitens der U.S. Army ein Problem darstellen.<sup>493</sup>

Die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe am 23. September in Bonn wurde von Vorträgen seitens hinzugebetener Vertreter der amerikanischen Streitkräfte

489 Loer an CdS, Betreff: Arbeitskreis USA, 22. April 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20924.

490 Die vier Arbeitsgruppen: 1) Medien und informationspolitische Probleme, 2) Betreuung von Amerikanern in Deutschland (Soldaten und Angehörige), 3) Vorbereitung und Nachbetreuung von Teilnehmern an Austauschprogrammen, 4) Austausch von jungen Berufstätigen. Vgl. ebd.

491 Senator für Bundesangelegenheiten an Gerhard Kunze (Senatskanzlei), Betreff: Arbeitskreis USA, 28. Mai 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20925.

492 Senator für Bundesangelegenheiten an Gerhard Kunze (Senatskanzlei), Betreff: Arbeitskreis USA, 28. Mai 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20925.

493 Verlaufs- und Ergebnisprotokoll der 1. Sitzung der AG »Betreuung von Amerikanern in Deutschland«, 9. Juni 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20925.

dominiert. Die Amerikaner betonten noch einmal, dass vor allem preisliche Ermäßigungen für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und verschiedener Freizeiteinrichtungen wünschenswert seien.<sup>494</sup> Der Vertreter des Leiters der Presseabteilung des Stuttgarter Headquarters, Major van Rossum Daum, ging auch auf die Kritik hinsichtlich eines mangelhaften Bildungsniveaus der US-Soldaten ein und schlug vor, ihre lange Anreise zu nutzen, um ihnen während des Fluges einen Film über Deutschland zu zeigen. Jack Kelly, Leiter des Bereichs Community Relations im Headquarter Heidelberg, wies verwundert darauf hin, dass die Soldaten doch bereits vor ihrer Abreise einen Orientierungskurs und ein 40-stündiges Programm mit dem Namen *Head Start* absolvieren und Unteroffiziere sowie Offiziere mit weiteren Programmen auf das Zielland vorbereitet werden würden. Die Air Force betreue zudem die frisch eingetroffenen Soldaten im Rahmen eines Patenschaft-Programms: Ein bereits vor Ort stationierter Soldat hatte jeweils einen Neuankömmling zu begleiten. Von der deutschen Seite wünsche man sich – neben den mehrfach genannten Vergünstigungen – deshalb hauptsächlich ergänzendes Informationsmaterial zur Einführung in das Leben in Deutschland und die damit verbundene Bürokratie (Abrechnungsmodalitäten bei der Anmietung von Wohnungen, Kfz-Versicherungen etc.) sowie lokale Publikationen mit praktischen Hinweisen zur Bewältigung des Alltags am Stationierungsort (Stadtpläne, Trinkgeldgebräuche, örtliche Dienstleister etc.).<sup>495</sup>

Als Erfolg wurden die Aktivitäten der lokalen Kontakt-Gruppen bewertet: Mehr als 60 Gruppen organisierten bundesweit über 12.000 Veranstaltungen pro Jahr, an denen im Schnitt 250.000 Personen teilnahmen und die mit ca. 1 Million Dollar pro Jahr unterstützt wurden. Doch auch hier war die Freude getrübt: Aufgrund eines akuten Mangels an Verwaltungspersonal und finanziellen Mitteln seien die Bewältigung der wachsenden Anfragen sowie die Realisierung zahlreicher weiterer Ideen kaum mehr möglich. Insgesamt verdeutlichte das Treffen erneut, dass vereinzelt durchaus erfolgreiche Initiativen existierten, aber niemand wirklich einen Überblick hatte. Nach fast 40 Jahren der Anwesenheit alliierter Truppen in Deutschland schienen weder die deutschen noch die amerikanischen Vertreter genau zu wissen, was auf dem Gebiet der Community Relations wo getan wurde. Auch eine bundesweit einheitliche Koordination und Finanzierung der Maßnahmen gab es nicht.<sup>496</sup> Erleichterung dürfte bei den Teilnehmern aufgekommen sein, als der Vertreter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung auf einen Artikel aus dem *US News and World Report* hinwies, der bezeuge, dass es den Soldaten finanziell

494 Ergebnisprotokoll, Betreff: AG »Betreuung von Amerikanern in Deutschland (Soldaten und Angehörige)«, 29. September 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20926.

495 Verlaufs- und Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung der Arbeitsgruppe »Betreuung von Amerikanern in Deutschland (Soldaten und Angehörige)«, 23. September 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20927.

496 Department of the Army, Memorandum: »Überlebenshilfen« für Angehörige der US Streitkräfte und ihre Familien, 20 September 1982, in: ebd.

inzwischen wieder deutlich besser gehe.<sup>497</sup> Der Bericht der Arbeitsgruppe im Rahmen des dritten Treffens des *Arbeitskreises USA* konzentrierte sich dementsprechend nur noch auf die reine Kontaktpflege und eine Verbesserung der »Integration« der Soldaten.<sup>498</sup>

Am 24. März 1983 veröffentlichten die kommunalen Spitzenverbände eine gemeinsame Erklärung der Arbeitsgruppe. Die Erklärung deutete die US-Soldaten als »Hauptleidtragende« der amerikanischen »Kursänderungen im außen- und sicherheitspolitischen Konzept«, die unter anderem in Deutschland nicht nur zu »Irritationen und kritischen Diskussionen«, sondern auch zu »anti-amerikanischen Demonstrationen« geführt hätten. Um den Soldaten »den Aufenthalt zu erleichtern«, wurden die Städte, Gemeinden und Kreise wie schon 1976 dazu aufgerufen, »alle Möglichkeiten zur Verstärkung der Kontakte zwischen den Bürgern und den in den Kommunen stationierten ausländischen Soldaten und ihren Angehörigen zu nutzen«. Nebst der Aufforderung zur »Beseitigung von Diskriminierungen« und der Erstellung von Informationsmaterial als »Lebenshilfe« forderten die Verbände wieder dazu auf, mittels Sprachkursen und Veranstaltungen persönliche Begegnungen zu fördern. Insgesamt verlagerte die Arbeitsgruppe die Verantwortung damit wieder auf die lokale Ebene. Auch war ihr wenig Neues eingefallen: Die Vorschläge beschränkten sich wie immer auf wohltätige Handlungen durch die Soldaten, sportliche Wettkämpfe, folkloristisches Beisammensein und die obligatorische Einladung eines Soldaten zum Weihnachtsfest.<sup>499</sup> Auf der vierten Sitzung des Arbeitskreises im Dezember 1983 war die Situation der GIs in Deutschland kein Thema mehr.<sup>500</sup> Der Fokus lag nun primär auf diversen alten wie neuen Austauschprogrammen, dem 300. Jubiläum der deutschen Einwanderung in die USA, der Erarbeitung und Überarbeitung von Schulbüchern und anderen Materialien für den Unterricht sowie der Lancierung parlamentarischer Kontakte, wobei West-Berlin sich mit besonderem Engagement hervortat.<sup>501</sup>

Die US-Soldaten erlebten die 1980er-Jahre in finanzieller Hinsicht zeitweise als eine erneute »golden time«, da unter US-Präsident Ronald Reagan nicht nur eine Erhöhung des Solds erfolgte, sondern auch der Dollar wieder an Wert gewann.<sup>502</sup> Als er zwischenzeitlich mit knapp 3,50 DM fast wieder den alten Stand erreichte, kam es zu einem regelrechten »Shopping Boom«. Deutsche

497 Verlaufs- und Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung der Arbeitsgruppe »Betreuung von Amerikanern in Deutschland (Soldaten und Angehörige)«, 23. September 1982, in: ebd.

498 Ablauf und Ergebnis der dritten Sitzung des Arbeitskreises USA am 27. Januar 1983 im Auswärtigen Amt, 1. Februar 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20928.

499 Kommunale Korrespondenz Nr 406, 24. März 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24615.

500 Ablauf und Ergebnis der vierten Sitzung des Arbeitskreises USA am 6. Dezember 1983 im Auswärtigen Amt, 12. Dezember 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20929.

501 Vgl. Kreis, Bündnis ohne Nachwuchs, S. 627-633.

502 Baker, American Soldiers Overseas, S. 81.



Unternehmen warben um die nun wieder attraktive Kundschaft, und Vermieter gaben plötzlich den zahlungskräftigen amerikanischen Familien den Vorzug, wie der *Spiegel* nicht ohne Sarkasmus registrierte: Aus den »armen Amis« seien wieder »reiche Amerikaner« geworden, was »ältere Deutsche unwillkürlich an die Nachkriegszeit erinnert«. Mit dem Kurs sei »auch das angeknackste Selbstbewußtsein« wieder gestiegen. Die US-Soldaten würden sich wieder bevorzugt außerhalb der Kasernen aufhalten und auch wieder den Kontakt zu Deutschen suchen.<sup>503</sup> Der Höhenflug war jedoch nur von kurzer Dauer; nach einem Hoch in den Jahren 1984/85 fiel der Dollar wieder und erreichte 1990 mit unter 1,50 DM einen erneuten Tiefstand.

#### 4.3.4 Sorge um die Nachgeborenen

In einer Rede vor einem Unterausschuss des Außenpolitischen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses verlieh US-Botschafter Arthur F. Burns 1982 seiner Enttäuschung und Sorge über die Stimmung in Deutschland deutlichen Ausdruck. Die Vereinigten Staaten würden »häufig mit den Dingen identifiziert werden, die viele Deutsche beunruhigen«: der wieder auflebende Kalte Krieg, eine »alles niederwalzende Technologie« sowie ein befremdlicher Militarismus. Insbesondere junge Menschen würden »von etwas wegtreiben, was früher eine gemeinsame Überzeugung von unserem gemeinsamen moralischen und kulturellen Erbe gewesen ist«.<sup>504</sup>

Den historischen Kontext dieser Worte bildeten Proteste gegen die amerikanische Unterstützung des brutalen Kampfes der Contra-Rebellen gegen die sandinistische Regierung Nicaraguas. In Bremen waren jüngst die Fensterscheiben des US-Konsulats, in Hamburg die der *American Express Bank* eingeworfen worden. Einem Spendenaufruf der West-Berliner *taz* unter dem Titel »Waffen für El Salvador« waren ab 1980 so viele Bundesbürger gefolgt, dass binnen kurzer Zeit drei Millionen DM zusammengekommen waren. SPD und Grüne sowie einzelne Gewerkschaften, Kirchengruppen und die deutsche Sektion von *Amnesty International* unterstützten die Kritik.<sup>505</sup>

Viele zeitgenössische Beobachter – amerikanische sowie deutsche Politiker, aber auch Journalisten und Wissenschaftler – teilten aus diesem Grund die Sorge Burns und befürchteten eine weitere gesellschaftliche Entfremdung beider Staaten. Dieses gesellschaftliche Auseinanderdriften wurde indes nicht mit den akuten Differenzen begründet, sondern als das Resultat eines Generationswechsels interpretiert. Die interne Korrespondenz der politischen und militärischen Akteure sowie die offiziellen Pressemitteilungen reflektieren die Angst, die nächste Generation werde möglicherweise die transatlantischen

503 Vgl. Die Amis kaufen wie verrückt, in: *Der Spiegel* 13/1985, S. 89-96.

504 Dokumentation des Amerika-Dienstes, 14. April 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20924.

505 Vgl. Unheimlich breit, in: *Der Spiegel* 19/1982, S. 96-100.

Beziehungen infrage stellen und damit riskieren, dass sich die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts irgendwann auf tragische Weise wiederholt. Die Skepsis gegenüber jüngeren Menschen fand selbst Eingang in die offiziellen Verlautbarungen im Anschluss an die Gespräche zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Schmidt im Mai 1981 sowie im Januar 1982, und sie zeigte sich erneut in der Pressemitteilung nach dem Treffen von Kanzler Helmut Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten im November 1982.<sup>506</sup>

In den USA beschäftigte man sich in Studien und eigens gegründeten Gremien schon seit einigen Jahren mit der »successor generation«, die erst nach jener Zeit – zwischen Mitte der 1940er- und Anfang der 1960er-Jahre – sozialisiert worden war, die man als prägend für die deutsch-amerikanische Verbundenheit erachtete. Auch in der Bundesrepublik war das Sprechen über das Amerika-Bild der »Nachfolgegeneration« Teil einer Auseinandersetzung mit der Geschichte und Identität der Nation.<sup>507</sup> Nicht nur der kommunizierte gemeinsame Gründungsmythos, auch die Mittel, mit denen man versuchte, für eine bessere Verständigung zu sorgen, und die Akteure, die sich dafür einsetzten, wecken den Eindruck eines »Comebacks« der 1950er-Jahre, waren aber Teil einer historisch begründeten Standortbestimmung beider Länder in der Gegenwart.<sup>508</sup>

Neben zahlreichen Parallelen gab es auch nationale Besonderheiten der Debatte um die Nachgeborenen, wie Reinhild Kreis herausgearbeitet hat: In den USA der neokonservativen Reagan-Ära ging die Feststellung neuer »post-materialistischer Werte« oft mit dem Vorwurf der Abkehr von den »westlichen Werten« und der Forderung nach erneuter Stärke und Vormacht der Supermacht einher. Politische Akteure der Bundesrepublik wollten hingegen mit der verstärkten Betonung der Erfahrungs- und Wertegemeinschaft eher die eigene Position im transatlantischen Bündnis stärken. Der gemeinsame Rückbezug auf eine »harmonische Vergangenheit« half beiden Seiten, »die schwierige Gegenwart bis zu einem gewissen Grad auszublenden« und »die befürchteten zukünftigen Entwicklungen« in den Mittelpunkt zu stellen. Die

<sup>506</sup> Mai 1981: »Sie [...] weisen auf die Verantwortung hin, die der nachfolgenden Generation für die Pflege und Weiterentwicklung der deutsch-amerikanischen Freundschaft zukommt.« Januar 1982: »Sie stimmen in der Notwendigkeit überein, die deutsch-amerikanische Freundschaft durch die Förderung und Erweiterung gegenseitiger Kontakte und insbesondere durch besseres gegenseitiges Verständnis unter Angehörigen der jüngeren Generation zu wahren und zu vertiefen.« November 1982: »Sie bekräftigen ihre Unterstützung der Initiativen, die einer Ausweitung der deutsch-amerikanischen Kontakte dienen, [...]. Dies dient dem Ziel, der jüngeren Generation in ihren Völkern das Gefühl der Partnerschaft zu vermitteln, das die ältere Generation so tief empfindet.« Zit. n. Bericht des Koordinators für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit, 21. Dezember 1982, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20927.

<sup>507</sup> Vgl. Kreis, Bündnis ohne Nachwuchs, hier S. 618.

<sup>508</sup> Ebd., S. 634 f.

mit der Friedensbewegung offensichtlich gewordenen Dissonanzen wurden als Generationenproblem verstanden, dem man mit Bildung und Austausch begegnen könne.<sup>509</sup>

Diesem Paradigma folgte auch West-Berlin: Eine – unter anderem durch die Wiedereinsetzung der deutsch-amerikanischen Schulbuchkommission angeregte – Studie zur Behandlung der alliierten Präsenz im Schulunterricht stellte 1985 fest, dass sich in den Rahmenplänen maximal »Ansätze« zur Geschichte der alliierten Präsenz befänden und bei Teilen der Lehrerschaft eine »Voreingenommenheit oder wenigstens Kenntnislücken« bestünden.<sup>510</sup> Der Vorwurf, einzelne Lehrer würden gegen die Mäßigungspflicht verstoßen und die Schüler für eigene politische Interessen mobilisieren, war nicht ganz von der Hand zu weisen: Zwei Jahre zuvor hatte ein Vater für Aufsehen gesorgt, der eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen 34 Lehrer des Steglitzer Tannenberg-Gymnasiums eingereicht hatte, nachdem diese ein Flugblatt erstellt und den Schülern mitgegeben hatten. Zeitgleich wurde bekannt, dass Lehrer der Reinhard-Wald-Schule in Kreuzberg ihre Schüler auf dem Schulhof gegen den NATO-Doppelbeschluss demonstrieren ließen, nachdem sie zuvor im Unterricht Friedensplakate hatten anfertigen müssen.<sup>511</sup>

Die Senatorin für Schulwesen, Hanna-Renate Laurien, zog die Schlussfolgerung, dass die Beobachtungen der Studie »sehr ernst genommen werden« müssten, »scheint sich doch ein gewisser politischer Erosionsprozeß schon in den Köpfen von Leuten abzuspielen, bei denen das nicht erwartet wurde«. Für den Unterricht sei daher in Zukunft wichtig, den Schülern zu verdeutlichen, dass »die Berlin-Frage eingebettet ist in die deutsche Frage« und dass »die gegenwärtige Lage auch das Ergebnis eines verlorenen Krieges darstellt«.<sup>512</sup> Dies war tatsächlich nötig, da die von den Schutzmächten handelnde Meistererzählung zwar erfolgreich tradiert worden war – nur nicht unbedingt mit dem gewünschten Ergebnis, wie weitere Studien deutlich machten.

Eine Umfrage des *Senders Freies Berlin* (SFB) mit dem Titel »Alliierte in Berlin« stellte 1985 fest, dass knapp Dreiviertel der West-Berliner keinen Abzug der Truppen wünschten.<sup>513</sup> Eine Studie des EMNID-Instituts kam zu einem ähnlichen Ergebnis: Das »Vertrauen in die Schutzgarantie der Westmächte« ist

509 Ebd., S. 622.

510 Ressortbesprechung, Betreff: Behandlung der alliierten Präsenz in Berlin im Schulunterricht, 13. Februar 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24623.

511 Eltern-Beschwerde gegen 34 Lehrer, in: Der Tagesspiegel, 18. Oktober 1983, S. 3. Siehe auch: Lehrer schüren heißen Herbst an den Schulen, in: Berliner Morgenpost, 2. Oktober 1983, S. 3.

512 Vermerk Laurien, Betreff: Seminar Schutzmächte, 1. Oktober 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24624.

513 85 Prozent der Berliner stimmten der Aussage zu, dass »die Anwesenheit der Alliierten Truppen für Berlin Vorteile gebracht hat«. 80 Prozent gaben an, davon überzeugt zu sein, »daß Berlin ohne alliierte Schutzgarantien (anwesende Truppen) in den letzten 40 Jahren keine Überlebenschancen gehabt hätte«. 78 Prozent wünschten auch weiterhin ihre Anwesenheit; 87 Prozent fühlten sich durch die Truppen

»so groß wie nie zuvor. Zwei von drei Berlinern glauben an den Schutz ihrer Freiheit ›unter allen Umständen‹. Nur jeder Zehnte ist kritisch den Westmächten gegenüber eingestellt. Ein Vergleich mit zum gleichen Befragungszeitraum erhobenen Resultaten in Westdeutschland zeigt, daß das Vertrauen der Berliner zu den Westmächten in Berlin noch stärker als im Bundesgebiet ausgeprägt ist.«.<sup>514</sup>

Die detaillierten Ergebnisse der SFB-Studie zeigen eine erstaunliche Homogenität in der Altersgruppe der über 40-Jährigen hinsichtlich der Überzeugung, man habe die Existenz West-Berlins den Alliierten zu verdanken. Zugleich lässt sich feststellen, dass insbesondere AL-Wähler und unter 30-Jährige dem Sonderstatus West-Berlins gegenüber kritisch eingestellt waren und auf eine Veränderung hofften. Allerdings verdeutlicht die Umfrage auch, dass die Kritik selten auf Faktenwissen basierte und eher Ausdruck einer allgemeinen Stimmungslage war: 69 Prozent der Befragten gaben an, über die Rechte der Alliierten eigentlich nicht informiert zu sein.<sup>515</sup>

Binnen vier Jahren verstärkte sich die Tendenz deutlich: Im Januar 1989 erachtete nur noch knapp die Hälfte der Berliner die Anwesenheit der Alliierten für »unverzichtbar« und weiterhin notwendig. Je jünger die Befragten und je höher ihr Bildungsstand, desto ablehnender die Haltung gegenüber der noch anhaltenden Besatzung.<sup>516</sup> Lediglich in der Gruppe der über 65-Jährigen sprach sich noch die Mehrheit gegen eine Truppenreduzierung aus.<sup>517</sup> Vor allem die Sonderrechte des Militärs sowie die Frage des Gerichtsstandes stellten zentrale Kritikpunkte der Befragten dar.<sup>518</sup>

Auf den ersten Blick scheint es, als wären die zeitgenössischen Ängste im Hinblick auf die »Nachfolgegeneration« nicht unberechtigt gewesen. Doch die Ergebnisse der Studien lassen sich auch anders interpretieren: Das kritische Hinterfragen der Militärpräsenz und der Sonderrechte der Alliierten durch jüngere West-Berliner war unter anderem das Resultat der langjährigen Deutung der West-Alliierten als Schutzmächte, denn das Betonen ihrer Funktion als Verteidiger West-Berlins hatte den eigentlichen Anlass der Stationierung fast in Vergessenheit geraten lassen. Auf die Frage, aus welchem Grund die

gering bis gar nicht beeinträchtigt. Vermerk, Betreff: SFB-Meinungsumfrage zum Thema »Alliierte in Berlin«, 29. Oktober 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24624.

514 Studie »Politik-Trends Zur politischen Lage in West-Berlin«, September 1985, in: ebd.

515 Detaillierte Ergebnisse der Studie in: Umfrage »Alliierte in Berlin, Meinungen und Einstellungen«, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 25824.

516 Übersicht: Anwesenheit der Alliierten in Berlin, Telefonumfrage der infas Hamburg vom 2.-5. Januar 1989, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24627. Siehe auch den von der Senatskanzlei durchgeführten Vergleich der Studien in: ebd.

517 Übersicht: Bedeutung der Truppenpräsenz der Alliierten in Berlin, Telefonumfrage der infas Hamburg vom 2.-5. Januar 1989, in: ebd.

518 Siehe die tabellarischen Übersichten: Sonderrechte: Beschwerden gegen Alliierte; Geheimdienste; Straftaten gegen Alliierte Soldaten; Todesstrafe; Flugverkehr; in: Telefonumfrage der infas Hamburg vom 2.-5. Januar 1989, in: ebd.

Alliierten vor Ort seien, antworteten 58 Prozent der befragten West-Berliner im Jahr 1985: »Zur Sicherheit der Stadt, sollen Freiheit sichern, als Schutz gegen den Osten«. Trotz der Möglichkeit, mehrere Antworten zu wählen, nannten gerade einmal 14 Prozent den verlorenen Weltkrieg als Ursache der Besatzung.<sup>519</sup> Das Ausblenden der Kriegsniederlage als Grund und Legitimation der militärischen Präsenz und die Deutung der Alliierten als Schutzmächte waren zum Bumerang geworden, denn sie ermöglichten die immer lauter werdende Forderung nach einem Truppenabzug: Waren die Alliierten nur als Beschützer vor Ort, konnten sie doch gehen, wenn ein Schutz in der neuen »Ära Gorbatschow« nicht mehr nötig oder aufgrund der primär atomaren Bedrohung sowieso nicht mehr zu gewährleisten war.

Die US-Armee teilte diese historische Interpretation in gewisser Hinsicht. In den zahlreichen »Historical Reports« finden sich kaum Hinweise darauf, dass Deutsche und Amerikaner sich einst als Feinde gegenübergestanden hatten. Eine kleine Geschichte der Berlin Brigade zur Information für nachrückende Soldaten – erstmals von der Armee im Jahr 1975 herausgegeben und 1981 überarbeitet und erweitert –, beschrieb die Anfänge demnach wie folgt:

It was the beginning of July in 1945. A great world city – Berlin lay prostrate and largely devastated. From the air it looked like a desolate stone desert, with its roofless buildings, its heaps of rubble. Two years of intense bombing and a fanatical struggle between the last-ditch defenders and the attacking Soviet Army had left the city in ruins. [...] It was in this simmering cauldron of a city – a setting as historic as the great sacks of Rome – that the Berlin Brigade was born.<sup>520</sup>

Nicht erwähnt wurde, wer die Stadt mit einem »intense bombing« überzogen hatte, und ebenso blieb ausgeblendet, dass die Berlin Brigade natürlich aus Truppen bestand, die kurz zuvor noch gegen die Wehrmacht gekämpft hatten. Der eigentliche historische Ausgangspunkt für die Militärpräsenz passte schon lange nicht mehr zu dem Selbstverständnis der eigenen Mission.

Als die AL 1985 in ihr Wahlprogramm die Forderung nach einer Truppenreduzierung aufnahm, gab der Regierende Bürgermeister Diepgen eine Presseerklärung heraus, die exemplarisch für die Sprachregelung West-Berlins stand:

Wer so etwas fordert, verdrängt die lebensrettende, historische Leistung der westlichen Alliierten für Berlin. Er ignoriert, daß die amerikanischen, britischen und französischen Soldaten durch ihre Anwesenheit die Existenz

519 Umfrage »Alliierte in Berlin, Meinungen und Einstellungen«, Oktober 1985, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 25824.

520 U.S. Command Berlin/U.S. Army Berlin (Hg.), *The Story of Berlin Brigade*, 3. überarb. Aufl., Berlin 1981, in: NARA, *A City Divided*, S. 7.

des freien Teils von Berlin sicherstellen. Die Alternative zur Freiheit, die die westlichen Schutzmächte garantieren, ist die Diktatur.<sup>521</sup>

Mit keinem Wort erwähnte die Erklärung, was die Alliierten denn 1945 nach Berlin gebracht hatte. Das in diesen Zeilen ebenfalls noch einmal deutlich werdende Festhalten der West-Berliner Politik an den alten Bildern und Erzählungen war nicht nur einem Mangel an Ideen, sondern auch der veränderten deutschen Geschichtskultur geschuldet, die die Debatte über die »Nachfolgegeneration« ebenso prägte wie die Außendarstellung West-Berlins:

Zwar enthielten die Aussagen über die Nachfolgegeneration immer wieder auch Hinweise, was stattdessen Erlebniszusammenhänge dieser unter 40-Jährigen gewesen seien [...], doch letztlich wurden sie in den Diskursen der 1980er Jahre nicht wie sonst bei Generationsbeschreibungen üblich über eine gemeinsame Erfahrung definiert, sondern über eine Nicht-Erfahrung, ein Nicht-Erleben. [...] Rhetorische Ankerpunkte, die wie Mantras wiederholt wurden, waren Verweise auf die Care-Pakete, die Berliner Luftbrücke 1948/49, den Marshallplan und die Berlin-Krise seit 1958.<sup>522</sup>

Zentrale West-Berliner Erinnerungsorte wurden hier in eine westdeutsche Meistererzählung integriert und als identitätsstiftend und gemeinschaftsbe gründend empfunden. Die »Rückkehr der Geschichte«, oft auch als »Memory Boom« bezeichnet, und die bundesdeutsche Suche nach einer identitätsstiftenden Interpretation der eigenen Geschichte rückten Berlin wieder ins Zentrum des (geschichts-)politischen Interesses, wie es auch die Debatten um die Schaffung eines Deutschen Historischen Museums und die Bedeutung des 17. Juni als Gedenktag zeigten.<sup>523</sup>

Auf amerikanischer Seite erlebte das Frontstadt-Narrativ zu dieser Zeit ebenfalls eine Renaissance, wie die 1985 gegründete »Arbeitsgruppe Berlin–USA« bald feststellen musste. Die Senatskanzlei notierte, dass man in der ersten Sitzung realisiert habe, dass vor allem »hinsichtlich der Imageverbesserung Berlins in den Vereinigten Staaten ein beachtlicher Nachholbedarf besteht«. Die daraufhin erarbeiteten Vorschläge bewegten sich zwar weitgehend in altbekannten Bahnen, beinhalteten aber auch originelle Ideen: Man könne eine TV-Serie (in Anlehnung an *Magnum*) in und über West-Berlin produzieren lassen oder auch gezielt mit der alternativen Szene der Stadt werben.<sup>524</sup>

So willkommen die Entwicklung eines neuen Berlin-Bildes intern war, so enttäuscht müssen die sieben Beteiligten gewesen sein, als ihnen nach weiteren

521 Presseerklärung zu dem in diesen Tagen veröffentlichten Wahlprogramm der Alternativen Liste, 11. Februar 1985, in: LARCh, B Rep. 002, Nr. 24622.

522 Kreis, Bündnis ohne Nachwuchs, S. 618.

523 Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 470–491.

524 Senatskanzlei, Gesprächsnotiz, Betreff: Tagung der Arbeitsgruppe Berlin-USA am 7. November 1985, Gästehaus, 15.40 bis 17.35 Uhr, 11. November 1985, in: LARCh, B Rep. 002, Nr. 20934, Bl. 23–29, Zitat Bl. 23.

Recherchen deutlich wurde, dass sie aufgrund der »Renaissance des Konservativismus« in den USA mit einem Berlin-Bild konfrontiert waren, »das noch von den Zeiten des Zweiten Weltkriegs und des ›Kalten Krieges‹ mitgeprägt wird«. <sup>525</sup> Als West-Berlin gerade in Betracht zog, seine Außendarstellung zu überarbeiten und sich etwas jünger und peppiger zu geben (so sollte sich Eberhard Diepgen zum Beispiel in einer New Yorker Disco mit Künstlern treffen), wurde es sowohl vonseiten der Bundesrepublik als auch vonseiten der USA wieder auf sein Dasein als Mauer- und Frontstadt sowie als »Hauptstadt im Wartestand« reduziert. <sup>526</sup>

Als auch die Internationale Bauausstellung die historische Mitte Berlins rund um den Potsdamer Platz nicht mehr als Peripherie, sondern als »Zentralen Bereich« definierte, am Anhalterbahnhof das Kunstprojekt »Mythos Berlin« die alte Metropole zelebrierte, die Ausstellung »Berlin, Berlin« im Gropiusbau zu sehen war und schließlich Bundeskanzler Helmut Kohl den Grundstein für ein Deutsches Historisches Museum legen ließ, war die Vergangenheit in West-Berlin omnipräsent. <sup>527</sup> Eine tatsächliche Neuerfindung der Stadt schien immer weiter in die Ferne zu rücken, wobei das Stadtjubiläum 1987 zumindest die Möglichkeit bot, West-Berlin als »immer zeitgemäße Metropole voller Widerstände und Gegensätze« und somit als »Stadt der Gegenwart« zu präsentieren – die jedoch noch immer auf den nächsten Wandel hoffte, um wieder die Hauptstadt Deutschlands zu werden. <sup>528</sup>

#### 4.4 Terrorismus: die Schutzmacht muss sich schützen

Neben den sozialen Ängsten und Friktionen und der wachsenden Kritik an ihrer Präsenz plagte die US-Armee in Europa ab den 1970er-Jahren auch die Furcht vor terroristischen Anschlägen. Aus der Studentenbewegung waren

<sup>525</sup> Vermerk der Senatskanzlei, Betreff: Allgemeine politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland; hier: USA, 6. Februar 1986, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20934, S. 4.

<sup>526</sup> Die US-Armee notierte im Januar 1989, dass West-Berliner Politiker »wish to extinguish the lingering image of West Berlin as a ›Frontier City‹, and to play up instead the image of West Berlin as a safe place to invest and an enjoyable place to live. [...] Thus, the United States as well wishes to promote a post-Cold War image of Berlin. Yet the eagerness of West Berlin leaders to renew the image of the city have made them less ready to accept Allied views on Berlin status, particularly as concerns how West Berlin relates on an official level to East Berlin and the GDR.« U.S. Command Berlin/U.S. Army Berlin (Hg.), Berlin Command. Consolidated Historical Review, 1985-86, II. Januar 1989, in: NARA, A City Divided, S. 2.

<sup>527</sup> Vgl. Krijn Thijs, West-Berliner Visionen für eine neue Mitte. Die Internationale Bauausstellung, der »Zentrale Bereich« und die »Geschichtslandschaft« an der Mauer (1981–1985), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History II (2014) 2, S. 235-261.

<sup>528</sup> Zu den geschichtswissenschaftlichen und -politischen Kontroversen der 1980er-Jahre siehe: Thijs, Drei Geschichten, eine Stadt, S. 95-196.

nicht nur die Neuen Sozialen Bewegungen, sondern auch terroristische Gruppierungen hervorgegangen, die sich mit ihren »Aktionen« direkt und in äußerst radikaler Form gegen den deutschen Staat, aber auch gegen das US-Militär richteten: die Tupamaros West-Berlin, die Rote Armee Fraktion (RAF), die Bewegung 2. Juni und die Revolutionären Zellen. Alle vier Gruppen entstanden in West-Berlin, operierten aber weit über die Stadtgrenze hinaus.

In den 1980er-Jahren begann die Internationalisierung des Terrorismus, wobei es auch zuvor schon Kontakte und vereinzelte Kooperationen gab. Die gefühlte Bedrohung und das Misstrauen vieler US-Soldaten bezog sich auf Ereignisse in ganz Europa, da sie durch AFN oder die Zeitung *Stars and Stripes* stets Nachrichten rezipierten, die über die Grenzen der Bundesrepublik hinausreichten. Durch die Warnungen und Anti-Terror-Maßnahmen der Armee wurden die Ängste noch geschürt.<sup>529</sup>

In West-Berlin begannen die Anschläge im Frühjahr 1972. Zu den Zielen gehörten von Beginn an Einrichtungen der Alliierten, in diesem Falle der britische Yachtclub und das Harnack-Haus.<sup>530</sup> Wenig später, am 23. April 1972, missglückte ein Bombenanschlag auf den »Rosinenbomber« auf dem Tempelhofer Feld, der dort zur Erinnerung an die Luftbrücke platziert war.<sup>531</sup> Sergeant Michael Garner, Militärpolizist auf dem Flughafen, entdeckte durch Zufall einen verdächtigen Gegenstand, als er gerade seiner Frau das symbolträchtige Relikt aus vergangenen Zeiten zeigen wollte. Eine amerikanische Spezialeinheit konnte die von ihm bemerkte Bombe sowie noch eine weitere im Inneren des Flugzeugs rechtzeitig entschärfen.<sup>532</sup> Weitere Anschläge auf amerikanische Einrichtungen folgten im Rahmen der sogenannten »Mai-Offensive« der RAF, die offiziell dem Imperialismus den Kampf erklären sollte, nachdem die Gruppe zuvor primär mit dem Aufbau einer eigenen Logistik beschäftigt gewesen war. Betroffen waren Standorte der US-Armee in Heidelberg und Frankfurt am Main, 4 Menschen starben und 13 wurden schwer verwundet. Bis Juli 1972 konnten sämtliche RAF-Mitglieder der ersten Generation verhaftet werden.<sup>533</sup> Damit endeten die Angriffe aber nur vorübergehend: Bomben der *Revolutionären Zellen* verletzten am 1. Juni 1976 im Hauptquartier des V. Korps der US-Armee in Frankfurt am Main 16 Menschen und ein halbes Jahr später

529 Vgl. die Aussagen von Zeitzeugen in: Bering, *Outpost Berlin*, S. 219-226.

530 Vgl. Anarchisten: Im Loch, in: *Der Spiegel* 32/1972, S. 28-29.

531 Domentat, *Coca-Cola, Jazz und AFN*, S. 98.

532 *Airman's Medal goes to sergeant who rid Berlin memorial of bomb*, in: *Stars and Stripes*, 21. Dezember 1972, S. 9.

533 Vgl. Martin Jander, »Zieht den Trennungsstrich, jede Minute«. Die erste Generation der Roten Armee Fraktion (RAF), in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), *Die RAF. Entmythologisierung einer terroristischen Organisation*, Lizenzausgabe, Bonn 2008, S. 140-173.



bei einem Anschlag auf das US-Offizierscasino der Rhein-Main Air Base acht Menschen.<sup>534</sup>

Nachdem sich die Terroristen für einige Jahre primär auf deutsche Ziele beziehungsweise auf die Freipressung inhaftierter RAF-Mitglieder konzentriert hatten und schließlich mehrere Mitglieder der zweiten RAF-Generation in die DDR geflüchtet waren, stellten die frühen 1980er-Jahre einen erneuten traurigen Höhepunkt der Angriffe gegen alliierte Einrichtungen dar. Die dritte RAF-Generation hatte den Kampf gegen den »militärisch-industriellen Komplex« als neues Ziel definiert.<sup>535</sup> Einen Auftakt bildete die versuchte Ermordung des NATO-Oberbefehlshabers Alexander Haig im Juni 1979. Es folgten ein verhindertes Anschlag auf das Amerika-Haus in Frankfurt am Main sowie ein Anschlag auf ein Gebäude des militärischen Geheimdienstes in Gießen im März 1981.<sup>536</sup> Im April stoppten Mitglieder der RAF den Militärzug nach West-Berlin bei Hannover mit einem gigantischen Kurzschluss, verursacht durch ein über die Stromleitungen gelegtes Stahlkabel; ein Anschlag auf die Amerika-Gedenkbibliothek konnte verhindert werden.<sup>537</sup> Eine weitere Bombe explodierte kurz darauf im Eingang des Max-Planck-Instituts in der Ihnestraße, nahe zahlreicher amerikanischer Einrichtungen. Eine Bombe im Hauptquartier der US-Armee in Wiesbaden konnte entschärft werden.<sup>538</sup> Im Mai 1981 erfolgten weitere Anschläge auf ein von der US-Armee genutztes Hotel in Osterholz-Scharmbeck, auf das Wiesbadener Community Headquarter und auf eine US-Kantine in Frankfurt. Am 19. August 1981 explodierten kleinere Bomben vor den Berliner Andrews Barracks und vor einem von den Briten genutzten Hotel namens Churchill House, ohne jedoch Schaden anzurichten.<sup>539</sup> Bei einem Anschlag auf das Hauptquartier der Air Force in Rammstein am 31. August 1981 wurden hingegen 20 Personen verletzt. In Wiesbaden wurden Autos von GIs in Brand gesteckt. Ende September entkam US-General Frederick J. Kroesen in der Nähe von Heidelberg nur knapp einem RAF-Kommando, das seinen Wagen mit einer Panzerfaust und einer Maschinenpistole beschoss. Bei Frankfurt wurden Sprengsätze an Schienen entdeckt, die zum dortigen Stützpunkt der US Air Force führten.<sup>540</sup> Auch in West-Berlin setzte sich die Serie fort: Im März 1982 zerstörte eine Bombe 37 Fensterscheiben des Amerika-Hauses und im April explodierte eine weitere an einer Außenwand der Amerika-Gedenk-

534 J. L. Kominicki, Over 12 attacks in 10 years: U.S. bases remain terrorist target, in: Stars and Stripes, 1. September 1981, S. 10.

535 Vgl. Tobias Wunschik, Aufstieg und Zerfall. Die zweite Generation der RAF, in: Kraushaar, Die RAF, S. 174-199; Alexander Straßner, Die dritte Generation der RAF. Terrorismus und Öffentlichkeit, in: ebd., S. 200-232.

536 Kominicki, Over 12 attacks in 10 years.

537 500 stage riot in W. Berlin; terrorists delay troop train, in: Stars and Stripes, 14. April 1981, S. 2.

538 Terrorist activities flare in W. Germany, in: Stars and Stripes, 19. April 1981, S. 7.

539 Kominicki, Over 12 attacks in 10 years.

540 Brutaler Vollzug, Stich um Stich, in: Der Spiegel 39/1982, S. 22-26.

bibliothek.<sup>541</sup> Am 1. Juni 1982 verübten die *Revolutionären Zellen* aus Protest gegen ein NATO-Gipfeltreffen in Bonn Anschläge auf US-Einrichtungen in Frankfurt am Main, Hanau, Gelnhausen und Bamberg – eine Bombe im Gebäude des Radiosenders AFN Berlin zündete nicht. Drei Monate später explodierten drei weitere Bomben in Frankfurt sowie eine in einem West-Berliner Bürogebäude, in dem die amerikanische Computerfirma *Sperry Rand*, ein Zulieferer für israelische Waffen, ihren Sitz hatte.<sup>542</sup>

Doch der Terror ging nicht nur von Linksextremen aus: Die rechtsextreme Hepp/Kexel-Gruppe verübte im selben Jahr Autobombenanschläge auf US-Soldaten in Frankfurt, Butzbach und Darmstadt.<sup>543</sup> Das Magazin *Der Spiegel* zählte 1982 insgesamt 60 Anschläge »auf Soldaten, Dienststellen und Einrichtungen der US-Armee«.<sup>544</sup> Ein Ende war nicht in Sicht.

Im darauffolgenden Jahr explodierte am 21. Mai eine in der Nähe der Ehrentribüne an einen Laternenmast gebundene Bombe der *Revolutionären Zellen* acht Stunden vor Beginn der jährlichen West-Berliner Militärparade.<sup>545</sup> Einige Wochen später wurden bei einem Anschlag auf das bei den Alliierten beliebte Kulturzentrum *Maison de France* am Kurfürstendamm 23 Menschen verletzt. Dieses Mal zeichneten dafür keine deutschen Extremisten verantwortlich, sondern der international gesuchte Terrorist Carlos. Im November 1983 kippten mehrere Personen 50 kg rohes Fleisch vor den Haupteingang des Harnack-Hauses, Graffiti mit politischen Losungen an amerikanischen Gebäuden nahmen zu, Flugblätter wurden verteilt. Vereinzelt fanden auch Übergriffe auf GIs statt. Anonyme Anrufer drohten mit Bombenanschlägen auf das Harnack-Haus sowie den Club *Silver Wings* auf dem Gelände des Tempelhofer Flughafens. Am 30. September 1984 fand das Wachpersonal Brandsätze an der Panzerkaserne im Hüttenweg sowie am Sperrzaun zum Munitionsdepot im Grunewald.<sup>546</sup> Ein Jahr später, im August 1985, wurde der US-Soldat Edward Pimental in Wiesbaden tot aufgefunden. Wenige Minuten nach dem Fund seiner Leiche explodierte am nahe gelegenen Flughafen, der Rhein-Main Airbase, eine Autobombe. Zwei Amerikaner wurden getötet, 20 weitere verletzt. Zu der Tat bekannten sich die RAF und die französische *Action directe*.<sup>547</sup> Das Bekenner schreiben verdeutlicht ihre Wahrnehmung der in Deutschland stationierten US-Soldaten:

541 Bomb shatters windows at Berlin library, in: Stars and Stripes, 9. April 1982, S. 8.

542 Bomb explodes in West Berlin, 3 in Frankfurt, in: Stars and Stripes, 28. September 1982, S. 1 und 28.

543 Vgl. Toralf Staud/Johannes Radke, Ohne Führer und Bekenner schreiben, in: BPB Online, 16.10.2013, URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167686/ohne-fuehrer-und-bekennerschreiben> [24.5.2018].

544 Machtvolle Kader, in: Der Spiegel 8/1983, S. 106.

545 Bomb explodes on Berlin parade route, in: Stars and Stripes, 22. Mai 1983, S. 23.

546 Siehe die einzelnen Telexe des Berliner Polizeipräsidiums sowie die Lageberichte in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24622 und 24627.

547 Der P-Man, in: Der Spiegel 34/1985, S. 76.

Wir haben Edward Pimental erschossen, den Spezialisten für Flugabwehr, Freiwilliger bei der US-Army und seit drei Monaten in der BRD, der seinen früheren Job an den Nagel gehängt hat, weil er schneller und lockerer Kohle machen wollte, weil wir seine ID-Card gebraucht haben, um auf die Air-Base zu fahren. Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht diesen verklärten, sozialarbeiterischen Blick auf sie. Nach Vietnam, Libanon, Grenada und der offiziellen Einführung der Air-Land-Battle-Doktrin, der Offensivstrategie für Blitzkriege in der 3. Welt und Angriffe gegen die sozialistischen Staaten im Osten, muß jeder GI begreifen, daß er dafür bezahlt wird, Krieg zu führen, d. h. alle müssen begreifen, daß Krieg ist – und sich entscheiden. [...] Die militärischen Basen, Einrichtungen, Kommandostellen der US-Streitkräfte, der NATO sind Kriegsgebiet.<sup>548</sup>

Aus dieser Perspektive war jeder Soldat, da er sich freiwillig für den Dienst entschieden hatte, ein Kriegsgegner und somit ein legitimes Anschlagziel. Das er womöglich trotz seiner Berufswahl nicht jeden einzelnen Einsatz der US-Armee weltweit befürwortete, kam nicht in Betracht.

Die zahlreichen Anschläge führten zu einer Intensivierung der Sicherheitsmaßnahmen. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR registrierte durch von Inoffiziellen Mitarbeitern beschaffte Kopien der Trainingspläne der Alliierten unter anderem eine 12-stündige Übung – angeblich unter Teilnahme der Berliner Polizei und in amerikanische Uniformen gekleideter Beamter der Spezialeinheit GSG-9 –, die davon ausging, dass Terroristen das Gästehaus des Stadtkommandanten mit Geiseln besetzt hielten.<sup>549</sup> Im Januar 1985 galt nach einem Überfall auf zwei deutsche Wachposten des US-Munitionsdepots in Bremerhaven für mehrere Tage die mittlere Alarmstufe *THREATCON Yellow*. Sie wurde erneut ausgelöst und für mehrere Wochen beibehalten, als ein Krankenwagen versucht hatte, in die Berliner Andrews-Barracks einzudringen und die Armee dies als versuchten Anschlag der RAF wertete. Infolgedessen wurden nun an den Wochenenden sämtliche Kennzeichen der ein- und ausfahrenden Wagen notiert. Das deutsche Guard Bataillon wurde zu höchster Wachsamkeit aufgefordert und darauf hingewiesen, dass man auch bei Gesprächen in gastronomischen Einrichtungen vorsichtig zu sein habe. Jeder fünfte Pkw sollte nun gründlich inspiziert werden. Die Wachmänner erhielten ein Merkblatt, das sie über die RAF informierte: Verdächtig seien besonders junge Männer zwischen 22 und 35 Jahren mit Bart, die ein schwer erscheinendes Gepäckstück mit sich

548 RAF, Zur Aktion gegen die Rhein-Main-Air-Base und die Erschießung von Edward Pimental, Erklärung vom 25. August 1985, Online unter: [rafinfo.de](http://www.rafinfo.de) – die Webresource zur Roten Armee Fraktion, URL: <http://www.rafinfo.de/archiv/raf/raf-25-8-85.php> [7.4.2017].

549 Vgl. Anti-Terror-Übung im Dienstgebiet der US-Berlin-Brigade, in: BStU, MfS, HA I, Nr. 17667, Bl. 71.

führten und einen deutschen Akzent hätten.<sup>550</sup> Das MfS notierte: »Durch die andauernden Aktionen trat eine merkbliche Unruhe unter dem US- und deutschen Personal auf.«<sup>551</sup> Ende Mai 1985 wurde der Alarm erstmals wegen möglicher Anschläge arabischer oder libyscher Terroristen ausgelöst.

Beim Betreten von amerikanischen Einrichtungen reichte es nun nicht mehr aus, den Ausweis einfach vorzuzeigen. Der Wachmann hatte ihn gründlich zu prüfen. Das Wachbataillon erhielt unter anderem durch die Berliner Polizei und die US-Militärpolizei Verstärkung.<sup>552</sup> Vom 29. September bis zum 19. November galt aufgrund der »zunehmende[n] Bedrohung militärischer Objekte und Einrichtungen in der BRD« und infolge »zahlreiche[r] anonyme[r] Anrufe mit Bombendrohungen« erneut die mittlere Alarmstufe: »In den Wacheinweisungen wurde täglich darauf hingewiesen, daß mit Anschlägen von Terroristen zu rechnen sei.«<sup>553</sup> Am 27. März warnten amerikanische Geheimdienste die US-Armee in Berlin, dass ein Anschlag auf eine Einrichtung vor Ort, ausgeführt durch das libysche Volksbüro in Ost-Berlin, möglich sei. Die US-Armee löste erneut die Warnstufe *THREATCON Yellow* aus; nach West-Berlin einreisende libysche Staatsbürger wurden Kontrollen unterzogen. Zwei Tage später erfolgte ein Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft in Kreuzberg. Daraufhin wurden die Vorsichtsmaßnahmen wieder weitestgehend zurückgefahren, bis am 4. April 1985 um kurz vor Mitternacht erneut eine Warnung die Stadt erreichte.<sup>554</sup> Knapp zwei Stunden später wurde die Befürchtung war: Ein neben der Tanzfläche der Berliner Diskothek *La Belle* platzierter Sprengsatz mit Eisenteilen tötete zwei US-Soldaten und eine türkische Frau. Über 200 Gäste wurden verletzt, fast allen Anwesenden platzten die Trommelfelle. Verantwortlich für dieses grausame Attentat waren libysche Terroristen mit Verbindungen zum MfS. Bewaffnete Soldaten patrouillierten nun entlang der amerikanischen Einrichtungen im Süden der Stadt und begleiteten im Jeep die Schulbusse, AFN mahnte zur Wachsamkeit, zwischen 24 und 5 Uhr herrschte Ausgehverbot.<sup>555</sup>

Der Anschlag auf die Diskothek *La Belle* ließ die Armee erstmals für einen Tag lang *THREATCON Red* auslösen. Die Wachmänner sowie die Militärpolizei

550 Vgl. Angaben zu den Einsatzphasen zur Sicherung der US-Objekte und Einrichtungen in Berlin (West), undatiert, in: BStU, MfS, HA I, Nr. 17667, Bl. 93; Angaben zu den Einsatzphasen und neuen Maßnahmen der US-Armee zur Ergreifung von RAF-Terroristen, undatiert, in: ebd., Bl. 96.

551 Maßnahmen der US-Truppen zur Sicherung ihrer Objekte und Einrichtungen in Berlin (West), in: BStU, MfS, HA I, Nr. 17667, Bl. 98.

552 »Threat Condition Yellow«. Auslösung der Einsatzphase, in: BStU, MfS, HA I, Nr. 17667, Bl. 103.

553 Zeitweilige Verstärkung der Objektsicherung bei der US-Berlin-Brigade, in: BStU, MfS, HA I, Nr. 17667, Bl. 102.

554 Vgl. U.S. Command Berlin/U.S. Army Berlin (Hg.), Berlin Command. Consolidated Historical Review, 1985-86, 11. Januar 1989, in: NARA, A City Divided, S. 8 ff.

555 Vgl. »Seit drei Tagen ist bei uns Totentanz«. Die Amerikaner in der Bundesrepublik igeln sich ein, in: Der Spiegel 17/1986, S. 23-26.

gingen stündlich bewaffnet auf Patrouille, der Linienbus der Army wurde durch die MPs begleitet.<sup>556</sup> Auch in den kommenden Wochen kehrte keine Normalität ein: Die Wachen wurden verstärkt, die Kontrollen ausgeweitet. Nur wenige Tage nach dem Attentat »rächten« sich die USA in Form der Operation *El Dorado Canyon*, der Bombardierung der libyschen Städte Tripolis und Benghazi. Ein West-Berliner Informant ließ das MfS wissen: »Der deutsche Personalbestand und Teile der amerikanischen Besatzer sind bedingt durch die jüngsten Ereignisse verunsichert. Es wird befürchtet, daß arabische Terroristen Vergeltungsschläge durchführen und Todeskommandos einsetzen.«<sup>557</sup> Erst Ende Mai 1986 meldete er, dass wieder Ruhe eingekehrt sei.<sup>558</sup> Dennoch wurde die Truman Plaza in der Folge eingezäunt und mit Wachposten versehen.<sup>559</sup> Zum ersten Mal seit 1948 sahen sich die Amerikaner genötigt, sich räumlich abzuschotten. Die Schutzmacht musste sich selbst schützen.

#### 4.5 Exkurs: Grenzübergreifende Erfahrungen

Am 2. August 1989 berichtete die im Ostteil der Stadt erscheinende *Berliner Zeitung* unter Rückgriff auf eine Meldung der *Deutschen Presse-Agentur* (dpa), dass die Ost-Berliner sich über die vielen alliierten Soldaten in ihrer Stadthälfte ärgern würden:

Wer etwa an Samstagen das Umfeld des ›Centrum‹-Warenhauses am Hauptbahnhof erkundet, findet ohne Mühe mehrere britische Privatwagen und britische Militärbusse. Vor dem ›Centrum‹-Kaufhaus am Alexanderplatz stehen zwei französische Militärbusse und drei amerikanische. Und dann marschieren, mit Schottenrock und strammen Waden, ein paar ›Highlander‹ durchs sozialistische Konsumparadies.<sup>560</sup>

Pelze, Kameras, Lampen, Teppiche, Porzellan, Bettwäsche, Gardinen, Kinderkleidung und -spielzeug, aber auch Hausrat sowie Lebensmittel würden sie in Massen »im Kofferraum und unterm Sitz ihres Wagens verstauen«. Ein »mehrgängiger Abendschmaus« und Krimsekt locke die Westalliierten zudem regelmäßig in die »feinen Restaurants der Nobelhotels«. Insbesondere die US-Soldaten würden bei ihren Besuchen »den dicken Maxe machen«, so zitierte die Tageszeitung einen Ost-Berliner, der »täglich mit ihnen zu tun« habe. Vier Fotos von mit Einkäufen beladenen Soldaten begleiteten den Artikel. Fast wie

556 Vgl. Erhöhte Sicherheitsmaßnahmen an allen Objekten und Einrichtungen der US-Berlin-Brigade, in: BStU, MfS, HA I, Nr. 17667, Bl. 104.

557 Oberleutnant Buschmann, Aktivitäten der amerikanischen Militäradministration in Berlin (West) zur Sicherheitslage, 16. April.1986, in: ebd., Bl. 105.

558 Vgl. Angaben zum Kontroll- und Sicherheitsregime, in: ebd., Bl. 108.

559 Bericht ohne Überschrift und Datum, in: MfS, HA I, Nr. 17667, Bl. 110.

560 Hier und im Folgenden: dpa-Korrespondent Bernd Kubisch: Einkaufstouren der US-Soldaten verärgern viele Ost-Berliner, in: *Berliner Zeitung*, 2. August 1989, S. 2.

eine schelmische Ironie der Geschichte erscheinen die Bilder dem rückblinden Betrachter, erinnern sie doch an jene Fotos, die nur drei Monate später nach der Grenzöffnung auf der anderen Seite der Berliner Mauer entstanden. Der zitierte Artikel wirft die Frage auf: Wie war es möglich, dass jene Soldaten, die doch eigentlich West-Berlin im Falle einer sowjetischen Aggression verteidigen sollten, genüsslich in Ost-Berlin einkaufen gingen? Und dies zu einer äußerst unruhigen Zeit, als in den westlichen Medien über Botschaftsbesetzungen, Massenflucht und erste Demonstrationen berichtet wurde und sich auch Experten nicht sicher waren, wie die Sowjetunion auf diese Entwicklungen reagieren würde.

Zu den Skurrilitäten des Kalten Krieges gehörte der eigentümliche Sonderstatus des geteilten Berlins, über den sich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bis 1990 nicht einigen konnten. Die Rechte der Alliierten bezogen sich – so die westliche Interpretation des Potsdamer Abkommens – auf Groß-Berlin und nicht nur auf West-Berlin. Eine Geschichte der Amerikaner in Berlin wäre deshalb unvollständig, würde sie nicht auch einen Blick über die Mauer werfen. Einerseits markierte die Mauer die Front des Kalten Krieges, denn jenseits saß der potentielle Gegner, sollte aus dem kalten ein heißer Krieg werden. Tägliche Patrouille-Fahrten, auch *Flag-Tours* genannt, führten die West-Alliierten nach Ost-Berlin und die sowjetischen Streitkräfte nach West-Berlin. Immer wieder kam es hierbei zu Zwischenfällen und Konfrontationen.<sup>561</sup> Andererseits war es den Mitgliedern der alliierten Militärgemeinden möglich, die Grenze über den Checkpoint Charlie ohne große Kontrollen zu passieren und die östliche Stadthälfte privat zu besuchen, um dort in die Oper zu gehen, einzukaufen oder ein Restaurant aufzusuchen. Dieses Kapitel will ihren Aufenthalte in Ost-Berlin nachspüren und schlaglichtartig einige Konsequenzen des Berliner Sonderstatus schildern, dessen Ungeklärtheit Praktiken hervorbrachte, die fast in Vergessenheit geraten sind. Im Vordergrund stehen hierbei vier Fragen: Wer durfte wann und wie nach Ost-Berlin? Kam es zu Kontakten zwischen US-Soldaten und DDR-Bürgern? Womit verbrachten die GIs ihre Zeit jenseits der Mauer und wie wurden diese Ausflüge wahrgenommen? Welche Rückschlüsse lassen sich aus ihrem Verhalten ziehen?

#### *4.5.1 US-Soldaten als innerstädtische Grenzgänger*

Private Aufenthalte in Ost-Berlin waren seitens der US-Armee nicht zu jedem Zeitpunkt erwünscht und auch nicht jedem US-Bürger gestattet. Die entsprechenden Regeln änderten sich über die Jahrzehnte hinweg mehrfach und

<sup>561</sup> Vgl. Jeschonnek/Riedel/Durie, *Alliierte in Berlin*, S. 258f. Zu den Tätigkeiten der Militärverbindungsmissionen: Christopher Winkler, *Die NVA im Blick westalliierten Militärs? Die Militärverbindungsmissionen*, in: Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven*, Berlin 2004, S. 97-112; Dorothee Mussnug, *Alliierte Militärmissionen in Deutschland, 1946-1990*, Berlin 2002.

waren stets von der politischen Großwetterlage abhängig. In den 1950er- und 1960er-Jahren betrieben die USA im Hinblick auf die DDR eine »rigorose Nichtanerkennungspolitik«, und »selbst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1974 stand das gegenseitige Verhältnis ganz im Schatten der jeweiligen Beziehungen zur Sowjetunion und zur Bundesrepublik«. <sup>562</sup> Der sozialistische Staat galt als sowjetischer Satellit, der sich nur im Hinblick auf die spezifische deutsche Situation von anderen Ländern des Ostblocks unterschied. In Washington fand die DDR zumeist nur dann Beachtung, wenn sie Probleme bereitete. <sup>563</sup>

In den 1950er-Jahren wurden die Soldaten deshalb gebeten, sich generell nicht in Ost-Berlin aufzuhalten. <sup>564</sup> Die entsprechenden Regularien bezeichneten einen Aufenthalt im sowjetischen Sektor als »inadvisable«; lediglich ein Besuch im Rahmen der durch die Special Services Division organisierten und mehrmals wöchentlich durchgeführten Stadtrundfahrten war »recommended and encouraged«. <sup>565</sup> Obwohl es nicht gern gesehen war, bewegten sich die US-Soldaten dennoch weitgehend frei in der noch ungeteilten Stadt. Nur die S-Bahn durften sie nicht benutzen, da die Gefahr bestand, unwissentlich das Berliner Stadtgebiet zu verlassen. <sup>566</sup> Dies hätte zu Problemen führen können, da sich die Sonderrechte der GIs nur auf das Gebiet von Groß-Berlin, nicht aber auf die DDR erstreckten. Ortsunkundige konnten leicht auf Territorium geraten, für das sie eigentlich eine besondere Genehmigung benötigt hätten.

Vor dem Mauerbau begegneten sich amerikanische Soldaten und DDR-Bürger auch nicht ausschließlich in Ost-Berlin. Noch im März 1961 stellte das MfS fest, dass 35 Jugendliche aus Babelsberg und Klein-Glienicke auf dem Golfplatz der U.S. Army in Wannsee als Caddy arbeiten würden. Die Untersuchungen ergaben, dass die jungen Männer an einem Tag zwei bis drei Spielrunden begleiten und dafür jeweils 4 bis 5 DM erhalten würden. Einen Teil des Geldes würden sie illegal in Ostmark eintauschen, den Rest würden sie bei einem West-Berliner Kollegen deponieren, um sich nach einer Weile »für eine größere Summe Kleidungsstücke u. a. Gegenstände« in West-Berlin kaufen zu können. <sup>567</sup>

Der Mauerbau unterbrach derartige Kontakte, änderte aber nichts an den sektorenübergreifenden Rechten der Alliierten. Lediglich zwischen Herbst 1961 und

<sup>562</sup> Vgl. Christian M. Ostermann, Die USA und die DDR (1949-1989), in: Ulrich Pfeil (Hg), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 165-184; Jürgen Große, Amerikapolitik und Amerikabild der DDR 1974-1989, Berlin 1996, S. 21-108.

<sup>563</sup> Große, Amerikapolitik und Amerikabild der DDR, S. 36.

<sup>564</sup> HQ Berlin Command, Berlin Command Garrison Regulations, 15. Mai 1957, S. 39 f.

<sup>565</sup> HQ Berlin Command, Circular No. 600-2, 20: Personnel. Travel in Soviet Controlled Areas, Oktober 1955, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Circulars 1961, Box 9.

<sup>566</sup> HQ USAREUR, The U.S. Army in Berlin 1945-1961, Heidelberg 1962, S. 145 f.

<sup>567</sup> Handschriftlicher Bericht vom 9. März 1961, in: BStU, MfS, BVfS Potsdam, Abt. VII, Nr. 2045, Zitat Bl. 3.

Sommer 1965 sank die Zahl der privaten Grenzüberquerungen, da es Streitigkeiten zwischen den vier Siegermächten über das Prozedere bei der Einreise gab.<sup>568</sup> Generell aber blieb der private Besuch Ost-Berlins amerikanischem Militärpersonal »in uniform [...] either as a pedestrian, by public transportation, or by private automobile« erlaubt – es sei denn, es fanden gerade »Communist celebrations« in Form von Massendemonstrationen wie zum Beispiel am 1. Mai oder am 7. Oktober statt. Wer dieses Recht in Anspruch nehmen wollte, musste bestimmte Kriterien erfüllen und Regeln befolgen. Militärangehörige, die aufgrund ihrer Tätigkeit als Geheimnisträger eingestuft waren oder als »incident prone« galten, waren vom Grenzverkehr ausgeschlossen, und wer in der Vergangenheit vor einem Militärgericht gestanden hatte, wurde zunächst »carefully evaluated«. Familienangehörige sowie Zivilangestellte der Berlin Brigade wurden gebeten, die Grenze nicht zu überqueren. Außerhalb von Berlin stationiertes Personal und deren Angehörige wurden »neither encouraged nor discouraged«, die östliche Stadthälfte zu betreten.<sup>569</sup> Auch amerikanischen Touristen wurde grundsätzlich eher von einem Besuch Ost-Berlins abgeraten, da die USA zu jenem Zeitpunkt noch keine diplomatischen Beziehungen zur DDR pflegten und daher nicht in der Lage waren, »to extend to American citizens the consular and protective services customarily available to travelers abroad«. Dennoch interessierte Reisende wurden gewarnt, dass stets ein »element of risk« bestünde, denn »East Berlin police have proved capable of arbitrary and crude behavior in their treatment of Americans«. <sup>570</sup> Amerikanischen Reisenden wurde empfohlen, Bekannte in West-Berlin über ihre Abreise und den Zeitpunkt der Rückkehr zu informieren, den Checkpoint Charlie als Übergang zu nutzen und sich dort registrieren zu lassen, stets ihren Reisepass, aber keine großen Geldmengen mitzuführen, keine Fotos von uniformierten Personen oder militärischen und polizeilichen Einrichtungen zu machen und auf keinen Fall Ostdeutsche in ihrem Auto mitzunehmen. Wer mehr über die östliche Stadthälfte erfahren wolle, könne an einer Stadtrundfahrt teilnehmen oder sich in einem autorisierten West-Berliner Taxi durch die Stadt

568 Amerikaner und Franzosen zeigen Grenzposten ihre Pässe, in: Der Tagesspiegel, 26. Juni 1965.

569 HQ Berlin Brigade, Regulations 632-2: Standard of Conduct For Travel In Or Near Soviet Controlled Areas, 6. Februar 1963, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set, 1954-60, General Orders 1954-63, Box 5, S. 4-10. Die zwei Jahre später ausgegebenen Regulations besagten: »All persons desiring to visit the Soviet Sector will request permission to do so from his immediate commanding officer. Officers assigned to USCOB and to HQ, Berlin Brigade will request such travel authority from the staff divisions director. Enlisted men assigned to USCOB will apply through their unit commander to Commanding Officer, Special Troops, Berlin Brigade.« Vgl. Office of the U.S. Commander Berlin, Regulation 550-180: Travel To and From Berlin, 11.3.1965, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Publications Record Set 1951-66, General Orders, Box 1, S. 4.

570 United States Mission Berlin, Information for Visitors to East Berlin and the Soviet Zone, in: BStU, MfS, HA II, Nr. 30024, Bl. 36 f.



fahren lassen. Wer andere Städte in der DDR besuchen wollte, musste mindestens drei Wochen vorher ein Visum beantragen. Die exakte Reiseroute musste angegeben und die Unterkünfte teils im Voraus bezahlt werden.<sup>571</sup>

Ab Anfang der 1970er-Jahre ermutigte die US-Armee ihre Soldaten und deren Angehörige, den Ostteil der Stadt auch privat zu besuchen, um »die US-Präsenz im Sowjetsektor Berlins zu verstärken« und den Soldaten sowie ihren Familien den Besuch von »Museen, Restaurants, Opernhäusern und Theatern« vor Ort zu ermöglichen.<sup>572</sup>

Auf die Dialogbereitschaft des neuen SED-Generalsekretärs Erich Honecker (und dessen Wunsch nach internationaler Anerkennung) reagierte die amerikanische Seite rasch mit Gesprächen; am 4. September 1974 nahmen die USA als 110. Staat der Welt diplomatische Beziehungen zur DDR auf.<sup>573</sup> Aufenthalte jenseits der Mauer galten jetzt als weniger gefährlich, da es mit der Botschaft der USA in der Neustädtischen Kirchstraße 4-5 in Berlin-Mitte bald auch eine diplomatische Vertretung in der DDR gab. Die Zahl der Grenzüberquerungen stieg nun kontinuierlich – allein zwischen 1977 und 1987 von 30.962 auf 110.619 pro Jahr.<sup>574</sup>

Das folgende Linien-Diagramm zeigt, dass die Amerikaner in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre zumeist die aktivsten Grenzgänger waren – was auch darin begründet lag, dass die US-Armee in West-Berlin mit im Schnitt 6.000 Soldaten deutlich stärker vertreten war als Großbritannien und Frankreich mit jeweils ungefähr 3.000 Soldaten. Es zeigt darüber hinaus saisonale Unterschiede: Die Zahl der Fahrten nahm zur Adventszeit hin zu und sank im Januar drastisch. Während in den Sommermonaten wieder viele einen Ausflug nach Ost-Berlin unternahmen, wurde es im Herbst stets wieder etwas ruhiger.

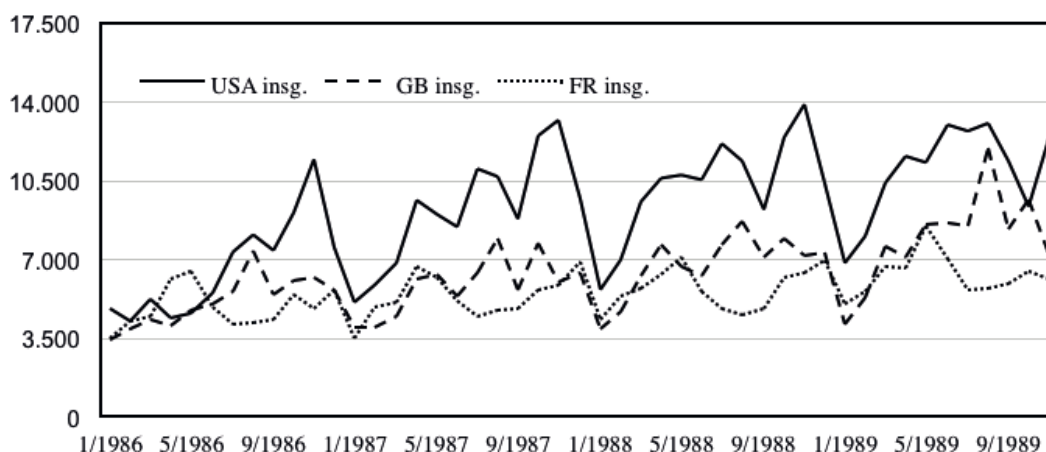
571 Ebd., Bl. 37 ff. In Berlin stationierte Militäranghörige benötigten eine sogenannte »Flag-Order« (Marschbefehl), um die Autobahn zwischen Berlin und Helmstedt benutzen zu dürfen. Sie durften die Autobahn nicht verlassen und sich auch nur kurz an den Raststätten aufhalten.

572 Rohübersetzung der USCOB-Regulation 550-180 vom 6. Mai 1971 samt Anhänge, in: BStU, MfS, HA VIII, Nr. 5819, Bl. 46-99, hier Bl. 58.

573 Vgl. Ostermann, Die USA und die DDR.

574 Vgl. Übersicht zur Anzahl der Einreisen von Angehörigen der in Westberlin stationierten Besatzungstruppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in die Hauptstadt der DDR, Berlin, in den Jahren 1976, 1977 und 1978, undatiert, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3002, Bl. 2. Im Jahr 1979 lag die Zahl der Einreisen bei 43.331, im Jahr darauf bei 51.790. Vgl. die tabellarische Übersicht »Besatzer USA«, undatiert, in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 15741, Bl. 53. Ende der 1980er-Jahre lag die Zahl der jährlichen Einreisen schließlich bei über 100.000 (1986: 79.811, 1987: 110.619; 1988: 123.363; Januar bis November 1989: 119.818 Einreisen). Vgl. die tabellarischen Übersichten in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 15079.

Tabelle 10: Einreisen von Angehörigen der West-Alliierten über die GÜSt Friedrich-/Zimmerstraße, 1986-1989 (ohne Kontroll- und Diplomatenverkehr). Quelle: BStU, MfS, HA VI, Nr. 15079



In den 1980er-Jahren notierten die Grenzposten zusätzlich zu den täglichen Kontrollfahrten und dem Diplomatenverkehr pro Monat bis zu 13.000 über die GÜSt Zimmer-/Friedrichstraße einreisende US-Bürger – im Schnitt bis zu 400 Personen pro Tag.<sup>575</sup> Insbesondere an Feiertagen nahm der Grenzverkehr ein kaum zu bewältigendes Ausmaß an: Am 10. November 1978, dem *Veterans Day*, registrierte die GÜSt Friedrichstraße/Zimmerstraße allein zwischen 8 und 14 Uhr 133 US-Fahrzeuge mit 485 Insassen.<sup>576</sup> 1986 nutzten so viele GIs den Feiertag für einen Ausflug, dass sich eine Schlange bildete, die zeitweise vom Checkpoint Charlie bis zur vier Kilometer entfernten *Urania* reichte.<sup>577</sup>

### Die Grenzpassage

Die private Fahrt von West- nach Ost-Berlin gestaltete sich nicht durch Kontrollen seitens der DDR und der Sowjetunion kompliziert, sondern aufgrund amerikanischer Sicherheitsvorkehrungen. Wer individuell nach Ost-Berlin reiste, musste im Besitz bestimmter Papiere sein: Militärangehörige benötigten ihre *ID-Card*, Soldaten unterhalb des Offiziersranges zusätzlich einen *Special Pass* (*DA Form 31*, eine von der US-Armee ausgestellte Aufenthaltsgenehmigung für den sowjetischen Sektor) und Zivilangestellte des Verteidigungsministeriums ihren Pass oder die *Uniformed Services Identification*. In unregelmäßigen Abständen aktualisierte Regularien klärten vorab über Ge- und Verbote auf:

<sup>575</sup> Vgl. die monatlich erstellten Tabellen in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 15079.

<sup>576</sup> HA VI: Rückstau von US-Militärfahrzeugen zu beiden Seiten der Grenzübergangsstelle Friedrich-/Zimmerstraße am 10. November 1978 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 14.00 Uhr (im westlichen Vorfeld) und von 17.15 Uhr bis 18.00 Uhr (im Hinterland), in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 635, Bl. 4.

<sup>577</sup> Zehntausende stecken im Stau vor dem Checkpoint Charlie, in: B. Z., 12. November 1986.

Sowjetische sowie ostdeutsche Militäreinrichtungen oder Militärangehörige dürften nicht fotografiert werden, und man solle auch besser keine Notizen darüber anfertigen. Dokumente der US-Armee wie Karten oder Zeichnungen sollten nicht mitgenommen werden. Einkäufe seien nur für den Eigenbedarf gestattet; Geld könne in West- oder Ost-Berlin bei Banken oder offiziellen Wechselstuben getauscht werden. Um illegalen Geldwechsel zu verhindern, wiesen die Regularien ergänzend darauf hin, dass die meisten Geschäfte in Ost-Berlin die Vorlage einer Quittung über den Umtausch verlangen würden. Ein Aufenthalt nach 24 Uhr war nur mit Ausnahmegenehmigung möglich. Gastronomische Einrichtungen durften nur besucht werden, wenn dort nicht primär Alkohol ausgeschenkt wurde. Die Straßenverkehrsordnung war zu befolgen, und Waffen sollten nicht mitgenommen werden.<sup>578</sup> Prinzipiell galt für alle Grenzgänger: »Don't engage in any activity or conduct embarrassing to the U.S. government [...]. Above all, remember your conduct reflects upon the United States, so act and dress in good taste.«<sup>579</sup>

Hatte ein US-Soldat die Genehmigung für eine Fahrt nach Ost-Berlin erhalten, musste er eine Erklärung unterschreiben, dass er über die besagten Regularien informiert sei und sich an die Straßenverkehrsordnung halten werde. Diese Erklärung wurde in einen Umschlag gesteckt (*Travel Briefing Slip*) und musste am Checkpoint Charlie abgegeben werden. Der Umschlag enthielt ein weiteres Dokument, auf dem Name, Rang, Anlass der Grenzüberquerung sowie eine Beschreibung des benutzten Privatfahrzeugs und dessen Kennzeichen notiert wurden – eine Sicherheitsmaßnahme, sollte der Fahrer nicht rechtzeitig zurückkehren.<sup>580</sup>

Jenen US-Bürgern, die in Militärfahrzeugen oder mit einem Privatfahrzeug mit amerikanischem Kennzeichen einreisten, wurden vorab zwei weitere Schreiben ausgehändigt – die *Entry and Exit Instructions* sowie die *Special Instructions for Travel to East Berlin* –, die sie zu lesen und bei ihrer Einreise in den sowjetischen Sektor wieder abzugeben hatten. Diese Papiere beschrieben detailliert, was bei der Weiterfahrt geschehen werde und wie man sich

578 HQ Berlin Brigade, Regulations 632-2: Standard of Conduct For Travel In Or Near Soviet Controlled Areas, 6. Februar 1963, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set, 1954-60, General Orders 1954-63, Box 5; Regulation No. 550-180, Travel To and From Berlin, 11. März 1965, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Publications Record Set 1951-66, General Orders, Box 1; HQ USA-REUR, The U.S. Army in Berlin 1945-1961, Heidelberg 1962, S. 146.

579 Linda Jach, *Traveling to East-Berlin*, in: *Berlin Observer*, 14. August 1981, S. 3.

580 Außerhalb von Berlin stationiertes Personal erhielt das Briefing durch den Assistant Chief of Staff der G2-Abteilung (Militärgeheimdienst). Office of the U.S. Commander Berlin, Regulation No. 550-180, Travel To and From Berlin, 11.3.1965, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Publications Record Set 1951-66, General Orders, Box 1; Acknowledgement, Anhang 1 zu Regulation 550-180, in: ebd.; Subject: Travel Briefing Slip, To: OIC Checkpoint Charlie, Annex B zu Regulation 550-180, in: ebd.



Briefing für nach Ost-Berlin Reisende am Checkpoint Charlie, 1966

zu verhalten habe: Man werde gleich hinter der Demarkationslinie eine von ostdeutschem Personal bediente schlagbaumartige Vorrichtung vorfinden. Auf diese müsse man langsam zufahren und dann halten. Sobald die DDR-Grenzposten erkennen würden, dass sich uniformiertes US-Personal im Fahrzeug befinde, würden sie den Schlagbaum öffnen. Geschehe dies nicht, solle man sie mit Gesten darum bitten. Jegliche Aufforderung, sich auszuweisen, müsse verweigert werden, notfalls solle man nach einem sowjetischen Offizier als Gesprächspartner verlangen. Wenn nach fünf Minuten der Schlagbaum noch immer nicht offen und auch kein sowjetischer Offizier anwesend sei, habe man unverzüglich zum Checkpoint Charlie zurückzukehren. Wenn der Schlagbaum geöffnet werde, habe man mit max. 10 km/h weiterzufahren. Falls sich ein Grenzposten in den Weg stelle, solle der Fahrer sein Recht auf Durchfahrt einfordern und langsam weiterfahren – wenn möglich, ohne jemanden dabei umzufahren. Unter keinen Umständen solle das Fahrzeug verlassen oder die ID-Card aus der Hand gegeben werden. Wenn man schließlich auf der linken Seite, Höhe Krausenstraße, den Kontrollpunkt für die Rückreise sehe, habe man die Grenze erfolgreich überquert.<sup>581</sup>

<sup>581</sup> Entry and Exit Instructions No. 1 (East Berlin), Annex C to Regulation 550-180, 11.3.1965, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Publications Record Set 1951-66, General Orders, Box 1.

Für den Aufenthalt in Ost-Berlin wurde vermerkt, dass man im Notfall medizinische Hilfe auch durch ostdeutsche Sicherheitsorgane annehmen dürfe. Sollte es zu einem Unfall oder zu anderweitigen Schwierigkeiten kommen, müsse man aber auf einen sowjetischen Gesprächspartner bestehen, den Checkpoint Charlie informieren und am Wagen warten.<sup>582</sup> Da die USA Groß-Berlin als durch die Siegermächte besetztes Gebiet erachteten und den DDR-Sicherheitsorganen deshalb keinerlei Befugnisse zugestanden, verlangte jeder noch so kleine Vorfall das Hinzuziehen von Vertretern der sowjetischen Streitkräfte.<sup>583</sup> Die Einreisenden erhielten zu diesem Zweck eine mehrsprachige Karte, die half, nach einem sowjetischen Offizier zu verlangen. Den MfS-Mitarbeitern an den Grenzübergängen wurde damit täglich aufs Neue ausgerechnet in der Hauptstadt die eingeschränkte Souveränität der DDR vor Augen geführt.

Verlief der Besuch ohne weitere Zwischenfälle, entsprach die Ausreise weitestgehend der Einreise: Man passierte den DDR-Kontrollpunkt Friedrichstraße Ecke Krausenstraße, hatte dann am Checkpoint Charlie mögliche Vorkommnisse zu melden und die ausgehändigten Informationen wieder abzugeben.<sup>584</sup> Diese Regeln blieben im Grundsatz bis 1990 gültig.<sup>585</sup>

### Kontrollen und Observationen durch das MfS

Da die Passkontrolleneinheiten der Hauptabteilung VI (HA VI) Angehörige der Alliierten nicht kontrollieren durften, wenn diese ihre ID-Card kurz vorzeigten oder ihre Uniform trugen, blieb den Mitarbeitern am Grenzübergang

582 Ebd.

583 Das MfS notierte diesbezüglich: »Die Westmächte halten fest an der ›Viermächteverantwortung‹ für ›ganz Berlin‹ (Viermächtestatus) und verlangen, daß die ›entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit‹ auch auf die Hauptstadt der DDR angewandt werden. [...] Die Sowjetunion hat dagegen nur die ›vierseitige Verantwortung‹ für Westberlin anerkannt. In der Praxis hat sie jedoch bis jetzt einige Rechte des ›Viermächtestatus‹ in der Hauptstadt der DDR bei Aufrechterhaltung ihrer gegenseitigen Rechtsauffassung hingenommen. Dazu gehören u. a. [...] die von den Organen der DDR faktisch nicht kontrollierte Bewegungsfreiheit der westlichen Militärangehörigen in der Hauptstadt der DDR [...] [sowie] die Weigerung dieses Personenkreises, sich der Gerichtsbarkeit der DDR und anderer Maßnahmen staatlicher Organe der DDR zu unterwerfen.« Rechtsstelle des MfS: Zur Gerichtsbarkeit der DDR über Personen, die sich auf ihrem Territorium befinden, 11.9.1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 3085, Bl. 128 ff., Zitat Bl. 128 f. Siehe auch: Möglichkeiten der Untersuchung von Straftaten von Militärangehörigen der 3 Westmächte gegen die DDR, Niebling für Erich Mielke, September 1974, in: ebd., Bl. 55 f., Zitat Bl. 145-148.

584 Annex C to Regulation 550-180, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Publications Record Set 1951-66, General Orders, Box 1, S. 5 f.

585 Erst im Juli 1990 entfiel ein Großteil der bisherigen Regelungen. Vgl. U. S. Information Service: U.S. Changes Regulations for Travel from and to Berlin, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24535, Bl. 84.

Friedrichstraße nur die Beobachtung aus der Distanz. In den 1970er- und 1980er-Jahren legten sie für jeden einreisenden Angehörigen der Westalliierten eine Karte an, auf der die im Vorübergehen bzw. bei der Durchfahrt gewonnenen Informationen notiert wurden. Die dafür vorgesehenen Felder listeten bei Fußgängern neben der Einreisezeit unter anderem auch die Nummer der ID-Card, Name, Geschlecht, Dienstgrad, Uniform, Alter, Größe, Gestalt und Haare auf. Bei Personen, die in Fahrzeugen einreisten, sollten unter anderem die Anzahl der Insassen, das KfZ-Kennzeichen, Uniformen sowie Geschlecht und mitreisende Kinder notiert werden. Darüber hinaus konnten weitere Hinweise aufgeschrieben werden – zum Beispiel mitgeführte Einkaufstüten, Pakete und Kartons.<sup>586</sup> Generell waren die MfS-Mitarbeiter dazu angewiesen, bei Vorfällen und Verdachtsmomenten – einer vermuteten »Personenschleusung« oder der Vortäuschung einer falschen Identität – Zeit zu gewinnen, um vor dem Eintreffen der sowjetischen Kollegen so viele Informationen wie möglich sammeln zu können und zugleich so vorsichtig wie möglich zu agieren, um keinen internationalen Konflikt auszulösen.<sup>587</sup> Im Einzelfall durften sie die sowjetischen Streitkräfte bei Ermittlungen unterstützen, hatten aber keinerlei Entscheidungsbefugnisse.<sup>588</sup>

#### *4.5.2 Ost-Berlin als Ausflugsziel*

Was veranlasste die US-Soldaten, in ihrer Freizeit die östliche Stadthälfte zu besuchen? Zum einen waren es Stadtrundfahrten, die sie die Grenze überqueren ließen. Zum anderen sorgte die Dollarkrise Anfang der 1970er-Jahre dafür, dass Ost-Berlin zu einem attraktiven Ausflugsziel wurde, da es viel Vergnügen für wenig Geld versprach.

Von ihrer grenzübergreifenden Freizeitgestaltung berichten amerikanische Veteranen nur auf Nachfrage. Die einst alltägliche Praxis passt nicht in die Erzählung von der geteilten Stadt mit ihrer schier unüberwindbaren Grenze, die die Welt in Gut und Böse, in frei und unfrei teilte. Dennoch haben die Grenzüberquerungen Spuren hinterlassen, die Fragen aufwerfen. In dem Vorlass eines US-Soldaten im U.S. Army Heritage and Education Center lagen wie selbstverständlich ein Aufkleber mit dem Logo der SED und Quittungen von

586 Anlage zu: HA VI: Instruktion, 29.12.1976, in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 16489, Bl. 22 ff. Diese Registrierkarten wurden 1982 noch einmal überarbeitet, um die mitreisenden Kinder detaillierter erfassen zu können. Siehe ebd., Bl. 42 f.

587 Vgl. HA VI: Instruktion, 29.12.1976, in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 16489, Bl. 3-21.

588 Vgl. Möglichkeiten der Untersuchung von Straftaten von Militärangehörigen der 3 Westmächte gegen die DDR, Niebling für Erich Mielke, September 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 3085, Bl. 55-56, Zitat Bl. 145-148. Siehe auch: Rechtsstelle des MfS: Zur Gerichtsbarkeit der DDR über Personen, die sich auf ihrem Territorium befinden, 11. September 1974, in: ebd., Bl. 128-130.

Ost-Berliner Restaurants.<sup>589</sup> Eine Umfrage unter den Mitgliedern der BUS-MVA ergab, dass fast alle den Alexanderplatz und die Straße Unter den Linden besucht hatten. Auf die Nachfrage, was sie denn in Ost-Berlin gemacht hätten, antwortete ein Veteran:

[W]e could exchange our dollars on the ›black market‹ for East Marks, at about 20EM to the dollar, almost 10 times the official exchange rate. So, even a low ranking soldier could live well in East Berlin, if you were not too obvious. Another attraction was that an American soldier, in uniform, was a novelty. It was not uncommon for tourists from the Communist bloc to talk and have photographs made with an American. It was an opportunity to meet and talk with pretty girls from exotic places. Many soldiers told of East German girls asking to be smuggled into West Berlin.<sup>590</sup>

Der hier thematisierte Wechselkurs und die deshalb äußerst niedrigen Preise hatten schon vor dem Mauerbau Amerikaner in die Ost-Berliner Geschäfte gelockt. Im Februar 1961 klagte das MfS in einem Bericht an Walter Ulbricht und Erich Mielke: »Noch bedeutend höher [als der Einkauf von Lebensmitteln] liegt der Ankauf optischer Geräte, Meißner Porzellan und ähnlichen Wertgegenständen zur Spekulation und unter Ausnutzung des Schwindelkurses.«<sup>591</sup>

Acht Jahre später meldete das MfS erneut »die Ausnutzung des Besuchs der Hauptstadt der DDR zum Einkauf und zur illegalen Ausfuhr von hochwertigen Erzeugnissen der DDR« durch die westlichen Alliierten.<sup>592</sup> Speziell Porzellan-, Kristall- und andere Glas- und Keramikwaren, aber auch Fotoartikel, Bekleidung, Briefmarken, Schallplatten und Möbel, »Fleisch- und Wurstwaren sowie Langusten« würden en masse gekauft.<sup>593</sup> Die Amerikaner zahlten mit DDR-Mark, was die Waren erst recht zum Schnäppchen werden ließ. Wer regulär bei einer West-Berliner Bank tauschte, erhielt für einen Dollar zwischen 8 und 11 Mark, wer auf dem Schwarzmarkt tauschte – wie der oben zitierte Veteran –, bis zu 20 Mark.<sup>594</sup> Einige Geschäfte in Ost-Berlin und Umgebung schätzten die internationale Kundschaft besonders und wurden zu regelmäßigen Anlaufstellen. Teils wurden Waren, wie zum Beispiel Antiquitäten, auch

589 Siehe: Kevin M. Born Papers, 1984-1997, in: USAHEC, Berlin Brigade Collection, Box 1.

590 Korrespondenz der Verfasserin, 2011/12.

591 Bericht Nr. 62/61 über die feindliche Tätigkeit der westlichen Militärverbindungsmissionen (MVM) im Gebiet der DDR, 10.2.1961, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 373, Bl. 1-23.

592 E. I. über die Ausnutzung des Besuchs der Hauptstadt der DDR zum Einkauf und zur illegalen Ausfuhr von hochwertigen Erzeugnissen der DDR sowie zur Organisation und Durchführung von Schiebergeschäften durch Angehörige der in Westberlin stationierten Streitkräfte der drei westlichen Besatzungsmächte, 9. Mai 1969, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1684, Bl. 1-6,

593 Ebd., Bl. 2-3.

594 Vgl. Linda Kozaryn, GI buying junkets to East Berlin cut, in: Stars and Stripes, 28. Mai 1983, S. 2; Heimlicher Handel, in: Der Spiegel 6/1987, S. 90-92.

heimlich nach Feierabend verkauft.<sup>595</sup> Andere Veteranen berichten davon, dass eigens für sie »Bückware« bereitgehalten wurde oder DDR-Bürger den Laden zu verlassen hatten, wenn Kundschaft aus dem Westen kam. Einzelne Beschattungsprotokolle des MfS dokumentieren stundenlange Shoppingtouren, bei denen zum Teil Tausende von Mark ausgegeben wurden und die häufig mit einem Essen endeten – zum Beispiel im Nobel-Restaurant *Ganymed*.<sup>596</sup> Eine Art Gästeliste des MfS aus dem Frühling 1989 zeigt, dass in der Gaststätte am Schiffbauerdamm Lehrer der amerikanischen Schule und Botschaftsangehörige speisten, eine Gruppe von 28 Militärs einen Abschied feierte, der US-Skyriders Club öfter vorbeischaute und das Heidelberger Hauptquartier 51 Gäste bewirten ließ.<sup>597</sup>

Doch wie erfuhren die US-Soldaten von möglichen Anlaufzielen jenseits der Mauer? Neben den Empfehlungen anderer Mitglieder der Militärgemeinde waren es insbesondere die von der US-Armee selbst organisierten Stadtrundfahrten, die auf einzelne Geschäfte, Bars und Restaurants aufmerksam machten.

### Die Stadtrundfahrten der US-Armee

Grenzübergreifende Stadtrundfahrten existierten ununterbrochen ab 1945 und dienten unter anderem dazu, dem Personal der US-Armee die eigene Mission zu verdeutlichen; selbst während des Mauerbaus fanden sie statt.<sup>598</sup> Im Rückblick erscheinen sie als eine Mischung aus Politik-, Einkaufs- und Abenteuer-tourismus, motiviert durch die Neugier, einen Blick hinter den Eisernen Vorhang zu werfen und den Sozialismus als »real existierenden« Alltag sehen zu wollen. Ähnlich den Besuchern eines Museums wurden die Amerikaner durch die östliche Stadthälfte geleitet, und das Gesehene wurde für sie interpretiert. Welche Rolle spielten die Fahrten demnach für das DDR-Bild und damit für das Bild vom Kommunismus der amerikanischen Touristen? In den Erzählungen amerikanischer Veteranen dominieren die klassischen Erzählmuster des »Diktaturgedächtnisses«.<sup>599</sup> Berichtet wird von schrulligen Volkspolizisten, dem schlechten Zustand der Häuser, trostlosen Straßen, misstrauischen Bürgern, omnipräsenter Überwachung und dem ungu-ten Gefühl, das man verspürte. Stets sind die Berichte mit ähnlichen Adjektiven verbun-

595 Ebd., S. 4-5.

596 Exemplarisch: BStU, MfS, HA VIII, Nr. 8441, Bl. 58 ff.; BStU, MfS, HA VIII, Nr. 8440, Bl. 7 ff.

597 HA VIII, Abt. 5 an HA II, AKG, Information: Aufenthalt von US-Militärangehörigen/US-Botschaftspersonal in der HO-Gaststätte »Ganymed«, 29. Juni 1989, in: BStU, MfS, HA II, Nr. 31007, Bl. 27 f.

598 Zu sehen in einem Film vom 23. August 1961, Online unter: [http://www.criticalpast.com/video/65675034219\\_United-States-Army-tour-buses\\_M-48-tank\\_M-59-APC\\_soldier-talks-on-radio-set](http://www.criticalpast.com/video/65675034219_United-States-Army-tour-buses_M-48-tank_M-59-APC_soldier-talks-on-radio-set) [7.4.2017].

599 Martin Sabrow, Die DDR erinnern, in: ders. (Hg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 11-27.





Ein Sightseeing-Bus der US-Armee parkt neben dem Zeughaus in Ost-Berlin

den: grau, dunkel, schäbig, deprimierend. Dies war auch das Bild, das die US-Armee vermitteln wollte, und so begannen die Stadtrundfahrten teilweise mit einem Besuch des Mauermuseums am Checkpoint Charlie. Noch bevor die Amerikaner Ost-Berlin tatsächlich sahen, wurde ihnen hier bereits ein Deutungsangebot gemacht bzw. wurden bereits existente Meinungen bekräftigt.

Der Besuch Ost-Berlins war Teil der regulären *Troop Orientation Tour*, an der jeder nach Berlin kommende US-Soldat teilzunehmen hatte. Zusätzlich wurde in den 1960er-Jahren drei Mal wöchentlich eine dreistündige *East Berlin Tour* angeboten.<sup>600</sup> Ein Tour Guide begleitete die Fahrt, während ein Offizier dafür Sorge zu tragen hatte, dass sich alle Soldaten während der Fahrt würdevoll verhielten, keinerlei »Souvenirs« wie Fahnen oder Schilder entwendeten und auch nicht den Kontakt zu DDR-Bürgern suchten. Die Tour führte die Amerikaner unter anderem durch die Straße Unter den Linden, die Leninallee entlang bis zum Märchenbrunnen, vorbei am Volkspark Friedrichshain und am Ostbahnhof zum Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park.<sup>601</sup>

600 Office of the U.S. Commander Berlin, Regulation 550-180: Travel To and From Berlin, 11.3.1965, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Publications Record Set 1951-66, General Orders, Box 1, S. 7. Siehe auch: HICOG Berlin Element, Berlin Brigade Special Services Division presents Berlin, Berlin 1964 [Ausgabe im Archiv d.Verf.].

601 Instructions For OIC of East-Berlin Tour, Anhang zu: HQ Berlin Brigade, Regulation 28-5, Welfare, Recreation and Morale. Berlin Tours, 5.7.1966, in: NACP, RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin, Berlin Brigade, Chief of Staff, Publications Record Set 1954-60, Regulations 1965-66, Box 8.

Was aus heutiger Perspektive wie eine klassische Stadtrundfahrt mit historischem Schwerpunkt anmutet, war in jener Zeit eine Besichtigung der Institutionen des Gegners im Kalten Krieg. Demnach thematisierte der begleitende Reiseführer nur knapp die Kulturschätze der Museumsinsel oder die preußische Geschichte. Hingewiesen wurde stattdessen unter anderem auf den Sitz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und der SED, die Häuser der sowjetischen Wissenschaft und Kultur und der deutsch-sowjetischen Freundschaft, den als »Red Square« bezeichneten Marx-Engels-Platz, die Zentrale der FDJ, die verschwundene Stalin-Statue, die sowjetische Botschaft und die ehemalige Reichskanzlei.<sup>602</sup> Ab 1975 wurden solche Fahrten auch mit den »selected soldiers of the months« der verschiedenen Stützpunkte der US-Armee in Europa durchgeführt.<sup>603</sup>

Die in den 1980er-Jahren durch das *Information, Tour and Travel Office*<sup>604</sup> angebotenen Touren steuerten indes nicht mehr nur Sehenswürdigkeiten an. Wann genau das Programm um Shopping-Touren erweitert bzw. den Stadtrundfahrten einzelne Geschäfte als Ziele hinzugefügt wurden, ist nicht eindeutig zu ermitteln. Die früheste Erwähnung findet sich 1983 in einem Artikel der Zeitschrift *Stars and Stripes*, der das Phänomen bereits als Problem schildert, über die »unreasonable and excessive shopping practices« klagt und darauf hinweist, dass Einkaufen im Ostteil Berlins »has reached such proportions that a positive image of the U.S. servicemember in East Berlin is threatened«. Die Verfasserin informierte ihre Leser, dass die reinen Shopping-Touren deshalb von drei auf zwei pro Woche und die Zahl der eingesetzten Busse pro Fahrt von zwei auf einen reduziert wurden und das Mitnehmen von Einkaufswagen und Koffern nun verboten sei.<sup>605</sup>

Drei Jahre später bot ITT allerdings nicht mehr nur Einkaufsfahrten, sondern für die Osterfeiertage auch *Dining in East Berlin* an: Für fünf US-Dollar übernahm das Büro die Reservierung und den Transport.<sup>606</sup> Das MfS ermittelte ein Jahr später gleich mehrere Touren, die gezielt Geschäfte ansteuerten: die Centrum-Warenhäuser am Alexanderplatz und am Ostbahnhof sowie weitere Einkaufsmöglichkeiten in der Klement-Gottwald-Allee in Weißensee und der Frankfurter Allee sowie der Grünberger Straße in Friedrichshain. Montags bis donnerstags würden jeweils zwei bis vier Fahrten erfolgen, freitags drei bis sechs, samstags sechs bis zehn und sonntags maximal eine. Während der Ad-

602 HICOG Berlin Element, Berlin Brigade Special Services Division presents Berlin, Berlin 1964, S. 17-29.

603 Orientation Tours ends after 15 years, in: Berlin Observer, 12. Oktober 1990, S. 6.

604 ITT steht heute für »Information, Tickets and Travel« und dient als eine Art Reise- und Ticketbüro für US-Soldaten in aller Welt. Das Angebot wurde in den 1980er-Jahren nach einer Debatte über die Bedeutung der Familie für das Wohlbefinden der Soldaten ausgeweitet. Vgl. Jennifer Mittelstadt, *The Rise of the Military Welfare State*, Cambridge 2015.

605 Kozaryn, GI buying junkets to East Berlin cut, S. 2.

606 ITT, in: Berlin Observer, 21. März 1986, S. 8.

ventszeit würden zudem täglich vier bis sechs Fahrten zum Ost-Berliner Weihnachtsmarkt durchgeführt.<sup>607</sup> Der *Berlin Observer* warb 1988 für eine dienstags und freitags stattfindende *East Berlin Bummel Tour* sowie für weitere Termine der *Dining in East Berlin Tour*.<sup>608</sup> Neben diesen Fahrten existierten kommerzielle Stadtrundfahrten, die ebenfalls einen Besuch Ost-Berlins ermöglichten, aber durch ostdeutsche Stadtführer kommentiert wurden.

### Ost-Berlin als touristische Vergnügungsmetropole

Mit den am 3. Februar 1976 vom Politbüro beschlossenen »Aufgaben zur Entwicklung der Hauptstadt der DDR, Berlin« sollte bis 1990 der Ausbau Ost-Berlins als »politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der DDR« erfolgen.<sup>609</sup> Der »Parteiauftrag Berlin« sah unter anderem die Schaffung von 68 neuen Kaufhallen, zwei Frischmärkten mit Obst und Gemüse und 43 Restaurants mit 11.000 Plätzen vor. Zudem wurden die Geschäfte der Hauptstadt bevorzugt mit Waren beliefert.<sup>610</sup> Konrad Neumann, der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, berichtete dementsprechend euphorisch in der *Berliner Zeitung* von der XII. Bezirksdelegiertenkonferenz:

Auch das Echo der Gäste aus dem kapitalistischen Ausland, deren Zahl in den letzten fünf Jahren um das Zwanzigfache anstieg, zeigt: Berlin, die Hauptstadt der DDR, ist eine aufblühende Weltstadt, die von den souveränen Bürgern des sozialistischen deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates immer wirkungsvoller repräsentiert wird.<sup>611</sup>

Das SED-Regime hoffte auf internationale Anerkennung und eine erhöhte Einnahme von Devisen durch den verstärkten Tourismus.<sup>612</sup> Insbesondere die gastronomischen Einrichtungen in der Stadtmitte luden deshalb zu ausschweifenden Nächten ein: Am Wochenende waren mehrere Bars bis 4 Uhr

607 Genannt werden unter anderem folgende Touren: 1) GÜSt – Unter den Linden – Alexanderplatz – Karlshorst – Treptower Park – GÜSt, 2) GÜSt – Alexanderplatz – GÜSt, 3) GÜSt – Alexanderplatz – Ostbahnhof – Frankfurter Allee – Treptower Park – GÜSt, 4) GÜSt – Grünberger Straße – Ostbahnhof – GÜSt. Vgl. Einschätzung zum Einsatz der Aktion »Bus« mit Stand vom 31.1.1987, 19.2.1987, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 1780, Bl. 6-13. Eine Ausgabe des *Berlin Observer* aus demselben Jahr erwähnt eine wöchentliche Kombi-Tour, die Sightseeing und Shopping zum Preis von 8 US-Dollar bot sowie regelmäßige Fahrten zum Alexanderplatz für 7 US-Dollar. Vgl. Sightseeing, shopping tours, in: *Berlin Observer*, 20. November 1987, S. 8.

608 Destination unlimited tours, in: *Berlin Observer*, 11. November 1988, S. IV.

609 Für Berlin ein großes Programm, in: *Berliner Zeitung*, 6. September 1979, S. 9.

610 Vgl. Juliane Schütterle, *Klassenkampf im Kaufhaus. Versorgung und Sonderversorgung in der DDR 1971-1989*, Erfurt 2009, S. 15-25.

611 Weitreichende Perspektiven und große Aufgaben für Berlin, in: *Berliner Zeitung*, 27. März 1976, S. 3.

612 In den von Touristen häufig genutzten Interhotels musste mit frei konvertierbarer Währung bezahlt werden.

in der Nacht geöffnet, die Panorama-Bar des *Hotel Stadt Berlin*, die Bar der HO-Gaststätte *Moskau* sowie das *Mainzer Eck* sogar unter der Woche. Das MfS stellte 1978 fest, dass die beliebtesten Aufenthaltsorte der Amerikaner aufgrund »der niveauvollen Einrichtung und des guten Angebots« die Speisegaststätte *Stockinger* in der Schönhauser Allee und die *Offenbachstuben* in der Stubbenkammerstraße waren.<sup>613</sup> Beide Adressen waren auch bei der Künstlerszene des Prenzlauer Berg beliebt und stellten kleine, bunte Oasen inmitten der Hauptstadt der DDR dar.

Die Journalistin und Schriftstellerin Jutta Voigt beschrieb die Atmosphäre:

Pariser Leben in den Offenbachstuben im Prenzlauer Berg. [...] Ein langgestrecktes Lokal, dekoriert mit Requisiten der Komischen Oper. [...] Das Publikum an den weiß gedeckten kleinen Tischen – ein schillernder Weltenmix. Leonard Bernstein, Countertenor Jochen Kowalski, Chansonnier Jürgen Walter. Die Ständige Vertretung mit Bahr und Bräutigam, die britische Militärmission im Schottenrock, die Exzellenzen der italienischen, französischen, amerikanischen Botschaft. Bibi Johns, Roy Black, Allendes Leibarzt Dr. Bartulín und ein Siegfried vom Zentralrat der FDJ. Alfred Hrdlicka, Günter Grass und die Kessler-Zwillinge, später noch Mitterrand. Dazu Evelyn Künnecke, die homosexuellen Freunde der Kellner, die Bohemegeliebten der Serviererinnen und die Nachbarn aus der Stubbenkammerstraße. Die Utopie der sozialistischen Menschengemeinschaft im Zwielficht der Verhältnisse.<sup>614</sup>

Ende der 1980er Jahre, hielten sich die amerikanischen Gäste Ost-Berlins auch häufig in den Bars und Restaurants der noblen Interhotels auf: im *Grand Hotel*, im *Hotel Metropol*, im *Palasthotel* oder im *Hotel Stadt Berlin*.<sup>615</sup>

In den gastronomischen Einrichtungen der Hauptstadt der DDR waren die westlichen Besucher meist gern gesehene Gäste, da sie oft ein großzügiges Trinkgeld in D-Mark oder Dollar hinterließen. Überliefert ist deshalb lediglich ein einziger Versuch der Einschränkung: Anfang Dezember 1988 wurde das Weinrestaurant *Ganymed* angewiesen, »keine alliierten Militärbestellungen mehr entgegenzunehmen«, da es »eine DDR-Gaststätte für DDR-Bürger und kein ›Ami-Nest« sei. Nachdem die Leiterin des Restaurants sich unter Protest

613 Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin, AIG: Berichterstattung über Konzentrationen von Ausländern im Bereich der Hauptstadt der DDR, Berlin, 15. August 1978, in: BStU, MfS, Nr. 32471, Bl. 8-19, hier Bl. 12.

614 Vgl. Jutta Voigt, *Stierblutjahre. Die Boheme des Ostens*, Berlin 2016, S. 209 f.

615 Vgl. HA VIII, Abt. 5 an HA II AKG: Information: Hinweise zu Aufenthalten von US-Militärangehörigen und US-Botschaftspersonal im Weinrestaurant Ganymed, Berlin-Mitte, Schiffbauerdamm, 19.4.1988, in: BStU, MfS, HA II, Nr. 31005. Neben dem 1970 eröffneten Hotel Stadt Berlin (heute Park Inn) gab es in Ost-Berlin ab 1977 das Metropol (heute Maritim Pro Arte), ab 1979 das Palasthotel (2001 abgerissen), ab 1987 das Grand Hotel (heute Westin Grand) und ab 1990 das Domhotel (heute Hilton Berlin).

an »nicht näher bekannte Stellen« gewandt hatte, war die Weisung rückgängig gemacht worden.<sup>616</sup> Auf die zahlungskräftige Kundschaft wollte man im *Gany-med* nicht verzichten.

### Internationale Gäste in Ost-Berlin

Wie die Erinnerungen Jutta Voigts zeigen, waren die amerikanischen Militäranghörigen bei weitem nicht die einzigen Gäste aus dem Westen, die sich in Ost-Berlin vergnügten. Nach umfangreichen Recherchen kam das MfS Ende der 1970er-Jahre zu dem Schluss, dass die verschiedenen Nationalitäten allerdings unterschiedliche Gaststätten bevorzugen würden. Den Mitarbeitern waren seit einiger Zeit insbesondere die aus West-Berlin kommenden »Gastarbeiter« ein Dorn im Auge: Wo sie sich aufhielten, verkehrten offenbar kaum (noch) West-Europäer oder Amerikaner.<sup>617</sup> Orte wie das *Lindencorso* (Ecke Friedrichstraße), das *Operncafé* (gegenüber der Humboldt-Universität), das *Lukullus* (heute Restaurant Borchardt in der Französischen Straße) und das *Pressecafé* am Alexanderplatz wurden als Treffpunkte für »Schiebergeschäfte« und als »Konzentrationspunkt von Ausländern und HWG-Personen« ausgemacht.<sup>618</sup> Diese Orte würden, so das MfS, verstärkt in West-Berlin wohnhafte »Gastarbeiter aus arabischen und anderen südlichen Staaten«, zu weiten Teilen »Staatsbürger Jordaniens, des Libanon und Palästinas« sowie der Türkei, anlocken. Das gemeinsame Interesse an »Beatmusik, nostalgische Bestrebungen und Lebensauffassungen sowie die Beschaffung von Waren (Textilien, Kosmetika usw.) aus der BRD und Westberlin« und der illegale Devisenhandel würden die ausländischen Gäste und die DDR-Bürgerinnen verbinden, das Personal der Gaststätten trete hierbei oft »als Vermittler und Kunde« zugleich in Erscheinung. Nicht selten komme es zu Schlägereien; an verschiedenen Orten blühe auch der Rauschgifthandel. Mithilfe einer Umstellung des Unterhaltungsprogramms und einer Renovierung der Räumlichkeiten habe man im *Lindencorso* bereits erreichen können, dass sich dort nun weniger Ausländer aufhielten.<sup>619</sup>

616 HA VIII, Abt. 5 an HA II AKG: Information: Aufenthalte von US-Militäranghörigen/US-Botschaftspersonal im Weinrestaurant Ganymed, Berlin-Mitte, Schiffbauerdamm, 13.4.1989, in: BStU, MfS, HA II, Nr. 31014, Bl. 47.

617 Vgl. Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin, AIG: Einige Feststellungen zu negativen Erscheinungen im Zusammenhang mit dem Einreiseverkehr aus Westberlin in die Hauptstadt der DDR, 15. August 1978, in: BStU, MfS, HA II, Nr. 32471, Bl. 2-6.

618 VfS Groß-Berlin, KD Mitte: Die gegenwärtige Lage in einigen Schwerpunkt-gaststätten des Stadtbezirkes Berlin-Mitte, 29.3.1976, in: BStU, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 2258, Bl. 1-7. Siehe auch die Vernehmungprotokolle mehrerer Ost-Berliner Kellner in: BStU, MfS, BV Berlin, AU, Nr. 503/80, Bd. 8. Der Terminus »HWG-Person« beschreibt eine unter dem Verdacht der Prostitution stehende Frau mit häufig wechselnden Geschlechtspartnern.

619 Ebd.

In den Quellen zeigt sich, dass zwischen den sogenannten Gastarbeitern und wohlhabenderen Gästen aus dem Westen ein Unterschied gemacht wurde. Während es geduldet wurde, dass sich in den Interhotels regelmäßig DDR-Bürgerinnen mit Männern aus dem Westen trafen und Zimmer teilten,<sup>620</sup> versuchten die staatlichen Stellen in Zusammenarbeit mit den Gaststätten und deren Mitarbeitern, die Besuche der sogenannten »Gastarbeiter« einzuschränken.

### Späte Kritik

Erst als die DDR in den 1980er-Jahren mit einer Versorgungskrise zu kämpfen hatte, gerieten die grenzübergreifenden Shoppingtouren der West-Alliierten in die Kritik. Auch westdeutsche Medien griffen das Thema auf. Das Magazin *stern* informierte seine Leser 1986, dass Militärangehörige es sich in Ost-Berlin schmecken lassen würden, denn ein Steak im Restaurant *Stadt Berlin* würde sie weniger kosten als ein Hamburger im West-Berliner McDonalds.<sup>621</sup> Das West-Berliner Stadtmagazin *Zitty* berichtete 1988 von ähnlichen Zuständen im *Café Moskau*: An »manchen Sonntagen« fühle man sich hier inzwischen wie in »einem besseren Eßlokal einer Kleinstadt im mittleren Westen der USA«. <sup>622</sup> Die amerikanische Armee-Zeitung *Stars and Stripes* hatte schon drei Jahre zuvor über die »shopping-spree mentality« der eigenen Soldaten geklagt und den Lesern erklärt, dass die sozialistische Planwirtschaft die Alliierten als Konsumenten nicht berücksichtigen und daher unter diesem Phänomen leiden würde.<sup>623</sup> Im Sommer 1989 griff schließlich auch die im Osten erscheinende *Berliner Zeitung* das Thema auf.<sup>624</sup>

Nun sahen sich auch die West-Berliner Senatskanzlei und die Ständige Vertretung (StäV) dazu veranlasst, den US-Stadtkommandanten darauf hinzuweisen, dass dieses Verhalten »nachteilig für das Ansehen der USA« sei.<sup>625</sup> Zudem würden die Großeinkäufe »tatsächlich großen Unmut bei der dortigen Bevölkerung hervorrufen«. <sup>626</sup> Das MfS notierte in einem streng geheimen

620 Für das Hotel Metropol wurden für die erste Hälfte des Jahres 1978 circa 400 derartige Übernachtungen festgestellt. Vgl. Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin, AIG: Einige Feststellungen zu negativen Erscheinungen im Zusammenhang mit dem Einreiseverkehr aus Westberlin in die Hauptstadt der DDR, 15. August 1978, in: BStU, MfS, HA II, Nr. 32471, Bl. 2-6.

621 Peter Pragal, Ausverkauf am »Alex«, in: *stern*, 17. Juli 1986, S. 114.

622 Peter Gärtner, Unbeliebte »Gäste« in Ost-Berlin: Ausverkauf am Alex, in: *zitty* 25/1988, S. 24-25.

623 Kozaryn, GI buying junkets to East Berlin cut, S. 2.

624 Hier und im Folgenden: Kubisch, Einkaufstouren der US-Soldaten verärgern viele Ost-Berliner.

625 Sprechzettel für den CdS für das Gesandtenessen am 7.8.1989, 4.8.1989, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 13936.

626 Vermerk Kunze, Betreff: Gespräch zwischen den Verbindungsoffizieren der Alliierten Kommandantur und Senatsdirigent Kunze am 21. März 1989, 22. März 1989, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 13936.

Bericht, »diplomatische Kreise der BRD verbreiten gezielt«, man habe die USA wissen lassen, dass das Verhalten der eigenen Soldaten »bei der DDR-Bevölkerung durchweg auf äußerstes Befremden, ja zum Teil auf Empörung stößt«; der US-Kommandant in Berlin bezweifle jedoch, dass er seine Soldaten diesbezüglich disziplinieren könne. Neben dem geringen Bildungsstand habe er als Argument angeführt, dass sie sich wie »normale amerikanische Konsumenten« verhalten würden, »die stets dort kauften, wo die Waren billig und gut seien. Alles andere sei ihnen völlig gleichgültig«. Die US-Botschaft habe ergänzt, dass doch auch »Millionen DDR-Bürger bei ihren Besuchen in der BRD ohne mit der Wimper zu zucken das 100-DM Geschenk an Begrüßungsgeld einsteckten«. Diesem Vergleich widersprach die Ständige Vertretung. Die amerikanische Seite habe dennoch »keine Bereitschaft« gezeigt, »Veränderungen herbeizuführen«. <sup>627</sup>

Der zitierte Unmut der DDR-Bürger hatte akute Ursachen und historische Vorläufer: Erstens resultierte er aus der immer schlechteren Versorgung mit Konsumgütern in den 1980er-Jahren und einem breiten Ungerechtigkeitsempfinden, da der Besitz von Devisen immer mehr zur Voraussetzung für gehobenen Konsum geworden war. <sup>628</sup> Wer keine DM im Portemonnaie hatte, dem blieben die Türen der Intershops verschlossen; wer keine West-Verwandtschaft hatte oder nicht aus beruflichen Gründen über Valuta verfügte, kam nicht in den Genuss der Angebote des Genex-Versandhandels. Die Delikat- und Exquisit-Geschäfte trösteten kaum, da regelmäßige Einkäufe dort nur für Personen mit höherem Einkommen möglich waren. <sup>629</sup> Die mit Einkaufsstüten beladenen alliierten Soldaten trafen deshalb auf wenig Verständnis: Warum kauften sie die wenigen DDR-Luxuswaren, wenn sie doch Zugang zu der bunten, westlichen Warenwelt hatten? Man fühlte sich bereits gegenüber den eigenen Mitbürgern mit Westgeld unterlegen und musste nun auch noch mit den Alliierten um jene Waren konkurrieren, die es für DDR-Mark zu erwerben gab. Zweitens wurden Vergleiche mit den Folgen des zeitweise visafreien Rei-

627 Streng geheim: Wertungen zum Einkaufsverhalten der amerikanischen Militärangehörigen bei DDR-Besuchen, undatiert (vermutlich vom Juli 1989), in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 15773, Bl. 4-5.

628 Zum Thema soziale Ungleichheit in der DDR: Jens Gieseke, Die egalitäre DDR? Staatssozialistische Intersektionalität und der lange Schatten des Intershops, in: Eva Gajek/Christoph Lorke (Hg.), Soziale Ungleichheit im Visier. Die Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Europa und den USA nach 1945, Frankfurt a. M. 2016, S. 163-180; ders., Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013), S. 171-198.

629 Vgl. Jörg Roesler, Massenkonsum in der DDR. Zwischen egalitärem Anspruch, Herrschaftslegitimation und »exquisiter« Individualisierung, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 35 (2005), S. 35-51; Annette Kaminsky, »Nieder mit den Alu-Chips«. Die private Einfuhr von Westwaren in die DDR, in: Lothar Mertens (Hg.), Unter dem Deckel der Diktatur. Soziale und kulturelle Aspekte des DDR-Alltags, Berlin 2003, S. 91-111.

sens zwischen der DDR und Polen gezogen.<sup>630</sup> Die *Saarbrücker Zeitung* zitierte einen Ost-Berliner: »Früher haben uns die Polen leergekauft, heute tun es die Amerikaner aus West-Berlin.«<sup>631</sup>

Solche Vorbehalte spielten der SED argumentativ in die Hände. War bereits »der Mauerbau mit dem drohenden Ausverkauf der DDR durch Westberliner begründet worden, so boten sich in den achtziger Jahren wiederum Touristen und Ausländer als Sündenböcke an«. Ihre Einkäufe würden »der DDR-Bevölkerung Waren entziehen« und seien daher ausschlaggebend für den wahrgenommenen Mangel.<sup>632</sup> Die historische Kontinuität ist offensichtlich: Zwischen 1948 und 1961 waren die grenzübergreifenden Einkäufe in Ost- wie in West-Berlin ausschlaggebend für zahlreiche Proteste und Kampagnen gewesen.<sup>633</sup> Während sich in West-Berlin insbesondere Kleinstunternehmen über »Herrn Schimpf und Frau Schande« beklagten, die ihre Brötchen im Ostteil kauften und dort zum Friseur gingen, führte die DDR einen speziellen Einkaufsausweis für in Ost-Berlin tätige West-Berliner ein und bezichtigte die »Schieber und Spekulanten«, sich auf Kosten der DDR-Bürger zu bereichern.<sup>634</sup>

Der grenzübergreifende Konsum blieb im geteilten Berlin ein Politikum und bot immer wieder Anlass für Auseinandersetzungen. Dennoch lässt sich feststellen, dass die alliierten Einkäufe seitens der SED nicht in vergleichbarem Maße propagandistisch ausgeschlachtet wurden. Als die DDR-Presse im August 1989 darüber berichtete, übernahm sie lediglich einen dpa-Bericht sowie den erwähnten Beitrag aus der *Saarbrücker Zeitung* und ließ Text und Fotos weitestgehend für sich stehen. Ergänzt wurde nur der Hinweis, dass

630 Vgl. Jonathan R. Zatlin, »Polnische Wirtschaft« – »deutsche Ordnung«? Zum Umgang mit Polen in der DDR, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.), *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, Köln 2005, S. 295-315; Mark Keck-Szajbel, *Shop Around the Bloc. Trader Tourism and Its Discontents on the East German-Polish Border*, in: Paulina Bren/Mary Neuburger (Hg.), *Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe*, Oxford 2012, S. 374-392.

631 Bei diesen Preisen mundet es – West-Alliierte kaufen gern und viel in Ost-Berlin ein, in: *Saarbrücker Zeitung*, 30. Juli 1989, zit. n. ADN-Information vom 31.7.1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 20322, Bl. 7-8, Zitat Bl. 7.

632 Kaminsky, »Nieder mit den Alu-Chips«, S. 109 f. Siehe auch: Katarzyna Stokłosa, *VR Polen und die DDR. Die Bedeutung der Grenze für das »Freundschaftstheater«*, in: Mike Schmeitzner/dies. (Hg.), *Partner oder Kontrahenten? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen*, Münster 2008, S. 193-203.

633 Vgl. Erika M. Hoerning, *Der alltägliche Kalte Krieg in Berlin 1948 bis 1961*, in: *BIOS 6* (1993), S. 73-93, insbesondere S. 83 ff.

634 Vgl. Katherine Pence, *Herr Schimpf und Frau Schande. Grenzgänger des Konsums im geteilten Berlin und die Politik des Kalten Krieges*, in: Ciesla/ Lemke/ Lindenberger, *Sterben für Berlin?*, S. 185-202; Anna Kaminsky, *Berlin: Konsum als Blockkonfrontation*, in: Michael Lemke (Hg.), *Konfrontation und Wettbewerb. Wissenschaft, Technik und Kultur im geteilten Berliner Alltag (1948-1973)*, Berlin 2008, S. 353-369.



der DDR-Führung insbesondere die Währungsgeschäfte »ein Dorn im Auge« seien, es aber auch Hoffnung auf Besserung gebe, da die USA Einschränkungen angekündigt hätten.<sup>635</sup> Hier wurde ein Spagat versucht: Einerseits suggeriert man, dass der Mangel durch Käufer aus West-Berlin verursacht werde, andererseits wollte man weder die USA noch die Bundesrepublik verärgern und übte sich in Zurückhaltung. Obwohl Abgrenzung ein zentrales Element der politischen Kultur der DDR war, ließ sich eine totale Abschottung gen Westen nicht durchsetzen; Berlin blieb ein Grenzraum, in dem verschiedene Interaktionen an der Tagesordnung waren.<sup>636</sup> Die geteilte Stadt erscheint insofern als eine »frontier city«, geprägt durch »complex specialized and often overlapping borders between diverse jurisdictions and cultural groups«.<sup>637</sup>

Die US-Armee versuchte immer wieder, wenn auch eher halbherzig, die Einkäufe im Ostteil der Stadt zu regulieren. Der stetige Anstieg des Höchstbetrags für Warenexporte zeigt allerdings, dass die Regeln eher den soldatischen Praktiken angepasst wurden, als diese einzuschränken. In den 1970er-Jahren waren nur Einkäufe in Höhe von insgesamt 100 Ost-Mark gestattet.<sup>638</sup> Anfang der 1980er-Jahre sollten Warenkäufe im Wert von über 200 Ost-Mark auf einem *Declaration of Purchase Form* notiert werden. Zudem wurden aus Ost-Berlin zurückkehrende Fahrzeuge vereinzelt durch die Militärpolizei überprüft; wer keine Quittungen für die Einkäufe sowie einen Beleg für den legalen Währungstausch vorlegen konnte oder Waren mit sich führte, die nicht nur als kleines Geschenk oder für den persönlichen Gebrauch dienten, musste mit einer Disziplinarstrafe rechnen.<sup>639</sup> Da die Kontrollen lediglich in Form von Stichproben erfolgten, oblag die Einhaltung der Anweisungen dem einzelnen Soldaten.<sup>640</sup>

Im Sommer 1989 wurde durch die US-Armee ein Limit von 700 Ost-Mark für die Einkäufe jenseits der Mauer festgelegt. Die Soldaten wurden zudem ermahnt, keine knappen Waren wie Lebensmittel und Babykleidung zu kaufen.<sup>641</sup> Eine spezielle Dienstanweisung erklärte ihnen noch einmal den Unterschied »zwischen der konsumorientierten Wirtschaft in den Westsektoren

635 Kubisch, Einkaufstouren der US-Soldaten verärgern viele Ost-Berliner, S. 2.

636 Vgl. Thomas Lindenberger, *Divided, but Not Disconnected. Germany as a Border Region of the Cold War*, in: Hochscherf/Laucht/Plowman, *Divided, but Not Disconnected*, S. 11-33.

637 Liam O'Dowd, *Contested States, Frontiers and Cities*, in: Thomas M. Wilson/Hastings Donnan (Hg.), *A Companion to Border Studies*, Malden 2012, S. 158-176, Zitat S. 162.

638 Leiter der HA VIII: Stellungnahme zur Vorschrift 550-180 des US-Berlin-Kommandos vom 6. Mai 1971, in: BStU, MfS, HA VIII, Nr. 5829, Bl. 25-30.

639 Kozaryn, *GI buying junkets to East Berlin cut*, S. 2.

640 Gesprächsnotiz, Hinkefuß (Skzl) mit den Verbindungsoffizieren der AK am 4. August 1983, 5. August 1983, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 13936.

641 US-Soldaten sollen bald nur noch 700 Mark bei Einkäufen in Ost-Berlin ausgeben, in: B. Z., 7. Juni 1989.

ren der Stadt und der zentral kontrollierten Wirtschaft im Ostsektor«. <sup>642</sup> Die Maßnahmen waren jedoch wenig wirkungsvoll – und schon bald auch nicht mehr nötig.

### Auf Kontaktsuche

Die offensichtlich regelmäßigen Grenzüberquerungen legen die Frage nahe, ob sie als Ausgangspunkt für eine transnationale Beziehungsgeschichte »von unten« dienen können. Kam es zu persönlichen Kontakten zwischen Ost-Berlinern und Amerikanern? Die Quellenlage hierzu ist nicht besonders gut: Die Überlieferung auf amerikanischer Seite ist für die 1970er- und 1980er-Jahre recht lückenhaft und auch noch nicht vollständig für die Forschung nutzbar. Auch die Akten des MfS lassen nur vereinzelt Rückschlüsse auf Kontakte zu und deuten eher zwischen den Zeilen an, wie sich die Begegnungen gestalteten.

Im ersten Quartal 1966 registrierte die Hauptabteilung VIII des MfS, unter anderem zuständig für die operative Beobachtung der Westalliierten, insgesamt drei Kontakte zwischen US- und DDR-Bürgern. Die von den Amerikanern angesprochenen Personen wurden ermittelt und anscheinend auch zu den Gesprächsinhalten befragt. Lediglich in einem Fall war es zu weiteren – aus Sicht der befragten DDR-Bürgerin allerdings »harmlosen« – Treffen gekommen, zu denen die Amerikaner »gelegentlich Südfrüchte« für ihre Kinder mitgebracht hatten. <sup>643</sup> Zwei Jahre später erfuhr das MfS von insgesamt 31 Kontaktaufnahmen und konnte 24 involvierte DDR-Bürger identifizieren. Darüber hinaus hielt der Jahresbericht 1968 fest, die alliierten Besucher würden »durch freundliches Zuwinken und Zurufen« versuchen, Sympathiebekundungen der »Bewohner der Hauptstadt« zu provozieren. Allerdings musste man sich eingestehen, dass die Kontaktaufnahme auf der Straße oder in Gaststätten zumeist von den eigenen Landsleuten ausging. <sup>644</sup> Auch das Verkaufspersonal in den Ost-Berliner Geschäften begegne den Gästen aus West-Berlin »besonders höflich und hilfsbereit«, da sie »den Geschäften einen großen Umsatz einbringen« und vereinzelt sogar zum »ständigen Kundenkreis« gehören würden, woraus »ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen Geschäftsinhaber bzw. Verkäufer und Kunden« erwachsen sei. <sup>645</sup>

642 US-Soldaten sollen Einkäufe in Ost-Berlin einschränken, in: *Der Tagesspiegel*, 6. September 1989.

643 HA VIII: Bericht über Vorkommnisse mit den Angehörigen der drei westlichen Militärinspektionen bei ihren Fahrten auf dem Gebiet der Hauptstadt der DDR vom 1. Januar 1966 bis 31. März 1966, 21.4.1966, in: BStU, MfS, HA VIII, Nr. 11336, Bl. 5-36.

644 HA VIII: Jahresbericht über die Tätigkeit und Wirksamkeit der drei westlichen Militärinspektionen für das Jahr 1968, 6.1.1969, in: ebd., Bl. 63-86.

645 HA VIII: Halbjahresbericht über die Tätigkeit und Wirksamkeit der drei westlichen Militärinspektionen für das 1. Halbjahr 1968, in: ebd., Bl. 41-62.

Um herausfinden zu können, ob derartige Verbindungen auch dem Zweck der Spionage dienen, etablierte das MfS im darauffolgenden Jahr ein neues, gezielteres Beobachtungssystem und versuchte, weitere Informanten zu gewinnen. Obwohl nun deutlich mehr Kontaktaufnahmen ermittelt wurden, konnte »in keinem Fall die Ausnutzung [...] für nachrichtendienstliche Zwecke« nachgewiesen werden. Stattdessen würden die Kontakte der »Wahrnehmung spekulativer Geschäfte« und der »Informationsabschöpfung« dienen – womit indes auch die simple Frage nach dem Weg gemeint sein konnte. In einigen Fällen habe es sich um »Familientreffs« zwischen als »republikflüchtig« bekannten DDR-Bürgerinnen, deren Eltern und ihren alliierten Ehegatten gehandelt. In anderen Fällen hätten die westlichen Militärs angeblich »Kontakte zu labilen weiblichen Personen« aufgenommen, »um sexuellen Vergnügungen nachzugehen«. Als bemerkenswerte »Sondererscheinung« wurden »Sympathiebezeugungen« von motorisierten DDR-Bürgern notiert, die US-Fahrzeuge durch das »Zublinken mittels Lichthupe« grüßen würden. Die »Blinker« wurden umgehend in eine eigens eingerichtete Kartei aufgenommen.<sup>646</sup> Im Vergleich ergaben die MfS-Untersuchungen zudem, dass die Amerikaner deutlich kontakt- und auch einkaufsfreudiger waren als die Franzosen und Briten: Von 71 Kontaktaufnahmen entfielen 56 auf das Konto eingereister US-Bürger, von 592 registrierten »Einkaufshandlungen« wurden ihnen 495 zugeschrieben.<sup>647</sup>

Anfang der 1970er-Jahre kam das MfS dann in den Besitz der amerikanischen Reise-Regularien und kommentierte sie basierend auf dem beobachteten Verhalten.<sup>648</sup> So wurde unter anderem festgestellt, dass die Amerikaner (entgegen den Vorschriften der US-Armee) oft DDR-Bürger – aber auch West-Berliner und Westdeutsche – streckenweise in ihren Fahrzeugen mitnehmen würden.<sup>649</sup> Dabei wurde davon ausgegangen, dass die kurz zuvor erlassene Aufforderung an die US-Soldaten, vermehrt die östliche Stadthälfte zu besuchen, Teil einer »Globalstrategie« sei, um »Kontaktpolitik, politisch-ideologische Diversion, Menschenhandel, Geheimdienstaktivität« intensivieren zu können: »Die Bevölkerung der Hauptstadt der DDR einschließlich der staatlichen Organe soll sich an die Anwesenheit von Angehörigen der US-Armee gewöhnen und diese als normal hinnehmen bzw. betrachten.«<sup>650</sup> Dass die US-Soldaten aus eigenem Antrieb handelten, ohne einer zentralen Anweisung zu folgen, kam den MfS-Mitarbeitern nicht in den Sinn.

646 Jahresbericht für das Jahr 1969 über Feststellungsergebnisse bei der Aufklärung der Feindtätigkeit der Angehörigen der drei westlichen Besatzungsmächte während ihres Aufenthaltes in der Hauptstadt der DDR im Jahre 1969, 21.1.1970, in: ebd., Bl. 132-144.

647 Vgl. Tabellen im Anhang zu ebd., Bl. 146-148.

648 Siehe die verschiedenen Auswertungen und Stellungnahmen in: BStU, MfS, HA VIII, Nr. 5819.

649 Leiter der HA VIII: Stellungnahme zur Vorschrift 550-180 des US-Berlin-Kommandos vom 6.5.1971, 20.7.1971, in: BStU, MfS, Nr. 5819, Bl. 25-30, hier Bl. 29.

650 Ebd., Bl. 26.

In einem früheren MfS-Bericht hieß es, dass GIs an DDR-Bürger Zigaretten oder Süßigkeiten an Kinder verteilen würden.<sup>651</sup> Dies erinnert an Erzählungen aus dem West-Berlin der ersten Nachkriegsjahre: GIs als Repräsentanten der westlichen Konsumkultur, die insbesondere Kindern mit Großzügigkeit begegnen. Das Verschenken von »cigarettes and candy« legt die Deutung nahe, dass die US-Soldaten eine im West-Berlin der Nachkriegsjahre übliche Praktik auf Ost-Berlin transferierten. Der wohlhabende GI, der Kinder mit Geschenken erfreut, dominiert als symbolische Figur bis heute die Erinnerungsberichte vieler Zeitzeugen. Kimberly A. Redding arbeitete in einer Oral-History-Studie heraus, dass »vivid descriptions of the American influence« insbesondere die Erzählungen jener Deutschen prägen, die 1945 Kinder waren: »To young Germans [...] the GIs – who raced their jeeps through rubble-lined streets and tossed candy to local children – epitomized freedom and prosperity.«<sup>652</sup> Das Verteilen von Süßigkeiten in Berlin verweist darüber hinaus auf die heroische Erzählung von Gail Halvorsen, dem *Candy Bomber*. Amerikanische Zigaretten, als wichtiges Zahlungs-, Kontakt- und Tauschmittel der Nachkriegszeit, gehören zu den zentralen Erinnerungen älterer Zeitzeugen.<sup>653</sup> Die US-Soldaten griffen demnach tradierte Praktiken auf – allerdings erschien ihnen nun Ost-Berlin als adäquater Anwendungsort. Dies erlaubt einerseits Rückschlüsse auf ihre Wahrnehmung der östlichen Stadthälfte als bedürftig; andererseits zeigt es, dass sie DDR-Bürger nicht als bedrohliche »Feinde« wahrnahmen.

Wie jene über den Besuch aus West-Berlin dachten, ist schwer zu rekonstruieren. Generell speiste sich das Amerika-Bild der DDR-Bürger einerseits aus staatlichen Informationsquellen, andererseits aus der Rezeption westlicher Medien.<sup>654</sup> Obwohl die USA im öffentlichen Diskurs der politische »Hauptfeind« blieben, ließen die Solidaritätsbekundungen gegenüber der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung oder auch der zunehmend entspanntere Umgang mit der amerikanischen Popkultur eine differenzierte Lesart zu. Die durch die Radiosender RIAS oder AFN auch vielerorts in der DDR breit rezipierte amerikanische Musik, Spielfilme wie *Blutige Erdbeeren* (1970), *Beat Street* (1984) oder *Dirty Dancing* (1987), aber auch TV-Serien der 1980er-Jahre wie *Der Denver-Clan* und *Dallas* beeinflussten die Vorstellungen der DDR-Bürger vermutlich sowieso weitaus mehr als die Propaganda der Staatspartei: »Gerade ihre Ta-

651 Provokatorisches Verhalten von Angehörigen der westlichen Besatzungsmächte bei Fahrten mit Militärfahrzeugen im demokratischen Berlin, 1963, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 722.

652 Redding, *Growing Up in Hitler's Shadow*, S. 37.

653 Zur Zigarette als »Kollektivsymbol« der frühen Nachkriegszeit siehe Zierenberg, *Stadt der Schieber*, S. 279-287.

654 Vgl. Uta A. Balbier/Christina Rösch (Hg.), *Umworbener Klassenfeind*, Berlin 2006; Rainer Schnoor, *Zwischen privater Meinung und offizieller Verlautbarung. Amerikabilder in der DDR*, in: Detlef Junker (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Ein Handbuch, 1968-1990*. Stuttgart/München 2001, S. 775-785.

buisierung durch die Parteiführung machte die Vereinigten Staaten zu einem Objekt der Begierde, besonders weil das Korrektiv realer Erfahrung mit dem dortigen Leben fehlte.<sup>655</sup> Zwischen »Faszination und Erschauern« schwankend kritisierten junge DDR-Bürger zwar mehrheitlich die Außenpolitik Ronald Reagans, empfanden amerikanische Kulturprodukte aber zugleich als attraktiver und sprachen dem Land mehr »Innovationskraft« als dem eigenen Staat zu.<sup>656</sup> Die über den Alexanderplatz schlendernden US-Soldaten waren deshalb exotische Repräsentanten eines fernen Sehnsuchtsortes und stets eine kleine Attraktion, wenn man sie traf.

#### 4.5.3 *Suche nach Abenteuer: Provokationen und Fluchthilfe*

Ost-Berlin war nicht nur der Ort, an dem man günstig einkaufen und speisen konnte, es war oftmals auch ein Ort, an dem in Form von kleineren »Stellvertreterkriegen« jener Nervenkitzel gesucht wurde, den sich die US-Soldaten von einem Aufenthalt an der heißesten Front des Kalten Krieges versprochen hatten. Zahlreiche MfS-Akten dokumentieren das nicht selten bewusst provokante Verhalten gegenüber sowjetischen Soldaten oder ostdeutschen Volks- und Bereitschaftspolizisten: Einige US-Soldaten würden bei ihren Aufklärungsfahrten mit bis zu 120 km/h durch die Innenstadt rasen und dabei konsequent Verkehrsschilder ignorieren, andere hätten neunmal einen Kreisverkehr umrundet, nur um die Volkspolizisten zu verhöhnen. Sie würden darüber hinaus gezielt durch abgesperrte Straßen fahren oder DDR-Staatsflaggen sowie andere Fahnen stehlen.<sup>657</sup> Am 1. September 1968 fuhren drei GIs mit einem Pkw der Army durch Ost-Berlin und feuerten mit einer Schreckschusspistole auf die Botschaften der Länder Guinea, Vietnam, Albanien und China.<sup>658</sup>

655 Konrad Jarausch, Die USA und die DDR. Vorüberlegungen zu einer asymmetrischen Beziehungsgeschichte, in: Balbier/Rösch (Hg.), Umworbener Klassenfeind, S. 26-31, Zitat S. 27 f.

656 Große, Amerikapolitik und Amerikabild der DDR, S. 332-340, Zitate S. 337 und 340.

657 Provokatorisches Verhalten der in Westberlin stationierten Angehörigen der westlichen Besatzungsmächte bei Fahrten mit Militärfahrzeugen in der Hauptstadt der DDR, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1283, Bl. 1f. Beispiele aus den späten 1970er-Jahren finden sich in: Information über Aktivitäten, Vorkommnisse und rechtswidrige Handlungen von Angehörigen der in Westberlin stationierten westlichen Besatzungstruppen bei der Einreise und dem Aufenthalt in der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Zeitraum vom 1. Oktober 1978 bis 31. Dezember 1978, 1. Februar 1979, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 3017, Bl. I-II; Information über Aktivitäten, Vorkommnisse und rechtswidrige Handlungen von Angehörigen der in Westberlin stationierten Besatzungstruppen bei der Einreise und dem Aufenthalt in der Hauptstadt der DDR, Berlin, im Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September 1978, 1. Februar 1979, in: ebd., Bl. 86-97.

658 Provokatorisches Verhalten von Insassen des Fahrzeuges BC 94 der amerikanischen Besatzungsmacht in Westberlin während ihres Aufenthaltes in der Hauptstadt der DDR in der Nacht vom 1. zum 2.9.1968, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1554.



Ein amerikanisches Patrouille-Fahrzeug wird neben dem MfS-Hauptquartier gestoppt und weigert sich zu halten

Auch im Rahmen der zeitweise durch MfS und Volkspolizei abgesicherten Stadtrundfahrten wurde das Katz-und-Maus-Spiel praktiziert: »Wiederholte Verstöße gegen die StVO, Versuche des Abschüttelns der Einsatzkräfte bzw. der Kontaktaufnahme zu ihnen, Filmen der Einsatzkräfte, Handlungen zur Feststellung weiterer Sicherheitskräfte in zivil« waren an der Tagesordnung.<sup>659</sup> Das Verhalten der Amerikaner störte die DDR-Sicherheitsorgane massiv, dagegen unternahmen konnten sie nichts. Penibel dokumentierten sie dennoch alle Vergehen, damit die Informationen von anderen Stellen für Protestnoten oder Zeitungsartikel genutzt werden konnten.<sup>660</sup> Diese kleineren und größeren Provokationen stellten auch nicht das wichtigste Ärgernis der DDR-Sicherheitsorgane dar. Gravierender wog die Vermutung, dass die GIs sich aktiv an sogenannten »Schleusungen« von DDR-Bürgern beteiligen würden.

659 Vgl. Aktion »Bus«, 17.4.1986-8.4.1987, in: BStU, MfS, AGM, Nr. 1780.

660 Exemplarisch: Übergriffe der Besatzer, in: Neues Deutschland, 13. Oktober 1963; ND kommentiert: Besatzergangster, in: Neues Deutschland, 9. Oktober 1964; Ami-Besatzer spielen Wildwest, in: Berliner Zeitung, 5. September 1968.

Die Fluchthilfe versprach neben einem aufregenden Abenteuer auch einen lukrativen Nebenverdienst.<sup>661</sup>

### Amerikanische Fluchthilfe

Unmittelbar nach dem Mauerbau betätigten sich zunächst hauptsächlich Studenten als Fluchthelfer. Binnen weniger Jahre wurden die Hilfsaktionen allerdings nicht nur risikoreicher, sondern auch arbeits- und kostenintensiver, da das Grenzsystem weiter ausgebaut, neue Vorschriften erlassen und spezielle Reisedokumente eingeführt wurden. Nun kam das Personal der Alliierten als potentielle Helfer ins Spiel, da es die Grenze unkontrolliert überqueren durfte und somit leichter gefälschte Dokumente oder gar Personen schmuggeln konnte.<sup>662</sup>

Für die Fluchthelfer um Detlef Girmann stellte die in West-Berlin lebende Harvard-Studentin Joan Glenn Kontakte zu anderen Amerikanern her.<sup>663</sup> Ab 1962 warb die Gruppe gezielt alliierte Soldaten an und bezahlte sie für ihre Hilfe. Gemäß den umfangreichen Recherchen von Marion Detjen war der militärische Geheimdienst der USA zwar informiert, doch standen die amerikanischen Behörden der Fluchthilfe »grundsätzlich mit Zurückhaltung gegenüber«, was von den Fluchthelfern »als Ablehnung« interpretiert wurde – zumal man von britischer und französischer Seite durchaus Hilfe erfuhr.<sup>664</sup>

Für das MfS war die Existenz einer solchen Zusammenarbeit zunächst nur ein Gerücht, dem es nachzuspüren galt. Die Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung hielt 1966 in einem internen Maßnahmenplan fest: »Aller Wahrscheinlichkeit nach besteht die Möglichkeit der Schleusungen [...] an der Grenzübergangsstelle Friedrich/Zimmerstraße«, dem Übergang für »Diplomaten«, »Besatzer und kontrollbefreite Fahrzeuge«; eine aus vier Personen bestehende »Spezialistengruppe für Kfz« solle deshalb von nun an sämtliche Fahrzeuge schriftlich erfassen, »Bildvergleichsmaterial« anfertigen und mit Hilfe von Spiegeln eventuelle Veränderungen am Fahrgestell feststellen. Gegenüber den anderen Mitarbeitern am Kontrollpunkt sollten sie sich als »Spezialistenbrigade« ausgeben, zuständig für die »Analyse des Verkehrs« und die »Durchlaufkapazität und Belastung der Straße«. Nur der örtliche Leiter der ebenfalls zum MfS gehörigen Passkontrollseinheiten und der

661 Siehe für die Proteste aufgrund der Beteiligung an der Fluchthilfe: Grundlagenmaterial für einen Protest des MfAA gegenüber dem Westberliner Senat, in: BStU, MfS, ZKG, Nr. 3373.

662 Zur studentischen Fluchthilfe siehe: Marion Detjen, Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961-1989, Berlin 2005, S. 95-121.

663 Vgl. Maria Nooke, Die Geschichte der Girmann-Gruppe, in: dies./Lydia Dollmann (Hg.), Fluchtziel Freiheit. Berichte von DDR-Flüchtlingen über die Situation nach dem Mauerbau, Berlin 2011, S. 19-49, hier S. 43.

664 Detjen, Ein Loch in der Mauer, S. 224-226, Zitate S. 225.

Sicherheitsoffizier sollten über die Maßnahmen informiert werden. Zu diesem Zeitpunkt standen unter anderem drei amerikanische, ein schwedisches und ein uruguayisches Fahrzeug unter Verdacht, DDR-Bürger in den Westen zu schmuggeln.<sup>665</sup> Im November 1967 rangierten die amerikanischen Automarken Oldsmobile, Buick, Chrysler und Cadillac bereits unter den 14 meist verwendeten Fluchtfahrzeugen.<sup>666</sup> Dies bedeutete jedoch nicht zwangsläufig, dass die Fahrzeuge auch US-Bürgern gehörten; sie waren vor allem aufgrund ihrer Größe für das Verstecken von Personen geeignet. Irrtümlicherweise ging das MfS trotzdem schon bald davon aus, dass amerikanische Geheimdienste hinter einer Vielzahl der Schleusungen steckten – obwohl man nur in einem einzigen Fall festgestellt hatte, dass ein US-Agent auf einer Raststätte zu Fluchthelfern Kontakt hatte.<sup>667</sup> Tatsächlich waren es stets nur einzelne US-Soldaten, die aus Eigeninitiative die deutschen Fluchthelfergruppen unterstützten.<sup>668</sup>

Infolge der durch das Transitabkommen vom Juni 1972 verminderten Kontrollen an den Grenzübergängen stiegen die innerdeutschen Fluchtversuche mittels »Schleusung« kurzfristig deutlich an.<sup>669</sup> Gleichzeitig zogen sich aber auch mehrere Fluchthelfer aus dem Geschäft zurück, und neue Akteure, teils

665 Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung: Maßnahmenplan, 19. Juli 1966, in: BStU, MfS, HA VI, Nr. 1438, Bl. 26-69. Das bedeutet nicht, dass tatsächlich Staatsbürger dieser Länder in die Fluchthilfe verwickelt waren, da auch mit gefälschten Kennzeichen gearbeitet wurde. Vgl. Detjen, Ein Loch in der Mauer, S. 124 f.

666 Übersicht zu den wesentlichen Feststellungen über die Ausnutzung der Verkehrswege (Straße) zwischen Westberlin und Westdeutschland zur Feindtätigkeit sowie über den Missbrauch der für Angehörige der alliierten Besatzungstruppen in Westberlin bestehenden Möglichkeiten der Einreise in die Hauptstadt der DDR und der Benutzung der Verkehrswege nach Westdeutschland zur Organisation von Verbrechen gegen die DDR, 20. November 1967, in: BStU, MfS, JHS Potsdam, HA IX/MF, Nr. 12029, Bl. 13-23.

667 Ebd., Bl. 17.; Übersicht zu weiteren in der Untersuchungsarbeit getroffenen Feststellungen über erfolgte und vorbereitete Personenschleusungen unter aktiver Mitwirkung von Angehörigen der amerikanischen Besatzungstruppen in Westberlin, 4. Mai 1970, in: BStU, MfS, JHS Potsdam, HA IX/MF, Nr. 12592., Bl. 24-30. Weitere sogenannte »Beweise« basierten häufig auf Erzählungen von in die DDR zurückgekehrten Flüchtlingen. Aufgrund des geringen Einblicks dieser Menschen in amerikanische Interna und da zu vermuten ist, dass ihre Erzählungen auch auf der Hoffnung fußten, durch kooperatives Verhalten einer Strafe zu entgehen, sind sie mit äußerster Vorsicht zu genießen. Zudem konstruierte das MfS anhand unterschiedlicher US-Geheimdienstaktivitäten – der Befragung von geflüchteten DDR-Bürgern im Notaufnahmelager, der Aufklärung der Grenzanlagen, der Sammlung von Informationen über West-Berliner Fluchthelfer – eine (in Wahrheit nicht existente) Verbindung, um die eigene Annahme einer organisierten Fluchthilfe zu belegen.

668 Vgl. Detjen, Ein Loch in der Mauer, S. 260-264.

669 Vgl. Monika Tantzsch, Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste bei der Verhinderung von »Republikfluchten« über andere Ostblockstaaten, in: Heiner Zimmermann (Hg.), Die DDR – Erinnerung an einen untergegangenen Staat, Berlin 1999, S. 91-122, hier S. 111.



aus dem kriminellen Milieu, tauchten auf. Die politischen Signale standen zudem auf Entspannung und Annäherung, weshalb die Gruppen nicht nur keine Unterstützung, sondern auch seitens der medialen Öffentlichkeit keinerlei Anerkennung mehr erfuhren. Schließlich gingen West-Berliner Behörden auch strafrechtlich gegen sie vor und versuchten, mit allen gesetzlichen Mitteln den kommerziellen Fluchthelfern das Handwerk zu legen, um die mit der DDR getroffenen Vereinbarungen nicht zu gefährden. Berlin verlor deshalb für die Fluchthelfer an Bedeutung; in »Hamburg, Gießen, München, Frankfurt und anderen westdeutschen Städten« fühlten sich die Akteure »sicherer [...] und ungestörter«. <sup>670</sup>

### Ablauf und Folgen

In der Regel wurden die amerikanischen Soldaten und Zivilangestellten von deutschen kommerziellen Fluchthelfern angeworben. Das MfS ermittelte, dass dies meist in West-Berliner Gaststätten geschah, in denen sich die Soldaten in ihrer Freizeit aufhielten: in *Franky's Pig Pen* oder im *Linda-Lunch* im Kadettenweg in Lichterfelde oder im Restaurant *Drugstore* auf dem Kurfürstendamm. <sup>671</sup> Ein Mitglied der Berliner Militärpolizei bestätigte in einem Interview mit *The Pittsburgh Press* aus dem Jahr 1977 diese Praxis: Die Soldaten würden in den sogenannten GI-Bars oder auch in gastronomischen Einrichtungen in Ost-Berlin angesprochen. Er selbst kenne acht bis zehn Personen, die intensiv als Fluchthelfer aktiv seien, andere würden nur ein einziges Mal mitmachen. Einige am Checkpoint Charlie tätige GIs würden (verbotenerweise) die Fluchthelfer durch das Fälschen der Logbücher unterstützen. Der Preis für eine Flucht liege bei 20.000 DM. <sup>672</sup> Das MfS ermittelte einen anderen Betrag: In den Jahren 1972 und 1982 wurden demnach bis zu 30.000 DM pro Person für eine »Schleusung« verlangt; die beteiligten Amerikaner würden zwischen 4.000 und 7.000 DM erhalten. <sup>673</sup>

670 Vgl. Detjen, Ein Loch in der Mauer, S. 270-301, Zitat S. 282. Siehe auch: Tantzsch, Die verlängerte Mauer.

671 Information über die Einbeziehung kontrollbevorrechtigter Personen in die gegen die DDR gerichtete Tätigkeit von Feindorganisationen, September 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 3085, Bl. 149-168, hier Bl. 168.

672 Vgl. Charles Brady, E. Germans Buy Way To Freedom. People Smuggling: Price is right, in: The Pittsburg Press, 16. Juli 1977, S. B3.

673 Vgl. Zusammenfassender Bericht der von kriminellen Banden unter Einbeziehung von US-Militärangehörigen praktizierten Schleusungsmethoden, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1309, Bl. 2-7; HA Untersuchung: Vernehmungsprotokolle vom April 1982, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1310, Bl. 8 ff.; Information über die Verhinderung einer durch US-Militärangehörige unter Mißbrauch des Militärtransitverkehrs versuchten Ausschleusung von Bürgern der DDR, 29. Juni 1981, in: BStU, MfS, ZKG, Nr. 3373, Bl. 3-5; HA IX: Tagesmeldung Nr. 142/81, 30. Juni 1981, in: ebd., Bl. 6-7; HA IX/9: Erstinformation, 29. Juni 1981, in: ebd., Bl. 8-14; Information über die Einbeziehung von Angehörigen der in Westberlin stationierten westlichen Besat-

Wie eine solche Flucht mit amerikanischer Hilfe verlief, lässt sich anhand der Befragungen in drei Fällen nach gescheiterten Fluchtversuchen in Ansätzen rekonstruieren.<sup>674</sup> Nachdem der US-Soldat William Miller<sup>675</sup> auf frischer Tat ertappt worden war, beschrieb er und die von ihm versteckten DDR-Bürger den Ablauf wie folgt: Am 10. September 1974 habe sich Miller in seinem klapprigen Ford Taunus wie schon viele Male zuvor nach Ost-Berlin begeben. Der New Yorker gönnte sich eine Mahlzeit, ging einkaufen und genehmigte sich anschließend einige Drinks im *Café Moskau*. Doch an diesem Abend fuhr er nicht allein zurück nach West-Berlin. Er sei am Vortag von einem Zivilisten gebeten worden, gegen »etwas Geld« dessen Ost-Berliner Freund bei der Flucht zu helfen, und habe diesem seinen Kofferraumschlüssel überlassen. Die fluchtwilligen DDR-Bürger sahen Miller das erste Mal an eben jenem Abend des 10. September am Märchenbrunnen im Volkspark Friedrichshain. Ein deutscher Fluchthelfer war mit ihnen dort hingefahren. Er sprach kurz allein mit dem Amerikaner, und dieser folgte ihnen dann zu einem Ort in der Nähe des Krankenhauses in der Leninallee (heute Landsberger Allee). Die DDR-Bürger stiegen in den Kofferraum und Miller fuhr mit ihnen zum Grenzübergang in der Friedrichstraße, wo ihm die Durchfahrt verweigert wurde. Die Grenzposten öffneten den Kofferraum, verhafteten die beiden dort versteckten DDR-Bürger und verständigten die sowjetischen Streitkräfte.<sup>676</sup>

Die beiden Flüchtlinge gaben in der zwei Tage später vom MfS durchgeführten Vernehmung an, dass Miller Teil einer Fluchthelferorganisation sei und ein Kurier ihnen im Vorfeld zugesichert habe, dass er ein erfahrener »Schleuserfahrer« sei und daher auch eine »bedeutend höhere Bezahlung« erhalten werde.<sup>677</sup> Ob der Kurier dies nur erzählt hatte, um den hohen Preis für die Fluchthilfe zu rechtfertigen, oder ob die Aussage den Tatsachen entsprach, lässt sich im Nachhinein nicht feststellen. Es stand Aussage gegen Aussage, denn Miller betonte den spontanen Charakter seiner Hilfe. Ob er tatsächlich gegen ein hohes Entgelt oder aus Hilfsbereitschaft das Risiko eingegangen war, lässt sich anhand der Unterlagen des MfS ebenfalls nicht ermitteln. Die zuständigen Mitarbeiter gingen, wie immer, davon aus, dass Miller Teil einer professionellen »Menschenhändlerbande« war, in diesem Fall der Gruppe »Mierendorff«,

zungstruppen zur Feindtätigkeit gegen die DDR unter Ausnutzung der für diese Personen bestehenden Sonderregelungen für die DDR-Ein- und Ausreise, 11. März 1972, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2022, Bl. 1-15.

674 Im Folgenden: Übersetzung des Geständnisses vom 12. September 1974 aus dem Englischen, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 3085, Bl. 55-56 und Bl. 133-134; Grenztruppen der DDR, GÜSt Friedrich-/Zimmerstraße: Protokoll, 10. September 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1305, Bl. 2-3 und 20-44; Vernehmungsprotokolle der beiden Flüchtlinge vom 12. September 1974, in: ebd., Bl. 78-89.

675 Statt des tatsächlichen Namens des US-Soldaten wird im Folgenden ein Pseudonym verwendet.

676 Ebd.

677 Vernehmungsprotokolle der beiden Flüchtlinge vom 12. September 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1305, Bl. 78-89, Zitat Bl. 80.

die angeblich »Beziehungen zu Militärbehörden der USA in Berlin (West) unterhalten würde«. <sup>678</sup> Die sowjetische Botschaft machte den DDR-Ermittlern derweil unmissverständlich klar, die »Festnahme des Amerikaners paßt nicht in die gegenwärtige politische Landschaft«, weshalb der Soldat schnellstmöglich den US-Behörden übergeben werden müsse. <sup>679</sup> Am 17. September wurde Miller am Übergang Heinrich-Heine-Straße nach West-Berlin entlassen. <sup>680</sup> Die den Fall anschließend untersuchenden amerikanischen Stellen fanden heraus, dass ihm 4.000 DM für seinen Einsatz versprochen worden waren. Er wurde im Rang herabgestuft, musste 300 Dollar Strafe zahlen und wurde aus Berlin versetzt. Viele Details konnten jedoch nicht zufriedenstellend ermittelt werden, und es kam die Vermutung auf, »the soldier had been intended victim of a well-planned entrapment«. <sup>681</sup>

Kurz nach der Ausweisung Millers wurden zwei weitere durch US-Soldaten unterstützte Fluchten verhindert. Beide Male wurden nicht die Privatfahrzeuge der US-Soldaten, sondern speziell präparierte VW-Busse verwendet, in dessen Rücksitz sich ein Versteck für drei Personen befand. Am frühen Abend des 10. Oktober 1974 wurde nach »Hinweisen aus der Bevölkerung« ein VW-Bus mit zwei Sergeants der U.S. Air Force in Berlin-Mitte gestoppt. Zwei Männer und eine Frau wurden in der Sitzbank gefunden und verhaftet, die Amerikaner wurden nach West-Berlin ausgewiesen. <sup>682</sup>

In den später angefertigten Vernehmungsprotokollen gaben die Flüchtlinge an, die Fluchthelferorganisation habe sie zu 18.30 Uhr in die nahe des S-Bahnhofs Pankow-Heinersdorf gelegene Heimdallstraße bestellt. Der VW-Bus sei schließlich ebenfalls eingetroffen und der Beifahrer habe ihnen geholfen, das Versteck zu besteigen und anschließend den Deckel der Sitzbank vernagelt. Die Flucht habe eigentlich schon zu einem früheren Zeitpunkt stattfinden sollen, die Fahrer des Busses hätten jedoch an diesem Tag keinen Kontakt zu ihnen aufgenommen. <sup>683</sup> Vier Tage später, am 14. Oktober 1974, wurde ein Lehrer versteckt in der Sitzbank eines ähnlichen Busses gefunden. Die beiden Fahrer, ein Staff Sergeant und ein Private Specialist 2nd Class der U.S. Army, durften

678 Ermittlungsbericht über die Menschenhändlerbande Mierendorff, 12. September 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1305, Bl. 94-96.

679 Inhaltliche, zum Teil wörtliche Wiedergabe des Gespräches zwischen dem Genossen Romanowski, 1. Sekretär der Botschaft der UdSSR in der DDR, und dem Genossen Hauptmann Seidel am 14.9.1974, 18. September 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 3085, Zitat Bl. 131-132.

680 Vgl. USA-Militärangehöriger übergeben, in: Neues Deutschland, 18. September 1974, S. 2.

681 HQ U.S. Army Berlin, Annual Report of Major Activities 1974, in: USAHEC, Berlin Brigade Collection, Command Historical Reports, S. 125.

682 Vgl. Protokoll, 10.10.1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1305, Bl. 103-104.

683 Vgl. Vernehmungsprotokolle vom 12. Oktober 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1305, Bl. 109-124.

umgehend ausreisen.<sup>684</sup> Beide Fluchtversuche wurden der Fluchthelfergruppe Herschel/Haack/Irrgang zugeschrieben.<sup>685</sup>

Aufgrund dieser Häufung an Vorfällen sah sich die sowjetische Botschaft dazu veranlasst, eine Erklärung abzugeben. In einem »vertrauliche[n] Appell« an die Amerikaner wurde betont, dass eine »derartige Situation nicht geduldet werden kann« und man sich notfalls dazu gezwungen sehe, »effektive Kontrollen« einzurichten. Allerdings bestehe aufgrund »der gegenwärtigen positiven Entwicklung in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und der insgesamt ruhigen Situation in Westberlin« keinerlei Interesse an solchen Maßnahmen. Die USA wurden aufgefordert, »eine Wiederholung ähnlicher Fälle in der Zukunft auszuschließen«. <sup>686</sup> Der Appell erwähnte nicht, dass die USA wegen des Vorfalls bereits bei der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin Protest eingelegt hatten, da die Amerikaner von DDR-Organen anstatt von sowjetischen Militärs befragt worden waren.<sup>687</sup> Dennoch stellte sich bald heraus, dass einige Vorwürfe der sowjetischen Botschaft durchaus der Wahrheit entsprachen. Eine interne Untersuchung ergab, dass der gescheiterte Fluchtversuch vom 10. Oktober 1974 von den beiden involvierten Soldaten zunächst nicht gemeldet worden war. Auch hatten sie versucht zu vertuschen, dass sie tatsächlich im Auftrag kommerzieller Fluchthelfer gehandelt hatten. Sie sowie auch die Fluchthelfer vom 14. Oktober erhielten die gleiche Strafe wie Miller. Im Laufe der Untersuchungen fanden die amerikanischen Stellen auch heraus, dass mindestens sechs weitere US-Bürger in die Vorfälle involviert waren und eine Fluchthelferorganisation die präparierten Busse zur Verfügung gestellt hatte.<sup>688</sup> Nun ging es darum, ihnen das Handwerk zu legen und die Nachahmung ihrer Taten zu verhindern.

### Maßnahmen gegen die Fluchthelfer

Schon Anfang des Jahres hatte die amerikanische Militärregierung Kontakt zur Senatskanzlei aufgenommen, um gemeinsam gegen die unliebsamen Fluchthelfer vorzugehen. Ein amerikanischer Oberstleutnant hatte dem US-Stadtkommandanten einen Anwerbeversuch der Brüder Dittmann gemeldet. Dieser spielte nun mit dem Gedanken, die Fluchthelfer zu überführen: Der Soldat könne sich zum Schein auf ihr Angebot einlassen und Beweise sam-

684 Vgl. Protokoll, 14. Oktober, 1974, in: ebd., Bl. 126-127; Vernehmungsprotokoll, 15. Oktober 1974, in: ebd., Bl. 131-135.

685 Vgl. Bericht über die Ergebnisse geführter Untersuchungen zu verhinderten Schleunungsaktionen unter Mitwirkung von US-Armeeangehörigen, in: ebd., Bl. 136-141.

686 Anlage zu dem Brief von Winzer (MfAA) an Erich Honecker, Hermann Axen und Erich Mielke vom 15. November 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 3085, Zitat Bl. 135-137.

687 Erich Mielke an Otto Winzer, 17. Oktober 1974, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 3085, Bl. 175-177; Erich Mielke an Otto Winzer, 18. Oktober 1974, in: ebd., Bl. 174.

688 HQ U.S. Army Berlin, Annual Report of Major Activities 1974, in: USAHEC, Berlin Brigade Collection, Command Historical Reports, S. 125-127. Die Untersuchung der Fälle war bei Abschluss des Jahresberichts noch nicht beendet.

meln. Zuvor musste jedoch geklärt werden, auf welcher rechtlichen Grundlage man die Mitglieder der Gruppe verurteilen könnte. Der politische Berater und der US-Verbindungsoffizier präsentierten Vertretern des Senats ein Papier, dem mögliche Straftatbestände zu entnehmen waren: »Voraussetzung für ein solches Vorgehen sei jedoch die Gewißheit, daß es zu einem Verfahren und einer Verurteilung der Brüder Dittmann komme.«<sup>689</sup> Die Senatskanzlei hatte allerdings Bedenken, denn im Falle eines Verfahrens müsste ein deutsches Gericht alliierte Soldaten als Zeugen vorladen. Vom Umfang ihrer Aussage hinge dann zu weiten Teilen eine erfolgreiche Beweisführung gegen die Fluchthelfer ab – ein Risiko in Anbetracht dessen, dass hier sensible Themenfelder berührt würden. Auch wies die Senatskanzlei darauf hin, dass die Strafzumessung gering ausfallen könnte, sollte die Verteidigung anführen, dass der US-Mission »schon früher [...] bekannt gewesen« sei, dass »Angehörige der US-Streitkräfte an Fluchthilfe teilgenommen« hätten.<sup>690</sup> Die entsprechende Akte wurde mit diesem Vermerk wieder geschlossen. Der juristische Weg schien ausgeschlossen. Die US-Behörden versuchten dann, das Problem auf ungewöhnliche Art zu lösen: Kay Mierendorff, in den 1970er-Jahren der wohl erfolgreichste kommerzielle Fluchthelfer in West-Berlin, wurde mithilfe eines 1950 von der Alliierten Kommandantur erlassenen Gesetzes aus der Stadt ausgewiesen.<sup>691</sup>

Damit war das Problem aber nicht gelöst. Zwischen Anfang 1979 und 1982 ermittelte das MfS insgesamt 17 US-Bürger, die teils mehrfach als Fluchthelfer aktiv geworden waren.<sup>692</sup> Nachdem die US-Armee jahrelang auf die Unterstützung von deutschen Fluchthelfern nur mit geringen Strafen (Einbehalten des Solls, Rangabstufung) und einer Versetzung reagiert hatte, wurde 1983 ein Exempel statuiert und erstmals ein Soldat in den USA vor Gericht gestellt und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Während seine Verteidiger angaben, er habe doch nur aus »brennender Freiheitsliebe« helfen wollen, unterstellten die Anwälte des Militärs dem 22-Jährigen »Geldgier und Abenteuerlust« als Motive und wiesen darauf hin, dass seine Tat gravierende politische Folgen hätte haben können.<sup>693</sup> Da die Fluchthilfe der DDR jederzeit als Vorwand dienen

689 Dr. Schröder, Vermerk: Anwerbung amerikanischer Soldaten durch Fluchthilfeorganisationen, 6. Februar 1974, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 10662.

690 VS-Vertraulich, Betrifft: Anwerbung amerikanischer Soldaten durch Fluchthilfeorganisationen, 7. Februar 1974, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 10662, Bl. 4.

691 Vgl. Altes Schwein, wir knallen dich ab, in: Der Spiegel 9/1978, S. 46-52, hier S. 49.

692 Vgl. Grundlagenmaterial für einen Protest des MfAA gegenüber der Botschaft der USA in der DDR, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1309, Bl. 8-10. Siehe auch: Oberst Coburger an Generalmajor Neiber, Juni 1980, Anhang zur Anlage: Zur Rechtsstellung von Angehörigen der Streitkräfte der drei Westmächte in der DDR-Verfahrensweise zur Unterbindung und Untersuchung von gegen die DDR gerichteten Straftaten und anderen operativ relevanten Vorkommnissen durch diese Personen, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 308, Bl. 60-73.

693 Associated Press, berufungsverhandlung wegen fluchthilfe fuer ddr-buerger – ussoldat erhob einspruch gegen seine verurteilung, in: BStU, MfS, HA IX, Nr. 4429, Bd. 2, Bl. 130.

konnte, die Kontrollen an den Grenzübergängen wieder zu verschärfen oder gar von gemeinsamen Verträgen zurückzutreten, waren die Fluchthelfer zu unliebsamen Störenfriedern des Entspannungsprozesses geworden.

#### 4.6 Resümee

In einem Gespräch mit dem Historiker David E. Barclay zog John Kornblum, politischer Berater der U.S. Mission Berlin von 1979 bis 1981 und Stellvertreter des US-Stadtkommandanten ab 1985, ein nachdenkliches Fazit: »Had the Russians not collapsed in '89 as they did, I personally don't think we could have held our position in Berlin politically for ten years, maybe not five years.«<sup>694</sup>

Auch wenn dies reine Spekulation ist, so konnte hier doch gezeigt werden, dass die Lage durchaus schwierig und das Verhältnis zwischen der US-Armee und der West-Berliner Bevölkerung komplizierter geworden war. Seit Ende der 1960er-Jahre wurden Einrichtungen der USA in West-Berlin und der Bundesrepublik immer häufiger zum Ziel von Protesten und Gewalt.<sup>695</sup> In den späten 1970er-Jahren begannen schließlich auch den »Schutzmächten« eigentlich wohlgesinnte West-Berliner, sich über durch Panzer verschmutzte Straßen, verpestete Luft oder zu laute Weihnachtsmusik zu beschweren.<sup>696</sup> Der alte Konsens, der diese alltäglichen Belastungen als Preis für die Verteidigung der Freiheit West-Berlins erachtet hatte, erodierte zusehends. Doch trotz der wachsenden Konflikte zwischen Teilen der städtischen Bevölkerung und den Alliierten versuchten Politik und Verwaltung in West-Berlin über Jahre hinweg, das Bild von »Amerikas Berlin« zu wahren – mithilfe von Mobilisierungskampagnen, Gegendemonstrationen, Demonstrationsverboten oder ostentativen Freundschaftsbekundungen gegenüber amerikanischen Repräsentanten. Immer wieder wurde der Kampf um Deutungshoheit über die Stadt nicht nur verbal ausgetragen, sondern auch mithilfe von Polizei und Justiz.

Die Konfrontationen forderten die im Kalten Krieg geborene städtische Identität heraus. Doch anstatt den Veränderungen mit Offenheit zu begegnen, »city officials continued to reiterate early Cold War rhetoric in moments of crisis«.<sup>697</sup> Ihre Aufrufe zu Loyalitäts- und Solidaritätsbekundungen verhallten auch noch in den 1980er-Jahren nicht ungehört: Stets nahmen Zehntausende an der jährlichen Militärparade teil, begrüßten freudig amerikanische Gäste

694 Barclay, A »Complicated Contrivance«, S. 122.

695 Vgl. die Berichte an den Innensenator in: LArch B Rep. 002, Nr. 24622. Größtenteils handelte es sich um Schmierereien an amerikanischen Gebäuden oder Protesten in deren Umfeld.

696 Exemplarisch: R. Schäfer an Herrn Dr. Struve (CdS), 21.12.1976, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24865; Beschwerden und Petitionen, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 25732. Für die Jahre zwischen 1966 und 1975 konnte in den deutschen Akten kein einziger Beschwerdebrief gefunden werden. Erst in den 1980er-Jahren häuften sie sich.

697 MacDougall, »We too are Berliners«, S. 97.

und nutzten den Tag der offenen Tür, um die Kasernen der Alliierten zu besuchen. Aus diesem Grund mussten sich die Protestbewegungen mit der alliierten Präsenz und der im Kalten Krieg begründeten städtischen Meistererzählung in irgendeiner Form auseinandersetzen, denn die Deutung der drei westlichen Alliierten als »Schutzmächte« ließ sich nicht einfach ignorieren.

Während die Studentenbewegung das städtische Selbstverständnis eigen-sinnig<sup>698</sup> neu interpretierte und eigene transatlantische Verbindungen knüpfte, versuchte die Friedensbewegung, den städtischen Mythos zu integrieren, daraus aber andere Schlussfolgerungen abzuleiten: In Anbetracht des Zweiten Kalten Krieges müsse West-Berlin von der Front- zur Friedensstadt werden, wolle es den Rüstungswettlauf beenden und die Teilung der Welt überwinden. Erst die Aktivitäten der Umweltbewegung machten – wenn auch von den Akteuren unbeabsichtigt – deutlich, dass die städtische Meistererzählung eigentlich eine defizitäre Realität überdeckte. Spätestens der Kampf gegen die Baumaßnahmen in Düppel demonstrierte die juristische Machtlosigkeit der Stadtbewohner gegenüber ihren »Schutzmächten« und weckte Zweifel an der Vorstellung, West-Berlin sei nicht nur ein »Vorposten der Freiheit«, sondern auch ein weltweites Symbol für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Was sich über die Jahrzehnte ebenfalls änderte, war der Umgang mit jenen Menschen, die die USA vor Ort repräsentierten: Während Mitglieder der Studentenbewegung die GIs direkt ansprachen und mit einzelnen kooperierten, deuteten spätere Protestgruppen sie hauptsächlich als Vertreter der Exekutive einer Außenpolitik, die ihnen kritikwürdig erschien.

Doch nicht nur die lokale Bevölkerung, auch die West-Berliner Politik begegnete den vor Ort lebenden Soldaten mit immer größerer Indifferenz. Die um 1980 aufkommende Renaissance der Freundschaftsaktivitäten auf lokaler wie auch auf Bundesebene schloss die quasi gleich um die Ecke lebenden Amerikaner kaum noch mit ein. Sie wurden infolge des Vietnamkriegs, der Abschaffung der Wehrpflicht und der Dollarkrise auf politischer Ebene zeitweise nur noch als Problem diskutiert: als sozial schwache und meist ungebildete Ausländer, denen man mit Volkshochschulkursen eventuell dabei helfen könne, sich besser zu integrieren.

Der amerikanische Blick auf die eigenen Soldaten entsprach teilweise der deutschen Einschätzung: »A widespread lack of knowledge about German language, culture, and society and fear of committing politically embarrassing errors« habe maßgeblich zu der wachsenden Isolation der eigenen Community beigetragen.<sup>699</sup> Die Soldaten wiederum nahmen zunehmend eine Differenz

698 Der Begriff »Eigen-Sinn« bezeichnet die Fähigkeit und das Bedürfnis, von der eigenen Person her im Rahmen einer Herrschaftsbeziehung Wirklichkeit wahrzunehmen und anzueignen sowie zu handeln. Der Begriff zielt dabei auf die deutende und sinnproduzierende Wirkung dieser Fähigkeit. Thomas Lindenberger, *Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2.9.2014, URL: [http://docupedia.de/zg/lindenberger\\_eigensinn\\_vi\\_2014](http://docupedia.de/zg/lindenberger_eigensinn_vi_2014) [7.4.2017].

699 Hawkins, *Army of Hope, Army of Alienation*, S. 167-180, Zitat S. 167.

zwischen der eigenen und der deutschen Kultur wahr und artikulierten eine Vorsicht, die in den ersten zwei Jahrzehnten der Besatzung gänzlich unbekannt gewesen war.

Die prekäre finanzielle Lage vieler US-Soldaten in Zeiten der Dollarkrise – verbunden mit einem nachlassenden Bedrohungsgefühl infolge der Entspannungspolitik und der damit einhergehenden Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West – ließen schließlich Ost-Berlin zu einem attraktiven Ausflugsziel für amerikanische Familien werden. Als neugierige Touristen und Ausflügler, als Konsumenten auf Schnäppchenjagd, aber auch als Fluchthelfer und aufmerksame Beobachter mit dienstlichem Auftrag überquerten viele täglich die Grenze. Die Haltung der US-Armee zu den privaten Grenzgängen war abhängig von den politischen Beziehungen zwischen der DDR und den USA. Anfangs wurden individuelle Besuche als zu risikoreich und daher unerwünscht eingestuft; ab den 1970er-Jahren wurden sie aus pädagogischen und politischen Gründen begrüßt. In den 1980er-Jahren sorgten insbesondere die Einkäufe im Ostteil der Stadt für Unmut – seitens der ökonomisch benachteiligten DDR-Bürger, aber auch seitens der um den Ruf der »Schutzmacht« bangenden West-Berliner und bundesdeutschen Politik. Die US-Armee versuchte, die Grenzgänge zu regulieren, hatte mit ihren Maßnahmen aber kaum Erfolg. Einigen US-Soldaten boten die Aufenthalte in der östlichen Stadthälfte auch jene Erfahrungen, die sie von einer Stationierung in der »Frontstadt« erwartet hatten und im West-Berlin der Entspannungsära vermissten: Feindbegegnungen und Nervenkitzel, aber auch das Wahrgenommenwerden als generöse Vertreter des freieren und wohlhabenderen Teils der Welt. Die amerikanischen Behörden waren von derartigen Abenteuern wenig angetan, denn sie schaden dem Image der US-Armee und konnten zu Konflikten mit der DDR und der Sowjetunion führen.

Am Vorabend jenes Prozesses, der schließlich das SED-Regime stürzen und die Teilung der Stadt beenden sollte, sah sich demnach auch West-Berlin mit zahlreichen Problemen konfrontiert, die kaum lösbar schienen. Immer mehr zivilgesellschaftliche und politische Akteure und schließlich auch der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen versuchten, den Alliierten Zugeständnisse für mehr politische Selbständigkeit abzurufen und für mehr rechtliche Sicherheit zu sorgen. Umfragen zeigen, wie zugleich vor allem junge Menschen die Sowjetunion nicht mehr als Bedrohung sahen und daher auch die Notwendigkeit der Präsenz von »Schutzmächten« hinterfragten. Nicht zuletzt wurde immer deutlicher, dass sich die ummauerte Insel neu erfinden musste, um in einer veränderten Welt nicht wie ein kurioses Relikt vergangener Tage zu wirken. Der Handlungsspielraum war indes gering.



## 5. Abschied von West-Berlin

Der letzte Eindruck, den West-Berlin auf der internationalen Bühne hinterließ, bevor es zusammen mit der DDR verschwand, war alles andere als positiv. Die konträren Deutungen des städtischen Selbstverständnisses und die unterschiedlichen Ansichten hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA kulminierten im Umfeld des zweiten Besuchs von US-Präsident Ronald Reagan im Sommer 1987. Erneut wurde der Kampf um Deutungshoheit nicht nur mit Worten, sondern auch mit Steinen und Molotow-Cocktails ausgetragen. Es war das Jahr des 750. Stadtjubiläums, zu dem außer dem US-Präsidenten auch der französische Präsident François Mitterrand und Queen Elizabeth anreisten. Die Halbstadt hatte in mühevollen Abstimmungsprozessen einen Weg gefunden, sich in doppelter Abgrenzung – einerseits zu dem 1937 gefeierten Jubiläum, andererseits zu den Aktivitäten Ost-Berlins – mit vielen dezentralen Veranstaltungen und intensiver Bürgerbeteiligung als weltoffen, demokratisch und vielfältig zu präsentieren.<sup>1</sup> Kritik und Gegenaktionen gab es dennoch, denn »sowohl die Inhalte der Berлиндarstellung wie auch die Inszenierungsformen des Stadtfestes« waren »Neuland« und luden zu »Klassifizierungskämpfen um eine urbane Repräsentation der Stadt« ein, die als »erste Anzeichen« für die Neuerfindung des vereinten Berlins in den 1990er-Jahren gedeutet werden können.<sup>2</sup> Dass es dazu kommen würde, ahnte 1987 jedoch niemand. Auch nicht US-Präsident Ronald Reagan, als er am 12. Juni zum dritten Mal in Berlin landete.

Die politischen Vorzeichen waren indes andere als bei seinem letzten Besuch. Mit dem Machtantritt des neuen sowjetischen Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, 1985 hatten sich viele Dinge verändert. Dessen Reformanstöße und Abrüstungsinitiativen ließen den US-Präsidenten umso störrischer und gestriger erscheinen. Eine Emnid-Umfrage kam zu dem Ergebnis, dass zum ersten Mal seit 1945 ein sowjetischer Politiker beliebter war als der amerikanische Präsident.<sup>3</sup> Reagans zweite Amtszeit unterschied sich aufgrund des gesellschaftlichen Drucks gegen seine Rüstungsvorhaben zwar

1 Krijn Thijs, Feiernkonkurrenz im geteilten Berlin. Zur 700-Jahrfeier 1937 und zur 750-Jahrfeier 1987, in: Martin Sabrow (Hg.), Historische Jubiläen, Reihe: Helmstedter Colloquien Bd. 17, Radebeul 2015, S. 25-42. Siehe auch: ders., Drei Geschichten, eine Stadt.

2 Cornelia Kühn, Trachtenumzug, Skulpturenboulevard oder B-750 Parade? Aushandlungsprozesse um die politische Repräsentation und ästhetische Gestaltung der 750-Jahr-Feier in West-Berlin, in: Kaspar Maase u. a. (Hg.), Macher – Medien – Publika. Beiträge der europäischen Ethnologie zu Geschmack und Vergnügen, Würzburg 2014, S. 99-113, hier S. 110 und 113.

3 Vgl. Gorbatschow populärer als Kohl, in: Der Spiegel 18/1987, S. 52-63.

deutlich von der ersten,<sup>4</sup> dennoch wandelte sich das kritische Bild, das die deutsche Öffentlichkeit von ihm hatte, kaum. Die gemeinsam mit Helmut Kohl zelebrierte Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte in Bitburg, wo neben Wehrmachtssoldaten auch Angehörige der Waffen-SS bestattet waren, steigerte weder Reagans noch des Bundeskanzlers Beliebtheit. Zwischenzeitlich waren der NATO-Doppelbeschluss umgesetzt und die umstrittenen Mittelstreckenraketen stationiert worden. Nun sorgte die Frage nach der Rolle des US-Präsidenten in der Iran-Contra-Affäre für negative Schlagzeilen.<sup>5</sup> Trotzdem sah es zunächst so aus, als würde Reagan in seinem letzten Amtsjahr nicht mehr so viele Kritiker mobilisieren wie noch wenige Jahre zuvor. Die *New York Times* zitierte die linksalternative Berliner *taz*, die Reagan im Vergleich zu Bundeskanzler Kohl gar als das kleinere Übel deutete:

Nobody knows why one should demonstrate against Ronald Reagan. [...] He is a lame duck in the last half of his administration, Irangate is on his back and his pension in California is in front. After all, it was he who showed the war-fearing Germans that he is better able to deal with Gorbachev's new thinking than our elected Chancellor. [...] But we in Berlin love traditions, and when Ronald Reagan comes, you demonstrate. Here in Berlin we have a Pavlovian reflex.<sup>6</sup>

Die Berliner Schriftstellerin Ulrike Sterblich, die 1987 an Vorbereitungskursen des Amerika-Hauses für ein Austauschjahr teilnahm, erinnert sich:

Alle im ›Verein Berliner Austauschschüler‹ hatten Einladungen bekommen, um unter den geladenen Gästen bei der Rede von Ronald Reagan dabei zu sein. [...] Einige wollten hingehen, andere wollten lieber an den Demonstrationen gegen Reagan teilnehmen. Man müsse doch kein Fan von Reagan sein, um sich das anzusehen [...], sagten die einen. Man werde medial automatisch dem Jubelvolk zugeschlagen, sagten die anderen. Kein einziger vertrat die Ansicht, man solle zum Brandenburger Tor fahren, um Ronald Reagan zuzujubeln. Und wir waren immerhin alles Leute, die bald für ein

4 Als auch in den USA der Widerstand gegen den Rüstungswettlauf wuchs, trug Reagan dem »dann tatsächlich Rechnung«. Dennoch hatte sich der Verteidigungshaushalt zwischen 1980 und 1984 verdoppelt und wurde auch nicht wieder reduziert: »Wirkliche Rüstungsbegrenzungen wurden in der USA aber erst auf Druck des Kongresses durchgesetzt, der im Sommer 1986 den Präsidenten verpflichtete, Rüstungskontrollen [...] einzuführen.« Stöver, *Der Kalte Krieg*, S. 433.

5 Vgl. Iran-Contra-Skandal: Wußte Reagan mehr?, in: *Der Spiegel* 19/1987, S. 152; Schwere Blessuren, in: *Der Spiegel* 20/1987, S. 153-154; »Reagan hat allen Grund, nervös zu sein«, in: *Der Spiegel* 21/1987, S. 138-139.

6 Serge Schmemmann, 24,000 Demonstrate in Berlin Against Reagan's Visit Today, in: *New York Times*, 12. Juni 1987. Die bessere Bewertung Reagans im Vergleich zu Kohl stand auch im Zusammenhang mit der zögerlichen Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der sogenannten »doppelten Null-Lösung« und des INF-Abkommens. Vgl. Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, S. 563-572.

ganzes Jahr in die USA ziehen wollten. Reagan war wirklich verdammt unpopulär.<sup>7</sup>

Die Planungen für den großen Besuch begannen im Januar 1987. Die amerikanischen Vertreter machten unmissverständlich deutlich, dass die Rede des Präsidenten »im Freien vor einer beeindruckenden Kulisse« stattfinden müsse.<sup>8</sup> Der Vorschlag des Berliner Protokollchefs Leopold von Bredow, den Plenarsaal des Reichstags zu nutzen, wurde abgelehnt, denn »im Fernsehen sähe ein Saal wie der andere aus« und damit würde es »an einer bildlichen Botschaft für den Fernsehzuschauer in den USA« fehlen. Als adäquate Programmpunkte erachteten die Amerikaner eine Rede vor dem Brandenburger Tor, eine Kranzniederlegung am Gedenkort für die Maueropfer, ein Treffen mit einer amerikanischen Mauer-Patrouille und ein Volksfest auf dem Gelände des Flughafens Tempelhof; nicht der Plenarsaal, aber der Platz vor dem Reichstag käme als Alternative für die Rede infrage. Warnende Hinweise des Protokollchefs, dass man zwar »einige tausend geladene Gäste aufstellen« könne, es aber schwierig sei, »den großen Platz einigermaßen zu füllen«, um »hämischen Vergleichen« mit der berühmten Rede Ernst Reuters vorzubeugen, wurden ausgeschlagen.<sup>9</sup> Der US-Gesandte Kornblum wies einige Tage später noch einmal darauf hin, dass das Weiße Haus auf das Brandenburger Tor bestehe, denn der Präsident beabsichtige, »an die großen, symbolischen Reden seiner Vorgänger« in Berlin anzuknüpfen und einen »Entwurf für die Zukunft der Welt und Europas« zu präsentieren. Deshalb stünde es »den Berlinern schlecht an«, wegen der Lage des Tors und möglichen negativen Reaktionen seitens der DDR »hier zögerlich und ängstlich zu erscheinen, wo die Schutzmacht, die die Verantwortung trage, ihr Engagement [...] unterstreichen wolle«.<sup>10</sup> Diesem Argument ließ sich schwerlich etwas entgegen – und so musste West-Berlin sich der Welt aufs Neue als Mauerstadt präsentieren.

Auch die Gegner Reagans bereiteten sich vor: Bei einem ersten Treffen im Kreuzberger Mehringhof am 4. Mai 1987 wurde beschlossen, dem Besuch mit »Randale« zu zeigen, dass »er in eine unfreundliche Stadt« komme.<sup>11</sup>

Randale gab es auch in Ost-Berlin – allerdings auf ganz andere Art. Am Wochenende vor dem Präsidenten-Besuch, zwischen dem 6. und 8. Juni 1987, kamen Stars wie David Bowie, die Eurythmics, Genesis und New Model Army in die Stadt und gaben im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten Konzerte vor

7 Sterblich, *Die halbe Stadt, die es nicht mehr gibt*, S. 234.

8 Hier und im Folgenden: ChefProt, Vermerk, Betreff: Berlinbesuch des US-Präsidenten Reagan am 12.6.87, hier: Gespräch mit Vorkommando, 27. Januar 1987, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 20916.

9 Der Protokollchef von Bredow erachtete eine Rede vor dem Brandenburger Tor als »inopportun und risikoreich«. Vgl. ebd.

10 ChefProt, Betreff: Gespräch mit US-Gesandten Kornblum über Besuch des US-Präsidenten am 12. Juni 1987 in Berlin, 13. Februar 1987, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 21781.

11 SenInn, Referat III B, Lagemeldung Nr. 87/1987, Stand: 8 Uhr, in: ebd.

dem Reichstag. Auf der östlichen Seite des Brandenburger Tors (und somit nahe der sowjetischen Botschaft) versammelten sich in den Abendstunden ebenfalls Hunderte Musikfans, die jedoch nicht nur friedlich lauschten, sondern – als die Staatsmacht Präsenz zeigte – in Chören riefen: »Die Mauer muss weg!«<sup>12</sup>

In West-Berlin veröffentlichten derweil 77 Gruppen einen Demonstrationsoffener Brief, der behauptete, Reagan würde gemeinsam mit Bundeskanzler Kohl einen »Kreuzzug gegen den Osten« planen. Man müsse aber verhindern, dass »von dieser Stadt aus zum ›Kampf gegen das Böse‹ aufgehetzt« und mit »nationalistischen Tönen Parolen des ›kalten Krieges‹ ausposaunt werden«, denn »Berlin (West) darf niemals wieder zurück in die Rolle als ›Pfahl im Fleische« des Kommunismus zurückkehren.<sup>13</sup>

Schon zwei Nächte vor dem Besuch fand die Polizei bei Kontrollen Brandsätze und Krähennetze und stellte fest, dass Parolen an die Mauer nahe des Brandenburger Tors geschmiert worden waren.<sup>14</sup> Am Nachmittag des folgenden Tages begannen die Proteste. Zwischen 15.30 und 20.30 Uhr demonstrierten circa 24.000 Menschen zwischen Kaiser-Friedrich-Straße und Urania. Schon während der abschließenden Kundgebung flogen erste Steine. Wenig später waren bereits die Schaufenster von 40 Geschäften und Banken in der Umgebung zerstört, sechs Reisebusse beschmiert und fünf Autos beschädigt bzw. zwei in Brand gesetzt. Um 22 Uhr wurde es in Schöneberg wieder ruhiger, dafür ging es kurz darauf in Kreuzberg los: Im Umfeld des Heinrichplatzes wurden Ziegelsteine von den Dächern geworfen, Bauwagen angezündet und diverse Hindernisse auf der Fahrbahn platziert, um Polizeifahrzeugen die Durchfahrt zu erschweren. Die Bilanz der Polizei lautete: 70 Festnahmen und 67 verletzte Beamte.<sup>15</sup> Die Fotos der Nacht zeugen von heftigen, gewalttätigen Auseinandersetzungen auf den Straßen, die erst gegen 3 Uhr morgens endeten.

Neun Stunden später, am Vormittag des 12. Juni 1987, landete Ronald Reagan in Tempelhof. Über 10.000 Polizisten waren an diesem Freitag im Einsatz, um mögliche Ausschreitungen oder gar ein Attentat auf den Präsidenten zu verhindern. Die Polizei ließ den Bahn- und Busverkehr nach Kreuzberg für mehrere Stunden unterbrechen und kontrollierte verdächtige Personen an den Zufahrtsstraßen. Kreuzberg wurde zur Insel inmitten einer Insel. Eine Gruppe

12 Vgl. Schöne, Ronald Reagan in Berlin, S. 36 ff. Siehe auch den Beitrag »Tanzen aus der Reihe. Rebellion am Brandenburger Tor« der Sendung KONTRASTE in der Mediathek der Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <http://www.bpb.de/mediathek/754/tanzen-aus-der-reihe> [7.4.2017].

13 Flyer: Wir sagen nein zu Reagans Politik, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5237, Bl. 18-19.

14 SenInn Referat III B, Lagemeldung Nr. 115/87, Stand: 8 Uhr, 11. Juni 1987, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 21781.

15 SenInn Referat III B, Lagemeldung Nr. 117/87, Stand: 8 Uhr, 12. Juni 1987, in: ebd.; Information G/024267/12/06/87/09: Aufenthalt des USA-Präsidenten in Westberlin, 13. Juni 1987, in: BStU, MfS, ZOS, 2263, Bl. 48-57.

von über 300 Demonstranten auf dem Kurfürstendamm wurde am Nachmittag für Stunden eingekesselt und festgehalten. Die Einsatzstrategie erntete später massive Kritik.<sup>16</sup>

Während Kreuzberg abgeriegelt war, pilgerten etwas weiter nördlich 25.000 geladene Gäste in Richtung Brandenburger Tor, um einen Blick auf den Präsidenten erhaschen zu können.<sup>17</sup> Dieser besuchte zwischenzeitlich unbehelligt das Schloss Bellevue und machte einen Rundgang durch den Reichstag, wo er vom Balkon einen Blick auf die Grenzanlagen warf.<sup>18</sup> Im Anschluss sprach Reagan vor dem Brandenburger Tor die heute berühmten Worte: »Mr. Gorbachev, tear down this wall!« Während dieser Ausspruch im Rückblick oftmals als Vorbote, kluge Prophezeiung oder gar als eine der Ursachen für den Zusammenbruch des sowjetischen Systems interpretiert wird, wirkte er damals für viele Beobachter eher als Beweis dafür, dass die USA nicht verstanden hatten, dass die 1950er-Jahre vorüber waren. Der Spiegel bezeichnete Reagans »Berlin-Initiative«, die neben dem Abriss der Mauer auch noch weitere Ideen wie zum Beispiel die Durchführung der Olympiade in beiden Stadtteilen beinhaltete, als »unrealistisch und illusionär, vielleicht sogar schädlich«; Experten des Auswärtigen Amtes würden sie als »unbedacht, übereilt und voller Risiken für den Status von Berlin«, gar als »Flop« werten und »Amateure und Kontrolleure am Werk« sehen.<sup>19</sup> Die *Zeit* gestand dem Präsidenten immerhin »Mut zur Utopie« zu und erinnerte daran, dass Reagans harsche Worte Teil einer »Doppelstrategie« aus Standfestigkeit und der »Bereitschaft, auf die andere Seite zuzugehen«, waren.<sup>20</sup> Die Rhetorik des US-Präsidenten unterschied sich damals auch kaum von zahlreichen anderen Versuchen im Umfeld des Stadtjubiläums, die städtische Einheit zu beschwören und »auch gegen den Strom der Zeit an einer Vorstellung von Berlin festzuhalten, die vielen Zeitgenossen als historisch überholt galt. Gerade der Kontrast zur West-Berliner Alltagswirklichkeit machte das Einheitspathos damals so markant und teilweise auch

16 Vgl. SenInn Referat III B, Lagemeldung Nr. 119/87, Stand: 8. Uhr, 15. Juni 1987, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 21781; Schöne, Ronald Reagan in Berlin, S. 32-47; Ordentlich scheppern, in: Der Spiegel 26/1987, S. 23-24.

17 Vgl. Serge Schmemmann, 24.000 demonstrate in Berlin against Reagan's visit today, in: New York Times, 12. Juni 1987; »Mr. Gorbachev, tear down this wall!« in: Tagesspiegel Online, 12. Juni 2012, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/ronald-reagan-vor-25-jahren-in-berlin-mr-gorbachev-tear-down-this-wall/6736910.html> [6.6.2018].

18 Vgl. Armed Forces Radio and Television Service, Live-Berichterstattung vom 12. Juni 1987, Series: »Air Force Now« Program Video Recordings, 1963-1992, online bereitgestellt durch die U.S. National Archives, Teil 1: <https://www.youtube.com/watch?v=BhsFoES51jU> [6.6.2018].

19 Amateure am Werk, in: Der Spiegel 3/1988, S. 34-37. Zu den (geringen) Folgen der Berlin-Initiative siehe: Armin Mitter, »Die Tragödie ist vorbei«. Die Alliierten in Berlin 1989/90, Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 32, Berlin 2011.

20 Dieter Buhl, Mut zur Utopie, in: Die Zeit, 19. Juni 1987.

umstritten.«<sup>21</sup> Demgemäß waren die Worte der Vorredner Reagans, die des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen und des Bundeskanzlers Helmut Kohl, nicht weniger bestimmt und fordernd.

Im Anschluss an die feierlich-kämpferischen Reden wurde der Gast samt Ehefrau zurück nach Tempelhof gefahren, wo im historischen Flughafengebäude *America's Birthday Party for Berlin* stattfand. Hier war »Amerikas Berlin« zu Hunderten versammelt und feierte bei Hotdogs, Hamburgern und Eiscreme in üppig dekoriertem Ambiente. US-Botschafter Richard Burt hielt eine lange Rede auf Deutsch und Englisch, amerikanische Schüler überreichten dem Regierenden Bürgermeister Essays und ein Poster mit Geburtstagswünschen für ihre temporäre Heimatstadt, während fünf Berliner – unter anderem Conrad Schumann, der 1961 als NVA-Soldat für seinen spontanen Sprung über den Stacheldraht am Tag des Mauerbaus Berühmtheit erlangte – hinter den Kulissen stellvertretend für alle anderen Bürger dem Präsidenten persönlich die Hand schütteln durften.<sup>22</sup> Dann kamen Reagan und Kohl in Begleitung ihrer Ehefrauen unter großem Jubel auf die Bühne. Vor einer gemalten Kulisse stehend, die die Kongresshalle zeigte, fühlte sich der US-Präsident wohl und machte ausgelassene Witze. Als ein Luftballon während seiner Ansprache platzte, spielte er auf das auf ihn verübte Attentat vor sechs Jahren an und scherzte: »Missed me!« Reagan fasste sichtlich gerührt die Geschichte der Freundschaft zwischen den USA und West-Berlin zusammen und bekundete seinen Respekt und seine Bewunderung für den Einsatz der Berliner für Freiheit und Demokratie. Schließlich gab es noch eine riesige Geburtstagstorte und insgesamt 20.000 rote, weiße und blaue Luftballons sowie an weißen Fallschirmchen hängende Süßigkeiten, die im Gedenken an die »Rosinenbomber« von der Hallendecke fielen. Nachdem alle kurz von der Torte genascht hatten, verließen Reagan und seine Frau die Bühne.<sup>23</sup>

Während der Präsident freudig strahlend gegen 16 Uhr die *Air Force One* bestieg, rüstete sich Kreuzberg für eine weitere Nacht mit erbitterten Straßenkämpfen und brennenden Barrikaden. Die Krawalle dauerten bis in die frühen Morgenstunden und endeten mit zahlreichen Verhaftungen unter anderem wegen versuchten Totschlags.<sup>24</sup> Das restliche West-Berlin feierte indes unbeirrt weiter. Keine 24 Stunden nach dem Präsidenten-Besuch fanden sich auf

21 Thijs, *Feierkonkurrenz im geteilten Berlin*, S. 42.

22 Armed Forces Radio and Television Service, Live-Berichterstattung vom 12. Juni 1987, Series: »Air Force Now« Program Video Recordings, 1963-1992, online bereitgestellt durch die U.S. National Archives, URL Teil 2: <https://www.youtube.com/watch?v=Zt7f6bonq-o> [6.6.2018].

23 Armed Forces Radio and Television Service, Live-Berichterstattung vom 12. Juni 1987, Series: »Air Force Now« Program Video Recordings, 1963-1992, online bereitgestellt durch die U.S. National Archives, URL Teil 3: [https://www.youtube.com/watch?v=Rj45x5\\_ZI3s](https://www.youtube.com/watch?v=Rj45x5_ZI3s) [6.6.2018].

24 Vgl. SenInn Referat III B, Lagemeldung Nr. 119/87, Stand: 8. Uhr, 15. Juni 1987, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 21781.

der Straße des 17. Juni erneut 75.000 Zuschauer ein, um die 2.750 Soldaten, 65 Panzer und 130 weitere Militärfahrzeuge sowie die spektakuläre Show der Fallschirmspringer auf der Parade zum Tag der Alliierten Streitkräfte zu bestaunen.<sup>25</sup> Widersprüchlicher hätte sich die Halbstadt an einem Wochenende kaum präsentieren können.

In der politischen Kommunikation wurden infolge des Präsidentenbesuchs all jene, die auf unterschiedliche Art und Weise Kritik geäußert hatten, abermals aus der Stadtgemeinschaft ausgeschlossen. Die Zustimmung zur Präsenz der Alliierten und zur »Westbindung« der Stadt diente hierbei als charakteristisches Merkmal eines »richtigen« Berliners. Was 1968 mit der Diffamierung protestierender Studenten als »Unberliner« begonnen hatte, fand so 1987 eine Fortsetzung. Schon im Mai hatte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen verkündet: »Eine Clique von Anti-Berlinern hat sich in brutaler Gewalt zusammengerottet, um zu stören und zu zerstören. Das werden sich die Berliner nicht gefallen lassen.«<sup>26</sup> Der Terminus bezog sich auf jene Gruppe Kreuzberger Bürger, die in die Krawalle in der Nacht zum 1. Mai – das Eröffnungswochenende des Stadtjubiläums – involviert waren und in ihrem Stadtbezirk geplündert und gebrandschatzt hatten.<sup>27</sup> Nach den Ausschreitungen im Umfeld des Reagan-Besuchs fand der Begriff nun wieder Verwendung, um die guten, applaudierenden West-Berliner von den falschen, randalierenden abzugrenzen. Auch wenn von der städtischen Politik kein überzeugendes, integratives Deutungsangebot gemacht wurde, was West-Berlin in der neuen Zeit sein sollte, so wurde dennoch deutlich kommuniziert, was es nicht sein sollte: das links-autonome Kreuzberg.

Die Ausgeschlossenen reagierten mit einer trotzigem Entgegnung: In Anlehnung an die sogenannten »Jubel-Perser«, die während des Schah-Besuchs 1967 organisiert und gegen Bezahlung dem Staatschef applaudiert hatten, wurden die »richtigen« Berliner von ihnen als »Jubel-Berliner« bezeichnet.<sup>28</sup> Sie erachteten den Begriff »Anti-Berliner« als »Ausdruck eines bis ins Groteske überzogenen, intoleranten Lokalpatriotismus«<sup>29</sup> und machten ihn sich auf provokante Art zu eigen: Auf der Kottbusser Brücke errichtete das Künstlerkollektiv *Büro für ungewöhnliche Maßnahmen* am 17. Juni 1987 einen »antikapitalistischen Schutzwall« mit der Aufschrift »Hier beginnt Anti-Berlin« und

25 Brigitte Grunert, Berliner Chronik: 13. Juni 1987, in: Tagesspiegel Online, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-chronik-13-juni-1987/6741852.html> [6.6.2018].

26 Zit. n. Thijs, Drei Geschichten, eine Stadt, S. 193.

27 Vgl. Schwarze Nacht, in: Der Spiegel, 20/1987, S. 57-64.

28 »Jubel-Berliner: Berliner, die zu besonderen Anlässen, meist bei Staatsbesuchen und insbesondere bei Visiten US-amerikanischer Präsidenten, kameragerecht zum Jubeln antraten.« Eintrag in: Mailänder/Zander, Das kleine Westberlin-Lexikon, S. 134.

29 Eintrag »Anti-Berliner«, in: ebd., S. 21. Siehe auch: Müller, Subkultur Westberlin, S. 28 f. und 192-194.

verteilte Passierscheine für das »Freiwild-Gehege SO36«. <sup>30</sup> Die Band *Fehlgeburt* veröffentlichte einen Song mit dem Titel »Antiberliner«, der die Worte Diep- gens als Sample integrierte und sich dann auch auf der alternativen Compila- tion *750 Jahre Anti-Berlin – Bei Bolle hat's gebrannt* wiederfand. Im Oktober des Jahres nahmen 5.000 Berliner (und circa 30.000 Schaulustige) an der ebenfalls durch das *Büro für ungewöhnliche Maßnahmen* organisierten *B-750 Parade* auf dem Kurfürstendamm teil, die das Stadtjubiläum satirisch kommentieren sollte und deren Höhepunkt die Zerlegung eines Pappbären vor dem Café Kranzler war. <sup>31</sup>

Die Stadt war nun (mindestens) dreigeteilt: in die Hauptstadt der DDR, die Hauptstadt im Wartestand und das sich als Avantgarde und kreative Insel verstehende »Anti-Berlin«, dass die Auseinandersetzung zwischen den beiden anderen Berlins als Relikt vergangener Zeiten verstand.

Allerdings versuchte auch der West-Berliner Senat in den 1980er-Jahren immer wieder zaghaft, die politische Rolle West-Berlins neu zu definieren – zum Missfallen der Alliierten, die als Wächter über Statusfragen und die städti- schen Außenbeziehungen darauf achteten, dass keine Kompromisse zugunsten der Sowjetunion eingegangen wurden, die langfristige Folgen hätten haben können. <sup>32</sup> Insbesondere die Kooperationsversuche zwischen Ost und West im Vorfeld des Stadtjubiläums sowie die Einladungen Erich Honeckers an Richard von Weizsäcker und später an Eberhard Diepgen sorgten für Verstim- mungen und Konflikte zwischen dem Senat und den Westmächten. Zugleich kamen neue Themen auf, die den Akteuren zeigten, dass die alte Feindschaft sie an der Lösung aktueller Konflikte hinderte: Dem internationalen Terroris- mus und Drogenschmuggel sowie Migrationswellen aus Sri Lanka, Iran und anderen Ländern der »Dritten Welt« konnte nicht begegnet werden, da aus politischen Gründen auf der westlichen Seite der Berliner Mauer keine Kontrollen einreisender Personen erfolgten und die DDR sich gegen einen Informationsaustausch und die Ausarbeitung gemeinsamer Strategien für Si- cherheitsmaßnahmen am Flughafen Schönefeld immer wieder sträubte. <sup>33</sup> Die alte Ordnung schien für die neuen Fragen und Probleme immer weniger

30 Düsphohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 146; Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt*, S. 193-195.

31 Vgl. Kühn, *Trachtenumzug, Skulpturenboulevard oder B-750 Parade*, S. 112 f.; Akti- onskunst: *Gutes von unten*, in: *Der Spiegel* 49/1987, S. 280.

32 Die US-Armee hielt im Januar 1989 fest, dass es ein »increasing disagreement between the Allies and mainstream political leaders in West Berlin over the Berlin status question« gebe. U.S. Command Berlin/U.S. Army Berlin (Hg.), *Berlin Command. Consolidated Historical Review, 1985-86*, II. Januar 1989, in: NARA, *A City Divided*, S. 2.

33 Im September 1986 kam die DDR den Wünschen des West-Berliner Senats, der USA und der Bundesrepublik insoweit entgegen, als sie verkündete, künftig nur noch Transitvisa zu vergeben, wenn Einreisende ein Visum für das Zielland vorweisen können. Damit endete der Flüchtlingsstrom nach West-Berlin abrupt. Vgl. ebd. Für die DDR-Seite und die Ablehnung eines Austauschs von Informationen zum inter-



Antworten bereitzuhalten oder ihrer Lösung sogar im Wege zu stehen. Man könnte sagen, dass sich hier bereits jene forcierte »Globalisierung«<sup>34</sup> ankündigte, die meist eigentlich als charakteristisches Merkmal der 1990er-Jahre gewertet wird, aber ihren Ursprung in den Jahren vor 1989 hat: »The decades of the 1970s and 1980s showed that internationalism and globalization proved more enduring than cold war geopolitics.«<sup>35</sup> West-Berlin schien jedoch in einer Zeitschleife gefangen. Obwohl sich auf vielfache Art und Weise eine neue Zeit ankündigte, musste es bei Staatsbesuchen, Jubiläen und anderen Festivitäten weiterhin die Mauer- und Frontstadt mimen. Sobald es zaghaft an seinem Status rütteln wollte, wurde es in die Schranken verwiesen. Zeitgenössische Beobachter mahnten indes, die Halbstadt müsse sich mehr nach Osten öffnen, müsse Drehscheibe zwischen Ost und West werden.<sup>36</sup> Das wurde sie dann tatsächlich – nur auf ganz andere Art als erwartet.

## 5.1 Der Abzug der alliierten Truppen

Mit der Öffnung der Grenze am 9. November 1989 kündigten sich schnell neue Herausforderungen an, die alte Konflikte zwischen den West-Berlinern und ihren »Schutzmächten« in Vergessenheit geraten ließen.<sup>37</sup> Mit Freude und Skepsis zugleich beobachteten die Alliierten, wie schnell Ost- und West-Berlin sich in den folgenden Wochen in Form eines »provisorischen Regionalausschusses« einander politisch annäherten. Die Besatzungsmächte stimmten ihre Vorgehensweise detailliert untereinander sowie mit dem Senat und der Bundesregierung ab. Schlussendlich wurde das Besatzungsstatut mit der Vereinigung Deutschlands unwirksam. Auf Initiative des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper wurde jedoch beschlossen, dass die Westalliierten die Stadt erst verlassen würden, nachdem die sowjetischen (bzw. nun russischen) Streitkräfte vollständig abgezogen waren.<sup>38</sup>

nationalen Terrorismus siehe die entsprechenden Dokumente in: BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 1053; BStU, MfS, HA XXII, Nr 18138.

34 Zu der Schwierigkeit, eine präzise Definition zu finden: Angelika Epple, Globalisierung/en, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.6.2012, URL: [http://docupedia.de/zg/epple\\_globalisierung\\_v1\\_de\\_2012](http://docupedia.de/zg/epple_globalisierung_v1_de_2012) [7.4.2017].

35 Iriye, *Historicizing the Cold War*, S. 23. Siehe auch: Hyung-Gu Lynn, *Globalization and the Cold War*, in: Immerman/Goedde, *The Oxford Handbook of the Cold War*, S. 584-601.

36 Vgl. Joachim Braun, *Berlin ist keine Hauptstadt*, in: *Der Spiegel* 52/1987, S. 32-33.

37 Zu den Entwicklungen im Jahr 1989 in West-Berlin siehe: Stefanie Eisenhuth, *West-Berlin und der Umbruch in der DDR. Grenzübergreifende Wahrnehmungen und Verhandlungen 1989*, Berlin 2012.

38 »In den 2+4-Verhandlungen trat die Sowjetunion dafür ein, die Aufhebung der Vier-Mächte-Rechte für Berlin vor der für die Bundesrepublik geltenden durchzuführen. Damit sollten auch die Streitkräfte der vier Alliierten abziehen und Berlin eine »entmilitarisierte« Stadt werden. Das lehnten die Westmächte und die Bundesrepublik

Den 50. Jahrestag ihrer Militärpräsenz sollten die Alliierten allerdings nicht mehr zelebrieren; die Übergangsphase endete 1994. Die »Schutzmächte« waren somit Gäste und Beobachter des städtischen Zusammenwachsens. In einem Jahresbericht von 1993 hielt die Berlin Brigade mit Erleichterung und unverkennbarer Schadenfreude fest,

the United States became a rapidly diminishing political target. In fact, the main battles fought out over the American presence were fought out among various German authorities vying for control of American-used properties. [...] Moreover, with all the real social and economic difficulties afflicting Berlin in the aftermath of reunification, few saw fit, even among earlier critics of the Allies, to carry on old battles that could only be taken seriously when times were exceedingly good.<sup>39</sup>

Als letzter »tempest in a teapot« gingen einige versehentlich bei einem Manöver entwurzelte Bäume aus dem Grunewald in die Geschichte der Berliner Jahre der US-Armee ein.<sup>40</sup> Die amerikanische Militärgemeinde hatte sich in den turbulenten Monaten um den Mauerfall intensiv bemüht, den Senat vor allem bei der Bewältigung der Fluchtwelle zu unterstützen:

Soldiers provided food at the Marienfelde Refugee Camp. American families hosted resellers to Thanksgiving and Christmas dinners and contributed clothing and toys through Operation Thanksgiving. Building #810 at Roosevelt Barracks was converted in 2 weeks to living space for 600 people. Over 1000 resettlers have lived there and the last family will move out by the end of August [1990] to a new apartment. Construction and renovation of 118 Tempelhofer Damm by soldiers, Berlin Senate contractors, and U.S. Forces civilian workers provided a home for 56 people.<sup>41</sup>

Für viele US-Soldaten bedeutete die historische Zäsur schon bald den Abschied von einem friedlichen Stützpunkt und die Versetzung an Orte, die weniger Ruhe versprachen.<sup>42</sup> Die Berlin Brigade wurde an den globalen Standard anderer US-Militärbasen angepasst und von einer fest an einem Ort stationierten zu einer mobilen Einheit umstrukturiert. Um international einsatzfähig zu sein und dennoch bis zum kompletten Abzug eine funktionierende

schon deshalb ab, weil damit der Sowjetunion einseitige Vorteile eingeräumt worden wären, denn ihre Truppen blieben weiterhin in der DDR stationiert.« Vgl. Mitter, »Die Tragödie ist vorbei«, hier S. 120.

39 U.S. Army Berlin, Consolidated Annual Report 1991-1992, 27. Juni 1993, in: USA-HEC, Collection U.S. Army Berlin 1991-1994, S. 17 f.

40 Ebd.

41 Raymond E. Haddock an Walter Momper, 23. August 1990, in: LArch, B Rep. 002, Nr. 24535, Bl. 93.

42 In der Bundesrepublik wurden die Truppen ebenfalls drastisch reduziert, doch blieben die meisten Stützpunkte erhalten, da sich an der NATO-Mitgliedschaft nichts änderte. Nur die (ehemals) sowjetische Armee zog ihre Truppen vollständig ab.

Infrastruktur in Berlin garantieren zu können, führte die US-Armee eine »Civilianization« durch, indem sie militärische gegen zivile Angestellte, zum Teil mit Zeitverträgen, austauschte. Einzelne Einheiten wurden deaktiviert, und die Soldaten reisten in die USA zurück oder wechselten innerhalb Berlins ihren Job. Im Dezember 1992 war die US-Armee nur noch mit 2.046 Mann in Berlin vertreten.<sup>43</sup> Theoretisch unterstanden die noch verbleibenden alliierten Soldaten nun dem Standort-Kommandanten der Bundeswehr, praktisch hatte die deutsche Armee jedoch infolge der Wiedervereinigung andere Sorgen und gestattete den West-Alliierten »to go on as before«; nur bei Treffen mit »den Russen« wollten deutsche Militärs auf jeden Fall zugegen sein.<sup>44</sup> Die neue *Training Guidance* vom Sommer 1991 dokumentiert die Unsicherheit jener Jahre, die das Ende einer Ära und den Aufbruch in eine ungewisse Zukunft mit sich brachten:

Our success in the coming year will be measured by our ability to deal with ambiguity. As soldiers we do not pick our enemies, missions, date and location of our employment. We are responsible for training a combat ready force for employment wherever, whenever, and against whomever our nation identifies as a threat.<sup>45</sup>

Neue Bedrohungen ließen tatsächlich nicht lange auf sich warten: Mit der Annexion Kuwaits durch den Irak begann im August 1990 der Zweite Golfkrieg. Einige Soldaten wurden nach Abschluss der *Operation Desert Shield/Desert Storm* im Irak von Berlin nach Saudi-Arabien versetzt, andere waren an der Rettungsmission *Operation Provide Comfort* an der südöstlichen Grenze der Türkei beteiligt und halfen kurdischen Flüchtlingen. Teile der Militärpolizei waren temporär auf dem Flughafen von Mombasa tätig, um Nahrungsmittellieferungen nach Somalia zu gewährleisten, wo 1991 ein Bürgerkrieg ausgebrochen war. Fünf Mitarbeiter des Medical Departments halfen zeitweise in einem Militärkrankenhaus in Kroatien, da es dort nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 ebenfalls zu einem Krieg kam.<sup>46</sup> Dies blieb nicht der einzige Einsatzort auf dem Balkan: Mehrere Hundert Soldaten der Berlin Brigade wurden direkt mit den Folgen des Zusammenbruchs Jugoslawiens konfrontiert; als Teil der UN-Friedensmission *Operation Able Sentry* war ihr nächster Einsatzort das gerade unabhängig gewordene Mazedonien. Sie sollten dort das tun, worauf sie spezialisiert waren: die Demonstration von Stärke an der Grenze zu einem feindlichen Staat – dieses Mal an der Grenze zu Serbien. Diese Entscheidung sorgte in Berlin zunächst für Verwirrung, da man fest mit einer Verlegung nach Sarajevo gerechnet hatte; mit einer von feindlichen Truppen belagerten Stadt hatte man doch schließlich Erfahrung. Die letzten

43 U.S. Army Berlin, Consolidated Annual Report 1991-1992, 27. Juni 1993, in: USA-HEC, Collection U.S. Army Berlin 1991-1994, S. 3-5.

44 Ebd., S. 16.

45 Ebd., S. 8.

46 Ebd., S. 8-14.

Monate in Berlin dienten der intensiven Vorbereitung auf die neue Mission. Ablenkung bot lediglich eine »plethora of honor ceremonies, concerts, farewell activities and parades relating to the final departure of Allied and Russian Forces from Berlin«. <sup>47</sup>

Ebendiese Feierlichkeiten zur Verabschiedung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs machten das unterschiedliche Verhältnis zwischen ihnen und der deutschen Bevölkerung sowie die feindlichen Linien des Kalten Krieges noch einmal deutlich. Die Amerikaner hatten die Entscheidung über die Veranstaltungsform den Deutschen überlassen; die Briten und Franzosen sowie schließlich auch die Bundesregierung plädierten für getrennte Feiern – im Westen ein feierlicher Abschied der »Schutzmächte«, im Osten ein rascher Abzug der Besatzer. Bundeskanzler Kohl schlug dem neuen russischen Präsidenten Boris Jelzin das Nationaltheater in Weimar als Ort für die deutsch-russischen Feierlichkeiten vor sowie eine Zeremonie am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow. Doch beim russischen Militär löste die Idee einer Feier an dem einst von den Amerikanern eroberten Ort – der sich dazu noch in unmittelbarer Nähe des KZ Buchenwald befindet, das nach 1945 zeitweise als sowjetisches Speziallager diente – Stürme der Entrüstung aus. Auch die russische Regierung fühlte sich gedemütigt: Man habe schließlich einen entscheidenden Beitrag zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges geleistet und durch militärische Zurückhaltung auch den unblutigen Ausgang der friedlichen Revolution von 1989 ermöglicht. <sup>48</sup>

Laut einer Emnid-Umfrage vom Mai 1994 bevorzugten 75 Prozent der Deutschen eine gemeinsame Feier aller vier Alliierten. <sup>49</sup> Eine durch Infas in Berlin durchgeführte Befragung kam zu einem etwas weniger eindeutigen Ergebnis. Hier sprachen sich zwar auch knapp 60 Prozent für eine gemeinsame Verabschiedung aus, doch eine Anschlussfrage verdeutlichte die unterschiedliche Bewertung der jahrzehntelangen Militärpräsenz: Während 77 Prozent der befragten Berliner die West-Alliierten als »Freunde« erachteten, empfanden 49 Prozent die Sowjetunion als »Besatzer«. <sup>50</sup> Der Terminus »die Freunde« war

47 Forward/Preface, in: USACMH, U.S. Army Berlin, Annual Historical Report 1993, 30. Juni 1994, S. 11; Chapter I: Mission and Organization, in: ebd., S. 1-2 und 6, Zitat S. 16.

48 Vgl. Satjukow, Besatzer, S. 14-23; Getrennt feiern, gemeinsam abziehen, in: Der Spiegel 20/1994, S. 26-28.

49 Ebd., Umfrageergebnisse auf S. 28.

50 Die Einschätzung variierte zwischen Ost und West: »[T]he researchers found that 33 percent of the East Berliners and 10 percent of the West Berliners saw the Western forces as occupiers, whereas 53 percent of the westerners and (notably) 42 percent of the easterners felt this way about the Russian troops. [...] Among those favoring the ex-communist Party of Democratic Socialism (PDS), 61 percent saw the Russians as friends, whereas 51 percent of Social Democratic Party (SPD) supporters and only 22 percent of Christian Democratic Union (CDU) partisans felt this way.« Dirk Verheyen, United City, Divided Memories? Cold War Legacies in Contemporary Berlin, Lanham [u. a.] 2008, S. 73.

in der DDR zur Bezeichnung der sowjetischen Truppen schon seit Jahren nur noch ironisch verwendet worden; nun kam es »zu einer massiven und massenhaften Verteufelung«, wie Silke Satjukow schildert:

Die Besatzer hielten nun als probate Sündenböcke im wahrsten Sinne des Wortes her: Beladen mit all den negativen physischen und psychischen Hinterlassenschaften des Sozialismus trieb man sie zum Tor hinaus [...], Öffentlich und ungehemmt berichteten vor allem die Medien immer wieder von Kriminalität, ökonomischem Frevel, Korruption und moralischem Sumpf.<sup>51</sup>

Zu Ehren der Westalliierten fand unterdessen am 12. Mai 1994 – dem »Tag der Luftbrücke« – im Berliner Olympiastadion eine große »Farewell Party« mit den Beach Boys, Status Quo und Charles Aznavour statt. Russland verabschiedete sich einen Monat später mit einem Friedenskonzert in der Waldbühne.<sup>52</sup> Die Details für den militärischen Abschied standen zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht fest. Bundeskanzler Kohl unterbreitete Präsident Jelzin zwar persönlich einen überarbeiteten Plan, der Kompromissbereitschaft signalisierte, aber zugleich noch immer für die russische Seite problematische Elemente enthielt.<sup>53</sup>

Verabschiedet wurde die einstige Sowjetarmee – nun genannt Westgruppe der GUS-Truppen<sup>54</sup> – schließlich ohne politische Prominenz mit kleineren Paraden in Wünsdorf am 11. Juni und in Köpenick am 25. Juni 1994. Die offizielle Verabschiedung aus Deutschland erfolgte am 31. August 1994: Nach einem Festakt im Berliner Schauspielhaus am Gendarmenmarkt und einer Militärzeremonie am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow am 31. August 1994 besuchte Boris Jelzin noch den Bundespräsidenten im Schloss Bellevue, die Neue Wache, das Rote Rathaus und nahm schließlich an einem Empfang in der russischen Botschaft teil. Vor dem Rathaus kam es indes zu einem kleinen Skandal: Der russische Präsident war offensichtlich nicht mehr ganz nüchtern, schnappte sich den Taktstock des Dirigenten der Polizeikapelle und begann fröhlich neben dem Portal des Rathauses zu dirigieren, zu tanzen und zu singen, während Bürgermeister Diepgen und Kanzler Kohl beschämt-belustigt im Hintergrund standen. Am nächsten Mittag rollte der letzte Zug mit Soldaten nach Moskau.<sup>55</sup>

51 Vgl. Silke Satjukow, Die »Freunde«, in: Sabrow, Erinnerungsorte der DDR, S. 55-67, Zitat S. 64.

52 Matthias Lambrecht, Bonn lehnt gemeinsame Feier der vier Alliierten weiter ab, in: Berliner Zeitung, 7. Mai 1994.

53 Vgl. Außenpolitik: Post vom Regiemeister, in: Der Spiegel 25/1994, S. 29-30.

54 Die Abkürzung GUS steht für die »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten«, in der sich 1991 mehrere ehemals sowjetische Staaten zusammenschlossen.

55 Vgl. Daniel Doppler, Russen-Abschied: In der Sonne der Geschichte, in: Der Spiegel 36/1994, S. 41-44; siehe auch: Tagesschau, 31. August 1994, URL: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-18177.html> [6.6.2018].



Manchen West-Berlinern fällt der Abschied von der US-Armee schwer

Die Westalliierten blieben noch eine Woche. Sie hatten am 18. Juni 1994 eine gemeinsame Parade auf der Straße des 17. Juni vor Zehntausenden Zuschauern abhalten dürfen, und die US-Armee hatte am 4. Juli ein letztes Mal in Zehlendorf ihre jährliche Parade durchgeführt. Am 8. September 1994 fand der offizielle Abschied statt – mit einem Empfang im Schloss Charlottenburg, feierlichen Reden am Luftbrückendenkmal, einem Festakt im Schauspielhaus, einem Großen Zapfenstreich der Bundeswehr vor dem Brandenburger Tor und einem Abendessen im Schloss Bellevue. Immer wieder wurde betont, dass man sich in Freundschaft und Dankbarkeit verbunden sei.<sup>56</sup>

Die von den deutschen Medien erzählten Abschiedsgeschichten thematisierten noch einmal die unterschiedlichen Bedingungen der westlichen und östlichen Militärpräsenz und spiegelten sowie reproduzierten die jahrzehntelang gepflegten Mythen und Meistererzählungen: Die armen und perspektivlosen sowjetischen Soldaten würden lieber bleiben wollen, aber kaum jemand weine ihnen eine Träne nach. Der Abzug der Amerikaner hingegen bedeute nicht nur den Verlust langjähriger Freundschaften, sondern auch einen eklatanten wirtschaftlichen Verlust für viele westdeutsche Kleinstädte.<sup>57</sup> Tränen seien bei der letzten Parade geflossen, T-Shirts der Stiftung Luftbrückendank hätten reißenden Absatz gefunden und der Regierende Bürgermeister Diepgen habe noch einmal betont, dass es ohne die Westalliierten »kein freies Berlin, keinen

56 Vgl. Tagesschau, 8. September 1994, URL: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-21344.html> [6.6.2018].

57 Exemplarisch: Bruno Schrep, Es geht ein Teil von uns, in: *Der Spiegel* 28/1993, S. 68-76; Christian Habbe, Zwischen Himmel und Erde, in: *Der Spiegel* 37/1994, S. 59-66.

Vier-Mächte-Status und wahrscheinlich auch keine deutsche Wiedervereinigung gegeben« hätte, so die *Berliner Zeitung*.<sup>58</sup>

Die Redaktion des amerikanischen *Berlin Observer*, dem mit dem Truppenabzug auch sukzessive die Leserschaft entzogen worden war, verabschiedete sich mit einer speziellen *Commemorative Edition* und einem offenen Brief an die Berliner. Der Verfasser bekundete, Berlin habe ihm geholfen, die eigene Freiheit schätzen zu lernen. Die Erinnerung an die jahrzehntelange Unterdrückung, aber auch der Stolz auf die friedliche Überwindung müsse an nachfolgende Generationen weitergegeben werden. Auch die Helden dieser Geschichte wusste der Autor zu benennen:

Our departure can be credited not only to the strength of our forces but your desire for us to succeed. Together we formed an indestructible body. We were the muscles and hope that defended you; you were the heart and soul that defined you; communism was the enemy that repressed you, but now, because of our body armor of resistance, it must cede to you. It was an impressive victory. Hang on to the battle's medals, remember the scars of the cold war and proudly wear your experience like a badge over your heart. It is a symbol that there is a new sheriff in town and his name is democracy and unity.<sup>59</sup>

US-Präsident Bill Clinton kam, wie einleitend geschildert, eigens nach Berlin, um den Truppen zu verkünden: »America salutes you; mission accomplished.«<sup>60</sup> Diese Mission leitete er jedoch nicht mehr aus der Besatzung als Resultat des Zweiten Weltkrieges ab:

In 1945, at the dawn of the Cold War, President Truman came here to Berlin. From atop the American headquarters he raised high the Stars and Stripes, and stated then his hope that one day Berlin would be part of what he called a better world, a peaceful world, a world in which all the people will have an opportunity to enjoy the good things in life. Well, today Berlin is free; Berlin is united; Berlin has taken its rightful place in that better world. [...] And now, with the Cold War over, we gather to honor those Americans who helped to bring it to an end, who helped to unite Berlin [...] More than anyone, they showed the patience it took to win the Cold War.<sup>61</sup>

In diesen Zeilen zeigt sich eine Erzählung der jüngsten Geschichte Berlins, die eine direkte Linie von der Luftbrücke zum Fall der Mauer zog und nicht nur die Probleme des deutsch-amerikanischen Zusammenlebens, sondern auch

58 Mathias Frankenstein, Große Parade zum Abschied der drei West-Alliierten. 75 000 Berliner sagten »Good bye« und »Au revoir«, in: *Berliner Zeitung*, 20. Juni 1994.

59 Michael Ertel, Tschüß Berlin! Future belongs to you, in: *Berlin Observer*, 15. Juli 1994, *Commemorative Edition*, S. 1.

60 Greg Markley, Gone, but never to be forgotten, in: *Berlin Observer*, 15. Juli 1994, S. 1.

61 Bill Clinton, McNair Barracks Speech, 12. Juli 1994, URL: <http://www.american-presidents.com/bill-clinton/mcnair-barracks-speech/> [7.4.2017].

die eigentliche Ursache der Militärpräsenz ausblendete: Die USA waren zur Verteidigung der Stadt gekommen, hatten an der Seite der Bevölkerung gegen den Kommunismus gekämpft und nun hatte man gemeinsam gesiegt. Das Ende der DDR beglaubigte diese Erzählung: Die West-Berliner hätten seit der Blockade gezeigt, dass Widerstand gegen die sowjetische Vereinnahmung möglich war und somit jahrzehntelang als Hoffnung spendendes Beispiel gedient. Zugleich hätten sie die Forderung nach einer Wiedervereinigung nicht in Vergessenheit geraten lassen. Die »Schutzmächte« wiederum hätten die Freiheit der Westsektoren garantiert und militärisch gesichert. Nun wurden die Ost-Berliner in die »imagined community« als jene mutigen Berliner aufgenommen, die sich schließlich ihre Freiheit selbst erkämpft, die Einheit der Stadt herbeigeführt und damit dem Kalten Krieg ein Ende gesetzt hätten.<sup>62</sup> Die Bilder vom 4. und 9. November 1989, von der Massendemonstration auf dem Alexanderplatz und der Öffnung der Grenze an der Bornholmer Straße, schienen das Narrativ zu bestätigen. Somit verhalf der Verlauf der friedlichen Revolution – bzw. die entsprechende Interpretation der Ereignisse – der Meistererzählung vom »Vorposten der Freiheit« zu einem kurzzeitigen Comeback. In den oben angeführten Zitaten aus den frühen 1990er-Jahren wurden die West-Berliner, mittels der Einbettung in die *longue durée*, zur treibenden Kraft in der Geschichte: Ihr jahrzehntelanges Ringen um Freiheit hatte 1989 mithilfe der gegen das Machtmonopol der SED revoltierenden Ost-Berliner zum Erfolg geführt.

Derartige Interpretationen legten auch den Grundstein für eine triumphalistische Erzählung vom »Sieg des Westens«, in der die DDR-Bürger manchmal kaum noch vorkamen. Erst im Jubiläumsjahr 2009, das den Begriff der »Friedlichen Revolution« fest im kulturellen Gedächtnis verankerte, trat dieses Narrativ in den Hintergrund.<sup>63</sup> Krijn Thijs arbeitete heraus, dass West-Berlin in der heutigen Erinnerung an 1989 kaum mehr als »Bühne und Dekor« ist,

62 Zur westlichen Deutung der Ereignisse von 1989/90 im Hinblick auf Berlin siehe: Konrad H. Jarausch, Zur Entstehung, Stabilisierung und Überwindung des Ost-West-Konflikts. Berlin im Kalten Krieg, in: Katharina Hochmuth (Hg.), Krieg der Welten. Zur Geschichte des Kalten Krieges, Berlin 2017, S. 193-207, insbesondere S. 205 f.; Warnke, Stein gegen Stein, S. 17 f.

63 Vgl. Ellen Schrecker, Introduction: Cold War Triumphalism and the Real Cold War, in: dies. (Hg.), Cold War Triumphalism. The Misuse of History after the Fall of Communism, New York 2004, S. 1-26. Die Beiträge des Bandes erfuhren allerdings auch einige Kritik: Jacob Heilbrunn, Review: Cold War Triumphalism. The Misuse of History after the Fall of Communism, in: Journal of Cold War Studies 8 (2006) 1, S. 150-151. Zum Wandel der Erinnerung an die Ereignisse von 1989 siehe: Sebastian Klinge, 1989 und wir: Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nach dem Mauerfall, Bielefeld 2015; Carola S. Rudnick, Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989, Bielefeld 2011; Konrad H. Jarausch, Der Umbruch 1989/90, in: Sabrow, Erinnerungsorte der DDR, S. 526-535.



»es stellt den Ku'damm und das klatschende Publikum für die ostdeutsche Selbstbefreiung«. <sup>64</sup>

Wie umstritten die temporäre Renaissance des Frontstadt-Narrativs schon zeitgenössisch war, zeigte insbesondere die große politische Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg am 10. November 1989, als sich neben zahlreichen applaudierenden Berlinern auch viele einfanden, die sich wenige Stunden nach dem Mauerfall jeglichem Einheitspathos und einer Wiederbelebung des Frontstadt-Narrativs durch Buh-Rufe und Pfiffe widersetzten. <sup>65</sup> Die hier Protestierenden erfuhren später an diesem Abend durch die Redner eine ähnliche Ausgrenzung, wie zuvor die »Unberliner« und die »Anti-Berliner«: Laut Bundeskanzler Kohl randalierte der linksalternative »Pöbel«, <sup>66</sup> der nicht »das wirkliche Berlin« <sup>67</sup> repräsentiere; der Regierende Bürgermeister Momper unterschied nach Generationen und klagte über die geringe Präsenz jener West-Berliner, »die sich noch an den Mauerbau und John F. Kennedys legendären Auftritt 1963 erinnerten«. <sup>68</sup>

Knapp vier Jahre nach dem Schöneberger Pfeifkonzert, am 8. September 1994, endeten in Berlin der Zweite Weltkrieg und der sich unmittelbar anschließende Kalte Krieg. Die Alliierten hinterließen dem vereinigten Berlin 1.914 Hektar einstiger Militärf Flächen, über 7.000 leere Wohnungen, mehrere Denkmäler, Straßen- und Gebäudenamen zu Ehren von Vertretern der vier Siegermächte, ein Heer von nun arbeitslosen Zivilbeschäftigten, finanzielle Sorgen aufgrund des Wegfalls zahlreicher Sonderregelungen und eine gespaltene Erinnerungskultur. <sup>69</sup>

## 5.2 Die Alliierten im städtischen Gedächtnis

Die unterschiedliche Sichtweise auf die Alliierten, die im Umfeld des Truppenabzugs deutlich geworden war, fand ihre Fortsetzung in Form einer asymmetrischen Erinnerung an ihre einstige Präsenz. Eine große Anzahl sowjetischer Denkmäler verschwand nach 1989, Straßen und Gebäude wurden rasch umbenannt. <sup>70</sup> Die West-Alliierten haben für sich selbst keine den drei sowjetischen Ehrenmalen in Treptow, am Brandenburger Tor und in der Schönholzer

64 Krijn Thijs, Der Mauerfall und das verlorene West-Berlin, in: Deutschland Archiv, 7/2011, URL: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53683/mauerfall-und-west-berlin> [7.4.2017].

65 Vgl. Eisenhuth, West-Berlin und der Umbruch in der DDR, S. 64-70.

66 Kai Diekmann/Ralf Georg Reuth, Helmut Kohl: »Ich wollte Deutschlands Einheit«, 2. Aufl., Berlin 1996, S. 131.

67 Helmut Kohl, Erinnerungen 1982-1990, München 2005, S. 972.

68 Momper, Grenzfall, S. 165.

69 Vgl. Joachim Nawrocki, Aldi, übernehmen Sie, in: Die Zeit, 19. März 1993, URL: <http://www.zeit.de/1993/12/aldi-uebernehmen-sie> [7.4.2017].

70 Vgl. Verheyen, United City, Divided Memory, S. 85-90.

Heide vergleichbaren Denkmäler errichtet. Das materielle Erbe der amerikanischen Besatzung zeigt sich deshalb eher in Form von den West-Alliierten gewidmeten oder durch die USA subventionierten bzw. von ihr gestifteten Bauten wie dem Luftbrücken-Denkmal, der Amerika-Gedenkbibliothek, der Kongresshalle oder dem Henry-Ford-Bau der Freien Universität.<sup>71</sup> Einige Gebäude der US-Armee erfuhren eine Umnutzung: In die Andrews Barracks zog das Bundesarchiv, und die McNair Barracks wurden zu Loftwohnungen umgestaltet. Nur die Turner Barracks und die Shopping-Mall Truman Plaza wurden abgerissen.<sup>72</sup>

Während im Ostteil der Stadt viele Straßen umbenannt wurden,<sup>73</sup> standen Namen wie Clayallee, Platz des 4. Juli, Frank-L-Howley-Weg, Platz der US-Berlin-Brigade oder auch Avenue Charles de Gaulle nie zur Diskussion – im Gegenteil wurden dem Berliner Stadtplan nach 1989 noch weitere amerikanische Namen hinzugefügt, so zum Beispiel die Billy-Wilder-Promenade. Noch im Jahr 2013 erhielt eine Dahlemer Schule den Namen des einstigen »Candy Bombers« Gail S. Halvorsen.

Obwohl das vermutlich nur wenigen Einwohnern bewusst ist, erinnert auch die Berliner Radiolandschaft noch immer an die West-Alliierten. Da ihnen zugesichert wurde, dass sie auch nach dem Abzug eigene Frequenzen behalten können, hört man hier heute das amerikanische *National Public Radio* (NPR), das französische *Radio France Internationale* (RFI) und den britischen *BBC World Service*.<sup>74</sup> Darüber hinaus existieren weitere immaterielle Erinnerungsorte wie der noch immer zelebrierte Tag der Luftbrücke am 12. Mai oder die ikonischen Sätze der US-Präsidenten Kennedy (»Ich bin ein Berliner!«) und Reagan (»Mr. Gorbatschew, tear down this wall!«). Auch das deutsch-französische sowie das deutsch-amerikanische Volksfest haben überlebt, obwohl Letzteres nur noch ein Schatten seiner selbst ist. Hatten sich die Veranstalter anfangs noch Mühe gegeben, die jahrzehntelange Tradition der Themenschwerpunkte fortzusetzen, so dienen in den letzten Jahren nur noch klischeehafte Fotos im Großformat, billige Dekorationselemente wie eine Freiheitsstatue mit entblößtem Hinterteil sowie Grill- und Burger-Buden, Cheerleader-Shows und Bullriding der Legitimation zur Fortführung des Namens der Veranstaltung. Im Jahr 2009 wurde den Schaustellern der Vertrag

71 Vgl. Warnke, Stein gegen Stein, S. 68-87. Eine umfangreiche Übersicht bietet: Ingo Juchler, Amerikaner in Berlin. Der historische Reiseführer, Berlin 2016.

72 Einige Orte erfuhren im Umfeld des 20. Jubiläums der deutschen Einheit einige Aufmerksamkeit, als ihnen zwei Ausstellungen gewidmet wurden. Vgl. Gundula Bavendamm/Jula Kugler, Cold War Memories. Eine Berliner Bestandsaufnahme, in: Hochmuth, Krieg der Welten, S. 257-269.

73 Vgl. Anna Saunders, The Ghosts of Lenin, Thälmann and Marx in the Post-Socialist Cityscape, in: German Life and Letters 63 (2010) 4, S. 441-457.

74 Die Sowjetunion bzw. Russland erhielt damals keine eigene Frequenz. Seit 2003 gibt es lediglich den privaten Sender *Radio Russkij Berlin*, der mit der oben genannten Vereinbarung jedoch in keinerlei Zusammenhang steht.

für das Gelände an der Clayallee gekündigt; das letzte Fest am traditionellen Ort schockierte zudem mit mehreren Vorfällen: Ein 11-jähriger Junge starb bei einer Achterbahnfahrt, auf einem anderen Fahrgeschäft mussten 14 Personen fast eine Stunde lang kopfüber auf ihre Rettung warten, und schließlich verletzte sich ein weiteres Kind beim Bungee-Trampolin.<sup>75</sup> Immer wieder heißt es seitdem, das Fest stehe mangels eines Veranstaltungsortes vor dem Aus, immer wieder (außer 2016) wird im letzten Moment doch noch eine Lösung gefunden – gern mit etwas politischem Druck seitens der Berliner CDU.<sup>76</sup> Das Festhalten an dem Volksfest zeigt, dass es sich auch hierbei noch immer um einen wichtigen Erinnerungsort für viele West-Berliner handelt, den sie nicht aufgeben wollen, obwohl er heute mehr Relikt denn Attraktion ist.

### *5.2.1 Die Musealisierung der alliierten Besatzung*

Die Musealisierung der alliierten Militärpräsenz in Berlin setzte schon kurz vor der Wiedervereinigung ein, im Herbst 1990, als sich der drei Jahre zuvor von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Generaldirektor des zukünftigen Deutschen Historischen Museums berufene Historiker Christof Stölzl mit Harold Nelson, dem Leiter des amerikanischen Military History Museum traf. Im Laufe des Jahres 1992 wurde deutlich: Es sollte nicht nur eine temporäre Ausstellung, sondern ein auf Dauer gestelltes Museum zur Erinnerung an die alliierte Präsenz in West-Berlin geben. Eine Kommission, bestehend aus diplomatischen sowie militärischen Vertretern der West-Alliierten sowie Vertretern der deutschen Regierung, Historikern und Museumsexperten, beriet über die konkrete Ausgestaltung einer Auftaktausstellung. Binnen weniger Monate stand die Finanzierung und ein Ort war auch gefunden.<sup>77</sup> Inhaltlich sollte die Ausstellung an Vorarbeiten des Deutschen Historischen Museums anknüpfen – diese trugen jedoch noch den Titel »Feinde – Schutzmächte – Freunde« und fokussierten somit auf die Entwicklung der Beziehungen. Das Bewilligungsschreiben des Innenministers nannte das Projekt »Haus der Schutzmächte« und strich somit die Jahre der Feindschaft aus dem Titel.<sup>78</sup> Am 3. September 1994 eröff-

75 Christoph Stollowsky, Bittere Bilanz in Zehlendorf, in: Der Tagesspiegel, 17. August 2009, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/deutsch-amerikanische-volksfest-bittere-bilanz-in-zehlendorf/1581208.html> [6.6.2018].

76 Vgl. Bernd Matthies, Nichts dreht sich mehr, in: Tagesspiegel Online, 13. April 2016, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/deutsch-amerikanische-volksfest-nichts-dreht-sich-mehr/13443540.html>; André Görke, Aus, Schluss, Vorbei: Das amerikanische Volksfest ist abgesagt, in: Tagesspiegel Online, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/volksfest-in-berlin-aus-schluss-vorbei-das-amerikanische-volksfest-ist-abgesagt/13440696.html> [7.6.2018].

77 Allied Museum Project/German Historical Museum, in: USACMH, U.S. Army Berlin, Annual Historical Report (Chronology), 1994, Final Report, 30. September 1994, S. 20.

78 Vgl. Helmut Trotnow, »Mehr als ein Koffer bleibt«. Die Entstehung der Ausstellung und das künftige Alliiertenmuseum, in: Alliiertenmuseum (Hg.), Ein Alliierten-

nete die Sonderausstellung *Mehr als ein Koffer in Berlin. Die Westmächte und Berlin 1944-1994* ihre Pforten im ehemaligen *Outpost Cinema* an der Clayallee.

Vier Jahre später, am 50. Jahrestag der Luftbrücke, wurde das AlliiertenMuseum als eine Art »Museum der Dankbarkeit« offiziell eingeweiht – es setzte sich zu weiten Teilen aus der vorherigen Ausstellung zusammen.<sup>79</sup> Für den Namen *AlliiertenMuseum* entschied sich die Kommission trotz des Einwandes, er »würde automatisch auch die Sowjetunion« einbeziehen, da »seit den sechziger Jahren die Berliner den Begriff ohnehin nur noch auf die Westmächte bezogen« und er »in allen drei Sprachen das Gleiche bedeutete«.<sup>80</sup> Die Ost-Berliner Perspektive spielte bei den Überlegungen anscheinend keine Rolle. Diese dezidiert westliche Deutung der jüngsten Geschichte und das besondere Verständnis der eigenen Aufgabe zeigte sich auch in der ersten Publikation des Museums:

Durch ihr konsequentes Festhalten am Vier-Mächte-Status von Berlin hatten sie [die Westmächte] die deutsche Frage offengehalten und die Voraussetzungen geschaffen für die Überwindung der Teilung. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Westmächte im Sommer 1945 wie die Sowjetunion als Siegermächte des Zweiten Weltkrieges nach Berlin gekommen waren. Drei Jahre später wurden sie aber zu Schutzmächten, als sie 1948/49 mit der Luftbrücke die Bevölkerung im Westteil der Stadt vor der Aushungerung bewahrten. Mit der Integration der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnissystem wurden die Westmächte Verbündete und schließlich Freunde. Dieser Sachverhalt war der Ausgangspunkt einer Ausstellungsidee, aus der schließlich ein Museumsvorhaben hervorging.<sup>81</sup>

Bis heute erzählt die 2001 überarbeitete Dauerausstellung »Wie aus Feinden Freunde wurden« die Geschichte der drei westlichen Alliierten in Berlin weitgehend als lineare Erfolgsgeschichte.<sup>82</sup> Der Hauptteil der Ausstellung im ehemaligen US-Kino widmet sich den frühen Jahren der Besatzung mit Schwerpunkt auf der Luftbrücke, in der daneben gelegenen Nicholson Memorial Library (benannt nach einem 1985 durch einen sowjetischen Wachposten bei Ludwigslust erschossenen Major) werden verschiedene weitere Aspekte der alliierten Präsenz thematisiert. Zwischen beiden Gebäuden können Besucher

Museum für Berlin. Dokumentation zur Ausstellung »Mehr als ein Koffer bleibt. Die Westmächte und Berlin 1944-1994«, Berlin 1995, S. 5-19, hier S. 5 f.

79 Hanno Hochmuth, *Contested Legacies. Cold War Memory Sites in Berlin*, in: Jarausch/Ostermann/Etges, *The Cold War*, S. 283-299, hier S. 290 ff.

80 Trotnow, »Mehr als ein Koffer in Berlin«, S. 16.

81 Ebd., S. 5 f.

82 »The Allied Museum creates an unmistakably binary atmosphere in which the Cold War lingers more than two decades after the fall of the Berlin Wall: communism may have vanished [...], but those pesky Russians remain the suspicious ›other‹.« David Lowe/Tony Joel, *Remembering the Cold War. Global contest and national stories*, London/New York 2013, S. 216.

mehrere Großobjekte bestaunen, zum Beispiel ein Flugzeug der Luftbrücke und die Kontrollbaracke vom Checkpoint Charlie. Die seit Jahren andauernde Debatte über einen möglichen Umzug hat das Museum in einen Wartestand gezwungen, der eine Aktualisierung der Dauerausstellung verhindert. Wechselnde Sonderausstellungen und Veranstaltungen trösten über diesen Umstand hinweg. Seit 2012 heißt es nun, dass der Flughafen Tempelhof zum neuen Sitz des Museums werden soll.<sup>83</sup> Die Entscheidung, auf dem Gelände des Flughafens geflüchtete Menschen unterzubringen, verzögerte jedoch den nun für circa 2020/21 anvisierten Umzug.<sup>84</sup>

Den sowjetischen Streitkräften ist kein vergleichbares Museum gewidmet. Die Dauerausstellung des Deutsch-Russischen Museums in Karlshorst konzentriert sich (wie auch vor 1989/90) auf den Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen.<sup>85</sup> Dem Alltag der sowjetischen Soldaten in der DDR ist eine Ausstellung des privat initiierten Garnisonsmuseums Wünsdorf gewidmet.<sup>86</sup> Separate Museen für die Briten, Amerikaner und Franzosen gibt es in Berlin nicht.

Die 1950 eröffnete Maison de France (heute *Institut Français*) pflegt noch wie eh und je die deutsch-französischen Beziehungen in Berlin, thematisiert seine Gründungsgeschichte aber nicht.<sup>87</sup> Der von der Royal Air Force genutzte Flughafen Gatow dient zwar als Zweigstelle des Militärgeschichtlichen Museums der Bundeswehr, im Mittelpunkt steht aber die Geschichte des Luftkrieges und nicht die der britischen Militärpräsenz.<sup>88</sup> In einigen Berliner Museen finden die Alliierten am Rande Erwähnung, so zum Beispiel im Tränenpalast oder in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde.<sup>89</sup> Der Schwerpunkt dieser Ausstellungen liegt auf der deutschen Teilung, die jedoch eher als nationale Tragödie und weniger als globale Geschichte erzählt wird.

Einige weitere Initiativen scheiterten: Die berühmte Abhörstation der Amerikaner auf dem Teufelsberg verfiel, obwohl es zwischenzeitlich Überlegungen

83 Vgl. Entscheidung: Alliiertenmuseum könnte 2017 in Tempelhof eröffnen, in: Berliner Morgenpost, 8. Mai 2012, URL: <http://www.morgenpost.de/berlin/article/106273160/Alliierten-Museum-koennte-2017-in-Tempelhof-eroeffnen.html> [7.4.2017].

84 Trotz Flüchtlingen: Alliiertenmuseum zieht nach Tempelhof, 14. November 2015, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/alliiertenmuseum-in-berlin-trotz-fluechtlingen-alliiertenmuseum-zieht-nach-tempelhof/12586504.html> [7.4.2017].

85 Die Dauerausstellung trägt den Titel »Deutschland und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1941-1945«. Vgl. die Website des Museums: <http://www.museum-karlshorst.de/de/dauerausstellung.html> [7.4.2017].

86 Das Museum wird durch einen Förderverein in Kooperation mit der Stadt Wünsdorf betrieben. Vgl. die Website des Museums: <http://www.garnisonmuseum-wuensdorf.eu/> [7.4.2017].

87 Vgl. die Website des Instituts: <https://berlin.institutfrancais.de/ueber-uns/unsere-projekte> [7.4.2017].

88 Nur eine Dauerausstellung im ehemaligen Tower behandelt auch die Geschichte des Ortes. Vgl. die Website des Museums: <http://www.mhm-gatow.de/> [7.4.2017].

89 Einen knappen Überblick bietet: Wayne D. Ccroft, Protect and Survive. Preserving and Presenting the Built Cold War Heritage, in: Jarausch/Ostermann/Etges, *The Cold War*, S. 215-238.

gab, auf dem Berg neben luxuriösen Wohnungen auch ein Spionagemuseum zu eröffnen.<sup>90</sup> Aus der Überlegung, das Amerika-Haus in ein historisches Museum zu verwandeln, wurde ebenfalls nichts. Die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf hatte 2006 vorgeschlagen, dort ein West-Berlin-Museum zu eröffnen, das den amerikanischen Einfluss besonders würdigen sollte. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen wünschte sich stattdessen ein 68er-Museum und setzte sich insofern durch, als dort zeitweise die Ausstellung *68 – Brennpunkt Berlin* der Bundeszentrale für Politische Bildung zu sehen war, die dann 2008 durch die Ausstellung *City West – Positionen, Potenziale, Perspektiven* abgelöst wurde. Im Oktober 2014 eröffnete die Galerie *c/o Berlin* ihren neuen Standort im Amerika-Haus und verweist nun vereinzelt mit fotografischen Ausstellungen auf das amerikanische Erbe.<sup>91</sup>

Neben den Aktivitäten der Stadt bzw. des Bundes erfolgt die Musealisierung der Geschichte der Alliierten auch als Resultat privater Initiativen. Gundula Bavendamm spricht deshalb von einer »Graswurzelbewegung« bestehend aus »allgemein Interessierten, Sammlern, Fahrzeugliebhabern, Zeitzeugen der Luftbrücke, ehemaligen Zivilbeschäftigten oder in Berlin sesshaften Militärs und Diplomaten«, die sich »besonders stark mit der Geschichte der Westalliierten« identifizieren.<sup>92</sup> Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass die Musealisierung »die reale Verteilung und Größe« der ehemaligen Stützpunkte sowie »das Image der verschiedenen Besatzungs- und Stationierungsmächte« widerspiegelt, neben vielen Parallelen auch einige regionale Besonderheiten aufweist, sich inhaltlich stark auf die Nachkriegszeit konzentriert und zumeist »im Moment des Verlusts« entstand. Häufig liegt den Ausstellungen eine lineare Erfolgserzählung zugrunde, die schildert, »Wie aus Feinden Freunde wurden«.<sup>93</sup> Da viele privat initiierte Museen von Zeitzeugen getragen werden und auf Spenden angewiesen sind, ist fraglich, wie lange sie noch existieren können.

Das McNair-Museum, ein von ehemaligen Zivilbeschäftigten der West-Alliierten und einigen amerikanischen Veteranen ab 1993 an unterschiedlichen Orten betriebenes »wildes Museum«, musste vor einigen Jahren schließen.<sup>94</sup>

90 Vgl. Verheyen, *United City, Divided Memory*, S. 95; Hanno Hochmuth, *Contested Legacies*, S. 283-299.

91 Vgl. Museum für West-Berlin im Amerika-Haus, 5. Juli 2006, in: Tagesspiegel Online, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/museum-fuer-west-berlin-im-amerika-haus/727894.html>; Eberhard Diepgen, Nein! Das Amerika-Haus sollte Außenstelle des Alliierten-Museums werden, in: BZ Online, 29. Juli 2006, URL: <http://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/nein-das-amerika-haus-sollte-auen-stelle-des-alliierten-museums-werden> [7.4.2017].

92 Gundula Bavendamm, Zwischen Graswurzelbewegung und Bundeskulturpolitik. Wie man in Deutschland an die Alliierten erinnert, in: Gassert [u. a.], *Augsburg und Amerika*, S. 277-300, Zitat S. 285.

93 Ebd., S. 298-300.

94 Vgl. die ausführliche Analyse des Museums in: Angela Janelli, *Wilde Museen. Zur Museologie des Amateurmuseums*, Bielefeld 2012, S. 127-170.

Es war ein »Insider-Museum« resultierend aus einer Verlufterfahrung, eher beliebte »Begegnungsstätte« ehemaliger Kollegen denn Informationsort für Besucher, voller Reliquien längst vergangener Tage – von jenen und für jene, so die (inzwischen deaktivierte) Website des Trägers *Initiativkreis Stiftung Berlin*, »die über einen Zeitraum von fast 50 Jahren mit ihrer Arbeit einen Beitrag zur Sicherung der Freiheit in den Westsektoren Berlins geleistet haben«. <sup>95</sup>

Im Jahr 2009 eröffnete in einem kleinen Souterrain in Schöneberg das private Museum »West Alliierte in Berlin«, im Jahr 2014 bezog es Räumlichkeiten nahe des Olympiastadions und begrüßte neugierige Besucher nun in den ehemaligen Umkleidekabinen des Hockeystadions. <sup>96</sup> Viele Objekte der Ausstellungen kunden von dem hohen Maß an Identifikation der deutschen Angestellten mit ihrer Tätigkeit: Auszeichnungen der US-Armee, Uniformen, Abzeichen und liebevolle Geschenke zu Dienstjubiläen sollen den Besuchern die gefühlte Verbundenheit und den noch immer empfundenen Stolz vermitteln. In einem in der Mitte des Museums gelegenen Café stehen Zeitzeugen gern für ein Gespräch zur Verfügung und erklären hilfsbereit die sich sonst nur Experten erschließenden Gegenstände in den Vitrinen. Ein weiteres privat initiiertes Museum, das sich speziell Großobjekten wie Fahr- und Flugzeugen widmet, befindet sich am Rande des Flughafens Tegel. <sup>97</sup>

Diese Aufzählung erweckt zunächst den Eindruck, als käme der Geschichte der Alliierten im vereinten Berlin kaum mehr Bedeutung zu, als hätte die Erinnerung hauptsächlich in kleinen, sozialen Nischen überdauert. Dies mag auch darin begründet sein, dass der Kalte Krieg zwar in politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht weltweit zahlreiche Spuren hinterlassen hat, <sup>98</sup> aber aufgrund konkurrierender Narrative im kulturellen Gedächtnis nur bedingt einen festen Platz einnimmt: »[T]here is no Europe-wide holiday, no central memorial location, no systematic reflection on its legacy.« <sup>99</sup> Hinzu kommt, dass die Präsenz der Westmächte nur für einen (mit zeitlicher Distanz schrumpfenden) Teil der Berliner von erinnerungskultureller Relevanz ist. Weder die im Ostteil der Stadt sozialisierten noch die nach dem Truppenabzug geborenen oder in den letzten Jahren zugezogenen Berliner haben eine

95 Zit. n. ebd., S. 134.

96 Anette Nayhauß, Amerika liegt jetzt am Berliner Olympiastadion, in: Berliner Morgenpost, 24. Mai 2015, URL: <http://www.morgenpost.de/bezirke/charlottenburg-wilmersdorf/article141420823/Amerika-liegt-jetzt-am-Berliner-Olympiastadion.html>. Die Website des Museums: <http://www.west-alliierte-in-berlin.de> [7.4.2017].

97 Die Website des Museums: <http://www.alliierteinberlin.de> [7.4.2017].

98 Vgl. Bernd Greiner, Spurensuche: Zum Erbe des Kalten Krieges, in: ders./Müller/Voß, Erbe des Kalten Krieges, S. 9-41 sowie auch die anderen Beiträge in diesem Band.

99 Vgl. Konrad H. Jarausch/Christian F. Ostermann/Andreas Etges, Rethinking, Representing, and Remembering the Cold War: Some Cultural Perspectives, in: dies. (Hg.), The Cold War. Historiography, Memory, Representation, Berlin/Boston 2017, S. 1-18, hier S. 11 und 17. Siehe auch: Jon Wiener, How We Forgot the Cold War. A Historical Journey across America, Berkeley 2012.

persönliche Verbindung zu der einst so wichtigen Erzählung von West-Berlins »Schutzmächten«. <sup>100</sup> Dennoch wird im Folgenden gezeigt, dass einzelne Topoi und Orte noch immer bedeutsam sind oder erneute Aktualität erfahren. Wie viele andere Orte in Berlin verloren auch der Checkpoint Charlie und der Flughafen Tempelhof nach dem Mauerfall und dem Abzug der Alliierten teils oder ganz ihren Nutzwert. Niemand dachte zunächst daran, dass die nun historisch gewordenen Orte in naher Zukunft zu bedeutenden Erinnerungsorten avancieren könnten und besonders aufgrund der ihnen zugeschriebenen Authentizität interessierte Besucher anlocken würden. <sup>101</sup>

### Der Checkpoint Charlie

Der einstige Grenzübergang, der primär Diplomaten, ausländischen Touristen und den Alliierten diente, erlangte vor allem durch die Panzerkonfrontation im Oktober 1961 und den grausamen Tod Peter Fechtens im Jahr darauf weltweite Berühmtheit. Am 22. Juni 1990 wurde die Kontrollbaracke der Alliierten in Anwesenheit von Vertretern aus Politik und Militär feierlich demontiert. Doch damit endete die Geschichte des Checkpoints noch lange nicht. Nur sechs Jahre später zeigte sich ein ungewöhnliches Bild: Vor einer Hauswand, die noch das verblässende Logo der Zeitung »Neue Zeit«, Zentralorgan der CDU in der DDR, zierte, ragte eine goldene Freiheitsstatue ihre Fackel in die Lüfte. Sie war Teil des Kunstprojektes *Checkpoint Liberty* des amerikanischen Künstlers John Powers. Inspiration hatte der Künstler bei den auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens protestierenden Studenten gefunden, die die *Lady Liberty* als Zeichen ihrer Hoffnung auf Freiheit vor sich hergetragen hatten: »By placing this symbol of hope, international cooperation, and freedom on top of what the feared Guard-tower I created a complex image of past and future, repression and freedom, despair and hope.« <sup>102</sup>

100 »The Wall and other monuments recall controversial deeds, mostly of the recent past, deeds that prevent any consensus about the sort of things that monuments are supposed to embody, such as national identity or a common ideal.« Brian Ladd, *The Ghosts of Berlin. Confronting Germany History in the Urban Landscape*, Chicago/London 1997, S. 11.

101 Zur Bedeutung der »Aura des Authentischen« für den Tourismus siehe: Volkhard Knigge, Vom Zeugniswert der authentischen Substanz für die Gedenkstättenarbeit, in: Axel Klausmeier/Günter Schlusche (Hg.), *Denkmalpflege für die Berliner Mauer. Die Konservierung eines unbequemen Bauwerks*, Berlin 2011, S. 65-71; Deepak Chhabra/Robert Healy/Erin Sills, Staged Authenticity and Heritage Tourism, in: *Annals of Tourism Research* 30 (2003) 3, S. 702-719; Sharon Macdonald, A People's Story. Heritage, Identity and Authenticity, in: Chris Rojek/John Urry (Hg.), *Touring Cultures. Transformations of Travel and Theory*, London 1997, S. 155-175.

102 John Powers, *Checkpoint Liberty Berlin. Installation and Exhibition*, URL: [http://www.johnpowers-art.com/projekte/cp\\_lib/charlie.html](http://www.johnpowers-art.com/projekte/cp_lib/charlie.html) [15.4.2017].



Obwohl Powers bereits in Berlin lebte, als Tausende DDR-Bürger gegen das SED-Regime revoltierten, wählte er eine Symbolik, die im Rückblick – und vor dem Hintergrund der damals massiven sozialen Probleme in den Neuen Bundesländern – eher unangemessen wirkt. Die Freiheitsstatue als Symbol der USA, die – nahe der zentralen Sammelstelle für Einwanderer auf Ellis Island gelegen – all jene »yearning to be free« an der »golden door« zur neuen Welt begrüßte, thronte auf dem Dach des einstigen Wachturms wie ein Zeichen des Triumphes.<sup>103</sup> Im Jahr 2003 erlebte diese Idee dennoch ein kurzes Comeback. Die Stadt hatte mit dem Gedanken gespielt, hier nun eine »nostalgische Altberliner Gasse« zu eröffnen, doch Alexandra Hildebrandt, die Direktorin des seit 1963 am Checkpoint Charlie gelegenen Mauermuseums/Haus am Checkpoint Charlie, protestierte vehement: »Hier darf kein Jahrmarkt entstehen, dafür ist der Ort zu heilig.« Um den Ort entsprechend zu würdigen, empfahlen die Betreiber des privaten Mauermuseums, die *Arbeitsgemeinschaft 13. August*, den Platz zu einem Reliquien-Park des Kalten Krieges umzugestalten, gekrönt von einer Kopie der Freiheitsstatue.<sup>104</sup> Dazu sollte es nicht kommen.

Der Berliner Senat ließ 1997 den Mauerverlauf in Form von zweireihig verlegten Pflastersteinen markieren und im Jahr darauf Leuchtkästen mit den Porträts eines amerikanischen und eines sowjetischen Soldaten aufstellen. Weitere Initiativen erfolgten zunächst nicht, und das Areal wurde an private Investoren verkauft. Ungeachtet dessen lockte der Ort von Beginn an internationale Berlin-Besucher an, da er insbesondere für Amerikaner, Briten und Franzosen ein bedeutender Erinnerungsort war. Sie kamen selbst zu Zeiten, als ihnen hier noch keine touristische Infrastruktur geboten wurde. Über die Jahre formierte sich eine »Heritage Industrie« und der historische Ort wurde zum Gedenkort – jedoch nicht, wie sonst üblich, infolge einer politischen oder bürgerschaftlichen Initiative, sondern weil die touristischen Wege durch die Stadt verschiedene Akteure auf den Ort aufmerksam machten.<sup>105</sup>

103 Zur Deutung von 1989/90 als Sieg und »Ende der Geschichte«: Nicholas Guyatt, *The End of the Cold War*, in: Immerman/Goedde, *The Oxford Handbook of the Cold War*, S. 605-622.

104 Alexander Knoke, *Am Checkpoint Charlie darf kein Jahrmarkt entstehen*, in: *Berliner Zeitung*, 22. Februar 2003, URL: <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/arbeitsgemeinschaft-13--august-kritisiert-geplante-drehorgelgasse--am-checkpoint-charlie-darf-kein-jahrmarkt-entstehen-,10810590,10066840.html> [6.4.2017].

105 Der Begriff »Heritage Industrie« beschreibt eine »(Geschichts-)Industrie, in der unterschiedliche öffentliche und private Akteure mit unterschiedlichen Durchsetzungschancen an einem konkreten Ort um die Deutungshoheit über Vergangenheit(en) konkurrieren, wobei Anzahl und Einfluss der privaten Akteure in dem Maße gestiegen sind, wie sich der Staat oder die Kommune aus der öffentlichen Geschichtspflege zurückgezogen haben, und wie sich Vergangenheitsbetrachtungen zum einen diversifiziert und zum anderen mit einer sich globalisierenden Freizeit- und Tourismusindustrie verknüpft haben«. Sybille Frank, *Der Mauer um die Wette gedenken. Die Formation einer Heritage-Industrie am Berliner Checkpoint Charlie*, Frankfurt a. M. 2009, S. 148.

Das Mauermuseum ließ im Jahr 2000 eine Replik der einstigen Kontrollbaracke an der Kreuzung Friedrichstraße/Zimmerstraße aufstellen. Wenig später erkannten einige Studenten der Schauspielschule Ernst Busch das ökonomische Potential des Ortes, stellten sich in Uniformen der DDR-Volkspolizei und der Alliierten neben die Baracke und boten Touristen an, gegen Bezahlung für Fotos zu posieren. Insbesondere das Mimen von DDR-Grenzposten sorgte für Kritik und veranlasste Alexandra Hildebrandt dazu, die Baracke zu verhüllen. Die Studenten kamen der Museumsdirektorin schließlich entgegen und verzichteten zumindest auf das DDR-Reenactment.<sup>106</sup>

Obwohl die Aktivitäten am Checkpoint Charlie charakteristisch für sogenannte *Heritage Sites* sind, ist die Entwicklung des Ortes dennoch »ein ganz besonderer Fall«, wie Sybille Frank verdeutlicht:

Als ein Ort, der in Reaktion auf die touristische Nachfrage in zahlreichen unverbundenen, zudem miteinander konkurrierenden Einzelaktionen entwickelt wurde, markiert der Checkpoint Charlie ein Handlungsfeld unterschiedlicher privater und öffentlicher Erinnerungsanbieter, die um die Deutungshoheit über den Ort und die mit ihm verbundenen Profite ringen.<sup>107</sup>

Während die Betreiber des – aufgrund seiner eher geschichtspolitisch motivierten statt inhaltlich ausgewogenen Ausstellung oft kritisierten – Mauermuseums den früheren Grenzübergang als »Opfer-Ort« definieren wollen und aus diesem Grund 2004 ein Teilstück der Mauer sowie über 1.000 schwarze Kreuze errichten ließen, suchen Scharen von Touristen hier primär nach Relikten des einstigen Kontrollpunktes, was wiederum mangels konkreter städtischer Angebote kommerzielle Anbieter anlockte und zu Klagen über eine »Disneyfizierung« führte.<sup>108</sup> Zwischenzeitlich ließen Currywurst-Stände, Dönerbuden sowie fliegende Händler mit DDR-Orden, Mützen der Roten Armee und Mauerstücken die Kreuzung zum »Snackpoint Charlie« mutieren.<sup>109</sup>

Um die Deutungshoheit über den Ort zurückzuerlangen und interessierten Gästen ein als adäquat empfundenes und dem Stand der wissenschaftlichen

106 Vgl. Sarah Hartmann, Den Ausweis, bitte!, in: Der Tagesspiegel, 9. Februar 2004, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/den-ausweis-bitte/489260.html> [7.4.2017]; Markus Pönitz, Bizarrer Blitzkrieg. Immer mehr Uniformen am Checkpoint Charlie, in: B.Z., 5. Juni 2004, URL: <http://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/bizarrer-blitzkrieg-immer-mehr-uniformen-am-checkpoint-charlie> [7.4.2017]; Werner van Bebber, Echter Streit um falschen Checkpoint Charlie, in: Der Tagesspiegel, 7. Juni 2004, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/echter-streit-um-falschen-checkpoint-charlie/521658.html> [7.4.2017].

107 Sybille Frank, Der Mauer um die Wette gedenken, in: APuZ 31-34/2011, URL: <http://www.bpb.de/apuz/33196/der-mauer-um-die-wette-gedenken?p=all> [6.4.2017].

108 Vgl. ebd.

109 Jens Anker/Natalie Rossow/Sven Felix Kellerhoff, Der Checkpoint Charlie wird zum Snackpoint Charlie, in: Berliner Morgenpost, 4. April 2012, URL: <http://www.morgenpost.de/politik/article106153999/Der-Checkpoint-Charlie-wird-zum-Snackpoint-Charlie.html> [7.4.2017].

Forschung entsprechendes Angebot unterbreiten zu können, wird seit der Debatte um die Holzkreuze immer wieder von unterschiedlichen Seiten die Einrichtung eines Museums des Kalten Krieges gefordert. Die Kreuze verschwanden zwar im Sommer 2005, nachdem das Areal wegen ausstehender Pacht zwangsgeräumt wurde, doch darüber, wie eine akzeptable »Geschichtslandschaft« am historischen Ort konkret aussehen könnte, herrschte kaum Einigkeit.<sup>110</sup> Vereinzelt zeigen die Debattenbeiträge bis heute die Kontinuität von Weltbildern, die in der Zeit des Kalten Krieges geprägt wurden. Dies ist nicht ungewöhnlich für eine Stadt, in der »contradictory images shape contemporary decisions about architecture, planning, and preservation« und wo historische Orte oft im Fokus geschichtspolitischer Debatten stehen, »because they are the symbols and the repositories of memory«.<sup>111</sup> Die Motive der an der Auseinandersetzung Beteiligten reichten von persönlichen Familiengeschichten und dem Wunsch nach Tradierung der eigenen Erfahrungen über empfundene moralische Verantwortung oder der Forderung nach anschaulicher historisch-politischer Bildungsarbeit am »authentischen« Ort bis hin zu strategischen Überlegungen des Stadtmarketings im Hinblick auf die Bedürfnisse und Erwartungen von Berlin-Touristen. Bei manchen war gar parteipolitisches Kalkül infolge der Kritik an der Regierungsbeteiligung der PDS tragend.<sup>112</sup>

Das schließlich 2006 vom Berliner Senat verabschiedete Gesamtkonzept für die Erinnerung an die Berliner Mauer bestimmte die Bernauer Straße, wo noch ein Stück der Mauer erhalten war, als zentralen Gedenkort. Bezüglich des Checkpoint Charlie wurde lediglich festgehalten, dass hier ein »Ort der Dokumentation« geschaffen werden solle, »an dem sich die Konfrontation der Weltmächte dokumentieren lässt« und »der den Grenzübergang an der Friedrichstraße und die Berliner Mauer in ihren weltpolitischen Bezügen darstellt«.<sup>113</sup> Im Juni 2008 riefen schließlich mehrere namhafte Wissenschaftler und Politiker zur Einrichtung eines »Museums des Kalten Krieges – Tei-

110 Ein Überblick über die verschiedenen Positionen in Form eines Pressespiegels bietet die Internet-Plattform Zeitgeschichte-online: Hans-Hermann Hertle/Hubert Seliger (Hg.), Die Debatte um das Mauergedenken und die Todesopfer an der Berliner Mauer. Pressestimmen und Materialien, August 2006, URL: <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/die-debatte-um-das-mauergedenken-und-die-todesopfer-der-berliner-mauer> [6.4.2017].

111 Brian Ladd zeigte, dass die Bewahrung eines historischen Ortes sowie dessen Vermarktung davon abhängt, wie die Stadt definiert wird: »as royal residence, as industrial and imperial powerhouse, as Nazi capital, as Cold War battleground« oder als das neue, junge Berlin. Vgl. Ladd, *The Ghosts of Berlin*, S. 3f.

112 Vgl. Hope M. Harrison, Berlin's Gesamtkonzept for Remembering the Wall, in: Jarausch/Ostermann/Etges, *The Cold War*, S. 239-265.

113 Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer: Dokumentation, Information und Gedenken, Stand: 12. Juni 2006, Endredaktion Thomas Flier, URL: [http://www.berliner-mauer-gedenkstaette.de/de/uploads/allgemeine\\_dokumente/gesamtkonzept\\_berliner\\_mauer.pdf](http://www.berliner-mauer-gedenkstaette.de/de/uploads/allgemeine_dokumente/gesamtkonzept_berliner_mauer.pdf) [7.4.2017].

lung und Befreiung Europas« am Checkpoint Charlie auf.<sup>114</sup> Erste Pläne waren bereits zwei Jahre zuvor als Anhang dem Gesamtkonzept Berliner Mauer beigefügt worden. Teile des Vorhabens stießen allerdings auf massiven geschichtspolitischen Gegenwind: Forderungen wie jene, »auch fragwürdige Praktiken der westlichen Seite nicht unter den Tisch fallen [zu] lassen« und auch »die Attraktivität« des »utopischen Gleichheitsanspruchs« des Sozialismus zu berücksichtigen« und somit »Partei [zu] nehmen, aber nicht parteiisch« zu sein, erschreckten gleichermaßen das konservative (West-) Berlin und die Vertreter verschiedener Opferverbände und Gedenkstätten.<sup>115</sup> Gunnar Schupelius verlieh in der *B.Z.* seiner Angst vor einem »Museum der Verharmlosung« deutlich Ausdruck:

Am Checkpoint Charlie muss man zeigen, von wem nach 1945 die Aggression ausging: von der Sowjetunion unter Josef Stalin. Die Sowjets ließen 1948 in Prag die Kommunisten putschen. Sie nahmen zwei Drittel der Berliner als Blockade-Geisel und schlugen die Aufstände 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn nieder. Am Checkpoint Charlie muss man auch zeigen, wer 1952 die innerdeutsche Grenze befestigte und 1961 die Mauer baute: Die SED unter Walter Ulbricht. So einfach und brutal war das. Warum soll man die Geschichte relativieren?<sup>116</sup>

Diese Stellungnahme zeigt, wie schwierig es ist, eine Periode zu historisieren und zu musealisieren, solange einstige Protagonisten und Zeitgenossen noch ein Mitspracherecht einfordern und »ihre« Geschichte erzählt sehen wollen.<sup>117</sup> Trotzdem wurden vor Ort mittlerweile erste Tatsachen geschaffen: Seit August 2006 informiert eine Bauzaun-Ausstellung namens *Checkpoint Gallery* über den historischen Ort und dessen einstige Bedeutung; seit 2012 können zusätzlich das Mauer-Panorama des Künstlers Yadegar Asisi sowie das temporäre Museum *BlackBox Kalter Krieg* besucht werden, das als eine Art »Teaser« oder

- 114 Vgl. der Gründungsaufwurf der Initiatoren: <http://www.bfgg.de/zentrum-kalter-krieg/zentrum-kalter-krieg.html> [7.4.2017].
- 115 Konrad H. Jaraus/Christian F. Ostermann/Manfred Wilke/Winfried Heinemann, Überlegungen zum Projekt: Berlin – Checkpoint Charlie: Schauplatz des Kalten Krieges, URL: [http://www.bfgg.de/fileadmin/website/bilder/Dokumente\\_Zentrum\\_kalter\\_krieg/ZKK\\_Jaraus\\_Ostermann\\_Wilke\\_Heinemann.pdf](http://www.bfgg.de/fileadmin/website/bilder/Dokumente_Zentrum_kalter_krieg/ZKK_Jaraus_Ostermann_Wilke_Heinemann.pdf) [6.4.2017]. Siehe auch: Konrad H. Jaraus, Die Teilung Europas und ihre Überwindung. Überlegungen zu einem Ausstellungskonzept für Berlin, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 5 (2008) 2, S. 263-269.
- 116 Gunnar Schupelius, Die CDU lehnt mit Recht ein Museum der Verharmlosung am Checkpoint Charlie ab, in: *B.Z.*, 16. Mai 2012, URL: <http://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/die-cdu-lehnt-mit-recht-ein-museum-der-verharmlosung-am-checkpoint-charlie-ab> [7.4.2017].
- 117 Vgl. Stefanie Eisenhuth/Scott H. Krause, Negotiating Cold War Legacies. The Discursive Ambiguity of Berlin's Memory Sites, in: Karin Bauer/Jennifer Hosek (Hg.), *Cultural Topographies of the New Berlin*, Oxford/New York 2017, S. 130-154.

»Appetizer« für das geplante Museum funktioniert.<sup>118</sup> Bis zur tatsächlichen Eröffnung eines Museums Kalter Krieg scheint es aber ein steiniger Weg zu sein, denn die Initiatoren sind mit weiteren Hürden konfrontiert: Wechselnde Eigentümer, Insolvenzen und zähe Verhandlungen standen der Verwirklichung der Ideen immer wieder entgegen. Der aktuelle Eigentümer ist immerhin dazu bereit, wie vom Senat gefordert, neben luxuriösen Wohnungen und einem *Hard Rock Hotel* auch Flächen für das Museum zur Verfügung zu stellen.<sup>119</sup> Im Mai 2018 brach jedoch erneut eine Kontroverse über die künftige Gestaltung der Straßenkreuzung aus. Momentan dürfen Berliner Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen und Wünsche äußern. Wie es danach weitergeht, ist noch unklar.

In Anlehnung an die Überlegungen von Jennifer Jordan lassen sich vier Kräfte nennen, die darüber entscheiden werden, wie der Checkpoint Charlie zukünftig aussehen wird: Drei davon lassen eine positive Entwicklung erwarten: die endlich weitestgehend geklärte Eigentumsfrage und die Unterstützung des Vorhabens durch den neuen Besitzer, die bereits etablierte geschichtstouristische Nutzung sowie das anhaltende öffentliche Interesse. Nur die vierte Kraft, die verschiedenen »memorial entrepreneurs«, die um die Aufmerksamkeit der Gäste konkurrieren und ihre Version der Geschichte vermitteln möchten, müssten sich noch auf ein Konzept einigen können.<sup>120</sup> Aus geschichtspolitischer Perspektive wäre dies erstrebenswert, denn allein im Jahr 2015 besuchten vier Millionen Touristen aus aller Welt die Kreuzung und damit »fast jeder dritte registrierte Übernachtungsgast in Berlin«. <sup>121</sup> Sollte es zu dem Museum kommen, würde auch der Wunsch der Berliner CDU an Gestalt gewinnen, eine »Meile der Geschichte vom Checkpoint Charlie bis zum Platz der Luftbrücke« zu schaffen.<sup>122</sup> Doch an deren südlichem Ende sieht es derzeit nicht viel besser aus.

118 Julia Danylow, BlackBox Kalter Krieg. Ein Werkstattbesuch am Checkpoint Charlie, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History II (2014) 2, S. 328-336, Zitat S. 335.

119 Vgl. Uwe Aulich, Checkpoint Charlie: Investor baut Wohnungen auf Mauergrundstück, in: Berliner Zeitung, 1.10.2016, URL: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/checkpoint-charlie-investor-baut-wohnungen-auf-mauergrundstueck-24967722>; Isabell Jürgens, 300 Wohnungen mit Blick auf den Checkpoint Charlie, in: Berliner Morgenpost, 26.11.2016, URL: <http://www.morgenpost.de/berlin/article208803055/300-Wohnungen-mit-Blick-auf-den-Checkpoint-Charlie.html> [6.4.2017].

120 Als »memorial entrepreneurs« können »city council members, citizens' groups, Holocaust survivors, tour guides, university professors, or historically inclined residents« fungieren. Sie verfügen über ein »repertoire of techniques that help to produce officially recognized sites of memory«. Obwohl ihre Motivation variiert, ist ihr Ziel identisch: die Erinnerung an etwas zu wahren. Vgl. Jennifer A. Jordan, Structures of Memory. Understanding Urban Change in Berlin and Beyond, Stanford 2006, hier S. 11.

121 Jessica Caus, Am Checkpoint Charlie lebt der Kalte Krieg, in: Welt Online, 4. August 2015, URL: <https://www.welt.de/geschichte/article144798352/Am-Checkpoint-Charlie-lebt-der-Kalte-Krieg.html> [7.4.2017].

122 Horst-Dieter Keitel, Weniger Bread&Butter macht Sanierung möglich, in: Berliner Woche, 14. Juli 2014, URL: <http://www.berliner-woche.de/nachrichten/bezirk->

## Der Flughafen Tempelhof

Als engagierte Bürger begannen, sich für den Erhalt des Tempelhofer Feldes als Freifläche einzusetzen, wurde die Geschichte des Ortes zum hilfreichen Argument.<sup>123</sup> Im Jahr 1924 wurde auf dem einstigen Exerzierplatz mit dem Bau von Flugzeughallen begonnen, die Zulassung für den Flugbetrieb lag bereits vor. Zehn Jahre später hatte der Flughafen London und Paris den Rang abgelaufen und musste erweitert bzw. neu gebaut werden. Zwischen 1936 und 1941 entstand nach den Plänen des Architekten Ernst Sagebiel das über einen Kilometer lange Flughafengebäude. Nach dem Krieg wurde der noch immer nicht in Gänze fertiggestellte Flughafen zur *Tempelhof Airbase*, zum Stützpunkt der U.S. Air Force. Wenig später starteten und landeten hier die Flugzeuge der Luftbrücke.<sup>124</sup> Zwischen 1951 und 1975 und dann wieder ab 1985 wurden Teile des Flughafens für die zivile Luftfahrt genutzt.

Nach 85 Jahren und einem gescheiterten Volksentscheid wurde der Betrieb 2008 endgültig eingestellt, was zu massiven Protesten führte, als die letzten zwei Maschinen, eine DC-3 und die Ju-52, auf das Startfeld rollten.<sup>125</sup> Noch vor der Schließung hatte die Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, ein Konzept für die Nachnutzung präsentiert:

Das Gebäude, das Tempelhof Forum THF wird zu einer Adresse für die Kultur-, Medien- und Kreativwirtschaft entwickelt. Am Tempelhofer Damm in Richtung Autobahn wird das Stadtquartier Tempelhof zu einer Adresse für Zukunftstechnologien werden. Das Columbia-Quartier am Columbiadam wird sich zu einer Adresse für innovatives Wohnen entwickeln. Im Stadtquartier Neukölln wird die Adresse für das städtische Wohnen am Park entstehen. Geprägt werden diese neuen Stadtteile durch die unmittelbare Lage an der Parklandschaft Tempelhof, dem neuen Grünraum des Berliner Südens.<sup>126</sup>

Die Namensgebung verrät hierbei viel über die städtische Geschichtskultur der Nachwendezeit: In den ersten Plänen von 1998 wurde die zukünftige

[tempelhof-schoeneberg/tempelhof/artikel/46592-weniger-bread-butter-macht-sa-nierung-moeglich/](https://www.tempelhof-schoeneberg.de/tempelhof/artikel/46592-weniger-bread-butter-macht-sa-nierung-moeglich/) [6.4.2017].

123 Vgl. Petra Henzler, *The First Cold War Memorial in Berlin. A Short Inquiry into Europe, the Cold War, and Memory Cultures*, in: Vowinckel/Payk/Lindenberger, *Cold War Cultures*, S. 347-369.

124 Zur Geschichte des Flughafens siehe: Frank Schmitz, *Flughafen Tempelhof – Berlins Tor zur Welt*, Berlin 1997; Matthias Heisig, *Flughafen Berlin-Tempelhof. Die amerikanische Geschichte*, Begleitpublikation zur gleichnamigen Ausstellung des AlliiertenMuseums, Berlin 2014.

125 Vgl. *Der Flughafen Tempelhof ist endgültig Geschichte*, in: *Die Welt*, 31.10.2008, URL: <https://www.welt.de/regionales/berlin/article2653050/Der-Flughafen-Tempelhof-ist-endgueltig-Geschichte.html> [7.4.2017].

126 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, *Pressemitteilung: Zukunft – Tempelhofer Feld*, 5. März 2008, URL: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv\\_volltext.shtml?arch\\_o803/nachricht2972.html](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_o803/nachricht2972.html) [7.6.2018].

Grünfläche als »Park der Luftbrücke« bezeichnet, nun sollte sie »Tempelhofer Freiheit« heißen und somit symbolisch für den »Vorposten der Freiheit« und nicht für die NS-Zeit stehen, an die die Monumentalarchitektur des Flughafengebäudes eigentlich zuerst erinnert.<sup>127</sup> Da der Flughafen aber aufgrund des 1951 unmittelbar vor dem zentralen Eingang errichteten Luftbrückendenkmals und der dort jährlich stattfindenden Gedenkveranstaltungen längst zu einem zentralen Ort der West-Berliner Identität geworden war, lag diese Interpretation des Ortes für die politischen Akteure nahe.<sup>128</sup>

Am 8. Mai 2010 wurde das Feld für die öffentliche Nutzung freigegeben, im Gebäude fanden nun Messen und Sport-Veranstaltungen statt. Gegen die Pläne des Senats hatte es schon vor der Eröffnung des Parks Proteste gegeben, im Herbst 2011 formierte sich dann die Bürgerinitiative *100 % Tempelhofer Feld*, um per Volksentscheid das Bauvorhaben zu stoppen.<sup>129</sup> Viele Freunde des riesigen, offenen Areals nahmen den Projektnamen wörtlich und forderten auch für die Zukunft Freiheit auf dem Feld; der Senat benutzte den Namen bald nicht mehr.<sup>130</sup> Im Mai 2014 hatte die Initiative ihr Ziel erreicht: Die Mehrheit der Berliner stimmte gegen die Idee der Randbebauung, wie der Senat sie präsentiert hatte.

Da von den ursprünglichen Plänen auch die Amerika-Gedenkbibliothek betroffen gewesen wäre – sie sollte aufgegeben und ihr Bestand in eine auf dem Feld neu zu bauende Zentrale Landesbibliothek überführt werden –, vermutete der Kurator und Kunstjournalist Peter Funken, dass das amerikanische Erbe der Stadt nicht nur missachtet, sondern systematisch zerstört werde: »Die Erinnerung an die amerikanische Nachkriegshilfe geht perdu: keine Rosinenbomber, kein Amerika-Haus, keine Kongresshalle, keine Amerika-Gedenkbibliothek mehr – und ewig grüßt die Rote Armee am Brandenburger Tor.«<sup>131</sup> Doch davon kann nur bedingt die Rede sein. Vielmehr sorgte die intensive Beschäftigung mit dem Ort dafür, dass auch weniger bekannte Schichten der bewegten Historie – zum Beispiel der Einsatz von Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges – freigelegt, Besuchern in verschiedenen Führungen gezeigt und in Form eines »Informationspfades« erklärt werden. Das *Columbia House*, in dem sich unter anderem ein Offiziersclub, ein Casino und Gästeun-

127 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Tempelhofer Freiheit: Einleitung, Online unter: <https://web.archive.org/web/20080325061606/http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/staedtebau-projekte/tempelhof/de/einleitung.shtml> [7.6.2018].

128 Vgl. die Beiträge in: Helmut Trotnow/Bernd von Kostka (Hg.) Die Berliner Luftbrücke: Ereignis und Erinnerung, Berlin 2010.

129 Siehe die Website der Bürgerinitiative: <http://www.thf100.de/die-initiative.html> [7.4.2017].

130 Veronica Frenzel, Die durchregulierte Freiheit, in: Der Tagesspiegel, 23. Mai 2014, URL: <http://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/volksentscheid-tempelhofer-feld-wo-der-name-tempelhofer-freiheit-herkommt/9936188-3.html> [7.6.2018].

131 Vgl. Peter Funken, Und tschüss, Amerika!, in: Der Hauptstadtbrief, 25. Juni 2012, URL: <http://www.derhauptstadtbrief.de/cms/index.php/83-der-hauptstadt-brief-109/134-und-tschuess-amerika> [14.4.2017].

terkünfte der U.S. Air Force befanden, soll schon bald zu einem Besucherzentrum werden, für den Tower ist eine historische Ausstellung geplant und für die Besucherterrasse eine Geschichtsgalerie. Insbesondere die Betonung der Rolle des Flughafens nach 1945 – die Luftbrücke und seine Funktion als »Tor zur freien Welt« für die West-Berliner – unterstützte in diesem Prozess den Wunsch vieler Bürger nach Partizipation.<sup>132</sup>

### Erinnerung am »authentischen Ort«

Die angeführten Beispiele zeigen, dass es immer wieder konkrete historische Orte sind, die eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und auch das Engagement für die Bewahrung des alliierten Erbes befördern. Maurice Halbwachs wies in seinen Schriften darauf hin, dass »every collective memory unfolds within a spatial framework«; deshalb können wir »recover the past only if it is preserved, in effect, by the material environment that surrounds us«.<sup>133</sup>

Doch umgekehrt garantiert das Vorhandensein materieller Relikte noch keine kollektive Erinnerung. Es bedarf erst einer gewissen gesellschaftlichen Aufmerksamkeit und Kommunikation, damit aus einem bedeutungslosen Überrest ein bedeutsames historisches Objekt und schließlich ein Erinnerungs- oder Gedenkort wird.<sup>134</sup> Infolge des »Memory Booms« und eines wachsenden Bedürfnisses nach »historischer Authentizität«<sup>135</sup> werden in den letzten Jahrzehnten immer mehr materielle Relikte »entdeckt« und als Tore zur Vergangenheit gedeutet. Damit verbunden ist das Versprechen, nicht nur Informationen über die Geschichte zu erhalten, sondern die Vergangenheit durch Besuch, Betrachtung oder Berührung persönlich erfahren zu können.<sup>136</sup>

Mit Martin Sabrow lassen sich einige dieser Orte, etwa der Flughafen Tempelhof und der Checkpoint Charlie, als »Schattenorte« verstehen, als »touristische Anziehungspunkte, die zwar mit einer öffentlich bekannten und benannten Geschichtslast konfrontiert« sind, deren Bedeutung sich jedoch nicht »auf Schreckenstaten reduziert«, da diese nur einen Aspekt einer *Memoryscape*

132 Vgl. die Website des Anbieters: <http://www.thf-berlin.de> [7.6.2018].

133 Maurice Halbwachs, *The Collective Memory*, New York 1980, S. 140.

134 Vgl. Jordan, *Structures of Memory*; Sharon Macdonald, *Memorylands. Heritage and Identity in Europe Today*, London/New York 2013; Bernhard Tschöfen, An treten, ablehnen, verwalten? Was der Heritage-Boom den Kulturwissenschaften aufträgt, in: Dorothee Hemme/Markus Tauschek/Regina Bendix (Hg.), *Prädikat Heritage. Wertschöpfungen aus kulturellen Ressourcen*, Berlin 2007, S. 19-32.

135 Vgl. Lionel Trilling, *Sincerity and Authenticity*, London 1974; Susanne Knaller/Harro Müller, *Authentizität und kein Ende*, in: dies. (Hg.), *Authentizität. Diskussion eines ästhetischen Begriffs*, Paderborn 2006, S. 7-16; Achim Saupe, *Authentizität*, Version: 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22.10.2012, URL: [http://docupedia.de/zg/Authentizit%C3%A4t\\_Version\\_2.0\\_Achim\\_Saupe](http://docupedia.de/zg/Authentizit%C3%A4t_Version_2.0_Achim_Saupe).

136 Vgl. Eva Ulrike Pirker/Mark Rüdiger, *Authentizitätsfiktionen in populären Geschichtskulturen. Annäherungen*, in: dies. (Hg.), *Echte Geschichte. Authentizitätsfiktionen in populären Geschichtskulturen*, Bielefeld 2010, S. 11-30.



repräsentieren und es »neben der Finsternis auch das Licht gibt und neben dem Zivilisationsbruch auch die Zivilisationskontinuität«. <sup>137</sup> Die Bedeutung der Orte und die mit ihnen verknüpften Narrative sind das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses, eines »cultural place making«, das ihre Geschichte aus der Dunkelheit ans Licht gezerzt hat. Die Aktivitäten unterschiedlicher Akteure können durch Sinngebung und Wertzuschreibung, durch Markierung und Ausstellung aus einem vergessenen Ort ein attraktives Besucherziel machen. <sup>138</sup>

Die hier thematisierten Orte präsentieren sich dem Besucher kaum als *dark places*. Der dunkle Ursprung des Flughafens Tempelhof lässt das später strahlende »Symbol der Freiheit« heute umso heller leuchten. <sup>139</sup> Der Checkpoint Charlie gewinnt als typischer »Schattenort« seinen Attraktionswert zu gleichen Teilen aus der Abscheu, die das Bild des qualvoll sterbenden Peter Fechtlers erzeugt, sowie aus der friedlichen Überwindung der Teilung Europas, die aus der Überquerung der Kreuzung, an denen sich einst die feindlichen Lager des Kalten Krieges gegenüberstanden, einen vergnüglichen Spaziergang gemacht hat. <sup>140</sup> Während das Mauermuseum ihn als sakralen »dark place« versteht und dem Gedenken an die Opfer der Teilung widmen wollte, hat sich inzwischen weitestgehend seine Deutung als Konfrontationsort der beiden Supermächte durchgesetzt.

Beide Orte sind somit gekennzeichnet durch eine Erlösungserzählung, deren »Happy End« sie von negativ zu positiv konnotierten Orten gemacht hat. Der Platz, auf dem sich heute das Mauerpanorama sowie einige Imbissbuden befinden, wurde demgemäß durch den Eigentümer als *Freedom Park* ausgegeben – obwohl bei der Eröffnung im Frühling 2012 Klagen aufkamen, dass der Ort seiner »Authentizität« beraubt worden sei: »Wieso stehen die Mauerstücke nicht im Zentrum des Geschehens? Das würde die ganze Ecke viel authentischer machen«, klagte ein enttäuschter Tourist. <sup>141</sup> Doch eben diesem Verständnis von Authentizität hatte sich der Berliner Senat explizit verweigert, indem er sich für die Restaurierung noch vorhandener, aber gegen die Rekonstruktion verschwundener Mauersegmente entschieden hatte. Authentizität diente auch hierbei als zentrales Argument: Eine »broad coalition« bestehend aus Politikern, Gedenkstättenvertretern, Wissenschaftlern und Journalisten diskreditierte die Angebote und Pläne der privaten Akteure vor Ort als »dubi-

<sup>137</sup> Martin Sabrow, Schattenorte, in: Merkur 69 (2015) 8, S. 54-77, Zitat S. 78.

<sup>138</sup> Barbara Kirshenblatt-Gimblett, Destination Culture. Tourism, Museums, and Heritage, Berkeley/London 1998, hier S. 150.

<sup>139</sup> Exemplarisch hierfür ist die Website des Flughafens, die ihn als wichtigen Ort der Geschichte der Luftfahrt, als düsteren Ort nationalsozialistischen Größenwahns und als Symbol der Freiheit schildert. URL: <http://www.thf-berlin.de/standortinfos/standortgeschichte/symbol-der-freiheit/> [7.4.2017].

<sup>140</sup> Vgl. Sabrow, Schattenorte, S. 83.

<sup>141</sup> Anja Richter, Touristen und Berliner sind enttäuscht vom »Freedom Park«, in: Berliner Morgenpost, 10. April 2012, URL: <http://www.morgenpost.de/berlin/article106165355/Touristen-und-Berliner-sind-enttaeuscht-vom-Freedom-Park.html> [7.4.2017].

ous, trivial, touristic, and inauthentic«, um die »endangered social order in the field of historical preservation« diskursiv wiederherzustellen.<sup>142</sup>

Eine tatsächlich »authentische« Erfahrung der tödlichen Grenzanlagen oder der Blockade wünscht sich natürlich kein Besucher. Der Checkpoint Charlie wie auch der Flughafen Tempelhof verdanken ihre Anziehungskraft der Parallellität von emotionaler Nähe und zeitlicher Distanz, der »Sehnsucht nach einer Vergangenheitsvergewisserung, die aus der Nähe zum Gestern identitätsstiftende Geborgenheit bezieht«,<sup>143</sup> und der bequemen Gewissheit, dass die Vergangenheit auch wirklich vergangen ist. Was sie zu ungewöhnlichen Orten der deutschen Erinnerungskultur macht, sind die heroischen Geschichten, die sich mit ihnen verbinden. In einer Zeit, die von einem opferzentrierten Gedenken und einem »negativen Gedächtnis«<sup>144</sup> geprägt ist, ragen die Erinnerungsorte des »Vorpostens der Freiheit« aus der Erinnerungslandschaft heraus. Sie knüpfen an die alte West-Berliner Meistererzählung an, die von der mutigen Selbstbehauptung der bedrohten Inselbewohner berichtet, die gemeinsam mit ihren »Schutzmächten« für Demokratie und Freiheit kämpften.

### 5.2.2 Die Erinnerung an West-Berlin und seine »Schutzmächte«

Im Januar 2013 frohlockte das Stadtmagazin *tip Berlin*: »West-Berlin ist zurück!«<sup>145</sup> Anlass für den Rückblick bot ein neuer Song von David Bowie, der mit einer gewissen Melancholie auf dessen Schöneberger Jahre zurückblickte. Hagen Liebing, einst Bassist der Berliner Band *Die Ärzte* und nun leitender Musikredakteur, ließ die Leser der Zeitschrift wissen, dass mehrere jüngst erschienene Publikationen Erinnerungen an den »wilden Westen« geweckt hätten, an die »wilden Clubs, die verranzten Gebäude, die öde Mauer, die mal hysterische, mal apathische Avantgarde in Kunst und Musik.«<sup>146</sup> Darunter wurden neugierigen Lesern »West-Berlin-Klassiker, die immer noch Spaß machen«, für einen Besuch empfohlen: die Bar *Slumberland*, das *Café M* und das *Schwarze Café* sowie die *Paris Bar*. Alles noch da, alles gut.

Die *B.Z.* sah das allerdings anders und erklärte West-Berlin für tot. In großen Lettern gab die Titelseite der Tageszeitung bekannt, dass es »nach einem erfüllten Leben« verschieden sei und »wir« nun in »Liebe und Dankbarkeit«

142 Zu dem unterschiedlichen Verständnis von Authentizität im Hinblick auf die Berliner Mauer siehe: Sybille Frank, *Competing for the Best Wall Memorial. The Rise of a Cold War Heritage Industry in Berlin*, in: Jaraus/Ostermann/Etges, *The Cold War*, S. 266-282, Zitat S. 278.

143 Sabrow, *Schattenorte*, S. 83.

144 Vgl. Volkhard Knigge, *Gesellschaftsverbrechen erinnern. Zur Entstehung und Entwicklung des Konzepts seit 1945*, in: ders./Ulrich Mählert (Hg.), *Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 19-30.

145 *West-Berlin ist zurück*, in: *tip Berlin* 3/2013, Titelseite.

146 Hagen Liebing, *Das war der wilde Westen*, in: *tip berlin* 3/2013, S. 25-26.

Abschied nahmen – von der Polizei-Motorradsportgruppe, dem Wasserklops, dem *Café Möhring*, den Schöneberger Sängerknaben und vielen weiteren Ikonen der westlichen Halbstadt. Auf den Innenseiten klagte der einstige Chefkolumnist des Blattes:

Ein Symbol nach dem anderen wurde geschleift. [...] Wie verkehrt ist das! Umgekehrt sollte man an die 40 Jahre erinnern, in denen die Menschen ausgeharrt haben, umgeben von einer feindlichen Macht, 28 Jahre davon hinter einer Mauer. In dieser ausweglosen Lage wurde der West-Teil der Stadt zum Symbol der Hoffnung. West-Berlin war wirklich das Schaufenster der Freiheit und wurde nicht nur so genannt.<sup>147</sup>

Auch Ansgar Hocke, gebürtiger West-Berliner und langjähriger SFB-Redakteur, widersprach der Erzählung von West-Berlin als einem fröhlichen Biotop hinter der Mauer und forderte auf der Website des Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) andere »Ureinwohner« dazu auf: »Wir müssen endlich die Deutungshoheit über unsere Biographie erlangen«, denn zu dem Leben in der eingemauerten Stadt gehörten »auch Erlebnisse, bei denen einem Angst und Bange werden konnte [...]. Von Kindheit an durchlebte der West-Berliner die politischen Launen der Sowjetunion ebenso wie die des DDR-Politbüros oder der DDR-Grenzer. Es war leicht zu spüren, wie verwundbar dieses West-Berlin war.«<sup>148</sup> Das West-Berlin des *tip* Magazins schien ein anderes zu sein als das der *B.Z.* und des *RBB*. Die Disparatheit des Erfahrungsraums hat aus West-Berlin einen ambivalenten Erinnerungsort gemacht.<sup>149</sup>

Ohne eine ihm zugewiesene konkrete Bedeutung ist ein Ort jedoch nur eine Ansammlung »zersprengte[r] Fragmente eines verlorenen oder zerstörten Lebenszusammenhangs«; erst wenn sich die vorhandenen Relikte und Geschichten zu einer geschlossenen Erzählung verdichten, wird der Ort zum Gedächtnisort, an dem sich »etwas von dem erhalten hat, was nicht mehr ist, aber von der Erinnerung reaktiviert werden kann«.<sup>150</sup> An materiellen Überresten mangelt es dem vereinten Berlin nicht, viele verweisen jedoch auf divergierende Erfahrungen und somit hat sich noch kein *master narrative* für die Stadt

147 Gunnar Schupelius, War dafür wirklich kein Platz mehr in unserem neuen Berlin?, in: *B.Z.*, 29. November 2013, S. 1 und 4-5.

148 Ansgar Hocke, »Wird Zeit für eine Renaissance von West-Berlin«, in: RBB Online, URL: <http://www.rbb-online.de/kultur/hintergrund/West-Berlin.html> [7.4.2017].

149 Zu diesem Fazit kommt auch Janet Ward: »Berlin's various geographical meanderings – it's delayed jump-start into the world-city ranks of Imperial and Weimar modernity, and its subsequent near-fatal marring by Nazi planning, wartime bombing, Cold War division, and now post-Wall reclamation and reinvention – are the reasons why the identity of this city remains so disjointed.« Ward, *Post-Wall Berlin*, S. 5. Siehe auch: Godela Weiss-Sussex, *Berlin. Myth and Memorialization*, in: dies./Katia Pizzi (Hg.), *The Cultural Identities of European Cities*, Bern 2011, S. 145-164.

150 Assmann, *Erinnerungsräume*, S. 309.

als Ganzes herausgebildet.<sup>151</sup> Vielmehr haben »presence and absence, memory and forgetting« einen »fascinating mix« geschaffen.<sup>152</sup> Das offizielle Internetportal der Stadt präsentiert interessierten Besucher daher neun verschiedene Berlins: die »mittelalterliche Handelsstadt«, die »kurfürstliche Residenzstadt«, die »königliche Hauptstadt«, die »kaiserliche Reichshauptstadt«, die »Weltstadt in der Weimarer Republik«, »Berlin im Nationalsozialismus«, »Berlin nach 1945«, »vom Berlin-Abkommen zum Fall der Mauer« und »das neue Berlin«.<sup>153</sup> Auffällig an dieser Kategorisierung ist, dass es ihr zwischen 1933 und 1990 an konkreten Zuschreibungen mangelt. Die Stadt lässt sich ab 1933 nicht mehr auf einen Nenner bringen. Andreas Huyssen kam deshalb zu dem Ergebnis, dass Berlin vielmehr ein »palimpsest« sei, »a disparate city-text that is being rewritten while previous text is preserved, traces are restored, erasures documented«. Das Ergebnis sei ein »complex web of historical markers that point to the continuing heterogenous life of a vital city that is as ambivalent of its built past as of its urban future«.<sup>154</sup>

Die Zitate aus *tip*, *B.Z.* und der *RBB*-Website zeigen jedoch, dass sich vielleicht keine alle Zeitschichten umfassende Meistererzählung etabliert hat, aber dennoch konkrete Narrative für West-Berlin identifizierbar sind: ein Frontstadt-Gedächtnis, ein Biotop-Gedächtnis und ein Normalitäts-Gedächtnis. Das Frontstadt-Gedächtnis, wie es auch die *B.Z.* und der *RBB* vertreten, hat der Soziologe und Krimi-Autor Horst Bosetzky gekonnt überspitzt auf den Punkt gebracht:

WIR waren nach dem Zweiten Weltkrieg zur entscheidenden Kraft der Weltgeschichte geworden, und die Völker der Welt schauten auf uns. WIR waren das Schaufenster der freien Welt, WIR trotzten dem kommunistischen Osten. Weder mit seiner Blockade noch mit seiner Einmauerung konnte er uns Inselkinder in die Knie zwingen. WIR haben unsere Heiligsprechung durch John F. Kennedy erfahren [...]. WIR waren etwas Einmaliges, Helden allesamt.<sup>155</sup>

151 »Die Besonderheit Berlins besteht darin, dass eine Vielzahl von Gegenständen, Orten und Handlungen symbolisch aufgeladen sind und nicht nur jeweils »auf etwas anderes« verweisen, sondern miteinander in einem komplexen Verweisungsverhältnis stehen, das wiederum abstrakt als das Symbol Berlin betrachtet werden kann.« Simone Derix, *Der Symbolkomplex Berlin. Berlin-Diskurs und Berlin-Praktiken nach 1945*, in: Michael C. Bienert/Uwe Schaper/Hermann Wentker (Hg.), *Hauptstadtanspruch und symbolische Politik*, S. 183-220, Zitat S. 185.

152 Andreas Huyssen, *Present Pasts. Urban Palimpsests and the Politics of Memory*, Stanford 2003, S. 79. Siehe auch: ders., *The Voids of Berlin*, in: *Critical Inquiry* 24 (1997) 1, S. 57-81.

153 Siehe: *Berlin im Überblick*, URL: <http://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/geschichte/index.de.html> [7.4.2017].

154 Huyssen, *Present Pasts*, S. 81.

155 Horst Bosetzky, *Wir Einzigartigen*, in: *Berliner Zeitung*, 19.5.2010. Siehe auch ders., *Erinnerungen eines Inselkinds, Berlin 2006*.

Dieses Gedächtnis erinnert die Westmächte als »Schutzmächte« und Partner im Kampf für die Freiheit Berlins und verteidigt ihr Erbe am Checkpoint Charlie und andernorts. Oftmals werden persönliche Begegnungen mit US-Soldaten in der Kindheit erinnert, die in den Nachkriegsjahren den Grundstein für Faszination und Dankbarkeit legten.<sup>156</sup> Das Biotop-Gedächtnis, wie es hier der *tip* repräsentiert, will dagegen von den Alliierten wenig wissen; es konzentriert sich zeitlich auf die 1970er- und 1980er-Jahre und räumlich hauptsächlich auf die Bezirke Kreuzberg und Schöneberg. Es kennt eigene Helden und hat sogar ein eigenes Wörterbuch hervorgebracht, in dem es den Besonderheiten der Halbstadt nostalgisch huldigt, sich über das Frontstadt-Narrativ aber immer wieder lustig macht.<sup>157</sup> Im Normalitäts-Gedächtnis der nach 1961 in West-Berlin Geborenen sind die Alliierten eine Selbstverständlichkeit. Sie waren schon immer da, man nahm sie entweder kaum wahr oder verbindet Kindheitserinnerungen mit ihnen – je nachdem, wie nahe man an ihren Kasernen wohnte und wie die Eltern zu den »Schutzmächten« standen.<sup>158</sup> Kinder aus dem Süden West-Berlins erinnern sich an Baseball- und Footballspiele, den PX und exotisches Essen,<sup>159</sup> an die Truppenübungen und Volksfeste.<sup>160</sup> Manche erinnern sich auch an Schulbesuche einzelner US-Soldaten, an Kasernen-Besichtigungen, Austauschprogramme und persönliche Kontakte.<sup>161</sup> In den autobiografisch geprägten Erzählungen dieser Generation sind die Alliierten eine Besonderheit neben vielen anderen, die sie meinen, der Leserschaft erklären zu müssen, um West-Berlin vor dem Vergessen zu bewahren. Auf eigentümliche Art erinnern sie damit an die literarischen Werke ihres DDR-Pendants, die »Zonenkinder« oder die »Dritte Generation Ost«.<sup>162</sup>

Das ehemalige Ost-Berlin bringt sich in diesen Deutungskampf kaum ein.<sup>163</sup> Dennoch weisen die wenigen publizierten Erinnerungen an das Leben in Ost-Berlin auf die stets präzente Verlockung jenseits der Mauer hin: »Das

156 Vgl. Reinhard von Bronewski, *Aufgewachsen mit amerikanischen Soldaten. Wie im Berliner Grunewald Freundschaften entstanden*, Berlin 2001.

157 Mailänder/ Zander, *Das kleine Westberlin-Lexikon*.

158 In der Erzählung von Tanja Dückers, die einer bildungsbürgerlich-linksalternativen Familie entstammt, spielen die Alliierten zum Beispiel kaum eine Rolle. Nur in den Berichten älterer Berliner sowie in einem Gespräch der Eltern mit westdeutschen Verwandten tauchen sie auf. Vgl. Tanja Dückers, *Mein altes West-Berlin*, Berlin 2016.

159 Vgl. Andreas von Klewitz, *Dahlemer Erinnerungen*, in: Holland-Moritz/Wachter, *war gewesen*, S. 169-179.

160 Vgl. Kerstin Schilling, *Die Generation West-Berlin und die Freiheit*, in: Holland-Moritz/Wachter, *war gewesen*, S. 185-194.

161 Vgl. Sterblich, *Die halbe Stadt, die es nicht mehr gibt*.

162 Exemplarisch: Jana Hensel, *Zonenkinder*, Reinbek bei Hamburg 2002; Michael Hacker/Stephanie Maiwald/Johannes Staemmler [u. a.] (Hg.), *Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen*, Berlin 2012.

163 Vgl. Barclay, *Westberlin*, S. 431-440.

Wichtigste an Ost-Berlin aber war: Es grenzte an den Westen, nicht nur an West-Berlin, sondern an den Westen schlechthin.«<sup>164</sup>

Auf einen Topos können sich alle drei Gedächtnisse wie auch die Ost-Berliner Erinnerung einigen – und dieser ist es womöglich auch, der die »städtische Eigenlogik« (Martina Löw) nachhaltig prägt: »Berlin ist die Hauptstadt der Freiheit.« So lautet der Titel einer neuen Berlin-Kampagne, die seit März 2017 mit Zitaten prominenter Menschen aus Vergangenheit und Gegenwart für die Stadt wirbt. Die Idee basiert auf dem Ergebnis einer Umfrage, der zufolge knapp Dreiviertel aller Berliner die Stadt mit dem Begriff »Freiheit« assoziierten und er auch im Ausland stark mit der deutschen Hauptstadt verbunden sei – obwohl man jenseits der Stadt wohl eher an die Ereignisse von 1989 denke als an die Freiheitsglocke, die Freie Universität oder den Sender Freies Berlin.<sup>165</sup> Wie schon einige Jahre zuvor ein Plakat mit der Überschrift »Berlin hat viel durchgemacht – jedes Wochenende« verbindet auch die aktuelle Kampagne vage Hinweise auf die Stadtgeschichte mit ihrem heutigen Ruf als multikulturelle, tolerante Metropole und rekurriert auf den vermeintlichen städtischen Habitus des »anything goes« (den der Kampagnen-Untertitel »Weil es geht in Berlin« noch hervorhebt).<sup>166</sup> Die Kampagne verbindet somit mehrere Narrative: (I) die Erzählung vom kämpferischen »Vorposten der Freiheit«, die sich auf die politische und symbolische Rolle West-Berlins im Kalten Krieg konzentriert, (II) die Erzählung von der gelebten individuellen Freiheit in den alternativen Räumen Kreuzbergs und Schönebergs, wie es jüngst der Film »B-Movie – Lust & Sound in West-Berlin«<sup>167</sup> mit überraschend großem Erfolg gezeigt hat und (III) die Erzählung von 1989, jenem Jahr, in dem die DDR-Bürger sich die Freiheit erkämpft und somit die Wiedervereinigung der

164 Ilko-Sascha Kowalczyk, Ein Buch und seine Geschichte. Erinnerungen und Akteneinsichten, in: Harald Hauswald/Lutz Rathenow, Ost-Berlin. Leben vor dem Mauerfall, Berlin 2005, S. 5. Ähnlich erinnert sich auch Jan Eik: »Die Ost-Berliner fühlten sich den restlichen DDR-Bürgern überlegen. [...] Ein bisschen fühlten sich die Ost-Berliner im Vergleich zum Rest des Landes wie die West-Berliner ihnen gegenüber.« Jan Eik, Ost-Berlin wie es wirklich war, Berlin 2016, S. 50 f.

165 Berlin Partner, Presseinformation: »Berlin kann Freiheit«, 24. März 2017, URL: <https://www.berlin-partner.de/nc/presse/presseinformationen/detailansicht/berlin-kann-freiheit/>

166 Dies unterstrich die Geschäftsführerin von Partner für Berlin gegenüber der Werbe-Fachzeitschrift Horizont: »Mit der Initiative bekennt sich die deutsche Hauptstadt zu ihrem Selbstverständnis von Freiheit und setzt damit ein Zeichen für Weltoffenheit und Toleranz. Wir wollen zeigen, dass in Berlin vieles möglich ist. Ganz einfach, weil es geht in Berlin.« Bärbel Unckrich, Stadtmarketing: Wie die Hauptstadt mit #FreiheitBerlin ein starkes Zeichen an die Welt sendet, 27. März 2017, URL: <http://www.horizont.net/agenturen/nachrichten/Stadtmarketing-Wie-die-Hauptstadt-unter-dem-Motto-FreiheitBerlin-ein-starkes-Zeichen-an-die-Welt-sendet-156849>

167 B-Movie: Lust & Sound in West-Berlin 1979–1989 (2015, Regie: Jörg A. Hoppe, Klaus Maeck und Heiko Lange), Offizielle Website des Films: <http://www.b-movie-der-film.de>

Stadt ermöglicht haben. In seiner Vagheit erlaubt der Begriff »Freiheit« die Zusammenführung konfligierender Erinnerungen und disparater Identitäten. Den »Schutzmächten« kommt in dieser neuen, gesamtstädtischen Freiheitserzählung allerdings höchstens eine Nebenrolle zu.

### 5.3 Fazit

Die West-Berliner Deutung der USA als »Schutzmacht« entstand, bevor deren Truppen die Stadt überhaupt erreicht hatten. Von Beginn an resultierte diese Interpretation aus der Hoffnung auf Sicherheit vor einem sowjetischen Herrschaftsanspruch. Die US-Armee verweigerte sich jedoch zunächst dieser Rolle und sorgte damit für Enttäuschung bei vielen Berlinern. Zugleich legten amerikanische Journalisten mit ihren Berichten über die Wiederauferstehung des kosmopolitischen und schillernden Berlins der Weimarer Jahre einen Grundstein für eine positive (Um-)Deutung der einstigen Reichshauptstadt. Auch militärische Beobachter stellten ihr Feindbild infrage, als sie feststellten, dass die Bevölkerung sie als Befreier begrüßte und nicht als Besatzer verdammt. Die Blockade ermöglichte schließlich die Herausbildung einer gemeinsamen transatlantischen Meistererzählung: In dieser hatten die Bewohner der Westsektoren mit ihrem Verhalten bewiesen, dass ihnen die Freiheit das höchste Gut ist; in Form der Luftbrücke hatten ihre »Schutzmächte« das mutige Eintreten für die Demokratie honoriert und die lokale Bevölkerung in ihrem Kampf unterstützt.

Abschließende Thesen:

**(I) Die West-Berliner Meistererzählung war identitäts- und gemeinschaftsstiftend und damit wirkmächtig, weil sie für die Beteiligten Sinn ergab.**

Die amerikanischen und deutschen Akteure deuteten ihre Gegenwart vor dem Hintergrund durchlebter Erfahrungen, sozialer Bezugsrahmen und tradierter Erzählungen. Der fließende Übergang zwischen Zweitem Weltkrieg und Kaltem Krieg, überlieferte Berlin-Bilder, die gemeinsame Erfahrung der Blockade, die Angst vor sowjetischen Expansionsbestrebungen, das damit verbundene dichotome Weltbild und der Wille, notfalls erneut in den Krieg zu ziehen, um die eigenen Werte zu verteidigen, verbanden die USA und West-Berlin über viele Jahre. Die nach 1948 entstandene antikommunistische Erfahrungsgemeinschaft wurde schließlich zu einer Erinnerungsgemeinschaft, einer »imagined community«, mit spezifischen Ritualen und Institutionen zur Tradierung der fundierenden Erzählungen.

Die West-Berliner profitierten von dieser Gemeinschaft zum einen ökonomisch durch umfangreiche finanzielle Unterstützung, zum anderen politisch sowie militärisch durch die regelmäßig aktualisierten Sicherheitsgarantien. Darüber hinaus erlaubte die neue Meistererzählung ihnen den Blick nach

vorn: Sie waren nicht mehr die während der NS-Zeit schuldig gewordenen Bewohner von Hitlers Reichshauptstadt, sondern die stoischen Verteidiger des wichtigsten »Vorpostens der Freiheit«.

Der amerikanischen Politik hingegen diene die westliche Halbstadt als Beweis für die Attraktivität und Überlegenheit des eigenen Systems und für den Erfolg der eigenen Strategien. West-Berlin wurde als *City upon a Hill* verstanden, als leuchtendes Beispiel für Freiheit und Demokratie. Für US-Soldaten war eine Stationierung vor Ort deshalb mit viel Prestige verbunden, was für Stolz und Motivation sorgte. Den amerikanischen Militärstrategen half die neue Partnerschaft mit den West-Berlinern, denn sie erleichterte das Zusammenleben vor Ort und machte eine Verteidigung der Stadt überhaupt erst möglich. Zugleich veränderte das gewandelte Verhältnis auch ihre Planungen, da es ab den 1950er-Jahren galt, im Falle eines Angriffs die Westsektoren als Ganzes zu verteidigen und nicht mehr nur die eigenen Stützpunkte.

## **(II) Aufgrund der Herausbildung einer eigenen Sinnprovinz stellte West-Berlin eine dritte Entität zwischen Bundesrepublik und DDR dar.**

Trotz zahlreicher Parallelen zwischen der Halbstadt und anderen amerikanischen Stützpunkten im Bundesgebiet stellte West-Berlin aufgrund seiner Geschichte und deren Deutung, seiner geopolitischen Lage und des einzigartigen rechtlichen Status eine eigene Sinnprovinz dar. Die aus dem Verlust des Zweiten Weltkriegs und der zunächst administrativen und schließlich physischen Teilung der Stadt resultierende besondere Situation musste mit Sinn gefüllt und erklärt werden. Das hohe Maß an Identifikation mit und das lange Festhalten an der Erzählung von den »Schutzmächten« und ihrem »Vorposten der Freiheit« sind Kennzeichen der Wirkmächtigkeit des spezifischen städtischen Selbstbildes. Mit heftiger Gegenwehr wurde auf jegliches Hinterfragen dieser »Wirklichkeit« reagiert.

Diese Studie plädiert deshalb für eine Herangehensweise, die West-Berlin als Sonderfall ernst nimmt. Auch wenn West-Berlin sich der Bundesrepublik über die Jahrzehnte hinweg immer mehr annäherte und sich verschiedene soziale und kulturelle Prozesse wie in einem Brennglas in der Inselstadt verdichteten, so war es dennoch ein besonderer Erfahrungsraum mit eigenen Regeln und Deutungsmustern. Ähnliche Probleme brachten andere Debatten hervor und wurden anders kontextualisiert, da sie rasch das im Kalten Krieg geborene Selbstverständnis oder auch alliiertes Recht berührten. Zudem war die Halbstadt aufgrund ihrer isolierten Lage inmitten der DDR mit ganz eigenen Herausforderungen konfrontiert, für deren Lösung ein vergleichender Blick nach Hamburg oder München nur eingeschränkt Antworten geboten hätte.

## **(III) Die spezifische West-Berliner »Wirklichkeit« war handlungsleitend und wurde gegen konkurrierende Deutungsansprüche verteidigt.**

Einleitend wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern die mit den USA geteilte Deutung der Stadt und ihrer Nachkriegsgeschichte sowie die darauf grün-



dende transatlantische »imagined community« handlungsleitend waren und wie sich dies vor Ort bemerkbar machte. Anhand des ersten *German American Relations Program* der US-Armee von 1950 wurde exemplarisch gezeigt, dass – im Gegensatz zu ähnlichen Programmen in der Bundesrepublik – nicht die Re-Education oder die Bewältigung von aus der Militärpräsenz resultierenden Problemen als Ziele definiert wurden, sondern der kulturelle Austausch, die persönliche Begegnung und die Erfahrbarkeit der Gemeinschaft. Diesem Zweck dienten auch zahlreiche weitere in den 1960er-Jahren begründete Rituale, verschiedene temporäre Maßnahmen und langfristige Programme. Insbesondere das deutsch-amerikanische Volksfest, die Präsidentenbesuche und die Militärparade zum Tag der Alliierten Streitkräfte waren Akklamationsrituale und damit performative Bekenntnisse der Mitglieder der Gemeinschaft zu ihrer Gemeinschaft.

Besonders deutlich zeigte sich die spezifische West-Berliner Sinnprovinz immer dann, wenn sie durch konkurrierende Deutungen der »Wirklichkeit« herausgefordert wurde, was ab den späten 1960er-Jahren immer öfter und in wachsender Intensität geschah. In Form von Publikationen, Demonstrationen und anderen Protestveranstaltungen wurde die Selbstverständlichkeit von »Amerikas Berlin« hinterfragt und somit implizit eine Aufkündigung der »imagined community« gefordert. West-Berliner Politiker und Journalisten nutzten die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Verteidigung ihrer Sinnprovinz und versuchten, die Bevölkerung zu weiteren demonstrativen Bekenntnissen zu bewegen – was ihnen durchaus gelang, wenn auch nicht mehr in dem gleichen Ausmaß, wie in der Hochphase des Kalten Krieges. Die verbale Ausgrenzung derjenigen, die gegen eine bedingungslose transatlantische Loyalität waren, als »Un-Berliner« und »Anti-Berliner« verdeutlicht dennoch, wie essentiell das Verhältnis zu den USA auch noch in den letzten zwei Jahrzehnten für die West-Berliner Sinnprovinz war.

#### **(IV) Insbesondere der Erfolg der Entspannungspolitik und eine sich verändernde Kultur der Sicherheit führten zu einem schleichenden Erosionsprozess der Sinnprovinz.**

Eingangs wurde kritisiert, dass die typische Erzählung von West-Berlin und seinen Schutzmächten dazu tendiert, jeglichen historischen Wandel auszublenden. Doch welche politischen und kulturellen Wandlungen trugen zur Veränderung der transatlantischen Beziehungen bei? Als besonders einschneidend erwiesen sich mehrere Ereignisse und Entwicklungen in den 1970er-Jahren: die Folgen des Vietnamkriegs, die Abschaffung der Wehrpflicht in den USA, die Entspannungspolitik, die aus der Aufgabe des Systems von Bretton Woods und den Ölpreiskrisen resultierende Dollarkrise und eine sich verändernde Kultur von Sicherheit. Gegen die in dieser Zeit als akut empfundenen Bedrohungen konnte die »Schutzmacht« kaum mehr Schutz bieten. Stattdessen wurde sie vermehrt selbst als Bedrohung empfunden – aufgrund der Infragestellung der Entspannungspolitik durch die

US-Regierung, der atomaren Nachrüstung, der Verschmutzung der Umwelt und Lärmbelästigung im Rahmen von Militärübungen oder auch aufgrund der Einschränkung von Bürgerrechten durch das Festhalten am Besatzungsstatut. Die Schutzmacht musste sich zunehmend selbst schützen – vor wütenden Briefen, imageschädigenden Presseberichten, juristischen Klagen und terroristischen Anschlägen.

Auch die in jenen Jahren nach West-Berlin kommenden US-Soldaten fanden nicht mehr die erwartete heißeste Front des Kalten Krieges vor, sondern eine sonderbare Idylle im Schatten jener Mauer, hinter der ihr vermeintlicher Feind lag. Einige von ihnen suchten schließlich in Ost-Berlin, was sie in West-Berlin kaum mehr vorfanden: die erwartete Gefahr, aber auch eine sie bewundernde Bevölkerung, der sie ökonomisch überlegen waren und der gegenüber sie sich mit kleinen Geschenken als großzügig erweisen konnten.

Weder die West-Berliner Politik noch das State Department oder die U.S. Army fanden eine adäquate Antwort auf die von einer neuen Zeit aufgeworfenen Fragen. Sie hielten an der alten »Wirklichkeit« fest und versuchten, ihre Deutungshoheit zu behaupten – mithilfe von Polizei und Justiz, der rhetorischen Ausgrenzung vermeintlicher »Anti-Berliner«, der Neuauflage von Austausch- und Begegnungsprogrammen, mit »Integrationskursen« für US-Soldaten und ihre Familien und dem Herausgeben von Broschüren über die Alliierten oder Empfehlungen für Berliner Lehrer. Der Erfolg war mäßig. Einerseits erfreuten sich alliierte Veranstaltungen ungebrochener Beliebtheit. Auch nahm man die Soldaten der Westmächte im Alltag generell nur selten wahr. Andererseits zeigten die Konflikte um die Baumaßnahmen in Düppel und die Truppenübungen in Kreuzberg sowie die nur zögerliche Einrichtung einer Alliierten Beschwerdestelle, dass die West-Berliner Politik sich damit schwertat, dem wachsenden Bedürfnis nach Transparenz und Bürgerbeteiligung zu begegnen und gemeinsam mit den Alliierten einen Weg zu finden, sich auf die neue Zeit einzustellen.

Umfragen aus den späten 1980er-Jahren zeugen davon, dass insbesondere jüngere West-Berliner die Notwendigkeit der Militärpräsenz zunehmend hinterfragten. Dies war, so die These, nur möglich, weil die Deutung der USA als »Schutzmacht« erfolgreich tradiert worden war. Auch wenn sie die Alliierten oftmals als »Besatzer« bezeichneten, argumentierten die Kritiker der Militärpräsenz doch im Rahmen des Schutzmächte-Narrativs, indem sie ihre Forderung nach einem Truppenabzug oder zumindest einer -reduzierung an den Hinweis knüpften, dass der militärische Schutz West-Berlins nicht mehr nötig oder, aufgrund der primär atomaren Bedrohung, gar nicht möglich sei.

Der Mauerfall beendete jegliche Debatten und die Interpretation der friedlichen Revolution als Sieg über den Kommunismus half nach 1989/90, die von Konflikten und Konjunkturen gekennzeichnete Geschichte in eine lineare Erfolgserzählung mit Happy End umzuschreiben. Das 20. Jubiläum des Truppenabzugs verdeutlichte dies noch einmal: »Sie kamen als Sieger und gingen

als Freunde [...] Mit dem Fall der Mauer hatten die Alliierten ihre Aufgabe erfüllt«, so die *Berliner Morgenpost*.<sup>168</sup>

**(V) Die vor Ort stationierten US-Soldaten waren für die Glaubhaftigkeit der Erzählung von »Amerikas Berlin« schnell nur noch von symbolischer Relevanz.**

Einerseits legten die GIs in der unmittelbaren Nachkriegszeit – mit ihrem zunächst seitens der US-Armee unerwünscht offenen und non-konformen Verhalten – den Grundstein für die Erzählung von einer besonderen Verbundenheit: in Form der »Fraternisierung«, durch die rege Teilnahme am städtischen Leben, als Arbeitgeber und Kollegen, als Tauschpartner auf dem Schwarzmarkt, als Botschafter eines als attraktiv empfundenen Lebensstils und durch die Initiierung vieler Kontakt- und Wohltätigkeitsaktivitäten.

Andererseits sorgte die Institutionalisierung und Ritualisierung dieser Maßnahmen dafür, dass die »Freundschaft« nur noch eingeschränkt ihres persönlichen Engagements bedurfte. Auch wenn es zu jeder Zeit persönliche Begegnungen, Geschäftsbeziehungen, Freundschaften und Partnerschaften zwischen Deutschen und Amerikanern in West-Berlin gab, so waren die Soldaten als Individuen für die Plausibilität der Erzählung von »Amerikas Berlin« nicht mehr vonnöten. Sie waren symbolische Repräsentanten einer im Kalten Krieg geborenen Gemeinschaft. Ihre simple Präsenz war wichtig, weniger aber ihr individuelles Engagement. Schwierigkeiten entstanden demnach nur, wenn sie sich nicht rollenkonform verhielten und zum Beispiel ohne Bedenken in Ost-Berlin einkauften oder wenn die Kritiker der »imagined community« sie ebenfalls als Repräsentanten wahrnahmen und stellvertretend für außenpolitische Strategien der USA, die sie mit ihrer Tätigkeit in die Praxis umsetzten, verantwortlich machten und mit beleidigenden Worten oder gar terroristischen Akten angriffen.

**(VI) Die friedliche Revolution ermöglichte das Vergessen jeglicher Konflikte und die Herausbildung einer linearen Erfolgsgeschichte.**

Der historische Verlauf des Umbruchs in der DDR ermöglichte es, die deutsch-amerikanische »Mission« als erfolgreich zu deuten. Da Hunderttausende Menschen 1989 gegen das SED-Regime protestierten, bis es schließlich weitestgehend kampflös aufgab, konnte eine Kontinuitätslinie gezogen werden: Die Berliner in Ost und West hatten sich ihre Freiheit und Einheit über Jahrzehnte hinweg erkämpft; die »Schutzmacht« hatte währenddessen West-Berlin vor dem Schicksal Ost-Berlins bewahrt. Die konfliktreichen Jahrzehnte der alliierten Präsenz wurden durch eine narrative Verbindung der Luftbrücke, des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 und der friedlichen Revolution ausgeblendet.

168 Isabell Jürgens/Regina Köhler/Helga Labenski/ Katrin Lange, Auf den Spuren der Alliierten, in: *Berliner Morgenpost*, 18. Juli 2014, URL: <http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article130285541/Auf-den-Spuren-der-Alliierten.html> [7.4.2017].

Insbesondere die letzten zwei Jahrzehnte der Militärpräsenz haben sich in vielerlei Hinsicht als ambivalent erwiesen. In diesen Jahren verlieren sich auch die Spuren der US-Soldaten im Stadtraum. Sobald von der National Archives and Records Administration weitere Dokumente zu diesem Zeitraum zur Verfügung gestellt werden, wäre es lohnenswert, sich auf die Suche nach ihnen zu begeben und diese Studie um eine Alltagsgeschichte der US-Armee in West-Berlin zu ergänzen.

So ließe sich mehr darüber in Erfahrung bringen, ob die von politischer Seite attestierte Indifferenz und die vermeintliche Entfremdung zwischen Deutschen und Amerikanern auch in informellen Kontexten – etwa an der Bar des Clubs *Big Eden* oder auf der Terrasse des Strandbads Wannsee – gegeben waren. Auf diesem Gebiet wäre insbesondere auch ein Anknüpfen an die äußerst klugen Analysen zur Nachkriegszeit vielversprechend, die einen Schwerpunkt auf die Kategorien Gender und Race setzen.

Ein weiteres lohnenswertes Unterfangen wäre eine Perspektiverweiterung – entweder (I) auf der Akteursebene durch die Einbeziehung der Bundesregierung, (II) in Form eines Vergleichs durch die Einbeziehung der britischen und französischen Streitkräfte oder (III) räumlich durch den Vergleich zu einem anderen urbanen Stützpunkt in der Bundesrepublik, wie zum Beispiel Frankfurt am Main.

Darüber hinaus bedarf es weiterer empirischer Untersuchungen, die West-Berlin wieder als historische Besonderheit ernst nehmen – nicht, um der DDR und der Sowjetunion rückblickend zuzustimmen, dass es sich um eine »selbständige politische Einheit« handelte, sondern um die geteilte Stadt als besonderen Grenzraum mit zahlreichen transregionalen und transnationalen Verflechtungen zu verstehen.

## Dank

Besonderer Dank gilt meinen beiden Doktorvätern: Martin Sabrow für die wunderbare und inspirierende Zusammenarbeit an der Humboldt-Universität, das in mich gesetzte Vertrauen und die umfassende Förderung, die ich erfahren durfte, Konrad H. Jarausch für die freundliche Aufnahme an der UNC Chapel Hill, für die gemeinsamen GSA-Seminare und für die intensive und hilfreiche Beratung. Ebenso Dank gebührt Jens Schöne – für seine allzeit fröhlich-pragmatische und motivierende Begleitung, für sein beharrliches Drängen (»Na, was macht die Diss?«) und die vielen gemeinsamen Lehrveranstaltungen an der HU, die willkommene Ablenkung und Bereicherung zugleich waren. Ganz besonders möchte ich auch jenen Freunden und Kollegen danken, die sich ebenfalls für die Berliner Stadtgeschichte begeistern und deren kenntnisreiche Überlegungen und Nachfragen meine Arbeit in vielen Gesprächen enorm bereichert haben: Hanno Hochmuth, Scott Krause, Krijn Thijs. Auch dem regen Austausch mit Andrea Bahr, Eva Balz, Amélie zu Eulenburg, Andreas Ludwig, Susanne und Markus Nesselrodt, Clara Oberle, Anja Schröter, Meta Stephan und Karin Trieloff habe ich viel zu verdanken. Insbesondere Alisa Avigan, Michael Cameron, Craig Ellefson sowie Jenna und Peter Gengler danke ich dafür, dass sie dafür gesorgt haben, dass ich in den USA zeitweise eine zweite Heimat fand. Zudem danke ich den studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität – Martha Albrecht, Heike Hoffmann, Anna Kokenge, und Chris Vogelsänger – für ihre kluge, engagierte und tatkräftige Unterstützung in den letzten Jahren. Jens Brinkmann danke ich für das aufmerksame Lektorat und Hajo Gevers vom Wallstein Verlag für die freundliche Betreuung auf dem Weg zum gedruckten Buch.

Dank gebührt natürlich auch jenen Institutionen, die diese Studie gefördert und ermöglicht haben: das AlliiertenMuseum, die Axel Springer Stiftung, der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Bosch Foundation, das Caroline von Humboldt-Programm, der DAAD, das German Historical Institute in Washington, die Humboldt-Universität zu Berlin, die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Abschließend danke ich Astrid und Bernd Eisenhuth dafür, dass sie mich auf meinem Weg unterstützt und immer an mich geglaubt haben. Tim Köhler danke ich für all sein Verständnis und seine unermüdliche Geduld während des Schreibmarathons, für seine aufmerksamen und kritischen Anmerkungen bei den vielen heimischen Probevorträgen und die liebevolle Unterstützung. Euch ist dieses Buch gewidmet.

# Anhang

## Abkürzungsverzeichnis

AL	Alternative Liste
BMD	Berlin Military District
BMP	Berlin Military Post
BStU	Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
CDU	Christlich Demokratische Union
CINCEUR	Commander in Chief, Europe
CINCUSAREUR	Commander in Chief, U.S. Army Europe
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ETOUSA	European Theater of Operations, United States Army
GI/G.I.	Bezeichnung für einen einfachen US-Soldaten (Akronym)
HICOG	U.S. High Commissioner of Germany, US-Hochkommissariat
HQ	Headquarters
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LArch	Landesarchiv Berlin
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NACP	National Archives and Records Administration (College Park, MA)
NARA	National Archives and Records Administration
OMGBS	Office of Military Government, Berlin Sector
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
POLAD	Political Advisor
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USAB	United States Army, Berlin
USAREUR	United States Army, Europe
USCOB	U.S. Commander, Berlin
USEUCOM	United States European Command
USFET	U.S. Forces, European Theater
USGCC	U.S. Group Control Council Germany
WWII	World War II, Zweiter Weltkrieg

## Abbildungsverzeichnis

- S. 99: ullstein bild, Chronos Media GmbH, Nr. 00158595  
S. 130: AlliiertenMuseum, Slg. Provan, 121-930 / U.S. Army Photograph  
S. 134: AlliiertenMuseum, Slg. Provan, 86-986 / U.S. Army Photograph  
S. 151: AlliiertenMuseum, Slg. Dok  
S. 198: AlliiertenMuseum, Slg. Provan, 17-597 / U.S. Army Photograph  
S. 199: AlliiertenMuseum, Slg. Provan, 17-568 / U.S. Army Photograph  
S. 225: akg-images, picture-alliance, Konrad Giehr, Nr. AKG2595272  
S. 227: akg-images, picture-alliance, dpa, Nr. AKG2779469  
S. 234: AlliiertenMuseum, Slg. Provan, 59-912 / U.S. Army Photograph  
S. 237: AlliiertenMuseum, Slg. Provan, 59-558 / U.S. Army Photograph  
S. 241: AlliiertenMuseum, Slg. Provan, 36-210 / U.S. Army Photograph

- S. 254: ullstein bild, Peter Timm, Nr. 05845346  
 S. 255: ullstein bild, Müller-Schneck, Nr. 00150360  
 S. 257: ullstein bild, Alex Waidmann, Nr. 02643429  
 S. 267: ullstein bild, Kasperski, Nr. 00148304  
 S. 276: akg-images, picture-alliance, Roland Holsch, Nr. AKG2594767  
 S. 279: ullstein bild, Berlin-Bild, Nr. 00151072  
 S. 288: ullstein bild, Rogge, Nr. 02571734  
 S. 334: ullstein bild, Stark-Otto, Nr. 00150435  
 S. 338: ullstein bild, Harry Hampel, Nr. 00146530  
 S. 347: ullstein bild, Klaus Mehner, Nr. 01762285  
 S. 405: AlliiertenMuseum, Slg. Provan, 115-535 / U.S. Army Photograph  
 S. 410: BStU, MfS, HA VI, Fo 1056, Bild\_0018  
 S. 423: BStU, MfS, Fo 0083, Bild 0285 und 0286  
 S. 447: AlliiertenMuseum, B\_2018\_09\_00242 / U.S. Army Photograph

## Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Ergebnisse einer Befragung von Jugendlichen in West-Berlin und der Bunderepublik (Quelle: German Youth View the American Program, 1950)  
 Tabelle 2: Meinungen zu einem möglichen deutschen Verteidigungsbeitrag (Quelle: Germans view the Remilitarization Issue, Dezember 1950)  
 Tabelle 3: Allgemeine Einschätzung des Militärischen (Quelle: Germans view the Remilitarization Issue, Januar 1951)  
 Tabelle 4: Meinungen zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag (Quelle: Defense Participation sentiments, Februar 1951)  
 Tabelle 5: Deutsche Einheit versus Westbindung (Quelle: Defense Participation sentiments, Februar 1951)  
 Tabelle 6: Einschätzungen zu Leben und Politik in den USA (Quelle: A West German Perspective of U.S. Politics and Culture, 1956)  
 Tabelle 7: Bewertungen der US-Armee (Quelle: The American Soldier Reappraised, 1956)  
 Tabelle 8: Bewertung der US-Militärpräsenz und des deutsch-amerikanischen Zusammenlebens (Quelle: The American Soldier Reappraised, 1956)  
 Tabelle 9: Antworten auf die Frage nach dem wichtigsten Problem in Berlin. Eine fehlende Prozentzahl kann darin begründet sein, dass die Frage in jenem Jahr nicht bzw. anders gestellt wurde.  
 Tabelle 10: Einreisen von Angehörigen der West-Alliierten über die GÜSt Friedrich-/Zimmerstraße, 1986-1989 (ohne Kontroll- und Diplomatenverkehr). Quelle: BStU, MfS, HA VI, Nr. 15079

## Quellenverzeichnis

### *Archivquellen*

*APO-Archiv der Freien Universität zu Berlin*

APO-Archiv: S, BRD + Ausland, Box: USA, Signatur: 1145

APO-Archiv: S, BRD + Ausland, Box: USA, Signatur: 1160

SDS (Students for a Democratic Society), USA, 1968, Nr. 324

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin: Bericht 10/78, Amerikaner in Berlin

*Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)*

BStU, MfS, HA I, HA II, HA VI, HA VIII und HA IX  
BStU, MfS, ZAIG  
BStU, MfS, ZOS  
BStU, MfS, ZKG  
BStU, MfS, BvFS Potsdam, Abt. VII  
BStU, MfS, JHS Potsdam, HA IX/MF  
BStU, MfS, BV Berlin, AKG

*Jimmy Carter Presidential Library (JCL) in Atlanta, GA*

Digital Collection (NLC)  
Susan Clough Files, Presidential Travel 4/14/77–10/13/80  
Presidential Papers, Staff Offices Press (Advance) Office Files  
Presidential Papers, Staff Offices Press (Advance) Edwards  
Presidential Papers, National Security Affairs, Brzezinski Material, Trip File

*Landesarchiv der Stadt Berlin (LArch)*

LArch, B Rep. 036-1, Office of Military Government Berlin Sector (OMGBS)  
LArch, B Rep. 036-2, Office of the U.S. High Commissioner for Germany (HICOG), Berlin  
LArch, B Rep. 002, Der Regierende Bürgermeister von Berlin/Senatskanzlei  
LArch, B Rep. 011, Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe  
LArch, B Rep. 213, Bezirksverwaltung Tempelhof

*Polizeihistorische Sammlung Berlin (PHSB)*

Dokumentensammlung: Berlin-Besuch des US-Präsidenten Jimmy Carter  
Dokumentensammlung: Berlin-Besuch des US-Präsidenten Richard Nixon

*Privatarchiv Bryan van Sweringen*

U.S. Army Berlin, Historical Report 1961, 2. April 1962

*Richard Nixon Presidential Library (RNL) in Yorba Linda, CA*

Pre-Presidential Papers, Vice President, General Correspondence  
Wilderness Years Collection, Series II: Trip File 1963  
White House Special Files, Staff Member and Office Files, John D. Ehrlichman  
White House Special Files, Staff Member and Office Files, Ronald Ziegler  
HRH Collection, Series II: Presidential Administrative Files, Presidential Trips  
National Security Council (NSC) Files, Country Files – Europe, Germany

*The GI Press Project*

Where It's At  
Up Against The Wall  
Forward  
RITA News

*U.S. Army Heritage and Education Center (USAHEC) in Carlisle, PA*

Berlin Brigade Collection  
OMGUS Collection, ICD Opinion Surveys  
Floyd L. Parks Papers, 1944-1945  
Kevin M. Born Papers, 1984-1997

*U.S. Army Center for Military History, Washington DC (USACMH)*

U.S. Army Berlin Collection



U.S. *National Archives and Records Administration in College Park, MA (NACP)*

- RG 59, General Records of the Department of State, HICOG Policy Files 1950-52  
 RG 59, General Records of the Department of State, International Information Administration  
 RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1963  
 RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1964-1966  
 RG 59, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1967-1969  
 RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, Germany, U.S. Mission Berlin  
 RG 306, U. S. Information Agency (USIA), Office of Research and Analysis: Research Reports on German Public Opinion 1949-1962  
 RG 388, Records of U.S. Army Operational, Tactical, And Support Organizations (WWII And Thereafter), Unit Histories 1940-1967  
 RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Berlin Element  
 RG 466, Records of the U.S. High Commission for Germany (HICOG), Office of the Executive Secretary  
 RG 549, Records of U.S. Army Europe, U.S. Army Berlin  
 RG 549, Records of U.S. Army Europe, USAREUR  
 RG 549, Records of U.S. Army Europe, HQ EUCOM, General Staff Military Post Division, Berlin Military Post

*Wisconsin Historical Society in Madison, WI (WHS)*

- HQ Department of the Army, Helpful Hints for Personnel Ordered to Germany, 1957  
 HQ Department of the Army, Helpful Hints for Personnel Ordered to Germany, 1967  
 Department of the Army, Germany: Facts you need to know, 1974  
 Department of the Army, Germany: Facts you need to know, 1979

### *Filmquellen*

- Your job in Germany (Office of War Information, USA 1945)  
 Here is Germany (USA 1945)  
 A Foreign Affair (USA 1948)  
 The Big Lift (USA 1950)  
 Soldier in Berlin (The Big Picture, USA 1950 und 1953)  
 Outpost of Freedom – The Meaning of Berlin today (GB 1962)  
 Berlin Duty (USA 1963/64)

### *Digitale Quellen*

- Armed Forces Radio and Television Service: President Ronald Reagan's Visit to Berlin, Live-Berichterstattung vom 12. Juni 1987, Series: »Air Force Now« Program Video Recordings, 1963- 1992, online bereitgestellt durch die U.S. National Archives, URL Teil 1: <https://www.youtube.com/watch?v=BhsFoES5IjU> [7.4.2017]. URL Teil 2: <https://www.youtube.com/watch?v=Zt7f6bonq-o> [7.4.2017]. URL Teil 3: [https://www.youtube.com/watch?v=Rj45x5\\_ZI3s](https://www.youtube.com/watch?v=Rj45x5_ZI3s) [7.4.2017].  
 Berlin besetzt: Illustrierte Karte zu Hausbesetzungen in Berlin, online: <http://www.berlin-besetzt.de/#!id=142> [18.10.2016].  
 Berlin Partner: Presseinformation: »Berlin kann Freiheit«, 24. März 2017, URL: <https://www.berlin-partner.de/nc/presse/presseinformationen/detailansicht/berlin-kann-freiheit/> [7.4.2017].  
 Besprechung der drei Hohen Kommissare mit dem Bundeskanzler: 17. August 1950, Kabinettsprotokoll der Bundesregierung 1950, Dokument Nr. 12, online unter: [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/ki950k/kap1\\_4/para2\\_12.html#d8e87](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/ki950k/kap1_4/para2_12.html#d8e87) [21.4.2018].  
 Carter, Jimmy: Berlin, Federal Republic of Germany, Remarks at a Wreathlaying Ceremony at

- the Airlift Memorial, 15. Juli 1978, The American Presidency Project, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=31086> [7.4.2017].
- Carter, Jimmy: Berlin, Federal Republic of Germany, Question-and-Answer Session at a Town Meeting, 15. Juli 1978, The American Presidency Project, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=31087> [7.4.2017].
- CDU Berlin: AlliiertenMuseum zu einem »Museum der Freiheit« mit internationaler Strahlkraft am Standort Flughafen Tempelhof weiterentwickeln, 11. Mai 2012, URL: <http://www.cduberlin.de/download/?file=alliiertenmuseum.pdf> [7.4.2017].
- Chronik »Berlin im Jahr 1945«, in: Luisenstädtischer Bildungsverein e. V. Online, URL: <http://www.luise-berlin.de/kalender/jahr/1945.htm> [7.4.2017].
- Clinton, Bill: McNair Barracks Speech, 12. Juli 1994, URL: <http://www.american-presidents.com/bill-clinton/mcnair-barracks-speech/> [15.7.2014].
- Clinton, Bill: »Berlin is free!«, Remarks by the President in Address to the People of Berlin at the Brandenburg Gate, 12. Juli 1994, Online: <http://usa.usembassy.de/etexts/ga6-940712.htm> [16.11.2016].
- Defense Finance and Accounting Service: Monthly Basic Pay and Allowances 1949, online: <https://www.dfas.mil/dam/jcr:549c4b17-bfdd-4d7c-822b-db29ade3ee77/MilPayTable1949.pdf> [6.4.2017].
- Defense Finance and Accounting Service: Monthly Basic Pay and Allowances, Stand 1.1.1972, URL: <https://www.dfas.mil/dam/jcr:c4622417-b525-4a02-90b7-28f19aab70bd/MilPayTable1972.pdf> [6.4.2017].
- Eucom Historical Division: Relations of Occupation Forces Personnel with the Civil Population 1946-48, Occupation Forces in Europe Series, 1946-48, Karlsruhe 1951, online in der Combined Arms Research Digital Library: <http://cgsc.contentdm.oclc.org/cdm/ref/collection/p4013coll11/id/1391> [7.4.2017].
- Flierl, Thomas: Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer: Dokumentation, Information und Gedenken, Stand: 12. Juni 2006, URL: [http://www.berliner-mauer-gedenkstaette.de/de/uploads/allgemeine\\_dokumente/gesamtkonzept\\_berliner\\_mauer.pdf](http://www.berliner-mauer-gedenkstaette.de/de/uploads/allgemeine_dokumente/gesamtkonzept_berliner_mauer.pdf) [6.4.2017].
- Hertle, Hans-Hermann/Seliger, Hubert (Hg.): Die Debatte um das Mauergedenken und die Todesopfer an der Berliner Mauer. Pressestimmen und Materialien, August 2006, URL: <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/die-debatte-um-das-mauergedenken-und-die-todesopfer-der-berliner-mauer> [6.4.2017].
- House of Representatives, Hearings before the Select Committee on Narcotics Abuse and Control, Drug Abuse among U.S. Armed Forces in the Federal Republic of Germany and West Berlin. Report of the Select Committee on Narcotics Abuse and Control, 95th Congress, 2nd Session, 20.-22. November 1978, Washington 1979, online unter: HathiTrust Digital Library, URL: <https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=mdp.39015078702944;view=1up;seq=1,S.1-6>. [7.4.2017].
- HQ U.S. Army Europe, Historical Division: The U.S. Armed Forces German Youth Activities Program, 1945-1955, veröffentlicht 1956, URL: [https://archive.org/details/UsArmedForcesGermanYouthActivitiesProgram1945-1955\\_927](https://archive.org/details/UsArmedForcesGermanYouthActivitiesProgram1945-1955_927) [7.4.2017].
- Jaraus, Konrad H./Ostermann, Christian F./Wilke, Manfred/Heinemann, Winfried: Überlegungen zum Projekt: Berlin – Checkpoint Charlie: Schauplatz des Kalten Krieges, URL: [http://www.bfgg.de/fileadmin/website/bilder/Dokumente\\_Zentrum\\_kalter\\_krieg/ZKK\\_Jaraus\\_Ostermann\\_Wilke\\_Heinemann.pdf](http://www.bfgg.de/fileadmin/website/bilder/Dokumente_Zentrum_kalter_krieg/ZKK_Jaraus_Ostermann_Wilke_Heinemann.pdf) [7.4.2017].
- Kennedy, John F.: Remarks at the Rudolph-Wilde-Platz Berlin, 26. Juni 1963, in: Website der John F. Kennedy Presidential Library and Museum, URL: [https://www.jfklibrary.org/Asset-Viewer/oEX2uqSQGEGIdTYgd\\_JL\\_Q.aspx](https://www.jfklibrary.org/Asset-Viewer/oEX2uqSQGEGIdTYgd_JL_Q.aspx) [7.4.2017].
- Kennedy, John F.: Address of President-Elect John F. Kennedy Delivered to a Joint Convention of the General Court of the Commonwealth of Massachusetts, The State House, Boston, 9. Januar 1961, in: Website der John F. Kennedy Presidential Library and Museum, URL: <https://www.jfklibrary.org/Asset-Viewer/ohJztSnpVo6qFJUT9etUZQ.aspx> [7.4.2017].
- National Archives and Records Administration (Hg.): A City Divided. Life & Death in the Shadow of the Wall, DVD-Quellensammlung, Washington 2013.

- Nixon, Richard: Remarks at the Siemens Factory, 27. Februar 1969, American Presidency Project, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=2427> [15.7.2013].
- Obama, Barrack: Obamas Rede im Wortlaut (engl.), »We have history to make«, in: Spiegel Online, 19. Juni 2013, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/obamas-rede-in-berlin-am-19-juni-2013-im-wortlaut-englisch-a-906741.html> [7.4.2017].
- Potter, Paul: Naming the System, Rede gehalten am 17. April 1965 vor dem Washington Monument, Online: [http://www.sds-1960s.org/sds\\_wuo/sds\\_documents/paul\\_potter.html](http://www.sds-1960s.org/sds_wuo/sds_documents/paul_potter.html) [7.2.2017].
- Radder, Stefanie: 8. Mai 2005 – 60 Jahre Kriegsende – Bevölkerungszahlen aus den Jahren 1945 bis 1947, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, URL: [https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Aufsaezte/2005/MS-BE\\_200505-03.pdf](https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Aufsaezte/2005/MS-BE_200505-03.pdf) [17.6.2018].
- Reagan, Ronald: Rede vor dem Brandenburger Tor, 12. Juni 1987, online unter: <http://www.historyplace.com/speeches/reagan-tear-down.htm> [16.7.2013].
- Reagan, Ronald: Remarks on East-West Relations at the Brandenburg Gate in West Berlin, 12. Juni 1987, in: Website der Ronald Reagan Presidential Library and Museum, URL: <https://www.reaganlibrary.archives.gov/archives/speeches/1987/061287d.htm> [7.4.2017].
- Reagan, Ronald: Farewell Address to the Nation, 11. Januar 1989, American Presidency Project, URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=29650> [7.4.2017].
- Render, Frank W. II: U.S. Military Race Relations in Europe, veröffentlicht am 2. November 1970 in Washington, DC, URL: [http://www.aacvr-germany.org/GenSys/DVD/publishing/XML-Files/XML/R\\_10001\\_LS.xml](http://www.aacvr-germany.org/GenSys/DVD/publishing/XML-Files/XML/R_10001_LS.xml) [14.10.2018].
- Reuter, Ernst: Rede am 9. September 1948 vor dem Reichstag, URL: <http://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/geschichte/historische-reden/ernstreuterrede.de.html> [8.9.2018].
- Rote Armee Fraktion, Zur Aktion gegen die Rhein-Main-Air-Base und die Erschießung von Edward Pimental, Erklärung vom 25. August 1985, URL: [rafinfo.de – die Webressource zur Roten Armee Fraktion, URL: http://www.rafinfo.de/archiv/raf/raf-25-8-85.php](http://www.rafinfo.de/archiv/raf/raf-25-8-85.php) [7.4.2017].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: Tempelhofer Freiheit: Einleitung, <https://web.archive.org/web/20080325061606/http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/staedtebau-projekte/tempelhof/de/einleitung.shtml> [7.4.2016].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen: Pressemitteilung: Zukunft – Tempelhofer Feld, 5. März 2008, URL: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv\\_volltext.shtml?arch\\_o803/nachricht2972.html](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_o803/nachricht2972.html) [7.4.2017].
- Tagesschau, 31. August 1994, URL: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-18177.html> [7.4.2017].
- Tagesschau, 8. September 1994, URL: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-21344.html> [7.4.2017].
- The Executive Secretary, A Report to the National Security Council on United States Objectives and Programs for National Security, NSC 68, 12. April 1950, in: Harry S. Truman Library and Museum, Truman Papers, President's Secretary's File, S. 4 (corrected) und 65, URL: [http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study\\_collections/coldwar/documents/pdf/10-1.pdf](http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study_collections/coldwar/documents/pdf/10-1.pdf) [7.4.2017].
- Truman, Harry S.: Address Before the United States Conference of Mayors, 21. März 1949, URL: <http://trumanlibrary.org/publicpapers/viewpapers.php?pid=1072> [15.10.2017].
- Truman, Harry S.: Address of the President of the United States: Recommendation for Assistance to Greece and Turkey, 80th Congress, 1st Session, Document No. 171, 12. März 1947, URL: [https://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study\\_collections/doctrine/large/documents/pdfs/5-9.pdf](https://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study_collections/doctrine/large/documents/pdfs/5-9.pdf) [7.4.2017].
- Umbruch Bildarchiv: Foto-Sammlung »Impressionen rund um den Mauerfall«, online: Fotografien des Umbruch Bildarchivs, online unter: [https://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/foto2/website\\_mauerfall/mauerimpressionen/](https://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/foto2/website_mauerfall/mauerimpressionen/) [7.4.2017].
- Unckrich, Bärbel: Stadtmarketing: Wie die Hauptstadt mit #FreiheitBerlin ein starkes Zeichen an die Welt sendet, 27. März 2017, URL: <http://www.horizont.net/agenturen/nachrichten/Stadtmarketing-Wie-die-Hauptstadt-unter-dem-Motto-FreiheitBerlin-ein-starkes-Zeichen-an-die-Welt-sendet-156849> [7.4.2017].

Wowereit, Klaus: Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, zum 65. Jahrestag der Beendigung der Blockade Berlins am 12. Mai 2014, URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2014/pressemitteilung.109979.php> [7.4.2017].

### *Gedruckte Quellen: Zeitungen und Zeitschriften*

#### *Tages- und Wochenzeitungen*

Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, B. Z., Chicago Daily Tribune, Der Abend, Der Spiegel, Der Tagesspiegel, Die Zeit, Los Angeles Times, Neues Deutschland, Telegraf, The New York Times, The New York Amsterdam News, The Washington Post

#### *Special Interest Zeitschriften*

Afro-American, Agit 883, Army in Europe, Rote Fahne, Sie, Stars and Strips, The Berlin Observer, The Berlin Sentinel, The Grooper

### *Gedruckte Quellen: diverse Publikationen*

- Andreas-Friedrich, Ruth: Schauplatz Berlin. Tagebuchaufzeichnungen 1945 bis 1948, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1984.
- Anonyma, Eine Frau in Berlin. Tagebuchaufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945, Frankfurt a. M. 2003.
- Aust, Stefan/Rosenblatt, Sabine (Hg.): Hausbesetzer – wofür sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen, Hamburg 1981.
- Bauer, Ingrid: »Besatzungsbräute«. Diskurse und Praxen einer Ausgrenzung in der österreichischen Nachkriegsgeschichte 1945-55, in: Irene Bandhauer-Schöffmann/Claire Duchon (Hg.), Nach dem Krieg. Frauenleben und Geschlechterkonstruktionen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Herbolzheim 2000, S. 261-276.
- Bering, Henrik: Outpost Berlin. The History of the American Military Forces in Berlin 1945-1994, Chicago/Berlin 1995.
- Berthiaume Shukert, Elfriede/Smith Scibetta, Barbara: War Brides of World War II, Novato 1988.
- Bosetzky, Horst: Erinnerungen eines Inselkinds, Berlin 2006.
- Botor, Stefan: Das Berliner Sühneverfahren. Die letzte Phase der Entnazifizierung (= Rechtshistorische Reihe; Bd. 327), Bern/Frankfurt a. M. [u. a.] 2006.
- Boveri, Margret: Tage des Überlebens. Berlin 1945, München 1968.
- Brokaw, Tom/Barrett, Robert T.: Christmas from Heaven. The True Story of the Berlin Candy Bomber, Salt Lake City 2013.
- Brunn, Dieter (Hg.): Widerstand in der US-Armee. GI-Bewegung in den siebziger Jahren, Berlin (West) 1986.
- Clay, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1950.
- Coles, Harry L./Weinberg, Albert K. (Hg.): Civil Affairs. Soldiers Become Governors, Washington 1964, Neuauflage 1992.
- Diekmann, Kai/Reuth, Ralf Georg: Helmut Kohl: »Ich wollte Deutschlands Einheit«, 2. Aufl., Berlin 1996.
- Diepgen, Eberhard: Zwischen den Mächten. Von der besetzten Stadt zur Hauptstadt, Berlin 2004.
- Dücker, Tanja: Mein altes West-Berlin, Berlin 2016.
- Dulles, Eleanor: Berlin und die Amerikaner, Köln 1967.
- Eik, Jan: Ost-Berlin wie es wirklich war, Berlin 2016.
- Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn in Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat (Hg.): Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1962, München 1962.
- Gallup, George H.: The Gallup Poll. Public Opinion 1935-1971, Bd. 1, New York 1972.

- Gavin, James M.: *On to Berlin. Battles of an Airborne Commander 1943-1946*, New York 1978.
- Hammer, Konrad Jule: *Eintritt frei – Kinder die Hälfte! Zur Geschichte der Berliner Volksfeste*, Schriftenreihe Berliner Forum 8/81, Berlin (West) 1981.
- Harper, Edward: *Unintended Consequences. A Twentieth Century Odyssey*, Bethel 1997.
- Hauptamt für Statistik und Wahlen (Hg.): *Berlin in Zahlen*, Berlin 1950.
- Hauser, William L.: *America's Army in Crisis. A Study in Civil-Military Relations*, Baltimore/London 1973.
- Hauswald, Harald/Rathenow, Lutz: *Ost-Berlin. Leben vor dem Mauerfall*, Berlin 2005.
- Hawkins, John P.: *Army of Hope, Army of Alienation. Culture and Contradiction in the American Army Communities of Cold War Germany*, Westpoint/London 2001.
- Headquarters USAREUR, *The U.S. Army in Berlin 1945-1961*, Heidelberg 1962.
- Headquarters U.S. Army Berlin, *Special Services Tour of Berlin*, Berlin 1950, Nachdruck des Berlin Story Verlags von 2010.
- Hill, T. H. E. (Hg.): *Berlin in Early Cold-War Army Booklets, 1946-1958*, Lexington 2008.
- Hillenbrand, Martin J.: *Fragments of Our Time. Memoirs of a Diplomat*, University of Georgia 1998.
- Holland-Moritz, D./Wachter, Gabriela (Hg.), *war gewesen. West-Berlin 1961-89*, Berlin 2009.
- Howley, Frank L.: *Berlin Command*, New York 1950.
- Hurwitz, Harold: *Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945*, Bd. 1, Köln 1983.
- Ingraham, Larry H.: *The Boys in the Barracks. Observations in American military life*, Philadelphia 1984.
- Kardorff, Ursula von: *Berliner Aufzeichnungen 1942 bis 1945*, München 1994.
- Kellerhoff, Sven-Felix (Hg.) *Pocket Guide to Germany*, Nachdruck, Berlin 2008.
- Kohl, Helmut: *Erinnerungen 1982-1990*, München 2005.
- Kunze, Gerhard: *Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949-1989*, Berlin 1999.
- Lusk, Irene/Zieseke, Christiane (Hg.), *Stadtfront Berlin West Berlin*, Berlin 1982.
- Maginnis, John J.: *Military Government Journal. Normandy to Berlin*, hg. v. Robert A. Hart, Amherst 1971.
- Merritt, Anna J./ Merritt, Richard L. (Hg.): *Public Opinion in Occupied Germany. The OM-GUS Surveys, 1945-1949*, Urbana/Chicago/London 1970.
- Meyer, Sibylle/Schulze, Eva: *Wie wir das alles geschafft haben. Alleinstehende Frauen berichten über das Leben nach 1945*, München 1984.
- Meyer, Sybille/ Schulze, Eva (Hg.): *Von Liebe sprach damals keiner. Familienalltag in der Nachkriegszeit*, München 1985.
- Mittag, Detlef R./Schade, Detlef: *Die amerikanische Kalt-Welle. Geschichten vom Überleben in der Nachkriegszeit*, Berlin 1983.
- Momper, Walter: *Grenzfall. Berlin im Brennpunkt deutscher Geschichte*, München 1991.
- Müller, Michael Ludwig: *Berlin 1968. Die andere Perspektive*, Berlin 2008.
- Naacp, *The Search for Military Justice: Inquiry Into the Problems of the Negro Serviceman in West Germany*, New York 1971.
- Nieden, Susanne zur/Schonknecht, Helga und Eberhard (Hg.), *Weiterleben nach dem Krieg. Schöneberg/Friedenau 1945-46*, Berlin 1992.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Piel, Edgar (Hg.): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983*, Bd. 8, München/New York [u. a.] 1983.
- Rote Hilfe Westberlin (Hg.), *Imperialismus, Sozialdemokratie, Terror, Militanz. Zur Konterrevolution in Westberlin*, Berlin (West) 1970.
- Schilling, Kerstin: *Die Generation West-Berlin und die Freiheit*, in: D. Holland-Moritz/Gabriela Wachter (Hg.), *war gewesen. West-Berlin 1961-89*, Berlin 2009, S. 185-194.
- Schröder, Dieter (Hg.): *Das geltende Besatzungsrecht*, Berlin (West) 1990.
- Sterblich, Ulrike: *Die halbe Stadt, die es nicht mehr gibt. Eine Kindheit in Berlin (West)*, Reinbek bei Hamburg 2012.
- Teppich, Fritz (Hg.): *Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung 1980-1985*, Berlin (West) 1985.

- Turner, Frederick Jackson: The Significance of the Frontier in American History, in: Annual Report of the American Historical Association for the Year 1893, Washington/DC 1894, S. 197-228.
- U. S. Headquarters Berlin District: An illustrated introduction to the city of Berlin, Berlin 1947.
- Walters, Vernon A.: In vertraulicher Mission, München 1990.
- Zivier, Ernst R.: Verfassung und Verwaltung von Berlin, 2. aktual. und erw. Aufl., Berlin 1992.

## Literaturverzeichnis

- Ahrends, Michael: Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945-1958, München/Hamburg 2011.
- Ahrens, Ralf: Teure Gewohnheiten. Berlinförderung und Bundeshilfe für West-Berlin seit dem Mauerbau, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 102 (2015), S. 283-299.
- Allertz, Robert: Die RAF und das MfS. Fakten und Fiktionen, Berlin 2008.
- Alvah, Donna: Unofficial Ambassadors. American Military Families Overseas and the Cold War, 1946-1965, New York/London 2007.
- Aly, Götz: Unser Kampf. Ein irritierter Blick zurück, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008.
- Anderson, Benedict: Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism, London/New York 1991.
- Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M./New York 2005.
- Anderson, Terry H.: The GI Movement and the Response from the Brass, in: Melville Small/William D. Hoover (Hg.), Give Peace a Chance. Exploring the Vietnam Antiwar Movement, New York 1992, S. 93-115.
- Arndt, Melanie: Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948 bis 1961, Köln/Weimar/Wien 2009.
- Assmann, Aleida: Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht, in: Rolf Lindner (Hg.), Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 13-34.
- Assmann, Aleida/Frevert, Ute: Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart 1999.
- Assmann, Aleida: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, 5. Aufl., München 2010.
- Bacevich, Andrew J.: Introduction, in: ders. (Hg.), The Long War. A New History of U.S. National Security Policy Since World War II, New York 2007, S. VII-XIV.
- Bailey, Beth: America's Army. Making the All-Volunteer Force, Westport 2008.
- Baker, Anni P.: Wiesbaden and the Americans 1945-2003. The Social, Economic, and Political Impact of the U.S. Forces in Wiesbaden, Wiesbaden 2004.
- Baker, Anni P.: American Soldiers Overseas. The Global Military Presence, Westport/London 2004.
- Baker, Anni P.: Army of Hope, Army of Alienation: Culture and Contradiction in the American Army Communities of Cold War Germany (Review), in: Journal of Cold War Studies 11 (2009) 2, S. 149-150.
- Baker, Anni P.: The U.S. Armed Forces and the Development of Anti-NATO Protest in West Germany, 1980-1989, in: Thomas W. Maulucci, Jr./Detlef Junker (Hg.): GIs in Germany. The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence, Cambridge 2013, S. 311-329.
- Balz, Eva: Erfahrungshorizonte Berliner Jugendlicher im Nationalsozialismus, in: Michael Wildt/Christoph Kreuztmüller (Hg.), Berlin 1933-1945, München 2013, S. 145-158.
- Bange, Oliver: SS 20 und Pershing II. Waffensysteme und Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.), »Entrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 71-87.
- Barclay, David E.: Schaut auf diese Stadt: Der unbekannte Ernst Reuter, Berlin 2000.

- Barclay, David E.: Westberlin, in: Martin Sabrow (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009, S. 431-440.
- Barclay, David E.: Mythos, Symbol, Realpolitik. Ernst Reuter und die Blockade, in: Helmut Trotnow/Bernd von Kostka (Hg.) *Die Berliner Luftbrücke: Ereignis und Erinnerung*, Berlin 2010, S. 149-157.
- Barclay, David E.: A ›Complicated Contrivance‹. West Berlin behind the Wall, 1971-1989, in: Janet Ward/Marc Silberman/Karen E. Till (Hg.), *Walls, Borders, Boundaries. Spatial and Cultural Practices in Europe*, New York 2012, S. 113-130.
- Baron, Udo: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei »Die Grünen«, Münster 2003.
- Bauer, Gerhard: Militärparaden in Krieg und Frieden, in: Harald Kimpel/Johanna Werckmeister (Hg.), *Triumphzüge. Paraden durch Raum und Zeit*, Marburg 2001, S. 146-159.
- Bauer, Ingrid: »Besatzungsbräute«. Diskurse und Praxen einer Ausgrenzung in der österreichischen Nachkriegsgeschichte 1945-55, in: Irene Bandhauer-Schöffmann/Claire Duchon (Hg.), *Nach dem Krieg. Frauenleben und Geschlechterkonstruktionen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, Herbolzheim 2000, S. 261-276.
- Baur, Philipp: From Victim to Partner. CARE and the Portrayal of Postwar Germany, in: Katharina Gerund/Heike Paul (Hg.), *Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945: interdisziplinäre Perspektiven auf »America's Germany«*, Bielefeld 2015, S. 115-140.
- Bavendamm, Gundula (Hg.): *Amerikaner in Hessen. Eine besondere Beziehung im Wandel der Zeit*, Hanau 2008.
- Bavendamm, Gundula: Zwischen Graswurzelbewegung und Bundeskulturpolitik. Wie man in Deutschland an die Alliierten erinnert, in: Philipp Gassert/Günther Kronenbitter/Stefan Paulus/Wolfgang E. J. Weber (Hg.), *Augsburg und Amerika. Aneignung und globale Verflechtung in einer Stadt*, Augsburg 2013, S. 277-300.
- Bavendamm, Gundula/Kugler, Julia: Cold War Memories: Eine Berliner Bestandsaufnahme, in: Katharina Hochmuth (Hg.), *Krieg der Welten. Zur Geschichte des Kalten Krieges*, Berlin 2017, S. 257-269.
- Bayly, C. A./Beckert, Sven/Connelly, Matthew/Hofmeyr, Isabel/Kozol, Wendy/Seed, Patricia: AHR Conversation, On Transnational History, in: *The American Historical Review*, 111 (2006) 5, S. 1441-1464.
- Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 1986.
- Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin/Mausbach, Wilfried/Zepp, Marianne: Einleitung. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre. NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, in: dies. (Hg.), *»Entrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012, S. 7-37.
- Beckmann, Katharina/Derksen, David/Haeseke-Diesing, Robert/Leitner, Florian, *Field Station Berlin – Geheime Abhörstation auf dem Teufelsberg*, Berlin 2013.
- Bender, Peter: Sterben für Berlin, in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958*, Berlin 2000, S. 11-24.
- Benz, Wolfgang: *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949 (= Reihe: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22)*, 10. überarb. Auflage, Stuttgart 2009.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a. M. 1998.
- Besser, Richard: *Germany 1945. From War to Peace*, New York 2009.
- Biddiscombe, Perry: Dangerous liaisons. The anti-fraternization movement in the U.S. occupation zones of Germany and Austria, 1945-1948, in: *Journal of Social History* 34 (2001) 2, S. 611-647.
- Bloom, Joshua/Martin, Waldo E., Jr.: *Black against Empire. The History and Politics of the Black Panther Party*, Berkeley 2014.
- Bodenschatz, Harald/Polinna, Cordelia: Ein halbes Jahrhundert Stadterneuerung in Berlin, in: Günter Schlusche/Verena Pfeiffer-Kloss/Gabi Dolff-Bonekämper/Axel Klausmeier (Hg.), *Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte*, Berlin 2014.

- Bösch, Frank: Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 9 (2012) 1, S. 8-32.
- Botor, Stefan: Das Berliner Sühneverfahren. Die letzte Phase der Entnazifizierung (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 327), Bern/Frankfurt a. M. [u. a.] 2006.
- Bourdieu, Pierre: Die biographische Illusion, in: *BIOS* 3 (1990) 1, S. 75-81.
- Bourke, Joanna: *Fear. A Cultural History*, London 2005.
- Bourke, Joanna: Fear and Anxiety: Writing about Emotion in Modern History, in: *History Workshop Journal* 55 (2003) 1, S. III-133.
- Brauerhoch, Annette: *Fräuleins und GIs. Geschichte und Filmgeschichte*, Frankfurt a. M./Basel 2006.
- Brenner, Tobias: Klein-Amerika liegt zwischen Pferssee und Kriegshaber. Der wirtschaftliche und städtebauliche Impact der US-Militärpräsenz in Augsburg, in: Philipp Gassert/Günther Kronenbitter/Stefan Paulus/Wolfgang E. J. Weber (Hg.), *Augsburg und Amerika. Aneignung und globale Verflechtung in einer Stadt*, Augsburg 2013, S. 225-245.
- Breyman, Steve: *Why Movements matter. The West German Peace Movement and U.S. Arms Control Policy*, New York 2001.
- Brown, Timothy Scott: *West Germany and the Global Sixties. The Anti-Authoritarian Revolt, 1962-1978*, Cambridge/New York 2013.
- Burke, Patrick: European Nuclear Disarmament. Transnational Peace Campaigning in the 1980s, in: Eckart Conze/Martin Klimke/Jeremy Varon (Hg.), *Nuclear Threats, Nuclear Fear and the Cold War of the 1980s*, Cambridge 2017, S. 227-250.
- Carruthers, Susan L.: *The Good Occupation. American Soldiers and the Hazards of Peace*, Cambridge/London 2016.
- Chhabra, Deepak/Healy, Robert/Sills, Erin: Staged Authenticity and Heritage Tourism, in: *Annals of Tourism Research* 30 (2003) 3, S. 702-719.
- Chin, Rita: *The Guest Worker Question in Postwar Germany*, Cambridge 2007.
- Ciesla, Burghard/Lemke, Michael/Lindenberger, Thomas: Einleitung, in: dies. (Hg.): *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958*, Berlin 2000, S. 7-10.
- Ciesla, Burghard: *Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin*, Köln u. a. 2006.
- Cobbers, Arnt: *Kleine Berlin-Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Berlin 2005.
- Cocroft, Wayne D.: Protect and Survive. Preserving and Presenting the Built Cold War Heritage, in: Konrad H. Jarausch/Christian F. Ostermann/Andreas Etges (Hg.): *The Cold War. Historiography, Memory, Representation*, Berlin/Boston 2017, S. 215-238.
- Conrad, Sebastian: *The Quest for the lost Nation. Writing History in Germany and Japan in the American Century*, Berkeley/Los Angeles/New York 1999.
- Conze, Eckart: Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005) 3, S. 357-380.
- Conze, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009.
- Conze, Eckart: Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7 (2010) 2, S. 220-239.
- Conze, Eckart: Missile Bases as Concentration Camps. The Role of National Socialism, the Second World War, and the Holocaust in the West German Discourse on Nuclear Armament, in: ders./Martin Klimke/Jeremy Varon (Hg.), *Nuclear Threats, Nuclear Fear and the Cold War of the 1980s*, Cambridge 2017, S. 79-97.
- Cortright, David: *Soldiers in Revolt. GI Resistance in the Vietnam War*, Neuaufl., Chicago 2005.
- Cortright, David: GI Resistance During the Vietnam War, in: Melville Small/William D. Hoover (Hg.), *Give Peace a Chance. Exploring the Vietnam Antiwar Movement*, New York 1992, S. 116-128.
- Cortright, David/Grossman, Zoltan: Die GI-Bewegung in Deutschland, in: Dieter Brunn (Hg.), *Widerstand in der US-Armee. GI-Bewegung in den siebziger Jahren*, Berlin (West) 1986, S. 88-100.



- Crespi, Leo P.: The Influence of Military Government Sponsorship in German Opinion Polling, in: *International Journal of Opinion and Attitude Research* 4 (1950) 2, S. 167-168.
- Creuzberger, Stefan/Hoffmann, Dierk (Hg.): Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: dies. (Hg.), »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 1-13.
- Cull, Nicholas J.: *The Cold War and the USIA*, New York/Cambridge 2008.
- Dahinden, Janine: Are we all transnationals now? Network transnationalism and transnational subjectivity: the differing impacts of globalization on the inhabitants of a small Swiss city, in: *Ethnic and Racial Studies* 32 (2009) 8, S. 1365-1386.
- Danylow, Julia: BlackBox Kalter Krieg. Ein Werkstattbesuch am Checkpoint Charlie, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014) 2, S. 328-336.
- Daum, Andreas W.: *Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg*, Paderborn 2003.
- Davis, Belinda: The City as Theater of Protest. West Berlin and West Germany, 1962-1983, in: Gyan Prakash/Kevin M. Kruse (Hg.), *The Spaces of the Modern City. Imaginaries, Politics, and Everyday Life*, Princeton 2008, S. 247-274.
- De Nike, Howard J.: The U.S. Military and Dissenters in the Ranks, Germany, 1970-1975, in: Thomas W. Maulucci, Jr./Detlef Junker (Hg.): *GIs in Germany. The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence*, Cambridge 2013, S. 296-310.
- Denee, Patrick J.: Cities of Man on a Hill, in: *American Political Thought* 1 (2012) 1, S. 29-52.
- Depkat, Volker: Nicht die Materialien sind das Problem, sondern die Fragen, die man stellt. Zum Quellenwert von Autobiographien für die historische Forschung, in: Thomas Rathmann/Nikolaus Wegmann (Hg.), *Quelle. Zwischen Ursprung und Konstrukt. Ein Leitbegriff in der Diskussion*, Berlin 2004, S. 102-117.
- Derix, Simone: *Bebilderte Politik. Staatsbesuche in der Bundesrepublik 1949-1990*, Göttingen 2009.
- Detjen, Marion: *Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchhilfe im geteilten Deutschland 1961-1989*, Berlin 2005.
- Diner, Dan: Die »nationale Frage« in der Friedensbewegung. Ursprünge und Tendenzen, in: Reiner Steinweg (Hg.), *Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung*, Frankfurt a. M. 1982, S. 86-112.
- Doering-Manteuffel, Anselm: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3. Aufl., Göttingen 2012.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: Der Epochenbruch in den 1970er-Jahren: Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«. Bilanz eines Jahrzehnts, in: Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hg.), »Nach dem Strukturbruch«? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er Jahren, Bonn 2011, S. 25-40.
- Döring, Jörg/Thielmann, Tristan: *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2008.
- Domentat, Tamara (Hg.): *Coca-Cola, Jazz und AFN. Berlin und die Amerikaner*, Berlin 1995.
- Domentat, Tamara: »Hallo Fräulein«. Deutsche Frauen und amerikanische Soldaten, Berlin 1998.
- Duara, Prasenjit: The Cold War as a historical period. An interpretive essay, in: *Journal of Global History* 6 (2011) 3, S. 457-480.
- Ducker, Burckhard: *Ritual*, in: Nicolas Pethes/Jens Ruchatz (Hg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon*, Reinbek 2001, S. 502-503.
- Dulffer, Jost: Ein Museum des Kalten Krieges – oder eine Dokumentation von Teilung und Verflechtung?, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 5 (2008) 2, S. 275-282.
- Düspohl, Martin/KreuzbergMuseum (Hg.), *Kleine Kreuzberggeschichte*, Berlin 2012.

- Ege, Moritz: Schwarz werden. »Afroamerikanophilie« in den 1960er und 1970er Jahren, Bielefeld 2007.
- Eisenhuth, Stefanie: West-Berlin und der Umbruch in der DDR. Grenzübergreifende Wahrnehmungen und Verhandlungen 1989, Berlin 2012.
- Eisenhuth, Stefanie/Krause, Scott H.: Inventing the »Outpost of Freedom«. Transatlantic Narratives and the Historical Actors Crafting West Berlin's Postwar Political Culture, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 11 (2014) 2, S. 188-211.
- Eisenhuth, Stefanie/Sabrow, Martin, »West-Berlin«: Eine historiographische Herausforderung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 11 (2014) 2, S. 165-187.
- Eisenhuth, Stefanie/ Krause, Scott H.: Negotiating Cold War Legacies. The Discursive Ambiguity of Berlin's Memory Sites, in: Karin Bauer/Jennifer Hosek (Hg.), Cultural Topographies of the New Berlin, Oxford/New York 2018, S. 130-154.
- Elkins, Walter F./Führer, Christian/Montgomery, Michael J.: Amerikaner in Heidelberg, Heidelberg 2014.
- Eming, Jutta: Inszenierung, in: Nicolas Pethes/Jens Ruchatz (Hg.), Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek 2001, S. 278-279.
- Engel, Jeffrey A./Carte Engel, Katherine (Hg.): Introduction. On Writing the Local within Diplomatic History – Trends, Historiography, Purpose, in: dies., Local Consequences of the Global Cold War, Washington, DC 2008, S. 1-30.
- Epple, Angelika: Globalisierung/en, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.6.2012, URL: [http://docupedia.de/zg/epple\\_globalisierung\\_v1\\_de\\_2012](http://docupedia.de/zg/epple_globalisierung_v1_de_2012) [7.4.2017].
- Evans, Jennifer V.: Life among the Ruins. Cityscape and sexuality in Cold War Berlin, Houndmills 2011.
- Färber, Alexa: Urbanes Imagineering in der postindustriellen Stadt. Zur Plausibilität Berlins als Ost-West-Drehscheibe, in: Thomas Biskup/Marc Schalenberg (Hg.), Selling Berlin. Imagebildung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt, Stuttgart 2008, S. 279-296.
- Faulenbach, Bernd: Antikommunismus, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.5.2017, URL: [http://docupedia.de/zg/Faulenbach\\_antikommunismus\\_v1\\_de\\_2017](http://docupedia.de/zg/Faulenbach_antikommunismus_v1_de_2017) [7.4.2017].
- Feaver, Peter D./Seeler, Erika: Before and After Huntington. The Methodological Maturing of Civil-Military Studies, in: Suzanne C. Nielsen/Don M. Snider (Hg.), American Civil-Military Relations. The Soldier and the State in a New Era, Baltimore 2009, S. 72-90.
- Foerster, Sascha: Die Angst vor dem Koreakrieg. Konrad Adenauer und die westdeutsche Bevölkerung 1950, Marburg 2013.
- Foglesong, David S.: Roots of »Liberation«. American Images of the Future of Russia in the Early Cold War 1948-1953, in: The International History Review 21 (1999) 1, S. 57-79.
- Ford, Lacy K. Jr.: The Turner Thesis Revisited, in: Journal of the Early Republic 13 (1993) 2, S. 144-163.
- François, Étienne/Schulze, Hagen: Einleitung, in: dies. (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 9-24.
- Frank, Sybille: Der Mauer um die Wette gedenken. Die Formation einer Heritage-Industrie am Berliner Checkpoint Charlie, Frankfurt a. M. 2009.
- Frank, Sybille: Der Mauer um die Wette gedenken, in: APuZ 31-34/2011, Online: <http://www.bpb.de/apuz/33196/der-mauer-um-die-wette-gedenken?p=all> [6.4.2017].
- Frank, Sybille: Competing for the Best Wall Memorial. The Rise of a Cold War Heritage Industry in Berlin, in: Konrad H. Jarausch/Christian F. Ostermann/Andreas Etges (Hg.): The Cold War. Historiography, Memory, Representation, Berlin/Boston 2017, S. 266-282.
- Frevert, Ute: Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt a. M. 1986.
- Frevert, Ute: Gesellschaft und Militär im 19. und 20. Jahrhundert. Sozial-, kultur- und geschlechtergeschichtliche Annäherungen, in: dies. (Hg.), Gesellschaft und Militär im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1997, S. 7-14.
- Frevert, Ute: Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001.

- Fritzsche, Peter: Reading Berlin 1900, Cambridge/London 1996.
- Führe, Dorothea: Besatzungsmacht zweiter Ordnung. Die französische Besatzungspolitik in Berlin 1945-1949, in: Michael Bienert/Uwe Schaper/Andreas Theissen (Hg.), Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt, Berlin 2007, S. 31-49.
- Führe, Dorothea: Die französische Besatzungspolitik in Berlin von 1945-1949. Déprussianisation und Décentralisation, Berlin 2001.
- Fürmetz, Gerhard: Insolvent Occupiers, Aggressive Protectors. Policing GI Delinquency in Early 1950s West Germany, in: Thomas W. Maulucci, Jr./Detlef Junker (Hg.): GIs in Germany. The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence, Cambridge 2013, S. 189-211.
- Gaddis, John Lewis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.
- Gaddis, John Lewis: The United States and the Origins of the Cold War, 1941-1947, New York 2000.
- Gassert, Philipp: Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa, in: Archiv für Sozialgeschichte 39/1999, S. 531-561.
- Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: dies. (Hg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, Oldenbourg 2011, S. 7-29.
- Gassert, Philipp: Transnationale Geschichte, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 29.10.2012, URL: [http://docupedia.de/zg/Transnationale\\_Geschichte\\_Version\\_2.0\\_Philipp\\_Gassert](http://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte_Version_2.0_Philipp_Gassert).
- Gassert, Philipp: Die Entstehung eines neuen Umweltbewusstseins, in: Bernd Greiner/Tim B. Müller/Klaas Voß (Hg.), Erbe des Kalten Krieges (= Reihe: Studien zum Kalten Krieg, Bd. 6), Hamburg 2013, S. 343-363.
- Gassert, Philipp: Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre als Medium gesellschaftlicher Verständigung, in: Meik Woyke (Hg.), Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013, S. 495-520.
- Geiger, Tim: Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.), »Entrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 54-70.
- Geppert, Dominik: »Proclaim Liberty Throughout all the Land«. Berlin and the Symbolism of the Cold War, in: ders. (Hg.), The Postwar Challenge. Cultural, Social, and Political Change in Western Europe, 1945-58, Oxford 2003, S. 339-363.
- Geppert, Dominik: Die Freiheitsglocke, in: Étienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Sonderausgabe, München 2003, S. 238-252.
- Geppert, Dominik: Symbolische Politik. Berliner Konjunkturen der Erinnerung an die Luftbrücke, in: Helmut Trotnow/Bernd von Kostka (Hg.): Die Berliner Luftbrücke. Ereignis und Erinnerung, Berlin 2010, S. 136-147.
- Gerhardt, Uta: Bestandsaufnahme mit Zeitwert. Ein nachträglicher Blick auf das Kompendium »Public Opinion in Occupied Germany«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 2 (2005) 1, S. 143-147.
- Giese, Torben: Die Westdeutschen und ihr Verhältnis zur Luftbrücke und zu den Amerikanern, in: Historische Zeitschrift 291 (2010) 3, S. 663-688.
- Gieseke, Jens/Bahr, Andrea: Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Westpolitik und Ost-West-Kontakten, Berlin 2016.
- Gieseke, Jens: Die egalitäre DDR? Staatssozialistische Intersektionalität und der lange Schatten des Intershops, in: Eva Gajek/Christoph Lorke (Hg.), Soziale Ungleichheit im Visier. Die Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Europa und den USA nach 1945, Frankfurt a. M. 2016, S. 163-180.
- Gieseke, Jens: Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013), S. 171-198.
- Gillem, Mark L.: America Town. Building the Outposts of Empire, Minneapolis 2007.

- Glasner, Peter: Ritus, in: Nicolas Pethes/Jens Ruchatz (Hg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon*, Reinbek 2001, S. 503-505.
- Goedde, Petra: *GIs and Germans. Culture, Gender, and Foreign Relations, 1945-1949*, Northwestern University 1995.
- Greiner, Bernd /Müller, Christian Th. /Walter, Dierk (Hg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006.
- Greiner, Bernd: Angst im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick, in: ders./Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009, S. 7-31.
- Greiner, Bernd: Antikommunismus, Angst und Kalter Krieg. Versuche einer erneuten Annäherung – Essay, in: *APuZ* 51-52/2011, S. 44-49.
- Greiner, Bernd: Spurensuche. Zum Erbe des Kalten Krieges, in: ders. [u.a.] (Hg.), *Erbe des Kalten Krieges*, Hamburg 2013, S. 9-41.
- Grewe, Elisabeth: *Das besetzte Berlin. Von der Atlantik-Charta bis zur Luftbrücke*, Berlin 2001.
- Grötzner, Björn: *Outpost of Freedom. Ernst Reuters Amerikareisen 1949 bis 1953*, Berlin 2014.
- Grosse, Jürgen: *Amerikapolitik und Amerikabild der DDR 1974-1989*, Berlin 1996.
- Grossmann, Atina: *Juden, Deutsche, Alliierte. Begegnungen im besetzten Deutschland*, Göttingen 2012.
- Grotum, Thomas: *Die Halbstarcken. Zur Geschichte einer Jugendkultur der 50er Jahre*, Frankfurt a. M. 1994.
- Guyatt, Nicholas: The End of the Cold War, in: Richard H. Immerman/Petra Goedde (Hg.), *The Oxford Handbook of the Cold War*, Oxford 2013, S. 605-622.
- Halbwachs, Maurice: *The Collective Memory*, New York 1980.
- Halbwachs, Maurice: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt a. M. 1985.
- Hanhumäki, Jussi M./Schoenborn, Benedikt/Zanchetta, Barbara: *Transatlantic Relations since 1945. An introduction*, London/New York 2012.
- Hanisch, Anja: Von Helsinki nach Madrid. Der KSZE-Prozess und der Beginn des Zweiten Kalten Krieges, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.), *»Enrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012, S. 38-53.
- Harder, Hans-Joachim: Guarantors for Peace and Freedom: The U.S. Forces in Germany, 1945-1990, in: Thomas W. Maulucci, Jr./Detlef Junker (Hg.): *GIs in Germany: The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence*, Cambridge 2013, S. 37-54.
- Harrington, Daniel F.: *Berlin on the Brink. The Blockade, the Airlift, and the Early Cold War*, Lexington 2012.
- Harrison, Hope M.: Berlin's Gesamtkonzept for Remembering the Wall, in: Konrad H. Jarausch/Christian F. Ostermann/Andreas Etges (Hg.): *The Cold War. Historiography, Memory, Representation*, Berlin/Boston 2017, S. 239-265.
- Harrison, Hope M.: *Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations 1953-1961*, Princeton 2003.
- Heidenfelder, Gabriele: *From Duppel to Truman Plaza. Die Berlin American Community in den Jahren 1965 bis 1989*, Berlin 1998.
- Hein-Kremer, Maritta: *Die amerikanische Kulturoffensive: Gründung und Entwicklung der »Information Centers« in Westdeutschland und West-Berlin (1945-1955)*, Köln/Weimar/Wien 1996.
- Heinemann, Elizabeth: The Hour of the Woman. Memories of Germany's »Crisis Years« and West German National Identity, in: *The American Historical Review* 101 (1996) 2, S. 354-395.
- Heinemann, Isabel: Wertewandel, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22.10.2012, URL: [http://docupedia.de/zg/heinemann\\_wertewandel\\_v1\\_de\\_2012](http://docupedia.de/zg/heinemann_wertewandel_v1_de_2012).
- Heinrich, Gudrun: *Rot-Grün in Berlin. Die Alternative Liste in der Regierungsverantwortung 1989-1990*, Marburg/Berlin 1993.
- Heischkel, Henriette: *Bauen in West-Berlin 1949-1963. Die Rolle der Bauverwaltung im Spannungsfeld von Kunst und Politik*, Berlin 2018.
- Heisig, Matthias: *Flughafen Berlin-Tempelhof. Die amerikanische Geschichte, Begleitpublikation zur gleichnamigen Ausstellung des AlliiertenMuseums*, Berlin 2014.

- Henke, Klaus-Dietmar: *Die amerikanische Besatzung Deutschlands*, München 1995.
- Henke, Klaus-Dietmar: *Der freundliche Feind. Amerikaner und Deutsche 1944/45*, in: Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hg.): *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*, München 1996, S. 41-50.
- Henzler, Petra: *The First Cold War Memorial in Berlin. A Short Inquiry into Europe, the Cold War, and Memory Cultures*, in: Annette Vowinckel/Marcus M. Payk/Thomas Lindenberger (Hg.): *Cold War Cultures. Perspectives On Eastern And Western European Societies*, New York 2012, S. 347-369.
- Herbert, Ulrich: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014.
- Hess, Henner: *Die neue Herausforderung. Von der RAF zu Al-Qaida*, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), *Die RAF. Entmythologisierung einer terroristischen Organisation*, Lizenzausgabe, Bonn 2008, S. 109-139.
- Hesse, Klaus: *Gelenkte Bilder. Propagandistische Sichtweisen und fotografische Inszenierung der Reichshauptstadt*, in: Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hg.), *Berlin 1933-1945*, München 2013, S. 279-296.
- Hillenbrand, Olaf/Matern, Christian: *Berlin*, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt a.M./NewYork 1993, S. 43f.
- Hochmuth, Hanno: *Contested Legacies. Cold War Memory Sites in Berlin*, in: Konrad H. Jarausch/Christian F. Ostermann/Andreas Etges (Hg.): *The Cold War. Historiography, Memory, Representation*, Berlin/Boston 2017, S. 283-299.
- Höhn, Maria: *Frau im Haus und Girl im Spiegel. Discourse on Women in the Interregnum Period of 1945-1949 and the Question of German Identity*, in: *Central European History* 26 (1993), S. 57-90.
- Höhn, Maria: *Amis, Cadillacs und »Negerliebchen«. GIs im Nachkriegsdeutschland*, Berlin 2008.
- Höhn, Maria/Klimke, Martin: *Ein Hauch von Freiheit? Afroamerikanische Soldaten, die US-Bürgerrechtsbewegung und Deutschland*, Bielefeld 2016.
- Hoenicke Moore, Michaela: *Know Your Enemy. The American Debate on Nazism, 1933-1945*, Cambridge 2010.
- Hoffmann, Stefan-Ludwig: *Besiegte, Besatzer, Beobachter. Das Kriegsende im Tagebuch*, in: Daniel Fulda/Dagmar Herzog/ders./Till van Rahden (Hg.), *Demokratie im Schatten der Gewalt*, Göttingen 2010, S. 25-55.
- Hoffmann, Stefan-Ludwig: *Gazing at Ruins. German Defeat as Visual Experience*, in: *Journal of Modern European History* 9 (2011) 3, S. 328-350.
- Hough, Patricia: *The Socio-Cultural Integration of German Women Married to American Military Personnel*, Berlin 1979.
- Huebner, Andrew J.: *The Warrior Image. Soldiers in American Culture from the Second World War to the Vietnam Era*, Chapel Hill 2008.
- Hughes, Richard T.: *Myths America Lives By*, Urbana 2003.
- Huntington, Samuel: *The Soldier and the State. The Theory and Politics of Civil-Military Relations*, New York 1957.
- Huyssen, Andreas: *The Voids of Berlin*, in: *Critical Inquiry* 24 (1997) 1, S. 57-81.
- Huyssen, Andreas: *Present Pasts. Urban Palimpsests and the Politics of Memory*, Stanford 2003.
- Iriye, Akira: *Historicizing the Cold War*, in: Richard H. Immerman/Petra Goedde (Hg.), *The Oxford Handbook of the Cold War*, Oxford 2013, S. 15-31.
- Jacobs, Jane: *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*, Berlin 1963.
- Jander, Martin: *»Zieht den Trennungsstrich, jede Minute«. Die erste Generation der Roten Armee Fraktion (RAF)*, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), *Die RAF. Entmythologisierung einer terroristischen Organisation*, Lizenzausgabe, Bonn 2008, S. 140-173.
- Janelli, Angela: *Wilde Museen. Zur Museologie des Amateurmuseums*, Bielefeld 2012.
- Jarausch, Konrad H./Siegrist, Hannes (Hg.): *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, Frankfurt a.M./New York 1997.
- Jarausch, Konrad: *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004.

- Jaraus, Konrad H.: »Die Teile als Ganzes erkennen«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1 (2004) 1, S. 10-30.
- Jaraus, Konrad H.: Amerikanische Einflüsse und deutsche Einsichten. Kulturelle Aspekte der Demokratisierung Westdeutschlands, in: Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jaraus/Marcus M. Payk (Hg.), *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970*, Göttingen 2005, S. 57-81.
- Jaraus, Konrad H.: Die USA und die DDR. Vorüberlegungen zu einer asymmetrischen Beziehungsgeschichte, in: Uta A. Balbier/Christina Rösch (Hg.), *Umworbener Klassenfeind*, Berlin 2006, S. 26-31.
- Jaraus, Konrad H.: Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er-Jahre, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 3 (2006) 3, S. 334-341.
- Jaraus, Konrad H.: Die Teilung Europas und ihre Überwindung. Überlegungen zu einem Ausstellungskonzept für Berlin, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 5 (2008) 2, S. 263-269.
- Jaraus, Konrad H.: Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Zäsur, in: ders. (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 9-26.
- Jaraus, Konrad H.: Der Umbruch 1989/90, in: Martin Sabrow (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009, S. 526-535.
- Jaraus, Konrad H.: *Out of Ashes. A New History of Europe in the Twentieth Century*, Princeton 2015.
- Jaraus, Konrad H.: Zur Entstehung, Stabilisierung und Überwindung des Ost-West-Konflikts. Berlin im Kalten Krieg, in: Katharina Hochmuth (Hg.), *Krieg der Welten. Zur Geschichte des Kalten Krieges*, Berlin 2017, S. 193-207.
- Jaraus, Konrad H./Ostermann, Christian F./Etges, Andreas: Rethinking, Representing, and Remembering the Cold War. Some Cultural Perspectives, in: dies. (Hg.), *The Cold War. Historiography, Memory, Representation*, Berlin/Boston 2017, S. 1-18.
- Jeschonneck, Friedrich/Riedel, Dietmar/Durie, William: *Alliierte in Berlin 1945-1994. Ein Handbuch zur Geschichte der militärischen Präsenz der Westmächte*, Berlin 2002.
- Jordan, Jennifer A.: *Structures of Memory. Understanding Urban Change in Berlin and Beyond*, Stanford 2006.
- Juchler, Ingo: *Amerikaner in Berlin. Der historische Reiseführer*, Berlin 2016.
- Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander: Zur Entwicklung transnationaler Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert. Eine Einleitung, in: dies. (Hg.), *Transnationale Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 7-33.
- Kalb, Martin: *Coming Of Age. Constructing and Controlling Youth in Munich, 1942-1973*, New York 2016.
- Kaminsky, Annette: »Nieder mit den Alu-Chips«. Die private Einfuhr von Westwaren in die DDR, in: Lothar Mertens (Hg.), *Unter dem Deckel der Diktatur. Soziale und kulturelle Aspekte des DDR-Alltags*, Berlin 2003, S. 91-111.
- Kaminsky, Anna: Berlin: Konsum als Blockkonfrontation, in: Michael Lemke (Hg.), *Konfrontation und Wettbewerb. Wissenschaft, Technik und Kultur im geteilten Berliner Alltag (1948-1973)*, Berlin 2008.
- Kaminsky, Anna (Hg.): *Orte des Erinnerns, Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR*, erarbeitet von Ruth Gleinig, 3. überarb. und erw. Aufl., Berlin 2016.
- Karl, Willibald/Pohl, Karin (Hg.), *Amis in Giesing. München 1945-1992*, München 2012.
- Kaschuba, Wolfgang: »Vom wärmenden Iglu in der Polarzone«. Ein Gespräch über West-Berlin, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014) 2, S. 264-271.
- Keck-Szajbel, Mark: Shop Around the Bloc: Trader Tourism and Its Discontents on the East German-Polish Border, in: Paulina Bren/Mary Neuburger (Hg.), *Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe*, Oxford 2012, S. 374-392.
- Keiderling, Gerhard: »Rosinenbomber« über Berlin. Währungsreform, Blockade, Luftbrücke, Teilung, Berlin 1998.

- Kiecol, Daniel: Selbstbild und Image zweier europäischer Metropolen. Paris und Berlin zwischen 1900 und 1930, Frankfurt a. M. 2001.
- Kiecol, Daniel: Berlin und sein Fremdenverkehr. Imageproduktion in den zwanziger Jahren, in: Thomas Biskup/Marc Schalenberg (Hg.), *Selling Berlin. Imagebildung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt*, Stuttgart 2008, S. 161-174.
- Kirby, Dianne (Hg.): *Religion and the Cold War*, New York 2003, S. 77-102.
- Kirshenblatt-Gimblett, Barbara: *Destination Culture. Tourism, Museums, and Heritage*, Berkeley/London 1998, S. 150.
- Kleinschmidt, Johannes: »Do not fraternize«. Die schwierigen Anfänge deutsch-amerikanischer Freundschaft, 1944-1949, Trier 1997.
- Klessmann, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-55*, 4. erg. Aufl., Bonn 1986.
- Klessmann, Christoph: Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55 (2005) 18-19, S. 3-11.
- Klimke, Martin: *The Other Alliance. Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties*, Princeton 2010.
- Klinge, Sebastian: *1989 und wir. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nach dem Mauerfall*, Bielefeld 2015.
- Knabe, Hubertus: *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999.
- Knaller, Susanne/Müller, Harro: Authentizität und kein Ende, in: dies. (Hg.), *Authentizität. Diskussion eines ästhetischen Begriffs*, Paderborn 2006, S. 7-16.
- Knigge, Volkhard: Gesellschaftsverbrechen erinnern. Zur Entstehung und Entwicklung des Konzepts seit 1945, in: ders./Ulrich Mählert (Hg.), *Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 19-30.
- Knigge, Volkhard: Vom Zeugniswert der authentischen Substanz für die Gedenkstättenarbeit, in: Axel Klausmeier/Günter Schlusche (Hg.), *Denkmalpflege für die Berliner Mauer. Die Konservierung eines unbequemen Bauwerks*, Berlin 2011, S. 65-71.
- Knoblauch, Hubert: *Wissenssoziologie*, 3. überarb. Aufl., Konstanz/München 2014.
- Koenen, Gerd: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2004.
- Köpf, Peter: *Wo ist Lieutenant Adkins? Das Schicksal desertierter Nato-Soldaten in der DDR*, Berlin 2013.
- Koop, Volker: *Besetzt. Britische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin 2007.
- Koselleck, Reinhart: »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien, in: ders.: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989, S. 349-375.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha/Wolle, Stefan: *Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR*, Berlin 2001.
- Krause, Scott H.: *Bringing Cold War Democracy to West Berlin, 1933-1972. A Shared German-American Project*, London 2018.
- Krause, Scott H.: Neue Westpolitik. The Clandestine Campaign to Westernize the SPD in Cold War Berlin, 1948-1958, in: *Central European History* 48 (2015) 1, S. 79-99.
- Kraushaar, Wolfgang: Berliner Subkultur. Blues, Haschrebellen, Tupamaros und Bewegung 2. Juni, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hg.), 1968. *Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Lizenzausgabe, Bonn 2008, S. 261-275.
- Kreis, Reinhold: »Eine Welt, ein Kampf, ein Feind?« Amerikakritik in den Protesten der 1980er Jahre, in: Hanno Balz/Jan-Henrik Friedrichs (Hg.), *»All we ever wanted ...«*. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012, S. 136-155.
- Kreis, Reinhold: *Orte für Amerika. Deutsch-amerikanische Institute und Amerikahäuser in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren*, Stuttgart 2012.
- Kreis, Reinhold: Bündnis ohne Nachwuchs? Die »Nachfolgeneration« und die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den 1980er Jahren, in: Meik Woyke (Hg.), *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik während der 1980er Jahre*, Bonn 2013, S. 611-635.

- Kreis, Reinhild: Miteinander und nebeneinander. Die Augsburger Bevölkerung und die amerikanische Militärpräsenz 1945-1970, in: Philipp Gassert/Günther Kronenbitter/Stefan Paulus/Wolfgang E.J. Weber (Hg.), Augsburg und Amerika. Aneignung und globale Verflechtung in einer Stadt, Augsburg 2013, S. 207-224.
- Kremp, Werner/Tunali, Martina/Tönnemann, Wolfgang (Hg.): Amerikaner in Rheinland-Pfalz – Alltagskulturelle Begegnungen, Trier 2008.
- Kronenbitter, Günter/Pöhlmann, Markus/Walter, Dierk: Einleitung, in: dies. (Hg.), Besatzung, Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, Paderborn 2006, S. 11-21.
- Krüger, Dieter: Der »Koreaschock« 1950. Wendepunkt oder Katalysator der westdeutschen Sicherheitspolitik, in: Bernd Bonwetsch/Matthias Uhl (Hg.), Korea – ein vergessener Krieg? Der militärische Konflikt auf der koreanischen Halbinsel 1950-1953 im internationalen Kontext, München 2012, S. 167-175.
- Kühn, Cornelia/Kleinen, Dominik: Heimatfest und Freundschaftsfeier. Die Inszenierung von Heimatgeschichte in Berliner Volksfesten der 1950er- und 1960er-Jahre, in: Zeitschrift für Volkskunde 108 (2012) 2, S. 215-245.
- Kühn, Cornelia: Trachtenumzug, Skulpturenboulevard oder B-750 Parade? Aushandlungsprozesse um die politische Repräsentation und ästhetische Gestaltung der 750-Jahr-Feier in West-Berlin, in: Kaspar Maase u. a. (Hg.), Macher – Medien – Publika. Beiträge der europäischen Ethnologie zu Geschmack und Vergnügen, Würzburg 2014, S. 99-113.
- Kühne, Thomas/Ziemann, Benjamin (Hg.), Was ist Militärgeschichte?, Paderborn 2000.
- Kuhn, Annette: »Kann ich mir einen Mann leisten?« Frauengeschichtliche Überlegungen zu einer Zeitungsumfrage des Jahres 1948, in: Irene Bandhauer-Schöffmann/Claire Duchon (Hg.), Nach dem Krieg. Frauenleben und Geschlechterkonstruktionen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Herbolzheim 2000, S. 105-115.
- Kuhn, Armin: Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona, Münster 2014.
- Ladd, Brian: The Ghosts of Berlin. Confronting Germany History in the Urban Landscape, Chicago/London 1997.
- Langguth, Gerd: Der Status Berlins aus Sicht der DDR. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Eberhard Diepgen (Hg.), Berlinpolitik. Rechtsgrundlagen, Risiken, Chancen, Berlin (West) 1989, S. 121-161.
- Langguth, Gerd (Hg.): Berlin vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit, Köln 1990.
- Large, David Clay: Berlin. Biographie einer Stadt, München 2002.
- Leitner, Olaf: West-Berlin! Westberlin! Berlin (West)! Die Kultur, die Szene, die Politik. Erinnerungen an eine Teilstadt der 70er und 80er Jahre, Berlin 2002.
- Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.
- Lemke, Michael: Die »Gegenspiele«. Weltjugendfestival und FDJ-Deutschlandtreffen in der Systemkonkurrenz 1950-1954, in: Heiner Zimmermann (Hg.), Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung, Münster 2005, S. 452-505.
- Lemke, Michael: Wahrnehmungen und Wirkungen des Koreakriegs im geteilten Deutschland, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), Der Koreakrieg. Wahrnehmungen – Wirkung – Erinnerungen, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 74-98.
- Lemke, Michael: Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958 bis 1963, in: Bernd Greiner u. a. (Hg.): Krisen im Kalten Krieg, Lizenzausgabe, Bonn 2009, S. 204-243.
- Lemke, Michael: Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961, Köln [u. a.] 2011.
- Lemza, John W.: American Military Communities in West Germany. Life in the Cold War Badlands, 1945-1990, Jefferson (NC) 2016.
- Leuerer, Thomas: Die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Deutschland. Militärgemeinden der U.S. Army in Deutschland seit 1945 als ziviles Element der Stationierungspolitik der Vereinigten Staaten, Würzburg 1997.
- Leuerer, Thomas: Amerikanische Militärgemeinden in Deutschland. Der Idealtypus militärischer



- Präsenz jenseits des Mutterlandes? Versuch einer typologischen Einordnung, in: Werner Kremp/Martina Tunali/Wolfgang Tönnemann (Hg.): *Amerikaner in Rheinland-Pfalz – Alltagskulturelle Begegnungen*, Trier 2008, S. 37-52.
- Lewes, James: *Protest and Survive. Underground GI Newspapers during the Vietnam War*, Westport 2003.
- Lindenberger, Thomas/Payk, Marcus M./Vowinckel, Annette (Hg.), *Cold War Cultures: Perspectives on Eastern and Western European Societies*, New York 2012.
- Lindenberger, Thomas: *Divided, but Not Disconnected. Germany as a Border Region of the Cold War*, in: Tobias Hochscherf/Christoph Laucht/Andrew Plowman (Hg.), *Divided, but Not Disconnected. German Experiences of the Cold War*, New York/Oxford 2013, S. 11-33.
- Lindenberger, Thomas: *Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand, Version: 1.0*, in: *Docupectia-Zeitgeschichte*, 2.9.2014, URL: [http://docupectia.de/zg/lindenberger\\_eigensinn\\_vi\\_2014](http://docupectia.de/zg/lindenberger_eigensinn_vi_2014).
- Lindner, Rolf: *The Imaginary of the City*, in: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr/Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften (Hg.), *The Contemporary Study of Culture*, Wien 1999, S. 289-294.
- Lindner, Rolf: *Offenheit – Vielfalt – Gestalt. Die Stadt als kultureller Raum*, in: Friedrich Jäger/Jörn Rüsen (Hg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Bd. 3. Stuttgart 2004, S. 385-398.
- Lindner, Rolf: *Textur, imaginaire, Habitus – Schlüsselbegriffe der kulturalistischen Stadtforschung*, in: Helmut Berking/Martina Löw (Hg.), *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 83-94.
- Löw, Martina: *Soziologie der Städte*, Frankfurt a. M. 2008.
- Lorenz, Sophie: »Heldin des anderen Amerikas«. Die DDR-Solidaritätsbewegung für Angela Davis, 1970-1973, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 10 (2013) 1, S. 38-60.
- Lowe, David/Joel, Tony: *Remembering the Cold War. Global contest and national stories*, London/New York 2013.
- Lucius-Hoene, Gabriele/Deppermann, Arnulf (Hg.), *Rekonstruktion narrativer Identität. Ein Arbeitsbuch zur Analyse narrativer Interviews*, 2. Auf., Wiesbaden 2004.
- Lucks, Daniel S.: *Selma to Saigon. The Civil Rights Movement and the Vietnam War*, Lexington 2014.
- Ludwig, Andreas: *Gab es eine materielle Kultur West-Berlins?*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014) 2, S. 272-287.
- Lüdtke, Alf u. a. (Hg.), *Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1996.
- Lynch, Kevin: *Das Bild der Stadt*, Berlin 1965.
- Lynn, Hyung-Gu: *Globalization and the Cold War*, in: Richard H. Immerman/Petra Goedde (Hg.), *The Oxford Handbook of the Cold War*, Oxford 2013, S. 584-601.
- Maase, Kaspar: *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992.
- Macdonald, Sharon: *A People's Story. Heritage, Identity and Authenticity*, in: Chris Rojek/John Urry (Hg.), *Touring Cultures. Transformations of Travel and Theory*, London 1997, S. 155-175.
- Macdonald, Sharon: *Memorylands. Heritage and Identity in Europe Today*, London/New York 2013.
- MacDougall, Carla: *In the Shadows of the Wall. Urban Space and Everyday Life in Kreuzberg*, in: Timothy Brown/Lorena Anton (Hg.), *Between the Avantgarde and the Everyday. Subversive Politics in Europe from 1957 to the Present*, New York/Oxford 2011, S. 154-173.
- MacDougall, Carla: »We too are Berliners«. *Protest, Symbolism, and the City in Cold War Germany*, in: Belinda Davis/Wilfried Mausbach/Martin Klimke/dies. (Hg.), *Changing the World, Changing Oneself. Political Protest and Collective Identities in West Germany and the U.S. in the 1960s and 1970s*, New York/Oxford 2012, S. 83-101.
- Mahncke, Dieter: *Das Berlin-Problem – die Berlin-Krise 1958-1961/62*, in: Deutscher Bundestag (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1766-1770.
- Maier, Hans: *Fortschrittsoptimismus oder Kulturpessimismus? Die Bundesrepublik Deutsch-*

- land in den siebziger und achtziger Jahren, in: Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009, S. 167-180.
- Mailänder, Ulf/Zander, Ulrich (Hg.), *Das kleine Westberlin-Lexikon. Von »Autonome« bis »Zapf« – die alternative Szene der siebziger und achtziger Jahre*, Berlin 2003.
- Marin, Lou: GIs under Siege. The German Peace Movement Confronts the U.S. Military, in: Thomas W. Maulucci, Jr./Detlef Junker (Hg.): *GIs in Germany: The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence*, Cambridge 2013, S. 330-345.
- Mende, Silke/Metzger, Birgit: Ökopax. Die Umweltbewegung als Erfahrungsraum der Friedensbewegung, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.), *»Entrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012, S. 118-134.
- Mende, Silke: Von der »Anti-Parteien-Partei« zur »ökologischen Reformpartei«. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: Meik Woyke (Hg.), *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik während der 1980er Jahre*, Bonn 2013, S. 277-319.
- Mergel, Thomas: »The Enemy in Our Midst«. Antikommunismus und Amerikanismus in der Ära McCarthy, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), S. 237-257.
- Merritt, Richard L.: *Democracy Imposed. U.S. Occupation Policy and the German Public, 1945-1949*, New Haven/London 1995.
- Metzger, Birgit: »Erst stirbt der Wald, dann du!« Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978-1986), Frankfurt a. M./New York 2015.
- Middell, Matthias: Kulturtransfer, Transfers culturels, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 28.1.2016, Online: [http://docupedia.de/zg/middell\\_kulturtransfer\\_vi\\_de\\_2016](http://docupedia.de/zg/middell_kulturtransfer_vi_de_2016).
- Miller, Roger G.: *To save a city. The Berlin Airlift 1948-1949*, Washington 1998.
- Mironenko, Sergej/Niethammer, Lutz /von Plato, Alexander/Knigge, Volkhard/ Morsch, Guenter (Hg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950*, Bd. 1, Berlin 1998.
- Mitscherlich, Alexander und Margarete: *Die Unwirtlichkeit der Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Frankfurt a. M. 1965.
- Mittelstadt, Jennifer: *The Rise of the Military Welfare State*, Cambridge 2015.
- Mitter, Armin: »Die Tragödie ist vorbei«. Die Alliierten in Berlin 1989/90 (= Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 32), Berlin 2011.
- Molden, Berthold: Vietnam, the New Left and the Holocaust. How the Cold War Changed Discourse on Genocide, in: Aleida Assmann/Sebastian Conrad (Hg.), *Memory in a Global Age. Discourse, Practices and Trajectories*, New York 2010, S. 79-96.
- Mrozek, Bodo: Vom Ätherkrieg zur Popperschlacht. Die Popscape West-Berlin als Produkt der urbanen und geopolitischen Konfliktgeschichte, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014), 2, S. 288-299.
- Müller, Christian Th.: *US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland. Erfahrungen, Beziehungen, Konflikte im Vergleich*, Paderborn 2011.
- Müller, Wolfgang: *Subkultur West-Berlin 1979-1989. Freizeit*, Hamburg 2013.
- Münkler, Herfried: *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin 2009.
- Münkler, Herfried: Strategien der Sicherung. Welten der Sicherheit und Kulturen des Risikos. Theoretische Perspektiven, in: ders./Matthias Bohlender/Sabine Meurer (Hg.), *Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahr im 21. Jahrhundert*, Bielefeld 2010, S. 11-34.
- Mussgnug, Dorothee: *Alliierte Militärmissionen in Deutschland, 1946-1990*, Berlin 2002.
- Naimark, Norman M.: *Die Russen in Deutschland. Die SBZ 1945 bis 1949*, Berlin 1999.
- Nehring, Holger: Review Article: What was the Cold War?, in: *English Historical Review* 127 (2012) 527, S. 920-949.
- Nehring, Holger: Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.), *»Entrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012, S. 213-228.
- Nelson, Daniel J., *Defenders or Intruders? The Dilemmas of U.S. Forces in Germany*, Boulder/London 1987.
- Nelson, Daniel J.: *A History of U.S. Military Forces in Germany*, Boulder/London 1987.

- Nielsen, Suzanne C./Snider, Don M.: Introduction, in: dies. (Hg.), *American Civil-Military Relations. The Soldier and the State in a New Era*, Baltimore 2009, S. 1-10.
- Niethammer, Lutz: Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: ders./Alexander von Plato (Hg.), »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Berlin/Bonn 1985, Bd. 3, S. 392-445.
- Nolzen, Armin: Die NSDAP im Gau Berlin, in: Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hg.), *Berlin 1933-1945*, München 2013, S. 69-80.
- Nooke, Maria: Die Geschichte der Girmann-Gruppe, in: dies./Lydia Dollmann (Hg.), *Fluchtziel Freiheit. Berichte von DDR-Flüchtlingen über die Situation nach dem Mauerbau*, Berlin 2011, S. 19-49.
- Nünning, Ansgar: Fiktionalität, Faktizität, Metafiktion, in: Christian Klein (Hg.), *Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien*, Stuttgart/Weimar 2009, S. 21-27.
- Nuti, Leopoldo/Bozo, Frederic/Rey, Marie-Pierre/Rother, Bernd (Hg.): *The Euromissile Crisis and the End of the Cold War*, Washington 2015.
- Nuti, Leopoldo: The origins of the 1979 dual track decision – a survey, in: ders. (Hg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975-1985*, London/New York 2009, S. 57-71.
- O’Dowd, Liam: Contested States, Frontiers and Cities, in: Thomas M. Wilson/Hastings Donnan (Hg.), *A Companion to Border Studies*, Malden 2012, S. 158-176.
- Oberle, Clara: From Warfare to Welfare. Postwar Homelessness, Dislocation, and the Birth of the Welfare State in Europe. The Case of Berlin 1945-1949, in: *Hygiea Internationalis* 9 (2010) 1, S. 279-310.
- Ortlepp, Anke: Kinder, Küche, Kirche. Deutschamerikanerinnen, Ethnizität und Weiblichkeit, in: Sabine Sielke/dies. (Hg.), *Gender Talks. Geschlechterforschung an der Universität Bonn*, Frankfurt a. M. [u.a.] 2006, S. 63-79.
- Ostermann, Christian M.: Die USA und die DDR (1949-1989), in: Ulrich Pfeil (Hg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin 2001, S. 165-184.
- Ota, Nancy K.: Private Matters. Family and Race and the Post-World-War-II Translation of »American«, in: Lex Heerma van Voss, *Petitions in Social History*, Cambridge/NY 2002, S. 209-234.
- Parini, Jay: The American Mythos, in: *Daedalus* 141 (2012) 1, S. 52-60.
- Patel, Kiran Klaus: Sammelrezension: Rolle der USA im europäischen Einigungsprozess, in: *H-Soz-Kult*, 21.10.2004, URL: [www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-2943](http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-2943) [7.4.2017].
- Paul, Gerhard: Der Vietnam-Krieg als Sonderfall und Wendepunkt in der Bildkommunikation des modernen Krieges?, in: Thomas Knieper/Marion G. Müller (Hg.), *War Visions. Bildkommunikation und Krieg*, Köln 2005, S. 80-104.
- Paul, Gerhard: Kriegsbilder – Bilderkriege, in: *APuZ* 31/2009, S. 39-46.
- Payk, Marcus M.: Kalter Krieg, in: Lars Koch (Hg.), *Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart/Weimar 2013, S. 325-330.
- Pedron, Anna-Maria: Amerikaner vor Ort. Besatzer und Besetzte in der Enklave Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg, Bremen 2010.
- Peitsch, Helmut: Von Ruinen und Erinnerung. Berlin-Topoi der Nachkriegsliteratur, in: Matthias Harder/Almut Hille (Hg.), *Weltfabrik Berlin. Eine Metropole als Sujet der Literatur*, Würzburg 2006, S. 181-204.
- Pence, Katherine: Herr Schimpf und Frau Schande. Grenzgänger des Konsums im geteilten Berlin und die Politik des Kalten Krieges, in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958*, Berlin 2000, S. 185-202.
- Perks, Robert/Thomson, Alistair: *The Oral History Reader*, London/New York 2006.
- Pethes, Nicolas: *Kulturwissenschaftliche Gedächtnistheorien zur Einführung*, Hamburg 2008.
- Pettenkofer, Andreas: *Die Entstehung der grünen Politik. Kulturosoziologie der westdeutschen Umweltbewegung*, Frankfurt a. M./New York 2014.
- Pirker, Eva Ulrike/Rüdiger, Mark: *Authentizitätsfiktionen in populären Geschichtskulturen*.

- Annäherungen, in: dies. (Hg.), *Echte Geschichte. Authentizitätsfiktionen in populären Geschichtskulturen*, Bielefeld 2010, S. 11-30.
- Ploetz, Michael/Müller, Hans-Peter: *Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Münster 2004.
- Ploetz, Michael: *Erosion der Abschreckung? Die Krise der amerikanischen Militärstrategie am Vorabend des NATO-Doppelbeschlusses*, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, Oldenbourg 2011, S. 31-48.
- Poiger, Uta G.: *Rock'n'Roll, Female Sexuality, and the Cold War Battle Over German Identities*, in: *Journal of Modern History* 68 (1996), S. 577-616.
- Poiger, Uta G.: *Jazz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*, Berkeley 2000.
- Poiger, Uta G.: *Amerikanisierung oder Internationalisierung? Populärkultur in beiden deutschen Staaten*, in: *APuZ* 45/2003, S. 17-24.
- Prowe, Diethelm: *Berlin. Catalyst and Fault Line of German-American Relations in the Cold War*, in: Detlef Junker [u. a.] (Hg.), *The United States and Germany in the Era of the Cold War, 1945-1968. A Handbook*, Bd. 1, Cambridge 2004, S. 165-171.
- Pugh, Emily: *Architecture, Politics & Identity in Divided Berlin*, Pittsburgh 2014.
- Randelzhofer, Albrecht: *Staats- und völkerrechtliche Lage Berlins in unserer Zeit*, in: Eberhard Diepgen (Hg.), *Berlinpolitik. Rechtsgrundlagen, Risiken, Chancen*, Berlin (West) 1989, S. 76-78.
- Raschke, Joachim: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993.
- Redding, Kimberly A.: *Growing Up in Hitler's Shadow. Remembering Youth in Postwar Berlin*, Westport/CA 2004.
- Reichardt, Sven/Zierenberg, Malte: *Damals nach dem Krieg. Eine Geschichte Deutschlands 1945 bis 1949*, München 2008.
- Reichardt, Sven: *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014.
- Reschke, Oliver /Wildt, Michael: *Aufstieg der NSDAP in Berlin*, in: Michael Wildt/Christoph Kreuzmüller (Hg.), *Berlin 1933-1945*, München 2013, S. 19-32.
- Restad, Hilde Eliassen: *Old Paradigms in History Die Hard in Political Science: US Foreign Policy and American Exceptionalism*, in: *American Political Thought* 1 (2012) 1, S. 53-76.
- Reuther, Thomas: *Die ambivalente Normalisierung. Deutschlanddiskurs und Deutschlandbilder in den USA, 1941-1955*, Stuttgart 2000.
- Ribbe, Wolfgang: *Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte*, Berlin 2002.
- Ridge, Martin: *The Significance of Frederick Jackson Turner's Frontier Thesis*, in: *Montana. The Magazine of Western History* 41 (1991) 1, S. 2-13.
- Rödder, Andreas: *Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965-1990*, Stuttgart 2004.
- Rödder, Andreas: *Moderne – Postmoderne – Zweite Moderne. Deutungskategorien für die Geschichte der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren*, in: Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009, S. 181-201.
- Roesler, Jörg: *Massenkonsum in der DDR. Zwischen egalitärem Anspruch, Herrschaftslegitimation und »exquisiter« Individualisierung*, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 35 (2005), S. 35-51.
- Roggenbuch, Frank: *Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau*, Berlin 2008.
- Rosenwein, Barbara H.: *Problems and Methods in the History of Emotions*, in: *Passions in Context. Journal of the History and Philosophy of the Emotions* 1 (2010), S. 1-32.
- Rostker, Bernard: *I want you! The Evolution of the All-Volunteer Force*, Santa Monica 2006.
- Rotenberg, Dirk: *Berliner Demokratie zwischen Existenzsicherung und Machtwechsel. Die Transformation der Berlin-Problematik 1971-1981*, Berlin 1995.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter: *Einleitung*, in: dies. (Hg.) *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 9-36.

- Rott, Wilfried: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948-1990, München 2009.
- Rott, Wilfried: Abschied von West-Berlin, APuZ 11/2010, S. 41-46.
- Rudnick, Carola S.: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989, Bielefeld 2011.
- Rüger, Jan: Die Berliner Schnauze im Ersten Weltkrieg, in: Thomas Biskup/Marc Schalenberg (Hg.), Selling Berlin. Imagebildung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt, Stuttgart 2008, S. 147-160.
- Rüsen, Jörn: Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden, Köln/Weimar/Wien 1994.
- Rupieper, Hermann-Josef: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Wiesbaden 1993.
- Rupieper, Hermann-Josef: Die amerikanische Demokratisierungspolitik in Westdeutschland 1945 bis 1952, in: Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hg.), Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, München 1996, S. 197-216.
- Rupieper, Hermann-Josef: Peacemaking with Germany. Grundlinien amerikanischer Demokratisierungspolitik 1945-1954, in: Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk (Hg.), Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970, Göttingen 2005, S. 41-56.
- Sabrow, Martin: »Erinnerung« und »Aufarbeitung« – zwei Leitbegriffe deutscher Geschichtskultur in der Gegenwart, in: psychosozial 31 (2008) 114, S. 89-97.
- Sabrow, Martin: Die DDR erinnern, in: ders. (Hg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 11-27.
- Sabrow, Martin: Schattenorte, in: Merkur 69 (2015) 8, S. 54-77.
- Sabrow, Martin: Der Feind. Zur Geschichte einer verblassten Kategorie, Eröffnungsvortrag der Reihe Potsdamer Gespräche 2014 »Beziehungskrisen. Freund- und Feindbilder im kurzen 20. Jahrhundert«, gehalten am 11. März, 2014 im Filmmuseum Potsdam, URL: [https://zzf-potsdam.de/sites/default/files/mitarbeiter/PDFs/sabrow/vortrag\\_martin\\_sabrow\\_der\\_feind\\_als\\_kategorie\\_11\\_03\\_2014\\_potsdam\\_museum.pdf](https://zzf-potsdam.de/sites/default/files/mitarbeiter/PDFs/sabrow/vortrag_martin_sabrow_der_feind_als_kategorie_11_03_2014_potsdam_museum.pdf) [6.8.2018].
- Sabrow, Martin: Den Zweiten Weltkrieg erinnern, in: APuZ 36-37/2009, online: <http://www.bpb.de/apuz/31767/den-zweiten-weltkrieg-erinnern?p=all> [6.8.2018].
- Saehrendt, Christian: Kriegserinnerung und Tourismus im Berlin der Zwischenkriegszeit, in: Thomas Biskup/Marc Schalenberg (Hg.), Selling Berlin. Imagebildung und Stadtmarketing von der preußischen Residenz bis zur Bundeshauptstadt, Stuttgart 2008, S. 175-191.
- Sälter, Gerhard: Reaktionen auf den Mauerbau in Berlin und der DDR, in: Deutschland Archiv 6/2011, online: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53746/reaktionen-auf-den-mauerbau> [7.4.2017].
- Sander, Helke/Johr, Barbara (Hg.), BeFreier und Befreite, Krieg, Vergewaltigungen, Kinder, München 1992.
- Satjukow, Silke: Besatzer. »Die Russen« in Deutschland 1945-1994, Göttingen 2008.
- Satjukow, Silke: Die »Freunde«, in: Martin Sabrow (Hg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 55-67.
- Saunders, Anna: The Ghosts of Lenin, Thälmann and Marx in the Post-Socialist Cityscape, in: German Life and Letters 63 (2010) 4, S. 441-457.
- Saube, Achim: Von »Ruhe und Ordnung« zur »inneren Sicherheit«. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositive, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 9 (2010) 2, S. 170-187.
- Saube, Achim: Authentizität, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, URL: [http://docupedia.de/zg/Authentizit%C3%A4t\\_Version\\_2.0\\_Achim\\_Saube](http://docupedia.de/zg/Authentizit%C3%A4t_Version_2.0_Achim_Saube).
- Schäfers, Anja: Mehr als Rock 'n' Roll. Der Radiosender AFN bis Mitte der sechziger Jahre, Stuttgart 2014.
- Schain, Martin: The Marshall Plan. Fifty Years After, New York 2001.
- Scharnholtz, Theodor: Heidelberg und die Besatzungsmacht. Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen einer deutschen Kommune und ihrer amerikanischen Garnison (1948/49-1955), Heidelberg [u. a.] 2002.

- Schildt, Axel: »German Angst«. Überlegungen zu einer Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik, in: Daniela Mündel (Hg.), *Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2004, S. 87-97.
- Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009.
- Schildt, Axel: Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: Meik Woyke (Hg.), *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik während der 1980er Jahre*, Bonn 2013, S. 25-50.
- Schivelbusch, Wolfgang: *In a Cold Crater. Cultural and Intellectual Life in Berlin, 1945-1948*, Berkeley/Los Angeles/London 1996.
- Schlegelmilch, Arthur: *Hauptstadt im Zonen-Deutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie*, Berlin 1993.
- Schlör, Joachim: *Nights in the Big City. Paris, Berlin, London 1840-1930*, London 1998.
- Schmitz, Frank: *Flughafen Tempelhof – Berlins Tor zur Welt*, Berlin 1997.
- Schnoor, Rainer: Zwischen privater Meinung und offizieller Verlautbarung: Amerikabilder in der DDR, in: Detlef Junker (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Ein Handbuch, 1968-1990*, Stuttgart/München 2001, S. 775-785.
- Schöne, Jens: *Ronald Reagan in Berlin. Der Präsident, die Staatssicherheit und die geteilte Stadt*, Berlin 2017.
- Schrecker, Ellen: Introduction: Cold War Triumphalism and the Real Cold War, in: dies. (Hg.), *Cold War Triumphalism. The Misuse of History after the Fall of Communism*, New York 2004, S. 1-26.
- Schregel, Susanne: *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970-1985*, Frankfurt a. M./New York 2010.
- Schregel, Susanne: Die Orte der Friedensbewegung, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.), »Entrüstet Euch!« *Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012, S. 169-183.
- Schütterle, Juliane: *Klassenkampf im Kaufhaus. Versorgung und Sonderversorgung in der DDR 1971-1989*, Erfurt 2009.
- Schütz, Alfred: Über die mannigfaltigen Wirklichkeiten, in: Martin Endreß/Ilja Srubar (Hg.): *Theorie der Lebenswelt I. Die pragmatische Schichtung der Lebenswelt*, Alfred Schütz Werkausgabe, Bd. 1, Konstanz 2003, S. 181-239.
- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas: *Strukturen der Lebenswelt*, Konstanz 2003.
- Schwane, Daniel: *Wider den Zeitgeist? Konflikt und Deeskalation in West-Berlin 1949-1965*, Stuttgart 2005.
- Schwenk, Herbert: Holzvergaser und Wärmestuben. Nachkriegs-Berlin im Spiegel der Statistik des Jahres 1947, in: *Berlinische Monatsschrift* 12/2000, S. 58-66.
- Seelow, Gunnar: *Strategische Rüstungskontrolle und deutsche Außenpolitik in der Ära Helmut Schmidt*, Baden-Baden 2013.
- Seiler, Signe: *Die GIs. Amerikanische Soldaten in Deutschland*, Reinbek bei Hamburg 1985.
- Sheehan, James J.: *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden*, München 2008.
- Sherry, Michael S.: *In the Shadow of War. The United States since the 1930s*, New Haven/London 1995.
- Siedler, Wolf Jobst Siedler/Niggemeyer, Elisabeth/Angreß, Gina: *Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum*, München 1964.
- Siemens, Daniel: Prügelpropaganda. Die SA und der nationalsozialistische Mythos vom »Kampf um Berlin«, in: Michael Wildt/Christoph Kreuzmüller (Hg.), *Berlin 1933-1945*, München 2013, S. 33-50.
- Stahl, Heiner: *Jugendradio im Kalten Ätherkrieg. Berlin als eine Klanglandschaft des Pop (1962-1973)*, Berlin 2010.
- Standley, Michelle A.: From Bulwark of Freedom to Cosmopolitan Cocktails. The Cold War, Mass Tourism and the Marketing of West Berlin as a Tourist Destination, in: Tobias Hochscherf/Christoph Laucht/Andrew Plowman (Hg.), *Divided, but Not Disconnected. German Experiences of the Cold War*, New York/Oxford 2013, S. 105-118.

- Steege, Paul: Totale Blockade, totale Luftbrücke? Die mythische Erfahrung der ersten Berlinkrise, Juni 1948 bis Mai 1949, in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958*, Berlin 2000, S. 59-78.
- Steege, Paul: Finding the There, There. Local Space, Global Ritual, and Early Cold War Berlin, in: Gary Backhaus/John Murungi (Hg.), *Earth Ways. Framing Geographical Meanings*, Lanham/MA [u. a.] 2004, S. 135-172.
- Steege, Paul: *Black Market, Cold War. Everyday Life in Berlin, 1946-1949*, Cambridge 2007.
- Stern, Ralph: »The Big Lift« (1950). Image and Identity in Blockaded Berlin, in: *Cinema Journal* 46 (2007) 2, S. 66-90.
- Stöver, Bernd: *Geschichte Berlins*, München 2010.
- Stöver, Bernd: *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991*, broschiierte Sonderausgabe, München 2011.
- Stokłosa, Katarzyna: VR Polen und die DDR. Die Bedeutung der Grenze für das »Freundschaftstheater«, in: Mike Schmeitzner/dies. (Hg.), *Partner oder Kontrahenten? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen*, Münster 2008, S. 193-203.
- Strassner, Alexander: Die dritte Generation der RAF. Terrorismus und Öffentlichkeit, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), *Die RAF. Entmythologisierung einer terroristischen Organisation*, Lizenzausgabe, Bonn 2008, S. 200-232.
- Straub, Jürgen: Geschichten erzählen, Geschichte bilden. Grundzüge einer narrativen Psychologie historischer Sinnbildung, in: ders. (Hg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte*, Frankfurt a. M. 1998, S. 81-169.
- Süss, Dietmar/Woyke, Meik: Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: Meik Woyke (Hg.), *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*, Bonn 2013, S. 7-24.
- Suttles, Gerald D.: The Cumulative Texture of Local Urban Culture, in: *The American Journal of Sociology* 90 (1984) 2, S. 283-304.
- Thijs, Krijn: Drei Geschichten, eine Stadt. Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987, Köln u. a. 2008.
- Thijs, Krijn: West-Berliner Visionen für eine neue Mitte. Die Internationale Bauausstellung, der »Zentrale Bereich« und die »Geschichtslandschaft« an der Mauer (1981-1985), in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014) 2, S. 235-261.
- Thijs, Krijn: Feierkonkurrenz im geteilten Berlin. Zur 700-Jahrfeier 1937 und zur 750-Jahrfeier 1987, in: Martin Sabrow (Hg.), *Historische Jubiläen (= Reihe: Helmstedter Colloquien, Bd. 17)*, Radebeul 2015, S. 25-42.
- Thijs, Krijn: Der Mauerfall und das verlorene West-Berlin, in: *Deutschland Archiv* 7/2011, online unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53683/mauerfall-und-west-berlin> [7.4.2017].
- Thomsen Vierra, Sarah: At Home in Almanyaa? Turkish-German Spaces of Belonging in West German, 1961-1990, in: *Bulletin of the German Historical Institute (GHI)* 52/2013, S. 55-73.
- Timm, Annette F.: *The Politics of Fertility in Twentieth-Century Berlin*, New York 2010.
- Tönsmeier, Tatjana: Besatzungsgesellschaften. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Erfahrungsgeschichte des Alltags unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 18.12.2015, URL: <http://docupedia.de/zg/Besatzungsgesellschaften?oldid=125790> [7.3.2018].
- Treber, Leonie: *Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes*, Essen 2014.
- Treber, Leonie: Mythos »Trümmerfrau«. Deutsch-deutsche Erinnerungen, in: *APuZ* 16-17/2015, S. 1, online: <http://www.bpb.de/apuz/204282/mythos-truemmerfrau?p=all>.
- Trilling, Lionel: *Sincerity and Authenticity*, London 1974.
- Tschofen, Bernhard: Antreten, ablehnen, verwalten? Was der Heritage-Boom den Kulturwissenschaften aufträgt, in: Dorothee Hemme/Markus Tauschek/Regina Bendix (Hg.), *Prädikat Heritage. Wertschöpfungen aus kulturellen Ressourcen*, Berlin 2007, S. 19-32.
- Vaillant, Jérôme: Frankreichs Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands nach dem Zweiten

- Weltkriegs, in: Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hg.): *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*, München 1996, S. 231-237.
- Vasudevan, Alex: *Autonomous Urbanism and the Right to the City: The Spatial Politics of Squatting in Berlin, 1968-2012*, in: Bart van der Steen/Ask Katzeff/Leendert van Hoogenhuijze (Hg.), *The City is Ours. Squatting and Autonomous Movements in Europe from the 1970s to the Present*, Oakland 2014, S. 131-152.
- Vazansky, Alexander: »Army in Anguish«, *The U.S. Army, Europe, in the Early 1970s*, in: Thomas W. Maulucci, Jr./Detlef Junker (Hg.): *GIs in Germany. The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence*, Cambridge 2013, S. 273-295.
- Verheyen, Dirk: *United City, Divided Memories? Cold War Legacies in Contemporary Berlin*, Lanham [u. a.] 2008.
- Von Kostka, Bernd: *Die Berliner Luftbrücke 1948/49. Krisenmanagement am Beginn des Kalten Krieges*, in: Michael Bienert/Uwe Schaper/Andreas Theissen (Hg.), *Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt*, Berlin 2007, S. 81-92.
- Von Saldern, Adelheid: *Stadtgedächtnis und Geschichtswerkstätten*, in: *WerkstattGeschichte* 50 (2008) 3, S. 54-68.
- Waibel, Dieter: *Von der wohlwollenden Despotie zur Herrschaft des Rechts. Entwicklungsstufen der amerikanischen Besatzung Deutschlands 1944-1949*, Tübingen 1996.
- Wala, Michael: *The Marshall Plan and the Origins of the Cold War*, in: Detlef Junker [u. a.] (Hg.), *The United States and Germany in the Era of the Cold War, 1945-1968. A Handbook*, Bd. 1, Cambridge 2004, S. 73-77.
- Ward, Janet: *Post-Wall Berlin. Borders, Space and Identity*, New York 2011.
- Warneke, Tim: *Aktionsformen und Politikverständnis der Friedensbewegung. Radikaler Humanismus und die Pathosformel des Menschlichen*, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hg.), *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983*, Göttingen 2010, S. 445-472.
- Warnke, Stephanie: *Stein gegen Stein. Architektur und Medien im geteilten Berlin 1950-1970*, Frankfurt a. M./New York 2009.
- Wehner-Franco, Silke: *Deutsche Dienstmädchen in Amerika 1850-1914*, Münster/New York 1994.
- Weiss-Sussex, Godela: *Berlin: Myth and Memorialization*, in: dies./Katia Pizzi (Hg.), *The Cultural Identities of European Cities*, Bern 2011, S. 145-164.
- Weisz, Christoph (Hg.): *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949*, München 1994.
- Welzer, Harald: *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung*, 2. Aufl., München 2002.
- Wenzel, Jürgen: *Aus Feinden wurden Freunde. Die Amerikaner in Berlin 1945-1949*, in: Michael Bienert/Uwe Schaper/Andreas Theissen (Hg.), *Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt*, Berlin 2007, S. 69-79.
- Werner, Ines Jacqueline (Hg.): *Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte*, Wiesbaden 2004.
- Westad, Odd Arne: *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2007.
- Wette, Wolfram: *Militarismus in Deutschland*, Freiburg 2008.
- Wettig, Gerhard: *Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohhpolitik und Mauerbau*, München 2006.
- Wetzlaugk, Udo: *Die Alliierten in Berlin*, Berlin (West) 1988.
- Wiener, Jon: *How We Forgot the Cold War. A Historical Journey across America*, Berkeley 2012.
- Wieters, Heike: *The NGO CARE and Food Aid from America, 1945-80. »Showered with Kindness«?*, Manchester 2017.
- Wilke, Dieter /Ziekow, Jan: *Die Entwicklung von Status und Verfassung des Landes Berlin seit 1945*, in: Peter Häberle (Hg.), *Das öffentliche Recht der Gegenwart. Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart*, Bd. 37, Tübingen 1988, S. 167-334.
- Williams, Phil: *The Senate and U.S. Troops in Europe*, London/Basingstoke 1985.
- Winkler, Christopher: *Die NVA im Blick westallierter Militärs? Die Militärverbindungs-*



- sionen, in: Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven*, Berlin 2004, S. 97-112.
- Winters, Theo/Fluß, Niklas: Überblick über die Stadterneuerung im geteilten Berlin, in: Günter Schlusche/Verena Pfeiffer-Kloss/Gabi Dolff-Bonekämper/Axel Klausmeier (Hg.), *Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte*, Berlin 2014, S. 176-189.
- Wirsching, Andreas: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990*, München 2006.
- Wolff, Michael W.: *Die Währungsreform in Berlin: 1948/49* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 77), Neuauflage, Berlin/New York 1991.
- Wolfrum, Edgar: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt 1999.
- Wolle, Stefan: *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961-1971*, Bonn 2011.
- Wunschik, Tobias: *Aufstieg und Zerfall. Die zweite Generation der RAF*, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), *Die RAF. Entmythologisierung einer terroristischen Organisation*, Lizenzausgabe, Bonn 2008, S. 174-199.
- Zatlin, Jonathan R.: »Polnische Wirtschaft« – »deutsche Ordnung«? Zum Umgang mit Polen in der DDR, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.), *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, Köln 2005, S. 295-315.
- Ziemann, Benjamin: *The Code of Protest. Images of Peace in the West German Peace Movements, 1945-1990*, in: *Contemporary European History*, 17, (2008) 2, S. 237-261.
- Ziemke, Earl F.: *The U.S. Army in the Occupation of Germany*, Washington, DC 1975.
- Zierenberg, Malte: *Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950*, Göttingen 2008.
- Zimmermann, Hubert: *Why They Did Not Go Home. The GIs and the Battle over Their Presence in the 1960s and 1970s*, in: Thomas W. Maulucci, Jr./Detlef Junker (Hg.): *GIs in Germany: The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence*, Cambridge 2013, S., S. 96-119.
- Zschaler, Frank: *Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin, 1945-1961*, Berlin 1995.

## Sach-, Orts- und Personenregister

- Albertz, Heinrich 228, 272, 328  
American Forces Network (AFN) 134-135, 278, 331, 337, 393, 395, 397, 421  
Amerika-Haus / Amerikahaus 163, 215, 240, 256, 279, 282, 394, 435, 455  
Amerika Gedenkbibliothek 215, 451, 464  
Andrews Barracks 51, 200-203, 237, 335-339, 394, 396, 451  
Antikommunismus 167-169, 172-181  
Antiamerikanismus / Amerikakritik 287-294, 343, 360  
Amerikanisierung 18-19, 67-72, 132-136
- Berlin Blockade 10-11, 22-23, 122-124, 136-152, 160, 162, 182-188, 463-465  
Berlin-Status 14-15, 152-155, 271, 316-317, 360-364, 386-392, 399, 441-442  
Besatzung (siehe Berlin-Status)  
Brandt, Willy 225-229, 245-246, 272-273, 279
- Candy Bomber (siehe Berlin Blockade)  
CARE-Pakete 75, 79, 145, 391  
Carter, James E. (Jimmy) 183-186, 260-268, 360, 365-366, 369  
Clay, Lucius D. 66, 78, 83, 132, 143-144  
Clinton, William J. (Bill) 9-10, 448  
Conant, James B. 152-155
- Deutsch-Amerikanisches Volksfest 224, 233-235  
Deutsche Demokratische Republik (DDR) 148-149, 161-164, 204-205, 245-246, 263-264, 302-303, 316-317, 326, 361, 398-431, 433, 445-450, 457-462, 473  
Diepgen, Eberhard 274, 363, 377, 390-392, 433, 440, 446-448  
Dohnany, Klaus von 378-380  
Dollarkrise 308-315, 321, 407, 432  
Düppel 350-364, 432, 475
- Eisenhower, Dwight D. 85-86, 245  
Entgewaltung 180-181  
Entmilitarisierung 15, 46, 54, 180, 236  
Entnazifizierung 46, 54, 122, 124-128  
Frontier (siehe Vorposten der Freiheit)
- German-American Advisory Council 217-219  
German-American Relations Program 209-223, 230-233, 474  
Gollwitzer, Helmut 332  
Gorbatschow, Michael 320, 434
- Hamm-Brücher, Hildegard 381-382  
Honnen, George 153-154  
Howley, Frank L. 43, 52, 142-143
- Kennedy, John F. 16, 158, 182-183, 208, 224-226, 242-247, 266, 285  
Kohl, Helmut 9, 435-439, 445-446, 450,  
Kongresshalle 215-216, 265-268, 375-376, 439, 451,  
Koreakrieg 161-163, 168-169
- Luftbrücke (siehe Blockade)
- Maginnis, John J. 44, 49, 63-64, 82  
Manöverschäden (siehe Militärmanöver)  
Marshall-Plan 83, 183, 194, 245, 391  
Mauerbau 158-159, 224-228, 231-232, 242, 277, 400, 408, 424, 439  
Mauerfall (siehe Deutsche Einheit)  
McAuliffe, Anthony 154  
McCloy, John J. 169, 211, 232, 381  
McNair Barracks 51, 196, 200-203, 247, 297-299, 301, 377, 451, 455-456  
Ministerium für Staatssicherheit der DDR 245, 264, 330, 396-431  
Militärparade 235-242  
Militärmanöver 317-320, 343-353, 443
- Nixon, Richard M. 183, 245-260, 270, 307-309
- Obama, Barack 183-184
- Parks, Floyd L. 48, 53, 98  
Pazifizierung (siehe Entgewaltung)
- Rassismus/Segregation 52, 297-304  
Reagan, Ronald 23, 183-186, 326, 329-335, 381, 434-441  
Rosinenbomber (siehe Berlin Blockade)  
Rote Armee Fraktion (RAF) 238, 392-398

SACH-, ORTS- UND PERSONENREGISTER

<https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2351>

- Schütz, Klaus 248, 250, 254-260  
Sinnprovinz 12, 28-32, 293, 473-474  
Stasi (siehe Ministerium für Staatssicherheit)  
Stobbe, Dietrich 260, 264, 358, 360, 366, 371
- Truman, Harry S. 82, 161, 267-268, 448  
Truppenabzug: 52-55, 61, 88, 119, 175, 388-390,  
442-450, 475  
Truppenübungen (siehe Militärmanöver)
- Vietnamkrieg 228, 229, 256, 277-297  
Vorposten der Freiheit 182-189, 190-191, 270,  
289, 432, 448-450, 471-474
- Zivilisierung (siehe Entgewaltung)